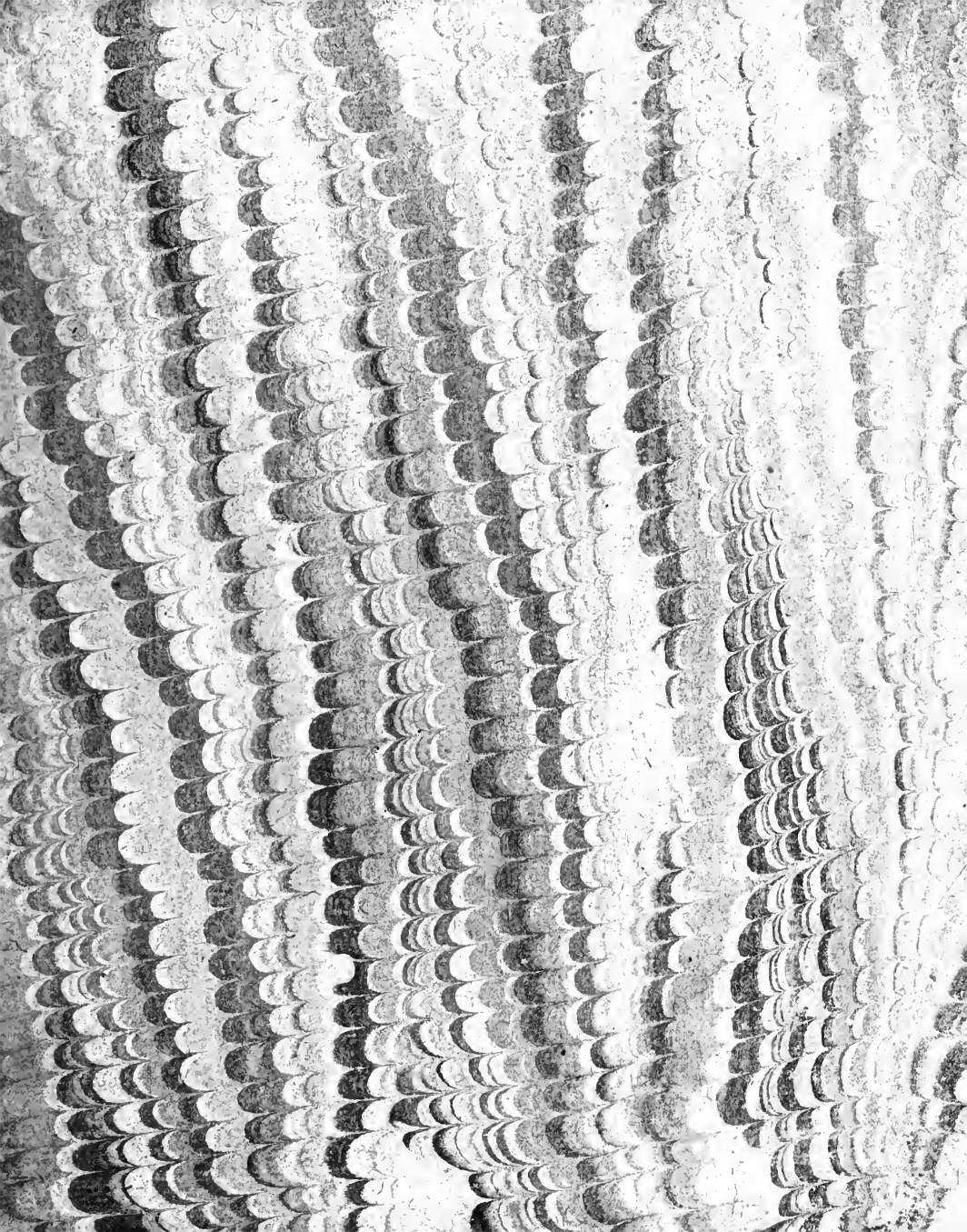




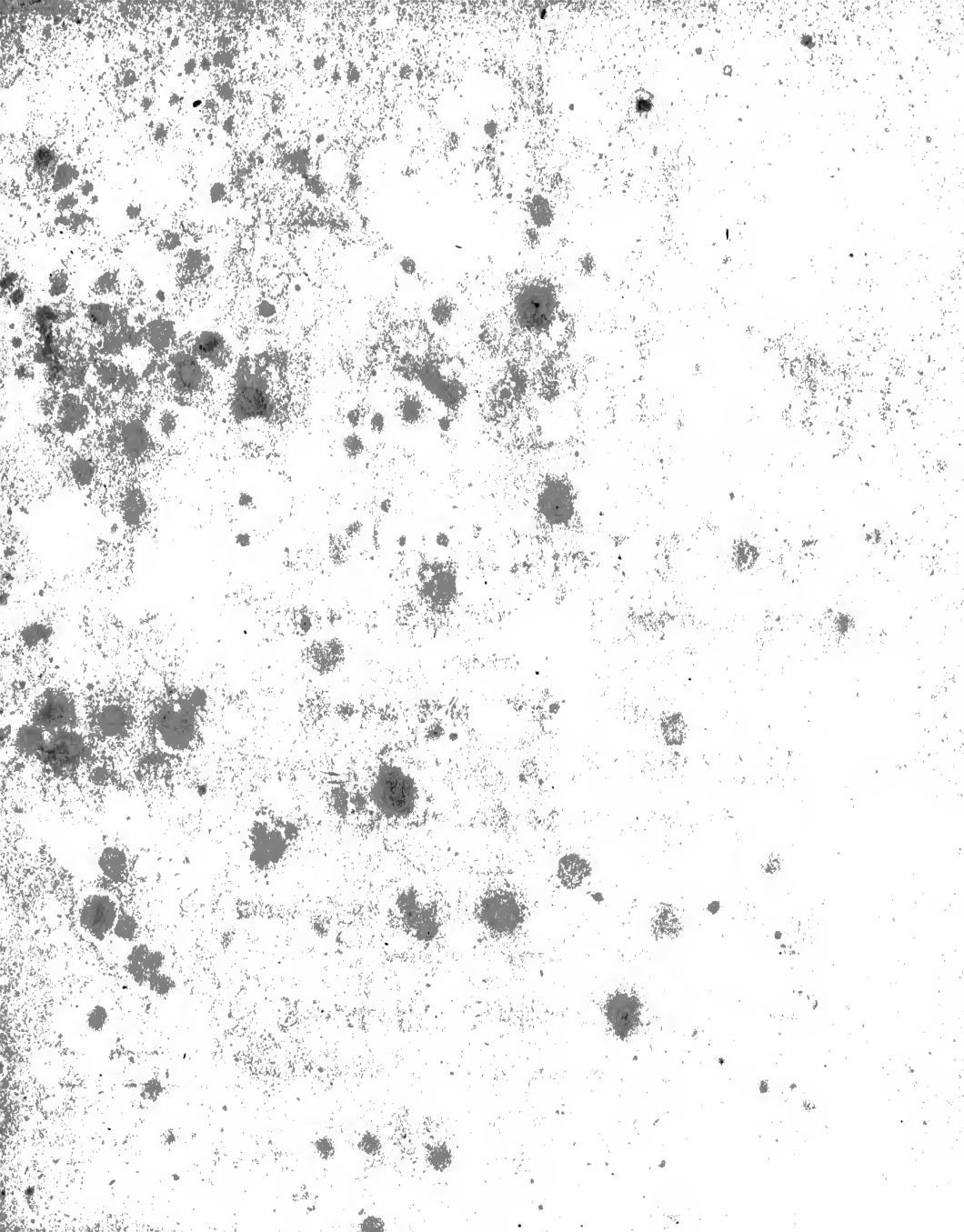
PRESENTED  
TO  
THE UNIVERSITY OF TORONTO  
BY





Digitized by the Internet Archive  
in 2009 with funding from  
University of Toronto

<http://www.archive.org/details/allgemeinegeschi08leip>



THE JOURNAL OF THE

ROYAL SOCIETY OF MEDICINE

Volume 10, Part 1

January 1917

Published by the Royal Society of Medicine

11, BEDFORD SQUARE, LONDON, W.C.1

Printed by the Royal Society of Medicine

Subscription price, 10s. 6d. per annum in advance

Single copies, 2s. 6d.

Advertisements accepted for insertion



Allgemeine  
**S** e s c h i c h t e  
 d e r  
**V** ereinigten N i e d e r l a n d e ,

von den  
 ältesten bis auf gegenwärtige Zeiten,  
 aus den glaubwürdigsten Schriftstellern und bewährten Urkunden  
 verfaßt.

Aus dem Holländischen übersezt.

Nebst beygefüigten Landkarten, worin diese Länder in den  
 alten, mittlern und neuen Zeiten,  
 imgleichen  
 ihre auswärtigen Entdeckungen und Pflanzörter  
 vorgestellt werden.

Achter und letzter Theil.

---

Mit Churfürstlich Sächsischer gnädigster Freyheit.

---

L e i p z i g

Ben M. G. Weidmanns Erben und Reich.

1 7 6 7.

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

17853

# Vorrede

## des Uebersetzers.

**I**ch übergebe nunmehr dem geneigten Leser den achten Theil der Allgemeinen Geschichte der Vereinigten Niederlande, welcher dieses Werk beschließt. Der Verfasser, welcher anfänglich nicht hat bekannt seyn wollen, ist Herr Jan Wagenaar zu Amsterdam. Er lebet, so viel ich habe erfahren können, in solchen Glücksumständen, die ihn zum Herrn seiner Zeit und seiner Beschäftigungen machen, und worin er vermögend gewesen ist, eine vollständige Geschichte seines Vaterlandes, woran sich, vor ihm, keiner gewagt hatte, zu unternehmen und auszuführen. Er hat zwanzig Jahre daran gearbeitet; und seine dadurch bekannt gewordene Geschicklichkeit hat die Herren Bürgermeister zu Amsterdam bewogen, ihm die Beschreibung dieser großen und reichen Stadt aufzutragen: womit er auch seit verschiedenen Jahren schon beschäftigt gewesen ist.

Wenn ein langwieriger Fleiß, ein sorgfältiges Forschen nach der Wahrheit, und ein geschickter Gebrauch der besten Hülfsmittel einem Geschichtsbuche einen Werth geben können; so kam dieses, wie ich glaube, zuversichtlich darauf Anspruch machen. Man hat kürzlich kein Werk dieser Art gesehen, wo die Glaubwürdigkeit der Erzählungen durch eine genaue und richtige Anführung der Quellen so wohl befestiget, und auf den zuverlässigsten Nachrichten und Urkunden, worunter man sehr viele ungedruckte findet, so wohl gegründet ist. Die Schreibart des Herrn Verfassers ist ungekünstelt, fließend und den Sachen angemessen. Er hat auch das Verdienst, die Begebenheiten, mittelst eines geschickten Ueberganges von einer zur andern, auf eine angenehme Weise, zu verbinden.

Der Nutzen, welchen aufmerksame Leser aus dieser Geschichte ziehen können, ist nicht bloß auf die Niederlande eingeschränkt, sondern die Historie der benachbarten Reiche Deutschland und Frankreich bekömmt daraus, besonders in den alten und mittleren Zeiten, nicht wenig Licht. In den neueren Zeiten wird ihr Nutzen noch viel größer und ausgebreiteter. Der Staat der Vereinigten Niederlande hat, seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wegen seiner ansehnlichen Seemacht und weitläufigen Handlung, fast an allen wichtigen Staats- und Kriegsgeschäften in Europa einen beträchtlichen Antheil gehabt, und der Haag

## Vorrede des Uebersetzers.

ist der gemeine Mittelpunkt aller Unterhandlungen gewesen. Von dieser Zeit an enthält also die Geschichte der Vereinigten Niederlande die meisten merkwürdigen Begebenheiten unsers Welttheils; und die vier letzten Theile dieses Werkes können einiger Maassen die Stelle einer allgemeinen Historie von Europa vertreten. Die gemeinen Kriegsvorfälle, Schlachten und Belagerungen hat unser Herr Verfasser, weil dabey immer viel dunkles und ungewisses ist, meistens nur kurzlich berührt: aber dagegen hat er die wichtigen Unterhandlungen über Bündnisse, Friedensverträge und andere große Angelegenheiten desto vollständiger und genauer, aus den besten Nachrichten, und mit Anzeige der geheimen Ursachen und Triebfedern, die dabey gewirkt haben, beschrieben; wodurch seine Geschichte für die Leser wahrhaftig brauchbar und pragmatisch wird. Man findet hier insonderheit die geheimsten, und theils aus geschriebenen Urkunden erzählte Nachrichten von der Unternehmung des Prinzen von Oranien Wilhelms III. auf England, und eben so von den mit Frankreich in dem Spanischen Erbchaftskriege verschiedene Jahre nach einander gepflogenen geheimen Unterhandlungen, woraus man sehen wird, wie sehr Ludwig XIV. als dieser Krieg eine unglückliche Wendung für ihn zu nehmen anfang, den Frieden, auch unter nachtheiligen Bedingungen, gesucht habe, der nachher, durch die Veränderung der Zeiten und unvorhergesehene Zufälle, für ihn weit vortheilhafter und rühmlicher ausgefallen ist, als er etwa zuvor hatte hoffen können.

In denjenigen Erzählungen, die den Staat der Vereinigten Niederlande selbst betreffen, ist unser Herr Verfasser sehr richtig und zuverlässig: aber bey fremden Begebenheiten hat er zuweilen kleine Fehler in einigen besondern Umständen begangen. Diese Unrichtigkeiten, wo man sie wahrgenommen, hat man durch kleine Anmerkungen verbessert, und zu dem Ende die von ihm angeführte Nachrichten, Urkunden und Zeugnisse, wenn sie bey der Hand gewesen sind, selbst zu Rathe gezogen. Versehen in den Namen der Personen und Oerter und andere Kleinigkeiten hat man, wo es sich thun ließ, gleich in dem Texte geändert. Es schien eine Unanständigkeit zu seyn, einem Schriftsteller, der seinen Fleiß und Geschicklichkeit genugsam bewiesen hat, bey jeder Gelegenheit Fehler aufzurücken.





Die  
**G**eschichte  
der  
Vereinigten Niederlande.  
Achter Theil.

91017388

*[Faint, illegible text]*

1113 17413



Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande. Ein und siebenzigstes Buch.

---

## Inhalt.

- I. Gelegenheit zu Errichtung der Ostindischen Handelsgesellschaft. II. Die Staaten suchen zu bewirken, daß ihr Freybrief widerrufen werde. Sie behaupten, daß sie den Verträgen zuwider sey. III. Die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande behaupten dagegen, daß sie zu dem ostindischen Handel berechtiget seyn. Ihre Gründe werden in öfentlichem Druck widerlegt. Fortgang der Ostindischen Gesellschaft. IV. Unterhandlung mit Dänemark. Gefechte mit einem Algerischen Seeräuber. V. Ostfriesische Unruhen. VI. Zustand der Unterhandlungen zu Cambray. Veränderung in Frankreich. VII. Veränderung in Spanien. Gesandtschaft dahin. VIII. Verfolgung der Reformirten in Frankreich. Der Bothschafter
- Hop spricht für die fremden Protestanten. IX. Aufruhr zu Thorn. Verfolgung der dortigen Lutheraner. Die Staaten schreiben für die Bedrückten. X. Unterhandlung wegen des Friedens mit Algier. Drey neue Edlen werden in die Ritterschaft von Holland aufgenommen. XI. Die Staaten fangen an sich ernstlich um die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft zu bemühen. Spanien erkennt, daß sie wider die Verträge errichtet sey. XII. Besondere Unterhandlung zwischen dem Kaiser und Spanien. Kipperda, ehemaliger Gesandter der Generalstaaten zu Madrid, tritt in spanische Dienste. Ihm wird die Unterhandlung zu Wien anvertrauet. XIII. Der französische Hof schickt die Infantinn nach Spanien zurück. Unwille des Spanischen

Spanischen Hofes hierüber. XIV. Verträge, die zwischen dem Kaiser und Spanien geschlossen werden. Hauptinhalt derselben. Anmerkungen darüber. XV. Nachricht von der pragmatischen Sanction, oder dem Befehle der Erbfolge in dem Hause Oesterreich. Die Versammlung zu Cambray wird abgebrochen. XVI. Mißvergnügen der Generalstaaten über den Wienerischen Handelsvertrag. Der Botschafter van der Meer klagt darüber am Spanischen Hofe. XVII. Argwohn über die Wienerverträge in Frankreich und in England. Ripperda spricht unvorsichtig. XVIII. Das Hannoverische Bündniß zwischen Frankreich, Großbritannien und Preußen wird geschlossen. Inhalt desselben. Die Staaten werden zum Beytritt eingeladen. Unterhandlungen und Berathschlagungen hierüber. Der Vertrag wird den besondern Landschaften zugesandt. XIX. Unterhandlung mit dem kaiserlichen Gesandten wegen der Ostindischen Gesellschaft. Schriften für den Hannoverischen Vertrag. Holland kauft die Herrlichkeit von Diane und Ameide. Eine neue Verordnung und Zollrolle über die einkommenden und ausgehenden Waaren wird eingeführt. XX. Unterhandlung mit dem Kaiser und mit Spanien. Holland beschließt den Beytritt zum

Hannoverischen Bündnisse. XXI. Vorschlag des spanischen Botschafters. Antwort der Staaten. Gegenantwort des Botschafters. XXII. Unterhandlung von wegen des Staats mit den Gesandten der Hannoverischen Bundesgenossen. XXIII. Veränderung der Staatsverwaltung in Frankreich. XXIV. Ripperda entdeckt den geheimen Wienervertrag. Er wird aller seiner Bedienungen entsetzt, und ins Gefängniß gebracht. Seine Flucht und Ende. XXV. Seerüstungen in England. XXVI. Der Russische Hof tritt dem Wienerischen Bündnisse bey. XXVII. Argwohn Georgs I. über die Höfe von Wien, Petersburg und Madrid. Er selbst macht sich wegen einer Unterhandlung mit der Pforte verdächtig. XXVIII. Die Generalstaaten treten dem Hannoverischen Bündnisse bey. Urkunde ihres Beytritts. Geheimer Artikel. Preußen weigert sich darein zu willigen. XXIX. Anmerkungen über den Beytritt der Staaten zum Hannoverischen Verträge. XXX. Geheime Unterhandlungen des Kaisers an dem Berlinischen Hofe. Bündniß zwischen Rußland und Preußen. XXXI. Friede mit Algier. XXXII. Streitigkeiten wegen Anlegung einiger Werke auf dem St. Petersburg. Durchbruch der Stromdämme.

1722.

I.  
Gelegenheit  
zu Errich-  
tung einer  
Indischen  
Handelsge-  
sellschaft zu  
Ostende.

**D**ie Wiederherstellung des Friedens zwischen Spanien, Frankreich und Großbritannien hatte bey vielen die Hoffnung erregt, daß der Friede zwischen dem Kaiser und Spanien auch ehestens auf der Versammlung zu Cambray geschlossen werden würde: als der Hof zu Wien einen Schritt that, der von der Art zu seyn schien, daß er einen allgemeinen Krieg unter den Christlichen Mächten verursachen könnte; wiewohl die Besorgniß hievon, nach Verlauf einiger Jahre, noch glücklich durch Schließung des Vertrages von Sevilla, auf welchen etwas hernach der Vertrag von Wien folgte, gehoben ward. Ich ziele auf die Errichtung einer Ost- und Westindischen Handelsgesellschaft



schaft zu Ostende, wobey Großbritannien, und der Staat der Vereinigten Niederlande insonderheit ein so großes Anliegen hatten, daß es der Mühe wohl werth seyn wird, den Anfang und das Ende dieser Sache umständlich zu erzählen.

Die Unternehmung der Spanier auf Sardinien und Sicilien hatte den Kaiser Carl'n den Sechsten gelehret, welche Dienste ihm eine mächtige Seemacht hätte thun können, wenn er damit versehen gewesen wäre. Georg der Erste hatte ihn zwar, bey Zeiten, mit einer Flotte unterstützt. Aber er konnte nicht versichert seyn, daß diese Hülfe allezeit für ihn bereit seyn würde, und es war, in allem Falle, rathsamer, daß er sich selbst in den Stand setzete seine Länder in Italien und andernwärts mit eigener Macht zu beschützen, als daß er genöthiget wäre die Vertheidigung seiner Staaten zur See immer auf andere Mächte ankommen zu lassen. Der Kaiser hatte daher, unter andern, schon vor einigen Jahren, beschlossen, die Handlung und Schiffahrt unter den Einwohnern seiner Erbländer aufzumuntern; und, wie in den benachbarten Staaten, und besonders in den Vereinigten Niederlanden mit gutem Erfolge geschehen war, eine Handelsgesellschaft zu errichten. Man sagt, daß ein Engländer, Namens Johann Ker von Kersland ihn zuerst auf diese Gedanken, fast um eben die Zeit, gebracht habe, als Law in Frankreich an der Errichtung der Gesellschaft von Mississippi arbeitete. Dieses ist gewiß, daß der Kaiser, schon im Maymonate des Jahres 1719, einen Freybrief zu Errichtung einer Ostindischen Gesellschaft zu Wien für die Einwohner aller seiner Erbländer ertheilet hatte, welcher im Christmonate desselben Jahres bekräftiget ward a). Allein zwey oder drey Jahre vorher hatten einige Brabantische und Flandrische Kaufleute von dem Hofe zu Wien schon die Erlaubniß erhalten, nach Ostindien zu handeln. Sie hatten zwey oder drey Schiffe, zwey Jahre nach einander dahin geschickt, welche ihren Handel glücklich verrichtet hatten: aber eines der letzten Schiffe war, im Jahre 1719, auf der Küste von Guinea von den Schiffen der Niederländischen Westindischen Gesellschaft weggenommen und für versallen erklärt worden. Es ward nachher in den Dänen von dem Hauptmann, der zuvor den Befehl darüber geführt hatte, wieder weggenommen: worüber es viel mit dem Wienerhofe zu thun gab, weil die Westindische Gesellschaft das wiedermeggenommene Schiff zurückforderte. Der Handel der Brabanter und Flanderer auf Ostindien ward inzwischen fortgesetzt. Aber im verwichenen Jahre 1721 waren noch drey ihrer Schiffe der Niederländischen Ostindischen Gesellschaft in die Hände gefallen. Durch die wiederholten Vorstellungen der Einwohner der Oesterreichischen Niederlande, welche sich mittelst des Indianischen Handels von dem in dem letzten Kriege gelittenen Schaden wieder zu erholen suchten, ließ sich der Kaiser endlich zu dem Entschlusse bewegen, die zu Ostende in Flandern errichtete Gesellschaft zu bestätigen, und derselben einen neuen Freybrief zu ertheilen, wodurch er sie in seinen Schuß nahm und ihr Erlaubniß gab in Ost- und Westindien, auf dieser und jener Seite des Vorgebirges der guten Hoffnung, unter kaiserlicher Flagge Handel zu treiben. Der Freybrief war zu Wien, am 19ten des Christmonats dieses Jahrs 1722, unterzeichnet. Das Capital der Gesellschaft ward durch denselben auf sechs Millionen Gulden Wechselgeld gesetzt, die in sechstausend Actien, jede von tausend Gulden, getheilet wurden. Die Waaren, wel-

a) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 153.

1722.

che die Gesellschaft einführen würde, sollten allezeit zu Brügge oder zu Ostende verkauft werden: Die allgemeinen Versammlungen der Gesellschaft sollten die drey ersten Jahre zu Antwerpen, und hernach drey Jahre zu Brügge oder zu Gent gehalten werden. Uebrigens hatte der Kaiser die Gesellschaft mit allen Vorrechten versehen, welche jemals dergleichen Gesellschaften ertheilt worden waren b). Es hatte indeß sehr schwer gehalten, ehe man von dem Kaiser die Verleihung eines solchen Freybriefes hatte erlangen können. Der Marquis de Prie, der bisher großen Vortheil aus Ertheilung der Pässe an besondere Kaufleute, die Schiffe nach Indien schicken wollten, gezogen hatte, setzte sich sehr gegen die Verleihung eines Freybriefes, wodurch dieser besondere Handel verboten werden sollte. Der Prinz Eugen von Savoyen, Statthalter der Oesterreichischen Niederlande, hatte dem Kaiser auch vorgestellt, wie übel der König von Großbritannien und die General-Staaten der Vereinigten Niederlande die Ertheilung des Freybriefes nehmen würden; aber der Vortheil der Kaufleute war an dem Hofe zu Wien von größerem Gewichte, als die Gründe dieser Personen gewesen c). Die Gesellschaft ward also errichtet, und machte sogleich Anstalten ihren Handel, unter einem so mächtigen Schutze, stark in Indien auszubreiten.

## II.

Großbritannien und die Staaten suchen die Widerrückung des Freybriefes zu bewirken.

So bald nur die Ertheilung des Freybriefes bekannt geworden war, öffneten die Seemächte die Augen, und bemüheten sich noch mehr als zuvor, den Hof zu Wien zu Aufhebung des neuen Freybriefes zu bewegen. Als man die Nachricht von der Schiffahrt der Brabanter und Flanderer bekommen hatte, hatten die Ost- und Westindischen Gesellschaften in den Vereinigten Niederlanden Vorstellungen über Vorstellungen bey der allgemeinen Versammlung der Staaten übergeben, worin sie die Unbilligkeit dieses Handels zeigten, und verlangten, daß man hier sein Bestes thun mögte, um ihn zu verhindern. Der Gesandte des Staats am Hofe zu Wien, Herr Samuel Bruining und der Resident desselben zu Brüssel, Herr Pesters hatten den Inhalt dieser Vorstellungen dem Kaiser und dem Marquis de Prie zu vielen Malen eröffnet. Man bildete sich ein, daß sie wenigstens den Kaiser zu der Entschließung, den Freybrief zurück zu halten, gebracht haben würden; und man hoffete alsdann leicht Mittel zu finden, den Handel einiger Privatleute zu verhindern. Allein man befand am Ende, daß man eine unrichtige Rechnung gemacht hatte. Großbritannien und die Staaten mußten daher in kurzem auf andere Mittel bedacht seyn, dem Nachtheile, welchen sie von dieser neuen Gesellschaft zu fürchten hatten, vorzubeugen d).

Die Staaten behaupten, daß die Ertheilung des Freybriefes den Verträgen zuwider sey.

Allein die Staaten sahen die Einrichtung der Gesellschaft in den Oesterreichischen Niederlanden nicht nur als etwas ihnen nachtheiliges an, sondern waren auch der Meynung, daß der Hof zu Wien hierin von verschiedenen vormals mit der Krone Spanien und mit dem Kaiser selbst geschlossenen Verträgen abgewichen wäre. Die ostindische Gesellschaft dieser Lande hatte schon von dem Jahre 1720 an, in verschiedenen Vorstellungen angeführt, „daß in dem fünften und sechsten Artikel des zwischen Philipp dem Vierten, Könige von Spanien und dem Staate geschlossenen münsterischen Friedens festgesetzt wäre, daß die Schiffahrt und Handlung auf Ost- und Westindien

b) *Voyez* DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 44. ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 5.

c) ROUSSET Recueil Tom. II. p. 4.  
d) ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 42.  
Europ. Merc. Jan. - Jun. bl. 158, 218.

1722.

„Westindien zufolge den darüber bereits ertheilten oder noch zu ertheilenden Freybriefen, erhalten werden, und die Spanier bey ihrer Schiffahrt in Ostindien, ohne sich weiter auszubreiten, bleiben, die Einwohner der vereinigten Landschaften aber sich der Castilianischen Plätze in Ostindien enthalten sollten. e) Daß die Spanischen Unterthanen, die keine Castilianer waren, zu dieser Zeit von der Schiffahrt auf Ostindien ausgeschlossen gewesen, und unter andern auch die Einwohner der Spanischen Niederlande, welche, bis zu dem Tode des Königs Karls des Andern, keine Schiffahrt nach diesen entfernten Ländern gehabt hätten. Daß dieselbe ihnen, in der Abtretung der Niederlande an die Infantinn Isabella, so gar untersagt worden wäre. f) Daß der gegenwärtige Kaiser die Oesterreichischen Niederlande, auf gleiche Weise und mit gleichem Rechte besäße, als zuletzt Carl II. sie besessen hätte, und daher, in Ansehung derselben an eben die Verträge gebunden wäre, woran Carl II. gebunden gewesen sey. Daß solches aus der Einleitung und aus dem achten Artikel des großen Bündnisses vom Jahre 1701 g), und aus dem ersten Artikel des Barrierevertrages vom Jahre 1715 erhelle. Daß so gar in dem sechs und zwanzigsten Artikel des letztgedachten Vertrages ausdrücklich festgesetzt wäre, daß der Handel der beiderseitigen Unterthanen auf eben dem Fuße bleiben sollte, als es durch den Münsterischen Vertrag bestimmt worden sey h).“ Aus diesem allen hatte die Ostindische Gesellschaft den Schluß gemacht, daß „die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande, i) so wenig als vormals, nach Ostindien schiffen dürften, weil diese Schiffahrt, durch die Verträge, keinen andern Spanischen Unterthanen, als den Castilianern, verstatet worden wäre, und der Kaiser Carl der Sechste die Oesterreichischen Niederlande auf eben dem Fuß, als Spanien sie besessen, bekommen, und den Münsterischen Frieden auch, in Ansehung des Punktes vom dem Handel, deutlich bekräftiget hätte.“ Diese Gründe wurden auch nachher noch kräftiger in einer Abhandlung des Herrn Abraham Westerveen, Advocaten der Ostindischen Gesellschaft, welche in verschiedenen Sprachen herausgegeben ward i), vorgestellt. Allein nach dem von dem Kaiser verliehenen Freybriefe, thaten die Ost- und Westindischen Gesellschaften, im Märzmonate des Jahres 1723, beide eine neue Vorstellung; und auf diese Vorstellungen folgten in kurzem verschiedene andere. Die Staaten bestanden auch, so wohl zu Brüssel als zu Wien, so stark auf die Aufhebung der neuen Gesellschaft k), daß man deutlich sah, sie wollten die Verträge, in diesem Betrachte, in ihrer Kraft erhalten, und darin von Seiten des Kaisers keinen Eingriff dulden.

1723.

Die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande, welchen vor dem Verluste der vortheilhaften Schiffahrt auf Indien bange war, unterließen an ihrer Seite nicht, ihr Recht dazu in verschiedenen Vorstellungen und Abhandlungen zu verteidigen. III.  
Der

e) S. B. XLIV. §. XXV.

f) S. B. XXXII. §. XXX.

g) Man sehe oben S. LXV. §. XXV.

h) Man sehe oben S. LXIX. §. XVI.

i) Man sehe dieselbe unter andern in dem Recueil de ROUSSEAU, Tom. II. p. 48.

k) Resol. Holl. 3 July, 1 Sept. 16, 18 Nov. 1723. bl. 532. 619, 814, 815, 856. Man sehe verschiedene Vorstellungen der Ost- und Westindischen Gesellsch. sowohl besonders als in dem Europ. Merc. July - Dec. 1723. bl. 98, 99, 100, 109, 112. und bey DU-MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 78, 79.

1723.  
österreichi-  
schen Nieder-  
lande be-  
haupten, daß  
sie ein Recht  
zu dem In-  
dianischen  
Handel ha-  
ben.

Der Fiscal der kaiserlichen Domänen in den Niederlanden, P. M. Teny, suchte auch die von unserer Seite in öffentlichem Druck herausgekommene Vorstellungen zu widerlegen. Die Stände von Brabant übergaben dem Marquis de Prie, im Weinmonate, eine Vorstellung in gleicher Absicht. Man behauptete in diesen Schriften, „daß die Könige von Spanien die Niederlande niemals, als solche, sondern als Herzoge von Burgund besessen hätten. Daß sie auch öfters versprochen hätten, diese Länder bey ihren Privilegien, Vorrechten und Freyheiten zu erhalten. Daß, in der Abtretung der Niederlande an die Infantinn Isabella, den Einwohnern dieser Länder zwar verboten worden wäre nach Indien zu handeln; aber daß man hierüber, als über eine offenbare Verletzung des Rechts und der Freyheit der Landeseinwohner geklagt, und daß dieses Verbot, in allem Falle, aufgehört hätte, als die Niederlande, nach dem Absterben der Infantinn, wieder an die Krone Spanien gefallen wären. Daß die Stände der Vereinigten Niederlande, in der Unterhandlung über den zwölfjährigen Stillstand des Jahres 1609, mehr nichts als die Erhaltung ihrer Schifffahrt auf Indien, keinesweges aber die Ausschließung der Einwohner der Spanischen Niederlande gesucht hätten; daß Philipp IV. den Münsterischen Frieden mit den Staaten, nicht als Herr der Niederlande, sondern als König von Spanien und Oberherr von Indien, geschlossen, und daß er, in dieser Eigenschaft, die Freybriefe der Ost- und Westindischen Gesellschaften bekräftiget hätte; aber daß der Kaiser die Oesterreichischen Niederlande nicht als König von Spanien besäße; daß er auch kein Eigenthum in Indien hätte, und daß er daher auch nicht als einer angesehen werden könnte, der in einige Verbindlichkeiten, die Spanien als Spanien angingen, oder sich auf Indien bezögen, gereten wäre. Daß der fünfte und sechste Artikel des Münsterischen Friedens die Spanier allein, und nicht die Einwohner der Spanischen Niederlande beträfe; welches auch daraus erhellte, daß Carl der Andere, im Jahre 1698, keine Schwierigkeit gemacht hätte den Einwohnern der Niederlande einen Freybrief zu dem Handel auf Indien zu ertheilen, ohne daß die Staaten sich dagegen gesetzt hätten, ob sie gleich, wie nicht zu zweifeln wäre, davon Kenntniß gehabt hätten; wiewohl der darauf entstandene Krieg, und die Achtung, welche man damals Großbritannien und dem Staate schuldig zu seyn glaubete, die Fortsetzung des Handels zu dieser Zeit gehindert hätten. Daß, wenn man die Artikel des Münsterischen Friedens auch auf die Einwohner der Spanischen Niederlande ausdehnen wollte, man nicht würde beweisen können, daß sie auf Vetter, die in der Gewalt der Ost- und Westindischen Gesellschaften der Vereinigten Niederlande wären, gehandelt hätten, oder zu handeln suchten, welches allein in den gedachten Artikeln verboten würde; daß der sechs und zwanzigste Artikel des Barrierevertrages allein auf die Bestätigung des Münsterischen Friedens, in Ansehung des Handels aus den Vereinigten auf die Oesterreichischen, und aus den Oesterreichischen auf die Vereinigten Niederlande ginge; worüber damals insonderheit Streitigkeiten vorgefallen wären, aber keinesweges auf den Handel in Indien, in Ansehung dessen der Kaiser, da er nicht König von Spanien wäre, dasjenige nicht versprechen konnte, was Philipp IV. als König von Spanien versprochen hätte. Daß endlich das große Bündniß selbst zeigte, daß man dem Kaiser die Niederlande, als dem Hause Oesterreich, nicht der Krone Spanien zugehörig, hätte zutheilen wollen; welches der Barrierevertrag, der, „nachdem



„nachdem Großbritannien und die Staaten schon einen andern Fürsten als den Kaiser für König von Spanien erkannt hätten, geschlossen wäre, deutlich bestätigte 1).“ Alle diese Gründe wurden nachher noch weitläufiger, in verschiedenen Abhandlungen, die von Seiten des Kaisers an das Licht kamen, ausgeführt. Der Herr Du Mont, der das bekannte Corps Diplomatique herausgegeben hat, schrieb, mit Genehmigung des Hofes zu Wien, auch eine. Er erzählte darin den Ursprung der Schifffahrt nach Indien umständlich, und dasjenige, was sich, seitdem man unlängst aus den Oesterreichischen Niederlanden Schiffe dahin ausgerüstet, bis zu der Errichtung der kaiserlichen Gesellschaft, zugetragen hatte. Hernach suchte er aus den Fällen, die er anführte, und durch verschiedene Gründe das Recht des Kaisers zu beweisen. Ferner behauptete er, daß, wahrscheinlich, die Ostindische Gesellschaft den Vereinigten Niederlanden keinen Nachtheil, sondern vielmehr Vortheil bringen würde. Er schloß endlich, mit einer umständlichen Berechnung der Vortheile, welche die Staaten insonderheit durch den Barrierevertrag sich von dem Kaiser bedungen hatten: woraus er folgern wollte, daß sie einigen Schaden, den sie, ihrer Meynung nach, von der Ostindischen Gesellschaft zu fürchten hätten, eben nicht so sehr achten müßten m).

Allein die Gründe, welche, zum Vortheile der Ostindischen Gesellschaft, in allen diesen Schriften angeführt wurden, blieben von Seiten des Staats nicht unbeantwortet. Der berühmte Johann Barbeyrac, Professor der Rechte zu Gröningen, schrieb eine ausführliche Widerlegung der Vorstellung des Fiscals Neny, worin das Recht unserer Gesellschaften vollständig abgehandelt und vertheidiget ward. Du Mont ward auch in einem so genannten Briefe eines Mitgliedes der Regierung von Holland an ein Mitglied der Regierung von Geldern widerlegt. In diesen Schriften, und besonders in der letzten, welche kurz und deutlich abgefaßt war, ward die Streitsfrage auf diese drey Punkte zusammen gezogen. „1. Ob die Niederlande, so lange sie unter Spanien „gestanden, von dem Indianischen Handel ausgeschlossen gewesen oder nicht. 2. Und, „wenn sie es gewesen, ob diese Ausschließung es nicht unnöthig machte, in dem fünften „und sechsten Artikel des Münsterischen Friedens anderer Spanischer Unterthanen als der „Castilianer zu erwähnen? 3. Ob die Niederlande, da sie unter die Herrschaft des „Kaisers gekommen, dieser Ausschließung unterworfen geblieben wären, oder nicht?“ In Aufsehung des ersten Punkts ward bewiesen, „daß die Niederlande, so lange sie un- „ter der Spanischen Herrschaft geblieben, von der Schifffahrt nach Ostindien ausge- „schlossen gewesen wären. Der Gegentheil selbst erkannte dieses. Er gestundte auch zu, „daß diese Ausschließung bis zum Jahre 1698 gedauert hätte, da von Carln dem An- „dren ein Freybrief zum Handel nach Indien ertheilet worden wäre. Aber dieser Frey- „brief, sagte man, hätte, weil der Kurfürst von Bayern, als damaliger Oberstatthal- „ter der Spanischen Niederlande, zu viele Achtung vor Großbritannien und die „Staaten haben mußte, und wegen des entstehenden Krieges, nicht seine Kraft erhalten. „Die Ausschließung der Niederlande von der Indianischen Schifffahrt würde also von „beiden

1) NENY Wederlegg. gedr. 1723. Memoire des Etats de Brabant, dans le Recueil de ROUSSET, Tom. II. p. 91. Voyez aussi

Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 82.

m) Voyez ce Traité dans le Recueil de ROUSSET, Tom. III. p. 24 - 113.

1723.

„beiden Seiten erkannt. Man behauptete zwar von kaiserlicher Seite, daß das Verbot, durch die Abtretung der Niederlande an die Infantin, nachher wieder aufgehoben wäre; aber man beriefe sich, von unserer Seite, sonst nicht auf dieses Verbot, als um die Ausschließung der Niederlande zu dieser Zeit, historisch zu zeigen. Das Recht der Staaten sich gegen die neue Gesellschaft zu setzen, wäre allein in dem Münsterischen Frieden gegründet. Und daß die Spanischen Niederlande zuvor von der Schifffahrt nach Indien ausgeschlossen gewesen wären, bewies man bloß, um hieraus zu zeigen, daß es unnöthig wäre, in dem Münsterischen Vertrage dieser Niederlande ins besondere zu erwähnen.“ Hierin bestand nun der zweite Punkt des Streites, von welchem voraus zugestanden ward, „daß in dem Münsterischen Vertrage allein der Spanier oder Castilianer, und der Einwohner der Vereinigten Niederlande gedacht würde. Aber würde es, fragte man, nicht höchst ungerecht gewesen seyn von den Einwohnern der Spanischen Niederlande zu sprechen, die zu dieser Zeit von der Schifffahrt nach Indien ausgeschlossen waren, welche den Castilianern allein verstatet war? Würden auch die Bevollmächtigten des Staats die Unvorsichtigkeit gehabt haben der Castilianer allein zu erwähnen, da sie hätten denken können, daß hiemit den andern Spanischen Unterthanen, nämlich den Einwohnern der Spanischen Niederlande, die Freyheit gelassen würde die Schifffahrt in Indien weiter zu treiben, als die Castilianer selbst hinführo hätten thun dürfen? Und war es nicht genug die Schifffahrt derjenigen, die allein fahren durften, zu bestimmen? In dem fünften Artikel des Münsterischen Friedens wurde deutlich gesagt, daß die Spanier ihre Schifffahrt behalten sollten, so wie sie solche gegenwärtig besäßen. Er schloß also diejenigen, die damals nicht nach Indien handelten, von diesem Handel aus.“ In Ansehung des dritten Punktes des Streits ward behauptet, „daß der sechste und zwanzigste Artikel des Barrierevertrages voraus setzte, daß in dem Münsterischen Vertrage etwas wegen der Handlung nach Indien so wohl als nach andern Ländern festgesetzt wäre, welches auch die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande verbande. Sonst würde es ungerecht gewesen seyn, in einem Vertrage, der diese Niederlande betraf, sich auf den Münsterischen Vertrag zu beziehen. Der Eingang des Vertrages bewies, daß der Kaiser die Oesterreichischen Niederlande auf gleichen Fuß besetzen sollte, als Carl der Andere sie besessen hätte, folglich mit Ausschließung der Schifffahrt nach Indien. Ja, wenn gleich zugegeben würde, daß der fünfte und sechste Artikel des Münsterischen Friedens nicht auf die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande gingen; so gingen sie doch gewiß gegenwärtig darauf, nachdem sie von dem Kaiser, durch den Barrierevertrag darauf gezogen wären. Die Vortheile, welche die Staaten sich von dem Kaiser bedungen hätten, wären durch den Barrierevertrag bedungen worden, welcher geschlossen wäre, ehe man an die Errichtung einer Ostindischen Gesellschaft in den Oesterreichischen Niederlanden gedacht hätte. Man könnte also die Bedingung dieser Vortheile nicht als einen Grund geltend machen, weswegen die Staaten die neue Gesellschaft im Stande zu lassen verbunden wären. Die Staaten hätten wahrlich diese Vortheile doppelt in dem letzten Kriege verdient, in welchem sie sich, um dem Kaiser den Besitz der Spanischen Niederlande zu versichern, erschöpft hätten. Man verlangte demnach mit Unrechte von ihnen, daß sie, in Verachtung dieser theuer erkauften Vortheile, sich auch noch des Rechts, mit Ausschließung

„sung der Einwohner der Oesterreichischen Niederlande, nach Indien zu han- 1723.  
„deln, begeben sollten n).

Der öffentliche Föderkrieg für und wider die Gesellschaft zu Ostende dauerte ver- Fortgang  
schiedene Jahre, und setzte die Welt in den Stand von dem Streite zu urtheilen. Aber der Ostendi-  
Großbritannien und die Staaten arbeiteten auch, durch ihre Gesandten an verschiedenen schen Gesell-  
Höfen, um den Fortgang der neuen Gesellschaft zu hemmen. Diese beiden Mächte ver- schaft.  
boten ihren Unterthanen daran Theil zu nehmen o). Der Botschafter Zop bewirkte  
auch, daß der König von Frankreich ein gleiches Verbot an die Einwohner seiner Staa-  
ten ergehen ließ p). Allein ungeachtet dieses Verbots in den drey vornehmsten handeln-  
den Staaten, mußten die Vorsteher der neuen Gesellschaft, durch heimliche Sendlinge, so  
vielen Eingang in Frankreich, in England, und selbst bey vielen Einwohnern der Ver-  
einigten Niederlande zu finden, daß das Capital der Ostendischen Gesellschaft in weni-  
gen Tagen unterzeichnet war q). Man rüstete in kurzem auch drey Schiffe aus, welche  
im Jahre 1724 in See giengen r). Der Kaiser hatte beschlossen die neue Gesellschaft,  
aus allem seinem Vermögen, zu schügen, da inzwischen Großbritannien und die Staa-  
ten, und in kurzem auch Frankreich selbst, ihr mögliches thaten, um des Kaisers Absichten  
zu hindern. Der Anfang und der Ausgang der beiderseitigen Bemühungen werden, in  
einigen auf einander folgenden Jahren, den vornehmsten Stoff dieser Geschichte ausma-  
chen. Aber die Ordnung der Begebenheiten leitet uns erst zur Erzählung einiger andern  
Sachen, die um diese Zeit vorfielen und unser Vaterland betrafen.

Der Streit mit Dänemark wegen der Rückstände s) dauerte noch, ohne daß der IV.  
außerordentliche Gesandte der Staaten, der Herr Robert Goes, sich vermögend befand, Unterhand-  
ihn durch einen Vergleich beizulegen i). Man befürchtete mittlerweile hier zu Lande, daß lung mit Dä-  
die Schifffahrt auf der Ostsee gehemmet werden mögte, wosern kein Mittel gefunden nemark.  
würde den König zu vergnügen. Goes bekam daher wiederholte Befehle daran zu ar-  
beiten. Er trat auch, im Märzmonate dieses Jahres 1723, in nähere Unterhandlung  
mit den Bevollmächtigten des Königs. Er bot die Bezahlung der Rückstände an, ver-  
langte aber zugleich, daß man dasjenige davon abziehen liesse, was der König aus den  
Niederländischen Schiffen zu seinem Gebrauche weggenommen, und was die Dänischen  
Truppen hier zu Lande verzehret und unbezahlt gelassen hatten. Aber man konnte hier-  
über nicht einig werden. Goes stellte den Dänen vor, daß das Mißverständniß zwi-  
schen den zween Völkern Hindernisse in dem Handel verursachen könnte, welche den könig-  
lichen Zöllen großen Nachtheil bringen würden. Allein seine Gründe fanden so wenig  
Eingang, daß man in der Sache nicht zum Ende kommen konnte u). Im folgenden  
Jahre ward der Herr Wilhelm Buns, Pensionär von Amsterdam, nach Dänemark  
B 2 gesandt,

n) *Voyez la Lettre dans le Recueil de*  
ROUSSET Tom. III. p. 116-135.

r) *Liste dans le Recueil de ROUSSET*  
Tom. III. p. 414.

o) *Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 1390.*

s) *E. eben B. LXX. §. V.*

p) *Supplém. au Corps Diplom. Tom. II.*  
*P. II. p. 178.*

t) *Deduct. des Dän. Hofes und Beantwor-*  
*tung derselben durch den Gesandten Goes.*

q) *Berichte der Botschafter dieser Zeit MSS.*  
*TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 208,*  
*209.*

u) *Man sehe die Auszüge aus einigen Brie-*  
*fen des Gesandten Goes in dem Europ. Merc.*  
*Jan. - Jun. 1723. bl. 274. &c.*

1723.

gesandt, um die angefangene Unterhandlung fortzusetzen v). Er kam aber in kurzem zurück, ohne daß er etwas hatte schließen können w). Die Stände von Holland wollten die dem Lande von ihm bey vielen Gelegenheiten gethane wichtige Dienste vergelten, und ernannten ihn daher im Jahre 1726 zum ersten Secretär ihrer Versammlung x).

Gefechte mit  
zween Algier-  
tern.

Die Seeräuberereyen der Algierer dauerten dieß Jahr noch fort. Im Maymonate war ein Rauffahrtenschiff, das Peter Valt führte, auf der Höhe von Gibraltar mit zween Algierern in ein Gefecht gerathen, und hatte sie tapfer zurückgeschlagen. Allein nach dem Gefechte entstand Feuer im Schiffe. Es ward von dem Schiffsvolke verlassen, welches sich in die Schaluppe rettete, und glücklich an das Land kam y).

V.

Streitigkeiten  
zwischen  
dem Fürsten  
und den  
Ständen von  
Ostfries-  
land.

Der alte Streit zwischen dem Fürsten und den Ständen von Ostfriesland, welcher noch dauerte, brach um diese Zeit in heftige Thätlichkeiten aus, wovon wir hier eine kurze Nachricht geben müssen. Georg Albrecht, der seit 1708 regierte, hatte in den Jahren 1720 und 1721 am kaiserlichen Hofe wider die Stände des Fürstenthums Klage erhoben. Es war den Grafen schon von alten Zeiten her sehr zuwider, daß die Landstände fremde Truppen einführten und unterhielten. Der Fürst meynete auch, daß die Stände sich zu viele Gewalt über die Einnahme und Ausgabe der Landesgelder anmaßen. Er forderte überdem ein freywilliges Geschenk und große Rückstände von ihnen. Er nahm es auch übel, daß man zu Embden, so wie anderwärts, eine Handelsgesellschaft ohne seine Genehmigung errichtet hatte. Alle diese und einige andre Beschwerden wurden vor den Kaiser gebracht, der im Augustmonate des Jahres 1721 darinn einen Ausspruch zum Vortheile des Fürsten that z); und dieser ward im Jahre 1723 durch einen andern bekräftiget a). Allein die Stände lehneten sich im geringsten nicht daran. Sie vertheiligten sich in öffentlichen und gedruckten Schriften umständlich wider die Klagen des Fürsten b). Man blieb ihnen von seiner Seite die Antwort nicht schuldig c). Da indessen die Stadt Embden und die Stände, die es mit ihr hielten, befürchteten, daß der Reichshofrath den kaiserlichen Ausspruch in Ostfriesland geltend machen würde; so wandten sie sich, nach Gewohnheit, an die vereinigten Staaten, und baten sie um ihre Vermittelung in den Streitigkeiten mit dem Fürsten. Die Staaten gaben ihnen geneigtes Gehör; aber ehe sie etwas zu Beylegung der Streitigkeiten thun konnten, hatte der Kaiser dem Kurfürsten von Sachsen und dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel die Vollstreckung seiner Aussprüche in Ostfriesland aufgetragen. Sie schickten Commissarien dahin, welche die Verwalter der Landesgelder absetzten, die Landescasse von Embden nach Aurich bringen ließen, den Landtag, der seit dem Jahre 1695 verzögert worden war, aufhoben, und einen andern ausschrieben, auf welchen die Embdener und die übrigen Widerspenstigen, wie man sie nannte, nicht gerufen wurden. Embden und die abgesetzten Verwalter unterließen nicht bey den Staaten der vereinigten Niederlande anzufuchen,

1724.

v) Resol. Holl. 2 Jun. 1724. bl. 306. Europ. Merc. Jan. - Jun. 1724. bl. 209.

w) Resol. Holl. 23 Sept. 6 Oct. 16 Dec. 1724. bl. 764. 777. 989.

x) Zie Groot-Plakaatb. VI Deel, bl. 53.

y) Schreiben in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1723. bl. 31.

z) *Voyez ce Decret dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV. p. 281.*

a) Id. ibid. p. 430.

b) *Deduction abrégée dans le Recueil de ROUSSET, Tom. IV. p. 297.*

c) Ibid. p. 335.

suchen, daß sie in den alten Vorrechten geschützt werden möchten d). Der Fürst hingegen suchte die Staaten zu bewegen, seinen Gegnern kein Gehör zu geben, sondern sie vielmehr zum Gehorsam gegen den Kaiser und ihn, als ihren rechtmäßigen Fürsten, zu ermahnen. Mittlerweile war die Uneinigkeit in Ostfrisland so hoch gestiegen, daß die von Lier, mit dem Beystande der Besatzung von Embden, die Waffen gegen den Fürsten ergriffen hatten. Die Staaten, welche den Widerspenstigen nicht Unrecht geben wollten, suchten den Fürsten zu einem gütlichen Vergleiche mit den Ständen, auf den Fuß der vorigen Verträge, zu bereben. Sie riefen ihm besonders keine fremden Truppen in das Land zu bringen, ob er gleich dazu durch den kaiserlichen Ausspruch berechtigt zu seyn scheinen mochte. Sie schrieben auch ernstlich an die von Embden, daß sie sich der Thätlichkeiten enthalten mögten e). Allein es vergiengen noch einige Jahre, ehe die Ruhe in Ostfrisland wieder hergestellt ward.

VI.

Die Versammlung zu Cambray dauerte noch, ohne daß etwas von Erheblichkeit darauf verrichtet ward. Am 23sten April hatten die kaiserlichen und Spanischen Gesandten einander ihre beiderseitigen Forderungen übergeben, welche sehr geheim gehalten wurden. Aber der Bottschafters Hophand Mittel, sie zu entdecken. Der Kaiser verlangte vornämlich, „daß in Cambray von keinen andern Sachen gehandelt werden mögte, als die durch den achten Artikel des Vertrages von London unabgethan gelassen waren. Daß der König von Spanien keine Titel, als von den Ländern, die er wirklich besäße, führen sollte. Daß der Kaiser das Haupt des Ritterordens vom goldenen Vliese bliebe. Daß Spanien die Kronschulden, für welche die Niederlande verhaftet waren, bezahle, und dem Kaiser, wegen gewisser Summen, die er insonderheit zu fordern hätte, Versicherung geben sollte. Daß man mit den kaiserlichen Unterthanen, was die Handlung in den Spanischen Häfen beträfe, so verführe, als mit andern Völkern, bis man sich wegen eines Handelsvertrages verglichen haben würde. Und insonderheit, daß alle Bundesgenossen des vierfachen Bündnisses die von dem Kaiser, wegen der Erbfolge in seinen Staaten, gemachte Verordnung erkennen sollten.“ Von Spanischer Seite ward verlangt, „daß der Kaiser sich künftig nicht mehr König von Spanien nennen; daß Spanien die Großmeisterschaft des Ritterordens vom goldenen Vliese behalte, und daß der Kaiser Sicilien auf keinen andern Fuß, als der Herzog von Savoyen es besessen hätte, besigen sollte. Daß die Besatzungen für die Plätze in Toscana und Parma bestimmt, und daß die von dem Könige von Spanien in den Ländern, welche er abträte, gemachten Verfügungen bekräftiget werden sollten f).“ Bald hernach that der Gesandte des Herzogs von Savoyen seine Forderungen gleichfalls, die darin bestanden, „daß die Uebergabe von Sardinien bekräftiget, und ihm dieselben Ehren Titel, welche andern Königen des vierfachen Bündnisses gegeben wurden, zugestanden werden mögten. Ferner, daß der Kaiser ihm die Gewährleistung über das Königreich Sardinien und die Markgrafschaft Montserrat, nebst dem übrigen, was ihm

B 3

„durch

d) Schreiben Ihrer Hochmögend. vom 13. 132. dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV.  
 Dec. 1724. Refol. Holl. 19 Dec. 1724. bl. 393. p. 384.  
 Notul. Zeel. 13 Febr. 1725. bl. 25. f) Schreiben des Botshch. Hophand an den  
 e) Refol. Gener. Jouis 12 Febr. 1725. bl. Secr. Jagel vom 8 May, 1724.

1724.

„durch den Vertrag von dem Jahre 1703 abgetreten wäre, versprechen sollte. Daß der Herzog allein den Titel eines Königs von Sardinien führen, oder daß, wenn der Kaiser diesen Titel gleichfalls verlangte, ihm frey stehen sollte sich auch König von Sicilien zu nennen. Daß der Kaiser das Recht des Herzogs zu der Thronfolge in Spanien bekräftigen sollte g.“ Die Forderungen des Herzogs von Parma, welche einige Monate später übergeben wurden, liefen darauf hinaus: „daß er und die Prinzen seines Hauses in dem Besitze ihrer Staaten, so wie sie darin vor den dreyen letzten Kriegen gewesen wären, mit vollkommener Souverainität bleiben, und besonders daß sie, in keinem Falle, Steuern zu bezahlen oder Durchzüge der Kriegsvölker zu verstatten verbunden seyn, und daß die zuvor gehobenen Steuern und die dem Hause Parma weggenommenen Güter zurückgegeben werden sollten h.“ Allein man kam in Cambray kaum weiter als zu der Uebergabe dieser allerseitigen Forderungen. Die Mächte, welche ihre Bevollmächtigten dahin gesandt hatten, schienen um die Wette bemühet zu seyn, die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen, da sie inzwischen heimlich, an verschiedenen Orten, an besonderen Verträgen arbeiteten. Es waren auch unlängst in Frankreich Veränderungen vorgesehn, die vieles beytrugen, daß die Unterhandlungen zu Cambray langsam und schläferig giengen. Ludewig der Funfzehnte war im Weinmonate des Jahres 1722 für volljährig erklärt, gesalbet und gekrönt worden, und hatte die Regierung selbst angetreten \*). Der Herzog von Orleans war jedoch am Ruder, als Oberstaatsminister, bis an seinen Tod, der sich am 2ten des Christmonats im folgenden Jahre ereignet hatte, geblieben \*\*). Ludewig Heinrich, Herzog von Bourbon, der ihm in diesem hohen Posten gefolgt war i), ließ sich die Unterhaltung der genauen Freundschaft mit dem Spanischen Hofe, welche durch Schließung der dreyen Heirathen errichtet war, weniger angelegen seyn k). Die Unterhandlungen zu Cambray wurden daher, nach dem Tode des Herzogs von Orleans, immer schläfriger l), bis sie endlich, im Jahre 1725, gänglich

Veränderungen in Frankreich.

g) Schreiben desselben vom 24 May, 1724.

i) Berichte der Bottsch. dieser Zeit. MSS. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 225.

h) Schreiben des Bottsch. Zop an den Secr. Sagel vom 4 Sept. 1724.

k) *Voyez* Memoir. de MONTGON. Tom. III. p. 222.

l) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 151.

\*) Ludewig XV. war zwar 1722 den 25 Oct. wie unser Verfasser anmerket, gesalbet und gekrönt worden. Aber dieß war keine Folge seiner Volljährigkeit, die auch zur Krönung in Frankreich nicht nöthig ist. Denn er ward erst am 15 Febr. 1723, da er in sein 14tes Jahr trat, volljährig; und den folgenden Tag frühe am Morgen kündigte der Herzog von Orleans ihm dieses an, und legte die Regenschaft nieder. Den 22sten Febr. hielt der König sein Lit de Justice im Parlamente zu Paris, und hier geschah die feyerliche Erklärung seiner Volljährigkeit und der angetretenen Regierung. *Voyez* Memoir. de la Regence du Duc d'Orleans. Tom. III. p. 210, 220, 221.

\*\*) Dieses ist nicht völlig richtig. Der Herzog hätte zwar erster Staatsminister nach der niedergelegten Regenschaft werden können. Aber sein Günstling, der Alt und nachheriger Cardinal Du Bois, bildete ihm ein, daß sich dieser Titel für seine hohe Geburt nicht schickte; und daher ließ er diesen selbst dazu ernennen. Nach des Du Bois Tode aber ließ der Herzog sich von dem Könige zum ersten Minister erklären, und blieb es bis an seinen Tod. *Voyez* Aunal. Polit. de St. PIERRE Part. II. p. 224.



gänzlich abgebrochen wurden. Wir werden bald sehen, was dazu Gelegenheit gegeben habe. Unterdessen hatten der Paps Innocentius der Dreyzehnte und der Großherzog von Toscana, Johann Gastio, auf der Versammlung zu Cambray gegen alles protestiren lassen, was wegen der Erbfolge in den Herzogthümern Parma und Piacenza und in dem Großherzogthum Toscana, von einigen Mächten, zum Nachtheile der Rechte des Kirchenstaats und des regierenden Großherzogs verfügt war, oder noch verfügt werden mögte m). Und diese zwei Protestationen können beynahe als die einzigen Urkunden von einiger Erheblichkeit angesehen werden, die von der langwierigen Versammlung zu Cambray übergeblieben sind. Nur hatte man noch, im Anfange dieses Jahres, zu Cambray die Acte empfangen, wodurch der Kaiser dem Infanten Don Carlos die Erbfolge in den Lehnen von Toscana, Parma und Piacenza versichert hatte n); und diese Acte war es, die zu den gedachten Protestationen Gelegenheit gegeben hat.

Kurz nach dem Tode des Herzogs von Orleans fiel auch eine Veränderung an dem Spanischen Hofe vor, welche, wie es schien, nicht weniger Einfluß auf den Zustand der Sachen von Europa haben sollte. Philipp der Fünfte, der noch in der Blüthe seines Lebens war, faßte im Jenner dieses Jahres den Entschluß, die Krone niederzulegen, und die Regierung dem Prinzen von Asturien, seinem ältesten Sohne erster Ehe, zu übergeben, der dieselbe auch, unter dem Namen Ludewigs des Ersten, eine kurze Zeit geführt hat. Man schrieb den Entschluß des Königs insgemein einem Grundsatze der Gottesfurcht zu, aus welchem die Last der Regierung ihm zu schwer vorkam. Er begab sich auch alsbald, nach seiner Abdankung, nach dem Pallaste von St. Ildefonso, welchen er, an einem einsamen Orte, auf den Grenzen von Alt- und Neu-Castilien, hatte bauen lassen. Hier wollte er, wie man glaubete, seine Zeit hinführen mit gottesdienstlichen Uebungen zubringen o). Allein andere hielten seinen Entschluß für eine Wirkung einer übermäßigen Schwermuth, welcher er in der That unterworfen war. Endlich urtheileten einige, daß er sein Augenmerk noch auf die Französische Krone gerichtet hätte, zu welcher er, wenn Ludewig der Fünfzehnte ohne männliche Erben stürbe, leichter zu gelangen hoffen dürfte, wenn er nicht mehr König von Spanien wäre; weil es von den vornehmsten Europäischen Mächten schon durch verschiedene Verträge festgesetzt war, daß die Kronen Frankreich und Spanien niemals unter einem Fürsten vereinigt seyn sollten. Und vielleicht haben diese letzten nicht unrichtig von des Königs Absichten geurtheilet, weil aus bewährten Denkschriften erhellet, daß er so gar, nachdem er die Regierung von Spanien wieder angetreten hatte, noch den Voratz hegte sich, nach dem Tode des Königs Ludewig, der Französischen Krone zu versichern p). Allein der junge König von Spanien regierte nur sieben Monate. Er starb an den Kinderblattern den 31sten August, und der König nahm, sechs Tage hernach, die Krone wieder an q), ob man gleich, wie es äußerlich schien, viele Mühe hatte ihn hiezu zu bewegen r).

VII.  
Veränderung in Spanien.

Da

m) Voyez ROUSSET Recueil Tom. I. p. 307. Tom. IV. p. 146. Supplém. au Corps Diplom. Tom. III. p. 175. 178.

n) Voyez ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 110.

o) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 28. 35. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 243.

p) Voyez MONTGON Memoir. Tom. II. p. 352. 361. 367. Tom. III. p. 70.

q) Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. p. II. p. 89.

r) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 48. 51.

1724.  
Gesandtschaft dahin.

Da der Herr von Coulster, der Staaten Botschafter in Spanien, schon im Jahre 1722, von dort zurückgekommen war; so hatten sie unlängst beschlossen den Herrn Franz van der Meer, Rathsglied zu Leiden, kurz nach der Gelangung Ludewigs des Ersten zum Throne, in dieser Würde dahin zu schicken. Er kam im Maymonate zu Madrid an s), und ist daselbst verschiedene Jahre geblieben. Der Tod des jungen Königs stellte den Zustand der Sachen in Spanien wieder her, so wie er vor des Königs Abdankung gewesen war: von welcher man sich schon beträchtliche Veränderungen prophezeit hatte.

VIII.  
Die Reformirten in Frankreich werden verfolgt.

Der Friede, welcher iso fortbauerte, ob man gleich noch keinen allgemeinen Vertrag geschlossen hatte, schien den Römischkatholischen Mächten in verschiedenen Ländern Gelegenheit zu geben mit ihren protestantischen Unterthanen scharf zu verfahren. Von den Verfolgungen in Ungarn und in der Pfalz haben wir schon, im vorhergehenden Buche t) etwas gemeldet. Aber um diese Zeit wurden auch die Protestanten in Frankreich schwer gedrückt. Der junge König hatte große Achtung für den Alt-Bischof von Frejus, Andreas Hercules Fleury, der von Ludewig dem Vierzehnten zu seinem Lehrmeister ernannt worden, und seitdem bey Hofe geblieben war. Man sagt, daß er, auf Anrathen dieses Prälaten, und sehr wider den Willen des Herzogs von Bourbon u), dem es sonst an Eifer für seinen Glauben nicht fehlte, eine strenge Verordnung gegen die von der so genannten reformirten Religion habe ergehen lassen. Durch dieselbe ward den Predigern die Todesstrafe angekündigt. Männer, welche sie beherberget, und nicht angegeben hätten, sollten auf die Galeeren gesandt, und Frauenspersonen, in gleichem Falle, geschoren, und auf ewig eingesperrt werden. Ein jeder sollte seine Kinder, bey einer gewissen Geld- oder anderer schwerer Strafe, von dem Priester seines Kirchspiels taufen, und in dem Königreiche katholisch erziehen und unterweisen lassen. Von denen, die gefährlich krank wären, sollte man dem Priester Nachricht geben, und ihn bey den Kranken zuzulassen verbunden seyn. Wer in dem Bekenntnisse der so genannten reformirten Religion stürbe, verwirkete seine Güter. Und derjenige ward als einer, der in diesem Bekenntnisse gestorben war, angesehen, welcher sich geweigert hatte, die letzten Sacramente der Kirche zu empfangen. Derjenige, der den katholischen Gottesdienst nicht öffentlich bekannte und übete, sollte nicht zu den geringsten Aemtern oder Beibnungen befördert werden. Kinder, deren Aeltern oder Vormünder reformirt, und aus dem Königreiche entwichen wären, könnten sich frey verheirathen, ohne derselben Genehmigung nöthig zu haben. Heimliche Reformirte, die andere, und insonderheit die Kranken, von dem katholischen Glauben abmahneten, sollten, wenn sie Männer wären, mit den Galeeren gestraft, und Frauenspersonen geschoren und eingesperrt werden v).“ Die Verordnung enthielte noch andere sonderbare Dinge, welche wir der Kürze wegen übergehen. Der König Georg und die General-Staaten waren darüber nicht wenig empfindlich. Horatius Walpole, der wegen Großbritanniens sich an dem Französischen Hofe aufhielt, that verschiedene Vorstellungen, um eine Mil-

s) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1722. bl. 104.  
Jan.-Jun. 1724. bl. 295.

u) See TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 245.

v) Voyez Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 85.

t) §. XXI.

derung dieser scharfen Verordnung zu bewirken. Aber man antwortete ihm, daß die königlichen Verordnungen vollstreckt werden müßten w). Der Herr Cornelius Zop, Vorschaffter der Staaten, übergab dem Könige gleichfalls eine Schrift, worin er vorstellerte, „daß die königliche Verordnung auch fremde Protestanten, die sich wegen der „Handlung in Frankreich niedergelassen hatten, mit Grunde beunruhigen müßte, weil, „in Ansehung ihrer gar keine Ausnahme in der Verordnung gemacht wäre.“ Er fügte hinzu, „daß Ludewig der Vierzehnte, nach Widerrufung des Edicts von Nantes, „mehr als einmal die Erklärung gerhan hätte, daß fremde protestantische Kaufleute frey „in dem Königreiche bleiben und handeln könnten;“ und er bat zuletzt, „daß Seine „Majestät den fremden Protestanten diese Gnade nicht verweigern möchte x).“ Sein Gesuch war nicht fruchtlos. Die fremden Protestanten behielten die Freyheit, welche sie bis zum Ende der Regierung Ludewigs des Vierzehnten genossen hatten. Der König that auch bald hernach die Erklärung, daß die Verordnung seine protestantische Unterthanen in dem Elsaß nicht beträfe, weil für sie durch öffentliche Verträge die Religionsfreyheit bedungen wäre y). Unterdessen hatten die heimlichen Reformirten in Frankreich nun freylich weniger Freyheit, als sie unter der Regierung des Herzogs von Orleans gehabt hatten. Der Vorschaffter Zop ließ, als er zuerst nach Paris kam, in seiner Kapelle wechselsweise Französisch und Niederländisch, bald hernach aber allein Französisch mit so ungemeinem Zulaufe predigen, daß der Ort die Zuhörer nicht oder kaum fassen konnte. Allein dieser Zulauf, der zuerst durch Nachsicht gestattet war, ward in kurzem mit Gewalt verhindert, und keine als Fremde oder Hausgenossen in der Kapelle des Vorschaffters zugelassen. Der Herr Zop bewirkte jedoch, daß die Regierung den fremden Protestanten, die in Gärten begraben zu werden pflegten, einen abgesonderten Begräbnißplatz, an den Wällen von Paris, in der Gegend des St. Martinshores anweisen ließ z).

Zu Thorn in dem Polnischen Preußen entstand gleichfalls eine heftige Verfolgung gegen die Lutheraner, bey der Gelegenheit, daß einige lutherische junge Leute sich geweigert hatten, vor dem Sacramente nieder zu knien, welches, nach der Weise der Römischen Kirche, am 10ten des Heumonats öffentlich herumgetragen ward. Hieraus war eine gewaltsame Bewegung in der Stadt zwischen den Jesuiterschülern und den lutherischen Studenten entstanden. Einer der ersteren ward in Verhaft genommen; worauf seine Gelehrten sich auch eines lutherischen Studenten bemächtigten, welchen sie nicht eher los ließen, als bis der Jesuiterschüler in Freyheit gesetzt war. Mittlerweile ward das Jesuiten-Collegium von den Lutheranern angegriffen, und nach einigem Widerstande eingenommen und geplündert. Die Besatzung der Stadt und die ordentliche Wache, die darüber zu gekommen waren, stillten den Aufruhr. Die Jesuiten verklagten hernach bey dem Könige von Polen den Stadtrath von Thorn, welchem sie die Schuld des verübten Muthwillens

IX.

Aufruhr zu Thorn; woraus die Unmuthwillen der dortigen Lutheraner entsteht.

w) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 246.

die Verfassungen in dem Europ. Merc. Jul.-Dec. 1724. bl. 51.

x) Berichte der Bothsch. dieser Zeit und Schreiben vom 14 Jul. 1724. MSS. Man sehe VIII. Theil.

y) Berichte der Bothsch. dieser Zeit. MSS. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 246.

z) Berichte der Bothsch. dieser Zeit. MSS. C

1724.

willens zuschrieben; und der königliche Gerichtshof verurtheilte in kurzem den Präsidenten Rösner und den Vicepräsidenten Zerneke zum Tode. Verschiedenen andern, die beschuldigt wurden, daß sie den vornehmsten Antheil an der Plünderung gehabt, und einige Bilder der Heiligen gemißhandelt hätten, ward das Urtheil gesprochen, daß sie gewiertheilet und verbrannt werden sollten \*). Einigen wurden Geldstrafen aufgelegt. Ferner geschah, im Namen des Königs, die Erklärung, „daß die Hälfte des Rathes zu Thorn „künftig Römischkatholisch seyn; daß die Lutheraner den Katholiken ihre Kirche einräu- „men; daß die Lutherischen Schulen außerhalb der Stadt verlegt; daß die geistlichen „Aufzüge zu Thorn, auf eben die Weise als in Polen, gehalten, und daß die Stadt, „wofern sie sich unterstünde die Vollstreckung dieses Urtheils zu verhindern, der Strafe der „Empörung schuldig geachtet werden sollte a).“ Im Wintermonate kam Lubomirsky mit einigen Truppen nach Thorn. Die Verurtheilten wurden ergriffen; Rösner geköpft, und die übrigen bis auf Zerneken, der mit einer schweren Geldstrafe davon kam, am 7ten des Christmonats öffentlich hingerichtet. Die Könige von Preußen, Dänemark und Schweden hatten vergebens bey dem Könige von Polen um den Aufschub des Urtheils angehalten b). Die übrigen zum Nachtheile der Lutheraner in Thorn von dem königlichen Gerichtshofe gemachten Verfügungen wurden gleichfalls vollstreckt c). Der König von Großbritannien ließ bey dem Könige von Polen seitdem ernstlich um die Wiederherstellung der Lutheraner zu Thorn in ihre Rechte ansuchen d). Die General-Staaten beschloffen auf den Vorschlag der Stände von Holland, zu eben dem Ende an den Kaiser und an den König von Polen zu schreiben e). Allein die Bemühungen dieser Mächte waren gleichfalls fruchtlos. Die Verfolgung der Lutheraner zu Thorn gieng unterdessen dem Könige von Preußen am meisten zu Herzen, und er nahm bald darauf die Bedrückten öffentlich in seinen Schutz f). Diese Begebenheit hatte auch einen beträchtlichen Einfluß auf verschiedene Unterhandlungen, woran auch die Staaten Antheil hatten. Daher war es nöthig hier kürzlich davon Meldung zu thun.

Die Staaten schreiben für die Bedrückten.

## X.

Unterhandlung wegen des Friedens mit Algier.

Die anhaltenden Räubereyen der Algierer hatten endlich die Staaten zu dem Entschlusse gebracht, den Schout by nacht \*\*) Godin mit einigen Kriegsschiffen nach Algier zu schicken, und wegen eines Friedens handeln zu lassen. Sie hatten hiezu schon im verwichenen Jahre einige Vorschläge gethan, die aber von der Hand gewiesen waren. Godin, der im Maymonate dieses Jahres auf der Meere von Algier angekommen war, war darin nicht glücklicher. Der Dey forderte ein ansehnliches Geschenk an Kriegsbedürfnissen, und Godin hatte nur Vollmacht ihm sechs Jahre nach einander zwanzig tausend

a) *Foyez Du MONT* Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 89.

b) *Getr. en naauwk. Verhaal*, gedr. 1725.

c) *Foyez Du MONT* Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 87.

d) *TINDAL* Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 246.

e) *Zie Groot-Plakaatb.* VI. Deel, bl. 392.

f) *MONTGON* Memoir. Tom. II. p. 406.

\*) Eigentlich lautete das Urtheil so, daß fünf enthauptet, vier andere, nach vorher abgehauener rechter Hand, gleichfalls enthauptet, und einer dieser vier letzten noch hernach gewiertheilet, die drey übrigen aber verbrannt werden sollten. Man sehe *Du MONT* Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 94.

\*\*) Contreadmiral.

send Gulden jährlich anzubieten. Die Unterhandlung hatte demnach keinen Fortgang g). Im Brachmonate eroberte der Hauptmann Cornelius Schryver, der unter Godins Geschwader gehörte, einen Algerischen Seeräuber von sechs und dreyßig Canonen auf der Höhe des Vorgebirges St. Vincent h). Etwas hernach, im Weinmonate, versoffete er einen andern, der bey Tetuan auf den Strand lief, und sein eigenes Schiff in Brand steckte i). Der Rauffahrer Albert Schaap, der nur acht und zwanzig Canonen führte, war mit drey Algerischen Schiffen in ein Gefecht gerathen, und im Wintermonate, auf der Höhe von Cadix in die Luft geflogen k). Der Unteradmiral, Herr von Sommeldyck ging, im folgenden Jahre, wieder in See, um auf die Algierer zu kreuzen. Die Hauptleute Jvensel und Wittenhorst schlugen sich etliche male mit ihnen herum; sie nahmen ihnen auch ein oder zwey Schiffe wieder weg. Aber sie waren nicht so glücklich einen Algierer zu erobern.

Die Ritterschaft von Holland war, im Wintermonate des Jahres 1724, mit drey neuen Gliedern vermehret worden. Diese waren Jacob Baron von Wassenaar, Herr von Zuid-Waddingsveen und Bürgermeister zu Leiden; Friderich Henrich Baron von Voetselaar-Langerak, und Adam Adrian van der Duin, Herr von drey Benthorn und Befehlshaber von Willemstad, Klundert und der darunter gehörigen Schanzen l).

Die Stände der Vereinigten Niederlande, die sich bisher um die Unterhandlungen zu Cambray und an verschiedenen Europäischen Höfen wenig bekümmert hatten, bekamen, um diese Zeit, Gelegenheit sich darin tiefer, als vorher, einzulassen. Der Hof von Wien hatte beschlossen die Ostendische Gesellschaft, welche die Staaten gerne aufhoben gesehen hätten, aus allem Vermögen zu schützen. Die Stände von Brabant ließen nicht ab den Kaiser darum auf das ernstlichste zu bitten m). Der König von Großbritannien und die General-Staaten n) arbeiteten dagegen an den Höfen von Versailles und Madrid, um den Königen von Frankreich und Spanien zu zeigen, daß die Ostendische Gesellschaft, den feyerlichsten Verträgen zuwider aufgerichtet wäre, und im Stande erhalten würde. Beide Höfe wurden auch, wie es schien, vollkommen davon überzeugt. Der Marquis de Monteleone, Spanischer Botschafter an dem Französischen Hofe, gab dem Herrn Hop deutlich zu verstehen, „daß da der König, sein Herr, die Niederlande auf gleichen Fuß, als der König Carl der Andere sie besessen, abgetreten hätte, er nicht würde zugeben können, daß man aus denselben nach Indien schiffete o).“ Der Marquis von Pozzo-Buono, Spanischer Botschafter in England, hatte so gar, im April dieses Jahres, rund heraus gesagt, daß der König, sein Herr, die Errichtung der Ostendischen Gesellschaft mißbilligte. „Die Könige von Spanien,“ sagte er, „hatten vormals die Macht ihre Unterthanen, außer den Spaniern, von der Schifffahrt nach Indien auszuschließen. Die Niederländer wären wider die

C 2

„also

g) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1724. bl. 291.

h) Schreiben vom 19 Jun. 1724. in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1724. bl. 229.

i) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1724. bl. 229.

k) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1725. bl. 94.

l) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1724. bl. 237.

m) Voyez Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 80. ROUSSET Recueil. Tom.

II. p. 84.

n) Resol. Gener. Mercur. 24 Mart. 1723.

o) Schreiben des Botsch. Hop an den Secr. Sagel vom 14 Apr. und 23 Jun. 1724.

1724.  
Verträge er-  
richtet sey.

„also auch davon ausgeschlossen gewesen. Spanien hätte, in dieser Voraussetzung, ver-  
schiedene Verträge mit den Vereinigten Niederlanden, und besonders den Münster-  
rischen Vertrag geschlossen, der in den Spanischen Niederlanden angenommen wäre.  
„In diesem Zustande wären diese Niederlande dem Kurfürsten von Bayern abgetre-  
ten worden, indem nicht zu vermuthen wäre, daß der König von Spanien, durch diese  
Abtretung den Niederländern die Freyheit nach Indien zu schiffen habe geben wollen.  
„Der König von Frankreich hätte nachher, im Namen des Königs von Spanien,  
die Spanischen Niederlande den General-Staaten der Vereinigten Niederlande  
auf gleichen Fuß, als sie dem Kurfürsten von Bayern abgetreten gewesen wären, ein-  
räumen lassen. Und auf keinen andern Fuß wären sie nachher von den Staaten dem  
Kaiser übergeben worden. Der König von Spanien würde daher durch den Vertrag,  
worüber iſo gehandelt würde, die Spanischen Niederlande an den Kaiser nicht ab-  
treten können, ohne sich das ausschließliche Recht zu der Schifffahrt nach Indien vor-  
zubehalten; wosern er den Vereinigten Niederlanden keine gegründete Ursache ge-  
ben wollte über eine offenbare Verletzung des Münsterischen Friedens zu klagen. Sie  
würden so gar, wenn sie der Verbindlichkeit dieses Friedens entlediget wären, nach den  
Spanischen Indien handeln können. Die Einwohner der kaiserlichen Niederlande  
würden selbst so wohl nach dem Spanischen Indien als anderwärts schiffen können,  
wenn der König sich dies ausschließliche Recht nicht vorbehielte. Es wäre also, be-  
schloß er, auch Spanien daran gelegen, daß der von dem Kaiser der Ostendischen Ge-  
sellschaft verliehene Freybrief nicht Statt hätte p).“ Er verlangte daher, daß die  
Sache dieser Gesellschaft auf die Versammlung zu Cambray gebracht und daselbst abge-  
than würde q). Man konnte also, wie es schien, gewiß glauben, daß der Hof von  
Madrid die Seemächte unterstützen, und die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft  
befördern helfen würde. Aber die Sachen dieses Hofes bekamen in kurzem eine sehr ver-  
änderte Gestalt. Und es wird der Mühe wohl werth seyn hier in der Kürze anzuzeigen,  
was dazu Anlaß gegeben hat.

## XII.

Der König  
von Spanien  
handelt be-  
sonders mit  
dem Kaiser.

Das vierfache Bündniß war, unter andern, geschlossen, um dem Infanten  
Don Carlos die Erbfolge in den Herzogthümern Toscana, Parma und Piacenza zu  
versichern r); und die Mächte, welche in dieses Bündniß getreten waren, thaten ihr Bes-  
tes auf der Versammlung zu Cambray, um den Kaiser zur Einwilligung in die zu die-  
sem Ende genommene Maafregeln zu bewegen. Er hatte auch, im Anfange dieses Jah-  
res eine Acte zu Cambray übergeben lassen, wodurch Toscana, Parma und Piacen-  
za dem Infanten versprochen wurden s). Aber weil er nicht anders, als sehr langsam,  
zu diesem Schritt gekommen war; so hatte er, wie man dafür hält, nicht ungern gese-  
hen, daß der Papst und der regierende Großherzog von Toscana gegen dies Versprechen  
protestirte hatten. Er hoffete daher, daß dasselbe keine Folge haben, oder wenigstens  
durch einige Vortheile vergütet werden würde, welche er sich dagegen von der Krone Spa-  
nien zu bedingen dachte. Einige versichern, daß der Kaiser, um diese seine Absicht zu  
erreichen, sich des Mißvergnügens des Römischen Hofes über die erteilte Anwartschaft  
auf

p) Voyez Du MONT Corps Diplom. Tom.  
VIII. P. II. p. 85. ROUSSET Recueil Tom.  
II. p. 76.

q) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 402.

r) S. oben B. LXX §. X.

s) S. oben §. VI. dieses Buchs.



auf Parma und Piacenza zu bedienen gerufen, und daß er, mittelst desselben, den König und die Königin von Spanien, bald nachdem Philipp der Fünfte die Regierung wieder angetreten hatte, zu einer besondern Unterhandlung habe einladen lassen <sup>1)</sup>. Dies ist wenigstens gewiß, daß der König, im Weinmonate dieses Jahres, einen Gesandten nach Wien mit dem Auftrage geschickt habe, mit dem Kaiser und dem Reiche allein heimlich über einen Vertrag, ohne Zwischentretung Frankreichs und Großbritanniens zu handeln, deren Bevollmächtigte unterdessen die Zeit fruchtlos zu Cambray zubrachten.

Der Spanische Hof wählte zu dieser wichtigen Unterhandlung den Herrn von Ripperda, eben denselben, der im Jahre 1715, von den General-Staaten nach Spanien gesandt worden war <sup>u)</sup>. Er hatte, nachdem er, im Jahre 1717 um die Erlaubniß angeführt hatte, eine Reise hieher zu thun <sup>v)</sup>, im folgenden Jahre zu Madrid, kurz vor dem Ausbruche der Handel zwischen Frankreich und Spanien, die Römisch-katholische Religion angenommen, und hiedurch den Posten, welchen er, von wegen der Staaten an dem Hofe von Madrid bekleidet hatte, verlohren. Seitdem war er beschäftigt gewesen, Webereyen in Spanien anzulegen und zu befördern, ohne den Nachtheil zu achten, welchen er hiedurch seinem Vaterlande zuzog. Seine Begierde, einen Antheil an der Verwaltung der Staatsgeschäfte zu erhalten, war inzwischen Ursache, daß er sich allmählig tiefer in die Gnade der Königin einschmeichelte, dergestalt, daß sie und der König endlich beschlossen, ihm die Unterhandlung an dem Hofe von Wien anzuvertrauen <sup>w)</sup>. Vor seiner Abreise nach Deutschland ließ er austreuen, daß er eine Reise nach Holland, zu Besorgung seiner eigenen Sachen thun würde. Allein so bald man nur hörte, daß er, unter dem Namen eines Barons von Passenberg, zu Wien angekommen war, vermuthete man gleich, daß ein wichtiges Staatsgeheimniß unter seiner Reise verborgen seyn müßte. Der Botschafter van der Meer war einer der ersten, die etwas davon erfuhren. Er gab dem Marschall de Tessé, Französischen Gesandten in Spanien, davon Nachricht, und der Ausgang lehrte in kurzem, daß er das wahre Geheimniß der Reise des Ripperda entdeckt hatte.

Der Spanische Gesandte hatte zuerst beträchtliche Mühe, die kaiserlichen Staatsdiener zu einem Vertrage nach Spaniens Absichten zu bewegen. Und als sie seinen Vorschlägen Gehör zu geben anfiengen, forderten sie von ihrer Seite solche Bedingungen von dem Könige von Spanien, daß Ripperda, weil er keine Vollmacht hatte so viel zu bewilligen, die Unterhandlung bis in den Frühling des folgenden Jahres verzögerte, da der Französische Hof einen Schritt that, welcher Philipp den Fünften bewog, ohne Verzug mit dem Hofe zu Wien zu schließen <sup>x)</sup>.

Wir haben zuvor erzählt, wie der Herzog von Orleans, mehr aus Rücksicht auf seinen eigenen als des Königs und des Königreichs Vortheil, eine Heirath zwischen Ludwig dem Fünfzehnten und der Infantinn von Spanien geschlossen hatte <sup>y)</sup>, welche wegen der Jugend der Prinzessin, die nun erst in ihr siebentes Jahr getreten war, noch

1724.

Der Herr von Ripperda geht in Spanische Dienste.

Seine Unterhandlung an dem Hofe zu Wien.

1725.

XIII.

Der König von Frankreich schickt die ihm zur

C 3

t) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 152.

u) S. oben B. LXIX. §. XX.

v) Refol. Hoil. 28 Jul. 11, 24 Dec. 1717.

bl. 330, 551, 566.

w) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 152,

222.

x) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 153,

154, 241.

y) Man sehe oben B. LXX. §. XXV.

1725.

Gemahltn  
bestimmte  
Spanische  
Infantinn  
zurück.

noch nicht hatte vollzogen werden können. Der Tod des Herzogs von Orleans hatte die Absicht, welche er bey dieser Heirath gehabt hatte, vereitelt. Der Hof, und der Herzog von Bourbon insonderheit, war der Meynung, daß die Wohlfahrt des Königreichs erforderte, daß der König sich mit einer Prinzessin vermählte, die im Stande wäre ihm Kronerben zu verschaffen; welches von der jungen Infantinn noch in langer Zeit nicht zu hoffen war. Man stellte dieses dem Könige so ernstlich vor, daß er in kurzem beschloß, die Verbindung, welche der Herzog von Orleans während seiner Minderjährigkeit mit dem Spanischen Hofe gemacht hatte, aufzuheben. Unterdessen hatte man sein Bestes gethan, um diesem Hofe alle Vermuthung eines solchen Vorhabens gänzlich zu benehmen. Der Marschall de Tessé erhielt den Befehl, den König und die Königin zu versichern, daß die Verbindung zwischen dem Könige, seinem Herrn, und der Infantinn geschehen sollte, so bald die Prinzessin völlige sieben Jahr erreicht haben würde: da man inzwischen in dem königlichen Rathe geschäftig war zu überlegen, wie man sich in diesem wichtigen Falle zu betragen hätte, damit die Wohlfahrt des Königs und des Königreichs nicht verwaorset, und die Ehre eines Fürsten, der einmal König von Frankreich werden könnte, so wenig als möglich verleset würde. Der König hatte im Anfange dieses Jahrs eine gefährliche Krankheit ausgestanden, welche die Unruhe des Hofes sehr vermehret hatte. Man beschloß daher den Berathschlagungen, die schon eine geraume Zeit gedauert hatten, ein Ende zu machen. Der Herzog von Bourbon ließ einige Cardinäle, Marschälle, Herzoge und andere Großen des Reichs zusammen rufen, und stellte ihnen vor, „daß die „Wohlfahrt des Staats erforderte, daß der König sich mit einer maubaren Prinzessin „vermählte, und daß man die Infantinn nach Spanien zurückschicke.“ Jedermann war hierin mit ihm einig. Jedoch hielten einige dafür, daß man dieses Vorhaben nicht bekannt machen müßte, ehe man die Einwilligung des Königs und der Königin von Spanien durch gütliche Unterhandlungen erhalten haben würde; welches andere für gefährlich und langwierig hielten. Man beschloß demnach, die Infantinn ohne Verzug zurückzusenden; und zugleich, daß sowohl der König als der Herzog von Bourbon einen höflichen Brief an den König und die Königin von Spanien schreiben, und darin diesen Schritt mit den besten von der unvermeidlichen Nothwendigkeit hergenommenen Gründen zu entschuldigen suchen sollte. Gleich hierauf ward der Marschall de Tessé aus Spanien zurückgerufen. Die Briefe, worin die Abreise der Infantinn dem Könige und der Königin von Spanien bekannt gemacht ward, wurden dem Abte de Livry, der von seiner Gesandtschaft in Portugal nach Madrid zurückgekommen war, durch einen reitenden Boten mit dem Befehle zugesandt, sie dem Könige und der Königin einzuhandigen, ohne sie vorher, wie in andern Fällen wohl gebräuchlich war, von dem Inhalte zu unterrichten. Allein der Abt, der sich einbildete, daß er durch eine beredsame Vorstellung die Bitterkeit seiner Bottschaft würde versüßen können, fand rathsam, bey Ueberreichung der Briefe eine bewegliche Anrede an den König und die Königin zu thun; die beiderseits, da sie aus dem Eingange merkten, was er ihnen vortragen wollte, ihm zu schweigen befahlen, und sich zugleich weigerten, die Briefe anzunehmen oder zu lesen. Der König und die Königin empfanden den ihnen von dem Französischen Hofe angethanen Schimpf so hoch, daß dem Abte Livry und allen Franzosen, die sich mit den Sachen dieses Hofes beschäftiget hatten, der Befehl zugesertiget ward, innerhalb vier und zwanzig Stunden Madrid zu räumen. Die Prinzessin von Beausolois, die mit dem Infant-

Unwille dar-  
über an dem  
Spanischen  
Hofe.

ten

ten Don Carlos versprochen war, ward auch nach Frankreich zurückgesandt. Patri-  
cius Lawles, und der Marquis de Monteleone, die sich von wegen Spaniens an  
dem Französischen Hofe aufhielten, wurden befohlen, die Infantinn sogleich abzufordern,  
und mit ihr nach Spanien zurückzukommen. Allein die Herzoginn von Tallard war  
schon mit der Prinzessin nach den Gränzen abgereiset z), wo sie von wegen des Königs  
und der Königin von Spanien prächtig empfangen ward. Sie hatte sich, ungeachtet  
ihrer jarten Jahre, in Frankreich sehr beliebt gemacht, und ward von einigen, die sie  
gekannt haben, als ein Wunder von Wize, Annehmlichkeit, Höflichkeit und  
Leutseligkeit betrachtet a).

Es schien zuerst, daß dieser Vorfall einen unvermeidlichen Friedensbruch zwischen XIV.  
den zween Höfen verursachen würde. Aber die Schwachheit und Schwermuth des Kö- Verschiedene  
nigs von Spanien verhinderten ihn, eine gewaltsame Entschliesung zu nehmen. Die Verträge die  
erste Folge der Zurücksendung der Infantinn war die Unterzeichnung einiger Verträge mit zwischen dem  
dem Hofe von Wien. Ripperda erhielt so gleich den Befehl, alles zu bewilligen, was Kaiser und  
man von kaiserlicher Seite verlangt hatte b); und am 30sten April unterzeichnete er zu von Spanien  
Wien zween Verträge, nämlich einen Friedensschluß, und ein Schugbündniß mit dem geschlossen  
Kaiser: welchen am 1sten May ein Handelsvertrag mit dem Kaiser, und am 7ten des werden.  
Brachmonats ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reiche beygefüget worden. Durch  
alle diese Verträge ward eine so genaue Vereinigung zwischen dem Kaiser und Spanien  
errichtet, daß sie, wie einige wollen, niemals, auch so gar nicht zu der Zeit, da die zween  
Aeste des Hauses Oesterreich in beiden Reichen regierten, größer gewesen war c).

Durch den Friedensvertrag mit dem Kaiser ward „der Vertrag von London Hauptinhalt  
„vom Jahre 1718 bekräftiget, und Sardinien, mit Vorbehalte des Rückfalls an die dieser Ver-  
„Krone Spanien, dem Kaiser abgetreten, der es wieder, wie er bereits gethan hatte, träge.  
„abtreteten konnte. Der Kaiser willigte dagegen in alles, was durch den Utrechtschen  
„Frieden wegen der Thronfolge in den Königreichen Frankreich und Spanien festgesetzt  
„war, und begab sich alles Rechts auf Spanien. Der König Philipp entsagte allen  
„seinen Ansprüchen auf die Staaten des Kaisers in Italien und in den Niederlanden,  
„so wie sie ihm durch den Londonischen Vertrag zuerkannt waren; auch seinem Rechte auf  
„alles, was vormals in Italien und den Niederlanden der Spanischen Monarchie ge-  
„höret hatte; und namentlich that er Verzicht auf das Marquisat Sinal, welches der  
„Kaiser im Jahre 1713 dem Staate von Genua abgetreten hatte; und endlich auf den  
„Rückfall des Königreichs Sicilien an die Spanische Krone. Der Kaiser versprach fer-  
„ner Toscana, Parma und Piacenza, die durch den Vertrag von London für Reichs-  
„lehne erkannt waren, dem ältesten Sohne der gegenwärtigen Königin von Spanien,  
„oder in Ermangelung desselben, dem zweiten oder dem folgenden, im Falle die gegenwär-  
„tigen Besitzer dieser lehn ohne männliche Erben stürben. Livorno sollte iedoch allezeit  
„ein Freyhafen bleiben, so wie er es gegenwärtig war. Der König von Spanien ver-  
„sprach, niemals Vormund desjenigen seiner von der gegenwärtigen Königin gebornen  
„Söhne zu seyn, welcher zum Besitze der gedachten Fürstenthümer gelangen würde. Auch  
„sollte er diesem in gedachtem Falle Porto Longone, und dasjenige, was er igo in der  
„Insel

z) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 4-27.

b) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 155.

a) Berichte der Bothsch. dieser Zeit. MS.

c) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 156.

1725.

„Insel Elba besäße, abtreten. Carl der Sechste und Philipp der Fünfte sollten die „Ziel behalten, die sie bisher angenommen hätten, ihre Nachfolger aber keine andern, „als von den Reichen und Würden, welche sie wirklich besäßen, führen. Der Kaiser „versprach die festgesetzte Thronfolge in dem Königreiche Spanien zu handhaben: woge- „gen der König von Spanien sich zur Gewährleistung der von dem Kaiser, nach dem „Beispiele seiner Vorfahren, als ein beständiges Gesetz und Pragmatische Sanction „in dem Hause Oesterreich festgestellten Erbfolge verbindlich machte d).“ Der Friede mit dem Deutschen Reiche bestätigte die Artikel, die das Reich in dem Friedensvertrage mit dem Kaiser betrafen e). In dem Schutzbündnisse zwischen dem Kaiser und dem Kö- „nige von Spanien, so wie dasselbe in dem Anfange des Jahres 1727 an das Licht ge- „stellt ward, versprach der erste „sich nicht gegen die Zurückgabe von Gibraltar und Por- „to Mahon zu setzen; welche, wie der letztere versicherte, in Ansehung Gibraltors, von „dem Könige von Großbritannien versprochen wäre.“ Ferner machten die zween Für- „sten sich verbindlich, „sich einander, und zwar der Kaiser dem Könige mit dreßzigtausend „Mann, und der König dem Kaiser mit zwanzigtausend Mann, und wenigstens funfzehn „Kriegsschiffen beizustehen f).“ Allein durch den Handelsvertrag, der für die Unter- „thanen des Kaisers sehr vortheilhaft war, wurden „der Ostendischen Gesellschaft eben die „selben Vorrechte und Freyheiten in Spanien und Indien zugestanden, die vorhin den „vereinigten Niederlanden von den Königen von Spanien verliehen waren. Die „kaiserlichen Unterthanen sollten auch die Freyheit haben, nach den Canarischen Inseln, „eben so wie die Engländer und Holländer, zu handeln. Ja es wurden ihnen über- „haupt eben dieselben Vorrechte als diesen zween Völkern zugestanden g).“ Der Frie- „dens- und Handelsvertrag ward bald bekannt gemacht, das Schutzbündniß aber bis zum „Anfange des Jahres 1727 geheim gehalten. Uebrigens ward ausgestreut und geglaubt, „daß noch ein anderes Trugbündniß zum Nachtheile Frankreichs und Großbritanniens „zu Wien geschlossen wäre h): wovon allmählig etwas auskam, obgleich der Hof zu Wien, „ja auch die Spanischen Minister öfters ernstlich geleugnet haben, daß ein solches Trug- „bündniß geschlossen wäre.

Betrachtung  
über diese  
Verträge in  
Ansehung  
Spaniens.

So wohl Spanien als der Kaiser glaubten ihre Rechnung in diesen verschiede- „nen Verträgen zu finden. Philipp der Fünfte sah sich zuletzt in dem Besitze der Krone „Spanien gesichert, worauf der Kaiser bisher sein Recht behalten, oder wenigstens nicht „ordentlich abgetreten hatte (1). Das Schutzbündniß gab ihm auch Hoffnung zur Wie- „dererlangung des Besizes von Gibraltar und Porto Mahon, welche ihm, wie man „will, durch einige geheime Artikel, oder durch einen besondern Vertrag versichert war. „Endlich

d) *Voyez Du MONT* Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 106. *ROUSSET* Recueil Tom. II. p. 110. Tom. III. p. 458-471.

e) *Du MONT ubi supra* p. 121. *ROUSSET* Recueil, Tom. II. p. 123.

f) *Du MONT ubi supra* p. 113. *ROUSSET* Recueil, Tom. II. p. 178.

g) *Du MONT* Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 114. *ROUSSET* Recueil Tom. II. p. 127.

h) *TINDAL* Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 277, 278.

(1) Man sehe dasjenige, was von dieser Abtretung in dem vierfachen Bündniß von 1718 festgesetzt war, oben B. LXX. §. X. S. 510.

Endlich ward ihm die Erbfolge in den Herzogthümern Toscana, Parma und Piacenza, zum Vortheile seines ältesten Sohnes von der gegenwärtigen Königin, versprochen. Diese Prinzessin hatte, wegen der Schwachheit des Königs, iso die Regierung in Händen i), und hat allezeit gearbeitet ihren Söhnen ansehnliche Staaten zu verschaffen. Man war auch in Spanien mit dem Schlusse der verschiedenen Verträge mit dem Kaiser und dem Reiche so wohl zufrieden, daß der Herr von Ripperda, bald nach seiner Zurückkunft aus Deutschland zum Herzoge und Grande von Spanien und zum Oberstaatsminister des Königs erhoben ward; welche ungemeine Gnadenbezeugungen er jedoch, wie man will, vornemlich den Versicherungen zu danken hatte, die er der Königin gegeben, daß er den Kaiser so gut als bewogen hätte, in eine Heirath zwischen dem Infanten Don Carlos und der ältesten kaiserlichen Prinzessin zu willigen k): wiewohl der Erfolg in kurzem gezeigt hat, daß er der Königin, in diesem Betrachte, mit einer vergeblichen Hoffnung geschmeichelt hatte. Und in der That glarbeta man Grund zu der Vermuthung zu haben, daß Spanien einige geheime Vortheile für sich bedungen haben müßte; weil die bekannten dem Könige, auf der Versammlung zu Cambray, zufolge dem vierfachen Bündnisse, zugeeignet worden seyn würden.

Aber Carl der Sechste hatte durch den Wienervertrag Vortheile erhalten, und des Kaisers, welche er auf der Versammlung zu Cambray, wo die Franzosen und Engländer das pers. Mittleramt führten, niemals erlangt haben würde. Ich spreche nicht von demjenigen, was ihm schon durch das vierfache Bündniß zugesandt war, sondern besonders von dem vortheilhaften Handelsvertrage, wodurch, unter andern, der Freybrief der Ostendischen Gesellschaft erkannt und bekräftigt ward, ungeachtet der Marquis de Pozzo-Bueno noch im vorigen Jahre zu erkennen gegeben hatte, daß diese Gesellschaft, auch nach dem Urtheile des Königs und der Königin von Spanien, wider den Inhalt der Verträge aufgerichtet wäre l). Der Artikel in dem Friedensvertrage, wodurch Philipp der Fünfte sich verband, die festgesetzte Erbfolge in dem Hause Oesterreich zu erhalten, war auch von großer Wichtigkeit für den Kaiser. Um dieses desto besser zu verstehen, wird es nicht undienlich seyn, hier kürzlich anzuzeigen, wie es mit dieser Verordnung wegen der Erbfolge, die in kurzem auch für den Staat der vereinigten Niederlande wichtig geworden ist, zugegangen sey.

Die Fürsten des Hauses Oesterreich pflegten, um die Vertheilung ihrer Verlassenschaft, und also auch die Verminderung des Ansehens ihres Hauses, zu verhüten, öfters Verfügungen wegen der Erbfolge zu machen, gleichwie Ferdinand der Andere und der Kaiser Leopold selbst gethan hatten. Durch diese Verfügungen war allezeit den Söhnen der Vorgang vor den Töchtern gegeben, und zugleich festgesetzt worden, daß der älteste den jüngeren Söhnen vorgehen sollte. Der Kaiser, welcher keine Söhne hatte, war schon im Jahre 1713 schließig geworden, zu näherer Erklärung dieser Verfügungen festzusetzen, „daß, in Ermangelung der Erzherzoge, die Erzherzoginnen aus dem Hause Oesterreich nach der Ordnung ihrer Jahre in seiner Verlassenschaft folgen sollten: „nämlich zuerst die Erzherzoginnen, seine Töchter, hernach die Erzherzoginnen, seine Nichten,

XV.  
Nachricht  
von der  
Pragmati-  
schen San-  
ction oder  
der kaiserl.  
Erbsolgege-  
bung.

i) Voyez MONTGON Memoir. Tom. II. p. 312.

k) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 155, 208, 234.

l) Man sehe oben §. XI. dieses Buchs.

1725.

ten, des Kaisers Josephs Töchter, und endlich die Erzherzoginnen, seine Schwestern.“ Die Töchter des Kaisers Joseph, deren eine mit dem Kurprinzen von Sachsen, und die andere mit dem Kurprinzen von Bayern verheirathet war, hatten in diese Verfügung gewilliget. Aber weil dieselbe, in Ansehung der Oesterreichischen Niederlande, der von dem Kaiser Carl in dem Fünften im Jahre 1549 gemachten Einrichtung zuwider lief m); so hatte der gegenwärtige Kaiser dafür gesorgt, daß seine neue Verfügung von den Ständen der gedachten Niederlande genehmiget und angenommen, dagegen aber die Verfügung vom Jahre 1549 aufgehoben worden war. Auf ihr Ansuchen hatte der Kaiser, im verwichenen Jahre, seine Verordnung wegen der Erbfolge, die hernach insgemein die Pragmatische Sanction genannt ward, in öffentlichen Druck herausgegeben n). Und nun that er alles mögliche, um nicht nur die Fürsten und Stände des deutschen Reichs, sondern auch die vornehmsten andern Mächte von Europa zur Gewährleistung dieser Verordnung zu bewegen. Er war hierin zum Theile auch glücklich. Der König von Spanien war der erste, der sich zu der Gewährleistung, von welcher wir sprechen, durch den Wienervertrag verbindlich machte. Hierzu war er, aller Wahrscheinlichkeit nach, durch die Hoffnung der Heirath seines Sohnes Don Carlos mit der ältesten Erzherzoginn, welche, zufolge der Pragmatischen Sanction, alle Staaten des Kaisers erben mußte, wosern er keinen Sohn nachließ, bewogen worden. Dem Kaiser Carl war inzwischen vieles daran gelegen, daß Spanien die Gewährleistung dieser Erbfolgeverordnung versprach, und anderen darin vorging, welche, wahrscheinlich, sich dazu leichter bewegen lassen würden, da sie das Beispiel des Königs Philipp vor sich hatten; woserne sie sich anders nicht durch die Furcht vor der entworfenen Heirath zwischen Don Carlos und der Erzherzoginn davon abschrecken ließen. Allein wie viele Vortheile sich auch der Kaiser und der König von Spanien aus den zu Wien geschlossenen Verträgen versprechen mochten; so waren verschiedene andere Mächte, und namentlich Großbritannien und die Staaten, darüber so mißvergnügt, daß sie alsobald auf Mittel dachten, die Hoffnung, welche Carl der Sechste und Philipp der Fünfte aus ihrer genauen Verbindung schöpften, gänzlich zu vereiteln.

Die Versammlung zu Cambray get aus einander.

Gleich nach Schließung der Wiener Verträge wurden die Unterhandlungen zu Cambray gänzlich abgebrochen. Der Spanische Hof hatte, auf die Nachricht von der Zurücksendung der Infantinn, sich bereits gemeigert Frankreichs Vermittelung zwischen sich und dem Kaiser ferner zu erkennen; und den König von Großbritannien ersucht, diese Vermittelung allein zu übernehmen. Aber der König Georg, welcher wohl mußte, daß solches dem Kaiser unangenehm seyn, und vielleicht auch in Frankreich mit keinem guten Auge angesehen werden würde, hatte diese Ehre von der Hand gewiesen o). Hierauf war die Schließung der Verträge zu Wien erfolgt, welche der Versammlung zu Cambray nothwendig ein Ende machen mußte, wo nun, nachdem alle handelnde Mächte verglichen waren, nichts mehr zu thun war; denn man war noch nicht einig geworden die Sache der Ostendischen Gesellschaft auf diese Versammlung zu bringen.

Der

m) Man sehe B. XIX. S. XXII. S. 13.

Tom. III. p. 425 - 457. Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 162.

n) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 40, 51, 103. ROUSSEAU Recueil

o) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 274. MONTGON Memoir. Tom. I. p. 252.



Der Nachtheil, welchen die Vereinigten Niederlande aus der Errichtung dieser Gesellschaft vorher sahen, verstattete nicht den zu Wien geschlossenen Handelsvertrag mit gleichgültigen Augen anzusehen. Die Ost- und Westindischen Gesellschaften dieser Lande übergaben den General- Staaten neue Vorstellungen, worin sie über diesen Vertrag große Klagen führten, und behaupteten, daß er verschiedenen vorigen Verträgen zuwider liefe. Sie baten auch, daß die Staaten, zu Madrid und zu Wien, um die Abstellung der billigen Beschwerden, welche sie gegen diesen Vertrag eingebracht hatten, anhalten mögten p). Die Staaten waren auch so sehr von der Rechtmäßigkeit dieses Vertrags überzeugt, daß sie ihren Gesandten bey dem Kaiser und dem Könige von Spanien Befehle ertheilten, deswegen ernstliche Vorstellungen an beiden Höfen zu thun. Die Gesandten des Königs von Großbritannien, der sich zur Gewährleistung des Barrierevertrages verbindlich gemacht hatte, unterstützten ihre Bemühungen sowohl zu Madrid als zu Wien q). Der Herr van der Meer hatte, schon im Heumonate, dem Könige von Spanien eine Vorstellung übergeben, und darin angeführt, „daß die Staaten, sei-  
 „ne Herren, sich allezeit angelegen seyn lassen, die Verträge zu halten; daß sie ins be-  
 „sondere durch die bisherige Verweigerung ihres Beitrittes zu dem vierfachen Bündnisse,  
 „ungeachtet aller ihnen angebotenen Vortheile, um sie dazu zu bewegen, ihre Aufmerk-  
 „samkeit für Spaniens Vortheil gezeigt, und daß sie sich daher geschmeichelt hätten, Spanischen  
 „daß Seine Majestät sich, in Ansehung ihrer, nicht nur als ihren Bundsgenossen, son-  
 „dern auch als ihren Beschützer gegen einen jeden, der die mit ihnen geschlossenen Ver-  
 „träge zu verletzen suchen möchte, betragen haben würde. Allein daß die Gestalt der  
 „Sachen nun so sehr verändert schiene, daß Seine Majestät sich als einen Beschützer  
 „einer wider die Treue der Verträge aufgerichteten Gesellschaft bezeugte. Daß die kö-  
 „niglichen Minister sich vergebens mit der Ausflucht zu helfen suchten, daß man dem Kai-  
 „ser nichts zugestanden hätte, als was mit den alten Verträgen übereinstimmte; weil  
 „leicht zu sehen wäre, daß der Wienische Handelsvertrag den Münsterischen und Utrech-  
 „tischen Verträgen zuwider liefe. Durch den Wienischen Vertrag würde allen kaiserli-  
 „chen Kriegs- und Kauffahrtenschiffen die Erlaubniß gegeben, sich in den Spanischen Ha-  
 „sen, die in Indien nicht ausgenommen, zu erfrischen, wenn man nur in diesen keinen  
 „Handel triebe. Die kaiserlichen Unterthanen bekämen auch die Freyheit die aus In-  
 „dien gebrachte Waaren nach Spanien zu führen, wenn sie nur bewiesen, daß diese  
 „Waaren durch die Ostindische Gesellschaft dahin gebracht wären. Man stünde ihnen  
 „endlich alle den Engländern und Holländern durch verschiedene Verträge verliehene Vor-  
 „theile zu. Es erhellete nicht aus dem Vertrage, ob die kaiserlichen Unterthanen sich in  
 „dem Spanischen Indien niederlassen mögten, oder nicht, obgleich solches den Einwoh-  
 „nern der Vereinigten Niederlande ausdrücklich verboten worden wäre. Und wenn  
 „man es so verstünde, daß dieses den kaiserlichen erlauber wäre, so liefe es dem Münste-  
 „rischen Verträge schnurgerade zuwider. Die andern Artikel wären demselben gleich-  
 „falls, so wohl als dem Utrechtschen Frieden von dem Jahre 1714 zuwider, indem die  
 „Spanier, zufolge diesen Verträgen, sich nicht weiter in Indien ausbreiten dürften, und  
 „die Schifffahrt dahin keinem andern zugestanden werden mögte. Die Könige von

1725.

XVI.

Mißvergnügen der Staaten über den zu Wien geschlossenen Handelsvertrag.

D 2

„Spanien

1725.

„Spanien hätten vormalis die Spanischen Niederlande besessen, ohne daß ihre Einwohner nach Indien hätten schiffen dürfen. In diesem Zustande wären sie dem Kaiser abgetreten worden, und der König von Spanien hätte sich durch den Unrechtfischen Frieden verbindlich gemacht, die Sachen auf eben dem Fuße, als zu Carls des Andern Zeiten, zu lassen. Seine Minister hätten demnach den Kaiserlichen nicht so viele Freizeiten zugestehen, noch eine Gesellschaft erkennen sollen, welche wider die Verträge errichtet wäre, und welche nicht nur den Vereinigten Niederlanden, sondern auch Spanien selbst, in der Handlung nachtheilig seyn könnte.“ Der Botschafter bat schließlich, „daß Seine Majestät den Beschwerden, die aus diesem Handelsvertrage entstanden wären, abhelfen mögte, indem die Staaten, seine Herren, sich versichert hielten, daß nicht der König, sondern allein seine Minister, an der Schließung und Unterzeichnung der Artikel Schuld wären, die mit der öffentlichen Treue nicht bestehen könnten, und die Vorrechte der vereinigten Landschaften beträchtlich verletzeten r).“ Zu Wien ward auch von dem Gesandten Samuel Brunnin, in gleicher Absicht eine Vorstellung gethan. Allein diese Vorstellungen wurden mit allgemeinen Ausdrücken beantwortet s), ohne daß dadurch eine Veränderung in demjenigen, was durch den Wienschen Handelsvertrag festgesetzt war, bewirkt ward.

## XVII.

Argwohn  
über die Wienschen Verträge in  
Frankreich  
und in England.

Die Schließung dieses und der andern um eben diese Zeit gemachten Verträge hatte unterdessen einen beträchtlichen Argwohn an den Höfen von Versailles und London erregt. Es befremdete sie, daß Spanien sich, ohne Vermittelung dieser zweien Höfe, mit dem Kaiser verglichen hätte; und man zweifelte nicht, daß etwas geheimes zwischen Carl dem Sechsten und der Königin von Spanien verabredet wäre, woben Frankreich und Großbritannien mehr Anliegen hätten, als bey den Verträgen, die bekannt gemacht waren, und deren Inhalt wir oben mitgetheilt haben. Der Hof von Madrid gab zwar vor, daß die Zurücksendung der Infantinn der einzige Bewegungsgrund der genauen Verbindung mit dem Kaiser wäre; aber man ließ sich durch dieses Vorgeben nicht irre machen. Man wußte, daß Ripperda lange vorher in Wien gewesen war, ehe man dem Französischen Hofe beschloffen hatte, die Infantinn zurück zu senden. Man glaubete also gewiß, daß diese Zurücksendung die Schließung der genauen Verbindungen mit dem Kaiser vielleicht beschleuniget, aber nicht eigentlich verursacht hatte t): wiewohl sich auch, nicht ohne Grund, vermuthen läßt, daß der Spanische Hof schon, vor des Ripperda Reise nach Wien, die Zurücksendung der Infantinn befürchtet, und daß man deswegen den Entschluß gefaßt hatte, in eine besondere Unterhandlung mit dem Kaiser zu treten u). Ferner schien der König Georg selbst besorgt zu seyn, daß der Kaiser und der König von Spanien sich heimlich verbunden hätten, den Prätendenten auf den Großbritannischen Thron zu setzen. Man hatte in England Briefe aufgefangen, welche von Iräländischen Katholiken, die sich in Spanien aufhielten, geschrieben waren, und worin gemeldet ward, „daß das unlängst zu Wien geschlossene

„fene

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 214.

t) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 239-242.

s) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 271, 272.

u) See BOLINGBROKE'S Answer to the Defence of the Inquiry &c. in his Works Vol. I. p. 243, 244.

„sene Bündniß dem Könige Jacob sehr günstig wäre.“ Die Englischen Gesandten zu Wien und zu Madrid erhielten den Befehl, sich genau zu erkundigen, ob etwas an diesen Höfen, zum Vortheile des Prätendenten gehandelt würde v). St. Saphorin, Großbritannischer Gesandter an dem Hofe zu Wien, that diesen Befehle Gnüge, ehe Ripperda nach Spanien zurückgereiset war, und erfuhr gar bald, daß dieser Gesandte sich in öffentlichen Gesellschaften, in diesen oder ähnlichen Worten ausgelassen hätte: „Wosern König Georg Frankreich besteht, wissen wir den Weg wohl den Präten- denten auf den Thron zu setzen.“ Alberoni war ein großer Mann, aber er beging gro- ße Fehler. Die Absendung der Spanischen Flotte nach Sicilien war ein großes Ver- sehn. Er sollte sie nach England gesandt haben, um den König zu entthronen. Dies würde leicht thunlich gewesen seyn; und wenn es einmal geschehen war, war der Weg zu ferneren Unternehmungen gebahnet.“ Ein ander Mal soll er gesagt haben: „König George sollte besser wissen, mit wem er zu thun hat; denn wir haben die Mit- tel in Händen, etwas mit Nachdruck, zum Vortheile des Prätendenten zu unterneh- men.“ Als er von Gibraltar gesprochen, soll er sich also haben vernehmen lassen: „Wir wissen wohl, daß diese Stadt unüberwindlich ist; aber wir verlassen uns auf die Maafregeln, die wir genommen haben, um England zur Zurückgabe derselben zu nö- thigen.“ Bey Gelegenheit, da jemand zu ihm, oder einem andern vornehmen Herrn zu Wien gesagt hatte, „daß der König von Großbritannien vielleicht Schwierigkeiten machen würde, die Gewährung über die Pragmatische Sanction zu leisten,“ soll man geantwortet haben: „Er mag nur auf seiner Hut seyn; denn wir wissen wohl, daß man in England anfängt seiner müde zu werden. Ich weiß,“ sagte Ripperda oft, „daß dasjenige, was ich sage, bald wieder werde erzählt werden; aber ich frage nichts darnach; denn ich sage das, was ich sage, damit man es ausbreiten könne.“ Solche König Geor- ge und vergleichen Berichte bestärkten den König Georg in der Vermuthung, daß zwischen dem Kaiser und dem Könige von Spanien ein geheimes Bündniß, zu seinem Nachtheile, geschlossen wäre. Er faßte also den Entschluß, die ihm über dem Kopfe schwebende Gefahr, durch Schließung einer näheren Verbindung mit dem Könige von Frankreich, Staaten abzuwenden, welcher sich, nach der Zurücksendung der Infantinn, mit der Prinzessin und andern Maria Lesinska, des ehemaligen Königs von Polen, Stanislaus, Tochter, ver- mähet hatte, und daher auch einen Friedensbruch mit Spanien befürchtete. Man zweifelte nicht, daß die General- Staaten, die über den Wienischen Handelsvertrag miß- vergnügt waren, und verschiedene andere Deutsche und Nordische Mächte sich bewegen lassen würden, einem solchen Bündnisse beizutreten, welches leicht mächtiger als das von Wien gemacht werden, und zu Erhaltung des Friedens in Europa würde dienen können.

Um an einem solchen Bündniß zu arbeiten, that König George, im Brach- monate, eine Reise nach seinen Deutschen Staaten w). Hier ward ihm aufs neue be- richtet, daß der Herzog von Wharron und ein gewisser Graham, beide Anhänger des Prätendenten nach Wien gekommen wären, und einen genauen Umgang mit dem Russi- schen Gesandten und mit dem Herrn von Ripperda gehabt hätten. Aus Spanien wurden

D 3

v) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 247, 248; 249; 257.

w) Motifs de la Cond. de la Gr. Bret. p. 38, 39. MONTGON Memoir. Tom. I p. 259, 260, 261, 262.

XVIII.  
Das Hanno-  
verische  
Bündniß  
zwischen  
Frankreich  
und  
Spanien

1725.

Großbritan-  
nien und  
Preußen  
wird geschlos-  
sen.

wurden ihm dergleichen Nachrichten geschrieben. Er versäumte also keine Zeit, das ent-  
worfenen Bündniß zu schließen. Der Graf von Broglis, Vorthschafter des Königs von  
Frankreich, war ihm nach Hannover gefolgt, wo er auch eine Unterredung mit seinem  
Schwiegersohne, dem Könige von Preußen hielte, der sich zum Beschützer der in Po-  
len, Deutschland und an andern Orten gedrückten Protestanten erklärt hatte, und da-  
her geneigt war in ein Bündniß zu treten, daß ihn in den Stand setzte, den Verfolgten  
kräftig beizustehen x). Man fing die Unterhandlungen zu Herrenhausen an; und  
hier ward am 3ten des Herbstmonats das Bündniß zwischen Frankreich, Großbri-  
tannien und Preußen unterzeichnet, welches nachher unter dem Namen des Hannoveri-  
schen Bündnisses berühmt geworden ist.

Inhalt des-  
selben.

Es bestund nur aus acht Artikeln, denen noch die abgesonderten Artikel beygefügt  
waren. Die Bundsgenossen versprachen sich einander, „ihre allerseitigen Staaten, Lande,  
„Städte, Rechte, Freyheiten und Vorthelle, so wohl die sie besäßen, als die sie besäßen  
„sollten, so wohl außer als in Europa, insonderheit in Ansehung der Handlung, zu be-  
„schützen und zu gewähren. Wenn einer von ihnen angegriffen würde, sollten sie einan-  
„der beystehen, die Könige von Frankreich und Großbritannien, jeder mit achttau-  
„send Mann zu Fuß und viertausend zu Pferde, und der König von Preußen mit drey-  
„tausend Mann zu Fuß und zweytausend zu Pferde; oder mit Schiffen oder Gelde, nach  
„Verhältniß. Man sollte keine Verträge, die den Angelegenheiten eines der Bundsge-  
„nossen zuwider wären, schließen. Der König von Frankreich, als Gemäptheiler des  
„Westphälischen Friedens, und die Könige von Großbritannien und Preußen, als  
„Stände des deutschen Reichs, sollten besonders Sorge tragen, daß die Ruhe dieses  
„Reichs nicht gestört würde. Man sollte mit gemeiner Einwilligung auch andere Mächte,  
„und besonders die Staaten der vereinigten Niederlande, zum Beytritt zu diesem Bünd-  
„nisse, welches funfzehn Jahre dauern sollte, einladen. In den abgesonderten Artikeln  
„versprach man dasjenige, was zu Thorn wider den Oltowischen Frieden vorgefallen und  
„geschehen war, wieder abzustellen y). Wofern das deutsche Reich wider Frankreich,  
„wegen des von diesem den zween andern Bundsgenossen geleisteten Beystandes, den Krieg  
„erklärte; sollten die Könige von Großbritannien und Preußen nicht allein ihren An-  
„theil als Reichsfürsten nicht stellen, sondern auch mit Frankreich gemeinschaftliche Sa-  
„che, bis zum wiederhergestellten Frieden, machen. Und wenn das deutsche Reich etwas  
„zum Nachtheile der Staaten des Königs von Frankreich unternehmen wollte; sollten  
„die zween andern Könige solches zu verhindern suchen, und ihre Stimmen auf dem Reichs-  
„tage dagegen geben; und wenn man, dem ungeachtet, den Krieg gegen Frankreich be-  
„schließen möchte, so behielten die zween Könige die Freyheit, ihren Antheil von Truppen  
„zur Reichsarmee, aber nicht mehr, zu stellen z).“

Anmerkun-  
gen über das  
Hannoveri-  
sche Bünd-  
niß.

Man sieh aus dem Inhalte dieses Bündnisses deutlich, daß man in demselben  
die Absicht auf die Ostendische Gesellschaft gerichtet hatte, durch deren Errichtung die Vor-  
rechte, welche einige in dem Punkte der Handlung außer Europa erlangt hatten, als  
verleget angesehen wurden. Das Bündniß mußte auch die Aufhebung dieser Gesellschaft  
zum

x) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 265,  
266. 267. 268.

y) Man sieh B. XLVIII. §. XXX. S. 449.

z) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom.  
VIII. P. II. p. 117. ROUSSET Recueil, Tom.  
II. p. 189.

zum Endzwecke haben, wenn man die Staaten der vereinigten Niederlande, wie man vorhatte, zum Beytritt bewegen wollte. Und dieß suchten die drey Mächte, so bald das Bündniß bekräftiget war, zu bewerkstelligen. In Frankreich that man davon dem Botshschafter Zop die erste Eröffnung. Er meldete es dem Rathpensionär Zoornbeek, und auf dessen Rath, that er den Französischen Ministern und dem Englischen Gesandten Walpole die Erklärung, daß man den General-Staaten von dem Vertrage gehörig Nachricht geben mußte, wenn man ihren Beytritt verlangte a). Gabriel Jaques de Salignac, Marquis von Genelon, des Königs von Frankreich Botshschafter bey den Staaten, der im verwichenen Jahre angekommen war, und im Maymonate dieses Jahres einen prächtigen öffentlichen Einzug gehalten hatte b), und die Herren Sinch und Meinerzhagen, Gesandten von Großbritannien und Preußen, theilten hernach den Staaten am 13ten des Weinmonats den Hannoverischen Vertrag mit, und baten zugleich, daß sie auf das eiligste, wegen des Beytritts, sich berathschlagen, und darüber einen besfälligen Entschluß nehmen möchten.

Zween Tage hernach thaten einige Abgeordneten der Staaten den Gesandten die Erklärung, „daß Ihre Hochmögheiten den Königen von Frankreich, Großbritannien und Preußen für die ausdrückliche Einladung zum Hannoverischen Bündnisse verbunden wären; daß sie den Vertrag den Ständen der besonderen Landschaften zuschicken wollten, aber daß sie vorher dienlich erachtet hätten, bey den Herren Gesandten anzusprechen, ob sie sich im Stande befänden, einige Erläuterungen über diesen Vertrag zu geben?“ Als die Gesandten hierauf gefragt hatten, was für Erläuterungen man verlangte? so merkten die Abgeordneten als ihre besondere Meynung, und mit Vorbehaltung anderer von wegen der General-Staaten vorzutragenden Bedencklichkeiten folgendes an, „1. daß der Hannoverische Vertrag ihnen ein Versprechen zu enthalten schiene, über den Westphälischen und Olivischen Frieden die Gewähr zu leisten: wozu die Staaten nicht verbunden wären, und sich auch schwerlich dazu würde verbinden können. 2. Daß sie gerne wissen möchten, ob die drey Mächte Willens wären, die Staaten in dem durch den Münsterischen Frieden erlangten Rechte, die Einwohner der österreichischen Niederlande von der Schiffahrt nach Indien auszuschließen, zu erhalten. 3. Daß auch etwas deutlicher angezeigt werden mußte, daß man die Absicht hätte, sich einander in den Vorrechten, die sich auf die Handlung, so wohl außer als in Europa, bezögen, zu erhalten.“ Man sah aus diesen Anmerkungen, daß die Staaten nicht ungeneigt waren, dem Hannoverischen Vertrage beizutreten; wenn sie dadurch die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft bewirken könnten; zugleich aber, daß sie sich sorgfältig vor Ueberehnung neuer Verbindlichkeiten zu hüten suchten, welche sie wider ihren Willen in einen kostbaren Krieg verwickeln könnten. Der Marquis von Genelon nahm hierauf das Wort, und sagte, „daß der König, sein Herr, in Ansehung der Gewährleistung des Westphälischen und Olivischen Friedens nur eine Gleichheit verlangte, indem er den Münsterischen Frieden und den Barrierevertrag eben so gewähren wollte, als die Staaten den Westphälischen und Olivischen Frieden gewähren würden. Daß man jedoch die Schwierigkeiten, welche die Staaten wegen der Gewährleistung dieser zween Verträge machen

a) Berichte der Botshsch. dieser Zeit. MSS. b) Zie Groot - Plakaatb. VI. Deel, bl. 27, 28, 29.

1725.

„machen möchten, würde heben können, wenn sie in dem Beytritte zu dem Hannoverischen Bündnisse die Erklärung thaten, daß sie die zween Verträge nicht ganz, sondern allein das Recht, welches die unterhandelnden Mächte durch diese Verträge erworben hätten, auf gleiche Weise zu gewähren versprächen, als der König von Frankreich sich zur Gewährleistung des Rechts, welches die Staaten durch den Münsterischen Frieden und durch den Barrierevertrag erlangt hätten, verbinden würde. Daß ferner der König, sein Herr, ihn befehliget hätte die Erklärung zu thun, daß er nicht gemeynet wäre einen einzigen Punkt des Handels der vereinigten Niederlande von dem Vertrage auszuschließen, sondern so gar zur Versicherung der Staaten durch eine nähere Erklärung die allgemeinen Worte des Vertrages so auslegen wollte, daß darin der Handel außer Europa, die Ostindische Gesellschaft, die Geldsummen, welche die Staaten für die Oesterreichischen Niederlande geborget hätten, die zu Unterhaltung der Besatzungen in diesen Niederlanden zugestandenen Geldsummen, und alle Folgen, welche aus der Zurückoder Anhaltung dieser Gelder entstehen könnten, begriffen würden. Durch diese runde Erklärung glaubete er alle Bedenklichkeiten der Staaten vollkommen gehoben zu haben, und bliebe erbötig, die Fortsetzung der Unterhandlung so sehr zu erleichtern, als man es nur würde verlangen können.“ Die Herren Finck und Meinershagen, die noch keinen ausdrücklichen Befehl empfangen hatten, dem Marquis von Senelon, so viel diese Erläuterungen betraf, beizutreten, thaten jedoch die Erklärung, daß sie nicht zweifelten, ihre Herren würden hierin gleiche Gedanken hegen. In Betrachtung des Handels der Einwohner der Oesterreichischen Niederlande nach Indien, versicherte Finck insbesondere, daß der König, sein Herr, entschlossen wäre, das Recht der Staaten völlig zu handhaben c).“

Der Hannoverische Vertrag wird den besondern Landschaften zugeschickt.

Nachdem die General-Staaten den Bericht von demjenigen, was mit den Besandten der drey Mächte gehandelt war, bekommen hatten, so schickten sie den Hannoverischen Vertrag und die Erläuterungen den besondern Landschaften zu, mit dem Ersuchen, darüber ernstliche Verathschlagungen zu halten. Dies geschähe ohne Verzug d): aber es verlief eine geraume Zeit, ehe man einen Schluß fassen konnte. Die Landschaften, welche Handlung treiben, waren am ersten und meisten zum Beytritte geneigt, weil sie daraus die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft erwarteten. Allein die Provinzen, welche weniger oder keinen Theil an dem Indianischen Handel hatten, befürchteten, daß der Beytritt zu dem Vertrage den Staat in einen neuen Krieg verwickeln mögte, welchen sie, aus altem Vermögen, zu vergüten suchten. Die Verathschlagungen in den Landschaften dauerten auch länger, als man gedacht hatte, weil die meisten hoffeten, daß der Hof von Wien sich endlich zu Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft entschließen würde; in welchem Falle die Staaten, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht dienlich geachtet haben würden, dem Hannoverischen Bündnisse beizutreten. Und dies würde dem Wienerischen Bündnisse eine Stärke gegeben haben, welche es sonst, dem Ansehen nach, nicht leicht hätte bekommen können.

Der Kaiser und Spanien

Die Schließung des Hannoverischen Vertrages und die Einladung der Staaten zum Beytritt, machten unterdessen, so bald es bekannt ward, die Höfe von Wien und Madrid

c) *Foyss* ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 225.

d) Resol. Gener. *Lunae* 15 Oct. 1725.



Madrid ziemlich unruhig. Der Kaiser gab seinem Gesandten in Spanien alsobald den Befehl, bey dem Könige und der Königin zu bewirken, daß sie Großbritannien und die General-Staaten einige neue Vortheile in der Handlung hoffen lassen mögten, welche den Schaden ersetzen könnten, welchen sie aus dem Handel der Ostendischen Gesellschaft vorher sahen. Man suchte den Staaten mit dieser Hoffnung besonders zu schmeicheln; und sie so wohl als Großbritannien in eine besondere Unterhandlung einzuwickeln, die man in die Länge zu ziehen gedachte, damit sie inzwischen von dem Beitritte zum Hannoverischen Vertrage abgehalten werden mögten, und damit die Ostendische Gesellschaft eine größere Stärke, als sie bisher gehabt hatte, bekommen könnte e). Der Graf von Königseck-Edps, Kaiserlicher Gesandter bey den Staaten, erhielt auch den Befehl sich anzustellen, als ob der Kaiser Willens wäre, ihnen, in Ansehung der Ostendischen Gesellschaft, und der übrigen Beschwerden, welche sie gegen den Wienerischen Handelsvertrag geführt hatten, alle Genugthuung zu geben; wenn sie nur nicht dem Hannoverischen Bündnisse beystreten, welches, wie man sie glauben machen mußte, durch seine Natur bestimmt wäre, die Ruhe von Europa zu stören f). Der Gesandte richtete diesen Befehl aus, durch eine Vorstellung, welche er den 1sten des Christmonats in der Versammlung der General-Staaten übergab, und dieselben zugleich einlud, dem Wienerischen Friedensvertrage beizutreten, wovon er ihnen eine Abschrift zustellte g). In der Antwort auf diese Vorstellung merkten die Staaten an, „daß sie die mit dem Kaiser gemachten Verträge bisher heilig gehalten hätten und ferner halten würden; aber daß sie ein gleiches von der Weisheit und Freundschaft Seiner Kaiserlichen und Katholischen Majestät erwarteten. Daß sie, ferner, nichts in dem Hannoverischen Vertrage sahen, welches sie vermuthen lassen könnte, daß die Mächte, welche denselben geschlossen hätten, etwas anders als die Erhaltung der Ruhe von Europa zur Absicht hätten: weswegen sie nicht hätten unterlassen können diesen Vertrag den Ständen der besondern Landschaften zuzuschicken, von deren Berathschlagungen der Schluß noch ungewiß wäre. Daß sie unterdessen die Vorschläge gerne hören würden, die man ihnen, zu Abstellung ihrer Beschwerden in der Handlung, warum sie so lange vergebens angehalten hätten, thun wollte. Daß sie endlich, eben so als sie über den Beitritt zum Hannoverischen Vertrage rathschlageten, auch über den Beitritt zu dem Wienerischen rathschlagen würden; und daß sie, in diesen ihren Berathschlagungen, die Sicherheit und Erhaltung ihres Staats, ihre erworbenen Rechte, die auf den letzten Verträgen gegründete Ruhe von Europa, und die Freundschaft und Gewogenheit Seiner Kaiserlichen und Katholischen Majestät, die ihnen sehr schätzbar wäre, vor Augen haben würden h).“ Wenige Tage hernach bekam der Graf von Königseck-Edps Vollmacht über dasjenige, was die Staaten wider die Errichtung der Ostendischen Gesellschaft einzuwenden hatten, Unterhandlungen anzufangen, und Mittel, zu ihrer Genugthuung ausfindig zu machen. Er gab ihnen, ohne Verzug, Nachricht davon, that aber zugleich die Erklärung, „daß der Kaiser den Hannoverischen Vertrag mit ganz andern Augen ansähe,

e) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 274.  
275.

f) Resol. Holl. 12 Dec. 1725. bl. 955.  
MONTGON Memoir. Tom. I. p. 391, 392.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 231.

h) Resol. Gener. 8 Dec. 1725. bl. 321. in dem Recueil de ROUSSET Tom. II. p. 234.

1725.

„sähe, als die Staaten. Wosern sie demselben beyträten, würden sie den Barriere-  
 „vertrag und den Grund, worauf derselbe ruhete, in mehr als einer Absicht, verletzen,  
 „und den Kaiser nöthigen, Maafregeln zu Verhütung der nachtheiligen Folgen, die er  
 „aus dem Beytritte zu diesem Vertrage vorher sähe, zu nehmen. Die Staaten sollten,  
 „meynete er, auch betrachten, daß sie, durch diesen Beytritt, die Gewähr aller Rechte  
 „des Königs von Preußen, und also auch seines Rechtes auf die Herzogthümer Jülich  
 „und Bergen übernahmen, wodurch man ihn Meister von dem Rhein und der Maas  
 „machen würde. Man wüßte auch, wie vielen Streit man zuvör mit diesem Fürsten,  
 „wegen des Rechts auf Geldern gehabt hätte; und nun würde man auch versprechen  
 „müssen, ihn in dem ruhigen Besitze dieser Festung zu erhalten. Alle diese Gründe und  
 „noch andere mehr müßten die Staaten von dem Beytritt zu dem Hannoverischen Bünd-  
 „nisse abschrecken, und sie vielmehr bewegen, dem Wienischen beyzutreten i).“

XIX.

Unterhand-  
 lung mit ihm  
 wegen der  
 Ostendischen  
 Gesellschaft.

Da die Staaten indessen zu wissen verlangten, was der kaiserliche Gesandte,  
 in Betrachtung des Handels, anzubieten hätte; so ließen sie ihn darum durch ihre Abge-  
 ordneten befragen. Allein er antwortete, „daß er nur befehliget wäre zu vernehmen, was  
 „die Staaten verlangten, und daß er so dann Unterhandlungen mit ihnen anfangen woll-  
 „te.“ Man erwiderte, „daß die Staaten nichts vorzuschlagen hätten, sondern, wie  
 „bekannt wäre, die Einstellung alles Handels aus den Oesterreichischen Niederland  
 „nach Indien, zufolge den Verträgen, verlangten.“ Der Gesandte stellte hierauf vor,  
 „daß man vielleicht den Handel auf Indien auf gewisse Derter, Arten von Waaren, und  
 „eine Anzahl Schiffe würde einschränken können.“ Allein man versetzte von Seiten der  
 Staaten, daß man sich mit nichts, als einer vollkommenen Aufhebung alles Handels  
 nach Indien, würde befriedigt achten können k). Der kaiserliche Gesandte zeigte, unter  
 dem Vorwande, daß er die Forderung der Staaten von dem Hofe zu Wien in nähere  
 Erwägung ziehen lassen wollte, deutlich, daß er die Unterhandlung nur in die Länge zu  
 ziehen, und den Beytritt zum Hannoverischen Vertrage zu verzögern suchte. Der Herr  
 d. Oliver, welcher die Angelegenheiten von Spanien in dem Haag besorgte, half seine  
 Absicht befördern, indem er zu wiederholten Malen von den Staaten verlangte, daß sie  
 den Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse bis nach der Ankunft des Marquis von  
 St. Philipp, Vorschalters der Krone Spanien, aufschieben möchten; weil derselbe,  
 wie er vorgab, Vorschläge zu thun hätte, die den Staaten ohne Zweifel gefallen würden l).

Er übergiebt  
 eine drohende  
 Schrift.

Die Stände von Geldern, Holland und Friesland hatten mittlerweile den  
 Beytritt zum Hannoverischen Vertrage beschlossen, und rathschlageten nur noch über die  
 Bedingungen, unter welchen derselbe geschehen sollte. Als der Graf von Königseck-  
 Lips dieses erfahren hatte, so übergab er am 20sten des Christmonats in der Versamm-  
 lung der General-Staaten die schriftliche Erklärung, „daß der Kaiser und der König von  
 „Spanien den gemeinschaftlichen Entschluß genommen hätten, sich gegen die geringste  
 „Beleidigung, welche ihnen, oder einem von ihnen, wegen der Handlung widerfahren möchte,  
 „zu verteidigen, und daß die zwei Mächte die geringste Verhinderung, welche die Staa-  
 „ten der Ostendischen Gesellschaft in den Weg legen möchten, als eine offenbare Verletzung  
 „der

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 236.

k) Resol. Gener. 17 Déc. 1725. bl. 945. bey ROUSSET Recueil Tom. II. p. 241.

l) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 393.

„der Verträge ansehen würden. Hieraus wäre,“ sagte er weiter, „leicht abzunehmen, welchen Nachtheil der Beytritt der Staaten zum Hannoverischen Vertrage der gemeinen Ruhe von Europa bringen würde. Jedoch, wenn die Staaten noch Willens wären, „gütliche Unterhandlungen mit den zwey Mächten anzufangen, und den Beytritt zum Hannoverischen Bündnisse bis nach der Ankunft des Spanischen Vorschafers aufzuschieben; „so zweifelte er nicht, daß alle Beschwerden, zu beiderseitigem Vergnügen, abgethan werden könnten m.“ Allein die drohenden Ausdrücke dieser Schrift verdrossen die Staaten so sehr, daß sie dieselbe vorerst unbeantwortet ließen.

Mittlerweile kamen von den Vönnern des Hannoverischen Vertrages einige Schriften heraus, worin die Gründe angezeigt waren, welche die Staaten, nach dem Urtheile der Verfasser, bewegen sollten, diesem Vertrage beizutreten. Sie enthielten überdem eine nachdrückliche Widerlegung desjenigen, was gegen diesen Vertrag und zum Vortheile des Bündnisse von dem Grafen von Königseck-Elps und anderen angeführt war. Man zeigte darin, „daß obgleich beide Verträge, ohne Vorwissen des Staats geschlossen wären, der Hannoverische doch deutlich auf den Vortheil unsers Handels gieng; dahingegen der Wienische einige Artikel enthielte, die der Schifffahrt, und Handlung dieser Lande beträchtlichen Nachtheil brächten. Daß der Staat dem vierfachen Bündnisse nicht begetreten wäre, weil die Angelegenheiten der Mächte, die dieses Bündniß geschlossen hatten, so sehr gegen einander liefen, daß man gar bald in den Fall kommen müßte, aus diesen Bundsgenossen einige zu wählen, mit welchen man sich gegen die andern vereinigte; aber daß die Bundsgenossen des Hannoverischen Vertrages einerley Anliegen hätten, weswegen keine so große Ursache da wäre den Beytritt zu diesem Vertrage abzulehnen. Ferner hing auch die Sicherheit des Staats von der Erhaltung des Gleichgewichts unter den vornehmsten Europäischen Mächten ab, welches am besten durch den Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse geschehen könnte. Frankreich wäre also zu weit von uns entfernt, um uns Böses zu thun. Der Hof von Wien hätte dagegen, durch Errichtung der Ostendischen Gesellschaft einen Streit verursacht, und hätte überdem, wegen der Gelder, die wir von demselben zu fordern hätten, die Mittel in Händen uns in der Abhängigkeit zu halten, wofern Frankreich uns nicht die Hand böte. Die Absicht des Hannoverischen Vertrages wäre, die Mächte bey demjenigen zu erhalten, was sie gegenwärtig besaßen: Diesem Staate allein würde, außerdem, die Abgelsung seiner Beschwerden versprochen; und der Hof von Wien wäre zu erleuchtet, als daß er lieber die Waffen ergreifen, als diese Beschwerden abstellen und die Ostendische Gesellschaft aufheben sollte. Der Beytritt zu dem Hannoverischen Vertrage würde den Staat auch zu keinen schweren Zurüstungen nöthigen, weil die Macht der durch diesen Vertrag verbundenen Fürsten die Wienischen Bundsgenossen abhalten würde, die Verträge zu verlegen. Der Hof von Wien wollte uns den Beytritt zu dem Hannoverischen Vertrage widerrathen: aber er böte uns keine Genugthuung auf unsere Beschwerden an; indem er vorerst sonst nichts sagte, als daß die Ostendische Gesellschaft vielleicht nicht errichtet werden würde, wofern sie nicht errichtet wäre; allein daß die Würde des Kaisers zu sehr leiden würde, wenn er sie nun wieder aufhobe. Der Wienische Vertrag, welchem beizutreten man uns bewegen wollte, wür-

1725.

„de also unsere Beschwerden vermehren; – dahingegen der Hannoverische sie wegzuräumen suchte. Der Graf von Königseck-Edzps wäre nachher zwar mit einer Vollmacht angekommen, um die Beschwerden wegen des Handels in der Güte beizulegen; aber weil er nicht erkennen wollte, daß die Gesellschaft wider den Inhalt der Verträge errichtet wäre; so wäre seine Vollmacht unnütz, um dem Staate Genugthuung zu verschaffen. Er wäre hierauf von freundlichen Worten zu Drohungen geschritten, und hätte gesagt, daß die Höfe von Wien und Madrid sich mit vereinigter Macht einem jeden entgegen setzen würden, der dem freyen Handel der Einwohner der Oesterreichischen Niederlande die geringste Hinderung in den Weg legen würde. Was wäre nach einer solchen Erklärung, noch von den Vorschlägen zu hoffen, welche der Spanische Vorschläger zu thun kommen würde? Man schmeichelte sich vergebens, daß sie dem Staate Genüge geben würden. Die Abhelfung der Beschwerden, worüber der Staat klagte, wäre sonst nicht, als in dem Beytritte zu dem Hannoverischen Bündnisse zu finden n).“ Es kamen nachher noch verschiedene Schriften für und wider den Hannoverischen Vertrag an das Licht o); aber weil sie mehr das deutsche Reich als den Staat der Vereinigten Niederlande betrafen; so halten wir es für unnöthig, von dem Inhalte derselben hier insbesondere Meldung zu thun. Der Graf von Königseck-Edzps hatte, wie geglaubet ward, sich Mühe gegeben, den Herrn Gualterus Hennequin, Alt-Bürgermeister zu Rotterdam zu bewegen, daß er in Seeland gegen den Beitritt zu dem Hannoverischen Bündnisse arbeiten mögte; weswegen, und besonders wegen eines gewissen Briefwechsels mit Bouciquault, einem Anhänger von Spanien, und mit Franz Michael Janicon in dem Haag; und wegen gewisser von ihm zu einem Vergleiche, an dem Spanischen Hofe, gethanen Vorschläge, ohne dazu von hoher Hand bevollmächtigter zu seyn, er, Hennequin, nachher in Verdrießlichkeiten gerieth p); wiewohl ich nicht habe finden können, wie es endlich mit dieser Sache abgelaufen sey.

Die Stände von Holland kaufen die Herrlichkeit Diane und Ameide. Das Jahr 1725 lief zu Ende, ohne daß die Staaten einen Schluß, wegen der zweien Verträge gefaßt hätten. Allein die Gesinnungen der meisten Mitglieder waren, für den Hannoverischen. In anderen Sachen fiel unterdessen wenig wichtiges vor. Nur kauften die Stände von Holland, im Weinmonate, die hohe Herrlichkeit Diane und Ameide, mit dem, was darunter gehörte, von Simon Heinrich, Grafen von der Lippe-Deimold, an welchen sie, durch seine Heirath mit Amalia von Dona, Tochter des Grafen Christian Albrechts und einer Schwester des letzten Herrn von Diane, aus dem Hause Brederode, gekommen war. Der Kauf und die Kosten beliefen sich auf achthundert und neunzig tausend und zwey hundert Gulden. Den Ständen von Holland ward, als Herren von Diane, am 2ten des Wintermonats, die feierliche Huldigung geleistet q).

n) 1ere et 2de Lettre d'un Membre de la Province de . . . dans le Recueil de Rousset Tom. II. p. 273, 283.

o) Voyez ROUSSET Recueil Tom. II. p. 301, 305, 310, 338.

p) Resol. Holl. 22 Mart. 15 May, 10 Jun. 9 Jul. 11, 17 Sept. 1727. bl. 372, 594, 662, 717, 824, 845. Secr. Resol. Holl. 3, 11 Oct. 1727. VII. Deel, bl. 848, 858.

q) Europ. Merc. Jul. – Dec. 1725. bl. 293.

Die Landschaften hatten, schon seit verschiedenen Jahren, über bequeme Mittel, 1725. berathschlaget, die Abgaben von den einkommenden und ausgehenden Waaren \*) auf einen gleichen Fuß heben zu lassen, woran es bey nahe, von der Errichtung des Staatsordnungs- und an, sehr gefehlet hatte r). Zu diesem Ende, war schon vorlängst ein Entwurf gemacht, Zollrolle der die Hälfte der Wasserzölle zu verpachten. Aber man konnte über die Ausführung dieses Entwurfs unter den Landschaften nicht einig werden. Endlich wurden in diesem Jahre eine allgemeine Verordnung und eine neue Zollrolle der einkommenden und ausgehenden Waaren, in der Versammlung der General-Staaten, festgestellt. Allein Seeland machte Schwierigkeiten, dieselben anders, als unter solchen Bedingungen abkündigen zu lassen, welche den andern Landschaften nicht gefielen s). Die meisten Stände von Seeland waren hernach der Meynung, daß man in die Verordnung und Zollrolle auf drey Jahre willigen könnte. Aber Niddelburg t) und Deere waren mit den übrigen Ständen nicht einig. Endlich wurden sie alle einig die Verordnung und die Zollrolle auf ein Jahr anzunehmen u). Die Abgaben wurden seitdem, auf den beschlossenen Fuß, gehoben, aber nicht mit der Gleichheit, die man erwartet hatte, ungeachtet die Obrigkeiten in den vornehmsten Städten bald hernach eidlich versprochen hatten, über die Bezahlung der Wasserzölle zu halten v). Man merkte auch bald, daß das neue Verzeichniß und die Verordnung, in mehr als einem Betrachte, einer Verbesserung bedürften. Man legte nachher die Hand an diese Verbesserung. Aber es verliefen noch viele Jahre, ohne daß die Landschaften hierüber gehörig einig werden konnten.

Da der Graf von Königseck-Elps keine Antwort auf die drohende Schrift empfing, welche er unlängst in der Versammlung der General-Staaten übergeben hatte; so merkte er zu spät, daß er verkehrte Maaßregeln genommen, und daß seine Drohungen nur gedienet hatten, bey den Staaten, und besonders denen von Holland, eine stärkere Neigung zu dem Bestreite zum Hannoverischen Bündnisse zu wirken. Er beschloß daher den Ton zu ändern, und übergab am 14 Jenner des Jahres 1726 eine neue Schrift, worin er den Staaten vorstellte, „wie sehr es zu ihrem Ruhme und zu Beförderung ihres „wahren Vortheils gereichen würde, wenn sie sich entschließen, dem Bündnisse von Wien „beizutreten w).“ Oliver bot ihnen an eben dem Tage die Vermittelung des Königs von Spanien in den Handelsstreitigkeiten zwischen ihnen und dem Kaiser an. Er gab auch zu erkennen, daß der König, sein Herr, ihnen einige neue Vortheile im Handel zugestehen wollte x). Der Vorschläger der Staaten an dem Hofe zu Madrid bekam auch die Nachricht von dem Marquis de la Paz und von dem nunmehr zum Oberstaatsminister erhobenen Herzoge von Ripperda, daß Ihre Katholische Majestät geneigt wären, den Staaten wegen der Sache der Ostindischen Gesellschaft Genügen zu geben; und sie

E 3

verlangten

r) Refol. Holl. 20 Febr. 1721.

u) Notul. Zeel. 12, 13 Dec. 1725. bl. 360,

s) Refol. Gener. Merc. 21 Nov. 1725. bl.

361, 362.

882. Refol. Holl. 10 Oct. 14 Nov. 1725. bl.

v) Refol. Holl. 10 Oct. 1725. bl. 782. 9

770, 882. Notul. Zeel. 17 Oct. 1725. bl. 262.

Febr. 1729. bl. 51.

t) Auszug der Schlüsse des Raths der Stadt

w) Voyez ROUSSET Recueil Tom. II.

Mittels, vom 17 Mart. 1725.

p. 246.

x) ROUSSET ubi supra p. 250.

\*) In Holland nennt man diese Abgaben Convoyen en Licenten; und sie werden an die Admiralicits-Collegien bezahlt, weil sie, unter andern, zu Erhaltung der Seemacht bestimmt sind.

XX.  
Der kaiserliche Gesandte überreicht eine gemäßigtere Schrift.  
1726.

Unterhandlung der Staaten mit Spanien.

1726.

verlangten von ihm, daß er sich mit einer neuen Vollmacht versehen lassen mögte, um hierüber eine Unterhandlung anzufangen. Allein van der Meer, der so wohl, als der Englische Gesandte Stanhope dafür hielte, daß man die Unterhandlung nur in die Länge zu ziehen, und dadurch den Beytritt zu dem Hannoverschen Vertrage zu verhindern suchte, antwortete, „daß die Staaten, seine Herren, nicht unterlassen könnten, mit Seiner Majestät von Großbritannien gemeinschaftliche Sache zu machen.“ Er übergab auch, im Hornung, dem Könige eine Vorstellung, worin gezeigt ward, wie sehr der Wienerische Handelsvertrag und die Errichtung der Ostendischen Gesellschaft den vorhergehenden Verträgen zuwider wäre y). Die Unterhandlung, die zu dieser Zeit zwischen dem Herzoge von Ripperda und den Gesandten Großbritanniens und des Staats angefangen ward, lief also fruchtlos ab z). Ripperda that alles mögliche, um einen Argwohn zwischen Großbritannien und den Staaten zu erregen. Er stellte dem Herrn van der Meer absonderlich vor, „daß der König George nicht so ungeneigt zu einem besondern „Vertrage wäre, als es schiene, und nur einige neue Vortheile in dem Americanischen „Handel suchte.“ Er wollte ihn auch versichern, daß auf Frankreich keine Rechnung zu machen wäre. Aber weil er auf gleiche Weise von Frankreich und den Staaten mit Stanhope sprach; so entdeckten die zween Gesandten, die einander im Vertrauen dasjenige, was Ripperda ihnen absonderlich gesagt hatte, mittheilten, gar bald, daß auf die Worte des Spanischen Ministers nicht zu bauen wäre; und daß so wohl er als der Hof von Wien keine andere Absicht hätte, als die Staaten von dem Beytritte zum Hannoverschen Bündnisse abzuhalten a).

Antwort der  
Staaten auf  
die letzte  
Schrift des  
kaiserlichen  
Gesandten.

Mittlerweile hatten die Staaten beschlossen, dem Grafen von Königseck-Edps zu antworten, welches sie am 24ten Jenner folgender Maassen thaten: „daß sie noch geneigt blieben das gute Verständniß und die Freundschaft mit Seiner Kaiserlichen und Katholischen Majestät zu unterhalten; aber daß sie durch die Errichtung der Ostendischen Gesellschaft, die so schnurgerade dem Münsterischen Vertrage und einem mehr als siebenzigjährigen Besitze zuwider lief, empfindlich getroffen wären; daß sie hierüber schon längst geklagt, aber keine Genugthuung auf ihre Klagen bekommen hätten. Daß das Hannoversche Bündniß, wozu sie eingeladen würden, Niemanden beleidigte, und bloß auf die Vertheidigung gieng. Daß ihren Berathschlagungen über den Beytritt zu diesem Bündnisse zum Vergnügen Seiner Kaiserlichen und Katholischen Majestät ein Ende gemacht werden könnte, wenn es derselben gefiele, ihren Beschwerden wegen des Handels abzuhefeln. Daß man es sich unterdessen nicht besremden lassen müßte, wenn sie in die von dem Grafen von Königseck-Edps gesprächsweise zu Beylegung der Streitigkeiten wegen der Schifffahrt nach Indien gethanen Vorschläge nicht willigen könnten; weil diese Vorschläge voraus setzten, daß die Schifffahrt aus den Oesterreichischen Niederlanden fortgesetzt werden sollte, welches sie als etwas mit den Verträgen streitendes, und ihrem Staate höchst nachtheiliges ansähen; daß sie auch wenige Hoffnung von einer solchen Unterhandlung haben könnten, da man ihnen in einer vorhergehenden Schrift die Erklärung gethan hätte, daß der Kaiser und der König von Spanien zusammen „schlüssig

y) Voyez MONTGON Memoir. Tom. I. Piec. Justif. N. IV. p. 577.

z) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 312-324.  
a) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 326-332.



„schlüssig geworden wären, ihre vereinigte Macht zur Gegenwehr wider die geringste Be-  
 „leidigung, die ihnen in der Handlung widerfahren mögte, zu gebrauchen, und daß der  
 „Kaiser die geringste Hinderniß, welche die Staaten der freyen Schifffahrt der Ostendi-  
 „schen Gesellschaft in den Weg zu legen für gut befinden mögten, als eine offenbare Ver-  
 „letzung der Verträge ansehen würde. Daß die Staaten, nach Abstellung des Unrechtes,  
 „das aus einer solchen Erklärung folgte, und nachdem man aufgehört haben würde, vor-  
 „aus zu sehen, daß die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande ihre Schifffahrt  
 „nach Indien behalten müßten, geneigt seyn würden zu hören, was man ihnen zu Abhel-  
 „fung ihrer Handelsbeschwerden vorzustellen hätte; was für einen Ausgang auch die Be-  
 „rathschlagungen über den Beytritt zum Hannoverischen Bündnisse immer haben mögten.  
 „Was den Beytritt zum Wienischen Verträge beträfe; so könnte man solchen von ih-  
 „nen nicht erwarten, weil dieser Vertrag sich auf das vierfache Bündniß gründete, in wel-  
 „ches sie niemals getreten wären; und weil der Wienische Handelsvertrag, der einige  
 „Artikel in sich hielte, wodurch sie sich sehr beleidigt achteten, nothwendig als ein Theil  
 „oder Anhang des Friedens angesehen werden müßte b.“ An eben dem Tage ward Sie lehnen  
 „auch, von wegen der Staaten, auf Olivers Vorschlag geantwortet, „daß Ihren Hoch- die Spanische  
 „mögenheiten die ihnen im Namen des Königs von Spanien gethane Anbietungen an- Vermittlung ab.  
 „genehm wären, und daß sie die Vermittelung desselben hochschätzeten, so wie sie auch  
 „die von Seiner Katholischen Majestät ihnen in der Handlung erwiesene Gewogenheit  
 „allezeit erkennen würden. Daß sie jedoch gewünscht hätten, daß diese Anbietungen ge-  
 „schehen wären, ehe der König sich so sehr für die Erhaltung der Ostendischen Gesellschaft  
 „erklärt hätte, als in dem mit dem Kaiser geschlossenen Schifffahrtsverträge geschehen  
 „wäre. Daß sie auch aus der Erklärung des Grafen von Königseck-Elrps schließen  
 „müßten, daß die zwo Mächte gemeinschaftlich beschlossen hätten, ihre Macht zu Erhal-  
 „tung der Gesellschaft zu vereinigen. Daß die Oesterreichischen Niederlande von  
 „der Schifffahrt auf Indien durch einen Vertrag, der mit einem von des Königs Vor-  
 „fahren, Philipp dem Vierten, gemacht worden, ausgeschlossen wären, gleichwie von we-  
 „gen Seiner Majestät selbst, vor noch nicht zwey Jahren, der Marquis de Pozzo-  
 „Bueno, an dem Großbritannischen Hofe, die Erklärung gethan hätte c). Daß sie  
 „ihn daher ersuchten, seine guten Dienste zu Abstellung der Beschwerden, welche sie ge-  
 „gen den Wienischen Handelsvertrag angebracht hätten, anzuwenden; da indeß sie,  
 „von ihrer Seite, erbötig wären, die Vorschläge, die der Marquis von St. Philipp  
 „ihnen thun würde, anzuhören und zu erwägen: was sie auch immer wegen des Hanno-  
 „verischen Vertrages beschlossen haben mögten d).

Der Graf von Königseck-Elrps antwortete, vierzehn Tage nach dem Em- Der kaiserli-  
 „pfange des Schlusses der Staaten, „daß er mit Befremdung gesehen hätte, wie sie alle che Gesandte  
 „Unterhandlung zu Belegung der entstandenen Streitigkeiten, abschneiden zu wollen behauptet,  
 „schielen; da jeder doch sein Recht beziele, wenn man gleich in der Unterhandlung, daß der Mün-  
 „nicht einig werden könnte. Der Kaiser wäre, fuhr er fort, vollkommen versichert, daß sterische Ver-  
 „er, als ein mit der höchsten Gewalt versehener Fürst, seinen Unterthanen Erlaubniß ge- trag die De-  
 „„ben

b) Resol. Gener. Jov. 24 Jan. 1726. dans d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. II.  
 le Recueil de ROUSSET Tom. II. p. 254. p. 259.

c) Man sehe §. XI. dieses Buchs.

1726.  
schen Nieder-  
lande von  
der Schiff-  
fahrt auf  
Indien  
nicht aus-  
schließe.

„ben könnte, allenthalben mit freyen Völkern zu handeln; er fände in dem Münsteri-  
schen Vertrage nichts, das ihm dieses Recht nähme. Die Spanier allein könnten,  
„zufolge diesem Vertrage, ihre Schifffahrt in Indien nicht weiter ausbreiten; die Ein-  
„wohner der Vereinigten Niederlande dürften nicht nach den Castilianischen Plätzen  
„handeln, und man könnte beiderseits keine Schifffahrt nach Plätzen treiben, wo die eine  
„oder die andere der zwey Mächte Festungen oder Waarenlager errichtet hätte. Diese  
„Verbindlichkeit wollte der Kaiser beobachten. Die Einwohner der Oesterreichischen  
„Niederlande, die zuvor durch die Krone Spanien von der Schifffahrt auf Indien  
„ausgeschlossen gewesen, wären also von eben dieser Krone in ihre natürliche Freyheit wie-  
„der hergestellt. Die von ihm zuvor gethane Erklärungen müßten die Staaten nicht  
„hindern mit ihm, wegen der Schifffahrt der Oesterreichischen Niederlande nach  
„Indien, in nähere Unterhandlung zu treten. Die Mächte, welche den Hannoverischen  
„Vertrag geschlossen hätten, suchten die Erhaltung der Ruhe von Europa nicht, und  
„hielten die Errichtung der Ostendischen Gesellschaft für einen geschickten Vorwand diese  
„Ruhe zu stören. Daher verlangten sie von den Staaten diesem Vertrage beizutreten;  
„aber hiezu wäre keine Ursache, wenn man ihnen, wegen des Handels Genugthuung gä-  
„be; welches nicht geschehen könnte, wenn man nicht darüber Unterhandlungen anstel-  
„lete. Der Kaiser, sein Herr, wollte, wenn es dazu käme, alles was in seinem Ver-  
„mögen wäre, anwenden, damit dieselbe, zu beiderseitigem Vergnügen, ausfielen. Un-  
„terdessen hoffte er, daß sie den Hannoverischen Vertrag von der Hand weisen, und  
„vielmehr dem Wienerischen beitreten würden; wovon der Handelsvertrag, obgleich die  
„Staaten es anders verstünden, gar kein Theil wäre e).

Ernstliches  
Schreiben  
des Königs  
von Spa-  
nien an die  
Staaten.

Oliver, der von seiner Seite dem Grafen von Königseck-Edps an die Hand  
gehen wollte, übergab den Staaten, am 6ten des Hornungs, ein ernstliches Schreiben  
des Königs von Spanien, worin derselben die zuvor in seinem Namen geschehene An-  
bietungen erneuerte, zugleich aber zu verstehen gab, daß er, im Falle eines Krieges, nicht  
würde unterlassen können dem Kaiser beizustehen, und dessen Feinde für die seinigen zu  
halten f). Allein die Staaten, die diese Drohungen nicht sehr fürchteten, wollten kei-  
nen Vorschlägen Gehör geben, so lange man voraussetzte, daß die Ostendische Gesell-  
schaft im Wesen bleiben müßte g). Man war hier zu Lande auch der Meinung, „daß  
„der Beytritt zu dem Hannoverischen Vertrage die Ruhe von Europa nur stören könn-  
„te, wenn der Kaiser und Spanien, wie der Graf von Königseck-Edps gedrohet  
„hatte, mit vereinigter Macht, die geringste Verhinderung des Indianischen Handels  
„der Oesterreichischen Niederlande zu rächen suchen würden. Oder wäre es, merkte  
„man ferner an, den Hannoverischen Bundesgenossen nur um einen Vorwand zu Störung  
„der allgemeinen Ruhe zu thun, und suchten sie deswegen die Staaten, die über die Er-  
„richtung der Ostendischen Gesellschaft mißvergnügt waren, zum Beytritt zu dem Han-  
„noverischen Vertrage zu bewegen: warum nähme der Hof von Wien ihnen diesen  
„Vorwand nicht, daß er den Staaten, in dem Punkte des Handels, Genugthuung gäbe h)?“

Die

e) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. II.  
p. 262.

g) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 391-  
400.

f) ROUSSET ubi supra, p. 268, 269.

h) 2de Lettre dans le Recueil de ROUS-  
SET Tom. II. p. 286, 287.

Die Bemühungen des Grafen von Königseck-Edz und Olivers hinderten die Stände von Holland nicht, am 8ten des Hornungs einen Schluß zu fassen, wodurch sie dem hannoverschen Bündnisse, unter gewissen Einschränkungen, beystraten. Sie gaben den General-Staaten davon alsobald Nachricht i). Aber es vergingen noch einige Monate, ehe die meisten übrigen Landschaften dem Beispiele von Holland folgten.

Drey Tage hernach kam der Marquis de St. Philipp, den man so lange erwartet hatte, in dem Haag an k). Allein er hielt sich länger als drey Wochen still, ohne den Staaten einen Vorschlag zu thun; und wandte nachher vor, daß er es unterlassen hätte, um erst abzuwarten, was die Staaten auf das Schreiben seines Herrn antworten würden. Endlich übergab er, am 7ten März, eine Vorstellung, deren Inhalt war, daß der Kaiser auf der Versammlung zu Cambray sich nicht geweigert hätte, die Vermittelung eines Fürsten aus dem Hause Bourbon anzunehmen, da er mit diesem Hause wirklich im Kriege gestanden hätte; daß Spanien auf eben dieser Versammlung die Vermittelung von Großbritannien angenommen hätte, obgleich diese Krone damals genau mit dem Kaiser verbunden gewesen wäre. Daß die Staaten daher auch keine Schwierigkeit machen müßten, sich der Vermittelung des Königs von Spanien zu bedienen, die ihnen zuvor angeboten wäre, und noch angeboten würde; und zwar um so viel weniger, als der König die Beschwerden, welche sie gegen seine Unterthanen in Spanien und Indien hätten, untersuchen, und nach dem Rechte abthun lassen wollte. Der Wienerische Vertrag würde ihn auch nicht hindern, ihnen neue Vortheile in dem Handel zuzugestehen. Er hätte sonst gerne vernommen, daß die Staaten, was sie auch in Ansehung des hannoverschen Vertrages beschließen mögten, gesinnnet blieben, nähere Vorschläge zu hören. Er hoffete, daß dieser Vertrag die Ruhe von Europa zu befördern suchte: welches auch die Absicht des Wienerischen Vertrages wäre. Der König, sein Herr, wäre zwar genau mit dem Kaiser verbunden; aber das hinderte ihn nicht, auch eine genaue Freundschaft mit den Herren Staaten zu unterhalten, deren Beschwerden er mehr, als eine andere Macht, vermögend wäre zu heben, oder auf andere Weise zu vergüten, wosfern man nur bewiese, daß sie ihnen, gegen den Inhalt einiger vorigen Verträge, widerfahren wären. Wenn man über die Ostendische Gesellschaft klagete; so würde der König zu bewirken suchen, daß ihr Handel den Staaten keinen Nachtheil, weder iho noch in Zukunft, brächte. Der König hätte sich zwar, durch seinen Gesandten de Pozzo-Buono, gegen den Fortgang dieser Gesellschaft erklärt; aber dies wäre geschehen, ehe er mit dem Kaiser Frieden gemacht, und da ihm freygestanden hätte, die Absichten des Kaisers zu hintertreiben, ohne genau zu untersuchen, worauf sie gegründet wären, und wie viele Vortheile er davon zu erwarten hätte. Er würde iho den Staaten seine Vermittelung nicht angeboten haben, wenn er sich nicht versichert gehalten hätte, daß der Kaiser verschiedene Theile der Ostendischen Gesellschaft auf eine Weise aufgeben wollte, woraus erhellen würde, daß die Staaten davon nicht so vielen Nachtheil, als sie meyneten, zu befürchten hätten. Unterdeffen würde es dem Kaiser nicht anständig seyn, den Staaten, ehe man eine Unterhandlung anfinge, viele Vortheile anzubieten; weil man dieses der Furcht, daß sie dem hannoverschen Vertrage beystreten mögten, zuschreiben könnte. Die Ehre des

1726.

Holland be-  
schließt dem  
hannovers-  
schen Bünd-  
nisse beyzu-  
treten.

XXI.

Des Spani-  
schen Botz-  
schafsters,  
Marquis de  
St. Philipp,  
den Staaten  
Vorschlag.

„Kaisers

i) Resol. Holl. 8 Febr. 1726.  
VIII Theil.

k) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 401.  
F

1726.

„Kaisers würde auch nicht verstaten, die ersten Vorschläge zu thun, nachdem man schon die Waffen ergriffen haben würde. Man müßte demnach, ohne Verzug, zur Unterhandlung schreiten; und keine Macht wäre so geschickt, als der König von Spanien, den Kaiser zu großmüthigen Gefinnungen zu bewegen. Er wäre auf das genaueste mit ihm verbunden. Und da die Staaten selbst sich erklärten hätten, daß sie allezeit im Stande seyn würden, neue Vorschläge zu hören; so böte er ihnen, im Namen des Königs, seines Herrn, einen Vergleich an, welcher zwey von einander unabhängige Artikel enthalten sollte: Zum ersten, daß der König die Nachtheile, welche den Staaten, gegen den Inhalt irgend eines zuvor mit Spanien geschlossenen Vertrages, zugesüßet wären, ersehen; und zum andern, daß er bey dem Kaiser zu bewirken suchen wollte, daß die Streitigkeiten, welche die Staaten mit ihm hätten, gütlich beygelegt würden, und sie keine Ursache zu weiteren Klagen haben mögten. Zu diesem Ende böte er, daß sie ihre Beschwerden dem Könige gerades Weges vorlegen wollten, damit sie, mit Hülfe des Herzogs von Ripperda, ihres Landsmanns und seines Staatsministers, erwogen werden könnten. Er hoffte auch, daß sie den Beytritt zum Hannoverischen Vertrage, welcher die Unterhandlung mit dem Kaiser sehr beschwerlich machen müßte, so lange aussetzen würden: indem er sie versichern könnte, daß sie mehreren Vortheil von einem gütlichen Vergleiche zu hoffen hätten, als sie sich jemals von einem gewaltsamen Entschlusse versprechen könnten 1).“

Die Sprache, womit der Spanische Vothschafter die Unterhandlung anfang, war von der Sprache sehr unterschieden, die der Hof von Madrid bisher geführt hatte. Der Marquis von St. Philipp, der in der Kunst der Unterhandlungen mit fremden Mächten ausgelehret war, ließ sich in einem noch schmeichelndern Tone hören, als der Graf von Königseck-Prps in seiner letzten Vorstellung gethan hatte. Allein man hielt hier überhaupt dafür, daß beide Gesandten, sie mogten drohen oder schmeicheln, keine andere Absicht hätten, als die Staaten von dem Beytritte zu dem Hannoverischen Vertrage abzuhalten, und die Unterhandlung über ihre Beschwerden wegen des Handels nach Spanien zu ziehen, wo man sie ohne Ende würde verlängern können m). Man beschuldigte auch den Herzog von Ripperda einer großen Unvorsichtigkeit in Abfassung des Briefes von dem Könige von Spanien, der nicht nur in Spanischer Sprache geschrieben, und YO EL REY, Ich der König, unterzeichnet war 2), sondern daneben auch verschiedene drohende Ausdrücke enthielte, welche nicht mit den in diesem Briefe befindlichen Anbietungen der Vermittelung des Königs, und noch weniger mit der schmeichelnden Sprache des Marquis de St. Philipp übereinstimmten. Man konnte sich also nichts Gutes von einer Unterhandlung versprechen, die von einem solchen Minister geführt werden sollte n). Die Staaten antworteten dem Marquis, am 16ten März, „daß

Die Staaten  
antworten

1) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. SET. Tom. II. p. 293. MONTGON Memoir. Tom. I. p. 403.

n) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 403, m) 3e Lettre dans le Recueil de ROUS- 404, 405.

(2) Man hatte sich hier zu Lande, schon zur Zeit der Unterhandlung über den zwölfjährigen Stillstand, durch diese Art zu schreiben und zu unterzeichnen für beleidigt gehalten. Man sehe B. XXXV. §. XIV. u. XV. Th. IV. S. 228, 231.

„daß sie ungerne vernommen hätten, daß er, der Herr Botschafter, einige Tage ver- ihm um-  
 „schoben hätte, seine Vorschläge zu thun, weil sie auf das Schreiben noch nicht geant- ständlich.  
 „wortet hätten, womit Seine Katholische Majestät sie hätte beehren wollen. Daß sie die-  
 „ses nicht gethan hätten, theils weil das Schreiben in Spanischer Sprache abgefaßt, und  
 „auf eine ungewöhnliche Weise unterzeichnet wäre; vornemlich aber weil ihre dem Se-  
 „cretär Oliver, am 24ten Jenner, ertheilte Antwort, als eine Antwort auf das fö-  
 „nigliche Schreiben angesehen werden könnte, womit der König sich auch ohne Zweifel  
 „beruhigen würde, so bald er davon Nachricht bekäme. Das Schreiben enthielte wei-  
 „ter nichts, als was Oliver schon gesagt hätte, und sie könnten die wiederholte Erklä-  
 „rung, daß der König wegen seiner genauen Verbindung mit dem Kaiser, in allem ge-  
 „meinschaftliche Sache mit ihm machen würde, nicht anders als eine Warnung, wegen  
 „desjenigen, was sie zu erwarten hätten, ansehen; wobey sie nicht gedacht hätten, daß  
 „Seine Majestät auf diese Warnung eine Antwort erwartet haben würde. Inzwischen  
 „wäre es ihnen lieb, daß aus dieser Verzögerung der Antwort kein anderer Nachtheil er-  
 „folget wäre, als daß sie die Vorstellung einige Tage später empfangen, welche der Mar-  
 „quis de St. Philipp ihnen zu übergeben beliebt hätte. Sie hätten ferner in dieser  
 „Vorstellung gerne gesehen, daß Seine Katholische Majestät nichts als die Erhaltung der  
 „allgemeinen Ruhe von Europa zur Absicht hätte. Die übrige wäre eben dieselbe, wo-  
 „von sie den König versichert zu seyn bäten. Der Friedensvertrag von Wien machte  
 „ihnen auch keine Unruhe. Sie befürchteten nur, daß der Handelsvertrag und die auf  
 „den Friedensvertrag gefolgten ferneren Verbindungen Schwierigkeiten verursachen wür-  
 „den. In dem Handelsvertrage wären die wesentlichsten Vortheile des Staats, die in  
 „der Indianischen Schifffahrt bestünden, gegen den Inhalt verschiedener Verträge, auf-  
 „geopfert worden. Man hätte ihren Unterthanen auch beträchtlichen Schaden im Zan-  
 „del, so wohl in Spanien, als in der offenbaren See, gegen den Inhalt des Urechtlichen  
 „Friedens gethan. Nichts desto weniger hielten sie die wiederholte Anbietung der köni-  
 „glichen Vermittelung zwischen dem Kaiser und ihnen für ein Merkmaal der aufrichtigen  
 „Freundschaft gegen sie. Nur zweifelten sie, ob der König, nach den genauen Verbin-  
 „dungen, worin er mit dem Kaiser getreten wäre, die Vermittelung wohl mit der nöthi-  
 „gen Unparteilichkeit würde führen können. Wenigstens hätte er sich verbunden, den  
 „Indianischen Handel der Ostendischen Gesellschaft zu schützen; und diese wider die Ver-  
 „träge aufgerichtete Gesellschaft wäre die vornehmste ihrer Beschwerden. Die zu Cam-  
 „bray angenommene Vermittelung Frankreichs und Großbritanniens, wenn sie  
 „gleich mit der Vermittelung, welche Seine Majestät igo anböte, eine Aehnlichkeit hätte,  
 „wäre in der That fruchtlos gewesen. Spanien selbst hätte dieses sie gelehrt, und sich,  
 „ohne jemand's Vermittelung, zu Wien mit dem Kaiser verglichen. Die Staaten könn-  
 „ten auch keine Unterhandlung anfangen, so lange man voraussetzte, daß die Ostendische  
 „Gesellschaft in ihrer Wirklichkeit bleiben müßte. Die Verletzung der Verträge wäre  
 „mit nichts zu vergüten. Wenn es hier bloß auf die Ersetzung eines gelittenen Schadens  
 „ankäme; so gestünden sie gerne, daß der König von Spanien hiezu, wegen seiner rei-  
 „chen Besitztümer in Indien, besser als eine andere Macht, vermögend wäre; aber  
 „die Ersetzung des gelittenen Schadens wäre das wenigste, was sie zu fordern hätten.  
 „Sie hätten auch eine große Meynung von dem Einflusse, den der König auf den Hof  
 „zu Wien hätte. Sie ersuchten ihn demnach, daß er den Kaiser zu Aufhebung der  
 „Schiff-

1726.

„Schiffahrt nach Indien aus den Oesterreichischen Niederlanden bewegen mögte.  
 „Uebrigens hätten sie die von dem Marquis de St. Philipp ihnen gethane Vorschläge  
 „mit der nöthigen Aufmerksamkeit erwogen. Allein, in Betrachtung des ersteren, ver-  
 „stünden sie nicht deutlich, ob man, bey dem Anbieten einer Vergütung des Schadens,  
 „welchen ihr Handel, gegen den Inhalt der vorigen Verträge gelitten hätte, die Absicht  
 „auf die zwischen Spanien und ihnen, oder zwischen Spanien und anderen Mächten  
 „geschlossenen Verträge gerichtet hätte. Im ersten Falle würden sie ihre Beschwerden  
 „gerne gehoben sehen. Im letzten Falle verlangten sie keine Veränderung in den ge-  
 „machten Verträgen. Aber da sie, nach den Verträgen, als die meist begünstigten Wöl-  
 „fer sollten behandelt werden; so verlangten sie nur, daß dieser Vertrag beobachtet,  
 „und dasjenige, was hiewider unternommen, und besonders dasjenige, was in dem Wie-  
 „nischen Handelsvertrage zu Erhaltung der Schiffahrt der Oesterreichischen Nieder-  
 „lande nach Indien, festgesetzt wäre, aufgehoben werden mögte. Was den zweiten  
 „Vorschlag betrafte; so würden sie es als eine große Gewogenheit ansehen, wenn Seine  
 „Majestät die gänzliche Einstellung dieses Handels bewirken könnte. Es wäre ihnen fer-  
 „ner lieb gewesen zu sehen, daß Seine Majestät eben so, als sie, urtheilte, daß der Ver-  
 „trag von Hannover die Ruhe von Europa zum Endzweck hätte. Ihr Beytritt zu  
 „diesem Vertrage, wenn derselbe der Erfolg ihrer Berathschlagungen seyn mögte, könnte  
 „demnach keiner andern Absicht zugeschrieben werden. Unterdeffen blieben sie geneigt,  
 „die Vorschläge zu hören, welche ihnen, von wegen Seiner Majestät gethan werden  
 „mögten. Nur bäten sie, daß dieselben nicht allgemein seyn, sondern etwas gewisses  
 „und wesentliches enthalten mögten: dahingegen die Vorstellung des Marquis de St.  
 „Philipp eine Unterhandlung in solchen allgemeinen Ausdrücken anböte, daß kein guter  
 „Erfolg davon zu hoffen stünde, wie großen Vortheil die Staaten sich auch von der  
 „Freundschaft Seiner Majestät, und von der Geschicklichkeit und Geneigtheit des Her-  
 „zogs von Ripperda versprechen mögten o).“

Gegenant-  
 wort des  
 Marquis de  
 St. Philipp.

Gleich nach dem Empfange dieser Antwort, trat der Marquis de St. Philipp mit einigen Abgeordneten der Staaten, in nähere Unterredung. Bey dieser Gelegen-  
 heit ward ihm vorgestellt, daß die Gewährleistung der Schiffahrt nach Indien aus den  
 Oesterreichischen Niederlanden, wozu der König, sein Herr, sich, durch den Wie-  
 nischen Vertrag verbunden hätte, den Verbindungen zuwider liefe, welche derselbe mit  
 andern Mächten geschlossen hätte, und seinen Unterthanen, den Castilianern selbst, nach-  
 theillich wäre. Der Botthschafter merkte also gar bald, daß die Staaten ungesinnt blie-  
 ben, wegen der Ostendischen Gesellschaft eine nähere Unterhandlung anzufangen. Er  
 glaubete auch, daß die Ehre des Königs leiden müßte, wenn derselbe genöthiget würde,  
 Reichenschaft von den Vortheilen im Handel zu geben, welche er in seinem Königreiche  
 einem Volke zu bewilligen gut befände. Er gab solches den Staaten in einer zweiten  
 Vorstellung zu erkennen, die er ihnen am 1sten April überreichte. Er fügte hinzu, „daß  
 „der König sich durch keine Verträge das Recht genommen hätte, den Unterthanen des  
 „Kaisers die Vorrechte in dem Handel zu verleihen, welche ihnen durch den Wienischen  
 „Handelsvertrag zugestanden wären: aber daß er dem ungeachtet geneigt bliebe, nebst  
 „den



„den Staaten, Mittel zu Erhaltung der allgemeinen Ruhe zu verabreden p).“ Allein 1726.  
 die Uebergabe dieser Schrift war fast das letzte, was von diesem geschickten Minister zu  
 Ausrichtung der Befehle seines Herrn geschehen ist. Er starb etwas über zween Monate  
 nachher, in dem Haag, am 1ten des Brachmonats q).

Als die vereinigten Landschaften sich mittlerweile, bis auf Utrecht und Grö- XXII.  
 ningen r), für den Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse erklärt hatten; so hiel- Unterhand-  
 ten die Abgeordneten der General. Staaten, um die Mitte des Aprils, eine Unterredung lung der  
 mit den Gesandten von Frankreich, Großbritannien und Preußen, worin sie ihnen Staaten mit  
 Nachricht von dem Zustande der Verathschlagungen über den Beytritt zu diesem Bünd- den Gesand-  
 nisse, und zugleich von den Anmerkungen, die man in einigen Landschaften darüber ge- ten von  
 macht hatte, gaben. Sie stellten ihnen vor, „wie man dienlich fände, in der Urkunde Frankreich,  
 „des Beytritts, die Erklärung zu thun, daß die Absicht dieses Bündnisses nicht wäre, Großbritannien  
 „den vorigen zwischen den hohen Bundsgenossen unter sich, oder mit andern Mächten und Preußen.  
 „geschlossenen Verträgen im geringsten etwas von ihrer Kraft zu entziehen, sondern daß  
 „man im Gegentheile gesinnet wäre, sich unter einander in seinen Rechten und Besit-  
 „gen, insonderheit denen, die den Handel so wohl in als außer Europa betrafen, zu er-  
 „halten; wenn man nur hierunter nicht solche Besitzungen und Rechte, worüber gegen-  
 „wärtig zwischen den Parteyen, vor einem rechtmäßigen Richter gestritten würde, ver-  
 „stünde. Daß auch die Meynung des Hannoverischen Vertrages nicht wäre, die Staa-  
 „ten weiter, in Ansehung der Gewährleistung der Westphälischen und Olivischen Frie-  
 „densschlüsse, als zu Anwendung ihrer guten Dienste in der Thornschen und andern der-  
 „gleichen Sachen, worauf der erste abgeforderte Artikel ginge, zu verbinden. Daß fer-  
 „ner die hohen Bundsgenossen gehalten seyn sollten, einander Nachricht von den Maaß-  
 „regeln zu geben, welche sie zu Behauptung ihrer allseitigen Rechte und Besizthümer  
 „nehmen wollten. Daß die Staaten, in Ansehung der Maaßregeln, welche die andern  
 „Bundsgenossen zu Erhaltung des Gleichgewichts in Europa zu nehmen für gut befän-  
 „den, eben die Freyheit, die sie iso hätten, behielten, ohne daß sie durch ihren Beytritt  
 „zu dem Bündnisse genöthiget wären, sich in einige Unternehmungen einzulassen; und  
 „daß der Beystand der Staaten auf vier tausend Mann zu Fuß und tausend zu Pferde  
 „gesetzt werden sollte. Daß die hohen Bundsgenossen auch versprechen sollten, den  
 „Staaten, wosern dieselben angegriffen oder bedrohet würden, ohne Verzug, und ohne  
 „den Ausgang gütlicher Unterhandlungen abzuwarten, Hülfe zu leisten. Daß man  
 „gleichfalls versprechen sollte, daß nach Verlauf der funfzehn Jahre, auf welche die Dauer  
 „des Bündnisses gesetzt wäre, alles in den Zustand der vorigen zwischen den hohen  
 „Bundsgenossen bestehenden Verträge, und namentlich des dreyfachen Bündnisses vom  
 „Jahre 1717, zurück kommen sollte. Daß Frankreich und Großbritannien inson-  
 „derheit die Gewährleistung des Rechts versprechen sollten, welches die Staaten kraft des  
 „Münsterischen Friedens hätten, die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande  
 „von der Schifffahrt nach Indien auszuschließen; und daß, wenn hierüber Streit ent-  
 „stände,

§ 3

p) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. III.  
 p. 21.

q) *Europ. Merc. Jul. - Dec. 1726. bl. 28.*  
 MONTGON *Memoir. Tom. II. p. 75.*

r) *Voyez MONTGON Memoir. Tom. II.*  
 p. 75.

1726.

„stände, und der Kaiser, wider Hoffen, die Bezahlung desjenigen, was er den Staaten, „kraft der Barriereverträge schuldig wäre, verzögern oder einbehalten wollte, sie diesel- „ben gegen allen Nachtheil, welchen sie, in diesem Betrachte, zu besorgen hätten, schützen „sollten. Daß Frankreich und Großbritannien sich mit den Staaten auch, um den „Kapereyen derer von Algier und Marocco Einhalt zu thun, vereinigen, und ihnen so „gar, wenn in einem Jahre kein Friede geschlossen würde, den Krieg ankündigen; und „wenn nachher der Friede aufs neue gebrochen würde, keinen Frieden mit ihnen, als mit „gemeiner Einwilligung machen sollten. Daß endlich die Staaten die Bundsgenossen „ersuchten, ihre guten Dienste zu Beilegung der zwischen dem Könige von Dänemark „und ihnen obschwebenden Streitigkeiten, und besonders auch zu Erneuerung des Handels- „vertrages, anzuwenden s).“

Die Gesandten der Hannoverischen Bundsgenossen, wenigstens die von Frank- reich und Großbritannien, hörten die Anmerkungen der Staaten geneigt an, und statteten davon ihren Herren Bericht ab. Die Französischen und Englischen Gesandten gaben ihnen auch, in einem näheren Gespräche, worin sie einige ihrer Anmerkungen wi- derlegten, gute Hoffnung, daß sie ihr vornehmstes Augenmerk bey dem beschlossenen Bey- tritt zu diesem Bündnisse, nämlich die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft i), errei- chen würden. Allein die Schließung eines Bündnisses gegen die von Algier und Ma- rocco, mit welchen die Staaten in wirklichem Kriege stünden, fand größere Schwierig- keiten. Die Handlung von Frankreich und Großbritannien blühte durch den Scha- den, welcher den Niederländischen Kaufleuten in dem Mitteländischen Meere zugefü- get ward. Man fand daher ein solches Bündniß nicht rathsam. Von Seiten der Staa- ten ward um diese Zeit eine Schrift an das Licht gestellt, worin man die Billigkeit eines solchen Bündnisses zu beweisen suchte u). Aber sie fand wenigen Eingang an den Höfen von Versailles und London, und die Staaten wurden genöthiget, selbst die Mittel zu suchen, um sich aus diesem schädlichen Kriege zu ziehen. Allein mittlerweile da die Staa- ten sich zum Beitritt zu dem Hannoverischen Bündnisse bereiteten, arbeiteten die Kaiser- lichen und Spanischen an verschiedenen Höfen, um einen oder mehrere Bundsgenossen von diesem Bündnisse abzuziehen, und andere Mächte zum Beitritt zu dem Wienerischen Vertrage zu bewegen. Die Veränderungen, welche bald hernach in Frankreich, in Spanien und anderwärts vorfielen, gaben hiezu Gelegenheit. Es wird daher, zu bes- serem Verständnisse des Laufs der Unterhandlungen dieser Zeit, nicht unbedienlich seyn, daß wir eine kurze Nachricht von diesen Veränderungen geben: wobey uns die Denk- schriften des Abres von Montgon, der selbst vielen Antheil daran gehabt hat, sehr zu statten kommen werden.

XXIII.  
Verände-  
rung in der  
Regierungs-  
verwaltung

Die Zurücksendung der Infantinn und die Schließung des Wienerischen Vertra- ges, die darauf gefolget war, hatte solche Weiterungen zwischen den Höfen von Madrid und Versailles verursacht, daß kein Mittel da zu seyn schien, um sie wieder zu verein- igen. Die Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Könige und der Königin von Spanien

s) Resol. Gener. 18 Apr. 1726. *dans le Re- cueil de ROUSSET* Tom. III. p. 135.

p. 278. ROUSSET *Recueil*. Tom. IV. p. 158-168.

u) *Considerations dans le Recueil de Rou-*

t) *Voyez MONTGON Memoir*. Tom. II.

*SET* Tom. III. p. 145.

Spanien war dagegen so groß geworden, daß sie, wie wir bereits angemerkt haben, nach 1726. einiger Urtheile v) niemals größer, auch damals, da beide Throne von Fürsten aus dem in Frank- selben Hause besessen wurden, gewesen war. Der Hof von Versailles, welcher nachthei- reich.

lige Folgen für Frankreich aus einer so genauen Verbindung voraussetzte, war auf Mittel bedacht, den Hof von Madrid mit sich auszuföhnen. Und die Schließung des Hannoverischen Bündnisses brachte diesen Hof zu dem Entschlusse, nicht mehr eine solche Abneigung, als bisher gesehen war, zu Wiederherstellung der Freundschaft mit dem Könige von Frankreich zu bezeigen, welchen man hernach leichter von dem Hannoverischen Bündnisse abziehen hoffete. Die Ausföhnung ging jedoch langsam von statten. Man hielt sich in Spanien verbunden, große Achtung für den Hof von Wien zu haben. Der Vergleich zwischen den zweien Kronen war auch schwerer zu bewirken, weil man bisher seinen Französischen Gesandten in Spanien hatte annehmen wollen. Der Abt von Montgon, der seine Dienste, schon vor den Weiterungen, dem Könige von Spanien angeboten hatte, war im verwichenen Jahre an dem Spanischen Hofe angekommen; und ihm war von dem Herzoge von Bourbon aufgetragen, auf die vorsichtigste Weise, an der Versöhnung der zweien Höfe zu arbeiten w). Die Gesandten Großbritanniens und des Staats schienen diese Versöhnung auch zu wünschen. Aber Montgon hielt dies für verdächtig, weil sie seine Schritte und Tritte genau beobachteten, aus Besorgniß, daß er geheime Befehle hätte, etwas zum Nachtheile ihrer Herren zu schließen. Er versicherte sie jedoch, „daß er weder eine öffentliche noch geheime Würde bekleidete, und „daß er nach Spanien mit der Absicht, in Seiner Katholischen Majestät Dienste zu „treten gekommen wäre; ob er gleich nicht leugnen wollte, daß er gerne dasjenige hö- „ren würde, was ihm zu Wiederherstellung der verletzten Freundschaft zwischen den zweien „Höfen, vorgeschlagen werden mögte x).“ Allein unterdessen, da Montgon in Spa- nien die Gemüther allmählig zur Versöhnung bewegte, beschloß der König, den Herzog von Bourbon, seinen ersten Staatsminister, der, wie man dafür hielt, die Zurücksen- dung der Infantinn am meisten betrieben hatte, der Regierungsverwaltung zu entsetzen, und ihn vom Hofe zu entfernen. Der Alt-Bischof von Frejus, des Königs gewesener Lehrmeister, hatte ihn, wie man glaubt, hiezu angetrieben, und ihn versichert, daß dieses den Weg zur Versöhnung mit Spanien bahnen würde. Der Herzog von Bourbon hatte auch viele heimliche Feinde am Hofe, welche ihm die Gewalt mißgönneten, die er bisher gehabt hatte. Es währere jedoch bis in den Brachmonat dieses Jahres, ehe der König beschloß, ihm seine Aemter zu nehmen, und ihn nach Chantilly zu verweisen. Man sagte damals, daß der König ohne einen Oberstaatsminister regieren wollte. Aber der Alt-Bischof von Frejus, der wenige Monate hernach zum Cardinal erhoben ward, und seitdem unter dem Namen des Cardinals von Fleury berühmt geworden ist, nahm in kurzem das Steuerruder in die Hand y).

Man versprach sich etwas Gutes von dieser Veränderung am Spanischen Hofe, wo man, eben zu derselben Zeit, den Herzog von Ripperda, der einige Monate mit der von Ripperda. XXIV.

v) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 156.

x) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 159, 199, 203, 347.

w) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 39, 96, 141.

y) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 325, 350-390. Tom. II. p. 108-113.

1726. Würde eines ersten Staatsministers bekleidet gewesen war, aller seiner Bedienungen ent-  
 da erster setzt, und gefänglich nach dem Schlosse, zu Segovia geführt hatte. Der Herzog hatte  
 Staatsmini- sich, in der kurzen Zeit seiner Staatsverwaltung, bey dem Könige und der Königin ver-  
 ster des Kö- ächtlich, und bey dem Volke verhaßt gemacht; und aufmerksame Personen hatten, schon  
 nigs von seit einigen Wochen, seinen Fall vorher gesagt. Die Schließung des Wienischen Ver-  
 Spanien, trages hatte ihm die Gnade der Königin erworben. Er hatte ihr überdem mit der Hei-  
 wird aller sei- rath des Infanten Don Carlos, ihres Sohnes, und der ältesten Tochter des Kaisers ge-  
 ner Bedie- schmeichelt. Er zeigte sich aber zuerst sehr abgeneigt von der Wiederherstellung der  
 nungen ent- Freundschaft zwischen den Höfen von Versailles und Madrid z), wozu man in Spa-  
 setzt. nien, nach Schließung des Hannoverischen Vertrages, mehr als zuvor willig zu werden  
 anfang. Er sprach auch hievon und von andern seinen oder des Hofes geheimen Absich-  
 ten so frey, daß er, obgleich in einem Alter von mehr als sechzig Jahren, in unbedachte-  
 men Reden der wilden Jugend gleich war a). Wir haben oben davon schon einige Pro-  
 ben angeführt. Kurz nach Schließung des Hannoverischen Vertrages, hatte er sich,  
 da er noch zu Wien war, wie gesagt wird, auch diese, oder dergleichen Worte entfallen  
 lassen: Wir werden diese kleine Herren wohl lehren Bündnisse machen. Der  
 König George und der Herzog von Bourbon sollten wohl bedenken, daß man  
 zu gute Nachricht von dem mislichen Zustande habe, worin sie sich befinden,  
 als daß man sich über ihr Bündniß beunruhigen sollte. Sie haben den Kö-  
 nig von Preußen auch darcin gezogen, der jedoch gar bald bereuen wird, was  
 er gethan hat b). Allein einige Zeit nach seiner Zurückkunft in Spanien, suchte er  
 das Vertrauen der Gesandten von Großbritannien und des Staats zu gewinnen, wie  
 man glaubt, in der Absicht, Uneinigkeit zwischen den Hannoverischen Bundsgenossen zu  
 erregen, und Frankreich selbst allmählig zu einer Verbindung mit dem Spanischen Hofe  
 zu bringen c). Er stellte sich mittlerweile äußerst vertraulich gegen den Grafen von  
 Königseck, Kaiserlichen Gesandten in Spanien, und Oheim des Grafen von Kö-  
 nigseck-Erps an, der sich im Haag aufhielte. Er verschaffte, auf sein Anhalten,  
 dem Kaiser, von Zeit zu Zeit, große Hülfszelder, ungeachtet er kaum eine Möglichkeit  
 sahe, Geld aufzubringen, ohne das Volk schwer zu drücken, und sich folchergestalt den ge-  
 meinen Haß auf den Hals zu laden. Hiedurch erhielt er sich eine geraume Zeit in der  
 Gnade der Königin, die sich von dem Wienischen Vertrage, zufolge welchem diese Hülfs-  
 gelder bezahlt werden mußten, große Vortheile für ihre Kinder versprach. Allein der  
 schlechte Zustand der königlichen Finanzen brachte ihn endlich in eine so große Verlegen-  
 heit, daß, da er keine Möglichkeit sahe, den Bedürfnissen des Hofes von Wien genug  
 zu thun, er sich genauer mit Großbritannien und den Staaten zu verbinden suchte, wel-  
 ches jedoch sonst nicht als heimlich geschehen konnte, um die Königin nicht zu erzürnen d).  
 Stanhope und Van der Meer bedienten sich dieser Gelegenheit, von dem  
 Ripperda die Entdeckung eines Geheimnisses, wovon man bisher zwar eine Vermu-  
 thung,

Ursachen sei-  
 ner Ungnade.

Er entdeckt  
 den Gesand-

z) MONTGON Memoir. Tom.I. p.213,  
 234.

a) MONTGON Memoir. Tom.I. p.258.

b) Motifs de la Cond. de la Gr. Bret. p.39,  
 41. MONTGON Memoir. Tom.I. p.278.

c) MONTGON Memoir. Tom.I. p.282-  
 288.

d) MONTGON Memoir. Tom.I. p.302-  
 322.

thung, aber noch keine Gewissheit gehabt hatte, heraus zu locken. Der Herzog, welcher dafür hielt, daß, da er ihr Vertrauen gewinnen wollte, er ihnen auch etwas von ihrer Wichtigkeit anvertrauen müsse, entdeckte ihnen, an einem gewissen Tage, im Hornung, 1726, „daß ein zweiter Vertrag zwischen dem Kaiser und Spanien geschlossen wäre, welchen man bisher geheim gehalten hätte, aber nun bald bekannt machen würde. Daß dieser Vertrag, außer einem Schutz- und Trugbündnisse, drey Artikel enthielte, nämlich 1. Vertrag zu „ein Versprechen des Königs von Spanien, die Ostendische Gesellschaft aufrecht zu erhalten; 2. eine Verbindlichkeit von Seiten des Kaisers, die Zurückgabe von Gibraltar und Porro-Mahon an die Krone Spanien, durch Unterhandlungen, wenn es „möglich wäre, sonst aber durch die Waffen zu bewirken, und 3. eine Bestimmung des „Verstandes, welchen die zwey Mächte einander leisten sollten, und welcher von Seiten „des Kaisers in zwanzig tausend Mann, die er nach Spanien senden würde, und von „Seiten des Königs in so vielem Gelde bestehen sollte, als zum Unterhalte einer dergleichen Anzahl Truppen, die der Kaiser, wo er es gut befände, gebrauchen könnte, nöthig „wäre.“ Beide Gesandten ersauerten über diese Entdeckung, welche sie von dem Herzoge, ob ihnen gleich seine unbedachtsame Zunge wohl bekannt war, keinesweges erwartet hatten. Sie schrieben dieselbe so gleich an ihre Herren, machten aber davon vorerst ein tiefes Geheimniß zu Madrid c). Der Herzog stund auch noch so sehr in der Gnade der Königin, daß ihm, um diese Zeit die Verwaltung der Kriegssachen anvertrauet ward f).

Allein so bald man nur in dem Haag und in England die Nachricht von dem geheimen Wienerischen Vertrage empfangen hatte; entschlossen sich die Staaten, da sie sahen, daß der Kaiser und Spanien die Erhaltung der Ostendischen Gesellschaft festgesetzt hatten, größtentheils, zum Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse, wie wir bereits erzählt haben g). Der König Georg, der im Anfange dieses Jahres, aus seinen deutschen Staaten nach England zurückgekommen war, machte dem Parlamente Eröffnung von dem Hannoverischen Bündnisse, und verlangte zugleich den nöthigen Beystand, um mit dem Frühlinge eine zahlreiche Flotte in See zu bringen. Und obgleich über diese Geldforderung heftig in dem Unterhause gestritten ward; so wußte Horatius Walpole doch einen so guten Gebrauch von den durch Stanhope aus Spanien überschiedenen Entdeckungen zu machen, daß die Mehrheit in kurzem vollkommen darein willigte. Das Oberhaus trat auch in die Maaßregeln des Königs h), und Ripperda bekam bald Gelegenheit, seine Unvorsichtigkeit zu bereuen.

Nachdem der geheime Wienerische Vertrag in Frankreich, in England und in Ripperda dem Haag bekannt gemorden war; so ließen die drey Mächte bey dem Kaiser, durch ihre Gesandten, eine Erklärung wegen des Inhalts dieses Vertrages verlangen? Der Hof von Wien, der höchst unwillig über die Aufführung des Herzogs von Ripperda war, suchte die Gesandten glauben zu machen, „daß er, durch die Entdeckung eines vermeynten Geheimnisses, nur die Gefinnungen der Herren Stanhope und van der Meer hätte erforschen wollen, und daß dasjenige, was ihnen, dem Scheine nach, ent-

e) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 334-336.

g) S. oben §. XXII. dieses Buchs.

h) FINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 283-297, 299-325. MONTGON Tom. I. p.

f) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 337. 454. VIII. Theil.

1726.

„deckt wäre, nicht den geringsten Grund hätte.“ Eben so betrug man sich an dem Hofe zu Madrid, wo Stanhope und van der Meer nun auch eine nähere Erklärung über den Vertrag, wovon Ripperda ihnen Nachricht gegeben, gefordert hatten. Aber weil man weder zu Wien noch zu Madrid schlechterdings gezeugnet hatte, daß ein solcher Vertrag wirklich da wäre, so wurden die drey Mächte noch mehr versichert, daß es wahr sey, was von Ripperda unvorsichtig geoffenbaret war. Der Herzog, der sich das zu späte leid seyn ließ, was ihm entfahren war, suchte mittlerweile Stanhopem und van der Meer zu überreden, daß sie seine Meynung nicht wohl verstanden hätten, und daß der Vertrag, wovon er mit ihnen gesprochen hätte, wenig mehr als ein Schußbündniß wäre. Sie fragten ihn wieder, „ob dieser Vertrag, der wenig mehr als ein Schutzbündniß seyn sollte, nicht aus den Artikeln bestünde, welche er zuvor gemeldet hätte?“ Hierauf ward er hitzig; und weil er unermögend war, den Verdruß und die Ungeduld, wovon er beunruhiget ward, zu verbergen, antwortete er wiederum: Es ist wahr, ich habe mich so ausgedrückt, als Sie sagen: und weil Sie verlangen, daß ich eben diese Dinge wiederhole; so ist dasjenige, was ich Ihnen gesagt habe, buchstäblich wahr i).

Seine Verle-  
genheit.

Eine so große Unbedachtsamkeit, die dem Könige und der Königin zu Ohren kam, brachte den Ripperda, dessen unbefonnenes Betragen schon zuvor ihre Achtung gegen ihn sehr vermindert hatte, völlig aus ihrer Gnade. Er schien auch nach diesem nicht mehr zu wissen, was er anfangen sollte, um sein Ansehen zu erhalten. Bald unternahm er eine besondere Unterhandlung mit dem Französischen Hofe k); bald ließ er sich mit den Anhängern des Prätendenten in Spanien ein l); da er zu gleicher Zeit vertraulich mit dem Englischen Gesandten umzugehen schien. Aber der Hof von Wien war so sehr, nach der Entdeckung des geheimen Vertrages, gegen ihn aufgebracht, daß der Graf von Königseck der Königin keine Ruhe ließ, ehe er sie bewogen hatte, den Ripperda von dem Ruder zu entfernen. Am 1ten März ward ihm die Verwaltung der Finanzen, unter dem Vorwande, ihn eines Theiles der Last, die er zu tragen hätte, zu entledigen, genommen. Er bat so gleich hierauf um die Erlaubniß, alle seine Bedienungen niederzulegen. Allein er empfing erst, nach Verlaufe dreier Tage, eine Antwort auf sein Ansuchen, in einem Schreiben des Marquis de la Paz, der ihm meldete, „daß der König in sein Verlangen, seiner Bedienungen entledigt zu werden, willigte, ihm aber, doch, in Betrachtung seiner Dienste, ein Jahrgeld von drey tausend Pistolen beylegte.“ Es war schon später als elf Uhr in der Nacht, da er diese Nachricht bekam. Er begab sich gleich aus dem königlichen Pallaste, wo er ein Zimmer hatte, nach seinem in der Stadt gemietheten Hause. Als sein Fall den andern Tag bekannt ward, so erweckte er eine so große Freude unter dem Volke, daß er, wie es schien, aus Furcht vor dem Pöbel, erst eine Dankfagung an den König schrieb, und hernach den Botschafter der Staaten, van der Meer, ersuchte, zu ihm zu kommen. Diesem gab er Nachricht von dem ihm begegneten Unglück, und bat ihn, um einen Aufenthalt in seiner Wohnung, wo er vor der Wuth des sehr wider ihn aufgebrachtten Volkes sicher zu seyn glaubete. Der Herr

van

i) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 455 -  
457. 497. 498. 499.

k) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 477 -  
484.

l) MONTGON Tom. I. p. 501-506.



van der Meer entschuldigte sich hiewider bestmöglich, und sagte, daß die Staaten, seine Herren, in den gegenwärtigen Umständen besondere Sorge tragen müßten, den Höfen von Wien und Madrid keinen Anlaß zum Unwillen zu geben. Er rieth ihm aber zugleich, sich in das Haus des Großbritannischen Botschafters zu retten, wohin er ihn, des Abends am 1 sten May, in seiner Kutsche führte. Man streuete am Hofe aus, daß zu eben der Zeit verschiedene Sachen und Papiere von Wichtigkeit, aus dem Hause des Herzogs, nach des Großbritannischen Gesandten seinem, von den Bedienten des Herrn van der Meer gebracht wären. Der Herr Stanhope, der zween Tage zuvor nach Brüssel gerichtet war, fand, zu seiner großen Verwunderung, bey seiner Wiederkunft, den Herzog von Ripperda vor, dessen Unglück er schon erfahren hatte. Er that so gleich einige Fragen an ihn, ehe er ihm den gesuchten Aufenthalt zugestehen wollte. Vorerst verlangte er zu wissen, „ob der Herzog noch, in einigem Betrachte, „in des Königs von Spanien Diensten wäre?“ Als er diese Frage mit Nein beantwortet hatte, fragte der Gesandte ihn ferner, „ob er auch befürchtete, daß Seine Katholische Majestät ihn, „wegen einiger Mißthat anklagen lassen wollte, und darauf, ob man ihn nur seiner Bedienungen entsetzt hätte, weil der König nicht wohl mit ihm zufrieden wäre?“ Er antwortete, „daß der König ihn so wenig wegen eines Verbrechens verdächtig hielt, daß „er ihm so gar, in Betrachtung seiner vorigen Dienste, ein Jahrgeld von drey tausend Pistolen bengelegt hätte.“ Endlich ward er gefragt, „was ihn bewogen hätte, sich hieher zu begeben?“ worauf er antwortete, „daß er nichts Böses von dem Könige befürchtete, sondern daß er nur vor der Wuth des Volkes und dem tief eingewurzelten Hass seiner Feinde bange gewesen wäre.“ Er fügte hinzu, „daß seine Bedienten, diesen Tag schon, von dem Pöbel beschimpft worden wären, welcher gedrohet hätte, sein Haus in der folgenden Nacht in Brand zu stecken, und ihn in Stücken zu zerreißen.“ Die Gefahr, welche ihm von Seiten des Volks drohete, hätte ihn also allein, wie er sagte, bewogen, seine Zuflucht in das Haus des Botschafters zu nehmen. Nachdem Stanhope ihm hierauf gesagt hatte, daß er dort die Nacht verbleiben könnte; so verlangte er den folgenden Tag, daß er die Ursachen, warum er seine Zuflucht zu ihm genommen hätte, dem Hofe schriftlich bekannt machte; welches er that. Der Botschafter selbst suchte Gehör bey dem Könige, und machte ihm einen umständlichen Bericht von demjenigen, was ihm mit dem Herzoge von Ripperda begegnet war. Der König sagte, er hätte mit Befremdung vernommen, daß Ripperda sich in das Haus eines fremden Gesandten begeben hätte. Er fügte hinzu, „daß der Herzog ihn um einen Paß nach Holland gebeten hätte, aber daß er ihn nicht bekommen sollte, ehe er ihm einige wichtige Brieffschaften, welche in seiner Verwahrung geblieben wären, eingeliefert haben würde.“ Uebrigens bezeugte er sich mit Stanhopes Betragen zufrieden, und verlangte, daß er den Ripperda nicht aus seinem Hause entweichen lassen sollte, ehe er ein Verzeichniß von dessen Brieffschaften hätte machen lassen; welches den folgenden Tag geschehen sollte. Stanhope sagte, bey seiner Zurückkunft, zu dem Herzoge, daß er nun sicher da bleiben könnte, wenn er nur nicht zu entfliehen suchte; wosfür er dem Könige sein Wort hätte geben müssen.

Der Hof, welcher jedoch besorgete, daß Ripperda ungeachtet der Vorsorge des Botschafters entkommen mögte, ließ das Haus mit einigen Soldaten besetzen. Aber weil man befürchtete, daß der unglückliche Minister in dieser Verlegenheit die Gewogenheit des Hofes mißbrauchen würde, ließ man das Haus mit Soldaten besetzen.

1726.

heit des Vothschafers, durch Entdeckung einiger Geheimnisse zum Nachtheile des Staats, zu gewinnen suchen möchte; so beschloß man den gelindesten Weg zu gehen, und den Vothschafter zu ersuchen, daß er den Ripperda bewegen möchte, sein Haus zu verlassen, indem der König verspräche ihn gegen die Wuth des Pöbels zu schützen. Allein Ripperda machte Schwierigkeiten dieses zu thun, unter dem Vorwande, daß er befürchtete, der König mögte ihn unwillig auf ihn seyn, weil er in das Haus eines Fremden, und zwar eines Englischen Gesandten die Flucht genommen hätte. Stanhope, welchem nachher der Marquis de la Paz von neuem stark anlag, that sein Bestes, um den Ripperda zu bereeden, daß er sich wegbegeben mögte. Aber der Herzog, welcher, da man so in ihn drang, in große Unruhe gerieth, bat endlich um die Erlaubniß sich auf etliche Tage in ein Kloster zu begeben. Aber weil der König schon beschlossen hatte, ihn in Verhaft nehmen zu lassen, so wies er dieses Ansuchen von der Hand. Als man sich nun zweener seiner vornehmsten Bedienten und eines seiner vertrauesten Freunde mittlerweile bemächtigt hatte, so sahe Stanhope wohl, was die Absicht des Hofes war, und setzte ihm nicht weiter zu, sein Haus zu räumen. Der Hof hingegen, um der Sache ein Ende zu machen, ließ durch den Rath von Castilien untersuchen, ob es erlaubt und recht wäre, den Herzog von Ripperda aus dem Hause des Großbritannischen Vothschafers wegzunehmen zu lassen? Die Entscheidung war, daß man dieses, und so gar, wenn es nöthig wäre, mit Gewalt thun könnte, und der König gab alsbald einen schriftlichen Befehl dazu, ohne jedoch dem Herzoge eine andere Missethat zur Last zu legen, als daß er in das Haus dieses Vothschafers geflohen war. Der Rath von Castilien aber erklärte ihn deswegen des Verbrechens der beleidigten Majestät schuldig. Man schickte also am 25ten einen hohen Gerichtes <sup>(\*)</sup> und einen Kriegsbedienten mit sechzig Mann von der königlichen Leibwache nach dem Hause des Abgesandten, welche, so bald man die Thüre eröffnet hatte, hineindrangen, und den Herzog mit allen seinen Brieffschaften in Verwahrung nahmen. Der Vothschafter protestirte ernstlich gegen die Gewalt, die man in seinem Hause gebraucht, und womit man, seiner Meynung nach, das Völkerrecht verletzet hätte. Aber hiebei mußte er es für diesmal bewenden lassen. Ripperda ward so gleich nach Segovia geführt, und daselbst auf dem Schlosse gefänglich verwahret, ohne daß man jemanden, außer einem einzigen Bedienten, bey ihm ließ <sup>11)</sup>. Hier saß er bis in den Herbstmonat des Jahres 1728, da ein Soldat und eine Dienstmagd des Befehlshabers ihm Gelegenheit zur Flucht verschafften. Er kam glücklich nach Portugal, und gieng in dem Hafen Porto zu Schiffe nach Cork in Irland. Von hier reiste er nach London, wo er im Weinmonate ankam, und bis in den Christmonat verblieb. Man begegnete ihm aber hier mit solcher Gleichgültigkeit, daß er sich entschloß nach seinem Vaterlande zurückzukommen. Hier nahm er, sagt man, wieder die reformirte Religion an: aber weil er keine Möglichkeit sahe, von neuem in die Regierung zu kommen; so brachte ihn der Ehrgeiz und die Hoffnung sich an Spanien zu rächen zu dem tollkühnen Entschlusse, nach der Barbaren, und in des Königs von Marocco Dienste zu gehen. Hier bekannte er sich, wie verächtet wird, zum Mahometanischen Glauben <sup>m)</sup>: aber sein Ansehen bey dem Könige war

so

Ripperda  
wird daraus  
weggeholet,  
und auf das  
Schloß in  
Segovia ge-  
bracht.

Er entflieht.  
Ein ferneres  
Schicksal  
und Ende.

11) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 517-  
543.

\*) Alcalde de Corte.

m) MONTGON Tom. VII. p. 8-15.

so geringe, daß er, wie man mir berichtet hat, genöthiget ward, ein Schaaffhändler zu werden; in welchem Zustande er endlich im Wintermonate des Jahres 1737 zu Tetuan gestorben ist n).

Stanhope hatte unterdessen dasjenige, was in seinem Hause geschehen war, nach England geschrieben. Er suchte auch die andern fremden Gesandten zu bewegen, daß sie sich so wie er, hierüber, als eine offenbare Verletzung des Völkerrechts beschweren möchten. Der Hof von Madrid verantwortete sich dagegen schriftlich bey den auswärtigen Gesandten. Der hierüber zwischen den Höfen von Madrid und London entstandene Streit dauerte eine Zeitlang fort, bis er von selbst, ohne daß er abgethan worden sey, lie- gen blieb o). Der Herr van der Meer, der sowohl als Stanhope dafür hielte, daß man in der Gesangennehmung des Herzogs von Ripperda das Völkerrecht verletzt hätte, achtete sich auch durch einen Ausdruck in einer der Schußschriften des Spanischen Hofes beleidigt, worin man gesagt hatte, „daß die Bedienten des Botschafters der Staaten „die kostbarsten Sachen des Herzogs von Ripperda in der Nacht, und gleich als ver- „stohlnen Wesse, nach dem Hause des Großbritannischen Gesandten gebracht hätten.“ Er beschwerte sich hierüber in einem Schreiben an den Marquis de la Paz p). Aber dies hat, so viel mir bekannt ist, keine weiteren Folgen gehabt.

Streit mit dem Hofe von London wegen Gesangennehmung des Ripperda.  
Der Herr van der Meer achtet sich beleidigt.

Die Veränderung, welche in Frankreich und Spanien in der Verwaltung der Staatsgeschäfte vorgefallen war, schien den Weg zur Versöhnung der zwey Kronen zu bahnen. Der Abt von Montgon, der hieran heimlich und allmählig arbeitete, sah jedoch wohl, daß hiezu wenig Hoffnung war, so lange der Hof von Madrid so genau mit dem zu Wien vereinigt blieb; oder so lange der König von Frankreich als unzer trennlich mit Großbritannien und den Staaten verbunden angesehen ward. Er hatte daher einigen zu verstehen gegeben, daß man die Verträge von Wien und Hannover zusammen zu schmelzen, und daraus einen Vertrag zu machen suchen; oder daß man auf Mittel denken müßte, Frankreich von dem Hannoverischen Bündnisse abzusiehen, und es zum Uebertritt zu dem Wienerischen zu bewegen q). Aber seine Gründe fanden noch nicht vielen Eingang bey dem Könige und der Königin. Das Hannoverische Bündniß bekam auch durch die starke Seerüstungen in England neue Kraft.

Georg der Erste, der den Inhalt des geheimen Wienerischen Vertrages als wahr annahm, und fernere nachtheilige Verträge an andern Höfen in Deutschland und in Norden befürchtete, hatte, um die Wirkungen davon zu verhüten, im Frühlinge dieses Jahres eine ansehnliche Flotte in See gebracht. Sie ward in drey Geschwadern vertheilt, und eines derselben unter dem Unteradmiral Hosier nach Westindien geschickt, um auf die Spanische Kauffahrteyflotte, die in der Havana lag, und auf die Gallionen, die sich in dem Hafen von Porto Bello aufhielten, Acht zu haben. Das andere Geschwader unter dem Admiral Jennings war befehligt in dem Mitteländischen Meere zu kreuzen; und das dritte unter dem Unteradmiral Carl Wager, war nach der Ostsee bestimmt, um ein wachsamcs Auge auf die Bewegungen der Russen zu haben, die sich,

XXV.  
Seerüstung in England.

G 3

seit

n) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1737. bl. 310.

p) Voyez ROUSSET Tom. IV. p. 93.

o) MONTGON Tom. I. p. 516-545. Tom. III. p. 56. ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 57, 63, 69-93.

q) MONTGON Memoir. Tom. I. p. 447. Tom. II. p. 2.

1726.

seit einiger Zeit, stark zu Wasser und zu Lande gerüstet hatten. <sup>1)</sup>Wager, der im April ausgelaufen war, segelte, nachdem er sich mit der Dänischen Flotte vereinigt hatte, bis vor Revval und Kronsfjort, wo er die Russische Schiffsmacht besetzt hielt, und weit in den Herbst hinein liegen blieb; worauf er, da er weiter keine Unternehmungen von Seiten der Russen befürchtete, nach England zurückging. Jennings hatte Befehl, zwischen Cadix und dem Vorgebirge St. Vincent zu kreuzen, die Flotte oder Gallionen aufzufangen, und Gibraltar, wofern es belagert würde, zu entsetzen. Allein er that in dem Mitteländischen Meere keinen andern Schaden, als daß er die Spanischen Küsten in beständiger Bewegung, und die Spanischen Hafen gesperrt hielt. Er segelte im Herbst nach Spithead zurück. Hosier, der, im Brachmonate, vor Porto Bello angekommen war, befand, daß man den Schatz, der schon auf den Gallionen eingeschiffe gewesen war, wieder ausgeladen, und nach Panama geführt hatte. Er hielt jedoch die Hafen versperrt, und schickte von Zeit zu Zeit, Schiffe ab, um die Flotte zu beobachten, die aus der Havana erwartet ward, aber aus Furcht vor den Engländern, eine geraume Zeit in dem Hafen liegen blieb. Der Befehl des Unteradmirals ging nicht weiter, als die Flotte und die Gallionen besetzt zu halten, oder, wenn sie, dem ungeachtet, ausliefen, die Schiffe anzugreifen, und mit der Ladung nach England zu führen <sup>2)</sup>. Hiedurch gedachte man den Spanischen Hof außer Stand zu setzen, den Krieg, welchen derselbe, wie man glaubte, beschlossen hatte, mit Hoffnung eines guten Erfolges zu unternehmen.

Als der Kaiser sah, wie ernsthaft die Sachen in England aufgenommen wurden; so unterließ er unterdessen nicht, seine geheime Unterhandlungen in Deutschland und in Norden fortzusetzen. Es gelang ihm, in kurzem, die Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln und Bayern zu bewegen, daß sie sich verbindlich machten, ihm, im Falle eines Krieges mit einer gewissen Anzahl Truppen beizustehen. Seine Unterhandlungen an dem Russischen Hofe, und wie man sich versichert hielt, auch an dem Berlinischen, waren ebenfalls glücklich. Alle diese Unterhandlungen hatten einen Einfluß auf die Verathschlagungen der Staaten, über den Beitritt zu dem Hannoverischen Verträge: weswegen wir für dienlich achten, hier eine kurze Nachricht von den vornehmsten zu geben.

XXVI.  
Der Russische Hof tritt dem Wienerischen Bündnisse bey.

Zwischen Rußland und Schweden war, im Märzmonate des Jahres 1724, nach der Wiederherstellung des Friedens in Norden, ein Schutzbündniß geschlossen <sup>3)</sup>, und der Kaiser auch ersucht worden, demselben beizutreten. Aber weil man sich durch einen geheimen Artikel dieses Bündnisses verbindlich gemacht hatte, den Herzog von Holstein in den Besiz des Herzogthums Schleswig, welches der König von Dänemark inne hatte, wieder einzusetzen; so machte Carl der Sechste Schwierigkeiten, dem Bündnisse beizutreten. Hieraus war eine Kältsümmigkeit zwischen den Höfen von Wien und Petersburg entstanden, welche zunahm, nachdem der Zaar Peter der Erste, welchem man, vor einigen Jahren, die Ehrennamen des Großen, Vaters des Vaterlandes und Kaisers begelegt hatte <sup>4)</sup>, am 8ten Hornung des Jahres 1725, gestorben, und

r) Voyez les lett. dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV. p. 49-68. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 305-310. MONTGON Tom. I. p. 454. Tom. II. p. 37, 172, 202, 210, 267, 285, 408.

s) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 76. ROUSSET Recueil Tom. I. p. 347.

t) Zie Resol. Holl. 19 Dec. 1721. bl. 861, Notul. Zeel. 5 Dec. 1721. bl. 337.

und ihm nicht sein Enkel, des Kaisers Nefse, sondern seine Gemahlinn, die Kaiserinn Catharina auf dem Throne gefolget war u). Allein die gegenwärtigen Angelegenheiten des Hofes von Wien hoben diese angenommene Kalksinnigkeit auf. Der Kaiser, der zuerst kaum einige Wahrscheinlichkeit sahe, einige Deutsche und Italienische Fürsten zu Annehmung seiner Maafregeln zu bewegen, und in dem Spanischen Bündnisse nicht genugfamen Beystand fand, beschloß den Unwillen gegen den Russischen Hof fahren zu lassen, und Rußland und Schweden auf das genaueste mit sich zu verbinden. Er trat im April in das Bündniß zwischen Rußland und Schweden v), in der Hoffnung, daß dieses den Weg bahnen würde, diese zwey Mächte in das Wienische Bündniß zu ziehen. Aber Schweden, welches zu eben der Zeit zum Beytritte zu dem Hannoverischen Bündnisse stark eingeladen ward, verschob nicht allein den Beytritt zu dem Wienischen Vertrage, sondern nahm auch so gar den Kaiser in das Bündniß mit Rußland, nicht anders als unter gewissen Bedingungen auf, die ihm gar nicht gefielen. Unter andern bedung der König von Schweden, „daß er nicht gehalten seyn sollte, sich in die wegen „Errichtung der Ostendischen Gesellschaft entstandenen Streitigkeiten zu mengen, noch, „wenn der Kaiser in Italien, oder außer Europa angegriffen würde, an dem Kriege „Theil zu nehmen w).“ Aber die Kaiserinn von Rußland nahm den Kaiser in das Bündniß mit Schweden, ohne einige Einschränkung, auf. Sie bezeugte so gar eine Neigung zu einem andern Bündnisse, welches ihr, von wegen des Kaisers vorgeschlagen, aber von einigen ihrer Minister ernstlich widerrathen ward. Diese stellten ihr vor, daß dies Bündniß, welches dem Herzoge von Holstein sehr vortheilhaft seyn sollte, unfehlbar bey Schweden den Argwohn erregen würde, als wenn man die Absicht hätte, diesen Herzog, der von Hedwig Sophia, Carls des Zwölften ältester Schwester, gebohren, und mit Anna Perowna der Kaiserinn von Rußland Tochter vermählet war, auf den Schwedischen Thron zu setzen, wozu er, wenn nicht das Recht der Erbfolge im Jahre 1719 aufgehoben worden wäre, in der That näher, als der gegenwärtige König, berechtiget gewesen seyn würde. Sie fügten hinzu, „daß Großbritannien, welches auf „den Russischen Hof, weil derselbe, unter dem verstorbenen Kaiser Peter dem Ersten, „die Absichten des Präventanten begünstiget hätte, mißvergnügt wäre, und vielleicht auch „die Staaten, diese Gelegenheit ergreifen, und sich mit Schweden vereinigen würden, „um Rußland zu bekriegen: welches dem Reiche sehr ungelegen fallen würde, weil die „Seemacht igo sehr versallen, und Kaiser Carl außer Stande wäre, der Kaiserinn zu „Wasser beyzustehen.“ Allein andere merkten hiewider an, daß das Bündniß mit dem Kaiser, dem Russischen Reiche, im Falle eines Krieges mit den Türken, sehr vortheilhaft seyn würde. „Der Vortheil des Handels,“ fügten sie hinzu, „würde Großbritannien und die Staaten wohl abhalten, die Kaiserinn zu bekriegen: zumal da diese zwey „Mächte, meyneten sie, keine Rechnung auf das Bündniß mit Frankreich machen „könnten, wo man, nach der veränderten Staatsverwaltung, im Begriffe stünde, sich „mit Spanien zu versöhnen.“ Die Meynung der letzteren hatte das größte Gewicht bey

u) *Voyez Du Mont Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 130. ROUSSET Recueil Tom. III. p. 151.*

w) *Voyez ROUSSET Recueil Tom. III.*

v) *Voyez Du Mont Corps Diplom. Tom. p. 154.*

1726.

bey der Kaiserinn, die überdem auf den Großbritannischen Hof, wegen Absendung des Admirals Wager in die Ostsee, sehr unwillig war x). Sie beschloß also, das ihr von dem Kaiser angebotene Bündniß anzunehmen y). Es ward zu Wien am 6ten August unterzeichnet. Die Kaiserinn trat durch dasselbe dem Wienischen Vertrage bey, der im verwichenen Jahre zwischen dem Kaiser und Spanien geschlossen war. Der Kaiser und die Kaiserinn von Rußland hatten auch einen Vertrag zum Vortheile des Herzogs von Holstein gemacht z). Aber der Inhalt desselben ward sehr geheim gehalten. Man zweifelte nicht, daß derselbe für die gegenwärtige Regierung von Schweden nachtheilig wäre. Er trug auch vieles bey, daß dieses Königreich dem Hannoverischen Bündnisse beptrat; welches im Märzmonate des folgenden Jahres geschah.

## XXVII.

Argwohn des Königs von Großbritannien auf den Russischen Hof und die Höfe von Wien und Madrid.

Der König Georg hatte zu dieser Zeit, wie man meynete, noch besondere Ursachen zum Mißvergnügen über den Russischen Hof, die ihn, außer den schon gemeldeten, zu Absendung eines Geschwaders in die Ostsee bewogen hatten. Man hatte ihm, bereits im verwichenen Jahre, berichtet, daß die Anhänger des Prätendenten drey Kriegsschiffe in Rußland gekauft hätten, die nach Spanien gefegelt wären, und zu einem geheimen Anschläge gebraucht werden sollten. Zu St. Andero hatten sie sich mit vier Spanischen Kriegsschiffen vereinigt, und man zweifelte nicht, daß sie zur Ueberfahrt einiger Spanischer Truppen, welche nicht weit von diesem Hafen versammelt wären, gebraucht werden sollten. Man hatte auch erfahren, daß in dem Hafen zu Ostende sechstausend Mann bereit stünden, um eingeschifft zu werden; und man zweifelte nicht, daß der Kaiser, Rußland und Spanien einig wären, um etwas wichtiges zum Vortheile des Prätendenten zu unternehmen. Man wußte überdem, daß der Herzog von Wharton, ein vornehmer Anhänger des Prätendenten zu Wien, mit den Kaiserlichen und Russischen Ministern, und mit dem Herrn von Ripperda insgeheim gesprochen hatte. Darauf wäre er nach Rom, wie man gewiß glaubete, in der Absicht gereiset, dem Prätendenten von seinen Verrichtungen Bericht abzustatten, in dessen Namen er, seitdem, auch an dem Spanischen Hofe Unterhandlungen gepflogen hätte. Alle diese besondern Umstände wurden in öffentlichen Schriften in England bekannt gemacht, und so allgemein geglaubet, daß der König kein Bedenken trug, im Anfange des Jahres 1727 dem Parlamente vorzustellen, „daß der Umsturz der Regierung in Großbritannien die Frucht zu seyn schiene, welche man sich von der genauen Vereinigung zwischen dem Kaiser, der Kaiserinn von Rußland und dem Könige von Spanien versprochen hätte a).“ Es war also kein Wunder, daß der Großbritannische Hof bemühet war, eine solche Unternehmung zu hintertreiben.

Verdacht auf ihn wegen einer geheimen Unterhandlung mit der Pforte.

Um dieses desto besser zu bewerkstelligen, fieng der König Georg, ehe noch das Bündniß zwischen dem Kaiser und Rußland geschlossen war, eine Unterhandlung mit der Ottomannischen Pforte an, welcher er von dem Hannoverischen Vertrage Eröffnung machte. Man hatte ihn auch an dem Hofe zu Wien im Verdachte, daß er nicht ohne Mitwissen

x) Voyez les Lettr. dans le Recueil de ROUSSET Tom. III. p. 206, 210. Tom. IV. p. 223.

z) Voyez Du MONT Corps Diplom. Tom. VII. P. II. p. 131. ROUSSET Recueil Tom. III. p. 158.

y) MONTGON Memoir. Tom. II. p. 380-402.

a) MONTGON Tom. II. p. 81-85. Motifs de la Cond. de la Gr. Bret. p. 43, 44, 62, 66, 67, 68, 69, 70.



Mitwissen der Krone Frankreich, die Pforte zu einem Kriege gegen den Kaiser und gegen Rußland zu bewegen suchte. Allein seine Gesandten widersprachen öffentlich, daß er eine solche Absicht gehabt hätte b). Ich habe auch nirgends einen deutlichen Beweis davon gefunden. Aber mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel, welchen der Hof zu Wien vergebens zu gewinnen gesucht c), hatte Georg der Erste im Märzmonate dieses Jahres schon einen Vertrag geschlossen, wodurch der Landgraf sich verbindlich machte, zwölf tausend Mann zum Dienste des Königs zu werben, und dieser durch Bezahlung der nöthigen Hülfselder ihn hiezu in den Stand zu setzen versprach d).

Der Hof von Wien fieng unterdessen in Deutschland, in Norden und in Italien Unterhandlungen an, um sich Bundesgenossen zu verschaffen. Es wurden auch um diese Zeit, wie wir bereits gemeldet haben, einige deutsche Fürsten bewogen, in die Maafregeln des Kaisers zu treten. Allein der König von Sardinien wollte sich in keine Verbindung mit ihm einlassen e). Als die Staaten mittlerweile die Macht des Wiener Bündnisses durch die Unterhandlungen an verschiedenen Höfen, die besonders in Petersburg auf einem guten Fuße stunden, zunehmen sahen; so hatten sie, ehe man noch zwischen dem Kaiser und der Russischen Kaiserinn vollkommen einig geworden war, nicht ansetzen können, endlich einen Schluß wegen ihres Beytritts zu dem Hannoverischen Bündnisse zu fassen f). Zu der Unterhandlung über die Bedingungen dieses Beytritts mit den Gesandten der Bundesgenossen hatten sie folgende Bevollmächtigten ernannt, nämlich Christian Carl Baron von Lintelo, Herrn von Essen, wegen Geldern. Arnold van Juilen von Tyveld, Rath und Alt-Bürgermeister zu Rotterdam, Ruwaard von Putten und Amtmann von Schielard, und Isaac van Soornbeek, Rathspensionär und Groß-Siegelbewahrer, wegen Holland; Nicolas Henrich Noey, Alt-Bürgermeister zu Thoolen, wegen Seeland; Gerard Godard Taats von Amstrongen, Rittern des deutschen Ordens und Comthur desselben zu Doesburg, wegen Utrecht; Johann Abraham von Schuurman, Bürgermeistern und Rathsherrn der Stadt Stoolen, wegen Frisland; Everard Rouse, Bürgermeistern der Stadt Deventer, wegen Overijssel, und Lambert Henrich Emmen, Rathsherrn der Stadt Gröningen, wegen Gröningen. Im Augustmonate war man über die Bedingungen so gut als einig geworden. Gröningen hatte auch in den Vertrag gewilligt. Aber Utrecht zauderte noch. Man erwartete daher überhaupt noch nicht, daß die Staaten dem Verträge beystreten würden, als es unvermuthet von allen Bevollmächtigten, außer wirklich denen von Utrecht, am 1ten August geschähe. Der Inhalt des Beytritts war, „daß Inbalt der „die Staaten in dem Beytritte zum Hannoverischen Verträge nichts als die Erhaltung der „Ruhe von Europa, ohne welche die Erhaltung ihres Staats nicht sicher seyn, und die „Behauptung ihres Handels, ohne welchen derselbe nicht bestehen könnte, zur Absicht „hätten. Daß auch ihre Meynung wäre, durch diesen Vertrag, den vorigen zwischen den „hohen Bundesgenossen unter sich oder mit andern Mächten geschlossenen Verträgen nicht „im

XXVIII.  
Die Staaten beschließen dem Hannoverischen Bündnisse beizutreten.

b) MONTGON Tom. I. p. 457-462, 467, 468.

hif. N. IX. p. XXXI. ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 322.

c) MONTGON Tom. II. p. 187.

e) MONTGON Tom. I. p. 451, 470. Tom. II. p. 75, 280.

d) NOYER MONTGON Tom. II. *Piet. Ju-*  
VIII. Theil.

f) Resol. Gener. Jovis 5 Aug. 1726.

1726.

Geheimer  
Artikel.

„im geringsten etwas von ihrer Kraft zu entziehen. <sup>1</sup> Daß sie sich versichert hielten, daß man sie, wegen dieses Beytritts, nicht zu einer allgemeinen Gewährleistung der Westphälischen und Olivischen Verträge, sondern nur der Rechte und Besitzthümer, welche die unterhandelnden Mächte, kraft der gemeldeten Verträge, erlangt hätten, und noch gegenwärtig besäßen, verpflichten wolle: weswegen sie sich in Ansehung der Thornschen Sache, weiter zu nichts, als zu Anwendung ihrer guten Dienste, zu Erlangung einer billigen Genugthuung wegen der zu Thorn geschehenen Verletzung des Olivischen Friedens, verbinden könnten. Daß sie auch voraussetzten, daß die Bundsgenossen einander von den Mitteln Nachricht geben sollten, welche sie, im Nothfalle, zu Vertheidigung ihrer allseitigen Besitzthümer und Rechte, derjenigen insonderheit, die sich auf den Handel, so wohl in als außer Europa bezögen, würden anwenden wollen. Daß die Hülfleistung der Staaten auf viertausend Mann zu Fuß und tausend zu Pferde gesetzt werden, und daß nach Verlaufe der funfzehn Jahre des Vertrages alles wieder in den Zustand, worin es vor Schließung desselben gewesen wäre, zurückkommen sollte.“ Diesen Artikeln war noch ein geheimer dieses Inhalts beygefüget, „daß, wenn die Staaten, aus Unwillen wegen ihres Beytritts zu diesem Bündnisse, oder aus einer andern Ursache, angegriffen, und dadurch zu Ergreifung der Waffen genöthiget würden, ohne daß die Bundsgenossen Zeit haben sollten, zu Abwendung einer solchen Gefahr erst ihre gute Dienste anzuwenden, die drey anderen Mächte sich verbindlich machten, den Staaten in solchem Falle sogleich mit den bestimmten Truppen beizustehen.“ Und in einem andern abgesonderten Artikel, welcher jedoch nicht geheim blieb, ward von den Französischen und Großbritannischen Gesandten allein die Erklärung gethan, „daß unter den Rechten der Staaten, worüber man die Gewähr leisten sollte, auch das in dem Münsterischen Frieden bedungene Recht, die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande von der Schiffahrt auf Indien ausgeschlossen zu halten, mitbegriffen würde; und daß, wenn der Kaiser deswegen die Gelder einbehielte, welche sie von ihm zu fordern hätten, die Bundsgenossen ihnen Genugthuung verschaffen sollten, jedoch mit der Bedingung, daß sie keine Feindseligkeiten wider die Ostendische Gesellschaft in Indien oder andernwärts anfangen, als nachdem deswegen mit den andern Bundsgenossen gemeinschaftliche Abrede genommen seyn würde.“ Ueberdem thaten die Staaten die Erklärung, „daß sie sich die Freyheit vorbehielten, in die Maafregeln, welche die Bundsgenossen zu Erhaltung des Friedens oder des Gleichgewichts in Europa zu bewerkstelligen gut finden würden, zu willigen oder nicht zu willigen g).“

Preußen  
weigert sich  
in die Urkun-  
de der Staaten  
zu willigen.

Nachdem der Marquis von Fenelon und der Herr Wilhelm Sinch die Urkunde, wodurch die Staaten dem Vertrage beytraten, gelesen hatten; so erklärten sie sich alsobald, daß sie bereit wären sie zu unterzeichnen. Aber der Herr von Meinerzhagen, Gesandter des Königs von Preußen, machte dabey Schwierigkeiten. Er hatte schon zuvor zu erkennen gegeben, daß ihm die Ausnahme der Gewährleistung der Westphälischen und Olivischen Verträge mißfiel h); und es war ihm von dem Könige, seinem Herrn, noch keine Vollmacht zugefertigt worden, die Urkunde des Beytritts mit dieser Ausnahme zu

g) *Voyez Du Mont Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 133. Rousset Recueil, Tom. III. p. 166.* h) *Voyez Rousset Recueil, Tom. IV. p. 163.*

zu unterzeichnen. Senclon und Finch hielten jedoch dafür, daß sie die Unterzeichnung dieser Urkunde nicht länger aufschieben mußten, und schritten so gleich dazu, „in der Hoffnung, wie sie sagten, daß der König von Preußen seinem Gesandten gleichfalls bald Vollmacht zur Unterzeichnung geben würde; wenn aber solches wider Hoffen nicht geschähe, versprachen sie, im Namen ihrer Herren, daß die in der Urkunde des Beytritts enthaltenen Artikel, dennoch in ihrer Kraft bleiben sollten i).“

In so weit und auf diese Weise erhielt endlich das Geschäfte des Beytritts der Staaten zu dem Hannoverischen Bündnisse seine Endschafft. Sie erreichten dadurch ihre große Absicht, welche war, wenigstens Frankreich und Großbritannien zur Wahrleistung ihres Rechts, die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande von der Schifffahrt auf Indien auszuschließen, zu verbinden. Es wurden ihnen auch fast alle die anderen Bedingungen zugestanden, unter welchen sie, in dem Anfange der Unterhandlungen, sich zum Beytritte erklärten hatten k), ohne dabey eine Verbindlichkeit übernommen zu haben, zu welcher sie nicht schon durch vorige Verträge verpflichtet gewesen wären. Allein das Versprechen, ihre Streitigkeiten mit Dänemark durch gütliche Zwischensprache belegen zu helfen, hatten sie nicht erhalten können. Die Gesandten hielten dafür, daß ein solches Versprechen dem Hofe zu Kopenhagen zu partheyisch scheinen, und daher nicht den Nutzen haben würde, welchen man sich sonst von ihrer Vermittelung versprechen mögte l). Die Kriegserklärung gegen die von Algier und Marocco war auch abgelehnt worden. Senclon sagte, „daß diese Völker, mit welchen Frankreich und Großbritannien feierliche Verträge geschlossen hätten, nicht als Seeräuber betrachtet, noch aus diesem Grunde ausgerottet werden könnten. Daß, wenn man sie auch für offenbare Feinde der Staaten hielte, sie doch nicht unter diejenigen zu rechnen wären, gegen welche man kraft des dreyfachen Bündnisses den Beystand der Verbundenen fordern könnte; weil dieses Bündniß im Jahre 1717 geschlossen wäre, da die Staaten schon mit diesen Völkern Krieg geführt hätten, ohne daß davon in dem Bündnisse Erwähnung geschehen wäre; zum Beweise, daß man diesen Krieg nicht als einen Fall angesehen hätte, worin die Erfüllung gefordert würde. Und so könnte derselbe, seiner Meinung nach, auch gegenwärtig nicht angesehen werden. Die Vermittelung und guten Dienste bey den Africanischen Völkern wären das einzige, welches die Staaten, nach Billigkeit, von Frankreich und Großbritannien verlangen oder erwarten könnten m).“ Von Seiten des Staats war wenig auf diese Gründe zu antworten, und man begnügte sich also mit den übrigen Vortheilen, welche man sich, in dem Beytritte zu dem Hannoverischen Bündnisse, ausbedungen hatte.

Der König von Preußen wollte indessen in die Bedingungen nicht willigen, unter welchen die Staaten diesem Vertrage beygetreten waren. Er schien stark darauf zu bestehen, daß sie sich so wohl als die zwei andern Mächte zur Gewährleistung der preussischen und Oligischen Verträge verbindlich machten; wozu sie jedoch niemals zuvor

H 2

verbun-

i) Voyez ROUSSET Recueil, p. 177.

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.

p. 162.

k) Man sehe §. XXII. dieses Buchs.

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.

p. 165 - 168.

XXX.

Geheime Unterhandlung des Kaisers an dem Ber-

1726.

linischen  
Hofe.

verbunden gewesen waren, und durch welche Verbindung sie sich leicht in einen beschwerlichen Krieg hätten einwickeln können. Man fand es also sonderbar, daß der König von Preußen sie hiezu nöthigen wollte. Aber die Ursache seines Betragens entdeckte sich bald hernach. Der Kaiser hatte geheime Unterhandlungen mit dem Hofe von Berlin angefangen, um denselben von dem Hannoverischen Bündnisse abzugeben. Der Graf von Seckendorf hatte die erste Eröffnung dazu gethan, und man will, daß nach vielen Unterhandlungen, am 12ten des Weinmonats, zu Musterhausen ein Bündniß zwischen den zwei Mächten geschlossen worden sey, dessen Inhalt sehr geheim gehalten ward. Dies war auch gewiß nöthig, weil die Hannoverischen Bundsgenossen verbunden waren, nicht ohne ihrer allerseits Vorwissen, Unterhandlungen anzufangen, vielweniger etwas zu schließen. Es wäre jedoch nicht lange, so streuete man unter der Hand Abschriften des Bündnisses von Musterhausen aus, welche noch vorhanden sind n). Zusage benen- selbstem versprach der König von Preußen die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction, oder der Oesterreichische Erbfolgeordnung. Der Kaiser dagegen sollte dem Könige von Preußen, nach dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz, zu dem Besitze der Herzogthümer Jülich und Bergen verhelfen, und den Prinzen von Sulzbach bewegen, daß er, innerhalb sechs Monaten von der Unterzeichnung des Vertrages an, sich seiner Ansprüche auf Bergen und Ravenstein begäbe; oder wenn dieses fehlschläge, sollte der Kaiser dem Könige andere Länder von gleichem Werthe von seinen eigenen Erb- landen in dem Deutschen Reiche abtreten. Uebrigens war der König von Preußen, zufolge den Abschriften, von welchen wir sprechen, auch dem Bündnisse, welches der Kaiser unlängst mit der Kaiserinn von Rußland geschlossen hatte, beigetreten. Allein auf diese Abschriften kann man sich nicht vollkommen verlassen o). Sonst aber hatte der König von Preußen schon zween Monate vorher, ein Schutzbündniß mit der Russischen Kaiserinn geschlossen. Beide Mächte trauten den Polen nicht, mit welchen der König von Preußen besonders große Streitigkeiten, bey Gelegenheit desjenigen, was zu Thorn geschehen war, bekommen hatte. Durch einen geheimen Artikel dieses Bündnisses versprach der König von Preußen, seine guten Dienste anzuwenden, damit der Herzog von Holstein, der Kaiserinn Schwiegersohn, wieder in den Besitz des Herzogthums Schleswig gesetzt würde, oder wenigstens neutral zu bleiben, im Falle man gewaltsamere Mittel zur Hand nehmen mögte, um ihm diesen Besitz zu verschaffen. Der Herzog hingegen stund von dem Vorbehalte ab, welchen er bey dem Kaiser, wegen der Belehnung mit dem Gebiete von Stettin, eingebracht hatte p).

So bald unterdessen der Vertrag zwischen dem Kaiser und Preußen nur geschlossen war, ließen die Höfe von Wien und Madrid sich verlauten, daß sie einen der vornehmsten Bundsgenossen des Hannoverischen Vertrages auf ihre Seite gebracht hätten. Die Gerüchte von der Veränderung des Königs von Preußen hatten auch eine gewaltige Unruhe zu Paris, London und in dem Haag verursacht. Der König ward davon

Bündniß  
zwischen  
Rußland  
und Preu-  
ßen.

n) Voyez Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 139. ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 137.

o) ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 186, 197. MONTGON Tom. II. p. 426.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 198. Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 135.

davon unterrichtet, und gab so gleich seinen Gesandten in Frankreich und in England den Befehl, zu versichern, „daß er nichts mit dem Kaiser geschlossen hätte, das mit dem „Hannoverschen Vertrage stritte, indem die Verbindungen, in welche er getreten wäre, „sich nur auf seine besondere und des deutschen Reichs Angelegenheiten bezögen.“ Man mußte sich mit dieser Erklärung befriedigen q). Der König von Preußen ward noch als ein Bundesgenosse des Hannoverschen Vertrages angesehen: wiewohl man auf seinen Eifer, die Bedingungen desselben zu erfüllen, nachher wenige Rechnung machte.

Um diese Zeit oder etwas hernach bekam man, hier zu Lande, die Nachricht, XXXI. daß der Friede zwischen den Staaten und denen von Algier endlich glücklich geschlossen war. Die Staaten hatten, im Frühlinge, wieder ein Geschwader Kriegsschiffe nach Friebe zwischen den dem Mitteländischen Meere geschickt, um die Algerischen Seeräuber aufzufuchen. Staaten und Algier. Der Unteradmiral, Herr von Sommeldyck, welcher den Befehl darüber hatte, verfolgte während diesem Seezuge verschiedene derselben, und jagte einen auf die Küste von Tetuan, wo das Schiff zu Trümmern ging r). Da nun die Regierung von Algier des Krieges endlich müde ward; so sandte sie, gegen den Herbst, einige Vorschläge an den Herrn von Sommeldyck, auf welche sie in Unterhandlung treten wollte. Der Unteradmiral ging darauf mit fünf Kriegsschiffen vor Algier, und am 8ten des Herbstmonats ward der Friede unterzeichnet. Der Vertrag bestand aus vier und zwanzig Artikeln. Vornehmste Durch denselben wurden, „die Abgaben von den Kaufmannsgütern, welche die Einwohn. Artikel des „ner der Vereinigten Niederlande nach Algier führen würden, von zehn auf fünf „vom Hunderd vermindert; die Einfuhr der Kriegsbedürfnisse ward ganz frey erklärt. „Die Algerischen Raper sollten, wenn sie einem Niederländischen Schiffe begegneten, „sich ihm nur mit der Schaluppe nähern, und nur zwey Mann an Bord schicken, um „die Pässe zu untersuchen. Der Dey sollte nicht verstaten, daß Algerische Schiffe nach „Salee oder andern Plätzen gingen, welche mit den Staaten Krieg führten. Kein „Algierisches Schiff sollte auch irgend einem Hasen des vereinigten Staats ins Gesicht „kommen. Man sollte nicht verstaten, daß die von Tunis, Tripoli, Salee, oder an- „dere Feinde des Staats einige Schiffe, Personen oder Güter der Einwohner des Staats „nach Algier zum Verkaufe brächten: aber den Niederländern sollte es frey stehen, „ihre Prisen daselbst zu verkaufen. Wenn die Kriegsschiffe des Staats auf der See „von Algier vor Anker kämen; sollten sie mit gehörigen Erfrischungen versehen werden, „aber keine Sklaven, die ihren Herren entflohen wären, aufnehmen. Wenn ein Unter- „than des Staats zu Algier verstürbe, ohne einen letzten Willen gemacht zu haben; „sollte der Consul der Staaten die Aufsicht über dessen Güter, zum Vortheile des rechten „Erben, übernehmen. Die Streitigkeiten der Unterthanen des Staats unter sich soll- „ten vor dem Consul, aber die Streitigkeiten derselben mit Türken oder Mohren vor „dem Dey und Divan abgethan werden. Dem Consul sollte vergönnet seyn, einen re- „formirten Prediger in seinem Hause zu halten, und die Sklaven könnten daselbst dem „Gottesdienst, an den bestimmten Tagen, beywohnen. Wenn ein Admiral des Staats „vor Algier käme, sollte er mit ein und zwanzig Schüssen begrüßet werden, und diesel-

§ 3

„ben

q) MONTGON Memoir. Tom. II. p. 427. r) Europ. Merc. Jan.-Jun. 1726. bl. 269.  
TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 313. Jul.-Dec. 1726. bl. 10.

1726. „ben mit einer gleichen Anzahl beantworten. Die Pässe sollten alle drey Jahre erneuert werden s).“

Man will die Kriegsschiffe des Staats nicht in die Spanischen Hafen aufnehmen.

Gleich nach dem Schlusse dieses Friedens ging der Unteradmiral, Herr von Sommelssdyk nach Holland zurück, und schickte den Hauptmann de Wildt mit einer Abschrift des Vertrages an den Consul zu Mallaga, mit dem Auftrage, dieselbe dem Herrn van der Meer zu Madrid zu übersenden. Der Vorschaffer gab dem Hofe Nachricht von dem geschlossenen Frieden, und empfing deswegen die gewöhnlichen Glückwünsche. Aber zu eben der Zeit fertigte man nach allen Seehafen des Königreichs Befehle ab, keine Kriegsschiffe des Staats in dieselben aufzunehmen, oder dort verweilen zu lassen. Diesen Befehlen zufolge wurden zwey oder drey Schiffe, unter dem Hauptmann Elias, welche in dem Meerbusen von Cadix eingelaufen waren, im Anfange des Wintermonats genöthiget, ohne Verzug in See zu gehen; ungeachtet im zwanzigsten Artikel des Utrechtschen Friedens festgesetzt war, daß den Kriegsschiffen des Staats zu Friedenszeiten das Einlaufen in den Spanischen Hafen nicht verwehret werden sollte t). Aber der Spanische Hof glaubete, daß er sein Betragen gegen die Staaten ändern könnte, nachdem sie dem Hannoverischen Bündnisse beygetreten waren; und nachdem ihre Bundsgenossen, die Engländer, die Spanischen Hafen in und außer Europa mit Kriegsschiffen zu besetzen angefangen hatten.

XXXII.

Streit wegen te. Anlegung einiger neuen Werke auf dem St. Petersberge.

Es schien auch, daß der Kaiser den Staaten neue Verdrießlichkeiten machen wollte. Der Graf von Königseck-Brps hatte, im Jenner dieses Jahres, in ihrer allgemeinen Versammlung eine Schrift übergeben, worin er die Beschwerden unterstützte, welche schon im Jahre 1724 von dem Fürsten und Bischof von Lüttich, wegen einiger von den Staaten auf dem St. Petersberge auf Lüttichischem Boden von neuem angelegten Werke angebracht waren. Man hatte sich im Jahre 1717 mit dem Fürsten von Lüttich verglichen, daß die Festung auf dem St. Petersberge stehen bleiben sollte u): aber man schien es übel zu nehmen, daß die Werke derselben vermehrt wurden. Die Staaten gestanden zwar ein, daß diese Werke auf Lüttichischem Boden angelegt waren; aber sie betrachteten sie als etwas zu der Festung Mastricht gehöriges, welche zu verstärken und zu besetzen sie sich durch Verträge ausbedungen hatten, ohne verbunden zu seyn, davon dem Fürsten von Lüttich vorher Kenntniß zu geben. Dieses hatten sie dem Fürsten schon zuvor geantworet, und erwiderten es auch 180 dem kaiserlichen Gesandten, welchem sie überdem vorstellten, „daß die angelegten Werke bloß zur Vertheidigung von Mastricht dieneten, worüber die halbe Herrschaft dem Fürsten von Lüttich zukäme. Daß die Staaten geneigt wären, den Eigenthümern der Häuser, welche geschleift werden müßten, eine billige Vergütung zu geben; und daß diese Häuser und eine gewisse Kapelle, im Falle einer Belagerung, da man keine Gebäude unter den Festungswerken stehen zu lassen pflegte, doch würden niebergerissen werden müssen v).“ Der Graf von Königseck-Brps sandte die Antwort der Staaten, die ihm schriftlich gegeben ward, an seinen Hof;

s) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 311.  
Du Mont Corps Diplom. Tom. VIII. P. II.  
p. 138. ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 260.

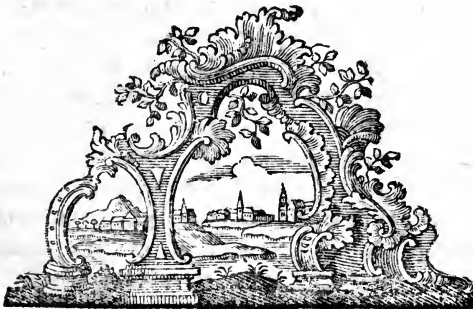
t) MONTGON Tom. II. p. 462.  
u) S. oben B. LXIX. §. XVII.  
v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III.  
p. 179-186.



Hof; und mir ist nicht bekannt, daß diese Sache, wovon zuerst als einer offenbaren Ver-  
 lehung des deutschen Reichsbodens großes Wesen gemacht ward, einige weitere Folgen  
 gehabt habe. 1726.

Der gewaltige Regen, der im Sommer und Herbste des Jahres 1725 gefallen Durchbruch  
 war, hatte die Flüsse allenthalben so hoch aufgeschweller, daß man im folgenden Winter der Strom-  
 hier zu Lande einen Durchbruch der Dämme zu fürchten anfieng. Ein schwerer Eisgang dämme und  
 in dem Let verursachte auch am 21sten Jenner zween große Durchbrüche bey Schoon-  
 hoven an dem Damme, wodurch der Krimpener- und Lopikerwerder so gleich über-  
 schweemmt ward. Der Waaldamm bey Thiel wich, um dieselbe Zeit, der Gewalt des Lande.  
 Wassers; und im Anfange des Hornungs brach der Lingedamm bey Kedichem durch,  
 worauf der ganze Alblasserwerder überschweemmt ward. Man glaubete, daß die Bauern  
 in dem Krimpenerwerder und an andern Orten seitdem die Dämme an einigen Stellen  
 durchstoßen hätten, um sich des Wassers zu entledigen; gegen welche Bosheit die Staa-  
 ten eine nachdrückliche Verordnung ergehen ließen. Das hohe Wasser drang hernach auch  
 durch den Marendamm und den Damm bey Linschooten, und überschweemte ein ge-  
 waltiges Stück Landes, welches man bisher trocken gehalten hatte. Aber nach der Mitte  
 des Hornungs fieng es an gelinde zu thauen, und das Wasser bekam dadurch allmählig  
 einen freyern Lauf. Im folgenden Frühlinge ward endlich an der Wiederherstellung der  
 Dämme gearbeitet; und darauf fieng man an das Wasser durch eine Menge Schleusen  
 aus dem Alblasserwerder abzuleiten w), welcher allmählig, wie die andern überschweemin-  
 ten Länder, wieder trocken ward.

w) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1726. bl. 91, 159, 215.





Die

## Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Zwey und siebenzigstes Buch.

## Inhalt.

I. Die Staaten verstärken ihre Land- und Seemacht. Vorschlag die Ostendische Gesellschaft zu verlegen. II. Der König von Schweden tritt dem Hannoverischen Bündnisse bey. Bündniß zwischen Frankreich, Großbritannien und Dänemark. III. Unterhandlungen des Kaisers in Deutschland. IV. Zank im Englischen Parlament wegen der Nothwendigkeit des Krieges. Die Hofpartey hat die Oberhand. V. Zurüstungen zum Kriege. Friedfertige Absichten der meisten Mächte. VI. Gibraltar wird belagert. Der Spanische Hof sucht die Staaten zu beruhigen. Englische Seeräube. Die Silberflotte kommt in Spanien an. VII. Eröffnung einer Unterhandlung am Hofe von Wien. Vorschlag, welchen der päpstliche Nuncius den Gesandten Frankreichs und des Staats zu Wien thut. Erster Entwurf der vorläufigen Artikel. VIII. Die Staaten halten ihn für unannehmlich. Der Hof zu Wien handelt mit dem Cardinal Fleury. Erklärung des Königs von Preußen. IX. Neuer Entwurf vorläufiger Artikel des Cardinals. X. Der Hof von Wien sucht die Unterhandlung in die Länge zu ziehen. Zweiter Wiener Entwurf. Großbritannien und die Staaten weisen ihn von der Hand. XI. Letzter Entwurf

der Hannoverischen Bundesgenossen. Der Kaiser willigt darein. Die vorläufigen Artikel werden zu Paris und zu Wien unterzeichnet. Der Cardinal von Fleury erwirbt sich hier zu Lande viel Hochachtung. XII. Georg I. König von Großbritannien stirbt. Sein Sohn Georg II. folgt ihm auf dem Throne. Vergebliche Absichten des Prätendenten. XIII. Der Kaiser, Frankreich, Großbritannien und die Staaten bekräftigen die vorläufigen Friedensartikel. Die Ostendische Gesellschaft wird auf sieben Jahre eingestellt. Unterhandlung des Botchafters van der Meer, um den Spanischen Hof zur Bekräftigung der vorläufigen Artikel zu bewegen. XIV. Versöhnung zwischen den Höfen von Frankreich und Spanien. XV. Großes Sterben hier zu Lande. Tod des Rathpensionärs Hoornbeek. Der General Schakmeister Simon van Slingeland wird Rathpensionär. XVI. Unterhandlung wegen der Auf- lage auf das mit der Spanischen Flotte angekommene Silber. XVII. Forderungen und Entwurf der Hannoverischen Bundesgenossen. Die Spanier machen, gegen Abrede, Veränderungen darinne. Der Entwurf wird verbessert. Der König von Spanien nimmt ihn an. XVIII. Namen der vornehmsten

Bevollmächtigten auf der Versammlung zu Soissons. XIX. Kurze Vorstellung der Absichten und Angelegenheiten des Kaisers und Spaniens. Frankreichs und Großbritanniens. Einiger Glieder des Deutschen Reichs. Der Nordischen Kronen. XX. Des Staats der vereinigten Niederlande. XXI. Eröffnung der Versammlung zu Soissons. Forderungen des Staats. Antwort der Kaiserlichen und Spanischen Gesandten. Beschwerden über die Verletzung des Barrierevertrages. XXII. Die Unterhandlung zu Soissons geht schläfrig fort. Der Cardinal von Fleury schlägt einen vierzehnjährigen Stillstand vor. Der Kaiser und Spanien verwerfen ihn. XXIII. Biskayische Gesellschaft. Vertrag mit Tripoli. Verordnung wegen der Schwedischen Handlung. Vincent Wilhelm, Baron von Kompech, wird in den Stand des Holändischen Adels aufgenommen. XXIV. Der Cardinal von Fleury fängt geheime Unterhandlungen mit den Kaiserlichen und Spanischen Gesandten an. Zustand der Versamm-

lung zu Soissons. XXV. Der König von Frankreich bekommt die Kinderblattern. Bewegungen hierüber am Spanischen Hofe. XXVI. Doppelte Heirath zwischen den Höfen von Madrid und Lisbon wird geschlossen. XXVII. Die in Soissons angefangene Unterhandlung wird in Spanien fortgesetzt. Großbritannien und die Staaten rüsten ein Geschwader aus. XXVIII. Der Vertrag von Sevilla wird unterzeichnet. Inhalt desselben. Die Staaten treten ihm bey. XXIX. Anmerkungen über diesen Vertrag, besonders in Ansehung des Staats. XXX. Zwey Ostindische Schiffe werden zu Algier aufgebracht. XXXI. Der Prinz von Oranien tritt in den Besitz der statthalterlichen Regierung in Geldern und Gröningen. Sechs Personen werden wegen verbotener Versammlungen verurtheilt. XXXII. Fortgang der Sæmtigkeiten in Ostfrisland. Der kaiserliche Ausspruch zu Stillung derselben wird abgekündigt.

\* \* \*

**N**achdem die Staaten dem Hannoverischen Bündnisse beygetreten waren, und wahrnahmen, daß die Wienischen Bundsgenossen anfangen sich zu Wasser und zu Lande zu rüsten; so beschloßen sie, ihre Kriegsmacht mit ungefähr zehntausend Mann zu vermehren, und vorerst achtzehn Kriegsschiffe zur Beschützung der Kauffahrer in See zu bringen. Vor dem Ende des Jahres ward noch eine zweite Vermehrung der Landmacht beschloßen. Der Staatsrath hatte auch, bereits im Wintermonate, Befehle ergehen lassen, die Regimenter, welche der Staat schon im Dienste hatte, gegen den 2. sten März des folgenden Jahres, vollständig zu machen. Die Trommel ward alsbald mit ziemlichen Zulaufe gerühret a). Man hielt hernach Berathschlagungen wegen Ernennung einiger Generale. Geldern sprach von der Wahl eines Feldmarschalls. Frisland drang stark auf die Ernennung des jungen Prinzen von Oranien zum General der Fußvölker; warum auch seine Mutter, des Prinzen Johann Wilhelm Gräfin Witwe, ernstlich

1726.

I.

Die Staaten vermehren ihre Land- und Seemacht.

1726.

Großbritanniens  
Vorschlag,  
die Ostendi-  
sche Gesell-  
schaft zu ver-  
legen, wird  
von der  
Hand ge-  
wiesen.

ernstlich ansuchte b). Aus allen diesen Zurüstungen ward ein bald bevorstehender Krieg zwischen dem Wienerischen und Hannoverischen Bündnissen vorher verkündigt.

Unterdessen versäumete man nicht, alle Mittel anzuwenden, um den gefürchteten Friedensbruch zu verhindern. Der König von Großbritannien hatte zu diesem Ende, schon vor einiger Zeit, dem Kaiser vorschlagen lassen, ob er nicht dienlich finden mögte, die Ostendische Gesellschaft, die vornehmste Ursache der Uneinigkeit zwischen den Mächten, nach Trieste oder Fiume zu verlegen; welchen an dem Adriatischen Meere gelegenen Orten er schon, vor einigen Jahren, verschiedene Vorrechte in dem Handel zugestanden hatte c). Allein der Hof von Wien hatte kein Belieben zu diesem Vorschlage. Der Kaiser erbot sich, bloß, wie er schon oft zuvor gethan hatte, den Handel der Ostendischen Gesellschaft einzuschränken. Großbritannien und die Staaten erklärten sich dagegen beständig, daß sie mit nichts geringerem, als der gänzlichen Aufhebung der Gesellschaft, zufrieden seyn würden d).

II.

Unterhand-  
lung der  
Hannoveri-  
schen Bünd-  
genossen in  
Schweden.

Als nun die Erwartung eines bevorstehenden allgemeinen Krieges allmählig zunahm, thaten die Wienerischen und Hannoverischen Bundsgenossen ihr Bestes, sich neue Freunde unter den Europäischen Mächten zu verschaffen. Die Könige von Frankreich und Großbritannien hatten seit einiger Zeit, Unterhandlungen angestellt, um die Könige von Schweden, Dänemark und Sardinien in das Hannoverische Bündniß zu ziehen. Aber zu Stockholm wurden ihnen von den Gesandten des Kaisers und der Russischen Kaiserinn viele Hindernisse in den Weg gelegt; wozu sie mehr Gelegenheit während der Sitzung der Reichsstände hatten, welche unter andern versammelt waren, um über

den Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse zu ratzschlagen, und unter welchen der Herzog von Holstein, dessen Parthey der Kaiser und Rußland hielten, viele Freunde hatte e). Allein die Parthey der gegenwärtigen Regierung war bey weitem die stärkste. Sie hielt dafür, „daß der Hannoverische Vertrag Niemanden einigen Nachtheil bringen könnte, als dem, der die Ruhe von Europa stören wollte, und daß der Beytritt zu demselben also das sicherste wäre. Sie sahe diesen Vertrag auch als etwas, das „der protestantischen Religion und dem Schwedischen Handel beförderlich wäre, an. „Sie glaubete auch nicht, daß er den mit Rußland zum Vortheile des Herzogs von „Holstein gemachten Verbindungen zuwider ließe.“ Der Schluß fiel also dahin aus, daß man dem Könige ratzen sollte, dem Vertrage beyzutreten f); so wie er endlich am 25ten März des Jahres 1727 that. Allein es geschähe dabey, in einigen abgeordneten Artikeln, die Erklärung, „daß er sich nicht zur Verähehlung einiger Rechte oder „Besitzthümer außer Europa verbindlich machte. Er wollte auch keine Truppen in „Spanien oder Italien liefern. Durch einen geheimen Artikel ward dem Könige von Schweden, von Frankreich und Großbritannien allein, eine jährliche Geldhülfe von funfzig tausend Pfund Sterling auf drey Jahre versprochen. Dagegen versprach

Schweden tritt dem  
Hannoveri-  
schen Bünd-  
nisse bey.

1727.

b) Resol. Gener. *Lunae* 23 Jun. *Lunae* 14 Jul. 1727. bl. 486, 543. Resol. Holl. 14, 27 May, 10, 21 Jun. 9 Jul. 1727. bl. 576, 621, 679, 718.

c) ROUSSET Recueil, Tom. II. p. 3.

d) MONTGON Tom. II. p. 24, 224, 403, 423, 424, 425.

e) *Voyez Pieces authent. dans le Recueil de ROUSSET Tom. III. p. 217, 224, 236, 237, 240. Tom. IV. p. 169, 196. MONTGON Tom. III. p. 424-450. Tom. IV. p. 160-172.*

f) ROUSSET Recueil Tom. III. p. 298.

er noch zehn tausend Mann, über die in dem Vertrage bestimmte funfstaufen Mann, zum Dienste Frankreichs und Großbritanniens bereit zu halten g.). Der Beytritt des Königs von Schweden zum Hannoverischen Vertrage dienete sehr zu Beförderung der großen Absicht der Staaten, der Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft. Denn ob er gleich die Erklärung that, daß er sich mit keinen Mächten verband, als die in dem Originalvertrage genannt waren; und ob er auch gleich über Niemand's Besizthümer oder Rechte außerhalb Europa die Gewähr leisten wollte; so war es doch genug, daß er ihren Bundsgenossen, außer Italien und Spanien, Beystand versprach, der nicht unterbleiben konnte, wenn der Hof von Wien, in Ansehung der Ostendischen Gesellschaft, nicht seine Gesinnungen änderte.

Die Unterhandlungen der Hannoverischen Bundsgenossen in Dänemark giengen ebenfalls nach Wunsch. Der König hatte nur wegen einiger Artikel des Hannoverischen Vertrages Schwierigkeiten gemacht; und daher war man einig geworden, bloß ein Bündniß zwischen Frankreich, Großbritannien und Dänemark zu entwerfen. Der Streit wegen der Hülfsgelder, welche der König von Dänemark forderte, hielt den Schluß dieses Bündnisses noch eine Zeitlang auf. So bald aber Schweden dem Hannoverischen Vertrage beigetreten war, eilte man an dem Hofe zu Kopenhagen auch mehr, das Bündniß zu schließen. Die heimlichen und öffentlichen Bemühungen der kaiserlichen und Ruffischen Minister hinderten den König nicht h), den Vertrag mit Frankreich und Großbritannien am 16ten April unterzeichnen zu lassen. „Dänemark versprach durch dieses Bündniß, dreyßigtausend Mann auf den Weinen zur Vertheidigung von Schleswig zu halten; wogegen die zwey andere Mächte sich verbindlich machten, ihm vier Jahre nach einander, jährlich drehhundert und funfzigtausend Reichsthaler Hülfsgelder zu bezahlen. Frankreich sollte überdem einen Theil dieser Truppen besolden; Großbritannien dieselben mit zwölftausend Mann verstärken, und ein Geschwader Schiffe nach den Dänischen Küsten schicken. Beide Mächte sollten überdem drehßigtausend Mann bereit halten, um die Dänischen Besizthümer in Norden und in Deutschland zu beschützen i).“

Unterdessen da das Hannoverische Bündniß durch diesen Vertrag in den vornehmsten Betrachtungen mehr Stärke bekam; stellte der Kaiser in Deutschland vergebliche Unterhandlungen an, um sich neue Bundsgenossen zu verschaffen. Der König von Preußen, welchen man, wie in Wien gesagt ward, von dem Hannoverischen Bündnisse abgezogen hatte, führte sich nur als neutral auf, und suchte im Hornung den König von Großbritannien, seinen Schwiegervater, zu einer besondern Unterhandlung mit dem Kaiser zu bewegen. Aber Georg der Erste antwortete, „daß er, ohne Frankreich und der Staaten Vorwissen, sich in keine Unterhandlung einlassen könnte k).“ Mit dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Prinzen von Sulzbach, die sich nicht zu Abtretung

III.  
Unterhandlungen des  
Kaisers in  
Deutschland.

3 2

g) *Voyez* Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 141. ROUSSET Recueil Tom. III. p. 314 TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 340.

h) MONTGON Memoir. Tom. IV. p. 173, 248. ROUSSET Recueil Tom. III. p. 320.

Tom. IV. p. 225. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 341.

i) *Voyez* Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 144. ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 244.

k) *Voyez* ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 239, 241.

1727.

von Jülich, Bergen und Ravenstein zum Vortheile des Königs von Preußen verstanden wollten, hatte der Kaiser noch nichts zum Schlusse bringen können. Ja er hatte die Rheinischen Kreise nicht verhindern können, fremde Werbungen zuzulassen. Seine Unterhandlung auf dem Reichstage zu Regensburg, wo er die Fürsten und Stände zu Errichtung einer Reichsarmee auf den Fuß von 1702 und 1714 zu bewegen suchte, hatten auch einen schlechten Erfolg. Die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und der Staaten arbeiteten so stark unter den Gliedern des Reichs, daß kein Schluß auf den Vorschlag des Kaisers genommen ward. Die geistlichen Kurfürsten waren fast die einzigen Reichsstände, die sich eifrig für die Sache des Kaisers bezeugten: wiewohl auch ihr Eifer, als sie sahen, welcher großen Gefahr die Schwachheit des Wienerischen Bündnisses sie bloß stellte, allmählig erkaltete. Die Französischen, Englischen und des Staats Gesandten bewirkten in kurzem auch, daß die verbundenen Kreise, nämlich der Ober- und Nieder-rheinische, Schwäbische, Oesterreichische und Fränkische, welche zu Frankfurt versammelt waren, um die Vorschläge des Kaisers in Erwägung zu ziehen, den Schluß faßten, so gut als neutral zu bleiben. Man stellte ihnen vor, daß die Ostendische Gesellschaft, die große Ursache der gegenwärtigen Bewegungen, die Reichsstände nichts anginge, sondern nur die Vortheile der kaiserlichen Erbländer beträfe 1). Man versicherte auch alle Glieder des Reichs, daß die Hannoverischen Bundesgenossen nicht die Absicht hätten, die Ruhe Deutschlands im geringsten zu stören 2): welches ein großes beynah, die Fürsten und Stände in den friedfertigen Gedanken, welche die meisten hatten, zu bestärken.

IV.  
Vorfälle in  
dem Engli-  
schen Parla-  
mente.

Rede des  
Königs.

Die Hannoverischen Bundesgenossen, wenigstens Großbritannien und die Staaten, fiengen, mit dem Eintritte dieses Jahres, an, die bereits im verwichenen Jahre gemachten Kriegsrüstungen ernstlich fortzusetzen. Der König Georg, der das Parlament im Jenner wieder zusammen gerufen hatte, suchte das Unterhaus zu Bewilligung der zu dem Ende nöthigen Geldhülfe zu bewegen. Die genaue Verbindung mit Frankreich, die den alten Maafregeln Englands zuwiderlief, hatte bey vielen ein beträchtliches Mißvergnügen erregt. Der König fand daher dienlich, die Gründe, welche ihn zu Aenderung seines Betragens veranlaßt hatten, dem Parlamente vorzulegen. Er stellte der Versammlung in seiner ersten Rede am 28sten Jenner vor, „daß die im Jahre 1725 zwischen „den Höfen von Wien und Madrid geschlossenen geheimen Trugbündnisse bey den be- „nachbarten Mächten mit Grunde Argwohn verursacht hätten, und schnurgerade den „schätzbarsten Vortheilen und Verrechten seines Volks zuwider liefen. Man mißte sich „demnach, fuhr er fort, zur Zurückgabe von Gibraltar gefaßt machen, und den Kaiser „im Besitze des ausgebreiteten Handels, den er sich angemäße hätte, lassen; oder sich in „den Stand setzen, die Rechte des Volkes zu verttheidigen. Zu dem letzteren hätte man „um so viel mehr Ursache, als ihm aus verschiedenen Gegenden berichtet wäre, daß man „einen Anschlag geschmiedet hätte, den Präcedenten auf den Großbritannischen Thron „zu setzen. Der Russische Hof würde so gar eine Landung auf Großbritannien unter- „nommen haben, wosfern die im vorigen Jahre nach der Ostsee geschickte Flotte den An- „schlag nicht hintertrieben hätte. Er und seine Bundesgenossen hätten daher für die ge- „meine

1) MONTGON Tom. IV. p. 147-151, 173-186, 308-416. TINDAL Vcl. XIII. (or XXVIII.) p. 337-340.

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 334, 337, 340.



„meine Sicherheit wachen müssen. Frankreich und die Staaten hätten schon im verwichenen Jahre angefangen, ihre Kriegsmacht zu vermehren. Von Schweden und Dänemark hätte man ein gleiches zu erwarten. Großbritannien könnte nicht still sitzen. Der Spanische Gesandte hätte unlängst Abschied mit einer Vorstellung genommen, die wenig von einer Kriegserklärung unterschieden wäre n). Die Fortsetzung des guten Verständnisses zwischen den zweyen Reichen würde in derselben auf die Zurückgabe von Gibraltar und die Zurückrufung der Englischen Flotte aus Westindien eingeschränkt. Der Aufenthalt dieser Flotte in den Westindischen Meeren würde als eine feindselige Unternehmung beschrieben, welcher man sich mit Gewalt zu widersetzen Willens wäre. Zu diesen Drohungen wäre die That gekommen. Der König von Spanien rüstete sich zu der Belagerung von Gibraltar, zu welchem Ende, oder vielleicht zu einer Unternehmung von noch größerem Gewichte, er eine ansehnliche Zahl Truppen in der Gegend dieser Stadt zusammen gezogen hätte. Man hätte gewisse Nachrichten, daß diese Truppen eingeschifft werden sollten, um eine Landung zum Vortheile des Prätendenten zu unternehmen. Aber sie mögten hierzu oder nur zur Belagerung von Gibraltar bestimmt seyn, so wäre es klar, daß der Spanische Hof eine feindselige Absicht gegen Großbritannien hätte. Und diese Ursachen hielt der König für wichtig genug, seine getreuen Gemeinen zu Bewilligung des nöthigen Beystandes zu diesem Kriege zu bewegen.“

Allein in dem Parlamente ward über die Nothwendigkeit des Krieges verschiedne Tage nach einander heftig gestritten: einige behaupteten, „daß man die Gefahr größer machte, als sie wäre. Daß die Englischen Minister den Prätendenten als ein Schreckbild gekrauchten, womit man doch einer so ansehnlichen Versammlung keine Furcht einjagen sollte.“ Daß es unterdessen für das Königreich höchst gefährlich wäre, sich unbedachtesam in einen kostbaren Krieg zu verwickeln. Daß man auf alle Bundesgenossen sich nicht gleich gut verlassen könnte. Daß die Staaten, nicht anders als mit vielen Einschränkungen, dem Hannoverischen Vertrage beigetreten wären, ohne sich zur Gewährleistung der Verträge, welche Großbritannien und Frankreich versprochen hätten, verbinden zu wollen. Daß der König von Preussen die Urkunde des Beitritts der Staaten zu dem Hannoverischen Vertrage zu unterzeichnen geweigert hätte, und daß er sonst ein solches Betragen beobachtete, daß man Ursache hätte zu zweifeln, ob er den Vertrag gehörig erfüllen würde. Daß der Hof von Wien sich noch schmeichelte, Frankreich von der Party der Bundesgenossen abzuziehen; und wenn dieses dermaleins geschähe, würde Großbritannien allein mit der ganzen Last des Krieges beschweret bleiben.“ Der Lord Bathurst, der stark auf die meisten dieser Gründe in einer großen Committee drang, stellte auch zur Erwägung anheim, „ob man die Staaten, die ein größeres Anliegen bey dem Indianischen Handel als England hätten, in Betrachtung des Dienstes, den man ihnen dadurch thäte, daß man die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft beförderte, nicht zu dem Versprechen verbinden müßte, Großbritannien den Besitz von Gibraltar zu gewähren, und die Last des Krieges, der hierüber entstehen mögte, tragen zu helfen.“ Aber der Staatssecretär Townsend merkte hiewider an, „daß die Engländer im Jahre 1667 eben dasselbe ausschließliche Recht zu dem

1727.

„Indianischen Handel, als die Staaten durch den Münsterischen Vertrag, bekommen hätten; weswegen die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft sie eben so wohl als die Staaten anginge. Daß die Staaten nur die Gewährleistung der Westphälischen und Olivischen Friedensverträge überhaupt abgelehnet hätten; aber daß sie schon durch ältere Verträge verbunden wären, die protestantische Thronfolge in Großbritannien zu erhalten, und daher auch an einem Kriege Theil nehmen müßten, der gegen den König, zum Besten des Prätexten, unternommen würde. Daß man aus den zuverlässigen Nachrichten, welche der König empfangen zu haben versicherte, Ursache zu befürchten hätte, daß die gegenwärtigen Zurüstungen in Spanien in solcher Absicht geschähen. Es wurden, von beiden Seiten, noch andere Gründe für und wider die von dem Hofe wegen des Krieges genommene Maasregeln angeführt, und diese letzteren endlich, mit einer beträchtlichen Mehrheit der Stimmen gebilliget. Der Vorschlag, „daß man die Staaten verbinden müßte, die Bedingungen, unter welchen sie dem Hannoverischen Verträge beigetreten wären, zu verändern, und vortheilhafter für Großbritannien einzurichten,“ ward auch verworfen. Die Gemeinen beschloßen die Vermehrung der Land- und Seemacht, die der König verlangt hatte. o).

Die Hofpartey behält die Oberhand.

V.  
Zurüstungen zu dem bevorstehenden Kriege.

Man schien nun allenthalben sich mit nichts als dem Kriege zu beschäftigen. In England und hier zu Lande wurden Verzeichnisse der Truppen gemacht, welche die Wienerischen und Hannoverischen Bundsgenossen in das Feld würden bringen können, und aus diesen Verzeichnissen sahe man, daß die letzteren hunderttausend Mann mehr als die ersten liefern könnten. Man streuete auch aus, daß Frankreich drei Armeen, in Catalonien, an dem Rheine und in den Niederlanden haben würde. Die hohen Kriegsbefehlshaber wurden ernannt. Der Englische Oberste Armstrong, der General-Major der Staaten, Groveskins, der Resident Pestera und andere hielten von Zeit zu Zeit Berathschlagungen mit den Französischen Ministern und Generalen über die Unternehmungen des bevorstehenden Feldzuges. Der Französische Vortschafter Fenelon schürete, wie man glaubte, aus besondern Absichten, das Feuer in dem Laag an. Man ließ sich verlauten, daß der Feldzug in den Niederlanden, mit der Belagerung von Luxemburg, angefangen werden sollte. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland rüsteten sich auch stark. Der Kaiser gab Befehle, die Festungen in seinen Italienischen Staaten, und besonders auch Luxemburg und Ostende in den Niederlanden, in Vertheidigungsstand zu setzen p). Allein die Staaten hatten, schon im Augustmonate des verwichenen Jahres, einen geheimen Schluß gefaßt, daß Niemand, von ihrer Seite, einige Feindseligkeiten, weder in Indien noch sonst wo, gegen die Ostindische Gesellschaft, anders als mit gemeiner Ueberlegung der Landschaften, unternehmen sollte; und von diesem Schlusse war auch den Vorstehern der Ostindischen Gesellschaft dieser Lande Nachricht gegeben worden q). Unterdessen erwartete man nichts anders, als daß in kurzem verschiedene Kriegserklärungen an das Licht kommen würden,

Allein

o) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 315-334. MONTGON Memoir. Tom. III. p. 325-346. ROUSSET Recueil Tom. III. p. 327-334.

p) MONTGON Memoir. Tom. IV. p. 16, 18, 158, 183, 304, 306, 307, 340.

q) Refol. Gener. Jovis 8 Aug. 1726.

1727.

Allein einige, welche in die Geheimnisse der Höfe eine tiefere Einsicht zu haben glaubeten, waren der Meynung, daß fast alle Mächte der beiden Bündnisse eine Abneigung von dem Kriege hätten. Der Kaiser, das Haupt des Wienischen Bündnisses, erkannte die Schwachheit dieses Bündnisses so deutlich, und die Verbindung mit Spanien konnte ihm wider die vereinigte Macht Frankreichs, Großbritanniens und der Staaten so wenig helfen, daß der Friede ihm wünschenswerth seyn mußte. Der Cardinal von Fleury, erster Staatsminister von Frankreich, suchte den Krieg aus allem seinem Vermögen zu verhüten; und er machte sonst keine Zurüstungen, als um diese seine Absicht desto gewisser zu erreichen. Er war der Meynung, wie man glaubt, daß das Königreich, in dem gegenwärtigen schwächlichen Zustande der Gesundheit des Königs r), und so lange er keine männliche Erben hätte, nothwendig des Friedens bedürfte. Insonderheit war ihm der Krieg mit Spanien zuwider. Er war, wie man dafür hielt, nicht nur, ehe der König in Person die Regierung angetreten hätte, sondern auch noch gegenwärtig, nicht ungeneigt, Philipp dem Fünften zur Französischen Krone behülflich zu seyn, im Falle der König Ludwig, ohne einen Sohn zu hinterlassen, sterben mögte. Einige glaubeten auch, daß die Bündnisse mit unkatolischen Mächten nicht nach seinem Sinne wären, und daß allein der veränderliche Lauf der Dinge ihn dazu gebracht hätte s). Alle diese Bedenklichkeiten mußten ihn von dem Kriege, und vornehmlich von dem Kriege mit Spanien, abgeneigt machen. Georg der Erste entschloß sich, wider seinen Willen, zum Kriege, und war, von dem Anfange seiner Regierung an, mehr bedacht gewesen, den Vortheil seines Reichs durch Unterhandlungen als durch die Waffen zu befördern. Die Zurüstungen in Spanien und in Norden hatten ihn im vergangenen Jahre bewogen, drey Geschwader auszurüsten, von denen eines noch in den Westindischen Meeren war. Die Belagerung von Gibraltar nöthigte ihn, seine Land- und Seemacht auch gegenwärtig zu vermehren. Allein so wohl er als das Volk überhaupt wünschet die Waffen niederzulegen, so bald es mit Sicherheit geschehen könnte. Was die Staaten betrifft, so erhellere aus den Bedingungen, unter welchen sie dem Hannoverischen Vertrage beygetreten waren, sonnenklar, wie sehr sie den Krieg scheueten, und wie wenig sie zu Verstärkung des Hannoverischen Vertrages beizutragen wollten. Sie sahen leicht, daß dies Bündniß, wenn es einmal zum Kriege kommen mögte, so gar in seinem gegenwärtigen Zustande, viel zu stark zu Erhaltung des Gleichgewichts von Europa seyn, und daß dieses zu sehr auf Frankreichs Seite überschlagen würde. Man hielt sich also versichert, daß sie sich, zu dieser Zeit, so stark zum Kriege rüsteten, um den Kaiser zu Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft, und zu Wiederannähmung der vorigen Maaßregeln, nach welchen das Haus Österreich allezeit genau mit Großbritannien und den Staaten verbunden gewesen war, zu bewegen t). Die Kriegsrüstungen der Hannoverischen Bundsgenossen waren demnach, wosfern diese Anmerkungen gegründet sind, nur zweifelshafte Beweise, daß sie den Frieden nicht zu erhalten suchten.

Spanien allein, wo man, seit einigen Jahren, mehr Entwürfe hatte schmieden sehen, als man auf Mittel bedacht gewesen war, sie gehörig auszuführen, beschloß, VI.  
Der König  
von Spa  
in

r) Voyez MONTGON Memoir. Tom. II. p. 215.

s) MONTGON Memoir. Tom. II. p. 168. Tom. IV. p. 186.

t) MONTGON Tom. IV. p. 22, 199, 258.

1727.  
 nien belagert  
 Gibraltar.

in dem Vertrauen auf den Beystand des Kaisers, mit dem Anfange dieses Jahres die Feindseligkeiten gegen Großbritannien anzufangen. Die Belagerung von Gibraltar ward, im Hornung, unter Anführung des Grafen delas Torres, unternommen, und er ließ am 22sten die Laufgraben davor eröffnen. Es war für den Spanischen Hof ein großer Verdruss, daß man ihn genöthiget hatte, diese Stadt durch Verträge an Großbritannien abzutreten; und König Philipp hatte sich schon verschiedentlich bemühet, den König Georg durch gütliche Unterhandlungen zur Zurückgabe einer Festung, die allezeit zu der Spanischen Monarchie gehört hatte, zu bewegen. Ja der König von Großbritannien hatte, bey Gelegenheit einer solchen Unterhandlung, schon im Jahre 1721, an den von Spanien geschrieben, „daß er kein Bedenken hätte, ihn zu versichern, daß er bereit wäre, ihn wegen der verlangten Zurückgabe von Gibraltar zu vergnügen v).“ Und dieses Schreiben hielt man an dem Spanischen Hofe für ein Versprechen, Gibraltar zurück zu geben, worauf man sich so gar in der Unterhandlung mit dem Kaiser berufen hatte v). Der Cardinal von Fleury hatte sich viele Mühe gegeben, die Belagerung von Gibraltar zu verhindern, weil er befürchtete, daß dieselbe Gelegenheit zu einem allgemeinen Kriege geben mögte, den er abwenden wollte. Er hatte seine Gedanken darüber verschiedne Male dem Abte von Montgon eröffnet, der ihn nach Frankreich, mit einem besondern Auftrage des Spanischen Hofes, wovon wir in der Folge etwas näheres melden werden, zurückgekommen war. Aber seine Bemühungen waren vergebens gewesen. Die Belagerung ward unternommen, aber mit so schlechtem Fortgange, daß man, sechs Wochen nach Eröffnung der Laufgraben, bey nahe noch nichts verrichtet hatte. Das festsigte Erdreich verhinderte die Unternehmung zu Lande, und die Englische Flotte, die vor dem Anfange der Belagerung, vor der Stadt angekommen war, machte den Angriff zu Wasser unthunlich. Delas Torres gedachte einen Theil des Felsen, worauf die Festung gebauet ist, durch Pulver in die Luft zu sprengen: aber er befand, daß dies nicht zu bewerkstelligen war. Er glaubete jedoch, daß seine Ehre daran hänge, daß er die Belagerung nicht eilig aufhob: weswegen er an den Annäherungsgraben, mit beträchtlichem Verluste, weit länger arbeiten ließ, als er mit Hoffnung eines guten Erfolges thun konnte w).

Zustand der  
 Belagerung.

Der Spanische Hof  
 sucht die  
 Staaten zu  
 beruhigen.

So bald indessen die Belagerung von Gibraltar unternommen war, befürchtete man an dem Hofe von Madrid, daß diese nicht allein Großbritannien, sondern auch die Staaten bewegen mögte, zufolge dem Hannoverischen Vertrage, die Waffen gegen Spanien zu ergreifen. An den Marquis de la Paz war von hier geschrieben worden, „daß man Spanien nicht mehr trauete, und daß verschiedene Holländische Kaufleute, die auf Spanien handelten, ihre Waaren daselbst in Sicherheit zu bringen suchten, als wenn sie einen bald bevorstehenden Friedensbruch befürchteten.“ Diese Nachrichten hatten ein solches Gewicht an dem Hofe von Madrid, daß man den Herren van der Meer versichern ließ, daß Ihre Katholische Majestät nichts feindliches gegen die Staaten, seine Herren, im Sinne hätten, und daß ihre Unterthanen ihren Handel, so wie

u) MONTGON Tom. III. *Pict. Justif.* N. IX. p. XXXIII.

v) C. §. XIV. des vorhergehenden Buchs.

w) MONTGON Tom. III. p. 4, 5, 252, 336, 351. Tom. IV. p. 19, 22, 25, 27, 29, 187, 295, 296, 297. TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 351.

wie bisher, in aller Sicherheit fortsetzen könnten x). Der Herr Oliver, der sich noch in dem Haag aufhielt, gab den Staaten schriftlich am 17ten May eben solche Versicherungen y). Die Engländer, die sich so gut als versichert hielten, daß die Belagerung von Gibraltar fruchtlos würde aufgehoben werden müssen, überließen den Ort seiner eigenen Vertheidigung, ohne daß sie einige Feindseligkeiten gegen die Spanier unternahmen. Der König sandte wiederum, zeitig im Frühlinge, eine ansehnliche Flotte nach der Ostsee, unter dem Admiral Johann Norris, der, nach geschickter Vereinigung mit der Dänischen Flotte, den Russischen Hof zum andern Male verhinderte, eine Flotte in See zu bringen z). Der Admiral Hosier hielt sich noch in Westindien auf; aber er hatte nicht verhindern können, daß die Spanischen Admirale, Castagnetta und Serrano, mit einem Theile des Schazes der Silberflotte, unter Segel gegangen, und im Anfange des Märzmonats glücklich zu Cadix angekommen waren. Zu eben der Zeit waren auch die meisten Kauffahrteyschiffe, unter Don Rodrigo de Torres, in der Havana aus Gallicien eingelaufen a). Die Flotilla oder Flotte entkam also den Nachstellungen der Engländer. Aber die Gallionen blieben in dem Hafen von Porto Bello liegen, wo sie von dem Admiral Hosier, und nach dessen Tode, von dem Admiral Gopson, noch bis in das folgende Jahr besetzt gehalten wurden.

Der Wiener Hof hatte den Spanischen, bereits im verwichenen Jahre, stark zu Anfang der Feindseligkeiten gegen die Engländer angetrieben, die jedoch, wie man zu Madrid urtheilte, durch das Ausrüsten ihrer Flotten, und Besetzung der Spanischen Hafen, die Feindseligkeiten schon eher angefangen hatten. Aber zu eben der Zeit hatte man zu Wien durch den päpstlichen Nuncius Grimaldi, dem Herzoge von Richelieu und dem Herrn Samuel Bruyninr, Gesandten von Frankreich und der Staaten bey dem Kaiser einige Vorschläge zu einer Unterhandlung thun lassen. Der Hof zu Wien hielt, auf einer Seite, dafür, daß man den Wiener Vertrag noch eine Zeit lang aufrecht erhalten mußte, und nährete zu dem Ende das Mißverständniß, welches zwischen Spanien und Großbritannien entstanden war; aber auf der andern, glaubte er selbst, daß dieser Vertrag nicht lange dauern könnte, und suchte sich daher mit seinen ehemaligen Bundesgenossen wieder zu vergleichen, die seit der Errichtung der Ostindischen Gesellschaft von ihm abgewandt waren. Unterdessen also, da der Graf von Königseck geschäftig war, den Hof von Madrid zu Ergreifung der Waffen anzuheizen, suchte man zu Wien den Weg zum Frieden zu bahnen. Die Sache mußte jedoch sehr geheim getrieben werden. Man hatte daher dem Nuncius, der mehr als einmal zu erkennen gegeben hatte, wie sehr der Papst Benedictus der Dreyzehnte den Frieden zwischen den Katholischen Fürsten wieder hergestellt zu sehen wünschte, bloß zu erkennen gegeben, „daß der Kaiser aufrichtig gesinnet wäre, die friebfertigen Absichten des Papstes zu befördern, und ihm gerne zu einem so gewünschten Werke die Hand bieten wollte.“ Der Nuncius hatte sich darauf erboten, mit dem Herzoge von Richelieu zu sprechen. Aber hierauf gab man ihm, in einer geraumen Zeit, keine Antwort. Endlich schien man sich,

x) MONTGON Tom. IV. p. 233.

N. XVIII. p. LXXXVI.

y) MONTGON Tom. IV. *Piet. Justif.*

z) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p.

355.

a) MONTGON Tom. IV. p. 61.

1727.

Vorschlag  
des päpstli-  
chen Nuncius  
Grimaldi.

sich, auf sein starkes Anhalten, bewegen zu lassen; und man verstattete, daß er sich mit Richelieu unterredete, und von dem gehandelten Bericht abstattete, jedoch so, daß alles geheim bliebe, und man nirgends merkte, daß der Hof zu Wien den ersten Schritt zu thun schiene. Der Nuncius hielt darauf noch einige Zusammenkünfte mit den kaiserlichen Ministern b), und begab sich endlich, am letzten des Christmonats im verwichenen Jahre, nach dem Hause des Herzogs von Richelieu, wohin der Gesandte der Staaten Samuel Brupning, auf ausdrückliches Ansuchen des Nuncius, auch gekommen war. So bald man sich niedergesetzt hatte, fing der Nuncius an zu sagen, „daß der Papst den Krieg, welcher dem ganzen Europa drohete, als sehr gefährlich für die Christenheit überhaupt, und für sich ins besondere ansähe; vornemlich wenn der Schauplatz der Waffen, wie sehr zu befürchten wäre, dereinst nach Italien versetzt werden mögte. Daß Seine Heiligkeit daher, schon seit geraumer Zeit, hier und in Frankreich und Spanien gearbeitet hätte, um den Frieden zu erhalten, und den vornehmsten Beschwerden, die Gelegenheit zu Ergreifung der Waffen geben könnten, abzuwenden. Hier hielt der Nuncius ein wenig ein, und sagte darauf, „daß er nicht fortfahren könnte, wofern die Gesandten ihm nicht ihr Ehrenwort gäben, daß sie von dem, was er ihnen also vortragen würde, Niemanden an dem Hofe zu Wien noch in der Stadt etwas entdecken wollten; ob es ihnen gleich frey stehen sollte, davon den ersten Staatsministern ihrer Herren Eröffnung zu thun.“ Der Vorschläger von Frankreich antwortete, „daß sie sich durch das Vertrauen, das er in Sie setzen wollte, sehr geehrt fänden; aber wofern seine Vorschläge von einer solchen Art wären, daß sie dem Englischen Gesandten, und dem Vorschläger Ihrer Hochmogenheiten, der sich also zu Wien befände (1), mitgetheilet werden müßten; so wünschten sie dieselben lieber gar nicht zu hören, als hiezu keine Freyheit zu haben: weil die Hannoverischen Bundsgenossen so genau vereinigt, und ihre Angelegenheiten so unzertrennlich wären, daß sie alle Gelegenheit meinten, einander den geringsten Anlaß zum Mißvergnügen oder Argwohn zu geben.“ Der Nuncius erwiederte, „daß er dieses sehr wohl einsähe; aber dasjenige, was er ihnen zu sagen hätte, könnte keinem andern mitgetheilet werden. Es dienete bloß zu ihrem besonderen Unterrichte; und bey ihm käme sehr vieles darauf an, daß es geheim bliebe, indem er zu anderen, die er so gut nicht kennete, das Vertrauen nicht haben könnte, das er zu ihnen hätte.“ Die Gesandten bestanden noch eine Zeitlang auf die Freyheit, welche sie verlanger hatten: aber da sie merkten, daß der Nuncius sich nicht weiter auslassen wollte; so versprachen sie ihm das, was er verlangete; und darauf fuhr er also fort:

„Die Schiffahrt und Handlung zu Ostende werden für eine der vornehmsten Beschwerden gehalten, die einen Krieg verursachen könnten, nachdem der Kaiser der dortigen Gesellschaft einen Freybrief zur Handlung nach Indien gegeben hat. Die Hannoverischen Bundsgenossen behaupten, daß der Kaiser hiezu kein Recht gehabt habe, und daß der Freybrief dem Münsterischen und anderen Verträgen zuwider sey. Der päpstliche Nuncius zu Paris hat mir geschrieben, daß er nach der letzten dem „Spanischen

b) MONTGON Tom. IV. p. 354. 357. 358. 359.

(1) Dieser war der Herr Cornelius Calkoen, Vorschläger der General-Staaten bey der Ottomannischen Pforte.



„Spanischen Hofe im Namen Frankreichs und Englands gethanen Erklärung, we-  
 „niger Hoffnung als zuvor hätte, an diesem Hofe, durch des Papstes Zwischensprache,  
 „etwas zu Verhütung des Krieges auszurichten, und durch Frankreich die anderen  
 „Hannoverschen Bundsgenossen zur Unterhandlung über einen Vergleich zu bewegen;  
 „wenn nicht der Kaiser sich vorher, von selbst, aufrichtig wegen der Bedingungen, erklä-  
 „rete, auf welche man bauen könnte, und welche Hoffnung machten, daß die Hannove-  
 „rischen Bundsgenossen sie annehmlich finden, und nach Maafgabe derselben in nähere  
 „Unterhandlung treten würden; in der Absicht, wegen der Ostendischen Sache und we-  
 „gen der andern gemeinen Beschwerden der Hannoverschen Bundsgenossen, die jedoch,  
 „wie es scheint, leichter werden gehoben werden können, einen Vergleich zu treffen.  
 „Ich habe, fuhr er fort, die Sache an diesem Hofe vorgestellt, ohne daß ich, in langer  
 „Zeit, die verlangte Erklärung hätte bekommen können, unter dem Vorwande, daß man  
 „auf der andern Seite schon viele Vorschläge zum gütlichen Vergleich verworfen hätte;  
 „daß England die Feindseligkeiten gegen Spanien schon angefangen, und daß die  
 „Hannoverschen Bundsgenossen den Krieg gegen den Kaiser und Spanien beschlossen  
 „hätten; weswegen es wahrscheinlich wäre, daß die Bemühungen fruchtlos seyn würden,  
 „und daß der Kaiser sich mehr zur Schau stellen, als etwas weiter kommen würde.  
 „Allein nach vielem und unermüdetem Anhalten um einen bestimmten Bescheid, damit  
 „ich dem Herrn Masci, (Nuncius zu Paris) antworten könnte, habe ich endlich eine  
 „Erklärung des Kaisers empfangen. Hier ist sie c).“

Zugleich übergab der Nuncius den Herren Gefandten eine Schrift, die aus vier Erster Ent-  
 Artikeln folgendes Inhaltes bestund. „1. Daß man eine bequeme Zeit bestimmen sollte, wurf der vor-  
 „um zu untersuchen und in das Licht zu setzen, ob der Freybrief und der Handel von läufigen Ar-  
 „Ostende den Verträgen, und besonders dem Münsterischen, zuwider wäre oder nicht? tikel.  
 „2. Daß die Schifffahrt von Ostende nach Indien in dieser Zwischenzeit gänzlich un-  
 „terbleiben solle, mit Ausnahme derjenigen Schiffe allein, welche man von dort erwar-  
 „tete. 3. Wenn der erste Artikel innerhalb der bestimmten Zeit nicht festgesetzt werden  
 „könnte; sollte man entweder die Zeit verlängern, oder auch die Parteyen in dem Stan-  
 „de lassen, worin sie gewesen waren. 4. Aber wenn man befände, daß dieser Handel  
 „den Verträgen zuwider wäre, würde der Kaiser keine Schwierigkeit machen, davon auf  
 „immer abzusehen. Der Kaiserliche Hof schien so gar geneigt, diese Sache dem Aus-  
 „spruche unparteyischer Richter zu überlassen, und sich darnach zu achten d).“

Weil der Herzog von Richelieu und der Herr Samuel Bruyninx seit langer  
 Zeit in den Gedanken gestanden hatten, daß die Höfe von Wien und Madrid nur Zeit  
 zu gewinnen suchten; so nahmen sie den Vorschlag des Nuncius nicht mit solcher Bereit-  
 willigkeit an, als er erwartet hatte. Sie lobeten jedoch seine gute Absicht, sagten ihm  
 aber dabey, daß sie sehr zweifelten, ob die Artikel, welche er ihnen übergeben hätte, bey  
 dem Könige von Frankreich und den Staaten Eingang finden würden e). Unterdessen  
 versprochen sie dieselben ihren Herren zu übersenden; welches sie auch thaten. Nachdem  
 die Staaten den Vorschlag durch einige Abgeordneten hatten erwägen lassen; so erklärten

VIII.  
 Die Staaten  
 halten ihn  
 nicht für an-  
 nehmlich.

R 2

sie

c) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III.  
 p. 382-385.

d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III.  
 p. 389.

e) MONTGON Tom. III. p. 361.

1727.

Ihre Gründe.

„sie sich darauf, „daß sie ihn weder hinlänglich noch annehmlich fänden, wofern man ihn „nicht klärer und verständlicher vorträge.“ Von dieser ihrer Erklärung gaben sie folgenden Gründe. „1. Eine nähere Untersuchung, ob der Handel zu Ostende den Verträgen „zuwider ließe, wäre ganz unnötig. Der Gegenstand wäre durch eine Menge von beiden „Seiten herausgegebener Schriften erschöpft, und ein fernerer Streit hierüber würde nur „dienen, die beiderseitigen Gemüther zu erbittern. 2. Die Schiffe der Ostindischen Gesellschaft wären entweder in Indien oder unterwegs auf der Hin- oder Zurückreis. „Die Einstellung der Gesellschaft mit Ausnahme dieser Schiffe wäre also keine eigentliche „Einstellung, sondern eher eine Bestätigung der Gesellschaft, welche, weil sie wegen der „Zurückkunft ihrer Schiffe beruhiget wäre, dieselben mit einer reichern Ladung zurückkommen lassen würde. 3. Die Verlängerung der Einstellung in dem Sinne, als sie vorgetragen wäre, könnte nur als eine Verlängerung der Ungewißheit einer Entscheidung angesehen werden. 4. Der Inhalt des vierten Artikels hienge von der Aufrichtigkeit des „Kaisers ab, woran die Staaten niemals zweifeln würden. Sie wünschten nur, daß „der Kaiser sich davon überzeugen zu lassen geruhen mögte, wie sie von seiner bekannten „Billigkeit hoffeten.“ Der Schluß war, „daß sie aus allem dem, was von dem kaiserlichen Hofe gekommen wäre, nicht hätten vermessen können, daß der Kaiser geneigt wäre, die Streitsache dem Ausspruche unparteyischer Richter zu überlassen. Man würde auch, wenn dies geschähe, ein Recht, welches sie genugsam gegründet achteten, als „zweifelhaft zu betrachten scheinen.“

Der Hof von Wien fängt Unterhandlungen mit dem Cardinal von Fleury an.

Diese Antwort, welche von den Königen von Frankreich und Großbritannien genehmiget ward, gefiel dem Hofe von Wien gar nicht; und man befand hier für dienlich, mit Frankreich allein Unterhandlungen anzustellen, und den Cardinal von Fleury, der gerne den Titel eines Friedensstifters in Europa erwerben wollte, um seine Vermittelung bey Großbritannien und den Staaten zu ersuchen. Aber er antwortete dem kaiserlichen Gesandten, Baron von Fosséca, daß kein Vertrag zu hoffen wäre, wofern die Ostindische Gesellschaft nicht aufgehoben würde. Wegen dieser Erklärung ward er von dem Englischen Gesandten, Horatius Walpole, und von dem Botschafter der Staaten, Wilhelm Boreel, höchstens gelobet. Unterdessen ließ er nach Wien schreiben, „daß man dasjenige, was er gegen den Baron von Fosséca gesagt hätte, nicht übel deuten sollte, indem er sich etwas nach den Engländern und den Staaten richten mußte, „um die gewaltsamen Entschlüssen, die sie sonst nehmen würden, desto besser zu verhüten g.“

Der König von Preußen sucht den gegen ihn geschöpften Argwohn zu heben.

Als der König von Preußen, der noch mit dem Kaiser in Unterhandlung stand, sah, daß er aus dem Wiener Vertrage nicht so großen Vortheil, als man ihn zuerst hatte hoffen lassen, ziehen würde; so suchte er um diese Zeit den Argwohn, welchen er bey den Hannoverischen Bundesgenossen veranlaßt hatte, zu heben. Er ließ daher dem Könige von Großbritannien und den Staaten von neuem die Erklärung thun, daß er sich nicht von dem Hannoverischen Bündnisse zu trennen gedächte, und daß er mit dem Hofe zu Wien nur wegen seiner besonderen Angelegenheiten gehandelt hätte. Er ließ auch im Hornung ein Schreiben an den ersten ab, worin er ihn zu einer Erklärung zu bewegen

bewegen suchte, daß er nichts feindliches in dem deutschen Reiche unternehmen wollte. Diese Erklärung geschah, wiewohl in sehr allgemeinen Ausdrücken; aber die zu eben der Zeit von Preußen dem Könige von Großbritannien angebotene Vermittelung ward höflich abgelehnet h).

Der Hof zu Wien setzte mittlerweile die mit dem Cardinal von Fleury angefangene Unterhandlung fort: aber dieser blieb feste auf der Abschaffung der Ostendischen Gesellschaft, als dem einzigen Mittel, Großbritannien und die Staaten zu vergnügen, bestehen. Der Kaiser wollte sie zwar auf einige Zeit einstellen; aber die gänzliche Aufhebung kam ihm so hart vor, daß er sich dazu nicht entschließen konnte. Der Cardinal bediente sich bald hernach der Zwischensprache des Herzogs von Vorbringen, um den Hof von Wien auf andere Gedanken zu bringen. Er arbeitete auch bey dem Könige von Großbritannien und den Staaten, die er dahin brachte, daß sie in die vorläufige Einstellung der Ostendischen Gesellschaft willigten. Der König Georg konnte in den gegenwärtigen Umständen der Freundschaft Frankreichs, wo der Cardinal von Fleury nun die Verwaltung der Regierung hatte, nicht entbehren. Er beschloß demnach sich etwas nach dem Cardinal zu richten, der auch das Vertrauen der Staaten in so weit gewonnen zu haben schien, daß sie ihm die Vorsorge für einen Theil ihrer Angelegenheiten wohl überlassen wollten. Er entwarf also, mit Einwilligung König Georgs und der Staaten, sechs neue Artikel, welche nach Wien dem Herzoge von Richelieu mit dem Auftrage zugesandt wurden, sie dem Kaiser annehmlich zu machen, und sich hierzu im Nothfalle auch des Verstandes des Nuncios und des Gesandten der Staaten zu bedienen i). Der Inhalt dieser Artikel war folgender: „1. der Freybrief der Ostendischen Gesellschaft und aller Handel aus den Oesterreichischen Niederlanden nach Indien sollte auf eine ziemliche Zeit, 3. E. auf zehn Jahre, eingestellt werden. 2. Die Vorrechte des Handels in Europa und in Indien sollten auf den vorigen Fuß gesetzt, und besonders die Vorrechte des Handels der Franzosen, Engländer und der Einwohner der vereinigten Niederlande, wie vor dem Jahre 1725, wieder hergestellt werden. 3. Alle andere Rechte und Besizshümer sollten in dem Stande bleiben, wie es durch die Verträge von Utrecht und Baden und durch das vierfache Bündniß festgesetzt wäre. 4. Weder der Kaiser noch Spanien, noch ihre Bundsgenossen, noch auch die Hannoverischen Bundsgenossen sollten zu Thätlichkeiten schreiten, noch zu etwas mitwirken, welches die gegenwärtige Ruhe in Niederdeutschland und in Norden stören könnte. 5. So bald man über diese Artikel einig wäre, sollten alle Feindseligkeiten so gleich aufhören. Man sollte die abgereiseten Ostendischen Schiffe, von welchen der Hof zu Wien ein Verzeichniß einliefern würde, frey zurückkehren lassen. Man sollte die Gallionen auch ihren Weg nach Spanien fortsetzen lassen, und Seine Katholische Majestät sich, wegen der Auflagen auf die mit den Gallionen zu erwartenden und auf der Flotte mitgebrachten Waaren, nach demjenigen richten, was in Friedenszeiten gebräuchlich gewesen wäre. 6. Man sollte niemanden, aus Haffe wegen der Wienischen und Hannoverischen Bündnisse, Schaden thun, oder ihn beunruhigen. Die in Unterhandlung stehenden Parteyen sollten sich

R 3

„auch

h) MONTGON Tom. III. p. 394 - 399.  
ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 387.

i) MONTGON Memoir. Tom. IV. p. 199 - 207.

1727.

„auch vereinigen, um jeden, der etwas gegen diesen sechsten Artikel unternähme, zur Wiederherstellung zu nöthigen K.“

X.

Der Hof von Wien sucht die Unterhandlung in die Länge zu ziehen.

Man handelte eine geraume Zeit über diesen Entwurf an dem Hofe von Wien, ohne daß man von kaiserlicher Seite unternahm, einen einzigen Artikel desselben zu widerlegen. Man schloß hieraus, daß der kaiserliche Hof die Unterhandlung noch immer zu verlängern; und die Hannoverischen Bundsgenossen in der Unthätigkeit zu erhalten suchte, bis man sehen würde, welche Folgen die Belagerung von Gibraltar und die Ankunft der Flotte in Spanien haben würden. Man hatte auch Zeit nöthig, um die Russen in Bewegung zu setzen; insonderheit aniso, da einiges Mißvergnügen gegen die Regierung der Kaiserinn Catharina entstanden war. Man hoffete endlich noch auf eine nähere Verbindung mit dem Könige von Preußen. Alle diese Absichten bewirketen, daß man den Entwurf des Cardinals, welchen man nicht von der Hand weisen durfte, um die Hannoverischen Bundsgenossen nicht in die Waffen zu bringen, auch nicht bereitwillig annehmen konnte. Endlich beschloß der Hof von Wien einen andern Entwurf zu machen, welcher, weil er von diesem in einem wesentlichen Artikel verschieden war, in Frankreich, in England und in Holland würde untersucht werden müssen; und hiezu würde Zeit nöthig seyn, während welcher die Gelegenheit, den Feldzug, wie man ausgestreuet hatte, mit einer wichtigen Belagerung zu eröffnen, vorbegehen würde. Dem Baron von Fonseca, kaiserlichen Gesandten in Frankreich, ward aufgetragen, dem Cardinal von Fleury zwölf Artikel vorzulegen, die hernach auch dem Könige von Großbritannien und den Staaten mitgetheilet wurden. Es waren diese: „1. Zwischen den Mächten, die diese Artikel unterzeichneten, sollte ein allgemeiner Waffenstillstand zu Wasser und zu Lande seyn. „2. Die Belagerung von Gibraltar sollte aufgehoben werden, so bald die Befestigung dieser vorläufigen Artikel von dem Könige von Spanien unterschrieben seyn würde. „3. Der Handel der Spanier in Indien sollte hergestellt werden, und die Englische Flotte vor Porto Bello, auf den ersten Befehl des Königs von Großbritannien, abziehen: wobey der König von Frankreich sich verbände, daß dieser Befehl, ohne Verzug gegeben würde. Die Gallionen sollten in aller Sicherheit zurück kommen, und die mit der Flotte aus der Havana gebrachten Waaren, alsbald nach der Ankunft der Gallionen, unter die Eigenthümer ausgetheilet werden. Die Englischen, Niederländischen und Französischen Flotten, die sich an den Spanischen Küsten befinden mögten, sollten sich von dort weggeben, so bald der Waffenstillstand würde angefangen seyn. „4. Dieser Waffenstillstand sollte sechs Monate dauern, von dem Tage an zu rechnen, an welchem die Friedensversammlung angefangen würde. 5. Die Versammlung sollte auch nur sechs Monate dauern, während welchen man sich über die Aufhebung, oder wenigstens Einstellung der Ostindischen Gesellschaft auf eine gewisse Zeit, z. E. auf sieben Jahre, vergleichen würde; innerhalb welchen, oder innerhalb der Zeit, welche die Versammlung dauern sollte, man die Ostindischen Schiffe, wovon der Kaiser ein Verzeichniß einliefern würde, sicher aus Indien zurück kommen lassen, und die Schiffe, welche inzwischen weggenommen worden seyn mögten, wieder frey geben sollte. 6. Die Verträge von Utrecht und Baden und das vierfache Bündniß sollten der Grund der Unterhandlung auf der bevorstehenden Versammlung seyn. Der Handel sollte auf den

„Zuf,

„Fuß, der durch den Utrechtschen Handelsvertrag zwischen Spanien, Großbritannien und den Staaten bestimmt ist, gesetzt werden. Andere und spätere Streitigkeiten hierüber sollten auf der Versammlung abgethan werden. 6. Die Versammlung sollte zween Monate, nachdem diese Artikel, von beiden Seiten, genehmiget und unterzeichnet seyn würden, anfangen. 7. Sie sollte zu Aachen gehalten werden. 8. Die Bevollmächtigten sollten nicht mehr als zween Edelleute, zween Edelknaben und sechs Korymbienten bey sich haben. 9. Sie sollten keine Feierlichkeiten beobachten, und sich in Ansehung derselben und des Vorganges nach demjenigen richten, was zu Cambray festgesetzt wäre. 10. Die Fürsten sollten ihre Bevollmächtigten befehligen, alle Umstände, wodurch die Versammlung beunruhiget oder verlängert werden könnte, sorgfältig zu vermeiden. 11. Wenn eine der Mächte, während den sechs Monaten, Feindseligkeiten verübete, sollten die anderen sich wider dieselbe vereinigen, und die Wiederherstellung zu bewirken suchen. 12. Man sollte die Nordischen Mächte auch einladen, daß sie Bevollmächtigten auf die Versammlung, zu Vergleichung der Streitigkeiten, welche sie unter sich hätten, senden mögten. Der Kaiser machte sich verbindlich, so lange die Versammlung daurete, keine Feindseligkeiten weder zu Wasser noch zu Lande anzufangen 1).“

Aus der Vergleichung dieser beiden Entwürfe war deutlich zu sehen, daß weder der Kaiser noch die Hannoverischen Bundsgenossen eigentlich kriegerisch gesinnt waren. Aber der Wiener Hof zeigte überdem eine Absicht zu einer langsamen Unterhandlung. Der Cardinal von Fleury machte sich unterdessen bey dem Englischen Hofe und den Staaten verdächtig, daß er für den Hof zu Wien zu viele Gefälligkeit bezeigte, worin der Herzog von Richelieu ihm nachfolgte. Allein er that sein Bestes, um ihnen diesen Argwohn zu benehmen, und erklärte sich, nach dem Empfange des Wiener Entwurfes, gegen den Baron von Fonseca, noch ernstlicher, als er zuvor wegen der Ostendischen Gesellschaft gethan hatte. Er ließ auch die Kriegsrüstungen fortsetzen, ob er gleich heimlich den Frieden sehr wünschte: weswegen er ungerne hörte, daß die Belagerung von Gibraltar fortgesetzt würde m). Nachdem der Wiener Entwurf in England und in dem Haag gleichfalls erwogen war, so besand man, daß derselbe der Erwartung der Hannoverischen Bundsgenossen kein Genügen thäte, weil man die Rechtmäßigkeit des Freybriefes der Ostendischen Gesellschaft auf der Versammlung zu Aachen untersucht wissen wollte. Er ward also von der Hand gewiesen. Allein der Cardinal von Fleury, welcher die angefangene Unterhandlung mit dem Hofe zu Wien fortsetzen wollte, machte im Anfange des Maymonats, in Ueberlegung mit den Gesandten Großbritanniens und des Staats n), einen neuen Entwurf, welcher, allein im Namen des Königs von Frankreich, dem Wiener Hofe vorgelegt ward, um denselben, wie man in dem Eingange sagte, nachdem er dort genehmiget seyn würde, auch den Hannoverischen Bundsgenossen mitzutheilen.

Durch diesen Entwurf ward die Versammlung, noch vorizo, abgelehnt. Aber der König erklärte sich der Meynung zu seyn, daß, wenn die sechs Artikel des vorigen Entwurfs des Cardinals von von Fleury.

1) Voyez ROUSSET Recueil Tom. III. p. 390.

m) MONTGON Memoir. Tom. IV. p. 217-224.

n) MONTGON, Tom. IV. p. 279, 280.

1727.

von dem Cardinal gemachten Entwurfs etwas näher erläutert, und die Schwierigkeiten in den zwölfsten des letzteren kaiserlichen Entwurfs mit möglicher Beybehaltung der Absicht des Kaisers, gehoben wurden, man wegen der folgenden vorläufigen Bedingungen würde einig werden können: „1. Daß der Freybrief der Ostendischen Gesellschaft und aller Handel aus den Oesterreichischen Niederlanden nach Indien auf eine Zeit von sieben Jahren eingestellt werden sollte, weil Seine Kaiserl. Majestät zugestanden hätte, daß man dieses auf der Versammlung bestimmte. 2. Daß der Handel in Spanien, in Europa und in Indien auf den Fuß der vor dem Jahre 1725 gemachten Verträge wieder hergestellt werden sollte. 3. Daß alle andere Rechte und Besitzthümer in dem Zustande, worin sie durch die Verträge von Utrecht und Baden, und durch das vierfache Bündniß gesetzt wären, bleiben sollten. 4. Daß man die Nordischen Mächte zu friedfertigen Gedanken, in Erwartung der Versammlung, wo auch ihre Streitigkeiten verglichen werden sollten, ermahnen, und daß die Hannoverischen Bundsgenossen nichts, wodurch die Ruhe in Norden oder in Niederdeutschland gestört werden könnte, unternehmen sollten. 5. Daß, nach der Einwilligung in diese Artikel, alle Feindseligkeiten aufhören; daß die vor dem Waffenstillstande abgesegelten und in einem vor dem Kaiser einzuliefernden Verzeichnisse enthaltenen Ostendischen Schiffe sicher aus Indien zurück kommen; daß die Gallionen ihre Reise nach Spanien frey fortsetzen, und daß Seine Katholische Majestät, in Ansehung der mit der Flotte und den Gallionen übergebrachten Waaren sich so, wie in freyen Zeiten immer gewöhnlich gewesen wäre, betragen; daß ferner das Englische Geschwader, unter dem Admiral Hosier, vor Porto Bello abziehen, und nach Europa zurück kommen; daß die Engländer ihren Handel in Amerika, gleichwie vor diesem, treiben, und daß alle Französische, Englische und Holländische Geschwader sich auf das eiligste von der Spanischen Küste, ohne wider die Einwohner derselben, auf irgend eine Weise etwas zu unternehmen, wegbegeben sollten. 6. Daß der Waffenstillstand so lange, als die Einstellung der Ostendischen Gesellschaft, nämlich sieben Jahre, dauern, und man, während denselben, an einem allgemeinen Frieden arbeiten sollte. 7. Wofern, nach der Unterzeichnung dieser Artikel, einige Handel in Europa oder in Indien entstehen mögten, sollten die handelnden Mächte sich vereinigen, um demjenigen, der Unrecht gelitten, die Ersetzung des Schadens zu verschaffen. 8. Wenn diese Artikel angenommen würden, sollte man, so bald als möglich, eine Versammlung zu Aachen, oder in einer anderen von dem Kaiser vorgeschlagenen Stadt halten, wo alle handelnden Mächte ihre Forderungen vortragen und untersuchen lassen könnten. Der achte, neunte und zehnte Artikel des Wiener Entwurfs wären so wohl eingerichtet, um die Unterhandlungen auf der Versammlung zu einem guten Ende zu bringen, daß man nicht zweifelte, sie würden einmütig genehmiget werden o).

Unterschied  
zwischen die-  
sem und dem  
Wiener  
Entwurfe.

Dieser zweite Entwurf der Hannoverischen Bundsgenossen war von dem Wiener vornehmlich darin unterschieden, daß in demselben die Einstellung der Ostendischen Gesellschaft auf sieben Jahre, von Stund an, gefordert ward; dahingegen der Wiener Entwurf solche erst, nachdem man auf der bevorstehenden Versammlung darüber einig geworden seyn würde, zuließ. Ferner hatten die Hannoverischen Bundsgenossen festge-

setzt



setzt, in diesem ihrem letzten Entwurfe keine Veränderungen zuzulassen, sondern fest dabei zu bleiben. Er ward also nach Wien, nebst einem Schreiben, als zur Erklärung, übersandt, und darin zu erkennen gegeben, daß, wenn innerhalb eines Monats keine Antwort auf diesen Entwurf folgte, die Hannoverischen Bundsgenossen solches für eine Abbrechung aller Unterhandlungen halten würden. Allein um diese rauhe Erklärung ein wenig zu mildern, waren die Ausdrücke des Briefes so eingerichtet, daß Ernst und Nachdruck darin mit der erforderlichen Ehrerbietung gegen die Majestät des Kaisers bestehen konnten: weswegen man Ursache hatte, davon einen glücklichen Erfolg zu erwarten. Man sagt, daß der Herr Chauvelin, damaliger President à Mortier in dem Parlemente zu Paris den Brief abgefaßt habe; obgleich der Cardinal nicht ungerne hörte, daß man ihn selbst für den Verfasser hielte p). Nachdem der Entwurf nach Wien gesandt war, ward er, am 1ten May, zu Laxenburg von dem Grafen von Sinzendorf, in Gegenwart des Gesandten von Frankreich und des Staats, erwogen. Man kam, denselben Abend, noch einmal, bey dem Prinzen Eugen zusammen, wo der Spanische Botschafter, Herzog von Bournonville auch erschienen war. Die Kaiserlichen wollten, daß man den Entwurf erst nach Spanien und Rußland sende, und die Antwort Erklärung der zwey Hülfe abwarten mußte. Bournonville machte über jeden Artikel Anmerkung, von Seiten der Kaiserlichen, welche verhüten wollten, daß man ihrem Herrn die Schuld der abgebrochenen Unterhandlung und der Fortsetzung des Krieges beymäße, thaten dem Herzoge von Richelieu und dem Herrn Samuel Brunnin die Erklärung, „daß Seine Majestät, der Kaiser, für sich selbst, die Artikel annehmen, und die Ostendische Gesellschaft „auf sieben Jahre einstellen wollte; aber es schiene, sagten sie, sonderbar und hart, daß „man verlange über die Angelegenheiten Spaniens und Auslands einen Anspruch „zu thun, ohne diese Mächte gehöret zu haben; insonderheit, da man ein Englisches „Geschwader in dem Sund erwartete, ohne daß man wüßte, in welcher Absicht es dahin gesegelt, und da der Ausgang der Belagerung von Gibraltar auch noch ungewiß „wäre.“ Aber die Gesandten gaben zu verstehen, daß die Zeit zu hören und zu berathschlagen vorbei wäre, und daß der Hof von Wien sich mit Ja oder Nein erklären mußte. Der Herzog von Richelieu that diese Forderung mit so vieler Klugheit und Höflichkeit, und bestund zugleich so fest darauf, daß der Kaiser endlich am 21sten den Entwurf der Hannoverischen Bundsgenossen schriftlich annahm. Allein um die Ehre des kaiserlichen Hofes zu bewahren, befand man für gut, daß er noch einmal abgeschrieben und mit einigen, die gute Ordnung auf der bevorstehenden Versammlung zu Nachen betreffenden, Artikeln vermehrt würde. Er war nun, außer dieser Vermehrung, bloß in Worten von dem zweiten Entwurfe der Hannoverischen Bundsgenossen unterschieden q). In diesem Zustande ward er, mit dem Titel des dritten Entwurfs zur Erhaltung des allgemeinen Friedens, nach Versailles geschickt, wo er am 28sten May ankam. Der Oberste Armstrong war denselben Tag von Paris abgereiset, nachdem er mit dem Französischen Hofe die Unternehmungen des bevorstehenden Feldzuges eingerichtet hatte. Nachdem der Cardinal von Fleury und die Herren Walpole und von Sotseca den Entwurf näher durchgesehen, und alles, was den allgemeinen Frieden betraf,

in

p) MONTGON Tom. IV. p. 287, 355.

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 399.

1727.

in Ordnung gebracht hatten; so begaben sie sich, in Gesellschaft des Französischen Staatssecretärs, Grafen von Morville, am 31sten, nach dem Hause des Botschafters Boreel zu Paris, weil er, wegen einer Krankheit, woran er auch wenige Tage hernach zu Paris starb (2), nicht nach Versailles hatte kommen können. Die vornehmste Schwierigkeit, die sich hier ereignete, betraf die Unterzeichnung des Entwurfs, die nicht zu Paris, wo kein Spanischer, noch zu Wien, wo kein Englischer Bevollmächtigter gegenwärtig war, geschehen zu können schien.

Die vorläufigen Artikel werden unterzeichnet zu Paris,

Endlich ward man einig, daß die entworfenen Artikel, so wie sie zuletzt von Wien übersandt waren, erst von den Bevollmächtigten des Kaisers, Frankreichs, Großbritanniens und des Staats, Jonseca, Morville, Walpole und Boreel, so wie geschah, unterzeichnet r), und hernach eine Acte, worin dieselben Artikel enthalten wären, abgefaßt, aber von Walpole allein unterzeichnet werden sollte s). In dieser Acte that der Englische Gesandte die Erklärung, „daß er den Königs, seinen Herrn, durch seine Unterzeichnung der vorläufigen Artikel, so kräftig, in Ansehung des Königs von Spanien, verbände, als wenn dieselben, nebst ihm, durch einen Minister Seiner Kathol. Majestät unterzeichnet worden wären; jedoch so, daß der Herzog von Bournonville eine Acte von gleicher Kraft und Verbindlichkeit, in Ansehung des Königs, seines Herrn, von sich stellet. Ferner versprach er zur bestimmten Zeit, die von dem Könige, seinem Herrn, geschehene Befkräftigung der vorläufigen Artikel in Bereitschaft zu halten, um sie gegen eine gleiche, von Seiten des Königs von Spanien, aus zu wechseln t).“ Der Herr Walpole gab von der Absicht dieser Acte, die dem Herzoge von Richelieu zugesandt ward, diesem und dem Herrn Samuel Bruining, in einem Schreiben Nachricht u). Sie begaben sich, am 13ten des Brachmonats nach dem Pallaste des Prinzen Eugen zu Wien, wo der Herzog von Bournonville auch erschienen war, der nicht anders, als mit großer Mühe, zu Unterzeichnung einer solchen Acte, als Walpole zu Paris unterzeichnet hatte, zu bewegen war. Jedoch that er es endlich. Er unterzeichnete hernach auch eine Abschrift der vorläufigen Artikel, nebst dem Herzoge von Richelieu, und eine andere nebst dem Herrn Samuel Bruining. Alle diese Urkunden wurden so gleich, nach Paris, nach Madrid und nach dem Haag gesandt v).

und zu Wien.

Der Cardinal erwirbt sich eine große Hochachtung in den vereinigten Niederlanden.

So bald die vorläufigen Artikel nur zu Paris unterzeichnet waren, verbreitete sich das Gerüchte davon allenthalben, und erregte eine große Freude in Holland, wo man sich nun die Einstellung der Ostendischen Gesellschaft versprach, und mehrere Hoffnung, als jemals zuvor, zu ihrer gänzlichen Aufhebung bekam. Das kluge Betragen des Cardinals von Fleury, der so viele Mächte zum Frieden zu bewegen gewußt hatte, ward höchstens gelobet, besonders in Holland, wo man ihn, von dieser Zeit an, als den vortrefflichsten Staatsminister, den Frankreich jemals gehabt hatte, zu betrachten anfing. Man sah

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 2.

t) Voyez ROUSSET Recueil, [Tom. III. p. 404, 405.

s) DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 146. MONTGON Tom. IV. p. 342-356.

u) Voyez les Lettr. dans le Recueil de ROUSSET Tom. III. p. 406, 408.

v) MONTGON Tom. IV. p. 386, 392-394. ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 410, 411.

(2) Nämlich am 12ten des Brachmonats. S. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1727. bl. 309.

sahе ihn als einen Mann an, der gänzlich frey von den Kunstgriffen der Staatsleute wäre, und glaubete von ihm gewiß, daß er den Frieden aufrichtig lieb hätte und suchte. Der Botschafter der Staaten am Französischen Hofe, der Herr Abraham van Goey, welcher dem Herrn Boreel in kurzen folgte, hat vieles beygetragen, daß der Cardinal hier zu Lande zu so großer Hochachtung gelangete. Gegen das Ende seines Lebens hat man erst angefangen zu urtheilen, daß man ihn zuvor nicht wohl gekannt hätte w).

In England ward die Zeitung von der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel auch mit Freude empfangen, die jedoch bey vielen bald, durch eine wenige Tage hernach aus Deutschland angekommene Nachricht von dem unvermutheten Absterben des Königs Georgs des Ersten, gemäßiget ward. Dieser Fürst, der so großen Antheil an der Grundlage des Friedens hatte, war, den Tag nach der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel zu Wien, nach Holland unter Segel gegangen, um seine deutschen Staaten zu besuchen. Am 19ten setzte er seine Reise von Daart bey Utrecht zu Lande fort, und kam am 20ten zwischen zehn und elf Uhr des Abends gesund, wie es schien, zu Delden in Twente an. Er that eine starke Abendmahlzeit, und aß, wie insgemein geglaubet worden, ziemlich viel von einer Melone, worauf er ein Glas kaltes Wasser trank; wiewohl einige x) erzählen, daß er keine Melone, sondern einen Chineserapsel, zum Nachtische genossen habe. Nachdem er die Nacht wohl geruhet hatte, fuhr er um vier Uhr des Morgens aus, in der Absicht, die Mittagsmahlzeit zu Lingen zu halten; aber zwischen acht und neun Uhr ließ er die Kutsche still halten, um sein Wasser zu lassen, und da befand er, daß seine eine Hand ihm unbeweglich am Leibe hing. Sein Kammerherr Fabrice rief dieselbe stark; welches nachher auch von dem Wundarzt, welcher der Kutsche zu Pferde folgte, mit Weingeiste, wiewohl vergebens geschah. Kurz hierauf verzog der König seine Augen und Mund so ungewöhnlich, und seine Zunge schwall so stark, daß der Wundarzt, der dieß für einen Schlagfluß hielt, ihm eine Ader öffnete. Er bekam hierauf die Sprache wieder, und sagte, daß man eilen sollte, um nach Osnabrück zu kommen; fiel aber gleich wieder in einen Schummer, in den Armen des Herrn von Fabrice, ohne daß er von dem heftigen Schütteln und Stoßen des Wagens erwachte. Da nun der Wundarzt anfieng, an seinem Leben zu verzweifeln; so setzte Fabrice sich zu Pferde, und ritt nach Osnabrück, um des Königs Bruder, den Herzog von York und Bischof von Osnabrück, zu diesem unerwarteten Falle vorzubereiten. Um zehn Uhr langete der König daselbst ganz sprach- und sinnlos an, und blieb in diesem Zustande bis zum folgenden Morgen, welches der 22ste des Brachmonats war; da er um zwey Uhr in dem acht und sechzigsten Jahre seines Alters starb. Sein Leichnam ward nach Hannover geführt, und daselbst bey seinen Vorfahren beygesetzt y).

Man bekam den folgenden Tag die Nachricht von diesem unvermutheten Absterben in dem Haag, und zween Tage später war sie auch schon in England. Der Ritter Robert Walpole unterrichtete den Prinzen und die Prinzessin von Wallis davon unverzüglich. Mittlerweile hatte er die Stadt London mit doppelter Wache besetzen lassen. Der Prinz und die Prinzessin, welche sich zu Richmond befanden, kamen noch denselben

§ 2

Abend

w) MONTGON Tom. IV. p. 205, 366, 368. y) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p.

x) TINDAL Vol. XIII. (or XXVIII.) p. 361-363. MONTGON Tom. IV. p. 398, 399.

1727.

Abend nach London. Der Prinz ward gleich von den Gliedern des geheimen Rathes, die in der Stadt waren, als König erkannt, und den folgenden Tag, unter dem Namen Georgs des Andern, ausgerufen. Der Gesandte Horatius Walpole, welcher wußte, daß sein Bruder, der Ritter Robert Walpole, bey dem Könige, als Prinzen von Wallis, nicht sehr angeschrieben gewesen, bewog, nach einiger Erzählung, den Cardinal von Fleury, zu dessen Vortheile an den König zu schreiben; welches Schreiben so viel gewirkt haben soll, daß so wohl Robert als Horatius Walpole bey Hofe in Ansehen geblieben sind z). Die Staaten ließen Georg dem Andern, im Frühlinge des folgenden Jahres, zu seiner Belangung zur Krone, durch eine außerordentliche Gesandtschaft Glück wünschen, welche von den Herren Bernard, Grafen von Welden, und Cornelius Silvius, Bürgermeister und Rathsglied der Stadt Harlem, verrichtet ward a). Die Gesandten schlossen am 27sten May einen Vertrag mit Georg dem Andern, wodurch die vorigen Verträge, besonders die von den Jahren 1717 und 1726, erneuert und bekräftiget wurden. Der Prätendent war, kurz nach der von des Königs Absterben in Italien eingelaufenen Nachricht, von Bononien abgereiset; und einige hoffeten, andere fürchteten eine Veränderung zu seinem Vortheile. Allein Georg der Erste war, da die vorläufigen Friedensartikel nur eben unterzeichnet waren, in solchen Umständen gestorben, daß keine der auswärtigen Mächte eine Neigung bezeigte, sich zum Besten des Prätendenten zu bewegen b). Er kam bis nach Lothringen, gieng aber, nach einem kurzen Aufenthalte zu Nancy, nach Italien zurück c). Die Mächte, welche ihn zuvor unterstützet hatten, oder welche für seine Gönner gehalten wurden, waren nun in einen Zustand gerathen, worin sie sich seiner im geringsten nicht annehmen konnten. Der König von Frankreich war genau mit dem Hause Hannover verbunden. Der Kaiser hatte die entworfenen Friedensartikel unterzeichnet. Spanien war außer Stand gesetzt, zur See etwas wider die gegenwärtige Regierung von Großbritannien zu unternehmen, weil die Englischen Geschwader die Kriegerüstungen in diesem Königreiche gewaltig gehindert hatten. Man wollte auch iso an dem Hofe von Madrid alles, was zuvor von Spaniens Absichten zum Vortheile des Prätendenten ausgestreuet war, bloß als Erfindungen der Englischen Minister angesehen wissen d). In Rußland war gleichfalls eine beträchtliche Veränderung vorgefallen. Die Kaiserinn Catharina war, bald nach Entdeckung einer Verschwörung gegen ihre Regierung, am 17ten May gestorben, und hatte einen Enkel ihres Gemahls zum Nachfolger e), der unter dem Namen Peters des Andern, im zwölften Jahre seines Alters, zum Kaiser ausgerufen ward. Seine Minderjährigkeit und die innerlichen Unruhen in dem Reiche waren Ursache, daß man die Entwürfe sahien ließ, welche die verstorbene Kaiserinn gegen Schweden und Dänemark, und, wie geglaubt wird, auch zum Vortheile des Prätendenten gemacht hatte f).

## XIII.

Der Kaiser,  
Frankreich,  
Großbritannien

Der Tod der Kaiserinn von Rußland und des Königs von Großbritannien würde, wenn er sich eher ereignet hätte, aller Wahrscheinlichkeit nach, einen größern Einfluß auf den Zustand der Sachen in Europa gehabt haben. Iso setzte man die Unterhandlungen

z) MONTGON Tom. IV. p. 401-406.

a) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1728. bl. 115.

b) MONTGON Tom. V. p. 4 8.

c) MONTGON Tom. V. p. 23.

d) MONTGON Tom. V. p. 370.

e) Voyez Suppl. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 188.

f) MONTGON Tom. IV. p. 370-377.

handlungen so fort, als sie zu Wien und Paris angefangen waren. Die Befkräftigung- 1727.  
 gen der vorläufigen Artikel, die auch zu seiner Zeit in dem Haag geschehen waren g), wur-  
 den, am 29sten des Heumonats, zwischen dem Kaiser, Frankreich, Großbritannien und Staaten be-  
 den Staaten zu Paris ausgewechselt h). Der Kaiser gab auch seiner Schwester, der kaiserlichen  
 Erzherzogin Maria Elisabeth, welche er am Ende des Jahres 1724 zur Oberstatthal-  
 terinn der Oesterreichischen Niederlande ernannt hatte i), alsobald Befehle, den ersten  
 vorläufigen Artikel zu vollstrecken, und die Ostendische Gesellschaft einstellen zu lassen.  
 Sie unterrichtete die Vorsteher der Gesellschaft davon so gleich. Aber das Verzeichniß  
 der nach Ostindien gegangenen Schiffe, welche, zu folge den vorläufigen Friedensartikeln,  
 die Erlaubniß hatten, frey zurückzukommen, blieb noch einige Wochen zurück k). End-  
 lich ward es den Staaten von dem Grafen von Königseck-Elps am 30sten August  
 eingeliefert. Aus demselben sahe man, daß noch zwölf Schiffe aus Indien erwartet  
 wurden, wovon drey im Jenner, und zwey erst im Brachmonate dieses Jahres, aus dem  
 Hafen zu Ostende in See gegangen waren. Und hieraus war deutlich abzunehmen, aus  
 welcher Ursache man an dem Hofe von Wien die Unterzeichnung der vorläufigen Artikel  
 so lange verzögert hatte. Die Vorsteher der Ostendischen Gesellschaft hatten diesen Hof  
 bewogen, ihnen die Gelegenheit zu lassen, vor ihrer Einstellung noch so viele Schiffe nach  
 Indien zu senden, als sie ausrüsten konnten. Das Verzeichniß bewies auch, wie sehr  
 die Gesellschaft an Vermögen zugenommen hatte. Sie hatte seit ihrer Errichtung achtzehn  
 Schiffe nach Indien und nach China geschickt, von denen eines in dem Ganges geblie-  
 ben, fünf glücklich zurückgekommen waren, und noch zwölf erwartet wurden l). Da dem  
 Herrn Sumes, Bedienten der Ostendischen Gesellschaft in Bengala, vormals aufgetra-  
 gen ward, einige Schiffe in Indien zu kaufen, ohnedasß man wußte, ob dieses geschehen  
 wäre m); so verlangte der Kaiser nachher von den Staaten, daß sie der Gesellschaft die  
 Freyheit lassen möchten, noch zwey Schiffe nach Indien zu schicken, unter der Bedingung,  
 daß sie die Schiffe, welche Sumes gekauft haben mögte, nicht nach Europa kommen  
 lassen sollte; aber die Staaten wiesen dieses Gesuch von der Hand n).

Allein unterdessen, da der Kaiser den Anfang mit Erfüllung der vorläufigen Frie- Der Spani-  
 densartikel machte, bezeugte der Hof von Madrid wenige Neigung sie zu bekräftigen und sche Hof  
 zu erfüllen. Der Herzog von Bourbonville war, wie wir oben erzählt haben o), lang- macht  
 sam und schwer daran gegangen, sie zu unterzeichnen; und so bald der Hof nur Nachricht  
 davon bekommen hatte, stellten der König und die Königin sich verwunderungsvoll und vorläufigen  
 mißvergnügt über die Vollziehung einer Unterhandlung an, die ohne ihr Vorwissen ange- Artikel zu be-  
 fangen war. Dem Herrn van der Meer ward, als er dem Marquis de la Paz zu dem kkräftigen.  
 bevorstehenden Frieden Glück wünschen wollte, kaltinnig begegnet. Ja der Marquis  
 wollte von dem, was zu Paris vorgegangen war, gar nichts wissen. Jedoch gab der  
 König, den 19ten des Brachmonats, auf starkes Anhalten des Herrn van der Meer,  
 sein Wort, daß er die vorläufigen Artikel annähme, und in die Einstellung der Feindsel-  
 keiten

§ 3

g) Zie Resol. Holl. 5 Jun. 9 Jul. 1727. bl. 645. 704. Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 317.

h) MONTGON Tom. IV. p. 46. Tom. V. p. 147. ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 411.

i) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1724. bl. 284.

k) MONTGON Tom. V. p. 344.

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 412. 415.

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. p. 414.

n) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 274.

o) §. XI. dieses Buchs.

1727.

Ein Waffenstillstand wird vor Gibraltar geschlossen. Unterhandlung des Vorschalters von der Meer an dem Spanischen Hofe.

ligkeiten vor Gibraltar willigte. Wenige Tage hernach schloß man auch einen Waffenstillstand vor dieser Stadt, welcher so lange dauern sollte, bis man die Nachricht von der Befkräftigung der vorläufigen Friedensartikel erhielt; und sodann sollte die Belagerung gänzlich aufgehoben werden. Allein auf diese Befkräftigung mußte man noch lange warten. Die Krankheit des Königs von Spanien war hieran zum Theil Ursache. Aber man verlangte auch eine nähere Erklärung über den zweiten und fünften vorläufigen Artikel. In dem zweiten war festgesetzt, „daß alle Rechte und Besizshümer, so wie sie „durch die Verträge von Utrecht und Baden, durch das vierfache Bündniß, oder durch „die vor dem Jahre 1725 gemachten und den Kaiser und die General- Staaten nicht be- „treffenden Verträge festgesetzt wären, bleiben, und wenn einige Veränderungen wegen „solcher Rechte und Besizshümer vorgefallen wären, dieselben auf der bevorstehenden Ver- „sammlung, nach den gedachten Verträgen, erörtert und abgestellt werden sollten.“ Und dieser Artikel schien dem Hofe einer näheren Erklärung zu bedürfen. In dem fünften Artikel war unter andern bestimmt, „daß man sich einander die Schiffe, welche weg- „genommen worden seyn mögten, mit der Ladung zurückgeben sollte.“ Aber die Spanier hatten, im verwichenen Jahre, ein reiches Englisches Südseeschiff angehalten p); welches mit der Ladung zwey Millionen Pfund Sterling werth gerechnet ward. Und dieses Schiff wollte man, zu rechtmäßiger Vergütung, wie man vorgab, für den von den Engländern den Spaniern, durch Besetzung der Gallionen in Porto Vello, zugefügten Schaden, behalten. Man machte noch andere Schwierigkeiten an dem Spanischen Hofe, wegen Austheilung des Silbers und der Waaren der Privatleute, welche mit der Flotte aus America gekommen waren; und durch alles dieses ward das Friedenswerk und die Eröffnung der beschlossenen Versammlung sehr verzögert. Der Herr van der Meer, der iho allein mit den Sachen der Hannoverischen Bundesgenossen in Spanien zu thun hatte, gab sich viele Mühe, die Spanischen Minister auf andere Gedanken zu bringen; aber er richtete wenig aus. Er gerieth auf die Vermuthung, daß die Höfe von Wien und Madrid sich insgeheim vereinigt hätten, die Unterhandlung in die Länge zu ziehen. Endlich schien er, im Anfange des Heumonats, Hoffnung zu bekommen, daß der Marquis de la Paz in seine Vorschläge willigen würde. Er bat ihn hierauf um Postpferde, damit er seinen Herren und den Höfen von Frankreich und England auf das eiligste Nachricht geben könnte, wie weit seine Unterhandlung gediehen wäre. Allein de la Paz zauberte von neuem q). Van der Meer ließ darauf ein ausführliches Schreiben an ihn ab, worin er ihm den Ungrund der Schwierigkeiten, welche der Spanische Hof machte, umständlich zeigte r). Der Tod Georgs des Ersten, welchen man um diese Zeit in Spanien erfuhr, schien diesen Hof zuerst noch unhandelbarer zu machen. Aber da Georg der Andere, aus dem Schreiben des Herrn van der Meer, vernommen hatte, daß man in Spanien noch ungeneigt blieb, das Schiff Prinz Friderich zurückzugeben, und die Belagerung von Gibraltar gänzlich aufzuheben, ertheilte er gleich nach seiner Belangung zur Krone, den Befehl, das Geschwader unter dem Admiral Wager, der auf der Höhe von Gibraltar kreuzete, noch mit sechs Kriegsschiffen zu verstärken. Er schloß auch im Wintermonate einen Vertrag mit dem Herzoge von Braunschweig- Wolfen-

p) MONTGON Tom. III. p. 82.

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.

q) MONTGON Tom. IV. p. 444-469.

p. 19.



Wolkenbittel, wodurch dieser sich verbindlich machte, zum Dienste von Großbritannien 1727. fünftausend Mann bereit zu halten s). Die Könige von Frankreich und Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande ließen unterdessen, durch daß man die den Herrn van der Meer, ernstlich bey dem Könige von Spanien anhalten, daß er die mit der Flotte mit der Flotte aus Neu-Spanien angekommene Waaren nicht mit so schweren Abgaben, als er zu thun gedachte, belegen mögte t). Die Unterthanen dieser drey Mächte, und vornehmlich des Staats, hatten großen Antheil an demjenigen, was mit dieser Flotte überbracht war. Das Aufhalten der Flotte durch die Engländer hatte, obgleich der Vortheil des Staats dadurch befördert zu werden schien, bereits vieles Mißvergnügen und Unruhe unter den Kaufleuten verursacht; und dieses nahm nicht beträchtlich ab, so lange die Gallionen noch in dem Hafen von Porto Bello besetzt blieben. Es hatte auch die Ankunft der Flotte im Frühlinge, ungeachtet solche dem Hannoverischen Bündnisse nachtheilig zu seyn schien, unter den nach Spanien handelnden Kaufleuten in Holland, und besonders zu Amsterdam, nicht weniger Freude, als in Spanien selbst, verursacht. Die Unterhandlung des Botschafters van der Meer, welcher seinen Herren, so wohl als den Königen von Frankreich und Großbritannien großes Genügen gab, war unterdessen von Zeit zu Zeit beschwerlicher, da man in Spanien die Nachricht erhalten hatte, daß die Engländer sich von der Insel Providence und von einem Meerbusen in Campeche Meister gemacht, und eine Schanze auf der Küste von Florida angelegt hätten v). Die Hoffnung einer Versammlung zu Beylegung der noch daurenden Streitigkeiten schien demnach mehr ab, als zuzunehmen.

Unterdessen kam das Betragen des Spanischen Hofes vielen ganz unbegreiflich Anmerkungen vor. Das Hannoverische Bündniß war schon zuvor mächtiger als das Wienische gewesen, welches, nach dem Tode der Kaiserin von Rußland, und nach der von dem Kaiser geschenehen Unterzeichnung und Bekräftigung der vorläufigen Artikel, noch mehr geschwächt worden war. Aber es war seit geraumer Zeit eine Unterhandlung zwischen den Höfen von Frankreich und Spanien angefangen worden, woraus in kurzem die Versöhnung zwischen den zwey Kronen gebahret ward; und diese Versöhnung schien dem Spanischen Hofe Hoffnung zu machen, daß der König von Frankreich wenigern Eifer für die Angelegenheiten des Hannoverischen Bündnisses bezeigen würde, als er bisher gethan hatte: welches daher Anlaß gab, daß die Bekräftigung der vorläufigen Artikel verzögert ward. Die Wichtigkeit der Sache verdienet wohl, daß wir hier kürzlich erzählen, auf welche Weise diese Versöhnung bewirkt worden sey.

Der Abt von Montgon, der, wie wir zuvor angemerkt haben v), zu der Zeit, da der Herzog von Bourbon am Ruder saß, nach Spanien, mit dem geheimen Auftrage gereiset war, klüglich an Wiederherstellung der verletzten Freundschaft zwischen den zwey Kronen zu arbeiten, hatte diesem Auftrage, seit der Erhebung des Cardinals von Fleury, der ihm nicht gewogen war, weniger als zuvor Genüge thun können, weil er sich weniger Freunde am Spanischen Hofe zu verschaffen mußte. Er hatte sich jedoch bey dem

s) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 148. ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 254.

t) MONTGON Tom. V. p. 18, 19.

u) MONTGON Tom. V. p. 184, 252, 254, 293, 339.

v) §. XXIII. des vorhergehenden Buchs.

1727.

dem Könige und der Königin so beliebt gemacht, daß sie ihn, im Anfange dieses Jahres, nach Frankreich zurückgesandt hatten, um auf die geheimste Art dem Könige Philipp einen Anhang zu machen, der seine Absichten gegen die Prinzen von dem Hause Orleans unterstützen sollte, wenn er, im Falle der König ohne Söhne stürbe, auf die Krone Frankreich Anspruch machen würde; denn ob er sich gleich seines Rechts auf dieselbe feierlich begeben hatte; so hatte er es dennoch niemals aus dem Gesichte verlohren w). Die dem Abte von Montgon zu diesem Ende gegebenen Verhaltensbefehle des Königs von Spanien sind noch in seinen Denkschriften zu finden x). Er erzählt auch, daß er den Cardinal von Fleury, den Herzog von Bourbon, obgleich derselbe damals von dem Hofe entfernt war, und viele andere ansehnliche Leute zu dem Entschlusse gebracht, oder sie darin bestärkt habe, dem Könige von Spanien, bei einer solchen wichtigen Gelegenheit Dienste zu thun y). Aber weil dieser Handel sehr geheim gehalten werden mußte; so hatte die Königin ihm noch eine Schrift mitgegeben, worin die Erklärung geschah, „daß man sich betrüge, wenn man glaubete, daß Ihre Katholische Majestät von aller Versöhnung abgeneigt wären; daß sie im Gegentheile gerne „sehen würden, daß Seine Allerschristlichste Majestät dem Wienschen Bündnisse besträ-  
ten: in welchem Falle sie den Französischen Unterthanen die Waaren, die ihnen aus „der Ladung der Flotte und der Gallionen zukämen, ausliefern lassen wollten z).“ Diese Schrift gab dem Abte Gelegenheit auch über gemeine Sachen zu handeln, und den Inhalt seines geheimen Auftrages desto besser zu verbergen. Der darin enthaltene Vorschlag fand jedoch keinen Eingang an dem Französischen Hofe a). Aber die Unterhandlung hierüber gab Gelegenheit zu Wiederherstellung der verletzten Freundschaft zwischen den zwei Höfen. Montgon bewog den Cardinal, einen Brief an die Königin von Spanien zu schreiben, der geneigt beantwortet ward b). Hernach beschloß der König Ludwig, selbst an den König Philipp zu schreiben, nachdem Montgon den Cardinal versichert hatte, daß solches eine gute Wirkung thun würde. Es erfolgte auch die gehörige Antwort auf diesen Brief c); und man hielt nun die Versöhnung für geschehen. Ludwig der Sunfzehnte beschloß, bald hierauf, wieder einen Botschafter nach Spanien zu senden. Der Graf von Rotenburg ward zu dieser ansehnlichen Gesandtschaft ernannt, und kam, im Anfange des Weinmonats in diesem Jahre, zu Madrid an d).

XV.  
Großes  
Sterben hier  
zu Lande.

In den Vereinigten Niederlanden, und in Holland insonderheit, herrscheten im Sommer und im Herbst dieses Jahres heisse Fieber, welche insgemein ansteckend waren, und viele Menschen dahin rissen. Zu Amsterdam, wo sonst, in ordentlichen Zeiten, in dem Herbst, kaum zweyhundert Menschen wöchentlich begraben werden, begrub man nun verschiedene Wochen nach einander zwischen sechs und siebenhundert.

Der

w) *Voyez* MONTGON Tom. II. p. 37, 43, 215, 352, 361, 367.

x) Tom. III. p. 70. *Voyez aussi* Tom. VIII. p. 515.

y) Tom. III. p. 137 - 147, 218 - 226, 295. 434.  
Tom. IV. p. 293, 342. Tom. V. p. 196.

z) MONTGON Tom. III. p. 81.

a) MONTGON Tom. IV. p. 80.

b) MONTGON Tom. III. p. 191.

c) MONTGON Tom. IV. p. 299 - 304 431,

d) MONTGON Tom. V. p. 251, 321.

Der Rathpensionär von Holland, Isaac van Hoornbeek, der im Heumonate 1727. des Jahres 1725 noch auf fünf Jahre bestellt worden e), war auch, am 17ten des Tod des Brachmonats f), an einer auszehrenden Krankheit, in einem Alter von ein und siebenzig Rathpension-Jahren gestorben g). Sein wichtiges Amt, welches vorläufig, eine Zeitlang, Jacob van Hoornbeek, Godefrui, Baron van den Boetselaar, als erster der Herren Edlen von Holland, verrichtet hatte, ward am 17ten des Heumonats dem General-Schatzmeister, Doctor Simon van Slingeland aufgetragen. Er erschien zwey Tage hernach, das erste Mal in seinem Leben, in der Versammlung der Stände von Holland; in welchem Falle vielleicht nie ein Rathpensionär, vor ihm, gewesen war. Man beedigte ihn auf eben die Vorschrift, auf welche sein Vorfahr dieses Amt bekleidet hatte. Ihm ward auch derselbe Gehalt, nämlich zwölftausend Gulden jährlich, beygelegt, und überdem, wenn er einmal sein Amt niederlegen mögte, ein Jahrgeld von viertausend Gulden versprochen h).

Der Erfolg der Unterhandlung an dem Spanischen Hofe war der wichtigste Gegenstand der Vorsorge der Vereinigten Staaten. Die Anhaltung des Silbers und der Waaren, die mit der Spanischen Flotte angekommen waren, verursachte den hiesigen nach Spanien handelnden Kaufleuten großen Schaden. Es schien, daß der König die Unterthanen Frankreichs, Großbritanniens und des Staats, welchen ein ansehnlicher Theil dieses Silbers und dieser Waaren zukam, mit so schweren Abgaben belegen wollte, als ob er mit ihnen in offenbarem Kriege gestanden hätte. Man wollte ihnen die Stücken von Achten, die auf acht Reales de Plata registriert waren, für neun und einen halben Real austheilen, wodurch sie zwanzig auf Hundert verlieren würden. Als die Staaten hiervon Nachricht bekommen hatten, so beschloffen sie, dem Herrn van der Meer zu befehlen, „daß er dem Könige vorstellen sollte, wie sehr eine so schwere Auflage „dem fünften vorläufigen Artikel zuwider wäre.“ Weil sie aber den Französischen und Englischen Gesandten in dem Haag von ihrem Entschlusse vorher Nachricht gaben; so merkte der Marquis de Genelon an, „daß es dienlich seyn würde, erst die Gesinnungen „der Höfe von Frankreich und Großbritannien zu wissen, um hernach in einer gemeinen Sache gemeinschaftlich zu arbeiten.“ Er verlangte auch eine Erläuterung über die gedachte Erhöhung der Stücken von Achten. Die Abgeordneten der Staaten erwiederten: „Man hätte Nachricht, daß, zur Zeit des Herzogs von Ripperda, die Münze „in Spanien erhöht, und die Stücken von Achten auf neun und einen halben Real de „Plata gesetzt worden wären; aber daß, ihrer Meinung nach, eine solche Erhöhung „nicht bey dem auf der Flotte und die Gallionen für Rechnung der Privatleute, geladenen Silber Statt haben könnte; weil dieses Silber, seinem Wesen nach diesen Leuten „zugehörete, und ihnen daher auch so, als es wäre, ausgeliefert werden müßte. Sie zu „nöthigen, das Silber nach der Münze zu bringen, und es mit der gedachten Erhöhung „zurück zu empfangen, wäre eine Art von Auflage. Was die gewöhnliche Auflage oder „den Indult beträfe; so wären sie benachrichtiget, daß derselbe in Kriegszeiten wohl „erhöhet zu werden pflegte; aber in Friedenszeiten, welche man unter den freyen Zeiten, deren im fünften vorläufigen Artikel erwähnt würde, verstehen müßte, wäre er „nicht

e) Resol. Holl. 18 Jul. 1725. bl. 534.

f) Resol. Holl. 21 Jun. 1727 bl. 677.

g) Eur. p. Merc. Jan. - Jun. 1727. bl. 315.

h) Sie Resol. Holl. 17, 19 Jul. 1727. bl.

734, 737. Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 50,

56.

1727.

„nicht höher als fünf vom Hundert gewesen. Endlich hätten sie von dem Schlusse der „Staaten den Gesandten Nachricht geben wollen, damit die Bemühungen Ihrer Hoch- „mögheiten, durch Unterstützung Ihrer Allerschristlichsten und Großbritannischen Ma- „jestäten, eine desto bessere Wirkung haben mögten.“ Die drey Mächte bewirketen auch in kurzem, daß die Stücken von Achten auf acht Reales de Plata bey der Austheilung ge- „rechnet wurden: aber die Auflage wollte man gewaltig erhöhen. Der Herr van der „Meer, der im Namen der drey Mächte die Unterhandlung geführt, hatte nicht bewir- „ken können, daß man in Spanien die gegenwärtigen Zeiten als freye und fried- „liche ansähe.

## XVII.

Unterhand-  
lung um den  
Spanischen  
Hof zur Be-  
kräftigung  
und Erfül-  
lung der vor-  
läufigen Ar-  
tikel zu bewe-  
gen.

Die übrigen Schwierigkeiten, die der Spanische Hof machte, blieben noch in voller Kraft. Die Belagerung von Gibraltar ward noch nicht aufgehoben. Man ver- „weigerte die Zurückgabe des Schiffes Prinz Friderich, und man verlangte, daß die „Engländer die Insel Providence und den Meerbusen auf der Küste von Campeche „verlassen, und die auf der Küste von Florida ausgeworfene Schanze schleifen sollten. „Man versprach sich viel Gutes von der Ankunft des Grafen von Rotenburg q), der gleich „mit dem Marquis de la Paz in Unterhandlung trat, und Befehle hatte, eine runde Er- „klärung zu fordern, ob man die vorläufigen Artikel, in ihrer wahren Bedeutung, bekräf- „tigen wollte, oder nicht. Er leugnete bey der Unterhandlung nicht, „daß Spanien ge- „gründete Beschwerden über das Betragen der Engländer in America hätte; aber er „hielte dafür, daß diese Beschwerden auf die Versammlung gebracht werden müßten, „und daß man mittlerweile die vorläufigen Artikel in die Erfüllung zu bringen hätte, wo- „zu der König durch seine Unterzeichnung verbunden wäre: oder wenn der König verlan- „gete, daß Großbritannien ihm vorher Genugthuung gäbe, so würde diese Krone auch „die Zurückgabe aller nach dem Utrechtschen Frieden von den Spanischen Küstenbewah- „rern weggenommenen Schiffe fordern können: welches eine Schwierigkeit und Bewir- „rung in die Unterhandlungen bringen müßte, die recht geschickt seyn würde, Europa in „eben die Schwierigkeiten zu versetzen, die man durch Schließung der vorläufigen Artikel „so glücklich gehoben zu haben glaubete; um so viel mehr, als die Engländer sich erklä- „ret hätten, lieber die Waffen wieder zu ergreifen, als von ihren Rechten abzustehen r). „Auf diese Weise sprach Rotenburg im Anfange; aber man gerieth auf die Vermuthung, „daß er gerne ordentlicher Vorschläger von Frankreich in Spanien bleiben wollte: weil „er, um sich dem Spanischen Hofe angenehm zu machen, nachher aus einem gelinderen „Tone sprach s). Einige hielten auch dafür, daß man in Spanien noch auf einen Auf- „stand in England hoffte, wo, in der That, eine große Uneinigkeit in dem Parlamente war; „und daß man sich einbildete, die Krone würde, ehe sie in solchen Umständen einen aus- „wärtigen Krieg anfänge, sich lieber zur Zurückgabe von Gibraltar und Porto-Mahon „entschließen r).

Spanischer  
Vorschlag.

Allein der Herr van der Meer, und der Englische Gesandte Benjamin Keene, „der nach der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel nach Madrid gekommen war, drang „gen stark auf eine Antwort, und lagen dem Grafen von Rotenburg an, daß er sich mit „ihnen,

q) ROUSSET Recueil. Tom. IV. p. 30-33.

r) MONTGON Memoir. Tom. IV. p. 338-

s) MONTGON Tom. V. p. 383, 468.

t) MONTGON Tom. V. p. 347.

ihnen, um dieselbe zu erhalten, vereinigen mögte. Der Cardinal von Fleury empfahl ihm eben dieses in seinen Briefen nachdrücklich. Der Graf wollte in diesen Umständen beide Theile vergnügen, und willigte also in einen Entwurf des Spanischen Hofes, wodurch die Zurückgabe des Schiffes Prinz Friderich unter gewissen Bedingungen zustanden ward. Er schickte diesen Entwurf nach Frankreich. Allein man schrieb ihm, Forderung „daß England denselben niemals annehmen würde.“ Ihm ward darauf von neuem der Hano- der Befehl zugesertiget, nebst van der Meer und Keene den Spanischen Ministern die verischen Erklärung zu thun, „daß die Hannoverischen Bundsgenossen nicht länger in der Unge- Bundsge- nossen, wissheit bleiben könnten, und schlechterdings zu wissen verlangeten, was sie zu erwarten „hätten, Krieg oder Frieden?“ Von diesem Befehle ward, ehe man ihn vollzog, etwas an dem Spanischen Hofe bekannt, welcher darauf seine Gesinnungen änderte. Die Ge- sandten der Kronen Frankreich und Großbritannien und des Staats hielten, nachdem sie die Sachen vorher zubereitet hatten, am 1sten des Christmonats eine Zusammenkunft mit dem Grafen von Königseck und dem Marquis de la Paz. Man ward hier einig, daß Rotenburg einen Brief, der die Bedingungen, unter welchen der König von Großbri- tannien sich vergleichen wollte, enthielt an den Marquis schreiben, und dieser darauf antwor- ten, und in seiner Antwort die Annehmung der gedachten Bedingungen versprechen sollte. Dieß geschah u). Rotenburg schrieb, „daß man, ohne eine nähere Erklärung abzu- „warten, alle übergebliebenen Schwierigkeiten heben könnte, weil der König von Groß- „britannien versprochen hätte, seinen Admiralen Hosier und Wager so gleich den Be- „fehl zu geben, aus Indien und Spanien nach Hause zu kommen. Er wollte es „auch der Entscheidung der bevorstehenden Friedensversammlung überlassen, „ob das Schiff Prinz Friderich einen verbotenen Handel getrieben hätte: in „welchem Falle man so wohl deswegen, als wegen aller von beiden Seiten „gemachten Prisen, gehörige Genugthuung geben, und sich einander auch we- „gen Verletzung der Verträge, nach dem Jahre 1725, befriedigen sollte: jedoch „mit der Bedingung, daß der König von Spanien sich verbindlich machte, 1. die Be- „lagerung von Gibraltar so gleich aufzuheben, und die Sachen wieder in den Zustand, „worin sie zufolge dem Utrechtschen Frieden seyn sollten, wieder herzustellen. 2. Den „Befehl zur Zurückgabe des Schiffes Prinz Friderich an die Bedienten der Englischen „Sädscegesellschaft zu Vera Cruz zu geben, welche es nach Europa zurückführen sollten, „nachdem man ein Verzeichniß der Ladung gemacht haben würde; und mittlerweile die „Handlung der Engländer in America, auf den Fuß des Affientovertrages, frey zu „lassen; auch 3. die mit der Flotte angekommenen Waaren an die Eigenthümer auszu- „theilen v).“

Der Marquis de la Paz willigte, der genommenen Abrede zu folge, am 3ten wird von den des Christmonats schriftlich in die Bedingungen dieses Schreibens. Nur machte er eine Spaniern, merkwürdige Veränderung in dem zuvor angeführten das Schiff Prinz Friderich betref- wider Abre- fenden Artikel, welcher in seiner Antwort folgender Maßen abgefaßt war: „daß man auf de, mit einer beträchti- „der bevorstehenden Versammlung untersuchen sollte, ob das Schiff Prinz Friderich chen Ausnah- „nicht zu der Ersetzung des Schadens verbunden wäre, welchen das Englische Geschwader me an genom- „durch men.

M 2

u) MONTAON Tom. V. p. 468-473.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.  
P. 34.

1727.

„durch die lange Versperrung des Hafens Porto Bello verursacht hätte: in Ansehung dessen man, zufolge dem Ausspruche der Versammlung, Genugthuung geben würde; und eben diese Regel sollte auch, in Ansehung aller von beiden Seiten gemachten Pfisen, und des andern Schadens, welchen man sich unter einander in dem Handel zugesüget haben mögte, imgleichen wegen der heimlichen und öffentlichen Verletzungen der Verträge und Verbindungen nach dem Jahre 1726, zufolge dem zweiten vorläufigen Artikel, Statt haben w).“ Der Graf von Rotenburg nun, entweder, weil er diese Veränderung nicht gemerkt, oder weil er sie als etwas von weniger Erheblichkeit angesehen hatte, oder weil er, wie es am wahrscheinlichsten ist, sich zu gefällig gegen den Spanischen Hof erwies, nahm den Entwurf von dem Marquis de la Paz an, und sandte ihn nach Frankreich. Die Herren van der Meer und Keene hatten ihm inzwischen schon zu erkennen gegeben, wie sehr er ihnen mißfiel x). Er ward auch in Frankreich und England von der Hand gewiesen. Rotenburg arbeitete seitdem so ernstlich, um den Fehler, welchen er durch seine Gefälligkeit begangen hatte, wieder gut zu machen, daß der König und die Königin endlich in eine Veränderung des letztern Entwurfs willigten, womit der König von Großbritannien zufrieden war y).

Der König von Spanien willigt endlich in einen verbesserten Entwurf.

1728.

Der Artikel, worüber man uneinig war, ward auf diese Weise abgefaßt: „Der König von Großbritannien giebt zu, daß auf der Versammlung die Beschwerden, welche die Spanier, wegen verbotenen Handels, und anderer Sachen, in Ansehung des Schiffes Prinz Friderich haben mögten, untersucht und abgethan, und daß die andern Forderungen, die man an einander hätte, da selbst auch ausgemacht werden: imgleichen daß man dort ebenfalls entscheide, ob die Pfisen, welche man von beiden Seiten auf der See gemacht hat, zurückgegeben werden sollen, oder nicht.“ In dem übrigen war der Entwurf des Grafen von Rotenburg fast wörtlich beybehalten worden. Dieser veränderte Entwurf ward von den Ministern des Kaisers, Frankreichs, Spaniens, Großbritanniens und des Staats, am 6ten Jenner des Jahres 1728, auf dem Pardo unterzeichnet z). Jedoch vergieng noch eine geraume Zeit, ehe man wegen der Befehle, welche die Könige von Spanien und Großbritannien in ihren Unterthörigen in America geben sollten, einig werden konnte; und ehe der Spanische Hof sich entschloß, die Werke vor Gibraltar schleifen, und seine Truppen abziehen zu lassen. Endlich geschah beides a), und alles schien sich zu einem allgemeinen Frieden unter den mißvergünstigten Europäischen Mächten anzuschicken.

## XVIII.

Namen der vornehmsten Bevollmächtigten auf der bevorstehenden Ver-

Man erwartete nun auch ehestens die Eröffnung der Versammlung, auf welcher die noch vorhandenen Streitigkeiten verglichen werden sollten. Nach den vorläufigen Artikeln sollte sie zu Nachen gehalten werden. Aber man änderte dieses, auf Ansuchen des Cardinals Fleury, der zum ersten Bevollmächtigten des Königs von Frankreich ernannt war, und sich nicht wohl so weit von dem Hofe entfernen konnte. Cambray ward darauf wiederum zum Orte der Unterhandlungen vorgeschlagen. Aber weil auch diese Stadt

34

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 36.

x) MONTGON Tom. V. p. 482, 483, 486. Tom. VI. p. 35, 36.

y) MONTGON, Tom. VI. p. 50.

z) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 45. DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 150. MONTGON Tom. VIII. p. 152-157.

a) MONTGON Tom. VI. p. 172, 173.



zu weit von Compiègne oder Marly lag, wo der Französische Hof sich gemeinlich aufhielt; so beschloß man, zu noch mehrerer Bequemlichkeit des Cardinals, zu Soissons zusammen zu kommen b). Die Bevollmächtigten der meisten Mächte kamen hier im Brachmonate an. Die Kaiserlichen waren der oberste Hofkanzler Philipp Ludewig, Graf von Sinzendorf, Johann Christoph Pentenrieder, Freyherr von Adelshausen, und Leopold, Graf von Windischgrätz. Weil Pentenrieder am 10ten August verstorben war, so kam der Baron von Fonseca, des Kaisers Gesandter in Frankreich, an seine Stelle. Von Frankreichs wegen erschienen, außer dem Cardinal von Fleury, der Marquis de Genelon und der Graf von Brancas-Cereff; von wegen Spaniens Don Michael Joseph, Herzog von Bournonville; Don Alvaro de Navia Osorio, Marquis de Santa Cruz, und Don Joachim Ignatius de Barrenechea, Hofmeister der Königin c). Der König von Großbritannien hatte zu seinen Bevollmächtigten ernannt die Herren Wilhelm Stanhope, vormaligen Botschafter am Spanischen Hofe, Horatius Walpole, außerordentlichen Botschafter in Frankreich und Stephan Poinz. Die Staaten hatten zu der Unterhandlung bevollmächtigt den Herren Cornelius Hop, Alt-Schöppen und Rathsglied der Stadt Amsterdam, auch Vorstehern der Westindischen Gesellschaft; Stephan Jurgonje, Bürgermeister zu Vlissingen und Vorstehern der Ostindischen Gesellschaft, und Sikko van Goslinga, Grietmann von Franekeradeel. Der Herr van Goslinga hatte gebeten, ihn mit der Gesandtschaft zu verschonen; theils wegen seiner hohen Jahre, aber besonders, weil die Finanzen von Friesland die Kosten dieser ansehnlichen Gesandtschaft schwerlich ertragen konnten. Aber die andern Landschaften hielten ernstlich bey den Ständen von Friesland an, daß sie den Herrn van Goslinga dazu bewegen möchten. Holland erbot sich so gar die Hälfte der Kosten zu übernehmen, so lange Goslinga seinen Posten bekleiden würde d); zu dessen Annehmung er sich hierauf endlich hatte bereben lassen. Schweden, Dänemark, Polen, die Kurfürsten von Bayern und der Pfalz, und die Herzoge von Lothringen, Modena und Holstein hatten auch ihre Gesandten auf der Versammlung zu Soissons, wo so gar zweyen Abgeordneten der Ostindischen Gesellschaft, die Vorsteher Patyn und Prosz, zugelassen wurden e).

Die verschiedenen Absichten und Angelegenheiten der handelnden Mächte, so gar derjenigen, die durch die zweyen Verträge von Wien oder Hannover unter sich mit einander verbunden waren, erweckte bey vielen eine Furcht, daß die Versammlung zu Soissons kein besseres Ende haben würde, als die zu Cambray vor drey Jahren gehabt hatte. Das Beste, was man sich vorstellte, war eine langwierige Unterhandlung. Der Kaiser und Spanien, ob sie gleich Bündsgenossen waren, hatten geheime Absichten, die einander zuwider liefen. Der Kaiser hatte versprochen, das Großherzogthum Toscana als der Herzogthümer Parma und Piaccenza dem Infanten Don Carlos zu leihne zu geben, und ihm darüber schon eine Acte ausgestellt. Weil aber der Papsi und der Großherzog von Toscana gegen diese Acte protestirt hatten f); so hatte dieses Versprechen, wie man vermutete zum heimlichen Wohlgefallen des Kaisers, noch nicht seine völlige

M 3

b) MONTGON Tom. V. p. 104-106.

c) Voyez MONTGON Tom. V. p. 105.

d) Relol. Friesl. 4 Oct. 29 Nov. 1727. aan-

geh. in't Jagtpr. gedr. 1737. bl. 102, 103.

e) ROUSSET Recueil Tom. V. p. 172.

f) S. oben §. VI. B. LXXI.

1728.

völlige Richtigkeit erhalten. Mittlerweile war Franciscus Farnese, Herzog von Parma, der mit Dorothea von Neuburg, seines Bruders Odoard Farnese Witwe verheirathet gewesen, welchem sie die gegenwärtige Königin von Spanien gebohren hatte, im Hornung des Jahres 1727 unvermuthet gestorben. Sein Bruder, Anton Farnese, war ihm in der Regierung gefolgt g), und hatte sich auch etwas hernach mit der Prinzessin Henriette von Modena vermählet h). Und diese Heirath, wenn sie fruchtbar würde, machte die Hoffnung des Infanten Don Carlos auf Parma und Piacenza noch ungewisser, als sie zuvor war. Der Spanische Hof hatte, um sich der Italienischen Staaten zu versichern, schon längst heimlich beschloffen, an statt der sechstausend Schweizer, wie in dem vierfachen Bündnisse verabredet war i), sechstausend Spanier nach Italien zu führen; worin Frankreich und Großbritannien, schon durch einen geheimen Artikel des Bündnisses vom Jahre 1721, gewilligt hatten k). Aber nun gedachte man sich dieses öffentlich, auf der Versammlung zu Soissons zu bedingen. Der Kaiser hingegen suchte die Einführung Spanischer Truppen in Italien, aus allem Vermögen, zu verhindern. Er befürchtete, daß das Haus Bourbon ihm allmählig in Italien zu mächtig werden, und sich mit der Zeit seiner andern Staaten, in diesem Lande, bemächtigen mögte. Er suchte daher Großbritannien und die Staaten mit Argwohn gegen dieses Haus einzunehmen, und sie zu bewegen, in allem Falle, nur Schweizer, und keine Spanier nach Italien führen zu lassen. Ferner hatte er mit diesen zwei Mächten die Sache der Ostendischen Gesellschaft abzuthun; und endlich suchte er die vornehmsten an der Unterhandlung Theil habenden Mächte zu einem Versprechen der Gewährleistung über die Pragmatische Sanction oder festgesetzte Erbsolge in dem Hause Oesterreich zu bewegen; worin die meisten große Schwierigkeit vorhersehen. Die Unterhandlung über die Angelegenheiten des Kaisers allein mußte daher den Bevollmächtigten auf der Versammlung zu Soissons eine lange Arbeit verschaffen. Zwischen Spanien und Großbritannien waren auch verschiedene Sachen abzuthun, wovon wir schon vorher Erwähnung gethan haben. Spanien verlangte die Ersetzung des durch die Aufhaltung und Befegung der Flotte und der Gallionen in America gelittenen Schadens. Die Engländer hingegen forderten das Schiff Prinz Friedrich zurück, und suchten überdem die Vergütung des, seit einigen Jahren, ihnen durch die Spanischen Küstenbewahrer zugefügten Schadens. Die Beylegung dieser Streitigkeiten war von der Art, daß sie, allem Ansehen nach, viele Zeit kosten würde: aber man glaubete nicht, daß Spanien fest auf seine Forderungen bestehen würde, wenn es Großbritannien und die Staaten nur bewegen könnte, in die Ueberführung der sechstausend Spanier nach Italien zu willigen. Frankreich, welches für sich selbst nichts von Erheblichkeit zu fordern oder zu leisten hatte, konnte füglich das Amt eines Schiedsmanns oder Mittlers zwischen den in Unterhandlung stehenden Mächten führen.

Einiger Stie-  
der des deut-  
schen Reichs.

Allein außer den erwähnten, waren noch andere Streitigkeiten unter den Fürsten und Staaten von Europa vorhanden, welche man auf die Versammlung zu Soissons bringen wollte, oder auf welche man, wenigstens, unter den Unterhandlungen, ein Augenmerk hatte. Die Häuser von Bayern und Sachsen machten Ansprüche auf einen Theil

g) MONTGON Tom. III. p. 420-423.

h) MONTGON Tom. V. p. 391.

i) S. oben B. LXX. §. X.

k) S. oben B. LXX. §. XXIV.

Theil der Oesterreichischen Erbschaft, und sahen es daher ungerne, daß man die vornehmsten Mächte zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu verbinden suchte. Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern, der im Hornung des Jahres 1726 verstorben war l), hatte seinen Sohn, Carl Albrecht, zum Nachfolger bekommen, der mit Maria Amalia, einer Tochter des Kaisers Joseph verheirathet war, und daher auf einen Theil der Oesterreichischen Erbschaft Anspruch machte, (\*) wosern der Kaiser ohne Söhne stürbe. Der Kurprinz von Sachsen war gleichfalls mit einer Tochter des Kaisers Joseph, Maria Josepha genannt, verheirathet, die ihm schon einen Sohn und eine Tochter gebohren hatte. Die Häuser Brandenburg, Sachsen, Sulzbach und Zweybrücken behaupteten ein Recht auf Jülich und Bergen, welche Herzogthümer der Kurfürst von der Pfalz, Carl Philipp, besaß, der keine Söhne hatte, und auf siebenzig Jahre alt war m). Die Häuser Braunschweig-Lüneburg und Anhalt hatten Ansprüche auf Sachsen-Lauenburg (\*\*). Die Sache des Herzogs von Mecklenburg, Carl Leopolds, machte auch viel Redens um diese Zeit, und hatte keinen geringen Einfluß auf die Unterhandlungen zu Soissons. Der Herzog hatte, fast von dem Anfange seiner Regierung an, Streitigkeiten mit dem Adel seines Herzogthums gehabt, welche so hoch stiegen, daß der Kaiser dazwischen tratt, und den Herzog der Regierung seiner Länder entsetzte, welche dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg und dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel aufgetragen ward (\*\*\*). Aber kurz vor der Eröffnung der Versammlung zu Soissons war hierin eine Veränderung gemacht worden. Der Kaiser, welcher mit diesen zween Fürsten nicht zufrieden war, weil sie in den gemeinen Sachen von Europa andere Absichten hatten als er, übertrug die Regierung des Herzogs Carl Leopolds Brudern, Christian Ludewig, und fügte den zween gedachten Fürsten den König von Preußen, als Herzogen von Magdeburg und Directoren des Niedersächsischen Kreises bey, um Christian Ludewigen in der Regierung zu schützen n). Der König von Preußen behauptete auch, in Ermangelung männlicher Erben in dem Hause Mecklenburg, zur Lehnfolge in dem Herzogthum berechtiget zu seyn. Allein dies machte Georg den Andern, als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, und den Herzog von Wolfenbüttel desto ungeneigter, die Regierung, die ihm von dem Kaiser aufgetragen war, zu erkennen. Hieraus entstund ein Streit zwischen den vornehmsten deutschen Fürsten, der viele Jahre dauerte o), und nothwendig einigen

l) Voyez MONTGON Tom. I. p. 484. VIII. P. II. p. 156. Suppl. au Corps Diplom.

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. III. Tom. II. P. II. p. 210. et suiv.  
p. 192-195.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VII.

n) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom. p. 1-293.

\*) Nicht auf dieser Heirath, sondern auf dem Testamente des Kaisers Ferdinands I. hat das Haus Bayern seinen Anspruch auf die Oesterreichische Erbschaft gegründet, wie man weiter unten (B. LXXV. §. VIII.) sehen wird.

\*\*) Mit dem Unterscheide, daß das erste im Besitze war, das andere aber dagegen Klage bey dem Reichshofrathe erheben hatte.

\*\*\*) Der Verfasser trägt dieses mit unrichtigen Ausdrücken vor. Er hätte sagen sollen, daß der Kaiser dem Könige von Großbritannien, als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg und dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel die Vollstreckung der auf die Klagen des Adels ergangenen kaiserlichen Verordnungen aufgetragen hatte.

1728.

einigen Einfluß auf die Unterhandlungen zu Soissons haben mußte (†). Die Streitigkeiten zwischen dem Fürsten und den Ständen von Ostfriesland, deren wir oben gedacht haben p) und die, in gewissem Betrachte, mit der Mecklenburgischen Sache sehr übereinkamen, hatte ebenfalls einen ziemlichen Einfluß auf die Unterhandlungen zu Soissons.

Der Nordischen Kronen.

Die Nordischen Kronen hatten auch Absichten, die einander zuwider waren, und auf welche man auf der Versammlung zu Soissons aufmerksam seyn mußte. Der Herzog von Holstein, der von den Höfen von Wien und Petersburg, und, wie vermuthet ward, auch von den Königen von Polen und Preußen unterstützt ward, machte auf die Krone Schweden Ansprüche, und schien nur auf eine Gelegenheit, sie geltend zu machen, zu warten. Er suchte auch die Wiedereinfegung in das Herzogthum Schleswig, über dessen Besiz Frankreich und Großbritannien dem Könige von Dänemark die Gewährleistung versprochen hatten q); oder, wenn er diese Wiedereinfegung nicht erhalten könnte, meynete er, daß ihm wenigstens ein anderes Stück Land, für Schleswig, abgetreten werden müßte. Sein im Hornung dieses Jahres gebohrner Sohn, Carl Peter Ulrich, hatte, wie man igo an dem Russischen Hofe dachte (\*), das nächste Recht zur Krone dieses Reichs, im Falle der junge Kaiser, Peter der Andere, ohne Abkömmlinge stürbe; weil Anna Petrovna, Peters des Ersten älteste Tochter, die diesen Sohn zur Welt gebracht hatte, im Maymonate gestorben war. Und diese Aussicht nöthigte den Herzog von Holstein auch, sich genau mit den Mächten vereinigt zu halten, die sich seiner Angelegenheiten annahmen. Der König von Dänemark hatte einige Streitigkeiten mit den Städten Hamburg und Lübeck; welche jedoch nicht vielen Einfluß auf die allgemeinen Sachen hatten: aber der Streit wegen des Herzogthums Schleswig nöthigte ihn, große Achtung für die Hannoverischen Bundesgenossen zu haben. Unterdessen hatte er, bey Großbritannien und den Staaten, im Anfange dieses Jahres, kein kleines Mißvergnügen, durch Errichtung einer Ostindischen Gesellschaft zu Altona, verursacht: wozu ein Kaufmann zu Amsterdam, Josias van Asperen, ihm die erste Anleitung gegeben hatte r). Man wollte diese Gesellschaft als die wieder hergestellte Gesellschaft von Tranquebar angesehen wissen, welche schon vor vielen Jahren zu Kopenhagen errichtet worden war s), wohin sie auch in kurzem verlegt ward; weil einige, durch Ausstreuung des Gerüchts, daß die neue Gesellschaft in eben solcher Absicht,

p) S. B.LXXI. §. V.

r) Resol. Holl. 10 Mart. 1728. bl. 257.

q) S. §. XXVI. des LXXIsten, und §. II. dieses Buchs.

s) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 1-42. Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 149.

†) Weil der Kaiser den Herzog von Mecklenburg, Carl Leopolden, eigenmächtig der Regierung entsezt hatte; so machte dieses nicht nur auf dem Reichstage zu Regensburg, sondern auch auf der Friedensversammlung zu Soissons einige Bewegungen. Der Kaiser hatte daher auch seinem Bevollmächtigten auf dieser letzteren, dem Baron von Sontea, eine weitläufige Anweisung, zu Rechtfertigung seines Betragens in der Mecklenburgischen Sache, gegeben, welche man in des ROUSSET Recueil Tom. VII. p. 6. et suiv. findet.

\*) So dachte man dort weder igo, noch zu der Zeit, da der Kaiser Peter II. starb. Das Recht des Prinzen von Holstein zur Thronfolge in Rußland, welches sich vornehmlich auf dem Testamente der Kaiserinn Catharina I. gründete, ward damals gar nicht in Betrachtung gezogen.

Absicht, als die von Mississippi in Frankreich, und die von der Südsee in England, aufgerichtet wäre, die Unterzeichnungen zu Altona verhindert hatten d). Der gegenwärtige Zustand des Herzogthums Kurland und Semgallen verursachte auch beträchtliche Unruhe in Norden. Der Herzog Ferdinand hatte keine Kinder. Er war im Jahre 1711 seinem Brudersohne, Friderich Wilhelm, in der Regierung gefolgt, der mit der Russischen Prinzessin Anna Iwanowna, einer Tochter des Saars Iwan Alexiowitz, älteren Bruders Peters des Ersten, verheirathet gewesen war. Rußland hatte daher, und besonders, weil Kurland dieses Reich gegen Polen bedeckt, Ursache dafür zu sorgen, daß der künftige Herzog Rußlands zugethan wäre. Polen, wovon Kurland seit alten Zeiten zu Lehn ging, suchte dagegen dieses Herzogthum, nach dem Tode des Herzogs, gänzlich mit dem Königreiche zu vereinigen. Aber weil die Kurländischen Stände dieses ihren Rechten und ihrer Religion nachtheilig hielten; so hatten sie, im Jahre 1726, den Grafen Moritz von Sachsen, einen natürlichen Sohn des Königs von Polen, zu ihrem künftigen Herzoge erwählt: wiewohl diese Wahl von den Polnischen Reichsständen auf dem zu Grodno im verwichenen Jahre gehaltenen Reichstage für ungültig erklärt worden war. Ja man hatte den Grafen Moritz genöthiget, das Herzogthum zu verlassen, und die Republik Polen ließ schon zum voraus die Einrichtung der künftigen Regierung machen u). Die Religion hatte Einfluß auf den Streit über Kurland. Aber in verschiedenen Gegenden in Deutschland, in Polen und anderwärts, waren, wie wir schon, bey verschiedenen Gelegenheiten, angemerkt haben, Religionsstreitigkeiten zwischen den Römischkatholischen und den Protestanten, welche in Deutschland Trennungen auf dem Reichstage machten v), und daher auch in Ansehung der Unterhandlungen zu Soissons, die auch aus dieser Ursache langwierig werden konnten, erheblich wurden.

Allein mitten unter den mannigfaltigen Uneinigkeiten und Händeln, welche, wie es schien, die verschiedenen Absichten und Angelegenheiten so vieler Mächte auf der Versammlung zu Soissons verursachen mußten, setzten die Staaten der Vereinigten Niederlande sich, in der ganzen Unterhandlung, nur zweyerley zum Hauptaugenmerke vor: nämlich die gängliche Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft, die bloß auf sieben Jahre eingestellet war, und Genugthuung wegen der Sachen von Ostfrisland w), wo die Bevollmächtigten des Kaisers, der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Braunschweig - Wolfenbüttel sich eine Gewalt anmaßten, welche, ihrer Meinung nach, mit den alten Verträgen zwischen dem Fürsten und den Ständen stritte, und leicht ihrem Pfandrechte, welches sie, wegen vorgeschossener Gelder, auf die Einkünfte des Fürstenthums und der Stadt Lünben hatten, so wie auch dem Besatzungsrechte in dieser Stadt, Nachtheil verursachen könnten. Aber diese beiden Absichten waren schwer zu erreichen. Die Kaiserlichen Bevollmächtigten hatten bisher von einer gänzlichen Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft noch nichts hören wollen. Sie erklärten die Verträge, kraft deren man diese Aufhebung verlangete, anders als die Staaten, und gaben die-

XX.  
Des Staats  
der Verei-  
nigten Nie-  
derlande.

t) MONTGON Tom. VII. p. 314-319.

VIII. P. II. p. 131, 138. Suppl. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 288-301.

u) Voyez ROUSSET Recueil Tom. III. p. 481-499. Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII Theil.

v) Voyez MONTGON Tom. VI. p. 327.

w) S. oben B. LXXI. §. V.

1728.

ses in einer gewissen lateinischen Abhandlung, welche, kurz vor dem Anfange der Versammlung zu Soissons, zu Wien ausgestreuet war x), deutlich zu erkennen. In den Ostreißischen Sachen hatte man, am kaiserlichen Hofe, auch andere Gedanken, wie man im vorigen Theile dieser Geschichte oft hat bemerken können. Es schien demnach, daß die Abthnung dieser zween Artikel höchst mühsam werden würde. Da unterdessen der Spanische Hof, welcher endlich merkte, daß der Wienische Vertrag die Hoffnung, welche er davon gehabt hatte, nicht erfüllen würde, sich um die Freundschaft der Staaten so wohl als Großbritanniens bewarb; so gedachten sie, durch Mittel dieses Hofes den Wienischen dahin zu bringen, daß er ihnen, in den gemeldeten zween Artikeln Genugthuung gäbe. Von Spanischer Seite bezeugte man sich nicht ungeneigt, die Staaten hierin zu vergnügen, wosern diese, ihres Theils, sich mit Frankreich und Großbritannien vereinigen wollten, um die Absichten Spaniens in Italien befördern zu helfen y). Frankreich und Großbritannien hatten sich hiezu durch das vierfache Bündniß, und noch näher durch den Vertrag vom Jahre 1721, bereits verbunden z). Die Staaten aber sich, in dieser Sache, noch außer aller Verbindlichkeit gehalten. Sie sahen darin auch Schwierigkeiten. Sie befürchteten, daß der Kaiser die Ueberführung der sechstausend Spanier nach Italien mit Gewalt zu verhindern suchen würde, und daß hieraus ein allgemeiner Krieg entstehen könnte, den sie aus allem Vermögen zu verhüten bemühet waren. Sie setzten sich daher vor, in Spaniens Verlangen nicht zu willigen, als wenn es geschehen könnte, ohne daß ein Krieg daraus zu besorgen wäre. Der Hof von Wien setzte sich desto stärker gegen die Ueberführung der Spanier, als er, nach Schließung des Vertrages mit Spanien im Jahre 1725, seine Gesinnungen beträchtlich geändert hatte. Der Hannoverische Vertrag und der Inhalt der vorläufigen Artikel, wodurch der Kaiser genöthiget worden war, in die Einstellung der Ostendischen Gesellschaft zu willigen, hatte dem Kaiser gezeigt, wie mächtig das Bündniß war, welches sich gegen ihn vereinigt hatte, und wie wenig ihm das Spanische Bündniß helfen konnte. Die Versöhnung zwischen Frankreich und Spanien brachte ihn auch auf die Gedanken, daß es seinem Vortheile zuwider wäre, die Macht des vereinigten Hauses Bourbon noch mehr zu verstärken, wenn er so genau, als im Jahre 1725, geschehen war, mit Spanien verbunden bliebe. Man bekam daher zu Wien allmählig eine Neigung zu den alten Maßregeln wieder. Man suchte sich von dem Bündnisse mit Spanien loszumachen, wozu die Absicht des Hofes zu Madrid, sechstausend Spanier, statt sechstausend neutraler Truppen oder Schweizer, wie in dem Wienischen Vertrage verabrebet war, nach Italien zu führen, eine gute Gelegenheit gab. Man suchte dagegen die Freundschaft Großbritanniens und des Staats, welche, seit der Errichtung der Ostendischen Gesellschaft, in großen Widerwillen verwandelt war, wieder zu gewinnen, und das Gleichgewicht von Europa auf den Fuß, worauf es durch den Utrechtschen Frieden gesetzt worden war, zu setzen; und man bedienete sich, listiger Weise, des Cardinals von Fleury selbst, um die Seemächte hiezu zu bringen a). Allein diese, und be-

sonders

x) *Voyez une Traduct. de ce Traité dans le Recueil de ROUSSET Tom. V. p. 15-171. et specialem. Ch. IV. p. 119.*

y) *Voyez MONTGON Tom. VI. p. 243.*

z) *Man sehe oben B. LXX. §. X. u. XXIV.*

a) *MONTGON Tom. VI. p. 157, 159.*



sonders die Staaten, welche einsahen, daß man ihrer nöthig hätte, gebrauchten diese Gelegenheit auf die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft zu dringen. Man ließ sich verlauten, daß der Hof von Wien sich hiezu vielleicht entschließen würde b), wenn die Hannoverischen Bundesgenossen und die Staaten insonderheit sich gefallen ließen, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu übernehmen, und die Ueberführung der Spanier nach Italien zu verhindern. Aber diese zween Artikel bedurften noch eine große Ueberlegung. Wenn die Staaten in das letzte willigten, verlohren sie die Genogenheit Spaniens; wenn sie sich zu dem ersteren verbanden, zogen sie sich den Widerwillen verschiedener Deutschen Fürsten zu, und liefen Gefahr, sich dereinst in einen beschwerlichen Krieg verwickelt zu sehen. Die verschiedenen Angelegenheiten des Kaisers, Spaniens und anderer Mächte, mit welchen der Kaiser in Freundschaft stand oder verbunden war, machten daher die Unterhandlung für die Staaten mühsam. Sie bezielten unterdessen ihre große Absicht, die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft, beständig vor Augen, und waren bald auf Spanischer Seite, um den Kaiser desto eher zu dieser Aufhebung zu bringen, bald hielten sie es wieder mit dem Kaiser, um Spanien zu nöthigen, daß es sich entschielte, allzuschwere Bedingungen zu fordern: welches alles, wie wir hoffen, aus dem ganzen Verlaufe der Unterhandlungen zu Soissons und anderwärts, deutlich erhellen wird.

Die Versammlung zu Soissons ward am 14ten des Brachmonats auf dem dortigen Schlosse eröffnet. Die Bevollmächtigten des Kaisers, Großbritanniens und des Staats begaben sich gegen elf Uhr dahin. Von wegen des letzteren war der Herr von Goslinga nur noch allein zu Soissons angekommen; weil der Herr Hop durch Unpäßlichkeit abgehalten ward, und der Herr Hurgronje zu spät ernannt war. Goslinga hatte vorher den Cardinal von Fleury zu Compiègne gesprochen; und dieser Staatsminister hatte sich geneigt erklärt, die Angelegenheiten des Staats auf der Versammlung befördern zu helfen. Von Compiègne hatte der Botschafter sich nach Soissons, und zu bestimmter Zeit auf das Schloß begeben. Hier ward er an der Kutsche von dem Intendanten der Generalität von Soissons empfangen, und nach dem Zimmer begleitet, wo die Zusammenkunft gehalten werden sollte. Die Bevollmächtigten von Spanien folgten ihm bald nach: und darauf traten der Cardinal von Fleury und die zween andern Französischen Minister herein. Der Cardinal redete die andern Bevollmächtigten zuerst an: welche alle kurz nach einander ankamen. Die Kaiserlichen erschienen am letzten, und wurden auf gleiche Weise empfangen, eingeführt und angeredet c). Alle Bevollmächtigten setzten sich, ohne Rang, an eine runde Tafel, in Lehnstühle. Der Graf von Sinzenborn eröffnete die Unterhandlung mit einer kurzen Rede, worin er den Cardinal wegen seines Eifers für die Beförderung des Friedens lobete, und jeden von der Neigung des Kaisers dazu versicherte. Der Cardinal beantwortete diese Rede höflich, und versicherte, daß er bey allen Bevollmächtigten, mit denen er gesprochen, gleiche Neigung zum Frieden wahrgenommen hätte. Er dankete ihnen allen auch, daß sie sich die Mühe hätten geben, und zu Soissons zusammen kommen wollen. Die ganze Sitzung ward größtentheils

M 2

b) MONTGON Tom. VI. p. 265.

c) Bericht der Herren außerordentl. Botsch. Hop, Hurgronje und Goslinga. MS.

1728.

theils in Höflichkeitsbezeugungen gegen einander zugebracht d). Zween Tage hernach kam der Herr Hop zu Soissons an. Etwas hernach ward, nach Gewohnheit bey dergleichen Gelegenheiten, ein Reglement zu Erhaltung guter Ordnung unter den mancherley Bedienten der Bevollmächtigten herausgegeben e). In der zweiten Zusammenkunft, welche am 17ten gehalten ward, wurden die Vollmachten untersucht f). Man beschloß damals auch, am Montage und Donnerstage gewöhnlich zusammen zu kommen. Der Französische Hof befand sich damals zu Compiègne, ungefähr sechs Stunden von Soissons, wohin der Cardinal von Fleury sich begab. Die meisten Bevollmächtigten folgten ihm. Der Herr Hop bediente sich auch dieser Gelegenheit, dem Könige seine Aufwartung zu machen. Mittlerweile hatte der Graf von Sinzendorf sich, in einer besondern Unterredung zu Soissons, schon verlauten lassen, „daß der Kaiser sich zu Aufhebung der „Ostendischen Gesellschaft nicht entschließen würde, und daß die Ostfrisische Sache nicht „auf die gegenwärtige Versammlung gehörete,“ woraus sich nicht viel gutes von der Unterhandlung für die Staaten vorher sagen ließ g). Ihre Botschafter hatten schon einen Entwurf ihrer Forderungen gemacht, und ihn dem Cardinal gezeigt, auf seinen Rath aber noch gewartet, denselben den kaiserlichen und Spanischen Bevollmächtigten schriftlich zu übergeben, weil diese mit Abfassung der ihrigen zauderten. Man schrieb dieses dem wankenden Zustande des Hofes von Madrid zu, wo der König den Vorfaß hatte, die Regierung zum andern Male niederzulegen, und dem Prinzen von Asturien zu übergeben. Aber die Königin fand in kurzem Mittel, ihn auf andere Gedanken zu bringen h). Nachdem die Bevollmächtigten unterdessen am 28sten nach Soissons zurückgekommen waren; so fanden die Botschafter des Staats nicht dienlich, länger zu warten, sondern zween Tage hernach übergaben sie, nach genomener Abrede mit den Französischen und Englischen, den Bevollmächtigten des Kaisers und des Königs von Spanien die Forderungen der General - Staaten schriftlich. Der Herr Hop führte das Wort. Der Graf von Sinzendorf und der Herzog von Bournonville nahmen die Schrift höflich an, und versicherten beide, daß ihre Herren, welchen sie dieselbe zusenden würden, höchst geneigt wären, die Staaten zu vergnügen i). Man verlangte in dieser Schrift, im Namen der Staaten, deren Forderung durch Frankreich und Großbritannien unterstützt ward, „1. die gänzliche Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft, und die vollkommene „und immerwährende Einstellung alles Handels nach Indien, so wohl aus den Westerschen, reichlichen Niederlanden, als aus allen Ländern, welche, vor dem Tode des Königs „Carls des Andern, zu der Spanischen Monarchie gehörte hätten, und igo von Seiner „Kaiserlichen und Katholischen Majestät besessen würden; 2. die Beobachtung des Münsterischen Vertrages von Seinen des Königs von Spanien, in Ansehung des Handels „nach Indien, und folglich, daß die Oesterreichischen Niederlande, welche, als sie „von dem Könige an den Kaiser abgetreten wurden, von der Schiffahrt auf Indien aus „geschlossen

Die Bevollmächtigten des Staats übergaben ihre Forderungen.

d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 174. 175. MONTGON Tom. VI. p. 291-295.

e) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 177.

f) Bericht der außerordentl. Botsch. Hop, Burgonje und Goolinga. MS.

g) Aus eben demselben.

h) Aus eben demselben.

i) Aus eben demselben. Voyez aussi ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 182.

„geschlossen waren, von derselben, zu folge den Münsterischen und Utrechtschen Verträgen, ferner ausgeschlossen blieben; 3. daß der König von Spanien geruhen mögte, „das dunkle und nachtheilige, welches in dem mit dem Kaiser 1725 geschlossenen Handelsvertrage gefunden würde, näher zu erläutern und abzustellen, und die Unterthanen des „Staats hinzuführen, als die meist begünstigten Völker, wie in dem Utrechtschen Vertrage „versprochen wäre, zu behandeln; 4. die Ersetzung des von den Unterthanen des Königs „von Spanien den Unterthanen der Staaten zugesügten Schadens, zufolge einem besondern von der Westindischen Gesellschaft gemachten und diesen Forderungen beygefügt „Verzeichnisse; und 5. eine billige Genugthuung für die Bundesgenossen.“ Zum Beschlusse geschähe die Erklärung, „daß die Staaten geneigt wären, in alle die Maafregeln „zu treten, welche man, zu Erhaltung eines dauerhaften und allgemeinen Friedens, zu bewerkstelligen für gut befinden würde. Sie behielten sich auch das Recht vor, ihre Forderungen, in dem Laufe der Unterhandlungen, näher zu erklären und auszudehnen k).“ Die Großbritannischen Bevollmächtigten übergaben den Spanischen in kurzem auch ihre Forderungen. Sie wurden größtentheils, außer zween Artikeln, bewilliget. Die Spanier wollten sich zu keiner andern Abtretung von Gibraltar und Porto Mahon, als zu folge dem Vergleiche von 1716, und mit Vorbehalte des Rechts eines jeden, verbindlich machen. Sie könnten auch die von Guipuscoa nicht nöthigen, sich des Fischfanges auf Terreneuve zu begeben, wenn sie, wie in dem Utrechtschen Vertrage bedungen wäre, ihr Recht dazu beweisen könnten l). Der Graf von Bassewitz, Bevollmächtigter des Herzogs von Holstein, forderte, um eben diese Zeit, die Ersetzung des ihm von dem Könige von Dänemark durch Einnahme des Herzogthums Schleswig zugesügten Schadens, und ersuchte hierin die in Unterhandlung stehenden Mächte um ihre Vermittelung m). Aber ich weiß nicht, ob hierauf eine Antwort erfolgt sey.

Allein die Forderungen der Staaten wurden so wohl von den kaiserlichen als Antwort auf Spanischen Bevollmächtigten, im Anfange des Heumonats, beantwortet. Die Kaiserlichen gaben nur überhaupt zu erkennen, „daß sie das Recht des Kaisers, den Oesterreichischen Niederländern einen Freybrief zu dem Handel auf Indien zu ertheilen, „für höchst gegründet hielten; aber daß er, aus Liebe zum Frieden, die Staaten wohl in „so weit vergnügen wollte, als mit seinen Rechten und dem Wohlstande seiner Unterthanen bestehen könnte. Daß man den Handelsvertrag von Jahre 1725 so erklären würde, „daß die Staaten daraus keinen Argwohn schöpfen könnten, und daß der Kaiser, eben so „wie die Staaten, geneigt bliebe, den allgemeinen Frieden befördern zu helfen.“ In besondern Gesprächen hatten sie sich verlauten lassen, „daß die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande wenigstens einen Theil der Schiffahrt auf China behalten, oder „daß die Staaten, gegen die Aufhebung der Gesellschaft, einen Theil der Hülfsgelder, „die sie, zufolge dem Partiervertrage, aus den Oesterreichischen Niederlanden zögen, „fallen lassen müßten.“ Allein die Bevollmächtigten des Staats merkten hierauf an,

N 3

„daß

k) Bericht der außerordentl. Botsch. MS. *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. V. p. 184-187.

l) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. V. p. 201-211.

m) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. *Voyez* aulli *ROUSSET* Recueil, Tom. V. p. 211.

1728.

„daß der Münsterische Friede die Castilianer selbst von der Schiffahrt auf Indien weiter, als sie dieselbe damals hatten, ausschloß: weswegen die Einwohner der Oesterreichischen Niederlande sich gar keines Rechts dazu anmaßen könnten. Daß auch die von den Staaten durch den Barrierevertrag bedungene Hülfsgelder noch nicht zu Unterhaltung der Besatzungen und der Festungswerke in den Barriereplätzen zureichten, und daß also die Verminderung der Hülfsgelder die Staaten leicht bewegen könnte, diese Plätze nicht länger für den Kaiser zu bewahren o).“ In der Antwort der Spanischen Bevollmächtigten, welche zugleich mit der Antwort der kaiserlichen übergeben ward, las man, daß sie nicht weniger, als diese und des Staats Bevollmächtigten, an der Beförderung des allgemeinen Friedens zu arbeiten gesinnet wären. Uebrigens würden sie die Klagen derselben über die Spanischen Küstenbewahrer und den durch dieselben gethanen Schadens nach Madrid schicken, und ihnen die Antwort, welche sie darauf empfangen würden,

Die Staaten  
klagen über  
Verletzung  
des Barriere-  
vertrags.

mittheilen. o). Etwas hernach empfingen die Bevollmächtigten des Staats zu Soissons die Abschrift einer Vorstellung, welche von wegen der Staaten dem Grafen von Königseck-Edps eingehändigt, und der Erzherzoginn-Oberstatthalterinn der Oesterreichischen Niederlande zugesandt worden war. Sie enthielt eine Anzeige verschiedener Artikel, worin der Barrierevertrag, von Seiten des Kaisers, übel beobachtet war; so wohl in Ansehung der Gränzcheidungen in Flandern, als in Ansehung der auf der Maas von dem Könige von Preußen angelegten Zölle, und des Antheils, welchen die Staaten an den gemeinen Schulden des Oberquartiers von Geldern zu tragen hätten. Man klagte auch über die nicht geschene Bezahlung einiger Rückstände p). Aber ich habe keine Nachricht, was für eine Antwort auf diese Klagen von Seiten des Kaisers gegeben worden sey. Die Oesterreichischen Sachen gaben den Bevollmächtigten der Staaten auch von Zeit zu Zeit etwas zu thun: aber ich will solches bey einer bequemen Gelegenheit melden.

XXII.

Die Unter-  
handlung zu  
Soissons ge-  
het schläfrig  
fort.

Unterdessen wurden die Unterhandlungen zu Soissons im Heumonate sehr schläfrig. Der Cardinal von Fleury, der sich durch die Menge der besonderen Sachen, welche auf die Versammlung gebracht wurden, zu sehr beschweret fand, handelte über die wichtigsten, welche sich auf den allgemeinen Frieden bezogen, mit einigen Gesandten, die ihm von Zeit zu Zeit folgten, oder ihn begleiteten. Nur wenige Bevollmächtigte blieben zu Soissons: und ob man hier gleich noch zusammen kam; so ward doch wenig wichtiges vorgetragen, und noch weniger abgethan q). Unterdessen war der Herr Jurgronje den 1ten August auch zu Soissons angekommen r). Der Herr Hop that von Zeit zu Zeit eine Reise nach dem Französischen Hofe, da unterdessen die zwey andern Botschafter, oder wenigstens der Herr Jurgronje, zu Soissons blieben. Der Cardinal von Fleury, der noch das Amt eines Mittlers führte, sah gar bald, daß keine Hoffnung war, einen allgemeinen Frieden zuwege zu bringen. Er beschloß daher, einen vierzehnjährigen Stillstand vorzuschlagen, während welchem alles in dem friedlichen Zustande, worin es durch die vorläufigen Artikel gesetzt war, bleiben sollte. Sein Entwurf bestand aus zehn Artikeln dieses Inhalts: „1. Zufolge dem gegenwärtigen Stillstande soll ein „gutes

Der Cardi-  
nal von  
Fleury  
schlägt einen  
vierzehnjähr-

n) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

o) Aus eben demselben. Voyez ROUSSET Recueil Tom. V. p. 198, 200.

p) Voyez ROUSSET Recueil Tom. V. p. 214-239.

q) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

r) Aus eben demselben.

„gutes Verständniß, eine aufrichtige Freundschaft und vollkommene Ruhe unter allen 1728.  
 „den in Unterhandlung stehenden Mächten seyn. 2. Die Verträge von Utrecht, Ra-  
 „stadr und Baden, der Haagische Vertrag von 1717, das vierfache Bündniß, und ständ vor.  
 „alle vor dem Jahre 1725 geschlossene Verträge und Vergleiche sollen der Grund des ge-  
 „genwärtigen Vertrages seyn, in so weit sie dadurch nicht geändert wären. 3. Der Kaiser  
 „sollte, aus eben den Ursachen, die ihn bewogen hätten, die Ostendische Gesellschaft auf  
 „sieben Jahre einzustellen, dieselbe noch . . . Jahre darüber einstellen; innerhalb  
 „welcher Zeit man an verschiedenen Höfen arbeiten würde, um die Hindernisse zu heben,  
 „welche das gute Verständniß zwischen dem Kaiser und den Staaten verlegen könnten.  
 „4. Man sollte Bevollmächtigte ernennen, um die Streitigkeiten zwischen dem Könige  
 „von Dänemark und dem Herzoge von Holstein, wegen des Herzogthums Schleswig  
 „zu untersuchen und gütlich beizulegen; zu welchem Ende sie, längstens innerhalb drey  
 „Monaten, in Hamburg zusammen kommen sollten. Es sollten auch alle Bundsge-  
 „nossen sich vereinigen, um die Ruhe in Norden zu erhalten, und alle Thätlichkeiten zu  
 „hindern. 5. Da, nach dem Urtheile der Bevollmächtigten Frankreichs, Großbri-  
 „tanniens und des Staats, in dem Wienischen Handelsvertrage verschiedene Artikel  
 „enthalten wären, welche älteren vor dem Jahre 1725 geschlossenen und oben bekräftig-  
 „ten Verträgen zuwider liefen; und da solchen Artikeln zufolge die Unterthanen des Kai-  
 „sers fordern könnten, besser als die Unterthanen der drey andern Mächte behandelt zu  
 „werden; so sollten die Spanischen Bevollmächtigten die Erklärung thun, daß solches  
 „nie die Meynung des Königs von Spanien gewesen wäre, und der Kaiser sich mit die-  
 „ser Erklärung beruhigen. 6. Der Kaiser und die Staaten sollten, ohne Verzug, Be-  
 „vollmächtigte ernennen, die zu Brüssel zusammen kommen, und zufolge dem Barriere-  
 „vertrage, innerhalb zwey Jahren, eine Zollrolle zwischen den Einwohnern der Oester-  
 „reichischen Niederlande, und den Einwohnern Großbritanniens und der Verei-  
 „nigten Niederlande machen sollten. 7. Man sollte innerhalb drey Monaten Bevoll-  
 „mächtigte ernennen, die zu . . . zusammen kommen, und sich gütlich vergleichen soll-  
 „ten, um die Handelsfachen so wohl in Indien als in Europa auf den Fuß der vorher-  
 „gehenden Verträge wieder herzustellen, und zugleich die Streitigkeiten wegen der Pri-  
 „sen, welche die Spanier und Engländer zur See von einander gemacht hätten, bey-  
 „zulegen. 8. Frankreich, Spanien und die Staaten sollten auch Bevollmächtigten  
 „ernennen, um die Beschwerden zu untersuchen, welche die drey gebachten Mächte, in  
 „Ansehung des Handels, oder wegen weggenommener Schiffe gegen einander haben  
 „könnten. 9. Im Falle, während der Zeit von . . . etwas gegen den Inhalt dieses  
 „Vertrages unternommen werden möchte; sollten alle Bundsengenossen sich vereinigen, um  
 „den Schaden ersetzen zu lassen, und alle Thätlichkeiten zu verhüten. 10. Die in Un-  
 „terhandlung stehenden und dazu eingeladenen Mächte sollten alle in diesem Vertrage be-  
 „griffen seyn, und namentlich die Könige von Schweden, Dänemark und Preussen,  
 „der Zaar, der Herzog von Holstein, der Landgraf von Hessen-Cassel, und die Häu-  
 „ser Bayern und Pfalz: wie denn auch die unterhandelnden Parteyen sich die Frey-  
 „heit vorbehielten, hernach und mit gemeinem Gutbefinden, auch andere Fürsten und  
 „Staaten darin einzuschließen.“ Der Entwurf des Cardinals würde den Seemäch- Sein Vor-  
 „ten schlag gefällt

5) Bericht der außerordentl. Botfch. MS. Voyez MONTGON Tom. VI. p. 301.

1728.

dem Kaiser  
und Spa-  
nien nicht.

ten vielleicht nicht übel gefallen haben. Aber der Kaiser und Spanien waren damit nicht zufrieden. Der Kaiser hatte vieles wider den zweiten und dritten Artikel einzurufen. Die Spanischen Bevollmächtigten wollten auch den zweiten, siebenten und achten Artikel beträchtlich verändert wissen. Aber die vornehmste Ursache, warum der Kaiser und Spanien den Entwurf von der Hand wiesen, war, daß ihre besondern Angelegenheiten darin nicht entschieden waren. Die große Absicht des Kaisers war, bey Gelegenheit einer zu Erhaltung der allgemeinen Ruhe bestimmten Unterhandlung, die vornehmsten Mächte, besonders Frankreich, Großbritannien und die Staaten, zu Uebernehmung der Gewährleistung seiner Pragmatischen Sanction zu bewegen <sup>1)</sup>, wovon in dem Entwurfe nichts festgesetzt war. Der König, und noch mehr die Königin von Spanien bestanden stark darauf, daß dem Infanten Don Carlos die Erbfolge in Toscana, Parma und Piacenza versichert würde. Sie hatten auch, am Ende des verwichenen Jahres den Marquis de Monteleone geschickt, um die Gesinnungen der Italienischen Fürsten und Staaten zu erforschen. Er war aber im April dieses Jahres zurück gekommen, ohne die Neigung der Italienischen Höfe, zu Beförderung der Spanischen Absichten die Hand zu bieten, sehr zu rühmen <sup>2)</sup>. Der Hof von Madrid ward also mehr und mehr in den Gedanken bestärket, daß er seine Absichten in Italien nicht würde erreichen können, woselbst die sechstausend Spanier nicht dahin geführt würden; und hievon war in dem Entwurfe des Cardinals nichts bestimmt. Die Spanier verlangten, daß man es, in einem besondern Artikel, beysetzte. Allein die Kaiserlichen setzten sich dawider, und behaupteten, daß dieses dem vierfachen Bündnisse zuwider laufen würde, worin nur neutraler Truppen gedacht wäre. Hierauf nun brachten die Spanischen Bevollmächtigten den geheimen Artikel des mit Frankreich und Großbritannien gemachten Vertrages <sup>3)</sup> an das Licht, woraus erhellere, daß diese zwei Mächte in die Ueberführung der Spanischen Truppen gewilligt hätten. Die Kaiserlichen hatten zwar eine Vermuthung, aber keine gewisse Nachricht, von einem solchen geheimen Artikel gehabt <sup>4)</sup>, und es war ihnen gar nicht lieb, aniso zu sehen, daß ihre Vermuthung gegründet gewesen wäre. Sie führten verschiedene Ursachen an, warum von dem Kaiser nicht verlangt werden könnte, daß er von dem vierfachen Bündnisse abginge. Aber die Spanischen Bevollmächtigten erwiederten, „daß der Kaiser versprochen, dem Don Carlos die Erbfolge in den Italienischen Staaten zu versichern, und daß er schon verschiedene Acten zu Vollziehung seines Versprechens ausgestellt hätte <sup>5)</sup>; daß die Ueberführung der sechstausend Spanier die Erfüllung des kaiserlichen Versprechens entweder leichter oder schwerer machen müßte. Daß es ihm, im ersten Falle, wenn er, wie zu hoffen wäre, mit guter Treue handelte, lieb seyn müßte, daß er eine neue Gelegenheit bekäme, davon Beweisthümer zu geben: oder, wenn er es ungerne sähe, daß ein Ast des Hauses Bourbon sich in Italien fest setze; so könnte er, im andern Falle, keine Schwierigkeit machen, in einen Vorschlag zu willigen, der seine geheimen Absichten

„beför-

t) Berichte der außerordentl. Botsh. MS.  
Voyez MONTGON Tom. VI. p. 310. Tom.  
VII. p. 199.

u) MONTGON Tom. VI. p. 162-172.

v) S. oben B. LXX. §. XXIV.

w) Voyez MONTGON Tom. VII. p. 311.

x) Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom.  
VIII. P. II. p. 151-155. ROUSSET Recueil  
Tom. V. p. 374-400, 447-453.



„beförderte y).“ Die Spanier sagten nichts von einem dritten Falle, der näher mit der Wahrheit übereinkam. Der Kaiser sahe ungerne, daß Don Carlos sich in Italien festsetzte; und er sahe die Ueberführung der Spanier als ein geschicktes Mittel an, dem Infanten, oder eigentlicher Spanien selbst, die Italiensischen Staaten zu versichern; und dieserwegen machte er allein Schwierigkeiten darin zu willigen.

Der König von Spanien, ohne das Mißvergnügen zu fürchten, welches durch Errichtung neuer Handelsgesellschaften bey den Handel treibenden Mächten erregt ward, beschloß, um diese Zeit, der Biscayanischen Gesellschaft, die schon im Jahre 1720 aufgerichtet war, und jährlich einige bewaffnete Schiffe aus den Hasen St. Sebastian und Paf sage nach der Küste von Caragues zu Treibung des Cacaohandels, abschicken sollte, einen Freybrief zu ertheilen z). Der König von Großbritannien und die Staaten, welche befürchteten, daß der Handel ihrer Unterthanen in Westindien von dieser Gesellschaft sehr leiden würde, thaten, unter andern auch zu Soissons, ihr Bestes, damit der verliesene Freybrief widerrufen werden mögte. Aber ihre Bemühungen waren vergebens. In Madrid war man der Meynung, daß der König von Spanien nicht verbunden wäre, jemanden von den Mitteln Rechenchaft zu geben, die er zu Beschügung und Vermehrung des Handels seiner Unterthanen zu gebrauchen dienlich fände a).

Unterdessen, da man auf der Versammlung zu Soissons vergebens an einem Friede mit allgemeinen Frieden arbeitete, schlossen die Staaten der Vereinigten Niederlande, Tripoli, am 4ten des Weinmonats, einen besondern Friedens- und Handelsvertrag mit der Regierung von Tripoli, auf den Fuß der vorigen Verträge b).

In Schweden war schon im Jahre 1724 ein Befehl herausgekommen, worin Verordnung allen Fremden, bey Verwicklung Schiffes und Gutes, verboten ward, andere Waaren wegen des mit ihren eigenen oder Frachtschiffen, als die Früchte und Manufacturen ihres eigenen Landes, oder ihrer auswärtigen Pflanzstädte, in das Königreich zu bringen. Die Staaten, welche wohl einsahen, welchen großen Nachtheil ein solcher Befehl dem Handel ihrer Unterthanen bringen müßte, gaben, im Christmonate dieses Jahres, eine Verordnung heraus, wodurch den Unterthanen von Schweden und Finnland insbesondere verboten ward, einige andere Waaren mit ihren eigenen oder auswärts befrachteten Schiffen in den vereinigten Niederlanden einzuführen, als die in Schweden wuchsen, fielen oder gemacht würden, oder aus den Schwedischen Pflanzstädten oder Handelsplätzen hergebracht wären c).

Als die Stände von Holland, um diese Zeit, das Bürgerrecht einigen Fremden, Der Baron mit dem Rechte zu Ehrenämtern befördert zu werden, ertheilt hatten; so gab dieses Gele genheit, daß dies Vorrecht häufiger, als vormals zu geschehen pflegte, gesucht ward. Aber diese Ansuchungen wurden zuweilen abgeschlagen. Als der Stand des Adels be schlossen hatte, den Herrn Vincenz Wilhelm, Baron von Zompesch, einen Jülichischen Holland Edelmann, unter sich aufzunehmen; so machten einige Städte Schwierigkeiten, ihn in aufgenom men.

y) MONTGON Tom. VI. p. 306-310.

z) Refol. Gener. 23 Oct. 1728. MS. Voyez DU MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 157.

VIII. Theil.

a) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 239-251. MONTGON Tom. VII. p. 7, 8.

b) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 378.

c) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 268.

D

1728.

der Versammlung der holländischen Stände zugulassen, ehe er von diesen naturalisiret, oder mit dem Bürgerrechte versehen worden wäre. Dieß geschah auch hernach, und der Baron von Zompesch bekam sodann, als Herr von Genderen, Sig und Stimme unter dem Adel. Die Stadt Schoonhoven, welche kurz zuvor mit vieler Mühe bewirkt hatte, daß Wilhelmen, Baron von Lier, als ihrem Pensionär, Sig und Stimme in der Versammlung der Stände zugestanden worden war d), seßete sich am meisten gegen die Aufnahme des Herrn von Zompesch. Sie ward einiger Massen von Amsterdam unterstützt e). Aber die Uneinigkeit, die hieraus entstand, hatte keine Folgen, und ward bald beygelegt. Unterdessen kann ich nicht umhin, hier anzumerken, daß Schoonhoven, unter den gegen die Aufnahme des Barons von Zompesch angeführten Gründen, sich, unter andern, auf das Register von Andreas de Witsch und die *Akte van Non-prejuditie* vom Jahre 1619 berufen habe, von welchen Urkunden wir auch, an seinem Orte, Gebrauch gemacht haben f), weil sie uns, unter andern, mitten unter einer Menge Abschriften von achten die Ritterschaft betreffenden Schlüssen und Anzeichnungen zur Hand gekommen waren, und uns keine Merkmaale einer unächten Beschaffenheit zu zeigen schienen. Aber iko ward von der Ritterschaft und dem Adel die Erklärung gethan, „daß sie diese „zwo Urkunden nicht als acht annehmen könnten, weil sie dieselben nicht in ihren Archiva „angezeichnet fänden g).“ Amsterdam versicherte auch „nicht zu wissen, wo die Originalien zu finden wären h):“ welches wir bey dieser Gelegenheit haben anzeigen wollen, damit der Leser wissen möge, daß an der achten Beschaffenheit dieser Urkunden in neuern Zeiten gezweifelt worden sey. Wir überlassen indeß seinem unpartheyischen Urtheile die Entscheidung, ob die Ursachen des Zweifels genugsam gegründet gewesen seyn oder nicht.

## XXIV.

Geheime Unterhandlung des Cardinals von Fleury mit den Kaiserlichen und Spanischen Bevollmächtigten.

Die Spanischen Bevollmächtigten suchten unterdessen zu Soissons, zu Versailles, zu Compiègne, und überall, wo der Französische Hof sich aufhielt, den Cardinal von Fleury zu bewegen, daß er ihre Absichten in Italien begünstigen mögte. Sie folgerten ihm überall, und hielten öftere Zusammenkünfte mit ihm, welche einigen Argwohn bey den Gesandten Großbritanniens und des Staats verursachten. Auf der andern Seite war der Graf von Sinzendorf auch oft mit dem Cardinal in Unterhandlung, und suchte ihn zu beteuten, daß die Deutschen Reichsstände sich niemals bewegen lassen würden, in die Ueberführung der Spanier zu willigen, und daß Spanien also dem vierfachen Bündnisse nachkommen müßte. Aber diese geheime Unterhandlungen vermehrten auch den Verdacht der Kaiserlichen und Spanier gegen einander, und gegen den Cardinal. Weil die Kaiserlichen vermuteten, daß der Cardinal, aus Neigung die Größe des Hauses Bourbon zu befördern, leicht in die Ueberführung der Spanier willigen würde, suchten sie ein Mißtrauen gegen Frankreich bey den Englischen und des Staats Bevollmächtigten zu erregen, und diese allmählig zu Wiederherstellung der alten und genauen Verbindungen mit dem Hause Oesterreich zu bringen. Ihre Gründe würden auch, in den gegenwärtigen

e) Resol. Holl. 18 Mart. 23 Apr. 24 Jun. 2 Jul. 18, 21 Aug. 20 Sept. 1728. bl. 289, 407, 586, 612, 764, 788, 929.

f) B. XXXIX. §. XXI.

g) Propos. der Ridderfch. van 2 Jul. 1728.

h) Propos. der Stad. Amsterd. van 18 Aug.

tigen Umständen, bald genug Eingang gefunden haben, wenn man nur die zwei Mächte, 1728.  
in dem Punkte des Handels, vollkommen vergnügt hätte i).

Als nun die Bevollmächtigten Großbritanniens und des Staats zu diesem Ende Der Herzog auch bey den Spanischen arbeiteten; so merkten sie bald, daß ihre Einwilligung in die von Bour-  
Ueberführung der Spanier die einzige Bedingung wäre, worunter sie sich die verlangten nonville  
Vorteile im Handel von Spanischer Seite versprechen könnten k). Aber weil die Kai-  
serlichen hierzu ihre Bestimmung nicht geben wollten, so that man sein Bestes, die Spa-  
nien. nien.  
nien zu bewegen, daß sie von dieser Bedingung absünden, und sie zu bedeuten, daß, außer  
diesem, andere Mittel wären, dem Don Carlos die Erbfolge in den Italienischen Staaten  
zu versichern. Aber die Spanier blieben bey ihrer Meynung. Es schien, daß die Ver-  
sammlung zu Soissons, die einige Monate sehr langsam gegangen war, gänzlich abge-  
brochen werden würde, als der Herzog von Bourbonville bekannt machte, daß er eine  
Reise nach Spanien thun wollte, dem Vorgeben nach, um den dortigen Hof auf andere  
Gedanken zu bringen; wozu, wie er sagte, gute Hoffnung wäre, weil der König und die  
Königin ein großes Verlangen bezeigt hätten, den Zustand der Unterhandlungen aus  
seinem Munde zu hören. Unterdessen verlangte er, daß man die Versammlung zu  
Soissons fortsetzen mögte, und versprach auf das eiligste, mit den letzten Befehlen des  
Königs, seines Herrn, zurückzukommen. Die andern Bevollmächtigten, welche das Ende  
der Unterhandlungen nicht absahen, wenn Spanien nicht näher käme, ließen den Herzog  
von Bourbonville mit dem Entwurfe des Cardinals dahin reisen, welcher, nachdem er  
öfters verändert und umgegoßen worden, nummehr in die Gestalt eines vorläufigen Ver-  
trages verwandelt war. Der Artikel von der Ueberführung der Spanier war nun dem-  
selben beigelegt. Der König von Spanien versprach auch, die Ostendische Gesellschaft  
nicht zu unterstützen. Die Kaiserlichen, welchen man diesen Entwurf vorgehalten hatte,  
waren fest auf neutrale Truppen, statt Spanischer, stehen geblieben. Sie wollten auch  
in die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft nicht anders, als unter der Bedingung wil-  
ligen, daß die Hannoverischen Bundsgenossen die Gewährleistung der Pragmatischen  
Sanction versprochen, und die Staaten besonders sich eines Theils desjenigen, was sie  
zum Unterhalte der Befestigungen in den Barrierestädten von dem Kaiser zu fordern hat-  
ten, begäben l).

Der Herzog von Bourbonville trat seine Reise nach Spanien, um die Mitte Zustand der  
des Weinmonats, an m). Aber es währte nicht lange, so kam man auf die Vermuthung, Versamm-  
daß er entweder nicht bald, oder vielleicht gar nicht zurückkommen würde. Einige wollten lung zu  
kaum zweifeln, daß der Cardinal von Fleury und er unter sich die Abrede genommen Soissons.  
hätten, die Versammlung von Soissons nach Spanien zu versetzen. Der Graf von  
Sinsendorf beschloß hierauf, am letzten des Wintermonats nach Wien zu reisen n).  
Die Englischen Bevollmächtigten giengen auch nach London. Die wenigen Gesandten,  
die zu Soissons blieben, kamen noch ein- oder zweymal in der Woche zusammen; aber  
sie konnten nichts, zu Beförderung des allgemeinen Friedens, welcher die große Absicht

D 2

der

i) MONTGON Tom. VII. p. 15-24.

l) Berichte der außerordentl. Botfch. MS.

k) Berichte der außerordentl. Botfch. MS.

m) Aus eben demselben.

n) Aus eben demselben.

1728.

der Versammlung gewesen war; beschließen o). In diesem fränklichen Zustande dauerte sie bis in den Maymonat des Jahres 1729; und hernach ward sie so gut als nach Paris, oder nach den Dörtern in dorriger Gegend, wo der Französische Hof sich befand, versetzt. Hier blieben die Bevollmächtigten noch bis in den Herbst des Jahres 1730, da die meisten sich nach Hause begaben p). Die Herren Zop und van Goolinga kamen, unter den Botschaftern des Staats, am ersten zurück. Der Herr Lurgrouse blieb noch einige Monate nach ihnen in Frankreich q). Wir werden von demjenigen, was sie hier ferner handelten, künftig Nachricht geben.

XXV.  
Bewegung  
am Spani-  
schen Hofe.

Bournonville, der seine Reise nach Madrid stark fortgesetzt hatte, fand die Gemüther an dem Hofe, bey seiner Ankunft, in einer gewaltigen Währung, die durch eine unlängst aus Frankreich angekommene Zeitung verursacht worden war. Ludewig der Funfzehnte hatte, am Ende des Weinmonats, die Kinderblattern bekommen, und die ersten Nachrichten, welche man von seinem Zustande in Spanien empfing, setzten den jungen Monarchen nicht außer Gefahr. Hierauf waren acht Tage vergangen, ohne daß der Hof einige nähere Nachricht bekommen hatte. Es verbreiteten sich alsobald einige ungewisse Gerichte durch die Stadt. Der König wäre, sprach man leise zu einander, gestorben, und die mit dieser Zeitung nach Spanien abgefertigten reitenden Botschen würden wahrscheinlich auf den Gränzen aufgehalten. Der Hof selbst mußte nicht, wozu er sich entschließen sollte; und einige wollten, daß, wenn die Ungewissheit, worin man sich befand, noch vier und zwanzig Stunden länger gedauret hätte, Spanien einen Schritt gerhan haben würde, worüber die ganze Welt erstaunt seyn würde. Die Königinn von Frankreich war schon zweymal mit Prinzessinnen niedergekommen: aber sie hatte noch keinen Sohn geboren. Die Absichten des Königs Philipp auf die Französische Krone fingen also, auf den Empfang einer so wichtigen Zeitung, wiederum an aufzuleben. Der Abt von Montgon, der zuvor in Frankreich, um dem Könige Philipp einen Anhang zu verschaffen, gearbeitet hatte, ward zur Königinn gerufen, und ihm freundlicher, als seit einiger Zeit, begegnet. Man fing so gar an Zubereitungen zu machen, um nach den Französischen Grenzen zu reisen. Die vornehmsten Herren des Hofes sagten fast öffentlich, daß sie ihrer Majestäten nach Frankreich folgen wollten. Aber alle diese Vorstellungen verschwanden, als man die Nachricht bekam, daß der König außer Gefahr gehalten würde r). Sie hatten jedoch auf den schwachen Geist des Königs Philipp so großen Eindruck gemacht, daß er, der sich seit einer geraumen Zeit, aus Schwermuth, beständig in seinem Zimmer gehalten, und wie wir bereits zuvor s) angemerkt haben, wiederum von Niederlegung der Regierung in Spanien gesprochen hatte, nun vom neuen auferstanden zu seyn schien, und sich öffentlich zeigte t).

XXVI.  
Doppelte  
Heirath zw.

Der König und die Königinn von Spanien empfingen den Herzog von Bournonville sehr gnädig; aber man beschloß in einer geraumen Zeit nichts auf seine Vorschläge.

o) MONTGON Tom. VII. p. 33, 79, 80.  
198.

p) ROUSSET Recueil Tom. VI. p. 2.

q) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

r) MONTGON Tom. VIII. p. 59, 60, 65,  
67, 74, 75, 81.

s) §. XXI. dieses Buchs.

t) MONTGON Tom. IV. p. 470. Tom. V

p. 196, 274, 323. Tom. VI. p. 81, 272. Tom

VII. p. 80.

schläge. Der Hof, welcher, im verwichenen Jahre, mit dem Portugiesischen eine dop-  
 pelte Heirath zwischen dem Prinzen von Asturien und der Infantinn von Portugal, 1728.  
 und zwischen dem Prinzen von Brasilien und der Infantinn von Spanien, eben der-  
 selben, die zuvor mit dem Könige von Frankreich verlobet gewesen war, geschlossen schen den Hö-  
 hatte u), that, im Jenner des Jahres 1729, eine Reise nach den Grenzen, um die sen von Ma-  
 zwey Infantinnen daselbst gegen einander auszuwechseln. Die Anstalten zu dieser Reise drid und  
 verzögerten die Unterhandlungen über den allgemeinen Frieden; und die Reise selbst Lissabon  
 that es noch mehr. Bournonville folgte dem Hofe nach Bajados; so wie die an- wird ge-  
 dern fremden Gesandten, die zu Madrid waren, und unter denenselben auch der Herr schlossen.  
 van der Meer, welcher nachher von den Staaten zur Unterhandlung bevollmächtigt 1729.  
 ward v). Die handelnden Mächte waren sehr mißvergnügt über die Reise des Spani-  
 schen Hofes in den gegenwärtigen Umständen. Aber sie mußten es sich gefallen lassen w).  
 Die Auswechselung der zwey Infantinnen geschah sehr feierlich am 19ten Jenner zwi-  
 schen Badajoz und Elvas, in einem prächtigen Gezelte, welches auf einer steinernen  
 Brücke über den Fluß Caja, der Spanien von Portugal scheidet, aufgeschlagen war x).  
 Der Spanische Hof reisete von Badajoz nach Sevilla, von dort nach Cadix, und nach  
 der Insel Leon; darauf wieder nach Sevilla, ferner nach Port St. Maria y),  
 und nach verschiedenen anderen Städten in Spanien. Und mit diesen Reisen wurden  
 verschiedene Jahre zugebracht.

Allein die Unterhandlungen mit den fremden Gesandten, die bey Gelegenheit XXVII.  
 dieser Reise des Königs und der Königin, so gut als abgebrochen gewesen waren, wurden Die zu Sois-  
 wieder angefangen, als der Hof sich auf der Insel Leon und in Sevilla aufhielt, und sons ange-  
 nachher zu Port St. Maria fortgesetzt z). Die Gesandten Frankreichs, Großbri- fangene Un-  
 tanniens und des Staats drangen stark bey den Spanischen Ministern auf einen endli- terhandlung  
 chen Schluß, nach so langen Verzögerungen. Aber man hielt sie von einer Zeit zur wird in Spa-  
 andern mit guten Worten auf. Mittlerweile fand man verschiedene Schwierigkeiten in nien fortge-  
 den gemachten Entwürfen. Die vornehmste war jedoch diese, daß der Kaiser nicht in setzt.  
 die Ueberführung der Spanier willigen wollte, und daß die Hannoverischen Bundsge-  
 nossen, die nicht für rathsam hielten, ohne den Kaiser etwas zu schließen, den Spanischen  
 Hof zu bewegen suchten, von dieser Bedingung abzusehen. Hievon aber wollten die  
 Spanier gar nichts hören, und drangen auf einen besondern Vertrag mit Frankreich,  
 Großbritannien und den Staaten. Der König von Großbritannien war der erste,  
 der sich hiezu entschloß. Die Furcht vor einem allgemeinen Kriege hatte die Actien in  
 England beträchtlich fallen lassen. Der Handel litten stark durch die anhaltenden Strei-  
 tigkeiten mit Spanien. Das Volk murrte, daß man die Handlung durch die Spani-  
 schen Küstenbewahrer zu Grunde richten ließ, und zeigte sich zu einem offenbaren Friedens-  
 bruch stark geneigt. Allein Georg der Andere konnte sich hiezu nicht entschließen, ohne  
 des Besandes der Krone Frankreich und der Staaten versichert zu seyn, welche beide,  
 wiewohl aus verschiedenen Absichten, zum Kriege ungeneigt waren. Frankreich befand  
 sich

D 3

u) MONTGON Tom. V. p. 313. Tom. VI.

x) MONTGON Tom. VII. p. 137-152.

p. 53.

y) MONTGON Tom. VII. p. 153, 183.

v) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. 195, 236.

z) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

w) MONTGON Tom. VII. p. 133, 134.

1729.

Ausgerüstete  
Gefchwadern  
Großbri-  
tanniens  
und der  
Staaten.

nicht dienlich, die Waffen gegen einen Zweig des Hauses Bourbon zu ergreifen; und die Staaten, die durch die Last des vorigen Krieges schwer gedrückt waren, scheueten die Kosten eines neuen, der auch nothwendig ihrem Handel sehr nachtheilig seyn mußte. Der König von Großbritannien hatte, um Spanien, wenn es möglich wäre, auf andere Gedanken zu bringen, schon vor einiger Zeit, einige Kriegsschiffe ausrüsten lassen, die unter dem Befehle des Admirals Wager zu Portsmouth versammelt waren. Der Unteradmiral, Herr von Sommeldyck, war auch dahin mit zwölf Kriegsschiffen des Staats gesegelt. Man hatte ihnen eine gute Anzahl Brander und andere Fahrzeuge bezeugt; und es gieng das Gerüchte, daß man eine Landung auf den Spanischen Küsten thun wollte. Aber hieraus ward nichts. Die vereinigte Flotte blieb in dem Hafen zu Portsmouth, ohne etwas zu unternehmen. Da inzwischen der Spanische Hof unbeweglich auf die Ueberführung der Spanier nach Italien stehen blieb; so mußte Georg der Andere entweder wider den Willen des Hofes von Wien hierin willigen, oder die Waffen ergreifen. Und da er das letzte nicht, ohne den Beystand seiner Bundsgenossen, thun konnte, die zum Kriege ganz ungeneigt waren; so entschloß er sich zu dem ersteren. Er gab sich damals noch viele Mühe, den Wiener Hof zur Einwilligung in Spaniens Begehren zu bewegen; aber es schien, daß der Kaiser lieber die Waffen ergreifen, als hierin nachgeben wollte. Die Unterhandlungen zu Saisons endigten sich also, gleich, wie die von Cambray vor vier Jahren gethan hatten, mit einem besondern Vertrage, der in kurzem zu Sevilla geschlossen ward.

## XXVIII.

Der Vertrag  
von Sevilla  
wird ge-  
schlossen.

Der Spanische Hof war, gegen das Ende des Herbstmonats, dahin gereiset. Die Gesandten der Hannoverischen Bundsgenossen arbeiteten hier fleißig mit den Spanischen Ministern an einem Vertrage, der jedoch nicht vor der Ankunft des Englischen Botschafters Stanhope, der am 25ten des Weinmonats zu Sevilla anlangete, geschlossen ward. Der Herr van der Meer, der den Unterhandlungen von Zeit zu Zeit beywohnete, war hiezu von den Staaten, seinen Herren, bevollmächtigt worden. Denn nachdem sie von den Engländern einige Eröffnung von der Unterhandlung, welche vor den Kaiserlichen sehr geheim gehalten ward, bekommen hatten, so hatten sie sich gleich erklärt, daß sie daran Theil nehmen wollten a); jedoch nicht eher, als bis man sie von der Sache vollkommen unterrichtet haben würde b). Van der Meer hatte daher noch keine Vollmacht zu schließen c), als die Gesandten von Frankreich und Großbritannien zwischen dem 8 und 10ten des Wintermonats beschlossen, den Vertrag mit Spanien zu unterzeichnen d). Er bestand aus vierzehn Artikeln, welchen einige abgesonderte, und einige geheime beygefügt waren. Ihr Inhalt, so weit sie bekannt gemacht waren, war folgender: „Die drey Mächte versprechen einen guten und beständigen Frieden, Freundschaft und Eintracht mit einander zu unterhalten, sich über ihre allerseitigen Reiche, Länder, Besitzthümer und Rechte, so wohl in Ansehung des Handels als sonst, so wohl in als außer Europa die Gewähr zu leisten, und sich einander zu dem Ende, wenn es nöthig wäre, mit zwölftausend, oder mit Gelde oder Schiffen, nach Verhältniß beyzustehen. Die

„zuwor

a) Secr. Refol. Gener. 23 Jul. 1729. MS.

b) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

c) Schreiben des Botsch. van der Meer vom 3 Nov. 1729. MS.

d) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

MONTGON Tom. VII. p. 197, 198, 223, 229, 238, 240, 241, 242, 305, 308, 309, 310.

Inhalt des-  
selben.



„zuvor geschlossenen Verträge wurden, so weit durch diesen darin keine Veränderung gemacht worden, bestätigt. Der König von Spanien that die Erklärung, daß er nie die Absicht gehabt hätte, durch die Wienischen Verträge den Unterthanen des Kaisers einige Vorrechte in dem Handel zu verstatten, noch zu überlassen, welche den hiedurch bekräftigten Verträgen zuwider wären. Der Französische und Englische Handel so wohl in Europa als in Indien, sollte auf den Fuß der Verträge, so wie es durch die vorläufigen Artikel festgesetzt wäre, wieder hergestellt werden. Der König von Spanien sollte den Schaden ersetzen lassen, welcher von seinen Unterthanen den Unterthanen der andern Mächte, in Europa, nach der in den vorläufigen Artikeln bestimmten Zeit, und in America, nach dem 22sten des Brachmonats 1728, da man erst die Befehle des Königs zu Carthagena empfangen hätte, zugefügt worden war. Die Könige von Spanien und Großbritannien sollten Bevollmächtigte ernennen, die aufs längste vier Monate nach der Auswechslung der Befräftigungen an dem Spanischen Hofe zusammen kommen sollten, um die Streitigkeiten über die Schiffe und Waaren, die man in der See von einander erobert hätte, zu untersuchen und zu vergleichen. Frankreich und Spanien sollten auch Bevollmächtigte zu gleichem Ende ernennen. Diese Bevollmächtigten sollten ihr Geschäfte in einer Zeit von drey Jahren zum Ende bringen. Die Uebersahrt von sechstaufend Mann Spanischer Truppen nach Italien, um sie zur Besatzung in Livorno, Porro Serrajo, Parma und Piacenza zu legen, sollte alsobald bewerkstelliget werden, und diese Truppen dienen, dem Infanten Don Carlos die Erbfolge in Toscana, Parma und Piacenza zu versichern. Man sollte von nun an den Großherzog von Toscana und den Herzog von Parma auf die beste Art zu bewegen suchen, daß sie die gemeldeten Truppen in ihre Staaten aufnahmen, die mittelst Eides versprechen sollten, dem Großherzoge und dem Herzoge in allem, was nicht mit dem Rechte der dem Infanten Don Carlos zukommenden Erbfolge stritte, getreu zu seyn. Sie sollten sich auch in keine Regierungssachen mengen. Der König von Spanien sollte seine Truppen aus Italien zurückrufen, so bald der Infant in den ruhigen Besitz der Italienischen Staaten gesetzt seyn würde, worin die an diesem Vertrage Theil habenden Mächte ihn und seine Nachfolger zu erhalten versprochen. Der Vertrag, welchen der König von Spanien vermuthlich mit dem Großherzoge und dem Herzoge, wegen des Unterhalts der gemeldeten Truppen, schließen würde, sollte von Frankreich und Großbritannien bekräftiget, und die Gewähr darüber geleistet werden. Die Staaten der Vereinigten Niederlande und solche andere Mächte, welcher wegen man unter einander eing werden würde, sollten eingeladen werden, diesem Vertrage beizutreten.“ In zweyen abgesonderten Artikeln ward näher erkläret, nach welchen Verträgen insbesondere der Handel von Großbritannien wieder hergestellt, und daß auch, zufolge den gedachten Verträgen, alle weggenommenen Englischen Schiffe, von welchen man nicht beweisen könnte, daß sie einen verbotenen Handel getrieben hätten, und besonders das Schiff *Prinz Frederick* zurückgegeben werden sollten c). Aber diesen wurden noch zweyen besondere Artikel beigelegt. Durch den ersten „verband Großbritannien sich, seine guten Dienste zu Erhaltung des Friedens anzuwenden, wosern das Deutsche Reich

„etwas

e) *Voyez Du Mont Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 158. ROUSSET Recueil Tom. V. p. 325.*

1729.

„etwas zum Nachtheile Frankreichs oder Spaniens beschließen mögte; aber wenn das Deutsche Reich den Krieg gegen die zwey andern Reiche erklärte, könnte der König von Großbritannien seinen Antheil Truppen, in eigener oder gemieteter Reiteren, jedoch nicht mehr, als er wie ein Reichsfürst schuldig wäre, stellen: wogegen seine Staaten allenthalben, und besonders in Deutschland, von Feindseligkeiten verschonet bleiben sollten.“ Aber in dem zweiten Artikel geschähe die nähere Erklärung, „daß der König von Großbritannien, wosern das Deutsche Reich den zwey andern Mächten den Krieg ankündigte, seinen Antheil als Reichsfürst gar nicht liefern sollte.“ Der abgesonderten und geheimen Artikel dieses Vertrages, die niemals öffentlich herausgegeben sind, waren acht an der Zahl, und dieses Inhalts: „1. Sollte man die Besizer der Italienischen Staaten, die an den Don Carlos fallen würden, bewegen, die sechs tausend Spanier einzunehmen. 2. Man sollte die Besatzungen in diesen Staaten, welche Spanien unterhalten würde, verbinden, einen Eid zur Versicherung des Don Carlos abzulegen. 3. Man sollte dem Kaiser von demjenigen, was durch diesen Vertrag festgesetzt wäre, und von dessen Unveränderlichkeit Nachricht geben. 4. Die Ueberfahrt der sechstausend Mann sollte in sechs Monaten geschehen. 5. Spanien sollte achtzehn Kriegsschiffe, Frankreich sechs Kriegsschiffe, sechs Galeeren und drey tausend Mann, und Großbritannien sechs Kriegsschiffe und zwey Bataillonen zu gedachter Ueberfahrt bereit halten. 6. Die Bundsgenossen sollten ihre Macht vereinigen, um die Ueberfahrt zu bewerkstelligen, wosern jemand sich mit Gewalt dagegen setzen würde. 7. Im Falle eines Krieges sollte man die Magazine, welche die Unterthanen der an dieser Unterhandlung Theil habenden Mächte zu Livorno hätten, so viel als möglich wäre, schonen. 8. Die Staaten der Vereinigten Niederlande sollten eingeladen werden, diesem Vertrage und den geheimen Artikeln beizutreten. Man sollte auch andere Mächte mit gemeiner Einwilligung dazu einladen f).“

Die Staaten  
treren dem-  
selben bey.

Die Vollmacht der Staaten zu dem Beytritt zum Vertrage von Sevilla ward dem Botschafter van der Meer bald zugefertigt. Er trat also diesem Vertrage und den geheimen Artikeln desselben, am 21sten des Wintermonats g), mittelst zweyer Acten bey, worin bedungen ward: „1. daß die Bundsgenossen sich unter einander von den Mitteln, welche sie, zu Erfüllung des Inhalts dieses Vertrages, ins Werk zu richten dienlich finden mögten, Nachricht geben sollten.. 2. Daß Frankreich und Großbritannien ihre Verbindungen, um die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft bewirken zu helfen, erneuern, und Spanien diesen Verbindungen beystreten sollte, so bald sie dem Könige bekannt gemacht seyn würden: welches die Staaten innerhalb drey Monaten zu besorgen versprochen. 3. Daß der Beystand der Staaten auf viertausend Mann zu Fuß und tausend zu Pferde gesetzt werden sollte. 4. Daß der König von Spanien den Staaten Genugthuung wegen ihrer Beschwerden so wohl in Indien als Europa verschaffen, und daß der Handel wieder auf den Fuß der vorigen Verträge hergestellt, und wenn es nöthig wäre, Bevollmächtigte hiezu ernannt werden sollten. Und wenn Seine Kathol. Majestät für gut befinden mögte, künftig einem Volke einige Vorrechte „in

f) Secr. Resol. Holl. 16 Dec. 1729. VIII.  
Deel, bl. 200. enz. Berichte der außerordentl.  
Botsch. MS.

g) MONTGON Tom. VII. p. 310, 325.

„in dem Handel zu bewilligen, sollten sie den Staaten auch alsobald zugestanden werden.  
 „5. Wosern die Staaten, wegen ihres Beytritts zu diesem Vertrage, angegriffen oder  
 „beunruhiget und dadurch genöthiget würden, ihre Zuflucht zu den Waffen zu nehmen,  
 „sollten die Bundesgenossen verbunden seyn, ihnen ohne Verzug beizustehen h).“ Aber  
 außer diesen Artikeln, welche in kurzem an das Licht kamen, waren zweyen geheime Arti-  
 kel unterzeichnet, die niemals bekannt gemacht worden sind. Ihr Inhalt war „1. daß  
 „die Staaten, im Falle eines Krieges in Italien, nicht mehr als dreystausend Mann,  
 „in Truppen, Gelde oder Schiffen, nach ihrer Wahl, zu liefern verbunden seyn; und  
 „2. daß sie zu der Uebersahrt der Spanier nach Italien, zwey Kriegsschiffe und ein  
 „Bataillon in dem Meerbusen von Cadix liefern sollten.“ Ferner waren der Acte des  
 Beytritts noch zwey Erklärungen beygefügt. In der einen verband man sich, das Haus  
 Genuese in den Besitz von Castro und Ronciglione setzen zu helfen, und in dem andern  
 versprach Spanien den Staaten künftig den Titel Hochmögende Herren zu geben,  
 und sie, in allem Betrachte, als gekrönete Häupter zu behandeln i). Der Vertrag von  
 Sevilla, die Acte des Beytritts der Staaten und besonders die geheimen Artikel von  
 beiden wurden hier zu Lande für so wichtig gehalten, daß die Stände von Holland be-  
 schlossen, beides geheim zu halten k); so wie auch die geheimen Artikel niemals an das  
 Licht gestellt worden sind l).

Auf diese Weise ward der Vertrag von Sevilla gemacht. Frankreich ent- XXIX.  
 schloß sich desto eher dazu, als man in diesem Königreiche, nach der Geburt des Dau- Anmerkun-  
 phins, die sich am 4ten des Herbstmonats ereignet hatte, noch eine größere Neigung, als gen über den  
 vorher, zu der vorigen Vereinigung mit Spanien befam, die nach dieser Geburt all- Vertrag von  
 mählig vollkommen ward m). Großbritannien und die Staaten waren nicht weniger Sevilla.  
 zu Schließung dieses Vertrages geneigt, weil sonst der Krieg unvermeidlich schien, wel-  
 chen sie noch zu vermeiden hoffeten, wenn sie den Kaiser, der nun einen der Bundesgenos-  
 sen des Wienerischen Vertrages verlohren hatte, genöthiget haben würden, in die Bedin-  
 gungen des Vertrages von Sevilla zu willigen. Ferner hielt Großbritannien sich  
 durch diesen Vertrag in dem Besitze von Gibraltar und Porto Mahon befestiget,  
 weil darin die Verträge, wodurch Spanien diese Derter abgetreten hatte, bekräftiget  
 worden waren. Der Handel in America und in Spanien ward auch wieder hergestellt,  
 und die Zurückgabe des Schiffs Prinz Friderich versprochen. Dieses Schiff kam auch,  
 im folgenden Jahre, in England an n). Aber einige Engländer waren darüber  
 unwillig, daß man in die Ueberführung der sechstausend Spanier gewilligt, und da-  
 durch einem Zweige des Hauses Bourbon Gelegenheit gegeben hätte, seine Besitzthü-  
 mer in Italien auszubreiten. Man sagte, daß das Gleichgewicht von Europa hiedurch  
 verrückt wäre; daß der Kaiser niemals darein willigen, und daß der Vertrag von Se-  
 villa den Krieg entzünden würde, welchen man dadurch zu verhüten gesucht hätte o).  
 Man

h) Berichte der außerordentl. Bottsch. MS.  
 L'oyez Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII.  
 P. II. p. 160. ROUSSET Recueil Tom. V. p.  
 363.

i) Secr. Refol. Holl. 16 Dec. 1729. VIII.  
 Deel, bl. 207. enz.

VIII. Theil.

k) Resol. Holl. 16 Dec. 1729. bl. 913.

l) Berichte der außerordentl. Bottsch. Dec.  
 1729. MS.

m) MONTGON Tom. VII. p. 302, 303.

n) MONTGON Tom. VII. p. 443.

o) MONTGON Tom. VII. p. 418.

1729.

Man würde dies auch mit Grunde haben befürchten müssen, wosern Frankreich, Großbritannien und die Staaten so bereit gewesen wären, die Ueberfahrt der Spanier zu bewerkstelligen. Allein die Folge dieser Geschichte wird zeigen, daß dieses nicht eher geschehen sey, als nachdem Großbritannien und die Staaten einen näheren Vertrag mit dem Kaiser geschlossen hatten.

Insonderheit  
in Ansehung  
des Staats.

Die Staaten beförderten mittlerweile ihre große Absicht, welche die Aufhebung der Ostindischen Gesellschaft war, wozu Spanien auch die Hand zu bieten versprach. Sie bedungen ferner ihre Entschädigung in dem Handel, und die Wiederherstellung auf den Fuß der vorigen Verträge. Dagegen willigten sie zwar in die Ueberführung der Spanier nach Italien, und in die Erbfolge des Infanten Don Carlos in den Italienischen Staaten. Aber Frankreich und Großbritannien hatten hierin schon zuvor gewilliget; und die Staaten würden es, wenn sie schon gewollt hätten, nicht haben hindern können. Außerdem bezeugten sie sich nachher so wenig als Georg der Andere bereit, die Ueberfahrt der Spanier zu bewerkstelligen, ehe man, durch einen Vertrag, des Kaisers Bestimmung erhalten hatte. Der Vertrag von Sevilla, war also, in dieser Betrachtung, so vortheilhaft für die Staaten, als sie es in den gegenwärtigen Umständen nur hatten hoffen können. Die Nachricht von dem Schlusse desselben ward auch, mit großer Freude in Holland empfangen p). Drey Monate vor Schließung dieses Vertrages war das mit den Mogue- oder Quecksilberschiffen und Gallionen zu Cadix angekommene Silber nebst den andern Waaren, unter die Eigenthümer ausgetheilt, der Indult oder die Abgabe aber weit höher gesetzt worden, als man gehofft hatte q).

XXX.

Zwey Ostindische Schiffe werden zu Algier aufgebracht.

Der mit der Regierung von Algier im Jahre 1726 geschlossene Friede r) hatte die Staaten veranlaßt, den Hauptmann Schryver mit drey Kriegsschiffen, zu Loskaufung einiger Sklaven, dahin zu schicken. Unterdessen da er mit dieser Unterhandlung beschäftigt war, wurden, im Brachmonate, zwey ausgehende Ostindische Schiffe, zu Algier von vier Kapern aufgebracht, die sich derselben bemächtigt hatten, weil sie keine Algerische Pässe vorzeigen konnten. Aber Schryver stellte dem Divan vor, daß diese Schiffe, welche dem Staate zugehörten, keine Pässe nöthig hätten. Der Divan wollte sich jedoch mit diesem Grunde nicht abweisen lassen; und drohet, die Schiffe mit der Ladung für verwirft zu erklären. Es kostete dem Hauptmann Schryver viele Mühe, ehe er es so weit bringen konnte, daß man die zwey Schiffe, mit Verlust der Hälfte des gemünzten Geldes, welches sie inne hatten, und welches sich auf einhundert sieben und dreißigtausend Gulden belief, ihre Reise fortsetzen ließ.

XXXI.

Der Prinz von Oranien tritt die Statthaltertschaft in Geldern und Grönningen an.

Der Prinz von Oranien, Erbstatthalter von Friesland, der sich erst zu Franeker, und nun auch ungefähr zwey Jahre, zu Utrecht, in den Wissenschaften geübet hatte, erreichte, am ersten des Herbstmonats, ein Alter von achtzehn Jahren, welche Zeit bestimmt war, ihn in den Besitz der statthalterlichen Würde in Geldern und Grönningen zu setzen. Der Prinz begab sich also, zu diesem Ende, nach Grönningen, wo er am 16ten den Eid als Statthalter ablegte. Von hier ging er nach Dieren in der Velau, wo er bis in den Weinmonat blieb, an dessen 16ten er auch zu Zutphen in der statthalterlichen

p) MONTGOM Tom VII. p. 315.

q) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1729. bl. 132. enz.

r) S. oben B. LXXI. §. XXXI.

harterlichen Würde von Geldern bestättigt ward. Nachher begab er sich nach Leu-  
warden, wo er seitdem seinen ordentlichen Aufenthalt hatte s). Einige Zeit vorher  
hatten die Staaten von Holland beschlossen, zufolge den vorigen Schlüssen, keinen be-  
sondern Statthalter, ohne einhellige Einwilligung aller Landschaften, Sitz in dem Staats-  
rathe zu verstaten t).

Im Märzmonate dieses Jahres sprach der Hof von Holland das Urtheil über Der Hof von  
sechs Personen, nämlich drey Schreiber in der Kanzley der General-Staaten, einen Holland ver-  
Advocaten und zween andere, die alle, seit geraumer Zeit, ein Handwerk daraus gemacht urtheilt sechs  
hatten, die Schlüsse, Briefe und andere Urkunden auswärtigen Gesandten und anderen Personen, we-  
Fremden zu liefern; unter welchen Urkunden auch einige waren, die man mit Vorbe- laubter Ver-  
dachte hatte geheim halten wollen. Sie hatten sich diese Dienste mit Gelde oder Geschenken ständnisse mit  
bezahlen lassen. Einige waren auch dann und wann von fremden Ministern zur Tafel Fremden.  
gebeten worden. Ferner beschäftigten sie sich auch, Neuigkeiten zu sammeln, welche  
darauf an fremde Höfe überschrieben wurden. Einer von den Schreibern hatte, unter  
andern, melden lassen, „daß fünf Landschaften, sehr wider den Sinn Hollands und  
„Seelands, behauptet hätten, daß das Recht zu der Markgraffschaft Veere und Vlissin-  
„gen, bis zu der Volljährigkeit des Prinzen von Nassau im Wesen erhalten werden  
„müßte.“ Alles dieses ward von dem Hofe sehr hoch aufgenommen. Zween Schreiber  
wurden mit dem Schwerdt über den Kopf gestraft; der dritte mit einem Papiere auf  
der Brust, worauf das Wort meyneidig stand, zur Schau gestellt. Der Advocat ward  
seines Amtes von dem Hofe verlustig erklärt, und alle vier wurden so wohl als die zween  
übrigen auf ewig aus dem Lande verwiesen u). Aber die Stände von Geldern und  
Overysseel nahmen dieses gerichtliche Verfahren übel, weil dasselbe auch zween ihrer Be-  
dienten in der Kanzley betroffen hatte, über welche, ihrer Meynung nach, der Hof von  
Holland nicht Richter seyn konnte. Die Städte Dordrecht und Leiden hatten auch  
Schwierigkeiten gemacht, zween ihrer Einwohner, die vor diesem, als Lakayen in dem  
Haag gedient, und an der Entdeckung der Staatsgeheimnisse auch Theil gehabt hatten,  
von dem Hofe richten zu lassen v). Man zog hernach in Erwägung, ob es nicht nöthig  
seyn dürfte, ein scharfes Verbot gegen das Verrathen der Staatsgeheimnisse ergehen zu  
lassen. Es ward auch in kurzem ein Entwurf einer solchen Verordnung in der Ver-  
sammlung der Stände von Holland übergeben w). Aber ich weiß nicht, ob darüber  
ein Schluß gefaßt worden sey.

Die Unruhen in Ostfrisland zwischen dem Fürsten und den Ständen dauerten XXXII.  
noch. Die Staaten hatten, wie wir oben gemeldet x), beide Theile, im Anfange des Fortsetzung  
Jahres 1725, zu einem gütlichen Vertrage und Enthaltung von Thätlichkeiten ermahnet. der Nachricht  
Aber der Fürst, welcher sehr aufgebracht war, daß man Lier besetzt hatte, wollte, im von den Ost-  
Anfange des Aprils 1726, die Truppen des Staats, die in Lier gelegt waren, von dort früsschen  
unruhen.  
vertreiben.

P 2

s) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1729. bl. 179, 41. 352. Refol. Holl. 23 Dec. 1728. bl. 1328.  
229, 305. 7 Jan. 8, 9, 11, 16, 23 Febr. 11, 15, 19 Mart.

t) Refol. Holl. 18 Aug. 1729. bl. 679.

u) Zie de Sentent. over zes Persoonen.  
gedr. 1729.

263, 275, 315.  
w) Resol. Holl. 12 Aug. 1729. bl. 658.

v) Refol. Gener. Vener. 27 May, 1729.

x) B. LXXI. §. V.

1729.

vertreiben. Er sandte zu dem Ende ungefähr sechshundert Mann theils Reiter, theils Fußvolk, nebst einem großen Haufen Bauern von Aürich nach Lier. Es kam zum Handgemenge. Aber das Kriegsvolk des Fürsten ward, nach einem hitzigen Gefechte von vier Stunden, genöthigt zu weichen, und nach Aürich zurückzukehren. Die von Lier hatten nur acht Tödtre und wenige Verwundete. Von fürstlicher Seite war weit mehr Volk geblieben y). Der Fürst hatte wenige Tage zuvor einen Befehl an die von Lier unterzeichnet, kraft dessen sie die Truppen des Staats aus der Stadt schaffen, und sich den kaiserlichen Verordnungen innerhalb zween Monaten unterwerfen sollten. Denen von Embden ward auch bald, im Namen der kaiserlichen Commissarien, ein Befehl zugesertigt, die Truppen, welche sie nach Lier geschickt hatten, zurückzurufen. Aber dieser Befehl fand keinen Eingang z).

Die Staaten  
schicken eine  
Gesandtschaft  
dahin.  
Antwort des  
Fürsten auf  
den Vor-  
schlag der  
Staaten.

Die Staaten, welche ferneres Unglück in Ostfrisland befürchteten, sandten kurz darauf den Herrn Lieve van Aduwart nach Aürich, um den Fürsten, wenn es möglich wäre, zu einem Vergleiche zu bewegen. Man empfing ihn höflich a). Ihm ward auch eine ausführliche schriftliche Antwort auf seinen Vorschlag, die Streitigkeiten unter der Vermittelung der Staaten beizulegen, gegeben b). Der Fürst gab in dieser Antwort zu erkennen, „daß zu untersuchen stünde, welches der beste Weg wäre, der Uneinigkeit ein Ende zu machen. Der Fürst verlangte, daß die Stände, und besonders die Stadt Embden, genöthigt würden, die vorigen Landesverträge zu beobachten; und der Herr Gesandte wäre der Meinung, daß dieses durch einen gütlichen Vergleich, unter der Vermittelung der Herren General-Staaten, geschehen könnte. Bey diesem Vergleiche nun wären erstlich die Personen zu betrachten, mit welchen der Fürst sich zu vergleichen hätte; zweytens die Sache, über welche man würde einig werden können, und drittens die Zwangsmittel, welche man, nicht nur zu Vollziehung des Vergleichs, sondern auch zu Verhütung der etwannigen Verletzungen desselben in Zukunft, zu brauchen haben würde. Was das erste betrafte, so wären die Personen, mit welchen der Fürst sich zu vergleichen hätte, die Landstände, welche aus drey Gliedern, dem Adel, den drey Städten und dem Bauernstande, der acht Aemter ausmachte, bestünden. Wenn der Fürst mit diesen allen sich vergleichen sollte; so müßte er darum, entweder einmützig, oder durch die meisten Stimmen ersucht werden. Aber, dies wäre, weder auf die eine noch die andere Art, geschehen, sondern alle Stände hätten sich vielmehr den kaiserlichen Verordnungen unterwerfen. Unter dem Adel wäre allein Bernhard Reinrich von Appell davon ausgenommen, der nebst dem Doctor Rudolf van Aheede und den Bürgermeistern und Rathe der Stadt Embden den letzten Aufruhr erregt hätte. Die Städte Aürich, und Norden hätten schon längst den Verordnungen des Kaisers Gehorsam geleistet; welches auch die Stadt Embden zu thun sich erklärt, hernach aber ihre Erklärung widerrufen hätte. Von den acht Aemtern hätten sich sieben unterworfen: nämlich die von Embden, Gressyl, Aürich, Norden, Behrum, Strickhausen und Friedeburg, und denenselben sich noch viele Einwohner des achten Amtes, nämlich Leerort, beigefellt. Denn obgleich die Stadt Embden die Aemter Embden, Leerort,

„Gressyl

y) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1726. bl. 256.

z) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.  
P. 388; 390, 393, 397.

a) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1726. bl. 254.

b) ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 404.



„Gretsyhl und Strichhausen unlängst gezwungen hätte, ihre Unterwerfung wieder aufzu-  
 „kündigen; so gäbe diese Gewalt doch gar kein Recht. Man hoffete also, daß man den  
 „Fürsten nicht nöthigen wollte, von den kaiserlichen Verordnungen abzugehen, denen sich  
 „fast alle Stände unterworfen hätten. Die alten Verwalter der Landeseinkünfte von  
 „Appel, Terbruck, van Rheeden und der Doctor Stochius, welchen die Stadt  
 „Embden neulich aus eigener Gewalt gewählt hätte, die einzigen, die sich nicht unter-  
 „worfen hätten, kämen in keine Betrachtung, weil sie schon im Jahre 1724 durch einen  
 „kaiserlichen Befehl ihrer Aemter entsezt waren, und daher nur als Privatpersonen an-  
 „gesehen werden mußten, die unter der Mehrheit der obgedachten dreyen Stände begriffen  
 „wären: nicht zu gedenken, daß sie durch Erregung des letzten Aufruhrs, für dessen Ur-  
 „heber sie sich auszugeben nicht scheuten, vor dem Fürsten und Seiner Kaiserlichen Ma-  
 „jestät strafbar geworden wären. Was zweytens die Sachen beträfe, über welche man  
 „sich zu vergleichen haben würde; so wären dieselben dreyerley: 1. Einige beträfen das  
 „Land überhaupt, oder die Stadt Embden insbesondere; 2. andere wären durch kaiser-  
 „liche Ansprüche entschieden, oder nicht; 3. andere beträfen entweder Rechte oder Privi-  
 „legien, oder Geldforderungen. In Ansehung der Sachen, die das Land überhaupt be-  
 „träfen, und von dem Kaiser entschieden wären, könnte kein Streit seyn, weil die Stände  
 „sich bereits den kaiserlichen Verordnungen unterworfen hätten. Es käme also bloß auf  
 „die unentschiedenen Punkte an, deren vier an der Zahl wären; nämlich der Betrag des  
 „Schadens, welchen die Stände dem Fürsten vergüten sollten; der Betrag der jährlichen  
 „Summe, welche sie ihm jährlich zu seinen Ausgaben zu bezahlen hätten; die Hälfte der  
 „Geldstrafen, welche der Fürst von der Stadt Embden zu fordern hätte, und das Zoll-  
 „recht, in dessen Genuß die Stadt den Fürsten wieder herzustellen schuldig wäre. Und  
 „in Ansehung dieser vier Punkte wäre er zu einem gütlichen Vergleiche geneigt. Aber  
 „gesetzt, daß ein solcher Vertrag auch noch in allen übrigen Punkten, auch so gar denen,  
 „die schon entschieden waren, statt haben könnte; so würde es drittens noch sehr darauf  
 „ankommen, daß man Mittel ausfände, um die Stadt Embden und ihren Anhang,  
 „zu Erfüllung eines solchen Vertrages, für die gegenwärtige und zukünftige Zeit, zu nöthi-  
 „gen. Diese Stadt hätte schon gezeigt, daß sie die feyerlichsten Verträge nicht beobach-  
 „tete. Man mußte daher Mittel an die Hand geben, sie dazu zu zwingen. Der Herr  
 „Gesandte hätte von Leibes- und Geldstrafen erwähnt. Aber wer sollte sie auflegen und  
 „eintreiben lassen? Hierzu wäre gewiß Niemand befugt, als der Kaiser, dessen Rechte  
 „der Fürst nichts vergeben könnte. Es stünde also dem Fürsten, wenn er gleich wollte,  
 „nicht frey, über alle die Punkte eine gütliche Unterhandlung anzustellen. Die ordentli-  
 „chen Abgeordneten und die gegenwärtigen Verwalter der Landeseinkünfte wären auch  
 „rechtmäßig von den getreuen Ständen erwählt worden, die sich sehr beleidigt achten  
 „würden, wenn der Fürst sich unternehme, diese Wahl in Zweifel zu ziehen. Er hätte  
 „die höchste Achtung für die Vermittelung der Staaten: aber als einem Reichsfürsten  
 „mußte man es ihm nicht übel nehmen, daß er in Sachen, die seine Lehnrechte beträfen,  
 „nichts ohne Kenntniß des Kaisers unternähme: um so viel mehr, als der letzte Auf-  
 „stand nicht dem ganzen Lande, sondern nur der Stadt Embden und einigen wenigen  
 „Widerspenstigen bezumessen wäre, und den Kaiser mehr angehe, als den Fürsten;  
 „der aus gleichen Ursachen vorhin auch die Vermittelung des Königs von Preussen  
 „von der Hand gewiesen hätte. Endlich würde der Endzweck, welchen die Staaten sich

1729.

Die Staaten  
ermahnen  
den Fürsten  
zu einem güt-  
lichen Ver-  
gleich.

„durch ihre Vermittelung vorgefetzt hätten, leicht zu erreichen seyn, wenn sie sich an ihre  
„vorigen Schlüsse hielten, das zu Zurich errichtete Collegium der Verwalter erkennenen,  
„und die Stadt Embden, wie sie schon gethan hätten, ermahneten es zu erkennen c).“

Nachdem die Staaten von den Verrichtungen des Herrn Leuwe seinen Bericht  
empfangen hatten; so erneuerten sie ihre Ermahnungen an den Fürsten und an die  
Stadt Embden zu einem gütlichen Vergleiche. An den Fürsten insonderheit schrieben  
sie, „daß sie von dem Herrn Leuwe van Aduwart gerne vernommen hätten, wie sehr  
„geneigt Se. Durchl. der Fürst zu Beylegung der Streitigkeiten wäre. Aber daß es sie  
„schmerzte, daß man hiezu, wie die von Embden ihnen gemeldet hätten, von seiner  
„Seite noch gar keinen Schritt gethan hätte, sondern so gar, nach der Abreise des Herrn  
„van Aduwart, die Thätlichkeiten fortgesetzt worden wären. Daß sie nicht untersu-  
„chen wollten, ob die kaiserlichen Verordnungen mit den Landesgesetzen und den vorigen  
„Verträgen übereinkämen, oder nicht; aber daß sie ihnen Urtheile oder Aussprüche zwi-  
„schen streitenden Parteyen zu seyn schienen, woraus die Partey, zu deren Vortheile sie  
„gegeben wären, nicht mehreren Vortheil zu ziehen nöthig hätte, als sie gut fände: ja  
„wovon sie so gar, aus Liebe zum Frieden, oder aus anderen Ursachen gänzlich abgehen  
„könnte, wenn sie es für rathsam hielte. Daß die Staaten die wichtigen Gründe, wel-  
„che den Fürsten bewegen sollten, sich in den gegenwärtigen Umständen nicht an die kai-  
„serlichen Aussprüche zu halten, nicht wiederholen wollten; sie wären ihm öfters zuvor,  
„und noch unlängst von dem Herrn Leuwe van Aduwart, vorgestellt worden; und  
„man hätte gehofft, daß er sich durch dieselben auf andere Gedanken würde haben brin-  
„gen lassen. Die Staaten wären nicht weniger geneigt, die Vorrechte des Fürsten, als  
„der Stände ihre erhalten zu helfen, und hätten daher die Embdener, und ihre Anhän-  
„ger ermahnet, so vieles, als möglich, von ihren alten Privilegien abzutreten, wenn es  
„nur nicht wider die alten Verträge liefe. Es wäre ihnen auch zu viel an der Wiederher-  
„stellung der Ruhe in Ostfrisland gelegen, so wohl wegen der Nachbarschaft, als auch  
„wegen der von ihren Unterthanen den Ostfrisen vorgeschossenen schweren Geldsummen,  
„wovon die verfallenen Zinsen sich schon auf vier und vierzigtausend einhundert und  
„fünf und zwanzigtausend Gulden beliefen, als daß sie ihre Bemühungen bey dem  
„Durchl. Fürsten nicht verdoppeln sollten, um ihn endlich zu bewegen, daß er sich geneig-  
„ter zu einem gütlichen Verträge bezeigte, als er bisher noch gethan hätte d).“

Sie suchten  
die Könige  
von Groß-  
britannien  
und Preußen  
zu bewegen,  
die Ostfrisi-  
schen Strei-  
tigkeiten bey-  
legen zu hel-  
fen.

Man ließ es, von Seiten der Staaten, nicht bey diesem Schreiben bewenden.  
Der Herr Heinrich Zop, der sich, vonwegen dieses Staats, seit einigen Jahren, als  
außerordentlicher Gesandter an dem Hofe von London aufgehalten hatte, erhielt den  
Befehl, den König von Großbritannien, der als Kurfürst von Braunschweig-Lü-  
neburg zur Gewährleistung des Vertrages von 1693 verbunden war, durch die besten  
Gründe zu bewegen, daß er, neben den Staaten, die Hand zu Beylegung der Ostfrisi-  
schen Streitigkeiten bieten mögte. Ein gleiches Gesuch geschah bey dem Könige von  
Preußen. Aber diesem war von dem Kaiser untersagt, sich mit den Ostfrisischen Sa-  
chen zu bemengen e). Sie schrieben noch einige andere Briefe an den Fürsten, der in  
seinen

c) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.  
p. 407 - 426.

d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.  
p. 427.  
e) ROUSSET Recueil Tom. IV. p. 429.

seinen Antworten, sein Betragen, so gut als möglich war, entschuldigte, und alle Schuld dagegen auf die Emdener schob. Unter andern leugnete er schlechterdings, nach der Abreise des Herrn von Admarck einige Thätlichkeiten gegen die Widerspenstigen verübet zu haben. Er merkte auch an, „daß die kaiserlichen Reichsoftrathschlüsse zwar Ausprüche zwischen den Parteyen, aber solche Ausprüche wären, wobey auch der Oberrichter, und Oberlehnsherr ein Anliegen hätte, und wovon man, ohne seinen Willen im geringsten nicht abgehen könnte f).“

1729.

Als die Staaten seitdem hörten, daß man schon Dänische Truppen in Ostfrisland aufgenommen hätte, und daß der Kurfürst von der Pfalz und der Bischof von Münster angesucht würden, dem Fürsten die Hand zu bieten; so beschloffen sie, im Heumonate des Jahres 1726 die Besatzung in Emden und Leerort mit zweyen Bataillonen zu verstärken; und ließen hiervon dem Französischen, Englischen und Preussischen Gesandten in dem Haag, so gleich Nachricht geben. Sie suchten auch bey Frankreich und Großbritannien den durch das Bündniß vom Jahre 1717 versprochenen Beystand; wosern die innerlichen Unruhen in Ostfrisland zu weitem Feindseligkeiten Anlaß geben mögten. Zugleich baten sie auch den Kurfürsten von Cöln und Bischof von Münster, daß sie keine Truppen nach Ostfrisland schicken mögten g), und den König von Dänemark ersuchten sie, nebst ihnen, die Hand zu Vermittelung der Ostfrisischen Streitigkeiten zu bieten. Allein dieser Fürst war der Meynung, daß man sich nach den Reichsoftrathschlüssen zu achten hätte h). Der Schluß der Staaten wirkete in kurzem so viel, daß der ganze Bauerstand, zwey Aemter ausgenommen, zu der Stadt Emden übertreten, die jedoch, so wohl als der Fürst, durch wiederholte Schreiben, von den Staaten zu friedfertigen Gedanken ermahnet ward. Es war solches auch desto nöthiger, als ein Haufe Bauern sich mit einigen Truppen des Staats vereinigt und ziemliche Ausschweifungen begangen hatte: Zu Norden ward der Rath außer der Zeit verändert, und einige Rathsglieder nebst andern wurden in Verhaft genommen i). Ferner thaten die Staaten den Vorschlag, „daß man unter ihrer und des Königs von Dänemark Vermittelung, in dem Haag über einen Vergleich handeln, und in dieser Unterhandlung den Reichsoftrathschlüssen folgen sollte, so weit sie nicht mit den alten Verträgen streiten k).“ Aber dieser Vorschlag fand keinen Beyfall.

Da der König von Preußen unterdessen in eine genaue Verbindung mit dem Unterhandelskaiser getreten war; so ward ihm wieder aufgetragen, die Ostfrisischen Unruhen zu stillen, welches ihm zuvor verboten gewesen war. Er schrieb also, im Maymonate, sehr ernstlich an die Stände, und ermahnete dieselben zum Gehorsam gegen die kaiserlichen Befehle, wosern sie sich nicht die höchste Unnade des Kaisers zuschiehen wollten. Er ersuchte auch die Staaten der Vereinigten Niederlande, daß sie die Ausschweifungen, welche die von Emden, mit Hülfe ihrer Truppen, in Ostfrisland verübet hatten, verhindern

f) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 437.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 459-476.

g) Resol. Gener. Sabb. 6 Jul. 1726. bl. 486. dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV. p. 451.

k) Resol. Gener. Mart. 1 Oct. 1726. bl. 304. dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV. p. 479.

1729.

Die Staaten  
rathen den  
Ständen zur  
Unterwer-  
fung.

hindern mögten 1). Die Staaten antworteten, „daß alle ihre Ermahnungen an die „Stände und an die Stadt Embden ins besondere die Abwendung aller Thätlichkeit „zur Absicht gehabt hätten. Daß sie hoffeten, Seine Preuß. Majestät würde eben den „Endzweck haben, und daß sie sich daher versprächen, man würde sich nicht übereilen, „Truppen nach Ostfrisland zu Vollstreckung der Reichshofrathsschlüsse zu schicken.“ Den Abgeordneten der Ostfrisischen Landstände und der Stadt Embden, die sich seit einiger Zeit in dem Haag befanden, und sehr über die Ueberlast, welche das Land von den Dänischen Truppen litte, geklaget hatten, ward endlich von den Staaten der Rath gegeben, sich den Reichshofrathsschlüssen zu unterwerfen; da indessen die Staaten zu bewirken suchen würden, daß man diese Schlüsse nicht auf das strengste vollstreckte, und daß die Regierung wieder auf einen guten Fuß gesetzt würde. Ferner versprachen die Staaten, ihr Bestes zu thun, damit die Dänischen Truppen aus Ostfrisland zurückgerufen würden; jedoch unter der Bedingung, daß die von Embden dem Fürsten die Versicherung gaben, sich künftig der Thätlichkeiten zu enthalten m). Sie schrieben auch nachher an den König von Dänemark, und ersuchten ihn, seine Truppen zurück zu rufen, oder sie wenigstens in guter Zucht zu halten. Aber dieses Gesuch war von weniger Wirkung.

Der Fürst be-  
mächtigt sich  
einiger Ver-  
ter in der Ge-  
gend von  
Embden.

In diesem Zustande blieb Ostfrisland, während dem ganzen Jahre 1727. Es ergingen von Zeit zu Zeit kaiserliche Befehle, die Reichshofrathsschlüsse zu vollstrecken; die von Embden aber und andere weigerten sich, diesen Befehlen nachzuleben; da unterdessen die Staaten der Vereinigten Niederlande nicht unterließen, den Fürsten zu Gelindigkeit und die Landstände zur Unterwerfung zu ermahnen. Allein im Anfange des Jahres 1728. bemächtigte sich der Fürst einiger unterhalb Embden gelegener Derter, die von dieser Stadt abhängig waren, die seit dem als von fremden Truppen eingeschlossen betrachtet ward. Die Staaten, welche befürchteten, daß man die Absicht hätte, ihre Besatzung aus Embden zu vertreiben, schickten wiederum eine Verstärkung dahin. Sie beschwerten sich auch über das Verfahren des Fürsten bey dem Grafen von Königseck-Edps, der ihnen die Versicherung gab, daß ihrer Besatzung in Embden kein Leid geschehen würde. Als inzwischen die Versammlung zu Soissons eröffnet worden war; so ließen die Staaten dem Grafen von Sinzendorf melden, „daß sie sich genöthigt finden würden, die Ostfrisische Sache auf diese Versammlung zu bringen, wosfern man sie „nicht, in kurzem, zu ihrem Vergnügen abthäte n).“ Aber weil sie hierauf keine Unterstützung empfangen, und überdem vernahmen, daß man an dem kaiserlichen Hofe um einen Befehl ansuchte, wodurch die Besatzung des Staats angewiesen ward, Embden zu räumen; so brachten sie endlich die Sache vor die Bevollmächtigten ihrer Bundesgenossen zu Soissons, welche sie zu bewegen suchten, gemeinschaftlich mit ihnen an dem kaiserlichen Hofe zu bewirken, daß die Befehle des Kaisers gemildert, Embden von dem umherliegenden Kriegsvolke befreyet, und die übrigen Beschwerden der Stände gehoben würden. Und wenn gütliche Mittel nicht hülften, und man fortführe, Embden einzuschließen; so verlangten,

1) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.  
p. 488. 491.

m) ROUSSET Recueil, Tom. IV. p. 493, p. 497.  
495.

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IV.

langen sie, daß die Bundesgenossen die Ostfrisische Sache als einen Fall ansähen, worin sie den ihnen in dem Hannoverischen Bündnisse versprochenen Beystand mit Rechte fordern und hoffen könnten o). Die Bevollmächtigten des Staats übergaben zu diesem Ende den Französischen und Großbritannischen Bevollmächtigten eine Vorstellung p). Die letzten waren mit den Staaten vollkommen einig. Aber der Cardinal von Fleury und die andern Französischen Minister meyneten nicht, daß sie durch irgend einen Vertrag verbunden wären, den Staaten, in der Ostfrisischen Sache, beizustehen: ob sie gleich, aus Neigung gegen den Staat, arbeiten wollten, um den Kaiser auf andere Gedanken zu bringen. Als der Botschafter Zop mit dem Grafen von Sinzendorf sprach, ver- Gespräch des nahm er von ihm, „daß es die Absicht des Kaisers gar nicht wäre, die Besatzung des Botschaf- „Staats aus Embden zu vertreiben, indem es seinen Angelegenheiten zuträglich wäre, ters Zop mit „daß Embden von den Truppen des Staats, als von andern besetzt bliebe, und daß dem Grafen „man auch schon die Verfügung gemacht hätte, die Zinsen der von den Einwohnern der von Sinzen- „Vereinigten Niederlande den Ostfrissen dargeliehenen Gelder zu bezahlen. Aber dorf. „daß der Kaiser verlange, daß die Widerspenstigen sich unterwürfen.“ Der Herr Zop stellte ihm hierauf vor, „daß es fast auf eins hinausliefe, ob man die Besatzung des „Staats thätlich angriffe, oder sie in der Stadt Embden einschloße, wo sie von einer „Stunde zur andern befürchten müßte überrumpelt zu werden. Daß die Staaten, zu „gleich mit dem Kaiser, ihre Bemühungen anwenden wollten, um die Widerspenstigen „zur Unterwerfung zu bringen; so bald man sie von der Erhaltung ihrer Vorrechte, „Güter und Lebens versichert hätte: und deswegen bäte er um eine deutlichere Erklä- „rung des Hofes zu Wien.“ Der Graf von Sinzendorf versetzte, „daß der Kaiser, „auch zufolge seinem Eide, nicht anders als nach den Gesetzen und Vorrechten spre- „chen könnte; aber daß er nicht genugsam unterrichtet wäre, ob alle diese Vorrechte „rechtmäßig erworben wären. Daß die Verwaltung der gemeinen Gelder eine von den „Ursachen der Zwietracht, und seinem Ermessen nach, der Fürst in dieser seiner For- „derung nicht gegründet wäre.“ Unterdessen schrieb er, um diese Zeit, an den Grafen von Königseck-Edps in dem Haag, „daß die Sachen in Ostfrisland „leichte beizulegen seyn würden, wenn die Staaten die Widerspenstigen in ihrem „Ungehorsam nicht steiferten.“ Er sagte auch zu dem Herrn Zop, „daß der Kaiser „nie zugeben würde, daß eine Sache, die das Deutsche Reich beträfe, auf die Zusam- „menkunft zu Soissons gebracht würde.“ Er glaubte auch, daß die Französischen „Minister, und besonders der Cardinal von Fleury, hierin mit ihm gleicher Meynung wä- „ren. Allein der Cardinal schrieb, kurz darauf, an den Herrn Zop, daß er zwar über- „haupt zugestanden hätte, „daß die Deutschen Reichsachen nicht auf die Versammlung „gehörten, aber daß er allezeit diejenigen davon ausgenommen hätte, welche Folgen des „Westphälischen Friedens wären, oder bey welchen die Bundesgenossen von Frankreich „ein wesentliches Anliegen hätten, und daß er unter diese legten die Ostfrisische Sache rech- „nete.“

o) Resol. Holl. 23 May 1727. bl. 607. Re- fol. Gener. Vener. 9 Jul. 1728. dans le Recueil de ROUSSET Tom. IV. p. 499.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 264.

1729.

„nete.“ Die Französischen Minister versicherten auch endlich, daß der König, ihr Herr, den Staaten, in dieser Sache, die Hand bieten würde q).

Die Staaten  
ermahnen die  
Lmbdenen  
zur Unter-  
werfung.

Zwischen unterließen die Staaten nicht, die von Lmbden zur Unterwerfung zu ermahnen. Sie entschlossen sich endlich dazu, und berichteten dieses schriftlich nach Wien, wobei sie nur um die Erhaltung ihrer Vorrechte baten. Aber diese Bitte allein war Ursache, daß man ihre Unterwerfung von der Hand wies. Weil nun die Staaten mehr und mehr befürchteten, daß man sich von der Stadt Meister zu machen suchte, so suchten sie, aufs neue, Rath und Hülfe bey ihren Bundesgenossen r). Man handelte über die Ostfriesische Sache ernstlich am Französischen Hofe und zu Wien, und brachte es endlich so weit, daß der Kaiser einen Landtag ausschreiben ließ, und den Widerspenstigen zugleich vier Wochen Zeit verstatete, um sich zu unterwerfen: in welchem Falle sie ihre Güter, Aemter, Würden und Vorrechte behalten sollten. Die Häufelführer des Aufstandes, wie man sie nannte, Bernhard Senrich von Appel, Rudolph van Rheede, und diejenigen, die einen Todschlag begangen hatten, wurden hievon allein ausgenommen. Es ward auch die Erklärung gethan, daß man die Güter der Auführer in Beschlag nehmen würde, um daraus denen, welche Schaden gelitten hätten, denselben zu ersetzen s). So bald aber nur diese Erklärung in Ostfriesland abgekündigt war, fanden die Lmbdenen dabey Schwierigkeiten. Sie wußten nicht, welche alle man Auführer nennen, und eines Todschlages schuldig achten sollte. Die Staaten, welche sie hiebey um Rath frageten, suchten deswegen eine nähere Erklärung an dem Hofe zu Wien, und verlangeten zugleich, daß die zur Unterwerfung bestimmte Zeit verlängert werden mögte. Darauf erfolgte die Erklärung des Kaisers, daß er nicht alle, die Theil an dem Aufstande gehabt hätten, unter der Zahl der Todtschläger begriffe, sondern allein diejenigen, die, in Person, einen Todschlag begangen hatten. Er bewilligte auch, stillschweigend, die Verlängerung der Zeit zur Unterwerfung, und ließ zugleich, auf starkes Anhalten des Cardinals von Fleury, versichern, „daß seine Absicht nie gewesen wäre, die Besatzung des Staats aus „Lmbden vertreiben zu lassen, und noch weniger, das Unterpfand, worauf die „Staaten den Ostfriesen beträchtliche Summen dargeliehen hätten, anzugreifen; und „daß, ob er gleich, nach den Reichsgesetzen, das Recht der Gewährleistung der vorigen Verträge, welches die Staaten der Vereinigten Niederlande sich zuschrieben, nicht in Betrachtung ziehen könnte, er jedoch nie Willens gewesen wäre, die „alten und rechtmäßigen Verträge zwischen dem Fürsten und den Landständen aufzuheben.“ Allein die Verlängerung der zur Unterwerfung bestimmten Zeit ward nicht öffentlich abgekündigt. Der Kaiser meynete, daß dieses seiner Würde nachtheilig wäre t). Mittlerweile ließen die Staaten nicht ab, die von Lmbden zur Unterwerfung zu ermahnen, und sie zu versichern, daß ihre Sache dadurch ein günstigeres Ansehen

q) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. *Voyez aussi les Lettres de Mr. HOP et autres dans le Recueil de ROUSSET* Tom. V. p. 252, 255, 258, 260, 261, 262.

r) Resol. Hoil. 15 Dec. 1728. bl. 1204. Resol. Gener. 7 Aug. 1728 *dans le Recueil de ROUSSET*, Tom. V. p. 270, 275.

s) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. IV. p. 509, Tom. V. p. 279.

t) *Voyez l'Instr. du Baron de Fonseca dans le Recueil de ROUSSET* Tom. V. p. 286-302.



sehen gewinnen würde, als sie sonst haben könnte. Endlich entschlossen sie sich auch 1729. dazu im Märzmonate dieses Jahres 1729. Die Urkunde ihrer Unterwerfung, welche Endlich unbedingt war, ward den Kaiserlichen Commissarien zu Turick übergeben. Diese schloffen sie machten zwar einige Anmerkungen darüber; nahmen sie aber doch an, mit dem sich dazu Vorbestalt, die Einwendungen zu untersuchen, welche, von Seiten des Fürsten, dawider gemacht werden mögten. Nachdem die fürstlichen Rätthe die Urkunde untersucht hatten, fanden sie dawider so vieles einzuwenden, daß sie dieselbe für ganz unannehmlich hielten. Und so ward sie auch von den kaiserlichen Commissarien angesehen. Man machte einen andern Entwurf, der nachher in dem Haag und zu Paris erwogen ward. Mittlerweile hatte der Kaiser, im Maymonate, die verworfene Urkunde der Unterwerfung genehmiget, und das Betragen der Commissarien, welche diese Urkunde von der Hand gewiesen hatten, schlechterdings gemißbilliget u). Im Herbstmonate ward solches, in einem neuen Reichshofrathsschlusse, näher bekräftiget. Zugleich ward allen, die einige Beschwerden hatten, eine Zeit von zween Monaten verstatet, dieselben vor dem Reichshofrathe zu Wien anzubringen. Der Kaiser ließ auch die Erläuterung thun, daß man mit der Untersuchung des Schadens, den einige in den Ostfrisischen Unruhen gelitten hatten, zwar fortfahren könnte; aber daß die Ersetzung desselben ausgesetzt bleiben sollte, bis man den Kaiser ersucht haben würde, diese Sache, durch einen gütlichen Vergleich, abzuthun. Ferner erging von ihm der Befehl, für die Bezahlung der Einwohner der Vereinigten Niederlande Sorge zu tragen v). Allein dieser Reichshofrathsschluß fand vielen Widerspruch von Seiten des Fürsten. Man hielt denselben viel zu günstig für die von Einbden, und machte Schwierigkeiten, dabey zu beruhen. Hieraus entstunden wiederum neue Unterhandlungen mit dem Hofe von Wien, welcher, nach Schließung des Vertrages von Sevilla, noch weniger als zuvor gesinnet war, die Sachen in Ostfrisland auf das äußerste kommen zu lassen, und daher endlich, am 30sten August des Jahres 1730, einen Reichshofrathsschluß abkündigen ließ, dessen Hauptinhalt war: „Der Kaiser bestätigte den Reichshofrathsschluß vom letzt verwichenen Herbstmonate vollkommen; wollte aber nicht, daß die vor dem Maymonate des Jahres 1729 vollstreckten kaiserlichen Urtheile als aufgehoben angesehen werden sollten. Die Stadt Einbden, und die es mit ihr hielten, sollten sich der Urkunde ihrer Unterwerfung gemäß betragen, und den endlichen Ausspruch des Kaisers ruhig abwarten, ohne ihre Zuflucht zu Fremden zu nehmen; welches so oft verboten worden wäre. Sie sollten sich aller Feindseligkeiten enthalten, die Kosten des Landes tragen helfen, und die abgesetzten Beamten und Obrigkeiten wieder einsetzen. Dahingegen wollte der Kaiser, daß ihnen kurzes und gutes Recht auf ihre Beschwerden geschähe, welche sie alle, so wohl diejenigen, die in den Reichshofrathsschlüssen enthalten, als darin nicht enthalten wären, wiewohl jede besonders, anzugeigen hätten. Die Stadt Einbden sollte auf dem landtage zugelassen werden, wenn sie zuvor dasjenige bezahlte, was sie in die landescasse schuldig wäre. Man würde

Q 2

„den

u) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 302 - 316. p. 316.

1729.

„den Ständen, mit ehestem, einen Ueberschlag von den Bedürfnissen des Landes zu fertigen, in der Hoffnung, daß sie bereitwillig die nöthigen Summen dazu beytragen werden. Wenn der Fürst sich weigerte, den kaiserlichen Aussprüchen zu gehorsamen; so sollten die zu Erhaltung der guten Ordnung in Ostfrisland gelegten kaiserlichen Schutzwachen, auf Ansuchen der Stände, zu Beobachtung dieser Aussprüche die Hand bieten. Bernhard Henrich von Appel ward mit seinem Gesuche, unter der allgemeinen Begnadigung mit begriffen zu werden, abgewiesen; aber Rudolph van Rheeде sollte daran Theil haben. Adde Terborg ward von der Anklage, daß er einen neuen Aufruhr hätte erregen wollen, frengesprochen.“ Lieuwe van Wingeren sollte noch einmal vorgeladen werden.“ Uebrigens verordnete dieser Reichshofrathsschluß noch verschiedenes in einigen besondern Sachen, mit welchen wir uns nicht aufhalten w). Die Ruhe ward seitdem allmählig in Ostfrisland hergestellt. Die Beschwerden, welche die Stände gegen den Fürsten hatten, wurden bey dem kaiserlichen Hofe angebracht x); und untersucht, aber nicht gehörig abgethan. Der Kaiser gab den Staaten der Vereinigten Niederlande, in Ansehung der Ostfrisischen Sachen, durch den Wienischen Vertrag, dessen wir in dem folgenden Buche gedenken werden, etwas mehr Genügen. Unterdeffen hatte die langwierige Uneinigkeit zwischen dem Fürsten und den Ständen beiden Theilen Gelegenheit gegeben, eine große Anzahl Streitschriften drucken und austreuen zu lassen, wovon einige y) die vornehmsten in eine Sammlung gebracht und herausgegeben haben.

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 318. Du MONT Corps Diplom. Tom. VIII. P. II. p. 163 - 211.

x) Voyez ROUSSET Tom. VIII. p. 227. 262.

y) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VIII. p. 83, 154, 181, 247, 262.



Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Drey und siebenzigstes Buch.

### Inhalt.

I. Unvollkommenheit des Sevilischen Vertrages. Er wird in England scharf beurtheilt. II. Unterhandlungen des Kaisers auf dem Reichstage zu Regensburg. III. Der französische Gesandte de Chavigny rechtfertiget den Sevilischen Vertrag. Der Kaiser verstärkt seine Kriegsmacht in Italien. Die Bundesgenossen verschieben die Ueberführung der Spanier dahin. IV. Unterhandlung des Spanischen an dem Französischen Hofe. Außerster Vorschlag von Frankreich, Großbritannien und dem Staate an den Kaiser. Spanien verwirft diesen Vorschlag. V. Absichten des Hofes zu Wien. Die Antwort des Kaisers auf den äußersten Vorschlag. Gegenantwort der Bundesgenossen. VI. Die Versammlung zu Soissons scheidet auseinander. Tod des Herrn Sicco von Goslinga. Uneinigkeit in dem deutschen Reiche. VII. Gefandtschaft nach dem Russischen Hofe. Veränderung der Regierung daselbst. VIII. Unterhandlungen mit dem Könige von Marocco. Der Freybrief der Westindischen Gesellschaft wird verlängert. Die Schifffahrt nach Africa wird freygegeben. Neue Einrichtung der Haussteuer in Holland. IX. Die Stände dieser Landschaft verbieten das für den Papst Gregorius VII. angeordnete neue

Amt. Sie fordern von den Römischkatholischen Priestern das Versprechen der Unterthänigkeit. X. Sodomiterey wird in Holland entdeckt und gestraft. Die Einziehung der Güter in Holland und in Seeland wird abgeschafft. XI. Der Spanische Hof dringt wiederum auf die baldige Ueberführung seiner Truppen nach Italien. Vorstellung des Botshafsters Senelon. Kalksinnigkeit der Staaten. Spanien hält sich von dem Sevilischen Vertrage entlebiget. XII. Georg II. handelt heimlich mit dem Kaiserlichen Hofe. Der Wienische Vertrag zwischen dem Kaiser und Großbritannien wird geschlossen. Inhalt desselben. XIII. Die Staaten werden ersucht, demselben beizutreten. Er wird an die besondern Landschaften gesandt. XIV. Anmerkungen darüber. Mißvergnügen am Französischen, und Freude an dem Spanischen Hofe darüber. XV. Näherer Vertrag zwischen dem Kaiser, Spanien und Großbritannien. Die Spanier werden nach Italien herüber geführt. XVI. Bemühungen der Ostindischen Gesellschaft, ihren Handel nach Indien heimlich fortzusetzen. Die Schwedische Ostindische Gesellschaft wird errichtet. Erneuerung des Friedens mit Aizer. Die Streitigkeiten mit Dänemark werden beyge-

beygelegt. XVII. Geldsammlung in Holland für die verfolgten Piemonteser. XVIII. Einige aus ihrem Lande gegangene Salzburger setzen sich in dem Lande Kadzand. Der Prinz von Oranien leistet den Eid als Erbstatthalter von Frisland. XIX. Die Staaten treten dem Wienerischen Vertrage unter gewissen Bedingungen bey. XX. Anmerkungen hierüber. Der Herzog von Lothringen kommt nach Holland. XXI. Bündniß zwischen dem Kaiser, Rußland und Dänemark. Mißvergnügen zwischen dem Kaiser und Spanien. XXII. Feldlager bey Breda zu Übung des Kriegsvolkes. XXIII. Streit der Römischkatholischen in den vereinigten Niederlanden. Bulle Unigenitus. Antwort der Staaten an den Venetianischen Gesandten. Berathschlagungen über die Zulassung eines päpstlichen Verwesers. Bewegungen hierüber unter den Predigern. XXIV. Entdeckung eines schädlichen Ungeziefers in den Pfählen der Dämme. Neue steinerne Dämme. XXV. Theilungsvergleich über die Verlassenschaft Königs Wilhelms III. zwischen dem Könige von Preußen und dem Prinzen von Oranien. XXVI. Berathschlagungen über die Aufhebung des Marquisats Veere und Vlissingen. Holland behauptet, daß Seeland hiezu berechtigt sey. XXVII. Hollands Vorstellung wird beantwortet. XXVIII. Die Stadt Veere setzt sich wider die Aufhebung des Marquisats. Dieses wird ihr von den andern Städten übel genommen. XXIX. Die Stände von Seeland heben die Lehnbarkeit von Veere und Vlissingen auf, gegen Bezahlung des Werthes der herrschaftlichen Rechte. Der Prinz von Oranien protestirt dagegen. XXX. Die Stände rechtfertigen sich ausführlich. Sie handeln mit dem Prinzen, bleiben aber in dem Besitze des Marquisats. XXXI. Hauptpunkt des Streits über das Recht zu demselben.

1729.

I.  
Der Sevillische Vertrag  
erfüllt die  
Absicht der  
Staaten  
nicht voll-  
kommen.

Der Sevillische Vertrag hatte nur zum Theile die große Absicht der Staaten erfüllt. Der König von Spanien hatte sich zwar, nebst Frankreich und Großbritannien, verbindlich gemacht, die Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft zu befördern. Aber der Kaiser, welcher dieser Gesellschaft einen Freybrief gegeben hatte, mußte noch zu Einziehung desselben bewogen werden. Er hatte auch noch nicht in die Ueberrückung der sechstausend Spanier nach Italien gewilliget, welche durch diesen Vertrag gleichfalls festgesetzt war. Man befürchtete daher, daß der Sevillische Vertrag der Absicht, die man dabey gehabt hatte, kein Genügen thun, und daß der Krieg, welchen man dadurch zu verhüten gesucht hatte, sich bald in Italien entzünden würde. Als die Kaiserlichen Gesandten zu Paris und zu Sevilla von dem Vertrage, so weit man ihn bekannt zu machen dachte, Nachricht bekommen hatten, so stellten sie sich zuerst an, als ob sie dasjenige, was darin geschlossen war, mit ganz gleichgültigen Augen ansähen. Aber es wäre nicht lange, so bekam der Graf von Kinsky, Kaiserlicher Botschafter am Französischen Hofe, und der Graf von Königseck den Befehl, sich ernstlich darüber zu beschweren. Der Cardinal von Fleury, der das Vertrauen des Hofes zu Wien, welches er gewonnen hatte, gern behalten wollte, antwortete auf diese Beschwerden schriftlich, „daß, „ungeach-

„ungeachtet desjenigen, was in Spanien vorgefallen war, man nicht gesinnet wäre, dem Kaiser den Krieg anzukündigen, indem er beständig der Meynung bliebe, dieses nach allem Vermögen zu vermeiden a):“ welches Schreiben sehr vieles bestrug, den Kaiserlichen Hof zu beruhigen. 1729.

In Spanien machte man mittlerweile Anstalten, die Früchte, welche man sich von dem Sevillischen Vertrage versprochen hatte, geschwinde einzusammeln. Der Hof gab den Befehl, die Truppen in vollzähligen Stand zu setzen, Schiffsvolk zu mietzen, und die Schiffe zur Ueberfahrt der sechstausend Spanier nach Italien auszurüsten; welche man gegen den bevorstehenden Frühling zu bereitstelligen gedachte. Man handelte auch zu Florenz mit dem Großherzoge von Toscana, welchen man zu bewegen suchte, die Spanischen Truppen in seine Staaten aufzunehmen b). Der Graf Caimo, Kaiserlicher Gesandter bey dem Großherzoge, that sein Bestes, um diese Unterhandlung zu hinterreiben, und machte dem Großherzoge Hoffnung, daß der Kaiser sich leicht bewegen lassen würde, die Kurfürstin von der Pfalz, des Großherzogs Schwester, mit Toscana zu belehnen, wosfern er sie zu seiner Erbin erklären wollte. Der Großherzog wußte nicht, wozu er sich entschließen sollte; und erhielt mittlerweile den Kaiser und den König von Spanien in der Ungewißheit, bis daß die Veränderung des Zustandes der Sachen ihn in kurzem nöthigte, sich zu erklären c).

Der König Georg der Andere, welcher, im Jenner des Jahres 1730, dem Par. Der Sevillilamente von dem Sevillischen Vertrage Nachricht gegeben hatte, befand gar bald, daß die Gegenpartey der gegenwärtigen Staatsminister vieles daran auszusetzen hatte. Die Ueberführung der Spanier nach Italien, woein der König gewilliget hatte, war, ihrer Meynung nach, eine augenscheinliche Verletzung des vierfachen Bündnisses, und mußte, allem Ansehen nach, einen beschwerlichen Krieg verursachen, wodurch das Gleichgewicht der Macht in Europa leicht verrückt werden könnte. Man setzte noch hinzu, daß die Krone, durch diesen Vertrag, auch des Besizes von Gibraltar und Porto Mahon nicht genug versichert wäre, und daß die Kaufleute wenig Ursache hätten, sich die Vergütung ihres Schadens, kraft des Sevillischen Vertrages, zu versprechen, worin sie ihnen versprochen zu seyn schien. Aber diese Gründe wurden, von der andern Seite, umständlich widerlegt. Viele hielten auch dafür, daß man sich bloß deswegen so stark gegen den Sevillischen Vertrag erklärte, damit man die gegenwärtigen Minister, und den Ritter Robert Walpole insonderheit, bey dem Volke verhaßt machen mögte. Diese Absicht hatte man auch, wie geglaubet ward, bey den Nachrichten, welche man bald darauf dem Unterhause gab, daß der Französische Hof den Hafen zu Dünkirchen wieder herzustellen suchte, damit er große Schiffe einnehmen könnte d). Man suchte den Leuten einzubilden, daß die gegenwärtigen Englischen Minister hievon entweder keine Nachricht hätten; und in diesem Falle einer großen Nachlässigkeit schuldig wären; oder daß sie sich von den Franzosen hätten bewegen lassen, es durch Nachsicht zu versatten. Allein es zeigte sich bald anders. Die Minister bewiesen, daß sie schon vorher von demjenigen, was zu Dünkirchen geschehen war, Nachricht bekommen hätten, und daß sie wirklich beschäftigt wären, daselbst alles auf

a) MONTGON Tom. VII. p. 317, 320. 321.

c) MONTGON Tom. VII. p. 394-398.

b) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. 1730. MS.

d) Berichte der außerordentl. Botsch. Aug-

1730.

auf den Fuß der Verträge setzen zu lassen, wozu sie, unter andern, durch die Botschafter des Staats in Frankreich ihre Bemühungen anwendeten e). Die Hosparten, welche eine große Mehrheit in dem Parlamente hatte, bewirkte in kurzem, daß die von dem Könige bisher beobachtete Maaßregeln, durch die meisten Stimmen beider Häuser, gebilliget wurden f).

II.  
Unterhand-  
lung des Kai-  
sers auf dem  
Reichstage  
zu Regens-  
burg.

Der Kaiser arbeitete mittlerweile, um die Fürsten und Stände des deutschen Reichs auf seine Seite zu ziehen, und ließ ihnen, im Märzmonate dieses Jahres, durch seinen Hauptgevollmächtigten, den Fürsten Froben Ferdinand von Fürstenberg, auf dem Reichstage zu Regensburg vorstellen, „wie er, nach dem Wadenschen Frieden, alles „angewandt hätte, um die noch vorhandenen Streitigkeiten mit Spanien gütlich beizu- „legen, dergestalt, daß er, zum Nachtheile der Rechte seines eigenen Hauses, dem Lon- „donschen Vertrage vom Jahre 1718, welchen Großbritannien entworfen, und nachher „auch Frankreich und Spanien angenommen hätten, beigetreten wäre. Von diesem „Vertrage, und besonders von dem fünften Artikel, worin die Erbfolge in den Herzog- „thümern Toscana und Parma festgesetzt wäre, hätte er hernach dem Reichstage Nach- „richt gegeben, auch seitdem in einen Schluß gewilliget, welcher in dieser Sache von den „Kurfürsten, Fürsten und Ständen einmützig gefaßt wäre. Hernach hätte er auf der „Versammlung zu Cambray die Urkunde, wodurch dem Infanten Don Carlos die ge- „dachte Erbfolge versichert würde, von sich gestellt; Spanien, Frankreich und Groß- „britannien aber die schriftliche Erklärung gethan, daß sie die gemachte Einrichtung „beobachten wollten. Dem ungeachtet hätte man zu Cambray nichts zum Schlusse „bringen können. Aber im Jahre 1725 hätte er und das Reich sich mit Spanien auf „den Fuß des vierfachen Bündnisses, von dem Jahre 1713 besonders verglichen, und „er, zu folge dieses Vergleiches, alsobald die nöthige Verfügung gemacht, um den Don „Carlos zum Nachfolger der Herzoge von Toscana und Parma erkennen zu lassen. „Von seiner Seite hätte er also den Vertrag erfüllt, und keine Ursache einer Neuernung „von Seiten Spaniens zu erwarten. Aber Spanien hätte unlängst einen besondern „Vertrag mit Frankreich und Großbritannien gemacht, wodurch das wesentlichste „Band der menschlichen Gesellschaft zerrissen, und worin keine Rücksicht auf die vorher- „gehenden Verträge, auch so gar nicht auf die letztern von beyden Seiten unterzeichneten „vorläufigen Artikel genommen würde. Man machte durch diesen Vertrag Einrichtun- „gen über die Rechte und Länder des Reichs, bey lebzeiten der gegenwärtigen Besitzer, „ohne Vorwissen des Kaisers und des Reichs, und ohne deren Einwilligung gesucht zu „haben. Man mischte sich in die häuslichen Angelegenheiten des Reichs, und man be- „gnügte sich, den kaiserlichen Ministern zu Wien und zu Paris bloße Abschriften von „demjenigen, was zu Sevilla verabredet und beschlossen war, einzuhändigen. Wenn „eine solche Art zu verfahren künftig unter den neuen Bündsgenossen statt haben sollte; „so würde man bald die Gewalt über das Recht, das eigene Wohlgefallen über die feier- „lichsten Verbindungen herrschen sehen, und dasjenige, was die neuen Bündsgenossen nur „für gut befänden, als billig ansehen müssen. Man dürfte den Sewilischen Vertrag bloß „mit dem vierfachen Bündnisse vergleichen, um hievon überzeugt zu werden. Seine „Kaiserliche Majestät glaubeten jedoch nicht, daß die deutschen Reichsstände es mit guten „Augen

e) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

f) MONTGON Tom. VII. p. 399-446.



„Augen ansehen könnten, daß ihre unzweifelhaften Rechte, ohne ihr Vorwissen und Einwilligung, verletzet würden. Er erwartete vielmehr, daß sie die Ehre des Reichs verteidigen, und die Reichslehne in Italien, vornehmlich die von Toscana und Parma beschützen würden. Von seiner Seite hätte die Besorgniß seinen Bundsgenossen, den König von Spanien, zu verlieren, ihn noch zu keinem Schritte gebracht, welcher mit seiner und des Reichs Würde nicht bestehen könnte. Er hätte im Gegentheil, in Erwägung, daß man andernwärts Zurüstungen machte, um in Italien Gewalt zu gebrauchen, schon einige Truppen dahin gesandt, welchen, im Nothfalle, mehrere folgen, und bloß dienen sollten, die feierlichsten Verträge zu erhalten, und zu verhindern, daß gegen die Länder und Lehne des Heiligen Römischen Reichs Gewalt gebraucht würde. Aber wosern, gegen alle Erwartung, die Ruhe in Italien gestört werden mögte, so hoffete Seine Majestät der Kaiser, daß das ganze Reich ihm in einer so gerechten Sache beystehen würde. Ein mutthiger und einmüthiger Schluß wäre hiezu das sicherste, um nicht zu sagen, das einzige Mittel, Fremden die Lust zu Verletzung der Rechte und Würde des Reichs zu benehmen g.“ Die Gründe des Kaisers, welche auf dem Reichstage schriftlich übergeben waren, wurden von denenjenigen Mächten, die den Sevillischen Vertrag geschlossen hatten, als etwas angesehen, wodurch man eigentlich ihr Betragen bey den Reichsständen verhaßt abzumalern suchte. Unterdessen muß man es sich nicht bey fremden lassen, daß der Kaiser des Staats der Vereinigten Niederlande nicht erwähnet hatte, die jedoch sowohl als Frankreich und Großbritannien dem Sevillischen Vertrage beygetreten waren. Sie hatten keinen Theil an dem vierfachen Bündnisse, wie Frankreich und Großbritannien; weswegen sie nicht beschuldigt werden konnten, daß sie, durch Annehmung des Sevillischen Vertrages, gegen das Bündniß gehandelt hätten.

Die kaiserliche Vorstellung blieb nicht lange unbeantwortet. Der Französische Gesandte auf dem Reichstage, de Chavigny, übergab den Reichsständen eine Schrift, welche in kurzem auch gedruckt erschien, und worin die Gründe des Kaisers ausführlich widerlegt wurden. Man führte darin an, „daß der Sevillische Vertrag nicht im geringsten etwas über eines andern Besitzungen verfügete, sondern nur die Versicherung desjenigen, was durch das vierfache Bündniß festgesetzt wäre, zur Absicht hätte. Den Kaiser hatte, fuhr man fort, nicht geübet, den Don Carlos von der Erbfolge in den Italienischen Staaten zu versichern, ungeachtet ihm dafür von Spanien Sicilien abgetreten wäre. Ein jeder wüßte, wie viele Mühe man hätte anwenden müssen, um die nöthigen Urkunden zu erhalten. Man hätte sie gewiß von dem Kaiser erzwingen müssen, weil man sie auf keine andere Art hätte erlangen können. Die Einwilligung des Reichs wäre, durch das vierfache Bündniß, allein in Ansehung dieser Urkunden, nicht der Einführung des Infanten in Italien, verlangt worden. Man hätte den Kaiser inständig ersucht, dem Sevillischen Vertrage beyzutreten, und solchergestalt die gebührende Ehrerbietung gegen das Haupt des Deutschen Reichs bezeigen. Die besondern Angelegenheiten des Hauses Oesterreich wären allein Ursache, daß man ihnen etwas übel nähme, welches der Kaiser selbst nicht gemißbilliget haben würde, wenn man nur in die vortheilhafte Bedingungen, welche er in der Unterhandlung für sein Haus zu bedingen

III.  
Der Französische Gesandte de Chavigny beantwortet die Vorstellung des Kaisers, und rechtfertigt das Sevillische Bündniß.

1730.

„bedingen gedächte, hätte willigen wollen. Die Absendung kaiserlicher Truppen nach Italien könnte nicht zu Beschüzung der gegenwärtigen Besizer gereichen, deren Länd, der wirklich nicht von dem Reiche zu lehne gingen, sondern nur, in einem gewissen Falle, lehnbar werden könnten. Frankreich wäre wenigstens zu keinen Thätlichkeiten geschritten, um die Staaten der Vereinigten Niederlande in der Oßtrichischen Sache zu unterstützen. Die Absendung kaiserlicher Truppen nach Italien ließe sich also zu, der Sache nicht reimen, da man in dem Sevillischen Vertrage bloß die Absicht hatte, dasjenige zu vollstrecken, was in dem vierfachen Bündnisse festgesetzt wäre h).“ Aber auf diese Schrift erfolgte eine Antwort von kaiserlicher Seite i), und hierauf wieder eine Französische Gegenantwort. In dieser letzten geschah die ausdrückliche Erklärung, „daß es des Allerchristlichsten Königs Meynung gar nicht wäre, die von dem Kaiser oder dem Reiche durch das vierfache Bündniß erlangte Rechte, auf irgend eine Weise zu kränken; sondern daß er hingegen mit allen Ständen des Reichs ein gutes Verständniß unterhalten wollte.“ Diese Erklärung, nebst der wenigen Neigung, welche man in Deutschland hatte, sich, bloß zu Beförderung der Vortheile des Kaisers, in einen beschwerlichen Krieg einzulassen, war Ursache, daß man die erste Vorstellung des Kaisers zwar annahm, aber zugleich etliche Monate vergehen ließ, ehe man untersuchte, ob man darüber Rath halten sollte. Der Fürst von Fürstenberg bezeugte sich auch nicht einmahl unruhig über diese Gleichgültigkeit. Man schien, mehr und mehr einzusehen, daß sich durch den Sevillischen Vertrag Mächte verbunden hätten, deren Angelegenheiten zu sehr gegen einander liefen, als daß man vermuthen könnte, daß sie einmüthig etwas wichtiges unternehmen würden k).

Frankreich  
erklärt sich,  
mit dem deut-  
schen Reiche  
ein gutes  
Verständniß  
zu unterhal-  
ten.

Der Kaiser  
verstärkt sei-  
ne Kriegs-  
macht in  
Italien.

Unterdessen hatte der Kaiser, wie man will, ein geheimes Bündniß mit dem Könige von Sardinien geschlossen, wodurch dieser sich verbindlich machte, dem Kaiser zwölftausend Mann zu liefern, zu deren Anwerbung derselbe ihn durch eine ansehnliche Geldhülfe in den Stand setzen sollte l). Der kaiserliche Hof ließ sich auch die Vertheidigung seiner Länder, in Italien besonders, angelegen seyn. Man machte Anstalten, den Spaniern das Anlanden in Neapel oder in Sicilien zu verwehren. Der Graf von Mercy, oberster Befehlshaber der kaiserlichen Truppen in Italien, zog eine Linie von Ostiglia längs Cremona bis nach Pavia; mittelst deren und der Stadt Mantua er die Gemeinschaft mit Deutschland offen hielt. Man schlug auch Brücken über den Po, um mittelst derselben, im Nothfalle, in Parma, Toscana und Genua eindringen zu können. Die Festungswerke verschiedener Städte wurden ausgebessert. Sicilien, wo der Graf von Wallis den Befehl führte, ward mit vielen Truppen versehen. Man arbeitete auch an einer Schanze zu Reggio, mittelst deren man die Gemeinschaft mit Calabrien unterhalten könnte. Der Spanische Hof machte zwar einige Anstalten zu der Ueberfahrt seiner Truppen nach Italien; aber da er sah, daß der Kaiser sich so stark rüstete, erkaltete dieser Eifer allmählig. Nur thaten der König und die Königin ihr Möglichstes, um Frankreich, Großbritannien und die Staaten zur eiligen Ausführung desjenigen, was in dem Sevillischen Vertrage festgesetzt war, zu bewegen. Man

Spanien  
verlangt von  
den Bünds-  
genossen Bey-

h) Voyez ROUSSET Tom. V. p. 401.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V.

k) MONTGON Tom. VII. p. 486-490.

l) MONTGON Tom. VII. p. 484-485.

1730.

IV.

Spanische  
Unterhand-  
lung an dem  
Französi-  
schen Hofe.

o) MONTGON Tom. VIII. p. 22, 32-38.

139.

p) Berichte der außerordentl. Botschsch. MS.  
MONTGOM Tom. VIII. p. 76-81.

1730.

Spanien und  
die Staaten  
ihnen ihren  
letzten Vor-  
schlag an dem  
Hofe von  
Wien.

Frankreichs, Großbritanniens und des Staats eine Erklärung, welche sie das Ultimatum oder den letzten Vorschlag der Sevillischen Bundegenossen nannten. Sie ward, am Ende des Maymonats, an die Höfe von Wien und Spanien gesandt, und ihr Inhalt war, „daß Frankreich, England und die Staaten ungerne sähen, daß man ihnen ganz andere Absichten zuschriebe, als sie bey Schließung des Sevillischen Vertrages gehabt hätten. Daß sie daher nicht länger hätten ansetzen können, sich über die Absicht dieses Vertrages deutlich zu erklären, und den Kaiser dadurch, wegen der Sicherheit seiner Italienischen Staaten, zu beruhigen. Diese Erklärung, aus welcher erhellen würde, daß man, bey der Uebersführung der Spanier, keine andere Absicht, als zuvor, bey den neutralen Truppen, hätte, müßte, ihrer Meynung nach den Kaiser bewegen, in die Vollziehung eines Vertrages zu willigen, wodurch ihm kein Nachtheil geschähe, noch ein anderer Vertrag verletzet würde. Wenn demnach der Kaiser von nun an in die Ueberschiffung der Spanischen Besatzungen willigte; wenn er die Ostendische Sache zum Ende brachte; wenn er die Ostfriesischen und Mecklenburgischen Sachen mit den Bundegenossen abthun, und wenn er versprechen wollte, daß bey Verheirathung seiner Tochter nichts geschähe, wodurch das zu Erhaltung der allgemeinen Ruhe von Europa so nöthige Gleichgewicht verrückt werden könnte; zu welchen Punkten allen Seine Kaiserliche Majestät geneigt zu seyn sich erklärt hätte; so wollten, in diesem Falle, Frankreich, England und die General-Staaten sich zu einer von folgenden zwei Bedingungen verbinden: 1. wollte man durch einen geheimen Artikel versprechen, sich den Einrichtungen nicht zu widersetzen, welche der Kaiser wegen der Erbfolge in seinen Italienischen Staaten machen, und welche diese Staaten freywillig annehmen würden. Ja man wollte die Gewährleistung dieser Einrichtungen übernehmen: 2. wollte man durch einen geheimen Vertrag verabreden, daß man sich gegen dasjenige nicht setzen sollte, was der Kaiser zum Vortheile der ältesten oder jüngsten der Erzherzoginnen, seiner Töchter, wegen der Erbfolge in Italien zu bestimmen belieben würde; und man wollte sich auch verbindlich machen, die Verfügungen des Kaisers hierinnen erhalten zu helfen. Auf diesen Vorschlag erwartete man eine eilige Antwort, weil die Umstände sehr dringend wären. Die allhier (zu Paris) gegenwärtigen kaiserlichen Minister hätten versprochen, diesen Vorschlag, welcher das äußerste enthielte, was Frankreich, England und die General-Staaten, zu Beförderung des allgemeinen Friedens, thun könnten, durchaus geheim zu halten q).“

Der Spanische Gesandte ist mit dem Entwurfe des Vorschlages nicht zufrieden.

Spinola hatte das Ultimatum der Bundegenossen viel zu ausführlich und mit Bedingungen beladen gefunden, welche die Hauptsache des Streits nicht betrafen. Er zielte, sonder Zweifel, auf dasjenige, was, in Ansehung der Ostendischen, Ostfriesischen und Mecklenburgischen Sachen, von dem Kaiser gefordert ward; und er meynete, daß man alles in sieben oder acht Zeilen gefaßt haben sollte. Aber die Minister der Bundegenossen, die ihre Rechnung in einer solchen Kürze nicht gefunden haben würden, bewogen ihn endlich, von diesem letzten Vorschlage, so wie er entworfen war, dem Könige und der Königin von Spanien Nachricht zu geben r).

Allein

q) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. p. 454.

r) MONTGON Tom. VIII. p. 81-83.

Allein dieser Vorschlag ward gar nicht günstig am Spanischen Hofe aufgenommen. Man glaubete nun deutlich zu sehen, daß die Bundesgenossen die Sache wiederum zu einer Unterhandlung mit einem Hofe zu bringen suchten, dem daran gelegen war, wüßte den Spaniens Absichten zu hindern. Spinola zog sich den Unwillen des Königs und der Königin zu, und ward in kurzem aus Frankreich zurückgerufen. Man war der Meinung, daß er in einen Vorschlag nicht hätte willigen müssen, der so vielen Stoff zu Zankereien übrig ließ. Der Kaiser sollte, wie man meynete, genöthiget werden, allein mit Ja oder Nein zu antworten. Aber der Spanische Hof war nicht vermögend, den Bundesgenossen so vielen Eifer einzusüßen. Die Jahreszeit, welche man gern zu der entworfenen Ueberschiffung hatte anwenden wollen, verlief unterdessen, und man sah sich genöthiget, mit Geduld abzuwarten, welche Wirkung der Vorschlag der Bundesgenossen an dem Hofe von Wien haben würde. Die Bundesgenossen des Sevilischen Vertrages zogen mittlerweile am Französischen Hofe die Unterhandlung wegen des wider den Kaiser zu führenden Krieges, worüber man nicht einig werden zu können schien, in die Länge. Die Französischen Minister schienen nichts dawider einzuwenden zu haben, daß man die Waffen auch in den Oesterreichischen Niederlanden brauchte. Aber die Bevollmächtigten Großbritanniens und des Staats fanden hierin beträchtliche Schwierigkeiten. Endlich ward man einig, den Krieg in Italien anzufangen, und zu gleicher Zeit eine Armee an dem Rheine zu halten, welche die Bewegungen der Kaiserlichen beobachten sollte. Aber man war wiederum mit den Spaniern nicht einig, in welcher Gegend von Italien man den Schauplatz des Krieges zuerst eröffnen sollte. Ihrer Meynung nach mußte man Livorno und Neapel, vor allen andern Orten, zu erobern suchen. Die andern Bundesgenossen hatten mehr Neigung den Krieg in Sicilien zu führen: aber hiezu, und überhaupt zu dem Kriege in Italien, war nöthig, sich vorher mit dem Könige von Sardinien zu verstehen. Der Entwurf der Bedingungen, auf welche dieses geschehen mußte, erforderte eine neue Ueberlegung. Es hatte auch ziemlich viele Mühe und Zeit gekostet, ehe man den Staaten hatte zugesesehen wollen, anstatt Truppen nach Italien zu schicken, allein mit Schiffen ihre Verbindlichkeit zu erfüllen. 1730.

Unterdessen da die zu Soissons angefangene Unterhandlung auf diese Weise in die Länge gezogen ward, hielte man zu Wien, einen ganzen Monat und noch länger, Berathschlagungen über die Antwort, welche man den Bundesgenossen zu geben gedachte, und welche endlich entworfen ward. Der Kaiser merkte, wie man glaubt u), schon zu dieser Zeit, daß der König von Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande den Maafregeln, von welchen sie, seit einigen Jahren, abgewichen waren, wieder zu folgen anfangen, und daß sie, aus dieser Ursache, die Vollziehung des Sevilischen Vertrages zu verweilen, und mit ihm zu einer Unterhandlung zu kommen suchten. Er beschloß also, sich dieser Gelegenheit klüglich zu bedienen, und die zwei Mächte zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu bewegen. Zu diesem Ende bezeugte er keinen großen Eifer, sich näher mit Großbritannien und den Staaten zu verbinden. Er fuhr fort dem Cardinal von Fleury zu schmeicheln, damit dieser keinen Argwohn wegen einer geheimen Unterhandlung mit dem Englischen Hofe bekommen mögte, da er inzwischen V.  
Absichten des  
Hofes von  
Wien.

R 3

Georg

s) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.  
t) Berichte der außerordentl. Botsch. MS.

u) Voyez MONTGON Tom. VIII. p. 89.

1730.

Der Kaiser  
beantwortet  
den letzten  
Vorschlag  
der Bundes-  
genossen.

Georg dem Andern allmählig dasjenige, was zwischen ihm und Spanien noch abzuehen war, allein anvertraute v). Der Vorschlag der Bundesgenossen bahnete zu dieser Veränderung den Weg. In der auf diesen Vorschlag gegebenen Antwort las man, „daß der Kaiser vieles zu Erhaltung des allgemeinen Friedens gethan, und in allem nachgegeben hätte, nur damit man Sorge trüge, daß die Oesterreichischen Niederlande ihm nicht zur Last wären. Er hätte bloß auf das Versprechen einer Gewährleistung gedrungen, die er selbst, zum Vortheile anderer, übernommen hätte, ohne jemals von den mit seinen Bundesgenossen gemachten Verträgen abzugehen. So gar hätte er ihre Forderungen auf der Versammlung, in solchen Sachen, unterstützt, die nicht vor sie gehörten, und dieselben durch allerlei Mittel, die mit seiner Würde und den Rechten anderer bestehen könnten, beizulegen gesucht. Dem ungeachtet hätte man zu Sevilla einen besondern Vertrag gemacht, und ihm von einigen Artikeln desselben erst Nachricht gegeben, nachdem er schon geschlossen gewesen. Und gleichwohl hätte er sich erklärt, die Hand zu allem zu bieten, was dem Infanten Don Carlos die Erbfolge in Toscana, und Parma versichern könnte, wenn nur das Recht eines dritten und die vorigen Verträge dadurch nicht verletzt würden. Mit dieser Erklärung, welche Seine Kaiserliche Majestät nochmals erneuerte, müßten die Sevillischen Bundesgenossen billig zufrieden seyn. Wenn sie keine Absicht hätten, wodurch jemand's Recht, oder ein vorhergehender Vertrag verletzt würde, würde man sich leicht, wegen eines Mittels, dem Don Carlos die Erbfolge zu versichern, vergleichen können. Aber die Einführung Spanischer Befehlungen in Toscana und Parma stritte sehr mit demjenigen, was in dem vierfachen Bündnisse, zu Erhaltung des Gleichgewichts unter den vornehmsten Europäischen Mächten, verabredet wäre. Die Verträge verlöhrten ihre Kraft, wenn die vornehmsten Artikel derselben übertreten würden. Wenn die Einführung der Spanischen Befehlungen den Mächten, die den Vertrag von London geschlossen hätten, gleichgültig geschiene hätte, warum würden sie dieselbe so ernstlich verboten haben? Frankreich und England hätten, in einem geheimen Artikel des Vertrages von 1721, bestimmt, daß die Veränderung mit den Befehlungen sonst nicht als mit des Kaisers Bewilligung geschehen sollte: welches genugsam zeigte, was man von demjenigen zu halten hätte, was zu Sevilla, ohne des Kaisers Vorwissen, verabredet wäre: der Reichstagschluß vom Jahre 1722, welcher, nach geschehener Bekräftigung, ein Reichsgesetz geworden wäre, bände dem Kaiser auch die Hände, und verstatete nicht, daß er von dem vierfachen Bündnisse und von dem 1725 geschlossenen Frieden abginge. Jedoch wollte er bezeigen, daß er mit den Bundesgenossen in gutem Verständnisse zu leben Willens wäre. Und ob er sich gleich keine Gesetze, in Betrachtung desjenigen, was er für seine Töchter zu thun gedächte, vorschreiben lassen könnte; so wollte er doch, wie er schon öfters gethan hätte, versichern, daß er nicht gegen den Begriff, welchen man, bey Schließung des Vertrages von London, von dem Europäischen Gleichgewichte gehabt hätte, etwas zu unternehmen gedächte. Aber, da er so viel nachgäbe, so glaubete er auch berechtigt zu seyn, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction von den andern Mächten zu fordern. Durch dieselbe wäre die Erbfolge in allen kaiserlichen Erblanden, nicht bloß in seinen Italienischen Staaten, wie man in dem Vorschlage dafür zu halten schiene, angeordnet.

„Man



„Man verlangete also mit Unrechte, daß der Kaiser dieselbe allein auf seine Italienischen Staaten einschränken sollte. Aber wenn Frankreich, England und die Staaten hierin dem billigen Verlangen des Kaisers Genüge thäten, so würde die Ostindische Sache leicht beyzulegen seyn. Wosern auch, wie der Herzog von Bournonville oft gesagt hätte, die Ueberführung der Spanier allein dienen sollte, den Großherzog von Toscana und die Kurfürstin, seine Schwester, zu bewegen, daß sie den Infanten Don Carlos für ihren Nachfolger erkannten; so wäre solches iho ganz unnöthig, weil diese Erkennung bereits geschehen wäre. Der Kaiser bliebe jedoch Willens, die Erbfolge dem Don Carlos noch weiter zu versichern, wenn solches, in Gleichförmigkeit mit den vorigen Verträgen, und ohne Nachtheil des Rechts eines andern, besonders des deutschen Reichs, geschähe. Uebrigens bliebe zu Vollendung des allgemeinen Friedenswerkes weiter nichts übrig, als daß man den kaiserlichen Bundsgenossen Genugthuung gäbe: über welchen Punkt man mit den Russischen und Holländischen Gesandten zu handeln haben würde w).“

1730.

Nachdem man die Anmerkungen des Wiener Hofes auf den letzten Vorschlag der Bundsgenossen zu Paris erwogen hatte, so fand man undienlich, dieselben umständlich zu beantworten. Die Bevollmächtigten des Staats zeigten sich nicht ungeneigt, ein näheres Ansuchen an dem Hofe von Wien zu thun. Allein der Cardinal Fleury war der Meynung, daß dies eine zu große Schwäche zeigen, und die Bundsgenossen verachtet machen würde. Er that überdem die Erklärung, „daß Frankreich sich niemals würde entschließen können, den Kaiser gegen alle Ansprüche, die verschiedene deutsche Fürsten dermaleinst auf seine Staaten machen mögten, sicher zu stellen. Man würde auch, seiner Meynung nach, die Macht des Kaisers, wenn man die Gewährleistung der Erbfolge in allen seinen Staaten verspräche, zu sehr stärken, und alsdann sich aller Verbindungen mit Fürsten, die einige Ansprüche an den Kaiser hätten, auf immer begeben müssen. In Italien, fuhr er fort, würde die Erbfolge nicht viele Schwierigkeiten finden. Er hätte auch gegen die Besetzung der Italienischen Staaten, die an den Don Carlos fallen sollten, mit neutralen, statt Spanischer Truppen, nichts zu sagen. Aber die Königin von Spanien, dachte er, würde nicht leicht zu bewegen seyn, hiezu ihre Einwilligung zu geben x).“ Hieraus war leicht abzunehmen, daß der Französische Hof nicht Willens war, die Oesterreichischen Staaten unzertheilt zu lassen, ob er gleich einige Jahre hernach solches versprach. Die Englischen Gesandten waren auch der Meynung, daß man voriso den Kaiserlichen keine nähere Vorschläge thun sollte. Die Französischen Minister und die Gesandten Großbritanniens und des Staats erwiederten also nur kurz und schriftlich, „daß sie gewiß gehoffet hätten, ihr billiger Vorschlag würde an dem kaiserlichen Hofe Eingang gefunden haben; daß sie mit Leidwesen das Gegentheil vernähmen; daß die Gründe der Kaiserlichen leicht zu widerlegen wären; aber daß die drey Mächte zu gehöriger Zeit ganz Europa überzeugen wollten, daß sie alles, was in ihrem Vermögen wäre, zu Erlangung eines allgemeinen Friedens beygetragen hätten y).“

Merkwürdige Rede des Cardinals Fleury.

Dieser

Erwiedrung der Bundsgenossen auf des Kaisers Antwort.

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V. und Schreiben der Herren Sop, Surgronie und Go-tinza vom 11 Jul. 1730.

y) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. V.

x) Berichte der außerordentl. Botshsch. MS. p. 463.

1730.

VI.

Die Versammlung zu Soissons scheidet aus einander.

Tod des Herrn Sizzo van Goslinga.

Uneinigkeit in dem deutschen Reich.

Dieser Schriftwechsel war der Beschluß der schläfrigen Versammlung zu Soissons. Das Jahr war nun bis in den Herbstmonat verlaufen, und der Kaiser hatte, während demselben, so viele Truppen nach Italien gesandt, daß die Uebersführung der Spanier, wider seinen Willen, nicht hätte geschehen können, ohne einen allgemeinen Krieg zu entzünden; wobey niemand als Spanien einen Vortheil zu hoffen hatte. Verschiedene Bevollmächtigte verließen den Französischen Hof, wohin nun die Versammlung von Soissons verlegt war, vor dem Ende des Herbstmonats; und ehe das Jahr vergangen war, waren sie fast alle abgereiset. Die Herren Hop und van Goslinga giengen im Wintermonate nach Hause. Der Herr Jurgronje blieb noch bis in den April des folgenden Jahres in Frankreich z). Der Herr van Goslinga lebte, nach dieser seiner Gesandtschaft, nicht lange. Er starb zu Francker am 20sten des Herbstmonats 1731, und hinterließ einen rühmlichen Namen bey seinen Landsleuten, den Frisen, und bey allen, die ihn gekannt hatten. Er war in dem letzten Kriege Abgeordneter zu Felde gewesen, und hatte der Schlacht bey Malplaquet, im Jahre 1709, dergestalt in der Nähe beygewohnt, daß er ein Pferd unter dem Leibe verlohren, und einige, die ihm am nächsten waren, todt hatte niedersallen sehen. Er ward hernach auf der Utrechtischen Friedensunterhandlung und zu andern wichtigen Staatsgeschäften gebraucht, wobey er sich allezeit redlich betragen hat. Er war nicht nur in den meisten neuen Sprachen, sondern auch in der lateinischen und Griechischen erfahren, und las den Horaz und Polybius mit Vergnügen a). Der Kaiser Leopold wollte ihn in den Reichsgrafenstand erheben, und die von Bern hatten ihm das große Bürgerrecht ihrer Stadt angeboten. Aber er, der mit seiner altadelichen Geburt zufrieden war, und keinen Vorzug vor dem andern Adel seiner Provinz verlangete, hat so wohl die eine, als die andere Ehre abgelehnet. Aber einen goldenen Becher, der ihm nebst den Herren Sagel und Zoornbeek von den Gelderischen Ständen, nach Beylegung ihrer Streitigkeiten wegen des Beytrages der besonderen Quartiere zu den gemeinen Steuern, zum Geschenke gegeben ward, hat er angenommen. Von seinen Bemühungen für die Beförderung des Prinzen von Oranien zum Statthalter von Gröningen haben wir schon, bey einer andern Gelegenheit, Erwähnung gethan b).

Der Sewilische Vertrag, und der Krieg, welchen derselbe drohete, machten den schläfrigen Unterhandlungen der berühmten Versammlung zu Soissons meistens ein Ende c). Der Kaiser, welcher die Reichsstände zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction bewegen wollte, legte ihnen mittlerweile den Vorschlag der Bundsgenossen, mit seiner Antwort und ihrer Gegenantwort, vor. Er suchte sie, durch die Merkmale seines Eifers für die Rechte des Reichs, zu günstiger Anhörung des Antrages, den er ihnen zu thun gedachte, vorzubereiten. Aber man merkte sein Vorhaben, welches einige Reichsfürsten mehr zu verhindern als zu befördern suchten. Die Reichsstände waren auch, wegen des Rechtes der Erbfolge in den Herzogthümern Jülich und Bergen, und wegen einiger besonderen Streitigkeiten, uneinig; welches von der Wirkung war, daß man keinen einmüthigen Schluß auf die Vorschläge des Kaisers fassen konnte. Der Französische Hof schürte das Feuer der Zwietracht an, und ließ sich, in kurzem, in eine geheime Unterhandlung

z) Berichte der außerordentl. Botsh. MS.

a) Vid. P. WESSLINGII Orat. funebr. in Mem. S. a GOSLINGA.

b) B. LXX. §. XIV.

c) MONTGON Tom. VIII. p. 91, 93.

lung mit August dem Andern, Könige von Polen und Kurfürsten von Sachsen ein, der hiedurch dem Kaiser verbächtigt ward; woraus ein ziemliches Mißvergnügen zwischen den zween Fürsten entstand. Der König von Preussen besuchte um diese Zeit auch den König von Polen, worunter, wie man meynete, eine geheime Unterhandlung über Staatssachen verborgen war. Die Religionsfreitigkeiten, worin der König von Preussen sich stark gemischt hatte, verursachten überdem eine so große Zwietracht unter den deutschen Fürsten, daß auf dem Reichstage die Zeit mit beständigen Zänkereyen zugebracht ward d). Dieses verursachte Verzögerungen, welche den Absichten des Kaisers sehr hinderlich waren.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten zeitig im Frühlinge beschlossen, einen außerordentlichen Gesandten nach Rußland zu schicken. Der Herr Daniel de Dieu, Alt-Schöppe der Stadt Amsterdam, war schon im verwichenen Jahre e) zu dieser Gesandtschaft ernannt worden. Er trat seine Reise im Frühlinge dieses Jahres an f), und kam erst um das Ende des Heumonats nach Moskau g). Die an diesem Hofe unlängst vorgefallene merkwürdige Veränderung gab gegründete Ursache zu vermuthen, daß dieselbe in kurzem seine Maasregeln ändern würde. — Der junge Kaiser, Peter der Andere, war im letztverwichenen Jenner an den Kinderblattern gestorben, etwas über sechs Wochen, nachdem er sich feyerlich mit der ältesten Tochter des Fürsten Alexius Gregorowiz Dolgoruki verlobet hatte. Zufolge dem letzten Willen des Kaisers Peters des Ersten sollte die Krone auf seine Tochter, die Prinzessin Elisabeth, fallen (\*). Aber der Senat oder Reichsrath, worin das Haus Dolgoruki das meiste zu sagen hatte, befand für gut, die Prinzessin Anna, jüngere Tochter des Zaars Ivan Alexiowiz, älteren Bruders des Kaisers Peters des Ersten, zur Kaiserin zu wählen. Friederich Wilhelm, Herzog von Curland, mit welchem sie 1710 vermählet worden war, hatte sie im folgenden Jahre als Wittwe hinterlassen. Sie versprach, bey dem Antritte ihrer Regierung, dem Senat vielen Antheil daran zu geben. Dolgoruki, der dieses bedungen, und der, unter dem verstorbenen minderjährigen Kaiser, das Ruder fast allein in Händen gehabt hatte, gedachte auf diese Weise seine erlangete Gewalt zu behalten, und die Kaiserin, nur dem Namen nach, regieren zu lassen. Aber seine Absicht schlug fehl. Anna Iwanowna war nur wenige Wochen auf dem Throne gewesen, als sie, mit heimlichem Beystande einiger Feinde des Hauses Dolgoruki, zu bewirken wußte, daß die Bedingungen, unter welchen sie die Regierung angetreten hatte, gleichsam auf Ansuchen des Volks, für nichtig erklärt wurden. Der Senat verlorh damit den größten Theil

VII.  
Gesandt-  
schaft der  
Staaten  
nach dem  
russischen  
Hofe.

d) MONTGON Memoir. Tom. VIII. p. 93,  
94. 99-103.

f) Refol. Holl. 9 Febr. 1730. bl. 110.

g) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1730. bl. 210.

e) Refol. Holl. 10 May, 1729. bl. 368.

Jul. - Dec. 1730. bl. 80.

(\*) Dieses ist unrichtig. Peter der Erste hat keinen letzten Willen gemacht, wohl aber seine Gemahlinn und Nachfolgerinn Catharina. Sie hatte darin verordnet, daß, nach dem unerbeyten Absterben des von ihr zu ihrem Nachfolger ernannten Kaisers, Peters des Andern, ihre älteste Tochter Anna, vermählte Herzoginn von Kollstein, und ihre Abkömmlinge, und nach deren Abgange erst ihre zweite Tochter Elisabeth die Russische Krone erben sollte. S. der Kaiserin Catharina Testam. vom 6 May, 1727 Art. VIII. Nach dieser Verordnung hätte also der Erbpriuz von Kollstein, Carl Peter Ulrich, der in seiner 1728 verstorbenen Frau Mutter Anna Stelle getreten war, nach Peters des Andern Tode, zum Throne von Rußland gelangen sollen.

1730.

Theil seines Ansehens. Die Kaiserinn herrschete seitdem mit so uneingeschränkter Gewalt, als irgend einer ihrer Vorfahren. Die solchergestalt in Ungnade gefallenen Doloristi wurden ihrer Würden entsetzt, und in das Elend verwiesen. Einige Jahre hernach hatten die meisten andern dieses Geschlechts ein noch jämmerlicheres Schicksal b). Dem Hofe von Wien war die Veränderung in Rußland gar nicht angenehm. Man befürchtete, daß die Kaiserinn, deren Schwester mit dem Herzoge von Mecklenburg Carl Leopold vermählet war, die Partey ihres Schwagers zu stark gegen den Kaiser nehmen, und daß hieraus eine beträchtliche Kalksinnigkeit in der Freundschaft zwischen den zween Höfen entstehen mögte. Allein die Kaiserinn ließ den Kaiser, kurz nach ihrer Belangung zur Krone, versichern, daß sie den, zur Zeit der Kaiserinn Catharina, mit ihm geschlossenen Vertrag erfüllen würde, und daß er, im Falle eines Krieges, auf den versprochenen Beystand gewisse Rechnung machen könnte; welche Versicherung vieles zu dem Entschlusse des Kaisers, mehrere Truppen nach Italien zu schicken, beygetragen hat i). Der Herr de Dieu, welcher erst an Peter den Andern gesandt war, aber dessen Beglaubigungsschreiben und Verhaltensbefehle, nach dem Absterben dieses Fürsten, welches sich noch vor seiner Abreise von hier ereignete, verändert worden waren, blieb an dem Russischen Hofe bis zum Ende des Sommers 1732, da er auf sein anhaltendes Ansuchen zurückgerückgerufen ward. Er hatte vornemlich, über einen Freundschafts- und Handelsvertrag und über eine neue Zolltolle in dem Russischen Reiche, Unterhandlung gepflogen k), welche aber nicht zur Vollkommenheit gebrungen war. Der Resident Marcetis de Swart schickte im Jahre 1735, einen Entwurf zu einem Vertrage hieher, welchen er dem Grafen von Ostermann übergeben hatte l). Allein man kam nicht zum Schlusse. Der Vertrag schien auch, hier zu Lande, einigen Landschaften nicht nach dem Sinne zu seyn m).

VIII.  
Unterhand-  
lung mit dem  
Könige von  
Marocco.

Muley Abdalah, König von Marocco, hatte, im verwichenen Jahre, seinen Admiral Perez hieher gesandt, um mit den Staaten wegen eines Friedens zu handeln. Man ward auch endlich, im Wintermonate dieses Jahres, über einen Vertrag einig, welcher von beiden Seiten unterzeichnet ward n). Der Gesandte erhielt darauf auch öffentliches Gehör in der Versammlung der General-Staaten. Bald hernach reiste er nach seinem Lande zurück. Aber der König von Marocco wollte den geschlossenen Vertrag nicht bestätigen. Man setzte also den Krieg gegen seine Unterthanen fort o). Im letztvergangenen Augustmonate hatte der Hauptmann Schryver einen Saleischen Raper erobert, und zu Cadix aufgebracht, auch bey dieser Gelegenheit, ein mit Salz geladenes Holländisches Schiff, welches von dem Raper erobert war, befreyet p).

h) MONTGON Tom. VII. p. 384 - 388.  
Europ. Merc. Jan. - Jun. 1730. bl. 38 - 96, 151, 204, 255.

i) MONTGON Tom. VII. p. 481 - 483.

k) Resol. Holl. 19 Sept. 1730. bl. 1133, 28 Apr. 30 May, 27 Jun. 25 Aug. 18 Sept. 7 Dec. 1731. bl. 208, 253, 361, 696, 773, 934. 11 Jan. 24 Febr. 28 Nov. 1732. bl. 14, 44, 256. Briefe des außerordentl. Gesandten de Wien vom 22 Mart. und 5 Apr. 1731. mit den Beylagen.

l) Resol. Gener. Vener. 11 Nov. 1735. Secr. Resol. Holl. 3 Dec. 1735. IX. Deel, bl. 73. Refol. Holl. 21 Dec. 1735. bl. 764.

m) Notul. Zeel. 13, 20 Dec. 1735. bl. 265, 292.

n) Friedens- und Handelsvertr. mit Marocco vom 8 Nov. 1730. Zie Resol. Holl. 15 Sept. 15 Nov. 1730. bl. 790, 1074.

o) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1730. - bl. 256.

p) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1730. bl. 104.

Da der Freybrief der Westindischen Gesellschaft, mit dem Christmonate dieses Jahrs, zu Ende gehen sollte; so befanden die General-Staaten für gut, denselben, im Augustmonate, auf noch dreyßig Jahre zu verlängern, unter der Bedingung, daß die Schiffahrt und der Slavenhandel auf der Africanischen Küste, gegen Bezahlung einer gewissen Abgabe an die Gesellschaft, zufolge einer von ihr entworfenen und von den General-Staaten genehmigten und bestätigten Verordnung, frey gelassen werden sollte. Zufolge dieser Verordnung, wobey Seeland zuerst große Schwierigkeiten gemacht hatte q), sollte ein Schiff, welches über siebenzig Fuß von seinem Vorder- bis zum Hintertheile lang war, und auf fünf und vierzig Last gerechnet ward, drey tausend Gulden bezahlen. Größere Schiffe bezahlten von dem ersten fünf und vierzig Lasten, auch dreytausend Gulden, und für jede der übrigen sechzig Gulden. Unterdeffen war, bey Freylassung der Schiffahrt nach Africa, zwar ausdrücklich verboten, längst, oder auf den in einem Striche von ungefähr sechzig Meilen, von dem Cap Apollonia an, bis zu Rio dela Voltra gelegenen Schloßern, Festungen und Niederlagen der Gesellschaft zu handeln r). Die Gesellschaft wollte den Handel auf diesem Striche Landes allein für sich behalten. Aber im Jahre 1734 befand sie für gut, die Schiffahrt nach diesem ausgenommenen Theile von Africa auch, auf zwanzig Jahre, für jedermann frey zu stellen s).

Die Stände von Holland, welche die mannigfaltigen Veränderungen, die in einer Zeit von hundert Jahren in dem Werthe der Häuser, in den Städten und Dörfern ihrer Landschaft entstanden waren, in Betrachtung zogen, beschloßen in diesem Jahre, die Häuser und Gebäude allenthalben von neuem, zufolge einer Verordnung, die im Maymonate gemacht war, und in kurzem vollstreckt ward, aufzeichnen zu lassen. Die Stände ernannten neun Commissarien, um das Miethgeld eines jeden Hauses aufzuzeichnen, oder zu schätzen; welche sich jedoch hiezu auch anderer Hülfe bedienen konnten t). Diese ganze neue Einrichtung ward in dem Jahre 1732. vollendet. Es ward so dann bestimmt, daß das Süderquartier, in der Zeit von hundert Jahren, in der Zahl und dem Werthe der Häuser zugenommen, das Norderquartier hingegen beträchtlich abgenommen hatte. Aus dem Süderquartiere waren Einhundert sechs und zwanzigtausend achthundert neun und achtzig, und aus dem Norderquartiere sieben und dreyßigtausend fünfshundert drey und siebenzig Nummern von Gebäuden auf die Verzeichnisse der Haussteuer gesetzt worden.

Da der gegenwärtige Papst Benedictus der Dreyzehnte ein neues Amt zur Ehre seines Vorfahren des Papstes Gregorius des Siebenten, der in der römischen Kirche als ein Heiliger verehret ward, auf den 25ten May angesetzt hatte; so verursachte dies verschiedene Bewegungen unter den Römischkatholischen Mächten, und auch hier zu Lande. Wir haben, in einem der vorigen Theile dieser Geschichte, etwas von den Streitigkeiten erwähnt, welche dieser Papst, der in dem eilften Jahrhunderte lebte, mit dem Kaiser Henrich dem Vierten gehabt hatte, und die so hoch gestiegen waren, daß der Kaiser die Stände von Holland verbieten den Römischkatholischen den Gebrauch des für den Papst Gre.

q) Resol. Holl. 3 Febr. 22 Apr. 1730. bl. 53. 309.

s) Zie Groot - Plakaath. VI. Deel, bl. 1414.

t) Resol. Holl. 20 May, 1730. bl. 359. Zie Groot - Plakaath. VI. Deel, bl. 1112, 1114.

r) Zie Groot - Plakaath. VI. Deel, bl. 1401. 1117, 1180.

1730.  
gorius VII  
angeordneten  
neuen Amtes.

Papst den Kirchenbann wider den Kaiser ausgesprochen, ihm die Regierung über das deutsche Reich untersaget; und alle Christen von dem ihm geleisteten Eide entlediget hatte u). Diese That insonderheit ward in dem neuen Amte des Pappstes Gregorius als die löblichste angeführt; und dies war die Ursache, warum man dieses Amt bereits im vorigen Jahre in Frankreich und in Deutschland öffentlich verboten hatte v). In Holland hatte man sich doch unterstanden, es als einen Anfang dem Brevier, welches bey den Katholiken dieser Lande gebräuchlich war, beysügen zu lassen. Allein die Staaten von Holland sahen das Lesen und den Gebrauch eines solchen Amtes der Gewalt der weltlichen Obrigkeit als nachtheilig an, und verboten so wohl den besondern als öffentlichen Gebrauch desselben durch eine Verordnung. Die Priester, welche sich desselben nach diesem bedienen würden, sollten als Störer der gemeinen Ruhe gestraft, und die Kirchen, Kapellen und andere Versammlungsplätze, wo man dieses Amt gebrauchte, auf sechs Monate verschlossen werden. Ferner ward verboten, dies Amt weder hier zu Lande zu drucken, noch gedruckt von andern Orten einzuführen. Es sollte desselben auch in den Brevieren nicht gedacht werden, und dieß alles bey einer Geldstrafe von tausend Gulden w).

Sie fordern  
den katholi-  
schen Prie-  
stern ein neu-  
es Verspre-  
chen der Un-  
terthänigkeit  
ab.

Etwas nachher kam noch eine Verordnung der Stände von Holland heraus, worin befohlen ward, „daß keine Römischkatholischen Priester die geringste priesterliche Amtsverrichtung vornehmen sollten, ehe sie dazu eine schriftliche Erlaubniß von der Obrigkeit der Stadt oder des Ortes, wo sie sich niederzulassen gedächten, bekommen hätten; „daß sie so wohl als alle Priester, die schon in wirklichem Dienste wären, auf ihr priesterliches Wort, an Eides statt, versprechen sollten, daß sie aufrichtig die Meynung derjenigen verabscheueten, welche lehren, daß der Papst oder eine andere geistliche Obrigkeit die Gewalt hätte, die Unterthanen, wegen Kekerrey oder einer andern Ursache, von dem Eide und dem Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit loszusprechen; und daß man denen, die sich in dem Bann oder außer dem Schoosse der Römischen Kirche befänden, keinen Gehorsam schuldig wäre. Ferner sollten sie versprechen, die Glieder ihrer Gemeine, durch ihre Lehre und ihr Beyspiel, zum Gehorsam gegen die Staaten und die Rathsglieder, als ihre rechtmäßige Obrigkeit, zu ermahnen, ohne jemals eine Losprechung von dieser ihrer Verbindlichkeit von dem Pabste oder sonst jemanden zu suchen oder anzunehmen. Sie sollten sich auch verbinden, niemanden anzustiften oder ihm behülflich zu seyn, Geld oder Geldeswerth an einige ausländische Klöster, Kirchen, Pflanzschulen oder andere katholische Stiftungen zu senden oder zu übermachen. Wofern sie, ohne eine solche Erklärung gethan, oder ohne schriftliche Erlaubniß bekommen zu haben, eine priesterliche Amtsverrichtung thäten, so sollten sie für das erste Mal fünf- hundert Gulden Strafe bezaplen, und für das andere Mal überdem ein Jahr lang gefangen gesetzt werden. Uebrigens ward durch diese Verordnung auch festgesetzt, daß hier zu Lande keine andere Priester, als gebohrne Unterthanen des Staats, die von keinem Rünchsorden, und besonders keine Jesuiten wären, zugelassen werden sollten x).“ So sehr befürchteten die Stände von Holland die Einführung einer Lehre, welche sie nicht allein als dem gereinigten Gottesdienste zuwiderlaufend ansahen, sondern wodurch auch

u) S. B. VI. §. XXXV. Th. I. S. 285.

v) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1729. bl. 63.

w) Resol. Holl. 29 Jun. 19 Jul. 20, 21 Sept.

1730. bl. 430, 653, 811, 833. Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 366.

x) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 367.



auch die Unterthanen in der Treue, welche sie der Obrigkeit schuldig waren, wankend gemacht werden konnten.

1730.

Aber kurz vor der Abkündigung dieser Verordnungen hatten sie und die Stände verschiedener andern Landschaften auch Gelegenheit bekommen, gegen ein gefährliches Verderben in den Sitten zu wachen, welches seit einer geraumen Zeit heimlich eingeschlichen, und unlängst fast zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten entdeckt war; ich meyne das unnatürliche Laster der Sodomiterey, deren Entdeckung und Strafe, in diesem und dem folgenden Jahre, hier zu Lande viel Redens machte. Die Vereinigten Landschaften waren, voralters, so wenig als andere Länder von diesem Greuel gänzlich rein geblieben. Aber das Uebel war nicht so gemein gewesen, als es gegenwärtig geworden zu seyn schien; oder man hatte es wenigstens sorgfältiger vor den Augen der Obrigkeit zu verbergen gewußt. Daher war es gekommen, daß man wider das Laster, von welchem wir sprechen, noch keine öffentlichen Gesetze hier zu Lande gemacht hatte; ob man es gleich, von alten Zeiten her, durchgehends mit dem Tode, und gemeinlich mit dem Feuer zu strafen pflegte y). Aber diese Strafe war, in neueren Zeiten, weil das Uebel so schändlich und eben nicht gemein war, öfters heimlich vollzogen worden, außer auf den Kriegsschiffen des Staats, wo man die Schuldigen, wenn sie zuweilen entdeckt wurden, zu ersäufen pflegte. Allein nachdem das Uebel so gemein und fast öffentlich geworden war; so schien es auch eine öffentliche Strafe zu erfordern. Zu Utrecht, wo man es im Anfange dieses Jahres erst entdeckte, wurden einige Schuldige, jedoch erst heimlich in dem Gefängnisse, an Pfählen erwürgt. Aber diese hatten, vor ihrem Tode, auch andere, und so gar Einwohner der andern Landschaften angegeben. Hierauf folgte eine allgemeine Untersuchung in den vornehmsten Städten von Holland und in andern Landschaften. Sie und da, und unter andern in dem Haag und zu Amsterdam, geriethen einige in das Gefängniß. Viele andere entgingen demselben durch die Flucht. Es entdeckte sich in kurzem, daß Leute von allerley Stände, Rang und Religion von diesem Uebel angesteckt gewesen waren, und auch solche, die durch ihre ansehnliche Aemter in der Kirche und in dem Staate Gegenstände der gemeinen Hochachtung billig hätten gewesen seyn sollen. Im Anfange des Brachmonats, wurden in dem Haag sieben solcher Missethäter öffentlich aufgehängt, und hernach die Körper zweener derselben zu Asche verbrannt, die Laster's fünf andern aber in die See geworfen. Eben solche Strafe ward daselbst etwas hernach an fünf andern vollzogen. Zu Amsterdam wurden, noch im Brachmonate, zween Schuldige erwürgt, und mit Stroh in dem Gesichte gebrannt; zween andere mit dem Kopfe unterwärts in eine Tonne mit Wasser gesteckt und erstickt, und die Leichen mit einem schweren Gewichte an den Weinen in das V versenket. Im Herbstmonate ward noch einer erwürgt und in die See geworfen. Zu Rotterdam wurden drey erwürgt, und nachdem sie im Gesichte mit Stroh gebrannt waren, in der See versenket. Zu Delft wurden gleichfalls drey mit dem Galgen gestraft, und auch in das Meer geworfen. Zu Harlem ward einer eben so gestraft. In andern Holländischen Städten sah man auch verschiedene Schuldige zu eben dieser Strafe verurtheilet. Zu Kampen und zu Zwolle in Overysseel wurden gleichfalls fünf oder sechs Personen erwürgt oder gehangen und un-

C 3

ter

y) Sentent. Bock van den Hove *gequot.* schichte B. XIII. §. V. Th. II. S. 144. G. f. 115. Id. D. 10. f. 97. und in dieser Ge-

1730.

ter den Galgen begraben. In gedachter erster Stadt ward einer, den man für weniger schuldig hielte, mit dem Strick um den Hals gezeißelt und gebrandmarkt, und hernach aus dem Lande verwiesen. In andern Städten wurden, zu dieser Zeit und hernach dergleichen Strafen mehr als einmal vollzogen; aber wir halten es für unnöthig, davon besondere Meldung zu thun. Nur merken wir noch mit einem Worte an, daß in dem folgenden Jahre, zu Zuidhorn in den Ommelanden, ein und zwanzig Personen auf einmal, wegen Sodomiterey, zum Tode gebracht worden seyn. Der Herr Nepsche van Saan, damaliger Richter von Oesterdeel-Langewold, worunter Zuidhorn gehört, ist unlängst in öffentlichen Schriften schwer beschuldigt worden, daß er in dieser strengen Bestrafung die Maaße des Rechts überschritten hätte. Allein man hat diese Beschuldigung nur auf dasjenige gegründet, was von Seiten der Verurtheilten an das Licht gestellt ist, ohne daß man eine Menge Urkunden, die zur Vertheidigung des Herrn van Saan angeführet sind, gebraucht zu haben schiene: welches alles leicht gezeigt werden könnte, wenn nicht die Sache zu sonderbar wäre, als daß man sich in einer allgemeinen Geschichte unsers Vaterlandes weitläufig dabey aufhalten könnte; wiewohl die Folgen, welche dieses gerichtliche Verfahren gehabt hat, uns nöthigen werden, in dem folgenden Buche noch etwas davon zu melden. Unterdessen wurden die verdächtigen Geflüchteten

Die verdächtigen Geflüchteten suchten allenthalben, in großer Anzahl, öffentlich vorgeladen, und diejenigen, die auf die dritte oder vierte Vorladung nicht erschienen, auf immer aus dem Lande verbannt. In Holland geschah dieses, zufolge einer ausführlichen Verordnung der Stände, welche, auf Ansuchen des Gerichtshofes 2) gemacht, und am 21sten des Heumonats unterzeichnet worden war. Durch diese Verordnung ward auch festgesetzt, „daß das Laster der Sodomiterey, künftig, allezeit öffentlich und mit dem Tode gestraft werden; die Art der Todesstrafe aber dem Richter überlassen bleiben sollte. Daß diejenigen, die andere zu diesem abscheulichen Laster verführet, oder ihre Häuser zu Ausübung desselben vermietet hätten, wenn sie gleich selbst des Lasters nicht schuldig befunden würden, auch mit dem Tode gestraft, daß die Körper der Gestraften verbrannt oder in die See geworfen, oder auf dem Gerichtsplatze, als des Begräbnisses unwürdig, aufgehängt; und daß die gegen die Geflüchteten ausgesprochenen Urtheile an dem gewöhnlichen Orte, angeschlagen werden sollten a).“ Die strenge Vollstreckung dieser Verordnung ist Ursache gewesen, daß man nachher, hier zu Lande, viel weniger von dem Uebel, welches man dadurch zu hindern suchte, gehört hat. Unterdessen streuete man von dem hiesigen gerichtlichen Verfahren verschiedene erdichtete und nachtheilige Gerüchte außerhalb Landes aus, besonders in England, wohin einige der Geflüchteten sich begeben hatten. Dies ging so weit, daß die Staaten davon Kenntniß nahmen, und dagegen wachten b). Man rathschlugete, um diese Zeit, auch bey den Staaten über die Einziehung der Güter der Schuldigen und Geflüchteten. Aber die meisten erklärten sich dagegen. Diese Rathschlagungen gaben in kurzem Anlaß zu einem Schlusse c), welcher mit Rathe beider Gerichtshöfe gemacht, und zufolge welchem alle Einziehungen der Güter, aus welcher Ursache es auch seyn mögte, das Verbrechen der Verrätherey und der beleidigten Majestät selbst

Die Einziehung der Güter wird in Holland abgeschafft.

2) Resol. Holl. 14 Jun. 7, 21 Jul. 1730. bl. 430, 436, 666.

a) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 604.

b) Resol. Holl. 7, 21 Jul. 1730. bl. 490, 663.

c) Zie Decis. en Res. van den Hove, gedr. 1751. bl. 150.

selbst nicht ausgenommen, für das künftige, in Holland abgeschafft wurden d). Man merkte an, daß die Einziehungen, hier zu Lande, allezeit verhaßt gewesen wären, und zu vielen Streitigkeiten Gelegenheit gegeben hätten. Sie waren auch schon vorlängst als etwas, das mit der Freyheit nicht bestehen könnte, angesehen worden e). Man ward also durch diese Gründe, und vielleicht auch durch das besondere Anliegen einiger Personen, bewogen, eine alte und beschwerliche Gewohnheit aufzuheben. Die Stände von *Nach in See* *Sceland* folgten, in kurzem, dem Beyspiele deren von Holland, und schaffeten die Land-Einziehung der Güter schlechterdings ab f).

1730.

Der Spanische Hof war sehr unwillig über das Zaudern der Bundesgenossen, welche die Jahreszeit ganz hatten vergehen lassen, ohne zur Ueberschiffung der Spanier nach Italien ernstlich die Hand zu bieten, und sandte daher, um das Ende des Sommers, den Marquis de Castelar nach Frankreich, um den Cardinal von Fleury zu andrerer Maaßregeln gegen den künftigen Frühling zu bewegen g). Der Cardinal maach, in einer geheimen Unterredung mit dem Marquis, alle Schuld dem Könige von Großbritannien und den Staaten der Vereinigten Niederlande bey. „Es läge, sagte er, nicht an dem Französischen Hofe, daß man den Kaiser nicht durch die willigung in die Ueberschiffung der Spanier nöthigte.“ Und um den Marquis de Castelar desto besser zu überzeugen, ließ er durch den Grafen von Broglio zu London, und durch den Marquis de Genelon in dem Haag kräftige Vorstellungen thun, um den König Georg und die Staaten zu Ergreifung mutzigerer Entschlüsse gegen den Kaiser zu bereben h). Genelon stellte den Abgeordneten der Staaten am 4ten des Christmonats vor, „daß, da der König sein Herr, wider Vermuthen, den gemeinen Frieden noch nicht befestiget sähe, er ihm befohlen hätte, sie zu ermahnen, sie sich zu dem Kriege bereiten mögten, welcher durch die Unbiegsamkeit des Hofes von Wien endlich unvermeidlich schiene. Das Verzögern und Nachgeben hätte diesen nur aufgeblasener gemacht. Es würde den Staaten auch unvergessen seyn, daß die Absigung des Französischen Hofes ihnen, wie friedfertig sie auch seyn mögten, oft Gelegenheit gegeben hätte, demselben vorzustellen, daß man sich durch eine solche Gesinnung, wie billig sie auch in sich selbst wäre, nicht zu weit verleiten lassen müßte. Die Zeit wäre nun gekommen, daß der König, sein Herr, mit eben dem Eifer die Waffen ergreifen könnte, als er sie zuvor zu vermeiden gesucht hätte; nicht zu Beförderung seiner eigenen Angelegenheiten, sondern der Angelegenheiten seiner Bundesgenossen, und namentlich der Staaten: die gewiß keinen Vortheil von irgend einem Bündnisse erwarten könnten, wenn der Sevilische Vertrag nicht vollzogen oder verleset würde. Es wäre also hohe Zeit, daß man zusammen Mittel, die gemeinschaftlichen Bemühungen kräftig zu machen, festsetzte. Er gestünde zu, daß diese Mittel nach den Kräften eines jeden der Bundesgenossen eingerichtet werden müßten. Allein über dieses Verhältnis wollte er mit den Staaten Unterhandlung pflegen, und ihnen die Entwürfe seines Herrn vorlegen: weil Frankreich den Staaten in allem, und besonders in dem Handel, Genugthuung zu verschaffen

d) Resol. Holl. 1 May, 1732. bl. 242.

f) Notul. Zeel. 1 Nov. 1734. bl. 424. 16 Dec. 1735. bl. 275.

e) Zie HEEMSKERK Batav. Arcadia, bl. 358. enz.

g) Berichte der außerordentl. Botshsch. MS. h) MONTGON Tom. VIII. p. 281 - 284.

1730.

„schaffen suchte. Unterdessen verlangte der König, daß diese seine Erklärung in den Registern der Staaten angezeichnet würde, und darin als ein immerwährendes Denkmaal seiner Uneigennützigkeit bliebe. Er erwartete auch, daß Ihre Hochmögenden ihn in den Stand setzen würden, Seine Majestät von den Mitteln zu unterrichten, welche man hier zu bewerkstelligen nöthig achtete, um den Sevillischen Vertrag zu vollziehen, und den Hof zu Wien zur Erkenntniß zu nöthigen, daß er sich selbst den ungemächlichen Zustand, worin er sich befände, bezumessen hätte i).“

Kaltsinnigkeit der Staaten.

Aber auf diese eifrige Vorstellungen erfolgten, so wohl zu London als in dem Haag, kaltsinnige und verzögernde Antworten. Die Staaten gaben zu verstehen, „daß alle Mittel einer gütlichen Unterhandlung an dem Wiener Hofe noch nicht angewandt wären; daß man sich derselben noch eine Zeitlang bedienen, und den Ausgang mit Geduld abwarten müßte.“ Der Marquis de Castelar, der sich ganz was anders von dem

Spanien erklärt sich von der Verbindlichkeit des Sevillischen Vertrages besreyet.

Marquis de Castelar, der sich ganz was anders von dem Eifer zum Kriege, den der Cardinal gezeiget, versprochen hatte, that endlich, auf ausdrücklichen Befehl des Spanischen Hofes, den Ministern von Frankreich, Großbritannien und des Staats zu Paris, am 25ten Jenner des Jahres 1731, eine Erklärung dieses Inhalts: „daß der König, sein Herr, gleich nachdem der Kaiser sich gewiebert hätte, in die in dem Sevillischen Vertrage wegen der Ueberführung der sechstausend

1731.

Spanier festgesetzten friedfertigen Maaßregeln zu willigen, nicht ohne Befremdung die unerwartete Unentschlossenheit in der Vollziehung dieses Vertrages gesehen hätte. Daß Seine Katholische Majestät hierauf ihn, Marquis von Castelar, nach Frankreich gesandt hätte, um ernstlich auf die unverweilte Erfüllung desjenigen, was in dem Sevillischen Vertrage versprochen wäre, zu dringen. Daß er sich hiemit, seit dem letztvergangenen Weinmonate, beschäftigt hätte; aber daß seine Bemühungen vergebens gewesen wären. Daß man so gar willkürliche Auslegungen über den Sevillischen Vertrag zu machen anfinge, und daß die Minister der Bundsgenossen unter sich verabredet zu haben schienen, durch eine beständige und gefährliche Verzögerung zu zeigen, wie ungeneigt sie wären, diesen Vertrag, und vornehmlich den sechsten geheimen Artikel desselben, in die Erfüllung zu bringen. Daß die Würde des Königs nicht verstattete, nachdem er sich nun länger als ein Jahr hätte aufhalten lassen, Gelegenheit zu fernerer Verzögerung zu geben. Daß er sich daher von aller Verbindlichkeit, die er durch den Sevillischen Vertrag übernehmen hätte, gänzlich entlediget erklärte, und folglich vollkommenere Freyheit bezielte, eine solche Partey zu ergreifen, die er seinen Angelegenheiten am gemäßeften erachten würde. Daß er, Botschafter, sich auch von nun an aller Unterhandlungen enthalten, und nur an dem Französischen Hofe bleiben würde, um die letzten Befehle, womit der König, sein Herr, ihn zu beehren geruhen würde, abzuwarten k).“

Man macht sich einander Vorwürfe wegen Verzögerung der Ueberföhrung

Nach dieser solchergestalt geschenehen Erklärung gaben die Minister der Bundsgenossen sich, nach Gewohnheit, einander die Schuld wegen der verzögerten Vollziehung des Sevillischen Vertrages. Die Franzosen schrieben allen Verzug auf Rechnung Großbritannien und der Staaten. Diese hingegen erwiederten, daß die vereinigte Flotte Großbritannien und der Staaten lange zu Spithhead segelfertig gelegen hätte, und daß

i) ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 5.

Suppl. au Corps Dipl. Tom. III. P. II.

k) Berichte der außerordentl. Botsch. MS. p. 287.

Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 8.

daß das Auslaufen derselben bloß durch den Französischen Hof aufgehalten worden wäre. 1731.

Mittlerweile beförderte die Erklärung des Marquis de Castelar die Schließung eines Vertrages zwischen dem Kaiser, Großbritannien und den Staaten, worüber man seit einiger Zeit geheime Unterhandlungen angestellt hatte. sion der Spanischen Truppen.

Der König von Großbritannien, der so wohl, als die Staaten einsah, daß XII. das Haus Bourbon in kurzem zu mächtig in Italien werden würde, wosern man die Georg II. alten Maaßregeln nicht wieder annähme, und sich näher mit dem Kaiser verbände, hatte den Herrn Thomas Robinson nach Wien gesandt, um wegen eines neuen Vertrages zu handeln. Man hielt diese Unterhandlung jedoch vor dem Französischen Hofe sehr geheim, gab aber dem Spanischen einige Kenntniß davon, und ließ der Königin insonderheit vorstellen, daß man den Kaiser zur Einwilligung in die Ueberschiffung der Spanier würde bewegen können, wenn man, ohne Frankreich, welches zur Uebernehmung der Gewährleistung der Pragmatischen Sanction nicht zu bringen wäre, mit ihm einen Vergleich schließen wollte. Der Kaiser, welcher sich das von Großbritannien und den Staaten bezeugte Verlangen zur Unterhandlung zu nütze machen wollte, suchte die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu einer Bedingung des künftigen Vertrages zu machen. Frankreich hatte diese Gewährleistung abgelehnt <sup>1)</sup>, und blieb also von der Unterhandlung ausgeschlossen. Aber Spanien hatte sie bereits im Jahre 1725 übernommen: wesswegen man diese Krone leicht zu einem näheren Vergleiche mit dem Kaiser zu bereuen hoffete, wenn die Ueberführung der Spanier dadurch festgesetzt würde. Allein man machte zu Wien wegen dieser Ueberführung noch Schwierigkeiten. Der Großbritannien nun, um den Kaiser zu einem Entschlusse zu bringen, verabredete darauf, wie man sagt, heimlich mit dem Spanischen, daß der Marquis de Castelar die Erklärung, deren wir oben gedacht haben, thun sollte. So bald dieselbe geschehen war, merkte man zu Wien, daß der Kaiser, wenn er einen Vergleich schließen wollte, endlich in die Ueberführung der Spanier würde willigen müssen <sup>m)</sup>. Allein der Tod des Herzogs von Parma, der sich am 20sten Jenner ereignet hatte, hielte die Entschließung von Parma des Kaisers noch einige Wochen auf. Man streuete, gleich nach dem Absterben des Herzogs, aus, daß seine Witwe, seit drey Monaten schwanger wäre. Der Graf Borromeo, kaiserlicher Bevollmächtigter in Italien, schickte ohne Verzug einige Truppen ab, welche Parma und Piacenza besetzten, und zwar, wie öffentlich erklärt ward, im Namen des künftigen Nachfolgers, des Infanten Don Carlos, wosern die Herzogin nicht mit einem Prinzen niederkäme <sup>n)</sup>. Aber dieser Schritt erweckte einen Argwohn an dem Spanischen Hofe, und brachte den König und die Königin desto leichter zu dem Entschlusse, die Angelegenheiten des Infanten der geheimen Unterhandlung des Königs von Großbritannien gänzlich anzuvertrauen <sup>o)</sup>, welche auch einen so guten Fortgang hatte, Der Wiener, daß endlich am 1sten März zu Wien, zwischen dem Kaiser und Großbritannien ein Vertrag geschlossen ward, worin jedoch die Staaten der Vereinigten Niederlande als eine Hauptpartey genannt waren. Der Inhalt desselben war dieser: „Die vorigen Kaiser und Großbritannien, so weit sie durch diesen nicht verändert waren, wurden bestätiget. Man ver-  
„sprach

1) Berichte der außerordentl. Botsch. vom Febr. Abv. Jul Aug. 1730. MS.

m) MONTGON Tom. VIII. p. 319-325. VIII. Theil.

n) Berichte der außerordentl. Botsch. Febr. 1730. MS.

o) MONTGON Tom. VIII. p. 326-330. 2

1731.

wird geschlossen.  
Inhalt desselben,

und der besondern Artikel und Erklärungen.

„sprach sich untereinander in seinen Rechten und Besitztümern zu erhalten. Großbritannien und die Staaten übernahmen die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction des Kaisers, und versprachen seiner ältesten Tochter, in Ermangelung der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten zu versichern. Der Kaiser erklärte sich dagegen, daß er sich der friedlichen Ueberschiffung der sechstaufend Spanier nach Toscana, Parma und Piacenza nicht widersetzen, und hiernächst auch alle Schiffe nach Indien aus den Oesterreichischen Niederlanden und aus allen andern Ländern, die zur Zeit Carls des Andern zur Spanischen Monarchie gehörte hatten, von nun an, auf immer aufhören lassen, und die Ostindische Gesellschaft, welcher nur noch zwey Schiffe, für ein einziges Mal nach Ostindien zu schicken, vorbehalten seyn sollte, auf immer aufheben wollte. Man würde sich wegen einer Zollrolle in den Oesterreichischen Niederlanden unter einander vergleichen, und dazu Commissarien, die in zween Monaten zu Antwerpen zusammen kommen sollten, ernennen. Diese sollten auch dasjenige, was aus den Verträgen von 1715 und 1718 noch abzu thun übrig wäre, und zwar in der Zeit von zween Jahren belegen. Die Verträge, welche die schließenden Mächte unter sich, oder mit andern Mächten gemacht hätten, sollten gültig bleiben, so weit sie mit diesem nicht stritten. Großbritannien und den Vereinigten Niederlanden sollte der Handel nach Sicilien, auf den Fuß als zur Zeit Carls des Andern, verstatet seyn. Alle diejenigen, die innerhalb sechs Monaten nach der Befräftigung dieses Vertrages, die in sechs Wochen geschehen sollte, von der einen oder andern der schließenden Mächte würden vorgeschlagen werden, sollten, mit gemeinschaftlicher Einwilligung, darin aufgenommen werden.“ Dem Vertrage waren noch zween abgesonderte Artikel und vier Erklärungen beigefügt. In den ersteren war verabredet, „daß, wosfern der Kaiser von den Türken angegriffen würde, der ihm in dem Vertrage versprochene Beystand nicht Statt haben sollte. Daß, da die Staaten ihren Gesandten zu Wien noch nicht zu Annehmung dieses Vertrages hätten bevollmächtigen können, der Kaiser und der König von Großbritannien alle ihre Bemühungen anwenden sollten, um sie zu bewegen, daß sie als eine Hauptpartey demselben beitreten mögten.“ Der Inhalt der Erklärungen war, „daß Großbritannien und die Staaten, bey der durch den Sewilischen Vertrag, dessen Artikel den kaiserlichen Ministern vorgelegt wären, verabredeten Uebersführung der Spanier nach Italien nicht die Absicht gehabt hätten, etwas zu bestimmen, das der Sicherheit der übrigen kaiserlichen Staaten in Italien, oder dem londonschen Vertrage vom Jahre 1718 zuwider wäre. Daß, ungeachtet des unvermutheten Todes des Herzogs von Parma, Antonio Sarnese, und der vermeyneten Schwangerschaft seiner nachgelassenen Witwe, alles was in diesem Vertrage wegen der Uebersführung der Spanier festgesetzt wäre, Statt haben, und der Infant Don Carlos unmittelbar in den Besitz des gedachten Herzogthums gesetzt werden sollte, wenn die Hoffnung der Schwangerschaft der Herzoginn verschwinden, oder wenn sie eine Prinzessin zur Welt bringen mögte: in welchen Fällen, und so gar auch, wosfern die Herzoginn einem Sohn zur Welt brächte, der Kaiser alsbald seine Truppen aus Parma und Piacenza zurückrufen wollte. Daß jedoch die Spanischen Besatzungen aus Toscana, Parma und Piacenza abgeführt werden sollten, so bald der Infant Don Carlos, oder der in sein Recht tretende, in dem ruhigen Besitze der Herzogthümer besessiget seyn würde. Daß, da die Staaten der Vereinigten



„Niederlande öfters die Erklärung gethan hätten, daß, ob sie gleich an den Ostfrisischen Sachen Theil nähmen, sie jedoch niemals einige Eingriffe in die Rechte des Reichs zu thun Willens gewesen wären, Seine Kaiserl. Majestät gleichfalls versichern wollte, daß die der Stadt Embden und ihrem Anhange ertheilte allgemeine Vergebung in ihrer Kraft bleiben; daß die Beschwerden der Embdenen auf das eiligste untersucht, und nach den Vergleichen, Verträgen und Ausprüchen, die das besondere Recht von Ostfrisland ausmachten, abgethan werden sollten; nur daß Vergleiche davon ausgenommen würden, welche von den Vorfahren des Kaisers für ungültig erklärt waren, oder wodurch die höchsten Rechte des Reichs verletzt würden; daß die von Embden wieder auf den Versammlungen der Landstände zugelassen, und daß endlich die Streitigkeiten wegen der von den Widerspenstigen zu leistenden Vergütung des Schadens, von Seiner Kaiserl. Majestät gütlich beigelegt werden sollten p).“

Man bekam, so gleich nach der Unterzeichnung dieses Vertrages, die Nachricht davon an dem Französischen Hofe, wo man zuvor nichts mit Gewißheit von der Unterhandlung gewußt hatte. Die Schließung desselben veränderte die Natur der Unterhandlungen, die zu Soissons angefangen, und an dem Französischen Hofe fortgesetzt waren, auf einmal dergestalt, daß der Gesandte zurgronje, der bisher noch in Frankreich geblieben war, gleich nach dem Empfange dieser wichtigen Neuigkeit, im Anfange des Aprils, nach dem Haag zurückreisete q). Und nun konnte man erst die Versammlung zu Soissons, aus welcher die Verträge von Sevilla und Wien entstanden waren, für gänzlich geendiget achten.

Der Kaiser und der König von Großbritannien benachrichtigten die Staaten von dem geschlossenen Vertrage, durch ihre außerordentlichen Gesandten, Franz Menzel, Grafen von Sinzendorf, und Philipp, Grafen von Chesterfield, und ersuchten sie, daran als eine Hauptparthey Theil zu nehmen r). Der Graf von Sinzendorf merkte insbesondere an, „daß hiedurch die alte und genaue Freundschaft zwischen dem Kaiser, Hauptparthey dem Könige von Großbritannien und den Staaten als vollkommen wieder hergestellt angesehen werden könnte.“ Die ohne Vorwissen der General-Staaten geschene Schließung des Vertrages entschuldigeten beide Gesandten bestmöglich, und führten an, daß dieses nöthig gewesen wäre, um die Unterhandlung desto besser geheim zu halten s). Unter dessen ist höchst wahrscheinlich, daß einer oder zween der vornehmsten Bedienten des Staats, und vielleicht auch einige wenige Glieder der Regierung von der Unterhandlung zu Wien Nachricht gehabt haben. Die General-Staaten beschloßen so gleich den Vertrag, wovon ihnen eine Abschrift übergeben war, den besonderen Landschaften zuzusenden. Sie schrieben auch den Ständen derselben, unter dem 7ten April, „daß der Graf von Chesterfield ihnen die Erklärung gethan hätte, daß der König von Großbritannien, als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, einen besondern Vertrag mit dem Kaiser gemacht, und darin versprochen hätte, auch als solcher, über die Pragmatische Sanction

XIII.

Die Staaten werden er-  
sucht demselben als eine  
Hauptparthey beizutreten.

Der Wiener Vertrag wird den besonderen Landschaften, mit einem ausführli-

Z 2

„Sanction

p) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 288. 293. ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 13. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1731. bl. 168.

q) Berichte der außerordentl. Botsch. Dec. 1730. Jan. 1731. MS.

r) Résol. Gener. Sabb. 5 May, 1731.

s) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 99.

1731. „Sanction die Gewähr zu leisten.“ Sie ersuchten ferner die besondern Stände, daß sie über den Beytritt zu dem Wienischen Vertrage rathschlagen mögten, und merkten den Schreibern der General-Staaten zugesandt, „daß sie nichts so sehr wünschten, als die Befestigung des allgemeinen Friedens, wovon auch der Friede des Staats abhänge, und die Abstellung der Beschwerden, welche den Staat bewogen hätten, den Verträgen von Hannover und Sevilla beizutreten; ohne daß man sich in einen kostbaren und ungewissen Krieg einzulassen nöthig hätte. Daß sie diesen Endzweck gerne erreicht sehen würden, ohne dem Wienischen Vertrage beizutreten, woraus dem Staate gewiß auch Beschwerlichkeiten zuwachsen könnten: aber daß hiezu kaum eine Möglichkeit vorhanden wäre. Daß sie daher die Bundesgenossen ersuchten, wohl zu überlegen, ob die Beschwerlichkeiten, die aus dem Beytritte zu dem Wienischen Bündnisse entstehen könnten, so groß wären, daß man, um dieselben zu vermeiden, die Vortheile ablehnen müßte, die durch diesen Vertrag erworben werden könnten. Daß sie die Untersuchung der besondern Artikel des Vertragsges den Bundesgenossen überließen; aber daß sie nicht umhin könnten, über das allgemeine Versprechen der Gewährleistung, die darin gefordert würde, und besonders über die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction, wobey die größte Schwierigkeit zu seyn schiene, anzumerken, 1. daß der Barrierevertrag, welcher durch den Wienischen Vertrag bekräftiget wäre, den Grundsatz enthielte, daß die Oesterreichischen Staaten in einer Hand bleiben sollten, und daß der Staat schon verbunden wäre, denjenigen Theil von des Kaisers Ländern, der zuerst angegriffen würde, zu vertheidigen; 2. daß die Staaten auch beschlossen hätten, dem vierfachen Bündnisse von dem Jahre 1713 beizutreten, wodurch man sich zu einer viel weitläufigern Gewährleistung würde haben verbinden müssen; daß solches zwar unter gewissen Bedingungen geschehen seyn würde; aber daß diese Bedingungen mit den gegenwärtigen Sachen nichts gemein hätten, und daß die Staaten, um sich aus der Verwirrung, worin man sich befände, zu ziehen, noch unlangst beschlossen hätten, dem Kaiser über den Besitz seiner Italienischen Länder die Gewähr zu leisten; 3. daß die Absicht der Gewährleistung, die darin bestünde, daß die Oesterreichischen Staaten in einer Hand blieben, und dadurch das Gleichgewicht in Europa erhalten würde, sehr wohl mit dem großen Anliegen des Staats und mit den letzten Friedensverträgen übereinkäme; 4. daß eben so, als die Staaten dem Kaiser die Gewährleistung versprochen, der Kaiser dieses Versprechen auch den Staaten that; welches für sie, wegen des großen Einflusses, welchen er auf die Verathschlagungen der Fürsten und Stände des deutschen Reichs hätte, von großem Gewichte seyn müßte; 5. daß endlich das Versprechen der Gewährleistung in einem ungewissen künftigen Falle weniger erheblich zu seyn schiene, als die gegenwärtige Verwirrung der Sachen, die, nach Ablauf der in den vorläufigen Artikeln bestimmten sieben Jahre, vielleicht noch größer werden könnte, wosern man sich nicht vorher mit dem Kaiser vergliche, wozu ohne die gedachte Gewährleistung kein Mittel zu seyn schiene. Bey dem Vertrage überhaupt wäre noch anzumerken, daß, gleichwie man der Krone Spanien, zufolge dem vierfachen Bündnisse und dem Sevillischen Vertrage, Genugthuung verschafft hätte, darin nichts enthalten wäre, welches Frankreich beträfe, oder wodurch es sich beleidiget achten könnte; welche Anmerkung von desto größerer Wichtigkeit wäre, als man, ungeachtet der Versöhnung mit dem Kaiser, Frankreichs Freundschaft niemals zu sorgfältig zu unterhalten bemühet seyn könnte. Alles dieses ersuchten sie

„die

„die Bundesgenossen, in ihren besonderen Versammlungen, in gehörige Erwägung 1731.  
zu ziehen t).

Dieses Schreiben stellet die Schwierigkeiten, welche die Staaten, bey Annehm- XIV.  
ung des Wienischen Vertrages finden konnten, deutlich vor. Die Gewährleistung der Annernun-  
Pragmatischen Sanction des Kaisers konnte sie, mit der Zeit, leicht in Krieg verwi- gen über den  
keln, und es schien zugleich, daß der Französische Hof sie übel nehmen würde, weil dem Wienischen  
selben an der Vertheilung der Verlassenschaft des Kaisers, wodurch die Macht des Hau- Vertrag, in  
ses Oesterreich beträchtlich geschwächt werden mußte, gelegen war. Es war auch zu Aufhebung  
des Staats.  
vermuthen, daß einige Deutsche Fürsten, die auf die Oesterreichische Erbschaft Ansprüche  
machten, es ungerne sehen würden, daß die Staaten über eine Einrichtung die Gewähr-  
leistung übernähmen, wodurch ihre Ansprüche auf diese Erbschaft unfähig gemacht wür-  
den. Allein auf der andern Seite hatten die Staaten gleichfalls Gründe, das Gleichge-  
wicht zwischen den Häusern Oesterreich und Bourbon, durch die Gewährleistung der  
Pragmatischen Sanction, zu erhalten. Der Lauf der gemeinen Sachen hatte sie ge-  
nötiget, in die Ueberschiffung der sechstausend Spanier zu willigen, wodurch die Macht  
des Hauses Bourbon in Italien größer ward, als sie sonst gewesen war. Es war also  
nicht unbillig, auch dafür zu sorgen, daß das Haus Oesterreich, nach dem Absterben  
des Kaisers, nicht geschwächt würde; welches am besten, durch die in dem Wienischen  
Vertrage festgesetzte Gewährleistung der Pragmatischen Sanction geschehen konnte u).  
Ueberdem versicherte sie dieser Vertrag der Aufhebung der Ostendischen Gesellschaft, wor-  
auf sie, seit einigen Jahren, stark bestanden hatten; und die Ostfriesische Sache ward,  
durch eben den Vertrag, auf einen Fuß gesetzt, womit sie billig zufrieden seyn konnten v).  
Die Gründe für den Beitritt zu dem Wienischen Bündnisse schienen also, nach dem Er-  
messen der General-Staaten, wichtiger, als die Gründe für das Gegentheil zu seyn.  
Gleichwohl zauderten die Provinzen, insonderheit diejenigen, welche kein großes Anliegen  
bey dem Handel hatten, noch einige Monate, ehe sie einen Schluß faßten; wozu ihnen  
die Furcht, Frankreich zu mißfallen, einen guten Vorwand gab.

Der Cardinal von Fleury hatte jedoch, nachdem er von dem zu Wien geschlos- Unwille des  
senen Vertrage unterrichtet worden, sich angestellt, als ob er diesen Schritt der Bundes- Französi-  
genossen Frankreichs, mit Gleichgültigkeit, und so gar mit Vergnügen, ansähe. Aber schen Hofes.  
man hatte auf den Französischen Hof und ihn einen Verdacht, daß von dieser Seite einige  
gedruckte Schriften ausgestreuet wären w), die einzig und allein eingerichtet zu seyn schie-  
nen, um einen Argwohn gegen Großbritannien zu erwecken, und den Staaten den Wie-  
nischen Vertrag zuwider zu machen x). Unter andern, ward ihnen in diesen Schriften,  
als eine Schwierigkeit vorgestellt, daß, da sie Frankreich erzürnet hätten, sie, so gar  
in Vereinigung mit Großbritannien, nicht vermögend seyn würden, den Kaiser zu Er-  
füllung seines zum Vortheile des Infanten Don Carlos gethanen Versprechens zu nöthi-  
gen.

§ 3

t) Schreiben der General-Staaten vom 7  
Apr. und 2 Jun 1731. *Voyez* ROUSSET  
Recueil, Tom. VI. p. 176.

v) *Seconde Lettre dans le dit Recueil*,  
Tom. VI. p. 79.

w) *Voyez* ROUSSET Recueil Tom. VI.  
p. 84, 101, 113.

u) *Voyez* Lettre de D. M. à L. C. D. dans  
le Recueil de ROUSSET Tom. VI. p. 64.

x) MONTGON Tom. VIII. p. 330, 331,  
336.

1731.

gen. Allein der Ausgang lehrete bald, wie ungegründet diese Schwierigkeit war. Es blieben diese Schriften auch nicht von Seiten derjenigen unbeantwortet, die hier zu Lande den Beytritt zu dem Wienischen Vertrage zu befördern suchten y). Aber einige melden, daß der Cardinal von Fleury, der sich, seit einer geraumen Zeit, viele Freunde in dem vereinigten Staate, zu verschaffen gewußt hatte, bewirkt habe, daß einige Glieder der Regierung von einer Zeit zur andern, so viele Schwierigkeiten gegen den Vertrag machten, daß es bis in das folgende Jahr dauerte, ehe die Staaten den Schluß faßten, demselben beizutreten z). Man wußte auch, ungeachtet der Gleichgültigkeit, welche der Französische Hof äußerlich zeigte, sehr wohl, daß man daselbst den Wienischen Vertrag als eine offenbare Verletzung des Sevillischen ansah, und dieselbe den Engländern zur Last legte a)

Freude an dem Spanischen Hofe über den Wienischen Vertrag.

Unterdessen ward die Nachricht von Schließung dieses Vertrages, mit großer Freude am Spanischen Hofe empfangen. Der König und die Königin sahen endlich, wie viel der König von Großbritannien über den Kaiser vermogte. Sie gaben alsbald dem Herzoge von Liria, der nach seiner Zurückkunft aus Rußland, sich igo zu Wien aufhielt, den Befehl, nebst dem Englischen Gesandten Robinson an einem neuen Vertrage zwischen dem Kaiser, Spanien und Großbritannien zu arbeiten. Der Cardinal von Fleury machte viele vergebliche Bewegungen, um den Spanischen Hof von dieser Unterhandlung abzugiehen. Der König von Spanien hatte, so bald ihm der Wienische Vertrag vorgezeigt worden war, dem Marquis de la Paz aufgetragen, nebst dem Englischen Gesandten Keene, eine Erklärung zu unterzeichnen, wodurch die im Jenner von dem Marquis de Castelar gehane Erklärung, zufolge welcher Spanien sich von aller Verbindlichkeit des Sevillischen Vertrages entledigt achtete b), in Ansehung Großbritanniens gänzlich widerrufen und aufgehoben ward c). Aber in Ansehung Frankreichs und der Staaten blieb die gedachte Erklärung in ihrer Kraft: welches die Wirkung hatte, daß die letzteren eine stärkere Neigung zu Annehmung des Wienischen Vertrages bekamen.

## XV.

Näherer Vertrag zwischen dem Kaiser, Spanien und Großbritannien.

Die Erklärung, welche nun geschah, war am 6ten des Brachmonats zu Sevilla unterzeichnet, wo sich der Hof noch aufhielt; und am 22sten des Heumonats schloß man zu Wien den näheren Vertrag zwischen dem Kaiser, Spanien und Großbritannien, welcher, so viel die Ueberführung der Spanier nach Italien betraf, mit dem vom 16ten März und mit dem Sevillischen Vertrage vollkommen überstimmte d). Der Spanische Hof hatte inzwischen eine Unterhandlung mit dem Großherzoge von Toscana, und mit der Kurfürstin von der Pfalz, seiner Schwester, angefangen, um dieselben zur Erkennung des Don Carlos für ihren Nachfolger zu bewegen. Der Großherzog, der nun keine Stütze weiter an dem Kaiser hatte, mußte sich wohl dazu be-  
reden

y) *Voyez ROUSSET* Recueil Tom. VI. p. 64, 79, 132, 152, 185.

z) *MONTGON* Tom. VIII. p. 336.

a) Berichte der außerordentl. Vorsh. Mart. 1731. MS.

b) Man sehe oben §. XI. dieses Buchs.

c) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. VI. p. 96.

d) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. VI. p. 193. Europ. Merc. Jul.-Dec. 1731. bl. 34. Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 307.

reden lassen e). Man schloß am 28ten des Heumonats einen Vergleich, der diese Erkennung enthielte. Es ward auch an eben dem Tage verabredet, auf welche Weise man den Infanten Don Carlos als Nachfolger des Großherzogs empfangen sollte f). Allein dieser Handel ward an dem Hofe zu Wien übel genommen, wo man es sonderbar fand, daß der Großherzog über seine Staaten, ohne Einwilligung des Kaisers und des Reichs, wovon sie lehnbar geachtet wurden, eine Verfügung gemacht hatte g). Der Kaiser war auch nicht eher zufrieden, als bis der Großherzog, in seinem Beytritte zu dem Wienerischen Vertrage, welche am 20sten des Herbstmonats geschähe h), die Erklärung gethan hatte, daß er, in seiner letzten Unterhandlung mit dem Spanischen Hofe, nicht die Absicht gehabt hätte, jemand's Rechten Eintrag zu thun. Uebrigens ward Don Carlos, der noch minderjährig war, aus der väterlichen Gewalt entlassen, und von dem Kaiser, mit Einwilligung des Königs und der Königin von Spanien, der Vormundschaft des Großherzogs von Toscana und der älteren verwitweten Herzoginn von Parma, Mutter der Königin, untergeben i).

Mittlerweile wurden alle Anstalten zu der Uebersührung der Spanischen Truppen nach Italien gemacht, welchen der Infant Don Carlos folgen sollte. Fünf und zwanzig Spanische Kriegsschiffe und acht und vierzig kleinere Fahrzeuge waren zu Barcelona versammelt, wo auch die Truppen unter dem Grafen von Charny zusammen rückten. Sechzehn Englische Kriegsschiffe, unter dem Admiral Wager, vereinigten sich mit der Spanischen Flotte. Im Weinmonate gieng das Kriegsvolk zu Barcelona zu Schiffe. Die vereinigten Flotten giengen am 17ten unter Segel, und kamen noch vor dem Ende des Monats zu Livorno an, wo die Truppen ausgeschifft, und hernach in die festen Plätze von Toscana, Parma und Piacenza vertheilt wurden. Der Infant Don Carlos kam, im Christmonate, in Italien an, ward zu Florenz als Nachfolger des Großherzogs erkant, und trat in den wirklichen Besiz der Herzogthümer Parma und Piacenza; weil die jüngere verwitwete Herzoginn, schon im verwichenen Augustmonate, die Erklärung gethan hatte, daß sie sich nicht schwanger befände, sondern von einigen, in diesem Betrachte, verleitet worden wäre k). Der Herzog-Infant gelangte also zum Besize der Italienischen Fürstenthümer, ohne daß die Staaten der Vereinigten Niederlande, die dem Wienerischen Bündnisse noch nicht beygetreten waren, Ursache gefunden hätten, ihre Schiffe mit der Flotte zu vereinigen, welche zu der Uebersührung der Spanischen Truppen nach Italien bestimmt war.

Auf diese Weise ward endlich ein Artikel verschiedener Verträge, woran Spanien am meisten gelegen war, vollzogen. Die Ostendische Gesellschaft war auch, zufolge den vorläufigen Artikeln, auf sieben Jahre eingestellt worden, und sollte, kraft des Wienerischen Vertrages, gänzlich aufgehoben werden. Die Staaten hatten lange hierauf gedrungen; aber

XVI.

Die Vorsteher der Ostendischen Gesellschaft be-

e) MONTGON Tom. VIII. p. 143 - 158.

p. 248. Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 310.

f) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 233, 243. Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 311, 313.

i) Voyez ROUSSET Tom. VI. p. 253. Tom. IX. p. 7 - 18. Supplem. au Corps Diplom. Tom. II. P. II. p. 316, 317, 318.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 3.

k) ROUSSET Recueil Tom. VI. p. 256 - 266. Europ. Merc. Jul.-Dec. 1731. bl. 121, 154, 211.

h) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VI.

1731.

mühen sich heimlich ihren Handel zu behalten.

aber die Vorsteher der Gesellschaft brauchten allerley Mittel, um den Schaden, welchen sie von der Einstellung und Aufhebung zu fürchten hatten, abzuwenden. Sie hatten verschiedene Schiffe unter fremden Flaggen ausgerüstet, deren eins, welches mit einem Passe des Königs von Polen versehen war, in dem Ganges von den Engländern weggenommen ward. Ein anderes, der Apollo genannt, führte preussische Flaggen l), und lief, unter denselben, im Herbstmonate dieses Jahres in der Elbe ein. Die von Ostende wollten die Ladung dieses Schiffes in Hamburg verkaufen. Der Englische Resident Wich und der Niederländische Johann Jacob Mauritius gaben sich viele Mühe, dieses zu verhindern; aber unterdessen, da man hierüber handelte, fanden die von Ostende Mittel, die mit dem Apollo angekommene Waaren zu verkaufen, oder an die Seite zu schaffen. Ein anderes Schiff, die Sirene genannt, lief in dem folgenden Jahre zu Cadix ein, da die Ladung auf einen Französischen Kauffahrer gebracht ward, der gleichfalls zu Hamburg ankam. Allein die Waaren wurden, auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers, in Beschlag genommen, und erst nach vieler angewandten Mühe wieder freygegeben. Der Rath zu Hamburg machte, um dem Verlangen des Kaisers, Großbritannien und der Staaten Genügen zu thun, im Jenner des Jahres 1734, ein Verbot bekannt, wodurch der gewesenen Ostindischen Gesellschaft und allen Einwohnern der Oesterreichischen Niederlande untersaget ward, ihre aus Indien kommenden Schiffe in den Hafen dieser Stadt zu führen, oder die mit solchen Schiffen hieher gebrachte Indianische Waaren zu verkaufen m). Und hierauf nahm dieser listige Handel ein Ende.

Zu Gothenburg wird eine Ostindische Gesellschaft von dem Könige von Schweden aufgericht.

Allein der Eifer, welchen die von Ostende bezeugten, die Schifffahrt nach Ostindien fortzusetzen, und die Bemühungen, welche Großbritannien und die Staaten anwandten, diesen Handel gänzlich zu hindern, veranlaßten, um diese Zeit, auch andere Mächte, ihren Unterthanen neue Freybriefe zur Schifffahrt nach Ostindien zu ertheilen. Der König von Schweden errichtete, auf Anrathen des gewesenen Amsterdamschen Kaufmanns, Jonas van Asperen n), im Brachmonate dieses Jahres, zum Vortheile Heinrich Königs und der Seinigen, eine Indianische Gesellschaft zu Gothenburg o). Er gab alsobald dem Könige von Großbritannien und den Staaten der Vereinigten Niederlande, auf eine höfliche Art, davon Nachricht, und ersuchte sie; der neuen Gesellschaft in ihrem Handel nicht hinderlich zu seyn. Die Staaten antworteten, „daß der „König leicht wissen könnte, daß die Schwedische Gesellschaft der Ostindischen Gesellschaft „ihrer Lande nothwendig nachtheilig seyn müßte; daß sie dieselbe aus dieser Ursache nicht „begünstigen könnten; aber daß sie, dem ungeachtet, gefinnet blieben, eine genaue Freundschaft mit Seiner Majestät zu unterhalten, und seinen Unterthanen allerley Hülfe zu „leisten.“ Sie bezeugten dieses auch zwey Jahre hernach, bey der Gelegenheit, da ein Schwedisches Ostindisches Schiff, auf der Rückreise von China, von den Kreuzern der Niederländischen Gesellschaft in der Straße Sunda weggenommen, und zu Batavia aufgebracht worden war, und ertheilten so gleich Befehle, es wieder frey zu geben p). Der König von Spanien richtete, im Jahre 1733, auch eine Philippinische Gesellschaft

l) Resol. Holl. 18 Jul. 1731. bl. 582.

o) *Voyez* Suppl. au Corps Diplom. Tom.

m) *Voyez* ROUSSEAU Recueil, Tom. VIII.

II. P. II. p. 305.

p. 301 - 343. 479.

p) *Voyez* ROUSSEAU Recueil, Tom. VIII.

n) *Vie* Europ. Merc. Jul.-Dec. 1731. bl. 81.

p. 343 - 368.



schaft auf, welche nach den Philippinischen Inseln in Ostindien handeln sollte q). Aber diese Gesellschaft, welche Großbritannien und die Staaten auch als etwas den alten Verträgen widriges ansahen, gieng in kurzem von selbst zu Grunde r). Die Schwedische Gesellschaft hat sich dagegen erhalten, und dauret noch iho. Die Staaten hatten unterdessen ihren Unterthanen wiederum ernstlich verboten, an fremden Handelsgesellschaften Theil zu nehmen s).

Der Hauptmann Cornelius Schryver, der mit drey Kriegsschiffen nach Algerien gesegelt war, um Sklaven loszukaufen, schloß im Augustmonate dieses Jahres mit dem Bey Abdy Bascha einen Vertrag, wodurch der vom Jahre 1726 erneuert, und zugleich mit einigen Artikeln vermehret ward. Unter andern ward verabredet, „daß die „Ostindischen Schiffe auch mit türkischen Pässen versehen, diese aber nicht, wie die gemeinen Pässe, nur auf drey Jahre, sondern beständig gültig seyn sollten, jedoch so, daß sie künftig mit dem großen Siegel der General-Staaten bekräftiget würden t).“

Erneuerung des Friedens mit Algier.

Friedrich der Vierte, König von Dänemark, war am 12ten des Weinmonats im verwichenen Jahre gestorben, und sein Sohn, Christian der Sechste, ihm auf dem Throne gefolget u). Dieser Fürst hatte kaum ein Jahr regieret, als der Gesandte der General-Staaten, Gillis Coymans so glücklich war, die bisherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark und diesem Staate, worüber so viele Jahre vergebens gehandelt war v), endlich zu beiderseitigem Vergnügen, beizulegen w). Man ward einig, daß die Staaten dem Könige für alle Rückstände der Hülfselder 314456 Gulden und 4 Stüber bezahlen sollten; und zwar die Hälfte so gleich, und die andere Hälfte nach sechs Monaten: jedoch mit Abzuge von 63031 Gulden, als dem Betrage der Waaren, welche die Krone, während dem letzten Kriege in Norden, aus einigen Kauffahrern des Staats hatte wegnehmen lassen. Ueberdem sollten die Staaten dem Könige für rückständigen Sold dreier Truppen 531790 Gulden in vier Malen, und zwar so gleich, und von drey zu drey Monaten bezahlen, wovon sie ebenfalls jedes mal ein Viertel der Schulden, welche diese Truppen hier zu Lande gemacht hatten, und welche auf 162631 Gulden berechnet waren, abziehen könnten. Die Beilegung des Streits über 131255 Gulden 10 Stüber für verdienten Sold, nachdem die Dänischen Truppen sich, im Jahre 1713, von der Englischen Armee abgesondert hatten, ward bis zu einer andern Gelegenheit ausgesetzt x).

Die Streitigkeiten mit Dänemark werden beigelegt.

Die Verfolgungen oder Bedrückungen der Protestanten in verschiedenen Ländern dauerten noch bis zu dieser Zeit fort. Der König von Sardinien, Carl Emanuel, verweigerte seinen Unterthanen in den Piemontesischen Thälern die freye Religionsübung, welche ihnen durch vorige Verträge verstattet war. Die Staaten schrieben deswegen

XVII. Die Verfolgung in Piemont giebt Gelegenheit zu einer Geldsammlung für die vertriebenen Thalleute.

q) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III.

P. II. p. 418.

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VIII.

p. 369-403.

s) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III.

P. II. p. 413.

t) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1731. bl.

115.

u) MONTGON Tom. VIII. p. 291.

v) Berichte der außerordentl. Botshsch. MS.

w) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1731.

bl. 174.

x) Convention entre le Roy de Danneمارc et les Etats Generaux du 3e Sept. 1731.

1731.

wegen elliche Male an den König y); aber einige besondere Staatsursachen hinderten ihn iſo ihrer Fürsprache viel Gehör zu geben. Er war, im Herbstmonate des vorigen Jahres, nach der Abdankung seines Vaters, zur Krone gekommen, und folgte, in Ansehung der allgemeinen Sachen von Europa, andern Maasregeln, als sein Vater, der bis zum Ende seiner Regierung, wenigstens wie es äußerlich schien, mit dem Kaiser verbunden gewesen war z). Hieraus entstand eine Kalktsinnigkeit zwischen ihm und den Staaten. Viele der verfolgten Thalleute beschloffen, sich nach der Schweiz zu begeben. Aber weil sie hier ihren Unterhalt nicht finden konnten; so ließen verschiedene protestantische Mächte für diese Vertriebenen Geld sammeln. Die Stände von Holland setzten hiezu den 10ten des Herbstmonats an, und an diesem Tage wurden, in allen Städten und Dörfern dieser Landschaft, mehr als dreyhundert und achttausend Gulden gesammelt a). Aber diese Gelder sind lange in Verwahrung der Holländischen Stände geblieben, welche, wie insgemein geglaubt ward, von der Noth der Vertriebenen Nachrichten empfangen hatten, welche nicht allzuwohl mit der Wahrheit übereinstimmeten. In den Jahren 1733 und 1734 kamen jedoch einige Hunderte dieser Leute nach Holland, wo sie in den kleinen Städten und auf dem Lande untergebracht wurden b).

## XVIII.

Verfolgung  
in dem Erz-  
stifte Salz-  
burg.

In dem Erzstifte Salzburg war schon im vorigen Jahrhunderte eine heimliche Gemeinde von Lutheranern gewesen, die damals aus dem Teffergergethal, wo sie sich aufhielte, vertrieben worden war. Aber ihre Lehre hatte, mit der Zeit, einen solchen Fortgang gewonnen, daß die verborgenen Befenner derselben gegenwärtig, wie geglaubet ward, bis auf achtzehn oder neunzehntausend angewachsen waren. Sie suchten daher die freye Religionsübung, und wandten sich, zu dem Ende, nachdem ihnen dieselbe von dem Erzbischofe von Salzburg abgeschlagen war, an die Evangelischen Stände des deutschen Reichs auf dem Reichstage zu Regensburg. Die Verfolgung, womit sie gedrückt wurden, bewog einige, wie von Seiten des Erzbischofs vorgegeben ward, zu aufrührerischen Worten und Thaten, worauf sie strenger als zuvor behandelt wurden. Die General. Staaten thaten hierauf eine Fürsprache für die Bedrückten auf dem Reichstage zu Regensburg c). Die Könige von Dänemark und Preußen nahmen sich ihrer gleichfalls an. Man verlangete, daß ihnen wenigstens das Recht, aus dem Lande zu ziehen, nicht verweigert werden mögte, zu welchem sie durch den Westphälischen Frieden berechtigt waren. Darauf wurden sie im folgenden Jahre aus dem Lande vertrieben, ohne etwas von ihrer geringen Habseeligkeit mitnehmen zu dürfen. Der König von Preußen nahm eine große Anzahl derselben in sein Land auf. Die Staaten der Vereinigten Niederlande erbieten sich auch dreyhundert Salzburgerische Familien in ihr Gebiet aufzunehmen, wo sie die Religionsfreyheit und alle Vorrechte der Einwohner genießen sollten, und wo man ihnen auch Prediger und Schulmeister, auf Kosten des Staats, verschaffen wollte. Sie sollten ferner, ohne daß es ihnen etwas kostete, hieher geführt, und vorerst mit Unterhalte versorget werden, bis das sie in den Stand kämen, solchen durch eigene

Einige Hun-  
dert Salz-  
burger wer-  
den in den  
Vereinigten  
Niederlan-  
den aufge-  
nommen,

y) Resol. Holl. 21 Apr. 1730. bl. 307. *Zie*  
Europ. Merc. Jan. - Jun. 1731. bl. 150.

z) *Voyez* MONTGON Tom. VIII p. 256-  
263.

a) Resol. Holl. 19 Jul. 1731. bl. 583. *Zie*

Europ. Merc. Jul. - Dec. 1731. bl. 89. 283. 313.

b) Resol. Holl. 28 Oct. 18. 25. 27 Nov. 1732.  
bl. 96, 105e, 1065, 1071. 23 Jul. 13 Aug.  
1734. bl. 462. 463. 540.

c) Resol. Holl. 14 Dec. 1731. bl. 1029.

eigene Arbeit zu erwerben d). Die Regierung des freyen Landes von **Stuis**, welche in 1731. Betrachtung zog, daß jährlich wohl zwölf bis vierzehnhundert Einwohner des Oesterreichischen Glanderns in das freye Land zu arbeiten kämen, die dasjenige, was sie erübrigt hätten, im Winter, außer dem Gebiete des Staats, verzehrten, hatten den Generalstaaten den Vorschlag gethan, eine gute Anzahl Salzburgischer Familien in das freye Land aufzunehmen, und ihnen Arbeit zu verschaffen e). Der Resident der Staaten zu Regensburg, **Gallieres**, nahm hierauf ungefähr achthundert Salzburger an, welche im Frühlinge des Jahres 1733, zu Schiffe in **Nieuwerhaven**, bey **Brestkens** in dem Lande **Kadzand** ankamen. Hier wurden sie vertheilt und mit Arbeit versehen. Man befand aber in kurzem, daß viele darunter waren, welche die Hoffnung, die man von ihnen gehabt hatte, nicht erfüllten. Einige gingen, bald nach ihrer Ankunft, bey den Römischkatholischen in die Messe. Viele verlangten, von Zeit zu Zeit, Erlaubniß, wieder wegzureisen. Einige gingen, ohne diese Erlaubniß, davon. Die Zahl der Angekommnen ward allmählig so vermindert, daß kaum zweyhundert übrig geblieben sind; für welche jedoch einige Jahre hernach eine Kirche in dem Dorfe **Groede**, wo die meisten sich niedergelassen haben, gebauet worden ist. Der Prediger ziehet jährlich sechshundert Gulden von den Staaten f).

Nachdem der Prinz von **Oranien** am 1sten des Herbstmonats dieses Jahres 1731 zwanzig Jahre erreicht hatte; so legte er, drey Tage hernach zu **Leeuwarden**, seinen Eid, auf die gemöhnliche Bestallung (†) und Vorschrift (††), als Erbstatthalter und General-Capitain von **Frisland**, ab g).

Die Grafen von **Sinzendorf** und **Chesterfield** setzten inzwischen in dem Haag ihre Unterhandlungen fort, um die Staaten zu bewegen, daß sie dem **Wienschen** Vertrage als eine Hauptpartey beytreten mögten. Eine der Schwierigkeiten, die sich bey diesem Vertrage geäußert hatten, die Ueberführung der **Spanier** nach **Italien**, war schon gehoben, ohne daß die Staaten dazu etwas beygetragen hatten. Aber die Provinzen hatten noch andere Schwierigkeiten gefunden, weswegen man sich noch nicht entschließen konnte, den Vertrag schlechthin zu unterzeichnen. Man entwarf von beyden Seiten verschiedene Urkunden des Beitritts, worin allezeit ein oder anderer Punkt war, worein man nicht einmüthig willigen wollte. Nach vielen Verathschlagungen und Unterhandlungen ward man endlich wegen einer Bepruntssacte einig, welche, am 20sten des Hornungs im Jahre 1732, unterzeichnet ward. Die Staaten thaten darin die Erklärung, „daß, da sie versichert wären, daß durch die in dem ersten Artikel des **Wienschen** Vertrages versprochene allgemeine und beyderseitige Gewährleistung, keine Gewährleistung einiger unbekannten Verträge verstanden würde, sie diesem Vertrage als eine Hauptpartey beysträten. Die Grafen von **Sinzendorf** und **Chesterfield** versicherten überdem, daß der

d) Europ. Merc. Jun. - Dec. 1731. bl. 43, 76, 132, 224; 229, 265, 281. Jan. - Jun. 1732. bl. 49, 94, 131, 185. Jul. - Dec. 1732. bl. 193, 247, 274.

e) Resol. Holl. 9 Jul. 1733. bl. 798. Notul. Zeel. 7 Nov. 1732. bl. 311.

f) *Zie Tegenwoord. Staat der Vereen. Nid. derl. II. Deel*, bl. 475.

g) Europ. Merc. Jul. - Sept. 1731. bl. 131.

h) Resol. Gener. *Vener.* 2 Nov. 1731.

(†) Commissie.

(††) Instructie.

1732.

„Verstand, in welchem die Staaten den gedachten ersten Artikel nahmen, der wahre sey.  
 „Der allerseitige Beystand sollte, zween Monate, nachdem er gefordert wäre, geleistet  
 „werden, und in Ansehung des Kaisers und Großbritanniens, in achtausend Mann  
 „zu Fuß und viertausend zu Pferde, und in Ansehung der Staaten in viertausend Mann  
 „zu Fuß und tausend zu Pferde bestehen; wenn aber dieser Beystand für Italien, Un-  
 „garn oder einige Länder in diesen Gegenden, gefordert würde, könnten die Staaten,  
 „statt desselben, Schiffe oder Geld, nach Verhältniß, geben: so wie dem Kaiser freystünde,  
 „auch in andern Ländern, statt der Truppen Schiffe oder Geld von ihnen zu fordern.  
 „Wosern der bestimmte Beystand nicht zureichend wäre, sollte man sich, wegen eines  
 „größern vergleichen, und, im Nothfalle, einander mit allem Vermögen beystehen, auch  
 „so gar dem Feinde eines der Bundsgenossen den Krieg ankündigen. In dem Punkte  
 „des Handels sollte man sich nach dem Münsterischen Frieden richten. Der Kaiser sollte  
 „alle Schifffahrt nach Ostindien aus den Oesterreichischen Niederlanden, und aus  
 „allen andern Ländern, die zur Zeit Carls des Andern unter die Spanische Monarchie  
 „gehört hätten, auf immer aufheben; jedoch der Ostindischen Gesellschaft freystehen,  
 „die schon aus Indien überbrachte Waaren zu Ostende oder anderwärts zu verkaufen,  
 „und noch zwey Schiffe, für ein einziges Mal, nach Ostindien zu schicken, die aber  
 „nicht länger, als neun und zwanzig Monate, (den Fall des Schiffbruchs allein ausge-  
 „nommen) vom 1sten des Weinmonats dieses Jahres 1732 an zu rechnen, ausbleiben  
 „dürften, und deren Namen man vorher anzeigen sollte, da so dann die Staaten sie mit  
 „Passen versehen würden.“ In einem besondern Artikel war noch verabredet, „daß,  
 „wenn es sich zutragen mögte, daß eine der Erzherzoginnen, auf welche die Verlassenschaft  
 „des Kaisers, zu folge der Pragmatischen Sanction, fallen müßte, sich mit einem  
 „Fürsten vermähle, der so mächtig und reich wäre, daß man daher mit Grunde etwas  
 „nachtheiliges für die Erhaltung der Ruhe und des Gleichgewichtes von Europa befürch-  
 „ten könnte; es diesem Fürsten freystehen sollte, entweder einige seiner Staaten einem  
 „seiner nächsten Verwandten abzutreten, oder die Erfüllung des in dem Wienschen Ver-  
 „trage gethanen Versprechens der Gewährleistung der Pragmatischen Sanction nicht  
 „zu fordern: indem Großbritannien und die Staaten, wenn ein solcher sich mit der  
 „Erzherzoginn vermählender Fürst alle seine Herrschaften behalten wollte, zu der Gewähr-  
 „leistung der Pragmatischen Sanction nicht verbunden seyn sollten.“ Uebrigens ward  
 „die Erklärung des Kaisers wegen der Ostfriesischen Sachen, durch die Betrittsacte, noch  
 „ein wenig verändert und vermehret. Unter andern hieß es darin, „daß die Vergleiche,  
 „wozu beide Theile ihre freye Einwilligung gegeben hätten, in ihrer Kraft bleiben; daß  
 „die Emdener und ihre Anhänger in den Zustand, worin sie vor den Unruhen gewe-  
 „sen wären, wiederhergestellt werden sollten; daß in allem, was, seit dem Jahre 1721,  
 „von dem Reichshofrath verordnet wäre, niemals die Befehlungen der Staaten in Emb-  
 „den und Leercor gemeynet wären, und auch igo nicht gemeynet würden, und daß der  
 „Kaiser allezeit besondere Sorge tragen sollte, damit die Zinsen der Gelder, welche die  
 „Ostfriesischen Landstände und die Stadt Emden von den Einnohmern der Vereinigten  
 „Niederlande angeliehen hätten, und die Capitalien, zufolge den darüber ausgestellten  
 „Schuldbriefen, bezahlet würden i.“

Mit

i) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 291. ROUSSET Recueil, Tom. VI. p. 442.

Mit der Unterzeichnung dieser Beytrittsacte, welche von den Grafen von Sin-

1732.

zendorf und Cheshirefield, und von den Bevollmächtigten aller vereinigten Landschaften, Ordnungen ausgenommen, geschehe, ward endlich die letzte Hand an die Aufhebung der Unmerts-Ostendischen Gesellschaft gelegt, deren Errichtung, seit einigen Jahren, die vornehmsten Mächte von Europa theilweis gehalten hatte: wiewohl der Freybrief dieser Gesellschaft nicht widerrufen ward, und die Theilhaber derselben noch fortfuhren, einen heimlichen Handel nach Indien zu treiben k). Die Ostfriesischen Unruhen wurden, zu billigem Vergnügen der vereinigten Landschaften l), beigelegt: aber der Hof von Wien erfüllte die Artikel, worüber man sich verglichen hatte, nicht gehörig; welches nachher öf. Bescherden veranlaßte m). Die Staaten waren, um ihre Absichten in diesen zweenen Punkten zu erreichen, genöthiget worden, länger, als sie sonst gethan haben würden, anzustehen, die vorigen Maafregeln, zufolge welchen sie genau mit dem Hause Oesterreich verbunden gewesen waren, wieder zu ergreifen. Die Verbindung mit Frankreich, unter der Minderjährigkeit des gegenwärtigen Königs, verpflichtete sie nicht, von diesen Maafregeln abzuweichen; weil der Herzog von Orleans, der das Königreich zu dieser Zeit regierte, und dessen Angelegenheiten des Königs von Spanien seinen zuwider waren, sich mit den alten Bundesgenossen des Hauses Oesterreich zu verbinden suchte, die daher die Französische Parthey halten konnten, ohne ihre Verbindung mit diesem Hause zu verletzen. Aber da Frankreich und Spanien sich nachher wieder vereinigten, und zuerst Großbritannien, und hernach auch die Staaten, durch den eigensinnigen Vorfaß des Wiener Hofes die Ostendische Gesellschaft aufrecht zu erhalten, genöthiget wurden, in die Ueberführung der Spanier nach Italien zu willigen, wodurch die Macht des Hauses Bourbon hier sehr vergrößert ward; so sahen Großbritannien und die Staaten sich bald in die Nothwendigkeit gesetzt, sich, wosern sie das Gleichgewicht der Macht nicht zu stark auf die Seite des Hauses Bourbon überschlagen lassen wollten, wiederum wie zuvor, genau mit dem Hause Oesterreich zu verbinden. Dies geschehe durch den Wiener Vertrag, wodurch sie sich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbindlich machten. Die Staaten, welche dem Unwillen und dem Argwohne des Französischen Hofes vorbeugen wollten, hatten jedoch die Vorsicht gebraucht, zu bedingen, daß man zu dieser Gewährleistung nicht verbunden seyn sollte, wenn die Erzherzoginn, an welche die Staaten des Kaisers fallen mögten, sich mit einem allzumächtigen Fürsten vermählte, es sey denn, daß dieser Fürst einen Theil seiner Staaten abtreten wollte. Hieraus war leicht zu schließen, daß man es ungerne sehen würde, wenn die Tochter des Kaisers sich mit einem Spanischen, und noch vielweniger, mit einem Französischen Prinzen verheirathete. Es war dieses auch, in den gegenwärtigen Umständen, aus verschiedenen Ursachen nicht zu vermuthen. Unter den deutschen Fürsten war auch keiner, von welchem man denken konnte, daß der Kaiser ihm seine älteste Tochter zur Gemahlinn geben würde. Allein der Herzog von Lothringen, Franz Stephan, der seinem Vater Leopold, im Jahre 1729, in der Regierung gefolget war n), ward überall als derjenige betrachtet, der zum

XX.

II 3

Gemahl

k) Resol. Gener. 3. 19 Nov. 1732. 13 Apr. 1736. Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 334.

p. 334.

l) Resol. Gener. Jovis 10 May, 1731.

m) MONTGON. Tom. VII. p. 237.

1732.

Gemahl der Erzherzoginn Maria Theresia bestimmt war. Er hatte im verwichenen Jahre eine Reise nach Holland und England gethan o), und bey dieser Gelegenheit die Gewogenheit des Königs von England und der General- Staaten zu erwerben gesucht. Aber der Krone Frankreich war, wegen der Lage von Vorchingen, daran gelegen, diese Heirath, wenn es möglich wäre, zu verhindern. Großbritannien und die Staaten sahen es dagegen nicht ungerne, und die Staaten willigten, aller Wahrscheinlichkeit nach, desto eher in die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction, weil sie von des Kaisers Absichten wegen der Heirath seiner Tochter unterrichtet waren.

XXI.  
Bündniß  
zwischen dem  
Kaiser, Ruß-  
land und  
Dänemark.

Der Kaiser, der es für vortheilhaft hielt, daß viele Mächte die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction übernahmen, schloß am 26sten May, zu Kopenhagen ein Bündniß mit der Kaiserinn von Rußland und dem Könige von Dänemark, wodurch diese beiden Mächte sich zu dieser Gewährleistung verbanden. Allein um den König von Dänemark hierzu zu bewegen, hatten die zwei anderen Mächte versprochen, ihr Bestes zu thun, um den Herzog von Holstein zu Abtretung des Herzogthums Schleswig, gegen Bezahlung einer Million Reichsthaler, zu bewegen p). Die Kaiserinn von Rußland war nicht so geneigt, die Angelegenheiten des Herzogs von Holstein zu befördern, als man, unter den dreym vorigen Regierungen gewesen war. Sie hatte eine andere Verfügung wegen der Thronfolge gemacht, zufolge welcher ihre Schwester oder Schwesterkinder ihre Erben seyn sollten, und diese Verfügung, ob sie gleich noch nicht bekannt gemacht war, durch ihre Unterthanen feierlich beschwören lassen q). Der Sohn des Herzogs von Holstein, der von einer Tochter Peters des Ersten gebohren war, ward also von der Thronfolge ausgeschlossen, welche ihm von der Kaiserinn Catharina zugedacht war r) (\*). Hieraus erhellte, wie wenig man sich iho, an dem Russischen Hofe, um die Angelegenheiten des Herzogs von Holstein bekümmerte. Der Inhalt des Bündnisses mit dem Kaiser und dem Könige von Dänemark bewies dies noch mehr. Allein der Herzog von Holstein protestirte gegen dieses Bündniß, so bald er davon Nachricht bekam s). Auf dem Reichstage zu Regensburg gab sich der Kaiser auch große Mühe, um die Fürsten und Stände des Deutschen Reichs zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu bewegen. Aber die Kurfürsten von Bayern, Sachsen und der Pfalz machten dagegen Schwierigkeiten. Da indessen der Kaiser die meisten Stimmen auf seiner Seite hatte, so behauptete er, daß man, nach der Mehrheit der Stimmen, einen Schluß fassen mußte. Allein hierüber konnte man nicht einig werden; weswegen der Schluß des Reichstags nicht für vollkommen kräftig gehalten ward i).

Das

o) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1731. bl. 178. 204. 238.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VII. p. 46.

q) Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 325.

r) Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 188.

s) Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 334.

t) Voyez ROUSSET Recueil Tom. VI. p. 274. 278. 315 - 352. Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 318 - 325.

(\*) Kraft des Testaments der Kaiserinn Catharina hätte dieser Prinz, schon nach des Kaisers Peters des Andern Tode 1730, ihm auf dem Throne folgen sollen; (S. oben §. VII. S. 137.) aber dieses Testament war damals in keine Betrachtung gezogen worden.



Das gute Verständniß zwischen dem Kaiser und dem Könige von Spanien 1732. war kaum wieder hergestellt, als man schon Ursache zu fürchten bekam, daß es von feindlicher langen Dauer seyn würde. Der Hof von Wien hatte den weitläufigsten Absichten, schon dem die der Spanische in Italien hatte, zu enge Grenzen gesetzt. Das beiderseitige Mißtrauen wäre demnach fort, ob man gleich äußerlich versöhnet war u). Der Kaiser beschwerete sich, daß man weit über sechstausend Spanier nach Italien gesandt hatte, und verlangte zugleich, daß man die Truppen, die über diese Zahl da waren, zurückführen sollte. Der Marquis de Monteleone, Botschafter der Krone Spanien in Italien, fand diese Beschwerde gegründet, und hielt dafür, daß man den Kaiser einiger Maassen befriedigen müßte. Aber dies ward ihm in Spanien übel genommen v). Es schien jedoch, daß der Herzog von Liria, Spanischer Botschafter zu Wien, die wiederhergestellte Freundschaft erhalten wollte, und entwarf zu diesem Ende ein neues Bündniß zwischen den zwei Mächten w). Aber hiebey blieb es. Dem Infanten Don Carlos ward, im Brachmonate, als zukünftigem Großherzoge von Toscana, zu Florenz die Huldigung geleistet, ohne daß, bey dieser Gelegenheit, der Rechte des Kaisers und des Reichs gedacht ward; welches dem Hofe zu Wien neuen Stoff zum Unwillen gab x). Der Spanische Hof beschwerete sich hingegen von seiner Seite, daß der Kaiser durch seine an die Regierung von Florenz gesandten Befehle, wie noch unlängst geschehen wäre, die oberste Gewalt des Großherzogs gekränkt hätte. Er hatte auch einige Zölle, die auf dem Po gehoben wurden, zum Herzogthum Neiland gezogen, ob man gleich behauptete, daß sie zu dem Herzogthume Parma gehörten, zu welchem auch die Insel Ponza gerechnet ward, die der Kaiser sich gleichfalls zugeeignet hatte. Der König von Großbritannien gab sich viele Mühe, das beiderseitige Mißvergnügen zu heben. Seine Gesandten handelten hierüber zu Wien und zu Madrid weit in das folgende Jahr y). Aber ihre Bemühungen waren fruchtlos. Das Mißverständniß und der Argwohn ward immer größer. Der Französische Hof schürte das Feuer der Uneinigkeit in Spanien an. Und die zween Höfe, die unlängst so genau verbunden schienen, geriethen bald in einen offenbaren Krieg mit einander, wie wir im folgenden Buche sehen werden.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande, gleich als wenn sie einen bevorstehenden Krieg vermuthet hatten, ungeachtet Seeland, seit einiger Zeit immer stark Die Staaten auf die Verminderung der Truppen drang z), beschloßen, zur Uebung ihrer Kriegsvölker, die in einem zwanzigjährigen Frieden die vornehmsten Bewegungen des Krieges verlernen hatten, gegen den Anfang des Herbstmonats, ein Lager, auf der Ebene von Uebung der Vosterhout, nahe bey Breda, unter dem Oberbefehle des Grafen von Hompesch, Kriegsvöl-Generals der Reiteren, aufschlagen zu lassen. Es bestund aus siebenzehn Geschwadern Dragoner, sieben Geschwadern Reiteren, und zwölf Bataillonen Fußvolkes. Der Prinz von Oranien befand sich auch in dem Lager, an der Spitze seines Regiments Reiteren, und

u) MONTGON Tom. VIII. p. 348.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.

p. 18 32

w) Voyez le Projet dans le Recueil de ROUSSET Tom IX. p. 33.

x) ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 42-80.

y) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.

p. 90-129.

z) Schreiben der Gen. Staaten vom 18 Dec.

1731. Nouv. Zeel. 10 Jun. 1732. bl. 177.

Resol. Holl. 9 Jul. 24 Oct. 1732. bl. 488, 681.

1732.

und schlief unter einem Gezelte. Die ersten Tage wurden angewandt, Futter zu holen; hernach musterte man die Truppen; ferner hielte man Spiegelgesechte, und ließ verschiedene andere Kriegsübungen, in Gegenwart einer zahlreichen Menge Zuschauer, die sich hier von allen Seiten versammelt hatten, anstellen. Die Truppen gingen am letzten Tage des Monats aus einander, und begaben sich wieder nach den Quartieren, wo sie in Befahrung lagen a).

## XXIII.

Streit unter den Römisch-katholischen dieser Lande, wegen einiger als irrig verurtheilten Sätze des Jansenius.

Die Römische Kirche war, seit vielen Jahren, in verschiedenen Ländern, in Frankreich, in den Oesterreichischen Niederlanden und in den vereinigten Land-schaften, besonders in Holland und in Utrecht, bey Gelegenheit einiger als irrig verurtheilten Sätze des Cornelius Jansenius, der im vorwichenen Jahrhunderte Bischof zu Ypern gewesen war; beunruhiget worden. Diese Sätze wurden von einigen angenommen, von andern und den meisten aber verworfen. Die ersteren, deren Begriffe, in verschiedenen Punkten mit der Lehre der Reformirten eine Ähnlichkeit hatten, oder übereinstamen, wurden hier zu Lande von der Regierung günstig behandelt, welche keinen päpstlichen Verweiser zuließ, als der den Anhängern des Jansenius mehr oder weniger zugethan war. Aber der Papst, der dieses merkte, überließ die Sendung der Priester in diesen Landen seinem Nuncius zu Brüssel, oder dem zu Colln. Clemens der Fünfte gab, in dem Jahre 1713, eine Bulle heraus, die nach dem Worte, womit sie anfängt, die Bulle Unigenitus genannt ward, und in welcher hundert und ein Jansenistische Sätze in den von dem P. Quesnel, einem Französischen Ordensgeistlichen, herausgegebenen moralischen Betrachtungen über das neue Testament verdammt wurden b).

Bulle Unigenitus.

Der Nuncius zu Brüssel that sein Bestes, damit diese Bulle auch von den Katholiken dieser Lande, und besonders von den Priestern angenommen würde. Die meisten thaten es; aber diejenigen, welche den Meynungen des Jansenius zugethan waren, wiesen sie von der Hand. Unterdessen trug der Nuncius Sorge, daß Niemand zum Priester geweiht ward, als der die Bulle annahm. Die andere Partey, die hieraus ihren gewissen Untergang vorhersehe, beschloß, unter Nachsicht der hohen Obrigkeit, einen Erzbischof zu Utrecht, von der dortigen katholischen Geistlichkeit, die sich größtentheils geweigert hatte, die Bulle anzunehmen, wählen zu lassen. Von diesem bekamen, seitdem, die Priester, welche die Bulle verwarfen, oder der Lehre des Jansenius zugethan waren, ihre Sendung. Allein der Papst hatte ihm nicht die Bestätigung ertheilen wollen: ob er gleich von den Seinigen für einen rechtmäßigen erwählten Erzbischof gehalten ward, und das erzbischöfliche Amt zu verrichten fortfuhr. Der Staat von Venedig, der die Ehre des Römischen Stuhls hierin verletzet fand, hatte im Jahre 1725 die Staaten ersucht, ihre Römischkatholische Untertanen zum Gehorsam gegen das Haupt der Kirche, den Papst zu nöthigen. Aber die Staaten antworteten, „daß sie dieses nicht thun könnten, ohne

Merkwür-dige Antwort der Staaten an den Vene-tianischen Gesandten.

„von einem der unverletzlichen Grundsätze ihres gemeinen Wesens abzuweichen, der hier-  
in bestünde, daß in gottesdienstlichen und die Kirchenzucht betreffenden Sachen, die  
„Ueberzeugung allein, ohne den geringsten Zwang oder Gewalt, Statt haben müßte;  
„daß es einem jeden frey stünde, in gottesdienstlichen Sachen dasjenige zu glauben, was  
„er für gut achtete, um die Seeligkeit zu erwerben, und wovon er allein, nach seiner Er-  
leuchtung,

a) Zie Europ. Merc. Jul.- Dec. 1732. bl.  
147.

b) Voyez Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 115.

„Leuchtung, Gott Rechenschaft zu geben hätte; daß, da die Staaten die Religion, zu  
 „welcher sie sich bekenneten, für die beste hielten, sie wünschten, daß jeder ihrer Unter-  
 „thanen dieselbe, nebst ihnen, bekennete; aber daß sie hierin Niemand zu zwingen such-  
 „ten, sondern im Gegentheil einem jeden die Freyheit ließen, sich zu einer Religion, die  
 „er für gut befände, zu bekennen, wenn er sich nur als einen guten Unterthanen auffüh-  
 „rete, und nichts thäte, wodurch die Gewalt und das Ansehen der Regierung, die  
 „Wohlfahrt der Gesellschaft, die guten Sitten und die allgemeine Ruhe verlegt, oder die  
 „Nebenmenschen unterdrückt werden könnten, daß sie, auf diesen Fuß, bisher die Rö-  
 „mischkatholischen geduldet hätten, ohne von ihren besonderen Streitigkeiten, oder von  
 „der mehreren oder wenigern Gewalt, welche sie demjenigen zuschrieben, den sie zusam-  
 „men für den obersten Hirten erkannten, Kenntniß zu nehmen; daß sie sich auch nicht  
 „in die Wahl und Einweihung eines so genannten Erzbischofs von Utrecht gemischt  
 „hätten, welcher, wie sie vernommen, neulich gestorben wäre. Daß, da die Meynun-  
 „gen ihrer katholischen Unterthanen hierin verschieden gewesen, sie, zufolge ihren vorge-  
 „dachten Grundfäßen, sich ihrer Gewalt nicht bedienen, noch zugeben könnten, daß eine  
 „fremde Gewalt gebraucht würde, um jemanden zu Verlassung seiner Meynungen, oder  
 „zu einem blinden Gehorsam gegen denjenigen, welchen sie den obersten Hirten nenneten,  
 „zu zwingen, sondern daß sie sich, im Gegentheil, verbunden fänden, beide Theile wider  
 „Verfolgung zu beschützen. Daß der Durchläuchtige Doge von Venedig leicht begrei-  
 „fen würde, daß die Staaten niemals zugeben könnten, daß der Römische Hof in ihren  
 „Landschaften eine unbeschränkte Gewalt ausübete, welche sich so gar weiter, als in eini-  
 „gen Römischkatholischen Ländern erstrecken, und wodurch die alte weltliche Geistlichkeit  
 „der Rechte beraubt werden würde, welche sie, bey Besetzung der Kirchspiele und Prie-  
 „sterdienste mit fremden Sendlingen, zu haben vermeynere. Alle diese Gründe, hoffeten  
 „sie, würden den Staat von Venedig bewegen, nebst Ihren Hochmögenden an Bey-  
 „legung der Streitigkeiten durch die gelindesten Mittel, zu arbeiten c).

Der verstorbene Erzbischof von Utrecht hatte mittlerweile einen Nachfolger Die Römisch-  
 bekommen. Diejenigen, welche die Bulle angenommen hatten, fanden hiebey jedoch so katholischen,  
 viele Schwierigkeiten, daß sie sich, in kurzem, an die Stände von Holland wandten, welche die  
 und baten, daß man hier wieder, wie zuvor, einen päpstlichen Verweiser zuließe d). Die Bulle Uni-  
 Stände ernannten, nach Gewohnheit, zu Erwägung dieses Gesuchs, einige Commissarien an-  
 aus ihrer Versammlung, welche der Meynung waren, „daß, um den aus fremden Sen- genommen  
 „dingen des Internuncius zu Brüssel oder eines andern, entstehenden Schwierigkeiten um einen  
 „vorkommen, die Verordnung vom Jahre 1709, worin befohlen wäre, daß keine Sen- päpstlichen  
 „dung, als welche die bevollmächtigten Räte genehmiget hätten, erkannt werden sollte, Verweiser in  
 „nach dem Buchstaben beobachtet werden müßte; daß diejenigen, welche die Bulle an- Holland.  
 „nähmen, oder die so genannten päpstlich oder Jesuitisch gesinneten, innerhalb drey Mo- gen, unter  
 „naten, den bevollmächtigten Räten eine oder mehrere Personen vorschlagen sollten, um welchen man  
 „aus denselben eine, als päpstlichen Vicarius oder Verweiser zugulassen; oder daß einen Verwe-  
 „sonst gegen die Priester, welche, ohne gehörige Sendung, ihr Amt verrichteten, so, als Verwe-  
 „man es nöthig finden würde, verfahren, und daß Niemand als Verweiser geduldet wer-  
 „den

c) Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1732. bl.

d) Resol. Holl. 11 Aug. 1725. bl. 573.

1732.

„den sollte, der nicht verspräche, sich, in dem Punkte der Sendung und in andern Amts-  
 „geschäften, nach den Landesverordnungen zu achten; daß der Verweser ein gebotruher  
 „Holländer seyn, und seine beständige Wohnung in dieser Landschaft haben, und verspre-  
 „chen sollte, sich niemals mit den Stationen oder Kirchen zu bemengen, welche iso mit  
 „Priestern besetzt wären, die man Jansenisten nennete, oder welche den gegenwärtigen  
 „so genannten Erzbischof von Utrecht, Cornelius Johannes Barchman Wuytiers,  
 „für ihr geistliches Haupt hielten; daß man den bevollmächtigten Rätthen ein Verzeich-  
 „niß dieser Kirchen zu liefern hätte, damit dieselben Sorge trügen, daß darin keine an-  
 „dern Priester zugelassen würden, als die ihre Sendung von Barchman Wuytiers,  
 „oder seinen Nachfolgern hätten; jedoch mit der Bedingung, daß dieselben sich in kei-  
 „nen Urkunden, die der hohen Regierung vor Augen kommen müßten, den Titel eines  
 „Erzbischofs von Utrecht, oder von einem andern Bisthume, welches vor der Kirchen-  
 „verbesserung hier bestanden hätte, beylegte; daß hernach Niemand auswärtige Sen-  
 „dungen, es sey bey dem Nuncius zu Colln, oder dem Internuncius zu Brüssel, oder  
 „bey einem andern suchen, und daß keine Priester ihr Amt, außer ihrem Kirchspiele, ver-  
 „richten sollten, als im Falle eines erledigten Pfarrdienstes, einer Krankheit oder noth-  
 „wendigen Abwesenheit, und alsdann auch nicht anders als mit Vorwissen der Obrigkeit;  
 „dies allein ausgenommen, daß sie in der Stille die Sacramente der Römischen Kirche  
 „bettlägerigen Kranken ihrer Parthey, die es verlangen möchten, reichen könnten c).“

Einige Pre-  
 digen zogen  
 die Berath-  
 schlagungen  
 der Stände  
 auf der Kan-  
 zel durch.

Nachdem das Gutachten der Commissarien bey der Versammlung der Hollän-  
 dischen Stände eingegeben war; so nahmen die Harlemischen und andere Abgeordneten  
 es zum Berichte an, damit von den Obrigkeiten der Städte die Zulassung eines Verwe-  
 sers in fernere Erwägung gezogen werden könnte; wozu einige geneigt zu seyn schienen:  
 wiewohl andere, als Leiden und Rotterdam, sich ernstlich dawider erklärten. Man fing  
 nun an von der Sache, unter dem Volke, zu sprechen. Einige Prediger erwähnten der-  
 selben auf der Kanzel, und stellten ihren Zuhörern die Gefahr vor, welche man, von der  
 Bestellung eines Jesuitisch gesinneten Verwesers, zu befürchten hätte. Einige zogen auch  
 etliche Glieder der hohen Regierung durch, gleich als wenn ihnen das Wohl des gereinig-  
 ten Gottesdienstes nicht sehr zu Herzen ginge. Die Prediger zu Leiden und Rotterdam  
 übergaben so gar den Obrigkeiten dieser Städte schriftliche Vorstellungen, worin sie an-  
 führten, „daß der Vicarius, über dessen Zulassung gerathschlaget würde, das Haupt  
 „der Jesuitisch gesinneten seyn würde, die allezeit für die gefährlichsten Einwohner gehal-  
 „ten worden, und denen, durch verschiedene Verordnungen, in die hiesigen Lande zu kom-  
 „men verboten wäre. Daß diejenigen, welche die Bulle Unigenitus annahmen, für  
 „nicht weniger gefährlich zu achten wären, weil in dieser Bulle dem Papste die Gewalt,  
 „die Unterthanen von dem Eide des Gehorsams freyzusprechen, zugeschrieben wurde.  
 „Daß, da der Vicarius allein auf den Vorschlag der Jesuitisch gesinnten Priester, und  
 „nicht der Kapitel, zugelassen würde, er desto gefährlicher für den Staat werden müßte;  
 „indem ein solcher Vicarius die Priester nach seinem Gefallen wegschicken könnte: da-  
 „hingegen die von den Kapiteln gewählten Vicarien, solches sonst nicht, als wegen  
 „rechtmäßiger Ursachen, und mit Vorwissen der Kapitel, thun dürften. Daß der Vica-  
 „rius,

Einige über-  
 geben Vor-  
 stellungen  
 gegen die Zu-  
 lassung eines  
 Vicarius.

„rins, wenn er gleich ein gebokrner Holländer wäre, dennoch Jesuitisch gesinnt seyn, und dieses die eingebokrnen Katholiken antreiben würde, in Hoffnung der Beförderung, auch Jesuitisch gesinnt zu werden. Daß die Duldung eines Vicarius das Land nicht, von den Ordenspriestern und Sendlingen des Römischen Hofes befreyen würde, die für desto gefährlicher gehalten werden müßten, als sie Eingebokrne wären, und als solche einen desto stärkern Einfluß auf andere Eingebokrnen hätten. Daß die Bestellung eines Vicarius die Partey derjenigen, welche die abscheuliche Bulle Unigenitus nicht annähmen, und die schon mehr als zweyhundert Stationen hier zu Lande verlohren hätte, noch mehr schwächen würde; woraus nichts anders, als ein gewaltiger Anwachs des Papstthums und das Verderben des gereinigten Gottesdienstes zu besürchten wäre.“ Diese beiden Vorstellungen wurden mit einer Dankagung an die Obrigkeiten der zwey Städte, daß sie bisher die Bestellung eines solchen schädlichen Vicarius hätten abwendeten helfen, und mit ernstlicher Bitte, daß sie in diesem ihrem Eifer beharren mögten, beschlossen f.).

Allein in dem Haag war man der Meynung, daß die Prediger, aus Mißverstand, oder aus Mangel gehörigen Unterrichts, die Berathschlagungen der Staaten, mit lassen die Unrechte, auf der Kanzel getadelt hätten. Die bevollmächtigten Räthe stellten daher, im Aprilmonate dieses Jahres, den Ständen zur Erwägung anheim, ob man sie nicht, durch schickliche Mittel, zu ihrer Pflicht anzuhalten hätte? Sie thaten ferner den Vorschlag, „ob es nicht besser wäre, einen Vicarius, der unter der Herrschaft der Staaten stünde, allein auf drey Jahre zu dulden, als die Aufsicht über die Römischkatholischen Kirchen dem päpstlichen Internuncius zu Brüssel, einem Italiener, dem die Staaten gar nichts zu befehlen hätten, zu lassen? Und wenn man hierüber, wie zu vermuthen wäre, nicht einig werden könnte, so gaben sie zu bedenken, ob man, während den Berathschlagungen darüber, nicht Mittel anzuwenden hätte, um den Anwachs des Papstthums zu hindern?“ Sie schlugen einige dergleichen Mittel vor, und die Stände beschloffen bald hernach, auf Vorstellung der bevollmächtigten Räthe, „an die Bürgermeister der Städte zu schreiben, daß sie, so weit sie solches nöthig halten mögten, die Prediger von der wahren Meynung und der heilsamen Absicht der Herren Staaten in ihren Berathschlagungen über den Punkt des Vicarius unterrichten, und diejenigen, die dem ungeachtet die Berathschlagungen noch ferner tadeln würden, zu ihrer Pflicht anhalten sollten. Daß man den weltlichen Commissarien auf den beiden Holländischen Synoden einen gleichen Auftrag thun, und sie anweisen sollte, den Predigern, bey guter Gelegenheit vorzustellen, daß die hohe Obrigkeit allein im Stande wäre zu urtheilen, was, nach den Umständen der Zeiten und Sachen, gegen den Anwachs des Papstthums zu veranlassen seyn mögte; und daß Ihre Edle Großmogenheiten dafür nicht weniger als die Synoden besorgt wären, so wie sie die wahre reformirte Religion und ihre Befenner gegen die Unternehmungen des Römischen Hofes und seines Anhanges zu schützen suchen würden. Daß die, wegen der Römischen Priester und der bey ihnen erfordernten Eigenschaften, ausgegangene Verordnungen genau beobachtet, und daß, bey erlebigten Stationen, die hie von so genannten Jansenisten bedienet würden, keine andern Priester darin zugelassen werden sollten, als welche versprächen, die Sacramente so wenig wegen

1732.

„der zwischen den Jansenisten und den andern Römisch-katholischen vorhandenen Streitigkeiten, als wegen Nichterkennung der päpstlichen Bulle *Unigenitus* für eine Glaubensregel, jemanden zu verweigern g).

Der päpstliche Verweiser wird nicht zugelassen.

Wegen der Zulassung eines päpstlichen Verweisers blieben die Stände unterdessen verschiedener Meinung. Man befürchtete in einigen Städten auch einen Aufruhr des Volkes, wenn man die Sache in der Versammlung der Holländischen Stände stärker hätte durchsetzen wollen. Sie blieb also liegen; und die Sendung der katholischen Priester, welche die Bulle angenommen hatten, auf dem vorigen Fuße. Die General-Staaten zeigten jedoch, daß sie nicht zugeben wollen, daß diese Bulle jemanden in ihrem Gebiete ausgedrungen würde. Der Fürst und Bischof von Lüttich, der, nebst den Staaten, Herr von Maastricht ist, hatte unlängst den Römisch-katholischen in dieser Stadt die Annehmung der Bulle öffentlich befohlen: aber die Staaten stellten dagegen vor, daß ein solcher Befehl dem Rechte, welches ihnen als Mitregenten von Maastricht zukäme, zuwider liefe, und bewirkten durch ernstliches und gütliches Schreiben h), daß derselbe widerrufen ward.

XXIV.  
Entdeckung eines schädlichen Wurmes in den Pfählen der Seedämme.

Wir haben in einem der vorigen Theile dieser Geschichte Erwähnung von der Gelegenheit gethan, bey welcher man angefangen hat, die Seedämme hier zu Lande, und besonders in Westfrisland, mit Balken und Pfählen zu befestigen i). Diese Art der Seewehre, welche noch keine dreihundert Jahre gebräuchlich gewesen war, kam um diese Zeit, hie und da, außer Gebrauch, nachdem man ein schädliches Ungeziefer in den Pfählen der Dämme entdeckt hatte, welches das Holz durchbohrte, und inwendig aushöhlte, folglich dadurch verursachte, daß das Pfahlwerk von dem geringsten Schlage des Wassers niedergeworfen, und die wechellosen Seedämme, an verschiedenen Orten, bey Stürmen und hohen Fluthen, der augenscheinlichen Gefahr eines Durchbruchs bloßgestellt wurden. Diese Beschädigung des Pfahlwerkes ward zuerst, im Herbst des Jahres 1730, an dem Westfrisischen Damme auf den Inseln Walcheren; und ein Jahr hernach an dem Westfrisischen Damme bey Nedenblik, auch an dem Zelder auf Texel k), und längst der Küste von Frisland entdeckt. Eine große Anzahl auf dem Grunde abgebrochener Pfähle, ward, als sie auf den Damm gezogen waren, von einem weichen und schleimigten Wurm, ganz durchbohrt gefunden. Er hatte einen harten muschelartigen Kopf, der aus zween sägweise gebildeten Theilen bestand, deren er sich bediente Tannen-Zichten und so gar Eichenholz auszuhöhlen. Auf beiden Seiten des weichen Schwanzes hatte er auch zween muschelartige Scheeren, die oft aus dem Holze hervorstunden, und den Schwanz, durch welchen der Wurm athmete, beschützten l). Der gewaltige Schaden, welchen ein solches verächtliches Geschöpf in kurzer Zeit an den Seedämmen gethan hatte, und die Gefahr der Ueberschwemmung, welcher Holland insonderheit, während dem ganzen vorigen Winter bloßgestellt gewesen war, gab vielen Gelegenheit, die Ursache des Uebels zu untersuchen, und auf Mittel es zu verbessern zu sin-

g) Refol. Holl. 30 Apr. 1732. bl. 234. Zie ook Europ. Merc. Jul.-Dec. 1732. bl. 161.

h) Zie Groot. Plakaatb. VI. Deel, bl. 372.

i) B. XIII. f. XXI. Th. II. S. 176, 177.

k) Zie de Verbaalen in de Resol. Holl. 29. 31 May. 1732. bl. 247. enz. 353.

l) Zie C. BELKMEER Natuurk. Verhand. gedr. 1733. Z. L'EPIE van de Gesteldh. van Holl. Hoofdst. III, IV, V.



nen m). Einsichtsvolle Naturkundiger waren der Meynung, daß der Pfahlwurm aus Ost- oder Westindien, oder noch näher aus der Nordsee in den Schiffen, worin man ihn schon längst entdeckt hatte, hergebracht worden war. Aber tüchtige Mittel, das Ungeziefer zu vertilgen, fand man nicht; oder sie waren zu kostbar, oder nicht geschickt, bey dem Pfahlwerke vor den Dämmen gebraucht zu werden. Man schlug daher verschiedene Mittel vor, um die Dämme gegen das Andringen und den Schlag des Wassers zu beschützen, ohne sich des Holzes zu bedienen. Endlich geriethen Peter Straat und Peter van der Deure, im folgenden Jahre, auf die Erfindung, eine schräge Lage von Kiesel- und Felsensteinen auswärts gegen den Damm zu machen: welches bald darauf bewerkstelliget ward. Sie verbesserten ihren Plan nachher noch ein wenig, um die gefährlichsten Stellen an dem Westfrischen Seedamme, auf eine geschwindere und weniger kostbare Art, gegen das Meer zu besetzen. Sie ließen das Meergras vor dem Erddamme, bis zu einer gewissen Länge, abschneiden, und neue Stellen damit gegen den Damm besetzen, welche mit Pfählen, die man in das alte Meergras schlug, unterstützt wurden. Vor dieses Pfahlwerk ließen sie eine schräge Lage von Steinen bis auf den Grund der See machen, wodurch die Pfähle gegen die Würme gesichert blieben, und der Damm wenig von dem Andringen und dem Schlage des Wassers zu leiden hatte n). Auf diese und dergleichen Art, hat man, seit dieser Zeit, die Dämme an verschiedenen Orten weit besser besetzt, als vormals, durch Hülfe des Pfahlwerkes allein, zu geschehen pflegte. Die Plage der Seewürmer, um deren Abwendung der Himmel auf Befehl der hohen Obrigkeit, in den Kirchen dieses Landes angeflehet ward o), ist, wie der Ausgang gezeigt hat, ein Glück für die Einwohner gewesen.

Der Streit wegen des Rechts zu der Erbschaft Wilhelms des Dritten, Königs von Großbritannien, der zwischen dem Könige von Preußen und dem Prinzen von Oranien und Nassau bis hieher gebauert hatte, ward endlich, im Maymonate dieses Jahres, gütlich beygelegt. Wir haben im vorigen Theile dieser Geschichte den Grund dieses Streits angezeigt p). Wir haben auch gemeldet, daß derselbe nur vorläufig, nach dem Tode des Prinzen Johann Wilhelm Friso im Jahre 1711, vermittelt worden wird endlich sen q). Die anderen Fürsten und Herren aus dem Hause Oranien, welche Ansprüche auf die Verlassenschaft des Königs Wilhelm machten, konnten, aus Mangel des Rechts oder des Vermögens, ihre Forderung nicht geltend machen; wiewohl der Fürst von Nassau-Siegen sich, vor einigen Jahren noch, an den Spanischen Hof gewandt hatte, wo er den Titel eines Prinzen von Oranien führte, und als Erbe des Königs Wilhelm die Rückstände forderte, welche die Krone Spanien diesem schuldig geblieben war r). Aber seine Bemühungen waren vergebens gewesen. Der König von Preußen und der Prinz Wilhelm Carl Heinrich Friso blieben also die vornehmsten unter den Erben. Man hatte zuletzt im Jahre 1722 zu Berlin wegen eines Vergleichs gehandelt, ohne darüber einig werden zu können. Aber die Volljährigkeit des Prinzen hatte unlängst Gelegenheit

F 3

zu

m) Zie Resol. Holl. 1734. bl. 180.  
n) Zie't Ontwerp van P. STRAAT en P. VANDER DEURE. gedr. 1733 en 1735.  
o) Notul. Zeel. 7 Nov. 1732. bl. 176. Europ. Merc. Jul.-Dec. 1732. bl. 193.

p) B. LXVI. §. III. Th. VII. S. 251.  
q) B. LXVIII. §. V. Th. VII. S. 376, 377.  
r) Voyez MONTGON Tom. I. p. 291. Tom. VI. p. 422.

1732.

Inhalt des  
Theilungs-  
vertrages  
zwischen dem  
Könige von  
Preußen  
und dem  
Prinzen von  
Oranien.

zu einer neuen Unterhandlung gegeben, wozu von Seiten des Prinzen Diäterich, Baron von Lynden, Herr von de Park, sein Oberhofmeister, Hobbe, Baron von Ailua, sein Oberstallmeister und Drost der Grafschaft Buuren, und Johann Duncan, sein ordentlicher Rath und Requetmeister und Rath und Rentmeister seiner Domänen, bevollmächtigt wurden. Sie verglichen zu Berlin mit den Bevollmächtigten des Königs in kurzer Zeit dasjenige, was im Jahre 1722 abzumachen übrig geblieben war, und schlossen einen Theilungsvertrag, welcher am 14ten May dasselbst von den königlichen Bevollmächtigten, und den 16ten des Brachmonats zu Dieren von des Prinzen seinen unterzeichnet ward. Durch denselben ward „das Fürstenthum Oranien nebst den Herrschaften Chalon und Châtel-Belin dem Könige von Preußen in der Maasse abgetreten, als er „dieses Fürstenthum und diese Herrschaften durch den Unrechtsmäßigen Frieden an die Krone „Frankreich abgetreten hatte, welche Abtretung der Prinz von Oranien und Nassau „genehmigte, und sich mit dem begnügte, was ihm dagegen durch diesen Vertrag zuge- „theilet ward. Jedoch befohle er die Freyheit, den Namen Oranien einer seiner Herr- „schaften, welcher er wollte, zu geben, und den Titel und Wapen dieses Fürstenthums, „eben so als der König von Preußen, zu führen, welcher sein Bestes thun sollte, um des „Königs von Frankreich Einwilligung hierzu zu verschaffen. Der König von Preußen „sollte überdem das Fürstenthum Mörs, die Grafschaft Lingen, das Amt Monsefort, „die Herrlichkeiten Hoch- und Nieder-Zwallowe, Naaldwyk, Soenderland, Wa- „teringhen, Orange-Polder und Graavenzande, den Zoll zu Gennep, die ganze „Baronie Herstal, die Herrlichkeit Turnhout, das Haus in dem Haag, der alte Hof „genannt, und das Haus Zonsbolcredyk (1) behalten; der Prinz von Oranien und „Nassau aber dagegen alle andere zu der Verlassenschaft von Oranien gehörige Güter, „so wohl die ihm schon übergeben, als die noch unter der Verwaltung der General-Staa- „ten oder in fremden Händen wären, in völligem Eigenthume haben; als das Amt Bree- „devoort, die Zehnten von Buuren, die Herrlichkeit Zevenbergen, das Zondenhuys „in dem Haag, die Zehnten unter Delft und Monster, das Haus de Kruidberg, „Kolynsplaate und die andern Güter in Nordbeveland, die Baronie Asselstein, die „Güter in Zuilster-Ambagt, den Pallast zu Brüssel, die Baronie Dieft, die Herrlich- „keit Sichen und Scherpenheuwel, die Herrlichkeiten Rozendaal, Niepen, Oo- „sterhout und Dongen, die Herrlichkeit Steenbergen, die Herrlichkeit Prinzen- „Land, die Baronie Kraanendont und die Herrlichkeit Lindhoven; welche Güter „alle dem Prinzen schon übergeben waren; ferner das Haus zu Dieren, das Haus zu „Zoo, die Herrlichkeit Klundert oder Niervaart, die Herrlichkeit Geertvuidenberg, „das Marquisat Veere und Vlissingen, die Herrlichkeit St. Maartensdyk und „Scherpenisse, das Haus zu Soestdyk, die Grafschaft Buuren, die Grafschaft Leer- „dam

(1) Der Sohn und Nachfolger des Königs von Preußen, Friderich der Andere, hat, im Jahre 1754, alles, was seinem Vater, durch diesen Vertrag, in der Provinz Holland zugehei-  
let war, nämlich die Herrlichkeiten Hoch- und Nieder-Zwallowe mit Klein-Waspik und  
Twintighoven, und die Herrlichkeiten Naaldwyk, Soenderland, Wateringen, Oranie-Pol-  
der, Graavenzande, und Sand-Ambagt, das Haus in dem Haag, der alte Hof genannt, und  
das Haus zu Zonsbolcredyk, an den Sohn und Nachfolger des Prinzen von Oranien, Prinz  
Wilhelm den Fünften, für siebenhundert tausend Gulden verkauft. Voyez Traité d'Achat  
&c. du 11 Janv. 1754.

„dam und Acquoi, die Herrlichkeiten Grimbergen, Meerhout und Voorst, die  
 „Burggrafschaft von Antwerpen, die Baronie Breda, die Comburgüter von Braque,  
 „die Baronie von Graave und dem Lande von Ruit, die Herrlichkeit Willemsiad  
 „und Ruigenhil, die Güter von Weernhout. St. Vit, Vianden, Butgenbach,  
 „Daasburg und Warneton; welche alle noch unter der Verwaltung der General- Etaa-  
 „ten, oder in fremden Händen waren. Gegen die halbe Baronie Herstal, welche er  
 „bisher besessen hatte, wurden ihm die Herrlichkeiten Nonster, Ter Heide, die Hälfte  
 „von Loosduinen, die lehne von Polanen und die Meyerey hinter dem Hause Nienv-  
 „burg bey Ryswyk abgetreten. Der König von Preussen überließ auch dem Prinzen,  
 „zum besonderen Merkmaale seiner Freundschaft, das gedachte Haus Nienvburg, und  
 „das Haus in dem Holze, Oranje- Saal genannt. Dem Könige und dem Prinzen und  
 „ihren männlichen und weiblichen Nachkommen stund frey, alle Titel des Hauses Ora-  
 „nien, ohne Nachtheil der Gültigkeit der gegenwärtigen Abtretung, zu führen. Nur be-  
 „gab sich der Prinz des Titels und Wapens des Fürstenthums Mörs, und der König  
 „des Titels und Wapens von Veere und Vlissingen. Der König begab sich auch des-  
 „jenigen, was er noch, vermöge des Schlusses der Staaten, von dem Jahre 1711, zu  
 „fordern hatte, und überließ es der gemeinschaftlichen Erbschaft, zu deren Bedürfnissen  
 „es schon angewandt war. Der König und der Prinz versprachen sich einander durch  
 „allerley Mittel, nur die Waffen ausgenommen, gegen diejenigen, die auf einen Theil  
 „der Verlassenschaft Anspruch machten, beizustehen, und namentlich gegen den Prinzen  
 „von Nassau- Siegen. Der Prinz übernahm die Schulden des Hauses Oranien,  
 „und bekam dagegen alles, was gedachtes Haus zu fordern hatte: außer daß von den  
 „zwo Renten auf der Maas von achtzigtausend und zwanzigtausend Gulden, der König  
 „die erste, und der Prinz die andere haben, die Rückstände dieser Renten aber unter ihnen  
 „gleich getheilet werden sollten. Der König versprach dem Prinzen seine guten Dienste;  
 „um ihm zur Bezahlung einer Jahrrente von funfzigtausend Gulden, und eines Capitals  
 „von hundert und zwanzigtausend Reichthalern, die das Haus Oranien von der Krone  
 „Spanien zu fordern hatte, zu verhelfen. Die Schulden, welche eine besondere Do-  
 „maine zu fordern oder zu bezahlen hätte, sollten einer jeden Domaine zu gute kommen,  
 „oder zur Last bleiben, nur die Schulden, wofür das Westland verhaftet wäre, aus-  
 „genommen, welche der Prinz allein abtragen sollte. Wegen der in der Verlassenschaft  
 „gefundenen Juwelen und des Silberwerks sollte es bey der im Jahre 1702 geschehenen  
 „Theilung sein Bewenden haben. Der König und der Prinz begaben sich ferner aller  
 „Forderungen gegen einander. Man sollte sich die Urkunden und Briefschaften, die zu  
 „den einem jeden zugetheilten Domainen gehörten, getreulich ausliefern, so wohl diejenigen,  
 „die man beyderseits in Händen hätte, als die noch in der Verwahrung des Domainenraths  
 „weiland König Wilhelms wären. Man sollte von diesem Vertrage den General- Etaa-  
 „ten, als Vollziehern der festen Willen des Königs Wilhelm und des Prinzen Friderich  
 „Henrich, alsbald Nachricht geben, und von ihnen die Uebergabe der Güter und Häuser,  
 „die noch unter ihrer Verwaltung waren, fordern. Der Vertrag sollte von beiden Seiten  
 „befräftiget, und die Befräftigungen innerhalb vier Wochen ausgewechselt werden s).“

Dies

s) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. VIII. p. 408. Europ. Merc. Jul. - Dec. 1732.  
 III. P. II. p. 335. ROUSSET Recueil Tom. bl. 45.

1732.

Dies geschähe auch ohne Verzug. Der König und der Prinz machten auch sogleich den geschlossenen Vertrag den General - Staaten bekannt, und verlangten die Uebergabe desjenigen, was noch unter ihrer Verwaltung stand t): welche in kurzem erfolgte. Nur wegen des Marquisats Veere und Vlissingen war eine merkwürdige Veränderung vorgefallen, wovon wir hier eine umständliche Nachricht geben müssen.

XXVI.

Man rath-  
schlagt in  
Seeland  
über die Auf-  
hebung des  
Marquisats  
Veere und  
Vlissingen.

Die Stände von Seeland hatten, wie wir im vorigen Theile dieser Geschichte u) angemerkt haben, die Obrigkeiten in Veere und Vlissingen aus einem Vorschlage des dortigen Raths bestellt, ohne sich an die Vorstellungen zu kehren, welche dagegen, von Seiten des Prinzen Johann Wilhelm Friso v), und, nach seinem Tode, von den Vormündern seines minderjährigen Sohnes geschehen waren. Die Erhebung dieses Sohnes zum Statthalter von Geldern im Jahre 1722 gab nachher denen von Seeland Gelegenheit, von neuem über die Aufhebung des Marquisats von Veere und Vlissingen zu rathschlagen, wofür sie den Werth demjenigen, welchem dieses Marquisat aus der Verlassenschaft des Königs Wilhelm zugetheilt werden würde, bezahlen wollten. Die von Ghes hatten hierzu, schon im Jahre 1706, einen Vorschlag gethan w): aber man hatte

darüber noch keinen Schluß gefaßt. So bald die verwitwete Prinzessin von Oranien hörte, daß die Sache in Seeland von neuem in Bewegung gekommen war; so schrieb sie, unterm 2ten des Hornungs 1723, an die General - Staaten, und ersuchte dieselben, „daß sie, als Vollzieher des letzten Willens Königs Wilhelms, Sorge tragen mögten, „damit dem Rechte ihres Sohnes in Seeland kein Eintrag geschähe.“ An die Stände der besondern Landschaften ergingen eben solche Schreiben x). Der Landgraf von Hessen - Cassel, Vater der Prinzessin, that ein gleiches Gesuch bey den General - und den besondern Staaten. Geldern, Frisland und Grönningen erklärten sich in kurzem, daß man diesem Gesuche Genüge thun müßte, und die zwei erstgenannten Landschaften drangen nachher ernstlich, in der Versammlung der General - Staaten, darauf. Utrecht blieb bey seiner vorigen Meynung, und Overijssel erklärte sich nicht y). In Seeland

waren alle Städte, bis auf Veere, wegen Aufhebung des Marquisats, einig z). Die Stände von Holland hatten auch, bereits im April, eine weidläufige Vorstellung in der Versammlung der General - Staaten übergeben, worin behauptet ward, „daß die Stände von Seeland, kraft des Obereigenthums (\*), welches allen mit der höchsten Gewalt versehenen Mächten zukäme, berechtigt wären, das Marquisat Veere und Vlissingen, gegen Bezahlung des Werthes, aufzuheben. Diese überste Herrschaft, oder das Obereigenthum, würde, sagten sie, bey Anlegung der Festungswerke, Dämme und öffentlichen Gebäude, wenn man hiezu einen Grund und Boden, der Privatpersonen ge-

hörte,

t) Schreiben des Kön. von Preußen und des Prinzen von Oranien vom 22 u. 18 Jul. 1732. in den Resol. Holl. 20 Aug. 1732. bl. 526.

u) B. LXVII. §. XII. Th. VII. S. 326.

v) Voyez Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 368.

w) B. LXVII. §. XII. Th. VII. S. 327.

x) Resol. Holl. 10 Apr. 1723. bl. 386. Notul. Zeel. 21 Jan. 1723. bl. 19.

y) Resol. Holl. 2, 15, 27 Apr. 23 Oct. 1723. bl. 331, 376, 397, 761. Voyez Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 351, 353, 354, 355, 356, 370, 373.

z) Notul. Zeel. 4 Febr. 26 Apr. 3 May, 1723. bl. 43, 61, 84.

(\*) Dominium eminens.

hörete, wegnähme, und ferner bey Auflegung der Steuern und bey vielen anderen Gelegenheiten gebraucht. Man gestünde, daß die hohe Obrigkeit dieses Recht misbrauchen könnte: aber dies hätte auch, in Ansehung vieler andern Stücke der höchsten Gewalt, Statt, die dem ungeachtet der hohen Obrigkeit wesentlich zugehörten. Sie wäre, wenn sie z. B. einen Kaufvertrag mit den Unterthanen geschlossen hätte, zwar verbunden, wegen der Folgen des Kaufs, vor dem ordentlichen Richter zu Rechte zu stehen, beehelte aber die Gewalt, das verkaufte, aus guten Ursachen, und gegen Bezahlung des Werthes, zum gemeinen Nutzen wieder zu sich zu nehmen. Wenn dieses anders wäre, würde man behaupten müssen, daß Privatpersonen, wenn sie mit der hohen Obrigkeit handelten, dadurch einen Theil der höchsten Gewalt erlangen könnten: welches ungereimt wäre. Es käme also allein darauf an, daß die hohe Obrigkeit sonst nicht, als nur in sehr wichtigen Fällen, sich des Rechts ihres Obergenthums bedienete. Unter diese Fälle wären auch ungewisse zukünftige Begebenheiten zu rechnen: so wie z. B. die hohe Obrigkeit befugt wäre, Dämme auf einem Privatleuten gehörigen Grunde und Boden anzulegen, ehe noch ein Durchbruch geschehen wäre, wenn nur derselbe mit Grunde gefürchtet würde. Zu dem Marquisat von Veere und Vlissingen nun gehörte, wie man dafür hielte, das Recht den Rath in den zwey Städten zu bestellen, wodurch der Weg zu der ganzen Verwaltung der Regierung, und zu der Gewalt über ein Drittel der Stimmen in der Versammlung der Stände gebahnet würde. Und diese Gewalt würde man einem Fürsten, der vielleicht auch ein fremder Fürst seyn könnte, geben müssen. Man hätte auch allezeit dafür gehalten, daß die das Stimmrecht habenden Städte nicht unter einem besondern Herrn, sondern allein unter der gräflichen Herrschaft stehen müßten. Gouda und Purmerende wären nicht in die Versammlung der Stände berufen worden, als nachdem sie von der Unterwürfigkeit, worinn sie unter fremden Herren gestanden hätten, befreyet gewesen wären. Tholen selbst in Seeland wäre, als es im sechzehnten Jahrhunderte an den Herrn von Bergen op Zoom verpfändet gewesen, so lange als das Pfandrecht unabgelöst geblieben sey, nicht zur Versammlung der Stände berufen worden. Als Philipp der Andere, im Jahre 1567, Vlissingen und Veere gekauft hatte, und die zwey Städte also mit der Grafschaft wieder vereinigt worden wären; so hätten sie sich daher auch von dem Prinzen Wilhelm, in dem Jahre 1574, einen Freybrief und dadurch die Erlaubniß, im Namen des Königs, erworben, auf der Versammlung der Stände erscheinen zu dürfen. In diesem Freybriefe wäre auch versprochen, daß diese Städte niemals von der Grafschaft veräußert werden sollten. Seitdem hätte der Prinz Wilhelm zu bewirken gesucht, daß er, mittelst Kaufs, Herr der zwey Städte geworden wäre, und sie hätten, dem ungeachtet, ihre Stimme auf dem Landtage behalten. Aber dieses wäre dem Freybriefe und den Regierungsgrundsätzen dieser Lande zuwider. Es wäre auch eine dem Hause Oranien zugehörane Partey in diesen Städten Ursache gewesen, daß sie nicht wieder in eine vollkommene Freyheit hergestellt worden wären. Das Recht des Befehligen müßte, allem Ansehen nach, nicht so viel Gewicht haben, als die Verbindlichkeit den gräflichen Freybrief zu beobachten und die Städte nicht wieder zu veräußern: um so viel weniger, als sie dermaleinst, an einen Fürsten, der nicht von der protestantischen Religion wäre, kommen könnten. Alle diese Gründe bewiesen, daß der gegenwärtige Fall wichtig genug wäre, um sich, in demselben, des Rechtes des Obergenthums

1732.

„zu bedienen. Es käme demnach bloß auf die Bestimmung des Werthes des Marquisats an: und wenn diese nicht allein nach den Einkünften, sondern auch nach den hohen Vorzügen des herrschaftlichen Rechts geschähe, würde Niemand über Unrecht klagen können. Man nähme zwar ein verkauft Gut zurück; aber man bezahlte den Werth desselben; nicht zu gedenken, daß gegen die Rechtmäßigkeit des Kaufs vieles eingewandt werden könnte. Der Lehnherr und der Lehnmann hätten Verbindlichkeiten gegen einander; aber nicht dergestalt, daß der Lehnherr, als Souverain, nicht das Gut des Lehnmanns, zum gemeinen Nutzen, und gegen Bezahlung des Werthes, zurücknehmen könnte. Die General-Staaten wären auch, als Vollzieher, nur verbunden die Verlassenschaft König Wilhelms wider Unrecht zu beschützen; und wenn man einiges Land aus dieser Verlassenschaft zu Dämmen oder Festungswerken umgraben wollte, würden sie bloß auf gehörige Vergütung dringen müssen, welches auch in diesem Falle allein ihre Pflicht wäre. Seeland könnte also das Marquisat aufheben, und Holland wäre verbunden dazu die Hand zu bieten. Geldern, Friesland und Grönningen, die nun so sehr für die Erhaltung dieses herrschaftlichen Rechts eiferten, hätten gewiß, zu besserer Bewahrung ihrer Freyheit, ihren Statthalter, durch seine Vorschrift, sehr eingeschränkt. Warum nahmen sie es denn übel, daß Seeland auch für seine Freyheit sorgete? Sie würden, wenn sie sich in demselben Falle befänden, wahrscheinlicher Weise, eben so verfahren. Jeho verlangten sie, daß man für den unmündigen Prinzen Sorgen trüge. Aber wären alle Unterthanen nicht als so viele Unmündige anzusehen, für deren Freyheit und Wohlfahrt man gleichfalls sorgen müßte? Würde nicht ein Fürst, und vornemlich ein mächtiger Fürst, welcher Herr der zwey Städte würde, Seeland und Holland selbst beunruhigen, und einen beträchtlichen Einfluß in den Gerichtshöfen, in der Versammlung der General-Staaten, und in den anderen Generalitätscollegien bekommen können, wenn in dieselben, auf sein Verwirken, Herren aus den zwey Städten abgeordnet würden. Man bäte also schließlich, der verwitweten Prinzessin und dem Landgrafen von Hessen-Cassel keine Hoffnung, daß man Seeland von der Aufhebung des Marquisats abzumahnern suchen würde, zu geben, sondern diesen Fürsten und Fürstin vielmehr zu bewegen, daß sie, auf den vorgedachten Fuß, darin willigen mögten a).

## XXVII.

Die verwitwete Prinzessin und die fürstlichen Vormünder beantworten die Vorstellung der Stände von Holland ausführlich.

Nachdem die Vorstellung der Stände von Holland in der Versammlung der General-Staaten erwogen war; so blieben die von Geldern, Friesland und Grönningen bey ihrer Meynung. Die von Utrecht und Overysseel nahmen die Vorstellung zu näherer Berathschlagung an. Mittlerweile ward sie, von wegen der verwitweten Prinzessin und der fürstlichen Vormünder, umständlich beantwortet b). Man merkte in dieser Antwort an, „daß, als die Stände von Seeland sich, kurz nach dem Tode König Wilhelms, das Recht angemahlet, den Rath in den zwey Städten zu bestellen, die Stände von Holland dafür gehalten hätten, daß der hohe Rath, vor welchen der Streit hierüber gebracht wäre, in dieser Sache so, als er es dem Rechte gemäß befinden würde, verfahren müßte. Daß sie nachher die Gerichtshöfe zwar, über die Bestellung

„des

a) Resol. Holl. 4 Jun. 1723. bl. 434.

Voyez Supplém. au Corps Diplom. Tom. III. b) Notul. Zeel. 12 Jul. 1723. bl. 119.

P. II. p. 358.



„des Rathes in den gedachten Städten, nicht hätten sprechen lassen, aber doch der Mey-  
 „nung gewesen wären, daß derjenige, welcher dermaleinst das Recht zu dem Marquisat  
 „erlangen würde, seine Sache gerichtlich, wo und wie es sich gebührete, verfolgen könnte.  
 „Daß die Stände von Seeland sich erkläret hätten, daß sie eben so dächten. Daß  
 „Holland und Seeland, im Jahre 1708, dem Prinzen Johann Wilhelm Friso  
 „den Vorschlag hätten thun lassen, das Marquisat an Seeland oder die zwei Städte zu  
 „verkaufen, oder darüber auf eine andere schickliche Weise zu handeln. Daß, da er dieß  
 „abgelehnet hätte, die Sache dabey geblieben wäre, ohne daß es damals den Ständen  
 „eingefallen wäre, daß Marquisat, aus dem Rechte des Obereigenthums, aufzuheben.  
 „Daß dieses herrschaftliche Gut jedoch seitdem seine Natur nicht geändert hätte, und daß  
 „man dem ungeachtet es gegenwärtig aufzuheben suchte. Daß sie eingestünden, daß die  
 „hohe Obrigkeit dieses Recht des Obereigenthums besäße. Aber daß von der andern  
 „Seite selbst auch erkannt würde, daß es leicht gemißbraucht werden könnte, und daß  
 „man sich desselben sonst nicht, als im Falle einer hohen Nothwendigkeit, oder eines au-  
 „genscheinlichen und großen Nutzens bedienen mußte. Aber daß der gegenwärtige Fall  
 „von einer ganz andern Art wäre. Daß die Stände von Holland zwar vorgäben, daß  
 „das Marquisat von Veere und Vlissingen mit der Freyheit und Unabhängigkeit See-  
 „lands, wegen des großen Einflusses des Marquis auf die Regierung der zwei Städte,  
 „auf die Versammlung der Stände von Seeland, imgleichen der General-Staaten,  
 „und auf die andern Generalitätscollegien, nicht bestehen könnte; um so viel mehr, als  
 „das Marquisat an einen Fürsten, an einen fremden Fürsten, und wohl gar an einen,  
 „der nicht von der protestantischen Religion wäre, kommen könnte: aber daß eine solche  
 „überwiegende Gewalt keinesweges aus den Rechten des Marquis flösse. Diese Rechte  
 „hätten mit der Regierung der Landschaft, vielweniger der General-Staaten, nichts gemein.  
 „Sie erstreckten sich bloß auf die Verwaltung der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Re-  
 „gierung in den zwei Städten. Der Huldigungseid, der dem Marquis geleistet würde,  
 „höbe die Verbindlichkeit zur Treue gegen die Staaten nicht auf, welche so wohl dem  
 „Herrn als den Einwohnern der zwei Städte oblag. Das Recht in der Versammlung  
 „der Stände zu erscheinen wäre, im Jahre 1574, nicht dem Marquis, sondern den zwei  
 „Städten gegeben worden, welche in Sachen, so die hohe Landesregierung beträfen, nicht  
 „von dem Marquis abhiengen, noch ihm zur Rechenschaft verbunden wären. Man  
 „würde auch nicht beweisen können, daß die zwei Städte, so lange sie in der Versamm-  
 „lung der Stände erschienen wären, weniger Freyheit in ihren Stimmen und in den Be-  
 „rathschlagungen bezeuget hätten, als die vier anderen Städte. Veere hätte sich so gar  
 „beständig gegen die Uebertragung der gräflichen Herrschaft an den Prinzen Wilhelm  
 „den Ersten erkläret. Die Beispiele solcher Städte oder Gemeinen, die an der ober-  
 „sten Regierung Theil hätten, und dennoch, in anderem Betrachte, in einer gewissen Ab-  
 „hängigkeit stünden, wären, unter den Nachbarn, ja selbst in diesem Staate, nicht un-  
 „gewöhnlich. Ferner hätten die Städte niemals mehr Ruhe, Eintracht und Handlung  
 „besseren, als unter der alten Regierungsform. Daß, wenn gleich die zwei Städte des  
 „Marquisats nicht Freyheit genug hätten ihre Stimmen in der Versammlung der Stän-  
 „de zu geben, hieraus nicht folgte, daß man das Marquisat aufheben mußte, welches  
 „schon, ehe die Städte das Stimmrecht bekommen hätten, in der Wirklichkeit gewesen  
 „wäre, sondern vielmehr, daß die zwei Städte von der Versammlung der Stände aus-  
 „geschlossen

1732.

geschlossen werden müßten. Das in dem Freybriefe von 1574 geschehene Versprechen, daß die zwei Städte nie von der Grafschaft veräußert werden sollten, beruhte allein auf dem ersten Kaufe des Königs Philipp. Wenn es also jemals Zeit gewesen wäre, sich gegen die Veräußerung zu setzen, hätte solches bey dem nächsten Verkaufe geschehen müssen. Nunmehr, da das Lehn schon auf den sechsten Lehnfolger gekommen wäre, schiene es viel zu spät zu seyn, hieran zu gedenken. Die Lehnbarkeit wäre ferner keinesweges aufgehoben worden, weil das Lehn von dem Lehnherrn selbst gekauft wäre; weil der König Philipp niemals die Absicht gehabt hätte, das Lehn der Grafschaft einz verleiben, sondern es als ein besonderes Eigenthum zu besitzen. Die Stände von Holland hätten nächstdem dem Prinzen Wilhelm, in dem Jahre 1581, stark angelegen, das Marquisat zu kaufen. In allem Falle wäre der Streit über die Rechtmäßigkeit des Kaufs ein Punkt, der gerichtlich entschieden werden müßte. Man räumte ein, daß das Marquisat an einen Prinzen, und zwar zuerst an den jungen Prinzen Wilhelm Carl Henrich Friso, kommen würde. Aber es wäre unerhört und von gefährlicher Folge, jemanden, weil er von hoher Geburt wäre, seiner Güter zu entsetzen. Der junge Prinz hätte sich gewiß noch bey Niemanden verdächtig machen können, daß er sein Ansehen jemals mißbrauchen würde; vielmehr wäre zu hoffen, daß er es zum gemeinen Nutzen anwenden würde. Man wäre, in vorigen Zeiten, nicht bekümmert gewesen, ob es auch der Freyheit nachtheilig seyn mögte, wenn ein Prinz das Marquisat besäße; warum sollte man es denn ißo seyn? Man würde das Marquisat gewiß auch, nach dem Tode Wilhelms des Ersten, haben aufheben können, wenn man damals davon eben so, als gegenwärtig, gedacht hätte. Damals wären auch, eben so wohl, als ißo, verschiedene Erben gewesen, und unter andern ein papistischer Prinz, der in der Gewalt der Spanier war. Dem ungeachtet hätte man an die Aufhebung des Marquisats nicht gedacht. Es wäre auch kein Grund da zu befürchten, daß dieses Lehn jemals an einen auswärtigen Prinzen, und wohl gar an einen Prinzen von der katholischen Religion kommen mögte. Die bloße Möglichkeit hievon gäbe kein Recht jemanden sein Eigenthum wegzunehmen. Wenn der junge Prinz, ohne Abkömmlinge, sterben, und seine Schwester mit einem auswärtigen Fürsten verheirathet werden mögte; der das Lehn mißbrauchen wollte, alsdann wäre es noch Zeit genug, sich des Rechtes des Obereigenthums zu bedienen. Das Marquisat wäre zu einem beständigen Erblehne gegeben, und durch das große Privilegium der Herzoginn Maria versprochen worden, daß die Grafen Niemandes Lehn zu ihrer Tafel ziehen sollten, als durch den Weg Rechtsens. Etwas ähnliches wäre durch das Gesetz von 1495 angeordnet. Solche unter einer einhäuptigen Regierung gemachte Gesetze müßten billig, unter der gegenwärtigen freyen Staatsverfassung, nicht verkehrt werden, insonderheit nicht auf Kosten eines minderjährigen Prinzen, für welchen die General-Staaten, als Vollzieher des letzten Willens des Königs Wilhelms, auch besondere Sorge zu tragen, und nicht zu gesiatten hätten, daß ihm von den Mitvollziehern ein Nachtheil geschähe. Man hoffete demnach, daß die Stände von Seeland, durch alle diese Gründe sich bewegen lassen würden, von der beschlossenen Aufhebung des Marquisats abzustehen; um so viel mehr, als man erbötig wäre, sie wegen ihrer Furcht vor einem künftigen Falle, so viel möglich und billig wäre, zu beruhigen. Wenn aber solches, wider Hoffen, nicht angenommen werden sollte, würden sie sich an die General-Staaten wenden müssen, welche nicht allein Vollzieher

des

„des Testaments König Wilhelms, sondern auch die Erhalter des ewigen Bündnisses wären, welches diese Lande vereinigte, und es zugleich zu einem Gesetze machte, daß man Fremden so wohl als Einheimischen, zu aller Zeit, gutes Recht thun sollte c).“

Bei dieser Beantwortung der Holländischen Vorstellung blieb es nicht. Die General-Staaten hielten dafür, daß man die Verathschlagungen über die Aufhebung des Marquisats einstellen mußte d). Die Stadt Veere selbst, die 180, wie man meynete, anders als in dem Jahre 1706 gesinnet war, gab ihre Stimme wider die Aufhebung des Marquisats, wozu die anderen Städte geneigt waren, und trug ihren Abgeordneten zu der Versammlung der Seeländischen Stände auf, ihnen vorzustellen e), „daß sie völlig gefinnit bliebe die gegenwärtige Regierungsform ohne die statthalterliche Würde, ihrem Vermögen erhalten zu helfen, und daß sie, um diese Absicht desto besser zu erreichen, wohl gewünscht hätte, daß man, im Jahre 1706, das Marquisat von den Erbenn der Verlassenschaft König Wilhelms, durch Kauf oder Unterhandlung hätte erwerben mögen. Aber weil dieses unthunlich gewesen wäre; so hielten sie dafür, daß man, ehe man den wichtigen Schluß wegen Aufhebung des gedachten Marquisats faßte, untersuchen müßte, 1. ob man einen solchen Schluß, der Regierungsverfassung und den Landesgesetzen gemäß, wohl nehmen könnte; 2. ob der Schluß, wenn er genommen wäre, wohl vollzogen werden könnte, und 3. welche gute und böse Folgen, mit der Zeit daraus zu erwarten wären? Bei dem ersten Punkte waren die von Veere der Meynung, daß jede willkürliche Verfügung über das Gut und das Eigenthum der gemeinen Einwohner der Freyheit des Landes, dem großen Freybriefe der Herzoginn Maria und dem Gesetze vom Jahre 1495 zuwider ließe. Die peinliche Gerichtsordnung des Herzogs von Alba, die allein einigen Grund dazu gäbe, wäre durch den Genrichen Ver gleich ausdrücklich widerrufen. Das Recht des Obereigenthums, in Sachen von solcher Art als diese, ausüben zu wollen, schiene ihnen von gefährlichern Folgen zu seyn, als die Schwierigkeiten, die man dadurch verhüten wollte. Es wäre auch dem Lehnrechte dieser Lande zuwider, welches nicht zuließe, daß der Lehnherr seine Macht gegen seinen Lehnmann mißbrauchte, ohne sein Recht zu verlieren. Das in dem Freybriefe von 1574 geschehene Versprechen die zwö Städt nicht zu veräußern, beruhte allein auf dem ersten Kaufe. Man hätte sich also, mittelst Anbietung des von dem Grafen unbezahlt gelassenen Kaufgeldes, gegen den zweiten Verkauf setzen müssen. Nunmehr, nach einem Verlaufe von mehr als hundert und dreyßig Jahren, schiene solches ganz außer der Zeit zu seyn, und folgte nicht aus dem ersten Verlaufe; weil dadurch die Lehnbarkeit, wie man meynete, nicht aufgehoben wäre, obgleich der Lehnherr selbst Käufer geworden sey. Philipp hätte, allem Ansehen nach, das Marquisat als ein besonderes Eigenthum besitzen wollen, ohne es der Grafschaft einzuverleiben. Daß unterdessen das Versprechen ein Gut nicht zu veräußern den Verkauf desselben nicht hinderte, könnte man an der Herrlichkeit Doortvoet sehen, welche im Jahre 1704 verkauft wäre, ungeachtet sie das Privilegium hätte nicht verkauft zu werden. In Ansehung des zweiten Punktes hielten sie dafür, daß, wenn der Schluß, von welchem die Frage wäre, auch einmüthig gefaßt würde, er doch nicht länger Statt haben könnte, als bis die Streitigkeiten unter

N 3

„den

c) Voyez Supplém. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 379, 388.

d) Notul. Zeel. 2 Aug. 1723. bl. 126.

e) Notul. Zeel. 21 Jun. 1723. bl. 111.

1732.

„den Erben des Königs Wilhelm verglichen, oder dem Rechte die Hände geöffnet wa-  
 „ren. Solche weit aussehende Schlüsse pflegten nichts als Haß und Nachbegierde zu er-  
 „regen; wie die Folgen des ewigen Edicts vom Jahre 1667 lehren; ob gleich durch  
 „dasselbe nichts, als wozu die Stände von Holland vollkommene Gewalt gehabt hätten,  
 „verordnet worden wäre; ganz anders, als durch den gegenwärtigen Schluß würde ge-  
 „schehen müssen, als wodurch jemand wider seinen Willen seines Lehnguts entsetzt werden  
 „sollte, eine Sache, worüber man, zu seiner Zeit, vor einem Lehnhofe zu Rechte würde  
 „stehen müssen. Bey dem dritten Punkte mußten sie anmerken, daß sie sich daraus  
 „keinen andern Nutzen vorstellen könnten, als daß dadurch, die gegenwärtige Regierungs-  
 „form ohne einen Statthalter, besser würde erhalten werden können. Sie wären auch  
 „gesinnt, nach ihrem Vermögen, zu Erhaltung dieser gegenwärtigen Regierungsform  
 „mitzuwirken. Aber, ihrer Meynung nach, hielte man mit Unrecht dafür, daß die Auf-  
 „hebung des Marquisats von Veere und Vlissingen dazu erfordert würde. Man ver-  
 „stünde die Natur des Marquisats übel. Man meynete, daß die Statthalter, als Mar-  
 „quisen, einen größeren Einfluß auf Vlissingen und Veere gehabt hätten, als auf die  
 „vier anderen Städte: welches sie niemals zugeben könnten. Die bürgerliche Regie-  
 „rung von Veere stünde, seit dem Jahre 1651, bey einer Versammlung von vier und  
 „zwanzig beständigen Rathsgliedern, die sich selbst wählten, und nicht verbunden wa-  
 „ren, dem Marquis Rechenchaft zu geben. Das Stimmrecht auf dem Landtage wäre  
 „nicht dem Marquis, sondern dem Körper der Gemeine gegeben, welche, in dieser Eigen-  
 „schaft so wenig den Marquis vorstellte, als die gräflichen Städte vorzeiten den Grafen  
 „vorzustellen pflegten. Der Marquis setzte die Schöppen; man huldigte ihm; aber dies  
 „hätte nichts mit der bürgerlichen Regierung der Stadt gemein, und verlesete auch den  
 „Eid nicht, womit so wohl die Stadt als der Marquis der Provinz verbunden wären.  
 „Die das Stimmrecht habenden Städte wären gewißlich auch vorzeiten durch einen Eid  
 „dem Grafen verbunden gewesen, der ihre Obrigkeiten bestellte. Aber sie blieben dem  
 „ungeachtet Glieder des Staats, die nicht den Grafen, sondern den Körper ihrer Gemei-  
 „nen in der Versammlung der Stände vorstellten. Auf gleiche Weise wären einige  
 „Städte in Deutschland, in gewissem Betrachte, von besonderen Herren lehnbar, sonst  
 „aber freye Glieder des Staats. Die Stadt und Grafschaft Montfort wäre durch  
 „Kauf an die Stände von Utrecht gekommen, welche die Obrigkeiten darin bestellten;  
 „und gleichwohl machte diese Stadt einen Theil der obersten Gewalt dieser Provinz aus.  
 „Wilhelm der Dritte, Prinz von Oranien, wäre, in dem unglücklichen Jahre 1672,  
 „nicht durch heimliche Bewirkung der Obrigkeiten, sondern allein durch eine überströ-  
 „mende Bewegung des Volkes, fast zu einer Zeit, von Holland und Seeland zum  
 „Statthalter erwählt worden, ohne daß solches, mit dem geringsten Scheine, dem Be-  
 „tragen von Veere und Vlissingen zugeschrieben werden könnte. Es wäre demnach  
 „auch iso nicht zu erwarten, daß die zwey die letzten Stimmen habenden Städte, ihren  
 „andern vier Mistständen einen Statthalter würden aufbringen können. Sie sähen also  
 „gar keine Nothwendigkeit zu Aufhebung des Marquisats. Wenn dieselbe durchginge,  
 „wären, ihrer Meynung nach, verschiedene Schwierigkeiten daraus zu vermuthen. Man  
 „würde fremde Fürsten dadurch beleidigen, welches dem siebenzehnten Artikel der Utrech-  
 „tischen Vereinigung zuwider ließe. Frisland, und wahrscheinlich auch Geldern und  
 „Gröningen würden sich darüber empfindlich zeigen, und vielleicht zu Thätlichkeiten  
 „schreiten.

„schreiten. Man würde dem Rechte nicht allezeit die Hände binden können, und daher einmal in einen kostbaren Rechtshandel, zum Nachtheile der zwey Städte, gerathen. Der alte Streit zwischen Middelburg, Vlissingen und Veere wegen der Gerichtsbarkeit würde wieder aufleben; und alle diese Schwierigkeiten wären von größerer Erheblichkeit, als alle Vortheile, welche man sich von der Aufhebung des Marquisats versprechen könnte. Sie wären auch überzeugt, daß die wesentliche Absicht der Aufhebung nicht durch den todten Buchstaben dieses oder jenes entworfenen Schlusses zu erreichen wäre, sondern allein dadurch, daß man das Volk durch die Erfahrung überzeuge, daß die gegenwärtige Regierungsform, in allen Stücken besser ruhiger und sicherer für die gemeine Freiheit, als die statthalterliche sey: wozu sie, wie sie nochmals versicherten, von ihrer Seite alles, was in ihrem Vermögen wäre, beytragen wollten f).“

Als die fünf andern Städte, Middelburg, Zieriksee, Goes, Thooelen und Vlissingen, die Vorstellung von Veere gesehen hatten; bezeigten sie sich höchst unwillig darüber, und erklärten sie für parteyisch. Sie meyneten auch, daß sie mit vielen Erbhütern des gemeinen Volkes angefüllt wäre, und glaubeten einen beträchtlichen Man- gel der Kenntniß in Regierungssachen darin wahrzunehmen g). Zum Beispiele führten sie an, daß in der Vorstellung als gewiß angenommen würde, daß die Stände sich nicht gegen den zweiten Verkauf des Marquisats, im Jahre 1581, gesetzt hätten, da doch das Gegentheil aus den Notulen erhelle. Aber vornehmlich hatte es sie verdrossen, „daß die von Veere für gut gefunden hätten, den Regenten von Seeland mit dem Unwillen dieser oder jener auswärtigen Macht, der drey Landschaften Geldern, Friesland und Grönningen, und so gar eines künftigen Statthalters zu drohen, gleich als wenn sie vergessen hätten, daß sie, noch im lezt verwichenen Weinmonate, feierlich versprochen, die gegenwärtige Regierungsform zu erhalten. Man schiene auch, merkten die fünf Städte ferner an, „eine Uneinigkeit unter den Städten zu befürchten, wenn das Marquisat aufgehoben würde; da jedermann wüßte, daß dieses Marquisat allezeit ein Zankapfel in Seeland gewesen wäre.“ Die Anmerkung, mit welcher die Vorstellung beschloffen ward, kam endlich den fünf Städten bedenklich, wenigstens dunkel vor. „Die von Veere mußten, meyneten sie, sich wohl etwas näher erklären, ob sie der Versammlung der Stände mit einer aufrührerischen Bewegung des Volkes drohen wollten, und ob sie es für einen Grundsatz hielten, daß die zum gemeinen Besten gefassten Schlüsse nur ein todter Buchstabe wären, so lange das Volk sie nicht genehmiget hätte. Die andern Mistände wüßten, so wohl als die von Veere, daß die Regierung durch Eintracht, Mäßigung und ein gelindes Verfahren, wozu man auch wohl das unsträfliche Leben der Regenten setzen könnte, beständig gemacht werden müßte. Sie möchten aber wohl wissen, wie eine solche Anmerkung sich hieher schickte, und in welcher Absicht sie gemacht würde.“ Zum Beschlusse verlangten sie, daß Veere den andern Ständen beytreten, und in die Aufhebung des Marquisats willigen möchte h). Allein hiezu wollte die Stadt

f) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 400. Europ. Merc. Jan. - Jun. 1733. bl. 80.

g) Notul. Zeel. 9 Aug. 1723. bl. 148. Byl. bl. \* 50.

h) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 408. Europ. Merc. Jan. - Jun. 1733. bl. 170.

1732.

XXIX.  
Die Stände  
von Seeland  
entledigen  
Vlissingen  
und Veere  
von aller  
Lehnbarkeit,  
gegen Anbie-  
tung der Be-  
zahlung des  
Werthes.

Stadt sich zu dieser Zeit nicht verstehen. Man beschloß daher, im folgenden Jahre, auf den Vorschlag von Thoolen, die Ráthe und die Rechnungskammer nebst den Rentmeister des Quartiers der Wester-Schelde, bis auf weitere Verfügung, anzumessen, daß sie keine Lehnbriefe des Marquisats jemanden erteilen sollten i): in welchem Entschlusse die Stände von Holland die Seeländischen bestärkten k).

In diesem Zustande blieben die Sachen bis zum Jahre 1730, da die Stände von Geldern, Frisland und Gröningen in der Versammlung der General-Staaten arbeiteten, ihrem Statthalter, dem Prinzen von Oranien, einen Sitz in dem Staatsrathe zu verschaffen; welches jedoch nicht gelingen wollte. In seinem Namen ward damals bey den Ständen von Seeland Erlaubniß gesucht, die nöthigen Verfügungen über die Lehnsgüter des Hauses Oranien machen zu dürfen. Aber ich finde nicht, daß hierauf etwas beschlossen worden sey. Im Jahre 1732 bewirketen die Stände von Holland, daß den besondern Statthaltern der Sitz in dem Staatsrathe abgesprochen ward, wie sehr auch Frisland dafür geeifert hatte l). Und weil, in eben diesem Jahre, die Vertheilung der Nachlassenschaft des Königs Wilhelm, zwischen dem Könige von Preußen und dem Prinzen von Oranien und Nassau, der nun seine Volljährigkeit erreicht hatte, gemacht worden war; und beide Parteyen sich an die General-Staaten, und der Prinz auch an die von Holland und Seeland, wegen Auslieferung der Güter, die noch unter ihrer Verwaltung waren, gewandt hatten; so fanden die Stände von Seeland, auf Antrieb der von Holland, für gut, den Berathschlagungen über die Aufhebung des Marquisats von Veere und Vlissingen ein Ende zu machen m). Dieses Marquisat war in der Theilung dem Prinzen von Oranien zugefallen, der schon Statthalter dreyer Landschaften war, und daher eine Möglichkeit sahe, demnächst Statthalter von Seeland zu werden; welches die gegenwärtige Regierung, durch Aufhebung des Marquisats, das dem Prinzen, wie man meynete, ein zu großes Ansehen in Seeland geben würde, verhüten wollte. Die Stände beschloßen also, am 17ten des Wintermonats, mit einmüthiger Einwilligung aller Glieder, „kraft ihrer hohen Souverainität und unstreitigen „Gewalt, die Städte Vlissingen und Veere von nun an, auf immer und zu ewigen „Zeiten, mit der That und von Rechtswegen (\*), von aller Lehnbarkeit zu entledigen, „und sie für freye gräfliche Städte, wie andere stimmende Städte der Provinz, die allein „der Souverainen Versammlung Ihrer Edlen Mägenheiten unterworfen wären, zu „erklären.“ Ferner ward der General-Einnehmer beauftraget, „zur Schadloshaltung „desjenigen, der zu den Herrlichkeiten von Veere und Vlissingen berechtigt zu seyn be- „funden werden würde, hundert tausend Reichsthaler anzuleihen, welche in der Bank zu „Middelburg verwahrt werden sollten; wiewohl die Stände gesinnet waren diese „Summe zu erhöhen, wenn es für billig geachtet werden mögte. Man sollte auch den „Nath

i) Notul. Zeel. 27, 31 Jan. 1 Febr. 1724. bl. 33, 41, 46.

k) Resol. Holl. 23 May. 1724. bl. 282.

l) Resol. Holl. 14, 15 Apr. 10 May. 1730. bl. 270, 279, 341. 24 Apr. 20 Jun. 24 Oct.

(\*) de facto et de jure.

1732. bl. 216, 393, 681. Notul. Zeel. 12 Jun. 20 Jul. 1730. bl. 128-140. 13 Jun. 1732. bl. 181. Schreiben von Gröningen vom 17 Aug. 1730. von Frisland 17 Mart. 1732. von Holland 29 Apr. 1732. von Seeland 25 Apr. 1732.

m) Notul. Zeel. 11 Sept. 1732. bl. 263.



„Rath von Vlissingen und den von Veere ersuchen, alles, was sich auf den Marquis bezöge, in den bürgerlichen und allen andern Urkunden auszureichen. Den bevollmächtigten Rärhen sollte zugeschrieben werden, keine Lehn- und Uebertragsbriefe von Vlissingen und Veere weiter zu ertheilen; und den Besitzern des Lehnhofes in dem Quartiere von der Wester-Schelde sollte man anzeigen, daß sie einem solchen Uebertrage nicht bewohnen, sondern in dem Lehnregister anzeichnen sollten, daß die zwei Städte, zu ewigen Zeiten, von aller Lehnbarkeit entlediget wären. Den Ständen von Holland, welche denen von Seeland, im letztverwichenen Weinmonate, ein sich auf die Aufhebung des Marquisats beziehendes freundschaftliches und großmüthiges Anbieten gethan hätten, sollte durch einige Abgeordneten dafür gedanket werden: Sieben Glieder der Versammlung nebst dem Rathpensionär wurden ernannt zu untersuchen, was ferner nöthig seyn würde, um die Aufhebung der Lehnbarkeit der zwei Städte zu vollenden n).“

1732.

Die Stände von Seeland gaben hernach den General-Staaten von diesem merkwürdigen Schlusse Nachricht, und ersuchten sie, daß, wenn sie König Wilhelms Verlassenschaft den Erben ausliefern würden, sie Vlissingen und Veere davon ausnehmen, und statt derselben hundert tausend Reichsthaler anbieten mögten o). Der Prinz von Oranien befam davon gleichfalls Nachricht; und weil ihm dadurch, wie er dafür von Oranien hielt, großes Unrecht geschehen war; so beschloß er, dagegen zu protestiren; welches protestirt in einem an die Stände von Seeland aus dem Haag, unterm 10ten Jenner des folgenden Jahres, abgelassenen Schreiben geschehe p). In demselben beschwerte er sich, daß die Stände für gut gefunden hätten, ihm, ohne davon einen Grund anzugeben, ewig das Erbgut seiner Väter, durch einen bloßen willkührlichen Schluß, unter dem Titel ihrer hohen Souveränität und unstreitigen Gewalt, zu nehmen. Ferner führte er acht Gründe an, warum er sich genöthiget fände gegen ihren Schluß zu protestiren: „1. Weil, da sie vormals so wohl als ich von ihrer höchsten Gewalt Wissenschaft gehabt hätten, sie nun erst auf die Gedanken gekommen wären, sich derselben zu Aufhebung des Marquisats von Veere und Vlissingen zu bedienen; 2. weil sie seinen Vordern, während seiner Minderjährigkeit, Hoffnung gegeben hätten, daß sie, nach dem die Streitigkeiten über die Verlassenschaft König Wilhelms verglichen seyn würden, keine Veränderung in Ansehung des Marquisats zu machen suchen würden; 3. weil die Stände, ungeachtet der zuvor von ihnen gethanen Erklärung, daß das Aufheben der Belehnung dem zum Marquisat Berechtigten nicht zum Nachtheil gereichen sollte, nunmehr die Aufhebung desselben beschlossen, nachdem sie gesehen hätten, daß es ihm zu Theile geworden wäre; 4. weil die Stände, nachdem sie für gut befunden, die Bestellung des Rathes in den Städten Vlissingen und Veere an sich zu ziehen, zugleich versichert hätten, daß sie dadurch das Recht des Marquis nicht zu verletzen gedächten, folglich immer von ihnen vorausgesetzt wäre, daß das Marquisat in seinem Wesen bleiben sollte; 5. weil sie ihren Schluß allein auf ihre hohe Souveränität und unstreiti-

1733.

„9c

n) Notul. Zeel. 17 Nov. 1732. bl. 329. in de Europ. Merc. Jan. - Jun. 1733. bl. 78. Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 340.

o) Notul. Zeel. 11 Dec. 1732. bl. 371, 401. Byl. bl. \* 89, \* 108, \* 109.

p) Notul. Zeel. 5 Mart. 1733. bl. 302.

1733.

„ge Gewalt, d. i. auf das so genannte Obereigenthum bauten, dessen die hohe Obrigkeit sich nur selten, und sonst nicht als in Fällen der dringendsten Nothwendigkeit, die hier nicht Statt hätte, bedienen könnten; 6. weil ein solcher Schluß auch verschiedenen Privilegien zuwider ließe; 7. weil man überdem, hier zu Lande, kein gleiches Beyspiel davon zeigen könnte; 8. weil es ferner schnurgerade den Lehnrechten dieser Lande entgegen wäre, zufolge welchen der Lehnherr so wohl seinem Lehnmann, als der Lehnmann seinem Lehnherren verbunden wäre; nicht zu gedenken, daß die Stände von Seeland nicht einmal Lehnherren des Marquisats wären, welches, wie aus den Briefen vom Jahre 1555, erhellte, ein Holländisches gutes beständiges Erblehn wäre.“ Diesen Gründen fügte der Prinz, zum Beschlusse, bey, „daß, wenn die Stände Gründe zu haben meyneten ihn seines Erbgutes zu entsetzen, diese Gründe vor einem rechtmäßigen Richter hätten untersucht und beurtheilet werden müssen; oder wenn sie sich des Rechts des Obereigenthums bedienen könnten, hätten sie solches, im Jahre 1585, als Vlissingen den Engländern eingeräumt ward, thun sollen: welches jedoch nicht, ohne ausdrückliche Einwilligung der Vormünder des damals noch minderjährigen Prinzen Moritz, geschehen wäre. Daß die General-Staaten, welche mit Einwilligung der Stände von Seeland, die Vollziehung des Testaments König Wilhelms übernommen hätten, verbunden wären, die Nachlassenschaft ganz zu bewahren, weit entfernt, daß sie, und noch weniger einer von ihnen, sich derselben, zum Theile, bemästellern könnten. Er hoffete also, daß die Stände von Seeland, durch alle diese Gründe, sich auf andere Gedanken bringen lassen, und den gefaßten Entschluß zurücknehmen würden. Allein wenn es anders ausfiel, so müßte er bezeugen, daß er darin keinesweges willigen könnte, sondern sich das Recht vorbehielte, dagegen solche Mittel, als er nöthig achten würde, zu gebrauchen q).“ Der Prinz sandte eine Abschrift dieses Schreibens an die Stände von Holland r), und eine an die General-Staaten, welche er ersuchte, daß sie das Verfahren der Seeländer nicht billigen, sondern als Vollzieher des letzten Willens König Wilhelms, seine Wiedereinfegung in den Besiz des Marquisats bewirken mögten s).

## XXX.

Die Stände von Seeland vertheidigten ihr Betragen schriftlich.

Beide Schreiben wurden öffentlich herausgegeben. Der Prinz ließ auch das im Jahre 1707 von verschiedenen Advocaten über das Recht zu dem Marquisat für seinen Vater abgefaßte Gutachten, im Anfange dieses Jahres, von einigen andern Advocaten bekräftigen t). Aber die Stände von Seeland, die nicht gemindert waren, ihren Schluß zu ändern, gaben um diese Zeit eine weitläufige Abhandlung heraus, die schon vor einigen Jahren abgefaßt war u), und worin sie ihr Recht, die Städte Vlissingen und Veere künftig nicht mehr zu lehne zu geben, jedoch unter Anbietung, dem dazu Berechtigten den Werth in Gelde zu bezahlen, ausführlich vertheidigten. Die Abhandlung bestand aus fünf Theilen. In dem ersten ward das Marquisat von Veere, „als ein gutes „Seeländisches Lehn, das von der Grafschaft empfangen würde,“ beschrieben. In dem zweyten ward erzählt, wie König Philipp sich, da dasselbe wegen Schulden verkauft werden

q) Man sehe dieß Schreiben in dem Europ. Merc. Jan. - Jun. 1733. bl. 31.

r) Resol. Holl. 14 Jan. 1733. bl. 48.

s) Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1733. bl. 39.

t) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 341.

u) Notul. Zeel. 23 Nov. 1724. bl. 277.

en Byl.

werden mußte, des Näherrechts bedienet hätte v). Ferner ward vorausgesetzt, „daß  
 „das Lehn durch dieses Näherrecht der Lehnbarkeit entlediget, und der Grafschaft einver-  
 „leibet worden wäre, aus welcher es hergekommen sey. Ob Philipp der Andere in-  
 „zwischen etwas zu dem Kaufgelde bezahlt hätte, wäre nicht gewiß; wiewohl man für  
 „wahrscheinlich hielt, daß er es wegen der hernach entstandenen Unruhen nicht ganz be-  
 „zahlt haben würde. In diesen Unruhen hätten Vlissingen und Veere die Partey des  
 „Prinzen von Oranien genommen, und wären im Namen des Königs, im Jahre 1574,  
 „mit neuen Privilegien versehen, und ihnen dadurch das Recht ertheilet worden, auf dem  
 „Landtage zu erscheinen, und wie andere Seeländische Städte ihre Stimmen zu geben.“  
 „Man setzte voraus, „daß die Städte diese Privilegien bekommen hätten, weil sie, seit-  
 „dem sie mittelst des Näherrechts gekauft wären, als freye gräfliche Städte angesehen,  
 „und deswegen ihnen auch versprochen worden, daß sie niemals und auf keine Weise ver-  
 „äußert werden sollten. Aber ungeachtet dieses Versprechens wären die zwo Städte,“  
 „wie in dem dritten Theile angemerkt wird, „in dem Jahre 1581, durch einen gezwun-  
 „genen Bescheid des Hofes von Holland zu Kaufe gestellt, und von dem Prinzen Wil-  
 „helm von Oranien gekauft worden; entweder weil er die Absicht gehabt, ein Marqui-  
 „sat für seinen Sohn Moritz zu kaufen, wozu, wie man sagt, er durch seinen Heiraths-  
 „vertrag verbunden gewesen wäre, oder weil er einen größeren Einfluß auf die Regierung  
 „von Seeland zu erlangen gesucht hätte. Einige Capitalisten, welche zusammen hundert  
 „und drey und zwanzig Pfund Flämisch rückständige Zinsen von den zwo Städten zu  
 „fordern gehabt, hätten, wie hier erzählt wird, die zwo Städte anschlagen und verkaufen  
 „lassen. Der Verkauf wäre mit allen den Städten vor alters und auch im Jahre 1574  
 „verliehenen Vorrechten geschehen, und in Ansehung von Veere, besonders mit dem  
 „Rechte den ganzen Seeländischen Adel vorzustellen; welches Recht, wie man in See-  
 „land allezeit dafür gehalten hätte, mit keinem besondern Geschlechte oder Gute verbun-  
 „den wäre. Der Erzherzog Matthias und die Stände von Seeland hätten den Kauf  
 „zu hindern, oder wenigstens eine Zeitlang aufzuschieben gesucht; aber es wäre ihnen miß-  
 „lungen. Dem Prinzen wäre so gar in den zwo Städten gehuldiget worden, ehe die  
 „Stände hätten zusammen kommen und darüber rathschlagen können. Man nahm als  
 „wahr an, daß er, durch diesen Kauf zwar das Stimmrecht habender Städte, die Ge-  
 „wogenheit der Seeländer von dieser Zeit an verlohren hätte. Es wäre auch etwas her-  
 „nach, durch die Entwürfe der Uebertragung der gräflichen Herrschaft über Holland  
 „und Seeland, bedungen worden, daß die Städte Veere und Vlissingen wieder mit  
 „dem Körper von Seeland vereinigt werden sollten.“ In dem vierten Theile suchte  
 „man zu beweisen, „daß der letzte Verkauf der Städte Vlissingen und Veere fehlerhaft,  
 „und sogar ungültig wäre. Um dieses zu zeigen, ward vorausgesetzt, daß das Lehn,  
 „nach dem ersten Verkaufe von 1567, aufgehoben, und die zwo Städte mit der Graf-  
 „schaft vereinigt worden wären. Hiebey ward angemerkt, daß man durch den Freybrief  
 „vom Jahre 1574 versprochen hätte, die zwo Städte nicht zu veräußern, und daraus  
 „geschlossen, daß sie nicht von neuem, besonders nicht ohne Einwilligung der Stände von  
 „Seeland, hätten verkauft werden können. Auf dasjenige, was hiewider eingewandt  
 „war, daß der König Philipp die Absicht gehabt zu haben schiene, das Lehn zu erhalten,

1733.

„und daß er deswegen den Grafen von Negen nach Seeland gesandt hätte, um für ihn als Marquis die Huldigung zu empfangen, ward geantwortet, daß solches nicht erwiesen wäre, und daß Negen vielmehr nach Seeland gekommen zu seyn schiene, um die Städte dem Könige, als Grafen von Seeland, den Eid leisten zu lassen. Und auf die Anmerkung, daß, weil König Philipp das Kaufgeld nicht bezahlt hätte, der Kauf vom Jahre 1567 als nicht geschehen betrachtet werden müßte, ward geantwortet, daß die Nichtbezahlung des Kaufgeldes den damaligen Unruhen zuzuschreiben wäre. Man gestunde jedoch zu, daß die Bezahlung dieses Kaufgeldes mit Rechte gefordert werden könnte; aber wegen desselben hätten die Gläubiger sich an die Stände von Seeland wenden sollen. Es hätte ihnen, meynete man, nicht freygestanden, die Städte durch den Gerichtshof verkaufen zu lassen. Man hätte sie sogar wegen ihrer Forderung durch den Verkauf einiger herrschaftlichen und freyen eigenen Güter befriedigen können, ohne das Marquisat in Ansprache zu nehmen. Städte, welche Stimmen in dem Staate hätten, zu verkaufen, stritte auch, wie man glaubte, wider die bekannten Regierungsgrundsätze. Man könnte die höchste Gewalt, oder einen Theil derselben, nicht zu Kaufe stellen. Hätte man es, so gäbe man Privatpersonen Gelegenheit, ein Glied der höchsten Gewalt abhängig zu machen. Und dieß wäre dennoch mit Vlissingen und Veere geschehen, ganz ohne Einwilligung der Stände von Seeland, welche nicht allein sich nicht geweigert hätten, die Gläubiger zu befriedigen, sondern bey welchen diese nicht einmal um ihre Bezahlung angehalten hätten: wenigstens fände man nicht, daß solches geschehen wäre. Man zweifelte auch, ob der Prinz von Oranien, als Statthalter von Seeland, wohl befugt gewesen wäre, die zwo Städte zu kaufen. Er hätte sie viel mehr bey ihren Privilegien, nicht verkauft zu werden, erhalten sollen. Er und seine Nachfolger wären zwar in den ruhigen Besitz des Marquisats gesetzt worden, und darin bis zum Absterben König Wilhelms des Dritten geblieben. Aber dies wäre allein ihrer ausnehmenden Gewalt und großem Ansehen zuzuschreiben. Hieburch wären die Stände von Seeland verhindert worden, die Rechte des Landes gehörig wahrzunehmen. Die Vorrechte der höchsten Gewalt wären keiner Verjährung unterworfen. Die Stände von Seeland glaubeten also überflüssige Gründe zu haben, den letzten Verkauf für ungültig erklären zu lassen. Allein sie wären nicht Willens, sich hierüber in einen Streit einzulassen. Es wäre ihnen genug, und dies ward in dem fünften Theile der Abhandlung angemerkt, „daß das Recht des Obereigenthums ihnen die Gewalt ließe, das Marquisat gegen billige Vergütung aufzuheben. Man wäre von beiden Seiten einig, daß die Stände dieses Recht des Obereigenthums besäßen. Man erkannte auch von beiden Seiten, daß die hohe Obrigkeit sich dieses Rechts nur selten, und sonst nicht, als wegen wichtiger Ursachen, bedienen müßte. Es käme demnach bloß darauf an, ob solche wichtige Ursachen da wären, das Marquisat von Veere und Vlissingen aus diesem Rechte des Obereigenthums aufzuheben? Aber wer sollte von dem Gewichte dieser Gründe urtheilen? Die Stände wären gewiß, was die hohe Regierung ihrer Landschaft beträfe, nicht verbunden, jemanden, als Gott, von ihrem Betragen Rechenschaft zu geben. Sie wollten es jedoch zum Ueberflusse thun. Städte, die das Stimmrecht hätten, müßten unabhängig von einem Herrn seyn. Sie könnten leicht durch Heirathen und Todesfälle in fremde Hände kommen: welches öfters einem Staate nachtheilig gewesen wäre. Thoolen wäre vorzeiten, da es von der Grafschaft veräußert gewesen, in die Hände

„Ludewigs

„Ludewigs von Chatillon, Grafens von Blois, eines französischen Unterthanen, ge-  
 „rathen; bey welcher Veränderung man sich sehr übel befunden, und daher bey dem Her-  
 „zoge Albrecht bewirkt hätte, daß er sich verbindlich gemacht, die Stadt künftig nie-  
 „manden, als einem jüngeren Bruder seines Hauses zu geben. Vlissingen und Veere  
 „selbst, die voralters dem Hause Borselen zu lehne grgeben worden, wären durch eine  
 „Heirath an das auswärtige Haus Burgund gekommen. Die Grafschaft Holland  
 „und Seeland wäre von einem fremden Hause an das andere übergegangen, und end-  
 „lich an Philipp den Andern gekommen, einen Fremden, der keine Zuneigung zu die-  
 „sen Ländern gehabt, der ihre Privilegien verletzet, und die Einwohner zu Vertheidigung  
 „der Religion und Freyheit die Waffen zu ergreifen gezwungen hätte. Wer wüßte, wie  
 „es mit dem Marquisat einmal gehen könnte? Die Stände wären endlich zu Erhaltung  
 „der den zwey Städten verliehenen Privilegien verbunden, durch welche versprochen wäre,  
 „sie nicht zu veräußern. Diese Gründe bewögen sie, das Recht des Obereigenthums zu  
 „gebrauchen, und die zwey Städte aller Lehnbarkeit zu entheben. Hiefür böten sie  
 „denen, die zu dem Marquisat berechtigt wären, eine billige Vergütung an. Sie  
 „wollten, bey Schätzung dieser Vergütung nicht bloß auf die Einkünfte des Marqui-  
 „sats, sondern auf das herrschaftliche Recht selbst Betracht nehmen, und die Be-  
 „stimmung der Summe einem schiedsrichterlichen Ausspruche überlassen. Hiedurch  
 „glaubeten sie allen Vorwurf der Gewalt und des Unrechts zu verhüten. Die Aus-  
 „übung des Rechts des Obereigenthums könnte kein Gegenstand des ordentlichen  
 „Richters seyn, wie einige wollten. Der Gebrauch dieses Rechts ließe auch nicht  
 „wider das große Privilegium der Herzoginn Maria, welches bloß gerichtliche Voll-  
 „streckungen auf Güter beträfe, welche die Herzoginn nicht vorläufig, sondern allein  
 „nach einem obseghlichen Urtheile gelten lassen wollte. Das Geseß von 1495 spräche  
 „nur von dem Besigrechte der Privatleute gegen einander. Die Utrechtsche Verei-  
 „nigung ermahnete die Bundsgenossen zwar, fremden Fürsten keine rechtmäßige Ur-  
 „sache zum Unwillen zu geben, sie forderte aber nicht, daß man die Rechte und  
 „Freyheiten des Landes dem Vortheile fremder Fürsten aufopferte. Man gestünde  
 „zu, daß der Lehnherr so wohl seinem Lehnmanne, als dieser jenem, mit gewissen  
 „Pflichten, verbunden wäre; allein man behauptete, daß die Stände diesen Pflich-  
 „ten Genüge thäten, wenn sie dem Lehnmanne für das Lehn, welches sie zurücknah-  
 „men, die Vergütung des Schadens anböten. Ihre Absicht wäre, endlich, nicht  
 „die alte Regierungsform von Veere und Vlissingen zu verändern, welches durch  
 „den zweiten Kauf im Jahre 1581 geschehen wäre; sondern nur die zwey Städte  
 „wieder in den Genuß ihrer Privilegien vom Jahre 1574 einzusetzen. Sie hoffte-  
 „ten daher, daß die Bundsgenossen und alle Unpartheyische überzeugt seyn würden,  
 „daß sie hierin nichts gethan noch gesucht hätten, als was mit den Grundsätzen einer  
 „guten Staatskunst, einer wohlseinerichteten Regierung und zugleich mit der Billig-  
 „keit übereinkäme w).“

1733.

Sie bleiben die Summe anbieten, welche sie zur Vergütung des Schadens für sein aufgehobenes im Besitze des Lehn bestimmt hatten. Allein er wollte sie nicht annehmen x): weswegen sie zu seiner Verfügung in der Bank zu Middelburg liegen blieb. Der Prinz wandte sich nachher noch zwar an die General-Staaten, welche, wie er dafür hielt, ihn in den Besiz des Marquisats setzen müßten. Allein die Sache konnte hier, wegen der verschiedenen Meynungen der Landschaften, nicht abgethan werden y). Holland und einige andere waren mit Seeland einig, und hielten dafür, daß Ursachen genug da wären, um das Marquisat, gegen billige Ersehung des Schadens, aufzuheben. Geldern, Friesland und Gröningen meyneten dagegen, daß man dem Prinzen von Oranien großes Unrecht in Seeland gethan hätte; besonders da ihm nicht nur die herrschaftlichen Rechte, sondern auch die Einkünfte des Marquisats genommen wären z). Der König von Großbritannien selbst schrieb deswegen an die Stände von Seeland und an die General-Staaten. Aber Seeland blieb bey seiner Meynung a). Charles Louis Antoine d'Alsace, Graf von Boufflu, und Prinz von Chimai, der von Maximilian d'Alsace, welcher von Maximilian von Burgund, Marquis von Veere, zum Erben eingesetzt war, abstammete, hatte, schon im Jahre 1732, Anspruch auf das Marquisat gemacht, und die Beweishümer seines Rechts den Ständen von Seeland durch den Botschafter van Zoey zugesandt b). Man hatte damals wenig Betracht darauf genommen. Aber im Jahre 1737 erneuerte er seinen Anspruch, und erbot sich sein Recht der Provinz für einen billigen Preis zu verkaufen. Man fand nun dienlich, mit seinem Bevollmächtigtem Unterhandlungen anzufangen. Der Prinz von Oranien und Nassau bekam bald Nachricht davon; und dies bewog ihn, den Staaten gleichfalls eine Unterhandlung anzubieten. Er that die Erklärung, „daß er ihnen so viel Genügen „geben wollte, als er einiger Maassen, für sich selbst und seine Nachkommen, wür- „de verantworten können.“ Die Stände ernannten darauf drey Bevollmächtigten, um mit dem Prinzen darüber zu handeln c). Sie schrieben mittlerweile an den Hof in dem Haag, um die den Verkauf von Veere und Vlissingen von 1581 betreffenden Urkunden. Aber der Prinz fand Mittel, die Uebersendung dieser Urkunden bis in den Frühling des Jahres 1738 aufzuhalten d). Und es wäre bis in den folgenden Herbst, ehe der Prinz den Herrn Gemmen Onuphrus Baron von Burmania, seinen Oberstallmeister, nach Seeland sandte, um mit den Staaten zu handeln. Burmania blieb eine Zeitlang in Seeland. Er verlangete, „daß „man

x) Notul. Zeel. 27 Mart. 7 May. 1736. bl. 90, 141, \* 37.

y) Schreiben der Staaten von Holland an die von Seeland vom 23 Dec. 1733. und Notul. Zeel. 4 Febr. 1734. bl. 29, 63.

z) Schreiben der Staaten von Geldern an die von Seeland vom 24 May 1736. in den Notul. Zeel. van 1736. bl. 153.

a) Notul. Zeel. 29 Nov. 12 Dec. 1736. bl. 265, 299. 14 Mart. 1737. bl. 25.

b) Memoire pour prouver que Vere et Vlissingue appartiennent au Prince de Chimai. Notul. Zeel. 28 Apr. 1733. bl. 348.

c) Resol. Holl. 9 Jan. 1737. bl. 10. Notul. Zeel. 26, 28 Mart. 8, 22 Aug. 3, 5, 6 Dec. 1737. bl. 68, 76, 122, 160, 195, 204, 207, \* 28.

d) Notul. Zeel. 29 Nov. 1737. bl. 18. 17 Mart. 1738. bl. 28.



„man den Prinzen wieder in den Besiz des Marquisats seßete; woben er jedoch in „einigen Betrachtungen, gegen gehörige Schadloshaltung, alle verantwortliche Gefäl- „ligkeit gegen die Stände bezeigen, und so gar von nun an, das Marquisat ihnen „abtreteten wollte; und zwar, wenn er ohne Kinder verstürbe, ohne eine Vergütung „für seine Erben zu fordern; oder wenn er nur eine oder mehr Töchter nachließ, „gegen gehörige Vergütung in Gelde, zum Vortheile seiner Töchter.“ Die Bevoll- „mächtigten der Stände merketen auf diesen Vorschlag an, „daß die Zurückgabe des „Marquisats dem Schlusse vom Jahre 1732 schlechterdings zuwider wäre, wovon „sie abzugehen keine Vollmacht hätten.“ Sie fragten weiter, in welchen Betrach- „tungen, der Prinz die Stände vergnügen wollte? Der Herr von Burmania ant- „wortete, „daß solches in der Abtretung einiger herrschaftlichen Rechte, die dem Mar- „quisat zugehöret hätten, bestehen sollte.“ Aber weil er nicht von der Zurückgabe des „Marquisats abgehen konnte, so ward die Unterhandlung eingestellt e). Die Stände „von Holland ermahneten mittlerweile die von Seeland, durch verschiedene Schrei- „ben, sich genau an den Schluß vom Jahre 1732 zu halten; und man antwortete „ihnen, in kurzem, daß man gar nicht gesinnt wäre, davon im geringsten abzuwei- „chen f). Nachdem Burmania unterdessen mit dem Prinzen gesprochen hatte, so „kam er, im Anfange des Jahres 1739, wieder nach Niddelburg. Aber Goes „und Thoolen waren nun der Meynung, daß man die Unterhandlung sonst nicht „wieder anfangen sollte, als in so weit sie die Schadloshaltung in Gelde beträfe. „Man hörte jedoch den Bevollmächtigten des Prinzen, der sich iho erbot, „daß der- „selbe gegen Vergütung des Schadens die herrschaftlichen Rechte abtreten wollte, „wenn man ihm das nutzbare Eigenthum des Lehns allein ließe.“ Aber dieser Vor- „schlag, der auch noch dem Schlusse von 1732 zuwider lief, wollte den meisten nicht „gefallen. Und weil man von beiden Seiten geäußert hatte, daß man nicht weiter „gehen könnte; so ward die Unterhandlung von den meisten Gliedern, im Heumo- „nate, für abgebrochen erklärt. Die Abgeordneten von Vlissingen hatten nur gesagt, „daß sie hierauf nicht bevollmächtigt wären, und die von Veere, daß sie das Gut- „achten Vlissingens abwarten würden g). Mittlerweile blieben die Stände von „Seeland, oder vielmehr die Städte Vlissingen und Veere, in dem Besize aller „Rechte des Marquisats h), zufolge einem Freybriefe der Stände vom 20 August des „Jahres 1733 i) bis zu der merkwürdigen Veränderung des Jahres 1747, da der „Prinz in den völligen Genuß seines Erbgutes gesezt ward.

Die Wichtigkeit des Streites über das Recht zu dem Marquisate von Veere und Vlissingen hat uns bewogen, die Gründe, welche man von beiden Seiten vor-  
gebracht hat, umständlich und unparteyisch vorzutragen, damit man desto besser von  
der  
XXXI.  
Hauptpunkt  
des Streits  
über das

e) Notul. Zeel. 15 Sept. 1738. bl. 175. enz.

f) Resol. Holl. 25 Oct. 1738. bl. 577. 5 Febr. 1739. bl. 149. Notul. Zeel. 25. 28 Nov. 4. 9 Dec. 1738. bl. 223. 238. 252. 269. 23. 26 Jan. 9 Apr. 1739. bl. 38. 39. 72.

g) Notul. Zeel. 15, 19, 20, 22, 27 Jan. 2 Febr. 13, 17, 21 Apr. 9 Jul. 1739. bl. 13, 24, 28, 34, 41, 45, 103, 115, 124, 159, \* 27.

h) Notul. Zeel. 9 Aug. 16, 20 Sept. 1734. bl. 394, 407, 412 en 12 May, 13 Jun. 16 Dec. 1735. bl. 103, 125, 283. C. v. BYNKERS-NOEK Quaest. Jur. Publ. Lib. II. Cap. XV. p. 294.

i) Reglem. op de Bestelling der Magistr. van Vlissingen en Veere van 30 Aug. 1733.

1733. der Stärke und Schwäche derselben urtheilen könne. Aufmerksame Leser werden leicht haben sehen können, daß es in dieser merkwürdigen Streitigkeit vornehmlich Marquisate. hierauf angekommen sey, „ob die Gründe, aus welchen die Stände von Seeland „das Lehn von Vlissingen und Veere, gegen billige Vergütung, aufheben wollten, „wichtig genug waren?“ Die Stände meyneten dieses. – Aber der Prinz von Oranien, und die Landschaften, die es mit ihm hielten, urtheileten davon anders. Man machte den Ständen das Recht des Obereigenthums nicht streitig; aber man behauptete, daß sie sich dessen nur selten, und wegen dringender Ursachen bedienen müßten. Von ihrer Seite ward dies auch zugestanden: aber sie glaubeten, daß solche wichtige Gründe, in dem gegenwärtigen Falle, da wären. Ihre Freyheit ließe, meyneten sie, Gefahr, wenn sie das Lehn im Wesen ließen. Der Prinz von Oranien könnte sich, wenn ihm das Lehn gelassen würde, ihrem Ermessen nach, des Ansehens, das es ihm gäbe, bedienen, um diese Freyheit zu schmälern k). Und wenn diese Furcht gegründet war, konnte niemand es ihnen übel nehmen, daß sie von dem Rechte des Obereigenthums Gebrauch machten. Aber daß diese Furcht gegründet wäre, ward von der andern Seite geleugnet; wie aus verschiedenen ächten Urkunden, und unter andern aus Veerens Gutachten zu sehen ist. Wer sollte nun den Ausspruch über die zweyerley Meynungen thun? Die Stände behaupteten, daß es ihnen zukäme. Aber der Ausgang hat gelehret, daß sie ihren Ausspruch nicht haben geltend machen können, und daß die von Veere, welche sie, schon im Jahre 1723, an die Veränderung der Zeiten erinnere hatten, dasjenige, was hernach geschehen ist, besser, als sie, errathen haben.

k) C. v. BYNKERSHOEK *ubi supra*.



Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Bier und siebenzigstes Buch.

### Inhalt.

I. Krieg wegen der Polnischen Krone. II. Die Staaten erklären sich, daß sie daran keinen Theil nehmen wollen. Unterhandlung hierüber mit dem Kaiser. III. Die Staaten handeln mit Frankreich wegen der Neutralität der Niederlande. Sie geben dem Kaiser davon Nachricht. IV. Zustand der Sachen in Polen. V. Frankreich, Spanien und Sardinien kündigen dem Kaiser den Krieg an. VI. Kriegsverrichtungen an dem Rheine und in Italien. VII. Der Kaiser sucht Hülfe bey den Staaten. Vergebens. Vergleich mit Frankreich wegen der Neutralität der Oesterreichischen Niederlande. VIII. Heirath des Prinzen von Oranien mit der ältesten Prinzessin von Großbritannien. Georg II. giebt den Staaten davon Nachricht. Ihre merkwürdige Antwort. IX. Bewegungen unter den Katholiken bey Gelegenheit des Frohnleichnam's- und St. Johannisfestes. X. Die Gesellschaft der Freymäurer wird in Holland verboten. Unruhen in Orsningen. XI. Danzig wird von den Russen belagert und eingenommen. Zustand des Krieges in Italien und an dem Rheine. XII. Die Staaten arbeiten an der Wiederherstellung des Friedens. Ihr Entwurf. Antwort des Kaisers auf denselben. Frankreich, Spanien und Sardinien verwerfen ihn. XIII. Georg II. und die Staaten bewirken einen Waffenstillstand. XIV. Feldzug an dem Rheine. In Italien. XV. Man liegt den Staaten an ernsthaftere Maasregeln zu nehmen. Frankreichs Vorschlag wird von dem Hofe zu Wien verworfen. XVI. Die Staaten antworten dem Kaiser ersichtlich. Der Hof von Wien findet sich dadurch beleidigt. Frankreichs Erklärung über den Waffenstillstand. XVII. Besondere Unterhandlung zwischen dem Wienerischen und Französischen Hofe. Die vorläufigen Friedensartikel werden geschlossen. Der Waffenstillstand wird abgekündigt. Der Prinz von Oranien wird zum General des Fußvolkes in Vorschlag gebracht. XVIII. Handel zwischen Spanien und Portugal. Sie werden durch Vermittelung der Staaten beygelegt. XIX. Der Herzog von Lothringen vermählt sich mit der ältesten Tochter des Kaisers. Näherer Vergleich zwischen dem Kaiser und Frankreich. Die Staaten weigern die Gewährleistung der vorläufigen Friedensartikel. Sie vermindern ihre Kriegsmacht. XX. Unterhandlung wegen Aufhebung einer gewissen Bedingung in dem vierten Artikel des Ryswykschen Friedens. Die Staaten nehmen daran Theil. XXI.

VIII Theil.

A a

Unter-

Unterhandlung mit dem Könige von Marocco. Streit mit dem Bischöfe von Roermonde. XXII. Georg II. sucht vergebens die Aufhebung des Marquisats von Veere und Vlissingen zu hindern. XXIII. Der Rathpensionär van Slingeland stirbt. Der General-Schatzmeister Anton van der Heim wird Rathpensionär. XXIV. Vollziehung einiger vorläufigen Friedensartikel. XXV. Unterhandlung über einen Handelsvertrag mit den Oesterreichischen Niederlanden. Die protestantischen geistlichen Gebäude in Holland werden von der Haussteuer frey erklärt. Gesetze wegen der Römischkatholischen. XXVI. Streit wegen der Herzogthümer Friesland und Bergen. Die Staaten suchen ihn beizulegen. Die Unterhandlung bleibt liegen.

XXVII. Allgemeiner Friedensvertrag zwischen dem Kaiser und Frankreich wird zu Wien geschlossen. XXVIII. Betrachtung darüber. Spanien, Sardinien und Neapel treten ihm bey. XXIX. Zustand und Ausgang des Krieges zwischen dem Kaiser und Rußland und der Pforte. XXX. Handel zwischen Spanien und Großbritannien. Klagen der Unterthanen Englands und des Staats über die Spanischen Küstenbewahrer. XXXI. Der Spanische Hof verspricht und giebt den Staaten einige Genugthuung. Spanien und Großbritannien erklären den Krieg gegen einander. Die Staaten bleiben neutral. XXXII. Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Frankreich und den Staaten.

\* \* \*

1733.

I.  
Anlaß zu dem  
Kriege wegen  
der Polnischen  
Krone.

**W**ir haben im vorigen Buche gesehen a), wie unwillig Frankreich und Spanien auf den Kaiser, nach dem Schlusse des Wienerischen Vertrages, geworden waren, welcher den König von Großbritannien, und den Staat der Vereinigten Niederlande genauer mit dem Hause Oesterreich verbunden hatte, als es mit den Absichten der Höfe von Frankreich und Spanien, die nun wieder völlig versöhnet waren, übereinzustimmen schien. Daher schienen beide nur auf eine bequeme Gelegenheit zu warten, den allgemeinen Frieden, der auf zwanzig Jahre gedauert hatte, zu brechen, und dem Kaiser den Krieg anzukündigen. Diese Gelegenheit ereignete sich in dem Anfange dieses Jahres; und ehe dasselbe noch zu Ende lief, sahe man das Kriegsfeuer in verschiedenen Gegenden entzündet. Die Staaten der Vereinigten Niederlande nahmen keinen andern Antheil daran, als daß sie den verletzten Frieden, durch Unterhandlungen, wieder herzustellen suchten, und gleiche Maaßregeln nahmen, um die Waffen von ihren Grenzen entfernt zu halten. Dies aber nöthiget uns, den Anfang, Fortgang und Ausgang des Krieges kürzlich zu erzählen. Die Nachricht davon allein kann den Leser in den Stand setzen, ein richtiges Urtheil über das Betragen der vereinigten Staaten, in Ansehung des fast allgemeinen Krieges, der bald hernach entstand, zu fällen.

August II.  
König von  
Polen stirbt.

August der Andere, König von Polen und Kurfürst zu Sachsen, hatte, um die Unruhen in Polen beizulegen, seit einiger Zeit, verschiedene Reichstage ausgeschrieben, die alle fruchtlos abgelaufen waren. Jetzt war zu eben dem Ende wiederum ein außerordentlicher Reichstag berufen worden, welcher noch versammelt war, als der König,

a) s. XIV. u. XXI.

nig, am ersten des Hornungs, zu Warschau starb. Theodor Potocki, Erzbischof von Gnesen und Primas des Königreichs, der nach Gewohnheit, die Regierung übernommen hatte, hob den Reichstag so gleich auf, und berief einen andern, auf welchem man die Sachen zu dem Wahlreichtage vorbereiten sollte. Bey solchen Gelegenheiten pflegten immer verschiedene Kronwerber zu erscheinen. Allein 180 ward allein heimlich für Stanislaus Leszcynsky, des Königs von Frankreich Schwiegervaters, gearbeitet, der schon im Jahre 1704, zum Könige gewählt worden war b), aber hernach den Thron wieder hatte verlassen müssen. Der Marquis de Monti, Botschafter von Frankreich, gab sich viele Mühe, dem Könige Stanislaus Stimmen zu verschaffen. Der Primas und verschiedene Großen wurden von ihm gewonnen. Einige aber bezeigten eine Neigung zu dem neuen Kurfürsten von Sachsen, des verstorbenen Königs Sohn. Die benachbarten Mächte, der Kaiser, die Kaiserinn von Rußland und der König von Preußen wurden mittlerweile einig, um zu verhindern, daß einer der zween gedachten Fürsten zum Könige von Polen gewählt würde. Der Kaiser und die Kaiserinn von Rußland würden ungerne einen Fürsten auf dem Polnischen Throne gesehen haben, der Frankreich gänzlich ergeben war, wie Stanislaus seyn mußte, und der überdem, zur Zeit seiner ersten Wahl, ein heftiger Feind der Russen gewesen war. Der Kaiser besorgte auch, daß der gegenwärtige Kurfürst von Sachsen den Maaßregeln seines Vaters folgen, und die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verweigern würde; weswegen er nicht Ursache hatte zu wünschen, daß dieser Fürst mächtiger würde, als er schon war. Der König von Preußen, welcher mit dem verstorbenen Könige von Polen, als Kurfürsten zu Sachsen, wegen der Ansprüche, die beide auf die Herzogthümer Jülich und Bergen machten, uneinig gewesen war, mußte es auch ungerne sehen, daß der neue Kurfürst, durch seine Erhebung auf den Polnischen Thron, in den Stand gesetzt würde, seinen Anspruch desto besser geltend zu machen. Im Falle eines Krieges mit den Türken war dem Kaiser und Rußlande auch viel daran gelegen, daß der König von Polen auf ihrer Seite war, und ihnen verstattete, sich untereinander, über den Boden seines Königreichs, welches zwischen Rußland und den kaiserlichen Erblanden liegt, mit Truppen und Kriegsbedürfnissen zu unterstützen. Allein da der Kurfürst von Sachsen in kurzem den Wiener Hof versicherte, daß er keine Schwierigkeit machen würde, die Gewähr über die Pragmatische Sanction zu leisten, wofern man seine Sache in Polen unterstützen wollte; so verglich der Kaiser sich mit ihm c); und es ward zwischen ihnen, zu beiderseitigem Vergnügen, ein Vertrag geschlossen. Die Kaiserinn von Rußland trat demselben gleichfalls bey; und diese beiden Mächte verbanden sich, um die Wahl des Kurfürsten kräftig befördern zu helfen. Die Kaiserinn sandte einige Russische Truppen nach den Grenzen von Polen und Litthauen; und der Kaiser, der schon zuvor eine Armee in Schlesiens zusammen gezogen hatte, verstärkte dieselbe beträchtlich, und ließ sie nach der Seite von Großmoglogau rücken d). Man streuete, zu gleicher Zeit, eine namlose Schrift zu Warschau aus, worin, als im Namen des Kaisers, angezeigt ward, daß

Na 2

man,

b) E. B. LXVI. §. XXVIII. Th. VII. S. 296.

d) MASSUET Hist. de la dernière Guer-

c) Memoir. pour servir à l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 12.

re, Tom. I. P. I. p. 2. 14.

1733.

man, bei dem Marsche dieser Truppen, keine andere Absicht hätte, als zu verhindern, daß den Polen Stanislaus, oder sonst jemand, wider ihren Willen, zum Könige aufgedrungen würde. Der Französische Hof, welcher die Bewegungen der Russischen und kaiserlichen Truppen nicht mit gleichgültigen Augen ansehen konnte, ließ an verschiedenen Höfen die schriftliche Erklärung thun, daß man dieselben der Wahlfreyheit der Polen, die der König vertheidigen wollte, nachtheilig achtete c). Mittlerweile hatte der Primas bewirkt, daß eine ansehnliche Anzahl Polnischer Großen sich im April, durch eine feierliche Unterzeichnung verbunden hatte, Niemanden, als einen gebornen Polen, zum Könige zu wählen f): und hierauf schickte sich alles zur Wahl des Königs Stanislaus an.

## II.

Die Staaten thun dem Kaiser die Erklärung, daß sie sich wegen der Polnischen Königswahl in keinen Krieg einlassen wollen.

Da die Staaten der Vereinigten Niederlande, nicht ohne Grund besürchteten, daß die Wahl eines Königs von Polen, sie mögte auch ausfallen, wie sie wollte, zu einem Kriege zwischen dem Kaiser und Frankreich Gelegenheit geben mögte, und daß, in solchem Falle, die Oesterreichischen Niederlande den ersten Anfall, von Französischer Seite, zu erwarten hätten; so waren sie alsbald auf Mittel bedacht gewesen, die Waffen von ihren Grenzen zu entfernen. Der Französische Hof bezeugte sich nicht ungeneigt, ihrem Verlangen Genüge zu thun, wofern sie dem Kaiser, im Falle eines Krieges, nicht Beystand leisten wollten. Sie sahen bald, daß sie sich hiezu würden entschließen müssen. Doch ehe sie dieses thaten, besaßen sie dienlich, unterm gten des Heumonats, an den Kaiser zu schreiben, „daß sie sich durch keine Verträge verbunden achteten, sich in einen Krieg, der wegen der Wahl eines Königs von Polen entstehen könnte, zu mischen; und daß sie sich zu einer solchen Erklärung verbunden fänden, weil der Kaiser nicht gut gefunden hätte, sich mit dem Könige von Großbritannien und mit ihnen, wegen des Antheils, den er an dieser Wahl zu nehmen gedächte, zu berathschlagen.“ Ferner thaten sie ihm den Vorschlag, „ob es, da man nicht undeutlich sähe, für wen die Polen die meiste Neigung bezeigten, nicht rathsam wäre, daß Seine Kaiserl. Majestät sich keiner gewaltsamen Mittel bedienete, um die Wahl auf jemand insbesondere fallen zu lassen, sondern lieber den gütlichen Weg der Unterhandlung wählete, und solchergestalt den künftigen König, wer er auch seyn mögte, zu einem Versprechen bewöge, die zwischen dem Hause Oesterreich und der Republik Polen bestehende Bündnisse heilig zu halten.“ Eben so meyneten sie auch, „daß man denselben Weg der Unterhandlung wählen mußte, um die Oesterreichischen Niederlande vor der drohenden Gefahr sicher zu stellen.“ Allein sie gestanden zugleich, „daß sie hierauf weniger dringen könnten, wofern der Kaiser sich durch einen Vertrag verbindlich gemacht hätte, jemanden der Polnischen Kronwerber durch die Waffen zu unterstützen; wovon sie jedoch nicht urtheilen könnten g).“ Der Kaiser, ohne den Staaten, über das letztere ein näheres Licht zu geben, antwortete ihnen, „daß die Sorge für die Vertheidigung der Oesterreichischen Niederlande ihm nicht weniger als ihnen zu Herzen gieng. Daß der Barrierevertrag sie beiderseits verbände, die Besatzungen in den gedachten Niederlanden, im Nothfalle beträchtlich zu verstärken. Daß er hiezu von seiner Seite geneigt wäre,

e) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.

p. 181, 185.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.

f) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 442.

p. 137.



„wäre, und daß er ihnen gleiche Gesinnungen zutraute. Daß er die freye Wahl eines Königs von Polen nicht zu hindern, sondern vielmehr zu befördern dächte, und nur wünschte, daß dieselbe auf einen Fürsten fallen mögte, der zu Erhaltung der allgemeinen Ruhe und des Gleichgewichts von Europa mitwirken wollte. Unterdessen hätten andere, fuhr er fort, schon einen Anfang gemacht, die freye Wahl einzuschränken, und die Türken und Tartaren, wiewohl vergebens, zu Hülfe gerufen. Solche heftige Maaßregeln allein suchte er zu verhindern; und diese seine Absicht hätte er bereits oft in öffentlichen Schriften bekannt gemacht, und vermuthet, daß die Staaten davon völlig unterrichtet seyn würden. Die mit ihnen geschlossenen Verträge verbanden sie zum Beystande, und machten keinen Unterschied zwischen den Ursachen des Krieges. Und gleichwie er sich desjenigen, was sie in vorigen Zeiten für ihn gethan hätten, dankbarlich erinnerte; also versprache er sich von ihnen auch alles, was man von beständigen Freunden und getreuen Bündsgenossen erwarten könnte h).“

Der Kaiser ließ sich in diesem Schreiben nicht deutlicher aus; aber seine Mini- Fernere Unterhandlung zwischen dem Kaiser und den Staaten  
ster hatten, kurz zuvor, zu Wien, den Gesandten Großbritanniens und des Staats, eine Schrift übergeben, worin weitläufig vorgestellet ward, „daß der Kaiser, von allen Seiten, Nachrichten empfangen hätte, daß Frankreich den Frieden mit ihm zu brechen gedächte, und sich des Streites wegen der Polnischen Königswahl, als eines geschickten Vorwandes, hiezu zu bedienen suchen würde. Daß der Kaiser einen solchen Krieg als einen Fall ansähe, worin der letzte Wiener Vertrag die Seemächte verbande, ihm beizustehen, und daß er gewiß hoffe, te, daß sie ihrer Verbindlichkeit nachkommen würden.“ Der Graf Wenzel von Sizingendorf sprach, auf gleiche Weise, mit dem Rathpensionär van Slingeland und mit anderen Abgeordneten der Staaten in dem Haag. Allein man antwortete ihm und den kaiserlichen Ministern zu Wien, „daß die General-Staaten, schon seit einigen Monaten befürchtet hätten, daß die nicht übereinstimmenden Begriffe des Kaisers und des Königs von Frankreich von den Polnischen Sachen leicht einen Friedensbruch verursachen mögten, daß sie weder verbunden noch berechtigt wären, sich in diese Sachen zu mengen, und daher eine genaue Neutralität beobachten würden, so lange sie kein unmittelbares Anliegen bey den Folgen des Streites hätten. Daß Niemand besser als der Kaiser und seine Minister wüßten, welche Maaßregeln er, wegen der Polnischen Sachen, mit andern Mächten genommen hätte; aber daß die Verträge, welche man deswegen gemacht haben mögte, ohne Ueberlegung mit ihnen gemacht wären, und daher von ihnen, mit Rechte unter die unbekannten Verträge gesetzt würden, an welche sie, zufolge dem ersten Artikel ihres Beitritts zu dem Wienerischen Vertrage, sich nicht gebunden achten dürften. Daß sie übrigens, von den Verbindlichkeiten, die sie durch verschiedene mit dem Kaiser gemachte Verträge übernommen hätten, wohl unterrichtet wären, und dieselben heilig zu erfüllen gedächten. Um Seine Kaiserliche Majestät auch hievon zu überzeugen, wollten sie, von nun an, die Besatzungen in den Oesterreichischen Niederlanden mit viertausend Mann verstärken, wosern der Kaiser sechstausend Mann nach Bergen in Zennegau und andere Grenzplätze schicken wollte, und zwar ohne Beschwerung der Niederlande, welche schon viel zu sehr mit Auflagen beschwe-

Ua 3

ref

1733.

„ret wären. Allein sie sähen aus der ihnen von dem Herrn Hamel Bruining zugeser-  
 „tigten Schrift, daß, ungeachtet man zu Wien den Krieg für sehr nahe hielte, der Kai-  
 „ser noch nicht eilte, einige Truppen nach den Niederlanden zu senden, sondern Groß-  
 „britannien und die Staaten an die Regierung zu Brüssel verwies, die weder Trup-  
 „pen, noch Kriegsbedürfnisse, noch Geld vorrätzig hätte, und zugleich den Antrag thäte,  
 „ob die Staaten, nach dem Byspiele Frankreichs, kein Feldlager errichten wollten: gleich  
 „als wenn sie igo so viele Kriegsvölker in Diensten hätten, daß sie Frankreich dadurch  
 „von der Ausführung der Anschläge, die es auf die Niederlande gemacht haben mögte,  
 „abhalten könnten. Der Kaiser hätte zwar Luxemburg mit einer größeren Besatzung  
 „versehen, aber zu diesem Ende verschiedene andere Niederländische Plätze, die eben so  
 „wohl Gefahr liefen, als Luxemburg, von Truppen entlöset; besonders Bergen in  
 „Sennegau, und einige andere Festungen, welche den Weg in die Oesterreichischen  
 „Niederlande öffneten, und wenn sie erobert wären, die Barriere für Großbritannien  
 „und die Staaten unnütz machen würden: indem Luxemburg eher als eine Grenz-  
 „festung für Deutschland, als für die Oesterreichischen Niederlande anzusehen  
 „wäre i.“ Aber der Kaiser, der die Sorge für die Niederlande gänzlich Großbri-  
 „tannien und den Staaten überließ, war nicht zu bewegen, mehrere Truppen dahin zu  
 „senden. Luxemburg allein ward, gegen den Herbst, in gehörigen Vertheidigungs-  
 „stand gesetzt k).

## III.

Unterhand-  
 lung der  
 Staaten mit  
 Frankreich  
 wegen der  
 Neutralität  
 der Oester-  
 reichischen  
 Niederlan-  
 de.

Mittlerweile blieb man hier zu Lande ganz ungeneigt, sich, wegen der Polnischen  
 Sachen, in einen beschwerlichen Krieg einzulassen, und die Staaten stellten in kurzem  
 dem Französischen Vorschläger, Marquis de Genelon, vor, „daß sie sich bisher  
 „keinerley Weise in die Polnischen Sachen gemischer hätten, aber doch befürchteten, daß  
 „der Streit darüber leicht in Thätlichkeiten ausbrechen mögte, worin auch die Oesterrei-  
 „chischen Niederlande verwickelt werden könnten. Daß sie daher bey dem Kaiser ge-  
 „arbeitet hätten, um die befürchteten Thätlichkeiten zu hindern. Und ob sie gleich keine  
 „vollkommen vergnügliche Antwort empfangen hätten; so hoffeten sie doch, der Aller-  
 „christlichste König würde überzeugt seyn, daß sie die freye Wahl eines Königs von Po-  
 „len nicht zu hindern, ja so gar keinen Theil an den Unruhen zu nehmen gedächten,  
 „welche, bey Gelegenheit dieser Wahl, entstehen könnten. Sie meyneten demnach mit  
 „Grunde hoffen zu können, daß der König von Frankreich nicht allein ihr Betragen bil-  
 „ligen, sondern ihnen auch die Versicherung geben würde, daß die Oesterreichischen  
 „Niederlande, die der Kaiser ist befasse, die aber zu einer Barriere für Großbritan-  
 „nien und den Staat dienen sollten, und an denen dem Könige von Großbritannien  
 „und ihnen mehr, als dem Kaiser, gelegen wäre, wegen des Streites über die Polnische  
 „Königswahl zwischen dem Kaiser und Frankreich, nicht mit den Waffen angegriffen  
 „werden sollten: um welche Versicherung sie Seine Allerchristlichste Majestät, als ihren  
 „Freund und Bündsgenossen, nicht nur ersuchten, sondern sie auch mit Vertrauen von  
 „seiner Billigkeit erwarteten.“ Zur Erklärung dieses ihres Gesuchs führten sie weiter  
 „an, „daß sie die Verträge, die zwischen dem Kaiser und ihnen geschlossen wären, so wohl  
 „als diejenigen, die sie mit Frankreich gemacht hätten, heilig beobachten wollten; und  
 „daß,

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.  
 p. 450-455.

k) *Zie* Europ. Merc. Jul. - Dec. 1733. bl.  
 109, 148.

„daß, da es nicht in ihrer Macht stünde, im Falle eines Friedensbruchs zwischen dem Kaiser und Frankreich, zu verhindern, daß Feindseligkeiten gegen Frankreich aus- geübet würden, sie sich bloß verbinden könnten, ihre guten Dienste bey dem Kaiser an- zuwenden, um ihn von allem abzuhalten, wodurch die Ruhe der Oesterreichischen Niederlande gestört werden könnte, und zu versprechen, daß, wenn der Kaiser von dieser Seite etwas feindseliches unternehmen wollte, ihre Truppen ihm darin nicht beyste- hen sollten 1).“

Unterdessen da Genelon dasjenige, was ihm von wegen der Staaten vorge- Sie geben  
gen war, annahm, um davon dem Könige, seinem Herrn, Bericht abzustatten, unterließ dem Kaiser man nicht von allem, was mit ihm gehandelt war, dem kaiserlichen Gesandten, Grafen davon Nach-  
von Sinzendorf, Nachricht zu geben. Man stellte diesem überdem vor, „daß das richt.  
„einzige von dem Kaiser vorgeschlagene Mittel zu Rettung der Oesterreichischen Nie-  
„derlande, die Verstärkung der Besatzungen von Seiten des Kaisers, und wie man  
„hoffete, auch von Seiten des Königs von Großbritannien, in dem Zustande, worin  
„die Sachen gegenwärtig, ohne Vorwissen der Staaten, gebracht wären, nicht in das Werk  
„gerichtet werden könnte. Die Truppen des Kaisers wären viel zu weit entfernt, und  
„der König von Großbritannien hätte sonst noch nichts zu Vertheidigung der Oester-  
„reichischen Niederlande gethan, als daß er unlängst dem Herrn Sinch, seinem Ge-  
„sandten bey den Staaten, aufgetragen hätte, mit ihnen hierüber Unterhandlung zu pfe-  
„gen. Unterdessen würde die Gefahr, welche die Niederlande liefen, täglich größer,  
„und es wären keine Mittel zu Abwendung dieser Gefahr übrig, als diese zwey: entweder  
„daß der Kaiser, in Ansehung der Polnischen Sachen, seine Maaßregeln änderte: oder  
„daß die Staaten eine Versicherung zu erhalten suchten, daß die Oesterreichischen Nie-  
„derlande nicht angegriffen werden sollten, wenn gleich ein Friedensbruch zwischen dem  
„Kaiser und Frankreich, wegen der Wahl eines Königs von Polen, entstände. Aus  
„der Antwort des Kaisers erhellte zur Genüge, daß er nicht Willens wäre, das erste  
„Mittel zu bewerkstelligen. Die vorgeschlagene Versicherung aber würden die Staaten  
„von Frankreich nicht erhalten können, ohne zu versprechen, daß sie sich im geringsten  
„nicht in die Händel mischen wollten, die aus der Polnischen Sache entstehen könnten.  
„Ein solches Versprechen wäre zwar nicht ohne Schwierigkeiten; aber es wäre den Staa-  
„ten nicht bezumessen, daß man, ohne ihr Vorwissen, die Sache dergestalt auf das äu-  
„ßerste getrieben hätte, daß die Niederlande nicht anders, als durch ein solches Verspre-  
„chen, gerettet werden könnten. Dieses Versprechen hätte auch wenigere Schwierigkeiten,  
„als die Verweigerung es zu thun, welche die Oesterreichischen Niederlande einer un-  
„vermeidlichen Gefahr bloßstellte. Die Staaten erfüllten auf diese Weise den Bar-  
„rierevertrag, welcher nur vertheidigend wäre, und sich auf diese Niederlande bezöge.  
„Sie wußten von keinem Vertrage, der sie verbande, sich wegen der Wahl eines Königs  
„von Polen in einen Krieg einzulassen. Der Kaiser selbst schiene dieses stillschweigend  
„zu erkennen, weil er, in der Antwort auf ihr Schreiben, dabey nicht das geringste er-  
„innert hätte. Er hätte auch den mit dem Kurfürsten von Sachsen, lange nachdem die  
„Zwistigkeiten über die Polnischen Sachen bekannt geworden wären, geschlossenen Ver-  
„trag verschiedenen Höfen, aber nicht ihnen, bekannt gemacht. Sie hoffeten demnach,  
„daß

1) ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 455 - 458.

1733.

„daß der Kaiser den von ihnen dem Französischen Botschafter gethanen Vorschlag, eben so wie sie, als das einzige Mittel ansehen würde, die Oesterreichischen Niederlande in den gegenwärtigen Umständen zu retten; ob sie gleich, so lange sie nicht wüßten, wie dieser Vorschlag an dem Französischen Hofe aufgenommen werden würde, erbötig wären, mit dem Kaiser und dem Könige von Großbritannien alles in Erwägung zu ziehen, was, nach den Verträgen, zur Vertheidigung und Sicherheit der Niederlande bewerkstelliget werden müßte; indem sie entschlossen wären, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, wofern es ihnen, ohne ihre Schuld und Einwilligung, nicht unmöglich gemacht würde m).“

IV.  
Zustand der  
P. nischen  
Sachen.

So stund es mit der Unterhandlung, worin die Vermuthung eines bevorstehenden Krieges die Staaten verwickelt hatte, um das Ende des Augustmonats. Mittlerweile hatte der Kaiser, als er sah, daß der Primas von Polen die Wahl des Stanislaus zu befördern suchte, zu verschiedenen Malen an ihn geschrieben, um ihn auf andere Gedanken zu bringen n). Aber seine Bemühungen waren fruchtlos gewesen. Der Wahlreichstag ward endlich zusammen gerufen, und am 25ten August eröffnet. Wenige Tage hernach rückte der General Lascey, der den Befehl über die Russischen Truppen führte, in Litthauen ein, und eilte nach Warschau, wo der Reichstag gehalten ward. Auf seinem Marsche ließ er eine Schrift austreuen, worin die Erklärung geschah, daß er die Absicht nicht hätte, die freye Wahl zu hindern, sondern nur dahin zu sehen, daß nicht jemand zum Könige erwählt würde, der auf immer von dem Rechte zur Krone ausgeschlossen wäre o). All-in der Anzug der Russen ward von den meisten Gliedern der Versammlung so übel genommen, daß sie, durch einen feierlichen Schluß, alle diejenigen, welche fremde Kriegsvölker in Polen hereingezogen hatten, für Feinde des Vaterlandes erklärten. Der König von Frankreich versicherte unterdessen die Polen seines Beistandes, wofern sie seinen Schwiegervater wählen würden. Aber einige, die ihm zuwider waren, verließen das Wahlsfeld, im Anfange des Herbstmonats, und begaben sich über die Weichsel in die Gegend von Prag, ohne daß sie sich durch die wiederholten Einladungen des Primas bewegen ließen, zurückzukommen. Am 11ten des Herbstmonats sammelte der Primas die Stimmen, davon die meisten auf den Stanislaus fielen; und auf starkes Zureden vieler Großen, erklärte er ihn am 12ten zum erwählten Könige von Polen und Großherzoge von Litthauen p). Jedoch am folgenden Tage giengen einige der Großen über die Weichsel zu denen, die sich schon zuvor entfernt hatten. Ihre Anzahl wuchs in kurzem dergestalt an, daß ihrer drehtausend am 14ten eine Protestation gegen die geschehene Wahl unterzeichneten q), und am 17ten des Weinmonats, nachdem sie sich, unter dem Schutze der Russischen Armee, zu Ranzmowsta (\*) versammelt hatten,

Stanislaus  
wird zum Kö-  
nige erwählt.

Eine andere  
Partey wählt

m) ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 458-461.

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 188, 190, 195, 197, 199, 202, 206, 208.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 219.

p) MASSUET Hist. de la dernière Guerre Tom. I. P. I. p. 14-18.

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 228.

(\*) Oder eigentlich bey dem Flecken Kamien, wo Heinrich der Dritte auch gewählt worden war. LENGNICH Hist. Polon. p. 385.

hatten, riefen sie den Kurfürsten von Sachsen, Friederich August, zum Könige von 1733.  
 Polen und Großherzoge von Litthauen, unter dem Namen Augusts des Dritten, den Kurfür-  
 aus. Stanislaus war kurz zuvor sehr heimlich aus Frankreich nach Warschau ge- sten von  
 kommen <sup>1</sup>). Weil er aber keine Truppen bey der Hand hatte, um sich den Russen zu Sachsen,  
 widersetzen, so sahe er sich gleich hernach genöthiget, nach Danzig zu gehen, wohin der unter dem  
 Primas und einige Großen ihn begleiteten. Nachdem der König August zu Dresden Namen Au-  
 Nachricht von seiner Wahl bekommen hatte; so begab er sich darauf nach Polen, und gusts III.  
 ward, im Jenner des folgenden Jahres, zu Krakau gekrönt <sup>2</sup>).

Der König von Frankreich, der aus dem Marsche der Russen und Kaiserlichen V.  
 bereits vorher gesehen, was erfolgen würde; oder, wie vermuthet ward, aus andern Ur. Der König  
 sachen den Krieg gegen den Kaiser beschlossen hatte, ließ, schon seit einiger Zeit, an den von Frank-  
 Höfen von Madrid und Turin arbeiten, um die Könige von Spanien und Sardinien reich be-  
 mit sich zu verbinden. In Spanien war man auf den Kaiser mißvergnügt; und also Spanien  
 fiel es dem Französischen Hofe nicht schwer, den Spanischen zum Kriege gegen den Kaiser und Sardi-  
 zu bewegen. Der König von Sardinien hatte eine Absicht auf Mailand, und verei- nien, den  
 nigte sich daher gerne mit Frankreich. Nachdem also Ludewig der Fünfzehnte sich Kaiser.  
 des Bestandes dieser zwey Mächte versichert hatte; so erklärte er, am 10ten des Wein-  
 monats, den Krieg gegen den Kaiser, aus keiner andern Ursache, als weil er sich der Wahl  
 des königlichen Schwiegervaters, Stanislaus, zum Könige von Polen, widersetzet  
 hatte <sup>1</sup>). Dieser Kriegserklärung folgten der Könige von Spanien und Sardinien  
 ihre nach. Der erste nahm es, in einer Vorstellung, die er an den Großbritannischen  
 Hof sandte, auch übel, „daß der Hof von Wien die Wahl des Stanislaus hätte hin-  
 „dern wollen. Sonst führete er dasjenige an, was von dem Kaiser zuvor gesehen war,  
 „um dem Infanten Don Carlos den Besiz der Italiänischen Staaten zu entziehen;“  
 „welches jedoch, nach Schließung des Wienischen Vertrages, billig als verglichen ange-  
 sehen werden mußte. „Die Verweigerung der Acte zu diesem Besiz; die Drohung,  
 „die Spanier, bald nachdem sie gelandet waren, wieder aus Toscana zu vertreiben;  
 „die Vernichtung einiger Ländereyen und Herrlichkeiten, die dem Infanten zugehörten,  
 „die Mißbilligung der dem Infanten zu Florenz geleisteten Huldigung wurden gleichfalls  
 „in der Spanischen Kriegserklärung als schwer wiegende Gründe angeführet. Endlich  
 „achtete man sich auch beleidigt, daß der Kaiser sich durch die Zwischenprache des Königs  
 „von Großbritannien, welchem Philipp der Fünfte seine und seines Sohnes Ange-  
 „legenheiten anvertrauet hatte, nicht zu einem gütlichen Vergleiche hätte bewegen lassen  
 „wollen. Der König von Spanien wäre, hieß es, durch alle diese Ursachen bewogen  
 „worden, seine Waffen mit des Königs von Frankreich seinen zu vereinigen, und die  
 „dem Durchlauchtigsten Hause Bourbon zugesetzte Beleidigung an dem Kaiser zu rä-  
 „chen: welches, wie er hoffete, ihm von dem Könige von Großbritannien, den der  
 „Hof von Wien so lange herumgeführt hätte, nicht übel genommen werden würde <sup>2</sup>).“  
 Der König von Sardinien zog sich auch die Beleidigung an, welche der Kaiser dem Kö-  
 nige

r) *Zie* Europ. Merc. Jul. - Dec. 1733. bl.  
 112, 113, 114. MASSUET Tom. I. P. I. p. 18.  
 s) MASSUET Tom. I. P. I. p. 21, 26, 144,  
 146.

t) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. IX.  
 p. 279, 281.

u) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. IX.  
 p. 291.

1733.

nige Stanislaus zugefügt hatte. Ueberdem führte er an, „daß der Hof von Wien ihm noch viele Rückstände, kraft des Vertrages von 1703 schuldig wäre; daß er den König Victor Amadeus, nach Schließung des Utrechtschen Friedens, gezwungen hätte, Sicilien gegen Sardinien zu vertauschen; daß man ihn seitdem, in verschiedenen Betrachtungen, als einen bloßen Lehmann des Kaisers behandelte, und ihm beständige Handel, in dem mit seinem Gelde von dem Kaiser erworbenen Theile von Neiland, gemacht; daß man ferner bey der Lehnsempfängniß über diese Länder einige beledigende Neuigkeiten eingeführt hätte, ohne deswegen eine rechte Entschuldigun zu machen v).“

VI.  
Kriegsver-  
richtungen  
am Rheine,

So bald die Kriegserklärung des Königs von Frankreich bekannt gemacht war, wurden die Feindseligkeiten gegen den Kaiser an dem Rheine und in Italien angefangen. Der Marschall von Berwick, der über das Französische Kriegsheer, welches bey Straßburg versammelt war, den Oberbefehl führte, ging zwischen dem 12 und 13ten des Weinmonats, über den Fluß, und belagerte alsbald die Festung Kehl, welche sich am 28sten, durch einen Vergleich, ergab w). Der König von Frankreich hatte unterdessen den Fürsten und Ständen des Deutschen Reichs die schriftliche Erklärung thun lassen, daß er sich dieser Festung, die dem Kaiser nicht gehörte, zu bemächtigen suchte, um sich des Ueberganges über den Rheinstrom zu versichern, nicht aus Feindschaft gegen das Deutsche Reich, mit welchem er den Frieden erhalten wollte, ungeachtet er wider den Kaiser Krieg führte x). Der Marschall von Villars war auch, an der Spitze einer ansehnlichen Armee, nach Piemont gegangen, wo er sich mit den Savoyischen Truppen vereinigte, und bald darauf die Stadt Neiland einnahm. Das dortige Schloß, in welches sich die kaiserliche Besatzung gezogen hatte, ließ er, so wie die Städte Novara und Tortona einschließen. Pizzighitone, das Schloß zu Cremona und verschiedene andere Plätze in dieser Gegend fielen der vereinigten Armee, vor dem Ende dieses Jahres, in die Hände. In Spanien wurden auch starke Zurüstungen zu dem Kriegszuge nach Italien gemacht, wohin, im Wintermonate, eine Armee unter dem Grafen von Montemar eingeschifft ward. Zu eben der Zeit hatte der König von Frankreich die meisten Städte in Lothringen, durch seine Truppen, besetzen lassen y).

VII.  
Der Kaiser  
verlangt  
Beystand  
von den  
Staaten.

Der Kaiser, welcher sich in Deutschland und in Italien überfallen sah, unterließ nicht bey den Ständen des Deutschen Reichs um Hülfe anzuhalten z). In gleicher Absicht wandte er sich auch an die Staaten der Vereinigten Niederlande, welche, wie er meynete, kraft der Verträge verbunden waren, ihm bezustehen. Aber sie dachten anders. Sie sahen den gegenwärtigen Krieg als einen solchen an, der durch die, gegen Frankreichs Absichten geschehene, und von dem Kaiser sowohl als Rußland durch die Waffen beförderte Wahl eines Königs von Polen verursacht war. Zum stärkeren Beweise dieser ihrer Meynung dienete auch dieses, daß Spanien und Sardinien so wohl als Frankreich diese Königswahl unter die Ursachen, warum sie den Kaiser be-

kriegten,

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 302.

w) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1733. bl. 209. 225. MASSUET Tom. I. P. I. p. 28. et suiv.

x) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 309.

y) MASSUET Tom. I. P. I. p. 35. 46-60. 104.

z) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 311.



1733.

VIII.

Vermählung  
des Prin-  
zen von Gra-  
nien, mit der  
ältesten  
Großbritan-  
nischen Prin-  
zessin.

236 2

selben,

a) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 461.

1733.

selben, worüber, seit einiger Zeit, gehandelt war, gegeben. Bald hernach hatte er den Prinzen mit dem Ritterorden des Hosenbandes beehret, der ihm, am 25ten des Heumonats, in dem großen Saale des Hauses in dem Bosh, bey dem Haag, mit den gewöhnlichen Feierlichkeiten umgehängt worden war. Der Heirathsvertrag ward nachher von dem Prinzen unterzeichnet, und im Anfange des Weinmonats von dem Herrn Duncan, der, im Namen desselben, die Unterhandlung wegen der Heirath geführt hatte, nach London zurückgebracht. Das Unterhaus hatte dem Könige achtzigtausend Pfund Sterlings zum Brauschatz für die Prinzessin bewilliget, und er denenselben ein Jahrgeld von zwölf tausend Pfund beygefügt, welches aus den Einkünften seines Kurfürstenthums bezahlet werden sollte. Der Prinz ging im Wintermonate nach England herüber, und ward mit ungemeiner Pracht in London empfangen. Alles war zu den Heirathsfeierlichkeiten zubereitet, als der Prinz plötzlich krank ward, und einige Tage das Bett hüten mußte. Hernach ward ihm gerathen, die Wasser zu Bath, zu seiner vollkommenen Wiederherstellung, zu gebrauchen. Es wäre bis zum Anfange des Märzmonats des folgenden Jahres, ehe er von Bath zurückkam. Er besuchte so dann noch verschiedene Städte, ehe er wieder nach London ging. Zu Oxford ward ihm die Würde eines Doctors der Rechte ertheilet. Die königliche Gesellschaft zu London wählte ihn auch zu ihrem Mitgliede. Die Vermählungsfeierlichkeiten, die bisher ausgesetzt waren, wurden endlich in der Kapelle von St. James vollzogen. Der Prinz ward noch hernach mit dem Englischen Geburtsrechte beehret, und reisete, im Anfange des Maymonats, in Gesellschaft seiner Gemahlinn, nach Holland zurück b). Zu Rotterdam ward das Durchlauchtige Paar von den Bürgermeistern, in der Nacht, complimentirt. Von hier fuhren der Prinz und die Prinzessin, zu Wagen, nach Amsterdam, wo sie gleich nach ihrer Ankunft in die Nacht traten, welche sie nach Friesland führen sollte. Die Bürgermeister complimentirten sie hier nicht, weil sie kaum eine Stunde in der Stadt verweilten, und deswegen die Ehre verboten hatten. Nachdem sie zu Harlingen an das Land getreten waren, fuhren sie am 11ten nach Leeuwarden, wo sie mit vielen Feierlichkeiten empfangen wurden. Im Heumate gieng die Prinzessin wieder nach England. Der Prinz begab sich, wenige Tage nach ihrer Abreise, in das kaiserliche Lager an dem Rheine. Nach dem Ende des Feldzuges ging er nach Calais, wo er seine Gemahlinn fand, die mit ihm, zu Lande, nach dem Haag reisete.

Georg II.  
gibt den  
Staaten von  
der Heirath  
Nachricht.

Der König von Großbritannien hatte den Staaten der Vereinigten Niederlande, gleich nach Vollziehung der Heirath seiner ältesten Tochter mit dem Prinzen von Oranien, davon Nachricht gegeben. In dem zu diesem Ende abgelassenen Schreiben, sagte er, „daß die Könige, seine Vorfahren, ihre Verbindungen mit dem vereinigten Staate glücklich, durch die mit dem Prinzen von Oranien geschlossenen Heirathen, befestiget hätten, und daß er ihrem Beyspiele hätte folgen wollen.“ Ferner versicherte er, „daß die vornehmsten Absichten, die ihn zur Einwilligung in diese Heirath bewogen hätten, die Wohlfahrt der Protestantischen Religion, die Versicherung der Thronfolge in seinen Königreichen; und die Hoffnung, das Vertrauen und die Freundschaft zwischen ihm und dem Staate zu vermehren, gewesen wären. Endlich zweifelte er nicht, daß sie seine Tochter auf eine Weise empfangen würden, die mit den guten Gesinnungen, die

» er

„er allezeit gegen ihre Republik gehabt hätte, übereinstimmten.“ Die Antwort der Staaten auf das Schreiben des Königs war, in verschiedenen Betrachtungen, merkwürdig. Sie wünschten nicht allein, „daß die vollzogene Heirath die großen Absichten Seiner Majestät erfüllen mögte; sondern sie sahen es auch als ein Merkmaal der Gewogenheit des Königs gegen sie an, daß er einen Prinzen zu seinem Schwiegersohne erwählte hätte, der so genau mit ihnen verbunden wäre, und dessen persönliche Verdienste bey ihnen, zugleich mit den Diensten seiner Vorfahren in Ehren gehalten würden. Und weil, beschloffen sie, Eure Majestät eine freye Republik, als die unsrige ist, zum Aufenthalt für Dero zärtlich geliebte Tochter erwählet haben; so hoffen wir, daß Sie darin alles Vergnügen, welches die Lage der Dertter und der gegenwärtige Zustand unserer Regierung, dessen Erhaltung uns sehr am Herzen liegt, Ihr werden geben können c).

1734.

Merkwürdig.  
ge Antwort  
der Staaten.

Aus dem Beschlusse dieser Antwort nahmen einige wahr, daß man dem Könige von Großbritannien alle Hoffnung nehmen wollte seinen Schwiegersohn zum Statthalter derjenigen Landschaften, welche die statthalterlose Regierung erwählet hatten, erhoben zu sehen. Einige meyneten auch, daß hiezu desto mehr Ursache vorhanden wäre, als sie für gewiß hielten, daß die Freunde des Prinzen von Oranien nicht unterlassen würden sich, nach Vollziehung einer so ansehnlichen Heirath, der ersten Gelegenheit zu bedienen, um ihn zum Statthalter von Holland und der drey andern Landschaften zu befördern. Es ward so gar ausgestreuet, und von einigen geglaubet, daß man sich hiezu gewisse Bewegungen unter dem Volke zu nuzen machen würde, die im Sommer dieses Jahres entstünden, und deren wir hier kürzlich gedenken müssen.

Unter den vom Aberglauben am meisten eingenommenen Katholiken dieser Lande war schon vorlängst der Wahn gewesen, daß man seltsame Veränderungen zu erwarten hätte, wenn einmal das Frohnleichnamtsfest, eines der beweglichen Feste der Römischen Kirche, auf den St. Johannstag, der beständig am 24ten des Brachmonats gefeheyrt wird, fallen würde. Diese seltene Begebenheit hatte man dieses Jahr zu erwarten. Bey vielen Katholiken erweckte dieses Aufmerksamkeit. Unterdessen da man dem doppelten Festtage entgegen sahe, verbreiteten sich durch die meisten Landschaften fürchterliche Gerüchte von gewaltigen Veränderungen, welche man an diesem Tage in den großen Städten und auf dem Lande zu besorgen hätte. Hier sollten ganze Städte umgekehrt werden; dort sollten die Römischkatholischen ein Blutbad unter den Protestanten anrichten, die öffentlichen Kirchen wieder einnehmen, und die Obrigkeiten umbringen, oder sie ihrer Würde berauben. Zu Amsterdam insonderheit bildete einer dem andern ein, daß die Katholiken schon heimlich, den Schultheissen, die Bürgermeister und Schöppen unter sich bestellet hätten, die an dem durch das Verhängniß bestimmten Tage, die Regierung antreten würden. Einige Kathosglieder waren, sagte man, im Herzen katholisch. Man streuete ferner aus, daß die Römischkatholischen, an verschiedenen Orten, Waffen und Pulver zusammen gebracht hätten, um sich derselben gegen die Reformirten zu bedienen. Hier und da waren, wie ausgesprenget ward, Stricke in den Kirchen, und besonders in den Stühlen der Obrigkeiten gefunden worden. Ob nun gleich solche und dergleichen Gerüchte bey den Verständigsten wenigen Eindruck machten; so erregten sie doch eine so

IX.

Bewegungen  
unter dem  
Volke hier zu  
Lande, bey  
Gelegenheit  
des Frohn-  
leichnamts-  
festes, und des St.  
Johannstages.

Bb 3

große

c) Man sehe die Briefe in den Europ. Merc. Jan. - Jun. 1734. bl. 179, 181.

1734.

große Furcht unter dem einfältigen Haufen in einigen Städten und Dörfern, daß die Obrigkeiten beschloffen, einige Vorsorge gegen den berüchtigten Festtag zu gebrauchen. An einigen Orten verdoppelte man die Wache; an anderen entwaffnete man verdächtige Personen; an den meisten aber sind keine besondere Anstalten gemacht worden. Zu Leuwarden fuhr der Prinz von Oranien in Person durch die Stadt; aber er merkte nicht die geringste Unruhe. Der gefürchtete Tag erreichte auch den Abend, ohne daß der geringste Aufruhr entstand: entweder weil die Vorsorge der Obrigkeiten dieses an einigen Orten gehindert hatte; oder auch, weil das Volk überhaupt nicht abergläubisch genug war, auf solche ungewisse Gerüchte Feuer zu fangen, und einen Aufstand zu erregen. Ob unterdessen, wie einige eifrige Freunde des Prinzen von Oranien diese Bewegungen verursacht oder unterhalten haben, um sich, wenn sie in einen beträchtlichen Aufstand ausbrächen, derselben zu bedienen, um ihn zum Statthalter erklären zu lassen; und ob man, wie einige geglaubet haben, zu diesem Ende schon Oranienfahnen, auf einigen Kirchenthürmern, in Bereitschaft gehalten habe, getraue ich mich, aus Mangel genugsamer Nachrichten, nicht zu versichern. Dies ist gewiß, so bald nur der Frohnleichnam's- und Johannstag vorbey war, verschwand die abergläubische Furcht und Hoffnung, die einige eingenommen hatte, gänzlich, und ward von jedermann verlacht. Die ausgestreueten Gerüchte hatten auch nicht den geringsten Einfluß auf den Zustand der gegenwärtigen Regierung. Ein Wallonischer Prediger in dem Haag (1), der bey Gelegenheit des folgenden Neujahrs, öffentlich für den Prinzen und die Prinzessin gebeten hatte, ward deswegen bedrohet, daß man ihm seinen Gehalt einziehen würde; aber seine Erklärung, daß, bey seinem Gebete, die Absicht allein auf die Wohlfahrt der hohen Personen und das Beste der Protestantischen Kirche gerichtet gewesen wäre, ward als eine Entschuldigung angenommen d).

X.

Die Gesellschaft der Freymäurer in Holland wird gestört und verboten.

Um eben diese Zeit, oder etwas hernach, wurden in Holland einige Zusammenkünfte entdeckt und gestört, von denen etliche, es sey mit oder ohne Grund, glaubeten, daß sie auch die Erregung eines Mißvergnügens über die Regierung, oder die Veränderung derselben zur Absicht hätten. Es waren vorgeiten, in verschiedenen Ländern und Staaten, gewisse Gesellschaften, unter dem Namen der Freymäurer oder freywilligen Mäurer gewesen, die, um diese Zeit, in Frankreich, in Italien, und besonders in Großbritannien wieder aufzuleben schienen. Hier zu Lande waren sie, so viel ich habe erfahren können, niemals vor diesem bekannt gewesen; aber im folgenden Jahre, oder etwas eher, sah man sie, in verschiedenen holländischen Städten, und unter andern zu Amsterdam und in dem Haag aufrichten. Man nahm in diese Gesellschaften Leute von allerley Stande, Range und Religion auf; aber ihre eigentliche Absicht, und ihre Gespräche und Verrichtungen, wenn sie versammelt waren, wurden sehr geheim gehalten. Ja ein jeder, wie man sagt, der ein Mitglied dieser Gesellschaften ward, mußte sich, bey seiner Aufnahme, die mit vielen sonderbaren Feierlichkeiten geschah, durch einen schweren Eid oder Versprechen, zu dieser Verschweigung der Geheimnisse verbinden. Die Glieder dieser Bruderschaft gaben indessen vor, daß ihre Absichten weder der Religion

d) Resol. Holl. 14 Jan. 11 Febr. 1735. bl. 41, 112.

(1) Jean Royer, der hernach von dem Prinzen zum Hofprediger bestellt worden ist.

gion, noch den guten Sitten, noch der Wohlfahrt des Staats zuwider liefen. Die Regierung von Holland nahm zuerst Kenntniß von der Gesellschaft der Freymäurer, im Wintermonate des Jahres 1735, und zwar bey der Gelegenheit, als man in einer gewissen Zeitung gemeldet gefunden hatte, „daß in dem Haag, auf der neuen Doele (\*), den 24sten des Weinmonats, eine Holländische Loge der alten Bruderschaft der Freymäurer, in Gegenwart des Großmeisters Johann Cornelius Rademacher, General-Schatzmeisters Seiner Hoheit des Herrn Prinzen von Oranien, des Untergroßmeisters Johann Keunen, und der andern Beamten und ansehnlichen Glieder, eröffnet worden wäre, und daß man in diese Loge, zu gleicher Zeit, verschiedene neue Brüder aufgenommen hätte.“ Man entdeckte bald, daß diese Nachricht von einem gewissen Tuchhändler in dem Haag, Louis Dagran, hergekommen war. Er ward darüber von den bevollmächtigten Räten befragt, und gestund, daß er dieselbe auf Befehl der Bruderschaft, wovon er selbst ein Mitglied wäre, jedoch ohne Vorwissen des Großmeisters, nach Amsterdam geschrieben hätte. Als er weiter wegen der Absicht und der Einrichtung der Bruderschaft befragt ward, verwies er die Räte auf ein gewisses Buch, welches schon im Jahre 1723 zu London gedruckt war. Man untersuchte diese Schrift, und man fand darinne, unter andern, zwey Punkte, welche höchst bedenklich schienen. Nach dem ersten wurden „Leute von allerley Gesinnungen in der Religion, welche die Verbindlichkeit der sittlichen Gesetze erkannten und ehrlich lebten, aber keine Gottesleugner oder Freygeister, in die Gesellschaft aufgenommen.“ Nach dem andern „waren die Brüder zwar verbunden, sich als friedfertige Unterthanen der bürgerlichen Obrigkeit zu betragen; aber niemand konnte doch, wenn er sich bloß einer Widerspenstigkeit gegen den Staat, und keines andern Verbrechens schuldig gemacht hätte, aus der Bruderschaft gestossen werden. Nur war es seine Pflicht, die Widerspenstigkeit zu leugnen, und der Regierung keinen Argwohn zu verursachen.“ Nachdem der Rathpensionär Slingeland den Ständen von Holland hievon Bericht abgestattet hatte; so beschloffen sie dem Hofe, und den Bürgermeistern der Städte, den Haag mit darunter begriffen, zuzuschreiben, daß sie den Gesellschaften der Freymäurer, wo sie eingeführt seyn mögten, gleich ein Ende machen sollten e). Die Versammlungen dieser Leute wurden sodann in verschiedenen Städten öffentlich verboten, und zu Amsterdam, wo sie in dem Stillsteeg gehalten wurden, wirklich gestört f). Seitdem haben die Freymäurer hier zu Lande nicht viel Aufsehens gemacht; wiewohl sich in einigen Städten noch Leute finden, die ohne Bedenken sagen, daß sie zu dieser Gesellschaft gehören. In andern Ländern, besonders in Frankreich und in Italien, hat man diese Gesellschaften auch stark verboten. In England sind sie ungestört geblieben. Was man aber für Absichten, insonderheit in den hiesigen Landen, damit gehabt habe, ist nie mit völliger Gewisheit bekannt geworden.

In der Landschaft Gröningen waren, seit einiger Zeit, große Unruhen entstanden, die von Bevollmächtigten der General-Staaten beygelegt wurden. Sechs Unter-Gröninger quartiere

e) Resol. Holl. 30 Nov. 1735. bl. 702. Jan. 1736. bl. 51. Groot-Plakaatb. VI. Deel, Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 566. bl. 642. Europ. Merc. Jul. - Dec. 1735. bl.

f) Resol. Holl. 21 Dec. 1735. bl. 763. 26 301, 302.

(\*) Von der Bedeutung dieses Wortes sehe man Th. IV. B. XXXIX. §. XVIII. C. 447 (\*).

1734.

quartiere (2) in den Ommelanden geriethen, im Anfange des Jahres 1732, mit drey andern Unterquartieren (3) in einen heftigen Streit, bey der Gelegenheit, daß eine gewisse Bittschrift für einige wegen Sodomiterey gefänglich eingezogene Personen (4) den sechs Unterquartieren, wider den Willen der drey andern, mit der Gewalt zugestellt war, darüber einen völligen Schluß zu fassen. Als der Baron von Lintelo, Herr von Steendam, sich, in dem darüber entstandenen Gezänke, mit solchen Worten geäußert hatte, welche den sechs Quartieren beleidigend schienen; so ward ihm angedeutet, aus der Ommelander Versammlung zu bleiben. Die mittlerweile von dem Herrn van Saan wider die Beschuldigten angestellte gerichtliche Untersuchung ward von den sechs Unterquartieren verworfen; die drey andern Unterquartiere aber hielten es mit ihm. Beide Parteyen wandten sich hernach an die General-Staaten, die einen Ausspruch über den Streit thaten g), womit die sechs Unterquartiere zufrieden waren. Allein die Stadt Gröningen nahm es übel auf, daß die General-Staaten gleichsam Verfügungen über das gerichtliche Verfahren in den Ommelanden machen wollten, welches, ihrer Meynung nach, von den zweyen Ständen der Landschaft geschehen könnte h). Die sechs Unterquartiere der Ommelände hielten hingegen dafür, daß sie für sich selbst in dem Gerichtswesen Einrichtungen machen könnten i); ohne daß sie verbunden wären, sich den Verfügungen des Gerichtshofes (\*) zu Gröningen zu unterwerfen, von welchem das gegen die der Sodomiterey beschuldigten Personen angestellte Verfahren gebilligt war. Die sechs Unterquartiere führten inzwischen fort Verfügungen über das Gerichtswesen in den Ommelanden zu machen, und suchten dieselben, unter der Genehmigung der General-Staaten, einzuführen; welches der Stadt sehr zuwider war, die dafür hielte, daß hiedurch die Hoheit der Stände der Provinz verlegt würde k). Die drey Unterquartiere waren auch der Meynung, daß die landschaftliche Versammlung unrechtmäßig wäre, so lange sie, wie gegenwärtig, allein aus der Stadt und den sechs Unterquartieren bestünde l). Die Versammlung ward daher eingestellt. Die General-Staaten unterließen nicht die Stadt zu Fortsetzung des Landtages zu ermahnen, weil die gemeinen Sachen, durch Einstellung desselben, nicht wenig litten. Aber die Stadt, welche die Partey der drey Unterquartiere hielte, war hiezu nicht zu bewegen, so lange die drey Quartiere aus der Versammlung blieben. Unterdessen konnte man die Einwilligung der Stände der Provinz zu dem Vertrage wegen der Neutralität der Oesterreichischen Niederlande nicht erhalten. Die General-Staaten beschloßen daher, im Wintermonate des Jahres 1733, die Streitigkeiten in den Ommelanden, die, außer dem Gerichtswesen, auch die Vergebung der Aemter betrafen, durch

ihren

g) Resol. Gener. Mart. 2 Sept. 1732.

k) Schreiben der Bürgermeister und Rathes

h) Schreiben der Bürgermeister und Rathes zu Gröningen vom 12, 20 Sept. 1732.

vom 25 Nov. 1732. u. 7 Mart. 1733.

i) Resol. Stad en Lande, 17, 18 Sept. 1732.

l) Landd. Vener. 20 Mart. 1733.

(2) Warnstederadeel, Zalf, Amsteradeel, Duurwolferadeel, Oosteradeel, Vredewolferadeel und Middagsteradeel.

(3) Oosteramsteradeel, Zoogelandsteradeel und Vosslangewolferadeel.

(4) Eben dieselben, deren wir oben (B. LXXIII. §. X.) kürzlich erwähnt haben.

(\*) de Hoofd mannen - Kamer.



ihren Ausspruch zu entscheiden m). Jedoch die Stadt, ob sie gleich die General-Staaten für Gewährleister der Ommelandischen Verfassung erkannte, worum sie vormals von beiden Ständen ersucht waren, war mit ihrem Ausspruche nicht zufrieden n), welcher auch nicht nach dem Sinne der drey Unterquartiere ausgefallen war. Der Landtag ward zum andern Male abgebrochen o). Die Weiterungen in den Ommelanden, und zwischen der Stadt und den sechs Unterquartieren wurden täglich größer. Das gerichtliche Verfahren des Herrn van Saan, unter andern auch wider neun begüterte Landleute seines Gerichtsgebiets, die ihm, nach seiner eigenen Aussage, lange in seinen heimlichen Anschlägen zuwider gewesen waren, ward von den sechs Unterquartieren bey den General-Staaten verdächtig gemacht p). Die Stadt hingegen verteidigte dieses gerichtliche Verfahren, und behauptete, daß man den Herrn van Saan vieler Dinge fälschlich beschuldigt hätte q). Unterdessen ward der Landtag, der im April wieder angefangen war, zum andern Male von der Stadt fruchtlos abgebrochen. Die General-Staaten sahen sich demnach endlich in die Nothwendigkeit gesetzt, eine Gesandtschaft nach Grönningen abzufertigen, so bald die Stadt und die Ommelände wieder in einer Versammlung zusammen gekommen seyn würden. Die Stände von Holland, an welche die Stadt sich nachher auch wandte, billigten den Schluß der General-Staaten, und meldeten es den Bürgermeistern und Rathe. Auf dieses Schreiben folgte jedoch keine Veränderung r). Die Gesandtschaft kam, in kurzem, nach Grönningen, ging aber unverrichteter Sache zurück. Nur ward einige Verfügung wegen Bezahlung der von der Provinz schuldigen Leibrenten gemacht, wobey die Holländer ein großes Anliegen hatten s). Allein der Streit wegen Vergebung der Kempter dauerte noch eine geraume Zeit fort t).

Der bey Gelegenheit der Polnischen Königswahl entstandene Krieg war unter-  
dessen von dem Anfange des Jahres 1734 in verschiedenen Gegenden kräftig fortgesetzt worden. Stanislaus Lescinsky, der, wie wir oben erzählt haben, bald nach seiner Wahl, nach Danzig zu fliehen genöthigt ward, führte sich daselbst in allen Stücken als König von Polen auf. Allein die Russische Armee, unter dem Grafen von Münnich, belagerte, im Hornung, diese Stadt, die hernach stark beschossen und bombardirt ward. Nachdem ein Russisches Geschwader, unter dem Admiral Gordon, im Anfange des Brachmonats, auf der Neide erschienen war; so griff man die Festung Weichselmünde, welche die Stadt von der Seeseite deckte, mit solcher Gewalt an, daß sie sich, am 22sten, durch einen Vergleich, ergab u). Die Stadt konnte sich nun nicht lange mehr halten. Die Stadt Sie machte, am gten des Heumonats, einen Vergleich mit dem Grafen von Münnich, ergiebt sich. (nicht v), und versprach, zu Ersetzung der Belagerungskosten, eine Million Thaler der Kaiserinn von Rußland zu bezahlen. Sie mußte darauf eine Polnische und Sächsishe Besatzung einnehmen. Vor der Uebergabe aber hatte Stanislaus die Stadt heimlich, und

m) Resol. Gener. Vener. 18 Dec. 1733.  
n) Schreiben der Bürgermeister und Rathes vom 5 Jan. 2 Febr. 1734.  
o) Landd. Sabb. 30 Jan. 1734.  
p) Schreiben der Ommel. vom 24 Febr. 1734.  
q) Schreiben der Bürgermeister und Rathes vom 20 Mart. 1734.

r) Resol. Holl. 5 May, 5, 9 Jun. 19 Oct. 1734. bl. 233, 283, 645.  
s) Resol. Holl. 26 Jan. 1735. bl. 70.  
t) Resol. Holl. 22 Febr. 1737. bl. 107.  
u) MASSUET Tom. I. P. I. p. 150-195.  
v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XI.

1734.

und mit großer Gefahr, verlassen w). Der Marquis de Monti ward dagegen gehalten. Der Russische Hof behauptete, daß er seine Obliegenheit, als Vorthschafter des Königs von Frankreich, zu weit überschritten hätte, und darum nicht verdiente nach dem gewöhnlichen Völkerrechte behandelt zu werden x). Er ward jedoch, in kurzem, auf Fürsprache Großbritanniens und der Staaten, in Freiheit gesetzt. Die Polnischen Großen, deren ungefähr sechzig in Danzig gefunden wurden, leisteten darauf dem Könige August dem Dritten, der, bald nach der Uebergabe von Danzig, bey der Armee angekommen war, den Eid der Treue y). Die Stadt Danzig hatte ihre Ungelegenheit vorhergesehen, und daher schon im verwichenen Jahre, bey den Staaten der Vereinigten Niederlande um Hülfe angesucht z). Die Provinz Holland verstattete ihr sechs hundert tausend Gulden, auf gute Versicherung, anzuleihen a); und nachher ward ihr, auf gleiche Bedingungen, ein Anlehn von funfzehn hundert und vier und dreyßig tausend Gulden, in dreyen Malen, zugestanden b). Stanislaus hielt sich, nach seiner Flucht aus Danzig, noch eine geraume Zeit zu Königsberg auf; er ward aber von dem Französischen Hofe nicht gehörig unterstützt, um seinen Anspruch auf die Polnische Krone geltend zu machen: welches viele in den Gedanken bestärkte, daß Ludewig der Funfzehnte den Krieg angefangen hätte, mehr in der Absicht dem Kaiser Abbruch zu thun, als seinen Schwiegervater auf dem Polnischen Throne zu erhalten.

Zustand des  
Krieges in  
Italien,

Dieses war auch, wie man glaubete, daraus abzunehmen, daß der Krieg in Italien mit solchem Nachdruck geführt ward, wo man dadurch dem Stanislaus nicht den geringsten Vortheil verschaffen konnte. Das Schloß von Mailand war, im Christmonate, an die Französischen und Sardinischen Truppen übergegangen. Tortona und Novara wurden im Hornung erobert. Nachdem die Spanischen Truppen in dem Kirchenstaate gelandet waren, so stellte sich der Infant Don Carlos so gleich an ihre Spitze, und ließ zugleich eine Schrift austreuen, worin er anzeigte, daß er, zufolge der von dem Könige von Spanien, seinem Vater, ihm gegebene Vollmacht, käme, die Königreiche Neapel und Sicilien von dem Joche der Deutschen zu befreien. Er ging darauf, im April, nach der Stadt Neapel, welche ihm die Schlüssel entgegen sandte. Das dortige Schloß St. Elmo ergab sich an ihn etwas hernach, eben so wie Castel Nuovo; und hierauf ward er von dem Könige, seinem Vater, und von den Königen von Frankreich und Sardinien für einen König von Neapel und Sicilien erklärt und erkannt. Der gewesene Unterkönig von Neapel, Graf von Visconti, ward hernach von dem Don Carlos geschlagen, und so dann Gaeta belagert, welches die Spanier am 6ten August eroberten. Die Stadt und das Schloß zu Modena, hatte sich, schon zuvor, an die Franzosen, unter dem Marquis von Maillebois, ergeben. Die Kaiserlichen, unter dem Grafen von Königseck, überfielen dagegen, um die Mitte des Herbstmonats, den Marschall von Broglio an der Secchia, über welchen Fluß sie unvermuthet

w) MASSUET Tom. I. P. II. p. 195.

z) Refol. Gener. *Jou.* 12 Nov. 1733. Refol. Holl. 19 Nov. 1733. bl. 1052.

x) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 464, 469.

a) Refol. Holl. 14, 20 Oct. 1734. bl. 636, 648.

y) ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 12, 13.

b) Refol. Holl. 24 Febr. 15 Nov. 1735. bl. 166, 658. 11 Jul. 1736. bl. 407.

theil gegangen waren. Das Schloß zu Gonzaga und die Stadt Capua fielen hernach auch den Spaniern in die Hände. In Sicilien war ihnen das Glück eben so günstig. Sie bemächtigten sich der meisten Plätze in dieser Insel fast ohne Schwerdtstreich; nur Syracusa und das Schloß zu Messina thaten einigen Widerstand, und wurden daher von ihnen eingeschlossen. Das letztere eroberten sie noch vor dem Ende des Jahres. Der häufige Regen hatte die beiderseitigen Armeen öfters an ihren Märschen gehindert, so daß zwischen denenselben kein entscheidendes Gefechte vorgefallen war (\*). Dem ungeachtet war der Feldzug, wegen des Verlustes vieler Städte und Festungen, für den Kaiser höchst nachtheilig gewesen c).

An dem Rheine ward hingegen der Krieg mit wenigerer Heftigkeit von dem und an dem Könige von Frankreich geführt, der die Fürsten und Stände des Reichs nicht zu sehr Rheine. gegen sich erbittern wollte. Der Graf von Bellisle, unter dessen Befehlen ein Theil der Französischen Armee stand, hatte Trier und verschiedene Derter in dem Kurfürstenthum dieses Namens im April eingenommen. Worms ward gleichfalls am Ende des Sommers mit Französischen Truppen besetzt. Im Maymonate ging die Französische Hauptarmee über den Rhein, und belagerte Philippsburg. Der Marschall von Berwick führte den Oberbefehl darüber, und bey der Belagerung, in welcher er erschossen ward. Die Festung gieng jedoch an seinen Nachfolger, den Marquis von Asfeld über. Und hierauf schränkten sich die Kriegsverrichtungen in dieser Gegend ein. Die kaiserliche Armee, die sich unter dem Prinzen Eugen von Savoyen versammelt, und lange bey Heilbronn gestanden hatte, war zu schwach, um etwas wichtiges gegen die Franzosen zu unternehmen d). Die Fürsten und Stände des deutschen Reichs hatten, im Hohnung, zwar beschloffen, dem Kaiser Beystand zu leisten; aber die Kurfürsten von Cöln, Bayern und der Pfalz in diesen Schluß nicht gewilligt e). Dem ungeachtet war hierauf eine Kriegserklärung des Reichs gegen Frankreich, nebst einer Widerlegung der Ursachen, worauf Frankreich, Spanien und Sardinien ihre Kriegserklärungen gegründet hatten, erfolgt. Allein die wirkliche Hülfe der Reichsstände kam so langsam an, daß damit nichts gegen die Feinde des Kaisers ausgerichtet werden konnte f).

Die Staaten der Vereinigten Niederlande fürchteten den Verlust des Gleichgewichts von Europa, wenn der Kaiser nicht besser unterstützt würde. Sie waren daher, bald nach dem Ausbruche des Krieges, auf Mittel bedacht gewesen, den Frieden, dem Könige durch gütliche Unterhandlungen, wieder herzustellen. Der König von Großbritannien von Großbritannien, hatte sich auch bewegen lassen, hiezu die Hand zu bieten; und den Herrn Horatius Walpole, an dem Frieden zwischen

C c 2

c) MASSUET Tom. I. P. I. p. 56-65, 104-138. P. II. p. 260-363.

d) MASSUET Tom. I. P. I. p. 2 3-222, 231. P. II. p. 233-260.

e) VOYER ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 324. 328.

f) ROUSSET Recueil, Tom. IX. p. 337, 346, 367. 434.

(\*) Es sind in der That zwey Schlachten, die ziemlich entscheidend gewesen, zwischen der Kaiserlichen und der vereinigten Französischen und Sardinischen Armee geliefert worden; die erste bey Parma am 20sten Jun. und die andere bey Guastalla am 19ten Sept. 1734. Die Kaiserlichen zogen in beyden den kürzern. Unser Herr Verfasser, der diese Kriegsbegebenheiten nur beylauffig erzählt, hat nicht für nöthig gefunden, alle und jede genau und umständlich zu beschreiben.

1734.

den Kriegsfüh-  
renden Mäch-  
ten.

pole, im Heumonate, hieher gesandt, um darüber mit den Staaten Rath zu halten. Die beiden Mächte boten darauf den kriegenden Fürsten ihre Vermittelung an. Sie ward, in kurzem, von beiden Theilen angenommen; und gleich hernach fing man, in dem Haag, an, mit ihren Gesandten über einen Friedensentwurf zu handeln g). Der König von Frankreich bestund zuerst auf die Wiedereinfegung seines Schwiegersvaters auf den Polnischen Thron. Allein man sahe keine Möglichkeit, ihn hierin zu vergnügen. Der König August war, nach der Eroberung von Danzig, Herr des Königreichs geblieben, und besetzte sich täglich in der erlangten Herrschaft. Man hielt es also für unmöglich, ihn zu Abtretung der Krone zu nöthigen. Man war auch versichert, daß sich der Hof von Wien nicht bewegen lassen würde, hierin zu willigen. Auf der andern Seite sahe man jedoch wohl ein, daß man dem Könige von Frankreich und seinen Bundesgenossen auch einige Genugthuung verschaffen mußte, wenn man anders Frankreich, und hernach die Höfe von Madrid und Turin, die das Kriegesglück in Italien auf ihrer Seite hatten, zu Niederlegung der Waffen bereden wollte. Endlich wurden die Bevollmächtigten Großbritanniens und des Staats über einen Entwurf einig, der im Anfange des Jahres 1735 den beiderseitigen Mächten mitgetheilt ward, und dieses Inhalts war: „Seine Großbritannische Majestät und Ihre Hochmögenden fanden für unno-

1735.

Inhalt des  
von ihnen zu  
dem Ende ge-  
machten Ent-  
wurfs.

„thig zu untersuchen, ob die bey Erledigung des Polnischen Throns entstandenen Unruhen  
„für die vornehmste, oder so gar für die einzige Ursache des gegenwärtigen Krieges zu halten  
„wären, oder ob sie nur Gelegenheit dazu gegeben hätten. Ihrer Meynung nach mußte  
„man also nur zum ersten anmerken, daß man, in dem gegenwärtigen Zustande der  
„Sachen, vergebens an dem Frieden unter den kriegenden Mächten arbeiten würde,  
„wenn man nicht mit Polen anfinge; und zum andern, daß, wenn man die Polnischen  
„Handel beylegen wollte, man die Untersuchung des Rechts der uneinigen Parteyen, und  
„viele andere Streitigkeiten dieser Art sorgfältig vermeiden mußte. Nach diesen zwey  
„vorläufigen Anmerkungen hielten der König von Großbritannien und die General-  
„Staaten dafür, daß das beste, wo nicht das einzige Mittel, diesen Handel auf eine  
„Weise ein Ende zu machen, wodurch der Kaiser und Rußland beruhiget, die Ehre  
„Frankreichs und des Königs Stanislaus erhalten, und zugleich der Weg zu einem  
„allgemeinen Frieden gebahnet werden könnte, hierin bestünde, daß der König Stanis-  
„laus, mit Frankreichs Einwilligung, durch eine an die Polen gerichtete Urkunde,  
„die Erklärung thäte, daß er, wegen seiner hohen Jahre, die Ruhe dem herrlich-  
„sten, was die Welt geben könnte, vorzöge, und sich daher freywillig der  
„Polnischen Krone begäbe auch seine Unterthanen von dem Eide, den sie ihm,  
„als ihrem rechtmäßigen Fürsten, geleistet hätten, oder zu leisten schuldig wä-  
„ren, entledigte, in der Hoffnung, daß ganz Europa, und besonders der Kö-  
„nig von Frankreich, sein Schwiegersohn, diesen Schritt billigen würden,  
„der augenscheinlich die Wiederherstellung der Ruhe in Polen und des Frie-  
„dens unter den kriegenden Mächten zur Absicht hätte. Aber in Betrachtung  
„des jätlichen Punktes der Ehre unter großen Fürsten, wären der König von Großbri-  
„tannien und die Staaten der Meynung, daß man von dem Könige Stanislaus diese  
„Verzicht sonst nicht, als unter folgenden Bedingungen, fordern könnte: 1. Daß er den

„Ziel

„Titel eines Königs von Polen und Großfürsten von Litthauen, nebst allen damit verbundenen Vorzügen und Ehren, so lange er lebete, behalten; 2. daß er und die Königin, seine Gemahlinn, den freyen Gebrauch ihrer Güter haben; 3. daß alles vergangene vergessen und vergeben, und alle Personen, Provinzen und Städte des Königreichs, besonders Danzig, in ihre Vorrechte und Freyheiten wieder eingesetzt werden; daß man ferner die Festung Weichselmünde dieser Stadt zurückgeben, und den unbezahlten Theil der ihr von den Sachsen auferlegten Steuer erlassen, und 4. daß diese Verzicht ungültig seyn sollte, wofern die Polen nicht eine feierliche Gesandtschaft an den König Stanislaus, um ihm dafür zu danken, abschickten, und wofern die Russischen Truppen nicht sogleich hernach Polen und Litthauen räumeten; 5. daß der König Stanislaus seine Verzicht den Mächten, welchen er seine Wahl bekannt gemacht hätte, besonders dem Kaiser, dem Könige von Großbritannien und den Staaten bekannt machen sollte, die ihn, in ihren Antworten, als König von Polen erkennen würden; 6. daß die Kriegsführenden Mächte über diesen Vergleich die Gewähr leisten, und ihre guten Dienste bey der Kaiserinn von Rußland anwenden sollten, damit sie ihre Truppen aus Polen zurückjoge; und 7. daß, wenn, während der Unterhandlung, wider Vermuthen, die Ursachen, aus welchen man die Verzicht des Königs Stanislaus für das beste und einzige Mittel zu Endigung der Polnischen Unruhen hielte, durch einen unvermutheten Zufall, wegfielen, die übrigen vorläufigen Artikel dennoch in ihrer Kraft bleiben sollten. Hierauf folgten einige Artikel, welche also lauteten: „Da das Glück des Krieges, der vom Anfange an am heftigsten in Italien geführt worden, die vornehmsten Staaten des Kaisers in diesem Lande in Frankreichs und seiner Bundsgenossen Hände hätte fallen lassen; so würde der Kaiser, aus Verlangen zu einem dauerhaften Frieden in Europa, die Königreiche Neapel und Sicilien dem Infanten Don Carlos, und Toscana und Novara, mit dem was dazu gehörte, in dem Meiländischen, dem Könige von Sardinien abtreten; unter der Bedingung, daß Frankreich und seine Bundsgenossen alles, was sie, in dem gegenwärtigen Kriege dem Kaiser und dem Reiche abgenommen hätten, wieder zurückgäben, und der Infant Don Carlos sein Recht auf Toscana und auf die Herzogthümer Parma und Piacenza dem Kaiser abträte, nur Livorno, welches zu einer freyen Stadt und Hafen erklärt werden sollte, ausgenommen. Don Carlos würde auch, als König von Neapel und Sicilien versprechen, den Handel, welchen die Unterthanen Großbritanniens und des Staats in diesen Königreichen trieben, auf eben dem Fuße, als er zur Zeit des Königs von Spanien, Carlos des Andern gewesen wäre, zu erhalten. Und weil der Kaiser keine Einkünfte aus Toscana, so lange der Großherzog lebete, ziehen könnte, da inzwischen Don Carlos schon im Besiz von Neapel und Sicilien wäre, sollte man dem Kaiser dagegen eine Vergütung in Gelde bezahlen. Da die Erhaltung des Gleichgewichts von Europa erforderte, daß die Staaten des Hauses Oesterreich unzertheilt bleiben; so würde Frankreich, aus gleichem Verlangen nach einem beständigen Frieden, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction des Kaisers vom Jahre 1713, zufolge diesem Friedensplane, auf eben die Weise, als schon von anderen Mächten geschähen wäre, versprechen. Spanien, welches sich schon zu dieser Gewährleistung verbindlich gemacht hätte, würde, wie man hoffte, keine Schwierigkeit machen, es von neuem zu thun, und Sardinien dem Besizspiele seiner Bundsgenossen hierin folgen. Großbritannien

1735.

„und die Staaten erwarteten auf diesen Entwurf, welcher, nach ihrem Ermessen, sich  
 „von selbst den kriegführenden Mächten anprieße, eine baldige deutliche und bestimmte  
 „Antwort, damit sie im Stande seyn mögten, fernere Vorschläge zu Beförderung eines  
 „vollkommenen Friedensvertrages zu thun, wodurch alle Streitigkeiten gehoben und ver-  
 „glichen werden könnten. Zum Beschlusse fänden sie gerathen, vor Eröffnung des Feld-  
 „zuges, einen allgemeinen Waffenstillstand vorzuschlagen, der so lange, als die Unterhand-  
 „lungen, dauern müßte h).“

Antwort des  
 Kaisers auf  
 diesen Ent-  
 wurf.

Der Entwurf, welcher eigentlich für den Kaiser, auf einer, und für Frankreich  
 und seine Bundsgenossen, auf der andern Seite, bestimmt war, ward den Gesandten des  
 Kaisers, der Kaiserinn von Rußland, und der Könige von Frankreich, Spanien  
 und Sardinien übergeben, und von den Kaiserlichen und Russischen dem Gesandten des  
 Königs August mitgetheilt, welcher in dieser Würde von den Seemächten noch nicht  
 erkannt war, und dessen Gesandter sich daher geweigert hatte, den Entwurf, als Minister  
 des Kurfürsten von Sachsen, so wie er ihm von den Bevollmächtigten Großbritanni-  
 ens und des Staats, zugestellt war, anzunehmen. Der Kaiser antwortete, schon im  
 Hornung, auf den Entwurf. Er merkte an, „daß derselbe aus zween Theilen bestünde,  
 „und zuerst die Polnischen Sachen, und hernach die Angelegenheiten des Kaisers und  
 „des Reichs beträße. Daß man, in Ansehung der ersteren, nichts, ohne vorgängige  
 „Einwilligung der Kaiserinn von Rußland und des Königs von Polen, beschließen  
 „könnte; und daß er, in Ansehung der andern, seine endliche Entschliesung nicht eröff-  
 „nen könnte, ehe seine Feinde, die ihre Rechnung so gut dabey fänden, sich darüber er-  
 „kläret hätten. So bald solches geschehen wäre, und er die Gesinnungen seiner Bunds-  
 „genossen vernommen hätte, welches ohne Verzug geschehen sollte, würde er nicht anste-  
 „hen, sich deutlicher auszulassen. Zu dem vorgeschlagenen Waffenstillstande wäre er ge-  
 „neigt, wenn man vorher bestimmte, in welchem Zustande die festen Plätze in Sicilien  
 „und in Parma und Piacenza, während dem Stillstande, bleiben sollten; und unter  
 „der Bedingung, daß die feindlichen Truppen die neutralen und solche Derter räumeten,  
 „die zurückgegeben werden sollten. Allein da er nicht versichert wäre, daß seine Feinde  
 „sich bloß durch die guten Dienste Großbritanniens und der Staaten, zur Einwilligung  
 „in den Entwurf, bewegen lassen würden; so müßte er diese zwei Mächte insändigt er-  
 „suchen, bey Zeiten auf die Mittel bedacht zu seyn, die in solchem Falle nöthig seyn wür-  
 „den, um die gemeine Freiheit, die alsdann große Gefahr laufen würde, mit vereiniger  
 „Macht, zufolge so vielen Verträgen und Gewährleistungen, zu vertheidigen i).“

Der Ent-  
 wurf gefällt  
 ihm und sei-  
 nen Bunds-  
 genossen nicht  
 übel.

Obgleich diese Antwort des Kaisers nur in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt war;  
 so merkte man daraus doch deutlich genug, daß ihm der Entwurf nicht übel gefiel. Der  
 in Italien gelittene Verlust, und die kleine Möglichkeit, die Sachen daselbst wieder her-  
 zustellen, wenn er nicht von Großbritannien und den Staaten unterstützt würde, muß-  
 ten ihm wohl einen Entwurf annehmlich machen, wodurch ihm gegen Neapel und Sici-  
 lien und einen Theil des Meiländischen, welches doch schon so gut als verloren war,  
 Toscana,

h) Secr. Refol. Holl. 26 Febr. 16 Mart.  
 1735. IX. Deel, bl. 9, 18. Voyez ROUSSET  
 Recueil, Tom. X. p. 455. Supplém. au Corps  
 Diplom. Tom. III. P. II. p. 529.

i) Secr. Refol. Holl. 15 Apr. 1735. IX.  
 Deel, bl. 18. Voyez ROUSSET Recueil,  
 Tom. X. p. 463.



Toscana, Parma und Piacenza abgetreten, und wodurch überdem der Streit wegen der Polnischen Krone, nach seinem Sinne, beigelegt ward. Die Kaiserin von Rußland und der König August erklärten sich auch in kurzem, daß sie vollkommen darein willigten. Der Kaiser that eben dieselbe Erklärung im Maymonate, und versprach zugleich, um sich Großbritannien und den Staaten gefällig zu bezeigen, „daß er den Häfen von Livorno dergestalt frey erklären wollte, daß man, so viel denselben beträfe, nichts mehr zum Vortheile des Handels sollte verlangen können.“ Jedoch an diese Erklärung wollte er nicht länger als zween Monate gebunden seyn k). Allein die Anhänger des Königs Stanislaus waren der Meynung, daß dieser Entwurf die Ruhe in Polen nicht wieder herstellen könnte, weil es nicht in der Gewalt dieses Fürsten stünde, sich der Krone, ohne Einwilligung derjenigen, die ihn gewählt hätten, zu begeben l). Die Könige von Frankreich, Spanien und Sardinien waren mit dem Entwurfe eben so wenig zufrieden. Der Spanische Hof wollte sich nicht zur Abtretung von Toscana, Parma und Piacenza verstehen. Die verbundenen Könige beschloßen daher, nach Verlauf einiger Zeit, zu antworten, „daß sie allezeit zu einem baldigen, anständigen und sichern Frieden geneigt wären, und also wohl gewünscht hätten, daß der vorgeschlagene Entwurf dazu beförderlicher gewesen seyn mögte, als er zu seyn schiene. Daß man darin keine Einigung für Frankreich, gegen die Unternehmung des Kaisers, die Polnische Krone, durch Unterhandlungen und durch die Armeen seiner Bundsgenossen, einem gewissen Fürsten zu verschaffen, fände. Daß alles im Gegentheile eingerichtet wäre, die sehr große Macht des Hauses Oesterreich zu vermehren, nichts, ihr Gränzen zu setzen. Daß man es daher den verbundenen Königen nicht beymessen mußte, wenn der Krieg sorginge; ob sie gleich eben so sehr, als die Urheber des Entwurfs es wünschten, zu einem Frieden geneigt wären, der mit ihrer Ehre und Vortheilen und dem wahren Gleichgewicht von Europa bestehen könnte. Daß ein Waffenstillstand, wie sie gerne gestünden, der rechte Weg wäre zu einem solchen Frieden zu gelangen; und daß sie daher, ohne die Vortheile, die sie schon erhalten hätten, oder noch erhalten könnten, zu missbrauchen, die Vorschläge gerne hören wollten, die man ihnen, wegen der Zeit und der Art eines allgemeinen Waffenstillstandes, thun würde m).“

Der König von Großbritannien und die Staaten sahen also ihren Entwurf von den verbundenen Königen verworfen. Sie ließen sich jedoch hiedurch nicht abhalten, die Unterhandlung fortzusetzen. Sie merkten, daß man, von beiden Seiten, eine Neigung zum Waffenstillstande hatte. Der Kaiser, der keine Möglichkeit sah, sich zeitig genug in die Verfassung zu setzen, solchen mächtigen Feinden in Deutschland und in Italien Widerstand zu thun, befürchtete größere Nachtheile, wenn der Krieg seinen Fortgang hätte. Die verbundenen Könige sahen auch wohl ein, daß, wenn man als angriffender Theil in dem Kriege einige beträchtliche Vortheile erhalten hätte, man, zu folge der Lehre einiger Kriegskundigen n), bald einen Frieden oder Stillstand schließen mußte, ehe man sich neue Feinde machte. Die Seemächte funden demnach dienlich, an einem „Waffen-

XIII.

Der König von Großbritannien und die Staaten bewirken einen Waffenstillstand.

k) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. IX.

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. X.

p. 484.

p. 468.

l) Voyez Lettre d'un Polonois dans le Recueil de ROUSSET Tom. X. p. 470.

n) FEUQUIERES Mem. Hist. Tom. I. Ch. VII. p. 110.

1735.

Waffenstillstande zu arbeiten. Sie stellten den Gesandten der kriegsführenden Mächte in dem Haag vor, „daß ihr Friedensentwurf ihnen noch sehr billig schiene, ob sie gleich mit „Bestrebung gesehen hätten, daß er Frankreich und dessen Bundesgenossen nicht so gut „als dem Kaiser gefiele. Daß, was den vorgeschlagenen Waffenstillstand insbesondere „beträfe, der Kaiser denselben mit Bedingungen verbinde, die eine so langwierige Un- „tersuchung erforderten, daß man dadurch, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Frucht die- „ses Vorschlages verlieren, und denselben vielleicht nicht weniger verfehlen würde, wenn „man, zu Folge der Vorstellung Frankreichs und dessen Bundesgenossen, so viele beson- „dere Einrichtungen machen müßte, welche noch nicht einmal bestimmt angezeigt wären. „Daß man also unmöglich sagen könnte, welche von den zwei Parteyen am geneigtesten „wäre, den Vorschlag Großbritannien und der Staaten anzunehmen. Daß man „sich geschmeichelt hätte, beide Parteyen würden die vorläufige Einstellung aller Feindselig- „keiten versprochen, und zugleich ihren Gesandten Vollmacht gegeben haben, die Bedin- „gungen eines ordentlichen Waffenstillstandes zu verabreden, und solchergestalt den Weg „zu einer Unterhandlung über die vornehmsten streitigen Punkte zu bahnen. Daß man „also um eine vernünftlichere Antwort von beiden Seiten anhalten müßte; besonders in „Ansehung des Waffenstillstandes, bey welchem man den Parteyen zu bedenken gäbe, „ob derselbe nicht dergestalt festgesetzt werden könnte, daß die Sachen in Italien in dem „Zustande blieben, worin sie wären, und daß Frankreich seine Truppen von dem Reichs- „boden, die festen Plätze allein ausgenommen, zurückjoge.“ Ferner beschloßen die See- „mächte, auf einer Seite, bey Frankreich und dessen Bundesgenossen, um eine vernünft- „liche Antwort, innerhalb der von dem Kaiser bestimmten Zeit, anzuhalten; und auf der andern, den Kaiser zu Verlängerung dieser Zeit zu bewegen o).

XIV.

Feldzug an  
dem Rheine,und in Ita-  
lien.

Allein ehe dieser Vorschlag noch geschehen konnte, war der Feldzug am Rheine wieder eröffnet worden. Hier ward jedoch nichts verrichtet. Die kaiserliche Armee, die zuletzt mit einer ansehnlichen Zahl Russischer Truppen verstärkt war, kam nun der Französischen an Macht gleich, oder war ihr wohl gar überlegen. Die Franzosen blieben daher auf der linken Seite des Rheinstroms, und die Kaiserlichen, unter dem Prinzen Eugen, auf der andern Seite stehen. Aber in Italien erhielten die Bundesgenossen verschiedene wichtige Vortheile. Mantua ward von dem Könige von Sardinien eingeschlossen, und Mirandola, nach einer sechswöchentlichen Belagerung, von den Spaniern erobert. Denn nachdem diese das Königreich Neapel, und nach der Einnahme von Syracusa, auch Sicilien sich unterwürfig gemacht hatten; so waren sie nach der Lombardey gegangen, und hatten unterwegs Orbitello, Monte Silippo, Porto Hercole, und den ganzen so genannten Stato degli Presidii, welcher mit kaiserlichen Truppen besetzt war, mit leichter Mühe weggenommen. Etwas hernach suchten sie in Tirol einzudringen: aber hieran hinderte sie der Graf von Königseck bey Roveredo, der, nachdem er kurz zuvor in Gefahr gewesen war, in dem Mantuanischen eingeschlossen zu werden, einen heftigen Rückzug dahin gethan hatte p).

XV.

Großbri-  
tannien und

Die Eröffnung des Feldzugs hatte unterdessen den König von Großbritannien überzeugt, daß man andere Mittel als gute Dienste anwenden müßte, um das Gleichge-  
wicht

o) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. X. p. 486.

p) *MASSUET* Tom. II. P. II. p. 1 - 101, 102 - 140, 166 - 188.

nicht von Europa zu erhalten, und die kriegenden Mächte zum Frieden zu nöthigen. 1735.  
 Er ließ also, im Brachmonate, die Staaten zu Vermehrung ihrer Land- und Seemacht er-  
 mahnen; welches er selbst schon gethan hatte q). Der kaiserliche Gesandte, Graf von <sup>der Kaiser</sup>  
 Ublefeld, stellte ihnen auch vor, daß er seit dem Märzmonate Vollmacht gehabt hätte, Staaten, <sup>bringen in die</sup>  
 in den von ihnen vorgeschlagenen Entwurf zu willigen; aber daß Frankreich und seine <sup>ernstlichere</sup>  
 Bundesgenossen zeigten, daß sie an keinen Frieden gedächten: weswegen er bäte, daß die <sup>Maßregeln</sup>  
 General-Staaten einmal einen ernstlichen Entschluß nehmen, und zu Erhaltung eines <sup>zu nehmen.</sup>  
 billigen Gleichgewichts in Europa, wovon, ohne Widerspruch, ihre eigene Ruhe und  
 Sicherheit abhingen, mit wirken mögten r).

Da den Staaten, nicht nur von Seiten des Kaisers, sondern auch Großbritannien, Frankreich  
 niens, so stark zugesetzt ward, und da sie in der That eine Gefahr, bey Fortsetzung des Krie-  
 ges, voraussehen; so fingen sie an über die Vermehrung ihrer Truppen mit zehntausend Mann <sup>und seine</sup>  
 zu ratthschlagen s), und zu überlegen, was sie dem Kaiser und dem Könige von Großbri- <sup>Bundesgenos-</sup>  
 tannien antworten sollten. In diesen Umständen ließ ihnen der Französische Hof, der, wie <sup>ten willigen,</sup>  
 es schien, einen kräftigen Entschluß von ihrer Seite befürchtete, durch den Marquis de <sup>sen Bedin-</sup>  
 Senelon, im Namen der verbundenen Könige, am 20sten des Heumonats, anzeigen: <sup>gungen, in</sup>  
 „Daß die verbundenen Könige, in der That, den Frieden wünschten, aber einen festen <sup>den Waffen-</sup>  
 „und anständigen Frieden, wodurch die allgemeine Wohlfahrt von Europa befördert <sup>Stillstand.</sup>  
 „werden könnte. Daß die Polnischen Sachen zu dem gegenwärtigen Kriege Anlaß ge-  
 „geben, und daß Großbritannien und die Staaten selbst erkannt hätten, daß die Ehre  
 „des Königs von Frankreich darin verleset wäre. Daß die verbundenen Könige mit  
 „Recht auf eine billige Genugthuung bestünden, wodurch die Rechte und Freyheiten von  
 „Polen bewahret würden. Daß die Macht des Kaisers ganz Europa eben so sehr als  
 „die verbundenen Könige beunruhigen müßte; und daß, wenn man bey den in dem Ent-  
 „wurfe vorgeschlagenen Artikeln bliebe, der Kaiser mächtiger, als er gewesen, werden,  
 „und noch mehr im Stande seyn würde, nicht nur in Italien, sondern auch in dem übrigi-  
 „gen Theile von Europa Geseze zu geben. Daß man, aus dieser Ursache, solche Ein-  
 „richtungen machen müßte, wodurch die gemeine Ruhe auf einen festen Grund gesetzt  
 „würde, worüber die verbundenen Könige gerne auf einer allgemeinen Zusammenkunft  
 „handeln wollten. Daß sie in einen Waffenstillstand willigten, welchem die Hand zu  
 „bieten sie ihre erhaltenen Vortheile nicht hindern sollten, unter der Bedingung, daß der-  
 „selbe allgemein wäre, wohl versichert würde, und daß die Sachen, während demselben,  
 „in dem Zustande, worin sie sich befänden, blieben t).

Nachdem die Staaten die ihnen von dem Botthschafter Senelon schriftlich über-  
 gebene Erklärung empfangen und erwogen hatten; so theilten sie dieselbe alsbald dem <sup>Anmerkun-</sup>  
 Englischen Gesandten Walpole mit, und beschloffen, wenige Tage hernach, dem Fran- <sup>gen der Staa-</sup>  
 zösischen Botthschafter zu antworten, „daß ihnen die Erklärung der verbundenen Könige <sup>ten über diese</sup>  
 „noch zu allgemein und wenig klärer schiene, als die vorhergehende. Daß der im letzt- <sup>Bedingun-</sup>  
 „gen.  
 „verwiche-

q) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom.X.*  
 p. 494.

r) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom.X.*  
 p. 509.  
 VIII. Theil.

s) Schreiben der Gen. Staat. an die beson-  
 dern Provinzen vom 2 Jun. 30 Jul. u. 2 Aug.  
 1735.

t) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom.X.*  
 p. 497. Europ. Merc. Jul. - Dec. 1735. bl. 44.  
 D d

1735.

„verwichenen Hornung ihnen von Großbritannien und den Staaten eingehändigte Ent-  
 „wurf, in dieser Erklärung nicht einmal genannt würde; weswegen man nicht wüßte,  
 „ob sie, auf den Fuß dieses Entwurfs, in nähere Unterhandlung treten wollten, oder nicht.  
 „Daß der in dem Entwurfe vorgeschlagene Waffenstillstand zwar in der Erklärung ange-  
 „nommen würde; aber nicht anders, als unter der Bedingung, daß er allgemein und  
 „wohl versichert seyn, und daß die Sachen, während demselben, in dem Zustande,  
 „worin sie wären, bleiben sollten; drey Bedingungen, die wohl verdienten sorgfäl-  
 „tig erwogen zu werden. Daß Großbritannien und die Staaten den Waffenstillstand,  
 „schon vor fünf Monaten, vorgeschlagen hätten, seit welcher Zeit beträchtliche Verände-  
 „rungen vorgefallen wären. Daß man denselben so zeitig, und zwar dem Kaiser, auf  
 „einer, und Frankreich und dessen Bundsgenossen auf der andern Seite, vorgeschlagen  
 „hätte, um diesen Veränderungen vorzukommen; daß man daher nicht wüßte, was un-  
 „ter einem allgemeinen Waffenstillstande gemeynet würde; indem solches nicht auf Po-  
 „len gehen könnte, wo weder der Kaiser, noch Frankreich, noch dessen Bundsgenossen  
 „einige Truppen hätten; welche jedoch die einzigen Mächte wären, denen man den Waf-  
 „senstillstand vorgeschlagen hätte: indem man sich um den Antheil, welchen andere Mäch-  
 „te an den Polnischen Sachen gehabt haben mögten, nicht hätte bekümmern wollen.  
 „Daß die Sicherheit des Waffenstillstandes, die man überdem verlangte, unerhört wä-  
 „re, viele Schwierigkeiten hätte, und viele Zeit erfordern würde, ehe man sich darüber  
 „mit einander würde vergleichen können. Daß endlich, nach dem zuerst geschehenen  
 „Vorschläge des Waffenstillstandes, solche große Veränderungen, zum Nachtheile des  
 „Kaisers, vorgefallen wären, daß derselbe, wenn man auf die Bedingung, daß die Sa-  
 „chen in dem Zustande bleiben sollten, worinn sie wären, bestünde, den Wafsen-  
 „stillstand schwerlich annehmen würde. Daß man daher um eine nähere Erläuterung  
 „aller dieser Punkte hätte, damit Großbritannien und die Staaten, mit desto besserer  
 „Wirkung, an Beförderung des Endzweckes arbeiten könnten, wozu sie ihre guten Dien-  
 „ste den kriegenden Mächten angeboten hätten u).“

Sie werden  
 an dem Hofe  
 in Wien ver-  
 worfen.

Man merkte aus dieser Antwort, daß die Staaten gar nicht mit der näheren  
 Erklärung der verbundenen Könige zufrieden waren. Sie ward auch von dem Hofe zu  
 Wien gänzlich verworfen. Der Graf von Wolfefeld sagte den Staaten rund heraus,  
 „daß der Kaiser diese Erklärung als etwas ansähe, womit man den Seemächten und dem  
 „ganzen Europa ein Blendwerk machte, und unter dem Scheine der Friedfertigkeit desto  
 „sicherer an der Vergrößerung der Macht des Hauses Bourbon arbeitete; weswegen  
 „er keine andere Bedingungen des Waffenstillstandes annehmen könnte, als die mit dem  
 „Friedensentwürfe übereinkämen v).“

XVI.

Ernstliche  
 Antwort der  
 Staaten auf  
 eine Vorstel-  
 lung des Kai-

Nicht lange vorher hatte man diesem Grafen, auf sein ernstliches Ansuchen,  
 dessen wir oben w) gedacht haben, geantwortet, „daß die Staaten sich begnügt haben  
 „würden, ihre Zufriedenheit und die Erkenntlichkeit, welche die friedfertigen Gesinnungen  
 „des Kaisers bey ihnen verursacht hätten, zu bezeigen, wenn sie nicht wahrgenommen hät-  
 „ten, daß man darin so weitläufig von des Kaisers Liebe zum Frieden redete, um daraus  
 „den

u) Refol. Gener. Mart. 26 Jul. 1735. dans  
 le Recueil de ROUSSET Tom. X. p. 499.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. X.  
 p. 514.  
 w) Im vorhergehenden §. XV.

„den Beweis zu ziehen, daß der gefährliche Zustand seiner Sachen seinen Bundsgenossen, welche ihm die kraft der Verträge schuldige Hülfe, wie man von seiner Seite vorgab, nicht bey Zeiten geleistet hätten, und nicht seinem eigenen Betragen zugeschrieben werden mußte. Daß die General-Staaten jedoch für höchst wahrscheinlich hielten, daß der gegenwärtige Krieg hätte vermieden werden können, wosfern der Kaiser dem getreuen und wohlgemeyneten Rathe, welchen sie ihm damals, da die Sachen noch in ihrem ersten Zustande waren, gegeben, hätte folgen, und die ihm von Großbritannien und ihnen, auch nach dem Ausbruche des Krieges, angebotenen Dienste gebrauchen wollen, ohne so lange zu warten, bis daß der Ausgang eines Feldzuges den Frieden schwerer gemacht hätte. Es schiene ihnen ferner auch aus andern Ausdrücken des Grafen von Ublefeld, daß man die Ursache des dem Kaiser begegneten Unglücks auf die Rechnung der Bundsgenossen schreiben wollte, auf deren Hülfe der Kaiser, wie man sagte, sich verlassen, die aber ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllet hätten. Sie wären jedoch versichert, daß jedermann, der den Zustand der Sachen kenne, sie von diesem Vorwurfe frey sprechen würde. Vorisgo wollten sie den Kaiser nur ersuchen, sich versichert zu halten, daß sie, nach allem Vermögen, an einem billigen Vergleiche zwischen den kriegsführenden Mächten arbeiten, und, nächst Betrachtung alles dessen, was zu betrachten wäre, ihrer Verbindlichkeit nachkommen würden. Hierüber wollten sie sich mit dem Könige von Großbritannien vereinbaren, so wie sie zuvor in allem, was sie gemeinschaftlich betraf, gethan hätten x).“

Allein der Hof von Wien fand sich durch diese Antwort sehr beleidigt. Dem Residenten Samuel Bruining ward zu Wien eine Schrift eingehändigt, worin man sich im Namen des Kaisers, beschwerete, „daß die Staaten dadurch, daß sie das Betragen des Kaisers, so wie sie thäten, mißbilligten, Frankreich und dessen Bundsgenossen unhandelbarer, und die Vermittelung der Seemächte fruchtlos machen würden. Wenn, sagte man weiter, die gewaltige Macht des Hauses Bourbon so leicht in die gehörigen Schranken zu setzen, als das Betragen des Hofes von Wien zu rechtfertigen wäre; so würde die Freyheit von Europa gegenwärtig nicht so große Gefahr laufen. Der Kaiser hätte für die guten Dienste der Seemächte mehr Achtung gezeigt, als man hätte erwarten können. Er hätte auf den ersten Antrag derselben, im verwichenen Jahre, ohne Verzug geantwortet, und nur dasjenige vorher gesagt, was aus der verzögerten Erfüllung der zu Erhaltung des Gleichgewichts von Europa gemachten Verbindungen erfolgen würde, und nachher in der That erfolgt wäre. Ferner sähe man, daß Frankreich und dessen Bundsgenossen, in ihrer zweiten Erklärung, den Seemächten noch weniger Genügen gäben, als in der ersten; und dieses könnte wohl nicht anders seyn, so lange man auf dem Wege bliebe, den man bisher gegangen wäre. Der kaiserliche Hof könnte demnach nicht ansetzen, das von dem Grafen von Ublefeld leastens bey den Staaten gethane ernstliche Ansuchen wieder zu erneuern. Noch wäre es Zeit, das Gleichgewicht von Europa zu erhalten. An den Mitteln hiezu fehlte es nicht. Der Kaiser wäre bereit sie anzuzeigen, so bald man mit ihm Unterhandlungen wegen der Maafregeln anstellen würde, deren Ausführung nicht aufgeschoben werden könnte, ohne den ver-

„einigten

Db 2

1735.

„einigten Staat der größten Gefahr, die derselbe vielleicht noch jemals gelaufen hätte, „bloß zu stellen y).“

Frankreichs  
Erklärung  
über die Be-  
dingungen  
des Waffen-  
stillstandes.

Allein ehe man noch in dem Haag von dieser Vorstellung etwas wissen konnte, hatte der Marquis de Fenelon einigen Abgeordneten der General-Staaten, im Vertrauen, wie er sagte, eröffnet, „daß, obgleich die Erläuterungen, welche man verlangt „hätte, zwischen den Bundsgenossen Seiner Allerschristlichsten Majestät, verabredet werden „müßten, die verbundenen Könige jedoch nicht ungeneigt wären, in einer allgemeinen Ver- „sammlung über alle Artikel zu handeln, die den Gegenstand des Friedens ausmachen „müßten. Daß sie über den Entwurf ihre Gedanken schon geäußert hätten. Daß der „Waffenstillstand sich auch über Polen erstrecken müßte; und daß Frankreich es sich ge- „fallen ließe, daß in der darüber abzufassenden Urkunde die Erklärung geschähe, daß alles, „was in Polen vorgefallen wäre, als nicht geschehen, und als etwas angesehen werden „sollte, welches Niemandes Rechten, und vielweniger den Verfügungen, die man zu Wie- „derherstellung der Ruhe in Polen, und zur Versicherung der Freiheiten der Nation zu „machen dienlich finden mögte, nachtheillich seyn könnte. Daßer, Botschafter, sich ver- „sichert hielt, daß man auf diesen Fuß in den Waffenstillstand willigen würde. Daß „darüber ferner von den Mittlern die Gewähr geleistet werden müßte, wie vormalis öfters „geschehen wäre. Daß der Ausdruck: die Sachen sollten in dem Zustande bleiben, „worin sie wären, dem Zustande, worin sie an dem Tage, an welchem der Vergleich „wegen eines Waffenstillstandes geschlossen werden würde, seyn würden, angemessen wer- „den müßte z).“

## XVII.

Der Kaiser  
fängt eine be-  
sondere Un-  
terhandlung  
mit Frank-  
reich an.

Mit dieser näheren Erläuterung der letzten Erklärung der verbundenen Könige mußten die Seemächte sich begnügen. Sie gaben sich zwar viele Mühe von dem Botschafter Fenelon mehr Licht zu bekommen: aber ihre Bemühungen waren umsonst. Frankreich, welches in dem Kriege nichts gewonnen hatte, und keine Möglichkeit sah, den Stanislaus wieder auf den Polnischen Thron zu bringen, suchte mit Ehren daraus zu kommen; um so viel mehr, als es vergebens gearbeitet hatte, um Schweden zur Unterstützung des Königs Stanislaus zu bewegen a); und nachdem Rußland, im Augustmonate, ein Bündniß mit Schweden geschlossen hatte b). Allein Spanien und Sardinien, welche beträchtliche Vortheile in dem Kriege erhalten hatten, waren noch nicht geneigt, die Waffen niederzulegen. Die Kaiserinn von Rußland hatte, nach Schließung des Bündnisses mit Schweden, die Erklärung gethan, daß sie in keinen Vertrag, wodurch nicht der König August allein als König von Polen erkannt würde, willigen, und daß sie von diesem ihrem Entschlusse so wenig abgehen würde, daß sie vielmehr alles anwenden wollte, den Frieden in Norden und das Gleichgewicht von Europa zu erhalten, und den Kaiser, in seinen Angelegenheiten, zu unterstützen c). Diese Erklärung überzeugte den Französischen Hof noch mehr, daß die Wiedereinsetzung des Königs

y) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. X. p. 511.

z) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. X. p. 516.

a) *Voyez les Lettr. et Memoir. dans le Re-*

cueil de ROUSSET, Tom. XI. p. 392, 396, 399.

b) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. XI. p. 415. Supplém. au Corps Diplom. Tom. III. p. II. p. 536.

c) *ROUSSET* Recueil, Tom. X. p. 515.



nigs Stanislaus auf den Polnischen Thron nicht zu hoffen wäre. In Wien mußte man, daß Frankreich den Frieden wünschte. Man brauchte daher geheime Mittel, um den Französischen Hof zu einer besondern Unterhandlung zu bringen. Hiedurch machte sich Frankreich bey seinen Bundesgenossen verdächtig; und diese sinnen nun auch an auf einen besondern Vergleich mit dem Kaiser zu denken. Der Argwohn der Bundesgenossen gegen einander bewirkte endlich dasjenige, was durch die anhaltende Bemühungen der Seemächte nicht hatte bewirkt werden können. Die geheime Unterhandlung zwischen dem Kaiser und Frankreich ward zu Wien eifrig fortgesetzt d). Die größte Schwierigkeit bey derselben war die Ausfindung eines Mittels, den König Stanislaus für seine Verzicht auf die Polnische Krone, schadlos zu stellen. Allein der Hof von Wien willigte, in kurzem, in einen Entwurf, wobey Frankreich trefflich seine Rechnung fand. Der Herzog von Lothringen, der im Begriffe stand, sich mit der Erzherzoginn, Maria Theresia, des Kaisers ältester Tochter, zu vermählen, ward beredet, Lothringen und Bar dem Könige Stanislaus abzutreten, und dafür das Großherzogthum Toscana, wenn es erledigt seyn würde, anzunehmen. So bald man über diesen wichtigen Punkt einig war, wurden, am 3ten des Weinmonats, die vorläufigen Artikel eines allgemeinen Friedens zwischen dem Kaiser und Frankreich zu Wien unterzeichnet. Sie waren folgenden Inhalts: „1. Der König, Seiner Allerchristlichsten Majestät Schwiegervater, sollte auf die Polnische Krone Verzicht thun, jedoch den Titel und die Ehre eines Königs von Polen und Großherzogs von Litthauen behalten. Man sollte ihn, und die Königin, seine Gemahlinn, in den Besitz ihrer Güter wieder einsetzen. Das Vergangene sollte durch eine allgemeine Vergebung in Vergessenheit gestellt, und den Polen der Genuß ihrer Rechte und Freyheiten, und besonders der freyen Königswahl, versichert werden. Der Kaiser bewilligte, daß der König, Seiner Allerchristlichsten Majestät Schwiegervater, in den friedlichen Besitz des Herzogthums Bar, und so bald das Großherzogthum Toscana an das Haus Lothringen gefallen seyn würde, auch in den ruhigen Besitz des Herzogthums Lothringen gesetzt würde: welche Herzogthümer aber, nach seinem Absterben, auf ewig mit der Krone Frankreich vereinigt werden sollten; worin der Kaiser, in Ansehung des Theils, der unter das deutsche Reich gehörte, von nun an willigte, und die Einwilligung der Reichsstände zu bewirken versprach. Der König von Frankreich begab sich dagegen, so wohl für sich selbst, als für den König, seinen Schwiegervater, des Rechts zu Sitz und Stimme auf dem Reichstage. Der König August sollte als König von Polen und Großherzog von Litthauen von allen Mächten, die Theil an diesem Frieden nehmen würden, erkannt werden. 2. Das Großherzogthum Toscana sollte, nach dem Tode des gegenwärtigen Besizers, dem Hause Lothringen zur Schadloshaltung wegen der Herzogthümer, die es gegenwärtig befaßte, zugehören. Die Spanischen Truppen sollten dieses Großherzogthum räumen, und dasselbe auf gleiche Weise, als durch das viersache Bündniß, wegen der neutralen Truppen, festgesetzt worden, von kaiserlichen Truppen, zur Sicherheit der künftigen Nachfolge, besetzt werden. Inzwischen, und bis das Haus Lothringen zu dem Besitze des Großherzogthums Toscana käme, sollte dasselbe im Besitze des Herzogthums Lothringen, dem Ryswykschen Friedensvertrage gemäß, bleiben. Der Allerchristlichste König

Die vorläufigen Artikel eines allgemeinen Friedens zwischen dem Kaiser und Frankreich zu Wien unterzeichnet. Sie waren folgenden Inhalts: „1. Der König, Seiner Allerchristlichsten Majestät Schwiegervater, sollte auf die Polnische Krone Verzicht thun, jedoch den Titel und die Ehre eines Königs von Polen und Großherzogs von Litthauen behalten. Man sollte ihn, und die Königin, seine Gemahlinn, in den Besitz ihrer Güter wieder einsetzen. Das Vergangene sollte durch eine allgemeine Vergebung in Vergessenheit gestellt, und den Polen der Genuß ihrer Rechte und Freyheiten, und besonders der freyen Königswahl, versichert werden. Der Kaiser bewilligte, daß der König, Seiner Allerchristlichsten Majestät Schwiegervater, in den friedlichen Besitz des Herzogthums Bar, und so bald das Großherzogthum Toscana an das Haus Lothringen gefallen seyn würde, auch in den ruhigen Besitz des Herzogthums Lothringen gesetzt würde: welche Herzogthümer aber, nach seinem Absterben, auf ewig mit der Krone Frankreich vereinigt werden sollten; worin der Kaiser, in Ansehung des Theils, der unter das deutsche Reich gehörte, von nun an willigte, und die Einwilligung der Reichsstände zu bewirken versprach. Der König von Frankreich begab sich dagegen, so wohl für sich selbst, als für den König, seinen Schwiegervater, des Rechts zu Sitz und Stimme auf dem Reichstage. Der König August sollte als König von Polen und Großherzog von Litthauen von allen Mächten, die Theil an diesem Frieden nehmen würden, erkannt werden. 2. Das Großherzogthum Toscana sollte, nach dem Tode des gegenwärtigen Besizers, dem Hause Lothringen zur Schadloshaltung wegen der Herzogthümer, die es gegenwärtig befaßte, zugehören. Die Spanischen Truppen sollten dieses Großherzogthum räumen, und dasselbe auf gleiche Weise, als durch das viersache Bündniß, wegen der neutralen Truppen, festgesetzt worden, von kaiserlichen Truppen, zur Sicherheit der künftigen Nachfolge, besetzt werden. Inzwischen, und bis das Haus Lothringen zu dem Besitze des Großherzogthums Toscana käme, sollte dasselbe im Besitze des Herzogthums Lothringen, dem Ryswykschen Friedensvertrage gemäß, bleiben. Der Allerchristlichste König

1735.

„versprach dem Hause Lothringen, in dieser Zwischenzeit, die Einkünfte des Herzog-  
 „thums Bar zu vergüten. Livorno sollte ein Freyhafen, wie es gegenwärtig wäre,  
 „bleiben. 3. Die Königreiche Neapel und Sicilien sollten dem Prinzen, der sie ge-  
 „genwärtig besäße, zugehören, und er von allen an diesem Frieden Theil nehmenden  
 „Mächten als König erkannt werden. Er sollte auch die Plätze auf der Toscanischen Kü-  
 „ste, die der Kaiser besessen, nebst Porto Longone, und dasjenige, was der König  
 „von Spanien, zur Zeit des vierfachen Bündnisses, von der Insel Elba besessen hätte,  
 „haben. Es sollte eine allgemeine Vergebung, zum Besten aller derjenigen, die wä-  
 „rend dem gegenwärtigen Kriege der einen oder der andern Partey angehangen hätten,  
 „abgekindigt werden. 4. Dem Könige von Sardinien sollten, zu seiner Wahl, die  
 „landsfriche von Novara und Vigevano, oder die von Novara und Tortona, oder  
 „die von Tortona und Vigevano, überlassen, und mit seinen anderen Staaten ver-  
 „bunden werden, jedoch mit dem Vorbehalte, daß diese, so wie das ganze Herzogthum  
 „Meiland allezeit Reichslehne blieben. Er sollte auch die Landeshoheit über die Lan-  
 „gobischen Güter, nebst den vier Herrschaften S. Fedele, Torre di Forti, Gravedo  
 „und Campo Maggiore, und dabey die Freyheit haben, in den ihm abgetretenen Län-  
 „dern, solche Plätze, als er für gut befinden würde, zu besetzen. 5. Alle andern Der-  
 „ter, die der Kaiser, vor dem gegenwärtigen Kriege, in Italien besessen hätte, sollten  
 „ihm zurückgegebene und die Herzogthümer Parma und Piacenza zum völligen Eigen-  
 „thum abgetreten werden, er aber versprechen, die Wiedervereinigung von Castro und  
 „Konciglione mit denselben nicht weiter zu verfolgen, und dem Hause Guastalla,  
 „wegen seiner Ansprüche auf das Herzogthum Mantua, zufolge dem Badenschen Frie-  
 „densvertrage, Recht wiederfahren zu lassen. Der König von Frankreich sollte dem  
 „Kaiser und Reiche auch alles, was er in dem Kriege erobert hätte, zurück geben. Der  
 „König von Frankreich sollte die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction vom  
 „Jahre 1713, in Ansehung der Staaten, die der Kaiser igo wirklich besäße, oder kraft  
 „der gegenwärtigen Artikel, besitzen würde, übernehmen. 7. Man sollte von beiden  
 „Seiten Bevollmächtigten ernennen, um die Grenzen in dem Elsaß und in den Nieder-  
 „landen zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich, den vorigen Verträ-  
 „gen, und besonders dem Badenschen gemäß, zu bestimmen.“ Diesen sieben waren  
 „noch fünf abgesonderte Artikel beygefügt, worin verabredet ward, „daß die Kaiserinn von  
 „Rußland, und der König August, als Hauptparteyen zu der künftigen Friedensver-  
 „sammlung eingeladen werden sollten. Daß man diese Versammlung so bald als mög-  
 „lich endigen, und keine andere Sachen, als welche die gegenwärtig Krieg führenden  
 „Mächte beträfe, darauf zulassen sollte. Daß der Kaiser die Einwilligung des Reichs  
 „in das hier verabredete, welche er wegen Kürze der Zeit nicht hätte einholen können, zu  
 „verschaffen suchen sollte. Daß die in diesen vorläufigen Artikeln oder in den Vollmach-  
 „ten gebrauchten Sprachen und Titel nicht zur Folge gezogen, und endlich daß die See-  
 „mächte, um an diesem Vertrage Antheil zu nehmen, und davon gemeine Sache zu ma-  
 „chen, eingeladen werden sollten e).

Auf

e) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. X. p. 519. MASSUET Hist. dela dern. Guerre, Tom. II. P. II. p. 191.

Auf diese Weise ward der Grund zum allgemeinen Frieden, ohne Vermittelung 1735.

Großbritanniens und der Staaten, gelegt, deren Entwurf man jedoch fast ganz beybehalten hatte, nur mit diesem Unterschiede, daß in den vorläufigen Artikeln mehr Sorge für die Angelegenheiten Frankreichs und des Königs Stanislaus, als in dem Entwurfe, getragen war. Der König Stanislaus begab sich der Polnischen Krone, gegen die Herzogthümer Bar und Lothringen, welche nach seinem Tode an die Krone Frankreich fallen sollten, die, seit mehr als einem Jahrhunderte, darnach gestrebet hatte. Der Kaiser erlangte dagegen von Frankreich das Versprechen der Gewährleistung seiner Pragmatischen Sanction, welches er so lange vergebens gesucht hatte. Und ob er gleich Neapel und Sicilien, einen Theil des Meiländischen und einige andere Dörter in Italien abtreten mußte; so war doch dieses alles schon so gut als verloren, und er bekam noch gegen dasjenige, was er abtrat, Parma und Piacenza, nebst allem, was außer dem gemeldeten, in dem gegenwärtigen Kriege, so wohl in Deutschland als in Italien ihm und dem Reiche abgenommen war. Die vorläufigen Artikel waren also für die zwei Mächte, welche dieselben geschlossen hatten, vortheilhaft. Aber Spanien und Sardinien glaubten ihre Rechnung nicht dabey zu finden. Der König und die Königin von Spanien insonderheit waren gar nicht damit zufrieden, daß man von ihnen verlangte, gegen die Königreiche Neapel und Sicilien, die durch ihre Waffen erobert waren, das Recht zur Erbfolge in dem Großherzogthume Toscana, und die Herzogthümer Parma und Piacenza, welche der Infant Don Carlos schon im Besiz hatte, zurückzugeben. Sie hielten auch, so bald sie von den geschlossenen vorläufigen Artikeln benachrichtiget waren, inständig bey Großbritannien und den Staaten an, daß sie, zu folge dem vierfachen Bündnisse und dem Sevilischen Vertrage, den Don Carlos in dem Besize dieser Herzogthümer und in seinem Rechte auf Toscana erhalten mögten. Allein man antwortete ihnen, daß die Seemächte nicht weniger verbunden wären, den Kaiser in dem Besize von Neapel und Sicilien zu erhalten, welche Königreiche die Spanier ihm abgenommen hätten; und daß diese gegen beide Theile übernommene Verbindlichkeit ihnen sonst nichts übrig ließe, als den Weg der gütlichen Unterhandlung zwischen ihnen, zu Beförderung eines allgemeinen Friedens. Der Hof von Turin schien auch sehr mißvergnügt über den Inhalt der vorläufigen Artikel zu seyn, weil der König von Sardinien, wie man glaubete, auf den Besiz des ganzen Herzogthums Meiland Rechnung gemacht hatte. Man zweifelte aber nicht, daß er die vorläufigen Artikel annehmen würde, so bald Spanien solches gethan hätte.

Der König von Großbritannien und die General-Staaten waren auch nicht unthunlich sehr mit der, ohne ihr Vermitteln und Vermittelung, geschenehen Schließung der vorläufigen Friedensartikel zufrieden. Denn obgleich ihr Entwurf, in den vornehmsten Punkten, zum Grunde gelegt war; so waren doch die Artikel, welche ihren Handel zu Livorno und in den Königreichen Neapel und Sicilien betrafen, darin ausgelassen worden. Als dieselben die Staaten also, in dem Anfange des folgenden Jahres, von dem Kaiser und Frankreich ersucht wurden, die Gewährleistung der vorläufigen Artikel zu übernehmen; so zeigten sie sich dazu nicht sehr geneigt, und beschloffen in kurzem, solches sonst nicht, als mit dem Könige von Großbritannien zugleich, zu thun.

Mittelwweile hatte die Unterzeichnung der vorläufigen Artikel die Feindseligkeiten der Waffen zwischen dem Kaiser und Frankreich aufhören lassen. Der Waffenstillstand war, schon stillstan  
im

1735.  
wird an dem  
Rheine und  
in Italien  
abgekündigt.

Spanien  
und Sardi-  
nien nehmen  
die vorläufi-  
gen Friedens-  
artikel an.

Vorschlag  
den Prinzen  
von Oranien zum Ge-  
neral des  
Fußvolkes  
zu ernennen.

XVIII.  
Verdrüssliche  
Handel zwi-  
schen Spa-  
nien und  
Portugall.

im Weinmonate, an dem Rheine abgekündigt worden. Etwas hernach geschähe solches auch in Italien, an der Spitze des Französischen Kriegsheeres. Weil dieses aber, ohne Vorwissen der Höfe von Spanien und Sardinien, geschehen war; so beschloß der Graf von Montemar, der nun zum Herzoge von Bitonto erhoben war, den Krieg in Italien fortzusetzen. Allein der Prinz von Sachsen-Hildburghausen griff ihn bey Ostiglia an, und vertrieb ihn aus dem Herzogthum Mantua, welches hernach wieder mit kaiserlichen Truppen besetzt ward. Der Spanische Hof, welchem von dem Könige von Frankreich, und bald darauf auch von dem Könige von Großbritannien und den vereinigten Staaten stark zugesetzt ward, entschloß sich endlich, im Frühlinge des folgenden Jahres, die vorläufigen Friedensartikel anzunehmen. Der König von Sardinien folgte diesem Beispiele. Der Waffenstillstand ward also in Italien allgemein. Der Herzog von Bitonto oder Montemar erhielt den Befehl, mit den Spanischen Truppen in das Königreich Neapel zu marschiren, und die Lombardey und die Herzogthümer Parma und Piacenza zu räumen f). Und hiemit hörten die Feindseligkeiten allenthalben auf.

Unterdessen hatten die, im verwichenen Jahre, wegen Vermehrung der Kriegsmacht des Staats gehaltenen Verathschlagungen den Ständen von Geldern Gelegenheit gegeben, den Prinzen von Oranien, ihren Statthalter, wiederum, so wie sie schon im Jahre 1727 gethan hatten, zum General des Fußvolkes in Vorschlag zu bringen. Krisland und Gröningen unterstützten den Vorschlag von Geldern; und Utrecht, welches auf die Ernennung hoher Kriegsbefehlshaber bestund, schien nicht dagegen zu seyn. Overysse selbst war hierin mit Utrecht einig. Allein Holland und Seeland machten sich die Veränderung, welche durch die Unterzeichnung der vorläufigen Friedensartikel in dem Zustande der Sachen erfolgt war, zu nütze, und bewirketen mit leichter Mühe, daß gar keine hohen Kriegsbefehlshaber ernannt wurden g). Der Prinz von Oranien ward daher nicht befördert.

Der Spanische Hof hatte um so viel mehr Ursache, den Krieg mit dem Kaiser zu endigen, als er unlängst in heftige Streitigkeiten mit der Krone Portugal gerathen war, welche, wie gering ihr Anfang seyn mochte, in öffentliche Feindseligkeiten auszubrechen droheten. Einige Bedienten des Portugiesischen Botchafters an dem Hofe zu Madrid, Don Pedro Cabral de Belmonte, hatten im Hornung dieses Jahres einen Gefangenen, welcher, wie man sagte, aus einer Kirche mit Gewalt weggehohlet war, aus den Händen der Gerichtsbedienten befreiet, und in das Haus des Botchafters gebracht. Der Botschafter hatte zwar hernach den Gefangenen aus seinem Hause geschafft, und einige seiner Bedienten, die diesen Handel ausgeführt hatten, aus seinen Diensten gejagt. Aber dieß war keine hinlängliche Genugthuung für den Spanischen Hof. Derselbe sandte also zweien Tage hernach einige Soldaten nach dem Hause des Botchafters, die mit Gewalt zur Thüre eindringen, und verschiedene Bedienten gefänglich mit sich nahmen, unter

f) ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 502.  
MASSUET Hist. de la dern. Guerre, Tom.  
II. P. II. p. 214 - 221.

g) Resol. Holl. 10 May, 29 Jun. 13, 29 Jul.  
14 Sept. 20 Dec. 1735. bl. 357, 394, 465, 485,

536, 759. 23 Febr. 28 Mart. 1736. bl. 72, 229.  
11, 17 Jul. 15 Aug. 1737. bl. 353, 385, 478.  
Notul. Zeel. 12 May, 9 Jun. 18 Jul. 13, 15  
Sept. 28 Nov. 1735. bl. 99, 123, 163, 164.  
187, 194, 249. \* 64, \* 65, \* 67. 26 Mart. 1736.  
bl. 81. Resol. Gener. Lunae 13 Jul. 1737.

unter welchen auch, wie man sagte, diejenigen waren, die der Botshschafter, seinem Vorgehen nach, weggejagt hatte. Ein dem ersten Ansehen nach so wenig erheblicher Vorfall verursachte, in kurzem, eine große Weiterung zwischen den Höfen von Spanien und Portugal, die beide, wegen des vorgegangenen, von einander Genugthuung forderten. Dem Spanischen Botshschafter an dem Hofe zu Lissabon ward angedeutet, das Königreich zu verlassen. Vorher aber hatte man einige seiner Bedienten in das Gefängniß gebracht. Einer derselben war in das Haus des Residenten der General - Staaten van Til entflohen, der jedoch die Vorsicht brauchte, ihn sogleich daraus fortzuschaffen. Hiebey blieb es nicht. Der König von Spanien ließ, in kurzem, einige Truppen an die Grenzen von Portugal rücken, und ertheilte den Befehl, etliche Kriegsschiffe in See zu bringen. Der König von Portugal suchte dagegen bey dem Könige von Großbritannien Hülfe, und ein Geschwader Englischer Kriegsschiffe ging, im Brachmonate, nach Lissabon unter Segel, welchem bald ein zweites Geschwader folgte. Der Englische Gesandte Keerne, und der Botshschafter der Staaten van der Meer handelten mittlerweile an dem Hofe von Madrid über einen Vergleich zwischen den zwey Kronen. Der erstere that auch die Erklärung, daß der König, sein Herr, gar keine feindlichen Absichten hätte, und nur die durch Portugiesischen Rüsten und die Brasilische Flotte beschützen wollte. Die Kriegsrüstungen wurden unterdessen in beiden Königreichen fortgesetzt h). Die Englische Flotte blieb das ganze Jahr vor Lissabon liegen, und verhinderte einen völligen Friedensbruch. Es wäre noch bis in den Frühling des Jahres 1737, ehe der Streit zwischen den zweyen Höfen beigelegt, und die vorige Freundschaft wieder hergestellt ward.

1735.

Auf die Unterzeichnung der vorläufigen Friedensartikel zwischen dem Kaiser und Frankreich, folgte in kurzem die Vermählung des Herzogs von Lothringen, Franz Stephans, mit der ältesten Tochter des Kaisers, der Erzhergoginn Maria Theresia, welche im Hornung des Jahres 1736 vollzogen ward. Der Herzog versprach, in dem Heirathsvertrage, niemals für sich einigen Anspruch auf die kaiserlichen Erbländer zu machen i). Er trat auch bald hernach die Herzogthümer Lothringen und Bar an den König Stanislaus ab, welcher darauf die Polnische Krone dem Könige August überließ. Man machte also, von beiden Seiten, den Anfang zur Erfüllung desjenigen, was in den vorläufigen Friedensartikeln verabredet war. Es ward auch zu dem Ende, am 1ten April, ein näherer Vergleich zu Wien unterzeichnet, wodurch der Kaiser und der König von Frankreich sich, „zu genauer Befolgung der vorläufigen Artikel, in Ansehung der Räumung des Reichsbodens und des Herzogthums Neiland verbanden; „nur die Landstriche ausgenommen, welche dem Könige von Sardinien abgetreten waren. Der Kaiser versprach, innerhalb Monatsfrist, dem Könige von Frankreich die Erklärungen der Kaiserinn von Rußland und des Königs August, über ihren Beitritt zu den vorläufigen Friedensartikeln, einzuliefern. Er machte sich auch verbindlich, „innerhalb sechs Wochen, die Genehmigung des gegenwärtigen Vergleichs, bey dem deutschen Reiche zu bewirken: nach welcher der König von Frankreich Kehl, Philippsburg und Trier räumen sollte.“ Ferner ward, durch zweyen abgesonderte Artikel, verabredet, daß der König Stanislaus in den Besiß des Herzogthums Lothringen, noch ehe

Sie werden  
mittelung  
Großbri-  
tanniens  
und der  
Staaten bey-  
gelegt.

XIX.

Der Herzog  
von Lo-  
thringen  
vermählt sich  
mit der äl-  
testen Tochter  
des Kaisers.  
1736.

Näherer Ver-  
gleich zw.  
Kaiser und  
Frankreich.

h) Resol. Holl. 10 May, 1735. bl. 360. i) MASSUET Tom. II. P. II. p. 234.  
MASSUET Tom. II. P. I. p. 53.

1736.

ehe der Großherzog von Toscana gestorben seyn würde, gesetzt werden, und auf welche Weise dieses geschehen sollte k). Aber hierüber ward, im Augustmonate, noch ein besonderer Vergleich geschlossen l).

Die Seemächte lehnen die Gewährleistung der vorläufigen Friedensartikel ab.

Die Kaiserlichen und Französischen Gesandten theilten den erstgedachten Vermittlern die Gewährung eines beständigen Friedens die Hand zu bieten m). Aber sie gaben hierauf nur eine allgemeine Antwort. Der König von Spanien hielte, seitdem, auch bey dem Könige von Großbritannien und den Staaten an, daß sie die Gewährleistung der vorläufigen Friedensartikel übernehmen mögten. Allein beide Mächte fanden nicht rathsam, sich zu dieser Gewährleistung zu verbinden, weil man die vorläufigen Artikel ohne ihre Einwilligung geschlossen, und darin nicht im geringsten für den Vortheil ihrer Handlung gesorget hatte n).

Die Staaten vermindern ihre Kriegsmacht.

Da inzwischen die General-Staaten den Friedensschluß zwischen den kriegenden Mächten auf einem guten Fuße sahen; so rathschlageten sie alsobald über die Verminderung ihrer Truppen, und beschlossen, in kurzem, auf starkes Anhalten der Stände von Holland o), ungefähr zehn tausend Mann weniger in ihren Diensten zu behalten. Der Kriegstaat belief sich nachher noch auf vier und vierzig tausend Mann und darüber.

## XX.

Unterhandlung in dem deutschen Reiche wegen Aufhebung einer gewissen Bedingung in dem vierten Artikel des Ryswykschen Friedens.

Der Krieg zwischen dem Kaiser und Frankreich und die Unterhandlungen wegen des Friedens hatten den Protestantischen Reichsfürsten und Ständen eine neue Gelegenheit gegeben, auf die Vernichtung einer gewissen die Religion betreffenden Bedingung in dem vierten Artikel des Ryswykschen Friedens zu dringen. Verschiedene Protestantische Mächte, und unter andern die Staaten der vereinigten Niederlande unterstützten ihre Bemühungen. Es wird also nicht undenklich seyn, hier kürzlich dasjenige, was zu dieser Zeit darüber gehandelt worden ist, zu erzählen. Wir haben an seinem Orte gemeldet, wie Frankreich, wahrscheinlicher Weise, in der Absicht, in dem deutschen Reiche Uneinigkeit zu stiften, den vierten Artikel des zwischen dem Kaiser Leopold und dem Könige Ludwig dem Vierzehnten zu Ryswyk geschlossenen Friedens die Bedingung beygefüget hatte, „daß die Römischkatholische Religion in allen Theilen des deutschen Reichs, welche von Frankreich zurückgegeben wurden, in dem Zustande, „worin sie zu dieser Zeit wäre, bleiben sollte p).“ Die Staaten der vereinigten Niederlande, welche viele Verdrießlichkeiten aus dieser Bedingung vorhersahen, hatten so gleich ihr möglichstes gethan, um dieselbe vernichten oder mildern zu lassen; aber ihre Bemühungen waren vergebens gewesen q). In dem Utrechtschen Frieden hatten sie jedoch, mit vieler Mühe bedungen, „daß der König von Frankreich dafür sorgen sollte, damit „die Religionsachen in dem deutschen Reiche dem Westphälischen Frieden gemäß er- „halten

k) Voyez MASSUET Tom. II. P. II. p. 329. Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 549. 592.

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIII. P. 411.

m) MASSUET Tom. II. P. II. p. 339.

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 484.

o) Resol. Holl. 28 Mart. 1736. Resol. Gener. Jouis 3 May, 1736.

p) C. B. LXIV. §. XXIII. Th. VII. C. 180, 183.

q) C. B. LXIV. §. XXIII. Th. VII. C. 182.



„halten würden r) (\*).“ Dieses Versprechen ward hier so angesehen, als wenn es die Aufhebung der Bedingung des vierten Artikels des Ryswykschen Friedens entweder in sich hielte, oder voraussetzte. Allein der Französische Hof verstund es anders; welches, in kurzem, aus den Verträgen von Rastadt und Baden deutlich erhelltete, wodurch der Ryswyksche Friede, ohne einige Ausnahme, bekräftiget ward s). Die Protestantischen Fürsten und Stände hatten jedoch, von dieser Zeit an, nicht unterlassen, auf die Vernichtung der Bedingung in dem vierten Artikel dieses Friedens zu dringen. Der König von Großbritannien, Georg der Erste, unterstützte ihre Bemühungen zu Wien und an dem Französischen Hofe. Allein man zauderte lange, ehe ein Schluß gefaßt ward. Mittlerweile bedieneten die katholischen Reichsfürsten sich der Freiheit, die ihnen, ihrer Meynung nach, in dem Ryswykschen Frieden gegeben war, die römischkatholische Religion an solchen Orten einzuführen, wo dieselbe entweder gar nicht, oder kaum vor dem Ryswykschen Friedensschlusse geübet worden war. Man baute viele neue Kirchen und Kapellen, oder bedienete sich, wechselseitig, der protestantischen Kirchen: welches, um diese Zeit, so stark eingerissen war, daß man schon über dreizehnhundert katholische Kirchen in dem deutschen Reiche über die Anzahl zählte, welche zur Zeit des Ryswykschen Friedenschlusses darin gewesen waren, außer noch sechshundert, worin das so genannte Simultaneum Statt hatte, oder worin der Gottesdienst, wechselseitig, von den Römischkatholischen und Protestanten gehalten ward t). In dieser Lage der Sachen entstand der Krieg zwischen dem Kaiser und Frankreich in dem Jahre 1733. Weil der Kaiser die Hülfe der Reichsstände nöthig hatte; so glaubeten die Protestanten, daß dies eine gute Gelegenheit wäre, von neuem auf die Vernichtung der mehr gemeldeten Bedingung des Ryswykschen Friedens zu dringen. Es waren auch so wohl die Römischkatholischen als Protestantischen Reichsstände der Meynung, daß man das gemeinschaftliche Vertrauen durch Aufhebung dieser Bedingung wieder herstellen mußte. Die Protestantischen Stände beschloßen hernach, so bald nur die vorläufigen Friedensartikel unterzeichnet waren, darum inständig bey der bevorstehenden Friedensunterhandlung anzuhalten. Der König von Schweden drang an dem Hofe von Wien auch darauf u), und fristete den König von Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande an, sich hierin mit

Ee 2

ihm

r) S. B.LXVIII. §. XXIX. Th. VII. S. 423.

t) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 492-502.

u) Voyez Suppl. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 551.

(\*) Die eigentlichen Worte des 33ten Artikels in diesem Vertrage lauten also: „Der Allchristliche König wird bewilligen, daß in dem mit dem Reiche zu schließenden Vertrage alles, was den Zustand der Religion in dem Reiche betrifft, dem Inhalte der Westphälischen Friedensverträge gemäß eingerichtet werde.“ — Die Absicht der General-Staaten ging demnach dahin, daß die dem 4ten Artikel des Ryswykschen Friedens angehängte Bedingung in dem künftigen Frieden zwischen dem Reiche und Frankreich aufgehoben werden sollte. Und hiezu hatte Frankreich sich verbindlich gemacht. Aber weil dieser Friedensschluß zu Rastadt und Baden zwischen dem Kaiser und Frankreich allein, ohne daß Bevollmächtigte von den General-Staaten und dem Reiche dazwischen gewesen waren, gemacht ward, so ward darin der obgedachten den Protestanten so nachtheiligen Bedingung mit keinem Worte erwähnt, sondern alles, wie es gewesen war, gelassen.

1736. ihm zu vereinigen. Georg der Andere und die Staaten bezeugten sich hierzu so gleich bereit. Die Staaten befehligen ihre Gesandten in Frankreich und zu Wien, von neuem, die Staaten dahin zu arbeiten, daß der nachtheilige Artikel des Ryswykschen Friedens aufgehoben würde. Sie schrieben auch an die Fürsten und Stände des Augsburgischen Bekenntnisses auf dem Reichstage zu Regensburg, die ihnen die Aufhebung des gedachten vierten Artikels ernstlich empfohlen hatten, „daß, wenn es bey ihnen gestanden hätte, derselbe „niemals in einen Vertrag hätte eingerückt werden sollen; weil sie sehr wohl wußten, wie „viele Verdrießlichkeiten daraus schon entstanden, und ferner zu befürchten wären.“ Unterdessen hatte der Kaiser den Evangelischen bereits versprochen, „daß er, so viel ihm „möglich wäre, ihrem Verlangen Genüge zu thun suchen würde v).“ Der Papst arbeitete hiewider bey den Römischkatholischen Ständen, und unter andern, bey dem Kurfürsten von Mainz, der ihm zu erkennen gab, daß man die Aufhebung der mehrgedachten Bedingung nicht würde hindern können, wosern Frankreich darauf bestünde. Er behauptete auch, daß solches zu Wiederherstellung des guten Vertrauens unter den Ständen nöthig wäre. Nachdem der König von Frankreich sich bald darauf erklärt hatte, daß er die Entscheidung dieses Punktes dem Kaiser gänzlich überlasse; so verdoppelten die Protestantischen Mächte, und unter andern die Staaten, ihre Bemühungen an dem Hofe zu Wien. Als Georg der Andere und sie von dem Kaiser und Frankreich ersucht wurden, über den letzten Vergleich zwischen diesen eben gedachten Mächten die Gewähr zu leisten; so antworteten sie einhellig, „daß sie sich hierin nicht einlassen könnten, ehe die zweyen „Höfe in einige der Handlung ihrer Unterthanen betreffende Artikel gewilligt hätten; und „ehe die Bedingung, welche die Religion beträfe, in dem vierten Artikel des Ryswykschen Friedens aufgehoben wäre w).“ Es schien demnach, daß die Aufhebung dieser Bedingung auf einem guten Fuße stünde. Die Hoffnung dazu ward noch größer, nachdem der Kaiser in einen neuen, von Rußland angefangenen, Krieg mit der Ottomannischen Pforte verwickelt worden war, wozu er den Beystand des Reichs bedurfte, und gesucht hatte x). Der Großvezier hatte, kurz nach dem Ausbruche des Krieges, Großbritannien und die Staaten um ihre Vermittelung, zu Beförderung des Friedens gebeten y), und der Kaiser dadurch eine neue Ursache bekommen, die Seemächte zu vergnügen. Die Hoffnung war daher allgemein, daß die dem Ryswykschen Frieden beygefügte Bedingung aufgehoben werden würde. Allein der Ausgang stimmte mit dieser Hoffnung nicht überein. Der Friedensvertrag, welcher, nach vielen Unterhandlungen, im Jahre 1738 geschlossen ward, ließ die Religionsachen in dem deutschen Reiche in eben dem Zustande, worin sie bisher gewesen waren, und bekräftigte den Ryswykschen Vertrag wiederum, ohne die geringste Ausnahme.

Aber ohne  
Wirkung.

#### XXI.

Unterhandlung mit dem Könige von Marocco.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten noch nicht zum Frieden mit dem Könige von Marocco gelangen können z), und hielten daher noch einige Kriegsschiffe in dem Mittelländischen Meere, um auf die Saleischen Seeräuber zu kreuzen. Die

v) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 551.

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 426-491. Europ. Merc. Jul.-Dec. 1736. bl. 47. enz.

x) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 569. 573. 586.

y) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1736. bl. 27. 93.

z) Man sehe B. LXXXIII. §. VIII. S. 138.

Die Haupteute des Staats Lambreges und van der Waayen, unternahmen, im Augustmonate, eine Landung auf der Barbarischen Küste, nicht weit von Saffa, wo sie ein verlassenes Schloß besetzten. Aber der in großer Anzahl gegen sie heranrückende Feind nöthigte sie zum Rückzuge nach ihren Schiffen. Sie hatten, auf diesem Zuge, nur zwey Fischerfahrzeuge und sechs leichte Stücken Geschüßes erobert. Mittlerweile war Muley Abdallah, schon im Jahre 1734, vom Throne gestossen worden, und hatte seinen Bruder, Muley Ali, zum Nachfolger bekommen, welcher den Staaten, nicht lange nach seiner Erhebung, eine Unterhandlung anbieten ließ. Man beschloß, im Frühlinge des Jahres 1735, den Hauptmann Heinrich Lynslager hiezu zu bevollmächtigen; und ihm ward erlaubt, während seinem Aufenthalte in dem Königreiche Marocco, die Würde eines Botschafters der General - Staaten anzunehmen. Er begab sich an Bord des Schiffes Wageningen, das von dem Hauptmann Joost Selt geführt ward, und nahm eine große Menge Geschenke mit, die auf ein besonderes Schiff geladen waren. Nachdem er zu Gibraltar gelandet war, verweilte er daselbst eine zeitlang, um auf die Verwirrungen in Marocco Acht zu haben; im Herbstmonate aber ging er, auf vieles Einladen, nach Salee; jedoch kam er nicht an das Land, weil er wegen des Issegeldes der Sklaven nicht einig werden konnte. Er fand auch nicht rathsam, die Geschenke des Staats zu verschwenden, ohne von dem Ausgange der Unterhandlung versichert zu seyn; ob man ihm gleich deswegen stark anlag. Im Wintermonate ging er wieder nach Gibraltar; aber auf einen schriftlichen Befehl der Staaten segelte er, im April des Jahres 1736, von neuem, nach Salee, wo er, bald nach seiner Ankunft, die Nachricht empfing, daß Muley Abdallah wieder auf den Thron gesetzt, und der Bassa Selim Tiquelli, mit welchem er zuvor in Unterhandlung gestanden hatte, hingerichtet worden war. Der Hauptmann Lynslager, den der Ausgang lehrte, wie übel er gethan haben würde, wenn er sich mit den Geschenken an das Land begeben hätte, segelte bald hernach wieder nach Gibraltar, wo er, durch Vermittelung des aus Holland angekommenen Admirals Perez und eines gewissen Juden, eine Unterhandlung mit dem Bassa von Tetuan anfang. Um diese Unterhandlung fortzusetzen, ging er, im Wintermonate, nach Tanger herüber: aber sie lief, wegen der fortwährenden Verwirrungen in dem Königreiche, fruchtlos ab; und der Gesandte beschloß, im Frühlinge des Jahres 1737, nach Holland zurück zu kehren. Er stattete in dem Haag, von seinen Verrichtungen Bericht ab, und sein Betragen ward durch einen Staatschluß gebilliget a). Die Feindseligkeiten gingen unterdessen, auf beiden Seiten fort. Der Hauptmann Pieterßen, der längst der Maurischen Küste kreuzete, eroberte im April des Jahres 1737, drey Fahrzeuge, die mit Weizen und anderen Waaren nach Salee segelten. Sie wurden zu Cadix aufgebracht, wo man eben Mangel an Weizen hatte. Der größte Theil der Ladung ward daher sehr hoch verkauft b). Auf einem andern Kreuzzuge, im Jahre 1739, schoß der Hauptmann, Baron von Wassenaar, einen Saleesischen Seeräuber in den Grund. Der Hauptmann Socust nahm, etwas hernach, einem andern Seeräuber einen Französischen Kauffahrer ab, und nöthigte noch einen, ein Holländisches Schiff, welches er erobert hatte, zu versenken.

E e 3

Die

a) Auszug aus dem Berichte des Hauptm. Lynslager. MS.

b) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1736. bl. 218, 238. Jan. - Jun. 1737. bl. 263.

1736.  
Streit mit  
dem Bischofe  
von Roer-  
monde.

Die General-Staaten geriethen, zu dieser Zeit, in beträchtliche Streitigkeiten, mit Franz Ludewig, Bischofe von Roermonde, der einige Gewaltthätigkeiten auf dem Grundgebiete des Staats verübet hatte. Johann Franz d'Wischen, Herr von Trieste, in dem Amte Montfort, welches dem Könige von Preußen abgetreten war, obgleich die Staaten die Oberherrschaft darüber behielten, war unlängst von der Römisch-katholischen zur reformirten Religion übergetreten, seine Gemahlinn, Catharina Antonia von Zartsheim aber in der Gemeinschaft der Römischen Kirche geblieben. Der Bischof von Roermonde, unter dessen geistliche Gerichtsbarkeit die Katholiken dieses Ortes gehörten, war sehr übel mit der Religionsänderung des Herrn von Trieste zufrieden; und, wie es scheint, aus Besorgniß wegen der Wirkung, welche dieses auf die Frau haben mögte, faßte er den Entschluß, dieselbe, in der Nacht, mit Gewalt, aus dem Hause zu Trieste wegholen und nach Roermonde führen zu lassen, wo sie in dem Kloster Mariengard eingesperrt und verwahrt ward. Der Herr von Trieste wandte sich hierauf an den Hof von Venlo, der durch seinen Ausspruch befohl, daß die weggeführte Frau, wieder auf das Haus zu Trieste, wo man sie aufgehoben hatte, geliefert werden sollte. Allein der Bischof war weit entfernt, diesem Befehle nachzukommen, und verlangte vielmehr, daß der Hof den Herrn von Trieste, welchen er schwerer Missethaten beschuldigte, in Verhaft nehmen lassen mögte. Hiebey ließ er es nicht. Er belegte den Herrn von Trieste mit dem Kirchenbann, und wußte zu bewirken, daß der Bannspruch, der am 10ten August unterzeichnet war, an der Kirchenthüre zu Venlo angeschlagen, und, bey angezündetem Lichte, abgelesen ward. Als die Staaten hievon Nachricht bekommen hatten, verboten sie dem Hofe zu Venlo auf dasjenige, was der Bischof verlangt hatte, die geringste Betrachtung zu nehmen. Sie nahmen auch den Herrn von Trieste in ihren besondern Schutz, erklärten den wider ihn ausgesprochenen Bann für ungiltig und nichtig, und befahlen dem Schultheißen zu Venlo, die Schrift, welche diesen Bann enthielt, von der Kirchenthüre, oder wo sie sonst angeschlagen seyn mögte, abzureißen, und eine Untersuchung gegen diejenigen anzustellen, die sich hätten brauchen lassen, diese Schrift, ohne Einwilligung des Hofes, abzukündigen. Von dem Bischofe forderten sie überdem eine billige Genugthuung wegen desjenigen, was er auf ihrem Grundgebiete unternommen hatte c). Allein, welche Folgen diese Sache weiter gehabt habe, ist mir nicht bekannt geworden.

XXII.  
Der König  
von Groß-  
britannien  
sucht verge-  
bens die Auf-  
hebung des  
Marquisats  
von Veere  
und Vlissingen zu ver-  
hindern.

Der König von Großbritannien, der im Sommer dieses Jahres eine Reise nach Hannover gethan hatte, ließ, wie wir zuvor d) schon benläufig gemeldet haben, im Anfange des Herbstmonats, ein Schreiben an die General-Staaten ab, worin er sie ersuchte, daß sie die Stände von Seeland bewegen mögten, das Lehn von Vlissingen und Veere nicht, wie sie zu thun gedachten, aufzuheben. Wir haben im vorigen Buche e) gesehen, daß dieses schon vor ungefähr vier Jahren geschehen war. Allein der König stellte sich, als ob er hievon nichts wüßte, wie es scheint, in der Absicht, den Ständen von Seeland Gelegenheit zu einer füglichen Wiederherstellung desjenigen zu geben, was sie zuvor, zum Nachtheile des Prinzen von Oranien, der seitdem des Königs Schwiegersohn geworden, und im April dieses Jahres, nebst der Prinzessin, seiner Gemahlinn, auch

c) Zie Groot - Plakaatb. VI. Deel, bl. 380.

d) B.LXXIII. §. XXX.

e) B.LXXIII. §. XXIX.

auch zu Grönningen feierlich empfangen war f), beschlossen hatten. Das Schreiben des Königs ward von den General-Staaten angenommen, und den besondern Landschaften zur Ueberlegung zugesertiget. Die Stände von Holland merkten hiebey an, „daß die General-Staaten, als Vollzieher des letzten Willens König Wilhelms des Dritten, kein Recht hätten, etwas zu unternehmen, wodurch die höchste Gewalt der Stände von Seeland im geringsten verletzet würde. Daß dieselben, kraft ihrer höchsten Gewalt, das Lehn von Vlissingen und Veere, um den Mißbrauch, welchen der Marquis von seinen Vorrechten machen mögte, zu verhüten, aufheben könnten; und daß diese Aufhebung wirklich geschehen wäre, ehe man hätte denken können, daß der König von Großbritannien sich der Sache annehmen würde.“ Sie waren daher der Meynung, daß man das Gesuch des Königs höflich ablehnen müßte g). Die andern Provinzen, welche keine Möglichkeit sahen, eine abgethane Sache, von neuem von den Seeländischen Ständen in Erwägung ziehen zu lassen, stimmten mit Holland überein. Man schrieb an den König, „daß er übel berichtet wäre; daß die Stände von Seeland das Marquisat von Veere und Vlissingen, schon im Wintermonate des Jahres 1732, aufgehoben hätten; daß diese Stände, so wie die andern Provinzen, jede in der ihrigen, die höchste Gewalt besäßen, und die General-Staaten gar kein Recht hätten, einen von den Ständen einen besondern Provinz, in Ansehung ihrer Provinz, gesakten Schluß verändern oder aufheben zu lassen, und daß sie also sonst nichts als ihre guten Dienste, zur Willführung in demjenigen, was der König verlangte, würden anwenden können: wovon jedoch keine Wirkung zu hoffen wäre, nachdem man, schon vor so langer Zeit, einen Schluß genommen hätte h).“ Mit dieser Antwort mußte der König sich befriedigen. Der Prinz und die Prinzessin von Oranien waren, vor kurzem, wieder nach dem Haag gekommen, wo sie am 19ten des Christmonats von einer Prinzessin, die jedoch gleich starb, entbunden ward. Die Leiche ward, zween Tage hernach, in zwe Kutschen nach Delft geführt, und in dem Oranischen Begräbniß bezeugt i). Der Prinz hatte, im Weinmonate zuvor, den vornehmsten Gliedern der Regierung zu verstehen gegeben, daß er Willens wäre, die General-Staaten zu Gebattern zu bitten, im Falle seine Gemahlinn einen Prinzen zur Welt brächte. Aber man hatte, in einigen Landschaften, wenige Neigung bezeigt, diesem Gesuche zu willfahren k).

Der Rathpensionär Simon van Slingeland war, am ersten des Christmonats, unvernunft, in einem Alter von ungefähr drey und siebenzig Jahren gestorben, nachdem er dieses wichtige Amt neun Jahre lang bekleidet hatte. Man hielt ihn überhaupt für ausnehmend geschickt in Unterhandlungen mit fremden Ministern, wozu es in dieser Zeit beständig Gelegenheit gegeben hatte. Er besaß auch eine große Kenntniß von den Angelegenheiten fremder Mächte. Sein Sohn, der Doctor Govert van Slingeland hatte, wenige Stunden nach seines Vaters Absterben, den bevollmächtigten Rathen davon Nachricht gegeben; und diese beschlossen, noch an demselben Tage, dem Sterbhaufe,

XXIII.

pensionär van Slingeland stirbt.

f) Zie Europ. Merc. Jan.-Jun. 1736. bl. 222.

g) Secr. Resol. Holl. 10, 13 Okt. 1736. IX. Deel, bl. 145, 148 Resol. Holl. 13 Okt. 11, 12 Dec. 1736. bl. 659, 667.

h) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1736. bl. 229.

i) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1736. bl. 296.

k) Notul. Zeel. 29 Nov. 3, 4, 10, 13 Dec. 1736. bl. 270, 274, 282, 290, 302.

1736.

haufe, durch drey Abgeordneten aus ihrer Versammlung, ihr Beyleith feyerlich bezeugen zu lassen. Zu gleicher Zeit baten sie, daß die Brieffschaften des Staats, ohne Verzug, von des Verstorbenen seinen eigenen abgesondert, und den bevollmächtigten Rätthen eingeliefert werden mögten: gleichwie noch an demselben Tage geschahe. Sie wurden nach dem Hofe von Holland gebracht, und daselbst in der Schreibstube des zeitigen Rathpensionärs verschlossen. Drey Tage nach dem Herrn van Slingeland starb Jacob Gottfried, Baron von Voetselaar, Herr von Nieuwveen, erstes Glied der Ritterschaft und Groß-Siegelbewahrer von Holland. Die Siegel der Provinz wurden alsbald von einigen bevollmächtigten Rätthen aus dem Sterbhaufe geholet, und hernach, auf Befehl der Stände, bis zu weiterer Verfügung dem Herrn Johann Heinrich, Herrn von Wassenaar und Obdam, übergeben, der auch in kurzem mit der Würde eines Groß-Siegelbewahrs besleidet ward l).

1737.

des Herrn van Slingeland, vorläufig verwalтет. Es wäre bis in den Frühling des folgenden Jahres, ehe dieses ansehnliche Amt wieder besetzt ward. Die Stände hatten mittlerweile eine neue Vorschrift für den künftigen Rathpensionär entwerfen lassen, welche am 10ten des Hornungs genehmigt ward n); doch in der Hauptsache mit den letzten Vorschriften übereinkam. Nur ward dem Rathpensionär in der neuen Vorschrift anbefohlen, „Sorge zu tragen, daß die gegenwärtige Regierungsform in allem erhalten würde; und „wenn er jemals erführe, daß dagegen etwas unternommen würde, sollte er verbunden „seyn, solches den Ständen zu eröffnen.“ Am 15ten März ward der General-Schatzmeister, Doctor Anton van der Heim, zum Rathpensionär ernannt. Vor Ablegung seines Eides sagte er, „daß er die zu Verwaltung eines Amtes, welches so wichtig und für „ihn ganz neu wäre, erforderte Geschäftlichkeit nicht bey sich befände: aber daß er, der „durch das von den Ständen auf ihn gesetzte Vertrauen innigst gerühret wäre, und sich „auf die Hülfe der himmlischen Vorsehung und auf den Schuß und die Gewogenheit Ih- „rer Edlen Großmögheiten verlasse, sich bestreuen würde, es zum Besten des Landes „zu verwalten o):“ welches er auch einige Jahre rühmlich gethan hat. Am 8ten May ward er auch zum Pensionär der Ritterschaft von Holland bestellt p).

Der General-Schatzmeister, Anton van der Heim, wird Rathpensionär.

## XXIV.

Vollziehung einiger vorläufigen Friedensartikel.

Die Unterhandlung wegen eines allgemeinen Friedensvertrages ward an verschiedenen Höfen fortgesetzt, ohne daß man dieses ganze Jahr damit zum Schlusse kam; indem der Hof von Madrid Schwierigkeiten machte, in einige Artikel zu bewilligen, die zwischen dem Kaiser und Frankreich verabredet waren. Die Herzogthümer Lorbhringen und Bar wurden, im Frühlinge dieses Jahres, im Namen des Königs Stanislaus, in Besiß genommen q): wogegen, nachdem der Großherzog von Toscana, Johann Gasto de Medicis, nach einer langwierigen Krankheit, am 9ten des Heumonsats

l) Refol. Holl. 7 Dec. 1736. bl. 651, 654, 655. 15 Mart. 1737. bl. 162. in't Groot-Plakaatb. VI. Deel. bl. 87.

m) S. B. LXXII. §. XV. S. 89.

n) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 82.

o) Refol. Holl. 15, 16, 21 Mart. 2, 4 Apr.

1737. bl. 162, 169, 175, 186, 189. Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 87.

p) Refol. Holl. 8 May, 1737. bl. 200.

q) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III.

P. II. p. 534.



nats gestorben war r), dieses Herzogthum dem Herzoge von Lothringen zuviel s). Der Kaiser und die Könige von Spanien und den beiden Sicilien hatten sich mittlerweile auch wegen der Uebergabe von Neapel und Sicilien an den Don Carlos, gegen seine Verzicht auf Toscana, verglichen t); und dieser darauf den General-Staaten seine Gelangung zur Krone der zwey Königreiche bekannt gemacht. Aber der Papst, der, wegen einiger von den Spanischen Truppen in dem Kirchenstaate und in der Stadt Rom selbst begangenen Ausschweifungen, auf den Spanischen Hof unwillig war u), hatte den Infanten noch nicht in dem Besitze des Königreichs Neapel, welches von dem Römischen Stuhle zu Lehne ging, bestätigen wollen. Es war auch der Zelter, mittelst dessen jährlich die Lehnserkenntniß wegen dieses Königreichs zu geschehen pflegte, dem Papste, in diesem Jahre, von Niemanden angeboten worden v).

Seit dem im Jahre 1715 zwischen dem Kaiser und den Staaten geschlossenen Barrierevertrage hatte man die darin verabredete Unterhandlung wegen eines Handelsvertrages und einer Zollrolle der einkommenden und ausgehenden Waaren für die Oesterreichischen Niederlande von einer Zeit zur andern verschoben. Im Jahre 1733 schien es endlich, daß man darüber eine Unterhandlung anfangen würde w); aber der Krieg ges mit den verhinderte es. Als die Staaten, um diese Zeit, von dem Hofe zu Wien ersucht wurden, die Gewährleistung des allgemeinen Friedensvertrages, worüber nun gehandelt ward, zu übernehmen; so sahen sie dies als eine gute Gelegenheit an, einen vorteilhaften Handelsvertrag mit dem Kaiser, der sich dazu bereitwillig zeigte, zu schließen. Man ward einig, zu dem Ende in Antwerpen zusammen zu kommen. Die Staaten ernannten zuerst, zu dieser Unterhandlung, die Herren Wilhelm Buys und Wilhelm van Assendelft, welche schon zuvor dazu ernannt worden waren. Allein statt des Herrn Buys wurden hernach die Herren Daniel de Dieu, Alt-Schöppe und Nachsherr zu Amsterdam, und Omar van Visvliet, Wahlherr zu Middelburg, erwählt x). Der Herr van Assendelft, Resident der Staaten an dem Hofe zu Brüssel, wohnte nebst diesen zween Bevollmächtigten der Unterhandlung bey.

Die Zusammenkunft ward in dem Herbst dieses Jahres eröffnet. Sie dauerte etliche Jahre, und gieng hernach fruchtlos aus einander. Der Hof zu Brüssel hatte einige Zeit zuvor y) den Unterthanen von Frankreich, Spanien und Portugal verstatet, die Ostindischen Waaren über Ostende frey nach Deutschland zu führen; welche Freyheit den Unterthanen Großbritannien und des Staats freitig gemacht ward. Es waren auch in den Oesterreichischen Niederlanden die Abgaben von dem ausgehenden Salz vermindert worden. Diese beiden Artikel wurden hier zu Lande als dem Barrierevertrage zuwiderlaufend, und der erste insonderheit, als etwas dem Handel der

XXV.

Unterhandlung wegen eines Handelsvertrages zwischen den Niederlanden.

r) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1737. bl. 20.

s) Voyez Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 579.

t) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 598.

u) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XI. p. 552-566.

VIII. Theil.

v) Supplem. au Corps Diplom. Tom. III. P. II. p. 596.

w) Notul. Zeel. 20, 24 Aug. 15 Sept. 1733. bl. 384 398 410.

x) Resol. Holl. 20 Jul. 17 Sept. 1737. bl. 400, 546.

y) Reglem. pour le Transit des Marchand. des Indes du 8 Oct. 1736.

1737.

Vereinigten Niederlande sehr nachtheiliges angesehen z). Ueber diese beiden Punkte konnte man sich mit einander nicht vergleichen a). Die Kaiserlichen übergaben, im Augustmonate des Jahres 1738, den Bevollmächtigten des Staats einen Entwurf dreier vorläufiger Artikel, die zum Grunde des Handelsvertrages gelegt werden sollten. Zu Folge diesem Entwürfe sollte man sich „zum ersten nach dem Münsterischen Frieden und „dem Schiffahrtsvertrage vom Jahre 1650 richten. Zum andern sollte den beiderseitigen Unterthanen verstatet seyn, frey in des andern Lande, und in freundschaftlichen „oder neutralen Ländern zu handeln. Zum dritten sollte man von einander keine größere „Abgaben fordern, als man seine eigene Unterthanen bezahlen ließe b).“ Hernach machten die Bevollmächtigten des Staats einen Entwurf eines Handelsvertrages: aber solcher gefiel den Kaiserlichen nicht c). Er ward auch in einigen Landschaften dieses Staats, besonders in Holland und Seeland d), nicht in allen Stücken gebilliget. Die Unterhandlung ward, ohne daß man etwas zum Schlusse brachte, so lange verzögert, bis sich der Zustand der Sachen von Europa änderte. Hiemit hörte die Zusammenkunft zu Antwerpen auf, obgleich dieselbe eigentlich niemals abgebrochen ward.

Die geistlichen Gebäude der Protestanten in Holland werden von der Grundsteuer frey erklärt.

Die Stände von Holland wollten den verschiedenen Protestantischen Glaubensgenossen, welche hier zu Lande zugelassen oder geduldet wurden, ein neues Merkmaal ihrer Zuneigung geben, und beschloßen daher am 15ten Jenner, „daß die Kirchen, Spitäler, „Waisenhäuser und andere geistliche Gebäude, so wohl derer von der wahren reformirten „Religion, als anderer Protestantischen Glaubensgenossen, namentlich der Remonstranten, Lutheraner und Wiedertäufer, aber keiner andern, ingleichen alle Häuser die zum Dienste der Gemeinde gebraucht würden, und wovon keine Mische gehoben würde, künftig von der ordentlichen und außerordentlichen Grundsteuer frey seyn sollten.“ Jedoch wollten sie zugleich, „daß diese Freyheit nicht bey dergleichen Gebäuden, die man nach „diesem aufführen mögte, Statt haben sollte, es sey dann, daß die Erlaubniß hiezu von „den Ständen der Provinz gesucht und erhalten worden wäre e).“ Etwas hernach ward dagegen in der Versammlung der Holländischen Stände beschloßen, daß die katholischen Kirchenhäuser nicht allein mit der Grundsteuer beschweret bleiben, sondern auch, drey-mal in hundert Jahren, die Steuer, welche von den Erbschaften der Seitenlinie entrichtet wird (\*), bezahlen sollten f). Die Stände von Holland, und nach ihrem Beispiele, die General-Staaten machten, um diese Zeit, das Gesetz, daß die reformirten Kriegsofficiere, wenn sie zu der Römischkatholischen Religion überträten, oder katholische Frauen heiratheten,

Gesetze betreffend die Römischkatholischen.

z) Advis der Admiral. van Zeel. van 21 Oct. 1737.

a) Refol. Gener. Mercur. 21 May, 1738.

b) Projet pour un Traité de Commerce du 9 Aout 1738. Secr. Refol. Holl. 17 Sept. 1738. IX. Deel, bl. 365,

c) Schreiben der Bevollm. der Gen. Staat. vom 5 Febr. 1739. mit den Bezlagen.

d) Refol. Holl. 17 May, 12 Jun. 18 Jul. 1738. bl. 295, 345, 413. 24 Jul. 12 Aug. 16, 17 Sept. 1739. bl. 388, 461, 591. Notul. Zeel. 9, 15 Sept. 1738. bl. 102, 175. 20 Jan. 21 Apr. 1739. bl. 30, 124.

e) Refol. Holl. 15 Jan. 1737. bl. 28. Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 1134.

f) Zie Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 1039.

(\*) Dies ist eine in der Provinz Holland gewöhnliche Steuer, und besteht in dem zwanzigsten Pfennig welchen diejenigen, welchen Erbschaften von ihren Seitenverwandten zufallen, bezahlen müssen.

heiratheten, hieburch so gleich ihrer Bedienungen verlustig seyn sollten g). Dieses Ge-  
ses ward von den General-Staaten, im Jahre 1739, auch auf die bürgerlichen Beam- 1737.  
ten in den Generalitätslanden ausgedehnet h).

Im Herbstmonate dieses Jahres ward dem Prinzen und der Prinzessin von Oranien Dem Prinzen  
zu Breda, als Herrn und Frauen dieser Baronie, die feierliche Huldigung geleistet i). Der von Oranien  
Prinz beschenkte die Bürger mit einer silbernen Schammünze, die auf diese Gelegenheit geprä- wird als  
get war. Die obrigkeitlichen Personen und der älteste Prediger bekamen goldene Münzen. Herrn von  
Breda ge-  
huldigt.

Der Streit wegen des Rechts zur Erbfolge in den Herzogthümern Jülich und  
Berg, deren Erledigung, mit dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz, Carl Phi- XXVI.  
lipps, bevorstund, wäre noch in dem Deutschen Reiche zwischen den Häusern Sach. Streitigkei-  
sen, Brandenburg und Sulzbach k). Der Herzog von Zweybrücken, Gustav ten wegen der  
Samuel, der gleichfalls Ansprüche auf diese Herzogthümer gemacht hatte, war im Jahre Erbfolge in  
1731 gestorben. Die Staaten der Vereinigten Niederlande, die sich, schon vor thümern Jü-  
mehr als einem Jahrhunderte, in die damals über diese Herzogthümer entstandenen lich und  
Streitigkeiten eingelassen hatten, wurden auch iso genöthiget, daran Antheil zu nehmen: Bergen.

weswegen wir dasjenige kürzlich anmerken wollen, was zu dieser Zeit deswegen vorgefal-  
len ist. Der Kurfürst von Sachsen, der von Sibylla, einer Tochter Johannis des  
Dritten, Herzogs von Cleve, und Maria, Tochter und Erbin Wilhelms, Herzogs  
von Jülich und Berg, der schon im Jahre 1511, gestorben war, abstammte, be-  
hauptete aus diesem Grunde, und aus einer von dem Kaiser Friderich dem Dritten,  
im Jahre 1483, erlangeten Anwartschaft, zu diesen Herzogthümern berechtigt zu seyn (\*).  
Der König von Preußen und Kurfürst von Brandenburg leitete sein Recht, wie wir  
schon, bey einer andern Gelegenheit, angemerkt haben l), von seiner Ober-Großmutter  
Anna her, die des 1600 verstorbenen letzten Herzogs von Jülich, Cleve und Berg,  
Johann Wilhelms, ältester Schwester, Marien Leonoren, älteste Tochter gewe-  
sen war. Johann Christian, Herzog von Sulzbach, der im Jahre 1733 gestorben  
war, und einen neunjährigen Sohn, Carl Theodor genannt, nachgelassen hatte, war  
der nächste Erbe des gegenwärtigen Besitzers der Herzogthümer Jülich und Berg, und  
Kurfürstens von der Pfalz, Carl Philipps, und dieses letzteren Großvater, Wolf-  
gang Wilhelm, ein Bruder Augusts, Urgroßvaters des Herzogs Johann Christians  
gewesen, die beide von Anna, des letzten Herzogs von Jülich und Berg, Johann  
Wilhelms, zweiten Schwester geboren waren m). Der junge Herzog von Sulzbach  
glaubte daher so wohl zu Jülich und Berg, als zum Kurfürstenthum Pfalz ein Recht  
zu haben. Die drey Mitwerber hatten schon, seit einigen Jahren, ihr Recht, zu den

§ f 2

zwey

g) Groot - Plakaatb. VI. Deel, bl. 228. 238.

h) Groot - Plakaatb. VI. Deel, bl. 531.

i) Europ. Merc. Jul.-Dec. 1737. bl. 141.

k) S. B. LXXII. §. XIX. S. 95. u. B.

LXXIII. §. VI. S. 136.

l) B. XXXVII. §. III. Th. IV. S. 310.

m) Eben daselbst.

223.

(\*) Der Herr Verfasser hat hier die Ansprüche der zwey Sächsischen Häuser, nämlich des  
Albertinischen oder Kurfürstlichen, und des Ernestinischen oder Fürstlichen, vermenget. Daß  
erstere gründete sein Recht allein in der kaiserlichen Anwartschaft auf die Herzogthümer Jülich  
und Berg; das andere aber vornehmlich in der Abstammung von der oben gemeldeten Prin-  
zessin Sibylla, und hiernächst zugleich in der Anwartschaft, welche auf dasselbe, in der Folge,  
auch ausgedehnet worden war. *Vid. S T R U V. Corp. Hist. Germ. p. 1189, 1190.*

1737.

Unterhand-  
lung der  
Staaten zu  
Beylegung  
dieser Strei-  
tigkeiten.

zwey Herzogthümern, auf den Todesfall des gegenwärtigen Herzogs, in öffentlichem Druck bewiesen n). Es hatte auch der letztverstorbene Herzog von Zweybrücken, der von einer jüngern Schwester, des Herzog Johann Wilhelm abstammte, seine Ansprüche in einer gedruckten Schrift, an das Licht gestellt o); welches der Herzog von Schleswig-Holstein, der aus eben demselben Geschlechte abstammte, einige Jahre hernach gleichfalls that p). Der gegenwärtige Herzog und Kurfürst von der Pfalz suchte dagegen Jülich und Berg auf seinen jüngsten Vetter, den Herzog von Sulzbach zu bringen. Er schloß zu dem Ende einen geheimen Vertrag mit dem Kurfürsten von Cöln und Bayern, worüber Frankreich die Gewährleistung versprach. Im Frühlinge des Jahres 1736 erhielten die Kaiserlichen und Französischen Gesandten, der Graf von Uhlfeld und der Marquis de Fenelon den Befehl, bey den Staaten zu vernehmen, ob sie auch Willens seyn mögten, die Vollziehung dieses Vertrages befördern zu helfen, oder wenigstens zu einem gütlichen Vergleiche zwischen dem Könige von Preußen und dem Kurfürsten von der Pfalz, als den vornehmsten Parteyen der bestrittenen Erbfolge, mitzuwirken. Nachdem die Staaten dieses in Erwägung gezogen hatten; so beschloffen sie, am 5ten April des gemeldeten Jahres, „alles, was in ihrem Vermögen wäre, in das Werk zu richten, „damit der Streit wegen der zwey Herzogthümer verglichen, und unterdessen, da man „darüber handeln würde, allen Thätlichkeiten, von beiden Seiten, vorgebeuet werden „mögte. Wenn jedoch die Unterhandlung fruchtlos ablaufen sollte; so hielten sie dafür, „daß der Streit, durch den Weg Rechts, zufolge dem Westphälischen Frieden entschie- „den werden müßte q).“ Allein der König von Preußen war mit diesem Entschlusse gar nicht zufrieden, und ließ darüber, so bald er davon unterrichtet worden war, durch seinen außerordentlichen Gesandten Luiscius, in dem Haag Beschwerde führen. Die Staaten ertheilten eine gute Antwort, blieben aber bey ihrem Entschlusse, mit dem Kaiser und Frankreich eine Unterhandlung über die besten Mittel, wodurch auf den Todesfall des alten Kurfürsten, allen Thätlichkeiten auf ihren Grenzen vorgebeuet werden könnte, anzufangen r). Der König von Preußen entschloß sich hierauf selbst zu einem gütlichen Vergleiche, unter Vermittelung der Staaten, zu schreiten; und erbot sich, das Herzogthum Jülich dem Prinzen von Sulzbach zu lassen, wenn ihm dagegen Berg, Ravenstein und Wynendaal abgetreten würden. Und um die Staaten zu Bewirkung eines solchen Vergleichs zu bewegen, versprach er, ihnen die Herrschaft Ravenstein eigenthümlich, gegen Bezahlung des Werths, zu überlassen s). Etwas hernach bot er dem Hause Sulzbach noch eine ansehnliche Summe Geldes an, wenn man ihm Berg, ohne einige Verminderung, lasse. Die Staaten beschloffen in kurzem, über die Vertauschung der Herrschaft Ravenstein mit dem Könige von Preußen zu handeln; aber, in Ansehung der Streitigkeiten wegen Jülich und Berg, wollten sie sich zu nichts, ohne Ueberlegung mit dem Kaiser und den Königen von Frankreich und Großbritannien, entschließen t). Allein der Hof von Wien verzögerte die Sache, unter dem Vorwande, daß er erst das allgemeine Friedenswerk en-  
digen

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. VII. p. 401-455. Tom. VIII. p. 1-63, 64-82, 437-478. Tom. XII. p. 15-56, 56-68. Tom. XIII. p. 2-62.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 6-15.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIII. p. 63-124.

q) Resol. Gener. 5 April, 1736.

r) Resol. Gener. 1 Jun. 1736.

s) Resol. Gener. 18 Jun. 1736.

t) Resol. Gener. 7, 9 Jul. 1736.

digen mußte. Der Französische Hof faßte auch keinen Entschluß u). Endlich kam, im Christmonate des Jahres 1736, die Antwort des kaiserlichen Hofes an, worauf, im Jenner des folgenden Jahres, auch die Antwort des Königs von Frankreich folgte. Beide Fürsten gaben einmüthig zu erkennen, daß sie den Streit wegen Jülich und Berg, so bald der allgemeine Friede geschlossen seyn würde, beylegen Hessen, und darüber von nun an Unterhandlungen anfangen wollten, wenn nur das Friedenswerk dadurch nicht aufgehalten würde v). Der König von Preußen, der mit Ungeduld das Ende der Unterhandlung wünschte, sandte den Grafen von Degenfeld-Schomburg nach Manheim, um, ohne jemand's Vermittelung, mit dem Kurfürsten von der Pfalz einen Vergleich zu treffen. Er that ihm einige neue Anbietungen, und gab ihm vier Monate Bedenkzeit. Die Staaten, die bald Nachricht von den Vorschlägen des Königs bekommen hatten, traten auch darüber mit dem kaiserlichen und Französischen Hofe in Unterhandlung w). Allein, um diese Zeit, starb der Bischof von Augsburg, des Kurfürsten von der Pfalz Bruder, welchem die Stände der zwey Herzogthümer, schon zum voraus, gehuldigt hatten. Hiedurch ward der Herzog von Sulzbach unmittelbarer Erbe des Kurfürsten. Die Staaten, welche es ihren Angelegenheiten gemäß achteten, dem Könige von Preußen, der sich zu einer Religion mit ihnen bekannte, bey der Unterhandlung einiger Maassen gefällig zu seyn, ließen daher bey dem Kurfürsten um eine Antwort auf den letzten Vorschlag des Königs von Preußen anhalten: indem dieser befürchtete, daß der Kurfürst dem Herzoge von Sulzbach vorläufig huldigen lassen würde. Der Hof von Dresden, welcher befürchtete, daß endlich aus allen diesen Unterhandlungen ein Vergleich zwischen den Höfen von Berlin und Manheim entstehen mögte, beschloß, um diese Zeit, die Gründe seines Rechtes der Welt, in einer kurzen Vorstellung x) vorzulegen. Diese ward den General-Staaten zugesandt, welche sie annahmen, um den in Unterhandlung stehenden Mächten davon Nachricht zu geben. Der Berlinische Hof ließ sie, in kurzem, in öffentlichem Drucke widerlegen y). Unterdessen hatten der Kaiser und der König von Frankreich den Staaten bekannt gemacht, daß sie, nach dem Absterben des Bischofs von Augsburg, noch mehr als zuvor geneigt wären, den Streit wegen Jülich und Berg gütlich beylegen zu helfen. Der König von Frankreich ließ ins besondere die Erklärung thun, „daß er die von dem Kurfürsten von der Pfalz zum Besten des Hauses „Sulzbach gemachte Einrichungen billigte, aber dabey nicht die Absicht hätte, den „Rechten und Ansprüchen des Königs von Preußen etwas zu entziehen z). Zu eben der Zeit erschien auch die Antwort des Kurfürsten von der Pfalz auf den letzten Vorschlag des Königs von Preußen. Er erkannte in derselben, „daß der König von Preußen „vorteilhafte Anbietungen thäte, wenn man voraus setzte, daß er ein gegründetes Recht „auf Jülich und Berg hätte. Zugleich aber fügte er hinzu, daß er, nach einer sorgfältigen Prüfung der Beneidshümer, die man anführete, nicht hätte finden können, daß „dasselbe gegründet wäre: weswegen er seine Anbietungen von der Hand weisen mußte,

§ 3

u) Resol. Gener. 4 Sept. 17 Nov. 1736.

x) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 118.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII.

y) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 165. Tom. XIII. p. 115. 161.

p. 104, 107.

z) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 215, 218.

w) Resol. Gener. 23 Jan. 1737.

1737.

„in der Hoffnung, daß die Mächte, die sich mit Beylegung der Streitigkeiten hätten bemühen wollen, auch ihr Bestes thun würden, um den Thätlichkeiten vorzukommen a).

Vorschläge  
verschiedener  
Mittel zu  
Verhütung  
der Thätlich-  
keiten.

Diese Antwort veranlaßte die Mächte zu überlegen, welche Mittel man hiezu ergreifen mußte. Der Kaiser und Frankreich waren der Meynung, „daß die vier Mächte den Herzog von Sulzbach vorläufig und unterdessen, da man an einem Vergleiche handelte, in dem Besitze der zwey Herzogthümer erhalten, und sich gegen einen jeden erklären sollten, der den Ruhestand, während der Unterhandlung, durch Thätlichkeiten stören würde.“ Allein der König von Großbritannien und die Staaten sandten nicht gerathen, eine Verbindung einzugehen, welche sie mit einem ihrer Nachbarn in einen Krieg verwickeln könnte. Die Staaten schlugen darauf dem Kaiser und Frankreich vor, „daß man den König von Preußen und den Kurfürsten von der Pfalz einladen sollte, Bevollmächtigten nach dem Haag zu Beylegung der Streitigkeiten zu senden; und daß man, während der Unterhandlung eine Zeit zu bestimmen hätte, in welcher man sich, von beiden Seiten der Thätlichkeiten enthalten sollte.“ Aber, in Ansehung des Mittels, die Thätlichkeiten abzuwenden, waren Großbritannien und die Staaten mit dem Kaiser und Frankreich nicht einig b).

Vorschlag  
der Staaten.

Die zwey letztgedachten Mächten willigten endlich darein, daß der König von Preußen und der Kurfürst von der Pfalz in dem Haag, unter Vermittelung Großbritanniens und der Staaten allein, eine Unterhandlung anfangen; jedoch so, daß der Kaiser und Frankreich an dieser Unterhandlung Theil nehmen sollten, wenn man, außer ihnen, nicht mit einander einig werden könnte. Groß-

Man willigt  
in einen all-  
gemeinen  
Vorschlag.

1738.

britannien und die Staaten willigten in diesen Vorschlag, und die vier Mächte vereinigten sich bald hernach, dem Könige von Preußen und dem Kurfürsten von der Pfalz die Bedingungen, die man bey der Unterhandlung zum Grunde zu legen gedachte, zu eröffnen. Dies geschah im Hornung des Jahres 1738, und man legte ihnen diese drey voraus festzusetzende Punkte vor: 1. „Daß der König von Preußen, in einer gewissen bestimmten Zeit, zu keinen Thätlichkeiten schreiten sollte, wenn gleich der Kurfürst von der Pfalz verstürbe; 2. daß man, wenn dieses sich zutrüge, keine Veränderung in der Regierung, noch in bürgerlichen und Kriegssachen der streitigen Länder machen, und 3. „daß man die Zeit der Unterhandlung, wenigstens auf zwey Jahre, bestimmen sollte c). Der Kurfürst von der Pfalz willigte alsobald in diesen Vorschlag, weil darin vorausgesetzt ward, daß der Herzog von Sulzbach, nach seinem Absterben, vorläufig, in dem Besitze der streitigen Herzogthümer bleiben sollte. Aber, wegen dieser Ursache allein, wies ihn der König von Preußen von der Hand d). Der König von Großbritannien und die Staaten gaben auch seither zu erkennen, daß sie Bedenken trügen, die verabredeten Einrichtungen befördern zu helfen, so lange beide Parteyen nicht darein willigten. Der König von Preußen that etwas hernach den Vorschlag, die zwey Herzogthümer mit neutralen Truppen zu besetzen. Die Seemächte suchten dem Kaiser und dem Könige von Frankreich diesen Vorschlag annehmlich zu machen e): aber ihre Mühe war vergebens.

a) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 219.

b) Resol. Gener. 20 Aug. 1737. Secr. Resol. Holl. 13 Mart. 1737. IX. Deel, bl. 162.

c) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 232, 234.

d) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 1-239.

e) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1738. bl. 260, 276, 294, 314.



gebens. Der Französische Hof fing einige Zeit hernach eine besondere Unterhandlung mit dem Könige von Preußen an f). Allein ehe der Ausgang derselben bekannt ward, war eine so große Veränderung in dem Zustande des Deutschen Reichs vorgefallen, daß die Sache von Jülich und Berg eine geraume Zeit unabgethan blieb.

1738.

Mit der allgemeinen Friedensunterhandlung ging es mittlerweile auch langsam her. Verschiedene Mächte, die bey derselben ein Anliegen hatten, wollten einige besondere Sachen, durch den allgemeinen Vertrag, in Nichtigkeit gebracht wissen; und dadurch ward der Schluß desselben aufgehalten. Unter andern würden die Staaten es gerne gesehen haben, daß die Jülich- und Bergische Sache durch diesen Vertrag verglichen schließen worden wäre. Sie bestundnen auch auf die Aufhebung der Bedingung wegen der Reliquien, in dem vierten Artikel des Ryswykschen Friedens. Ueberdem wünschten sie, daß der Handelsvertrag und die Zollrolle für die Oesterreichischen Niederlanden, worüber seit einiger Zeit, mit wenigem Erfolge, gehandelt war, vor oder zugleich mit dem allgemeinen Frieden, zum Schlusse gebracht werden mögte. Hiernächst waren noch einige Streitigkeiten in dem Deutschen Reiche entstanden, welche die Unterzeichnung des Friedens verhinderten. Da indessen der Hof von Wien, denselben endlich zu schließen suchte, so setzte er die Unterhandlung so eifrig mit dem Französischen Botthschafter, dem Marquis de Mirepoix fort, daß zuletzt, am 18ten des Wintermonats dieses Jahres 1738, der allgemeine Friedensvertrag zwischen dem Kaiser und dem Reiche auf einer, und Frankreich auf der andern Seite, geschlossen, darin aber auch für die anderen Mächte, die an dem letzten Kriege Theil gehabt hatten, Platz gelassen ward. Er bestund aus zwanzig Artikeln, und enthielt überdem eine große Anzahl Urkunden und Erklärungen: die zur Erläuterung und Befräftigung verschiedener Artikel des Vertrages dienten: als eine Urkunde vom 27sten Jenner des Jahrs 1736, worin der König Stanislaus auf die Polnische Krone Verzicht that; zwey Urkunden, wodurch die Kaiserinn von Rußland und der König August der Dritte den Titel des Königs Stanislaus erkannten; drey die Polnischen Sachen betreffende Urkunden des Königs von Frankreich, der Kaiserinn von Rußland und des Königs August von Polen, und noch eine, worin der König von Frankreich den König August für König von Polen erkannte; fünf Erklärungen vom Jahre 1736, worin der Kaiser bezeugete, daß er sich auf die in den vorläufigen Artikeln festgesetzte Bedingungen, mit den Königen von Spanien und den beiden Sicilien verglichen hätte; noch eine Erklärung zur Erläuterung einiger dunkeln Stellen dieses Friedens; drey Urkunden, wodurch der Kaiser Neapel und Sicilien, nebst den Hafen auf der Toscanischen Küste, an den Infanten Don Carlos, und die Könige von Spanien und den beiden Sicilien Parma und Piacenza an den Kaiser, und das Recht der Nachfolge in dem Großherzogthum Toscana an das Haus Lothringen abtraten: noch zwey Urkunden, wodurch die Landstriche von Novara und Tortona und die Langhischen Lehne von dem Kaiser an den König von Sardinien abgetreten wurden; eine dritte, worin dieser König die vorläufigen Friedensartikel annahm; noch eine Urkunde, wodurch der Herzog von Lothringen seine Herzogthümer Lothringen und Bar dem Könige Stanislaus, und nach dessen Absterben, der Krone Frankreich überließ; und endlich noch zweyen Vergleiche, wodurch die Bezahlung einiger Rückstände, die Frankreich an dem Rheine

und

f) Zie Europ. Merc. Jan.-Jun. 1739. bl. 48, 67, 314.

1738.

und in dem Meiländischen zu fordern hatte, festgesetzt war. Alle diese Urkunden, Erklärungen und Vergleiche, und hiernächst auch die Westphälischen, Nimègischen, Ryswykschen und Badenschen Friedensschlüsse, das vierfache Bündniß vom Jahre 1718, die vorläufigen Artikel von 1735 und die zweien Vergleiche von 1736, wurden durch diesen Vertrag bekräftiget, und überdem die vorläufigen Artikel vom Jahre 1735 nebst den zweien Vergleichen, wörtlich in denselben eingerückt. Die älteren Verträge wurden jedoch, wie es sich von selbst verstund, nur in so weit sie durch die neuen nicht verändert waren, bekräftiget. In dem zweiten Artikel dieses allgemeinen Friedens versprach der König von Frankreich, „die durch die Pragmatische Sanction vom Jahre 1713, (wo- von man auch eine Abschrift dem Vertrage beygefügt hatte) in dem Hause Oesterreich festgesetzte Erbfolge, auf die kräftigste Weise, zu erhalten; indem man, (so lautete der Vertrag) befunden hätte, daß die allgemeine Ruhe und das Gleichgewicht von Europa, sonst nicht, als durch die Gewährleistung dieser Verfügung erhalten werden könnten; welche der König übernahm, der Kaiser möge Söhne nachlassen, oder, zufolge der gemachten Verfügung, seine älteste Tochter ihm folgen; ohne jemals zuzugeben, daß die Oesterreichischen Staaten getheilt oder getrennet würden.“ In dem zwölften war verabredet, „daß die auf beiden Seiten des Rheins, den Verträgen zuwider, gebaueten Festungen geschleift werden sollten.“ Zufolge dem vierzehnten und sechszehnten „sollte man Bevollmächtigten ernennen, um die Grenzen in dem Elsaß, den Niederlanden und in Lothringen, zwischen dem Kaiser und Frankreich zu bestimmen.“ Durch den siebzehnten ward bedungen, „daß der Handel zwischen den Unterthanen des Kaisers und des Königs von Frankreich auf den Fuß, als in den Verträgen von Ryswyk und Baden festgesetzt wäre, getrieben werden sollte.“ Durch den neunzehnten „wurden alle Fürsten und Stände des Deutschen Reichs in den gegenwärtigen Vertrag eingeschlossen; und die zwey Mächte wollten sich näher vergleichen, welche andere Fürsten und Staaten man dazu einladen sollte.“ Zufolge dem zwanzigsten „sollte der gegenwärtige Vertrag, in sechs Wochen, bekräftiget werden.“ Die übrigen Artikel betrafen das Deutsche Reich insonderheit. Nur versprach der Kaiser, in dem fünften Artikel, das Herzogthum Castro und die Grafschaft Ronciglione, welche beide dem Römischen Stuhle verpfändet waren, niemals einzulösen g).

XXVIII.  
Anmerkungen über diesen Vertrag in Ansehung der Staaten.

Dies war der Inhalt dieses wichtigen Vertrages, welcher so wohl als die vorläufigen Artikel, ohne Vermittelung Großbritannien und der Staaten geschlossen war, die jedoch den ersten Anlaß zu der Unterhandlung, im Jahre 1735 gegeben hatten. Der Ryswyksche Vertrag ward, ohne daß eine Veränderung in dem vierten Artikel desselben gemacht worden, bestätigt. Die Jülich- und Bergische Sache blieb unausgemacht, und die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag für die Oesterreichischen Niederlande wurden in die Länge gezogen. In allen diesen Betrachtungen erreichten also die Seemächte ihre Absicht nicht. Dagegen übernahm der König von Frankreich feierlich die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction; welches die Seemächte allezeit als das gewisseste Mittel die Ruhe und das Gleichgewicht von Europa zu erhalten,

ten, angesehen hatten. Hierin stimmte also der Vertrag mit ihrem großen Endzwecke überein, und er ward, zu seiner Zeit, von beiden Mächten genehmiget. 1738.

Man arbeitete nachher an den Höfen von Madrid und Turin, um die andern Mächte, die der Vertrag anging, zu Annehmung desselben zu bewegen. Die Unterhandlungen hieher wurden in kurzem zu Versailles beschloffen, wo der Gesandte des Königs von Sardinien, (im Namen seines Herrn, dem Vertrage, am 2ten des Hornungs 1739, beyrat. h.) Allein es wäre noch über zweien Monate, ehe die Könige von Spanien und von beiden Sicilien sich dazu entschlossen. Der Hof von Madrid ging schwer an die Abtretung von Toscana und Parma und Piacenza. Aber die Streitigkeiten, die seit einiger Zeit, zwischen diesem Hofe und dem von Großbritannien entstanden waren, und die ihn das Ansehen hatten, daß sie in einen völligen Krieg ausbrechen würden; trugen vieles bey den König von Spanien zu Annehmung des Vertrages zu bewegen; welches in seinem und des Königs der beiden Sicilien Namen, am 21sten April des Jahres 1739, gescheh. i). Der Friede ward in dem folgenden Brachmonate, in den Landen der Fürsten, die ihn geschlossen hatten, und besonders in dem Deutschen Reiche und in Frankreich öffentlich abgekündigt k).

Der Krieg zwischen dem Kaiser und Rußland auf einer, und der Pforte auf der andern Seite, war seit dem Jahre 1736 geführt worden. Der Russische General Lascy hatte Azow, und der General-Feldmarschall Graf von Münnich Perckop erobert, und hernach die Waffen glücklich in der Krüm geführt; wiewohl er im Herbst des gedachten Jahres genöthiget worden war, dieses Land zu verlassen. Der König von Großbritannien und die General-Staaten suchten, im folgenden Jahre, den Frieden zu vermitteln; jedoch ohne Wirkung. Der Französische Hof übernahm hernach die Vermittelung mit besserem Erfolge. Die Krimmischen Tartaren gaben mittlerweile den Russen volle Arbeit. Der kaiserlichen Armee in Ungarn ging es auch nicht nach Wunsch. Sie hatte zwar in dem Feldzuge des Jahres 1737 die Stadt Nissa erobert, aber dieselbe ward im Weinmonate eben dieses Jahres von den Türken wieder eingenommen. Dagegen hatten die Russen sich, im Augustmonate, der Festung Oczakow an dem Dnieper bemächtiget, welche die Türken hernach vergebens belagerten. Im Jahre 1738 ward der Krieg mit ungleichem Glücke fortgesetzt. Der junge Prinz Ragotsky suchte einen Aufstand in Siebenbürgen zu erregen, und verursachte dadurch dem Hofe von Wien einige Unruhe, wo man es auch übel nahm, daß die Unterthanen Großbritanniens und des Staats die Pforte mit allerley Kriegsbedürfnissen versehen. Man antwortete auf die Klagen, die hierüber geführt wurden, „daß, wenn man dieses nicht thäte, man den ganzen Handel nach der Türkei verlieren würde, und daß solches eben so wohl von den Franzosen, als den Engländern und Holländern, gescheh. l).“ Die Russen erhielten diesen Sommer beträchtliche Vortheile zu Wasser und zu Lande, über die Türken und Tartaren; aber den Kaiserlichen war das Glück zuwider. Sie verlohren die Festung Orsova, und litten noch mehrern Schaden. Im folgenden Jahre

h) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. k) Europ. Merc. Jan. - Jun. 1739. bl. 297. p. 524. 305.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIII. l) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1739. bl. 21. p. 527, 532.

1738.

Jahre belagerten die Türken Belgrad. Allein während der Belagerung wurden, durch Frankreichs Vermittelung, einige vorläufige Friedensartikel zwischen dem Kaiser und der Pforte, mit Ausschließung der Kaiserinn von Rußland, geschlossen. Zusetzte einem dieser Artikel ward Belgrad, jedoch mit geschleiften äußersten Festungswerken, den Türken abgetreten. Der Vertrag ward am 1sten des Herbstmonats unterzeichnet m). Etwas hernach ward der Friede zwischen der Kaiserinn von Rußland und der Pforte gleichfalls geschlossen, und dadurch die Ruhe zwischen den meisten Mächten in Europa endlich wieder hergestellt.

XXX.

Ursache der  
Streitigkeiten  
zwischen  
Spanien  
und Groß-  
britannien.

Allein zwischen Spanien und Großbritannien waren, seit einiger Zeit, Streitigkeiten entstanden, die einen neuen Krieg verursachten. Den Staaten der Vereinigten Niederlande ward stark zugesetzt, daß sie an diesem Kriege Theil nehmen mögten; und in der That hatten sie gleiche Beschwerden mit Großbritannien, wider die Spanier. Es wird daher nöthig seyn, die Ursachen dieser Handel hier etwas ausführlicher zu erzählen.

Zustand des  
Handels in  
dem Spani-  
schen Westin-  
dien.

Seitdem die handelnden Völker in Europa, und besonders die Einwohner Großbritanniens und der Vereinigten Niederlande, sich in einem Theile von America, und vornemlich in einigen Inseln, festgesetzt hatten, fingen verschiedene besondere Kaufleute, unter diesen zween Völkern, an, einen heimlichen Handel nach dem Spanischen Westindien zu treiben, wo die Schifffahrt und Handlung allen Fremden scharf verboten war. Die Könige von Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten sich zwar in verschiedenen mit Spanien geschlossenen Verträgen verbindlich gemacht, ihre Unterthanen in diesem Schleichhandel nicht zu begünstigen noch zu schützen. Allein die den Kaufleuten besonders eigene Begierde nach dem Gewinn, hatte viele, von Zeit zu Zeit, angereizet, den verbotenen Handel, der beträchtliche Vortheile brachte, auf ihre eigene Gefahr zu treiben. Der Spanische Hof bekam davon bald Nachricht, und beschwerte sich darüber, als über eine Verletzung der Verträge. Man antwortete darauf, daß der Regierung dasjenige nicht beygemessen werden könnte, was Privatleute, wider die Treue der Verträge, unternommen haben mögten. Der König von Spanien befand daher für gut, andere Mittel zu gebrauchen, um dem Schleichhandel Einhalt zu thun. Er ließ eine größere Anzahl Kriegsschiffe ausrüsten, um die Küsten des Spanischen Westindiens zu besetzen. Die Befehlshaber dieser Kriegsschiffe hatten weit ausgedehnte Befehle, allen verbotenen Handel mit Gewalt zu verhindern. Aber einige derselben ließen sich von den Schleichhändlern, die man in Holland Lorendraaijers nennt, bestechen, damit sie zu ihrem Handel durch die Finger sehen mögten. Andere bedieneten sich der ihnen gegebenen Gewalt, verschiedene Schleichhändler wegzunehmen und aufzubringen: allein einige mißbrauchten dieselbe, um die Küsten auch, wie man will, den erlaubten Handel, der nach den Plätzen, die Großbritannien und den Vereinigten Niederlanden zugehörten, getrieben ward; indem sie die Schiffe in der See durchsuchten und öfters aufbrachten, die zu keinem Schleichhandel bestimmt wa-

ren, oder von denen solches, zum wenigsten, nicht gehörig erwiesen werden konnte. Die Engländer hatten, über dieses Wegnehmen und Aufbringen ihrer Schiffe, schon seit einigen Jahren, an dem Spanischen Hofe Beschwerde geführt; und man war endlich in

in dem 1729 geschlossenen Sevilischen Verträge einig geworden, diese Beschwerden, von 1738. beider Seiten, durch Bevollmächtigte untersuchen zu lassen. Hiemit war auch der Anfang gemacht worden, jedoch ohne, daß die Engländer Genugthuung bekamen. Der Spanische Hof war der Meinung, daß man dem Schleichhandel der Engländer leicht bewahren. Einhalt thun könnte, wenn man nur wollte; aber, daß die Großbritannische Regierung es nicht ungerne sähe, daß einige Privatleute, den Verträgen zuwider, aus dem Spanischen Westindien Vortheile zögen. Man hielt, unter andern, für gewiß, daß die Engländer, unter dem Namen des Assientoschiffes, welches sie, zufolge dem Verträge von 1713, während dreißig Jahren, jährlich nach der Südsee zu schicken, die Erlaubniß hatten, um die Handelsplätze in Neu-Spanien mit Waaren zu versehen, einen großen Schleichhandel trieben. Der König von Spanien hatte daher, im verwichenen Jahre 1737, beschlossene Erlaubniß, welche er jährlich dem Assientoschiffe zu geben pflegte, zurück zu halten. Dieser Schritt bewirkete, daß die Englische Südseegesellschaft, für deren Rechnung das Assientoschiff ausgerüstet ward, sich mit verschiedenen besondern Kaufleuten vereinigte, und bey der Regierung Ansuchung that, die Ersetzung des von den Spanischen Küstenbewahrern ihnen, unrechtmäßiger Weise wie sie behaupteten, zugefügten Schadens von dem Spanischen Hofe zu fordern. Der Englische Gesandte Keene übergab daselbst auch, noch vor dem Ende des verwichenen Jahres, verschiedene ernstliche Vorstellungen, die von dem Spanischen Staatsminister Don Sebastian dela Quadra beantwortet wurden n). Allein der Englische Hof setzte der Antwort des Herrn de la Quadra eine neue Vorstellung entgegen o), welche im April dieses Jahres 1738, von dem Herrn Robert Trevor, der die Angelegenheiten des Königs von Großbritannien in dem Haag wahrnahm, den General-Staaten eingehändigt ward.

Der Englische Hof suchte, von dieser Zeit an, die Staaten zu bewegen, daß sie, Sie suchen zugleich mit Großbritannien, über die Spanischen Räubereyen, wie man sprach, an die Staaten dem Hofe von Madrid Beschwerden führen mögten. Man wußte nämlich, daß die Einwohner der Vereinigten Niederlande, seit einiger Zeit, auch vieles von den Spanischen Küstenbewahrern gelitten hatten. Vor wenigen Jahren waren ihnen noch zwey Schiffe, die von Curassao nach Holland segelten, weggenommen worden. Es hatte auch das Spanische Kriegsschiff, der Triumph, das Holländische Schiff America erobert. Der Vorschaffer van der Meer hatte hierüber schon an dem Spanischen Hofe geklagt, aber keine Genugthuung erhalten. Nachher wurden noch zwey Holländische Schiffe weggenommen p). Allein der Marquis von St. Gil, Vorschaffer des Königs von Spanien bey den Staaten, behauptete, daß wenigstens eines dieser vier Schiffe verbotenen Handel getrieben hätte. Er versprach zugleich, daß, wegen der übrigen, den Eigenthümern gutes Recht wiederfahren sollte q). Er suchte auch die Staaten von dem

Gg 2

Entschlusse,

n) Resol. Holl. 22 Nov. 1737. bl. 658. 12 Febr. 12 Mart. 9 Apr. 21 Nov. 1738. bl. 47. 126, 225, 632. *Foyez* Procès entre l'Espagne et la Grande Bret. p. 8. R. ROLT Represent. of the late General War, Vol. I. p. 13. &c. o) Procès. p. 15.

p) Notul. Zeel. 15 Sept. 25 Nov. 1738. bl. 174, 222. *Zie* Europ. Merc. Jan. - Jun. 1737. bl. 237. Jul. - Dec. 1737. bl. 79, 276. ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 325, 328. q) *Foyez* ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 328. Europ. Merc. Jan. - Jun. 1738. bl. 80.

1738.

Der Spanische Botschafter wirthsch.

Entschlusse, mit den Engländern gemeine Sache zu machen, abzuhalten. Der Englische Gesandte, Horatius Walpole, der im Frühlinge dieses Jahres wieder nach dem Haag gekommen war, drang dagegen stark darauf, insonderheit bey den Ständen von Holland, deren Einwohnern der meiste Schade von den Spanischen Küstenbewahrern zugefüget war. „Ja er verlangte, daß man hier Repräsentanten gegen die Spanier ausgeben mögte, wie man in England zu thun Willens war r).“ Aber St. Hil stellte den Staaten vor, „daß Zeit dazu gehörete, um die Klagen der Engländer zu untersuchen, die vielleicht nicht so gegründet würden befunden werden, als sie vorgäben; daß der König, sein Herr, die Verträge genau zu beobachten gedächte; aber daß es, zufolge denenselben, den Engländern nicht freystünde, in dem Spanischen Gebiete in Westindien zu handeln; daß man auch einig geworden wäre, keine Repräsentantenbriefe gegen einander, als nach verweigertem Rechte, auszugeben; und daß dieses also hier nicht Statt hätte. Daß die Klagen einiger besondern Holländischen Kaufleute von einer andern Art wären, als der Engländer ihre, und nur fünf weggenommene Schiffe betrafen, über deren zwey, mit ehestem, der Ausspruch von dem Rathe von Indien zu Madrid, und hernach von dem Könige, seinem Herrn selbst, in Gegenwart des Botschafters van der Meer, geschehen würde, mit dessen Kenntniß man, schon seit einem Jahre, eine Untersuchung über die Umstände, in welchen die drey übrigen Schiffe weggenommen worden, gehalten hätte. Aus diesem allen zog er den Schluß, daß die Staaten mit den Engländern nicht gemeine Sache, wegen desjenigen, was in Westindien vorgefallen wäre, machen müßten s).“

Ihre Antwort.

Die Staaten antworteten dem Spanischen Botschafter, „daß sie seine Bemühung, sie von der Vereinigung mit den Engländern in den Westindischen Sachen abzuhalten, als etwas betrachteten, das aus einem ernstlichen Verlangen, fernere Weiterungen zu verhüten, herkäme. Daß aber, ihrer Meynung nach, die Klagen der Engländer, über das Anhalten und Wegnehmen ihrer Schiffe, und über die Störung des erlaubten Handels und der Schifffahrt in Westindien, von eben der Art wären, als die, seit einiger Zeit, von den Einwohnern ihres Staats angebrachten Klagen. Daß der Englische Hof ihre Beschwerden an dem Hofe zu Madrid unterstützt hätte, und daß sie also, von ihrer Seite, nicht weniger thun könnten, indem die beiderseitigen Klagen sich auf die Verträge und das Völkerrecht gründeten. Daß es ihnen daher höchst angenehm seyn würde, wenn Seine Katholische Majestät so wohl ihren Unterthanen, als denen von Großbritannien, eine baldige Genugthuung gäbe t).“

Die Spanier klagen über einige Gewaltthatigkeiten der Untrigen in Westindien.

Mitlerweile hatten die Untrigen, die nicht ertragen konnten, daß ihr Handel von den Spanischen Küstenbewahrern gestört würde, auch einige Gewaltthatigkeiten gegen die Spanier verübet. Der Hauptmann Heinrich, oder Johann Paul Brüggemann, hatte, wie die Spanier berichteten, im Herbst des verwichenen Jahres, ein Spanisches Fahrzeug in den Grund gebohret, und dessen Schiffer und Steuermann erst jämmerlich gemartert und hernach erschossen. Vier andere Schiffe von Curassao hatten eine Landung auf der Küste von Cavaques und Cumana gethan, und sich einer großen Menge

r) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 246-251.

s) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 251.

t) Resol. Gener. 12 Apr. 1738. dans le Recueil de ROUSSET Tom. XII. p. 261.



Menge Cacao, Taback und anderer Waaren bemächtigt: bey welcher Gelegenheit verschiedene Spanier um das Leben gekommen waren. St. Gil forderte dafür auch Genugthuung von den Staaten u). Sie ließen bey den Vorstehern der Westindischen Gesellschaft, wegen des vorgefallenen, Erkundigung einziehen, und vernahmen, in kurzem, daß der Befehlshaber von Curassao, zufolge seiner Versicherung, von den meisten Gewaltthätigkeiten, worüber man, von Spanischer Seite, klagte, nicht die geringste Kenntniß gehabt hätte. Der Hauptmann, der den Spanischen Schiffer und Steuermann so grausam behandelt hatte, wäre jedoch von ihm so gleich vor Gericht gefordert worden, und würde auf das schärfste gestraft worden seyn, wenn man sich seiner Person hätte bemächtigen können v). Die Staaten ertheilten auch hernach den Vorstehern der Westindischen Gesellschaft, die wiederum neue Klagen wider die Spanischen Küstenbewahrer eingebracht hatten w), den Befehl durch die Regierung von Curassao eine scharfe Untersuchung wegen der verübten Gewaltthätigkeiten anstellen zu lassen, und Sorge zu tragen, daß man in Westindien die Schranken einer rechtmäßigen Verteidigung nicht überschritte; wie sie ungerne gehört hätten, daß es von einigen geschehen wäre x).

Der Spanische Hof schien, ungeachtet der neuen Klagen, die gegen die Unstigen eingebracht waren, nicht ungeneigt, den Staaten einige Genugthuung zu geben, weil der schickte man in Spanien nicht gerne gesehen haben würde, daß die Vereinigten Niederlande eine Flotte in gemeine Sache mit den Engländern machten, die nunmehr, wie es das Ansehen hatte, die Mitteländische See. zu Thätlichkeiten schreiten wollten; denn die Englischen Kaufleute, und beide Häuser des Parlaments hatten dem Könige stark angelegen, die Ehre der Krone und die Schiffahrt und Handlung der Unterthanen gegen die Spanischen Gewaltthätigkeiten zu vertheidigen y). Man beschloß hierauf, eine Flotte von fünfzig Kriegsschiffen auszurüsten, die unter dem Befehle des Admirals Laddok, im Anfange des Heumonats, auslief, und bis in das folgende Jahr in dem Mitteländischen Meere kreuzete, ohne jedoch einige Feindseligkeiten zu verüben z). Die Staaten waren von den Engländern ersucht worden, einige Schiffe zu ihrer Flotte zu senden; sie hatten ihnen aber zur Antwort gegeben, daß, ehe sie hiezu schritten, sie erst den Ausgang ihrer Unterhandlung an dem Hofe von Madrid abwarten wollten.

Der Botschafter van der Meer, der eine Reise nach Holland gethan hatte, XXXI. war im Brachmonate nach Madrid zurückgekommen, und setzte bald hernach die Unterhandlungen mit dem Herrn dela Quadra wieder fort, die seit einiger Zeit abgebrochen waren. Der Spanische Hof verspricht den Staaten bislich alle Genugthuung, die er auf die Klagen der Staaten geben konnte, angeboten, zum lige Genugandern aber angeführt ward, daß die Staaten den gegen sie angebrachten Klagen noch nicht gehörig abgeholfen hätten. Bey dem ersten Punkte merkte der König an: 1. „daß das Schiff, der junge Cornelius Kalf, welches im Jahre 1723 weggenommen

Ug 3

„men

u) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII.

p. 308.

v) Secr. Resol. Holl. 19 Febr. 19 Sept. 1739.

IX. Deel, bl. 419, 503. Resol. Gener. 17 Febr.

1738. dans le Recueil de ROUSSET Tom.

XII. p. 333.

w) ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 423.

x) Resol. Gener. 12 Apr. 1738. dans le Recueil de ROUSSET Tom. XII. p. 427.

y) Proces, p. 47, 51, 54.

z) R. ROLT Represent. of the late Gener. War, Vol. I. p. 16.

1738.

„men worden, von dem Rathe von Indien zweymal für eine gute Prise erklärt wäre, ob man sich gleich nicht im Stande befände, die Urkunden zu zeigen, worauf dieser Ausspruch gegründet gewesen, weil dieselben unlängst, mit dem königlichen Pallaste verbrannt wären. 2. Daß man durch eben diesen unglücklichen Zufall, auch die Urkunden, welche die im Jahre 1734 weggenommene Schiffe, *Affendelft* und die *Elisabeth* betrafen, verlohren hätte; obwohl nachher durch eine neue Untersuchung entdeckt worden, daß der *Affendelft* in dem Hafen zu *Vera Cruz* gesunken wäre. 3. Daß die Urkunden, welche die Schiffe *America* und *Oostvaard* betrafen, dem Rathe von Indien übergeben wären, der das Recht darüber sprechen würde. Inzwischen wäre der Hauptmann des erstgedachten Schiffes in Freiheit gesetzt worden, um seinen Rechtshandel fortsetzen zu können, wozu ihm und den Eigentümern der andern Schiffe die gehörige Frist gegeben werden sollte; wenn sie aber nicht gerathen finden mögten, vor dem Richter zu erscheinen, würde man ihre Sache aus den Urkunden, die der Rath aus Indien bekommen hätte, aburtheilen müssen.“ Bey dem zweiten Punkte ward angemerkt, „daß die Unterthanen des Königs, in *America*, über die gegen sie verübte Gewaltthätigkeiten, erst bey der Regierung von *Curassao* geklagt hätten, und daß, weil man hier kein Recht hätte bekommen können, man genöthiget worden wäre, sich an die Staaten zu wenden. Daß diese Gewaltthätigkeiten ihren Ursprung von dem verbotenen Handel genommen hätten, welchen man noch auf der Küste von *Caragues* erriebe, und daß die hierüber geführten Beschwerden sehr von den Beschwerden der Staaten unterschieden wären, welche nur den Vortheil einiger besonderen Kaufleute betrafen; dahingegen durch die von den Unterthanen des Staats verübten Gewaltthätigkeiten das Grundgebiet und die Hoheit des Königs verletzt worden wäre: weswegen eine offenbare Genugthuung dafür gefordert würde a).“ Der Vorschaffter *St. Gil* sprach auf gleiche Weise in dem Haag, und behauptete, „daß die Staaten selbst, wegen des Vortheils ihrer Unterthanen, die einen erlaubten Handel nach *Westindien* über *Spanien* trieben, sich verbunden achten müßten, den Schleichhandel zu strafen, und die Küstenbewahrer zu begünstigen; weil, ohne diese, der erlaubte Handel nicht sicher noch vorteilhaft getrieben werden könnte; wie man dieses gesehen hätte, als keine Küstenbewahrer gewesen wären b).“

Die Staaten beweisen, daß ihnen fünf Schiffe zurückgegeben werden müssen.

Die Staaten antworteten dem *Marquis de St. Gil*, „daß die Nichtmäßigkeit der Klagen ihrer Unterthanen allein nach dem Völkerrechte und nach den Verträgen beurtheilt werden müßte, zufolge welchen die fünf Schiffe nicht für verwirft erklärt werden könnten. Daß man daher mit Grunde die Zurückgabe dieser fünf Schiffe gefordert hätte, erstlich, weil drey derselben auf der Reise von *Curassao* nach *Holland*, das vierte auf der Reise von hier nach *Curassao*, und das fünfte aus der Reise nach *St. Lustatus* weggenommen worden wären. Zum andern, weil es den Unterthanen des Staats, wie aus den Münsterischen und Utrechtschen Verträgen erhelle, frey stünde, durch die große See, auf den Küsten von *America*, die von den Staaten besetzt wären, zu schiffen, und alle die fünf Schiffe, auf der ordentlichen Fahrt von und nach *Curassao* genommen wären. Zum dritten, weil das Völkerrecht nicht verstat-

a) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 360.*

b) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII. p. 348. 378.*

„tete, daß die Schiffe der einen, durch die andere Macht, in der vollen See durchge-  
 „sucht würden, wie hier dennoch geschehen wäre: zumal die Krone Spanien sich eines  
 „solchen Rechts, bis auf den Tod Carls des Andern niemals angemaaßt hätte, und  
 „nachher in dem Unrechtfischen Frieden festgesetzt worden wäre, daß die Schifffahrt und  
 „der Handel nach Indien: so wie er zur Zeit Carls des Andern gewesen wäre, erhal-  
 „ten werden sollte. Zum vierten, weil man nimmer beweisen könnte, daß die wegge-  
 „nommenen Schiffe in dem Spanischen Westindien gehandelt hätten, und daher für  
 „verwirkt zu erklären wären: wenn man sie auch gleich mit Indianischen Früchten und  
 „Waaren beladen gefunden hätte: indem nicht das Uebersühren solcher Früchte und Waa-  
 „ren, sondern nur der Handel auf den Spanischen Küsten durch die Verträge für unzu-  
 „lässig erklärt wären, und in Ansehung des letzteren nicht erhellte, daß die weggenom-  
 „menen Schiffe denselben getrieben hätten. Zum fünften, weil durch den Unrechtfischen  
 „Frieden festgesetzt wäre, daß die Verletzungen der Verträge, an dem Orte, wo sie ge-  
 „schehen wären, wenn man die dawider handelnden auf frischer That betroffen hätte, oder  
 „wenn nicht, an dem Orte ihres Aufenthalts gestrafet werden sollten: welche Regel auch  
 „nicht in dem Angriffe und der Einziehung der weggenommenen Schiffe beobachtet wor-  
 „den wäre.“ Zum sechsten, weil man die Schiffer und das Schiffsvolk gefänglich nach  
 „Spanien geführt, und daselbst lange in der Gefangenschaft gehalten hätte, wodurch  
 „sie außer Stand gesetzt worden wären, ihre Unschuld gehörig zu beweisen. Zum sieben-  
 „ten, weil der Vortheil, welchen die Küstenbewahrer bey den Einziehungen hätten, ihr  
 „Zeugniß höchst verdächtig machen müßte. Zum achten, weil der König von Spa-  
 „nien selbst, und nicht der Rath von Indien, der ein zu großes Anliegen dabey hätte,  
 „über das Recht oder Unrecht, womit die weggenommenen Schiffe angehalten worden  
 „wären, den Ausspruch hätte thun sollen. Wenn indessen alle diese Gründe den König  
 „nicht bewegen könnten, die Schiffe zurückzugeben, oder den Staaten, auf eine andere  
 „Weise, Genugthuung zu verschaffen: so wollte man Bevollmächtigte ernennen, die, nebst  
 „des Königs seinen, den Streit gütlich beylegen könnten. Inzwischen sähe man aus  
 „dem gesagten, daß man ganz unrecht verlangte, daß die Staaten selbst den Schleich-  
 „handel ihrer Unterthanen verhindern sollten; weil die Küstenbewahrer die Schiffe der-  
 „selben wegnehmen könnten, wie scharf ihnen auch der Schleichhandel verboten seyn  
 „mögte; wenn sie durch den Wind nur ein wenig von dem rechten Wege getrieben wür-  
 „den, und so gar, wenn sie auch den ordentlichen Strich hielten: wie man schon mehr  
 „als einmal gesehen hätte. Dem ungeachtet wollte man gerne hören, welche Mittel die  
 „Staaten brauchen könnten, um den Schleichhandel ihrer Unterthanen zu verhindern;  
 „indem sie diese Mittel, so bald sie ihnen vorgetragen seyn würden, in ernstliche Ueberle-  
 „gung ziehen wollten.“ Ferner führten sie besonders an, „daß, zufolge den angezeig-  
 „ten Gründen, keines von allen fünf Schiffen hätte für verwirkt erklärt werden können.  
 „Die darin gefundenen Spanisch- Westindischen Waaren wären durch ein Assientoschiff  
 „nach Curassao gebracht, und daselbst geladen worden: wie die zweite Erklärung des  
 „Schiffers und Steuermanns bezeugte, wiewohl sie zuerst, vermuthlich aus Furcht, aus-  
 „gesagt hätten, daß sie dieselben auf der Küste von Caracques und Rio dela Hacha  
 „geladen hätten. Zwen andere Schiffe mit dergleichen Waaren wären bey der Insel  
 „Savona genommen; jedoch, wie aus verschiedenen Erklärungen erhellte, auf der  
 „Rückreise von Curassao, wo sie ihre Ladung eingenommen hätten. Noch ein Schiff  
 „wäre

1738.

„wäre, ohne eine Urfache angeführt zu haben, warum man es so behandelt hätte, aufgebracht, und in dem Coral, folglich auf dem eigentlichen Striche nach Curassao, genommen worden. Das fünfte Schiff wäre, bey der Insel Mona, zwar außerhalb dem rechten Striche nach St. Eustatius, weggenommen worden; aber man hätte bewiesen, daß es, durch eine unrichtige Rechnung von seinem Laufe abgekommen wäre. Und ob man gleich aus den Brieffschaften des Schiffes entdeckt hätte, daß es Waaren, die in dem Spanischen Westindien fielen, hätte laden sollen; so gäbe solches doch den Küstenbewahrern kein Recht es aufzubringen, so lange es nicht auf verbotenen Handel betroffen wäre. Die Gewaltthatigkeiten, worüber man von Spanischer Seite klagte, wären den Staaten zum Theile noch unbekannt. Wegen derjenigen, die ihnen bekannt wären, hätten sie schon längst den Befehl erteilt, sie zu bestrafen. Wegen der unbekannten würden sie eine Untersuchung anstellen lassen, und der Regierung von Curassao, der Westindischen Gesellschaft und allen ihren Unterthanen zugleich befehlen, sich in Westindien auf das genaueste nach dem Völkerrechte, und den geschlossenen Verträgen gemäß, zu betragen: welches auch das einzige wäre, das sie von dem Könige von Spanien verlangten c).“ Dieser Antwort war eine Vorstellung der Westindischen Gesellschaft beigefügt, welche siebenzehn alte und neue Beschwerden gegen die Spanier enthielte, die alle, ihrer Meynung nach, den geschlossenen Verträgen zuwider wären d). Wegen dieser Beschwerden forderten die Staaten gleichfalls Verrückung.

Spanien  
und Groß-  
britannien  
schließen  
einen Ver-  
gleich.

Der Aufenthalt der Englischen Flotte in dem Mittelländischen Meere, wirkte unterdessen so viel, daß der Spanische Hof den Vorschlägen zu einem Vergleiche Gehör gab, worüber in London gehandelt, und der auch im Herbstmonate geschlossen ward. Der Ritter Geraldino unterzeichnete denselben im Namen des Königs von Spanien: aber er ward, wenigstens zum Theile, an dem Spanischen Hofe verworfen, welcher, wie man meynete, nur Zeit zu gewinnen suchte, um mittlerweile Frankreich zu bewegen, daß es sich mit Spanien gegen Großbritannien vereinigte. Die Spanischen Minister machten so viele Ausnahmen in dem Vergleiche, daß man die Befestigung, so als sie dieselbe übersandten, an dem Englischen Hofe gleichfalls von der Hand wies. Man bestund dagegen auf eine unbedingte Befestigung, ohne Ausnahme. Der Gesandte Keene fing mit dem Marquis dela Quadra eine neue Unterhandlung an, und man schloß endlich einen neuen Vergleich in dem königlichen Pallaste Pardo, der am 14ten Jenner des Jahres 1739 unterzeichnet ward. Der Inhalt desselben war, „daß der König von Großbritannien so gleich zween Bevollmächtigten ernennen würde, die, sechs Wochen nach der Auswechslung dieses Vergleichs, zu Madrid mit zween Spanischen Bevollmächtigten in Unterhandlung treten sollten, und zwar nicht nur über die beiderseitigen Forderungen der zwey Kronen, wegen des Handels in Europa und America, sondern auch über die Grenztheilung von Florida und Carolina, und andere Streitigkeiten; welche alle, zufolge den Verträgen, abgethan werden sollten. Daß der König von Spanien, innerhalb vier Monaten, dem Könige von Großbritannien zum Abschlusse der Rechnung, wegen des auf beiden Seiten gelittenen Schaden,

c) Resol. Gener. Jovis 27 Nov. 1738.

dans le Recueil de ROUSSET Tom. XII.  
p. 381.

d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XII.  
p. 423.

„dens, fünf und neunzig tausend Pfund Sterlings bezahlen, hierunter aber die For-  
 „derungen, die zwischen der Krone Spanien und der Assiento-Gesellschaft in England  
 „noch zu vergleichen stünden, nicht begriffen seyn sollten c).“ Allein vier Tage vor dem  
 „Schlusse dieses Vergleichs, hatte der Marquis dela Quadra die schriftliche Erklärung  
 „gethan, „daß der König, sein Herr, sich das Recht vorbehielte, den Assiento oder  
 „Esklavenhandel aufzuheben, im Falle die Gesellschaft ihm nicht, innerhalb einer kurzen  
 „Zeit, die acht und sechzig tausend Pfund Sterling bezahlte, welche sie ihm für die Ab-  
 „gabe von den Sklaven, und von den Vortheilen des Schiffes die *Royal Caroline*,  
 „schuldig zu seyn erkannt hätte.“ Er fügte hinzu, „daß der König, unter dieser  
 „Bedingung allein, den Vergleich zu unterzeichnen erlaubete f).“ Der König von *Er wird in*  
*Großbritannien* hatte dem Parlamente alsbald Nachricht von dem geschlossenen England  
 „Vergleiche gegeben, und beide Häuser danketen ihm feierlich für seinen Eifer für das *verworfen*  
 „gemeine Beste. Allein so bald nur der Inhalt des Vergleichs unter dem Volke be-  
 „kannt geworden war; so verspürte man eine gewaltige Gährung in den Gemüthern.  
 „Der Vergleich ward überhaupt als schimpflich und der Englischen Nation schädlich  
 „ausgeschrien. Die Minister wurden für verdächtig gehalten, als wenn sie sich von  
 „Spanien hätten bestechen lassen, die Angelegenheiten des Vaterlandes zu verrathen.  
 „Der Ritter Robert Walpole insonderheit war dem gemeinen Hasse bloßgestellt;  
 „und das Volk bezeugte ein so heftiges Verlangen nach dem Kriege mit Spanien,  
 „daß der Hof vergebens arbeitete, es zu beruhigen. In dem Parlamente war jedoch  
 „die Hofsparthei bey weitem die stärkste. Der Vergleich ward von beiden Häusern  
 „genehmiget; wiewohl vierzig Lords in dem Oberhause gegen diese Genehmigung pro-  
 „testirten g). Allein das Volk war hiemit nicht zufrieden; und die Südseegese-  
 „schaft erklärte sich auch ungeneigt, die acht und sechzigtausend Pfund Sterlings, die  
 „Spanien von ihr forderte, zu bezahlen: worauf der König Philipp die verspro-  
 „chenen fünf und neunzig tausend Pfund gleichfalls zurückbehielte h). Der Admiral  
 „Zaddok, der mit der Flotte schon zurückgerufen war, war seitdem angewiesen wor-  
 „den, bis auf näheren Befehl, auf der Spanischen Küste zu bleiben: welches von  
 „dem Spanischen Hofe als eine Verletzung des Vergleichs angesehen ward. Man  
 „streute, von beiden Seiten, einige Schriften gegen einander aus, welche die Ver-  
 „bitterung unter beiden Völkern vermehrten i), und besonders unter den Engländern,  
 „die so stark nach Kriege schrien, daß der König endlich im Heumonate beschloß, Re-  
 „pressalienbriefe gegen die Spanier auszugeben. An dem Spanischen Hofe ward in  
 „kurzem ein gleicher Entschluß gefaßt k). Hierauf wurden alle Unterhandlungen ab-  
 „gebrochen. Der König von Großbritannien erklärte den Krieg gegen Spanien *Die zwei Kro-*  
*an* 1739. *kosten des Weinmonats l);* worauf, ungefähr einen Monat hernach, auch die *nen erklären*  
 „Kriegserklärung des Königs von Spanien gegen Großbritannien folgte m). *den Krieg ge-*  
 „Der König von Großbritannien führte, in der seinigen, diese Ursachen an, „daß *gen einander.*  
 „die

e) Proces entre l'Espagne et la Grande Bret. p. 56.

f) Proces entre l'Espagne et la Grande Bret. p. 65.

g) Proces, p. 155, 157.

VIII Theil.

h) Proces, p. 179.

i) Voyez Proces, p. 163, 168, 179, 191.

k) Proces, p. 235, 238.

l) Proces, p. 242.

m) Proces, p. 248.

1739.

„die Spanischen Küstenbewahrer, seit vielen Jahren große Gewaltthätigkeiten gegen seine Unterthanen verübet, und ihre Schiffe, dem Völkerrechte und den geschlossenen Verträgen zuwider, weggenommen hätten. Daß er lange vergebens um Genugthuung angehalten; daß man endlich im letztverwichenen Jenner einen Vertrag gleich geschlossen, und der König von Spanien darin die Bezahlung einer gewissen Summe, innerhalb einer gewissen Zeit, versprochen hätte, die lange verfloßen, die Bezahlung aber nicht erfolgt wäre.“ Der König von Spanien meldete keine besonderen Ursachen in seiner Kriegserklärung. Er zeigte nur an, „daß er die unregelmäßigen Forderungen Großbritanniens, dessen Verletzung verschiedener Verträge und dessen letzte Kriegserklärung nicht länger dulden könnte; und daher allen Handel mit den Engländern und die Einföhrung aller Englischen Waaren, Gewächse und Zeuge auf das schärfste verboten haben wollte.“

Die Staaten  
bleiben neu-  
tral.

Da die Staaten der Vereinigten Niederlande zeitig vorher gesehen hatten, daß die zwischen den zwei Kronen entstandenen Handel in einen offenbaren Krieg ausbrechen würden; so hatten sie zugleich beschlossen, zwischen Spanien und Großbritannien, mit welchen beiden sie verbunden waren, eine vollkommene Neutralität zu beobachten, insonderheit, wenn Frankreich nicht die Spanische Partey nähme. Sie wurden zwar ersucht, sich mit Großbritannien zu vereinigen; aber sie sahen leicht vorher, daß der Krieg in solchem Falle allgemein werden würde: welches sie verhüten wollten. Sie hielten es auch ihrem Handel auf Spanien zuträglich, wenn sie aus dem Kriege blieben. Der Spanische Hof war mit diesem ihrem Entschlusse so zufrieden, daß er in kurzem befahl, zwey der genommenen Schiffe zurückzugeben, mit dem Versprechen, nach Verlaufe von acht Monaten, noch zwey andere frey zu lassen, wofern man, vor dieser Zeit keine Beweise aus Westindien bekäme, daß sie eingezogen werden müßten. Aber für das fünfte Schiff, welches schon vor vielen Jahren verkauft war, erfolgte keine Vergütung.

XXXII.  
Erneuerung  
des Handels-  
vertrages  
zwischen  
Frankreich  
und diesem  
Staate.

Der König von Frankreich war von dem Spanischen Hofe nicht weniger, als die Staaten von dem Großbritanischen, ersucht worden, an diesem Kriege Theil zu nehmen; aber bisher schien es, daß er eben so wie die Staaten neutral bleiben wollte; wiewohl er bald hernach anfang, sich stark zur See zu rüsten. Die Staaten hatten, schon seit einiger Zeit n), mit dem Französischen Hofe in Unterhandlung, wegen Erneuerung des Schiffahrts- und Handelsvertrages, gestanden, der im Jahre 1713, auf fünf und zwanzig Jahre, die nun zum Ende gegangen waren, geschlossen war. Der Vorthschafter, Abraham van Zoey, handelte darüber mit dem königlichen Staatssecretär, Herrn Amelot o). Allein der Cardinal von Fleury machte Schwierigkeiten, den Vertrag zu schließen, so lange er nicht versichert war, daß die Staaten sich nicht in den bevorstehenden Krieg, zwischen Spanien und Groß-

n) Resol. Gener. Jovis 11 April, Jovis 2 May, 1737. Secr. Resol. Holl. 4 Jun. 22 Aug. 1738. IX. Deel, bl. 307, 364.

o) Notul. Zeel. 26 Mart. 1737. bl. 69. 24

Mart. 9 Sept. 25 Nov. 1738. bl. 58, 162, 222. Resol. Gener. Lunae 19 Mart. 20 May. 1738. Jovis 18 Jun. Vener. 13 Nov. 1739. Schreiben des Vorthsch. van Zoey vom 23 May 1738. 18 Jul. 5, 26 Oct. 1739.



Großbritannien, mischen würden. Man beruhigte den Französischen Hof hierüber in kurzen dergestalt, daß der neue Schiffahrts- und Handelsvertrag, wiederum auf fünf und zwanzig Jahre, zu Versailles, am 21sten des Christmonats dieses Jahres, unterzeichnet ward. Er kam, in den meisten und vornehmsten Artikeln, mit dem Utrechtschen vom Jahre 1713 überein p). Die Niederländischen Schiffahrtsschiffe wurden darin auch von der Bezahlung der fünfzig Stüber von der Tonne befreuet, außer wenn sie die Ladung in einem Französischen Hafen eingenommen hatten, und sie in dem andern löscheten. Uebrigens war demselben ein Verzeichniß beigelegt, in welchem die Abgaben von den beiderseitigen einkommenden Waaren, Fischereyen und Zeugen bestimmt waren q). Nachdem der Vertrag, von beiden Seiten, gehörig bekräftiget war r); so ward er hier zu Lande, im Jenner des folgenden Jahres, abgekündigt s); aber es verging noch einige Zeit, ehe er, bedungener Maassen, in dem Parlamente zu Paris, eingezeichnet ward t). Der Handel des vereinigten Staats würde beträchtliche Vortheile aus diesem Vertrage und aus der Schiffahrt auf Spanien, während dem Kriege zwischen diesem Königreiche und Großbritannien, gezogen haben, wenn ihre Nachbarn denselben ungehindert hätten treiben lassen. Aber die Englischen Kreuzer und Kriegsschiffe trugen kein Bedenken, die Rauffahrer des Staats, auf die Vermuthung, daß sie verbotene Waaren führten, anzuhalten, durchzusuchen, aufzubringen, und öfters einzuziehen: welches alles dem Handel des Staats höchst nachtheilig war. Die bald hernach in dem Zustande der Sachen von Europa vorgefallene Veränderung gab auch Anlaß, daß die vortheilhaften Artikel des Handelsvertrages mit Frankreich widerrufen und eingeschränket wurden; worauf in kurzem noch größere Erweiterungen folgten.

p) Man sehe B. LXVIII. §. XXIX. Th. VII. S. 423.

r) Secr. Resol. Holl. 13 Jan. 1740. IX. Deel, bl. 546. Notul. Zeel. 7 Jan. 8 Febr. 1740. bl. 8. 68.

q) *Zie Groot-Plakaatb.* VI. Deel. bl. 324. *Rousset Recueil*, Tom. XIV. p. 447. *et suiv.*

s) *Zie Groot-Plakaatb.* VI. Deel, bl. 338. t) *Voyez Rousset Recueil*, Tom. XIV. p. 448.





Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Fünf und siebenzigstes Buch.

### Inhalt.

- I. Englische Kriegsverrichtungen in Indien. II. Strenger Winter. Aufrührische Bewegungen in Holland. III. Kriegsrüstungen in Frankreich. Gesandtschaft der Staaten an den König der beiden Sicilien. Veränderung in dem Russischen Reiche. Die Staaten vermehren ihre Landmacht. IV. Die Isländfahrer werden von den Dänen genommen. V. Streit der Lutherischen Gemeinde in dem Haag. Er wird von der Regierung beigelegt. VI. Aufruhr in Batavia. Ermordung der Chineser daselbst. VII. Der Kaiser Carl VI. stirbt. Zustand der Pragmatischen Sanction. Die Erzherzogin Maria Theresia läßt sich als Königin von Ungarn und Böhmen ausrufen. VIII. Der Kurfürst von Bayern nimmt die ganze Erbschaft des Kaisers in Anspruch. Gründe seines vorgewandten Rechts. Sie werden von dem Hofe zu Wien widersprochen. IX. Der Großherzog von Toscana wird zum Mitregenten von der Königin von Ungarn erklärt, und ihm die Böhmisches Kurstimme aufgetragen. Streit hierüber. Die Königin sucht Hülfe bey den Staaten. X. Friedrich II. König von Preußen macht Anspruch auf einen Theil von Schlesien. Der Hof von Wien widerlegt seine Gründe. XI. Er fällt in Schlesien ein. Siebt den Staaten davon Nachricht. Ihre Antwort. Seine Unterhandlung mit der Königin von Ungarn. Schlacht bey Molwitz. XII. Der König von Spanien fordert die ganze Oesterreichische Erbschaft; der König von Sardinien Meilano. Die Königin von Ungarn vergleicht sich mit ihm. XIII. Der König von Polen macht, als Kurfürst von Sachsen, auf alle Oesterreichische Staaten Anspruch. Anmerkungen über die Sächsischen und Bayerischen Ansprüche. XIV. Frankreich leistet den Kurfürsten wider die Königin von Ungarn Beystand. XV. Zwey Französische Kriegsheere werden zusammen gezogen. Kriegsverrichtungen in Ober-Oesterreich. In Böhmen. Prag geht verloren. XVI. Georg II. schließt, als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, einen Neutralitätsvertrag. Der Schwäbische Kreis und der Kurfürst von Cöln gleichfalls. XVII. Zustand des Kriegs zwischen Spanien und Großbritannien. Begegnisse zwischen Französischen und Englischen Kriegsschiffen. Die Engländer nehmen viele Niederländische Kauffahrer weg. XVIII. Die Staaten beschließen eine zweite Vermehrung ihrer Landmacht. Sie suchen den König von Preußen mit der Königin von Ungarn zu vergleichen.

Die Schanze bey Westervoort wird angelegt. Die Königin bekommt eine Geldhülfe. XIX. Durchbrüche der Dämme an den Flüssen, und Ueberschwemmungen hier zu Lande. XX. Krieg zwischen Rußland und Schweden. Veränderung der Regierung in Rußland. Kriegsvorrichtungen in Italien. XXI. Der Kurfürst von Bayern wird Kaiser, unter dem Namen Carls VII. Ober-Oesterreich wird wieder erobert. Bayern wird eingenommen. Kriegsvorrichtungen in Mähren und Böhmen. Schlacht bey Czaslau. XXII. Friede zwischen der Königin von Ungarn und dem Könige von Preußen. Prag wird wieder erobert. XXIII. Dritte Vermehrung der Kriegsmacht des Staats. Unterhandlung mit Frankreich und mit Großbritannien. Personensteuer in Holland. XXIV. Berathschlagungen in der Versammlung der Stände von Holland wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Beystandes. Dordrecht und Briel sind mit den andern Ständen nicht einig. Amsterdams

Vorschlag. XXV. Eine Gährung wird unter dem Volke durch gedruckte Schriften erregt. XXVI. Der Prinz von Oranien will die Stelle eines General-Lieutenants über das Fußvolk nicht annehmen. XXVII. Bündnisse zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. Der Streit wegen Friesland und Berg wird verglichen. XXVIII. Uneinigkeit der Provinzen. Gesandtschaft nach Dordrecht und Briel. Vorstellung in dem alten Rath zu Dordrecht. XXIX. Antwort des alten Rathes. Dessen Vorschlag. XXX. Vorstellung an den Rath zu Briel. Dordrecht giebt etwas nach. Schluß der Mehrheit. Dordrecht und Briel protestiren. Holland schreibt an die andern Provinzen. XXXI. Gesinnungen der Stände von Utrecht. Der Quartiere von Nimwegen, Fürphen und der Velau. XXXII. Die General-Staaten beschließen, durch die meisten Stimmen, der Königin von Ungarn mit zwanzigtausend Mann beizustehen.

In England hatte man sich, seit einiger Zeit, so stark zur See gerüstet, daß man sich, so bald nur der Krieg gegen Spanien erklärt war, im Stande befand, die Feindseligkeiten in verschiedenen Gegenden anzufangen; besonders in Indien, welches den König von Spanien in den Stand setzte, den Krieg auszuhalten, und wo man glaubete, ihn mit dem meisten Vortheile angreifen zu können. Der Unteradmiral Edward Vernon war, schon vor der Kriegserklärung, mit einem Geschwader von sieben Kriegsschiffen nach Jamaica gesegelt. Von hier gieng er, in der Mitte des Wintermonats, nach Porto Bello, dem gewöhnlichen Hafen und Marktplatz der Spanischen Gallionen. Am 2ten des Christmonats eroberte er die zwei Schanzen, welche den Hafen bedeckten, und den folgenden Tag ergab sich die Stadt an ihn, mittelst eines Vergleichs. Er bekam hier eine gute Anzahl metallener und eiserner Canonen, die theils vernagelt, theils nach Jamaica geführt wurden. Die Stadt ward, nach Schleifung der Festungswerke an dem Hafen, verlassen a). Sonst ward der Krieg, durch Wegnehmung vieler Kaufschiffe

H 3

a) Man sehe die Briefe in dem Europ. Merc. Jan.-Jun. 1740. bl. 149, 201. R. ROLT Re-

pref. of the late War, Vol. I. p. 47. &c.

1739.

I.

Englische Kriegsvorrichtungen in Indien.

1739.

teyschiffe auf beiden Seiten, fortgesetzt. Im Herbstmonate des folgenden Jahres gieng Georg Anson mit einem Geschwader nach der Südsee unter Segel. Er verbrannte auf diesem Zuge die Stadt Paita, und eroberte, am letzten des Brachmonats im Jahre 1743, eine reich beladene Gallion, welche jährlich von Manilla nach Acapulco gesandt zu werden pflegte b). Allein die Unternehmungen der Engländer auf Carthagena und Cuba mißlungen, vornehmlich, wie man will, wegen des Mißverständnisses zwischen ihren Befehlshabern zur See und zu Lande c).

II.  
Strenger  
Winter.

1740.

Im Weinmonate des Jahres 1739 sieng es, hier zu Lande, an mäßig zu frieren; jedoch im Wintermonate änderte sich das Wetter gänzlich; so daß man einen gelinden Winter vermuthete. Allein am 4ten Jenner des folgenden Jahres stellte sich der Frost wieder mit solcher Heftigkeit ein; daß niemand sich eines so strengen Winters erinnerte. Am 10ten und 11ten war die Kälte am stärksten: Verschiedene Menschen froren, in der Nacht, auf den Straßen todt. Die Südersee lag allenthalben mit dicken Eise bedeckt, und man fuhr verschiedene Wochen mit Pferden und Schlitzen darüber. Die Nordsee war, bis auf eine halbe Meile vom Strande, zugefroren. An einigen Orten in Holland fror es, in vier und zwanzig Stunden, drey Zolle dick, und man versichert, daß, im Anfange des Märzmonats, das Eis, in dem Harlemer Meer, noch zwanzig Zolle dick gewesen sey. Das Wetter schien zuweilen zwar ein wenig gelinder zu werden; aber der Frost kam immer wieder, bis daß es am 10ten des Märzmonats beständig zu thauen anfing; wodurch das Eis allmählig vergieng. Der Frost hatte unterdessen großen Schaden an den Feldfrüchten und den Bäumen gethan, und eine gewaltige Theurung in den Lebensmitteln verursacht, wozu der kalte Frühling auch vieles bestrug. An Futter für das Vieh war großer Mangel; welches vielem Hornviehe in Frisland das Leben kostete d). Die Theurung der Lebensmittel hielt bis zum Ende des Sommers an, und verursachte einigen Unwillen unter dem Volke hier zu Lande, woraus, im Augustmonate und etwas hernach, aufrührische Bewegungen in einigen Städten entsunden, die nicht ohne Mühe gestillet wurden. Zu Rotterdam ward eines Grüsmachers Haus, und eines andern seines zu Delft angefallen. Aber die in die Waffen gekommene Bürgerschaft that dem Muthwillen eilig Einhalt. In dem Haag wurden die Häuser zweener Grüsmacher von dem Pöbel angegriffen, welcher sich durch die Besatzung und die Bürgerschaft, welche Befehl hatte scharf zu schießen, kaum bändigen ließ e). Der Hof von Holland gab hierauf, am 17ten, eine scharfe Verordnung gegen dergleichen aufrührische Unternehmungen heraus f).

Aufrührische  
Bewegungen  
in Holland.

1741.

I.

III.  
Kriegs-  
rungen in  
Frankreich.  
Unterhand-  
lungen des  
Französi-  
schen Hofes.

Die Kriegsrüstungen in England wurden dies Jahr so stark fortgesetzt, daß der Französische Hof daher einen Vorwand nahm, in kurzem auch zwey Geschwader in See zu bringen, die zu Brest und zu Toulon versammelt waren. Der König von Frankreich, entweder weil er, wie man meynete, schon beschossen hatte, den Kaiser, mit welchem er kaum Frieden gemacht hatte, von neuem zu bekriegen; oder weil er vorhersah, daß der zwischen Spanien und Großbritannien entstandene Krieg bald allge-  
mein

b) Man sehe des Lord Ansons Reise um die Welt, beschrieben von Richard Waltern.

d) Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1740. bl. 59. 194. 253. 298.

c) R. ROLT Repref. of the late War, Vol. I. p. 110. &c. 261. &c.

e) Nachr. in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1740. bl. 123.

f) Groot-Plakaatb. VI. Deel, bl. 575.

mein werden würde, hatte, nach einem mit Schweden im Jahre 1738 geschlossenen Hülfsvertrage, wovon wir, in der Folge, etwas näheres werden melden müssen, im vorwärtigen Jahre ein Schußbündniß zwischen dieser Krone und der Pforte bewirkt, worin man sich einander, insonderheit gegen Rußland, welches mit dem Kaiser verbunden war, beizustehen versprach g). Etwas hernach ward auch ein Friedens- und Handelsvertrag zwischen der Pforte und dem Könige der beiden Sicilien geschlossen h); welcher, wie man in Frankreich hoffte, den Weg zu einer näheren Verbindung der zwei Mächte, zum Nachtheile des Hauses Oesterreich, bahnen sollte. Die Staaten der Vereinigten Niederlande, welche die Freundschaft mit dem Hofe von Neapel unterhalten wollten, hatten, nach vielen Berathschlagungen i), auf den Vorschlag von Holland, im Anfange dieses Jahres, den Herrn Johann Egidius von Egmond von der Nienburg dahin gesandt, um dem Könige, der sich, im Jahre 1738, mit Maria Amalia, einer Tochter des Königs von Polen, vermählt hatte, zu dieser Heirath Glück zu wünschen, und wegen eines Freundschafts- Handels- und Schifffahrtsvertrages eine Unterhandlung anzufangen k). Aber Frankreich, welches genauer als sie mit dem königlichen Hause verbunden war, sah ungern, daß die Staaten eine größere Vereinigung mit den beiden Sicilien suchten. Die Unterhandlung zu Neapel über einen Handelsvertrag erregte auch einige Eifersucht bey den Engländern, deren Schifffahrt auf dem Mittelländischen Meere, seit dem Ausbruche des Krieges mit Spanien, sehr gehindert worden war. Die Unterhandlung der Staaten hatte daher einen langsamen Fortgang. Man entwarf zwar einen Handelsvertrag; aber die Veränderung, die noch vor dem Ende des Jahres in dem Zustande der Sachen von Europa vorfiel, hielt die Vollziehung desselben auf, ob man gleich noch bis in das Jahr 1742 darüber in dem Haag handelte l). Die Franzosen waren inzwischen auch mit Unterhandlungen an dem Hofe von Petersburg beschäftigt, wo ein großes Mißvergnügen wider die gegenwärtige Regierung entstanden war. Das Haus Dolgorouki, welches, kurz nachdem die ige Kaiserinn den Thron bestiegen hatte, in Ungnade gefallen war, hatte dieses Mißvergnügen ernährt, und wie gesagt wird, eine Zusammenverschwörung angezettelt, um die Prinzessin Elisabeth, Peters des Ersten Tochter, auf den Thron zu setzen (\*). Aber der Anschlag ward entdeckt, und in den Rädelsführern scharf gestraft m). Man glaubete überhaupt, daß die Franzosen die Hand im Spiele gehabt hätten, und daß der Aufstand von den Schweden unterstützt worden

Veränderung in Rußland.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 2.

h) ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 7.

i) Notul. Zeel. 30 Apr. 1738. bl. 126. 26 Nov. 1739. bl. 261.

k) Man sehe seine Verhaltungsbefehle in den Secr. Resol. Holl. 21 Oct. 1738. IX. Deel. bl. 371. S. auch Europ. Merc. Jan.-Jul. 1740. bl. 174.

l) Secr. Resol. Holl. 26 Nov. 1740. 17 Jan. 1741. IX. Deel. bl. 645, 647. Resol. Holl. 20 Apr. 1741. bl. 350. 9. 23 Nov. 1742. bl. 785, 956. Notul. Zeel. 4 Febr. 1740. bl. 64. 28 Febr. 1741. bl. 83.

m) Sie Europ. Merc. Jan.-Jul. 1740. bl. 18. Jul.-Dec. 1740. bl. 114, 200. MONTGOM Memoir. Tom. VII. p. 452.

(\*) Diese Ursache wird jedoch nicht in dem am 12 Nov. 1739. bekannt gemachten Urtheile wider die Dolgorouki angeführt, sondern ihre Verbrechen haben in Schimpf- und Lasterworten wider die Kaiserinn und ihre Familie und anderen älteren Missethaten bestanden. Man sehe das Urtheil in der neuen Europ. Jama Th. 55. S. 629.

1740.

worden seyn würde. Als die Kaiserin im Weinmonate in eine schwere Krankheit verfallen war; so erklärte sie den Prinzen Jwan oder Johann, einen Sohn ihrer Schwestertochter Anna, gebornen Prinzessin von Mecklenburg, die im verwichenen Jahre mit dem Braunschweig - Wolfenbüttelschen Prinzen Anton Ulrich vermählt worden war n), zu ihrem Nachfolger o). Weil aber derselbe ein Kind von kaum zweien Monaten war; so ernannte sie hernach, während seiner Minderjährigkeit, ihren Günstling, den Grafen von Biron, den sie im Jahre 1737, statt des damals verstorbenen Heims ihres Gemahls, zum Herzoge von Curland, durch ihre mächtige Empfehlung, hatte wählen lassen, zum Regenten des Reichs. Bald hernach starb sie. Der junge Prinz ward darauf zum Kaiser ausgerufen, und der Herzog von Curland trat die Regierung an. Allein die Mutter des jungen Kaisers, die nothwendig darüber sehr empfindlich seyn mußte, daß sie sich nicht nur durch ihren Sohn von dem Throne, sondern auch durch den Herzog von der Regentschaft ausgeschlossen sah, ließ den letzteren durch den Grafen von Münnich in Verhaft nehmen, und in Schlüsselburg gefangen setzen. Sie übernahm darauf, unter dem Titel einer Großfürstin aller Rußien, die Regierung selbst, und schickte den Herzog von Curland, nebst allen den Seinigen, nach Sibirien in das Elend p). Diese unvermuthete Veränderungen an dem Russischen Hofe, worauf der Krieg mit Schweden folgte, waren Ursache, daß man sich daselbst eine Zeitlang wenig mit auswärtigen Sachen beschäftigen konnte. In Frankreich begnügte man sich nicht mit den Seerüstungen, deren wir zuvor gedacht haben, sondern man sieng auch an die Kriegsmacht zu Lande zu vermehren. Es ward auch zu Grävelingen an zwöcen Schleusen gearbeitet, von denen eine in den Stand gesetzt werden sollte, große Schiffe durchzulassen. Als die Staaten der Vereinigten Niederlande sahen, daß ihre Nachbarn sich rüsteten, und nicht wußten, ob sie die Neutralität würden behaupten können; so beschloßen sie, im Augustmonate, ihre Landmacht mit eilftausend fünfhundert und achtzehn Mann zu vermehren, die gegen den 25ten März des Jahres 1741 bereit seyn sollten q). Man hatte schon, seit einigen Monaten, über diese Vermehrung und zugleich über die Ausrüstung von zwölf Kriegsschiffen gerathschlaget. Aber die Einwilligung der meisten Provinzen, und insonderheit der von Seeland, war langsam einkommen. Mittlerweile hatte man, schon im Maymonate, den Entschluß gefaßt, vorläufig sechs Schiffe in See zu bringen r).

Die Staaten  
vermehrten  
ihre Land-  
macht.

## IV.

Die Dänen  
nehmen eini-  
ge Island-  
fahrer weg.

Die Einwohner einiger Dörter an der Maas in Holland waren, seit langer Zeit, auf den Fischfang an den Küsten von Island gefahren, und hatten, bey dieser Gelegenheit, einigen Handel auf dieser und den Ferroischen Inseln getrieben. Allein der König von Dänemark, der vorlängst die Oberherrschaft über diese Inseln besaß, hatte, im Jahre 1733, einer Gesellschaft in seinem Königreiche einen Freybrief erteilet, auf diesen Inseln, mit Ausschließung aller andern, zu handeln. Die Holländer kehrten sich an diesen Freybrief nicht, und setzten ihren Handel, nach alter Gewohnheit, fort. Der König von Dänemark, der, seit einiger Zeit, auch den Wallfischfang der Niederländer

n) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1739. bl. 67.

o) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1740. bl.

242.

p) MONTGON Tom. VII. p. 456. 457.  
Europ. Merc. Jul. - Dec. 1740. bl. 293. enz.

q) Resol. Gener. 25, 31 Aug. 1740.

r) Resol. Holl. 17 Sept. 1740. bl. 587.  
Notul. Zeel. 21 Jan. 4, 15 Febr. 11, 14, 28 Apr.  
1740. bl. 40, 41, 65, 66, 75, 183, 196, 222. Resol. Gener. Mart. 31 May, 1740.



länder in Grönland und in der Strafe Davis zu hindern suchte, hatte dieses Jahr ein Kriegsschiff in diese Gegenden gesandt, und dem Befehlshaber anbefohlen, sich dem Isländischen Handel der Unstigen mit Gewalt zu widersetzen. Er bemächtigte sich, ohne Mühe, sechs Holländischer Fahrzeuge, Soekers genannt, von denen fünf zu Kopenhagen aufgebracht wurden. Das sechste entkam der Gefahr glücklich, nachdem drey Holländische Matrosen fünf Dänische Soldaten, denen das Fahrzeug anvertraut war, überwältiget hatten. Nachdem die Staaten von dieser Gewaltthätigkeit unterrichtet worden waren; so gaben sie ihrem Residenten Coeymans, zu Kopenhagen, den Befehl, die weggenommenen Fahrzeuge zurückzufordern. Er übergab zu diesem Ende auch verschiedene Vorstellungen an dem Dänischen Hofe. Allein die Dänischen Staatsminister hielten dafür, daß die Holländischen Fahrzeuge einen verbotenen Handel getrieben hätten, und daher mit Rechte eingezogen wären. Der Resident gab sich also vergebliche Mühe. Die Fahrzeuge wurden nicht frey gegeben. s)

In der lutherischen Gemeinde in dem Haag waren, seit einigen Jahren, Uneinigkeiten entstanden, und so weit gegangen, daß die hohe Landesregierung damit befehliget worden war. Der zur Ruhe gesetzte Prediger dieser Gemeinde, Mauritius Maassen, hatte schon, im Jahre 1738, bey der hohen Landesregierung eine Schrift eingeleget, worin er sich sehr über den großen Kirchenrath beschwerte, daß derselbe ihm, nachdem er von dem Predigen frey erklärt worden, wider den Gebrauch Sitz und Stimme in den Kirchenversammlungen, und das Recht außer der Kirche zu taufen untersagt, und ihn überdem zu einer Geldstrafe von hundert sieben und dreyßig Gulden und zehn Stüver, welches die Hälfte seines vierteljährigen Gehalts wäre, zum Vortheile des dortigen lutherischen Waisenhauses, verurtheilt hätte. Nachdem die Stände die Bittschrift untersucht hatten; so fanden sie nicht rathsam, sich unmittelbar in bloß kirchliche Streitigkeiten zu mengen, als in so weit jemanden ihrer Unterthanen von der lutherischen Religion dadurch Unrecht geschähe. Jedoch hielten sie dafür, daß der Kirchenrath die Grenzen seiner Gewalt, in der dem Prediger Maassen aufgelegten Geldstrafe, überschritten hätte; und sahen dieses als eine unrechtmäßige Anmaassung einer bürgerlichen Gerichtsbarkeit an, welche sie nicht dulden könnten: weswegen sie die Auflegung dieser Geldstrafe so gleich für nichtig erklärten. Den Ausspruch über die Kirchenstreitigkeiten aber übertrugen sie den dreyen vornehmsten lutherischen Gemeinden in Holland, denen zu Harlem, Leiden und Amsterdam. Und weil sie zugleich gehört hatten, daß die lutherischen Prediger zuweilen, auf eine beleidigende Art, von der Lehre der öffentlichen Kirche dieser Lande sprächen; so ließen sie ihnen ernstlich andeuten, daß sie sich hievor hüten sollten t). Die drey Gemeinden, welchen der Ausspruch der Kirchenstreitigkeiten von den Ständen von Holland überlassen war, arbeiteten eine geraume Zeit, ehe sie Mittel fanden, dieselben beizulegen. Endlich erklärten sie, im April- und Maymonate dieses Jahres 1740, alle von dem Kirchenrathe im Haag wider den Prediger Maassen gemachte Schlüsse für ungültig. Die Prediger, Maassen und Pambo, die am meisten gegen einander aufgetr.

s) Refol. Holl. 21 Mart. 17 Apr. 1738. bl. 156, 281. 16 Sept. 12 Dec. 1739. bl. 590, 805. 14 Mart. 11, 13 Apr. 2 Dec. 1741. bl. 215, 298. 304, 310. Man sehe die Urkunden in dem Eu-VIII. Theil.

rop. Merc. Jan. - Jun. 1741. bl. 239, 313. Jul. - Dec. 1741. bl. 206.

t) Refol. Höll. 30 Nov. 1738. bl. 626.  
3i

1740.

aufgebracht waren, wurden, im Wintermonate, von Commissarien der bevollmächtigten Rätthe, mit einander versöhnet u). Und hiemit ward die Ruhe unter den Lutheranern im Saag wieder auf eine zeitlang hergestellt. Im Jahre 1749 entstand von neuem einiger Streit, wegen der Wahl der Ältesten und Diaconen, welcher von dem Hofe von Holland, auf Befehl der Stände, beigelegt ward v).

VI.  
Aufbruch in  
Batavia,  
und Ermor-  
dung der  
Chineser da-  
selbst.

In Batavia, der Hauptstadt des Niederländischen Indiens, entstand, im Weinmonate dieses Jahres, eine gefährliche Bewegung, die sich mit Brand und Mord endigte. Die Chineser, welche sich, in großer Anzahl, in und um diese Stadt aufhielten, und daselbst einen großen Handel trieben, oder sich mit der Schifffahrt, Fischerey, Landbau und vielerley Handwerken ernährten, waren, schon seit geraumer Zeit, über die Regierung mißvergnügt gewesen, wegen der Auflagen, womit sie von Zeit zu Zeit, und zuweilen, wie geglaubt ward, mehr, um diesem oder jenem Günstlinge des Oberstatthalters, als der Gesellschaft, einen Vortheil zu verschaffen, beschweret worden waren. Aus diesem Mißvergnügen ward ein Aufstand vorherverkündigt: weswegen man für dienlich fand, die Müßiggänger unter diesem Volke aus der Stadt zu weisen, oder sie aufzufangen und nach Ceilon zu senden. Verschiedene Haufen dieses Gesindels hielten sich, seitdem, rund um die Stadt herum, auf, wo sie vielen Muthwillen verübeten. Man gerieth, in kurzem, auf die Vermuthung, daß die Vertriebenen ein Verständniß mit ihren Landsleuten in der Stadt hielten. Und in dieser Vermuthung ward man von drey Chinesern gestärkt, welche der Regierung, am 26sten des Herbstmonats, anzeigten, „daß die „Chineser, die sich außerhalb der Stadt befänden, einen gefährlichen Aufstand im Schilde führten; daß man Batavia zu überfallen, die Christen zu ermorden, und sich von „allem Meister zu machen suchte.“ Zween Rätthe, Gustav Wilhelm von Imhof, und Moriz van Aarden, wurden an der Spitze einiger Truppen aus der Stadt gesandt, um einen Theil des wilden Haufen, der sich bis zu Tanabang und Bacassy, nicht weit von der Stadt, genähert hatte, zu vertreiben: welches glücklich ins Werk gerichtet ward. Allein eben derselbe, oder ein anderer Haufe, bemächtigte sich, etwas hernach, eines Vorpostens, de Qual genannt. In der Stadt war man mittlerweile auf seiner Hut. Das Volk ward in die Waffen gebracht, und den Chinesern befohlen, nach Sonnenuntergang, kein Licht zu brennen, den Kopf nicht aus dem Fenster zu stecken, und sich noch vielweniger auf den Gassen zu zeigen. Unterdeffen wurden einige Tage, auf beiden Seiten, in ziemlicher Unruhe zugebracht. Am 8ten des Weinmonats erschien ein Haufe Chineser, unter dem Geschütze der Stadt, sie wurden aber, durch Abfeuerung desselben, zerstreuet. Viele glaubten nun gewiß, daß dieser Haufe mit denen in der Stadt ein Verständniß gehalten, und einen Aufstand unter denenselben erwartet hätte. Hierauf fing, den folgenden Tag, die Wuth gegen diese an. Die bewaffnete Mannschaft fiel, auf Befehl des Oberstatthalters Valkenier, wie sie vorgab, in die Häuser der wehrlosen Chineser, und ermordete alles, was ihnen vorkam. Unter diesem Morden entstand Feuer in verschiedenen Chinesischen Wohnungen, welches, wahrscheinlich, von ihnen selbst angelegt war, und eine schreckliche Verwüstung in der Stadt anrichtete, endlich aber noch

u) Refol. Holl. 20 Mart. 1739. bl. 181. 18  
Febr. 1741. bl. 122. Zie Europ. Merc. Jul. -  
Dec. 1740. bl. 78, 307.

v) Refol. Holl. 8 Jan. 6 Mart. 29 Aug. 1750.  
bl. 17, 178, 343.

noch zeitig gelöscht ward. Auf das Morden folgte das Plündern, worin sich das Schiffsvolk besonders hervorthat. Es ist auch gewiß, daß bey dieser Gelegenheit, die Reichthümer vieler vermögender Chineser geraubt worden sind. Solchergehalt ging der Tag zum Ende. Am folgenden sahe man die halbverbrannten Häuser, und die Straßen, wo dieselben gestanden hatten, mit Leichen überhäuft oder befäet, so wie die Unglückseligen haufenweise oder einzeln niedergemacht waren. Das Plündern wäre noch einen oder zweyen Tage: endlich aber ward demselben von hoher Hand Einhalt gethan. Die Chineser, welche sich noch hie und da außerhalb der Stadt aufhielten, wurden endlich alle entweder umgebracht oder verjagt. Nachdem die Ruhe allmählig wieder hergestellt war, ließ die Regierung eine allgemeine Vergebung abkündigen, und gab den Chinesern, die geflüchtet waren, oder sich versteckt hatten, zugleich die Erlaubniß, ihre vorige Handhierungen wieder anzufangen, wosfen sie sich unterwerfen würden; welches viele thaten. Unterdessen besürchtete man, daß die abscheuliche Ermordung der Chineser dem Handel in Batavia großen Nachtheil bringen würde. Einige Rätthe der Regierung hielten auch dafür, daß der Oberstatthalter Valkenier unvorsichtige Befehle gegeben, und dadurch den Mord und die Plünderung verursacht hätte (\*). Ja es schien, daß sie auf Mittel sann, ihn der Regierung zu entreißen. Er bekam aber Nachricht davon, und ließ die drey Rätthe, Imhof, Elias de Haaze und Isaac van Schinne, in Verhaft nehmen. Sie wurden aber, in kurzem, in Freyheit gesetzt w). Imhof, der nachher nach Holland zurückgekommen war, wußte sich bey den Vorstehern der Gesellschaft so wohl zu rechtfertigen, daß sie, nachdem sie schon zuvor beschlossen hatten, ihn, an Valkeniers Stelle, zum Oberstatthalter zu ernennen, ihn bald darauf mit Ehren nach Batavia zurücksandten. Valkenier, der mittlerweile zurückberufen war, ward auf dem Vorgebirge der guten Hoffnung angehalten. Man sandte ihn, in kurzem, nach Batavia zurück, wo er noch eine zeitlang im Gefängniß saß. Nach der Zurückkunft des Herrn von Imhof in Batavia, ward die Ruhe und das Vertrauen bey den Chinesern allmählig wieder hergestellt x).

Allein dieser Indianische Aufruhr und dasjenige, was ferner hier zu Lande, in VII. dieser Zeit, vorging, war von geringer Erheblichkeit, wenn man es mit der großen Uebergang Staatsveränderung in den Vereinigten Niederlanden vergleicht, wozu nunmehr der Weg, durch den Tod des Kaisers Carls des Sechsten, gebahnet ward, der sich, am 20sten des Weinmonats in diesem Jahre, ereignet hatte y). Es wird daher nöthig seyn, daß wir die Folgen dieses Todes, so weit sie diesen Staat betroffen haben, hier einiger Kaisers Maaßen umständlich erzählen. Carl VI. ge-

## Zi 2

Der hat bat.

w) Aus verschiedenen gedruckten Nachrichten.

x) Refol. Holl. 2 May, 22 Sept. 1742. bl. 292. 728. Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1743. bl. 79. Jan. - Jun. 1744. bl. 265.

y) Schreiben des Gesandten van Burman-  
nia vom 20 Oct. 1740.

(\*) Die wahren Umstände dieses erschrecklichen Trauerspiels sind sehr unvollkommen nach Europa gekommen, oder wenigstens nicht recht bekannt gemacht worden. Darin stimmen alle Nachrichten überein, daß der General-Gouverneur Valkenier, durch seine Verdrüßungen und große Strenge, die Chineser zur Verzweiflung gebracht, und dadurch die Verschwörung veranlaßt habe. Man sehe das Leben des General-Gouverneurs in Batavia, Barons von Imhof, in den neuen Genealog. Histor. Nachrichten Th. 17. S. 392. u. f. f.

1740.

Zustand der  
Pragmati-  
schen San-  
ction.

Der Kaiser Carl der Sechste, der wohl vorher sah, daß, nach seinem Absterben, Streit über seine Erbschaft entstehen würde, wosern er, wie zu befürchten war, ohne männliche Erben stirbe, hatte schon vor vielen Jahren gearbeitet, seine Erbländer seiner ältesten Tochter Maria Theresia, die mit dem Herzoge von Lothringen, nunmehr Großherzoge von Toscana, vermählt war, zu versichern. Er hatte zu diesem Ende, wie wir schon zuvor in dieser Geschichte gesehen haben z), seine Pragmatische Sanction, wodurch er seine Staaten für sie, nach seinem Tode, bestimmte, von den Fürsten und Ständen des deutschen Reichs, die Kurfürsten von Sachsen, Bayern und der Pfalz ausgenommen, bekräftigen lassen a). Die zwei Erzherzoginnen, des Kaisers Josephs Töchter, von denen die älteste mit dem ihigen Könige von Polen und Kurfürsten von Sachsen, und die jüngste mit dem gegenwärtigen Kurfürsten von Bayern verheirathet war, hatten beide seierliche Verzicht auf die Oesterreichische Verlassenschaft gethan; und diese Verzicht war von ihren Gemahlen bekräftigt worden. Der Kurfürst von Sachsen hatte sich nachher von neuem zu Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbindlich gemacht, unter der Bedingung, daß der Kaiser ihm zur Polnischen Krone verhilfe b); wie derselbe auch gethan hatte. Carl der Sechste suchte inzwischen auch andere Mächte zur Gewährleistung seiner Pragmatischen Sanction zu bewegen. Spanien hatte sich dazu, im Jahre 1725 c); der König von Preußen im folgenden Jahre d), und Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande durch den Wienerischen Vertrag von Jahre 1731 e) verbunden. Frankreich selbst versprach die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction durch den allgemeinen Friedensvertrag vom Jahre 1738, welcher im folgenden Jahre von den Königen von Spanien, der beiden Sicilien und Sardinien angenommen ward f). Solchergestalt schienen die Oesterreichischen Staaten der Erzherzoginn Maria Theresia versichert zu seyn. Der Kaiser, ihr Vater, hatte geglaubet, hiezu die besten Maaßregeln genommen zu haben. Allein es zeigte sich in kurzem, daß er eine unrichtige Rechnung gemacht hatte. Verschiedene deutsche Fürsten, ungeachtet sie sich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbunden hatten, machten auf die ganze Verlassenschaft, oder einen Theil derselben Anspruch. Die Könige von Spanien und Sardinien folgten ihrem Beispiele. Der König von Frankreich, der auch die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction übernommen hatte, achte sich nun von dieser Verbindlichkeit entlediget, und vereinigte sich mit den Fürsten, die auf die Oesterreichischen Staaten Anspruch machten. Man war am Französischen Hofe der Meinung, daß die Pragmatische Sanction verschiedene Fürsten ihres guten Rechts beraubete, und daß der König zu etwas, daß er nun als ungerecht erkannte, seinen Bestand nicht leisten könnte, ungeachtet er sich vorher dazu verbunden hätte g). Uebrigens merkte der Cardinal von Fleury auch an, „daß der Vertrag vom Jahre 1738 von dem „deutschen Reiche nicht bekräftigt worden wäre,“ welches jedoch die vorläufigen Friedens-

artikel,

z) B. LXXI. §. XV. S. 25.

a) B. LXXIII. §. XXI. S. 158.

b) B. LXXIV. §. I. S. 187.

c) B. LXXI. §. XIV. S. 24.

d) B. LXXI. §. XXX. S. 60.

e) B. LXXIII. §. XII. u. §. XIX. S. 146 156.

f) B. LXXIV. §. XXVII. S. 232.

g) Memoir. pour servir à l'Hist. de l'Europe Tom. I. p. 2, 3.

artikel, worauf dieser Vertrag gebauet war, angenommen hatte h). Großbritannien und die Staaten waren, unter den vornehmsten Mächten von Europa, fast die einzigen, die sich verbunden achteten, die Verlassenschaft des Kaisers, so viel möglich war, ganz zu erhalten. Der Streit darüber verursachte einen heftigen achtjährigen Krieg, der einen so großen Einfluß auf den Staat der Vereinigten Niederlande gehabt hat, daß er wohl verdient, nach seinem Anfange und Ausgange etwas ausführlich beschrieben zu werden.

1740.

Gleich nach dem Tode des Kaisers ließ die Erzherzoginn Maria Theresia sich als Königin von Ungarn und Böhmen und rechtmäßige Erbin aller Oesterreichischen Staaten ausrufen. Sie gab den Mächten von Europa von dieser wichtigen Veränderung, und unter andern auch den Staaten der Vereinigten Niederlande Nachricht, die ihr Schreiben höflich beantworteten. Eben dies geschah auch von dem Könige von Großbritannien und der Russischen Regierung. Aber an dem Hofe von München ward das Schreiben der Königin uneröffnet zurückgegeben: an andern Höfen ward es angenommen und kaisersinnig beantwortet. Jeder ließ die Bekanntmachung der Königin so viel gelten, als seine Verbindlichkeit oder Vortheil ihm eingab oder zuließ. Man erwartete daher, daß sie bald in dem Besitze ihrer väterlichen Erbschaft gestört werden würde.

Die Erzherzoginn, Maria Theresia, läßt sich als Königin von Ungarn und Böhmen ausrufen.

Der Kurfürst von Bayern war der erste, der öffentlich auf die ganze Verlassenschaft des Kaisers Anspruch machte. Er war, seitdem er, als ein Reichsstand, Schwiegervater bey Bekräftigung der Pragmatischen Sanction gemacht hatte, über diesen Punkt mit dem Hofe von Wien zerfallen, welcher einige scharfe Schriften gegen ihn herausgegeben hatte, die von seiner Seite nicht unbeantwortet geblieben waren i). Aber dieser Federkrieg war schon vor einigen Jahren geendigt worden. Der Streit selbst war, jedoch, im Brachmonate dieses Jahres, bey Gelegenheit des Absterbens des Bischofs von Augsburg, wieder aufgelebet. Der Kurfürst hatte damals den Kaiser ersucht, seinem Bruder, dem Prinzen Theodor von Bayern, beförderlich zu seyn, damit er zum Bischofe von Augsburg erwählt würde; und der Kaiser hatte sich hiezu nicht ungeneigt erklärt, wosfern der Kurfürst, von seiner Seite, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction versprechen wollte: wozu er, nach der Meynung des Kaisers, sich um so viel mehr verbunden achten mußte, als seine Gemahlinn Maria Josepha auf alles Recht zu der Oesterreichischen Erbschaft Verzicht gethan, und er diese Verzicht feierlich bekräftiget hätte. Allein der Kurfürst antwortete, „daß diese Bekräftigung bloß auf den Anspruch seiner Gemahlinn ginge, welchen er niemals gelten machen würde; aber daß man von ihm nicht verlangen mußte, etwas zum Nachtheile eines Reichs zu thun, welches sein eigenes Haus von uralten Zeiten her gehabt hätte.“ Er wünschte jedoch so sehr, seinen Bruder zum Bischofe von Augsburg erwählt zu sehen, daß er sich erklärte, „sein ganzes Haus mit allen dessen Vorrechten dem väterlichen Wohlgefallen Seiner kaiserlichen Majestät anheim zu stellen.“ Der Kaiser, der auf solche allgemeine Versicherungen nicht sehr baute, antwortete zum andern Male, daß er im Jahre 1726, durch das von ihm und dem Kurfürsten von Töln mit dem Kaiser ge-

VIII.

Der Kurfürst von Bayern macht auf die ganze Verlassenschaft des Kaisers Anspruch.

Zi 3

schlossene

h) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 454-459.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 125. et suiv.

1740.

schlossene Bündniß schon die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction versprochen hätte: weswegen er iſo keine Schwierigkeit dabey machen könnte. Allein der Kurfürst erwiderte, daß die Verbindung vom Jahre 1726 nicht weiter ginge, als diejenige, welche bey Schließung seiner Heirath errichtet wäre; gleichwie er, bey Eingehung dieser Verbindung, ausdrücklich hätte erklären lassen: aber daß sein Recht auf die Staaten des Kaisers, im Falle dieser ohne Söhne stürbe, auf dem letzten Willen des Kaisers Ferdinands des Ersten gegründet wäre, wovon das Original, welches er seinem Gesandten vorzuzeigen bäte, zu Wien verwahrt würde k).

Er gründet  
sein Recht un-  
ter andern  
auf einen  
Auszug aus  
dem Testa-  
mente Ferdi-  
nands I.

Diese letzte Antwort des Kurfürsten war den 22sten des Weinmonats, und also zween Tage nach dem Tode des Kaisers gezeichnet. Der Kurfürst hatte von der Krankheit des Kaisers schon Nachricht bekommen, und, durch ein Schreiben vom 21sten, seinem Gesandten an dem Hofe von Wien, dem Grafen de la Perouse, befohlen, „daß er, wenn der Kaiser sterben mögte, sich sogleich zu den Staatsministern begeben, und dieselben ersuchen sollte, daß sie sich nicht zu eilig für jemanden erklären, sondern erst das „Recht des Kurfürsten untersuchen, und besonders auf den letzten Willen Ferdinands „des Ersten Acht haben mögten, der in Ermangelung männlicher Abkömmlinge, seine „älteste Tochter und ihre Nachkommen zu Erben eingesetzt hätte, von welcher Tochter der „Kurfürst abstammte l).“ Der Graf vollzog seinen Befehl vor dem Ende des Wintermonats, und that die schriftliche Erklärung, daß der Kurfürst, sein Herr, auf die ganze Oesterreichische Erbschaft Anspruch, kraft des letzten Willens Ferdinands des Ersten, machte m). Er zeigte zugleich einen Auszug aus diesem letzten Willen, worin es hieß, „daß des Kaisers älteste Tochter ihm, in Ermangelung männlicher Erben, nachfolgen „sollte.“ Allein in dem Originale dieses letzten Willens, welches die Königin von Ungarn dem Grafen de la Perouse und den fremden Gesandten überhaupt vorgeigen ließ, las man statt männliche, rechtmäßige Erben der drey Söhne des Kaisers n): wovon sogleich den fremden und deutschen Höfen mittelst umlaufender Briefe Nachricht gegeben ward o). Aber diese Briefe wurden im Namen des Kurfürsten widerlegt, und mehr als

welcher nicht  
mit dem Ori-  
ginal über-  
einstimmt.

Schriften, die  
hierüber zwis-  
schen den Hö-  
fen von  
München  
und Wien  
gewechselt  
werden.

einmal von dem Hofe zu Wien vertheidigt. Der Hof von München behauptete nun, „daß dasjenige, welches man zu Wien für einen Auszug aus dem letzten Willen Ferdi- „nands des Ersten angesehen hätte, nur eine Anmerkung des wesentlichen Inhalts ge- „wesen, und von dem Grafen de la Perouse nicht höher ausgegeben wäre. Daß die „Worte rechtmäßige Erben, in dem Originale des letzten Willens, nichts anders als „männliche Erben bedeuten könnten, und aus dem Heirathsvertrage und der Verzicht- „urkunde der Erzherzogin Anna, des Herzogs Albrecht von Bayern Gemahlinn, „erkläret werden müßten.“ Der Hof von Wien gestund ein, „daß rechtmäßige Er- „ben zuweilen männliche bedeutete, behauptete aber, daß man diese Worte so nicht in „dem letzten Willen Ferdinands des Ersten verstehen müßte, worin auch die Erzher- „zogin Anna in Person zur Erbfolgerinn erklärt wäre, ohne daß ihrer Nachkommen „mit einem einzigen Worte gedacht würde.“ Der Hof von München war jedoch der

Meinung,

k) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 142, 146, 161.

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 165.

m) ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 167.

n) ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 171.

o) ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 172.



Meinung, „daß die Nachkommen stillschweigend unter der Person, die genannt wäre, begriffen würden: indem Ferdinand, allem Vermuthen nach, nicht hätte voraussetzen können, daß seine Tochter alle Nachkommen seiner drey Söhne überleben würde.“ Man sieht aus diesem allen, wie kühlich dieser Streit wurde. Die von beiden Seiten herausgegebenen Schriften enthielten noch viele andere Anmerkungen, mit welchen wir uns hier nicht aufhalten können p).

1740.

Während diesem Föderkriege fand die Königin von Ungarn für rathsam, den Großherzog, ihren Gemahl, zum Mitregenten aller ihrer Königreiche und Erblande, mittelst einer am 21sten des Wintermonats unterzeichneten Urkunde, zu erklären; und er nahm diese Mitregentschaft, durch eine andere Urkunde von eben dem Tage, an q). Zu eben der Zeit trug sie ihm die Böhmishe Kurfürstliche Stimme bey der künftigen Kaiserwahl auf r), welche niemals eine Prinzessin geführt hatte. Allein verschiedene Kurfürsten, und unter andern der Kurfürst von Sachsen, hielten dafür, daß dieser Auftrag nicht rechtmäßig geschehen könnte. Sie betrachteten „den Böhmischen Thron als unbesezt; oder wenn man auch die Großherzogin von Toscana für eine Königin von Böhmen halten wollte, würde sie gleichwohl, wie sie meyneten, kein Recht haben, ihre Stimme bey der Kaiserwahl zu geben; und dieses so wenig in Person, als durch Bevollmächtigte; weil die goldene Bulle die kurfürstliche Würde ausdrücklich auf Mannspersonen einschränkte, und zugleich verordnete, daß, wenn die Kurstimme auf eine Person fiele, welche die erforderlichen Eigenschaften nicht hätte, ihre Stelle von den nächsten Blutsverwandten bekleidet werden sollte.“ Der Hof von Wien behauptete dagegen, „daß es mit Böhmen eine andere Beschaffenheit als mit den übrigen Kurfürstenthümern hätte. Diese könnten nur Mannspersonen erben, aber Böhmen könnte auch an Frauen fallen; und überdem wäre ausdrücklich bestimmt, daß die Kurwürde allezeit mit diesem Königreiche verbunden bleiben sollte: woraus folgte, daß sie auch von Königinnen, oder derselben Bevollmächtigten bekleidet werden könnte.“ Aber hienüber ward von der andern Seite eingewandt, „daß, wenn gleich die Krone von Böhmen an Prinzessinnen fallen könnte, dennoch die Kurwürde aufhörete, so lange kein König wäre, und daß alles, was die Königin von Böhmen, in diesem Punkte vermögte, darin bestünde, daß sie einen Prinzen zur Welt bringen könnte, der König von Böhmen würde s)“. Und aus diesen Gründen ward der Königin nicht verstattet, ihre Stimme, bey der Kaiserwahl, durch ihren Gemahl zu geben. Die Erhebung des Großherzogs zum Mitregenten seiner Gemahlin ward auch von vielen als eine Neuerung gemißbilliget, und als denenjenigen nachtheilig angesehen, die selbst, kraft der Pragmatischen Sanction, die Oesterreichischen Staaten erben sollten, wosern die Königin ohne Kinder stürbe. Sie würde die Schwierigkeiten, die man ihr machte, wenigstens zum Theil, haben heben können, wenn sie, welches vielleicht möglich gewesen wäre, die Stände von Böhmen beredet hätte, ihren Gemahl zum Könige zu wählen; aber alsdann würde sie die Pragmatische Sanction augenscheinlich verletzt haben: welches ihrem wahren Vortheile gerade zuwider lief t).

IX.  
Die Königin von Ungarn nimmt ihren Gemahl zum Mitregenten an, und trägt ihm die Böhmishe Kurstimme auf.

Unter.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIV.

s) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV.

p. 201, 241, 262. 277, 278, 300.

p. 45, 47, 57, 67, 110, 115.

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV.

p. 37 42.

t) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

I. p. 20.

r) ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 44.

1740.

Sie sucht  
Hülfe bey ih-  
ren Bundes-  
genossen, und  
unter andern  
bey den  
Staaten.

Unterdessen sahe sie deutlich vorher, daß sie die Erbschaft ihres Vaters mit den Waffen würde behaupten müssen. Sie suchte daher alsobald Hülfe bey ihren Bundesgenossen. Aber die unlängst in dem Russischen Reiche vorgefallenen Veränderungen und der wankende Zustand der gegenwärtigen Regierung waren Ursache, daß sie sich, von dieser Seite, wenigen Beystand versprechen konnte. Der König von Großbritannien war zwar geneigt, sie zu unterstützen. Allein er fand sich, zu dieser Zeit, selbst in einen Krieg mit Spanien verwickelt, und hatte überdem, seit dem die Französischen Geschwader von Brest und Toulon ausgelaufen waren, nicht ohne Grund, einen Friedensbruch mit Frankreich befürchtet. Die Staaten der Vereinigten Niederlande, ob sie gleich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbunden, und nächstdem geneigt waren, das Gleichgewicht von Europa zu erhalten, welches sich, zum Nachtheile des Hauses Oesterreich, zu verrücken drohete, sahen dabey doch große Schwierigkeiten, wenn sie an einem Kriege Theil nähmen, der leicht allgemein werden, und zu ihrem beträchtlichen Nachtheile ausfallen könnte. Sie bezeugten daher mehr Neigung die entstandenen Streitigkeiten durch einen gütlichen Vergleich zu vermitteln u): woran der König von Großbritannien auch bald darauf zu arbeiten beschloß.

X.

Der König  
von Preu-  
ßen, Friede-  
rich Wil-  
helm, stirbt.  
Sein Sohn,  
Friedrich II.  
folget ihm.

Allein ehe dieses noch geschah, ward die Königin von Ungarn, in einem Theile ihrer Staaten, von einer Seite angegriffen, woher sie solches gar nicht vermuthet hatte. Der König von Preußen, Friederich Wilhelm, war am 31sten May dieses Jahres gestorben, und sein Sohn, Friederich der Aeltere, ihm auf dem Throne gefolgt, welcher, weil er mit seinem Vater nicht allzuwohl gestanden, seit einigen Jahren vom Hofe entfernt gelebet hatte, und, bey dem Antritt seiner Regierung etwas über acht und zwanzig Jahre alt war. Er hatte sich, von Jugend auf, unter der Aufsicht seiner Mutter, einer der klügsten und tugendhaftesten Prinzessinnen ihrer Zeit, in vielerley Wissenschaften geübet, und einen solchen Grund darin gelegt, daß man, wenn er darauf fortbaute, von ihm die Hoffnung hatte, er würde einer der größten Fürsten in Europa werden. Es kamen auch, in kurzem, Schriften heraus, die ihm durch das gemeine Gerücht zugeschrieben wurden, und die er, zum Theile, öffentlich für die seinigen erkannt hat. Man findet darin einen Schatz staatskluger Lehren, die wenige Fürsten kennen, und die von noch wenigern betrachtet werden. Er hat sich, seitdem, allezeit als einen Beförderer der Wissenschaften bewiesen, aber zugleich, wie ehemals Cäsar, gezeigt, daß er so wohl die Waffen als die Feder zu gebrauchen wußte. Dieser Fürst war es, der am ersten, noch vor dem Ende dieses Jahres, den Krieg, in einem Theile der Erbländer der Königin von Ungarn, anfang.

Er macht An-  
sprüche auf  
einen Theil  
von Schle-  
sien.

Das Haus Brandenburg hatte schon vorlängst auf die Fürstenthümer Jägerndorf, Lignitz, Brieg und Wohlau, und einige andere Herrschaften in Ober- und Nieder-Schlesien Ansprüche gemacht. Die Könige von Böhmen, von denen diese Länder zu lehne gingen, hatten sich dieselben, bey verschiedenen Gelegenheiten, zugeeignet. Der gegenwärtige König von Preußen hieltte dafür, daß solches mit Unrechte geschehen wäre, und beschloß, in kurzem, sich selbst durch die Waffen Recht zu verschaffen, und zwanzig bis dreißig tausend Mann seiner Truppen, die von dem verstorbenen Könige bis auf achtzig tausend Mann vermehret waren, nach Schlesien zu schicken. Aber ehe man

den

1740.

Er behauptete, „daß Jägerndorf, rechtmäßiger Weise, an das kurfürstliche Brünne, aus  
 „Haus Brandenburg gekommen, und mit Unrecht für verwirkt erklärt worden wäre, welchen der  
 „weil der Markgraf, Johann Georg, in dem Böhmischen Kriege, die Waffen gegen König von  
 „seinen Lehnsherrn ergriffen hätte; indem dieses weder seinem unschuldigen Sohne, und sein Recht  
 „noch vielweniger dem Hause Brandenburg zum Nachtheile zugerechnet werden könnte. auf diese Für-  
 „Daß der Ausspruch des Böhmischen Raths, wodurch der zwischen dem Herzoge von stettinbumer  
 „Lignitz und dem kurfürstlichen Hause Brandenburg geschlossene Erbverbrüderungs- beweißt.

1740.

„vertrag ungültig erklärt wäre, für unrechtmäßig gehalten werden müßte: weil die Her-  
 „zoge von Lignitz ein altes und gegründetes Recht gehabt hätten, über ihre Güter, nach  
 „ihrem Gefallen, Verfügungen zu machen. Daß der Vertrag vom Jahre 1686 in sich  
 „selbst nichtig wäre; theils, weil es einem Kurfürsten von Brandenburg nicht frey-  
 „stände, die Rechte und Länder seines Hauses abzutreten, oder zu veräußern; theils,  
 „weil man, auf Seiten des Kaisers, nicht mit guter Treue gehandelt, sondern sich listi-  
 „ger Weise der Schwachheit des Sohnes bedienet hätte, um ein Gut zu behalten, wel-  
 „ches man dem Vater abgetreten zu haben schien. Daß der Vertrag vom Jahre 1694,  
 „weil er eine Folge des vorhergehenden gewesen wäre, aus gleicher Ursache für nichtig ge-  
 „halten werden müßte: so wie auch der Kurfürst, nach Schließung desselben, zu einigen  
 „seiner Staatsminister gesagt hätte, daß die gegenwärtigen Umstände der Zeit nicht  
 „erlaubeten, seine Rechte auf Schlessien geltend zu machen: weswegen er die-  
 „ses seinen Nachfolgern und einer günstigeren Gelegenheit überlassen müßte v).“

Des Hofes  
 von Wien  
 Widerlegung  
 dieser Grün-  
 de.

Der Hof von Wien merkte auf diese Gründe an: „Daß aus den alten Jä-  
 „gerndorffischen Lehnbriefen nicht zu erweisen wäre, daß die Besitzer dieses Fürstenthums  
 „es, nach ihrem Gefallen, hätten veräußern können. Daß im Gegentheile darin die Er-  
 „klärung enthalten wäre, daß es mit gedachtem Fürstenthum eben die Bewandniß hätte,  
 „als mit den andern Schlessischen Fürstenthümern, die alle, in Ermangelung männlicher  
 „Erben, an die Krone Böhmen fielen. Daß also Jägerndorf, wie hieraus folgte,  
 „dem Hause Brandenburg nie hätte abgetreten werden können, und daß dieses Für-  
 „stenthum, nicht wegen des Lehnsfehlers des Markgrafen Johann Georgs, eingezogen  
 „worden, sondern nach Absterben des letzten männlichen Erben an die Krone Böhmen  
 „rechtmäßig gefallen wäre. Daß es mit Lignitz und den andern Fürstenthümern fast  
 „eben so beschaffen wäre: indem nur die Herzoge von Lignitz voralters das Recht erlan-  
 „get hätten, ein oder anderes Schloß an jemand ihrer Verwandten zu veräußern: wor-  
 „aus folgte, daß diese Länder, nach dem Absterben des letzten Herzogs, gleichfalls an die  
 „Krone Böhmen gefallen wären. Daß, in allem Falle, die Kurfürsten von Bran-  
 „denburg, nach den 1686 und 1694 geschlossenen Verträgen, alles Recht auf Schle-  
 „sien verloren hätten. Daß der Kaiser Leopold zur Abtretung von Schwibus be-  
 „wogen worden wäre, weil er den Beystand des Kurfürsten Friderich Wilhelms in den  
 „Kriegen, womit er zu dieser Zeit bedrohet gewesen, höchst nöthig gehabt hätte. Daß  
 „der Kurprinz den geheimen Vertrag, wodurch er versprochen, Schwibus zurückzugeben,  
 „selbst in Vorschlag gebracht, und freywillig geschlossen, und daß er, nachdem er Kur-  
 „fürst geworden, die für die Zurückgabe von Schwibus ihm versprochenen Gelder wirk-  
 „lich empfangen hätte. Daß hiemit endlich alles vorgegebene Recht des Hauses Bran-  
 „denburg auf die Fürstenthümer in Schlessien aufgehoben worden wäre; so wie man  
 „desselben auch in funfzig Jahren gar nicht gedacht hätte w).“

XI.

Der König  
 von Preu-  
 ßen geht mit

Die Gründe, worauf der König von Preußen sein Recht auf Schlessien baute,  
 und die Widerlegung derselben, von Seiten des Hofes zu Wien, wurden in kurzem öf-  
 fentlich an das Licht gestellt. Allein ehe es hiezu kam, war Friderich der Andere schon  
 von

v) *Voyez Exposition fidelle et Deduction  
 ulterieure dans le Recueil de ROUSSET,  
 Tom. XV. p. 188, 215.*

w) *Voyez Contre Information et Courte  
 Reponce dans le Recueil de ROUSSET  
 Tom. XV. p. 256, 325.*

von dem besten Theile von Schlessen Meister. Er ging, ohne einige Mächte davon vorher benachrichtiget zu haben, im Anfange des Christmonats dahin. Vor seiner Abreise von Berlin ließ er jedoch den fremden Ministern schriftlich die Erklärung thun, <sup>1740.</sup> <sup>einer Armee nach Schle-</sup> „daß er nichts feindliches gegen den Hof von Wien im Sinne hätte, sondern sich nur in sien. „den Besiz desjenigen, was ihm von Rechtswegen in Schlessen zukäme, zu setzen gedächte. Daß die Ansprüche, welche verschiedene Fürsten auf die Oesterreichische Verlassenschaft machten, ihn genöthigt hätten, einen geschwinden Entschluß zu fassen, ohne „daß er zuvor eine Unterhandlung mit der Königin von Ungarn und Böhmen hätte „anfangen können; aber daß er, bey allen Gelegenheiten, den Vortheil des Hauses Oesterreich beherzigen, und dasselbe auf das stärkste unterstützen würde x).“

In Gleichförmigkeit dieser Erklärung schrieb er, bey seiner Abreise, unter andern, Er schreibe an die Staaten der Vereinigten Niederlande, welche ihm antworteten, „daß sie, aus an die Staaten „Mangel genugsamen Unterrichts, von den Gründen seiner Ansprüche auf Schlessen ten. „nicht urtheilen könnten, aber befürchteten, daß sein Marsch seine Absicht, welche die Er. Ihre Ant- „haltung der Ruhe im deutschen Reiche, und die Freundschaft der Königin von Ungarn wort. „wäre, nicht befördern würde. Daß sie unterdessen gerne von seinem Vorhaben hätten „unterrichtet seyn mögen, ehe er es zur Ausführung gebracht hätte; aber daß es ihnen „doch angenehm gewesen wäre zu vernehmen, daß er sich mit der Königin, mittelst einer „gütlichen Unterhandlung, vergleichen wollte. Sie hoffeten also schließlich, daß er alle „Ursache zu ferneren Streitigkeiten sorgfältig vermeiden würde y).“

Es schien auch in der That, daß er die Absicht hätte, sich mit der Königin zu Unterhand- „vergleichen. Denn unterdessen, da seine Armee, welche sich in Crotten versammelt hatte, lung zwischen „den Marsch nach Schlessen antrat, sandte er den Grafen von Gotter nach Wien, mit dem Könige „dem Auftrage, der Königin vorzustellen, „daß der König einen Einfall von Frankreich von Preu- „und Sachsen in die Oesterreichischen Staaten befürchtete; daß er, um der Gefahr, die Königin sien und der „hieraus entstehen müßte, zuvor zu kommen, Willens wäre, ein genaues Bündniß mit von Ungarn. „der Königin, dem Russischen Hofe und den Seemächten einzugehen; daß er die Ge- „währ über die Oesterreichischen Staaten in Deutschland leisten, und sein Bestes thun „wollte, um dem Großherzoge von Toscana die kaiserliche Würde zu verschaffen; daß „er endlich dem Hofe von Wien so gleich zwey Millionen Gulden bezahlen wollte: alles „unter dieser einzigen Bedingung, daß ihm ganz Schlessen,“ oder, wie er sich etwas „hernach erklärte, „ein guter Theil dieses Landes abgetreten würde z).“ Aber weil es „weit in den Christmonat hinein wäre, ehe der Graf von Gotter zu Wien ankam; so „waren die Preussischen Truppen schon in Schlessen eingerückt, ehe er seinen Vorschlag „gethan hatte. Das Land war schlecht mit Kriegsvolke versehen, so daß der König keinen „Widerstand auf dem Marsche antraf. So bald er sich den Grenzen genähert hatte, ließ „er eine gedruckte Erklärung durch Schlessen austreuen, worin er zu erkennen gab, „daß „er nicht als ein Feind käme, sondern daß er das Land gegen feindliche Anfälle beschützen,

Kf 2

„und

x) Secr. Resol. Holl. 17 Dec. 1740. 24 Jan. 1741. IX. Deel, bl. 646. 647. Resol. Holl. 17 Dec. 1740. bl. 888. *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. XV. p. 132.

y) *Zie Europ. Merc.* Jan. - Jun. 1741. bl. 82. 83.

z) *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. XV. p. 143, 145. R. ROLT Represent. of the late War, Vol. I. p. 199.

1740.

Er nimmt  
Breslau  
und andere  
Städte ein.

1741.

Antwort des  
Hofes von  
Wien auf  
seine Vor-  
schläge.

„und die Freundschaft mit der Königin von Ungarn unterhalten wollte a).“ Die Schlesi-  
sche Regierung gab dagegen eine andere Erklärung heraus, worin sie verlangte, daß die  
Preussischen Truppen sich aus dem Herzogthum zurückziehen sollten b). Allein dies Ge-  
such fand, wie man leicht denken kann, keinen Eingang. Der König setzte seinen  
Marsch fort, und machte sich, im Anfange des Jahres 1741, leicht von Breslau,  
Olau und Gernachau Meister. Hierauf ließ er seine Truppen die Winterquartiere in  
dem eroberten Lande beziehen, und ging selbst nach Berlin zurück.

Die Königin von Ungarn hatte inzwischen auf die Vorschläge des Königs  
von Preußen, am 7ten Jenner, geantwortet, „daß ihre Staaten eine vollkommene  
„Ruhe genießen; und daß es sie befremdete, daß der König dieselbe zu stören käme, un-  
„ter dem Vorwande, sie gegen feindliche Unternehmungen zu beschützen. Wenn dieses,  
„fuhr sie fort, das Mittel wäre, die Wohlfahrt des Deutschen Reichs und die Ruhe von  
„Europa zu erhalten; so wüßte sie nicht, was man thun könnte, um dieselbe zu ver-  
„heuen und zu stören. Was ferner die Vorschläge des Königs betraf; so wären alle  
„Stände des Reichs verbunden, einander zu beschützen; und das Anbieten des Königs,  
„in dieser Betrachtung, ginge noch so weit nicht als die Verbindlichkeit zur Gewährlei-  
„stung der Pragmatischen Sanction, welche das ganze Reich übernommen hätte.  
„Die Bindnisse mit Rußland und den Seemächten wären, lange vor dem Einfalle der  
„Preussischen Truppen in Schlesien, geschlossen gewesen; und man hielte sich in Wien  
„versichert, daß sie erfüllt werden würden. Die Königin müßte nichts von ihren Staa-  
„ten verlieren, weil die Hauptabsicht der besagten Bindnisse wäre, sie ganz zu erhalten.  
„Die Königin wäre dem Könige für seine guten Gesinnungen, in Ansehung der bevor-  
„stehenden Kaiserwahl, sehr verbunden, dabey aber der Meynung, daß dieselbe frey  
„seyn müßte, und daß nichts solches mehr hindern könnte, als die mitten im Reiche erreg-  
„ten Unruhen. Man hätte niemals die Waffen ergriffen, um einen Fürsten zu An-  
„nehmung des Geldes, das man ihm anböte, zu zwingen. Der König hätte auch schon  
„mehr aus Schlesien, zum Unterhalte seiner Truppen gezogen, als die zwey Millionen,  
„die er ihr geben wollte. Die Königin wäre nicht Willens, ihre Regierung mit der  
„Zertrennung ihrer Staaten anzufangen. Sie achtete sich verbunden, die Pragmati-  
„sche Sanction zu erhalten, und könnte sich daher nicht entschließen, Schlesien zum  
„Theile, oder ganz wegzugeben. Unterdeß wäre sie erbötig, die aufrichtigste Freunds-  
„schaft mit dem Könige zu unterhalten, wosern solches ohne Nachtheil des Rechts eines  
„dritten geschehen könnte, und er seine Truppen so gleich aus Schlesien zurückjögte c).“

Kriegsver-  
richtungen in  
Schlesien.

Allein hievon wollte der König von Preußen nichts hören. Die Königin  
sandte daher eine Armee, unter dem Grafen von Neiperg, nach Schle-  
sien, der sich wieder zu der feimigen begeben hatte, ließ dieselbe, zum Theile, über die  
Weisse gehen, um die Truppen zu verstärken, die, unter dem Grafen von Schwerin,  
nach der Mährischen Grenze gesandt, und auf die Nachricht von der Ankunft des Grafen  
von Neiperg, von dort zurückgerufen waren. Nachdem Schwerin diese Verstärkung  
bekommen

a) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XV.

P. 133.

b) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XV. P. 145.

P. 139.

c) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XV.



bekommen hatte, setzte er seinen Weg zu der Hauptarmee fort, und ging, im Anfange des Aprils, über die Teiße, ob ihm gleich der Uebergang zuerst, durch einen Haufen Reiter und Husaren, von der Armee des Grafen von Neiperg, sehr schwer gemacht ward. Beide Armeen geriethen bald darauf, am 10ten April, Mollwitz gegen über, wo das Oesterreichische Hauptquartier war, an einander. Die Preußen thaten den Angriff. Das Gefechte war hitzig. Die Oesterreichische Reiteren that verschiedene Male einen heftigen Angriff auf die Preussische, und brachte sie zum Weichen; aber gegen das Fußvolk konnte sie nichts ausrichten. Der Graf von Schwerin griff mit demselben endlich den rechten Flügel der Oesterreichischen Armee an, der dadurch in Unordnung gebracht ward; und dies entschied das Treffen. Der Abzug der Oesterreicher geschah jedoch, nach einem tapfern Widerstande, und in guter Ordnung. Auf Preussischer Seite war der Prinz Friderich von Brandenburg, Oberster im Dienste der Vereinigten Niederlande, getödtet worden. Nach dieser Schlacht eroberte der König die Festung Brieg d). Glogau war ihm schon vorher in die Hände gefallen. Zwischen den zwey Armeen fielen hernach verschiedene Scharmügel, bis in den Weinmonat, vor, da die Feindseligkeiten, von beiden Seiten, eine Zeitlang aufhören. Der König von Preußen ließ sich, bald darauf, in Nieder-Schlesien, als oberstem Herzoge, huldigen e).

1741.

Schlacht bey  
Mollwitz.

Die Königin von Ungarn, die sich, einige Monate zuvor, zu Presburg hatte krönen lassen, hatte mittlerweile, von dem Anfange des Jahres an, die Anzahl ihrer Feinde zunehmen sehen. Der König von Spanien, Philipp der Fünfte, hatte sich nicht begnügt, durch seinen Vorthschafter am Hofe zu Wien, Don Joseph de Ca. pen-tero, gleich nach dem Tode des Kaisers, die Erklärung thun zu lassen, daß er sich selbst künftig als das Oberhaupt des Ordens vom goldenen Bliesse ansehen würde, sondern er ließ auch, im Jenner dieses Jahres, gegen das Recht auf die Oesterreichische Verlassenschaft, welches die Großherzoginn von Toscana sich anmaachte, feierlich protestiren. Er sandte hernach den Grafen von Montijo auf den Reichstag zu Regensburg, um den Fürsten und Ständen des Deutschen Reichs vorzustellen, „daß der Kaiser, Carl „der Fünfte, durch den, im Jahre 1521, mit seinem Bruder, Ferdinand dem Er- „sten, gemachten Vergleich, diesem Ober- und Nieder- Oesterreich, Steyermark, „Kärnthben, Tirol, Friaß, Brisgau und einige andere Landschaften abgetreten hat- „te, jedoch dergestalt, daß sie an Carls Nachkommen zurückfallen sollten, wenn kein „männlicher Erbe von Ferdinand übrig wäre. Ungarn und Böhmen, die durch „eine Prinzessin an das Haus Oesterreich gekommen wären, hätten, nach dem un- „beerbten Tode des Kaisers Matthias und dessen Brüder, an Anna von Oesterreich, „des Königs von Spanien, Philipp des Andern, Gemahlinn, und auf ihre Kinder, „fallen müssen. Philipp der Dritte, ihr ältester Sohn, hätte zwar im Jahre 1617, „sein Recht auf Schlesien, Mähren, Lausitz, und andere Länder, an Ferdinand, „Herzogen von Grätz, der hernach Kaiser geworden, abgetreten, aber unter der Bedin- „gung, daß sie, in Ermangelung männlicher Erben, an die Nachkommen des Königs

XII.

Der König  
von Spa-  
nien macht  
Anspruch auf  
die Oesterrei-  
sche Erb-  
schaft.

Rf 3

,, von

d) Memoir. pour servir à l'Hist. de l'Eu-  
rope, Tom. I. p. 48. et suiv. R. ROLT Re-  
present. of the late War, Vol. I. p. 205. &c.

e) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV.  
p. 370.

1741.

„von Spanien zurückfallen sollten. Eben so hätte der Erzherzog, Carl Albrecht, (\*)  
 „der von seinem Bruder, Mathias, zum Erben eingesetzt worden, durch eine Schen-  
 „kung unter Lebendigen, gedachtem Kaiser, Ferdinand dem Andern, seinem Vetter,  
 „das Erzherzogthum Oesterreich, nebst den dazu gehörigen Ländern, mit Vorbehaltung  
 „des Zurückfalls an den Spanischen Ast, wenn der Oesterreichische in Deutschland  
 „ausstürbe, überlassen. Philipp der Fünfte nun stammte von Carl dem Fünften  
 „und von Anna von Oesterreich, Philipps des Andern Gemahlinn, her. Anna  
 „von Oesterreich, und ihr Sohn, Philipp der Dritte, hätten beide zwar auf die deut-  
 „schen Staaten Verzicht gethan, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß diesel-  
 „ben, in Ermangelung männlicher Erben, aus dem Deutschen Aste, wieder an den Spa-  
 „nischen fallen sollten. Der König hätte also daher ein Recht auf die ganze Verlassen-  
 „schaft des Kaisers. Er hätte zwar die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction  
 „versprochen. Aber dieses Gesetz wäre in sich unbillig, und beträfe Güter, worauf Carl  
 „der Sechste kein Recht gehabt hätte. Er wäre daher nicht verbunden, ein solches  
 „Versprechen zu halten; und zwar um so viel weniger, als der Großherzog und die  
 „Großherzoginn von Toscana ihn unlängst empfindlich beleidiget hätten; der erste da-  
 „durch, daß er sich zum Haupte des Ordens vom goldenen Bliese erklärte, und die an-  
 „dere, daß sie, als Königin von Böhmen, Gesandten zu der Kaiserswahl ernannt  
 „hätte f).“

Der König  
 von Sardi-  
 nien behau-  
 ptet, ein  
 Recht zum  
 Herzogthum  
 Neiland zu  
 haben.

Der Spanische Hof ließ nicht nur diese Gründe in gedruckten Schriften bekann-  
 machen, und in dem ganzen deutschen Reiche und an verschiedenen Höfen austreuen,  
 sondern der Graf von Montijo protestirte auch, im Brachmonate, öffentlich wider  
 die Krönung der Großherzoginn von Toscana zu Presburg: welches auch schon vorher,  
 im Namen des Kurfürsten von Bayern geschehen war g). Mittlerweile wurden die  
 Gründe des Spanischen Hofes von dem zu Wien ausführlich widerlegt. Man bewies,  
 daß dieselben der in dem Hause Oesterreich von alten Zeiten her festgesetzten Erbfolge-  
 ordnung, den Spanischen Gesetzen selbst, und den zwischen den Deutschen und Spanischen  
 Aesten des Hauses Oesterreich gemachten Verträgen zuwider wären. Der Spanische  
 Hof ließ diese Widerlegung nicht unbeantwortet h). Mittlerweile, da der König von  
 Spanien seine Ansprüche bekannt machen ließ, veranlaßte dieses den Hof von Turin,  
 mit den seinigen auf Neiland hervorzutreten. Der König von Spanien und die Kö-  
 nigin von Ungarn hatten beide ihr Bestes gethan, um den König von Sardinien auf  
 ihre Seite zu ziehen. Dieser sah dies als eine gute Gelegenheit an, seine Ansprüche auf  
 Neiland geltend zu machen. Man sah ihn in kurzem gerüstet, sich selbst durch die  
 Waffen Recht zu schaffen; jedoch wollte er sich nicht für Spanien erklären. Er verthei-  
 digte sein Unternehmen mit folgenden Gründen. „Carl der Fünfte hätte, im Jahre  
 „1549, die Verordnung gemacht, daß Philipps des Andern Töchter allein in dem er-  
 „sten Grade, und ferner ihre männliche Abkömmlinge in dem Herzogthum Neiland,  
 „nach

f) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV.

p. 2, 3, 6, 24.

h) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 158. et suiv.

p. 34, 35.

(\*) So wird er in der Spanischen Vorstellung genannt: aber sein Name war allein Albrecht.

„nach dem Absterben der männlichen Nachkommen Philipps des Andern, folgen soll-  
 „ten i). Der König von Sardinien nun stammte her von Catharina, Philipps  
 „des Andern Tochter im ersten Grade, welche seines Urgroßvaters Mutter gewesen wäre.  
 „Er wäre daher, gleich nach dem Absterben des Königs von Spanien, Carls des An-  
 „dern, zur Erbfolge in dem Herzogthum Neiland berechtigt gewesen; und noch viel-  
 „mehr nach dem Tode des Kaisers Carls des Sechsten, des letzten der Söhne, die von  
 „Philipps des Andern Töchtern, Enkelinnen und Urenkelinnen entsprossen wären k).“  
 So bald nur die Vorstellung, welche diese Gründe enthielt, an das Licht gestellt war,  
 machte der König von Sardinien Anstalten, an der Spitze eines Kriegsheeres in das  
 Neiländische zu rücken. Allein die Königin von Ungarn, die schon Feinde genug hatte, Die Köni-  
 bewog ihn, durch Vermittelung des Königs von Großbritannien, zu einem Vergleiche, ginn von Un-  
 der im Hornung des Jahres 1742 geschlossen ward. Er machte sich durch denselben ver- garn ver-  
 bindlich, Neiland gegen Spanien und dessen Bundesgenossen zu beschützen: wogegen g leicht sich  
 die Königin von Ungarn versprach, sein Recht auf Neiland in seiner Kraft zu lassen l). mit ihm.  
 Die Folgen dieses Vergleichs waren für die Königin von großer Wichtigkeit; wie wir  
 bald sehen werden.

Mittlerweile fand der König von Polen und Kurfürst von Sachsen auch für XIII.  
 gut, sich für einen Mitwerber zu allen Oesterreichischen Staaten zu erklären. Er war mit Der König  
 der ältesten Tochter des Kaisers Joseph vermählt, welche näher als die jüngste, die den von Polen,  
 Kurfürsten von Bayern zum Gemahl hatte, zu den Oesterreichischen Staaten berechtigt von Sach-  
 war. Und dies war die Ursache, warum der Kurfürst von Bayern in den Vertheidi- sen, macht  
 gungsschriften seines Rechts zu der Oesterreichischen Verlassenschaft gar nichts von demje- Anspruch auf  
 nigen, was er im Namen seiner Gemahlinn fordern konnte, erwähnt hatte. Der König alle Oester-  
 von Polen wählte einen andern Weg zu Behauptung seines Anspruchs. Er suchte zu reichliche  
 beweisen, daß seine Gemahlinn zu der Oesterreichischen Erbschaft berechtigt wäre, un- Staaten.  
 geachtet sie, bey ihrer Vermählung, darauf Verzicht gethan hatte. Der Hof von Dres-  
 den gab bald darauf eine weitläufige Vorstellung heraus, worin das Recht des Königs,  
 aus diesem Grunde, unter andern, behauptet ward. Man führete an, „daß der Kaiser  
 „Leopold, im Jahre 1703, mit Einwilligung seiner beiden Söhne, durch seine damals  
 „gemachte Erbfolgeordnung festgesetzt hätte, daß seine Töchter, in Ermangelung männ-  
 „licher Abkömmlinge seiner Söhne, seine Staaten, und zwar die älteste vor den jüngeren,  
 „erben sollte (\*). Daß der Kaiser Carl der Sechste, der jüngste von den Söhnen, diese  
 „Ver-

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 396.

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 85. Memoir. pour servir à l'Hist. de l'Eu-  
 rope, Tom. I. p. 152. et suiv.

k) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 350. et suiv.

(\*) Der Herr Verfasser hat dieses unrecht vorgestellt. Was man von Seiten des Hofes von  
 Dresden eigentlich aus der von dem Kaiser Leopold 1703 gemachten Erbfolgeordnung anfüh-  
 rete, war dieses: „daß, wenn der Mannsstamm der beiden kaiserlichen Söhne, des damaligen  
 „Königlichen Königs Josephs, als des älteren, und des damals zum Könige von Spanien er-  
 „klärten Erbprinzen und nachher Kaisers Carls VI. als des jüngeren, ausginge, alsdann die  
 „Töchter des ersteren den Töchtern des letzteren vorgehen sollten. Daß aber, diesem zuwider,  
 „Carl VI. in seiner Pragmatischen Sanction von 1713, seinen eigenen Töchtern den Vorzug  
 „vor den Josephinischen gegeben, und diese, bey ihrer Vermählung, hätte Verzicht thun lassen,  
 „ohne

1741.

„Verfügung mit Unrechte durch die so genannte Pragmatische Sanction verändert hätte. Daß man hernach den Erzherzoginnen, des Kaisers Josephs Töchtern, ange-  
 „deutet hätte, daß sie allen Ansprüchen auf die Oesterreichischen Staaten entsagen müßten,  
 „ehe sie auf eine Vermählung hoffen könnten. Daß hierauf eine Art von Verzicht von  
 „der gegenwärtigen Königin von Polen gethan, und von dem Könige, damaligen Kur-  
 „prinzen von Sachsen, bekräftiget worden wäre; aber daß man, bey diesem ganzen  
 „Werke, die Gebräuche, welche die Gesetze bey dergleichen Gelegenheiten erfordern, nicht  
 „in Acht genommen hätte; so wie es außerdem in sich selbst unrechtmäßig gewesen wäre.  
 „Daß der Hof von Wien zwar die Gewähr über die Pragmatische Sanction von  
 „verschiedenen auswärtigen Mächten hätte leisten lassen: aber daß der Ausgang zeigte,  
 „wie weit diese Mächte sich hätten verbinden wollen oder können. Daß einige sich gar  
 „nicht verbunden achteten; und daß andere sich von ihrer Verbindlichkeit entlediget hielten,  
 „entweder weil sie sich nicht im Stande befänden, dieselbe zu erfüllen, oder weil sie, durch  
 „Erfüllung derselben, ihre Staaten einer augenscheinlichen Gefahr bloß stellen würden.  
 „Daß der König von Polen sich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction  
 „verbunden, und nach dem Tode des Kaisers vielleicht mehr als jemand gearbeitet, die-  
 „selbe zur Erfüllung zu bringen, aber daß er durch Annehmung der Pragmatischen  
 „Sanction dem Rechte seiner Gemahlinn nichts vergeben hätte.“ Außer dem Ansprüche  
 der Königin hatte das Haus Sachsen für sich selbst noch verschiedene besondere Forde-  
 rungen auf die Oesterreichische Verlassenschaft. „Albrecht und Dieterich, des Mark-  
 „grafens Zenrichs von Meissen Söhne, hätten, nach dem Absterben der alten Herzoge  
 „von Oesterreich aus dem Hause Babenberg, ein doppeltes Recht auf Oesterreich  
 „und Steiermark, so wohl kraft eines von den Ständen dieser Herzogthümer im Jahre  
 „1250 gemachten Schlusses, als wegen ihrer Mutter Constantia, des letzten Herzogs,  
 „Friederichs des Streibbaren ältester Schwester, gehabt. Wenn die Erzherzoginn und  
 „Herzoginn von Lothringen allgemeine Erbin seyn wollte, müßte sie das Haus Sach-  
 „sen auch wegen seines Rechts auf Jülich und Bergen, zufolge den von den vorigen  
 „Kaisern geschenehen Versprechungen, schadlos stellen. Dieses Haus hätte auch auf  
 „dreißig Millionen Reichsthaler, wegen des von den Schweden in Sachsen, zu der  
 „Zeit, da der vorige König, um dem Kaiser beizustehen, sein Land im Jahre 1706 von  
 „Kriegsvolk entblößt hätte, gethanen Schadens zu fordern; anderer Rückstände nicht zu  
 „gedenken, deren Bezahlung man niemals hätte erhalten können m).“

Anmerkun-  
 gen über die  
 Ansprüche  
 von Sachsen  
 und Bayern.

Der Anspruch des Königs von Polen auf die Verlassenschaft des Kaisers war  
 ganz unerwartet. Der Kurfürst von Bayern hatte, schon bey Lebzeiten des Kaisers,  
 sein Recht auf die Oesterreichischen Staaten zu erkennen gegeben. Allein der König von  
 Polen hatte nicht nur die Verzicht seiner Gemahlinn, eben so, wie der Kurfürst von  
 Bayern, bekräftiget, sondern auch die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction,  
 durch einen feierlichen Vertrag, versprochen. Ja er hatte, nach dem Tode des Kaisers,  
 die von der Erzherzoginn Maria Theresia angenommenen Titel öffentlich erkannt, und  
 von

m) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 409. et suiv.*

„ohne daß sie eigentlich gewußt hätten, worauf, weil die zu ihrem Vortheile der Verordnung des  
 „Kaisers Leopold beygefügt Clauseln sorgfältig verborgen gehalten wären; daß also diese  
 „Verzicht ungültig wäre.“

1741.

von neuem versichert, daß er die Pragmatische Sanction beobachten wollte, wenn sie von andern nicht verleset würde. Seitdem hatte er sich, bis in den Weinmonat dieses Jahres, stille gehalten, da er sich öffentlich für einen Mitwerber der Oesterreichischen Staaten ausgab, und seine Waffen zugleich nach Böhmen wandte. Man gab an dem Hofe von Dresden vor, daß der Eifer für die Erhaltung der Ruhe in Deutschland den König bewogen hätte, sich nicht eher zu erklären. Aber es zeigte sich in kurzem, daß die wahre Ursache seines Stillstehens die mit dem Französischen Hofe noch nicht völlig zur Richtigkeit gebrachte Unterhandlung gewesen war. Denn dieser unterstützte hernach so wohl die Sächsischen als Bayerischen Unternehmungen auf das kräftigste.

Wir haben schon zuvor in dieser Geschichte wahrnehmen können, wie schwer Frankreich an die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction gegangen sey, welche Frankreich der König jedoch endlich, durch den Vertrag vom Jahre 1738, übernommen hatte. Der Cardinal von Fleury hatte, im Jahre 1737, an den Kaiser Carl den Sechsten geschrieben, daß der Kurbayerische Gesandte am Französischen Hofe, Graf von Thöring, das Recht seines Herrn auf die Oesterreichische Verlassenschaft weitläufig vorgestellt hätte n), in der Absicht, wie es sich von selbst verstände, den König von der Gewährleistung der Pragmatischen Sanction abzuhalten, oder wenigstens ihm Gründe an die Hand zu geben, daß er sich sonst nicht dazu, als mit heimlicher Vorbehaltung des Rechtes eines Dritten, verbinden müßte. Einige haben auch gemeldet, das der Cardinal von Fleury, ohne Zweifel, den Grafen von Thöring versichert hätte, „daß, wenn der König die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verspräche, dieses doch nur so verstanden werden müßte, in so weit es dem Rechte eines Dritten nicht nachtheilig wäre o).“ Ob Frankreich, um diese Zeit, auch ein Bündniß mit dem Kurfürsten von Bayern gemacht habe, ist zweifelhaft: wiewohl es in England und andernwärts geglaubt ward. Man sagt, daß dieses Bündniß zu Nymphenburg unterzeichnet worden sey, und daß Frankreich darin versprochen habe, „zu bewirken, daß der Kurfürst von Bayern als „Kaiser erkannt würde; daß dieser, wenn er Kaiser geworden wäre, niemals die dem „Reiche von Frankreich entzogenen Städte und Länder wieder zu erlangen suchen; daß „er den mit den Staaten geschlossenen Barrierevertrag auch aufheben, und dem Könige „von Frankreich alles lassen sollte, was er in den Niederlanden gewinnen würde p).“ Allein für die Wahrheit dieser Artikel getraue ich mich nicht zu stehen. Nur weiß man, daß Ludwig der Funfzehnte, am Ende des Sommers 1741, bey einigen Reichsfürsten den freyen Durchzug für die Hülfsstruppen, die er dem Kurfürsten von Bayern sandte, gesucht, und dabey die Erklärung gethan habe, „daß er sich, schon vor langer „Zeit, zu Leistung dieses Dienstes verbunden hätte q).“ Die Französischen Minister sprachen unterdessen, im Anfange dieses Jahres, von nichts als den friedfertigen Absichten des Französischen Hofes. Allein man vernahm in kurzem, daß, am 18ten May, zu München, ein Bündniß zwischen Frankreich und dem Kurfürsten gemacht, und sehr geheim gehalten worden sey, welches ungezweifelt eben dasselbe ist, das man den Vertrag

von

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIV. p. 154. 163.

p) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. I. p. 219.

o) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 3.

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 378.

1741.

von Nymphenburg genennt hat. Der König von Spanien trat demselben für sich selbst, und für den König der beiden Sicilien, in Absicht auf die Sachen von Italien, bey. Ferner war darin der Beystand, welchen Frankreich dem Kurfürsten leisten sollte, bestimmt r). Es wurden nachher gedruckte Abschriften dieses Bündnisses ausgestreuet; aber der Marquis de Ferrelon, Botschafter von Frankreich bey den Staaten, erklärte sie für erdichtet, und meynete, daß sie in Holland gemacht wären, um einen Argwohn gegen Frankreich zu erregen: weswegen sie, bey vielen, allen Glauben verlohren s).

XV.

Es werden  
zwey Fran-  
zösische  
Kriegsheere  
zusammen  
gezogen.

Kriegsver-  
richtungen in  
Ober-Oes-  
terreich,

Allein unterdessen, da der Französische Hof allenthalben von den friedfertigen Reigungen des Königs so viel Rühmens machte, versammelte er zwey Kriegsheere, eines an dem Rheine in dem Elsaß, und das andere an der Maas. Das erste, unter dem General-Lieutenant d'Aubigne, war zum Beystande des Kurfürsten von Bayern bestimmt. Das andere, unter dem Marschall de Maillebois, sollte nach Kaiserswerth marschiren, um die Armee zu beobachten, welche der König von Großbritannien in seinem Kurfürstenthum zusammen zog, um mittelst derselben, wie man dafür hielt, die kaiserliche Würde auf den Großherzog von Toscana fallen zu lassen: dahingegen die Französische Armee unter dem Marschall de Maillebois die Wahl des Kurfürsten von Bayern befördern sollte. Der Französische Hof gab vor, daß der König, als Gewährleister des Westphälischen Friedens, verbunden wäre, die freye Wahl eines Kaisers zu beschützen. Der Kurfürst von Bayern, der sich eines Passes an der Donau versichern wollte, um über diesen Fluß in Ober-Oesterreich einzudringen, hatte die bischöfliche Stadt Passau durch einen Ueberfall, am 31sten des Heumonats, wegnehmen lassen, unter dem Vorwande, daß er den Ort nur besetzen wollte, bis die Gefahr, die ihm drohete, vorüber seyn würde t). Allein hernach bediente er sich dieser Stadt, um durch dieselbe seine Truppen zu Schardingen, auf den Oesterreichischen Grenzen, zusammen zu ziehen. Die Französische Armee, unter d'Aubigne, ging, in verschiedenen Haufen, über den Rhein; und so bald sie nur aufangien hatte, sich mit den Bayern zu vereinigen; so rückte der Kurfürst, welchem Ludwig der Fünfzehnte auch den Oberbefehl über sein Kriegsheer aufgetragen hatte u), in Ober-Oesterreich ein, und nahm, vor dem Ende des Herbstmonats, Linz und andere unbefestigte Städte weg. Um eben diese Zeit hatte er, in öffentlichen Erklärungen, die Ursachen angezeigt, die ihn bewogen hatten, die Waffen in Böhmen zu führen v), wofin er, in kurzem, den Weg nahm. Er sandte auch etwas hernach eine neue Vertheidigung seines Rechts auf die Oesterreichischen Staaten an alle Höfe von Europa w). Sie ward bald hernach von dem Hofe zu Wien ausführlich widerlegt x).

und in Böh-  
men.

Der König von Polen und Kurfürst von Sachsen fing, bald nach dem Kurfürsten von Bayern, auch an, sich zu bewegen. Er hatte zuerst ein Bündniß mit dem Könige

r) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 6c.

s) Refol. Holl. 16 Nov. 1741. bl. 852. Notul. Zeel. 21 Nov. 1741. bl. 419. Zie ook Europ. Merc. Jul.-Dec. 1741. bl. 296, 297.

t) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 384, 387, 389, 392.

u) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 395.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 382, 397.

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XV. p. 418. et suiv.

x) Voyez le même Tom. XVI. p. 3. et suiv.



Könige von Preußen geschlossen y); wozu ihn der Französische Hof, der beide in ein Bündniß mit den Kurfürsten von Bayern zu ziehen suchte, bewogen hatte z). Hierauf folgte, im Weinmonate, eine öffentliche Erklärung der Ursachen, die ihn veranlaßt hatten, seine Waffen gegen die Oesterreichischen Staaten zu wenden a). Bald hierauf sandte er eine Armee nach Böhmen. Der Kurfürst von Bayern begab sich, an der Spitze der Französischen und Bayerischen Kriegsheere, aus Ober-Oesterreich gleichfalls dahin. Die vereinigte Macht ging gerade auf Prag zu. Die Laufgraben vor dieser Stadt waren kaum geöffnet, als sie durch einen Ueberfall, in der Nacht nach dem 26sten des Wintermonats eingenommen ward b). Die Preussische Armee, die aus Schlesiens in Böhmen eingerückt war, hatte den Großherzog von Toscana, der ihn über die Oesterreichische Kriegsmacht den Oberbefehl führte, verhindert den Entsatz von Prag, welchen er unternehmen wollte, auszuführen. Der Kurfürst von Bayern ließ sich darauf zum Könige von Böhmen ausrufen.

Die Armee, welche der König von Großbritannien in seinen kurfürstlichen Braunschweig-Lüneburgischen Landen versammelt hatte, war, noch vor dem Ende des Herbstmonats, von ihm selbst gemustert, und dreißigtausend Mann stark befunden worden. Man meynete an dem Französischen Hofe, daß der König Georg der Andere die Absicht hätte, mit dieser Armee, zufolge einem gewissen entworfenen Vertrage, zu welchem man auch die Staaten der Vereinigten Niederlande soll haben einladen lassen c), einen Einfall in die Staaten des Königs von Preußen zu thun. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Hof von Berlin, um einen solchen Einfall zu verhüten, nach der Schlacht bey Mowiz, auf starkes Anhalten des Grafen von Lynford, eines Barons von Ginkel, Gesandten des Königs von Großbritannien und der General-Staaten bey dem Könige von Preußen d), den ganzen Sommer hindurch über einen Vergleich mit der Königin von Ungarn gehandelt habe: wie denn auch, während dieser Unterhandlung, sehr wenig zwischen den Armeen in Schlesiens vorgefallen war. Es ward daher allenthalben, und selbst am Französischen Hofe, ausgestreuet, und von vielen geglaubet, daß der König von Preußen und die Königin von Ungarn sich heimlich verglichen hätten e). Allein die Absicht, welche man dem Könige von Großbritannien zuschrieb, ward kräftiger durch die Armee unter dem Marschall de Maillebois verhindert, welche in das Hannoversche eingedrungen seyn würde, so bald die Truppen des Königs von Großbritannien etwas feindliches gegen die Bundesgenossen von Frankreich unternommen hätten. Georg der Andere beschloß demnach einen Neutralitätsvertrag mit dem Könige von Frankreich einzugehen. Er ward, nachdem man einige Zeit heimlich darüber gehandelt hatte f), am 27sten des Herbstmonats unterzeichnet. Der König von Großbritannien versprach in demselben, als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, „der Königin von Ungarn nicht beizustehen, noch sich den Unternehmungen des

§ 12

„Königs

y) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 81.

z) ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 405.

a) ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 406.

b) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 110.

c) See R. ROLT Repres. of the late War, Vol. I. p. 231.

d) R. ROLT Vol. I. p. 226.

e) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 113.

f) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. I. p. 236, 237.

1741.

„Königs von Preußen, des Kurfürsten von Bayern und der andern Französischen Bundesgenossen zu widersehen. Er sollte auch dem Kurfürsten von Bayern, bey der bevorstehenden Wahl eines Römischen Kaisers nicht zuwider seyn; und der König von Frankreich dagegen seine Truppen allezeit drey Meilen von den Hannoverischen Grenzen entfernt halten, auch seine guten Dienste bey dem Könige von Preußen anwenden, daß er seine Armee, die er, unter dem Fürsten von Anhalt-Deßau, zusammen gezogen, (und welche auch in den Vereinigten Niederlanden einige Unruhe verursachte hatte,) aus einander gehen ließe g).“ Etwas hernach ward zwischen Frankreich und dem Kurfürsten von Bayern, auf einer, und dem Schwäbischen Kreise, auf der andern Seite, ein dergleichen Neutralitätsvertrag geschlossen h). Schon zeitig im Frühlinge, hatte auch die Königin von Ungarn sich mit dem Kurfürsten von Cöln, des Kurfürsten von Bayern Bruder, verglichen, daß man sein Kurfürstenthum mit Einquartierungen versehen sollte, wosern er neutral bliebe. Und hiez zu machte er sich verbindlich. Großbritannien und die Staaten willigten hernach in diesen Vertrag i).

XVII.

Zustand des Krieges zwischen Spanien und Großbritannien. Begegnisse zwischen Französischen und Englischen Kriegsschiffen.

Der Krieg zwischen Spanien und Großbritannien ward mittlerweile stark fortgesetzt. Man nahm einander, von beiden Seiten, eine große Anzahl Rauffahrteyschiffe weg. Der Admiral Vernon bombardirte, im April dieses Jahres, die Stadt Carthagena in Terra Firma, welche er vergebens zu erobern gesucht hatte. Er nahm auch die Festung St. Lorenzo weg, die aber bald wieder verlassen ward. Zwischen vier Französischen und drey Englischen Kriegsschiffen war, im Anfange dieses Jahres, bey dem Vorgebirge Liberon, zwischen St. Christoph und Jamaica, ein scharfes Gefechte vorgefallen, weil die Engländer ihre Flaggan nicht hatten zeigen wollen. Eine gleiche Begegniß hatten drey Französische und eben so viel Englische Kriegsschiffe, in dem Eingange der Straße von Gibraltar k). Man gab einander, von beiden Seiten, die Schuld der verübten Feindseligkeiten, die Vorbothen des Krieges waren, den man zwischen den zwey Kronen vermuthete. Der Marquis de Genelon gab den Staaten auch schriftlich zu erkennen, daß man in Frankreich es ungerne sähe, daß die Engländer sich so stark in America ausbreiteten l): welches die Furcht vor einem Kriege zwischen den zwey Mächten vermehrte. Der Krieg zwischen Spanien und Großbritannien gab sonst den Engländern Gelegenheit, verschiedene den Einwohnern des vereinigten Staats zugehörige Rauffahrteyschiffe wegzunehmen, welche, wie man von Englischer Seite vorgegab, Spanische oder verbotene Waaren fuhreten. Die Spanier unterstundn sich auch, unsere Schiffe in offener See durchzusuchen, und, mit oder ohne Ursache, aufzubringen: welches den Handel gewaltig hinderte, und vielen Anlaß zu klagen gab m). Der König von Spanien befriedigte die Staaten einiger Maaßen n). Aber in England war

g) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 107.

h) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1741. bl. 285.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 461. et suiv.

k) R. ROLT Repref. of the late War, Vol. I. p. 323-340. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1741. bl. 214, 288. Jul.-Dec. 1741. bl. 1,

164. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 119.

l) Secr. Resol. Holl. 15 Sept. 1740. IX. Deel, bl. 637.

m) Zie Europ. Merc. Jan.-Jun. 1741. bl. 256. Jul.-Dec. 1741. bl. 21.

n) Resol. Holl. 4 Mart. 30 Apr. 1740. bl. 110, 267.

war mit Klagen und Vorstellungen nichts auszurichten: welches man hier desto sonderbarer fand, als man iſo genau mit dieſem Königreiche verbunden war, und mit demſelben, im Jahre 1674, einen Schifffahrtsvertrag geſchloſſen hatte o), worin die Regel: Frey Schifff, frey Gut, feſtgeſetzt, und deutlich erkläret war, daß verbotene Waaren ſelbſt das Schifff der Eingiehung nicht unterwürfig machten; welchen Vertrag der König zu beobachten verſprochen hatte. Allein man hatte dem ungeachtet, ſchon in der Kriegserklärung gegen Spanien, zu erkennen gegeben, daß alle Schiffe, die verbotene Waaren führen, für gute Beute erkläret werden ſollten. Der Geſandte der Staaten, Hop, hatte ſolches ſchon an dem Engliſchen Hofe angemerkt, und auf die genaue Beobachtung des Schifffahrtsvertrages gedrungen p). Aber er hatte dadurch nicht hindern können, daß, von Zeit zu Zeit, viele Niederländiſche Kauffahrtenſchiffe von Engliſchen Kapern und Kriegſchiffen ſelbſt, in enſernten Meeren durchgeſucht, beraubt, weggenommen, aufgebracht und ſo gar für verwirkt erkläret worden wären. Dies alles, welches dem Schifffahrtsvertrage gerade zuwider lief q), war nicht nur gemeinen Kauffahrern, ſondern ſo gar Schifffen und Fahrzeugen der Weſtindiſchen Geſellſchaft begegnet r). Man unterließ nicht, von Zeit zu Zeit, ſtark um die Beobachtung des Vertrages anzuhalten. Allein man konnte den Engliſchen Hof nicht dahin bringen, ſchlechthin zu erkennen, daß, zuſolge dieſem Vertrage, das Schifff das Gut frey machte, weim es nicht verbotenes Gut wäre s). Die Engliſchen Miniſter gaben deutlich genug zu verſtehen, „daß Parlamentsſchlüſſe da wären, welche mit den Verträgen zu ſtreiten ſchienen; daß durch dieſe Schlüſſe dem Könige einiger Maßen die Hände gebunden wären, und daß man bey dem Parlamente die Abſtellung würde zu ſuchen haben t).“ Aus dieſem allen war zu erſehen, daß man, wie es ſchien, in England noch bey der alten Grundregel bleiben wollte u), daß die Geſetze des Reichs mehr gälten, als die Verträge. Der König beſaß endlich am 1ten May 1744, daß man ſich, in Anſehung der Einwohner dieſes Staats, nach dem Schifffahrtsvertrage vom Jahre 1674 richten ſollte v): aber die Beſchwerden über die Engliſchen Verletzungen dieſes Vertrages wären ſo lange, als der Krieg w), zum großen Schaden ſehr vieler, welche entweder gar nicht, oder nicht anders, als nach langen Rechtshändeln und Aufwande vieles Geldes, zu ihrem Rechte in England hatten gelangen können.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande, welche den Krieg in Schleſien gegen das Ende des verwichenen Jahres anfangen ſahen, und mit Grunde befürchteten, daß derſelbe vielleicht allgemeiner werden würde, hatten ſchon zeitig im Frühlinge eine zweite Vernebrung

XVIII.

Die Staaten beſchließen eine zweite Vernebrung

§ 3

o) S. B. LV. §. XVII. Th. VI. S. 271.

p) Reſol. Holl. 25 Nov. 1 Dec. 1739. bl. 783. 790.

q) Reſol. Holl. 11 Febr. 29 Mart. 13, 20 April, 16 May, 16 Jun. 1741. bl. 111, 289, 303, 304, 347, 348, 349, 402, 458. 7 Aug. 1742. bl. 586, 591. 20 Jul. 1743. bl. 348.

r) Reſol. Holl. 15 May, 1742. bl. 316. 29 Mart. 22 Jun. 1743. bl. 174, 268, 269.

s) Reſol. Holl. 12 Febr. 24 May, 27 Nov. 1743. bl. 68, 226, 516.

t) Reſol. Holl. 23 Aug. 1743. bl. 374.

u) S. B. LXI. §. VI. Th. VII. S. 20.

v) Reſol. Holl. 29 May, 8 Jun. 4 Jul. 1741. bl. 377, 393, 432.

w) Sie Reſol. Holl. 14, 19 Jan. 1, 7 May, 22 Jun. 2 Sept. 1745. bl. 47, 57, 314, 339, 402, 766. 8, 16 Mart. 14 Sept. 1746. bl. 139, 184, 536. 21, 23 Dec. 1747. bl. 917, 943.

1741.  
ihre Land-  
macht.

die Berathschlagungen, über eine zweite Vermehrung ihrer Truppen, mit ungefähr zehntausend Mann, gehalten x). Der Französische Botschafter in dem Haag, Marquis de Genelon, hatte sein Bestes gethan, um ihnen diese Vermehrung zu widerrathen, und sie von den friedfertigen Absichten des Französischen Hofes zu versichern. Aber die Königin von Ungarn suchte dagegen bey ihnen um Hülfe an y), und der Großbritannische Hof unterstützte dieses Gesuch. Die Staaten waren, wie wir an seinem Orte gemeldet haben, im Jahre 1732, dem Bündnisse beigetreten, welches der Kaiser und der König von Großbritannien, im vorhergehenden Jahre zu Wien geschlossen hatten. Durch dieses Bündniß hatten die Verbundenen versprochen, sich einander in dem Besitze ihrer allerseitigen Staaten zu erhalten. Großbritannien und die Vereinigten Niederlande hatten sich besonders zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbindlich gemacht. Als nun beide Mächte, bald nach dem Einfalle in Schlessien, zufolge dieser Verbindung, von der Königin von Ungarn um Hülfe ersucht wurden; so hatten sie auch einmüthig die Erklärung gethan, daß sie die geschlossenen Verbindungen erfüllen

Sie suchten  
den König  
von Preußen  
und die Königin  
von Ungarn zu ver-  
gleichen.

wollten. Die Staaten waren jedoch der Meynung, daß man den Anfang machen mußte, den König von Preußen an einer und die Königin von Ungarn an der andern Seite zu einem gütlichen Vergleiche zu ermahnen; und hierüber war den ganzen Sommer gehandelt worden, ohne daß man hatte einig werden können. Der Baron von Ginkel, welchen die Staaten an den Hof von Berlin gesandt hatten, that sein Bestes, den König von Preußen zu einem gütlichen Vertrage zu bereben, da man indessen zu eben dem Ende von wegen Großbritanniens und der Staaten an dem Hofe zu Wien arbeitete. Der König von Preußen schien dazu nicht ungeneigt, wenn man ihm wegen seiner Ansprüche auf Schlessien Genugthuung gäbe. Allein die Königin, die damals noch keinen andern offenbaren Feind hatte, als den König von Preußen, war nicht zu bewegen, einen Theil ihrer väterlichen Staaten durch einen Vergleich abzutreten. Der König ließ daher seine Truppen in Schlessien stehen; und die Unterhandlung, wozu der Französische Hof sich geweigert hatte die Hand zu bieten z), lief fruchtlos ab. Da die Staaten unterdessen, nicht ohne Grund, wegen einer feindlichen Unternehmung auf ihren mit fremden Truppen umgebenen Grenzen bekümmert waren; so hatten sie eine zweite Vermehrung ihrer Landmacht mit ungefähr eilftausend Mann beschlossen. Sie ließen auch, um das Ende des Sommers, eine Schanze zu Westervoort, nicht weit von Nijeloord an den Clevischen Grenzen, aufwerfen, ungeachtet der König von Preußen sie um Einstellung dieser Arbeit ersucht, und zugleich versichert hatte, daß er nichts feindliches gegen sie im Sinne hätte, obgleich hievon, seit einiger Zeit, Gerüchte herum geflogen waren a). Einige haben an gemerkt, daß der König, zu dieser Zeit, auch bey den Staaten vergebens um die Zurückgabe des Marquisats von Veere und Vlissingen an den Prinzen von Oranien angehalten hätte b). Aber hievon habe ich bisher nichts gewisses entdeckt.

Die Schanze  
bey Westers-  
voort wird  
gebaut.

Mittler.

x) Resol. Holl. 30 Mart. 1741. bl. 290.  
Notul. Zeel. 9 Jan. 20 Febr. 1741. bl. 11, 64.

z) Secr. Resol. Holl. 20 May, 1741. IX.  
Deel, bl. 765.

y) Schreiben der Königin von Ungarn vom  
29 May, 1741. Secr. Resol. Holl. 10 Jun.  
1741. IX. Deel, bl. 766.

a) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1741. bl.  
270, 321. Jan. - Jun. 1742. bl. 63.

b) R. Rolt Repref. of the late War,  
Vol. I. p. 247.

Mittlerweile war man in dem Haag mit dem Englischen Gesandten Robert 1741.

Trevor in beständiger Unterhandlung, wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Beystandes, gewesen c). Das Parlament hatte für sie eine Geldhülfe von fünfmal hundert tausend Pfund Sterlings bewilligt. Die Staaten von Holland beschloßen erst die Königin ihr achthundert und vierzigtausend Gulden in Gelde, statt der fünftausend Mann, die sie, zu folge dem Wienerischen Vertrage, liefern sollten, zu bezahlen. Allein die meisten andern Landschaften hielten dafür, daß man hiezu nicht schreiten mußte, ehe man der Krone Frankreich davon Eröffnung gethan hätte. Sie ließen sich jedoch endlich dazu bewegen d); wiewohl sie ihren Antheil zu dieser Geldhülfe langsam einlieferten. Die Königin von Ungarn, die aus diesem Anfange sich Hoffnung zu einem fernern Beystande machte, wies die Vorschläge von der Hand, die ihr von Zeit zu Zeit von dem Französischen Hofe und dessen Bundsgenossen gethan wurden, und die alle auf eine beträchtliche Verminderung ihrer väterlichen Erbschaft hinausliefen.

Die Staaten beschließen, die Königin von Ungarn mit Gelde zu unterstützen.

Unterdessen da die auswärtigen Sachen den hohen Versammlungen des Staats das ganze Jahr hindurch wichtige Arbeit verursachten, hatten einige Landschaften, und Holland insonderheit, sehr vieles von verschiedenen Durchbrüchen der Dämme an den Flüssen, worauf gefährliche Ueberschwemmungen gefolget waren, gelitten. Das hohe Wasser in dem Rhein und der Maas hatte, schon im Christmonate des Jahres 1740, die Dämme an einigen Stellen beschädiget. Die Betau, der Tielerwerder, das Land zwischen der Maas und der Waal, und das Land von Zeusden und Altena waren überschwemmet worden. Aber am 2ten Jenner brach der Lingedamm bey Redinghem durch, welches den Alblasterwerder und die fünf Herren Lande unter Wasser setzte. Dieser Damm bekam in kurzem fünf Oeffnungen. Man rechnete über hundert und funfzig tausend Morgen Landes, die in Geldern und Holland überschwemmet wurden. Eine große Anzahl Menschen mußten sich mit dem, was sie hatten retten können, in der Kälte auf den Dämmen behelfen, bis sie von dorten mühsam abgehohlet, und nach den nächsten Städten, oder anderwärts in Sicherheit gebracht werden konnten. Viele Häuser wurden durch die Höhe und die Gewalt des Wassers weggeführt oder schwer beschädiget. Sie und da ertrank auch ziemlich vieles Vieh. Allein an den meisten Orten hatte man die Ueberschwemmung vorher gesehen, und das Vieh nebst andern Habseligkeiten bey Zeiten in die Städte, oder auf die Kirchenböden, auf die Dämme und andere Höhen gerettet. Der Frost und der starke Wind hinderten, im Jenner, die Arbeit an den Dämmen: aber um die Mitte des Hornungs ward es gelindes und angenehmes Wetter; welches weit in den Frühling hinein dauerte, und Gelegenheit gab, die Dämme wieder auszubessern. Der Ostwind hatte auch das Wasser stark ablaufen lassen. Zur Beyhülfe für diejenigen, die durch dieses Unglück Schaden gelitten hatten, und verarmet waren, wurden von der hohen Obrigkeit beträchtliche Summen hergegeben. Es haben auch viele Privatpersonen von verschiedenen Religionen, in den vornehmsten Städten von Holland, besonders zu Harlem zu Amsterdam, und in einigen Dörfern des Norderquartiers ein gutes Theil Geld zusammen gebracht, für welches man einige tausend Dürftige in Geldern

XIX.

Durchbruch der Dämme an den Flüssen, und Ueberschwemmungen in den Vereinigten Niederlanden.

c) Secr. Refol. Holl. 8. 11. 16. 18 Febr. 317. *Voyez aussi la Lettre de Leurs Haut. 1741. IX. Deel. bl. 654. 661. 663. 666.* Puiff dans le Recueil de ROUSSET Tom.

d) Notul. Zeel. 21. 24 Aug. 1741. bl. 305, XVII. p. 180. and R. ROLT Vol. I. p. 212.

1741.

dern und in Holland zuerst mit Lebensmitteln und Kleidung, und hernach mit Vieh und Bauzeuge versehen hat. Im April war das Land an den meisten Orten schon trocken. In dem Alblasserwerder und den dortigen Gegenden hatte die Arbeit an den Dämmen auch guten Fortgang, und das Wasser auf den überschwemmten Landstrichen ward durch Mühlen weggeschafft. Allein ein starker nordwestlicher Sturm, der am 28sten entstand, und drey Tage anhielt, trieb das Wasser in dem Viesbosch so hoch, daß der Damm in den zur Entlebigung des Wassers gemachten Oeffnungen wich, und das Land von Mtena von neuem überschwemmt ward. Am Ende des Wintermonats stürmete es wieder um stark aus Nordwesten, wodurch das Seewasser allenthalben hoch gegen die Küsten getrieben ward. Aber es that keinen beträchtlichen Schaden. Nur der alte Thurm zu Egmond op Zee ward zum Theile durch das Wasser niedergerissen, und in einem folgenden Sturme im Hornung des Jahres 1743 ganz weggeführt e).

XX.

Krieg zwischen  
Russischen Ruß-  
land und  
Schweden.

Die Königin von Ungarn hatte bey ihren Bundesgenossen, und unter diesen bey dem Könige von Großbritannien und den Staaten der Vereinigten Niederlande, beständig um Hülfe angesucht, und sich hiernächst auch an den Russischen Hof gewandt, der sich gut erklärte, aber wegen des im Sommer dieses Jahres entstandenen Krieges mit Schweden und der innerlichen Gährung in dem Reiche, fast gänzlich außer Stand gesetzt war, die geschlossenen Verbindungen zu erfüllen. Der Französische Hof hatte sich, seit einigen Jahren, viele heimliche Freunde in Schweden zu verschaffen gewußt, durch deren Bewirkung endlich ein Bündniß zwischen Frankreich und der Krone Schweden, auf zehn Jahre errichtet, und der letzteren darin eine ansehnliche jährliche Geldhülfe versprochen ward. Es war am 10ten des Wintermonats 1738 unterzeichnet worden f). Schweden ward durch dieses Bündniß so abhängig von Frankreich gemacht, daß es, seitdem, den Französischen Maaßregeln folgen, und, um zu verhindern, daß der Russische Hof der Königin von Ungarn Beystand leistete, im Heumonate dieses Jahres, den Krieg gegen Rußland erklären mußte; welches unter dem Vorwande geschah, daß dieses Reich die letzten mit Schweden geschlossenen Verträge nicht gehörig beobachtet hätte g). Die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten vergebens zu Stockholm gearbeitet, um die Schweden auf andere Gedanken zu bringen. Der Krieg ward in Finnland angefangen, wo es, am 3ten des Herbstmonats, zwischen den Russen, unter dem Grafen von Lascy, und den Schweden, unter dem General Wrangel, zu einem Gefechte kam, worin der letztere geschlagen ward. Die Staatsveränderung in dem Russischen Reiche, welche bald hierauf folgte, stellte daselbst allmählig die innerliche Ruhe wieder her, und setzte die Regierung in den Stand, den Krieg gegen Schweden fortzusetzen. Die Verwaltung der hohen Regierungsgeschäfte war, seitdem Johann der Dritte zum Kaiser erklärt war, gänzlich in den Händen der Fremden gewesen; welches ein nicht geringes Mißvergnügen unter den Russischen Großen erregt hatte. Die Prinzessin Elisabeth, Peters des Ersten Tochter, die sich von einem Throne ausgeschlossen sah, der ihr, zufolge den Gesetzen des Reichs und dem letzten Willen ihrer Mutter zukam, bedienete sich dieses Mißvergnügens, um zu dem Besitze desselben

Veränderung in der  
Regierung  
des Russi-  
schen Reichs.

e) Aus verschiedenen gedruckten Nachrichten dieser Zeit.

f) ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 483.

g) ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 486, 488.



ben zu gelangen. Sie vertraute ihr Vorhaben nur vier Personen, und führte solches, in der Nacht zwischen dem 5ten und 6ten des Christmonats glücklich aus, da sie sich, mit Hülfe einer Anzahl Grenadiere von der Leibwache, der Person des jungen Kaisers und seiner Aeltern, der Großfürstin Anna und des Prinzen Anton Ulrichs von Braunschweig, bemächtigte. Sie ward alsbald hernach von der Generalität, dem Senate und der Geistlichkeit als Kaiserinn erkannt h). Die Grafen von Osterreich und Nimsnich wurden auch in Verhaft genommen und zum Tode verurtheilet, hernach aber, mit Erlassung der Lebensstrafe, nach Sibirien ins Elend gesandt. Der Prinz von Braunschweig und seine Gemahlinn, nebst dem gewesenen Kaiser, blieben in einer beständigen Gefangenschaft, worin sie am 19ten März des Jahres 1746, in einem Kloster bey Archangel, gestorben ist. Die neue Kaiserinn ließ, in dem Anfange ihrer Regierung, viele Merkmale der Sanftmuth blitzen, wodurch sie, mit der Zeit, die Liebe ihrer Unterthanen gänzlich gewann. Sie regierte übrigen auf eben die Weise, und mit eben der Gewalt, als ihr Vater, Peter der Erste, gethan hatte.

Die Veränderung in Rußland gab der Königin von Ungarn einige Hoffnung Kriegsverzu dem Beystande, welchen sie daselbst gesucht und erwartet hatte. Die Anzahl ihrer richtungen in Feinde fing auch an, mit dem Anfange des folgenden Jahres, abzunehmen, da sie, unter Italien.

der Vermittelung des Königs von Großbritannien, einen Vertrag mit dem Könige von Sardinien schloß, der sich verbindlich machte, die Oesterreichischen Staaten in Italien gegen die vereinigte Macht der Könige von Spanien und beider Sicilien, wie wir schon angemerkt haben i), zu beschützen. Der König von Spanien hatte, im vorigen Wintermonate, eine ansehnliche Armee von Barcelona nach Orbitello und Porto Cercole überschiffen lassen, welcher, im Anfange des Jahres 1742, eine andere folgen sollte: aber diese letztere ward lange, in dem Hasen von Toulon, von einer Englischen Flotte besetzt gehalten. Nachdem die Spanische Kriegsmacht in Italien sich mit der Neapolitanischen vereinigt hatte; so marschirte sie durch den Kirchenstaat, und bedrohte Parma und Mantua mit einem Einfalle. Allein der König von Sardinien, der den Oberbefehl über das vereinigte Savoyische und Oesterreichische Kriegsheer führte, besetzte Modena und Mirandola, und nöthigte den Herzog von Montemar, der die feindliche Armee anführte, sich, Ferrara vorbeý, zurückziehen, und bey Rimini, an der Seeküste, zu verschanzen. Weil der König von beiden Sicilien keine Möglichkeit sahe, den Krieg mit Vortheile fortzusetzen; so schloß er bald hierauf einen Neutralitätsvertrag mit den Oesterreichern, wodurch die Feindseligkeiten in Italien aufhörten. Der Infant Don Philipp, dem man die kaiserlichen Staaten in Italien zugebacht hatte, war unterdessen mit einer Armee in Savoyen eingebrungen, und hatte sich einiger unhaltbaren Dörfer bemächtigt. Allein der König von Sardinien, der unterdessen, zu Vertheidigung seiner Länder, zurückgegangen war, nöthigte den Infanten im Herbstmonate zum Rückzuge nach Frankreich, und Räumung der Plätze, welche er in Savoyen eingenommen hatte. Der erste Feldzug der Spanier, welche auf eine Verbindung mit dem Könige von Sardinien, oder dessen Neutralität Rechnung gemacht hatten, lief also unglücklich ab k);

wiewohl

h) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVI. p. 511. et suiv.

i) S. XII. dieses Buchs.  
VIII Theil.

k) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. I. p. 257 - 260. Vol. II. p. 72. &c. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 156.

1742.

wiewohl Don Philipp bald darauf wieder nach Savoyen ging, und einige Dertter wegnahm.

XXI.

Der Kurfürst  
von Bayern  
wird, unter  
dem Namen,  
Carls VII,  
zum Kaiser  
erwählt.

Der Französische Hof hatte bisher keinen Theil an den Italienischen Sachen nehmen wollen: welches man für eine der vornehmsten Ursachen hielte, weswegen sie so unglücklich für die Spanier ausgefallen waren l). Die Sachen von Deutschland lagen ihm mehr am Herzen. Man hatte, von Seiten Frankreichs, schon im vorigen Jahre, gearbeitet, dem Kurfürsten von Bayern zu der kaiserlichen Würde zu verhelfen. Der Marschall von Belleisle, der zum Botschafter des Königs an die Reichsversammlung zu Frankfurt ernannt war, hatte die Höfe von Dresden und Berlin schon beredet, in die Französische Maafregeln zu treten m). Die anderen Kurfürsten folgten den Gesinnungen der mächtigsten. Die Böhmishe Stimme ward nicht zugelassen, wie stark auch die Königin von Ungarn dagegen protestirte hatte n). Zwischen den Kurfürsten von Bayern und von der Pfalz war, wegen der Reichsverweisung am Rheine, welche beide sich anmaßten, ein Streit entstanden. In dem dreßigjährigen Kriege war die Pfälzische Kurwürde an das Haus Bayern übertragen, und in dem darauf erfolgten Osnabrückischen Frieden eine neue für das Pfälzische errichtet worden. Die Kurfürsten von der Pfalz waren, von alten Zeiten her, Reichsverweser am Rheine gewesen, und in dem Osnabrückischen Frieden hatte man nicht bestimmt, ob diese Würde, womit die Regierung des Reichs, in Ermangelung eines Kaisers, verbunden ist, bey Kur-Bayern oder Kur-Pfalz verbleiben sollte. Der Streit hierüber hätte leicht einen Einfluß auf die bevorstehende Kaiserwahl haben können: aber er ward glücklich beigelegt. Man verglich sich, daß die beiden Kurfürsten künftig diese Würde gemeinschaftlich besitzen sollten o). Die andern Schwierigkeiten, welche die Kaiserwahl hinderten, wurden auch gehoben, und der Kurfürst von Bayern, am 24ten Jenner dieses Jahrs, unter dem Namen Carls des Siebenten, zu Frankfurt zum Kaiser erhoben p). Die Königin von Ungarn, deren Stimme, als Königin von Böhmen, auf dem Wahltag nicht zugelassen war, widersprach dieser Wahl öffentlich, und erklärte dieselbe, in verschiedenen Schriften, für ungültig q). Allein die anderen Mächte, und besonders auch die Staaten der Vereinigten Niederlande, erkannten den Kurfürsten von Bayern in seiner neuen Würde. Er hatte jedoch, so lange er regierte und lebete, Arbeit genug, um sich in denselben zu erhalten.

Ober-Oesterreich  
wird wieder  
eingenommen.

Die Königin von Ungarn, die einen ansehnlichen Beystand an Truppen aus diesem Königreiche bekommen hatte, schickte eine Armee, unter dem Grafen von Rhenbüller, im Anfange dieses Jahres, nach Ober-Oesterreich, welches in wenigen Tagen wieder eingenommen war. Linz war die einzige Stadt, die eine Belagerung ausstund; aber, nach der Eroberung von Schardingen, mußte sie sich bald ergeben. Passau ward den Bayern gleichfalls entzissen r). Nach der Einnahme von Ober-Oesterreich

l) Memoir. Tom. I. p. 161.

m) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. I. p. 234.

n) Memoir. Tom. I. p. 109.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII.

p) 105. et suiv.

p) Voyez la Capitulation dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XVII. p. 1-177.

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 125. et suiv.

r) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 117.

Oesterreich rückte die Armee der Königin in Bayern. Die Hauptstadt München 1742. nahm der Prinz von Sachsen-Hildburghausen mit leichter Mühe ein. Das ganze Bayern land, welches außer Vertheidigung war, ward so wohl als die Stadt genöthiget, schwere wird erobert. Brandschakungen zu bezahlen s).

Die Oesterreichische Armee in Böhmen, welche während dem Winter zusammen Kriegesver- gezogen war, um Mähren, wohin der König von Preußen im Anzuge war, zu bede- richtungen in eken, konnte nicht verhindern, daß Jglau ihm in die Hände fiel. Hernach ward Brünn, Mähren, die stärkste Festung in Mähren, belagert. Allein der Prinz Carl von Lothringen, und Böh- men, des Herzogs von Toscana Bruder, der, nach dem im Augustmonate des Jahres 1741 erfolgten Tode der bisherigen Oberstatthalterinn, Erzherzoginn Maria Elisabeth, zum Oberstatthalter der Oesterreichischen Niederlande ernannt war, und der nun den Oberbe- seß in Mähren führte, nöthigte den König von Preußen, die Belagerung aufzuhe- ben. Dieser lagerte sich nachher bey Czaslau in Böhmen, wo die Festung Eggra, im April, an die Kaiserlichen übergegangen war t). Glaz ward etwas hernach von den Preussischen Truppen eingenommen. Als der Prinz Carl unterdessen auch nach Böhmen Schlacht bey gegangen war; so kam es, am 17ten May, bey Czaslau zu einem hitzigen Treffen, Czaslau. welches der König von Preußen gewann u). Die Oesterreichischen Husaren hatten, als der Feind, im Anfange des Gefechtes, zurückgetrieben war, zu zeitig zu plündern angefan- gen, und hiedurch die Niederlage verursacht. In anderen Gegenden von Böhmen sie- len, während diesem Feldzuge, noch verschiedene Gefechte vor, die jedoch nicht so wichtig als die Schlacht bey Czaslau waren v).

Bald nach diesem Treffen folgte der Friede zwischen dem Könige von Preußen XXII. und der Königin von Ungarn. Nachdem der König mit seiner Armee in Böhmen Friede zwis- gerückt war, welches Königreich schon die vereinigten Kaiserlichen, Französischen und Sächsi- schen Truppen angefallen hatten; so zeigte die Königin sich zu einem Vergleiche ge- nige von Preußen und der Kö- glaubete, nebst einem Theile der Niederlande an. Allein er antwortete, „daß, weil nigin von den wäre, neue und große Kosten aufzuwenden, er mit Rechte, alles, was er durch die „Waffen erobert hätte, die Grafschaft Glaz mit darunter begriffen, forderte. Daß er „von den Niederlanden nichts verlangte, weil ein Land, welches man ihm, bey allen „Gelegenheiten, streitig machen könnte, ihm mehr schädlich als vortheilhaft seyn würde w).“ Aber die Königin wollte so vieles nicht abtreten. Die Niederlage bey Czaslau brachte sie auf andere Gedanken. Man setzte die Unterhandlung fort. Der Marschall de Belleisle arbeitete vergebens, um dem Könige von Preußen den Vertrag zu widerrathen x). Man sagt, daß der König den Franzosen, die ihm bey Czaslau nicht hatten zu Hilfe kom- men wollen, nicht mehr recht getrauet habe. Dem sey, wie ihm wolle, es wäre nur bis an den 1ten des Brachmonats, da, unter Vermittelung des Königs von Großbrit- tannien,

M m 2

s) Memoir. Tow. I. p. 171.

t) Memoir. pour l'Histoire de l'Europe, Tom. I. p. 180. et suiv.

u) Memoir. Tom. I. p. 199. et suiv.

v) R. ROLT Vol. I. p. 238. &amp;c. 395. &amp;c. Memoir. Tom. I. p. 204.

w) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 192.

x) Memoir. Tom. I. p. 209.

1742.

tannien, zu Breslau, einige vorläufige Artikel unterzeichnet y), und hernach, am 28sten des Heumonats, zu Berlin, in einen vollkommenen Frieden verwandelt wurden. Durch denselben „wurden Ober- und Nieder-Schlesien, nebst dem landstriche Kattcher, „der vormals zu Mähren gehört hatte, dem Könige von Preußen abgetreten. Nur „behielte die Königin von Ungarn das Fürstenthum Teschen, die Stadt Troppau, „und dasjenige, was jenseit der Oppau liegt, nebst den hohen Gebirgen in Ober- „Schlesien, der Herrschaft Kemnersdorf und den anderen zu Mähren gehörigen, „miewohl in Ober-Schlesien eingeschlossenen Landstrichen. Die Grafschaft und Stadt „Glatz in Böhmen wurden dem Könige gleichfalls überlassen. Dagegen begab er sich „aller Ansprüche an die Königin, und versprach, die Römisch-katholische Religion in „Schlesien in dem Zustande, worin sie wäre, zu lassen. Er machte sich ferner verbind- „lich, den Unterthanen Großbritanniens und der Vereinigten Niederlande die „Summen zu bezahlen, welche sie, auf die Einkünfte von Schlesien, dargeliehen hat- „ten, jedoch, in Ansehung der letzteren, mit dem Vorbehalte, dasjenige abzurechnen, was „ihm der Staat schuldig wäre. Die Königin aber sollte die Brabanter, wegen ihrer „Forderungen, befriedigen. Uebrigens wollte man Großbritanniens, Rußland, Dä- „nemark, den König von Polen, als Kurfürsten von Sachsen, wosern er, innerhalb „vierzehn Tagen, seine Truppen von den Französischen absonderte, und aus Böhmen „jöge, die Staaten der Vereinigten Niederlande und das Durchlauchtigste Haus „Braunschweig-Wolfenbüttel in diesen Vertrag mit eingeschlossen haben z).“

Der Prinz  
Carl belagert Prag.

So bald derselbe nur geschlossen war, bekamen die Sachsen der Königin von Ungarn eine ganz andere Gestalt. Die Preussischen Truppen verließen Böhmen und Mähren. Die Sachsen gingen nach ihren Grenzen zurück. Die Kaiserlichen und Franzosen waren in verschiedenen Gefechten, und besonders durch Krankheiten und Ausreissen, so sehr geschwächt worden, daß sie kaum eine Möglichkeit sahen, Böhmen gegen die Oesterreichische Macht zu behaupten. Der Prinz Carl erhielt auch beständige Vortheile über die Franzosen. Er nöthigte ihre Armee, unter dem Marschall de Broglio, sich nach Prag zurückzuziehen, und eroberte Pilsen, worin eine Französische Besatzung lag a). Die Oesterreicher hatten inzwischen auch Prag belagert; sie verwandelten aber die Belagerung, in kurzem, in eine Blockirung. Als der Marschall de Belleisle, der über die kaiserlichen und Französischen Truppen in dieser Stadt den Oberbefehl führte, keine Möglichkeit sahe, eine lange Belagerung auszuhalten, da ihm die Zufuhr abgeschnitten war; so wollte er so gleich mit dem Prinzen Carl einen Vergleich schließen, und ihm die Stadt übergeben, unter der Bedingung, daß der Besatzung ein freyer Abzug, wohin sie wollte, verstattet würde. Aber der Prinz verlangte, daß sie sich zu Kriegsgefangenen ergeben sollte. Hiervon wollte Belleisle nichts hören. Die Unterhandlung ward also abgebrochen, und die Stadt, gegen das Ende des Heumonats, so enge eingeschlossen, daß nichts darin weder ein- noch auskommen konnte. Der Mangel an Lebensmitteln war damals schon in Prag sehr groß. Nach der Mitte des Augustmo-  
nats

y) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 27.

z) Voyez

ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 33.

a) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 219. et suiv.

nats fing man an die Stadt heftig zu beschießen. Die Belagerten thaten zuweilen starke Ausfälle, mit beiderseitigem Schaden. Mit dem Anfange des Herbstmonats wurden die Belagerten, durch die Nachricht von dem Anzuge des Marshalls de Maillebois zum Entsatze der Stadt, erlreuet. Die Belagerung ward auch aufgehoben, etwas hernach aber die Blockirung wieder fortgesetzt, weil Maillebois nicht bis nahe an die Stadt hatte durchdringen können. Er ward auch in kurzem genöthigt, sich zurückzuziehen. Belleisle, der unterdessen den Befehl erhalten hatte, Prag, mit dem größten Theile der darin liegenden Französischen Truppen, zu verlassen, zog heimlich, zwischen dem 16ten und 17ten des Christmonats, an der Spitze von vierzehn tausend Mann aus der Stadt. Prag ergab sich hernach, durch einen Vergleich, der am 17ten geschlossen ward. Die noch übrige kaiserliche und Französische Besatzung erhielten einen freyen Abzug b). Egra war, nach der Uebergabe von Prag, die einzige Stadt in Böhmen, die noch in den Händen des Feindes blieb.

1742.

Die Stadt ergibt sich.

Allein ehe noch die Sachen der Königin von Ungarn so glücklich liefen, hatte sie, aus Besorgniß vor der Anzahl und der Macht ihrer Feinde, ein bewegliches Schrei- ben an verschiedene Mächte, und unter andern, an die Staaten der Vereinigten Nie- derlande abgelassen, worin sie dem Französischen Hofe die Schuld aller Drangsalen, die sie schon litten, und womit sie ferner bedrohet ward, beymaß c). Sie hatte auch nicht nachgelassen, ihre Bundesgenossen überhaupt um eine thätige Hülfe zu ersuchen. Die Ge- nera!-Staaten hatten auch, um hierzu, im Nothfalle, bereit zu seyn, auf ein ernstliches Schreiben der Stände von Geldern d), schon gegen das Ende des verwichenen Jahres, beschloffen, ihre Landmacht, zum dritten Male, mit zwanzigtausend Mann zu vermehren e). Aber dieser Schluß war weder von den Provinzen, noch von den Abgeordneten einer jeden Provinz, mit einmüthigen Stimmen gefaßt worden. Dordrecht und Amsterdam hat- ten sich, in der Versammlung der Holländischen Stände, lange dagegen gesetzt; wiewohl sie endlich der Mehrheit beygetreten waren. In Seeland zauderten Niddelburg und Veere am längsten, ehe sie schlechtweg in die Vermehrung willigten f). Der Französische Hof hatte sich auch sehr angelegen seyn lassen, den Schluß zu hintertreiben. Der Marquis de Senelon suchte einen jeden zu überreden, „daß der Staat nichts von Frank- reich noch von Preußen zu befürchten hätte; daß die Vermehrung der Truppen, welche so große Kosten, ohne Noth, verursachte, für die gegenwärtige Regierung gefährlich wäre; daß man die Truppen leicht vermehren, aber nicht so leicht vermindern könnte, und daß man, nach dem Münsterischen Friedensschlusse, gesehen hätte, welche schwere Folgen mit der Abdankung verbunden wären.“ Diese Gründe wurden auch in gedruck- ten Schriften vorgestellt und bekannt gemacht. Aber der Aufenthalt der Französischen Armee unter dem Marshall de Maillebois an dem Nieder-Rheine hatte hier zu Lande nicht geringe Unruhe erweckt, und denen, die am meisten auf die Vermehrung der Truppen bestanden, Gelegenheit gegeben, darauf stärker zu dringen, als sie sonst hätten thun können.

XXIII.

Die Staaten beschließen eine dritte Vermehrung ihrer Kriegsmacht.

Der Französische Hof suchte sie zu hindern.

M m 3

Der

b) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 231 - 315. R. ROLT Represent. of the late Vol. II. p 38 - 59.

c) Man sehe das Schreiben in dem Europ. Merc. Jan. - Jun. 1742. bl. 120.

d) Schreiben der Stände von Geldern vom 22 Dec. 1741.

e) Résol. Gener. 22 Dec. 1741.

f) Notul. Zeel. 22, 23 Jan. 22, 26 Febr. 19, 24 Mart. 1742. bl. 42, 43, 89, 93, 119, 136.

1742.

Er bietet dem  
Staate die  
Neutralität  
an.

Der Französische Hof hatte, um die Staaten von aller Besorgniß zu befreien, ihnen einen Neutralitätsvertrag auf gleichen Fuß, als der mit dem Könige von Großbritannien, als Kurfürsten von Braunschweig - Lüneburg, geschlossene war, anbieten lassen. Der König wollte auch seine Armee aus ihrer Nachbarschaft zurückziehen, und wegen der Oesterreichischen Niederlande, solche Verfügungen mit ihnen machen, wodurch dieselben ißo und in Zukunft sicher gestellt werden könnten g). Aber dieser Vorschlag fand keinen allgemeinen Beifall. Drey Provinzen, Geldern, Utrecht und Gröningen hatten jedoch stark darauf bestanden. Allein Holland gab seine Stimme dagegen h). Man schien sich auf keine neue Verträge verlassen zu können, so lange man nicht sah, daß die alten beobachtet wurden. Der Frenherr von Reischach, der unlängst von der Königin von Ungarn nach dem Haag gesandt war, that auch sein Bestes, um bey den Staaten einen Argwohn gegen Frankreich zu erregen i). Der Marquis de Geneloir wiederholte unterdessen die Vorschläge seines Hofes in einer Vorstellung, welche er am 17ten des Hornungs in der allgemeinen Versammlung der Stände übergab. Dieselbe fand aber bey den meisten Abgeordneten wenig Eingang. Hiezu trug dies ein Großes bey, daß der Großbritannische Hof sich ißo viele Mühe gab, die Staaten zu Ergreifung kräftigerer Maaßregeln, als sie bisher beobachtet hatten, zu bewegen.

Der König  
von Groß-  
britannien  
ermahnet sie  
zu Ergrei-  
fung kräfti-  
gerer Maaß-  
regeln.

Georg der Andere hatte sich, als Kurfürst von Braunschweig - Lüneburg, zur Neutralität verbunden. Es schien auch im Anfange, daß er, als König und Kurfürst, geneigt wäre, nebst den Staaten den Frieden durch Unterhandlungen wieder herzustellen. Allein nachdem der Ritter Robert Walpole, im Hornung dieses Jahres, um den Eifer des Volkes und einiger Großen zu befriedigen, alle seine Bedienungen niedergelegt hatte k); so ward der Großbritannische Hof andres Sinnes. Der König sandte, im April, den Grafen von Stairs, als außerordentlichen Vorschaffter, nach dem Haag, mit dem Auftrage, die Staaten zu kräftigerer Unterstützung der Königin von Ungarn zu ermahnen, und ihnen einen Neutralitätsvertrag zu widerrathen. Es wurden auch bald darauf sechszehntausend Mann Englische Truppen nach Ostende überschiffet, welche in die Städte Gent, Brügge, Oudenarde, Courtray und Lier zur Besatzung geleet wurden. Zu eben der Zeit schickte der König von Frankreich seine Haustruppen nach den Niederlanden, um das Französische Flandern zu bedecken. Dünkirchen ward auch stark besetzt. Aus allen diesen Bewegungen konnte man einen bald bevorstehenden Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien vorhersagen.

Man sucht  
bey den  
Staaten  
einen Arg-  
wohn gegen  
Großbri-  
tannien und

Mittlerweile suchten einige bey den Staaten einen Argwohn, wegen des Aufenthaltes der Engländer in den Niederlanden, wo sie Nieuwpoort und Ostende besetzten, zu erwecken. Aber Stairs und Trevor versicherten sie einhellig, daß dieser Argwohn ungegründet wäre, und daß der König, ihr Herr, keine andern Verträge mit der Königin von Ungarn hätte, als denen die Staaten auch beigetreten wären. Dagegen suchten sie ihnen die Absichten des Französischen Hofes, welcher Dünkirchen, gegen die Verträge,

g) Man sehe die Vorstellung in dem Europ. Merc. Jan. - Jun. 1742. bl. 217.

h) Secr. Resol. Holl. 14, 20 Sept. 11, 17 Oct. 1 Dec. 1741. IX. Deel, bl. 797, 798, 803, 804, 808.

i) Man sehe seine Vorstellung in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1742. bl. 82.

k) See R. ROLT, Vol. I. p. 343. &c.



Verträge, befestigen ließ, verdächtig zu machen. Senelon stellte aber hierauf vor, <sup>1742.</sup> daß diese Befestigung bloß geschäße, um sich gegen England sicher zu stellen, welches gegen Frank-  
 Flandern mit seinen Truppen zu erfüllen anfinke l). Der Marsch des Marschalls von reich zu erre-  
 Maillebois nach Böhmen gab den Englischen und Oesterreichischen Gesandten neue gen.  
 Gelegenheit, bey den Staaten um Beystand für die Königin anzuhalten. Senelon  
 suchte sie dagegen zu überreden, daß dieser Marsch unter andern geschehen wäre, um sie  
 von der Unruhe zu befreien, die bey ihnen, wegen des Aufenthalts dieser Armee an ihren  
 Grenzen, entstanden wäre m). Er bot den Staaten auch Dünkirchen zur Verwahrung, Der Franzö-  
 bis zu dem Friedensschlusse, an, unter der Bedingung, daß diese Stadt und der Hafen, sische Hof bie-  
 im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und England, vollkommen neutral blie- tet den Staa-  
 ben n). Man fand aber nicht rathsam, diesen Vorschlag anzunehmen o). chen zur

Die dritte Vermehrung der Kriegsmacht des Staats hatte mittlerweile die Verwahrung  
 Stände von Holland in die Nothwendigkeit gesetzt, zu Unterhaltung ihres Antheils neue an.  
 Auflagen zu erfinden. Sie beschloßen eine persönliche Schätzung allen denen aufzulegen, Personen-  
 welche sechshundert Gulden und darüber jährlich erwarben oder verzehrten, Fremde, Pro- feuer wird in  
 fessoren, Prediger, Kriegsbedienten, die keine General- oder Flagaagofficiere waren, und Holland ein-  
 Handwerksgeßellen allein ausgenommen. Aber diese Steuer erfüllte die Absicht schlecht, geführt.  
 die man dabey gehabt hatte. Die Anzahl der Leute, von denen man urtheilte, daß sie  
 keine sechshundert Gulden erwürben oder verzehrten, war zu groß in Holland. Es kam  
 auch von dieser Steuer jährlich bey weitem keine Million in die Landschaft. Sie ward  
 daher, nach Verlauf weniger Jahre, wieder abgeschafft.

Unter dessen wurden, wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Bey- XXIV.  
 standes, ernstliche Verathschlagungen in den besondern Landschaften gehalten. Die Verathschla-  
 Stände von Holland hatten, im Augustmonate, einigen aus dem Adel und den Städten, gungen der  
 nebst dem Rathspensionär van der Heim, aufgetragen, zu untersuchen, was man, zufolge Stände von  
 den Verträgen, der Königin von Ungarn, noch außer der ihr schon geleisteten Hülfe, gen des der  
 schuldig seyn mögte. Ihr Gutachten gieng hierauf hinaus, „daß die Stände sich schlech- Königin  
 „terdings zu erklären hätten, daß sie sich verbunden hielten, ihren Verbindungen nachzu- von Ungarn  
 „kommen, und daß sie, nach solcher Erklärung, sich mit der Königin von Ungarn zu leistenden  
 „dem Könige von Großbritannien über die geschicktesten Mittel, diese Verbindungen Beystandes.  
 „zu erfüllen, verathschlagen, und in diesen Verathschlagungen den Grundsätzen folgen  
 „müßten, welche von ihnen im Anfange des Jahres 1741, da sie zuerst um Hülfe ersucht  
 „worden, angenommen wären. Daß sie, (die Commissarien) befunden hätten, daß der  
 „Wienische Vertrag vom Jahre 1732 von den Staaten erstlich einen Beystand von  
 „fünstaufend Mann, hernach eine größere, und endlich eine von den Bundsgenossen ein-  
 „ander, nach allem Vermögen, zu leistende Hülfe forderte. Daß die Stände von Hol-  
 „land, bereits im Brachmonate des Jahres 1741, in einen mit achthundert und vier-  
 „zigtaufend Gulden abkaufenden Beystand von fünstaufend Mann auf ein Jahr ge-  
 „willigt

l) Man sehe die Vorstellung im Europ.  
 Merc. Jul. - Dec. 1742. bl. 84. 154. 155. and R.  
 R o l t, Vol. II. p. 2

m) Man sehe die Vorstellung in dem Europ.  
 Merc. Jan. - Jul. 1742. bl. 202, 203, 207, 208.

n) Man sehe die Vorstellung am angef. Dr-  
 te S. 200.

o) Resol. Holl. 7, 22, 29 Aug. 12 Sept.  
 1742. bl. 593, 620, 633, 637, 691.

1742.

„willigt hätten; aber daß der Vertrag vom Jahre 1732 die Wahl hierin nicht der helfenden Partey, sondern derjenigen, welche die Hülfe empfangen, überließe. Daß die gedachten Stände, im letztverwichenen Augustmonate, noch in einen Beystand von sechshundert tausend Gulden gewilliget hätten; aber daß Seeland die einzige unter den Provinzen wäre, die diesen Beystand beschloßen hätte. Daß man Sorge tragen müßte, daß die Provinzen die Rückstände des ersten Beystandes bezahlten, und in den zweiten, willigten, und daß man, im folgenden Jahre, der Königin nicht mit Gelde, sondern mit Truppen beystehen müßte. Daß man die Anzahl derselben mit den Höfen von Wien und London bestimmen, und in Ansehung des Gebrauchs dieser Truppen, gehörig dafür sorgen müßte, daß der Krieg von den Grenzen des Staats entfernt bliebe. Daß Holland mittlerweile seinen Antheil, nicht zu sechshundert tausend Gulden, worin die Provinzen noch nicht gewilliget hätten, sondern zu achthundert und vierzigtausend Gulden, für das zweite Jahr, welchen Beystand man als etwas, das von dem Staate überhaupt bestimmt wäre, ansehen könnte, bezahlen, und daß man von diesem allen den Ständen der besonderen Provinzen Nachricht geben müßte.“ Aber auf diesen Vorschlag ward kein Schluß in der Versammlung von Holland gefaßt p). Dordrecht und Briel waren mit den meisten übrigen Ständen nicht einig. Dordrecht hatte, wenige Tage zuvor, stark auf eine Unterhandlung zwischen den kriegsführenden Mächten, zu Beförderung des Friedens, unter Vermittelung der General-Staaten, gedrungen. Frankreich hatte sich hiezu geneigt erklärt. Und die von Dordrecht waren der Meynung, daß man sich dieser Neigung und des herannahenden Winters bedienen müßte, an einem Vertrage zu arbeiten, damit derselbe, wosern er ohne Vermittelung der Staaten geschlossen würde, nicht vielleicht einige Artifel enthalten mögte, die der Schifffahrt, dem Handel und den Besitzthümern des Staats nachtheilig seyn könnten. Aber einige andere Mitglieder der Versammlung hielten dafür, daß man den Frieden am besten befördern würde, wenn man gerade heraus die Erklärung thäte, daß man beschloßen hätte, seine Verbindungen zu erfüllen; und hernach mit den Bundsgenossen der Königin von Ungarn, wegen der besten Mittel, den Frieden wieder herzustellen, eine Unterhandlung anfangen. Die Stadt Amsterdam, welche mit diesen letzteren fast einig war, that nur noch, im Christmonate, den Vorschlag, „daß man, in der Unterhandlung mit den Bundsgenossen, Sorge tragen müßte, damit der Staat nicht über Vermögen beschweret würde, und die Anzahl der Truppen, die man gegenwärtig zu liefern hätte, nicht über zwanzig tausend Mann ginge, worunter viertausend Reiter oder Dragoner seyn sollten q).“ Allein die von Dordrecht beschwerten sich sehr, „daß man ihren ernstlichen Rath, am Frieden zu arbeiten, so wenig in Betrachtung zöge, da man doch vorher zu mehreren Malen, und besonders auch am Französischen Hofe, sich erklärt hätte, von aller Neigung zum Kriege entfernt zu seyn.“ Ferner machten sie die Anmerkung, daß sie noch nicht so deutlich sähen, ob der Staat zu Gewährleistung der Pragmatischen Hülfe zu leisten, zufolge dem Vertrage von Wien, verbunden wäre, oder nicht. „Daß man vielleicht eben so viel wider, als für diese Verbindlichkeit einzuwenden hätte, vornemlich, wenn man erwägen wollte, was nach dem Jahre 1732 geschehen wäre. Jedoch wären sie der Meynung, daß die Angelegenheiten des Staats, erforderten, dem

Dordrecht  
und Briel  
sind mit den  
andern  
Ständen  
nicht einig.

Vorschlag  
der Stadt  
Amsterdam.

Dordrecht  
zieht die Ver-  
bindlichkeit  
des Staats,  
der Königin  
von Ungarn,  
daß sie noch  
nicht so deutlich  
sähen, ob der  
Staat zu Gewähr-  
leistung der  
Pragmatischen  
Hülfe zu lei-  
sten, in Zwei-  
fel,

„Hause

„Haufe Oesterreich beyzustehen, in so weit solches geschehen könnte, ohne den Staat  
 „einer augenscheinlichen Gefahr bloß zu stellen. Aber sie könnten es keinesweges billigen, und ver-  
 „daß man den Beystand, welchen man zu leisten dächte, auf zwanzigtausend Mann setz-  
 „te, ehe man noch wüßte, auf welchen Fuß die Königin von Ungarn sich mit dem Kai-  
 „ser und dessen Bundsgenossen vergleichen wollte. Man ließ sich schon verlauten, daß  
 „sie eine Vergütung für Schlesiens zu fordern gedächte. Und wenn dieses geschähe, nicht auf  
 „würde der Staat sich leicht in einen Krieg verwickeln, dessen Ende Niemand absehen könnte, nicht auf  
 „könnte. Sie könnten auch denen nicht beytreten, welche dafür hielten, daß der Staat  
 „verbunden sey, der Königin so lange Hülfe zu leisten, bis derselben ihr gelittener Scha-  
 „de vergütet seyn würde. Sie nähmen im Gegentheile als gewiß an, daß man eine sol-  
 „che Verbindlichkeit weder aus dem Wienerischen Vertrage, noch aus einem andern Bünd-  
 „nisse beweisen könnte. Hiernächst mußte man auch mit dem Könige von Großbritannien  
 „nien einig seyn, ehe man den Beystand der Königin auf zwanzigtausend Mann setzte.  
 „Der Vertrag von Wien forderte, daß, wenn der erste Beystand nicht hinlänglich be-  
 „stunden würde, die verbundenen Mächte sich mit einander, wegen eines ferneren Bey-  
 „standes vergleichen sollten. Der Beystand des Königs von Großbritannien mußte  
 „daher ebenfals, so wohl als der Gebrauch, den man von den beiderseitigen Hülfstrup-  
 „pen zu machen dächte, bestimmt werden. In allem Falle wären sie der Meynung, daß  
 „man der Königin nicht mit Truppen, sondern mit Gelde bestreken mußte. Hieburch  
 „würde Frankreich sich weniger beleidigt achten, und dem Staate wäre daran gelegen,  
 „einen Friedensbruch mit dieser Krone zu verhüten. Die Königin würde auch, mit den  
 „Hülfstruppen des Staats, Frankreich in den Oesterreichischen Niederlanden be-  
 „kriegen können, und dadurch der Schauplay des Krieges auf die Grenzen des Staats  
 „versetzt werden. Oder wenn sie diese Truppen nach Deutschland führen wollte, wür-  
 „den sie auf einem so beschwerlichen Zuge, sehr stark, zu beträchtlichem Schaden des  
 „Staats, zusammenschmelzen, ohne daß die Königin dadurch etwas wichtiges gewin-  
 „nen würde. Ueberdem könnte man, nicht ohne Gefahr des Staats, eine so ansehnliche  
 „Menge Truppen so weit, und zu einer Zeit marschiren lassen, da der Staat fürchterliche  
 „Nachbarn hätte, von deren Gesinnungen die von Dordrecht nicht unterrichtet wären.  
 „Ferner müßten diejenigen Miltstände, die am stärksten auf die dritte Vermehrung der  
 „Kriegsmacht des Staats gedrungen hätten, in Betrachtung ziehen, daß an dieser Ver-  
 „mehrung noch sieben tausend Mann fehlten; und daß, wenn man, wie billig wäre,  
 „dasjenige von dieser Kriegsmacht abzöge, was an den Antheilen der besondern Provin-  
 „zen mangelte, man befinden würde, daß dieselbe sich, in allem, nicht über sechzigtau-  
 „send Mann beliefe, und daß also, wenn man der Königin von Ungarn zwanzigtau-  
 „send Mann zu Hülfe schickte, nicht mehr als vierzigtausend Mann übrig blieben; wel-  
 „che Anzahl kaum groß genug seyn würde, die Grenzstädte zu vertheidigen, und noch viel-  
 „weniger, eine Armee daraus in das Feld zu stellen, die vermögend wäre, einem mächt-  
 „gen Feinde das Haupt zu bieten. Endlich erklärten sie sich bereit, in eine solche Geld-  
 „hülfe zu willigen, als die anderen Miltstände gerathen finden würden, statt der Truppen,  
 „der Königin von Ungarn zu versprechen r).

Das

r) Auszug aus den Schlüssen des alten Rathes zu Dordrecht vom 21 Dec. 1742. in des  
 VIII. Theil.

ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 203.

1742.

Der Baron  
von Reischach  
schickte dringend  
auf Hülfe.

Das Jahr ging also zum Ende, ohne daß man in der Versammlung der Stände von Holland, wegen des der Königin zu leistenden Beystandes, hatte einig werden können. In den besondern Landschaften hatte man hieüber auch noch nicht gleiche Gesinnungen. Utrecht, Gröningen und das Quartier von der Veluwe in Geldern hatten ihren Antheil zu den achthundert und vierzig tausend Gulden, die schon im vorigen Jahre bewilliget waren, noch nicht bezahlt. Zu der Geldhülfe von sechszeihn hundert tausend Gulden hatten Holland und Seeland allein ihre Einwilligung gegeben. Der Baron von Reischach übergab deswegen, am 8ten des Christmonats, eine ernstliche Vorstellung, worin er ihnen zu bedenken anheimstellte, „daß ihre eigene Erhaltung von dem der Königin, seiner Frau, zu leistenden Beystande abhinge, und daß sie so wohl als ihre an deren Bundsgenossen sich unvermeidlich vor einer Macht würden biegen müssen, die nicht die geringste Achtung für die feierlichsten Verträge, für die ausdrücklichsten Verbindlichkeiten zu Erhaltung von jemand's Rechten, noch für die theuersten Bande der menschlichen Gesellschaft hätte.“ Diese Ausdrücke so wohl als verschiedene andere waren dem Vorschläger de Fenelon so empfindlich, daß er die Unanständigkeit derselben schriftlich zu beweisen suchte.

XXV.  
Eine Gährung  
unter dem Volke  
wird durch  
verschiedene  
gedruckte  
Schriften erregt.

Allein diese und dergleichen gedruckte Schriften, die alsbald an das Licht kamen, verursachten in kurzem auch eine Gährung unter dem Volke, welche zunahm, so wie man von beiden Seiten verschiedene Gedichte und Schriften herausgegeben, oder wieder abgedruckt hatte, die natürlicher Weise dieneten, das Volk gegen Frankreich einzunehmen, oder es mit Argwohn gegen Großbritannien zu erfüllen. In den letzteren dieser Schriften bemerkte man auch die augenscheinliche Absicht, die gegenwärtige statthalterlose Regierung in Holland und in den dreyen andern Landschaften aufrecht zu erhalten. In denjenigen Schriften hingegen, worin man Frankreichs Anschläge verdächtig zu machen suchte, und über deren einige Fenelon zumeylen bey den General - Staaten flagte <sup>t)</sup>, entdeckte man öfters, daß der Endzweck der Schriftsteller war, dem Volke ein Verlangen nach einem Durchlauchtigen Haupte der Regierung einzufloßen, welches den Staat gegen einen solchen mächtigen und gefährlichen Feind, als Frankreich zu werden schien, beschützen könnte. Der unglückliche Krieg von 1672, nebst der Geschichte der Erhebung des Prinzen Wilhelms des Dritten zum Statthalter von Holland, ward in Erinnerung gebracht; und zugleich wurden die Obrigkeiten, welche die statthalterlose Regierung damals erhalten hatten, und noch erhielten, boshafter Absichten, zum Nachtheile des Vaterlandes, nicht undeutlich beschuldigt. Diejenigen, welche so vor einem Kriege mit Frankreich bange waren; welche der Königin von Ungarn entweder gar keine, oder nur eine Geldhülfe leisten wollten, und welche, wie einige in Deutschland gethan hatten, gerne einen Neutralitätsvertrag geschlossen hätten, wurden, unter verdeckten Namen, als ungerethe, bundbrüchige, feige, bestochene Leute, und besonders als Verräther desjenigen, welchen man zur Statthalterschaft aller Provinzen erhoben zu sehen wünschte, abgeschildert. Alles dieses trug mehr oder weniger bey, die Gemüther des Volkes zu der merkwürdigen Veränderung, die vier oder fünf Jahre nachher vorkam, vorzubereiten. Es soll so gar, zu dieser Zeit, an dem Französischen Hofe gesprochen worden seyn, „daß

„man

s) Man sehe die Vorstellung in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1742. bl. 309.

t) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1742. bl. 162. Lettres de Mr. VAN HOEY, p. 21, 24, 26.

„man in den Vereinigten Niederlanden glaubete, daß das Kriegsvolk vermehrt, und zugleich ein Statthalter ernannt werden müßte, um sich gegen Frankreich und Preußen Sicherheit zu verschaffen u).“

1742.

Der Prinz von Oranien und Nassau, welchem man die Statthalterschaft von Holland, Seeland, Utrecht und Overysse, gleich nach dem Ausbruche des Krieges, heimlich zugebachte hatte, war, im Jahre 1740, durch die Erbfolge, zum Besitze von Nassau-Dillenburg, und, im Anfange dieses Jahres, durch einen Vergleich, auch von Nassau-Siegen gelangt, wodurch sein Ansehen im deutschen Reiche zugenommen hatte. Als die Staaten der Vereinigten Niederlande, auf den schon im vorigen Jahre geschehenen Vorschlag von Overysse v), im Herbst dieses Jahres, verschiedene Oberster im Dienste des Staats gewesen war, zu einer höhern Würde zu befördern. Seine Freunde würden gerne gesehen haben, daß er zum General des Fußvolkes oder der Reiterey ernannt worden wäre. Aber durch den Schluß der General-Staaten erhielt er nur die Stelle eines General-Lieutenants. So bald er hievon Nachricht bekommen hatte, beschloß er eine Bedienung, welche, wie es ihm schien, mit der Würde eines General-Capitains über drey der vereinigten Provinzen, die er bekleidete, nicht bestehen konnte, nicht anzunehmen. Diesen seinen Entschluß gab er den General-Staaten, in einem Schreiben zu erkennen, worin er ihnen meldete, „daß er die Stelle eines General-Lieutenants nicht annehmen könnte, ohne sich der öffentlichen Verachtung bloß zu stellen.“ Er fügte hinzu, „daß ob es ihm gleich unmöglich gewesen wäre zu hindern, daß man ihm seine Güter vorenthielte, und daß ihm die Gerichte, den uralten Freiheiten dieser Lande und den Grundsätzen der Vereinigung zuwider, verschlossen blieben, er jedoch vermögend, und zufolge seinen Vorschriften, verbunden wäre, die Ehre und das Ansehen der Bedienungen zu bewahren, die keinen geringen Theil der Freiheiten und Vorrechte der Landschaften ausmachten, in deren Namen er die Ehre hätte, dieselben zu bekleiden.“ Zum Beschlusse gab der Prinz zu verstehen, „daß es ihm leid wäre, daß man ihm, durch die Ernennung zu einer Bedienung, die mit seiner Würde nicht übereinkäme, die Gelegenheit nähme, sich zum Dienste des Staats geschickter zu machen x).“ Dieses Schreiben, welches alsbald öffentlich heraus gegeben ward, fand einen allgemeinen Beyfall, und trug vieles bey, dem Volke hohe Gedanken von der Großmuth des Prinzen beyzubringen.

Der König von Preußen hatte sich, gleich nach dem Berlinischen Friedensschlusse, bemühet, Großbritannien und die Staaten zur Gewährleistung des Besizes von Schlesien zu bewegen. Georg der Andere hatte sich schon verbindlich gemacht, die Gewähr über die zu Breslau geschlossenen vorläufigen Artikel zu leisten. Daher war er leicht zu bereben, die Gewährleistung dieses Vertrages in allen seinen Theilen zu übernehmen. Dieß geschah durch ein Schutzbündniß, welches am 1ten des Wintermonats zu Westminster unterzeichnet ward y), und wozu, nach einem Artikel desselben, die vereinigten

N n 2

einigten  
Rußland.

u) Lettr. de Mr. VAN HOEV, p. 28. 92.  
v) Secr. Refol. Holl. 23 Nov. 1741. IX.  
Deel, bl. 806.

w) Refol. Holl. 28 Jun. 4 Oct. 1742. bl.  
400, 744.

x) Missive van W. C. H. FRISO, Prince  
d'Orange et Nassau, van 7 Oct. 1742.

y) Voyez ROUSSEAU Recueil, Tom. XVIII.  
p. 45.

1742.

einigten Staaten, in kurzem, auch eingeladen wurden z). Etwas hernach (1) ward zu Moskau ein dergleichen Bündniß zwischen dem Könige von Großbritannien und der Kaiserinn von Rußland geschlossen, welches die Wiederherstellung der Ruhe in Norden zur Absicht hatte. Es war darin auch verabredet, den König von Polen als Kurfürsten von Sachsen, den König von Preußen und die Staaten der Vereinigten Niederlande zum Beystritt einzuladen a).

Vergleich  
über den al-  
ten Streit  
wegen Jülich  
und Berg.

Schon zeitig im Frühlinge, und ehe noch der Friede mit der Königin von Ungarn geschlossen war, hatte sich der König von Preußen auch mit dem Kurfürsten von der Pfalz, wegen des Rechts der Erbfolge in den Herzogthümern Jülich und Berg, worüber ein so langwieriger Streit gewesen war, verglichen. Der König begab sich alles Rechts auf diese Herzogthümer, zum Vortheile des Hauses Sulzbach; wogegen der Kurfürst von der Pfalz, für sich selbst und seine Nachfolger, die Gewährleistung des Besizes von Schlessien versprach. Der König von Frankreich, der diesen Vertrag vermittelt hatte, verband sich zur Gewährleistung desselben b). Der Kurfürst von der Pfalz überlebete solche nicht lange. Er starb in hohem Alter, am letzten des Christmonats dieses Jahres. Dem Prinzen von Sulzbach, der ihm in der Kurwürde folgte, war schon vor seinem Absterben, die Huldigung, als Herzoge von Jülich und Berg, geleistet worden. Dies war das Ende des alten Streits wegen Jülich und Berg, worin die Staaten, vom Anfange an, gemengt gewesen waren, und welcher endlich noch, ohne ihre Mitwirkung, beigelegt ward.

XXVIII.  
Streit unter  
den Provin-  
zen, wegen  
der Unterhal-  
tung der  
Truppen.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande, die bereits im Herbstmonate, wegen der Armee, welche sie gegen den künftigen Frühling in das Feld stellen wollten, Verathschlagungen gehalten hatten, wußten kaum Mittel, die Provinzen, welche ihren Antheil Truppen noch nicht angeworben hatten, zu Erfüllung ihrer Obliegenheit zu bringen. Seeland und Friesland hatten sich noch nicht erklärt, ob sie die Anzahl von Truppen, die auf ihren Antheil fielen, übernehmen wollten, oder nicht. Gröningen hatte noch nicht einmal den Anfang mit der Anwerbung des Kriegsvolkes zu der dritten Vermehrung gemacht. Als nun der Staatsrath, nach Gewohnheit, gegen das Ende des Jahres, den Kriegszustand in der allgemeinen Versammlung der Staaten übergab; so stellte er ihnen die Gefahr, worin sich das gemeine Wesen befand, auf das lebhafteste vor, und suchte sie zu einem stärkeren Eifer für die Wohlfahrt des Staats zu bewegen c). Allein die Uneinigkeit war noch zu groß, als daß man kräftige und einmüthige Maaßregeln hätte nehmen können. In der Versammlung der Stände von Holland selbst, waren Dordrecht und Briel noch immer verschiedener Meynung mit ihren Mitständen, wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Beystandes. Man beschloß daher d), im Anfange des Jahres 1743, eine Gesandtschaft an diese beiden Städte zu schicken. Nach Dordrecht

1743.

Die Stände  
von Holland

z) *Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1743. bl. 94. 95.*

a) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 51.*

b) *Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1742. bl. 139. Jul. - Dec. 1742. bl. 245.*

c) *Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 188.*

d) *Resol. Holl. 22, 27 Dec. 1742. bl. 959, 961.*

(1) Den 11ten des Christmonats 1742.



Dordrecht gingen die Herren Johann Heinrich, Graf von Wassenaar, von dem Adel, und Jacob Gilles, Johann Staal und Jacob Lycoptron Hoogkamer, von den Städten: nach Briel, die Herren Jacob Bisdorn, Jacob Snels, Lambert van Niek und Franz van Breddehof, Herr von Pylswaard. Die ersten erhielten, am 7ten Jenner, in dem alten Rathe zu Dordrecht, Gehör. Sie stellten hier, ausführlich vor, „daß der achtbare Rath, schon im Christmonate des Jahres 1740, in verschiedene Schlüsse gewilliget hätte, wodurch festgesetzt wäre, der Königin von Ungarn, zufolge dem Vertrage von 1732, Hülfe zu leisten. Zu eben der Zeit hätten die Stände von Holland, gleichfalls mit Einwilligung dieses achtbaren Rathes, beschloffen, über die besten Mittel zu rathschlagen, wodurch der Staat beschützt und geschickter gemacht werden könnte, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen. Eine unglückliche Verschiedenheit der Meynungen hätte nachher die Berathschlagungen so sehr verzögert, daß es mit der Sache kein Ernst mehr zu seyn schiene; da sonst zu hoffen gewesen wäre, daß man verschiedene Unternehmungen hätte aufhalten oder verhüten können. Iho hätte der Staat, um solche feierliche Verbindlichkeiten zu erfüllen, in zwey Jahren sonst nichts gethan, als daß er im Anfange des Sommers 1741, den König von Preussen zum Frieden ermahnet, und daß Holland, Seeland, Frisland und Overysseel, nebst den Quartieren von Nimwegen und Zutphen, nur vor wenigen Monaten, ihren Antheil stand zu bewegen, zu den achthundert und vierzigtausend Gulden, welche der Betrag der ersten Geldhülfe für ein einziges Jahr wären, bezahlet, Holland aber allein, für seinen Antheil zu solcher Geldhülfe, auf das zweite Jahr, vierhundert und achtzigtausend Gulden, zufolge einem Schlusse der Stände vom 1ten des Christmonats 1742, entrichtet hätte. Ferner hätte man, nach dem 1ten April des Jahres 1741, auf verschiedene Schreiben der Königin von Ungarn, und auf eine große Anzahl von ihren Ministern übergebener Vorstellungen nicht geantwortet, auch nichts, im Vertrauen, mit dem Könige von Großbritannien verabredet, der jedoch die Versicherung gegeben hätte, daß er den Wienerischen Vertrag erfüllen wolle. Das Haus Oesterreich wäre mittlerweile auf den Rand des Verderbens getrieben worden; und ob es sich gleich, durch ein unverhofftes Glück, ein wenig aufzurichten anfinge, so wäre solches doch nicht geschehen, ohne daß es ihm ein gutes Stück Land gekostet, und ohne daß dieses Haus sich bald hernach, in neuer Verlegenheit befunden hätte. Da die Stände von Holland sahen, daß die Sachen nicht länger in einer solchen Ungewissheit, ohne das gemeine Wesen einer unvermeidlichen Gefahr bloß zu stellen, und ohne die Treue der Verträge zu verletzen, bleiben könnten; so hätten sie dafür gehalten, daß man von beiden Seiten vertraulicher miteinander handeln, und einmüthig einen Plan, wornach die Sachen künftig einzurichten wären, machen müßte. In dieser Absicht wäre der Bericht der Commissarien vom 1ten des letztverwichenen Wintermonats, und der gemäsigte Entwurf der Stadt Amsterdam übergeben worden, worin siebenzehn Mitglieder der Stände von Holland gewilligt hätten. Dordrecht und Briel allein hätten, wiewohl aus verschiedenen Absichten, Schwierigkeiten dabey gemacht. Man hätte hierauf eine Gesandtschaft an diese Städte beschloffen, weil dies ein Mittel wäre, dessen man sich, in glücklichen Zeiten, da, wie gegenwärtig, eine freye Regierung der Staaten gewesen, öfters, und allezeit, so weit sich die Abgeordneten erinnern könnten, mit glücklichem Erfolge, bedienet hätte: weswegen man glaubete, daß es auch gegenwärtig nicht ohne Nutzen seyn würde.

1743.

„Sie hoffeten also voreist, daß der achtbare Rath die Verbindungen, worin der Staat, durch Annehmung des Wienischen Vertrages, im Jahre 1732 getreten wäre, in Betrachtung ziehen würde. Man hätte versprochen, das Haus Oesterreich in dem Besitze aller seiner Staaten zu erhalten, und insbesondere über die Pragmatische Sanction die Gewähr zu leisten, auch zu diesem Ende fünftausend Mann, innerhalb zween Monaten, nachdem sie gefordert wären, zu liefern, mit Vorbehaltung der Freyheit für den Kaiser, statt dieser Truppen Schiffe oder Geld zu fordern, wenn er in Italien, in Ungarn, oder in einigen andern Oesterreichischen Staaten außerhalb Deutschlands angegriffen würde. Er könnte auch Schiffe oder Geld, nach seiner eigenen Wahl, verlangen, wenn er sie für seine andern Länder bedürfte. Und wenn dieser Beystand nicht hinlänglich seyn mögte, sollten die Bundsgenossen sich unverzüglich wegen Verneuehrung desselben vergleichen. Der Fall wäre da, worin man diese Verbindungen erfüllen müßte. Die Königin von Ungarn würde in ihren deutschen Staaten angegriffen. Der versprochene Beystand wäre von dem Staate, nicht vor zween Monaten, sondern vor mehr als zwey Jahren, gefordert worden. Es wäre auch offenbar, und würde von den Ständen von Holland erkannt, daß der Beystand in Truppen, nicht in Gelde, geleistet werden müßte; und man hätte denselben daher, für das Jahr 1743, auf zwanzigtausend Mann gesetzt, wofern mittlerweile kein Friede geschlossen würde. Die gute Treue und die Angelegenheiten des Staats erforderten beide, daß man den eingegangenen Verbindungen nachkäme. Das erstere brauchte keinen Beweis. Die Verletzung der Verträge, erregte den Zorn des Himmels: um so viel mehr, als der Fall, wovon die Verträge sprächen, sich wirklich ereignet hätte. Die Königin würde angegriffen. Sie hätte Hülfe verlangt, und man hätte ihr versprochen, daß man die Verträge beobachten würde. Das Anliegen des Staats käme dazu. Er hätte mächtige Nachbarn, denen man nicht, ohne Hülfe der Bundsgenossen, widerstehen könnte; und diese würden künftig keine Verbindungen halten, wenn man sie zuerst, in Ansehung ihrer, verletzt hätte. An der Rettung der Oesterreichischen Niederlande, die dem Staate zur Vormauer dienten, wäre demselben auch vieles gelegen. Allein man würde sie nicht retten können, wenn man sie von den übrigen Oesterreichischen Staaten trennen, oder das Haus Oesterreich in Deutschland so schwächen ließe, daß es außer Stand gesetzt würde, die Niederlande zu beschützen. Und wenn die Königin von Ungarn das Glück hätte, über ihre Feinde, ohne Beystand der Staaten, zu siegen; so wäre sehr zu befürchten, daß sie es niemals vergessen würde, daß man sie in der Noth hülfslos gelassen hätte: welches dem Staate zu großem Nachtheile gereichen könnte. Der achtbare Rath hätte sein Verlangen nach dem Frieden bezeugt. Die übrigen Stände von Holland wünschetenselben nicht weniger. Aber wäre es gleich viel, auf welche Weise der Friede geschlossen würde? Glaubete man, daß solcher, auf eine dem Vortheile des Staats und seiner Bundsgenossen gemäße Art, getroffen werden könnte? Würde die Königin von Ungarn uns, gleich als wenn wir eine neutrale Macht wären, an ihren Streitigkeiten Theil nehmen lassen, ohne daß wir ihr einige wesentliche Hülfe leisteten? Wer könnte dieses hoffen? Das Verlangen nach dem Frieden selbst müßte also den achtbaren Rath bewegen, den andern Ständen beizutreten, und die Königin zu unterstützen. Der Rath schiene in der That zu zweifeln, ob man zu diesem Beystande verbunden wäre, oder nicht. Allein, wer zweifelte, thate weniger, als der schlechtthin leugnete. Es wäre

,,überdem

„überdem nicht erlaubt, an der Verbindlichkeit eines Vertrages zu zweifeln, wenn der  
 „Fall da wäre, der dessen Erfüllung erforderte. Endlich schiene es sonderbar, daß man  
 „iſo an der Verbindlichkeit des Wiениschen Vertrages zweifelte, da man schon, kraft die-  
 „ſes Vertrages, in die Geldhülfe von achthundert und vierzig tauſend Gulden gewilligt  
 „hätte, und noch bereit wäre, in eine andere zu willigen. Der Rath hätte ferner dafür  
 „gehalten, daß man keinen Beyſtand beſtimmen müßte, und vornemlich keinen von zwan-  
 „zigtauſend Mann, weil ſolches den Staat in einen Krieg verwickeln könnte; und daß  
 „wenigſtens ſolches nicht geſchehen müßte, ehe die Königin von Ungarn ſich erklärt  
 „hätte, auf welchen Fuß ſie ſich mit dem Kaiſer und deſſen Bundsgenossen vergleichen  
 „wollte. Allein hierauf müßten ſie anmerken, daß man iſo nicht über den Anfang eines  
 „Krieges Rath hielt, in welchem Falle es erſt nöthig wäre, mit ſeinen Bundsgenossen  
 „zu verabreden, was jeder zu thun hätte, um den Endzweck, welchen man ſich vorſetzte,  
 „zu erreichen. Die gegenwärtigen Verathſchlagungen gingen allein auf die Leiſtung eines  
 „Beyſtandes, zu welchem man ſich durch ein Schutzbündniß verpflichtet hätte. In die-  
 „ſem Bündniße wären die Fälle, in welchen man einander beſtehen ſollte, und die Be-  
 „dingungen, unter welchen man Frieden ſchließen könnte, beſtimmt. Die Königin wür-  
 „de ſich, ſonder Zweifel, auch nicht erklären, ehe der Staat ſeine Verbindlichkeit erfüllt  
 „hätte, indem nichts in dem Vertrage zu finden wäre, das ſie dazu verbande. Hiezu  
 „kame noch, daß alles, was man hierbey mit Rechte fordern könnte, ſchon in der Vor-  
 „ſtellung der Stadt Amſterdam vom 9ten des legt verwichenen Wintermonats enthal-  
 „ten wäre. Zwar wäre in dem Bündniße feſtgeſetzt, daß, im Falle ein größerer Bey-  
 „ſtand als von fünftauſend Mann erſordert würde, die Bundsgenossen ſich deſwegen ver-  
 „gleichen ſollten. Dies wäre auch die Abſicht der meiſten Mitſtände. Allein, um zu  
 „einem ſolchen Vergleiche vermögend zu ſeyn, müßte man voraus feſtſetzen, wie viele  
 „Truppen die Staaten zu bewilligen gutfinden würden; und dazu wäre dienlich, zwanzig-  
 „tauſend Mann zu beſtimmen. Die Verhältniß des Beyſtandes zwischen Großbritan-  
 „nien und den Staaten wäre ſchon durch den Vertrag feſtgeſetzt; nach welchem man ſich  
 „richten müßte; ungeachtet Großbritannien einen weit größern Beyſtand, als dieſe  
 „Verhältniß erforderte, entweder ſchon geleiſtet hätte, oder bereit hielt. Endlich wäre  
 „der achtbare Rath der Meinung, daß dieſer Beyſtand nicht in Truppen, ſondern in  
 „Gelde geleiſtet werden müßte. Allein dies ſtritte mit dem Inhalte des Vertrages,  
 „worin der Königin die Wahl gelassen wäre, ob ſie die Hülfe in Truppen, oder in Gel-  
 „de verlangte. Ein Beyſtand in Truppen würde der Königin nicht nur nützlicher ſeyn,  
 „ſondern auch beweifen, daß man ihre Sache ernſtlich zu Herzen nähme: welches ihr  
 „keinen geringen Vortheil bringen würde. Der Staat hätte auch, um ſeine Verbindun-  
 „gen zu erfüllen, ſeine Truppen ſchon beträchtlich vermehrt; und es würde die gemeine  
 „Caſſe zu ſehr beſchweren, wenn man überdem noch eine Geldhülfe bezahlen ſollte. Der  
 „achtbare Rath hätte keinen andern Grund ſeiner Meinung, als die Anſtändigkeit ange-  
 „führer: aber iſo hätte man nicht ſo wohl zu unterſuchen, was anſtändig, als wozu der  
 „Staat verbunden wäre. Ueberdem ſchienen ihnen (den Abgeordneten) die Gründe der  
 „Anſtändigkeit nicht ſehr dringend zu ſeyn. Wenn Frankreich gegen den Staat wohl-  
 „geſinnt wäre, würde es ſich nicht beleidigt achten können, daß man der Königin einen  
 „Beyſtand leiſtete, wozu man ſich durch einen Vertrag verbunden fände. Man würde  
 „auch nichts anders thun, als Frankreichs Beyſpiele folgen, welches ſeinen Bundsge-  
 „noſſen,

1743.

„nossen, zufolge den mit ihnen geschlossenen Verträgen, gleichfalls bestünde. Und wenn  
 „Frankreich übel gesinnt seyn mögte, so würde es so wohl über den Beystand in Gelde,  
 „als in Mannschafft, empfindlich seyn. Wenn auch die Furcht, eine Krone zu beleidi-  
 „gen, den Staat hindern könnte, seine Verbindungen zu erfüllen; so würde man sich  
 „von derselben abhängig machen, und nicht mehr für frey gehalten werden können. Wel-  
 „che fremde Macht würde sich alsdann mit uns in Unterhandlungen einlassen? Und  
 „wenn der Staat einmal ohne Freunde und Bundsgenossen wäre, so würde man ihn bald  
 „in Schwierigkeiten gerathen sehen, wovon alle Liebhaber des Vaterlandes und der Frey-  
 „heit, unter welchen die von Dordrecht, mit Rechte, den vornehmsten bezzuzählen wä-  
 „ren, erschrecken müßten. Die Schwierigkeiten einer Verbindlichkeit müßten reiflich er-  
 „wogen werden, ehe man sie übernähme. Aber wenn man sich verbunden hätte; so kä-  
 „me es bloß auf die Erfüllung der Verbindlichkeit an, wenn man hiebey, wie auch die  
 „Absicht der Stände wäre, mit der nöthigen Vorsicht verführe. In den gegenwärtigen  
 „Zeitläufen stillstehn, hinderte den Krieg nicht, sondern verursachte ihn vielmehr, und  
 „machte ihn weit gefährlicher, weil unsere Bundsgenossen, wenn sie uns beystehen sollten,  
 „alsdann entweder unter das Joch gebracht oder zu Grunde gerichtet seyn würden. So  
 „lange auch der Staat noch keinen Schluß gefaßt hätte, jener Verbindlichkeit Genüge zu  
 „thun, könnte man die heftigen Rathschläge anderer nicht hintertreiben, durch welche  
 „man, wider Willen, in den Krieg eingeflochten werden könnte. Wegen des Gebrauchs  
 „der Truppen, und um den Krieg von den Grenzen zu entfernen, wären die nöthigen  
 „Maafregeln genommen worden. Es wäre löblich, daß man für die Truppen des  
 „Staats sorgete; aber diese Sorge müßte nicht so weit gehen, daß man sie nicht mar-  
 „schiren lassen sollte. Man hätte im Gegentheil zu wünschen, daß sie gegen das Unge-  
 „mach etwas mehr abgehärtet wären: welches sie niemals seyn würden, wenn man sie  
 „nicht gebrauchte. Wie gegründet oder ungegründet die Furcht vor einem gewissen mäch-  
 „tigen Nachbar wäre, um dessentwegen man Bedenken hätte, zwanzigtausend Mann so  
 „weit von den Grenzen zu entfernen, wüßten sie nicht. Wäre sie aber gegründet, so  
 „würde daraus folgen, entweder daß der Staat, in Friedenszeiten, beständig eine zahl-  
 „reiche Armee auf den Beinen halten, oder daß er seine Verbindungen genau erfüllen  
 „müßte, damit man, im Nothfalle, um so viel gewissere Rechnung auf den Beystand  
 „der Bundsgenossen machen könnte. Man könnte auch die Besorgniß, wegen Wegsen-  
 „dung der Hülfsstruppen schwerlich mit dem Eifer reimen, mit welchem der achtbare Rath  
 „sich der dritten Vermehrung der Kriegsmacht des Staats widersetze. Wenn ich, nach  
 „allem, was gesagt worden, bey demselben noch einige Zweifel übrig blieben; so bäten  
 „sie, Abgeordnete, daß man Commissarien ernennete, um mit ihnen in nähere Unterhand-  
 „lung zu treten. Sie wären im Stande, alle Bedenklichkeiten zu heben. Sie schmei-  
 „kelten sich auch mit einem günstigen Schlusse, warum sie, im Namen der Stände, in-  
 „ständig ersuchten. Allein wenn die angeführten Gründe, gegen ihre Hoffnung, den  
 „Rath nicht überzeugen könnten; so bäten sie, daß man, aus Liebe zur Eintracht, der  
 „Mehrheit, die in dem gegenwärtigen Falle so groß wäre, beytreten mögte. Alle Mit-  
 „stände hätten ein gleiches Anliegen bey dem Gegenstande der igiten Vorschlägen:  
 „die Sicherheit des Vaterlandes hinge davon ab. Niemand könnte zweifeln, daß die  
 „siebenzehn Mitstände, deren Einwilligung schon da wäre, die Sache reiflich erwogen  
 „hätten. Man könnte keinen von ihnen in dem Verdachte haben, daß er sich durch be-  
 „sondere

„sondere Vortheile oder heimliche Absichten hätte verleiten lassen. Es wäre daher eher zu vermuthen, daß die siebenzehn Recht hätten, als die zween, die anderer Meynung wären. Sie wünschten also zum Beschlusse, daß der Hünittel den Geist der Eintracht über den achtbaren Rath ausgießen mögte, damit endlich die ganze Welt sähe, daß man, in diesen sorgenvollen Zeiten, das alte Sprichwort dieses gemeinen Wesens: „Eintracht giebt Macht, nicht aus den Augen gesetzt hätte c).

Nachdem der alte Rath von Dordrecht die Vorstellung der Holländischen Abgeordneten aufmerksam angehört hatte, so ließ er, nachdem dieselbe in ernstliche Erwägung gezogen worden, einige Tage hernach, eine Antwort darauf in der Versammlung der Stände von Holland übergeben. Die Abgeordneten der Stadt sprachen in derselben im Namen ihrer Oberen, folgender Maassen: „Der letzte Krieg, welchen der Staat, nach Gewinnung vieler Feldschlachten und Eroberung vieler Städte, mit einem viel nachtheiligeren Frieden, als man wenige Jahre zuvor zu Geertruidenberg hätte schließen können, zu endigen genöthiget worden wäre, hätte sie überzeugt, daß nichts für den Staat so verderblich, als der Krieg sey; und daß man sich dazu sonst nicht, als in der äußersten Noth, entschließen müßte: insonderheit, da dieser letzte Krieg den Staat so sehr erschöpft hätte, daß man, in einem dreßsigjährigen Frieden, sich noch nicht hätte erholen können, indem die außerordentlichen Steuern, welche man allein in Kriegszeiten zu heben pflegte, in ordentliche verwandelt worden wären, und man, so gar während dem Frieden, solche große Summen hätte borgen müssen, daß man gezwungen worden sey, zu Bezahlung der Zinsen davon, neue Auflagen einzuführen. Die von Dordrecht wären daher allezeit sehr schwer daran gegangen, neue Verbindungen zu schließen, woraus ein Krieg für den Staat entstehen könnte. Man müßte noch, wie viele Schwierigkeiten sie, im Jahre 1732, gemacht hätten, ehe sie in den Beytritt zum Wienerischen Vertrage gewilligt hätten. Sie hätten es endlich gethan, aber bloß, um sich den Ständen den gefällig zu bezeigen, die ein großes Anliegen bey der Wohlfahrt der Ostindischen Gesellschaft gehabt hätten. Als man, bey Gelegenheit des Krieges zwischen Spanien und Großbritannien, im Jahre 1739, über die Vermehrung der Land- und Seemacht des Staats Berathschlagungen gehalten hätte, wäre Dordrechts Gutachten gewesen, daß man die entstandenen Streitigkeiten durch einen gütlichen Vergleich beizulegen suchen müßte. Aber die andern Mächte hätten sich nicht bewegen lassen, Dordrecht beizutreten. Nach dem Tode des Kaisers, und dem unerwarteten Einfall in Schlesien, hätte die Stadt in die erste und zweite Vermehrung der Kriegsmacht des Staats gewilliget, aber bey der dritten Schwierigkeiten gemacht, indem sie nicht sehen konnte, daß es mit dem Staate so gefährlich stünde, als es die andern Mächte glauben machen wollten. Zwar wären damals fremde Kriegsheere an den Grenzen versammelt worden. Aber die von Dordrecht hielten sich versichert, daß dieselben nichts übels gegen den Staat vorhätten. Der König von Frankreich hätte das Gegentheil versichert, und der Ausgang es auch bewiesen, weil die Truppen sich still gehalten hätten, bis der Staat seine Kriegsmacht vermehrt, und seine Grenzen befestigt hätte. Vor einem gewissen andern Nachbarn durfte man sich damals auch nicht fürchten, weil er

XXIX.  
Antwort des  
alten Raths  
zu Dordrecht auf  
die Vorstellung  
der Holländischen  
Abgeordneten.

e) Proposition faite le 7 Janv. 1743. au de ROUSSET, Tom. XVII. p. 212-236.  
Grand Conseil de Dordrecht, dans le Recueil

1743.

„weit von den Grenzen in einen Krieg verwickelt gewesen sey. Ferner hätten sie geglaubt, daß man das Kriegsvolk nicht vermehren müßte, ohne die Mittel zu dessen Unterhaltung anzuweisen. Aber weil sie, nebst der Stadt Amsterdam, die einzigen wären, welche wider die dritte Vermehrung stimmten; so wären sie endlich, aus Liebe zur Eintracht, von ihrer Meynung abgegangen, und hätten auch in die dritte Vermehrung gewilligt. Aus einem gleichen Bewegungsgrunde wären sie auch dem durch die meisten Stimmen gefaßten Schlusse, eine gewisse Anzahl Truppen marschfertig zu halten, beigetreten. Sie hätten sich, weiter, gegen die Errichtung eines Feldlagers, welches im leßterverwichenen Herbstmonate vorgeschlagen worden, gesetzt. Es wäre auch unterblieben, weil die Generale selbst dafür gehalten hätten, daß die Jahreszeit zu weit vergangen wäre. Seitdem hätten sie vergebens gesucht, die Stände zu einem Schlusse, an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten, zu bewegen. Die Commissarien der Stände hätten ein Gutachten des Inhalts eingegeben, daß man der Königin von Ungarn mit zwanzigtausend Mann beistehen sollte. Die Stadt Amsterdam hätte diesem Gutachten eine kleine Veränderung bengefügt. Aber als die von Dordrecht ihre Gründe anführten, warum sie weder in das Gutachten noch in die Veränderung willigen könnten, hätten siebenzehn Mitstände so gleich eine Gesandtschaft an die Stadt beschlossen; ein Mittel, dessen man sich vormals, unter eben derselben glücklichen Regierungsform, bedienet hätte, wovon aber nun, in einer Zeit von vierzig Jahren, kein Gebrauch gemacht worden wäre. Die Gesandtschaft hätte, ungeachtet des Widerspruchs von Dordrecht und Briel, ihren Fortgang gehabt. Man hätte derselben in dem Rathe Gehör gegeben, und erkannte gerne, daß alles, was zum Beweise der den Staaten aus dem Wienerischen Vertrage obliegenden Verbindlichkeit gesagt werden könnte, bindig und deutlich vorgetragen wäre. Die von Dordrecht hätten auch schon zuvor eingestanden, daß ziemlich vieles für diese Verbindlichkeit angeführt werden könnte. Aber sie hätten zugleich hinzu gefügt, daß für die gegenseitige Meynung nicht weniger dringende Gründe stritten, besonders, wenn man in Erwägung zöge, was seit dem Jahre 1732 geschehen wäre. Wenigstens müßte man eingestehen, daß der Wienerische Vertrag von beiden Seiten verbindlich sey. Die Staaten hätten, durch diesen Vertrag, die Aufhebung aller Schifffahrt und Handlung aus den Oesterreichischen Niederlanden nach Indien, und die Wiederherstellung der Sachen von Ostfrisland bedungen; diese zwei Bedingungen wären von dem Kaiser nicht erfüllt worden. Der Freybrief der Ostindischen Gesellschaft wäre noch nicht eingezogen, und man schickte, außer den in dem Vertrage bestimmten zwey Schiffen, von Zeit zu Zeit noch Schiffe aus den Oesterreichischen Niederlanden nach Indien. Die Sachen von Ostfrisland wären nicht allein nicht wieder hergestellt, sondern, nachdem die kaiserliche Würde an das Haus Bayern gekommen wäre, in einen weit ärgeren Zustand gerathen, als sie zuvor gewesen wären. Der Vertrag von Wien bekräftigte ferner alle vorhergehende Verträge. Aber wie oft, und mit wie vielem Grunde, hätte man nicht von Seiten der Staaten über die Verletzung des Barrierevertrages geklagt? Die von Dordrecht hätten zwar in die Erklärung, die man, um das Ende des Jahres 1740, der Königin von Ungarn und hernach dem Könige von Preußen gethan hätte, daß der Staat seine Verbindlichkeit erfüllen würde, gewilliget. Man würde ihnen also den Vorwurf machen können, daß sie der von dem Kaiser begangenen Verletzung der Verträge hätten

„gedenken



„gedenken sollen, ehe sie in diese Erklärung gewilligt hätten. Aber ein solcher Vorwurf  
 „würde kraftlos, wenn man betrachtete, daß die Königin selbst, nachdem diese Erklärung  
 „geschehen war, die Verträge zweymal verleset hätte. Sie hätte einen Theil der Nie-  
 „derlande, die zufolge den Verträgen, ganz bey dem Hause Oesterreich bleiben müß-  
 „ten, dem Könige von Preussen angeboten, und demselben Schlessien, ohne Kenntniß  
 „der Staaten, abgetreten: welches gleichfalls der Natur der Schutzbündnisse zuwider-  
 „liese, worin allezeit vorausgesetzt wurde, daß die Bundsgenossen so stark blieben, als  
 „sie wären, damit, im Nothfalle, einer sich auf des andern Beystand verlassen könnte.  
 „Aus diesem allen wollten die von Dordrecht jedoch keine andere Folge ziehen, als daß  
 „die Verbindlichkeit der Staaten so klar nicht wäre, als man vorgäbe. Sie sahen auch  
 „keine Ursache, sich, wegen dieser Verbindlichkeit, igo deutlicher zu erklären, als man  
 „bey Leistung der Geldhülfe gethan hätte. Die Wohlfahrt des Staats, welche das  
 „höchste Gesetz seyn müßte, erforderte das Gegentheil. So bald man sich hierüber nur  
 „deutlich erklärt haben würde, würde der Staat genöthiget werden, sich in einen Krieg  
 „wider die Feinde der Königin einzulassen; welches, in dem gegenwärtigen dürftigen  
 „Zustande der Finanzen, das gemeine Wesen in die äußerste Gefahr setzen würde.  
 „Man müsse sich hier erinnern, daß der Staat sich auch, in dem letzten Kriege, für das  
 „Haus Oesterreich erschöpft hätte, ohne dafür einigen Vortheil erlangt zu haben.  
 „Sie könnten ferner nicht begreifen, warum einige Mißstände Schwierigkeiten machten,  
 „bey der Königin anzufragen, auf welchen Fuß der Kaiser und seine Bundsgenossen sich  
 „mit ihr vergleichen wollten, und warum sie ihre Vorschläge von der Hand gewiesen hät-  
 „te; weil hieraus vielleicht erhellen würde, daß die Staaten gar nicht verbunden wären,  
 „ihr Beystand zu leisten. Jedoch wären die Dordrechter, ohne sich über die Verbind-  
 „lichkeit des Wienischen Vertrages zu erklären, der Meynung, daß man der Königin  
 „bestehen müsse, so weit man es, ohne den Staat in die äußerste Gefahr zu setzen, thun  
 „könnte. Sie beherzigten die Erhaltung der guten Treue eben so sehr, als die andern  
 „Mißstände, und es befremdete sie, daß man sie an der Verbindlichkeit dazu beständig  
 „erinnerte. Sie wollten auch Niemanden an Eifer für das Haus Oesterreich weichen.  
 „Sie hätten zuerst ihre Stimme zu der Geldhülfe gegeben. Sie hätten gerne in den  
 „Beystand von achthundert und vierzigtausend Gulden gewilliget, und als man nachher  
 „von einem zweiten Beystande von sechszeinhunderttausend Gulden gesprochen, großmü-  
 „thig für zwey Millionen gestimmt. Ja sie fänden gerathen, daß man Hollands An-  
 „theil zu dem zweiten Beystande gleich abtrüge. Als die Königin die Staaten um  
 „dreßzig metallene Canonen, auf Rechnung des zweiten Beystandes, gebeten hätte, so  
 „wäre ihre Meynung gewesen, sie ihr zu schenken. Endlich hätten sie beschloffen, in eine  
 „solche weitere Geldhülfe zu willigen, als die anderen Mißstände billig finden würden.  
 „Sie wären also weit von der Absicht entfernt, bloße Zuschauer des gegenwärtigen Krie-  
 „ges zu seyn. Sie versicherten ernstlich, daß die Rettung oder der Verlust der Oester-  
 „reichischen Niederlande ihnen nicht gleichgültig wäre. Sie wollten so gar den Maas-  
 „regeln der Mißstände beystreten, so weit solches, ohne den Staat der äußersten Gefahr  
 „bloß zu stellen, geschehen könnte. Denn wenn man gleich durch alle Verträge der Welt  
 „verbunden wäre, und noch so dringende Gründe hätte einem Bundsgenossen beyzusteu-  
 „hen; so ginge doch die Wertheidigung seines eigenen Staats allem andern vor. Diese  
 „könnte man nicht aus den Augen setzen, ohne sich vor Gott und Menschen schuldig zu

„machen.

1743.

„machen. Die anderen Miffstände wären der Meynung, daß man den Beystand von  
 „zwanzigtaufend Mann beschließen müßte, ehe man bey der Königin angefragt hätte,  
 „auf welchen Fuß sie sich mit dem Kaiser und dessen Bundsgenossen vergleichen wollte.  
 „Allein so bald man diesen Beystand bestimmt hätte, würde die Königin sich noch we-  
 „niger, als zuvor, erklären. Und es würde nicht das erste Mal seyn, da man auswärtige  
 „Höfe freyen Staaten hätte schmeicheln sehen, welche, nachdem sie ihre Absicht erreicht  
 „hätten, nichts von demjenigen thaten, was solche Staaten, mit Rechte, von ihnen ver-  
 „langten. Die Königin würde überdem, wenn die Staaten sich erklärt hätten, vor-  
 „theilhaftere Friedensbedingungen fordern, als man ihr jemals würde verschaffen kön-  
 „nen. Man wäre zwar zu nichts weiter verbunden, als was der Vertrag enthielte; aber  
 „denjenigen, welche igo Schwierigkeiten machten, die Erklärung der Königin zu for-  
 „dern, würden sich wahrscheinlich ihr auch nicht widersetzen dürfen, wenn sie einmal ge-  
 „rathen finden mögte, die Hülfsstruppen des Staats, außer den in dem Vertrage vorge-  
 „schriebenen Grenzen, zu gebrauchen. Wenn man demnach aus einem Schutzbündnisse  
 „kein Trugbündniß machen wollte; so müßte man von ihr eine Erklärung verlangen, auf  
 „welchen Fuß sie Frieden machen wollte. Dieses müßte man, ohne Verzug, thun, da-  
 „mit, wenn man wüßte, daß die Königin sich mit ihren Besitzthümern begnügen wür-  
 „de, worin allein, kraft des Vertrages, wenn er sonst zu etwas verbande, die Staaten  
 „verbunden wären, sie zu erhalten, man, auf einen solchen Fuß, mit dem Kaiser und  
 „dessen Bundsgenossen die Unterhandlung anfangen könnte. Es wäre auch unerhört,  
 „daß man einen Beystand bestimmte, woraus ein Krieg entstehen könnte, ehe man den  
 „Weg der gütlichen Unterhandlung versucht hätte. Und wenn man gleich zugebe, daß  
 „der Staat sich in der Verbindlichkeit befände, den erstern Beystand von fünftausend  
 „Mann zu leisten, so könnte man doch nicht zugeben, daß, wenn es darauf ankäme, einen  
 „größern Beystand, als den ersten, zu leisten, es nicht nöthig wäre, deswegen zuvor mit  
 „dem Könige von England Abrede zu nehmen; indem aus dem Vertrage nicht erhelle-  
 „te, daß derselbe schuldig wäre, den vermehrten Beystand in gleicher Verhältniß; mit  
 „dem ersteren, wozu er sich verbunden hätte, zu liefern: welches jedoch von den Abgeord-  
 „neten vorausgesetzt würde. Man müßte ferner, ehe man einen so großen Beystand  
 „leistete, sich erkundigen, ob die Königin auch mit einem geringeren zufrieden seyn wür-  
 „de. Man hätte, für das erste Jahr fünftausend, für das zweite, zehntausend Mann in  
 „Gelde bewilligt. Wenn man igo zwanzigtaufend Mann gäbe, und den Beystand, von  
 „Jahren zu Jahren verdoppelte; so wünschten die von Dordrecht wohl einmal zu wiß-  
 „sen, wo man das hiezu nöthige Geld hernehmen sollte. Die Geldhülfe, sagte man,  
 „wäre dem Vertrage zuwider. Allein warum hätte man denn zweymal eine Geldhülfe  
 „gegeben? Warum wäre solches auch von dem Englischen Hofe geschehen? Die Köni-  
 „gin von Ungarn hätte wenigstens diese Geldhülfe angenommen, und also nicht dafür  
 „gehalten, daß dieselbe dem Vertrage zuwider ließe. Und sollte sie igo anderer Meynung  
 „seyn? Man gestünde gerne, daß, zufolge dem Vertrage, der erste Beystand in Trup-  
 „pen bestehen sollte. Allein, ob der Beystand, wenn er vermehrt würde, in Gelde oder  
 „in Truppen vermehrt werden sollte, bestimmte der Vertrag nicht. Es würden  
 „darin, was diesen Punkt beträfe, nicht Copiae auxiliares, oder Hülfsstrup-  
 „pen, sondern Suppetiae, oder Beystand überhaupt erwähnt: welches so  
 „zu verstehen wäre, daß die Wahl der Art des Beystandes demjenigen, der ihn  
 „leistete,

ihn leistete, überlassen bliebe. Aber gesetzt, daß der Vertrag klärllich von dem Bey-  
 „stande in Truppen gesprochen hätte, so verstünde es sich von selbst, daß man nicht ver-  
 „bunden wäre, solche Verträge allezeit nach dem Buchstaben zu erfüllen. Man hätte es  
 „auch nicht allezeit in seiner Gewalt. Nach dem Grotius könnte man von jemand  
 „nicht glauben, daß er sich zu seinem großen Nachtheil habe verbinden wollen;  
 „und daß, wenn man seinem Bundsgenossen Hülfstruppen versprochen hätte,  
 „man sich von der Verbindlichkeit, sie zu liefern, entlediget achten könnte,  
 „wenn man sich selbst in Gefahr befände, und sein Kriegsvolk nöthig hätte (\*).  
 „Die Ursache hievon wäre handgreiflich. Niemand verbände sich, Hülfstruppen zu geben,  
 „als mit dieser stillschweigenden Ausnahme, wenn es, bey entstehendem Falle, nicht  
 „offenbar der Wohlfahrt des Staats zuwider wäre. Die von Vordrecht blie-  
 „ben noch der Meynung, daß es viel rathsamer wäre, den Beystand in Gelde als in  
 „Truppen zu leisten. Und wenn man hienieder gleich einmüthete, daß die Geldhülfe die  
 „Casse des Staats, zu einer Zeit, da man schon viel Kriegsvolk auf den Weinen hätte,  
 „zu sehr beschweren würde; so hätten die Herren von Briel hierauf bereits angemerkt,  
 „daß zwanzigtausend Mann, wenn sie Dienste thun sollten, noch vieles, über den ge-  
 „wöhnlichen Sold, kosten würden: insonderheit, wenn man sie, wie die Absicht zu seyn  
 „schiene, weit von den Grenzen gebrauchen wollte. Und was würde die Folge seyn,  
 „wenn eine solche Anzahl Truppen einmal unglücklicher Weise zu Grunde gerichtet würde?  
 „Sie (die Vordrechter) wären freygebohrne Holländer, und hoffeten, daß der Himmel  
 „den Staat nie unter die Herrschaft einer fremden Macht fallen lassen würde. Sie glau-  
 „bten jedoch, daß man nicht leicht furchtbare Mächte beleidigen müßte. Frankreich  
 „hätte die Geldhülfe nicht übel genommen. Wie es den Beystand in Truppen aufneh-  
 „men würde, wäre ungewiß. Die Abgeordneten hätten selbst gestanden, daß man, durch  
 „einen solchen Beystand, die Sache der Königin, als seine eigene zu Herzen nähme.  
 „Es wäre zwar richtig, daß, ehe man einen Vertrag einging, man untersuchen müßte,  
 „ob er mit dem Vortheile des Staats übereinstimmete. Allein der Wechsel der mensch-  
 „lichen Dinge wäre so groß, daß man öfters, nach Schließung eines Vertrages, Verän-  
 „derungen entstehen sähe, welche die Erfüllung desselben, wo nicht unmöglich, doch höchst  
 „gefährlich machten. Wer sollte, als der Wienische Vertrag geschlossen ward, vermuthet  
 „haben, daß der Kaiser sich bald hernach in einen so unnothigen Krieg, als der Polnische  
 „geworfen sey, einlassen, und gleich darauf solche mächtige Feinde, als die Türken wären,  
 „vorsätzlicher Weise angreifen würde? Zween Kriege, die sein Haus ungemein geschwächt  
 „hätten. Wer hätte vorhersehen können, daß so viele Mächte, die sich zu Gewährleistung  
 „der Pragmatischen Sanction verbunden hätten, das Haus Oesterreich, gleich nach  
 „dem Tode des Kaisers, bekriegen würden? Wer hätte vorher sagen können, daß die  
 „Kaiserin von Rußland, durch den Krieg mit Schweden, und durch andere Zufälle  
 „verhindert werden würde, ihre Verbindlichkeit zu erfüllen? Man könnte demnach nicht  
 „allezeit mit Wahrheit und Sicherheit voraussetzen, daß man schuldig sey, seine Verbin-  
 „dungen genau zu beobachten. Die Anmerkung, welche Vordrecht über einen gewissen  
 „fürchterlichen Nachbarn gemacht hätte, welcher, ob er gleich Frieden geschlossen, den-  
 „noch alle seine Kriegsvölker auf den Weinen befehlete, müßte nicht als unwichtig angesehen  
 „werden.

Do 3

(\*) GROTIUS de Jure Belli ac Pacis, Lib. II. Cap. XVI. §. XXVII. n. I.

1743.

„werden. Das Jahr 1672, woran man nicht anders, als mit Zittern, denken könnte,  
 „hätte uns gelehret, wie zween Bundsgenossen den Staat überfallen, und auf den Rand  
 „des Verderbens bringen könnten. Was damals geschehen wäre, könnte wiederum ge-  
 „schehen. Und was würden die guten Einwohner sagen, wenn man, in solchen Umstän-  
 „den, den Staat von einer so ansehnlichen Zahl Truppen, als man weit von den Grenzen  
 „wegsenden wollte, entblöset hätte? Wo würde die Macht seyn, welche den Staat als-  
 „denn mit den nöthigen Hülfsstruppen unterstützen könnte? Man müste hier auch anmer-  
 „ken, daß, so lange die siebentaufend Mann, die an der letzten Vermehrung fehlten,  
 „nicht angeworben wären, der Staat siebentaufend Mann weniger, als vor der letzten  
 „Vermehrung, zu seiner Vertheidigung würde gebrauchen können, wosern man der Kö-  
 „nigin mit zwanzigtausend Mann beystände. Wie würde es ferner den Oesterreichi-  
 „schen Niederlanden gehen, wenn man sie von Truppen entblösete? Die Kriegsvölker  
 „der Königin wären schon auf dem Wege nach Luxemburg. Der König von Eng-  
 „land hätte für die seinigen, die er aus den Niederlanden nach Deutschland senden  
 „wollte, um den Durchzug durch Namur und Maastricht ange sucht. Wenn nun die  
 „Staaten noch zwanzigtausend Mann aus dem Lande marschiren ließen, so beriefen die  
 „von Dordrecht sich auf alle Generale, ob man mit den Truppen, die man alsdann noch  
 „hier befehlete, im Stande seyn würde, die Grenzen zu bedecken. Die Mistände erklär-  
 „ten sich ungeneigt zum Kriege, und wollten dennoch den rechten Weg wählen, um den-  
 „selben zu erregen. Die von Dordrecht verlangten dagegen, daß man, ohne seine  
 „Bundsgenossen, denen man mit Gelde beystehen wollte, zu verlassen, mit den Königen  
 „von Großbritannien und Preußen an der Wiederherstellung des Friedens arbeitete,  
 „wozu der letztere den Weg schon eröffnet hätte. Sie hielten dieses für das wahrhafte  
 „Mittel, den Staat von der Unruhe zu befreien, worin derselbe seit einigen Jahren schwe-  
 „bete. Es wäre nun auch die rechte Zeit dazu. Die kriegenden Mächte hätten noch  
 „keine beträchtliche Vortheile über einander erhalten. Der Staat würde also mehr bey  
 „dem Kaiser und seinen Bundsgenossen vermögen, als nachdem man sich gegen ihn er-  
 „kläret hätte; und die Königin von Ungarn würde handelbarer werden, wenn der  
 „König von Großbritannien dazu mitwirken wollte. Es wäre denen von Dordrecht  
 „leid, daß sie mit den siebenzehn Miständen nicht gleicher Meynung seyn könnten. Sie  
 „erkannten, daß dieses ein Urtheil gegen die Gründlichkeit ihres Gutachtens verursa-  
 „chen müste. Aber sie hofften, daß man die Provinzen auch rechnen würde, die mit  
 „ihnen gleich dächten. Es wäre überdem nicht das erste oder andere Mal, daß ein Mit-  
 „stand die Sache besser eingesehen hätte, als alle die andern zusammen. Amsterdam  
 „allein hätte einmal, durch seine allen andern Miständen entgegen gesetzte Stimme,  
 „Holland und den ganzen Staat gerettet, und ein ander Mal einen gefährlichen Krieg  
 „abgewandt. Die von Dordrecht wären jedoch, um zu zeigen, wie sehr sie die Eintracht  
 „zu erhalten suchten, endlich schlüssig geworden, den Vorschlag zu thun, daß man, ohne  
 „einen festen Schluß wegen der Verbindungen, die aus dem Wienschen Ver-  
 „trage folgen oder nicht folgen mögten, zu fassen, der Königin von Ungarn  
 „zwanzigtausend Mann bewilligen sollte, um ihre Festungen in den Nieder-  
 „landen damit zu vertheidigen, nachdem dieselben von den Englischen, Han-  
 „noverischen und Hessischen Truppen entlediget seyn würden; unter der Be-  
 „dingung, daß man sie nicht brauchte, um Frankreich oder andere Bundsge-  
 „nossen

„nossen des Staats in ihren Besitzungen anzugreifen. Daß man überdem 1743.  
 „sechs bis siebentaufend Mann in Deutschland, zum Dienste der Königin,  
 „anwerben, oder, wofern man diese Truppen nicht bekommen könnte, ihr  
 „dieser Beystand in Gelde leisten sollte. Man schmeichelte sich, daß dieser Vor-  
 „schlag Beyfall finden würde; wenn aber nicht, so bäte man, daß die andern Miltände  
 „und der Rathpensionär insonderheit geschicktere Vorschläge thäten, wornach die von  
 „Dordrecht sich, wenn es möglich wäre, richten wollten f).“

Die nach Briel abgefertigte Gesandtschaft that ihre Vorstellung an eben dem- XXX.  
 selben 7ten Jenner. Sie kam, ihrem Inhalte nach, mit derjenigen überein, die zu Vorstellung  
 Dordrecht gethan war. Nur ward weniger auf die Verbindlichkeit des Wienischen der Gesand-  
 Vertrages gedrungen, weil die von Briel dieselbe erkannt hatten, ob sie gleich nicht ein- schaft in  
 sehen wollten, daß dieser Vertrag den Beystand in Truppen forderte. Man stellte ih- Briel.  
 nen also besonders vor, „daß die Geldhülfe öfters wenig nütze, weil man zuweilen  
 „keine Truppen dafür bekommen könnte, wie der Staat selbst noch unlängst erfahren  
 „hätte.“ Man fügte hinzu, „daß, wenn man sich nicht, nebst Großbritannien  
 „für die Königin von Ungarn erklärte, man vielleicht den Krieg nicht von den  
 „Grenzen würde entfernen, noch einen Antheil an den Friedensunterhandlungen ha-  
 „ben können, wovon man die nachtheiligen Folgen, in dem letzten zwischen der Kö-  
 „nigin und dem Könige von Preußen geschlossenen Verträge, gesehen hätte g);“  
 denn darin war eine nachtheilige Verfügung wegen Bezahlung der von den Einwoh-  
 nern dieses Staats auf die Einkünfte von Schlessien vorgeschossenen Gelber enthal-  
 ten h). Allein die von Briel ließen sich, so wenig als die von Dordrecht, zu  
 einer vollkommenen Einmüthigkeit mit den übrigen Ständen bewegen. Diese er-  
 nannten, von neuem, Commissarien, um aus allen den Vorschlägen einen neuen zu  
 entwerfen. Mittlerweile handelte man, in dem Haag, mit den Abgeordneten der  
 zwei Städte. Dordrecht gab endlich zu, „daß man der Königin zwanzigtausend Dordrecht  
 „Mann lieferte, jedoch ohne die Erklärung, daß solches aus einer vorhergehenden giebt etwas  
 „Verbindung geschähe; und mit der Bedingung, daß man von diesen zwanzigtau- nach.  
 „send Mann zehntausend zu Vertheidigung der Oesterreichischen Niederlande,  
 „und die übrigen zehntausend, nach dem Rathe der Bundesgenossen, an Vertern ge-  
 „brauchte, wo sie am nützlichsten zu Vertheidigung der Staaten der Königin seyn  
 „könnten; deren Wahl es auch überlassen werden sollte, ob sie diese zehntausend  
 „Mann wirklich, oder in Gelde, verlangte i).“ Allein die anderen Stände willig- Schluß der  
 ten nicht in diese Bedingungen, und faßten, auf den Bericht der Commissarien, am Stände von  
 2ten des Hornungs, durch die meisten Stimmen, einen Schluß, der als Hollands Holland  
 Gutachten, in der Versammlung der General- Staaten, eingegeben werden sollte, durch die  
 und dieses Inhalts war: „Daß die gute Treue und die Angelegenheiten des Staats Stimmen.  
 „erforderten,

f) Reponse du Grand Conseil de Dordrecht, dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XVII.

p. 236-267.

g) Propositione aan de Vroedschap van Briele van 7 Jan. 1743. by ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 267-304.

h) E. §. XXII. dieses Buchs, E. 276.

i) Extrait des Regitres de Dordrecht du 30 Janv. 1743. dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XVII. p. 309.

1743.

„erforderten, daß man die mit dem Hause Oesterreich eingegangenen Verbindungen erfüllte; und folglich, daß man so wohl mit der Königin von Ungarn, als mit dem Könige von Großbritannien zu überlegen hätte, wie man diesen Verbindungen am besten ein Genügen thun könnte. Daß man die Provinzen bewegen müßte, ihren Antheil zu der ersten Geldhülfe zu entrichten, in die zweite zu willigen, und überdem einen Beystand in Truppen zu leisten, deren Anzahl mit den verbundenen Mächten bestimmt, und deren Gebrauch so angeordnet werden müßte, daß der Krieg auf das weiteste von den Grenzen entfernt würde. Daß man auch dafür zu sorgen hätte, daß der Staat, in der Lieferung von Truppen, nicht über sein Vermögen beschweret würde, und daß die Anzahl derselben nicht über zwanzigtausend Mann ginge, worunter ein Fünftel Dragoner oder Reiter seyn sollten. Daß man endlich, zu gleicher Zeit, die besten Mittel, den Frieden wieder herzustellen, und zugleich die Verbindungen des Staats zu erfüllen, in Berathschlagung nähme.“ Allein Dordrecht und Briel protestirten gegen diesen Schluß, und erklärten ihn für nichtig und ungültig, weil er nicht mit einhelligen Stimmen gefaßt war k). Dordrecht übergab bald hernach eine weitläufige Vorstellung in der Versammlung von Holland, worin zuerst alles, was über den streitigen Punkt gehandelt und beschlossen war, angeführt, und endlich behauptet ward, daß der Schluß vom 2ten des Hornungs der Regierungsform zuwider gefaßt wäre. „Verschiedene Rathpensionarien, hieß es darin, und unter andern Rats, Soornbeck und van Slingeland, hätten in den Jahren 1637, 1721 und 1731 verlangt, daß die Versammlung von neuem bestimmen mögte, welche Sachen durch die meisten Stimmen beschloffen werden könnten, und welche dagegen eine einmüthige Uebereinstimmung erforderten: aber bisher wäre es nicht geschehen, und schon lange vorher im Jahre 1581 Streit darüber gewesen. Im Jahre 1654 wäre jedoch festgesetzt worden, daß kein Mitglied der Versammlung, wider seinen Willen, durch die Mehrheit, zur Einwilligung in Sachen, welche Auflagen, Frieden, Krieg und eine Veränderung der Regierung beträfen, verbunden werden könnte. Im Jahre 1685 wären noch einige Punkte dazu gefügt worden. Der streitige Punkt wegen des Beystandes mit zwanzigtausend Mann wäre deutlich unter den Punkten enthalten, wozu einhellige Stimmen erfordert würden, weil schwere Auflagen damit verbunden wären. Die Stadt Amsterdam hätte, bey Gelegenheit der im Jahre 1684 vorgeschlagenen Umverbung von sechszehntausend Mann, behauptet, daß hierüber nicht anders als einmüthig ein Schluß gefaßt werden könnte. In der Utrechtschen Vereinigung wäre dieses schon enthalten. Der Beystand von zwanzigtausend Mann könnte den Staat auch leicht in einen Krieg verwickeln. Daher wäre es einer der wichtigsten Punkte, wozu einmüthige Stimmen erfordert würden. Man wendete hiewider zwar ein, 1. daß der Schluß nur die Vollziehung eines, der Regierungsform gemäß, eingegangenen Vertrages beträfe, zu welcher Art von Schläffen keine Einmüthigkeit erfordert würde; und 2. daß die Mehrheit das Recht hätte zu entscheiden, ob etwas durch die meisten Stimmen beschloffen werden könnte, oder ob die Einhelligkeit dazu nöthig wäre. Allein was den ersten Einwurf beträfe, so hätte Holland, um nicht zu wiederholen, daß die Verbindlichkeit des Vertrages so klar nicht wäre, im Jahre 1722,

„richtig

k) Resol. Holl. 2 Febr. 1743. chez ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 316, 407.

Dordrecht  
und Briel  
protestiren  
dawider.



richtig dafür gehalten, daß man den Großbritannien zu leistenden wirklichen Bey-  
stand, wozu alle Landschaften sich verbunden erkannten, nicht durch die meisten Stim-  
men beschließen könnte, weil das Unvermögen zuweilen von eingegangenen Verbindlich-  
keiten befreiete. Und sollten nun siebenzehn Mitglieder von demjenigen abgehen, was  
die ganze Provinz, vor zwanzig Jahren, in einem viel deutlicheren Falle, für Recht  
gehalten hätte? Was den zweiten Einwurf beträfe, so hätten die Stände, in dem  
gedachten Falle von 1722, die Sache anders eingesehen, ja dieselbe, im Jahre 1671,  
mit ausdrücklichen Worten anders bestimmt. Wenn die Mehrheit zu entscheiden ver-  
mögte, welche Sachen durch die meisten Stimmen entschieden werden könnten; so würde  
kaum etwas mehr übrig seyn, wozu die Einmütigkeit erfordert würde, und welches  
nicht mit einer einzigen Stimme durchgetrieben werden könnte. Der Schluß, wor-  
über der Streit entstanden wäre, könnte nicht durch die Mehrheit der Stimmen ge-  
faßt werden, weil darin von Bündnissen, die mit andern Mächten zum Beystande  
der Königin gemacht werden sollten, gedacht würde: wozu, zufolge der Vereinig-  
ung, die Einmütigkeit nöthig wäre. Amsterdam hätte sich, im Jahre 1685,  
und Holland im Jahre 1728 erklärt, daß solche Schlüsse einhellige Stimmen  
erforderten. Die Gesandtschaft nach Dordrecht und Briel bewies endlich, daß die  
andern Mitstände, auch in diesem Falle, die Einmütigkeit nöthig geachtet hätten.  
Der Beschluß der ganzen Vorstellung war eine runde Erklärung, „daß die von  
Dordrecht den Schluß, worüber der Streit wäre, als nichtig und ungültig ansä-  
hen, und daß sie an allem Unheile, das, ihrer Meynung nach, daraus unvermeid-  
lich zu erwarten wäre, unschuldig seyn wollten“).

Der von Holland durch die meisten Stimmen gefasste Schluß ward in der Holland  
Versammlung der General-Staaten übergeben, und von den Abgeordneten der an-  
dern Landschaften angenommen, um ihn denselben mitzutheilen. Die Stände von  
Holland ließen, wenige Tage hernach, ein Schreiben an die andern Provinzen ab-  
gehen, worin sie dieselben mit eben den Gründen, welche sie bey den zweyen Städten  
gebraucht hatten, zu bewegen suchten, ihrer Meynung beizutreten. Sie behaupteten,  
daß die gute Treue und die Angelegenheiten des Staats es nöthig machten, der Kö-  
nigin von Ungarn mit Truppen beizustehen. „Man hätte ihr zuvor, sagten sie,  
mit Gelde Hülfe geleistet, oder zu leisten beschloßen. Aber die Zeiten hätten sich  
seither geändert. Der Staat hätte iso mehr Truppen auf den Beinen. Und die  
Geldhülfe wäre auch zum Theile so langsam bewilliget oder entrichtet worden, daß  
sie von wenigem Nutzen gewesen wäre. Sie, die Stände von Holland, hätten  
öfters in Erwägung gezogen, ob man nicht wegen der Wiederherstellung des Frie-  
dens handeln sollte. Allein der Staat könnte ein so wichtiges Werk nicht allein  
übernehmen. Sie meyneten auch, daß es mit keinem guten Erfolge geschehen könn-  
te, wofern man sich nicht vorher für die Königin erklärte m).

Die

l) Protestation de la Ville de Dordr. du  
27 Fevr. 1743. dans le Recueil de ROUSSET,  
Tom. XVII. p. 322-393.

m) Lettre circul. des Etats de Hollande  
du 6 Fevr. 1743. chez ROUSSET, Tom. XVII.  
p. 411.

1743.

XXXI.  
Gutachten  
der Stände  
von Utrecht.

Die General-Staaten hatten, schon vor zween Monaten, ein gleiches Schreiben an die besonderen Provinzen, und namentlich an Geldern, Seeland und Utrecht abgelassen, die mit den übrigen nicht gleicher Meynung waren. Die Stände von Utrecht hatten, in ihrer Antwort auf das Schreiben, zu erkennen gegeben, „daß sie „zweifeln, ob der Wienische Vertrag die Staaten verbinde, weil er von dem Kaiser, „in dem Punkte der Ostendischen Gesellschaft und in dem von Ostfriesland äbel erfüllt „worden wäre n.“ Hernach hatten sie sich sehr geneigt bewiesen, den Frieden, wenn es möglich wäre, durch eine Unterhandlung, herstellen zu helfen o). Das Schreiben der Stände von Holland brachte sie nicht auf andere Gedanken. Sie erklärten sich in ihrer Antwort, „daß sie den Krieg für etwas, das dem Staate höchst schädlich wäre, hielten. Sie mißbilligten es, daß man sich geweigert hätte, mit Frankreich eine Unterhandlung, wegen eines Neutralitätsvertrages, anzustellen. Sie waren der Meynung, „daß der Beystand mit Truppen der Königin von Ungarn nicht zum Nutzen gereichen „würde, unter andern, weil der König von Preußen die Erklärung gethan hätte, daß „er und andere Reichsstände sich dem Einmarsche fremder Truppen in Deutschland widersetzen würden. Es würde auch Frankreich sich dadurch beleidigt achten, und dieses, ihrer Meynung nach, den Krieg für den Staat unvermeidlich machen. Sie behaupteten noch, daß das Haus Oesterreich den Wienischen Vertrag nicht gehalten hätte, und daher die Erfüllung desselben von den Staaten nicht fordern könnte. Denn „obgleich darin die Widerrufung des Freybriefes der Ostendischen Gesellschaft nicht ausdrücklich versprochen wäre; so hätte Carl der Sechste sich dennoch dadurch verbunden, die Gesellschaft aufzuheben, welches nicht als gehörig geschehen angesehen werden könnte, so lange der Freybrief nicht eingezogen wäre. Ob auch gleich das Versprechen, die „Ostendischen Sachen abzutun, nicht durch den Vertrag, sondern durch eine besondere Erklärung geschehen wäre; so wäre diese Erklärung doch immer, von beiden Seiten, „für verbindlich gehalten worden p).“ In Seeland ward durch die meisten Stimmen, gegen die Meynung von Zierikzee, beschlossen, der Königin von Ungarn Beystand zu leisten q).

Geheime Eröffnung zum Frieden von Seiten Frankreichs.

Während den Berathschlagungen über diesen wichtigen Punkt arbeitete der Vorstatter Genelon, um die Staaten zu einem Entschlusse zu bewegen, der mit dem Absichten des Französischen Hofes übereinkam. In einer Unterredung, welche er zu dem Ende, im Hornung, mit dem Vorfiger der General-Staaten hielt, hatte er, unter andern, aus einem Schreiben des Königs, seines Herrn, folgende Stelle gelesen, „daß Seine Allerschönste Majestät keiner Macht einige Eröffnung von einem Friedensentwurfe, als diesem Staate, hätte thun lassen.“ Worte, welche die meisten Abgeordneten befremdeten, weil bey nahe Niemand von einer solchen Eröffnung etwas wußte. Allein der Rathspensionär van der Heim entdeckte bald darauf dieses Geheimniß, und berichtete so wohl in der Versammlung der General-Staaten, als in der von Holland, „daß der „Vorh.

n) Lettre des Etats d'Utrecht du 8 Janv.

1743. dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XVII. p. 396.

o) Extr. des Resol. des Etats d'Utrecht du 17-Janv. 1743. chez ROUSSET, Tom. XVII. p. 404.

p) Lettre des Etats d'Utrecht du 28 Mars

1743. chez ROUSSET, Tom. XVII. p. 446.

q) Notul. Zeel. 18 April, 4 8 May, 1743.

bl. 162, 204, 208.

„Botschafter, in Gesellschaft des Abtes dela Ville, ihm, schon im Heumonate des verwichenen Jahres, unter dem Versprechen des genauesten Stillschweigens, zu erkennen gegeben hätte, daß Frankreich zufrieden seyn würde, wenn man dem Kaiser Bayern zurückgäbe, und überdem einen Theil der Vorder-Oesterreichischen Lande, nämlich Brisgau, Breisach, Freyburg und die Waldstädte abträte; wozu noch etwas von weniger Wichtigkeit kommen müßte, welches jedoch, wenn man nur wegen des andern einig wäre, den Kauf, wie man spräche, nicht brechen sollte.“ Der Rathpensionär und etliche wenige Glieder der Regierung hatten große Schwierigkeit gemacht, von der Königin von Ungarn ihre Einwilligung in diesen Entwurf zu verlangen. Man hatte daher beschlossen, daß von beiden Seiten nichts davon erwähnt werden sollte 1), und die Versammlung der Staaten würde wahrscheinlich nichts davon erfahren haben, wenn das Vorlesen der wenigen Worte, aus dem Schreiben des Königs von Frankreich, nicht dazu Gelegenheit gegeben hätte. Der Botschafter Fenelon fand in Holland noch wenige Neigung, die Königin von Ungarn ohne Beystand zu lassen.

Allein in der Versammlung der Stände von Geldern blieb man verschiedener Gutachten Meynung. Das Quartier von Nimwegen ernahnete, ohne eine der verschiedenen Meynungen anzunehmen, die Glieder des vereinigten Staats, „allerseits etwas nachzugeben, und versprach, demjenigen beizutreten, was fünf oder sechs Provinzen einmützig für gut befinden würden.“ Die Stände dieses Quartiers hatten ihren Antheil zu der ersten Geldhülfe bezahlt; sie erbieten sich, denselben zu der zweiten zu bezahlen, und wollten megen, in einen ferneren Beystand willigen. Sie hielten auch dafür, daß man die Königin von Ungarn, durch den König von Großbritannien, bewegen müßte, eine Unterhandlung, wegen der Wiederherstellung des Friedens, anzufangen, und daß man von den Friedensvorschlägen dem Französischen Hofe Nachricht geben sollte. Aber sie waren der Meynung, daß der Wienerse Vertrag den Staat zu nichts weiter verbände, als die Königin in den Besitz der Länder zu setzen, und darin zu erhalten, die ihr von ihrem Vater nachgelassen wären, diejenigen ausgenommen, die sie selbst abgetreten hatte. Und wenn die Königin sich, auf billige Bedingungen, vergleichen wollte, und der Kaiser solches weigerte, müßte man, meyneten sie, der Königin so gleich, und zwar mit zwanzigtausend Mann beystehen. Auf diese Weise dachten sie den Krieg am besten zu verhüten, und wollten unterdessen, da sie den Frieden suchten, sich zum Kriege bereiten, wozu sie auch die andern Bundesgenossen ernahneten 2). Die Stände des Quartiers von Zutphen versprachen ihren Antheil zu der ersten Geldhülfe, so weit sie es noch nicht gethan hatten, zu entrichten; sie willigten auch in die andere, und hielten dafür, daß der dritte Beystand, der auf zwanzigtausend Mann gesetzt war, nicht in Truppen, sondern gleichfalls in Gelde angeboten werden sollte. Wenn aber die Königin dieses Anbieten ablehnete, müßte man sie, zufolge dem Schlusse der Stände von Holland, ohne Verzug mit Truppen unterstützen, jedoch ohne daß der Staat genöthiget würde, wider irgend eine Macht den Krieg zu erklären, oder Frankreich anzugreifen. Den Gebrauch, zu welchem die Hülfsvölker bestimmt werden sollten, müßte man mit Großbritannien und mit der Königin verabreden, und sich hiernächst bemühen, die letztere zu friedfertigen

Pp 2

Gedanken

r) Refol. Gener. Martis 5 Mart. 1743.

s) Voyes ROUSSEAU Recueil, Tom. XVII. p. 468.

1743-

und der Ver-  
lau.

Gedanken zu bringen. Sie wollten aber nicht, daß die Hülfstruppen einem der Generale, die unlängst aus fremden Diensten in die Dienste des Staats gegangen waren, untergeben würden <sup>t</sup>). Allein das Quartier der Velau ging, in seinem Gutachten, von den zweien andern beträchtlich ab. Die Stände dieses Quartiers hielten dafür, daß man, wenigstens igo, gar nicht verbunden wäre, der Königin von Ungarn beizustehen. „Sie befäße, so sprach man hier, alle Staaten ihres Vaters, Schlesiens ausgenommen, welches sie durch einen Vertrag, ohne Vorwissen des Staats, weggegeben hätte. Sie hätte noch einen großen Theil von Bayern ein. Der Krieg, wofern derselbe von ihrer Seite fortgesetzt würde, könnte daher nicht mehr als vertheidigend angesehen, sondern müßte für einen Angriff gehalten werden; und in diesem Falle wäre der Staat zu keiner Hülfe verbunden. Man müßte demnach nicht allein zu verhindern suchen, daß der von Holland gefasste Schluß bey den General-Staaten durchginge, sondern, im Gegentheile, nebst dem Großbritannischen Hofe, fleißig an der Wiederherstellung des Friedens arbeiten. Allein wenn dieses fruchtlos ablief, wollten sie, nebst den andern Provinzen, bewilligen, daß achtzehntausend Mann die Oesterreichischen Niederlande besetzten, und der Königin die Freiheit lassen, die achtzehntausend Mann, welche sie in den gedachten Niederlanden zu halten schuldig wäre, daraus zu ziehen u.

XXXII.

Die General-  
Staaten be-  
schließen  
durch die  
meisten  
Stimmen  
der Königin  
von Ungarn  
mit zwanzig-  
tausend  
Mann beizu-  
stehen.

Die andern Landschaften waren fast mit Holland darin einig, daß man der Königin von Ungarn Beystand leisten sollte. Dies mußte nun entweder unterbleiben, oder durch die Mehrheit der Stimmen beschloffen werden. Zu dem ersteren waren die ansehnlichsten und meisten Provinzen unmöglich zu bringen. Von dem letzteren hatte man, in dergleichen wichtigen Fällen, nur seltene Beispiele in diesem Staate gesehen. Dem ungeachtet schritt man dazu. Und eben so wie man in der Versammlung der Stände von Holland einen Schluß durch die meisten Stimmen gefast hatte, that man ein gleiches in der Versammlung der General-Staaten. Man beschloß, der Königin von Ungarn mit zwanzigtausend Mann beizustehen, welche sie allenthalben, wo sie es für gut befände, außer in Italien, gebrauchen könnte. Der Graf Moriz von Nassau, ein Sohn des Feldmarschalls, Herrn von Ouwerkerk, bekam den Oberbefehl darüber. Wir versparen die Erzählung von den Folgen dieses wichtigen Schlusses der Staaten in das folgende Buch.

<sup>t</sup>) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVII.  
p. 478.

<sup>u</sup>) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVII.  
p. 480.



Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Sechs und siebenzigstes Buch.

### Inhalt.

- I. Kriegsrüstungen in Frankreich und in England. Frankreich ist unwillig auf die Staaten wegen des Beystandes, den sie der Königin von Ungarn leisten. II. Zustand des Krieges in Bayern und in Böhmen. III. Eröffnung des Feldzuges an dem Mayn. Schlacht bey Dettingen. IV. Die Hülfs- truppen des Staats kommen in Deutschland an. Gehen nach den Oesterreichischen Nie- derlanden. Unwille über das Schreiben des Bottschafters van Goey. V. Zustand des Krieges in Italien. Vertrag von Worms. Die Staaten wollen demselben nicht beytre- ten. VI. Bündniß zwischen den Höfen von Wien und Dresden. VII. Friede zwischen Rußland und Schweden. Die Staaten schicken eine Flotte nach der Ostsee. VIII. Der Freybrief der Ostindischen Gesellschaft wird verlängert. Die Prinzessin von Oranien kommt mit eurer Tochter nieder. IX. Gegenwärtiger Zustand der Sachen der Kö- nigin von Ungarn. Anschläge des Französ- ischen Hofes. X. Unternehmung einer Lan- dung in Großbritannien, zum Vortheile des Prätendenten. Die Staaten sehen Georg II. mit sechs tausend Mann bey. Die Landung mißlingt. Unruhe in Seeland. XI. Frank- reich erklärt den Krieg wider Großbritan-
- nien, und Großbritannien wider Frank- reich. Vier Provinzen suchen den Prinzen von Oranien zum General zu befördern: aber vergebens. Die Staaten senden dem Könige von Großbritannien zehn Kriegsschiffe zu Hülfe. XII. Der Botschafter Senelon er- öffnet den Staaten, in einer weitläufigen Re- de, Frankreichs Vorhaben, die Oesterreichi- schen Niederlande anzugreifen. XIII. Ant- wort der Staaten. XIV. Kriegserklärung des Königs von Frankreich wider die Köni- ginn von Ungarn. Die Königin kündigt Frankreich gleichfalls den Krieg an. XV. Gesandtschaft der Staaten an den König von Frankreich. Feldzug in Flandern. Die Fran- zosen erobern Warneton, Menin, Yperen, das Fort de Knokke und Furnes, lauter Barriereplätze des Staats. Die Staaten sie- hen der Königin mit noch zwanzig tausend Mann bey. Frankreich bringt einen Neutra- litätsvertrag in Vorschlag. Er wird abge- wiesen. XVI. Französisches Bündniß. Mittel, die wider dasselbe bewerkstelliget wer- den. XVII. Der Prinz Carl von Lothrin- gen geht über den Rhein. Folgen dieses Ue- berganges. Die vereinigte Armee in Flan- dern rückt in das Französische Gebiet. XVIII. Der König von Preussen beschließt, den

Kaiser mit Hülfsvölkern zu unterstützen. Er fällt in Böhmen ein. Der Prinz Carl ver- treibt ihn daraus. Nimmt Ober-Schlesien wieder ein. Die Franzosen erobern Freyburg. XIX. Zustand des Krieges in Italien. Ge- nua hat eine Neigung zu der Französischen und Spanischen Partey. Handel zwischen Schweden und Dänemark. Unterhandlung an dem Russischen Hofe. XX. Durchbruch des Damms am Lek. Kometen. Der Se- cretär Jagel legt sein Amt nieder. XXI. Zustand der Streitigkeiten in Ostfeisland seit dem Jahre 1732. Der Fürst Carl Ed- zard stirbt. Der König von Preussen nimmt Besitz von dem Fürstenthum. Schließt einen Vergleich mit den Staaten. Die Besatzung des Staats räumt Emden und Leerort. XXII. Die Königin von Ungarn schreibt an die Staaten, die in ihrer Antwort die Ursache anführen, warum sie Frankreich noch nicht den Krieg ankündigen können. XXIII. Bewegungen am Nieder-Rheine. Bündniß von Warschau zwischen Großbri- tannien, der Königin von Ungarn, Kur- Sachsen und den Staaten. XXIV. Kai- ser Carl VII. stirbt. Zustand des Krieges in Bayern. Treffen bey Pfaffenhofen. Ver- trag von Füssen. Der Marschall von Bel-

lisle wird gefangen. In Freyheit gesetzt. XXV. Kriegsverrichtungen in Schlesien. Schlacht bey Friedberg. Bey Prausnitz. XXVI. Kriegsverrichtungen an dem Rhein und Mayn. Der Großherzog von Toscana wird zum Kaiser erwählt. XXVII. Hän- del zwischen den Höfen von Berlin und Dresden. XXVIII. Hannoverischer Ver- gleich. Gefechte bey Hennemersdorf. Erobe- rungen der Preußen in der Lausitz und in Sachsen. XXIX. Anfang einer Friedensun- terhandlung am Dresdenschen Hofe. Schlacht bey Kesselsdorf. Dringendes Schreiben des Königs von Preussen. XXX. Friede von Dresden zwischen dem Könige von Preussen auf einer, und dem Könige von Polen und der Königin von Ungarn auf der andern Seite. Folgen dieses Friedens. Absichten des Hofes von Berlin. Unterhandlung an dem Russischen Hofe. XXXI. Zustand des Krie- ges in Italien. Genua erklärt sich gegen den König von Sardinien. Aufstand der Corsen. Schlacht bey Bassignana. XXXII. Der Sohn des Prätextenten erregt einen Aufstand in Schottland. Die Staaten senden dem Könige von Großbritannien die gewöhnli- chen Hülfstruppen. Der Aufstand wird unter- drückt. Die Engländer erobern Cap Breton.



1743.

I.

Kriegsbrü-  
stungen in  
England  
und in  
Frankreich.

**U**nter dessen da die Staaten, wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Beystandes, Berathschlagungen hielten, wurden starke Kriegsrüstungen in Frank- reich und in England gemacht. Georg der Andere hielte sich, ob er gleich als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, einen Neutralitätsvertrag mit Frank- reich geschlossen hatte a), nicht verbunden, als König von Großbritannien gänzlich still zu sitzen. Er beschloß, eine Armee nach Deutschland zu senden, um die Franzo- sen, die sich an dem Neckar versammelten, von dort vertreiben zu helfen. Die Engli- schen

a) G. B. LXXV. S. XVI. G. 267.



schen Truppen, die in den Oesterreichischen Niederlanden lagen, sollten sich, zu diesem Ende, mit einigen Hannoverischen und Hessischen, die in Englischen Sold genommen waren, vereinigen, und zeitig nach Deutschland den Weg nehmen, unterdessen aber zwanzigtausend Mann Hülfstruppen des Staats die Oesterreichischen Niederlande so lange bedecken, bis Frankreichs größte Macht nach Deutschland gegangen seyn würde. Die Französischen Truppen, die, im verwichenen Jahre in Bayern und Böhmen gebietet hatten, waren durch Krankheiten und Ausreissen gewaltig zusammen geschmolzen. Der König wandte daher den Winter an, um seine geschwächte Armeen, durch Anwerbung neuer Mannschaft, in den Stand zu setzen, damit sein Bundesgenosse, der Kaiser, dadurch kräftig unterstützt werden könnte. Der Entschluß der Staaten, der Königin von Ungarn zwanzigtausend Mann zu Hülfe zu schicken, war am Französischen Hofe nicht wohl aufgenommen worden. Der Französische Staatsminister, besonders der Cardinal von Fleury, hatten dem Botschafter der Staaten, van Hoey, schon vor einer geraumen Zeit, zu erkennen gegeben, „daß es dem Könige höchst angenehm seyn würde, „wenn die General- Staaten den Frieden, durch ihre Vermittelung, wieder herstellen, „helfen wollten.“ Sie versicherten auch, daß der Kaiser dieses wünschte; und das deutsche Reich verlangte nicht weniger bald hernach, daß der König von Großbritannien und die Staaten nebst den Reichsständen die Mittler in den entstandenen Streitigkeiten seyn mögten b). Der Marquis de Fenelon führte in dem Haag eben diese Sprache. Aber als nunmehr der Schluß gefaßt war, der Königin von Ungarn beizustehen, schien man an dem Französischen Hofe anderes Sinnes zu werden. Fenelon Frankreich gab zu verstehen, „daß, wenn man diesen Schluß in das Werk richtete, der König, sein ist unwillig, „Herr, genöthiget seyn würde, die Waffen gegen die Oesterreichischen Niederlande „zu wenden, die seinen Angriff zu fürchten hätten, wenn man neutral bliebe; wozu, „ner Meinung nach, desto mehr Ursache wäre, als die Königin von Ungarn der „greifende Theil zu werden anfinde.“ Der Cardinal von Fleury, der, wie man sonst geglaubet, immer zum Frieden gerathen hatte, war am 29ten Jenner dieses Jahres gestorben c); und seit diesem Todesfalle schien der Hof sich stärker als zuvor zum Kriege zu rüsten. Man versicherte indessen noch immer, daß der König die genaueste Freundschaft mit den Staaten zu unterhalten gedächte, wosern sie der Königin von Ungarn nicht mit Truppen beystünden. Fenelon verlangte mit ausdrücklichen Worten, daß die Staaten ihre Truppen nicht nach Deutschland schicken, noch in den Niederlanden gegen Frankreich gebrauchen lassen mögten, wosern sie die Freundschaft des Königs zu behalten suchten d). Allein die Staaten waren der Meinung, „daß man es ihnen nicht übel „nehmen könnte, wenn sie einen Vertrag, der vorlängst, auch mit Frankreichs Vorwissen, „geschlossen wäre, erfüllten. Daß auch die Königin, ob sie gleich igo den Krieg stärker, als man vielleicht erwartet hätte, fortsetzte, gleichwohl am ersten, von verschiednen „Seiten, angegriffen worden wäre.“ Sie blieben daher bey ihrem Entschlusse, worin sie auch von dem Großbritannischen Hofe kräftig gestärkt wurden.

Während

b) Man sehe das Schreiben in dem Europ. p. 317. R. ROLT Represent. of the late War, Merc. Jul.- Dec. 1743. bl. 46. Vol. II. p. 279

d) Man sehe seine Vorstellung in dem Eu-

c) Memoir. pour l' Hist. de l' Europe, Tom. I. rop. Merc. Jul.- Dec. 1743. bl. 59.

1742.

II.

Zustand des  
Krieges in  
Bayern,

Während dem Winter und im Frühlinge war das Kriegsglück den Oesterreichern in Bayern so günstig, daß sie die Kaiserlichen, unter dem Grafen von Seckendorff, und die Franzosen, unter dem Marshall de Broglio, aus dem Lande trieben, welches sie darauf, bis auf zweien feste Plätze, ganz einnahmen. Broglio erhielt bald hernach den Befehl, mit den Ueberbleibseln seiner Armee, in die Französischen Staaten zurückzukommen. Die Kaiserlichen setzten sich in den neutralen Kreisen und dort herum e). Carl der Siebente begab sich, im Anfange des Sommers, nach Frankfurt; und fing hernach zu Nieder-Schinsfeld eine Unterhandlung mit der Königin, wegen eines Vergleiches, an, welcher jedoch nicht zum völligen Schlusse kam; ob man gleich seitdem hörte, daß eine Art von Waffenstillstande zwischen den zwei Mächten Statt haben sollte f). Der Kaiser befand für rathsam, ehe er sich weiter einließ, eine günstigere Wendung seiner verfallenen Sachen abzuwarten.

und in Böhmen.

In Böhmen waren die Oesterreicher, nach der Eroberung von Prag, auch vollkommen glücklich gewesen. Die Königin ließ sich, im Maymonate, in dieser Stadt krönen. Egra, die einzige Festung, worin noch eine feindliche Besatzung war, ward hierauf eingeschlossen, und durch Hunger, im Anfange des Herbstmonats, zur Uebergabe gezwungen. Die Besatzung, welche aus Französischen Truppen bestand, mußte sich zu Kriegsgefangenen ergeben g). Die Königin von Ungarn war nun im Besitze von ganz Böhmen. Der Krieg in Bayern war auch geendigt, nachdem die Kaiserlichen und Franzosen dieses Kurfürstenthum verlassen hatten. Es schien, daß der Hauptschauplatz des Krieges dieses Jahr an dem Mainstrom seyn würde, wo eine vereinigte Armee zusammen gezogen ward; um der Königin von Ungarn beizustehen, und die fremden Truppen aus Deutschland zu vertreiben.

III.

Eröffnung  
des Feldzuges  
am  
Mayn.

Die in Großbritanniſchen Solde stehende und zu dem Zuge nach Deutschland bestimmte Truppen lagen zum Theile in Arth, Bergen in Hennegau, und Charleroi, von wannen sie sich, im Frühlinge, auf den Weg nach dem Aelne begaben. So bald sie die Niederländischen Städte verlassen hatten, wurden dieselben mit einem Theile der Truppen des Staats, die zum Bestande der Königin von Ungarn bestimmt waren, besetzt. Die Englische Armee, unter Anführung des Grafen von Stairs, marschirte so eilig, daß sie sich, um das Ende des Maymonats, oberhalb Hanau, dem Mainstrom genähert hatte, da der König von Großbritannien, in Begleitung seines jüngsten Sohnes, des Herzogs von Cumberland sich an die Spitze der vereinigten Armee stellte, welche die Pragmatische Armee genannt ward. Er nahm sein Hauptquartier zu Aschaffenburg in dem Erstlsten Maynz, wo eine Brücke über den Mayn war. Die Armee zog ihren Unterhalt aus Franken. Der Prinz Georg von Hessen-Cassel hatte sich, mit einigen Hannoverischen und Hessischen Truppen, bey Hanau gesetzt, um die Zufuhr zu bedecken. In diesem Zustande erwartete man die Gelegenheit, den Franzosen ein

e) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 320, 321. R. ROLT Represent. of the late War, Vol. II. p. 291. &c.

f) Man sehe die Vorstellung des Barons von Reischach in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1743. bl. 120. und andere Urkunden eben das.

Jul. - Dec. 1744. bl. 61. Jan. - Jun. 1745. bl. 61. S. auch R. ROLT Represent. Vol. II. p. 366.

g) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 337 - 340. R. ROLT Represent. Vol. II. p. 394. &c.

ein Treffen zu liefern, die von dem Neckar, wo sie sich versammelt hatten, bis an den Mayn fortgerückt waren, und sich, oberhalb Seligenstadt, zur linken Seite des Flusses gelagert hatten. Das Hauptquartier des Marschalls von Noailles, der den Oberbefehl über diese Truppen führte, war zu Stockstadt, Aschaffenburg gegenüber. Die beiden Armeen waren fast gleich stark. Der Marschall suchte vornemlich, den Bundesgenossen die Zufuhr abzuschneiden, und sie dadurch zur Veränderung ihres Lagers zu nöthigen. Er hatte bey Seligenstadt drey Brücken über den Fluß schlagen lassen, über welche er von Zeit zu Zeit, Parteyen ausschickte, um die Bedürfnisse, die der vereinigten Armee zugeführt wurden, aufzufangen. Der König von Großbritannien beschloß auch, in kurzem, nach Hanau aufzubrechen, wo der Prinz Georg stand. Der Marschall besetzte hierauf Aschaffenburg, und sandte, zu gleicher Zeit, den Herzog von Grammont, mit einem Theile des Fußvolkes, bey Seligenstadt über den Fluß, mit dem Befehle, sich in dem Dorfe Dettingen zu setzen. Durch Dettingen läuft ein Bach, der sich in den Mayn ergießt, und mit Bäumen und Gesträuche dicht bewachsen ist. Man kommt von oben nach dem Dorfe auf einem engen Wege: und hier gedachte Noailles die Engländer, die von Aschaffenburg nach Hanau gingen, aufzufangen, und wenn es möglich wäre, den König selbst gefangen zu nehmen. Zu dem Ende hatte er den Herzog von Grammont angewiesen, von seinem Posten nicht, vor näherem Befehle, zu weichen; welchen er ihm erst geben wollte, nachdem der erste Haufe der Engländer über den Bach gegangen seyn würde, da Grammont ihnen in den Rücken fallen, und inzwischen ein anderer Haufe Reiteren und Fußvolkes, der schon zwischen Dettingen und einem gewissen Walde stand, sie von vorne angreifen sollte. Mittlerweile wollte er die marchirenden Engländer, von der andern Seite des Mayns, von drey oder vier Batterien beschießen, und sie von hinten bey Aschaffenburg anfallen. Allein der Plan des Marschalls ward durch die unzeitige Hitze des Herzogs von Grammont vereitelt, welcher, so bald er nur nach Dettingen gekommen war, den Bundesgenossen über den Bach entgegen ging. Die Zeit, welche hiemit verlief, wandte der König von Großbritannien an, die vereinigte Armee zwischen Dettingen und Klein-Ostheim, wo die Oesterreicher, unter dem Herzoge von Aremberg, ihr Hauptquartier gehabt hatten, quer von dem Maynströme ab, in Schlachtfeldordnung zu stellen. Der Marschall von Noailles sahe, wie übel seine Befehle befolget wurden. Gleichwohl mußte er nun den Herzog von Grammont unterstützen, und sahe sich daher genöthiget, mit der Armee über den Mayn zu gehen, und sich bey Dettingen recht oberhalb dem Bache zu setzen. Am 27sten des Brachmonats, um ein Uhr nach Mittage, geriethen Schlacht bey die Armeen an einander. Das grobe Geschütze der Franzosen, welches an der andern Seite des Mayns stand, konnte, nachdem das Gefechte angegangen war, nur wenige Dienste thun, weil, da es nur die Seiten bestreichen konnte, man Gefahr lief, dadurch so wohl Freunde als Feinde zu beschädigen. Allein das Geschütze der vereinigten Armee, welches auf beiden Seiten der Schlachtfeldordnung gestellt war, traf den Feind allein und von vorne, und richtete eine schreckliche Verwüstung unter den königlichen Haustruppen, dem Kerne des Französischen Heeres, an. Sie wurden auch, in kurzem, in die Flucht über den Fluß getrieben, wo viele ertranken. Das Fußvolk hielt noch eine Weile Stand, ward aber darauf gleichfalls zum Weichen gebracht. Die vereinigte Armee behauptete die Wapstätt, und der König von Großbritannien hielt auf derselben, nach dem Ge-

1743.

Folgen der-  
selben.

sechte, die Mäthzeit. Nach der Rechnung der Bundsgenossen hatte der Feind drey-  
mal so viele Leute verlohren, als sie, und sie rechneten ihre Todten auf achthundert, und ihre  
Verwunderten auf vierzehnhundert: aber die Franzosen schätzten den Verlust, auf beiden  
Seiten, gleich. Sie schrieben sich so gar den Sieg zu, und ließen in Frankreich das  
Te Deum singen. Allein die Folgen des Treffens bewiesen, wer dadurch am meisten ge-  
litten hatte h). Der Marschall von Noailles ward, ob er gleich durch die Ueberbleib-  
sel der Armee des Marschalls de Broglie, die aus Bayern kam, verstärkt worden  
war, genöthiget, bey Worms, über den Rhein zurückzugehen, um Elßas zu bedecken.  
Der König von Großbritannien ging mit der vereinigten Armee bey Maynz gleich-  
falls über den Fluß. Der Prinz Carl von Lothringen marschirte, nachdem er Bayern  
und Böhmen von den fremden Truppen gereinigt hatte, auch nach dem Rheine, in  
der Absicht, den Marschall von Noailles in dem Elßas anzugreifen. Allein die Fran-  
zosen hatten sich, auf der linken Seite des Flusses so stark verschanzet, daß der Ueber-  
gang unthunlich gefunden ward. Der Feldzug ging also mit einigen Scharmüßeln zwi-  
schen den Husaren, die in kleinen Haufen über den Fluß streiften, und den Franzosen  
zum Ende. Die Englischen Truppen brachen, im Herbst, wieder nach den Oesterrei-  
chischen Niederlanden auf, wo sie in die Winterquartiere gelegt wurden.

## IV.

Die Hülfs-  
truppen des  
Staats kom-  
men in  
Deutsch-  
land an.

Die für die Königin von Ungarn zum Beystande bestimmten zwanzigtausend  
Mann hatten sich zu spät auf den Marsch nach Deutschland begeben, um an dem bey  
Dettingen erfochtenen Siege Theil zu haben. Verschiedene Provinzen zauderten lange,  
ehe sie einen Schluß wegen des Marsches faßten, weil sie darüber unwillig waren, daß  
die Königin von Ungarn ihnen, wegen der Oesterbischen Sache keine Genugthuung  
gab. Allein der Lord Carteret, der als Großbritannischer Bevollmächtigter nach dem  
Haag gekommen war, versicherte sie, daß die Königin sie hierin vollkommen befriedi-  
gen würde, und daß der König, sein Herr, dafür Bürgе seyn wollte i). Die Truppen,  
welche bey Arnheim zusammen gezogen waren, erhielten darauf den Befehl zum Marsche,  
welchen sie, im Anfange des Augustmonats antraten. Im Anfange des Herbstmonats  
kamen sie bey Frankfurt an, wo ein Lager für sie abgestochen war. Einige vermutheten,  
daß die vereinigte Armee, nach der Ankunft dieser Truppen, in das Elßas eindringen,  
und den Franzosen daselbst, durch Angreifung einiger Festungen, etwas zu thun geben  
würde. Allein der Ausgang lehrte, daß man noch nicht beschloßen hatte, Frankreich  
zu bekriegen, und daß man sich begnügte, die Französischen Truppen von dem Boden des  
Reichs vertrieben zu haben k). Die Hülfskruppen des Staats gingen, in kurzem, nach  
den Oesterreichischen Niederlanden zurück, und bezogen die Winterquartiere zu Ber-  
gen in Hennegau, zu St. Guilain, Aith, Binch, Lessines, Soignies, Comtray  
und Oudenarde. Der Französische Hof, der sich einbildete, oder einzubilden vergab,  
daß die Staaten der Königin von Ungarn gegen Frankreich Hülfe leisten wollten, gab  
sein Mißvergnügen, über den Marsch ihrer Truppen, dem Botshschafter van Hooey deut-  
lich

Gehen nach  
den Oester-  
reichischen  
Ti derlan-  
den zurück.

h) R. ROLT Represent. of the late War,  
Vol. II. p 292-347 Memoir. pour l'Hist. de  
l'Europe, Tom. I. p 319-332. Man sehe auch  
den Europ. Merc. Jul.-Dec. 1743. bl. 4, 5, 6,  
16, 18, 81, 229, 286.

i) Man sehe die Vorstellung in dem Europ.  
Merc. Jan.-Jun. 1743. bl. 317.

k) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I.  
p 348. et suiv.

lich zu erkennen. Dieser berichtete solches nach dem Haag, wo sein Schreiben, welches eine Mißbilligung der gegenwärtigen Maafregeln zu enthalten schien, sehr übel aufgenommen ward. Man antwortete ihm, „daß die Staaten weit von einem bösen Vorhaben gegen Frankreich entfernt wären, sondern vielmehr die Freundschaft Seiner Allerdurchlauchtigsten Majestät sehr hochschätzeten, und allezeit zu unterhalten suchen würden; daß sie den Krieg, den die Königin von Ungarn führete, als vertheidigend ansähen, und sich daher verbunden fänden, sie zu unterstützen; und daß er, Botschafter, ihr Betragen, aus diesen Gründen, am Französischen Hofe hätte vertheidigen sollen, ohne seine Briefe mit Anmerkungen anzufüllen, die man eher für seine eigene Erfindung halten, als glauben könnte, daß sie von den Französischen Ministern gemacht wären 1).“ Der Marquis de Fenelon, Französischer Botschafter bey den Staaten, ging, am Ende des Jahres, nach seinem Hofe zurück, und überließ die Angelegenheiten seines Herrn, hier zu Lande, dem Abt de la Villedieu, der dieselben noch einige Jahre besorgete. Fenelons Abreise ward als eine Wirkung des Unwillens des Französischen Hofes angesehen. Er hatte jedoch, bey seinem Abschiede, sich nichts davon merken lassen 2), sondern vielmehr zu versetzen gegeben, daß er, in kurzem, wieder zu kommen gedächte.

In Italien waren die Sachen der Königin von Ungarn etwas rückgängig geworden, seitdem der Infant Don Philipp, der mit einigen Truppen verstärkt worden, wieder in Savoyen eingedrungen war, und den König von Sardinien zum Weichen gebracht hatte. Zwischen den Spaniern und Oesterreichern fiel, am 8ten des Monats, ein Gefechte bey Campo Santo vor, worin beide Theile sich den Sieg zuschrieben. Die Oesterreicher aber hatten das Feld behalten. Don Philipp suchte hernach mehr als einmal aus Savoyen in Piemont einzudringen: allein der König von Sardinien hinderte ihn daran beständig 3). Diesem hatten die Höfe von Versailles und Madrid, seit einiger Zeit, stark angelegen, seine Maafregeln zu ändern, und auf ihre Seite zu treten: aber er war dazu nicht zu bewegen 4). Er schloß vielmehr mit dem Kd. Vertrag von Worms. Worms. nige von Großbritannien und der Königin von Ungarn einen neuen Vertrag, welcher am 13ten des Herbstmonats, zu Worms, wo Georg der Andere sich damals aufhielt, unterzeichnet ward. In diesem Vertrage ward der Vergleich vom 1sten Monats des verwichenen Jahres 5) bestätigt. „Der König von Sardinien begab sich ferner aller Ansprüche auf Neiland, und verband sich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction. Die Königin trat ihm dagegen den Landstrich von Vigevano, nebst einem Theile der Landschaft Pavia und des Herzogthums Piacenza, und einem Stücke des Gebietes von Inghiera in dem Meiländischen, ingleichen ihr Recht auf das Marquisat Sinal ab, unter der Bedingung, daß die Stadt Sinal allezeit, wie Livorno, ein Freyhaufen bleiben sollte. Der König von Großbritannien versprach ihm eine jährliche Geldhülfe von zweyhundert tausend Pfunden Sterling, so lange der Krieg dauern würde. Uebrigens war auch verabredet, die Staaten der Vereinigten

D q 2

„Nie-

1) Resol. Gener. Martis, 16 Sept. 1743. Voyez Lettr. de Mr. VAN HOEY, p. 117. 128, 136, 170, 171, 237.

m) Man sehe sein Memorial in dem Europ. Merc. Jul. - Dec. 1743. bl. 315.

n) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 1-8.

o) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. II. p. 379.

p) S. B. LXXV. §. XII. C. 263.

1743.

„Niederlande zu diesem Vertrage einzuladen q).“ Dies letztere geschah auch hernach. Die Könige von Großbritannien und Sardinien drangen stark darauf, daß die Staaten dem Wormsischen Vertrage beitreten mögen r). Aber sie waren der Meynung, daß sie sich in keine neue Verbindlichkeiten, für die Königin von Ungarn einlassen dürften, nachdem sie, durch Absendung ihrer Hülfsstruppen, gezeigt hatten, daß sie die vorigen erfüllen wollten.

VI.  
Schutzbünd-  
niß zwischen  
den Höfen  
von Wien  
und Dres-  
den.

Die Oesterreichische Parthey bekam inzwischen durch diesen Vertrag keine geringe Stärke, auf welchen, noch vor dem Ende des Jahres, ein Schutzbündniß zwischen den Höfen von Wien und Dresden folgte. Der König von Polen, der als Kurfürst von Sachsen, im Jahre 1741, dem Bündnisse, welches damals wider die Königin von Ungarn zwischen Frankreich, Preußen und Bayern geschlossen ward, beigetreten war, hatte sich die Freyheit vorbehalten, von demselben abzutreten, so bald der König von Preußen solches thun würde. Dies geschah in dem folgenden Jahre, als Preußen einen besondern Frieden mit der Königin von Ungarn schloß s). Der Hof von Dresden, der auf den von Berlin, wegen Schließung dieses besondern Friedens, worin der König von Preußen, wie man meynete, nur auf seinen eigenen Vortheil, und nicht seiner Bundesgenossen ihren gesehen hatte, unwillig war, verglich sich hernach auch mit der Königin, und machte sich verbindlich, ihr mit seinen Truppen beizustehen. Der König von Preußen, welcher besorgete, daß aus dieser Verbindung so wohl als aus dem Glücke der Oesterreichischen Waffen in Böhmen und Bayern, etwas nachtheiliges für seine neu erworbenen Besitzungen in Schlessien, erfolgen mögte, hielt seine Armee auf den Sächsischen Grenzen bewaffnet, und dadurch den Dresdenschen Hof in beständiger Unruhe. Der Herr von Ammon, Preussischer Resident an diesem Hofe, ermaßnete den König von Polen, von Zeit zu Zeit in dem Bündnisse gegen die Königin zu beharren. Allein dieser fand ungerathen, in einer Verbindung zu bleiben, wovon, wie man es in Dresden einsah, der König von Preußen zuerst abgetreten war. Er beschloß also, selbst ein näheres Bündniß mit der Königin von Ungarn, zur Vertheidigung der beiderseitigen Staaten, einzugehen t). Es ward am 20sten des Christmonats unterzeichnet. Die meisten Bedingungen desselben kamen mit denen überein, die in dem zwischen weiland dem Kaiser Carl dem Sechsten und dem Kurfürsten im Jahre 1733 geschlossenen Bündnisse verabredet waren. Der König machte sich von neuem, zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction verbindlich, und die Königin erkannte das Recht der Königin von Polen und ihrer Abkömmlinge zu der unmittelbaren Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten, nachdem Carls des Sechsten männliche und weibliche Nachkommen ausgestorben seyn würden. Ferner versprach die Königin dem Könige, im Nothfalle, mit zwölftausend, und der König der Königin mit sechstausend Mann beizustehen u). Aber im Maymonate des Jahres 1744 befand man für gut, die Anzahl dieser Truppen zu vermehren. Die Königin versprach damals dreßßigtausend, und der Kö-  
nig

q) ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 83.

r) Man sehe die Vorstellungen in dem Eur. merc. Jan. - Jun. 1744. bl. 152, 201.

s) S. B. LXXV. §. XXII. S. 275.

t) Voyez Exposé de la Conduite des deux Rois, dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XXI. p. 16.

u) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 102.



nig zwanzigtausend Mann zu stellen v). So bald indessen dieses Bündniß nur bekannt geworden war, erregte es ein Mißvergnügen an dem Hofe von Berlin, welches, in kurzem, wichtige Folgen hatte. 1743.

Zu diesen zwey Bündnissen, woraus die Königin von Ungarn nicht wenige VII. Hoffnung zu Wiederherstellung ihrer Sachen schöpfete, war noch der Friedensschluß zwischen Rußland und Schweden gekommen, wodurch die Kaiserinn Elisabeth freye Kriegerischen Ruß- Hände zu bekommen schien, ihre Verbindungen gegen das Haus Oesterreich zu erfüllen. schen Ruß- Der Krieg war sehr unglücklich für die Schweden gewesen, deren Armee, im vernichteten Schweden. Jahre 1742, von dem Russischen General Lascey, bey Zelsingfors, eingeschlossen, und zu einem nachtheiligen Vergleiche, kraft dessen sie Finnland verlassen mußte, gezwungen worden war. Dieses Land ward darauf ganz von den Russen erobert. Der König von Schweden hatte indessen den König von Großbritannien, um seine Vermittelung zu Wiederherstellung des Friedens, ersucht. Man fing, in kurzem, eine Unterhandlung zu Åbo, der Hauptstadt in Finnland, an; und am 17ten August dieses Jahres ward daselbst ein Friedensvertrag geschlossen. „Durch denselben ward der Nyssstädt-Åbo- siche Friede vom Jahre 1721, in allen Stücken bekräftiget, und überdem die Landschaft „Kymmenegard, nebst den Festungen Fridrichsham und Wilmanstrand, ein Theil „des Kirchspieles Pyrtis und die Festung Nysslor von Schweden an Rußland abgetreten: wogegen die letztere Krone Finnland, und was sie sonst von Schweden erobert hatte, zurückgab w).“ Bald nach diesem Friedensschlusse entdeckte man zu Petersburg wiederum eine Verschwörung wider die Regierung der Kaiserinn, und zum Vortheile der gewesenen Regentinn, der Prinzessinn Anna. Der Marquis de Votta Adorno, Gesandter der Königin von Ungarn, ward beschuldigt, daß er daran Theil gehabt hätte; woraus einige Weiterungen zwischen den Höfen von Petersburg und Wien entstund. Man fand aber Mittel, die Kaiserinn von Rußland zu befriedigen, und das gute Vernehmen zwischen ihr und der Königin von Ungarn vollkommen wieder herzustellen x).

Der Krieg in Norden hatte indessen auch den Staaten Kosten verursacht. Sie Die Staaten hatten in den vorigen Nordischen Kriegen erfahren, daß ihre Kauffahrteyschiffe durchgeschieden eine sucht, und unrechtmäßig aufgebracht worden waren. Um diesen Verdrüßlichkeiten vorzuzufloßen, hatten sie, im vorhergehenden Jahre, ein Geschwader Kriegsschiffe nach der Ostsee geschickt; und im Frühlinge dieses Jahres wurden noch sieben Fregatten, unter dem Befehle des Hauptmanns Heinrich Lynslager dahin gesandt. Sie suchten hiedurch den Schwedischen Hof zu bewegen, daß er einige Veränderungen in der Verordnung, welche unlängst in Schweden für die Raper herausgekommen war, und welche, ihrer Meinung nach, mit dem Völkerrechte und den vorigen Verträgen stritte, machen mögte. In dieser Verordnung wurden nicht nur die gehörigen Pässe und Seebriefe gefordert, welche Ausdrücke den Staaten zu allgemein schienen, sondern auch Taurwerk, Segeltuch, Slaggen.

293

v) *Voyez* *Exposé dans le Recueil de Rousset*, Tom. XXI. p. 19.

w) *Voyez* *Rousset Recueil*, Tom. XVIII. p. 64. *Memoir. pour l'Hist. de l'Europe*, Tom. I. p. 146.

x) Man sehe verschiedene hieher gehörige Schriften in dem *Europ. Merc. Jul. - Dec. 1743. bl. 211, 219, 247. Jan. - Jun. 1744. bl. 81, 82.*

1743.

Flaggenzeug, und Lebensmittel, wider alle Gewohnheit und Verträge unter die verbotenen Waaren gerechnet. Dieses machte viele Schiffe und Güter der Einziehung unterwürfig, welche, nach dem Ermessen der Staaten, billig frey seyn sollten. Unterdessen verursachten die in die Ostsee gesandten Kriegsschiffe viel Mißvergnügen in Schweden. Der König von Dänemark bot den Staaten seine Vermittelung zu Beylegung dieser Streitigkeiten an y), welche jedoch von selbst aufhörenen, nachdem der Friede zwischen Rußland und Schweden geschlossen war.

## VIII.

Der Frey-  
brief der Ost-  
indischen Ge-  
sellschaft  
wird verlän-  
gert.

Der Freybrief der Niederländischen Ostindischen Gesellschaft, welcher, mit dem Jahre 1740, zu Ende ging, war damals, und am Ende des Jahres 1741, jedesmal nur auf ein Jahr verlängert worden, weil man, wegen der Recognition, welche die Gesellschaft den General-Staaten, für eine Verlängerung auf eine beträchtliche Anzahl von Jahren, bezahlen sollte, nicht hatte einig werden können. Dieses war nun am Ende des verwichenen Jahres geschehen. Der Freybrief der Gesellschaft ward damals auf eine Zeit von zwölf Jahren verlängert, die mit dem ersten Tage dieses Jahres 1743 anfangen, und mit dem letzten Tage des Jahres 1754 aufhören sollten z). Bey dieser Gelegenheit ward auch wegen des Ersparens vieler unnöthigen Kosten in der Haushaltung der Gesellschaft, und wegen einiger Verbesserungen, in der Verrichtung des Einkaufs vieler Waaren hier und in Indien, gehandelt a). Man machte hierüber einige neue Verfügungen, die seitdem, zum Theile, beobachtet worden sind.

Die Prinzess-  
inn von  
Oranien  
kömmt mit  
einer Tochter  
nieder.

Am 28sten des Hornungs kam die Prinzessin von Oranien zu Leeuwarden mit einer Tochter nieder, die nach ihrer mütterlichen Großmutter, Carolina, genannt ward. Der Prinz gab den General-Staaten und den besonderen Ständen der Landschaften davon Nachricht. Er brachte einen Theil dieses Jahres, auf seinem Schlosse Oranienstein, in dem Fürstenthum Nassau, zu, wo er, bey dem Durchzuge der für die Königin von Ungarn bestimmten Hülfsvölker, täglich eine ansehnliche Zahl von Kriegsbefehlshabern des Staats an seiner Tiscl bewirtsete. Er ließ auch die Gemeinen zu Münzfelden reichlich mit Fleische, Brodt, Bier und Brandtwein versehen: welches für die abgematteten Leute keine geringe Erfrischung war b).

## IX.

Gegenwärtiger  
Zustand  
der Sachen  
der Königin  
von Ungarn.

Die Sachen der Königin von Ungarn hatten, während dem Laufe des Jahres 1743, eine so glückliche Wendung bekommen, daß man überhaupt einen vortheilhaften Ausgang derselben erwartete. Sie war, durch Wiedereroberung von Prag und Lagra, wieder zum Besitze des Königreichs Böhmen gelanget. Sie hatte dem Kaiser sein Kurfürstenthum Bayern weggenommen, und ihn in die Nothwendigkeit gesetzt, ihr einen Vergleich, unter Vermittelung des deutschen Reichs anzubieten, welche sie jedoch bisher nicht hatte annehmen wollen. Sie hatte die Italienischen Sachen, durch Schließung des Wormsischen Vertrages, in einen gewissern Zustand gebracht. Der König von Polen, ihr ehemaliger Feind, war mit ihr in ein genaues Bündniß, als Kurfürst von Sachsen, getreten. Sie hatte die thätige Hülfe des Königs von Großbritannien, in

y) S. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1742. bl. 268. 269. 315.

z) S. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1743. bl. 100.

a) Secr. Refol. Holl. 23 Jul. 1740. 16 Mart. 18 Apr. 16 Jun. 1741. IX. Deel, bl. 540, 686,

718. 769. Rapport van 17 Dec. 1742. Missive van Bewindh. van 21 April, 1742.

b) S. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1743. bl. 228. Jul.-Dec. 1743. bl. 251.

in dem Treffen bei Dettingen, erfahren. Die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten endlich zwanzigtausend Mann zu ihrem Dienste in das Feld rücken lassen, und die Hoffnung, endlich auch Hülfe von Rußland zu empfangen, ward, nach Schließung des Friedens mit Schweden, vermehrt. Die Französische Armee unter dem Marschall von Noailles, ob sie gleich durch die elenden Ueberbleibsel der königlichen Truppen, die höher auf in Deutschland gebietet hätten, verstärkt worden war, hatte sich dennoch genöthiget gesehen, über den Rhein zurück zu weichen: wohin die Oesterreichische Kriegsmacht, unter dem Prinzen Carl von Lothringen, ihr zu folgen drohete. Dieses alles gab den Sachen des Hofes von Wien ein sehr vortheilhaftes Ansehen, und ließ hoffen, daß die Königin die meisten sie drückenden Schwierigkeiten in kurzem überwinden würde. Allein das folgende Jahr war kaum halb vergangen, als man den Zustand ihrer Sachen, zu ihrem Nachtheile, gewaltig verändert sah. Hieran waren verschiedene Unglücksfälle Ursache, welche sie von mehr als einer Seite betrafen, und welche den Schauplatz des Krieges nun auch, näher als man gehofft hatte, an die Grenzen dieses Staats versetzten.

Als der Französische Hof wahrnahm, daß die Königin von Ungarn keinen Anschlag Widerstand mehr in Deutschland zu fürchten hatte, wosern sie ihre Bundesgenossen bei des Französischen Hofes hielte, und wosern der König von Preußen still säße, wie er nach dem Friedensschlusse gethan hatte; so machte er einen Plan, den Krieg, durch Preussische dem Kaiser zu liefernde Hülfsvölker, in Böhmen wieder anzufangen; dem Könige von Großbritannien in seinem eigenen Königreiche volle Arbeit zu geben, wodurch er zur Zurückrufung seiner Truppen aus den Niederlanden genöthiget werden sollte; und sobald die Niederlande selbst anzugreifen; welches die Staaten der Vereinigten Niederlande wenigstens hindern würde, der Königin von Ungarn in Deutschland mit Hülfskruppen beizustehen. Der zweite Theil dieses Entwurfs, der Angriff des Königs von Großbritannien in seinem eigenen Reich ward zuerst bewerkstelliget. Darauf folgte der Einfall in die Oesterreichischen Niederlande, und endlich auch der Krieg in Böhmen. Die Erzählung dieser drey wichtigen Begebenheiten und ihrer merkwürdigen Folgen wird den vornehmsten Inhalt dieses Buchs ausmachen.

Man hält dafür, daß der Cardinal von Tencin, einer von Ludewigs des X. Sunfzehnten Staatsministern, schon seit einiger Zeit, den Anschlag geschmiedet hatte, Unternehmung einer Landung in auf den Großbritannischen Thron zu erheben. Er hatte hierüber zu Rom eine Unterhandlung mit den Cardinälen Aquaviva und Valenti, von denen der erstere Botschafter des Königs von Spanien, und der andere päpstlicher Staatssecretär war, angestellt c). Vortheile Man arbeitete, den ganzen Winter, in Frankreich an Ausrüstung einer Flotte, die zu des Prätendenten. Brest und zu Rochefort versammelt ward, und zum Theile, wie man glaubete, zu dem Zuge nach Großbritannien bestimmt war. Sie bestand, in allem, aus ungefähr vierzig Kriegsschiffen, und sollte, wie man sagte, durch ein Spanisches Geschwader verstärkt werden. Die zu der Landung nöthigen Truppen sollten zu Dünkirchen eingeschifft, und durch die Kriegsschiffe von Brest bedeckt werden. Der Prätendent zu Rom, der von dem Vorhaben unterrichtet war, ließ, um den Anfang des Jahres 1744, seinen ältesten Sohn, Carl Edward, heimlich von Rom nach Frankreich reisen. Der Großbritan-

1744.

nische Hof hatte unterdessen zeitig von demjenigen, was zu Rom vorgegangen war, Nachricht bekommen. Der Englische Gesandte zu Paris, Thompson, meldete, auf Befehl des Königs, seines Herrn, dem Französischen Hofe sogleich diese wichtige Neuigkeit, und verlangte zugleich, daß man den Sohn des Prätendenten, wosern er nach Frankreich käme, zu folge den Verträgen, aus dem Königreiche wegweisen sollte. Aber der Staatssecretär Amelot, mit welchem er hievon sprach, weigerte sich, ihm hierauf eine Antwort zu geben, ehe er den königlichen Befehl dazu hätte. Wenige Tage hernach antwortete er ihm, im Namen des Königs, „daß die Verträge beide Theile verbanden, und „daß, so bald der König von England, auf die wiederholten Klagen wegen Verletzung „der Verträge, Genugthuung gegeben hätte, der Allerschristlichste König sich auf dasjenige, was der Herr Thompson vorgetragen hätte, näher erklären würde d).“ Man hielt den Anschlag des Französischen Hofes nun für gnugsam eingestanden. Der König von Großbritannien gab dem Parlamente davon Nachricht, welches ihm, aus allem seinem Vermögen, beizustehen versprach e).

Die Staaten  
schicken dem  
Könige  
Georg II.  
sechstausend  
Mann zu  
Hülfe.

Der Englische Gesandte Trevor theilte den Staaten die unerwartete Zeitung, am 29sten des Hornungs mit, und ersuchte sie zugleich, im Namen des Königs, um die sechstausend Mann Hülfsvölker, welche sie ihm, in einem solchen Falle, zu liefern versprochen hatten, und zugleich um einige Kriegsschiffe, welche die Truppen bedecken sollten. Man zog seine Vorstellung alsobald in Erwägung, und bewilligte die Truppen einmüthig, entschuldigte sich aber, wegen der Kriegsschiffe, weil man dafür hielt, daß dieselben nicht so eilig ausgerüstet werden könnten f). Die sechstausend Mann gingen bald hernach, unter dem Befehle des General. Lieutenants Smissaart, zu Willemsstadt an Bord auf Englischen Fahrzeugen, und kamen alle, im April, glücklich in England an. Sie wurden gleich, rund um London, in die Erfrischungsquartiere gelegt.

Ein Sturm  
verreibt die  
Landung.

Mittlerweile war die Einschiffung der zu der Landung in England bestimmten Truppen zu Dünkirchen, mit dem Eintritt des Märzmonats, angefangen worden. Aber ein heftiger nordwestlicher Sturm, welcher verschiedene Fahrzeuge mit platten Böden, mittelst deren man das Kriegsvolk an Bord führete, in Splintern zerschlug, verhin- derte die Ausführung des Unternehmens. Das eingeschifftte Kriegsvolk ward, auf Befehl des Königs von Frankreich, wieder an das Land gebracht. Der Herr de Rocquefeuille, der mit drey und zwanzig Kriegsschiffen von Brest ausgelaufen war, um, wie überall geglaubt ward, die Landung zu bedecken, hatte in dem Sturme auch so sehr gelitten, daß er den Canal verlassen, und nach Brest zurückkehren mußte. Der Admiral Norris, der seiner mit einem Englischen Geschwader wartete, hatte ihn nicht zu Gesicht bekommen können. Der Sohn des Prätendenten war mittlerweile in Frankreich angekommen, wo er sich, noch einige Zeit, heimlich aufhielt g). Man streute um diese Zeit aus, und es fand bey vielen Glauben, daß der Französische Hof, mit der vorgegebenen Ueberführung des jungen Prätendenten nach Großbritannien, bloß die Absicht gehabt hätte,

d) Voyez les Lettr. de Mr. Thompson dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XVIII. p. 300, 301.

e) ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 295, 297.

f) Resol. Holl. 27 Febr. 1744. bl. 185. Recol. Gener. 2 Mart. 1744.

g) See R. ROLT Represent. of the late War, Vol. III. p. 82 - 115.

hätte, die Englische Flotte aus dem Mittelländischen Meere zu ziehen h). Allein der Aufstand in Schottland, der im folgenden Jahre ausbrach, und offenbar von Frankreich unterstützt ward, ließ diese Vermuthung gänzlich verschwinden. Die Zusammenführung der Fahrzeuge mit den platten Böden zu Dinkirchen hatte unterdessen einige Seeland. Unruhe in Seeland verursacht, wo man eine Landung der Franzosen befürchtete. Man machte auch einige Anstalten sie zu verhindern. Allein mit der Zeit sahe man, daß diese Furcht keinen Grund gehabt hatte. Zwischen den Französischen und Spanischen Flotten, Seegefechte die zu Toulon gelegen hatten, und der Englischen, die unter dem Admiral Matthews vor Toulon. vor dem Hafen kreuzete, war es am 22sten des Hornungs zum Treffen gekommen. Das Gefechte war hitzig, und ward, die folgenden zween Tage, fortgesetzt. Die Spanischen Kriegsschiffe litten am meisten. Von Spanischer Seite klagte man auch nachher, daß die Franzosen sich zu weit von dem schärfsten Feuer entfernt gehalten hätten. Die vereinigten Flotten wurden, am dritten Tage, genöthiget sich zurück zu ziehen, und in Carthagen einzulaulen: weswegen sich die Engländer den Sieg zuschrieben i).

Das Französische Geschwader, welches sich mit der Spanischen Flotte vereinigt hatte, wollte als Hülfsschiffe angesehen seyn, und unter diesem Namen, wie man an dem Französischen Hofe meynete, Feindseligkeiten gegen die Engländer ausüben, ohne deswegen mit der Krone zu brechen. Allein die Unternehmung zum Vortheile des jungen Präsidenten konnte nicht geschehen, ohne daß Frankreich dem Könige von Großbritannien den Krieg ankündigte. XI. Die Kriegserklärung war auch schon im Anfange des Märzmonats fertig gewesen, und am 1sten unterzeichnet worden; ob sie gleich nicht vor dem 30sten öffentlich bekannt gemacht ward. In derselben ward erstlich angeführt, „daß der Allerehrlichste König, nach dem Tode des Kaisers Carls des Sechsten, ernstlich an dem Frieden gearbeitet hätte; aber daß seine Bemühungen durch den Hof von London, mit Beyseitsetzung des wahren Vortheils der Engländer, beständig hintertrieben wären. Daß ferner der König von England, Kurfürst von Hannover, den Hof von Wien aufgesucht; daß er den mit ihm geschlossenen Neutralitätsvertrag, so bald die Französischen Truppen Westphalen verlassen hätten, verletzt, und die Schiffsahrt der Franzosen, durch allerley Gewaltthatigkeiten, gestört hätte. Alle diese Beleidigungen könnte er nicht länger, ohne Unterlassung desjenigen, was er seinen Unterthanen, seinen Bundesgenossen und sich selbst schuldig wäre, ertragen: weswegen er dem Könige von England, Kurfürsten von Hannover, den Krieg zu Wasser und zu Lande angekündigt haben wollte k).“ Die Kriegserklärung des Königs von Großbritannien folgte der Französischen in wenigen Tagen nach. In derselben wurden „dem Französischen Hofe die Unruhen vornemlich beygemessen, die, nach dem Tode des Kaisers, in Deutschland entstanden waren; ungeachtet der König, im Jahre 1738, gegen Abtretung Lothringens, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction versprochen hätte.“ Ferner ermahnte der König Georg, „daß er den Wiener Hof unterstützet hätte, aber hiezu, kraft der übernommenen Gewährleistung der Pragmatischen Sanction

h) Voyez Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 58. 73.

i) R. ROLT Represent. of the late War, XVIII. p. 317. Vol. III. p. 470. &c.

1744.

„ction, verbunden gewesen wäre. Frankreich hätte dagegen, schon im Weinmonate  
 „des Jahres 1740, dem Befehlshaber eines zum Bestande der Spanier ausgerüsteten  
 „Geschwaders den Befehl ertheilet, einen der vornehmsten Englischen Pflanzörter in  
 „America feindlich anzugreifen. Hierzu wäre die Wiederherstellung der Dünkirchischen  
 „Festungswerke gegen die Verträge; die Aufnahme des Sohnes des Präsidents in  
 „Frankreich; die Einschiffung einer ansehnlichen Zahl Truppen zu Dünkirchen, zu  
 „Unternehmung einer Landung in Großbritannien, zu seinem Vortheile, und die Ab-  
 „sendung eines Geschwaders von Kriegsschiffen in den Canal, um diese Landung zu bedek-  
 „ken, gekommen. Den Neutralitätsvertrag vom Jahre 1741, welchen man für ver-  
 „legt ausgäbe, hätte Seine Großbritannische Majestät nicht als König, sondern als Kur-  
 „fürst geschlossen, und in dieser letzteren Eigenschaft, ihn treulich gehalten. Von einigen  
 „zur See von seinen Unterthanen verübten Gewaltthatigkeiten wäre ihm nichts bekannt;  
 „und er würde bereit gewesen seyn, sie zu strafen, wenn er sie gemußt hätte. Die gemei-  
 „deten Ursachen nöthigten ihn unterdessen, dem Französischen Könige gleichfalls den Krieg  
 „zu Wasser und zu Lande anzukündigen: wie er hiemit thate 1).“

Die Provin-  
 zen bringen  
 wiederum  
 vergebens  
 auf die Er-  
 nennung des  
 Prinzen von  
 Oranien  
 zum General

Die Fortsetzung des Krieges, der nun allgemein zu werden anfang, gab einigen  
 Landschaften Anlaß, auf die Beförderung des Prinzen von Oranien, zum General des  
 Fußvolkes, die vor ungefähr zweyen Jahren mißlungen war, von neuem zu bringen.  
 Friesland, welches hierauf am meisten bestund, verlangte überdem, daß dem Prinzen  
 der Oberbefehl über die neulich angeworbenen anderen zwanzigtausend Mann Truppen des  
 Staats aufgetragen werden mögte, und machte so gar Schwierigkeiten, in die außeror-  
 dentlichen Steuern zu willigen, wosern die anderen Landschaften sich hierin nicht gefällig  
 bezeigen wollten. Overijssel bat auch ernstlich, daß der Streit unter den Landschaften,  
 wegen Bestellung der Generale, beygelegt, und das schreckliche Ungeheuer der Zwie-  
 tracht und Mißhelligkeit aus der Republik verbannt würde. Geldern und  
 Grönningen wollten den Prinzen gleichfalls zum General befördern wissen. Friesland  
 erklärte sich zuletzt ausdrücklich, daß es alle gegebene Einwilligungen zurücknehmen woll-  
 te, wosern diese Beförderung länger unterbliebe. Allein Holland und Seeland waren  
 der Meynung, daß ein solches Verfahren einen Zwang bey sich führete, daß es in dem  
 gegenwärtigen Zustande der Sachen weit ausgehend und gefährlich wäre, und daß man  
 sich demselben daher auf das kräftigste widersetzen müßte. Holland insonderheit bestund  
 hierauf stark in der Versammlung der General-Estaaten. Aber Friesland blieb bey sei-  
 nem Entschlusse. Geldern drang noch im Christmonate, und ferner im Maymonate  
 des folgenden Jahres auf die Beförderung des Prinzen. Die drey Landschaften vereinigt  
 en sich mit der von Geldern, wiewohl Overijssel nicht lange hernach etwas von seinem  
 Eifer nachließ. Holland und Seeland waren jedoch nicht zu bewegen m); und die  
 Sache blieb unausgemacht.

Georg II.  
 verlangt, daß  
 die Staaten

So bald die beiderseitigen Kriegserklärungen von Frankreich und Großbrit-  
 annien geschehen waren, schrieb der König von Großbritannien an die Staaten, und  
 verlangte,

1) Refol. Holl. 8 Apr. 1744. bl. 252. Voyez May, 24 Jun. 11 Jul. 15 Aug. 10 Dec. 1744.  
 Rousseau Recueil, Tom. XVIII. p. 321. bl. 230, 233, 254, 255, 370, 408, 448, 535, 892.  
 m) Refol. Holl. 10, 20 Mart. 8, 9 Apr. 28 11 May 1745. bl. 342.



verlangte, daß sie, zufolge dem Bündnisse vom Jahre 1678 n), welches durch verschiedene folgende Verträge, und zuletzt durch den vom Jahre 1728 bekräftiget war, Frankreich mit Frankreich offenbar bekriegen mögten o). Der Englische Gesandte Trevor forderte, im Namen des Königs, vorläufig, die zwanzig Kriegsschiffe, mit welchen die Staaten, nach den gemeldeten Verträgen, dem Könige, außer den schon gelieferten sechstaufend Mann, beizustehen verbunden waren p). Die Staaten ertheilten so gleich den Befehl zu Aus- Sie stehen ihm mit zehn Kriegsschiffen bey.

rüstung der zwanzig Kriegsschiffe, von denen zehn bald hernach, unter dem Befehle des Admiral-Lieutenants Heinrich Grave, nach England unter Segel gingen, und sich mit der Englischen Flotte, unter dem Admiral Johann Balchen, vereinigten. Allein den Krieg gegen Frankreich zu erklären, fanden sie noch sehr bedenklich. Der Vertrag vom Jahre 1678 versüßte auch nur, daß dieses, zween Monate, nachdem es verlangt wäre, geschehen sollte. Man antwortete demnach: „Die Staaten hoffen, daß der König „es nicht übel nehmen würde, wenn sie, ehe sie über einen so wichtigen Punkt, als der „Schritt zu einem offenbaren Kriege wäre, einen Schluß faßten, den in dem Bündnisse, „worauf man sich beriefe, vorgeschriebenen Weg wählten, und durch Unterhandlung, „einen billigen Vergleich zwischen den kriegenden Mächten zu bewirken suchten.“ Sie fügten hinzu, „daß sie, zufolge ihrer Regierungsform, ehe sie einen endlichen Schluß faßten, sich mit den Ständen der besondern Landschaften beraten müßten, welchen sie daher, ohne Verzug, von dem Inhalte des königlichen Schreibens Nachricht geben, und „sie ersuchen würden, sich darüber ehestens zu erklären q).“

Der König von Großbritannien schrieb, um diese Zeit, auch an die Höfe von Preußen Dresden und Berlin, und bat um den Beystand, der ihm durch die letzten Verträge weigert sich, versprochen war. Der König von Polen antwortete, „daß die dreystaufend Mann, die Großbritannien bey- zurufen.

„er zur Vertheidigung des Kurfürstenthums Hannover zu liefern hätte, nicht im Stande wären, dasselbe zu beschützen: aber daß, so bald man eine Armee errichtet hätte, die „hierzu vermögend wäre, er die dreystaufend Mann dazu stellen wolte.“ Der König von Preußen erklärte sich erbötig, das unlängst mit dem Könige von Großbritannien geschlossene Bündniß, in allem, zu erfüllen. Allein, seinem Bedünken nach, könnte dieses, in dem gegenwärtigen Falle, nicht geschehen. „Der König von Frankreich, sagte „er, hätte ihn versichert, daß er nicht, sondern der König von Großbritannien der angreifende Theil, in dem gegenwärtigen Kriege wäre, und die Neutralität, durch den „Einfall in das Elsaß, verletzt hätte. Er wäre daher entschlossen, neutral zu bleiben, „so lange ihn die eine oder andere Deutsche Macht nicht nöthigen würde, sein Betragen „zu ändern.“ Aus dieser dunkeln Antwort ließ sich dasjenige schon vorher sagen, was wenige Monate hernach erfolgte.

Der Französische Hof begnügte sich nicht, Großbritannien feindlich anzugreifen, XII. sondern beschloß nunmehr auch, der Königin von Ungarn den Krieg anzukündigen, Frankreich beschließt, der und denselben in den Oesterreichischen Niederlanden anzufangen, aus welchen man, Königin

Dr 2

wie

n) S. B. LVI. §. XXI. Th. VI. S. 330.

267, 311. *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 331.o) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 310.q) Resol. Holl. 14 Apr. 1744. bl. 258. *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XVIII.

p) Resol. Holl. 14 Apr. 1 May, 1744. bl.

p. 313.

1744. wie vorgegeben ward, von den fremden Truppen, womit sie besetzt waren, einen Einfall von Ungarn in Frankreich zu befürchten hatte. Im Augustmonate des verwichenen Jahres war da- den Krieg an selbst schon etwas feindliches bey der Gelegenheit vorgefallen, da die Regierung zu Brüssel aufkündigen. deren Mönche der Abtey zu St. Hubert, welche mit dem Abte, der nach Frankreich geflohen war, einen Briefwechsel hielten, mit Gewalt hatte gefangen nehmen lassen: worauf die Franzosen einige Oesterreichische Gerichtsbedienten und andere Personen aufheben ließen r). Aber dies war nur ein Vorspiel desjenigen, was bald folgen sollte. Die Französischen Minister hatten bisher vorgegeben, daß der König keine Vortheile aus dem gegenwärtigen Kriege suchte, und in dem Bestande, den er seinen Bundsgenossen leistete, nur die mit ihnen gemachten Verträge erfüllte. Allein da man aus den Bewegungen der Französischen Truppen schon zeitig im Frühlinge wahrnahm, daß man den Scharplaz des Krieges in die Oesterreichischen Niederlande versetzen wollte; so erwartete man allenthalben, insonderheit nachdem der Krone Großbritannien der Krieg angekündigt war, auch eine Kriegserklärung wider die Königin von Ungarn. Sie unterblieb jedoch noch ungefähr vier Wochen. Der König von Frankreich hatte den Marquis de Fene- Der Gesandte de Fene- lon zu einem der General-Lieutenants bey der Armee, die er in Flandern versammelte, lon giebt den ernannt, und sandte ihn, ehe er zu Felde ging, nach dem Haag, um von den Staaten Abschied zu nehmen, bey welchen er neunzehn Jahre als Gesandter gestanden hatte. Zu Staaten da- eben der Zeit mußte er ihnen des Königs Absichten auf die Oesterreichischen Nieder- von Nach- lande bekannt machen. Nachdem Fene- lon, am 21sten April, nach dem Haag zurück- gekommen war; so ersuchte er den Herrn Wybrand von Itzema, der wegen Friesland den Vorsitz hatte, um ein öffentliches Gehör, in der Versammlung der General-Staaten, auf den 23sten. Es ward ihm sogleich zugestanden, und er, nach Gewohnheit, dazu feierlich in der ersten Staatskutsche, welcher siebenzig andere folgten, abgeholt. Als er in der Versammlung angekommen war, ward ihm in einen Lehnstuhl mit Armen, dem Vorsitzer gegen über, seine Stelle angewiesen: worauf er folgende Rede, in Französischer Sprache, hielte:

„Hochmögende Herren,

Inhalt seiner Rede.

„Auf Befehl des Königs, meines Herrn, komme ich zu Euren Hochmögenden wieder, „um Ihnen, in seinem Namen, die Erklärung zu thun, daß, welche Entschliesung „er auch zu nehmen genöthiget seyn mögte, er die Grundsätze, aus welchen Sie so viele „Merkmale der Zuneigung, die er allezeit gegen Ihren Staat getragen hat, empfangen „haben, noch behalte, und bis zu dem letzten Augenblicke behalten werde. Eure Hoch- „mögenden werden sich erinnern, daß, da der König mich zu seinem Minister bey Ih- „nen erwählt hatte, ich, vor neunzehn Jahren, in Umständen hieher gekommen bin, „da der Hof von Wien die Oeständische Gesellschaft errichtet hatte, deren Handel den „Handel Ihrer Unterthanen zu Grunde gerichtet haben würde. Dieser Hof, der die „Treue der Verträge wenig achtete, und die noch neuen Verbindlichkeiten, die er Ihnen „schuldig war, vergaß, richtete sein Betragen gegen Sie, nach seinem unveränderlichen „Grundsätze, ein, sich aller Umstände zu Beförderung seiner besondern Vortheile zu be- „dienen, und zu glauben, daß, nachdem man sich für ihn aufgeopfert hatte, man durch die

r) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1743. bl. 223.

„die Ehre, zu seiner Größe mitgewirkt zu haben, genugsam belohnet wäre. Durch die  
 „Höhe der Macht, zu welcher er, durch Anwendung Ihrer äußersten Kräfte, in einem  
 „zwölfsjährigen Kriege gestiegen war, aufgeblasen, machte er sich Ihren schwachen Zustand  
 „zu Nutzen: traurige Wirkung alles desjenigen, was Sie zu seinem Vortheile gethan  
 „hatten! Um die Bedingungen, unter welchen Sie ihm die Niederlande übergeben  
 „hatten, mit Füßen zu treten, errichtete er, in Ihrer Nachbarschaft, eine Indianische  
 „Gesellschaft, welche die Ihrige zerstören sollte. Auf Ihre Klagen und Vorstellungen  
 „antwortete er durch nichts, als eine stolze und ungerechte Weigerung. Umsonst verei-  
 „nigte der Großbritannische Hof, der durch einen gleichen Handelsvortheil, als Eure  
 „Hochmütheiten, angetrieben ward, seine Bemühungen mit den Ihrigen. Sein Bey-  
 „stand half Ihnen nichts. Der Hof von Wien zeigte, um nicht was mehreres zu sagen,  
 „nichts als Gleichgültigkeit gegen Sie, bis zu der Zeit, da er sah, daß Frankreich sich  
 „Ihrer Sache annahm. Mir ward von dem Könige, meinem Herrn, aufgetragen,  
 „Ihnen eine hilfsreiche Hand zu bieten. Hiemit fing meine Gesandtschaft bey Ihnen an,  
 „und den Erlauchten Gliedern der Versammlung, vor welcher ich rede, ist vollkommen  
 „bekannt, daß die Vermittelung Frankreichs der Grund und die Quelle alles desjenigen  
 „sey, was Ihnen in der Folge nach und nach zugestanden worden ist. Da Eure Hoch-  
 „mütheiten, wiewohl es an sich billig war, darauf drangen, daß dieser Ihren Unter-  
 „thanen so nachtheilige Handel gänzlich aufgehoben würde; so beförderte dieses die Ab-  
 „sichten derjenigen, die nicht leiden konnten, daß Sie Ihr Vertrauen vornehmlich auf den  
 „Beystand der Krone Frankreich setzten. Sie wurden in Verbindlichkeiten gezogen,  
 „welche die Unterstützung des Königs Ihnen erspart haben würde. Er sah es mit leid-  
 „wesen, daß Sie dieselben übernahmen, aber doch, ohne daß seine Bestimmungen gegen  
 „Sie verändert worden wären. Er beruhigte sich damit, daß die vorsichtigsten unter  
 „Ihren weisen Staatsmännern, schon von der Zeit an, vorhersehen, welche Folgen dar-  
 „aus entstehen konnten, und wie notwendig es wäre, sich fest wider den Mißbrauch zu  
 „vereinigen, den man davon zum Nachtheil desjenigen, was Sie der Freundschaft des  
 „ältesten Ihrer Bindsgenossen schuldig sind, würde machen wollen. Der Hof von Wien  
 „hat in der Vollziehung des Vertrages, der damals gemacht ward, den Geist der Unge-  
 „rechtigkeit und des Stolzes nicht verleugnet, mit welchem er sich bisher gegen Sie betra-  
 „gen hatte. Er bewies eben so viele Langsamkeit, als wenige Aufrichtigkeit, in der Er-  
 „füllung desjenigen, was zu Ihrem Vortheile bedungen war. Wie langsam ist er nicht  
 „daran gegangen, den Handel von Grunde aus zu zerstören, dessen Aufhebung man Ihnen,  
 „gegen einen so hohen Preis, mit welchem Sie dieselbe gekauft haben, versprochen hatte.  
 „Und wie oft, und allezeit vergebens, haben Sie Sich nicht über die Nichterfüllung des  
 „Versprechens, welches Ihrem Staate, wegen eines andern wichtigen Gegenstandes,  
 „gethan war, beschweret? Ein Versprechen, welches nicht allein nicht erfüllt worden ist,  
 „sondern welches der Hof von Wien auch nicht mehr erfüllen kann. Dieser Vertrag,  
 „welcher mit so weniger Treue in dem, was Sie betraf, beobachtet worden, ist es ingwi-  
 „schen, auf welchem der Hof von Wien seine Hoffnung gründet, Sie in alle Maaßre-  
 „geln, die seinen Absichten gemäß seyn werden, hineinzustürzen. Niemals würde der  
 „Krieg, welchen die gegen Polen verübte Gewalt nöthig machte, entstanden seyn, wenn  
 „nicht der Hof von Wien, aus Verblendung, geglaubt hätte, daß er alles wagen und  
 „unternehmen könnte, Sie aber schuldig wären, das Blut Ihres Volkes zu vergießen,

1744.

„und Ihre Schätze zu verschwenden, um ihn zu unterstützen, und alle die Entwürfe, welche ihm seine Ungerechtigkeit und Herrschsucht an die Hand gaben, zu begünstigen. Damals, Hochmögende Herren, empfingen sie einen handgreiflichen Beweis von den Gesinnungen des Königs, meines Herrn, gegen Ihren Staat. Da der Hof von Wien die Niederlande, wider den Buchstaben und den Sinn der Verträge, die Sie mit ihm gemacht hatten, fast gänzlich verließ; so hatte er dabey keine andere Absicht, als Seine Majestät zum Angriffe derselben aufzumuntern, nur damit Sie in den Krieg hineingezogen werden, und die Kosten und Gefahren ihrer Erhaltung folglich auf Sie fallen mögten. Allein aus Achtung gegen Sie, wollte der König seine Waffen lieber nach entfernten Ländern wenden; und dieses, ungeachtet der Ungemächlichkeiten und der unermesslichen Kosten, die von jedem Kriege, den man weit von seinen Grenzen führet, unzertrennlich sind. Sie werden auch die Bereitwilligkeit, womit der König, auf ihr Verlangen, den Niederlanden die Neutralität zugestund, niemals aus ihrem Gedächtnisse auslöschen. Die Mäßigung des Königs, welcher Sie, wie ich mit Vergnügen gesehen habe, die schuldige Gerechtigkeit wiederfahren ließen, setzte dem Fortgange seiner Waffen Grenzen, und stellte die Ruhe in Europa wieder her. Sie wissen, Hochmögende Herren, daß er wünschte, Sie mögten die Friedensstifter werden; und es lag nicht an Ihm, daß Sie nicht die Frucht Ihrer Weisheit, mit welcher Sie Sich in der Mitte zwischen den kriegführenden Mächten hielten, vollkommen genössen. Als nach dem Tode des Kaisers der Krieg sich von neuem entzündete, ist der König, mein Herr, in eben solchen Gesinnungen gegen ihre Republik beharret; und wenn der Ruhestand der Niederlande nicht versichert ist, wie er im Jahre 1733 war; so kommt dieses nicht daher, daß der König nicht zu verschiedenen Malen seine Neigung zu erkennen gegeben hätte, eben so, wie damals, zu verfahren, und noch immer die Erhaltung der Ruhe in Landschaften, die Ihren Grenzen so nahe sind, zum Grunde aller seiner Entwürfe zu legen. Die Herren Abgeordneten, welche diese Versammlung ausmachen, wissen alles, was der König, durch mich, bey ihnen versuchen, und wie er Ihren vornehmsten Ministern seine geheimsten Gedanken habe anvertrauen lassen, um so wohl die Ruhe in Europa wieder herzustellen, als die Ihrige insonderheit zu versichern. Der König hat bey der Hülfe, welche er seinen Bundsgenossen gegeben, keine andere Absicht gehabt, als ihnen nicht weniger günstige Bedingungen zu verschaffen, als denen Prinzen, welchen die Königin, auf Rathen des Britannischen Hofes, wichtige Länder abgetreten, und darin nichts unbestehliches mit ihrem Rechte, die Staaten des verstorbenen Kaisers allein zu erben, und mit der Untheilbarkeit der Pragmatischen Sanction gefunden hat. In der That hatte der Hof von Wien den König, meinen Herrn, berechtigt, zu glauben, daß die Unterhandlung, in welche derselbe sich mit Seiner Majestät, seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages vom Jahre 1738, zu Untersuchung der älteren Rechte und Ansprüche des Hauses Bayern, eingelassen hatte, eine ernstliche Unterhandlung gewesen sey. Sie ward, von beiden Seiten, bis an den Tod des Kaisers fortgesetzt; und vielleicht würde es zu einem Vergleiche gekommen seyn, wenn dieser Prinz länger gelehbt hätte. Aber sein Tod ließ diese Hoffnung verschwinden. Wenn der König, da er seinen Bundsgenossen zu Hülfe kam, fähig gewesen wäre, sich durch das Verlangen, seine Staaten zu vergrößern, verführen zu lassen; so hat die Königin ihm dazu Mittel angeboten, die so wenig mit der weiten Ausdehnung, welche sie

„dem vorzüglichen Rechte ihrer Pragmatischen Sanction giebt, als mit demjenigen, was sie bey Ihnen, in Ansehung der Niederlande, vorgiebt, befehlen können: aber er hatte kein anderes Verlangen, als seinen Bundsgenossen, durch einen gerechten und billigen Vergleich Genugthuung zu verschaffen. Er zweifelte nicht, daß der Zeitpunkt dazu gekommen wäre, als letzters der Kaiser die Vermittelung angenommen hatte, welche das Reich anbot, und wozu Eure Hochmögheiten, so wohl als der König von Großbritannien, um an dieser Ehre Theil zu nehmen, eingeladen worden sind. Man hätte glauben sollen, daß dieser Umstand die Königin von Ungarn bewegen würde, eine Vermittelung anzunehmen, welche ihr, durch die guten Dienste der zwey Mächte, an welche das Reich sich gewandt hatte, so günstig geworden seyn würde. Was soll man aber zugleich von ihrem Widerwillen gegen ein Mittel denken, welches demjenigen, was, in dergleichen Umständen, die Gesetze des Deutschen Reichs vorschreiben, so gemäß ist? Und welche Macht soll man als eine Feindin der Freyheit von Europa (ein Name, der so ehrwürdig ist, aber so oft entehret wird) ansehen, entweder diejenige, welche die Vollstreckung dieser Gesetze verlangt, oder die, welche solche verweigert, oder sich dagegen setzt? Würden Eure Hochmögth. selbst diese Einladung des Reichs wohl ohne Antwort gelassen haben, wenn Sie nicht durch die Verlegenheit wären zurückgehalten worden, die geringe Neigung bekannt zu machen, welche Sie bey den Höfen von Wien und London fanden, sich dasjenige gefallen zu lassen, welches so geschickt war, den Fortgang der Unruhen aufzuhalten, und sie zu stillen, welches aber zugleich mit ihren Absichten, das Feuer allgemein zu machen, so wenig übereinstimmte. Der König, mein Herr, hat seine Armeen, seitdem das Reich diese Vermittelung an geboten, und der Kaiser sie angenommen hatte, aus Deutschland zurückgerufen, und dadurch genugsam bewiesen, wie sehr er das Ende des Krieges wünschte? Allein was ist die Folge dieses Verlangens, den Anfang zu Wiederherstellung der Ruhe im Reiche zu machen, gewesen? Man hat sich desselben bedienet, alle seine Schritte einer Schwachheit zuzuschreiben, die Grenzen Frankreichs anzugreifen, und Versuche zum Einbruche in das Herz des Königreichs zu thun. Welchen Dank hat man dem Könige für das Ihnen gegebene Merkmaal seines Zutrauens gewußt, da er sich erbot, Ihnen die Stadt Dünkirchen in Verwahrung zu geben? Er hätte es gerne gethan, weil er entschlossen war, die dortigen Festungswerke sonst nicht, als im äußersten Nothfalle wieder herzustellen, um diese Stadt und ihre Einwohner gegen die Entwürfe, welche der Hof von London offenbar ankündigte, sicher zu stellen. Hatte sein Vorschlag nicht mit förmlichen Worten, und so gar in einer öffentlichen Euren Hochmögheiten übergebenen Schrift, das Vorhaben deutlich entdeckt, Dünkirchen zu einem aus wenigen Fischerhütten bestehenden Dorfe zu machen? Der König hat nichts unterlassen, um den Geist des Friedens zurück zu bringen; aber seine Maßregeln, um dazu zu gelangen, und alle Merkmaale, die er von seiner Bescheidenheit und Mäßigkeit gegeben hat, haben nur gedienet, die Höfe von Wien und London stolz zu machen, und ihre Verwegenheit zu vergrößern, mit welcher sie die schlimmsten Anschläge gegen seine Krone entworfen haben, und über alle Regeln, ja selbst den gemeinsten Wohlstand hinweggegangen sind. Befestigungen des Grundgebiets; willkührliche Wegnehmung und verweigerte Zurückgabe der Schiffe; Bruch einer erbettelten und fast eben so geschwinde vergessenen Neutralität; beleidigende Sprache ihrer

„Minister;

1744

„Minister; anzüglichliche Ausdrücke in allem, was aus ihrer Feder kommt; Härtheiten  
 „des Hofes von Wien gegen die Französischen Kriegsgefangenen, die wider alle Kriegs-  
 „gesetze und die ausdrücklichen Bedingungen des Cartels ausgeübt worden sind; öffent-  
 „liche und bekannte Bemühungen dieses und des londoner Hofes, alle Mächte wider Frank-  
 „reich aufzuheben, ihre weitläufigen und in ganz Europa laut angekündigten Entwürfe  
 „wider dasselbe; ihre Versuche, das Elsas, am Ende des letzten Feldzuges, anzugreifen;  
 „verwegene und schamlose Erklärungen, die auf den Grenzen des Königreichs ausgestreuet  
 „worden sind: so viele schädliche Anschläge gegen die Krone des Königs, meines Herrn,  
 „und so viele wiederholte Beleidigungen haben Seiner Majestät nicht verstattet, die  
 „Kriegserklärung wider diese zwei Mächte länger zurück zu halten. Der König will of-  
 „fenbar handeln, und faßt keinen Entschluß, den er nicht öffentlich erkennen könnte.  
 „Aber man muß nicht erwarten, daß er ein einziges von den Mitteln, die der Krieg bil-  
 „ligt, hintanseße. Durch welches sonderbare Vorrecht würde es dem Könige von Groß-  
 „britannien erlaubt seyn, sich den Grenzen von Frankreich zu nähern, um dieselben  
 „anzugreifen, ohne daß der König, mein Herr, nicht auf gleiche Weise gegen ihn verfahr-  
 „ren könnte? Haben die Hilfsvölker der Königin von Ungarn das Recht, des Kaisers  
 „seine anzugreifen: warum sollten diese nicht eben dasselbe gegen der Königin von Un-  
 „garn ihre thun können? Und wen soll man beschuldigen, daß er die Gesetze, welche  
 „den Frieden und die Ruhe der Völker versichern, übertrete, entweder denjenigen, der,  
 „ohne gegebene Ursache, gegen einen Staat, der in keinem offenbaren Kriege mit irgend  
 „einer Macht stund, Feindseligkeiten angefangen hat, oder denjenigen, der nur Repressa-  
 „lien braucht? Den stolzen Titeln, welche der Hof von London sich anmaßt, widerspricht  
 „sein ganzes Betragen. Er giebt sich allenthalben für den Beschüzer der freyen Schiff-  
 „fahrt aus; und nichts würde einem Könige, der auf dem Throne von England sitzt,  
 „anständiger seyn. Aber was fließet im Gegentheil aus der Vollstreckung der Befehle,  
 „welche von dem Hofe zu London und seinen Ministern herkommen, als die Vernichtung  
 „eben dieser Freyheit, und eine offenbare Verletzung aller Verträge, die zu ihrer Verfi-  
 „cherung, mit Zwischenkunft der Brittischen Nation, geschlossen sind. Eure Hochmö-  
 „genheiten wissen aus eigener Erfahrung, daß kein Schiff von den Gewaltthätigkeiten  
 „frey ist, welche von den Englischen Ministern begünstiget werden. Dieser Hof wollte  
 „sich gerne, unter dem Vorwande das Gleichgewicht zu erhalten, eine allgemeine will-  
 „kürliche Herrschaft anmaassen. Um die Freyheit von Europa, wie er es nennt, zu  
 „vertheidigen, thut er der Freyheit des Reichs Gewalt, welche er allezeit dem Vortheile  
 „des Hauses Oesterreich aufgeopfert hat. Ein Betragen, welches iho noch weniger  
 „entschuldigt werden kann, weil der König von Großbritannien, als ein Stand des  
 „Reichs, den Gesetzen desselben unterworfen ist, welche er nicht verletzen kann, ohne seine  
 „Staaten in Deutschland auf das Spiel zu setzen. Er unterdrückt eine Republik in  
 „Italien, die zu schwach ist, als daß er ihren Unwillen zu fürchten habe. Er verfuhr  
 „eben so gegen Schweden, als er dasselbe vor allzumächtigen Feinden, denen es nicht  
 „widerstehen konnte, unterliegen sahe. Sein besonderer Vortheil wird allezeit die gemeine  
 „Sache. Dies ist ein Name, welchen man, bey jeder Gelegenheit, erschallen läßt.  
 „Diese vorgegebene gemeine Sache ist jedoch allein die Sache der Höfe von London  
 „und Wien. Und auch dieser letztere würde davon ausgeschlossen seyn, wenn er nicht in  
 „allem dem Willen des ersteren folgen wollte. Der große Eifer für die Unabhängigkeit



„der andern Mächte ist allein auf diejenigen eingeschränket, welche sich dem Hofe von London blindlings unterwerfen, um alles, was er von ihnen verlangt, zu thun, und seine Entwürfe befördern zu helfen. Als ein Feind aller andern Höfe, wo er nicht den ersten und vornehmsten Einfluß hat, wendet er alles an, um sich denselben zu verschaffen. Die gegenwärtige Verfassung Ihres Staats kommt vielleicht nicht allzumohl mit den geheimen Absichten und Anschlägen Großbritanniens überein. Sie wissen, Hochmögende Herren, wie viele Mühe man sich gegeben, Ihnen alle Hestigkeit der Regierung von London und Hannover gegen Frankreich einzuslößen; und da man dieses nicht vermogte, das Mittel ergriffen habe, Sie allmählig zu Maaßregeln zu bringen, welche Sie nach und nach veranlassen könnten, gleichsam wider Ihren Willen Entwürfe anzunehmen, welche man Sie, listiger Weise, nicht zu zeitig einsehen lassen wollte, weil man gewiß wußte, daß Ihre Weisheit und Klugheit sie verwerfen würde. Vielleicht giebt es noch andere geheimere Anschläge, welche man nebst ihren Bewegungsgründen, unter der Decke des Hasses wider Frankreich, verbirget, und welche, auf mehr als eine Weise, auf die Umstürzung der innerlichen Verfassung Ihres Staats gerichtet seyn können. Aber ich will es nicht übernehmen, diesen Gegenstand zu ergründen. Sie müssen es, besser als ich, einsehen und empfinden, was Sie davon zu fürchten haben. Die Jahrbücher Ihres Staats lehren dasjenige hinlänglich, was mir nicht ansteht, Ihnen in das Gedächtniß zu bringen. Bey der Entschliesung, die der König, mein Herr, nimmt, und die er nicht anders als ungerne nimmt, würde er gewünschet haben, seine Achtung gegen Eure Hochmögheiten und Ihre Nachbarschaft so weit fortzusetzen, daß er sich enthalten könnte, die Königin von Ungarn in den Niederlanden anzugreifen. Aber welches Mittel ist Ihm übrig geblieben, dieses zu unterlassen? Was kann er anders thun, als seinen Feinden zuvorkommen, und sie verhindern, seine eigene Grenzen aus eben den Niederlanden, die er geschonet haben würde, anzugreifen? Ist die große Kriegsmacht, welche man von dem Rheine dahin geführt hat, nicht eben diejenige, aus welcher die vereinigte Armee besteht, die iso, nebst den Ungarischen Kriegern, Elsfß und Lothringen verwüsten würde, wenn man den Plan, in diese Länder einzudringen, hätte ausführen können? Kann der König eben diese Armee, die überall auf seinen Niederländischen Grenzen zerstreuet ist, sehen, ohne sich aller der Mittel zu bedienen, die Gott ihm in die Hände gegeben hat, zuerst im Felde zu erscheinen, und sie dadurch gegen einen Anfall zu beschützen? Können Eure Hochmögden, wohl, mit einem Scheine der Gerechtigkeit erwarten, daß der König seine Feinde nicht von einer Seite angreife, wo er selbst nicht sicher ist, von Ihnen angegriffen zu werden? Könnte selbst die Ueberzeugung, daß Eure Hochmögden fest entschlossen wären, die Ruhe in ihrer Nachbarschaft zu erhalten, ihn gegen die ganz widrigen Absichten derjenigen sicher stellen, welche so öffentlich und so beständig bewiesen haben, daß sie nichts anders suchen, als die Unruhe allgemein zu machen? Haben Eure Hochmögden. Sich nicht am ersten über die Ueberschiffung der Englischen Truppen nach den Niederlanden beunruhiget? Haben sie nicht das gerechte Mißtrauen; welches Sie daraus schöpften, bezeiget, da Sie, in Ihrer Antwort vom 19ten März, 1742, dem Graven von Stairs und dem Herrn Trevor Ihre Verwunderung und Verlegenheit darüber zu erkennen gaben, daß man wirklich zur Ueberschiffung dieser Truppen geschritten sey, ohne Ihnen davon die geringste Nachricht gegeben zu haben? Hat unterdessen die Ueber-

1744.

„fährt eben dieser Truppen Eure Hochmögensch. nicht nach und nach so weit gebracht, daß  
 „Sie einen Theil der Jhriegen zu der Zeit dazu stoßen ließen, da dieselben in Bewegung  
 „waren, Feindseligkeiten gegen Seine Majestät auszuüben, und den Einfall in das  
 „Elsaß zu befördern. Der König mußte sich Gewalt thun, wenn er vermuthen wollte,  
 „daß, in Jhrem Schlusse vom 19ten Dec. 1741, welchen Eure Hochmögensch. ihm,  
 „durch Jhren Botschafter in Frankreich, mittheilen, und mir zu gleicher Zeit in dem  
 „Haag zustellen ließen, eine List verborgen gewesen sey. Eure Hochmögensch. erklärten  
 „Sich darin, daß sie zwar, seit einiger Zeit, ihre Truppen vermehret hätten,  
 „aber daß diese Vermehrung, und diejenigen, die sie noch ferner machen mög-  
 „ten, Niemanden, und noch viel weniger Frankreich beunruhigen könnten,  
 „weil sie dabey keine andere Absicht, als ihre Sicherheit und Vertheidigung  
 „hätten. Diese so förmliche Erklärung hat indessen nicht gehindert, daß diese geschehe-  
 „nen Vermehrungen Jhrer Truppen nachher gebieten haben, den Erfolg des inständigen  
 „Ansuchens zu erleichtern, welches man bey Jhnen that, der Königin von Ungarn  
 „zwanzigtausend Mann Hülfsvölker zu bewilligen, und daß diejenigen, unter deren Be-  
 „fehl sie kamen, sie zu nichts weniger bestimmten, als daß sie an dem Einfalle in das  
 „Elsaß und Lothringen Theil haben sollten. Kann der König, in diesen Umständen,  
 „seine Sicherheit wohl von Jhrer Beständigkeit abhängen lassen, da Jhre Regierungs-  
 „form Jhnen nicht allezeit die Freyheit läßt, alles nach Jhrem Sinne einzurichten?  
 „Aber zu eben der Zeit, da der König sich entschließt, sich in den Niederlanden nicht  
 „zuvorkommen zu lassen, sondern daselbst seine Feinde am ersten aufzusuchen, hat er frey-  
 „müthig gegen Eure Hochmögensch. handeln wollen, welches Jhnen ein neuer Beweis sei-  
 „ner Aufrichtigkeit seyn wird. Er hat mir befohlen, mich zu Jhnen zu begeben, um  
 „Jhnen den Entschluß, welchen er gefaßt hat, und welchen er im Begriffe stehet auszu-  
 „führen, bekannt zu machen. Mir ist zugleich aufgetragen, Jhnen die Erklärung zu  
 „thun, daß der König, in diesem allen, wozu er sich bloß entschließt, weil man ihn dazu  
 „gezwungen hat, keine andere Absicht habe, als durch den Nachdruck seiner Waffen die  
 „Unbiegsamkeit zu überwinden, welche die zween Höse, die Feinde des Friedens sind, al-  
 „lem demjenigen, welches die Wiederherstellung der gemeinen Ruhe befördern könnte,  
 „beständig entgegen setzen. Das Vergnügen des Königs wird groß seyn, wenn er, in  
 „dem Berichte, den ich ihm, nach der Zurückkunft von Euren Hochmögensch. abzustatten  
 „haben werde, so viele Neigung bey Jhnen sehen wird, als er allezeit selbst hat, mit glei-  
 „cher Absicht alles anzuwenden, um die Hindernisse eines allgemeinen Friedens zu über-  
 „winden, und dieses große Werk, auf einem festen und billigen Fuße, zu befördern.  
 „Dies ist der einzige Gegenstand, den er sich, in seinen Unternehmungen, vorsetzet.  
 „Indem ich, Hochmögende Herren, die Befehle des Königs, meines Herrn, die ich  
 „eben ausgerichtet habe, empfangen; so habe ich mein Glück, vor Euren Hochmögensch.  
 „wieder zu erscheinen, lebhaft empfunden. Allein es wird für mich von kurzer Dauer  
 „seyn. Die Ehre, welche ich habe, zu einem der General-Heutenants der Armee Sei-  
 „ner Majestät in den Niederlanden ernannt zu seyn, erlaubt mir nicht, daß ich ver-  
 „weile, die Verrichtungen dieser Bedienung wahrzunehmen s).

Die

s) Refol. Holl. 25 Apr. 1744. bl. 298, 316. *Voyez ROUSSET* Recueil, Tom. XVIII. p. 334.

Die Antwort, welche der Vorsitzer auf diese weitläufigte Rede gab, war, nach Gewohnheit, kurz. Er versprach nur, „daß man, ohne Verzug, darüber rathschlagen, „und dem Vothschafter, so bald möglich, von dem Entschlusse benachrichtigen würde.“ Dies geschah auch nicht lange hernach. Die Staaten antworteten, „daß sie in kurzem einen Gesandten an den Französischen Hof senden würden, um Seine Allerchristlichste Majestät von ihrer Hochachtung und beständigen Gesinnung die Freundschaft und das gute Verständniß mit derselben zu unterhalten zu versichern. Daß sie die, seit dem Tode des Kaisers Carls des Sechsten entstandenen Unruhen, mit Schmerzen zunehmen sähen, nachdem die Kriegserklärung wider den König von Großbritannien schon geschehen wäre, und eine andere wider die Königin von Ungarn, in kurzem erwartet würde. Daß hierauf der Angriff der Niederlande erfolgen sollte, welche, in dem Utrechtschen und andern Verträgen, als eine Vormauer ihres Staats betrachtet wären. Daß dem Könige, als er sie, von seiner Freundschaft versichert hätte, nicht unbekannt gewesen wäre, welchen Antheil sie an der Erhaltung der Niederlande nähmen, und welche Verbindungen sie, in Ansehung derselben, mit Großbritannien und dem Hause Oesterreich gemacht hätten. Daß sie sich in großer Bekümmerniß befänden, da sie, auf einer Seite, die Freundschaft Seiner Majestät, und auf der andern, ihre Barriere zu behalten suchten. Daß sie von der Freundschaft und Friedfertigkeit des Königs verlangten, daß er sie aus dieser Bekümmerniß retten helfe; welches, ihrer Meynung nach, nicht besser, als durch die Erstickung der Unruhen in ihrer Geburt, und durch die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens, durch eine Unterhandlung, geschehen könnte. Daß Sie die Ehre dieses Werks gerne Seiner Majestät gönnen wollten. Daß sie also wünschten, daß der Zustand der Sachen, durch den Angriff der Niederlande, nicht noch verwirreter werden, sondern daß Seine Majestät vielmehr solche Friedensbedingungen vorschlagen mögte, welche sie den Höfen von Wien und London annehmlich machen könnten. Daß das unbeständige Kriegsglück sie vielleicht sonst zu Entschließungen bringen würde, wovon sie sehr abgeneigt wären. Daß endlich der König versichert seyn könnte, daß sie einen guten Gebrauch von den Eröffnungen machen würden, die er für gut befinden mögte, ihnen zu thun, wosern sie ausreicht und geschickt wären, den vorgesezten Endzweck zu erreichen: indem sie, bey dieser ihrer Vorstellung, keine andere Absicht hätten, als des Vertrauens Seiner Majestät, je länger je mehr, würdig geachtet zu werden <sup>1)</sup>. Zween Tage hernach ernannten die Stände von Holland den Herr Unico Wilhelm, Grafen von Wassenaar und Herrn von Twikkelo, zum Gesandten an den König von Frankreich <sup>2)</sup>, welcher, nachdem er von den General-Staaten seine Bestallung empfangen hatte, bald darauf die Reise antrat.

Mittlerweile war Ludwig der Funfzehnte zu der gedroheten Kriegserklärung wider die Königin von Ungarn geschritten. Er versicherte in derselben, „daß er, bey „der dem Hause Bayern geleisteten Hülfe, nicht die Absicht gehabt hätte, als eine Haupt- „parten an dem Kriege Theil zu nehmen.“ Er fügte hinzu, „daß er Gelegenheit gehabt „haben würde, die Grenzen seines Gebiets, entweder durch die Waffen, oder durch An- „nehmung der wiederholten vortheilhaften Anbietungen der Königin von Ungarn, „zu erweitern, wenn er sich für ihren Bundesgenossen hätte erklären wollen. Daß man „seine

1744.

XIII.

Antwort der Staaten auf diese Rede.

XIV.

Kriegserklärung des Königs von Frankreich wider die Königin von Ungarn.

§ 2

t) Resol. Gener. 26 Apr. 1744.

u) Resol. Holl. 25 Apr. 1744. bl. 307.

1744.

Die Königin von Ungarn kündigt Frankreich auch den Krieg an.

„seine Mäßigung gemißbraucht, und daß der Hof von Wien ganz Europa mit Laster-  
 „schriften angefüllt, alle Capitulationen verleget, die Französischen Kriegsgefangenen  
 „gemißhandelt, und endlich in das Elsaß zu dringen gesucht, bey dieser Gelegenheit auch  
 „unanständige Erklärungen auf den Grenzen ausgestreuet hätte, welche dienen sollten,  
 „einen Aufstand unter dem Volke zu erregen: lauter Sachen, worüber der König endlich  
 „seinen Unwillen zu bezeigen nicht unterlassen könnte v).“ Drey Wochen hernach trat  
 die Kriegserklärung der Königin von Ungarn gegen Frankreich an das Licht. „Der  
 „Französische Hof ward darin beschuldigt, daß er den Vertrag, wodurch die Gewährlei-  
 „stung der Pragmatischen Sanction versprochen wäre, verleget, daß er die Pforte  
 „gegen die Königin aufgehöhet, daß er den Krieg in Norden erregt, daß er ihre Staa-  
 „ten nach seinem Gefallen zertheilet, und daß er das deutsche Reich, Europa und die  
 „ganze Christenheit beunruhiget hätte: und dieses alles unter dem Deckmantel der Mä-  
 „ßigung und Freundschaft.“ Ferner ward darin angemerkt, „daß der Französische Hof,  
 „am Ende des letzten Feldzuges, alle friedfertige Vorschläge, welche er, dem Scheine  
 „nach, gethan, wieder zurückgenommen, und einige Bundsgenossen der Königin in  
 „Deutschland, mit Furcht, andere mit Hoffnung einer ferneren Vergrößerung ihres Ge-  
 „biets erfüllet hätte, um solchergestalt Deutschland durch Deutschland zu bezwingen,  
 „und endlich dem Joche des Hauses Bourbon zu unterwerfen. Alle diese Ursachen  
 „würden die Königin genöthiget haben, der Krone Frankreich den Krieg anzukündigen,  
 „wenn dieselbe ihr hierin nicht bereits vorgegangen wäre w).“

## XV.

Die Staaten schicken einen außerordentlichen Gesandten an den König von Frankreich.

Unterdessen, da das Französische Kriegsheer sich bey der Abten Eising, in der  
 Castellaney von Rysfel, versammelte, war Ludewig der Fünfzehnte daselbst im An-  
 fange des Maymonats angekommen, um sich an die Spitze desselben zu stellen. In die-  
 ser Abten gab er, am 10ten May, dem Grafen von Wassenaar-Twikkelo Gehör,  
 welchem aufgetragen war, die guten Dienste des Staats zu Beylegung der Streitigkeiten  
 zwischen Frankreich und Großbritannien anzubieten, und den Französischen Hof wegen  
 der Bedingungen zu erforschen, unter welchen der Friede wieder hergestellt werden könnte.  
 Allein der König gab in dem ersten öffentlichen Gehöre schon zu verstehen, „daß je länger  
 „er verweilet hätte, den Krieg zu erklären, desto weniger er die Wirkungen davon auf-  
 „schieben würde x).“ Den folgenden Tag wurden die Feindseligkeiten an der Leije an-  
 gefangen. Warneton oder Waasten, einer der Barriereplätze, welcher mit ungefähr  
 funfzig, andere sagen, dreyßig Mann Fußvolkes besetzt war, ward leicht von einem Hau-  
 sen Franzosen erobert, welche die Besatzung nach Xperen abziehen ließen. Ein anderer  
 und größerer Theil der Französischen Armee, unter dem Grafen Moritz von Sachsen,  
 einem natürlichen Sohne des vorigen Königs von Polen, der unlängst zum Marschall  
 von Frankreich gemacht war, nahm den Tag darauf Courtray ein, welches, nach dem  
 Ryswickschen Frieden, geschleift geblieben war. Harlebeck ward gleichfalls besetzt.  
 An eben dem Tage ward Menin, eine andere Barriestadt des Staats, von dem Groß  
 des Französischen Heeres berennet, und der König führte in Person den Befehl über die  
 Belage.

Menin,

v) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 348.

w) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. p. 31, 32. und andere geschriebene Nachrichten.

XVIII. p. 351.

Belagerung. Es wäre jedoch bis zum 27sten, ehe die Laufgräben geöffnet wurden. Die Belagerung ward bis auf den 4ten des Brachmonats fortgesetzt, da der Befehlshaber über die Besatzung des Staats, der Baron von Lehen, die Stadt durch einen anständigen Vergleich übergab. Die Besatzung ging nach Sluis, wo sie am 5ten ankam. Die Reformirten, welche sich zu Menin befanden, erhielten Erlaubniß, daselbst bis zum ersten des nächstkommenden Jenner's zu bleiben, und sodann, wohin sie für gut befinden würden, zu ziehen y). Unterdessen hatten der Marschall von Sachsen und der Graf von Clermont Aperen, ebenfalls eine Barrierestadt, am 5ten berennt. Der Prinz Aperen, von Zessen-Philippsthal führte hier den Befehl über die Besatzung, und hatte die Bäume und das Gesträuche um die Festung, wodurch die Werke der Franzosen hätten bedeckt werden können, weghauen lassen. Hiedurch ward die Arbeit an den Annäherungsgraben eine Zeitlang verzögert. Die Belagerten feuerten heftig auf die Franzosen. Aber die Belagerung ward so regelmäßig und zugleich so kräftig fortgesetzt, daß der Befehlshaber, wie man will, von der Bürgerschaft gezwungen ward, am 25sten wegen der Uebergabe eine Unterhandlung anzufangen. Zween Tage hernach ward der Vergleich unterzeichnet z). Die Besatzung zog mit aller Kriegsehre aus. Den Reformirten ward auch hier, wie zu Menin, der freye Aufenthalt bis zum ersten Jenner gestattet a). Furnes und das Fort de Knokke, zween andere Barriereplätze, waren inzwischen auch das Fort de von dem Herzoge von Bouslers und dem Grafen von Clermont angegriffen worden. Knokke, und Der Graf von Compesth, Befehlshaber in dem Fort de Knokke, übergab es, am 29sten, durch einen anständigen Vertrag. Furnes, wo der Baron von Schwarzen-Furnes, berg den Befehl führte, vertheidigte sich bis zum 11ten des Heumonats, da der Ort, mittelst eines gleichen Vertrages übergab b). Alle diese Plätze gingen desto eher verlohren, als sie nur schwache Besatzungen hatten. In etlichen waren auch die Festungswerke in schlechtem Stande.

Mittlerweile hatte die Belagerung von Menin einen Aufhalt in der Unterhandlung des Grafen von Wassenaar verursacht, weil die Französischen Minister, mit denen er sprechen mußte, und besonders der Marschall von Noailles dem Könige zur Armee gefolgt waren. Der Gesandte hatte, obgleich, nach der Meynung der Franzosen, nicht der König, sondern die Staaten die erste Eröffnung zum Frieden thun sollten, doch schon so viel von ihnen vernommen, „daß Frankreich nichts für sich selbst verlangte, „aber doch gerne dem Kaiser etwas von den Vorderösterreichischen Landen, z. E. Triest, „gau ganz oder einen Theil davon verschaffen wollte. Ueberdem sollte auch Parma und „Piacenza dem Infanten Don Philipp abgetreten werden.“ Allein der Herr von Wassenaar meynete, daß die Königin von Ungarn hiezu schwerlich zu bewegen seyn würde. Uebrigens that er sein mögliches, um den Französischen Hof von der Eroberung der Barriereplätze abzumahnern. Man antwortete ihm, „daß diese Plätze der Königin „von Ungarn gehörten; und daß der Angriff derselben eine feindliche Handlung gegen „diese Fürstin, nicht gegen den Staat wäre.“ Er erwiderte, „daß die Staaten durch

Es 3

„den

y) Man sehe die Capitulation in dem Europ. Merc. Jan. - Jun. 1744. bl. 318.

z) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 33. et suiv.

a) Man sehe die Capitulation im Europ. Merc. Jul. - Dec. 1744. bl. 27.

b) Man sehe die Capitulation eben das. bl. 31, 33.

1744.

„den Utrechtschen Frieden das Recht erlangt hätten, Besatzungen in die Barriereplätze zu legen; daß Frankreich, in dem dreyfachen Bündnisse vom Jahre 1717, versprochen hätte, den Staat bey allen seinen Rechten, und daher auch bey diesem Rechte zu erhalten, und daß der Angriff und die Eroberung der Barriereplätze mit diesem Versprechen nicht bestehen könnte.“ Aber seine Gründe fanden bey den Französischen Ministern wenigen Eingang. Die Belagerungen wurden fortgesetzt. Nachdem der Gesandte, im Brachmonate, eine Reise nach Holland gethan hatte, ging er im Heumonate wieder nach dem Französischen Hofe, der sich damals zu Arras befand. Er hatte den Auftrag, von wegen der Staaten einige Eröffnung zum Frieden zu thun, jedoch so, daß solche von beiden Seiten geheim gehalten würde. Sie enthielte folgende Artikel: „1. die Zurückgabe „alles desjenigen, was Frankreich erobert hatte; 2. die Erneuerung der versprochenen „Gewährleistung der Pragmatischen Sanction; 3. die Verzicht des Kaisers auf die „ganze Oesterreichische Verlassenschaft; 4. die Wiederherstellung des Kaisers in den Besitz „seiner Erbländer; 5. die Schleifung der in dem deutschen Reiche von Frankreich errichteten Festungswerke; 6. die Erneuerung der Verbindlichkeit Frankreichs gegen „Großbritannien, in Ansehung des Prätendenten; 7. die Schleifung der Dänkirchischen Festungswerke; 8. die Verzicht des Königs von Spanien auf die Oesterreichische Verlassenschaft.“ Wider alle diese Artikel ward verschiedenes von den Herren de Noailles und d'Argenson, denen der Graf von Wassenaar dieselben vorlegte, eingewandt. Sie fanden keine Genugthuung für den Kaiser und für Spanien darin. Und Noailles sagte endlich zu Argenson: Ich glaube, daß wir, ohne Bedenken, auf uns nehmen können, zu antworten, daß die vorgeschlagenen Bedingungen nicht annehmlich seyn. Gleich hernach nahm der Gesandte von dem Könige Abschied. Unterdessen hatte man die Abrede genommen, wegen des vorgefallenen überhaupt, und einseitig die Erklärung zu thun, „daß die gehaltenen Unterredungen die Zeitläufte, und „Verfügungen, von denen zu wünschen wäre, daß sie gemacht werden könnten, betroffen hätten c).

Die vereinigte Armee rückt in das Feld.

Die geschwinde Uebergabe verschiedener Barriereplätze verursachte unterdessen keine geringe Unruhe in dem Haag. Die vereinigte Armee der Englischen, Oesterreichischen und Niederländischen Truppen, die in den Oesterreichischen Niederlanden überwintert hatten, war auf die erste Nachricht von den Feindseligkeiten der Franzosen in Hollandern, zwischen Alost und Assche, an der Dender, in das Feld gerückt. Der Herzog von Arenberg, der den Befehl über die Oesterreicher führte, that den Vorschlag, daß man den Entsatz von Menin, das damals nur eben berennet war, unternehmen müßte. Allein der Englische General Wade erklärte sich dawider. Die vereinigte Armee war auch noch zu schwach an Truppen, um etwas mit Vortheile gegen die Uebermacht der Franzosen zu unternehmen. Die Stände von Holland hatten, vor dem Ende des Maymonats, in der Versammlung der General-Staaten, eine vierte Vermehrung von zwölfthausend Mann vorschlagen lassen. Und mittlerweile, da hierüber gerathschlaget ward d), hatte man beschlossen, noch zwanzigtausend Mann, zum Dienste der Königin von Ungarn, marschiren zu lassen. Sie wurden aus verschiedenen Besatzungen

Die Staaten senden der Königin noch zwanzigtausend Mann.

c) Aus geschriebenen Urkunden und Nachrichten.

d) Notul. Zeel. 28 May, 11, 15 Jun. 1744. bl. 201, 234, 239.



gen genommen, und aus den Truppen, die unlängst nach England gesandt waren, und im Heumonate von dort zurückkamen, vollzählig gemacht. Mit diesen Truppen, welche unter Anführung des General-Lieutenants Smiffsaart, den Franzosen, die zwischen Mann zu Gent und Brügge ihnen aufsaureten, glücklich entgingen e), und mit noch zwey bis dreystausend Engländern ward die vereinigte Armee verstärkt, welche sich, in kurzem, bey Oudenarde hinter der Schelde lagerte. Aber dieser neue Beystand der Staaten Frankreich schien einen neuen Unwillen am Französischen Hofe zu erwecken. Der Abt de la Ville, der noch in dem Haag blieb, hatte den Staaten wiederum einen Neutralitätsvertrag angeboten, und zugleich die Erklärung gethan, daß der König, sein Herr, die Verwerfung dieses Vorschlages als eine Kriegserklärung ansehen würde. Allein der Englische Hof, der es sich für vortheilhaft hielt, den Krieg, mit Hülfe der Staaten, fortzusetzen, gab sich viele Mühe, zu hindern, daß dieser Vorschlag in ernstliche Erwägung gezogen würde. Die meisten Glieder der Regierung waren auch der Meynung, daß man denselben von der Hand weisen mußte: gleichwie auch geschah. Der König von Frankreich war, zu dieser Zeit, auf der Reise nach dem Elsaß, wohin ihn die Nachricht von dem Ueber gange des Prinzen Carls über den Rhein gerufen hatte. Zu Metz fiel er in eine Krankheit, welche sechs Wochen dauerte, und die Fortsetzung der Französischen Kriegsunternehmungen beträchtlich hinderte f).

Der Einfall in die Niederlande war die einzige Schwierigkeit nicht, mit welcher die Königin von Ungarn dieses Jahr zu kämpfen hatte. Der Kaiser hatte, durch Mitwirkung des Französischen Hofes, ein Bündniß mit dem Könige von Preußen, als Kurfürsten von Brandenburg, mit dem Kurfürsten von der Pfalz, und mit dem Könige von Schweden, als Landgrafen von Hessen, geschlossen. Es ward am 22sten May zu Frankfurt unterzeichnet. Die Bundesgenossen versprachen in demselben ihre guten Dienste anzuwenden, um den Hof von Wien zu bewegen, daß er den Kaiser als das Haupt des Deutschen Reichs erkennen, und ihn wieder in den Besitz seiner Erblande einsetzen mögte. Sie wollten einander auch in dem Besitze ihrer allerseitigen Länder erhalten, und sich, mit allem ihrem Vermögen, beystehen. Ferner war verabrebet worden, daß die Streitigkeiten über die Oesterreichische Verlassenschaft, durch Vermittelung der Reichsstände, oder durch einen gerichtlichen Ausspruch, abgethan werden sollten. Zu diesem Bündnisse wollte man auch den Kurfürsten von Cöln, den König von Polen, als Kurfürsten von Sachsen, und den Prinzen Theodor von Bayern, der unlängst zum Bischofe von Lüttich erwählet war, einladen g). Der Hof von Wien hielt es für gewiß, oder ließ wenigstens ausstreuen, daß ein geheimer Artikel dem Bündnisse von Frankfurt beygefügt wäre, worin der König von Preußen versprochen hätte, Böhmen für den Kaiser zu erobern, unter der Bedingung, daß dieser ihm einen Theil davon, und sein ganzes Recht auf Schlesiens abträte h). Allein von kaiserlicher Seite behauptete man, daß dieser Artikel erdichtet wäre i). Der Graf von Sinzheim, des Kaisers Gesandter

e) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. III. p. 146.

f) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 122.

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 446.

h) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. III. p. 203.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII.

1744.

sandter bey den General- Staaten, ersuchte dieselben, dem Frankfurtschen Bündnisse beizutreten k). Aber sein Vorschlag, der viele bestrebdete, ward höflich von der Hand gewiesen l).

Mittel, die von der Königin von Ungarn und ihren Bundesgenossen nicht der das Frankfurtsche Bündniß gebräucht werden.

So bald das Frankfurtsche Bündniß nur geschlossen war, dachten die Königin von Ungarn und ihre Bundesgenossen auf Mittel, den Nachtheil, den sie daraus befürchten, abzumenden. Man hatte, schon im Monate April, eine Verbindung mit dem Kurfürsten von Maynz gemacht, und ihm eine Geldhülfe versprochen. Der Kurfürst von Cölln, des Kaisers Bruder, der keine Neigung hatte dem Frankfurtschen Bündnisse beizutreten, schloß einen gleichen Vertrag mit Großbritannien und den Staaten, der am 1 ten des Heumonats in dem Haag unterzeichnet ward. Mittlerweile hatte die Königin, auf dem Reichstage zu Frankfurt, eine Schrift zur Dictatur bringen lassen, worin sie die Wahl des Kaisers für ungültig erklärte. Diesen Schritt legten der Kaiser, der Französische Hof und die Frankfurtschen Bundesgenossen so aus, als wenn man den Kaiser seiner Würde entsetzen, und den Großherzog von Toscana dazu ergeben wollte. Man suchte sich also gegen solche Anschläge in Gegenverfassung zu setzen m). Man handelte an dem Französischen Hofe wegen einer Armee, welche über den Rhein nach Deutschland, wie man vorgab, zur Bedeckung der den Kurfürsten von der Pfalz und Brandenburg, des Kaisers Bundesgenossen, zugehörigen Herzogthümer Jülich, Berg und Cleve, gehen sollte n). Zwischen den Oesterreichischen Truppen, die unter dem Prinzen Carl an dem Ober- Rheine stunden, und den kaiserlichen, die bey Philippsburg lagen, waren im Anfange des Braehmonats einige Feindseligkeiten vorgefallen, welche der Kaiser als dem zu Nieder- Schönsfeld geschlossenen Neutralitätsvertrage zuwider laufend ansah, und worüber er in dem ganzen deutschen Reiche und an allen Höfen große Klagen führte. Allein der Hof von Wien rechtfertigte sich gegen diese Klagen o), die entweder Eingang fanden oder nicht, nachdem man sich für die eine oder die andere Parthey erklärt hatte. Die Königin von Ungarn hielt unterdessen unablässig bey den Staaten an, daß sie ihr, mit ihrer ganzen Macht, beystehen mögten p).

XVII.

Die Oesterreichische Armee unter dem Prinzen Carl von Lothringen geht über den Rhein.

Die Französische Armee unter dem Marschall von Coigny stund, zu dieser Zeit, noch an der linken Seite des Rheinstroms, und hatte sich zwischen Germersheim und Oppenheim ausgebreitet. Sie hielt das Ufer so stark besetzt, daß man den Uebergang der Oesterreicher, unter dem Prinzen Carl, fast als unmöglich ansah. Diese hatten sich bey Heilbrunn zwischen dem Neckar und dem Rheine gelagert; sie veränderten aber, in kurzem, mehr als einmal ihre Stellung, und brachten viele Zeit mit Hin- und Herbziehen zu, um den Ort oder die Dörter, wo man den Uebergang zu wagen dachte, dem Feinde desto besser zu verbergen q). Endlich vertheilte der Prinz Carl seine Armee, die über neunzigtausend Mann stark geschätzt ward, auf fünfzehn besondern Posten zwischen Philippsburg und Maynz, welche zwanzig Meilen in der Weite einnahmen.

Et

k) Resol. Holl. 19 Sept. 1744. bl. 659.

l) ROUSSET Tom. XVIII. p. 452.

m) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

II. p. 95-108.

n) Memoir. Tom. II. p. 110.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 382, 390, 426.

p) Resol. Holl. 24 Jun. 28 Jul. 1744. bl. 402, 405.

q) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 111.

Er hatte sich schon zuvor einiger Inseln in dem Rheine bemächtigt, und sie befestiget, und unter andern eine, Rühkopf genannt, wo der Strom gegen das feindliche Ufer nicht breit ist, und zuweilen durchgewatet werden kann. Hier erwarteten die Franzosen den Uebergang. Der Marschall de Coigny war davon völlig versichert, und überzeugte den Grafen von Seckendorf, der über die kaiserlichen Truppen den Befehl hatte, gleichfalls davon. Er bewog ihn auch, bey Philippsburg über den Rhein zu gehen, und die Linien an dem Queich und der Lauter zu besetzen. Der Oberste Menzel, der sich in diesem Kriege sehr berühmt gemacht hat, wollte am 27sten des Brachmonats, auf gedachter Insel, die Tiefe des Stroms ergründen, und rief bey der Gelegenheit den Franzosen auf dem gegenseitigen Ufer heftige Schimpfworte zu. Es geschahen einige Schüsse auf ihn, deren einer ihn in den Unterleib traf, und so verwundete, daß er den folgenden Tag starb <sup>r)</sup>. Der General Nadasti hatte mittlerweile die Tiefe des Rheins bey Schreck vier Meilen oberhalb Philippsburg untersucht, wo die Gewalt des Stroms auch durch einige Inseln gebrochen wird. Und diese Gegend hatte der Prinz Carl zum Uebergange ersehen. Zwischen dem 1sten und 2ten des Heumonats ließ er die Truppen, die zu Stockstadt, Ratsch, Ladenburg und dort herumstunden, ohne Gezelte und Gepäck dahin marschiren. Der General Nadasti und der Oberste Trenk führten den Befehl bey dem Uebergange. Die Panduren und Husaren wurden zuerst in Fahrzeugen an einen Ort herübergeführt, der von dem kaiserlichen Regimente Taxis und den Grenadiern zu Pferde besetzt war. Aber diese wurden bald zum Weichen gebracht, weil Trenk, der mit den ersten ubergegangen war, beständig mit frischen Truppen unterstützt ward. Mittlerweile hatte man eine Brücke über den Strom geschlagen, und am 2ten, 3ten und 4ten kam ein großer Theil der Armee glücklich herüber. Die kaiserlichen Truppen, die sich zwischen Rheinzabern und Lauterburg ausgebreitet hatten, waren unterdessen nach den Grenzen von dem Elsass zurückgewichen. Die Französische Armee hatte sich weiter oben zusammen gezogen, damit sie nicht zwischen zwey Feuer gerathen mögte, weil der General Bärnklaus, gleich nach ihrem Marsche, zu Weisenaus bey Maynz, über den Rhein gegangen war. Nadasti machte sich am 4ten schon Meister von Lauterburg, mittelst eines Vergleichs. Den folgenden Tag nahm er Weisensburg ein. Die Linien bey diesen zwey Städten, wurden auch, wiewohl nicht ohne Verlust auf beiden Seiten, erobert <sup>s)</sup>.

Die Nachricht von dem unvermutheten Uebergange der Oesterreichischen Armee folgte dieses verursachte allenthalben Verwunderung, und bey einigen Freude oder Bestürzung nach den Ueberganges, verschiedenen Gesinnungen. Der König von Frankreich erhielt sie zu Dinkirchen, mitten in seinen Eroberungen der Barriereplätze der Staaten. Er soll sie zuerst für erdichtet gehalten haben. Allein er ward durch einen reitenden Boten über den andern von der Gewissheit überzeugt, und beschloß darauf, sich in Person nach dem Rheine zu begeben. Er schickte auch einen Theil der Armee aus Flandern dahin, und ließ den übrigen, unter dem Befehle des Marschalls von Sachsen an der Leye stehen, wo dieser sich fest verschanzete, ohne etwas weiter zu unternehmen. Die vereinigte Armee, welche auf achtzigtausend Mann geschätzt ward, ging am Ende des Heumonats, bey Oudenarde, über die Schelde. Der Herzog von Arenberg hatte den Oberbefehl darüber.

r) Memoir. Tom. II. p. 116.

s) Aus verschiedenen gedruckten Nachrichten.

1744.

Die vereinigte Armee rückt in das Französische Gebiete.

Die Engländer stünden unter dem Feldmarschall Wade, und die Hülfsstruppen des Staats unter dem Grafen Moriz von Nassau. Die Armee nahm den Weg nach dem Französischen Flandern, und lagerte sich am 8ten August bey Elisöing, wo die Franzosen, im Anfange des Feldzuges, gestanden hatten. Der Marschall von Sachsen blieb in seinem Vorheile; und es fiel nichts wichtiges vor; entweder weil der Marschall, welcher wußte, daß die vereinigte Armee die seinige weit an der Zahl übertraf, die Gelegenheit zu einem Treffen nicht suchte, oder weil die Hülfsstruppen des Staats nicht befehliget waren, die Franzosen anzugreifen. Die vereinigte Armee kam bis auf eine halbe Stunde von Nyssel. Jedermann erwartete damals die Belagerung dieser Stadt. Allein der Feldzug ging zu Ende, ohne daß sonst etwas verrichtet ward, als daß man die Castellaneyen von Nyssel, Douay und Orchies Brandschagungen zu bezahlen nöthigte. Verschiedene Parteyen streiften auch bis in die Picardie, in das Französische Fennegau, und in das Gebiete von Cambray. Die vereinigte Armee blieb bey Nyssel bis an das Ende des Herbstmonats stehen, und ging darauf nach Tournay. Vor dem Ende des Weinmonats bezog sie die Winterquartiere. Die Franzosen verließen Courtray, nachdem sie die Werke von Erbe, die sie, von neuem, um den Ort aufgeworfen hatten, wieder geschleift hatten 1). Sie ließen auch die Festungswerke von Menin in die Luft sprengen.

XVIII.  
Der König von Preußen beschließt, dem Kaiser Hülfsstruppen zu schicken.

Der Uebergang des Prinzen Carls über den Rhein hatte den Fortgang der Französischen Waffen in den Oesterreichischen Niederlanden aufgehalten, und würde wahrscheinlich wichtigere Folgen gehabt haben, wenn nicht der Schritt, welchen der König von Preußen bald nach diesem Uebergange that, die Gestalt der Sachen auf einmal verändert hätte. Er beschloß nämlich, im Anfange des Augustmonats, eine ansehnliche Armee, unter dem Namen kaiserlichen Hülfsstruppen, nach Böhmen zu schicken. Zu eben der Zeit ließ er eine Erklärung bekannt machen, worin die Ursachen seines Entschlusses enthalten waren. Sie ward auch an andern Höfen ausgestreuet, und darin angeführt, „daß Deutschland beunruhiget, die Ehre des Oberhauptes des Reichs verlegt, und „die Deutsche Freyheit von dem Hofe zu Wien in Fesseln gelegt würde. Deutschland „wäre mit fremden Truppen überschwemmet worden, die hin und her gezogen wären, „ohne dazu, gewöhnlicher Maassen, Erlaubniß gesucht zu haben. Die Königin von „Ungarn hätte Verbindungen geschlossen, wodurch gewisse Mächte, die ihr beigestanden „hätten, aus Reichslehen oder durch Versprechung gewisser Bisthümer schadlos gestellt werden sollten. Ihre Generale hätten mit Gewalt Reichsstädte einnehmen wollen; „ihre Minister hätten Kurfürsten bedrohet; die kaiserlichen Truppen wären unter den „Canonen einer freyen Reichsstadt angegriffen, und die Wahl des Kaisers für ungültig „erkläret worden; durch welches letztere nicht so sehr die Ehre des Kaisers, als der Kurfürsten, die ihn gewählt hätten, beleidiget würde. Der König hätte für sich nichts mit „der Königin von Ungarn abzumachen. Er forderte nichts von ihr. Er käme nur als „Beystand in einen Krieg, den sie in Deutschland zu erregen anfinge. Er hätte vor „her den Weg der Unterhandlung, zu Wiederherstellung des Friedens, erwählt. Der „Kaiser hätte, um hierzu zu gelangen, sich aller seiner Ansprüche auf die Oesterreichische „Verlassenschaft begeben wollen, wofern man ihm Bayern zurückgäbe. Allein der „Groß-

„Großbritannische Hof hätte dieses Anbieten verworfen. Der König hätte hernach seine „und des Reichs Vermittelung den Seemächten angeboten. Aber die Staaten der ver- „einigten Niederlande, welche wohl eingesehen, wie viele Hindernisse sie bey den Hö- „sen von Wien und London finden würden, hätten sie deutlich genug abgelehnet. Die „Vertheidiger der Deutschen Freyheit lebten indessen noch, wie man aus dem Frankfür- „tischen Bündnisse sehen könnte. Diesem Bündnisse wäre der König beygetreten. Er „verlangte nichts für sich selbst, sondern ergriffe bloß die Waffen, um dem Deutschen „Reiche seine Freyheit, dem Kaiser seine Würde, und Europa die Ruhe wieder zu ge- „ben u.“ Auf diese Erklärung des Königs, welche der Hof von Wien nicht unbeant- „wortet ließ v), folgte bald eine dergleichen von wegen des Kaisers w). Der König von „Preußen ging, in der Mitte des Augustmonats von Berlin ab, um sich an die Spitze „seiner Armee zu stellen, welche durch Sachsen nach Böhmen zog, und am 3ten des „Herbstmonats, die Stadt Prag berennete x).

So bald unterdessen der Hof von Wien von dem Marsche der Preußen un- Der Prinz  
terrichtet worden war, ward der Prinz Carl befehliget, über den Rhein zurück zu gehen, Carl geht  
und Böhmen zu beschützen. Er that es mit Verlust von nicht mehr als drehhundert über den  
Mann zwischen dem 23sten und 24sten August. Sein Zurückzug bestreute Elsaß und rück.  
Lothringen von einer großen Furcht. Aber Prag ergab sich am 16ten des Herbstmo-  
nats, durch einen Vergleich, und die Befagung ward zu Kriegsgefangenen gemacht.  
Die Preussischen Hülfsstruppen breiteten sich hierauf weiter an der Moldau aus, in der  
Absicht, sich bey Budweis oder Pilsch mit den Kaiserlichen zu vereinigen. Aber inzwi-  
schen war der Prinz Carl mit seiner Armee in Böhmen angekommen, mit welchem sich  
bald darauf zwanzigtausend Mann Sächsishe Hülfsstruppen vereinigten. Der König von  
Preußen ward, nachdem er seine Feinde vergebens zum Treffen zu bringen gesucht hatte,  
genöthiget, die in Böhmen eingenommenen Derter, und endlich Prag selbst, vor dem  
Ende des Wintermonats zu verlassen. Der Prinz Carl verfolgte die Preussischen Trup- Vertreibt die  
pen über die Elbe, durch die Grafschaft Glatz bis in Schlessien. Die Preussische Ar- Preussische  
mee war, auf diesem beschwerlichen und gefährlichen Rückzuge, durch Ausreissen, Krank- Armee aus  
heiten und Mangel gewaltig zusammen geschmolzen. Es fiel daher dem Prinzen Carl Böhmen.  
nicht schwer, Ober-Schlessien wieder einzunehmen. Der Kaiser, der sich bisher in Ober-  
Frankfurt aufgehalten hatte, begab sich, nachdem sein Kurfürstenthum von seinen Trup- Schlessien  
pen wieder erobert war, nach München, wohin auch die Kaiserinn und sein Hofstaat ihm wieder ein.  
folgten y). Nachdem die Oesterreicher Prag wieder besetzt hatten, beschloß die Kö-  
niginn von Ungarn, die Juden, welche, wie man will, bey ihr angegeben waren, daß  
sie sich allzu Preussisch bewiesen hätten, aus Prag und ganz Böhmen zu verweisen: aber,  
auf Fürsprache des Königs von Großbritannien und der Staaten, ward der Befehl dazu,  
der schon abgegangen war, bis auf weitere Verfügung widerrufen z).

Z t 2

Einen

u) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII.  
p. 456, 463, 469.

x) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
II. p. 145.

v) Le même p. 471. et suiv.

y) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
II. p. 145 - 163. und andere Nachrichten.

w) Le même p. 436.

z) Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1745. bl. 50,  
89, 128, 147. Jul. - Dec. 1745. bl. 49.

1744.

Kriegs-  
richtungen  
an dem  
Rheine.  
Die Franzo-  
sen erobern  
Freiburg.

Einem solchen Ausgang hatte der Marsch der kaiserlichen und preussischen Truppen in diesem Jahre. Die französische Armee unter dem Marschall von Coigny in dem Elsaß zog den größten Vortheil davon. Sie ging, so bald der Prinz Carl den Rückzug nach Böhmen angetreten hatte, über den Rhein, und belagerte, in der Mitte des Herbstmonats, Freiburg, die Hauptstadt in Brisgau. Als die Belagerung vier Wochen gedauert hatte, kam der König von Frankreich, der nun von seiner Krankheit wieder hergestellt war, in Person bey der Armee an. Die Stadt ergab sich am 6ten des Wintermonats, und den 25ten das Schloß, wohin sich die Besatzung aus der Stadt begeben hatte, die nun zu Kriegsgefangenen gemacht ward. Die Festungswerke wurden geschleift a), und nachher noch Costniz, im Namen des Königs, Rotenburg, Villingen, Stockach, Rheinfelden und andere schwache Plätze in dieser Gegend, im Namen des Kaisers, in Besiß genommen. Hiemit endigte sich der Feldzug an dem Ober-Rheine. Der König von Frankreich war, gleich nach der Uebergabe der Stadt Freiburg, nach Paris zurückgegangen.

XIX.

Zustand des  
Krieges in  
Italien.

Der Krieg in Italien war, dieses Jahr, kräftig fortgesetzt worden. Der Fürst von Lobkowitz, der den Oberbefehl über die österreichische Armee führte, nöthigte die Spanier, die unter dem Grafen von Gages bey Pesaro in einem verschanzten Lager stunden, den Kirchenstaat zu verlassen, und sich in das Königreich Neapel zurück zu ziehen. Der König von beider Sicilien widerrief hierauf den zuvorgeschlossenen Neutralitätsvertrag b), und vereinigte seine Truppen mit den Spanischen, welche darauf wieder in den Kirchenstaat rückten. Die Königin glaubete sich nunmehr wiederum zum Besitze der Königreiche Neapel und Sicilien berechtigt zu seyn c), und gab dem Prinzen von Lobkowitz den Befehl, das erstere mit den Waffen anzugreifen. Er überfiel die vereinigte Armee der Spanier und Neapolitaner am 11ten August bey Velletri, wo der König Gefahr lief, gefangen zu werden d). Der Feldzug ging hier nachher mit einigen Schirmzügen zu Ende. Allein das vereinigte französische und Spanische Heer, das in Savoyen unter den Befehlen des Prinzen von Conti und des Infanten Don Philipp stand, war, im Anfange des Aprils, über den Varo gegangen, und hatte sich der Stadt Nizza bemächtigt, welche von den Savoyischen Truppen verlassen worden war. Die Franzosen und Spanier griffen darauf die Verschanzungen bey Montalban und Villa Franca an. Montalban ward erobert. Sie drangen hernach tiefer in Piemont ein, und belagerten die starke Festung Coni, nachdem ihnen Demont schon in die Hände gefallen war. Allein sie sahen sich im Weinmonate genöthiget, die Belagerung aufzuheben. Oneglia und einige andere Dörfer, die Don Philipp eingenommen hatte, waren schon vorher geräumt worden e).

Genua be-  
zeugt eine  
Neigung zu  
der französi-  
schen Partei.

Der König von Sardinien hatte, schon vor einiger Zeit, von demjenigen, was ihm durch den Vertrag von Worms in Parma, Piacenza und dorthin abgetreten war, Besiß genommen f). Die Republik Genua befürchtete, daß er sich auch

a) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. I. p. 124. et suiv.

b) Voyez ROUSSEAU Recueil, Tom. XVIII. p. 367.

c) Le même p. 372.

d) Vid. CASTR. BONAMICI de Reb. ad Velitr. gestis Commentarius.

e) Memoires pour l'Hist. de l'Europe, T. II. p. 82, 85, 163, 177. und andere Nachrichten.

f) Voyez ROUSSEAU Recueil, Tom. XVIII. p. 377.



des Marquisats und der Stadt Final, die ihm sehr gelegen war, um seine Armee mit 1744. Kriegs- und andern Bedürfnissen zu versehen, zu bemächtigen suchen würde. Da der Kaiser Carl der Sechste dieses Marquisat, schon im Jahre 1713, der Republik verkauft Spanischen hatte g); so suchte sie sich in dem Besitze desselben, durch Hülfe der Kronen Frankreich Partey. und Spanien, zu erhalten. Sie schloß auch bald hernach eine Verbindung mit ihnen, welche jedoch bis in das folgende Jahr geheim gehalten ward, da Genua sich öffentlich für die zwei Kronen erklärte.

Zwischen Schweden und Dänemark waren seit einiger Zeit Handel entstanden, Handel zwischen einen Krieg in Norden zu drohen schienen. Der König von Dänemark, der Schweden durch den Krieg mit Rußland sehr geschwächt sahe, hatte schon im Jahre 1743 Schweden und Dänemark verlangt, daß die Herzoge von Holstein, Peter und Adolph Friderich, deren der erstere unlängst zum Kronerben von Rußland, und der andere zum Thronfolger in Schweden erklärt war, Verzicht auf das Herzogthum Schleswig thäten, worauf er schon vorlängst ein Recht zu haben geglaubt, und welches er gegenwärtig im Besiz hatte (\*). Die Könige von Großbritannien und Preußen und die Staaten der Vereinigten Niederlande gaben sich viele Mühe, die befürchteten Unruhen zu verhüten h). Aber sie waren darin nicht glücklich. Endlich ward in diesem Jahre 1744 unter Französischer Vermittelung, ein Vergleich getroffen, worin der 1720 zu Friederichsburg geschlossene Vertrag i), in den vornehmsten Artikeln, zum Grunde gelegt war k).

An dem Russischen Hofe hatte Frankreich, nach dem Friedensschlusse zwischen Unterhand- Rußland und Schweden, weniger Einfluß gehabt. Der Französische Gesandte inlung an dem Rußland, Marquis de la Chetardie, war so gar aus dem Reiche verwiesen worden. Russischen Die Kaiserinn war dem zwischen der Königin von Ungarn und dem Könige von Preu- Hofe.

Zt 3

ßen

g) ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. p. 378.

i) C. B. LXX. §. XIII. Th. VII. C. 516.

h) Zie Europ. Merc. Jul.-Dec. 1743. bl.

k) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

207. enz.

II. p. 177.

(\*) Die Streitigkeiten zwischen den zwei Kronen berubeten eigentlich auf folgenden Umständen. Als die Schwedischen Reichsstände, im Jahre 1742, in dem damaligen Kriege mit Rußland, mit der Wahl eines Thronfolgers beschäftigt waren; so erklärte sich ein Theil derselben, und besonders der geistliche und Baurstand für den Kronprinzen von Dänemark. Der König von Dänemark sandte hierauf den geheimen Rath von Berkentin, als außerordentlichen Bottschaftster, nach Stockholm, und ließ den Schweden ein Schutz- und Trugsbündniß, nebst einem beträchtlichen Beystande, anbieten, wofern sie seinen Sohn, den Kronprinzen, zum Thronfolger erwählen würden. Als dieses aber, wegen der Widersezung des Adels und des Bürgerstandes, nicht durchgetrieben werden konnte, und die Reichsstände vielmehr, auf Russische Empfehlung, den Herzog von Holstein und Bischof von Lübeck, Adolph Friderich, zum Thronfolger erklärten, und darauf mit Rußland zu Abo Frieden schlossen; so machte man in Dänemark große Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande. Man wollte die Wahl des Herzogs von Holstein nicht für gültig erkennen, und das Recht des Kronprinzen mit den Waffen ausführen. Man beschwerte sich auch darüber, daß von Schwedischer Seite, dem gethanen Versprechen zuwider, in den Friedensunterhandlungen zu Abo, nicht für die Sicherheit der Krone Dänemark wegen Schleswig gesorget worden wäre. Die Streitigkeiten kamen jedoch nicht zum Ausbruche, sondern wurden endlich 1744 durch eine von beiden Seiten geschehene allgemeine Erklärung, daß beide Reiche die Kriegsrüstungen einstellen, und wie vorher in Friede und Einigkeit leben wollten, beygelegt. S. Pufendorfs Einleit. in die Schwed. Geschichte, in der Fortsaz. S. 1069. 1094. Neue Europ. Sama Th. 100. C. 343.

1744.

fiem 1742 geschlossenen Frieden bengetreten l). Der König von Großbritannien sandte, im Frühlinge dieses Jahres, einen außerordentlichen Gesandten nach Rußland, um wegen eines Bündnisses zu handeln. Die General-Staaten beschloßen am Ende des Sommers auch, den Herrn Daniel de Dieu, ihigen Schulseißen von Amsterdam, der zur Zeit der Kaiserinn Anna schon einmal an Russischen Hofe gewesen war m), wiederum als außerordentlichen Vorschachter dahin zu senden n). Aber es vergieng noch eine geraume Zeit, ehe seine und des Englischen Gesandten Unterhandlungen ihre Endschafft erreichten.

XX.

Durchbruch  
des Lekdam-  
mes.

Kometen.

Im Anfange des Märzmonats dieses Jahres schwall der Lekstrom, mit einem starken Südwestwinde, so hoch auf, daß, am 1 ten bey Leksimonde das Wasser durch den Damm brach, wodurch zuerst die fünf Herren Lande und hernach auch der Alblasserwerder überschwemmet wurden. In Geldern und in Overysel brachen die Dämme auch an verschiedenen Stellen: allein der Schade war bey weitem nicht so groß, als derjenige, den man im Jahre 1741 gelitten hatte. Im Anfange dieses Jahres 1744, hatte sich hier zu Lande ein Komete gezeigt, der jedoch nicht lang gesehen ward. Einen kleinern Stern dieser Art hatte man hier auch im Augustmonate des Jahres 1743 erblicket. Man fand noch Leute, wiewohl weit weniger als in älteren Zeiten, welche diese Erscheinungen als Vorbothen bevorstehender Kriege und anderer allgemeinen Unglücksfälle betrachteten.

Der Secre-  
tär Sagel  
legt sein Amt  
nieder.

Der erste Griffier oder Secretär der General-Staaten, Franz Sagel, hatte, im Wintermonate dieses Jahres, um seine Entlassung von diesem sehr wichtigen Amte, welches er bis zu einem hohen Alter bekleidet hatte, gebeten und dieselbe erhalten o). Er bekam seinen Vetter, den zweiten Secretär, Heinrich Sagel, zum Nachfolger. Der Pensionär von Harlem, Jacob Gillis, ward darauf zum zweiten Secretär ernannt. Der gewesene Secretär starb zwey Jahre hernach am 4ten des Weinmonats 1746. Sechs Provinzen hatten dem Rathpensionär van der Heim stark angelegen, das Amt eines ersten Secretärs, nach der Abdanfung des Herrn Franz Sagels anzunehmen; und er schien dazu auch geneigt zu seyn. Allein die Stände von Holland hatten ihn bewogen, in seiner Bedienung als Rathpensionär zu bleiben p).

XXI.

Verände-  
rung der  
Regierung  
in Ostfris-  
land.

In dem Zustande der Ostfrisischen Sachen war, dieses Jahr, eine beträchtliche Veränderung vorgefallen. Dieselbe wird vielleicht die letzte seyn, wobey unser Staat ein besonderes Anliegen hat. Da wir nun in dem Laufe dieser Geschichte, von Zeit zu Zeit, kürzlich erzählt haben, was in diesem benachbarten Lande vorgefallen ist; so achten wir es nicht undienlich, hier, gleichsam zum Beschlusse der Ostfrisischen Begebenheiten, woran unser Staat einigen Antheil gehabt hat, dasjenige einiger Maassen umständlich anzumerken, was sich, um diese Zeit, in diesem Fürstenthume zugetragen hat.

Zustand der  
dortigen

Wir haben, an seinem Orte, gemeldet q), daß die Staaten der Vereinigten Niederlande dem Wienerischen Vertrage von dem Jahre 1731 nicht eher hatten beygetreten

l) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII. P. 44.

m) Man sehe B. LXXIII. §. VII. C. 137.

n) Resol. Holl. 5 Nov. 1744. bl. 791. 8 Jan.

1745. bl. 34.

o) Resol. Holl. 24 Nov. 1744. bl. 855.

p) Resol. Holl. 3, 4, 8 Dec. 1744. bl. 879. 881, 884.

q) B. LXXIII. §. XIX. C. 155.

ten wollen, als bis der Kaiser Carl der Sechste versprochen hatte, die Ostfrisischen Streitigkeiten, zwischen dem Fürsten und den Ständen, auf eine Art abzutun, worüber man sich im folgenden Jahre mit einander verglich. Die General-Staaten bestanden seitdem stark darauf, daß alles, was wider die so genannten Widerspenstigen beschloffen wurde, für ungültig erklärt würde. Dieses hatte ihnen auch der kaiserliche Gesandte in dem Haag, Graf von Sinzendorf, wie sie versicherten, mündlich versprochen r), ehe sie die schriftliche Erklärung, die dem Wienischen Vertrage beigefügt ward, angenommen hatten. Aber der kaiserliche Hof wollte hiervon nichts wissen. Die Ostfrisischen Streitigkeiten blieben demnach unabgethan. Die Staaten beschloffen, im Jahre 1737, wieder eine Gesandtschaft nach Ostfrisland zu schicken; und der Herr Cornelius Hop, Alt-Schöppe und Rathsherr zu Amsterdam, vormaliger Vorthschafter des Staats in Frankreich, ward von Holland zu dieser Gesandtschaft ernannt s). Der Kaiser und der König von Großbritannien hatten sich erklärt, daß dieselbe ihnen angenehm seyn würde. Aber der Fürst gab gerade das Gegentheil zu erkennen t); und sie hatte daher auch keinen Fortgang. Der Kaiser faßte im Jahre 1738, einen Schluß wegen Beylegung der Streitigkeiten, welcher, nach der Meynung der Staaten, mit demjenigen nicht übereinkam, was ihnen durch die vorigen Erklärungen versprochen war u). Er ward auch nicht vollzogen. Die Sachen blieben in diesem verwirreten Zustande bis zum Tode des Kaisers, der die Verwirrung unheilbar zu machen schien. Sein Nachfolger, Carl der Siebente, achtete sich nicht an den Wienischen Vertrag und dasjenige, was darin versprochen war, gebunden; und die Königin von Ungarn hatte in Ostfrisland nichts zu sagen. Die gegenwärtigen allgemeineren Unruhen verstatteten auch nicht, daß man, an dem kaiserlichen Hofe, um die Beylegung der Ostfrisischen Streitigkeiten anhielte. Alles blieb also unabgethan. Allein das Absterben des regierenden Fürsten Carl Edzards, welches sich am 28ten May dieses Jahres ereignete, gab den Ostfrisischen Sachverhalt auf einmal eine ganz andere Gestalt. Er ließ weder Kind, noch Bruder, noch Schwester nach. Nur lebete von dem Ostfrisischen Hause noch Christine Louise, eine Enkelin des Grafen von Ostfrisland, Edzard Ferdinands, der ein Bruder des Ur-großvaters des jetzt verstorbenen Fürsten gewesen war. Die General-Staaten waren ihre Vormünder gewesen, und hatten sie mit Johann Ludewig, Grafen von Wied-Runkel, verheirathet, welchem sie Söhne geboren hatte. Es lebete auch aus demselben Hause noch Maria Ernestina, Gräfinn von Rierberg, und Gemahlinn Maximilian Ulrichs, Grafen von Kauniz, der im Herbst dieses Jahres starb, und Söhne von dieser seiner Gemahlinn nachließ, die eine Urenkelin Johannis, eines jüngeren Sohnes Edzards des Andern, Grafens von Ostfrisland war. Die jungen Grafen von Wied-Runkel thaten einige Versuche, um zu dem Besitze von Ostfrisland zu gelangen. Allein es waren andere und mächtigere Mitwerber um dieses Fürstenthum da, denen sie nachstehen mußten v). Der König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg, der König von Dänemark, schon seit dem Jahre 1732, den Titel und das Wappen von Ostfrisland, und von Preußen gründete sein Recht sich

r) Resol. Gener. 5 Sept. 1740. Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVII. p. 334.

t) Resol. Gener. 20 Apr. 24 Jun. 24 Aug. 5 Sept. 1737. bl. 211, 339, 447, 494.

u) Zie Europ. Merc. Jul. - Dec. 1738. bl. 55.

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

1744.  
in den Besitz  
des Fürstenthums.

gründete sich auf eine von dem Kaiser Leopold dem Kurfürsten Friderich dem Dritten, der nachher der erste König von Preußen ward, im Jahre 1694 erteilte Anwartschaft. Die Fürsten von Ostfrisland hatten jedoch öfters, und noch meistens, im Jahre 1739, hiewider protestirt w), ohne daß die Könige von Preußen sich daran gekümmert hatten. So bald auch nur Carl Edzard gestorben war, ward der gegenwärtige König, Friderich der Andere, von verschiedenen Mächten, und unter anderen von den Staaten der Vereinigten Niederlande, als Fürst von Ostfrisland erkannt. Er sandte bald hernach Commissarien nach Aurich, welche am 23sten des Heumonats die Huldigung, für ihn, empfingen. Einige Preussische Truppen waren zugleich, oder schon vorher, in das Fürstenthum eingerückt, welche hernach theils in Embden, theils in Aurich zur Besatzung gelegt wurden x).

Er handelt  
mit den  
Staaten wegen  
den Rück-  
nahme der  
Städte  
Embden  
und Leerort.

Die Staaten hatten, von alten Zeiten her, eine Besatzung in Embden und Leerort. Allein so bald nur dem Könige von Preußen, als Fürsten von Ostfrisland, gehuldigt war, ließ er durch seinen außerordentlichen Gesandten im Haag, dem Grafen von Podewils, ansuchen, „daß sie ihre Truppen aus den zweien gedachten Orten zu rückerufen mögten; wogegen er ihnen eine Versicherung wegen Bezahlung der Gelder, die man, hier zu Lande, dem Fürstenthum Ostfrisland dargeliehen hatte, geben wollte.“ Die Staaten ernannten alsbald Commissarien, um mit dem Preussischen Gesandten in Unterhandlung zu treten, welche ihm, am 30sten des Heumonats, folgenden Vorschlag zum Vergleiche thaten: „Daß der König von Preußen den Staaten eine Versicherung, wegen ordentlicher Bezahlung der Zinsen und Capitalien der hier zu Lande, dem Fürsten und Ständen von Ostfrisland und der Stadt Embden dargeliehenen Gelder, geben sollte. Die Schuld der Stände bestünde gegenwärtig erstlich in vierzigtausend Gulden, die noch von den im Jahre 1720 gehobenen sechsmal hunderttausend Gulden unbezahlt geblieben wären. Zum andern in fünfmalhundert sieben und achtzigtausend und fünfshundert Gulden, welche das unbezahlte von sechsmal hunderttausend Gulden wäre, die man in den Jahren 1721, 1722 und 1723 entlehnet hätte, und wofür einige besondere Einkünfte verpfändet waren, zu denen, nach einem Vergleiche von 1740, zu Bezahlung der von diesem letzten Capital rückständigen Zinsen, noch gewisse verpachtete Einkünfte in den Landstrichen von Embden, Leerort und Norden kämen: und diese Einrichtung ersuchte man Se. Majestät näher zu bekräftigen, und zu gestatten, daß die Einkünfte aus diesen Verpachtungen durch die von den Generalstaaten bestellten Einnehmer, so wie bisher geschehen wäre, erhoben würden. Die Stadt Embden wäre dem Staate und besondern Personen schuldig, zum ersten fünfmal hunderttausend Gulden, worauf sie jährlich fünf vom Hundert hätte bezahlen sollen; welches aber, so viel man wüßte, nur einmal geschehen wäre; so daß, wie man glaubete, noch vierhundert fünf und siebenzigtausend Gulden zu bezahlen seyn würden, welche, wie man hoffte, die Stadt künftig nebst den Zinsen jährlich theilweise abführen würde. Zum zweiten eine Summe von fünf und zwanzigtausend Gulden, welche der Stadt im Jahre 1740 zu entlehnen erlaubt worden wäre; wiewohl man nicht wüßte, ob sie es gethan hätte. Zum dritten, eine Summe von zwey und dreyzigtausend achthundert „und

w) Zie Europ. Merc. Jan. - Jun. 1739. bl.

x) Europ. Merc. Jul. - Dec. 1744. bl. 85, 98.

„und funfzig Gulden, die in den Jahren 1728, 1730, 1732 und 1734 der Stadt vor-  
 „geschossen wären, und worauf sie bisher noch keine Zinsen bezahlt hätte: aber man  
 „hoffete, daß künftig jedes Jahr zweyjährige Zinsen bezahlt, und die Capitalien abge-  
 „führt werden würden. Die Schulden des Fürsten bestanden in folgenden Summen:  
 „zum ersten in zwanzigtausend Gulden, die von den im Jahre 1705 entlehnten hundert  
 „fünf und zwanzigtausend Gulden, noch unbezahlt wären. Zum zweiten in hundert und  
 „zwanzigtausend Gulden, die von den im Jahre 1717 gehobenen hundert und fünf und  
 „zwanzigtausend Gulden noch nicht bezahlt waren; und zum dritten in zweihunderttau-  
 „send Gulden, die im Jahre 1724 vorgeschossen waren; und für alle diese Summen wa-  
 „ren die Herrschaften Esens, Stedesdorf und Witmund mit ihren Einkünften ver-  
 „haftet. Aber man wußte nicht, ob diese Herrschaften iho in des Königs oder eines an-  
 „dern Besitze wären. Im ersten Falle sollte der König sich verbinden, diese Schuld mit  
 „den Zinsen zu bezahlen, und in dem andern den Besitzer, wenn er von ihm abhinge,  
 „dazu nöthigen. Die Staaten wollten dagegen, zween Monate nachdem ihnen diese  
 „Versicherung gegeben wäre, ihre Besatzungen aus Embden und Leerort ziehen, und  
 „inzwischen das Geschütze und die Kriegsbedürfnisse, die ihnen zugehörten, von dort ab-  
 „führen lassen. Endlich sollten die Sachen zwischen diesem Staate und Ostfrisland auf  
 „dem alten Fuße gelassen werden.“

Der Graf von Podewils reisete mit diesem Vorschlage nach Berlin, um dem Könige, seinem Herrn, davon Nachricht zu geben. Und in wenigen Wochen bekamen die Staaten die Antwort, „daß der König den Entwurf des Vergleichs unverändert ge-  
 „nehmigte; daß er alle Versprechungen und Verbindungen, in Ansehung der Summen,  
 „welche die verstorbenen Fürsten von Ostfrisland, die Landstände und die Stadt Emb-  
 „den den Unterthanen der Staaten schuldig waren, übernehme; unter der Bedingung,  
 „daß sie, in der bestimmten Zeit, die Besatzungen, welche sie bisher in Embden und  
 „Leerort gehalten hätten, aus diesen Orten abziehen ließen.“ Die Staaten ertheil-  
 „ten hiezu auch den Befehl vor dem Ende des Augustmonats, und verließen sich auf die  
 „Erklärung des Königs y). Auf diese Weise wurden Embden und Leerort von der  
 „Besatzung der Staaten entledigt, die auf anderthalb hundert Jahre darin gelegen hatte.  
 „Der König von Preußen ernannte alsbald Commissarien, um die fürstlichen Schulden  
 „zu untersuchen z), und schien überall sein Werk daraus zu machen, die eingegangene Ver-  
 „bindung zu erfüllen.

So stand es mit den Sachen von Ostfrisland, als der König von Preußen den Zug nach Böhmen unternahm, welcher dem Hofe von Wien und dessen Bundesge-  
 „nossen höchst unangenehm war. Es wäre auch nicht länger als bis zum 1cten des  
 „Herbstmonats a), da der König von Großbritannien, als Herzog von Braunschweig-  
 „Lüneburg, auf dem Reichstage zu Frankfurt anzeigen ließ, „daß er, kraft einer zwi-  
 „schen seinem Großvater Ernst August und dem Fürsten von Ostfrisland Christian  
 „Ludwig, und also noch vor der dem Hause Brandenburg gegebenen Annahmschaft,  
 „geschlossenen Erbverbrüderung vor allen andern zu dem Fürstenthum Ostfrisland be-  
 „rechtigt.

y) Resol. Gener. Vener. 21 Aug. 1744. in  
 des ROUSSET Recueil, Tom. XLX. p. 123.

z) Zie Europ. Merc. Jul. -Dec. 1744. bl. 212.  
 a) Europ. Merc. Jul. -Dec. 1744. bl. 205-

1744.

„rechtiget wäre.“ Zugleich ward in seinem Namen gebeten, „daß die Stimme von Ostfrisland auf der Reichsversammlung, so lange der Streit über das Recht zu diesem Fürstenthume nicht entschieden wäre, nicht gezählet werden mögte b).“ Der Hof von Berlin gab dagegen eine Schrift heraus, worin bewiesen ward, „daß das Fürstenthum Ostfrisland ein männliches Reichslehn wäre, und daher, nach dem Tode des letzten männlichen Erben, nothwendig an das Reich verfiel: „woraus geschlossen ward, daß der Kaiser Leopold, in einem solchen Falle, darüber mit Recht hätte verfügen können. Die Gründe des Berlinischen Hofes wurden etwas hernach, im Namen des Königs von Großbritannien, in öffentlichem Druck widerlegt c). Allein der König von Preußen blieb in dem Besitze von Ostfrisland. Er ward auch, im folgenden Jahre, von dem Kurfürsten von Bayern, als Reichsverwesern, nach dem Absterben seines Vaters, des Kaisers Karls des Siebenten, damit belehnet. Aber diese Belehnung ward, nach der Kaiserwahl, auf Ansuchen des Königs von Großbritannien, als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, für ungültig erklärt d). Der Streit über das Recht der zween hohen Mitwerber ist bisher von dem Reiche noch nicht entschieden worden.

Näherer Vergleich zwischen dem Könige von Preußen und den Staaten wegen Abführung der Ostfrisischen Schulden.

Der König von Preußen suchte mittlerweile den Staaten die versprochene Versicherung, wegen der Bezahlung desjenigen, was sie von Ostfrisland zu fordern hatten, zu verschaffen. Die größte Schwierigkeit war, die Landstände dahin zu bringen, daß sie in die Verpfändung der Ländchen-Norder- und Leederpachtungen für Schulden, wofür dieselben vormals nicht besonders verpfändet gewesen waren, willigten. Die Staaten sahen es auch ungerne, daß die zween Einnehmer der Staaten, die ihnen jährlich dreitausend Gulden kosteten, die Verwaltung behielten. Mit der Stadt Embden gab es auch noch einige Schwierigkeiten e). Allein die Staaten hielten sich an den König f). Endlich ward man einig, daß die Verwalter der Einkünfte von Ostfrisland, welche von den Landständen bestellt wurden, sich schriftlich und durch einen Eid verbinden sollten, „die Einkünfte, die besonders für die Schulden von den Jahren 1721, 1722 und 1723 verhaftet wären, zu keinem andern Gebrauche, als zu Bezahlung der gedachten Schulden, mit den Zinsen, anzuwenden; daß sie, wenn diese Einkünfte mehr als funfzigtausend Gulden betrügen, den Ueberschuß, zu eben dem Ende, dem General-Einnehmer der Staaten einliefern sollten; endlich, wenn die gedachten Einkünfte, bey Ueberschwemmungen oder andern allgemeinen Unglücksfällen, keine funfzigtausend Gulden jährlich einbrächten, sie das daran fehlende aus den andern Pachtungen des Landes, und besonders aus denen von Leer, Embden und Norden, ergänzen sollten g).“ Es dauerte bis in den Frühling des Jahres 1747, ehe man so weit einig ward. Die bedingte Verbindung der Verwalter der Ostfrisischen Einkünfte ward alsdann den Staaten eingeliefert. Der König versprach auch schriftlich für die getreue Vollziehung derselben Sorge zu tragen h). Und auf diese Weise erhielten die Staaten endlich die Versicherung

b) Voyez Rousset Recueil, Tom. XIX. p. 3 - 52.

c) Voyez Rousset Recueil, Tom. XIX. p. 53 - 121.

d) Le même, p. 121.

e) Voyez Rousset Recueil, Tom. XIX. p. 130, 135, 138.

f) Resol. Raad van Staate, 14 Jun. 4 Oct. 1745.

g) Resol. Gener. 9 Dec. 1746. Voyez Rousset Recueil, Tom. XIX. p. 145 - 151.

h) Voyez Rousset Recueil, Tom. XIX. p. 152, 153.



rung wegen der Bezahlung desjenigen, was sie von Ostfrisland zu fordern hatten. Der Mangel dieser Versicherung hatte ihnen, unter andern, so lange zur Ursache gebietet, eine Besatzung in Embden und Leerort zu halten. Der König von Preussen setzte, mit der Zeit, die Regierung von Ostfrisland auf einen solchen Fuß, daß nicht zu vermuthen war, die Streitigkeiten zwischen dem Fürsten und den Ständen, wovon ich nicht mehr gehöret ward, würden vorerst wieder ausleben.

Der Einfall des Königs von Preussen in Böhmen und der Uebergang der Franzosen über den Rhein, um sich der Border-Oesterreichischen Länder zu bemächtigen, hatten die Königin von Ungarn wiederum veranlaßt, inständig bey den Staaten um die Erfüllung desjenigen anzuhalten, wozu sie, wie man an dem Hofe von Wien meynete, durch die Verträge verbunden waren. Sie schrieb im Weinmonate an sie, „daß die Verräthe, worin die Sicherheit ihres Staats bestünde, bald überwältiget seyn würde, wenn sie nicht ernstlichere Mittel, als langwierige Verathschlagungen und Gesandtschaften anwendeten, um dieselbe zu retten.“ Sie warnete sie „gegen die Anschläge des gemeinen Feindes, welcher, nachdem er erst gesucht hätte, den König von Großbritannien zu entthronen, nunmehr die Staaten angriffe. Sie müßten also nicht länger zaudern, sondern die Waffen zu ihrer eigenen Vertheidigung und zu Beförderung der allgemeinen Ruhe ergreifen, die schon längst mit wenigern Kosten und Mühe wieder hergestellt seyn würde, wenn man ihrem guten Rathe eher gefolget wäre i).“ Der Englische Gesandte Trevor lag den Staaten auch stark an, den Krieg gegen Frankreich zu erklären, und stellte ihnen vor, daß die durch das Bündniß von 1673 zur Verathschlagung und gütlicher Beylegung der Streitigkeiten bestimmten zween Monate schon längst verlossen wären k). Die Staaten beschloßen auch, in kurzem, ihre Truppen, zum vierten Male, von neuem mit zwölftausend Mann zu vermehren, und der Königin von Ungarn kräftig beizustehen. Jedoch fanden sie noch große Schwierigkeiten, mit Frankreich öffentlich zu brechen. Sie merkten in ihrer Antwort an die Königin von Ungarn an, „daß Großbritannien selbst solches nicht zuerst gethan hätte; weswegen sie hoffen, den Krieg an, „daß die Königin würde es nicht übel deuten, daß sie wenigstens es noch eine Zeitlang reiflich überlegten, ehe sie diesen Schritt thäten.“ Sie fügten hinzu, „daß sie dieses desto mehr hoffeten, als sie nicht einsähen, daß Ihre Majestät aus ihrem öffentlichen Friedensbruche mit Frankreich einen Vortheil ziehen könnte: indem sie gestunet wären, ihr dem ungeachtet aus allem Vermögen beizustehen. Auf diesen Fuß wollten sie, von nun an, mit ihr überlegen, was man, zum gemeinen Besten, zu thun haben würde. Sie wollten die Truppen, die sie bisher zu Beförderung der gemeinen Sachen bestimmt hätten, dazu ferner gebrauchen lassen. Ja sie wollten die Anzahl ihrer Kriegsmacht vermehren, wenn sie, auf billige Bedingungen, Truppen bekommen könnten. Sie wollten dem Könige von Großbritannien ferner mit den Kriegsschiffen beystehen, die sie schon zu seiner Flotte geschickt hätten. Dies wäre alles, was sie thun könnten, wenn sie gleich den Krieg öffentlich erkläret hätten. Sie wußten nur allzuwohl, daß die Kriegsmacht der Königin und des Königs von Großbritannien, nebst den Truppen des Königs von Sardinien und denenjenigen, welche die

XXII.

Ernstliches Schreiben der Königin an die Staaten.

Die Staaten melden, in ihrer Antwort, die Ursache, warum sie Frankreich noch nicht den Krieg ankündigen können.

Uu 2

„Staaten

i) Man sehe das Schreiben im Europ. Merc. Jul.-Dec. 1744. bl. 243.

k) Memor. vom 17 Aug. u. 12 Oct. 1744.

1744.

„Staaten liefern könnten, der feindlichen Macht nicht bekommen könnte, die unlängst stark angewachsen wäre: weswegen sie dafür hielten, daß man auch andere Mächte, die der guten Sache zugesthan wären, zu bewegen suchen mußte, daß sie ihre Waffen mit der Königin und ihrer Bundsgenossen ihren vereinigen mögten. Sie wollten hieran, nebst Ihrer Majestät und dem Könige von Großbritannien, so wohl in als außer dem deutschen Reiche, ernstlich arbeiten. Sie wollten sich auch, mit ihren Bundsgenossen, über den Gebrauch berathschlagen, welchen man von der gemeinen Kriegsmacht zur Vertheidigung der Niederlande zu machen hätte, wo man eine Uebermacht von Truppen haben, und dieselben einem geschickten und erfahrenen General untergeben mußte. Und ob sie es gleich noch vorihro ausseheten, den Krieg öffentlich zu erklären, so wollten sie doch, von nun an, überlegen helfen, wie vielen Beystand sie, wenn es einmal hiezu kommen mögte, zu liefern haben würden; wiewohl sie, in diesem Betrachte, die Erklärung voraus thun könnten, daß sie nichts mehr zu thun vermögend seyn würden, als sie schon iho thäten. Sie glaubeten demnach, hiemit allem demjenigen ein Genügen gethan zu haben, was man von ihnen verlangt hätte, den öffentlichen Friedensbruch allein ausgenommen, der doch keine wesentliche Veränderung in der Sache selbst machen könnte. Endlich ersuchten sie die Königin, von ihrer Seite auch ihre Kriegsmacht, nach Erfordern der Nothdurft, zu vermehren, gleichwie sie, die Staaten, schon über Vermögen gethan hätten 1).“

XXIII.

Bewegungen  
an dem Rheine.

Unterhandlungen in  
Deutschland.

Bei dem Ende des Feldzuges am Rheine hatten die Franzosen eine Armee an den Nieder-Rhein, unter dem Marshall de Maillebois, gesandt, welche die Bundsgenossen der Königin von Ungarn dergestalt beunruhigte, daß man den Schluß faßte, einige Oesterreichische und Englische Truppen aus den Niederlanden dahin marschiren zu lassen, um die feindlichen Bewegungen zu beobachten. Die Staaten vermehrten sie mit achtraufend Mann, unter dem General-Lieutenant Siniffaart. Der Herzog von Aremberg führte den Oberbefehl über diese vereinigte Kriegsmacht. Zu eben der Zeit sandten die Staaten den Grafen von Wassenaar-Twikkelo an den Kurfürsten von Cöln, und den Herrn Tjeert van Nylva nach einigen andern deutschen Höfen, um dieselben in der Parthey des Hauses Oesterreich zu erhalten. Der König von Großbritannien und die Staaten hatten, am 4ten des Heumonats, einen Vertrag mit dem Kurfürsten von Cöln, wegen Anwerbung einiger Truppen gegen einen bestimmten Beystand geschlossen. Dem Grafen von Wassenaar ward aufgetragen, auf die Erfüllung dieses Vertrages zu dringen, hiernächst einen Vergleich wegen Auslieferung der beiderseitigen Ueberläufer zu schließen, und den Kurfürsten in seinen guten Gesinnungen, in Ansehung der Wiederherstellung der Ruhe in dem deutschen Reiche, zu erhalten. Er richtete dieses alles glücklich, in einer Zeit von kaum einem Monate, aus. Der Kurfürst ließ sich leicht bewegen, in den entworfenen Maaßregeln zu beharren; und ein gewisser Französischer Sendling, der, wie vermuthet ward, ihn auf die Französische Seite zu ziehen gesucht hatte, war, schon vor der Ankunft des Grafen, unverrichteter Sache zurückgereiset. Der Graf von Wassenaar that, im Frühlinge des folgenden Jahres, eine zweite Reise nach Bonn, mit dem Auftrage, den Kurfürsten zu Beförderung des Friedens zwischen der Königin von Ungarn und dem Kurfürsten von Bayern zu bereeden, der auch in kurzem

1) Resol. Gener. ... Nov. 1744.

kurzem geschlossen ward, und einen neuen Vertrag wegen einer Lieferung von siebentaufend Mann zu bewirken. Er blieb diesmal bis in den Weinmonat zu Bonn, und gieng sodann nach dem Haag zurück m).

1744.

Der Herr Cornelius Calkoen, vormaliger Botschafter der Staaten bey der Pforte, ward in gleicher Absicht, und zugleich wegen eines Schutzbündnisses zu handeln, im Wintermonate nach Dresden gesandt. Das Frankfurterische Bündniß, obgleich nicht, außer den Fürsten, die es geschlossen hatten, demselben bisher beygetreten war, erregte jedoch große Unruhe bey den Bundesgenossen der Königin von Ungarn, welche für nöthig hielten, demselben ein anderes, woran zu Dresden gearbeitet ward, entgegen zu setzen. Der Herr Calkoen hatte am 27sten des Weinmonats zum ersten Male bey dem Könige von Polen Gehör. Dieser war auf den Hof von Berlin, wegen des den Preussischen Truppen ohne Erlaubniß durch Sachsen genommenen Durchzuges, unwillig, und ließ sich daher, als Kurfürst von Sachsen, leicht in eine Unterhandlung über ein Bündniß mit der Königin von Ungarn, dem Könige von Großbritannien, und den Staaten der Vereinigten Niederlande ein. Es ward, am 8ten Jenner des Jahres 1745, zu Warschau unterzeichnet, und ist hernach unter dem Namen des vierfachen Bündnisses bekannt gewesen. In dem Eingange desselben hieß es, „daß man die Absicht hätte, mittelst desselben, die Ruhe in Europa, und besonders in dem Deutschen Reiche, wiederherzustellen, und die Treue der Verträge zu erhalten. Man versprach, hiezu einmüthige Maaßregeln zu nehmen, und sich einander, in Befolgung derselben, beizustellen. Der König von Polen verband sich, von neuem, zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction, eben so, als der König von Großbritannien und die Staaten sich dazu verbunden hatten, und wozu das Deutsche Reich sich ebenfalls verbunden hätte. Er sollte, zu diesem Ende, zur Vertheidigung des Königreichs Böhmen, welches schon angegriffen worden, und zur Sicherheit der Königin von Ungarn, alsbald dreyßigtausend Mann in das Feld stellen. Der König von Großbritannien und die Staaten versprachen, so lange die Noth es erfordern würde, dem Könige von Polen eine jährliche Geldhülfe von hundert und funfzigtausend Pfund Sterl. wovon der König von Großbritannien hunderttausend, und die Staaten funfzigtausend Pfund oder funfshundert und funfzigtausend Holländische Gulden bezahlen sollten. So bald die Gefahr auf der Seite von Böhmen und des Kurfürstenthums Sachsen vorüber seyn würde, sollte der König von Polen, auf die erste Anforderung zehntausend Mann marschiren lassen, nämlich achttausend Mann Fußvolkes und zweytausend Mann Reiterey, welche in den Niederlanden, oder in Deutschland, wo der König von Großbritannien und die Staaten solches zum gemeinen Nutzen dienlich finden würden, gebraucht, und von dem Könige von Polen, gegen eine jährliche Geldhülfe von neunzigtausend Pfund Sterl. wovon der König von Großbritannien sechzigtausend, und die Staaten dreyßigtausend Pfund, oder drehundert und dreyßig tausend Gulden bezahlen wollten, unterhalten werden sollten. Wenn die Deutschen Länder des Königs von Polen, wegen dieses Bündnisses angegriffen würden, versprachen die Bundesgenossen ihm nicht allein beizustehen, sondern auch die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis sie ihm eine gehörige Ersehung seines Schadens ver-

1745.

Inhalt des  
selben.

„schafft

1745.

„schaffe hätten. Wenn die Vorsehung die vereinigte Bemühungen segnete; sollte der „König von Polen seinen Antheil an den erhaltenen Vortheilen haben, und man sollte „auch für den Nutzen seines Hauses, bey der bevorstehenden Friedensunterhandlung, for- „gen. Die Kaiserinn von Rußland, das Königreich und die Republik Polen wurden „von nun an als mithandelnde Theile zum Vortritte eingeladen; so wie man auch alle „Könige, Kurfürsten, Fürsten und Stände, welche die gemeine Freiheit und Sicherheit „beherzigten, in das Bündniß aufnehmen wollte n).“ Der Hof von Berlin hat vor- gegeben, daß durch einige geheime Artikel desselben verabredet wäre, „daß die Königin „von Ungarn ihr Recht auf einen Theil von Schlessien an den König von Polen abtre- „ten, und der König von Großbritannien den König von Polen in den Stand setzen „sollte, eine Armee in Polen zu unterhalten, und dadurch die Krone in seinem Hause „erblich zu machen.“ Man glaubete auch zu Berlin, daß dieser Fürst seine Absichten auf das Herzogthum Magdeburg und andere Preussische Länder gerichtet hätte o). Aber von diesem allen ist mir nichts, mit Gewißheit, bekannt geworden. Andere und gewisssere Nachrichten haben mich hingegen überzeugt, daß die Königin von Ungarn sich ihr Recht auf ganz Schlessien, zu dieser Zeit, vollkommen vorbehalten habe.

XXIV.  
Tod des Kai-  
sers Carls  
VII.

Das vierfache Bündniß ward als etwas der Königin von Ungarn sehr vor- theilhaftes angesehen. Allein wenige Tage nach der Unterzeichnung desselben, ereignete sich eine Begebenheit, welche ihren Sachen eine noch glücklichere Veränderung zu versprechen schien. Der Kaiser Carl der Sebente starb unvermuthet zu München, am 20sten Jenner. Sein einziger Sohn, Maximilian Joseph, folgte ihm in der kur- fürstlichen Würde von Bayern p), von welchem Lande ein Theil im vorwichenen Jahre erobert war. Dieser Todesfall gab der Oesterreichischen Partey in dem Reiche Gelegen- heit, an der Erhebung des Großherzogs von Toscana zu der kaiserlichen Würde zu ar- beiten: wovon wir den Ausgang bald sehen werden.

Zustand des  
Krieges in  
Bayern.

Mittlerweile ward der Krieg in Bayern fortgesetzt. Die Oesterreicher, wel- che, unter dem General Bärnklaus, Amberg in der Ober-Pfalz mit einem Angriffe bedroheten, nöthigten die Französische Besatzung dieser Stadt sich in das Schloß Rothen- burg zu ziehen. Neumark ward darauf, durch einen Vergleich, eingenommen. Uebri- gens fielen, während dem Winter, einige Scharmügel, mit beiderseitigem Verluste vor; aber im Anfange des Märzmonats, gingen die Oesterreicher über den Inn und die Donau, schlugen die Franzosen und Bayern bey Pfaffenhofen, und machten sich von verschiedenen Plätzen Meister q). Mittlerweile hatte die Königin von Ungarn mit dem neuen Kurfürsten von Bayern eine Unterhandlung wegen eines Vergleichs an- gefangen, ohne daß man einig geworden wäre. Allein der Ausgang des Treffens von Pfaffenhofen veranlaßte den Kurfürsten denselben, auf solche Bedingungen; als die Königin ihm bewilligen wollte, zu schließen. Er sahe vorher, daß Frankreich, dessen Hülfe er nicht entbehren konnte, ihm noch wenigern Beystand, als seinem Vater, würde leisten wollen. Es zeigte sich auch schon zeitig im Frühlinge, daß der größte Theil der Fran-

Treffen bey  
Pfaffenho-  
fen.

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XVIII.  
p. 516.

o) R. ROLT Represent. of the late War,  
Vol. III. p. 508. 602.

p) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
II. p. 187.

q) Memoir. Tom. II. p. 190-196, 221-223.

Fransösischen Kriegsmacht in den Oesterreichischen Niederlanden gebraucht werden 1745.  
würde. Der Kurfürst ließ sich daher bewegen, einige vorläufige Artikel, die am 22sten Vertrag von  
April zu Jüßßen unterzeichnet wurden, zu genehmigen. Die Königin, die igo in Jüßßen.  
Schlesien genug mit dem Könige von Preußen zu thun hatte, entschloß sich auch leicht  
zu dem Vergleiche. Sie versprach darin, „den verstorbenen Kurfürsten als Kaiser zu  
„erkennen, und den gegenwärtigen in den Besiß von ganz Bayern, so wie sein Vater  
„es, vor dem Jahre 1741, beßessen hatte, wieder herzustellen. Der Kurfürst begab  
„sich dagegen aller Ansprüche auf die Oesterreichische Verlassenschaft, die der Prag-  
„matischen Sanction zuwider wären, und auf die Vorder-Oesterreichischen Derter,  
„welche die Franzosen igo in ihrer Gewalt hätten, und versprach seine Truppen, die dar-  
„in lägen, zurück zu rufen. Er erkannte die Rechtmäßigkeit der Böhmischen Kurstimme,  
„und versprach die seinige, bey der bevorstehenden Kaiserwahl, dem Großherzoge von  
„Toscana zu geben. Ferner ward verabredet, daß Ingolstadt durch neutrale Trup-  
„pen, und Braunau und Schardingen durch Truppen der Königin, so lange bis ein  
„Kaiser gewählt wäre, besetzt werden sollten 1).“ Der Jüßßensche Vertrag ward so  
gleich vollzogen. Die Oesterreichischen Truppen räumten Bayern größtentheils, und  
versammelten sich in dem Herzogthume Neuburg. Der Graf von Traun führte sie  
nachher nach dem Maynstrome, wo sie sich mit einer Armee der Bundesgenossen s),  
welche im Kurfürstenthum Sölin gestanden hatte, vereinigten: wie wir bald sehen werden.

Der Tod des Kaisers und der bald darauf erfolgte Jüßßensche Vertrag verur- Der Mar-  
sachte eine beträchtliche Veränderung in den Fransösischen Maaßregeln. Der Marschall schall von  
von Bellisle war, gegen das Ende des verwichenen Jahres, in München gewesen, Bellisle  
und hatte den Kaiser in der Verbindung mit Frankreich gestärkt. Von hier war er wird, nebst  
nach Cassel gereiset, um einen Auftrag des Königs, seines Herrn, bey dem Prinzen seinem Bru-  
Wilhelm, der die Regierung für seinen Bruder, den König von Schweden, führte, kurbraun-  
und zehntausend Mann Hessischer Truppen in Fransösische Dienste hatte treten lassen, schweizischen  
auszurichten. Allein als er von Cassel im Christmonate nach Berlin gehen wollte, und, Gebiete ge-  
statt seinen Weg durch Thüringen zu nehmen, die Reise durch einen Strich des Kur- fangen ge-  
braunschweigischen Gebietes anstellerte; so ward er, nebst seinem Bruder, dem Ritter von genommen.  
Bellisle, zu Elbingerode angehalten. Man führte ihn, den folgenden Tag, auf das  
Schloß zu Osterode, wo sie in der Gefangenschaft blieben, bis sie, im Hornung dieses  
Jahres, zu Lande nach Stade gebracht, und in einer Englischen königlichen Facht, welche nach Eng-  
zu Rurhaven auf sie wartete, nach England geführt wurden. Der Fransösische Hof land geführt.  
war über diesen Vorfall sehr verdrießlich, und forderte die Loslassung der zween Brüder,  
für welche man das in dem Carrel, welches wegen der Kriegsgefangenen geschlossen war,  
bestimmte Lösegeld zu bezahlen sich erbot. Aber in England wollte man sie zuerst nicht In Freyheit  
als Kriegsgefangene, wofür sie angesehen seyn wollten, erkennen, und es wäre bis in den Gesetht.  
August, ehe dieses geschehe. Hierauf wurden sie auch, auf ihr Ehrenwort, in Freyheit  
gesetzt, und der Marschall versprach zu bewirken, daß alle die Engländer und Hannover-  
raner, die in der Schlacht bey Fontenoi, deren wir im folgenden Buche gedenken wer-  
den, zu Kriegsgefangenen gemacht waren, gleichfalls in Freyheit gesetzt würden. Er  
hat

r) Voyez le Traité dans les Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 212.

s) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 309 - 325.

1745.

hat auch, nach seiner Zurückkunft in Frankreich, diese seine Verbindlichkeit treulich erfüllt (1). Unterdessen hinderte dieser Vorfall die Fortsetzung der Französischen Unterhandlungen in Deutschland. Der Kaiser ließ sich die Freiheit der zween Brüder sehr angelegen seyn, und schrieb gleich, nachdem sie gefangen waren, an die Regierung zu Hannover, um ihre Loslassung zu bewirken u). Hieraus ist genug abzunehmen, daß zwischen ihm und dem Marschall Sachen von großer Wichtigkeit abgehandelt worden seyn müssen. Der Tod des Kaisers, der bald hierauf folgte, setzte den Französischen Hof in ziemliche Verlegenheit. Der Russische Vertrag ward daselbst auch übel genommen, und man schrieb denselben gänzlich der Unerfahrenheit des jungen Kurfürsten und dem bösen Rathe einiger seiner Minister zu v); welches jedoch nur bewies, daß Frankreichs Maafregeln, durch Schließung dieses Vertrages, zum Theile vereitelt worden waren.

XXV.

Kriegsver-  
richtungen in  
Schlesien.

Der Hof von Berlin war nicht weniger mit diesem Vertrage übel zufrieden. Er würde auch, nach Carls des Siebenten Tode, in dessen Namen er den Krieg in Böhmen wieder angefangen hatte, genöthiget worden seyn, zu dessen Fortsetzung einen andern Vorwand zu suchen, wenn nicht die Truppen der Königin, am Ende des verwichenen Jahres, in Ober-Schlesien eingefallen wären, und sich verschiedener an Preußen zuvor abgetretener Derter bemächtiget hätten. Die Königin hatte, zu eben der Zeit, eine Erklärung austreuen lassen, wodurch sie die Schlesier einlud, sich wieder unter ihre Herrschaft zu begeben. Diese Feindseligkeiten konnte der König von Preußen als einen Angriff betrachten, der ihn berechtigte, den Krieg, in seinem eigenen Namen, gegen die Königin zu führen. Jedoch der Aufenthalt der Vesterreicher in Schlesien war von keiner langen Dauer. Der Fürst von Anhalt-Deßau, welchem der König, in seiner Abwesenheit, den Oberbefehl über seine Armee aufgetragen hatte, ging am 1ten Jenner über die Neiße, und nöthigte sie, die in Ober-Schlesien eingenommenen Derter wieder zu verlassen. Ratibor allein behaupteten sie noch bis in den Anfang des Hornungs, da sich die Stadt durch einen Vergleich ergab. Dem ungeachtet ließen die Vesterreicher und Sachsen ihr Vorhaben auf Schlesien nicht fahren, sondern beschloßen, gegen das Ende des Maymonats wieder in dasselbe einzudringen. Die ersteren stunden, zu dieser Zeit, bey Königgrätz in Böhmen, wo sie die Sachsen, die, zufolge dem Warschauischen Bündnisse, sie verstärken sollten, erwarteten, um sodann mit ihnen zugleich den Marsch nach Schlesien anzutreten. Der König von Preußen, der seine Armee zu Frankenstein, an den Grenzen der Grafschaft Glatz, zusammengezogen hatte, ging mittlerweile, da das vereinigte Oesterreichische und Sächsische Kriegsheer bis nach Landschut durchgedrungen war, nach Reichenbach, und ließ inzwischen austreuen, daß, weil er sich zu schwach befände, den Feinden das Haupt zu bieten, er, auf deren Ankunft, sich nach Breslau zurück zu ziehen gedächte. Unterdessen, da das vereinigte Heer nach der Ebene von Zohensfriedberg vorrückte, hatte der König einige Truppen vorausgeschickt, die sich hinter Anhöhen und Gebüsch setzten. Das Groß seiner Armee marschirete während der Nacht, ganz in der Stille, gegen Strigau. Am 4ten des Brach-

t) See R. ROLT Repref. of the late War, Vol. III. p. 389 - 404.

v) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

u) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 306.

II. p. 143, 180 - 186.



Brachmonats geriethen die Armeen bey Zohen, Friedberg an einander. Das Treffen 1745.  
war hißig; aber in kurzem wurden die Sächsischen Truppen, und hernach ein Theil der Schlacht bey  
Oesterreichischen in Unordnung gebracht. Endlich mußte die ganze Armee der Königin Zohen-  
weichen, und ward von der Preussischen bis an das Gebirge, welches Böhmen von Friedberg.  
Schlesien scheidet, verfolgt. Der Rückzug der Oesterreicher geschah in guter Ord-  
nung. Allein das vereinigte Kriegsheer hatte viele Leute und über sechzig Stücken Ge-  
schüßes verlohren. Der Verlust dieser Schlacht ward der Ungeübtheit der Sächsischen  
Truppen w), die größtentheils unlängst erst angeworben waren, zugeschrieben.

Die beiden Armeen hielten sich, nach dem Treffen, eine geraume Zeit still, ohne Bewegungen  
etwas zu unternehmen. Das vereinigte Heer stand bey Königsgrätz nicht weit von der der beidersei-  
tigen Elbe; das Preussische, welches sich an der andern Seite des Flusses gesetzt hatte, suchte tigen Armeen  
mehr als einmal herüber zu gehen; aber es wollte nie gelingen. Endlich kamen die  
Preußen über die Elbe; allein der Mangel des Unterhalts nöthigte sie, in kurzem, über  
den Fluß zurück zu gehen. Der Prinz Carl veränderte sein Lager nicht, und beschäftigte  
sich nur, den Feinden die Zufuhr abzuschneiden; worin ihm die leichten Truppen unter  
Nadaßti, Trenk und Franchini gute Dienste thaten. Der König von Preußen sah  
sich endlich genöthiget, aufzubrechen, und nach Schlesien zurück zu kehren. Hierauf  
verließ der Prinz Carl sein Lager, und setzte sich bey Königsbof; da unterdessen die  
Preussischen Truppen, ein Lager bey Trauttau bezogen. In dieser Gegend, nicht weit Gesechte bey  
von Prausnitz, kam es zwischen den beiden Armeen, am 30sten des Herbstmonats, Prausnitz.  
wieder zum Treffen. Die vereinigten Oesterreicher und Sachsen mußten hier zum an-  
dern Male den Preußen die Wahlstatt lassen x), wiewohl sie behaupteten, daß diese das  
meiste verlohren hätten. Der Verlust des Treffens ward, wie man will, von den Oester-  
reichischen Husaren verursacht, die viel zu zeitig von dem Schlachtfelde gewichen, und in  
das feindliche Lager, um es zu plündern, gefallen waren: wohin, wie geglaubet ward, der  
König selbst sie hatte locken lassen. Einige Wochen zuvor, hatten seine Truppen die  
Stadt Kosel an der Oder, durch einen Vergleich, eingenommen y). Nach dem Tref-  
fen bey Prausnitz setzte der König seinen Weg nach Schlesien fort, um seine Armee  
die Winterquartiere beziehen zu lassen. Allein der Marsch der Oesterreicher nach der  
Lausitz, von wannen sie in Schlesien oder in die Mark Brandenburg einbrechen zu  
wollen schienen, nöthigte ihn, dieselbe wieder eilig zusammen zu ziehen. Die Folgen die-  
ser Bewegungen werden wir hernach erzählen.

Unterdessen, da der Krieg so heftig in Böhmen und Schlesien fortgesetzt ward, XXVI.  
fiel an dem Rheine wenig zwischen den beiderseitigen Armeen vor. Die Bundsgenossen Kriegsver-  
der Königin von Ungarn, die in dem Erststen Colln gestanden hatten, fingen schon ge- richtungen  
gen das Ende des Hornungs an, sich zu versammeln. Die Franzosen unter dem Mar- an dem  
schall von Maillebois, die sich als Hülfsstruppen der Frankfurtschen Bundsgenossen an- Rhein und  
gesehen wissen wollten, gingen im Anfange des Märzmonats, bey Höchst, über den Mayn.  
Mayn, um, ihrem Vorgeben nach, „die freye Wahl eines Kaisers zu befördern, wel-  
„cher die Nachbarschaft der Oesterreichischen, Niederländischen und Hannoverischen Trup-  
„pen

w) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe,  
Tom. II. p. 196-199, 271-281.

x) Memoir. pour l'Histoire de l'Europe,  
Tom. II. p. 337-340, 344-352.

y) Memoir. Tom. II. p. 340-344.

1745.

„pen nicht anders als hinderlich seyn könnte.“ Im Maymonate bemächtigten sie sich des Schlosses Königstein in dem Erzstifte Maynz. Die vereinigte Armee, welche durch die aus Bayern, nach dem Friesenschen Vertrage, unter dem Grafen von Traun zurückgekommenen Oesterreichischen Truppen, ansehnlich verstärkt worden war, stand, im Anfange des Heumonats, bey Gelnhausen. Der Prinz von Conti, der nun den Befehl über die Französische Armee übernommen hatte, fand nicht rathsam, sich dem Angriffe eines mächtigern Feindes bloß zu stellen, und ging über den Rhein zurück. Man gab alsdann vor, daß der Französische Hof sich in die Kaiserwahl, die zu Frankfurt geschehen sollte, nicht mischen wollte; und daß die Armee unter dem Prinzen von Conti deswegen in das Französische Gebiet zurückgegangen wäre.

Der Großherzog von Toscana wird zum Kaiser erwählt.

Der König von Polen, Kurfürst von Sachsen, hatte sich, kurz nach dem Tode Carls des Siebenten, zum Mitwerber um die kaiserliche Krone angegeben. Aber weil er, um dieselbe zu erlangen, die Hülfe von Frankreich und Preußen nöthig hatte, die ihm nicht leicht zu erhalten gewesen seyn würde; so mußte er diese Absicht aufgeben (\*). Frankreich würde, wie man voraussetzte, verlangen haben, daß er die Polnische Krone dem Könige Stanislaus, oder einem andern Fürsten von der Französischen Partey abträte. Der König von Preußen trauete dem Hofe von Dresden schon längst nicht, und der Argwohn hatte, nach dem Warschauer Vertrage, und den darauf gefolgerten Feindseligkeiten, stark zugenommen. Der Hof von Wien, der sich folchergestalt des vornehmsten oder einzigen Mitwerbers um die kaiserliche Würde entlediget sahe, hatte, seitdem, die Stimmen der meisten Kurfürsten für den Großherzog von Toscana gewonnen, welcher, um in der Nähe zu seyn, sich vor einiger Zeit, an die Spitze der vereinigten Armee gestellet hatte. Die kurfürstlichen Gesandten kamen, im Augustmonate, zu Frankfurt zusammen. Der 13te des Herbstmonats ward zu der Wahl bestimmt. Allein der Brandenburgische Gesandte setzte sich dagegen, und erklärte die gegenwärtige Versammlung für unrechtmäßig, weil man darin die Böhmisches Kurfürstliche Stimme zugelassen hatte. Der Gesandte des Kurfürsten von der Pfalz trat ihm bey; und sie verließen beide die Stadt, ehe der Wahltag gekommen war. Man fuhr jedoch mit der Wahl fort, die mit einmüthigen Stimmen der übrigen Kurfürsten geschah. Franz Stephan, Herzog von Lothringen und Bar, und Großherzog von Toscana, ward zum Römischen Könige und künftigen Kaiser, unter dem Namen Franz des Ersten erklärt z). Man erwartete von dieser Wahl gute Folgen in der Sache der Königin von Ungarn, deren Gemahl nun einen größern Einfluß, als vorher, auf die Fürsten und Stände des Deutschen Reichs bekam. Der Friede ward auch in Deutschland, noch vor dem Ende des Jahres, wieder hergestellt. Aber ehe dieses geschah, entstand ein neuer Krieg zwischen den Häusern Sachsen und Brandenburg.

Der

z) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 189, 210, 211, 315-331. und andere Erzählungen.

(\*) Gerade das Gegentheil von dem, was unser Herr Verfasser hier meldet, ist geschehen. Der König von Polen hat sich keinesweges um die kaiserliche Krone beworben, obgleich Frankreich und Preußen ihm nicht nur sehr anlagen, dieses zu thun, sondern ihm auch ihren Beystand dazu anboten. Er lehnete es aber, wegen seiner Verbindungen mit dem Hause Oesterreich, gänzlich ab. S. Geneal. histor. Nachr. Th. LXXXI. S. 839. LXXXV. S. 4. LXXXVIII. S. 274.

J. J. J. J.

Der König von Preußen war sehr unwillig auf den König von Polen, Kur-  
fürsten von Sachsen, seitdem dieser das Warschauische Bündniß geschlossen, der Köni-  
ginn von Ungarn Hülfe geleistet, und seine Truppen nebst den Oesterreichischen den Ein-  
fall in Schlesiens hatte thun lassen. Uebrigens schien er zu glauben, daß ein geheimer  
Vertrag zwischen den Höfen von Wien und Dresden gemacht wäre, wodurch die Köni-  
ginn von Ungarn die Schlesiens Fürstenthümer Glogau, Jauer und Wohlau, und  
die Handelsstädte in dem Gebirge dem Hause Sachsen abgetreten hätte. Ferner klagte  
man über die von den Sächsischen Truppen in Schlesiens gegen wehrlose Unterthanen  
verübte Ausschweifungen. Der König von Preußen ließ, im Augustmonate, eine Er-  
klärung bekannt machen, worin alle diese Beschwerden gegen den Dresdenschen Hof ent-  
halten waren. Er fügte hinzu, „daß ihm nichts übrig bliebe, als Gewalt mit Gewalt von Berlin.  
zu vertreiben, seine Unterthanen, gegen welche der König von Polen so viele Unmenschen-  
lichkeiten hatte begehen lassen, kräftig zu beschützen, den verderblichen Anschlägen dessel-  
ben zuvor zu kommen, und dessen Unterthanen in Sachsen eben dieselben Drangsale  
empfinden zu lassen, welche er ungesirast den Preussischen zufügen zu können geglaubt  
hätte a).“ Der Hof von Dresden gab, erst nach einem Monate, eine Widerlegung Wird von  
dieser Erklärung heraus, worin angeführt ward, „daß der König von Polen, Kurfürst dem Dees-  
schen wi-  
derlegt.  
Königinn von Ungarn geleistet wäre, nichts gethan hätte, als was er, kraft des mit  
ihr eingegangenen Schutzbündnisses, zu thun schuldig gewesen wäre; daß das War-  
schauische Bündniß, welches der Hof von Berlin unrechtmäßig genannt hätte, nichts  
als ein bloßes Schutzbündniß wäre, und es diesem Hofe gleichviel seyn müßte, ob Seine  
Polnische Majestät oder andere die Sächsischen Truppen besoldeten. Die Staaten der  
Vereinigten Niederlande, welche der Königin auch mit Gelde und Truppen bey-  
stünden, würden deswegen von dem Könige von Frankreich nicht als Feinde angesehen.  
Der Einfall in Schlesiens verdiente keine Vorwürfe, indem mit keinem Scheine einiges  
Rechtes behauptet werden könnte, daß das Bündniß zwischen Seiner Polnischen Maje-  
stät und der Königin, nach dem Rückzuge des Königs von Preußen aus Böhmen,  
aufgehoben worden wäre. Wenn dieses sich so verhielte; so könnte man allesamt in eines  
andern Staaten einfallen, wenn man nur nach dem Einfall in sein eigenes Gebiete zu-  
rückkehrete. Die von einigen Ungarn verübte Ausschweifungen würden, unbilliger  
Weise, auf die Rechnung der vereinigten Armee geschrieben. Aber die Preussische  
hätte, in ihrem gewaltsamen Durchzuge durch Sachsen, im Augustmonate des verwi-  
chenen Jahres, Räubereyen und Ausschweifungen begangen, welche sich weniger ent-  
schuldigen ließen, weil sie in einem freundschaftlichen, wenigstens in einem neutralen Ge-  
biete begangen wären. Man sagte vieles von der Gewogenheit des Königs von Preu-  
ßen gegen das Haus Sachsen. Es wäre auch wahr, daß man Seiner Polnischen  
Majestät, vor dem Tode des Kaisers, im Namen desselben, Vorschläge hätte thun  
lassen. Man hätte ihm hernach auch sechs Kreise in Böhmen, nebst einem Theile  
von Mähren, wosfern er dem Frankfurtschen Bündnisse beitreten wollte, anbieten  
lassen, mit dem Versprechen, daß Frankreich ihm eben dieselben Hilfsgeelder bezahlte  
würde, die er von Großbritannien erwartete. Und diese letzten Anbietungen wären  
geschehen,

1745.

„geschehen, da der König von Preußen in vollkommenem Frieden mit der Königin von Ungarn gewesen wären: woraus man den Schluß machen könnte, wie genau der Hof von Berlin die gemachten Verträge hielte.“ Der Beschluß der Widerlegung war, daß, da die Sächsischen Truppen nur Hülfstruppen wären, sie dem Könige von Preußen keine rechtmäßige Ursache, Sachsen mit den Waffen anzugreifen, gäben b).“

## XXVIII.

Hannoverscher Vertrag zwischen Großbritannien und Preußen.

Allein diese Gründe fanden wenigen Eingang an dem Berlinschen Hofe. Die Zwischenprache der Kaiserinn von Rußland c) und des Königs von Großbritannien halfen etwas mehr, um bey dem Könige von Preußen eine Neigung zu einem Vergleiche zu bewirken. Die zween Könige waren auch, bald nachdem die Preussische Erklärung bekannt gemacht war, zu Hannover, wegen einiger vorläufigen Artikel, die zum Grunde des Vertrages zwischen dem Könige von Preußen und den Höfen von Wien und Dresden geleyet werden sollten, einig geworden. Sie wurden am 26sten August unterzeichnet, und ihr Inhalt war: „daß der König von Preußen Schlesiens, so wie es ihm durch den Vertrag von Breslau abgetreten wäre, behalten, und daß der König von Großbritannien ihm über den Besiz desselben die Gewähr leisten, und die Staaten der Vereinigten Niederlande dazu gleichfalls zu bewegen suchen sollte. Daß der König von Polen, Kurfürst von Sachsen, Verzicht auf Schlesiens thun; daß der König von Preußen seine Kurstimme bey der Kaiserwahl (die damals noch bevorstand) dem Großherzoge von Toscana, gleich nach Unterzeichnung des Friedens, welche in sechs Wochen geschehen sollte, geben; und daß bis dahin dieser Vertrag geheim bleiben sollte. Die Könige von Großbritannien und Polen, als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg und Sachsen, der Kurfürst von der Pfalz, und das Haus Hessen-Cassel, sollten in diesen Frieden eingeschlossen werden d).“ Der König von Großbritannien hatte, nachdem diese Verabredung geschlossen war, ernstlich gearbeitet, um die Höfe von Wien und Dresden zu einer Unterhandlung, nach diesem Entwurfe, zu bewegen. Allein der Hof von Wien, der sich noch immer mit der Wiedereroberung Schlesiens schmeichelte, wollte sich zur Verzicht auf dieses Herzogthum nicht verstehen. Daher ward der Krieg mit dem Könige von Preußen fortgesetzt.

Wir haben schon der Bewegungen erwähnt, welche die Oesterreicher und Sachsen in der Lausitz, wie es schien, zu einem Einfalle in die Brandenburgischen Länder, machten e). Der König von Preußen suchte ihnen zuvor zu kommen, und ging ihnen in die Lausitz entgegen. Seine Vortruppen trafen die Sächsischen, am 23sten des Wintermonats, bey Zennersdorf an. Hier kam es zu einem hitzigen Gefechte, worin die Sachsen, mit einem großen Verlust an Todten und Gefangenen geschlagen wurden. Die Preußen gingen, den folgenden Tag, weiter nach Görlitz, wo sie den Prinzen Carl und die Oesterreicher zu finden dachten; aber diese hatten sich schon nach den Böhmischen Grenzen zurückgezogen. Darauf wurden Görlitz und Ositz, wo die vereinigte Armee ihr Magazin hatte, und hernach auch Jittau, an der Böhmischen Grenze, eingenommen. Zu gleicher Zeit war eine andere Preussische Armee, unter dem

b) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XXI. p. 12. et suiv. 30. et suiv.

c) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XXI. p. 65.

d) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 441.

e) §. XXV. dieses Buchs. S. 345.

dem Fürsten von Anhalt-Deßau, von Halle in Sachsen eingerückt, und hatte sich über Leipzig und Torgau bis nach Meissen ausgebreitet. Da nun beide Preussische Armeen sich Dresden näherten; so verließ der König von Polen, mit dem größten Theile seines Hofstaats, diese Hauptstadt, und begab sich nach Prag, wo er bis nach dem Friedensschlusse blieb. Ganz Sachsen stand den siegenden Waffen des Königs von Preussen offen, weil die Oesterreichische Armee, unter dem Prinzen Carl, nach Böhmen zurückgegangen war f).

Mittlerweile hatte der König von Preussen, durch den Großbritannischen Gesandten an dem Hofe zu Dresden, Thomas Villiers, einige Friedensvorschläge thun lassen. Er verlangte, „daß der König von Polen, Kurfürst von Sachsen, den Hannoverischen Vertrag schlechthin annehmen, und versprechen sollte, den Oesterreichischen Truppen niemals den Durchzug zu einem Einfalle in Schlesiern oder in andere Preussische Staaten zu verstaten.“ Auf diesen Vorschlag hatte man von Sächsischer Seite geantwortet, „daß der König von Polen nicht ungeneigt wäre, den Hannoverischen Vertrag anzunehmen, aber daß er sich deswegen zuvor mit dem Hofe von Wien berathen müßte, welches er unverzüglich thun würde. Uebrigens wollte er die Oesterreichischen Truppen aus seinen Staaten abziehen lassen, und ihnen niemals einen Durchzug durch dieselben zu einem Einfalle in Schlesiern oder andere Preussische Länder verstaten, jedoch unter der Bedingung, daß der König seine Truppen gleichfalls aus Sachsen zurückzöge.“ Allein der König von Preussen hielt dafür, daß der Wienische Hof sich leichter zu einem Vertrage entschließen würde, wenn der Sächsische ihm darin vorginge, und wollte seine Armee nicht aus Sachsen ziehen, ehe der König von Polen den Hannoverischen Vertrag nicht rein und schlechthin angenommen hatte. Der Hof von Dresden beschloß hierauf, am 3ten des Christmonats, in Abwesenheit des Königs, der damals schon zu Prag war, den gemeldeten Vertrag, unter der Bedingung anzunehmen, daß der König von Preussen die Feindseligkeiten gleich einstellte, seine Brandschatzungen mehr in Sachsen forderte, die gehobenen wieder zurückgäbe, und seine Truppen, ohne Verzug, aus Sachsen abziehen ließe. Aber der König von Preussen, der damals bis Bautzen mit seiner Hauptarmee fortgerückt war, war nicht Willens die Feindseligkeiten aufhören zu lassen, ehe der Vertrag unterzeichnet wäre. Die Zurückgabe der gehobenen Brandschatzungen schlug er schlechterdings ab. Zu eben der Zeit schrieb er an den Englischen Gesandten Villiers, „daß er mit Leidwesen gehöret, daß der König von Polen seine Hauptstadt verlassen hätte; daß er hierin seiner Denksart Unrecht gethan hätte, und daß er, in der größten Heftigkeit des Krieges, für ihn und die Seinigen Achtung gehabt haben würde.“ Ferner verlangte er, „daß der Englische Gesandte sich mit einer Vollmacht des Königs von Großbritannien zur Gewährleistung wegen Schlesiern versehen, und bewirken mögte, daß die Gesandten von Rußland und des Staats auch an der Beförderung des Friedens arbeiteten.“ Ich sehe, beschloß er, diesen Frieden als den Grund des Friedens von Deutschland an. Die Königinn von Ungarn wird denselben entweder gleich, oder bald hernach, annehmen. Allein der König von Polen wollte sich in keinen Vergleich einlassen, wosern der König von Preussen nicht vorher verspräche, die Feindseligkeiten einzustellen; wovon

Er 3

dieser

f) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 352-355.

XXIX.  
Anfang einer  
Friedensunter-  
handlung  
zu Dresden.

1745.

Schlacht bey  
Kesselsdorf.

dieser nichts hören wollte g). Er vernahm auch, daß die Oesterreicher wieder aus Böhmen zurückkämen, um sich mit den Sachsen, die sich bey Pirna versammelt hatten, zu vereinigen. Er ließ daher einen Theil seiner Armee zu der, welche unter dem Fürsten von Anhalt bey Meissen stand, stoßen, und durch denselben die Sachsen, die bey Kesselsdorf in Schlachtordnung gestellet waren, am 1ten des Wintermonats angreifen. Der Fürst erhielt einen vollkommenen Sieg. Die Oesterreicher, nebst den übrigen Sächsischen Truppen, gingen hierauf wieder nach Böhmen. Der König von Preussen hielt hernach seinen Einzug in Dresden, wo er die jüngsten königlichen Prinzen und Prinzessinnen antraf, welche, wegen ihrer Jugend, dem Könige, ihrem Vater, nicht nach Prag gefolget waren. Er besuchte sie, und begegnete ihnen sehr großmüthig. Man fand vieles Geschütze in Dresden, welches dem Ueberwinder in die Hände fiel h).

Letztes Anbie-  
ten des Kö-  
nigs von  
Preussen.

An dem Tage des Treffens bey Kesselsdorf empfing der König von Preussen ein Schreiben von dem Englischen Gesandten Villiers, worin er meldete, „daß der „Sächsische Hof die Nothwendigkeit der Unterhaltung der Preussischen Armee aus „Sachsen erkannte, zugleich aber hoffete, daß der König nichts mehr verlangen würde.“ Er fügte hinzu, „daß er diese Erklärung als einen nähern Schritt zum Frieden ansähe. „Daß er auch mit dem Minister der Kaiserinn Königin von Ungarn, dem Grafen „von Harrach, gesprochen hätte; und daß, wie es ihm schiene, diese Prinzessin zum „Frieden nicht ungeneigt wäre, wenn der König die Artikel des Hannoverischen Ver- „trages ein wenig mildern wollte. i). Der König beantwortete diesen Brief aus Dresden erst nach dreien Tagen. Er bezeugte darin „seine Verwunderung darüber, daß er am „Tage einer Schlacht Friedensvorschläge empfangen hätte; aber noch mehr, daß ein „Englischer Minister ihm rathe wollte, von dem Vertrage, welchen er mit dem Kö- „nig von Großbritannien geschlossen hätte, abzugehen.“ Viel eher, fügte er hinzu, werden Sie mich und meine ganze Armee zu Grunde gehen sehen, als daß ich, in dem geringsten Punkte, etwas von diesem Vertrage nachlasse. Wenn die Königin von Ungarn endlich einmal Frieden machen will, bin ich bereit, ihn, nach dem Hannoverischen Vertrage zu unterzeichnen; und wenn sie ihn gänzlich verwirft, werde ich mich berechtigt halten, meine Forderungen gegen sie zu erhöhen. Bringen Sie mir auch den letzten Entschluß des Königs von Polen, welchem ich noch meine Freundschaft zum letzten Male anbiete. Mein Glück macht mich nicht stolz. Lassen Sie mich demnach wissen, ob er das Verderben seines Landes dem Frieden mit seinen Nachbarn und der Wiederherstellung der Ruhe in Deutschland vorziehe k).

Sein eroffli-  
ches und  
dringendes  
Schreiben.

Ein solches dringendes Schreiben, welches zu der Nachricht von der Niederlage bey Kesselsdorf kam, war Ursache, daß der Graf von Harrach, von der Kaiserinn, Königin von Ungarn, und der Herr von Bülow, nebst dem Grafen von Stuben-  
berg,

XXX.  
Der Friede  
zwischen der  
Königin

g) Voyez les Lettr. du Roi de Prusse et d'autres dans le Recueil de ROUSSET, p. 97. Tom. XXI. p. 66, 72, 74, 76, 78, 79, 81, 87, 90, 92.

h) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. p. 355 - 360.

k) Lettre du Roi de Prusse du 18 Dec. 1745. dans le Recueil de ROUSSET, Tom. XXI. p. 99.



berg, von dem Könige von Polen, eiligt zu der Friedensunterhandlung bevollmächtigt wurden, welche sie sogleich mit dem Preussischen Staatsminister, dem Grafen von Podewils, angingen. Die Verträge wurden bald fertig, und am 25sten des Christmonats unterzeichnet. In dem einen, der zwischen dem Könige von Polen, als Kurfürsten von Sachsen, und dem Könige von Preussen geschlossen ward, wurden „die beiderseitigen Forderungen, wegen des in den zweien letzten Kriegen gethanen oder gelittenen Schadens, aufgehoben. Die Sächsischen Landstände und die Stadt Leipzig versprachen, unter der besondern Gewährleistung des Königs von Polen, dem Könige von Preussen, außer den bis zum 22sten des Christmonats schon gehobenen Brandschadungen, noch eine Million Thaler zu bezahlen. Die Preussischen Truppen sollten Sachsen, vierzehn Tage nach der Auswechslung der Friedensverträge, räumen. Der König von Polen trat dem Hannoverischen Vertrage schlechthin bey, und versprach innerhalb drey Wochen, eine schriftliche Verzicht, im Namen der Königin, seiner Gemahlinn, auf alles Recht, welches sie aus der Pragmatischen Sanction auf die dem Könige von Preussen durch den Breslauischen Vertrag abgetretenen Länder zu haben glauben könnte, auszustellen. Die Stadt Fürstenberg und der dortige Zoll auf der Oder, nebst dem Dorfe Schidlo, wurden von dem Könige von Polen an Preussen gegen Güter von gleichem Werthe in Schlesien oder anderwärts abgetreten. Die Protestantische Religion sollte in den Sächsischen Ländern, die Lausitz darunter begriffen, in ihrem gegenwärtigen Zustande bleiben. Rußland, Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande sollten um die Gewährleistung dieses Vertrages ersucht werden, derselbe aber, wenn sie gleich nicht erfolgte, dennoch seine völlige Kraft behalten 1).“ In dem andern Vertrage zwischen der Kaiserinn, Königin von Ungarn und dem Könige von Preussen wurden „die Breslauischen vorläufigen Artikel und der darauf gefolgte Berlinische Vertrag vom Jahre 1742, nebst dem im Augustmonate dieses Jahres 1745 zu Hannover geschlossenen Vertrage bestätigt. Die Königin sollte ihre Truppen, innerhalb zwölf Tagen, aus den dem Könige von Preussen durch den Breslauischen Frieden abgetretenen Ländern, und er in eben der Zeit auch die seinigen aus den Staaten der Königin ziehen. Die Königin sollte dem Könige die Baronie Turmhout in Brabant zurückgeben. Der König versprach, als Kurfürst von Brandenburg, den Großherzog von Toscana als Kaiser, und zugleich die Gültigkeit der Böhmischen Kurstimme zu erkennen; wogegen die Kaiserinn Königin sich verbindlich machte, den Kaiser, ihren Gemahl, zu bewegen, daß er dem Könige und seinem kurfürstlichen Hause eben die Vorzüge und Vorrechte, welche den Kurfürsten Sachsen und Hannover zugestanden wären, bewilligte, und die andern von weiland dem Kaiser Carl dem Siebenten dem Könige als Kurfürsten von Brandenburg und seinem Hause verliehenen Vortheile, durch einen besondern Vertrag, bestätigte. Die Kaiserinn Königin versprach dem Könige ferner, über alle seine Staaten, ohne Unterscheid, die Gewähr zu leisten, und der König ihr ein gleiches über alle die ihrigen in Deutschland. Der König von Großbritannien machte sich nicht nur zu der besondern Gewährleistung dieses Vertrages verbindlich, sondern versprach auch, nebst den zweien schließenden Mächten sein möglichstes zu thun, damit dieselbe von dem Staate der Vereinigten Niederlande

1) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 423.

1745.

„lande und dem deutschen Reiche, und ferner in dem künftigen allgemeinen Friedensschlusse von allen daran Theil nehmenden Mächten, in Ansehung aller Staaten und Länder des Königs von Preußen, übernommen wurde. Der König von Polen, als Kurfürst von Sachsen, ward, auf den Fuß des hannoverschen Vertrages, und der König von Großbritannien, als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, nebst dem Durchlauchtigsten Hause Hessen-Cassel, imgleichen der Kurfürst von der Pfalz, in den gegenwärtigen Vertrag eingeschlossen, jedoch unter der Bedingung, daß er den Kaiser und die Böhmisches Kurstimme erkannte m).“

Folgen des  
Friedens.

Diese zween Verträge stellten den Frieden in Deutschland wieder her. Der König von Großbritannien übernahm, im Maymonate des folgenden Jahres 1746, die Gewährleistung über den Preussischen Besiz von Schlesien und der Grafschaft Glatz, durch eine besondere Urkunde, und versprach, von neuem die Staaten der Vereinigten Niederlande zu eben dieser Gewährleistung zu bewegen. Der König von Preußen machte sich dagegen verbindlich, den Großbritannienischen Unterthanen die ihnen schuldigen Summen, wofür ihnen Schlesien verhaftet wäre, zu bezahlen n). Allein die Staaten gingen schwer an die Gewährleistung, welche man von ihnen verlangte. Bey dem deutschen Reiche gab es auch Schwierigkeiten, besonders, weil die Kaiserinn Königin darauf bestund, daß dasselbe zugleich die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction, welche im Jahre 1732 durch die meisten Stimmen beschloffen war, von neuem übernehme. Der König von Preußen hatte die Vorsicht gebraucht, sich, in dem Dresdenschen Vertrage, nicht ausdrücklich zur Gewährleistung der Pragmatischen Sanction zu verbinden, sondern allein die Gewährleistung über die Staaten der Königin in Deutschland versprochen. Er verlangte daher, daß der Dresdensche Vertrag erfüllt würde, wenn gleich das Reich zu Uebernehmung der Gewährleistung der Pragmatischen Sanction nicht zu bewegen wäre. Allein an dem Hofe von Wien war man der Meynung, daß eines nicht, ohne das andere, geschehen müßte o); und dieser Streit war Ursache, daß hierin von dem Reiche, vor dem Jahre 1751, kein Schluß gefaßt ward; da die Reichsstände sich, jedoch mit Vorbehaltung der Rechte des Reichs, zu der Gewährleistung des Dresdenschen Vertrages verbindlich machten p).

Abichten des  
Königs von  
Preußen.

Der König von Preußen hatte sich zuvor in dem Besitze von Schlesien nicht genugsam befestiget gesehen: aber durch das Glück seiner Waffen, welches die Verträge von Dresden hervorgebracht hatte, war er darin mehr gesichert worden, als er zuvor gewesen war. Die Kaiserinn Königin von Ungarn hatte die Verträge von Breslau und Berlin, wodurch ihm Schlesien und Glatz abgetreten waren, von neuem bestätigen müssen. Die Könige von Großbritannien und Polen hatten ihm ausdrücklich die Gewährleistung über dasjenige, was ihm durch diese Verträge abgetreten war, versprochen. Er erreichte also seine Absicht größtentheils durch die Verträge von Dresden, und die Königin sah eine geringere Möglichkeit als zuvor, jemals wieder zum Besitze von Schlesien zu gelangen. Viele verwunderten sich unterdessen, daß der König von Preußen, mitten

m) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

p. 432.

n) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

p. 445-448.

o) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

p. 450-460.

p) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

p. 479.

in dem Laufe seiner Siege, eine solche Bereitwilligkeit gezeigt hatte, sich mit beiden Mächten, mit welchen er Krieg führte, zu vergleichen: indem er, gleich nach dem Besatze bey Semmersdorf, dem Dresdenschen Hofe durch den Englischen Gesandten den Frieden hatte anbieten lassen. Allein, außer den Vortheilen, die er nun für sich zu be-  
dingen hoffen konnte, bewog ihn die unlängst von der Kaiserinn von Rußland gegebene Erklärung, mit der Unterhandlung möglichst zu eilen.

Die Gesandten der Kaiserinn Königin und des Königs von Großbritannien hatten sich, dieses ganze Jahr, große Mühe gegeben, den Russischen Hof zu bewegen, lungen an daß er in die Maßregeln, welche die Bundesgenossen genommen hatten; oder noch nehm-  
men mögten, treten mögte. Der außerordentliche Botschafter der Staaten, de Dieu, der am Ende des Aprils zu Petersburg angekommen war, hatte ihre Bemühungen unterstüzt. Er war, in seiner ersten Gesandtschaft, unter der Regierung der Kaiserinn Anna, der gegenwärtigen Kaiserinn, schon bekannt gewesen, welche damals fast als eine Privatperson lebete, und wenige Besuche von denen empfing, die wohl an dem Hofe zu stehen suchten. Allein der Herr de Dieu hatte kein Bedenken getragen, ihr zuweilen die Aufwartung zu machen, dabey aber sich so klüglich betragen, daß darüber kein Argwoh-  
n bey der Regierung entstanden war. Seine Ankunft war der Kaiserinn daher nicht unangenehm gewesen. Er hatte zwar den Auftrag, wieder an dem Handelsvertrage zu arbei-  
ten, der in seiner ersten Gesandtschaft nicht zum Schlusse gekommen war. Aber die Hauptabsicht seiner gegenwärtigen Gesandtschaft war, nebst den Ungarischen und Groß-  
britannischen Gesandten, eine kräftige Hülfsleistung für die Kaiserinn Königin zu bewir-  
ken. Der Russische Hof schien anfanglich hiezu geneigt: aber er ward anderes Sinnes, nach Schließung des Hannoverischen Vertrages, und forderte nachher weit größere Hilfs-  
gelder, als in dem Anfange der Unterhandlung; worüber man endlich mit vieler Mühe einig ward. Die Kaiserinn hatte sich geweigert, dem Warschauischen Bündnisse beizu-  
treten; aber der Einfall des Königs von Preußen in Sachsen hatte sie auf andere Ge-  
danken gebracht. Sie erklärte sich geneigt, dem Könige von Polen beizustehen. Sie ertheilte auch einem Theile ihrer Truppen den Befehl, sich marschfertig zu halten. Der Französische Gesandte suchte die Vollziehung dieses Befehls abzuwenden, indem er  
die Erklärung that, daß der König, sein Herr, im Falle eines offenbaren Friedensbruchs zwischen den Höfen von Berlin und Dresden, nicht unterlassen könnte, dem Köni-  
ge von Preußen beizustehen. Allein man sahe diese Erklärung als eine Drohung an, und man gab dem Gesandten zu verstehen, daß, so wie die Kaiserinn nicht die Absicht  
hätte, jemanden zu drohen, sie auch von Niemanden bedrohet seyn wollte. Die  
Nachricht von diesen Bewegungen in Rußland hatte inzwischen einen so großen Einfluß  
auf den Berlinischen Hof, daß er den Frieden eilig suchte, ehe die Russischen Truppen hie  
oder da die Preussischen Staaten anfielen. Der Marsch dieser Truppen, die schon bis  
nach Curland fortgerückt waren, war gleich nach den Dresdenschen Friedensschlüssen,  
eingestellt worden.

1745.

q) Notul. Zeel. 30 Nov. 1745. bl. 517.

r) Man sehe die Erklärung im Europ. Merc. Jul. - Dec. 1745. bl. 303.

s) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

III. P. I. p. 85.

1745.

XXXI.

Zustand des  
Krieges in  
Italien.Der Staat  
von Genua  
erkläret sich  
öffentlich wider  
den König  
von Sardinien.Aufstand der  
Corfen.

Die Kaiserinn, Königin von Ungarn gelangete dadurch zu einer völligen Ruhe und Sicherheit in Deutschland. Durch den Vertrag von Fuesen war sie schon mit dem Kurfürsten von Bayern verglichen worden; und dieser machte sich im Heumonat des folgenden Jahres verbindlich, siebentaufend Mann, gegen gewisse bestimmte Hülfs-gelder, zu Beförderung der gemeinen Sache zu unterhalten v). In Italien liefen die Sachen der Kaiserinn Königin dieses Jahr, unglücklich, insonderheit nachdem der Staat von Genua sich für Frankreich und Spanien erklärt hatte. Zwischen den Spanischen und Sardinischen Truppen in Piemont waren im Frühlinge nur einige Scharmügel vorgefallen. Es schienen auch die zwei Armeen, die in dem Kirchenstaate stunden, keine andere Absicht zu haben, als sich, durch Hin- und Herziehen, abzumatten, und den Vorrath von Lebensmitteln in dieser Gegend zu verzehren. Allein im Anfange des Aprils, brach der Graf von Gages, der den Oberbefehl über die Spanische Armee führte, von Viterbo auf, ging über den Panaro, und nahm den Weg nach Genua, in der Absicht, durch das Gebiete dieses Staats zu ziehen, und sich mit der Armee des Infanten Don Philipp in Piemont zu vereinigen. Die Oesterreicher, unter dem Fürsten von Lobkowitz, folgten ihm auf dem Fuße nach. Er ging zuerst in den Staat von Lucca, wo er die Magazine aufzehrte; und so bald er sich nur den Genuessischen Grenzen genähert hatte, erklärte sich der Senat von Genua, der bisher neutral gewesen war, öffentlich wider den König von Sardinien und seine Bundesgenossen w). Der Vertrag von Worms, wodurch das Recht der Königin von Ungarn auf das Marquisat Final, welches Carl der Sechste, im Jahre 1713, dem Staat von Genua verkauft hatte, dem Könige von Sardinien abgetreten war x), gab diesem Staate eine Ursache, sich mit Frankreich, Spanien und dem Könige beider Sicilien, gegen den König von Sardinien und dessen Bundesgenossen, zu verbinden w). Der Oesterreichische General, Graf von Schulenburg, bemächtigte sich, um das Ende des Brachmonats, der Stadt Novi in dem Genuessischen Gebiete. Die Genuesser hatten damals schon zehntausend Mann und einige Canonen zu der Spanischen Armee unter dem Grafen von Gages gesandt. Der König von Sardinien betrachtete sie daher, von dieser Zeit an, als seine offensbaren Feinde. Er nahm auch die Corfen, die unter der Herrschaft von Genua stunden, in seinen besonderen Schutz x); welches, in kurzem, die Kaiserinn Königin gleichfalls that. Die Corfen hatten, schon im Jahre 1732, wegen schwerer Bedrückungen, welche sie, ihrem Vorgeben nach, von ihren Herren litten, einen Aufstand gemacht, und hernach den Baron Theodor von Neuhof, unter dem Namen Theodors des Ersten, zu ihrem Könige erwählten. Dieser suchte auswärt's Hülfe; so gar bey Privat-leuten in Holland und Seeland, deren einige ihm Kriegsbedürfnisse zugeführt, und andere, wie vermuthet ward, ihn in Person am Bord gehabt hatten y). Allein er konnte

t) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 472.

u) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 224, 225.

v) S. oben S. V. dieses Buchs, S. 307.

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 326.

x) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 339.

y) Resol. Holl. 25 Oct. 14, 20, 22 Nov. 1737. bl. 596, 633, 647, 656. 16 Jul. 25 Sept. 16, 17 Oct. 13, 14, 20 Nov. 1738. bl. 406, 551, 565, 567, 615, 617, 629. Notul. Zeel. 9 Sept. 25, 28 Nov. 4, 8 Dec. 1738. bl. 161, 222, 223, 252, 259.

1745.

sein neues Königreich nicht behaupten. Die Corsen hatten daher ihre Zuflucht zu dem Könige von Sardinien genommen, so bald Genua sich öffentlich gegen ihn erklärt hatte. Die Armeen unter dem Infanten Don Philipp, welche unterdessen durch eine beträchtliche Anzahl Französischer Truppen, unter dem Marschall de Maillebois verstärkt worden, war durch das Thal Bormida fortgerückt, und hatte sich im Meiländischen, bey Alessandria della Paglia, mit der Armee des Grafen von Gages vereinigt. Die Oesterreichische und Sardinische Kriegsmacht wandte sich gleichfalls dahin, und nahm ein vortheilhaftes Lager hinter dem Tanaro z). Mittlerweile fielen dann und wann Scharmügel zwischen den beiderseitigen Armeen vor. Im Augustmonate belagerte der Graf von Gages Tortona, welches sich, am ten des Herbstmonats, durch einen Vergleich ergab. Ein Geschwader Englischer Kriegsschiffe, welches in der Mitteländischen See kreuzete, hatte inzwischen, schon im Heumonate, einige Bomben in Savona, eine ansehnliche Stadt im Genuesischen Gebiete geworfen. Seitdem versperrte dieses Geschwader den Hafen von Genua. Unterdessen hatten die Spanier Acqui und Pavia eingenommen. Der Infant Don Philipp suchte die Oesterreichischen und Sardinischen Truppen zu einem allgemeinen Treffen herauszulocken; sie ließen sich aber nicht ein, sondern, blieben in ihrem Vortheile hinter dem Tanaro. Gegen das Ende des Herbstmonats beschloß man, die Verschauungen des Königs von Sardinien anzugreifen; und bey dieser Gelegenheit geriethen die beiden Armeen, bey Bassignano an ein-  
Treffen bey  
Bassignano.  
ander. Die Franzosen und Spanier behielten das Feld. Alessandria della Paglia und Valenza wurden darauf von ihnen, so wie etwas hernach, auch Casal in Montferat und Asti in Piemont, eingenommen. Der Infant besetzte so dann die Hauptstadt Neiland, und ließ das Schloß belagern. Beide Armeen bezogen nun die Winterquartiere; die Franzosen und Spanier in Provence und in der Gegend von Savona, und die Oesterreicher und Sardinier in Piemont. Das Englische Geschwader hatte auch einige Bomben in Genua, wiewohl ohne dadurch großen Schaden zu thun, geworfen. Es ging hernach vor Bastia, der Hauptstadt in Corsica, und beschoß den Ort; der von den Genuesern besetzt war, so heftig, daß derselbe, weil er ohne-  
dem schon zuvor von den Corsen eingeschlossen gewesen war, in kurzem genöthiget ward, sich, durch einen Vergleich, zu ergeben: wiewohl die Genueser ihn bald wieder eroberten a). Die Sachen der Kaiserinn Königin und ihrer Bundesgenossen liefen also in Italien unglücklich; welches dem gefährlichen Schritte, den der Staat von Genua gethan hatte, zuzuschreiben war. Parma und Piacenza, nebst verschiedenen andern Städten im Meiländischen und in Piemont waren dem Infanten Don Philipp in die Hände gefallen, und er machte schon auf die Eroberung des Schloffes zu Neiland Rechnung. Allein das Kriegsglück änderte sich in kurzem, zu seinem Nachtheile; wie wir, in dem folgenden Buche erzählen werden.

Obligleich der Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien erklärt war; XXXII.  
so fiel doch in einer geraumen Zeit nichts feindliches zwischen ihnen vor, außer daß sie sich, Der Sohn  
von beiden Seiten einige Rauffahrtschiffe wegnahmen. Aber in dem gegenwärtigen des Präten-  
Jahre kam es zu größeren Theillichkeiten. Der älteste Sohn des Prätendenten, der sich denten erregt  
einen Auf-

Ny 2

bisher

z) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
II. p. 225-237.

a) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
II. p. 392-424.

1745.  
stand in  
Schottland.

Die Staaten  
senden dem  
Könige von  
Großbri-  
tannien  
wiederum  
sechstausend  
Mann zu  
Hülfe.

bisher in Frankreich aufgehalten hatte, begab sich, im Heymonat dieses Jahres, da selbst heimlich und unbekant zu Schiffe, um nach Schottland zu segeln, und sich da selbst an die Spitze einer großen Anzahl Schotten zu stellen, die in kurzem, einen Aufstand, zu seinem Vortheile machten. Der Hof von London, der etwas von seiner Abreise erfahren hatte, setzte eine Belohnung von dreysigtausend Pfund Sterlings auf seinen Kopf. Die Staaten wurden auch wieder um den Beystand von sechstausend Mann, so wie im vorigen Jahre, ersucht, und sie bewilligten dieselben ohne Vergug. Der Abt de la Ville gab sich viele Mühe, die Einschiffung derselben zu hindern. Er behauptete, daß diese Truppen, welche in Tournay und andern Städten der Niederlande, die von Frankreich erobert worden, in Besatzung gewesen waren, sich verbunden hätten, bis zum ersten Jenner des Jahres 1747, nicht wider Frankreich, oder dessen Bündsgenossen zu dienen b). Allein weil der König von Frankreich sich noch nicht öffentlich erklärt hatte, daß er den Sohn des Prätendenten für seinen Bündsgenossen hielte; so antwortete man dem Abte de la Ville, „daß die nach England bestimmte Truppen nicht in fremden „Sold treten, sondern nur gegen Rebellen gebraucht werden sollten c). Etwas hernach beschloß man jedoch, auf eine neue Vorstellung des Abts, worin er bewies, daß die Besatzungen sich verbunden hätten, nicht die geringsten Kriegsdienste zu thun, den König von Frankreich zu vergnügen, und keine Truppen einzuschiffen; die zufolge den Vergleichen, in einer gewissen Zeit, gegen Frankreich nicht dienen durften d). Die Hülfs- truppen des Staats, die unter dem Befehle des Grafen Moriz von Nassau stunden e), waren inzwischen in England angekommen, und lagerten sich bey Newcastle, wo sie gelandet waren. Der älteste Sohn des Prätendenten, Carl Eduard, war mittlerweile, an der Spitze eines Haufens Bergschotten nach Edinburg gegangen, wo man ihm gleich die Thore geöffnet, und seinen Vater zum Könige ausgerufen hatte. Unterweges hatte er sich noch verschiedener offenen Städte bemächtigt. Der General Johann Cope, der mit einigen königlichen Truppen den Rebellen entgegen gegangen war, ward von ihnen angegriffen, und in die Flucht geschlagen. Sie empfangen, in kurzem, auch einigen Beystand an Truppen und Kriegsbedürfnissen, die zu Düntirchen eingeschiffet waren. Allein die königliche Armee, welche hernach funfzehntausend Mann stark, nach Schottland gegangen war, zerstreute den wilden Haufen der Rebellen gänzlich, und erlegte eine große Anzahl derselben. Edinburg unterwarf sich hierauf dem Könige wieder. Der Sohn des Prätendenten, der sich nach Wales zurückzog, ward bey Clifton von den königlichen Truppen, unter dem Herzoge von Cumberland angegriffen, und völlig geschlagen. Er rettete sich jedoch durch die Flucht. Seitdem hörte man, in dieser Gegend, von keinen Rebellen etwas mehr. Nur hielte sich noch, in der Grafschaft Perth in Schottland, ein kleiner Haufe derselben auf, der nach der Schlacht bey Cul-loden, im April des folgenden Jahres, gänzlich zerstreuet ward (\*). Die Rebellen hat-

Der Auf-  
stand wird  
unterdrückt.

b) Voyez Memoir. pour l'Hist. de l'Euro-  
pe, Tom. III. P. I. p. 42, 49.

d) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.  
III. P. I. p. 55. R. R. O. T. Representat. of the  
late War, Vol. IV. p. 143, 145.

c) Refol. Gener. Mart. 21 Sept. 1745.

e) Notul. Zeel. 11 Oct. 1745. bl. 447.

(\*) Diese Erzählung der Kriegsverrichtungen der königlichen Truppen und der Rebellen ist nicht ordentlich und richtig genug. Die Begebenheiten sind so auf einander gefolget. Nachdem die



ten sich, mit einem beträchtlichen Beystande aus Frankreich geschmeichelt. Allein der Französische Hof hatte, wie einige meyneten, keine Hoffnung zu der Unternehmung, und nahm daher nicht ernstlich Theil daran; oder ward auch, wie andere dafür hielten, durch die Wachsamkeit der Großbritannienischen Regierung abgeschreckt, eine gefährliche Landung zu wagen, wovon man sich, in dem gegenwärtigen Zustande der Sachen, gar keinen guten Erfolg versprechen konnte. Der Sohn des Prätextenden, der sich, nach der Schlacht bey Culloden, noch einige Zeitlang in Schottland heimlich aufhielt, lief öfters große Gefahr, gefangen zu werden. Er rettete sich jedoch zuletzt kümmerlich auf ein Fahrzeug, welches ihn nach Frankreich führte f). Es ist nachher eine Erzählung seiner sonderbaren Schicksale in Schottland, in Französischer Sprache, an das Licht gekommen: aber ich weiß nicht, wie weit man sich darauf verlassen könne. Der Vortragschaffer der Staaten in Frankreich, van Zoey, hatte, auf Ansuchen des Französischen Hofes, an den Englischen, zum Vortheile des jungen Prätextenden und dessen Anhänger, wosern dieselben gefangen werden mögten, geschrieben. Der König von Großbritannien nahm dieses sehr übel auf, und ließ in dem Haag darüber klagen g). Die sechstausend Mann Hülfs- truppen des Staats waren; noch vor Unterdrückung des Aufstandes, nach den Nieder- landen zurückgekommen, und statt ihrer, sechstausend Hessen nach England geschickt worden h). Allein mittlerweile, da die Staaten Großbritannien, auf diese Weise, Beystand leisteten, litten ihre Unterthanen sehr von den Englischen Kapern, die, unter allerley Vorwänden, ihre Schiffe anhielten, aufbrachten und für verwirkt erklären ließen. Die Spanischen Küstenbewahrer hinderten den Westindischen Handel auch gewaltig. Der Schade, welchen die Spanier und Engländer, während den gegenwärtigen Unru- hen, den Holländern zur See gethan hatten, ward, um diese Zeit, von den Kaufleuten zu Harlem und Amsterdam, welche am meisten gelitten hatten, auf zehn Millionen Gul- den geschätzt. Viele suchten um Repressalienbriefe bey den Staaten an i), die jedoch

27 3

nicht

f) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. IV. p. 105 - 235. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 5 - 57, 94 - 136.

h) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. IV. p. 189.

g) Refol. Holl. 21 Jun. 1746. bl. 346.

i) Notul. Zeel. 11 Okt. 1745. bl. 451.

die Rebellen Meister von Edinburg geworden waren, und den General Cope, der sich ihnen ent- gegen setzen wollte, am 21sten Sept. 1745 bey Preston- pans geschlagen hatten; so drangen sie, 6000 Mann zu Fuß und 260 Mann zu Pferde stark, in England ein, nahmen Carlisle weg, und rückten darauf weiter südwärts bis nach Manchester und Derbyfort. Weil aber der Herzog von Cumberland und der Feldmarschall Wade, deren jeder eine gute Anzahl Truppen unter sich hatte, ihnen von allen Seiten zu Leibe gingen, so begaben sie sich auf den Rückzug nach Schottland. Der Herzog holte am 18ten Dec. ihren Nachtrab bey Clifton ein, wo es zu einem Gefechte kam, dessen unser Herr Verfasser, als eines entscheidenden Treffens gedenket, das aber nur ein Scharmügel gewesen ist. Der Sohn des Prätextenden, der Prinz Carl, befand sich auch nicht in Person dabei, sondern bey dem Groß seiner nach Schottland zurückweichenden Armee. Der Herzog von Cumberland verfolgte sodann die Rebellen weiter, und nahm Carlisle wieder ein. Nach ihrer Zurückkunft in Schottland belagerten sie Sterling, welches der Eng- lische General Sawley besetzen wollte; aber er ward von den Rebellen in dem Treffen bey Sal- tirk, am 17ten Jenner 1746, mit einem beträchtlichen Verluste geschlagen. Der Herzog von Cumberland setzte jedoch bald hernach die Kriegsunternehmungen gegen sie fort, und griff sie am 18ten April bey Culloden an, wo sie eine gänzliche Niederlage litten, welche der Rebellion ein völliges Ende machte. TINDAL'S Contin. of RAPIN, Vol. IX. p. 173 - 240.

1745.

nicht erteilet wurden. Dagegen riefen die Staaten die zehn Kriegsschiffe zurück, welche sie den Engländern zu Hülfe geschickt hatten, um durch dieselben die Handlung der Landeseinwohner zu beschützen <sup>k)</sup>.

Die Engländer  
eroberten  
Cap-Bre-  
ton.

In England hatte man, seit dem Anfange des Krieges mit Frankreich, seinen Entwurf gemacht, dieser Krone in Nord-America Abbruch zu thun. Durch den Utrechtschen Frieden waren die Franzosen, unter andern, in dem Besitze der Insel Cap-Breton geblieben, und hatten hier die Festung Louisbourg gebauet, wodurch ihr Stockfischfang und der Handel nach ihren Pflanzörtern, in dieser Gegend, gesichert ward. Der Englische Oberbefehlshaber Warren, der, seit einiger Zeit, vor dem Meerbusen von St. Lorenz kreuzete, faßte den Entschluß, im Maymonate, mit Hülfe einiger ihm aus Neu-England zugesandten Landtruppen, Louisbourg anzugreifen; und er eroberte die Festung, nach einer Belagerung von sieben Wochen. Hiedurch ward er Meister von Cap-Breton, und folglich von dem Fischfange der Franzosen in dieser Gegend, wodurch Frankreich, wie man rechnete, jährlich verschiedene Millionen Schaden litte. Durch diese Eroberung wurden auch die Französischen Pflanzörter hieselbst sehr beunruhiget, und ihre Handlung und Schiffahrt gewaltig gestört. So bald man in England von derselben Nachricht bekommen hatte, ward gleich die Verfügung gemacht, die dortige Festung mit Truppen und Kriegsbedürfnissen zu versehen <sup>l)</sup>. Ja es ging ein Gerüchte, daß der König von Großbritannien diese Insel unzertrennlich mit der Krone vereinigen wollte; welches jedoch nicht geschehen ist. Aber es zeigte sich in kurzem, wie wichtig man den Verlust von Cap-Breton in Frankreich angesehen habe; weil die Zurückgabe dieser Insel eine der vornehmsten Ursachen war, die den Französischen Hof zu einem Friedensschlusse bewog, der viel vortheilhafter für die Mächte, mit denen derselbe Krieg geführt hatte, war, als sie, nach einem sehr unglücklich geführten Kriege, sonst hätten hoffen können.

Man zweifelte auch zu dieser Zeit nicht, daß die Eroberung von Cap-Breton den Verlust reichlich ersetzt, welchen die Kaiserinn Königin und ihre Bundesgenossen in den Niederlanden, in dem Feldzuge dieses Jahres gelitten hatten; mit dessen Erzählung wir das folgende Buch anfangen werden.

k) ROLT Vol. IV. p. 251.

pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 301. und

l) R. ROLT Vol. IV. p. 5 - 30. Memoir. andere Nachrichten.



Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Sieben und siebenzigstes Buch.

### Inhalt.

- I. Feldzug in den Niederlanden. Die Franzosen belagern Tournay. II. Bewegungen der vereinigten Armee. Schlacht bey Fontenoi. Tournay und das Schloß geht verlohren. III. Die Franzosen erobern Gent, Brügge, Deinze, Damme, Alost, Wudenarde und Dendermonde. Die vereingte Armee zieht sich nach Brabant. Ostende und Nieuwpoort gehen verlohren. IV. Vorschlag zu einer Friedensversammlung. Die Franzosen nehmen Aeth ein. Die Schanze an der Nieuwersluis wird wieder hergestellt. V. Brüssel geht verlohren. Absichten des Französischen Hofes. VI. Er bietet den Staaten wiederum die Neutralität an. Sie wird nicht angenommen. Drey Französische Ostindische Schiffe werden zu Batavia verkauft. Der Handelsvertrag von 1739 wird widerrufen. Unterhandlung mit Frankreich. VII. Eröffnung des Feldzuges in den Niederlanden. Antwerpen und das ganze Oesterreichische Brabant wird von den Franzosen erobert. Sie nehmen Bergen in Hennegau, St. Guilain, Charleroi und Namur nebst dem Schlosse ein. VIII. Schlacht bey Rauoupe in dem Lüttichschen. Zustand der Oesterreichischen Niederlande. IX. Zustand des Krieges in Italien. Genua unterwirft sich den Oesterreichern. Bitter die Staaten um ihre Fürsprache. Verreibt die Oesterreichische Besatzung. Kriegsverrichtungen zur See zwischen den Engländern und Franzosen. X. Unterhandlungen an dem Russischen Hofe. Bündniß zwischen den Höfen von Wien und Petersburg. Der Rathpensionär van der Heim stirbt. Der Secretär Jacob Gilles folgt ihm. XI. Unterhandlung zu Breda. Entwurf einiger Friedensartikel. XII. Frankreich thut die Erklärung, daß es das Gebiete des Staats angreifen wolle. XIII. Die Franzosen fallen in das dem Staate zugehörige Flandern ein. Die General-Staaten geben den Provinzen davon Nachricht. Brøndyke und Liekenshoek gehen verlohren. XIV. Anlaß zu der Veränderung in der Regierung des Staats. XV. Bewegungen zu Middelburg. Der Prinz von Oranien wird zu Veere zum Statthalter von Seeland ausgerufen. Und in den andern Seeländischen Städten. Schrecklicher Aufruhr in Hierikzee und in Thoolen. Der Prinz von Oranien wird von den Seeländischen Ständen zum Statthalter ernannt. XVI. Die Stände von Holland fassen einen muthigen Schluß gegen Frankreich. Der Rathpensionär Gilles wird beschuldigt und ver-

ver-

verteidiget. Er stattet Bericht von demjenigen ab, was zu Breda gehandelt worden. XVII. Der Prinz von Oranien wird zum Statthalter zu Rotterdam erklärt. Zu Delft und in vielen andern Städten. Aufruhr zu Rotterdam und in Briel. XVIII. Zu Amsterdam geschieht die Ernennung des Statthalters ohne Aufruhr. XIX. Unruhen in dem Haag. Die Stände von Holland ernennen den Prinzen von Oranien Wilhelm IV. zum Statthalter, General-Capitain und Admiral ihrer Landschaft. Schreiben des Prinzen an den Grafen von Bentink. XX. Der Prinz kommt nach Amsterdam. Nach dem Haag. Er wird auch General-Capitain und General-Admiral der Vereinigung, und Statthalter in Utrecht und Overijssel. Rede des Grafen von Bentink. XXI. Des Prinzen Einrichtungen in Seeland. Er wird wieder in den Besitz des Marquisats von Veere und Vlissingen gesetzt. Andere Würden, die ihm aufgetragen werden. Verschieden. Verordnung wegen des Gebets für den Prinzen. XXII. Die Unterhandlung zu Breda wird abgebrochen. Die Franzosen erobern Sas van Gent, Philippine, Kullst, Arel und Terneuze. Anstalten in Seeland. XXIII. Bewegungen der beiderseitigen Armeen. Schlacht bey Lafeld. XXIV. Die Franzosen belagern Bergen op Zoom. Die Stadt wird durch einen Ueberfall eingenommen und geplündert. Die Schanzen Friederich Heinrich, Lillo und die Kreuzschanze gehen verloren. XXV. Aufrührische Bewegungen unter dem

Volke in Holland aus Unwillen gegen die Römisch-katholischen. Es werden Stadtsoldaten angenommen, und die Einwohner in den Waffen geübet. XXVI. Der Holländische Adel thut den Vorschlag, die Würden des Prinzen erblich in seinen männlichen und weiblichen Nachkommen zu erklären. Bewegungen unter dem Volke. XXVII. Ursprung des Aufruhrs wegen der Aemter und Posten. Verschiedene Städte geben dem Prinzen die Posten, welcher sie an das Land abtritt. Amsterdam macht Schwierigkeiten dabey. Sie werden hier der Stadt gegeben. Herkunft der Posten. XXVIII. Der Rath zu Rotterdam wird gezwungen, in den Verkauf der Aemter zu willigen. Der Prinz erklärt die erzwungene Einwilligung für ungültig. Unruhen zu Harlem. Zu Gouda. XXIX. Entwurf einer Bittschrift, der zu Amsterdam herumgetragen wird. Das Volk wird auf den Dammen zusammen gerufen. Aufrührischer Einsall in das Rathhaus. XXX. Die Stände von Holland fassen einen Schluß wegen der Mißbräuche bey den Aemtern. Der Stadt Amsterdam wird stark angelegen, die Posten abzutreten. Sie will sich dazu nicht entschließen. XXXI. Die Stände von Holland erklären die Würden eines Statthalters, General-Capitains und Admirals erblich in den männlichen und weiblichen Nachkommen des Prinzen. XXXII. Eben dieses geschieht, in Ansehung der andern Würden des Prinzen, in den meisten übrigen Landschaften, und in der Versammlung der General-Estaaten.

1745.

I.  
Eröffnung  
des Feldzugs  
ges in den

Der Feldzug in Deutschland war, dieses Jahr, zu Ende gegangen, ohne daß Frankreich darin vieles verrichtet hatte. Denn man hatte beschlossen, die größte Macht des Königs in den Niederlanden zu gebrauchen, und die Unternehmungen fortzusetzen, die daselbst, im verwichenen Jahre, wegen des Ueberganges des Prinzen

Pringen Carls über den Rhein, hatten eingestellt werden müssen. Der Botschafter 1745.  
 der Staaten in Frankreich vernahm schon zeitig, daß das Mißvergnügen daselbst gegen Niederlan-  
 seine Herren größer geworden war, nachdem die Staaten beschloffen hatten, dem Könige den.  
 von Großbritannien, welchen die Französischen Minister für den angreifenden Theil in  
 diesem Kriege gehalten wissen wollten, Schiffe zu Hilfe zu schicken. Man zweifelte da-  
 her nicht, daß die übrigen Barrièrestädte der Staaten, eine nach der andern, angegriffen  
 werden würden. Der Marschall von Sachsen hatte bereits, mitten im Winter, gesucht  
 St. Guilain durch einen Ueberfall wegzunehmen, und drohete, gegen den Frühling,  
 Namur und verschiedenen Städten in Hennegau mit einer Belagerung. Im April  
 versammelte er die königliche Armee in der Gegend von Maubeuge, und sandte zugleich  
 den Grafen von Estrées, mit einiger Reiterey nach Bergen in Hennegau, als wenn  
 er eine Absicht auf diese Stadt hätte. Aber ganz unvermuthet gab er andere Befehle, Tournay  
 und die Armee, die schon in Bewegung war, nahm den Weg nach Tournay, welches wird von den  
 am 25ten von dem Herzoge von Sarcourt belagert ward. Hieraus entdeckte es sich, Franzosen  
 daß man, nach Bemeisterung der vornehmsten Plätze an der Leye, die Festungen an der  
 Schelde wegnehmen, und sich dadurch den Weg zur Eroberung der gesammten Oester-  
 reichischen Niederlande bahnen wollte. Die eine Stunde oberhalb Tournay an den  
 Grenzen liegende Schanze St. Anton, welche mit Truppen des Staats besetzt war, ward  
 am 26ten, durch einen Vergleich, eingenommen. Die Laufgraben von Tournay wur-  
 den am 1sten May eröffnet, und die Belagerung ward, unter beständigen Ausfällen der  
 Belagerten, tapfer fortgesetzt.

Das vereinigte Kriegsheer, welches aus Oesterreichischen, Englischen und Han- II.  
 noverischen Truppen und denen des Staats bestund, hatte sich bey Brüssel zusammenge- Bewegungen  
 zogen, und suchte, auf die Nachricht von der Belagerung der Festung Tournay, dieselbe der Bunde-  
 zu entsetzen. Die Truppen brachen demnach in dreyen Haufen auf. Der Herzog von genossen.  
 Cumberland führte den Befehl über den mittelsten, der aus Englischen und Hannove-  
 rischen bestund; der Graf von Königseck über den rechten, wo die Oesterreicher sich  
 befanden, und der Fürst von Waldeck, der im Jahre 1742, ein Regiment zu Fuße für  
 den Staat erworben hatte, und hernach zum General ernannt war, den linken, welchen  
 die Truppen des Staats ausmachten. So bald der König von Frankreich, der selbst  
 zu der Armee vor Tournay gekommen war, von dem Anzuge der Bundsgenossen Nach-  
 richt erhalten hatte, ging er, mit dem größten Theile seiner Truppen, über die Schelde,  
 und stellte sich den 10ten May in Schlachtordnung, hinter einer besetzten Linie, welche  
 zur rechten Seite bey dem Dorfe Antoin anfang, und längst dem Dorfe Fontenoi, nach  
 dem Walde von Vary zu lief; welche drey Dörfer ein Dreyeck ausmachten. Der Mar-  
 schall von Sachsen hatte, zwischen Antoin und Fontenoi, drey Feldschanzen, und zween  
 zu beiden Seiten des Waldes von Vary aufwerfen, und alle wohl mit Geschütze versehen  
 lassen. Das Dorf Rumgnies, welches in der Ebene liegt, war gleichfalls besetzt.  
 Die Bundsgenossen wurden, bey der Herannäherung, zuweilen von einigen feindlichen  
 Parteyen angefallen, welche sie jedoch, mit Verluste, zurückwiesen. Achttausend Mann  
 von dem Vortrabe, unter dem General - Lieutenant Campbell, dem General - Major,  
 Grafen von Albemarle, und den Brigadieren Crafford und Boerselaar, bemächti-  
 gen sich des Dorfes Werten. Der Fürst von Waldeck warf sich in Fontenoi, ohne  
 daß die Franzosen ihn daran zu hindern suchten. Man beschloß, den Feind am 1ten

1745.

Schlacht bey  
Fontenoi.

May mit anbrechendem Tage anzugreifen. Das Groß der Armee brach also, um vier Uhr, aus der Gegend bey Leuze in Hennegau auf, und nahm den Weg nach der Gläthe bey Antoin und Fontenoi. Die Engländer und Hannoveraner stellten sich bey Fontenoi in Schlachordnung; die Truppen des Staats, die sich erst nach Antoin wandten, folgten hernach den Engländern und Hannoveranern, und setzten sich auch bey Fontenoi. Der feindliche Posten bey diesem Dorfe ward heftig angegriffen. Die Franzosen wichen erst zurück, und lockten die vereinigten Truppen auf eine Höhe, beschossen sie alsdann aber so gewaltig, daß sie, weil sie einen solchen Empfang nicht erwartet hatten, endlich genöthiget wurden, sich zu entfernen. Die vereinigte Armee suchte hernach zwischen den Posten bey Fontenoi und dem Walde von Vary durchzudringen. Das Fußvolk ward dicht zusammen gestellt, und feuerte heftig aus dem kleinen Gewehre; welches den Feind in so weit zum Weichen brachte, daß die vereinigten Truppen, bis auf dreyhundert Schritte oberhalb Fontenoi durchdrangen. Aber hiedurch wurden sie, auf beiden Seiten einem heftigen feindlichen Feuer aus dem groben Geschütze und dem kleinen Gewehre bloßgestellt. Sie hielten dem ungeachtet, eine geraume Zeit, Stand. Allein der König ließ sie nun von vorne und von beiden Seiten angreifen; welches mit solchem Nachdruck und Ordnung geschah, daß die vereinigten Truppen in Unordnung gebracht, und in kurzem, gänzlich über den Haufen geworfen wurden. Es blieben, bey dieser Gelegenheit, viele Leute. Bey dem Dorfe Antoin stund einige Reiteren des Staats, welche befehliget war, einen verschanzten Kirchhof anzugreifen, welches nicht ohne großen Widerwillen, unter einem heftigen Feuer des Feindes unternommen ward: aber auf ein Gerüchte, daß die ganze Armee bey Fontenoi zum Weichen gebracht wäre, begab sie sich gleichfalls auf die Flucht. Als der Oberste Matthias Hayto Appius, Befehlshaber des Regiments Reiteren des Prinzen von Hessen-Lomburg, die Seinigen auf der Flucht sahe; so rannte er ihnen nach, und schrie: Steht, von Lomberg, steht! Er brachte sie auch zweymal so weit, daß sie Halte machten. Allein wie sie, zum dritten Male, zu fliehen anfangen; so folgete er ihnen endlich selbst, und kam mit den Flüchtigen gegen den Abend zu Arh an. Von hier schrieb er den folgenden Tag an den Staatsrath, „daß die ganze vereinigte Armee zu Grunde gerichtet wäre, und daß die elenden Ueberbleibsel einiger Regimenter, ohne Gezelte und Gepäcke, welche die Französischen Husaren geplündert hätten, zu Arh angekommen wären. Allein dieses Schreiben, welches, wie er hernach selbst befand, nicht mit der Wahrheit übereinstimmte, und sein, ohne Befehl, geschעהener Zurückzug ward ihm so übel genommen, daß der Kriegsrath ihn verurtheilte, den Staatsrath und das Kriegsgericht öffentlich um Vergebung zu bitten, und seinen Brief zu zerreißen; er entsetzte ihn ferner seiner Bedienung, und erklärte ihn für untüchtig, dem Staate jemals wieder dienen zu können. Der Staatsrath verbannte ihn hernach so gar aus den vereinigten Provinzen und den Generalitätslanden. Allein er hatte sich mittlerweile den Schuß der Stände von Grönningen und des Rathes der Stadt Grönningen erworben, und blieb also ruhig in dieser Stadt, wo man überhaupt nicht überzeugt war, daß er eine so scharfe Strafe verdienet hätte: ob man ihn gleich nöthigte, seine Schußschrift, die in dem Haag durch den Scharfrichter verbrannt ward, öffentlich zu widerrufen. Bald nach Mittage, und kaum eine halbe Stunde, nachdem Appius seinen Posten verlassen hatte, ward, bey der vereinigten Armee, der Befehl zum Rück-

Vorfall mit  
dem Obersten  
Appius.



Rückzuge gegeben a). Sie ging nach den nächsten Städten. Die Truppen des Staats kamen, am Abend, meistens zu Arth an. Nachdem die zerstreuten Haufen sich wieder versammelt hatten; so lagerte sich die Armee an einem vorthellhaften Orte bey Lessines. Die Zahl der Getödteten, Verwundeten und Gefangenen ward von einigen über zehntausend, von andern noch auf keine achttausend geschätzt. Die Franzosen rechneten ihren Verlust auf sechstausend Mann. Unter die vornehmsten der Getödteten von den Hülfs- truppen des Staats zählte man den Brigadier von Salisch, den Obersten von Ryffel, und den Oberstleutenant Baron von Voerselaar, nebst den Oberstwachtmännern von Kollen, Anderlei und einigen andern. Der Baron von Lynden von Blitterswyk, Oberster der Reiterrey, und der Baron Colbe, Adjutant des Grafen von Königseck, die in dem Treffen gefährlich verwundet waren, starben zu Arth, wohin man sie nach dem Gefechte gebracht hatte. Als der König von Frankreich, den folgenden Tag, das mit reichen besetzte Schlachtfeld dem Dauphin zeigte; soll er, wie erzählt wird, gesagt haben: Sehet hier, mein Sohn, um welchen hohen Preis die Siege gekauft werden b).

Die Niederlage bey Fontenoi bahnete den Weg zu der Eroberung von Tour- Tournay. Die Belagerung dieser Stadt ward so stark fortgesetzt, daß der Befehlshaber van und das Dorth sie, am 23sten May, durch einen Vergleich übergab. Er zog sich mit der Be- Schloß ge- sassung in das Schloß, und machte zugleich einen Waffenstillstand auf acht Tage, inner- ben verloh- halb welchen er von den General- Staaten Befehle einzuholen versprach, das Schloß zu ren. übergeben oder zu vertheidigen. Man beschloß in dem Haag das letztere; und darauf ward das Schloß, in der Nacht nach dem 31sten May, heftig beschossen und bombardirt. Die Belagerung, während welcher die Belagerten viele Ausfälle thaten, ward bis auf den 10ten des Brachmonats fortgesetzt. Die Oeffnung in dem Hauptwalles war damals groß genug, um Sturm zu laufen: weswegen der Befehlshaber sich entschloß, die weiße Fahne aufzustecken, und den Platz, durch einen Vergleich, zu übergeben, welcher den folgenden Tag unterzeichnet ward. Die Besatzung machte sich verbindlich, bis zum ersten Jenner des Jahres 1747, gegen den König von Frankreich oder dessen Bundesge- nossen nicht zu dienen. Sie sollte auch bey keinen andern Regimentern des Staats unter- gesteckt werden, noch den geringsten Kriegsdienst, in der gedachten Zeit, thun c). Wegen dieser Bedingung hielte hernach der Französische Hof dafür, daß diese und dergleichen Besatzungen nicht unter den für den König von Großbritannien bestimmten Hülfsvölkern gebraucht werden könnten: wie wir schon in dem vorhergehenden Buche gesehen haben d).

Die Französische Armee blieb bey Tournay, um sich auszuruhen, bis in den III. Anfang des Heumonats stehet: da indessen die vereinigten Truppen, die eine Verstärkung Die Franzo- aus England und von andern Orten erwarteten, sich bey Lessines an der Dender auf sen erobern hielten, und ganz Brabant und den besten Theil von Flandern bedeckten. Allein der Gent, Marschall von Sachsen suchte sich der vornehmsten Flandrischen Städte zu bemächtigen,

33 2

a) Man sehe das Urtheil, und andere die l'Europe, Tom. II. p. 238 - 268 und andere Sache von M. S. Appius betreffende Schriften. Nachrichten.

b) R. ROLT Represent. of the late War, II. p. 268 - 271. c) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

Vol. III. p. 554 - 568. Memoir. pour l'Hist. de d) §. XXXII. S. 256.

1745.

ehe die vereingte Armee ihn daran hindern konnte. Er zog also, am ersten des Heumonats, in fünf Haufen gegen die Leuze. Sein Anzug nöthigte das vereingte Heer über die Dender nach Geertsbergen zu gehen, wo es sich lagerte. Als sich die Franzosen demselben genähert hatten, fielen einige leichte Scharmügel zwischen den beiderseitigen Parteyen vor: aber es kam zu keinem Treffen, weil die Bundesgenossen in ihrem Vortheile blieben. Der Marsch der Franzosen zwischen der Schelde und der Dender schien Oudenarde und Aeth mit einer Belagerung zu bedrohen: aber ihre geheime Absicht ging auf Gent, wo die meisten Lebensmittel für die vereingte Armee zusammen gebracht waren. In der Nacht nach dem 8ten gingen die Franzosen, unterhalb Oudenarde, über die Schelde. Einige Englische und Hannoverische Truppen, die aus Nienrode nach Gent gingen, geriethen mit einigen feindlichen unter du Caila, die sich eine Stunde von Gent, bey der Alten Melle, zu lagern anfangen, in ein hitziges Geschre, wurden aber genöthiget sich zurück zu ziehen. Der Graf von Löwendal, welcher den Abend vor dem 10ten bey den Französichen Truppen vor Gent angekommen war, nahm die Stadt, die keinen Widerstand thun konnte, ohne Mühe ein. Das Schloß ergab sich vier Tage hernach, ohne daß ein Schuß darauf geschehen war. Die Franzosen fanden zu Gent einen großen Vorrath von Lebens- und Kriegsbedürfnissen und Kleidungen. Die Eroberung von Gent war von desto größerer Wichtigkeit, weil dadurch den Bundesgenossen die Gemeinschaft mit Flandern abgeschnitten ward. Zwey Geschwader Hannoverischer Reiteren, die sich aus Gent gerettet hatten, gingen nach Sluis: aber man wollte sie nicht einlassen: welches, da es bekannt ward, einiges Mißvergnügen an dem Englischen Hofe verursachte e). Molt wandte sich darauf nach Ostende f). Die Feinde nahmen hernach noch verschiedene unbefestigte Dörfer in Flandern weg. Brügge ergab sich am 19ten an den Marquis de Souvre. Deinze und Damme waren schon zuvor eingenommen. Molt ging zugleich mit Brügge über. Löwendal, der zu eben der Zeit Oudenarde belagert hatte, bekam die Stadt, durch einen Vergleich, ehe er sie noch hatte beschießen können. Die Besatzung, welche zum Theile aus Truppen der Staaten bestand, ward zu Kriegsgefangenen gemacht. Im Anfange des Augustmonats ward die Belagerung von Dendermonde unternommen, und so stark fortgesetzt, daß der Ort, welcher, zufolge dem Barrieretractate, von Truppen der Kaiserinn Königin und des Staats besetzt war, sich am 12ten, mittelst eines Vergleichs, ergab.

Brügge,  
Deinze,  
Damme,  
Molt, Oudenarde und

Dendermonde.

Die vereingte Armee zieht sich nach Brabant zurück. Ostende und Nieuwpoort gehen verloren.

Mittlerweile hatte sich die vereingte Armee von der Dender nach Brabant zurückgezogen, und hinter dem Canal zwischen Brüssel und Vilvoorden gelagert. Der Feind hatte daher, in Flandern, ein freyes Feld, und bediente sich der Gelegenheit, noch einige Plätze zu erobern.

Dendermonde war noch belagert, als der Graf von Löwendal vor Ostende rückte. Er nahm die Stadt in zehn Tagen, nach Eröffnung der Laufgraben, am 23ten August, ein. Die Englische Besatzung erhielt einen freyen Abzug, mit allen Kriegesgeräthen. Die Eroberung von Ostende machte die Ueberfahrt der Englischen Truppen, die hier ausgeschifft zu werden pflegten, beschwerlicher. Bald nach der Uebergabe dieser Stadt griff Löwendal Nieuwpoort an, und ward, in fünf Tagen, am 5ten des Herbst-

e) Notul. Zeel. 2 Aug. 1745. bl. 340.

f) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. III. p. 582.

Herbstmonats, davon Meist. Kurz zuvor war der König von Frankreich nach Paris zurückgegangen g).

1745.

Die Bestürzung war sehr groß, die durch die Uebergabe so vieler Städte, hier zu Lande, unter dem Volke verursacht ward. Die Leute ließen sich, wie es zu gehen pflegt, leicht einbilden, daß dieses nicht ohne Verrätherey geschähe, ob es gleich allein oder vornehmlich dem unglücklichen Ausgange des Treffens bey Fontenoi zuzuschreiben war. Der Abt de la Ville wollte sich der Umstände der Zeit bedienen, und that, nur vier Tage nach der Eroberung von Nieuwpoort, in der Versammlung der General - Staaten Vorschläge zu einer Friedensschlüsse, als dem geschicktesten Mittel, dem Kriege ein Ende zu machen. Die Staaten nahmen den Vorschlag an, um sich darüber mit ihren Bundesgenossen zu berathen h); allein es verging eine geraume Zeit, ehe etwas darauf beschloffen ward. Schon zeitig im Frühlinge hatte die Ottomannische Pforte, durch Bewirkung Frankreichs, wie vermuthet ward, ihre Vermittelung Großbritannien und den Staaten angeboten. Aber man bezeugte so wohl hier als zu London wenige Neigung, einen solchen Vorschlag anzunehmen i).

Nach der Abreise des Königs von Frankreich aus Flandern hielt man den Feldzug in den Niederlanden für geendigt: aber man betrog sich. Der Marschall von Sachsen sandte, am Ende des Herbstmonats, den Grafen von Clermont Gallerande mit einem Theile der Französischen Armee ab, und ließ Aeth angrreifen. Zwischen dem 2ten und 3ten des Weinmonats wurden die Laufgraben eröffnet. Der Befehlshaber der Stadt, der Graf von Wurmbrand, ließ unaufhörlich auf die Feinde feuren. Der Herzog von Cumberland rückte auch mit einem Theile der vereinigten Armee bis nach Halle, als ob er Willens gewesen wäre, die Stadt zu entsetzen. Allein er ward in kurzem anderes Sinnes, und gieng nach dem Lager zwischen Brüssel und Vilvoorden zurück. Die Belagerung von Aeth ward so stark fortgesetzt, und die Stadt so heftig beschossen, daß sie, in der Nacht zwischen dem 7ten und 8ten in Brand gerieth: welches ein solches Schrecken verursachte, daß der Befehlshaber alsobald eine Unterhandlung wegen der Uebergabe anfang, und einen Vergleich schloß. Die Besatzung erhielt, bey dem Auszuge, die gewöhnliche Kriegesehre, zwey Stücken Geschüs und einen Mörser. Aeth war die letzte Stadt zwischen der Dender und der See, welche unter der Herrschaft der Kaiserinn - Königin gestanden hatte. Der Feldzug in den Niederlanden ward mit der Eroberung dieses Ortes beschloffen k). Der Aufstand in Schottland nöthigte den König von Großbritannien, alle Englische Truppen, gegen das Ende des Jahres, nach Hause zu rufen. Die Staaten fanden sich, wie wir oben l) gesehen haben, verbunden, denenselben sechstausend Mann der Ihrigen beizufügen. Hieburch ward die vereinigte Armee, die ohnedem in dem Treffen bey Fontenoi sehr gelitten hatte, noch mehr geschwächt.

33 3

g) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. III. p. 582 - 586. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 282 - 299. und andere Nachrichten.

h) Secr. Resol. Gener. 9 Sept. 1745. Man sehe auch das Memorial im Europ. Merc. Jul. - Dec. 1745. bi. 201.

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 6, 102. and R. ROLT Vol. III. p. 520.

k) R. ROLT Vol. III. p. 586. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. II. p. 299. et suiv.

l) B. LXXVI. §. XXXII. C. 356.

1745. schwächt. Man war daher hier zu Lande in großer Bekümmerniß wegen des Ausganges des künftigen Feldzuges.

Die Schanze an der Nieuwerfluis wird wieder hergestellt.

Die Stände von Holland selbst waren für die Sicherheit ihrer Landschaft besorgt, und hatten daher beschlossen, die geschleifte Schanze an der Nieuwerfluis in der Veicht, von neuem zu befestigen und zu besetzen. Aber weil ein Theil dieser Schanze auf der westlichen Seite dieses Flusses, und also auf dem Boden der Provinz Utrecht angeleget werden mußte; so war nöthig, sich zuvor mit den Ständen dieser Landschaft darüber zu vergleichen; welches sie am 18ten des Christmonats thaten, und, unter andern, bewilligten, daß der Befehlshaber dieser Schanze auch denen von Utrecht schwören sollte, die bürgerlichen Verordnungen dieser Provinz in der Schanze beobachten zu lassen. Die Schanze ward seitdem auch aufgeführt: aber in Ansehung der Ablegung des Eides an die Stände von Utrecht geschah, nachdem, im Jahre 1747, ein Statthalter ernannt worden war, eine Veränderung m).

V. Brüssel geht verloren.

1746.

Die Bekümmerniß hier zu Lande vermehrte sich, nach dem Verluste von Brüssel, welches mitten im Winter von den Franzosen erobert ward. Die vereinigte Armee hatte, in dieser Stadt, zu Vilvoorden, und in den Schanzen an dem Canal zwischen Vilvoorden und Brüssel die Winterquartiere bezogen. Zu Brüssel war ein großer Vorrath von Lebens- und Kriegsbedürfnissen zusammen gebracht. Der Marschall von Sachsen, der hievon wohl unterrichtet war, schloß die Stadt, ganz unvermuthet, von allen Seiten, am 30sten des Januars ein, und ließ die Laufgraben am 7ten des Hornungs eröffnen. Sie ward in kurzem so heftig angegriffen, daß sie sich, am 20sten, mittelst eines Vergleichs ergab, zufolge welchem die Oesterreichischen, Englischen und Niederländischen Truppen zu Kriegsgefangenen gemacht wurden, und weiter nichts erhielten, als daß sie nach den am wenigsten entlegenen Plätzen geführt werden mögen. Der Secretär des Residenten der Staaten, des Herrn Rinschor, bekam die Erlaubniß mit den Bedienten, Sachen und Brieffschaften des Residenten, wohin er wollte, zu reisen. Der Marschall von Sachsen forderte eine Brandschatzung von zwey Millionen von der Stadt, die unter die Truppen ausgetheilt wurden. Das Geheimniß, womit dieser Anschlag gemacht war, hatte vieles zu der glücklichen Ausführung desselben beygetragen. Die Besatzung in Brüssel ward auf zehn bis zwölf tausend Mann geschätzt n); und es ward den Bundesgenossen überall als ein großer Fehler angerechnet, daß sie so viele Truppen in eine so übel besetzte Stadt gelegt hatten. Nivelles, dessen Besatzung die Tapferkeit des Befehlshabers May, Majors in Diensten des Staats, rettete o), ward auch im Hornung von den Franzosen eingenommen.

Absichten des Französischen Hofes bey dem Kriege.

Der am Ende des vorigen Jahres in Deutschland wieder hergestellte Friede nöthigte den König von Frankreich, die Waffen gegen die Kaiserinn-Königin in den Niederlanden und in Italien zu führen. Er suchte seit dem Anfange des Krieges, den Frieden mit dem Deutschen Reiche zu erhalten, und ließ solches, noch im Anfange dieses Jahres, auf dem Reichstage zu Frankfurt erklären. Die Kaiserinn-Königin bemühet sich dagegen die Stände des Reichs zum Bruche mit Frankreich zu bewegen.

Allein

m) Resol. Holl. 4 Sept. 1745. bl. 795. 20 Jan. 1746. bl. 50. 1 Oct. 21 Nov. 1748. bl. 824. 1074.

n) R. ROY. Vol. IV. p. 587. Memoires pour l'Hist. de l'Europe, T. III. P. I. p. 59-84.  
o) Notul. Zeel. 23 Mart. 1746. bl. 142.

Allein man war im Reiche zum Kriege ungeneigt. Der König von Frankreich hatte auch, seit dem Dresdenschen Friedensschlusse zwischen der Kaiserinn Königin und dem Könige von Preussen, eine neue Ursache bekommen, in Deutschland nichts zu unternehmen, weil der letztere sich verbindlich gemacht hatte, die erstere in dem Besitze ihrer Deutschen Staaten zu erhalten p). Italien und die Niederlande mußten also künftig der große Schauplatz des Krieges werden. 1746.

Der Französische Hof, entweder weil er, wie einige vermutheten, die Bundesgenossen aufzuhalten, und ihren Eifer zu vermindern suchte, oder weil er den Krieg vornehmlich in Italien führen wollte, bot den General - Staaten, im Anfange dieses Jahres, wieder einen Neutralitätsvertrag an. Der Vorschlagter van Zoey gab sich viele Mühe, ihnen diesen Vorschlag annehmlich zu machen; und es fehlte auch, unter den Gliedern der Regierung, nicht an solchen, die dafür hielten, daß die Angelegenheiten des Staats an es erforderten, endlich einen solchen Vertrag einzugehen. Sie merkten an, „daß die „Bundesgenossen einen zu großen Theil von der Last des Krieges in den Oesterreichischen Niederlanden den Staaten aufbürdeten; daß Großbritannien selbst, im vorhergehenden Jahre, viel kleinere Truppen, als es schuldig wäre, geliefert; daß der Aufstand in Schottland den König genöthiget hätte, die nach den Niederlanden gesandte Kriegsvölker zurückzurufen, und daß sie vielleicht dieses ganze Jahr, oder noch länger, würden gebraucht werden müssen, um den Aufstand zu unterdrücken.“ Man fügte diesen insgeheim noch andere Gründe bey, welche auf die Erhaltung der gegenwärtigen Regierungsform gingen. Allein die meisten waren der Meynung, daß man den Neutralitätsvertrag von der Hand weisen mußte. „Die Wiederherstellung des Friedens in Deutschland würde, ihrer Meynung nach, der Kaiserinn - Königin freye Hände lassen, ihre Kriegsmacht in den Niederlanden beträchtlich zu verstärken. Es wäre auch zu hoffen, daß der Aufstand in Schottland bald unterdrückt werden würde, da dann der König von Großbritannien die Truppen, die man dahin geführt hätte, wieder nach den Niederlanden schicken könnte; und daß man überdem, zufolge den mit den Kurfürsten von Cöln und Bayern geschlossenen Verträgen, sich ihrer Hülfstruppen, zu Verstärkung der Armee der Bundesgenossen, würde bedienen können.“ Diese und andere Gründe wirketen so viel, daß der von Frankreich angebotene Neutralitätsvertrag von den Staaten nicht angenommen ward. Hiezu halfen die Bemühungen der Höfe von Wien und London auch viel, denen daran gelegen war, daß die Staaten je länger je tiefer in den Krieg verwickelt würden.

Mittlerweile wurden die Weiterungen zwischen Frankreich und diesem Staate Unville des immer größer. Zu dem Unwillen, welchen der Französische Hof wegen des der Kaiserinn Königin geleisteten thätigen Beystandes, und wegen des Gebrauchs der Befestigungen einiger Barriereplätze geschöpft hatte, war ein neues Mißvergnügen gekommen. Die Engländer hatten drey, im Anfange des vorhergehenden Jahres, den Franzosen weggenommene Ostindische Schiffe in Batavia aufgebracht, und mit der Ladung dem General - Statthalter des Niederländischen Indiens, dem Baron von Imhof, verkauft, welcher zwey derselben nach Holland geschickt hatte. Der Abt de la Ville hatte sie sogleich in dem folgenden Weinmonate, zurück gefordert, und sich auf den eilften Artikel des Handelsvertrages zwischen Frankreich und den Niederlanden berufen. Frankreich bietet den Staaten wie- derum die Neutralität an.

p) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 84 - 94.

1746.

delövertrages vom Jahre 1739 berufen, worin die Ausnahme der einer oder der andern der beiden Mächte weggenommenen Schiffe in die Häfen der andern Macht für unerlaubt erklärt ward q). Das Betragen des Herrn von Imhof ward desto unregelmäßiger befunden, als man einen Französischen Kaper, der eine Englische Priße in Seeland aufgebracht, genöthiget hatte, dieselbe loszulassen r). Unterdessen verlief eine geraume Zeit, ehe man sich, hier zu Lande, mit der Französischen Ostindischen Gesellschaft, wegen der Zurückgabe der drey Schiffe, vergleichen konnte s). Mittlerweile nahm der König von Frankreich, durch eine Erklärung vom 31sten des letztverwichenen Christmonats, den Einwohnern des Staats die Vortheile in dem Handel, die ihnen, durch den Vertrag vom Jahre 1739, zugestanden waren: welches der Schifffahrt der Holländer, Seeländer und Friesen nothwendig einen großen Schaden zuziehen mußte.

Der Handelsvertrag vom Jahre 1739 wird widerrufen.

Der Graf von Wassenaar wird wieder nach Frankreich gesandt.

Um fernere Weiterungen mit Frankreich zu verhüten, die verletzete Freundschaft wieder herzustellen, und zugleich zu versuchen, ob man, an dem Französischen Hofe, auch mit Nutzen an einem allgemeinen Frieden würde arbeiten können, ward erst von Holland t) und hernach auch von den General-Staaten beschlossen, einen Bevollmächtigten dahin zu senden, und dazu wiederum den Grafen von Wassenaar, Herrn von Twisk, Kelo zu erwählen u), der auch ein Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Botschafter mit bekam, um sich dessen nach Gefallen bedienen zu können v). Er reiste am 10ten des Hornungs aus dem Haag, und kam am 20sten zu Paris an; und nachdem er am 27sten bey dem Könige Gehör bekommen hatte, trat er gleich mit dem Marquis d'Argenson und andern Ministern in Unterhandlung. Er fand diesen und den König selbst überhaupt sehr zum Frieden geneigt. Es schien, daß man darüber mit gutem Erfolge an dem Französischen Hofe würde handeln können. Aber weil diese Unterhandlung äußerst geheim bleiben mußte, und unterdessen höchst wichtig werden konnte; so sandten die Staaten, im Anfange des Aprils, rathsam, dem Grafen von Wassenaar, der solches schon vor seiner Abreise verlangt hatte, einen zweiten Minister beizufügen, mit welchem er sich berathschlagen und die Sachen überlegen könnte. Und hierzu ward der zweite Secretär der General-Staaten, Herr Jacob Gilles, ernannt w), der den 18ten des gedachten Monats schon zu Paris war. Die Abreise des Königs zu der Armee nöthigte die Gesandten dem Hofe zu folgen. Sie begaben sich erst nach Brüssel, darauf nach Mechelen, ferner nach Antwerpen, und endlich, nachdem der König die Armee verlassen hatte, einer nach dem andern wieder nach Paris. An allen diesen Orten handelten sie vornehmlich mit dem Marquis d'Argenson und dem Abte de la Ville, der aus Holland zurückgekommen war, und bewirketen, unter andern, „daß die Schleifung der „eroberten Festungen in den Niederlanden, womit die Franzosen einen Anfang ge-

Der zweite Secretär Gilles wird ihm beygefügt.

Wirkung der Gesandtschaft.

q) R. Rol. Vol. III. p. 431. Vol. IV. p. 452. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 110. *Zie ook* Europ. Merc. Jan.-Jun. 1746. bl. 84.

r) Notul. Zeel. 21 Dec. 1744. bl. 473. 25 Jan. 1745. bl. 37.

s) Resol. Holl. 16 Dec. 1745. bl. 1024. Notul. Zeel. 11 Oct. 1745. bl. 449. 450, 567. 14 Jan. 21 Jun. 1746. bl. 46, 358.

t) Secr. Resol. Holl. 22 Jan. 1746. X Deel, bl. 498. Resol. Holl. 26 Jan. 9 Febr. 1746. bl. 58, 86.

u) Secr. Resol. Holl. 1 Febr. 1746. X Deel, bl. 518.

v) Resol. Gener. Sabb. 5 Febr. 1746.

w) Secr. Resol. Holl. 5 Apr. 1746. X Deel, bl. 570. Resol. Gener. Sabb. 9 Apr. 1746.



„macht hatten, vorerst eingestellt, und das Gebiet des Staats von ihnen nicht angegriffen ward.“ 1746.

Allein das Geschäfte des allgemeinen Friedens, der große Endzweck dieser Unterhandlungen bey der Unterhandlung war, ersichtlich, die meisten Vortheile ihrem gemeinen Wesen, und hernach, ihren Bundesgenossen, besonders Großbritannien, mit welchem sie igo auf das genaueste verbunden waren, zu verschaffen. Frankreich hatte eine allgemeine Versammlung, zu Beförderung des Friedens vorgeschlagen x). Aber in dem Haag war man der Meynung, daß dieselbe fruchtlos seyn würde, wenn nicht vorher einige Artikel festgesetzt würden, die in den Unterhandlungen auf der Versammlung zum Grunde gelegt werden könnten. Die meisten Unterhandlungen der Herren von Wassenaar und Gilles mit den Französischen Ministern betrafen diesen Gegenstand; und man gab von allem, an gehörigem Orte, und besonders auch den Großbritannischen Ministern, Nachricht, und verhelechte diesen nicht das geringste. Ueberhaupt ward bey der Unterhandlung zum Grunde gelegt, daß Frankreich, wie es sich öfters erklärt hatte, nichts für sich selbst verlangte. Nach diesem Grundsatz suchte man, für den Staat zu bedingen, „daß die vorigen Verträge, und namentlich die von Utrecht und vom Jahre 1717, erneuert und bekräftiget, der Handelsvertrag vom Jahre 1739 wieder hergestellt, und alle eroberte Plätze in den Oesterreichischen Niederlanden zurückgegeben würden: hiernächst auch, daß Spanien die Versicherung gäbe, die Schifffahrt des Staats in Westindien ungestört, zufolge den alten Verträgen, zu lassen.“ Diese Versicherung hielt man für nöthig, weil der Marquis de Castellar, im Jahre 1731, die Erklärung gethan hatte, daß die Krone Spanien sich von diesen Verträgen entlediget achtete y), und weil dieselbe noch niemals ausdrücklich widerrufen war. Dasjenige, was man für Großbritannien bedingen wollte, war „die Erneuerung der Verträge, die Schleifung von Dünkirchen, nach dem Inhalte derselben; die Versicherung, sich des Prätendenten und seiner Nachkommen nicht mehr anzunehmen; die Wiederherstellung der Handlung und Schifffahrt, wie vor dem Kriege, und die Beförderung des Friedens mit Spanien auf den Fuß des Utrechtschen, und des zu Pardo 1739 gemachten Vergleichs, nebst einer der Französischen gleichförmigen Versicherung in Ansehung des Prätendenten.“ Für den Hof von Wien wollte man „die Erneuerung der Gewährleistung über die Pragmatische Sanction, und des Friedensvertrages vom Jahre 1738, die Zurückgabe aller in dem gegenwärtigen Kriege gemachten Eroberungen, die Erkennung des Kaisers; und dieses alles so wohl von Spanien als Frankreich,“ fordern. Endlich suchte man in Ansehung Italiens zu bedingen, „daß der König von Sardinien und der Herzog von Modena in ihre Staaten wieder eingesetzt, und Genua in diesen Frieden mit eingeschlossen würde.“

Allein bey der Unterhandlung über diese Punkte merkten die Französischen Minister an, daß man von Frankreich vieles forderte, ohne ihm etwas anzubieten. Sie verlangten also, von ihrer Seite, die Zurückgabe von Cap Breton, und verschiedenes mehr. Dagegen versprachen sie das Oesterreichische Flandern, und was sie von Brabant erobert hatten, nebst der Barriere der Staaten zurückzugeben, auch den mit ihnen im Jahre 1739 geschlossenen Handelsvertrag vollkommen wieder herzustellen. Es blieb indessen

x) Man sehe §. IV. dieses Buchs, S. 365.

y) Man sehe B. LXXIII. §. XI. S. 144.

1746.

indessen alles nur bey mündlichen Unterredungen, ohne daß etwas gehörig festgesetzt oder unterzeichnet worden wäre.

Zustand der  
Unterhand-  
lung im  
Maymonats.

Um die Mitte des Maymonats hatte man es jedoch zu Brüssel so weit gebracht, daß die Franzosen zugaben, „Dünkirchen, so wohl auf der Land- als Seeseite, in den Stand zu setzen, worin es vor dem Jahre 1740 gewesen war, und zufolge den Verträgen von den Jahren 1713 und 1717 seyn sollte. Sie wollten auch dem Prätexten, und seinen Nachkommen keinen Beystand leisten, und bey Spanien auswirken, daß die, zufolge den Verträgen, freye Schifffahrt nach Westindien künftig ungehindert bliebe.“ Allein in Ansehung einiger andern Artikel war man noch nicht weit gekommen. Die Franzosen drangen unterdessen stark auf die Fortsetzung der Unterhandlung, und droheten so gar mit Schleifung der eroberten Plätze, und besonders der Festung Xperen fortzufahren, wenn man keinen größern Ernst zum Frieden zeigte. Die Bevollmächtigten des Staats stellten ihnen vor, daß dieses die Unterhandlung schwerer machen würde, und besonders, wenn Frankreich, wie man in dem Haag befürchtete, die Waffen gegen das Gebiet des Staats wenden wollte; weil hieraus solche Veränderungen zu vermuten wären, wodurch die Unterhandlung den Staaten entzogen werden könnte. Und diese Anmerkungen schienen einen ziemlichen Eindruck bey den Franzosen zu machen, welche seitdem zu erkennen gaben, daß die Schleifung von Xperen unterbleiben sollte.

Der Mar-  
quis de Pu-  
sieur kommt  
heimlich nach  
dem Haag.

Bald hernach bekam man an dem Französischen Hofe die Nachricht, daß der Graf von Harrington, in einer im Englischen Parlament gehaltenen Rede, etwas hatte einfließen lassen, woraus deutlich erhellte, daß man daselbst von demjenigen, was von den Bevollmächtigten des Staats mit Frankreich gehandelt ward, Kenntniß hatte, und daß man darein willigte. Hieran hatten die Franzosen, wie es schien, bisher gezweifelt. Da ihnen nun dieser Zweifel benommen war; so schienen sie mehr Hoffnung zu dem guten Ausgange der Unterhandlung zu haben. Der König befand so gar für gut, den Marquis de Pussieur, unter dem Vorwande, den Professor Albinus und andere, wegen einer Brustbeschwerde, um Rath zu fragen, nach dem Haag zu senden, damit er sich mit dem Rathspensionär und einigen andern Gliedern der Regierung, denen das Geheimniß der Unterhandlung anvertrauet war, wegen der besten Mittel, das Werk zu einem guten und geschwinden Ende zu bringen, besprechen könnte. Er that diese Reise im Sommer. Die Folge derselben war, daß erst der Englische, und hernach auch der Französische Hof zu dem Entschlusse gebracht wurden, durch ihre und der Staaten Bevollmächtigten eine Zusammenkunft zu halten, auf welcher man die Bedingungen des allgemeinen Friedens festsetzen, und denselben so gar zum Schlusse bringen könnte, im Falle man befände, daß die Bundesgenossen darin auch eine billige Genugthuung erhielten. Die Engländer gaben nicht undeutlich zu verstehen, daß sie die Unterhandlung den Staaten nicht länger anvertrauen wollten, und befürchteten, daß dieselben sich zu einem besondern Vertrage bereuen lassen mögten. Hiedurch wurden sie, wie es schien, bewogen, einen Minister zu der Unterhandlung zu bevollmächtigen. Die Franzosen bezeugten eine Neigung zu der Unterhandlung mit dem Engländern, seitdem sie einige Hoffnung bekommen hatten, daß der Englische Hof den Frieden suchte; und die Minister des Staats, die keine Vollmacht von den Engländern hatten, etwas in ihrem Namen zu schließen, sahen es gerne, daß sie sich der Unterhandlung selbst unterzögen. Unterdessen entstand bey den Staaten dann und wann ein Zweifel, ob die Engländer den Frieden auch ernstlich verlange-

Frankreich,  
Großbri-  
tannien und  
die Staaten  
beschließen  
eine Zusam-  
menkunft  
durch ihre  
Bevollmäch-  
tigten zu hal-  
ten.

ten.

ten. Bisher hatten sie nur gegen die Friedensentwürfe, die man ihnen vorgelegt hatte, Schwierigkeiten gemacht, ohne selbst etwas deutlich zu fordern. Und so bald man einig geworden war, eine Versammlung durch die Bevollmächtigten der dreien Mächten zu halten, ließen sie sich verlauten, daß sie hievon den Höfen von Wien und Turin Nachricht geben wollten; welches die Unterhandlung nothwendig schwerer machen mußte. Die beschlossene Versammlung hatte gleichwohl ihren Fortgang. Die Stadt Breda ward bestimmt, um sie daselbst zu halten z). Wir werden nachher sehen, was daselbst gehandelt worden sey. Unterdessen war der Feldzug von den Franzosen glücklich geöfnet und fortgesetzt worden. Wir müssen davon eine kurze Nachricht geben, ehe wir in der Erzählung von der Friedensunterhandlung weiter gehen.

1746.

Der Marschall von Sachsen, der nach der Eroberung von Brüssel nach Frankreich gegangen war, um den Plan des bevorstehenden Feldzuges zu machen, kam im April nach Brabant zurück. Dem Grafen von Sires war auch aufgetragen, einige Truppen von der Armee des Prinzen von Conti bey Maubeuge zu versammeln, und Bergen in Hennegau, Charleroi und Namur mit einer Belagerung zu bedrohen. Die vereinigte Armee, worüber iso der Fürst von Waldeck den Oberbefehl führte, hatte sich, hinter der Dyle, zwischen Mechelen und Löwen gesetzt, um die unbefestigten Städte von Brabant zu bedecken. Im April hatte man sich von Vilvoorden Meister gemacht, bey welcher Gelegenheit der junge Graf von Rechteren umgekommen war. Allein da der Graf von Löwendal mit einer ansehnlichen Zahl Truppen gegen Löwen herandrückte, so ward die vereinigte Armee, welche Gefahr lief eingeschlossen zu werden, genöthiget, von der Dyle aufzubrechen, und über die Neethe, um und durch Antwerpen, nach den Grenzen der Baronie von Breda zu ziehen, wo sie sich verschanzte. Die Bundesgenossen hatten noch einige Schanzen an der Dyle und Neethe besetzt gelassen, um die Franzosen in ihrem Zuge aufzuhalten; aber dieselben wurden bald eingenommen, und das ganze Lier, Heerentals und Urschor, welche nicht haltbar waren, wurden darauf gleich von ihren Besatzungen verlassen, und von den Franzosen besetzt. Die Stadt Antwerpen selbst öffnete dem herannahenden Feinde die Thore: aber das Schloß, welches mit sechs zehnhundert Mann besetzt war, hielt eine Belagerung von etlichen Tagen aus, und übergab es, am 1sten des Brachmonats, mittelst eines Vergleichs, zufolge welchem die Besatzung, die allein aus Oesterreichischen Truppen bestand, mit 300 Canonen und einem Mörser nach der vereinigten Armee auszog. Die Schanze St. Maria, die an der linken Seite der Schelde, St. Philipp gegenüber, liegt, ward zugleich mit dem Schlosse von Antwerpen den Franzosen übergeben, die sich nun Meister von dem ganzen Oesterreichischen Brabant sahen a). Man zog hernach in Erwägung, ob man nicht die vereinigte Armee, welche auf der Bredaischen Heide stand, und um ein beträchtliches schwächer als die Französische war, angreifen sollte: aber es ward nicht dienlich erachtet; sowohl weil die Bundesgenossen hinter einer besetzten Linie, die hier im Jahre 1702 aufgeworfen war, stark vergraben lagen, als weil sie beständig mit Truppen und Zufuhr aus

VII.

Der Feldzug

im April nach Brabant zurück.

Dem Grafen von Sires war auch aufgetragen, einige Truppen von der Armee des Prinzen von Conti bey Maubeuge zu versammeln, und Bergen in Hennegau, Charleroi und Namur mit einer Belagerung zu bedrohen.

Die vereinigte Armee, worüber iso der Fürst von Waldeck den Oberbefehl führte, hatte sich, hinter der Dyle, zwischen Mechelen und Löwen gesetzt, um die unbefestigten Städte von Brabant zu bedecken.

Im April hatte man sich von Vilvoorden Meister gemacht, bey welcher Gelegenheit der junge Graf von Rechteren umgekommen war.

Allein da der Graf von Löwendal mit einer ansehnlichen Zahl Truppen gegen Löwen herandrückte, so ward die vereinigte Armee, welche Gefahr lief eingeschlossen zu werden, genöthiget, von der Dyle aufzubrechen, und über die Neethe, um und durch Antwerpen, nach den Grenzen der Baronie von Breda zu ziehen, wo sie sich verschanzte.

Die Bundesgenossen hatten noch einige Schanzen an der Dyle und Neethe besetzt gelassen, um die Franzosen in ihrem Zuge aufzuhalten; aber dieselben wurden bald eingenommen, und das ganze Lier, Heerentals und Urschor, welche nicht haltbar waren, wurden darauf gleich von ihren Besatzungen verlassen, und von den Franzosen besetzt.

Die Stadt Antwerpen selbst öffnete dem herannahenden Feinde die Thore: aber das Schloß, welches mit sechs zehnhundert Mann besetzt war, hielt eine Belagerung von etlichen Tagen aus, und übergab es, am 1sten des Brachmonats, mittelst eines Vergleichs, zufolge welchem die Besatzung, die allein aus Oesterreichischen Truppen bestand, mit 300 Canonen und einem Mörser nach der vereinigten Armee auszog.

Die Schanze St. Maria, die an der linken Seite der Schelde, St. Philipp gegenüber, liegt, ward zugleich mit dem Schlosse von Antwerpen den Franzosen übergeben, die sich nun Meister von dem ganzen Oesterreichischen Brabant sahen a).

Man zog hernach in Erwägung, ob man nicht die vereinigte Armee, welche auf der Bredaischen Heide stand, und um ein beträchtliches schwächer als die Französische war, angreifen sollte: aber es ward nicht dienlich erachtet; sowohl weil die Bundesgenossen hinter einer besetzten Linie, die hier im Jahre 1702 aufgeworfen war, stark vergraben lagen, als weil sie beständig mit Truppen und Zufuhr aus

Holland

A a a 2

z) Aus bewährten Urkunden und Staatsentschlüssen.

a) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 150. et suiv. R. ROLT Vol. IV. p. 269, 270.

1746.

Holland verstärkt und versehen werden konnten; da indessen die magere Heide für die Französische Armee nichts liefern konnte b).

Sie erobern  
Bergen in  
Hennegau,

Gleich hierauf ward die Belagerung von Bergen in Hennegau unternommen, und dazu ein ansehnlicher Theil der Armee in Brabant gebraucht. Der Prinz von Conti, der den Befehl über die Belagerung führte, kam am 7ten des Brachmonats schon vor der Stadt an: aber der anhaltende Regen hinderte die Belagerer in ihrer Arbeit länger als vierzehn Tage nach einander. Die Laufgraben wurden erst am 24ten eröffnet, und nachher ward die Belagerung so kräftig fortgesetzt, daß die Stadt sich am 11ten des Heumonats durch einen Vergleich ergeben mußte. Die Besatzung, die theils aus Oesterreichischen, theils aus Truppen des Staats bestand, gerieth in die Kriegsgefangenschaft. Die letzteren, worüber der Prinz von Hessen-Philippsthal den Befehl gehabt hatte, wurde ganz nach Frankreich geführt.

St. Guilain.

St. Guilain, worin dreyhundert Oesterreicher lagen, ward am 23sten auf gleiche Bedingungen eingenommen c). Während der Belagerung von Bergen war der Graf von Palsi mit einer Anzahl Oesterreichischer Truppen aus Deutschland nach den Niederlanden aufgebrochen, um sich mit den Truppen unter dem Fürsten von Waldeck zu vereinigen. Palsi ging nach der Maas, wohin der Fürst von Waldeck sich gleichfalls wandte, ohne daß die Franzosen ihn daran hindern konnten. Die Armeen vereinigten sich, nachdem Palsi über die Maas gegangen war, auf der Heide Donnerschlag zwischen Hasselt und Brey in dem Lüttichschen. Der Prinz Carl von Lothringen, der mittlerweile auch von Wien angekommen war, stellte sich nun an die Spitze der vereinigten Armee. Er lagerte sich an der Demer, und sandte einige leichte Truppen ab, um die kleine Geete zu besetzen, und den Franzosen den Uebergang über diesen Fluß zu verwehren. Diese hatten inzwischen Charleroi belagert: welches den Prinzen Carl bewog, über die Demer höher herauf, gegen Hannuwe zu rücken, in der Absicht, sich von einem Posten, die fünf Sterne genannt, der sehr gelegen war, die Belagerung von Charleroy zu bedecken, Meister zu machen: aber der Marschall von Sachsen hatte ihn schon, kurz vor der Ankunft der Armee unter dem Prinzen Carl, eingenommen. Charleroy ging unterdessen, vier Tage nach Eröffnung der Laufgraben, im Anfange des Augustmonats, durch einen Vergleich über, zufolge welchem die Besatzung zu Kriegsgefangenen gemacht, und nach Valenciennes und Cambrai geführt ward. Die Oesterreicher, unter dem General Trips, hatten am ersten August einen heftigen Anfall auf die fünf Sterne gethan, aber sie waren mit Verlust zurückgeschlagen worden. Nach der Uebergabe von Charleroy ging Prinz Carl über die Mehaigne, um Namur zu bedecken, welche Stadt nun mit einer Belagerung bedrohet ward d).

Der Prinz  
Carl über-  
nimmt den  
Oberbefehl  
über die ver-  
einigte Ar-  
mee.

Charleroy  
sehr verloh-  
ren.

Die Franzo-  
sen belagern  
Namur.

Die beiderseitigen Armeen suchten nachher sich einander die Zufuhr abzuschneiden. Die Franzosen, welche bey Welhain stunden, bekamen die Heide von Brüssel und Löwen. Die Bundsgenossen, die sich in kurzem bey Mazy lagerten, empfingen ihre Bedürfnisse von Huy an der Maas; und die Parteyen, welche beide Theile ausandten, hinderten die Zufuhr öfters. Die vereinigte Armee, welche hernach über die Maas gegangen

b) Memoir. Tom. III. P. I. p. 157.

d) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

c) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 171 - 176.

III. P. I. p. 158 - 170, 172.

gangen war, um Namur desto besser zu bedecken, ward, nachdem der Feind am 22sten August Huy besetzt, und sich der Höhe von Sart, jenseit der Maas, oberhalb Huy, bemächtigt hatte, genöthiget, über den Strom zurückzugehen, wodurch Namur, eine der stärksten Barrierestädte, und die einzige in den Niederlanden zwischen der Maas und der See, die noch die Herrschaft der Kaiserinn-Königinn erkannte, einer Belagerung gänzlich bloßgestellt ward. Es wäre auch nur bis zum 5ten des Herbstmonats, da die Stadt rund herum von dem Grafen von Clermont eingeschlossen ward. Die Besatzung, die aus Oesterreichern und Truppen des Staats bestand, hatte den General-Lieutenant Crommelin zum Befehlshaber. Die Laufgraben wurden zwischen dem 12ten und 13ten eröffnet, und am 17ten ergab sich die Stadt durch einen Vergleich. Die Stadt ergiebt sich, und das Schloß. Zuvor zog die Besatzung in das Schloß, welches gleich darauf angegriffen ward. Es vertheidigte sich nur sechs Tage. Weil der Befehlshaber keinen Entsatz zu hoffen hatte, nachdem die vereinigte Armee über die Maas zurückgegangen war; so beschloß er, auch das Schloß durch einen Vergleich zu übergeben, welcher am 30sten geschlossen ward, und zufolge welchem die Besatzung in die Kriegsgefangenschaft gerieth e). Mit der Eroberung von Namur waren alle Barriereplätze der Staaten verloren, deren Erwerbung ihnen, in einem zwölfjährigen Kriege, so viel Blut und Geld gekostet hatte. Einige, vielleicht, um sich desto eher bey diesem Verluste zu trösten, wollten zu dieser Zeit behaupten, daß man die Barriereplätze, die vieles zu unterhalten kosteten, und wenigen Nutzen brächten, wohl entbehren, und sich mit der alten Barriere an der Maas gegen feindliche Anfälle vertheidigen könnte. Aber andere waren der Meynung, daß die Barriere nützlich genug wäre, wenn sie die feindlichen Waffen eine geraume Zeit von den Grenzen entfernte; weil man inzwischen, ohne die Last des Krieges in der Nähe zu tragen, gemeiniglich Gelegenheit hätte, sich mit Bundesgenossen zu verstärken, und wenn gleich das Kriegsglück nicht günstig wäre, mittelst derselben einen sichern und anständigen Frieden zu erhalten.

Die vereinigte Armee hatte sich, nach dem Uebergange von Namur, längst der Maas, dicht unter Lüttich gezogen, und sich daselbst dergestalt gelagert, daß sie den Strom im Rücken hatte. Ihr rechter Flügel erstreckte sich nach Sautain, und der linke nach Grage. Man hatte sich hier gesetzt, um zu verhindern, daß Lüttich von den Feinden eingenommen würde, obgleich die Lage des Ortes gar nicht vorthellhaft war. Die Mitte des lagers ward von zween großen Bächen durchschnitten, welche bey Milmont zusammen liefen, und nur einen engen Weg offen ließen, durch welchen die eine Hälfte der Armee mit der andern Gemeinschaft haben konnte. Der Marschall von Sachsen, der hievon unterrichtet war, begab sich, am roten des Weinmonats, auf den Marsch, um die Bundesgenossen anzugreifen, und lagerte sich auf der Ebene zwischen zween Landstraßen, die von Tongeren und St. Truyen nach Lüttich gehen. Die vereinigte Armee behielt ihre Stellung bis um drey Uhr nach Mittage, da sie aus dem Lager rückte, und sich, dem Feinde gegenüber, in Schlachtfeldordnung stellte. Beide Armeen blieben die ganze Nacht unter den Waffen. Den folgenden Tag, des Morgens um acht Uhr rückten die Franzosen vorwärts, und kamen gegen elf so nahe, daß die Bundesgenossen sie mit ihrem Geschütze erreichen konnten, welches auch alsbald auf sie abgeseuret ward. Das

Aaa 3

Schießen

e) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 1-9. und andere Nachrichten.

1746.

Schießen wäre bis über den Mittag, da der Angriff von Französischer Seite geschah. Die Oesterreicher, unter dem Feldmarschall Bathiani, und einige Hannoveraner machten den rechten Flügel der vereinigten Armee aus, und stunden gegen Lautain. In der Mitte befanden sich die Engländer, welche, nach der Unterdrückung des Aufstandes in Schottland, wieder nach den Niederlanden gekommen waren, die Hannoveraner und Hessen, von denen ein Theil die Dörfer Varour und Raucour vertheidigten half. Der linke Flügel bestand aus den Truppen des Staats, welche sich, auf der rechten Seite, bis gerade hinter dem Dorfe Raucour ausbreiteten. Die Mitte und der linke Flügel wurden am ersten und heftigsten angegriffen, die Oesterreicher aber durch einen Theil des Französischen Heeres, welcher ihre Bewegungen beobachtete, gehindert, an dem Geschehe Theil zu nehmen. Die Reitercy des Staats verhielte sich tapfer, nach dem Zeugnisse der Feinde selbst. Die Feinde wurden auch, in verschiedenen Anfällen, von allen den Truppen, die zum Treffen kamen, muthig zurückgeschlagen. Allein nachdem der Marschall von Sachsen Befehl gegeben hatte, die Dörfer Varour und Raucour, wo die Truppen des Staats sich verschanzt hatten, anzugreifen, fing man, bey dem vereinigten Heere, an, auf den Rückzug bedacht zu seyn. Ein Theil ging nach dem St. Petersberg, ein Theil über die Maas zurück, ohne von dem Feinde, der das Schlachtfeld behielt, beunruhigt zu werden. Der Verlust der Bundsgenossen ward von den Franzosen auf zehntausend Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen geschätzt: wiewohl die Bundsgenossen selbst ihn nicht höher als auf viertausend zweyhundert und neunzig rechneten. Der Feind zählte nur drehtausend Todte und Verwundete; dahingegen die Bundsgenossen seinen Verlust über neuntausend Mann schätzten. Der Marquis de Genelon, der so lange Französischer Vorschafter bey den Staaten gewesen war, war der einzige General vom Range, der auf feindlicher Seite in diesem Geschehe angekommen ist. Bey den Bundsgenossen hatten die Engländer, Hannoveraner, Hessen, Bayern nebst den Truppen des Staats allein, bey nahe allen Verlust gelitten. Unter die Befehlshaber der letzteren, die in diesem Treffen blieben, zählte man den General-Major Veldman, den Obersten Grafen von Numale und den Major Saumaise. Die vereinigte Armee ging, den folgenden Tag, völlig über die Maas zurück. Die Franzosen lagerten sich bey Tongeren. Beide Armeen aber bezogen bald hernach die Winterquartiere f),

Zustand der  
Oesterreichischen  
Niederlande.

So unglücklich lief der Feldzug in den Oesterreichischen Niederlanden ab. Sie waren nun, bis auf Luxemburg, Limburg und den Oesterreichischen Theil von Ober-Geldern in Französischer Gewalt. Der Feind hatte sich bisher, in den Niederlanden an der linken Seite der Maas gehalten, wo nichts mehr von der Kaiserinn. Königin zu erobern war. Er mußte daher, in dem folgenden Feldzuge über die Maas gehen, um die übrigen Oesterreichischen Niederlande anzugreifen, oder in das Gebiet der Staaten einbrechen. Das erstere würde den Reichsfürsten, und, wie zu vermuthen ist, dem Könige von Preußen selbst, übel gefallen haben: das letzte schien mit der Freundschaft zu streiten, die Frankreich, seinem Vorgeben nach, zu den Staaten trug. Dem

f) Journal de la Camp. de 1746. MS. l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 12-30.  
ROLT Vol. IV. p. 274 - 279. Memoir. pour und andere Nachrichten.



Dem ungeachtet ward dieses beschlossen. Man wußte so gar einen scheinbaren Vorwand dazu zu finden, wie wir bald sehen werden.

1746.

In Italien waren die Sachen der Kaiserinn - Königin, in dem Feldzuge dieses Jahres, glücklicher gegangen. Der König von Frankreich hatte im Frühlinge, die Kriegspartei des Staats von Genua gegen die Corsen genommen, welche von Großbritannien, von der Kaiserinn - Königin und von dem Könige von Sardinien unterstützt wurden g). Die Kaiserinn - Königin hatte, nach der Wiederherstellung des Friedens in Deutschland, ihre Armee in Italien, durch eine ansehnliche Zahl Truppen, unter dem General Nadasti verstärken lassen. Diesem war es zuzuschreiben, daß der Marquis de Castellar, welcher das von den Oesterreichern, im Anfange des Märzmonats belagerte Gualtalla entsetzen wollte, dieses Vorhaben aufgeben mußte. Die Stadt ergab sich bald hernach, durch einen Vergleich, und die Besatzung ward zu Kriegsgefangenen gemacht. Casal ging, an eben dem Tage, und auf gleiche Bedingungen, an die Oesterreicher über. Schon zuvor hatte der König von Sardinien Asti erobert. Er belagerte so dann Valenza, welches sich am 4ten May ergab. Das Schloß zu Parma war von dem General Brown im April erobert worden. Jedoch hatte der Befehlshaber die Besatzung aus der Festung zu bringen gewußt, ohne daß die Belagerer es gemerkt hatten. Der Marschall von Maillebois, welcher befehligt worden war, die Französischen Truppen, die in Novi lagen, mit der Spanischen Armee unter dem Infanten Don Philipp, der, in kurzem, das Schloß zu Neiland verlassen mußte, zu vereinigen, machte sich dagegen, im Maymonate, Meister von Acqui, wiewohl er es bald hernach wieder verließ. Unterdessen fielen, zwischen den beiderseitigen Armeen, öftere Gefechte vor, ohne daß es zu einem entscheidenden Treffen kam. Die Oesterreicher und Sardinier suchten vornehmlich den Feinden die Zufuhr abzuschneiden, und schwächten sie dadurch endlich so sehr, daß sie ihnen das freye Feld lassen mußten; wesswegen es ihnen nicht schwer fiel, die verlohrnen Städte wieder zu erobern. Die Schlacht bey Piacenza, welche die Oesterreicher und Sardinier endlich im Brachmonate gewannen, bahnete den Weg zu einem Einfalle in den Staat von Genua, welcher auf zween Wegen unternommen ward. Die Französischen, Spanischen und Neapolitanischen Truppen, die in diesem Staate lagen, wurden genöthiget, sich gegen Sinal und Savona zurück zu ziehen, da indeffen Nadasti bis an St. Pietro d'Arena durchdrang. Hiedurch ward der Genuaer Stadt Genua alle Gemeinschaft mit der Armee ihrer Bundesgenossen abgeschnitten. Die Genuaer Unruhe ward darauf in der Stadt so groß, daß sie beschloß, sich den Truppen der Kaiserinn - Königin zu ergeben; welches am 6ten des Herbstmonats unter gewissen Bedingungen geschah h). Man forderte von der Stadt eine Brandschatzung von drey Millionen Genuesen (\*), wovon ein Drittel bezahlet ward. Aber man sah keine Möglichkeit, die übrigen zwey Drittel aufzubringen. Der Rath von Genua ließ bey dem Könige von Großbritannien und bey den Staaten der Vereinigten Niederlande um ihre Fürsprache bey dem Hofe von Wien ansuchen, damit derselbe seine Forderung etwas vermindern

IX.

Kriegsber-  
richtungen in  
Italien.

g) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 136 - 150. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 234. et dans le Recueil de ROUSSET,

h) Voyez la Capitulat. de Genes dans les Tom. XIX. p. 374.

(\*) Eine Genuese macht ungefähr einen Thaler und zwanzig gute Groschen.

1746.  
Die Staaten  
thun eine  
Fürbitte für  
Genua zu  
Wien.

Die Stadt  
treibt die De-  
sterreichische  
Besatzung  
aus.

Kriegsver-  
richtungen  
der Engländer  
und  
Franzosen  
zur See.

X.  
Unterhand-  
lungen an

mindern mögte. Der Secretär Villavecchia übergab zu dem Ende, am 27sten des Herbstmonats, den General-Staaten eine Vorstellung. Man beschloß auch den Hof von Wien zu ersuchen, daß er den Staat von Genua gütig behandeln mögte; um so viel mehr, als die Einwohner der Vereinigten Niederlande großen Schaden durch den Verderb der Handlung in der überwundenen Stadt leiden würden i). Allein ehe hierauf eine Antwort erfolgte, war in Genua, im Anfange des Christmonats, ein Aufruhr bey der Gelegenheit entstanden, da der Marquis de Botta d'Adorno, Oesterreichischer Befehlshaber in der Stadt, einige Stücken Geschüßes, die dem Staate gehörten, zu der Oesterreichischen Armee führen lassen wollte. Hiebey kam es zum Handgemenge zwischen dem Pöbel und den Soldaten; und daraus entstand ein Krieg zwischen beiden, der verschiedene Tage dauerte, und sich mit der Vertreibung der Oesterreichischen Besatzung aus der Stadt endigte. Der Hof von Wien, welcher vermutete, daß die Genuesischen Großen an dem Aufstande Theil gehabt hatten, verlangte, daß alles wieder in den vorigen Zustand, so weit es möglich wäre, gesetzt werden sollte. Allein der Rath, der sich von der Oesterreichischen Oberherrschaft befreyet achtete, suchte nunmehr Schutz bey Frankreich, und nahm den Herzog von Vauflers mit einigen Französischen Truppen in die Stadt auf. Wir werden in dem folgenden Buche anmerken, wie es endlich mit Genua abgelaufen sey. Unterdessen hatte der König von Sardinien sich schon von Savona, Final und andern Plätzen in dem Staate von Genua Meister gemacht k).

Gegen das Ende des Herbstmonats erschienen die Engländer, mit einer zahlreichen Flotte, auf den Küsten von Bretagne, in der Absicht, daselbst eine Landung zu thun. Man glaubt auch, daß es möglich gewesen wäre, den Hafen Orient, wo die Waarenhäuser der Französischen Ostindischen Gesellschaft waren, zu erobern, wenn sie gleich an das Land gestiegen wären. Aber dies thaten sie erst am ersten des Weinmonats, nach Mittage um vier Uhr. Die Franzosen hatten dadurch Zeit gewonnen, einige Truppen zusammen zu bringen, und sich in den Stand zu setzen, ihren Feind wohl zu empfangen. Orient ward vergebens aufgefodert, und nachher drey Tage nach einander heftig beschossen. Allein die Franzosen seureten, von ihrer Seite, mit nicht weniger Gewalt. Die Engländer wurden endlich genöthiget, den Ort zu verlassen, und wieder zu Schiffe zu gehen. Sie stiegen nachher noch einmal bey Quiberon an das Land, jedoch ohne etwas wichtiges zu verrichten l). Auf der Küste von Coromandel war, im verwichenen Heumonate, ein Gefechte zwischen einigen Französischen und Englischen Kriegsschiffen vorgefallen. Die Franzosen griffen nachher, im Herbstmonate, Madras, den Hauptort der Englischen Ostindischen Gesellschaft, an. Allein der Englische Statthalter, Herr Morse, schloß mit dem Französischen Befehlshaber, dem Herrn de la Bourdonnaye, einen Vergleich; worauf dieser die Küste verließ m).

Dies war ungefähr der Verlauf des Krieges zu Wasser und zu Lande, in verschiedenen Gegenden, und besonders in den Niederlanden und in Italien. Die Kai-

i) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 381.

k) R. ROLT Vol. IV. p. 296 - 311. Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. I. p. 194 - 254. P. II. p. 87 - 110. ROUSSET Recueil, Tom. XIX. p. 384 - 392,

l) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 33. et suiv. R. ROLT Vol. IV. p. 352 - 358.

m) R. ROLT Vol. IV. p. 317 - 341. Memoir. Tom. III. P. II. p. 146. et suiv.

ferinn-Königinn hatte, nach dem Dresdenschen Friedensschlusse, ihre meiste Macht nach Italien geschickt, und die Vertheidigung der Oesterreichischen Niederlande ihren Bundsgenossen zu sehr überlassen, welche, weil sie, wegen des Aufstandes in Schottland, sonst volle Arbeit hatten, genöthiget gewesen waren, eine schwächere Armee in den Niederlanden zu lassen, als sonst geschehen seyn würde; und dies war eine der Ursachen, warum die Franzosen daselbst in diesem Feldzuge so viele Städte erobert hatten. Der Hof von Wien war mittlerweile, so wohl als Großbritannien und die Staaten, in beständiger Unterhandlung mit dem Russischen gewesen, um denselben zur Hülfsleistung zu bewegen. Ob auch gleich der außerordentliche Botschafter de Dieu durch seine Verhaltungsbefehle angewiesen war, einen Handelsvertrag zu schließen n); so hatte er doch vornemlich gearbeitet, die Kaiserinn zu Erfüllung ihrer mit den Höfen von Wien und London geschlossenen Verträge zu bewegen; welches ihn von den Staaten vor allen Dingen anbefohlen war. Der Russische Hof forderte Hülfselder, von welchen die Engländer zuerst den Staaten einen beträchtlichen Theil aufbürden wollten. Die Staaten hatten, wiewohl mit Widerwillen der Provinz Utrecht, beschlossen, zwar Hülfselder, aber nur im äußersten Nothfalle, und so wenig als möglich, zu versprechen o). Der Herr de Dieu erfüllte die Absichten seiner Oberen vollkommen, so lange als er sich an dem Petersburgischen Hofe aufgehalten hatte. Er brachte es in kurzem so weit, daß die Kaiserinn sich geneigt erklärte, der Kaiserinn-Königinn Beystand zu leisten. Man war auch wegen der Hülfselder, welche Großbritannien und die Staaten dem Russischen Hofe bezahlen sollten, so gut als einig. Aber der Hannoverische Vertrag und der darauf gefolgte Dresdensche Friedensschluß brachten die Kaiserinn von Rußland auf andere Gedanken. Es schien dem Russischen Hofe, daß der Englische die Parthey der Kaiserinn-Königinn und des Königs von Polen verlassen wollte, weil er diese Verträge geschlossen und bewirkt hatte. Die angefangene und beynahe zur Nichtigkeit gebrachte Unterhandlung blieb demnach liegen. Man that dem Russischen Hofe zwar einige Eröffnung zu einer neuen Unterhandlung. Aber weil der Herr de Dieu keine Hoffnung sah, dieselbe, in dem gegenwärtigen Zustande der Sachen, zu einem guten und geschwinden Ende zu bringen, und weil er auch den Staat nicht länger mit den großen Kosten, welche seine Würde, als eines außerordentlichen Botschafters, erforderte, beschweren wollte; so suchte und erhielt er die Erlaubniß, im Frühlinge dieses Jahres, nach Holland zurück zu kommen, ohne daß er die Unterhandlung zu einem völligen Schlusse hatte bringen können p); und dieselbe ward nachher dem Residenten Swart aufgetragen q). Allein die Kaiserinn-Königinn schloß, am 22ten May, zu Petersburg, ein Schußbündniß mit der Kaiserinn von Rußland, auf fünf und zwanzig Jahre, und auf den Fuß des Bündnisses vom Jahre 1726. „Man versprach sich einander einen Beystand von dreßsigtausend Mann, wosern die Staaten des einen oder des andern Theils angegriffen würden. Jedoch wollte man, von beiden Seiten, zu diesem Beystande nicht verbunden seyn, wenn die Kaiserinn von Rußland, von Persien, und die Kaiserinn-Königinn in Italien an-“

1746.

dem Russischen Hofe.

Bündniß zwischen den Höfen von Wien und Petersburg.

„gegriffen

n) Man sehe dieselbe in den Secr. Refol. Holl. 6 Jan. 1745. X. Deel, bl. 345.

o) Secr. Refol. Holl. 6, 26 Jan. 1745. X. Deel, bl. 348, 352.

p) Refol. Holl. 24 Jul. 1745. bl. 627. 21 May, 1746. bl. 323.

q) Zie. Europ. Merc. Jan.-Jun. 1746. bl. 213

1746.

„gegriffen würde; ob man gleich, auch in diesen beiden Fällen, sich verbindlich machte, dreßigtausend Mann bereit zu halten, um desto eher im Stande zu seyn, den versprochenen Beystand zu leisten, wann etwan ein neuer Krieg entstünde, ehe der in Italien oder Persien geendiget wäre. Wosern es ferner vortheilhafter geachtet werden sollte, daß jeder der beiden Theile den gemeinen Feind aus seinen eigenen Staaten angriffe; so wollte man deswegen mit einander Abrede nehmen, auch in solchem Falle, den Beystand, mit beiderseitigem Gutbefinden, vermehren. Endlich wollte man nicht nur den König und die Republik Polen, sondern auch andere Mächte, und besonders den König von Großbritannien, als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, zum Beytritte zu diesem Bündnisse, und wenn die Republik Polen sich dessen weigerte, dennoch den König von Polen, als Kurfürsten von Sachsen, dazu einladen 1).“ Es verging aber noch eine geraume Zeit, ehe die Kaiserinn Königin einen Vortheil von demjenigen, was ihr in diesem Bündnisse versprochen war, ziehen konnte. Der Russische Hof schien nicht Willens zu seyn, die versprochenen Hülfsstruppen marschiren zu lassen, ehe er mit den Seemächten wegen der Geldhülfe, die man hiefür bedingen wollte, einig geworden war. Die Staaten der Vereinigten Niederlande gingen sehr ungerne daran, weil sie unlängst mit Frankreich, zu Wiederherstellung des Friedens, eine Unterhandlung angefangen hatten, mit welcher es auch schon so weit gekommen war, daß man beschlossen hatte, von beiden Seiten, Bevollmächtigte nach Breda zu senden, wie in kurzem geschah.

Der König von Spanien, Philipp V. stirbt. Ferdinand VI. folgt ihm.

Mittlerweile war, am 6ten des Heumonats, der König von Spanien, Philipp der Fünfte, sehr unvermuthet gestorben, welchem sein ältester Sohn, aus erster Ehe, Ferdinand der Sechste, auf dem Throne folgte s). Man erwartete, aus dieser Veränderung an dem Hofe von Madrid, eine beträchtliche Veränderung in dem Zustande der Sachen von Europa. Man wußte, daß der Krieg in Italien, von Seiten Spaniens, vornemlich, durch Betreiben der Königin, die daselbst ihrem zweiten Sohne, Don Philipp, einen ansehnlichen Staat aus der Oesterreichischen Erbschaft zu verschaffen suchte, angefangen und fortgesetzt worden war. Der Tod ihres Gemahls entsetzte sie von dem Ruder der Regierung, das sie bisher geführt hatte. Sie verließ auch, bald darauf den Hof. Man glaubete also, der König Ferdinand würde, nachdem er die Regierung angetreten hatte, andere Maaßregeln nehmen. Die Hoffnung zu einem allgemeinen Frieden ward wieder lebendig, ungeachtet der Krieg, nach Philipps des Fünften Tode, noch heftig fortgesetzt ward. Es zeigte sich auch, mit der Zeit, daß der König Ferdinand zu einem billigen Vergleiche mit den Höfen Wien und London nicht ungeneigt war. Der Tod des Königs von Dänemark, Christians des Sechsten, der sich am 6ten August ereignete, hatte wenigen Einfluß auf die gemeinen Sachen. Sein Nachfolger war sein Sohn, Friderich der Fünfte v).

Tod des Königs von Dänemark, Christians VI.  
Der Rathpensionär

Der Rathpensionär von Holland, der Herr Anton van der Zeim, war seit einiger Zeit, mit einem beschwerlichen Herzfloßpen, welches man der überhäuften Menge seiner

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

p. 460.

t) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

s) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 184.

III. P. I. p. 179. et suiv.

seiner höchst wichtigen Geschäfte zuschrieb, behaftet gewesen. Er wollte die Wasser zu Spa gebrauchen, starb aber auf der Reise dahin u), zu Herzogenbusch, in dem drey und funfzigsten Jahre seines Alters. Der erste Secretär der Stände von Holland, der Herr Wilhelm Buis hatte, schon seit einiger Zeit, das Amt des Rathpensionärs, für den Herrn van der Heim, versehen. Nach seinem Tode ward dasselbe, bis auf weitere Verfügung, von Adam Adriaan van der Duin, Herrn van's Graavenmoet, aus dem Stande des Holländischen Adels, verwaltet v); da inzwischen Buys, statt des Rathpensionärs, der Versammlung der General-Staaten noch ferner bewohnte w). Aber am 1ten des Herbstmonats ward der zweite Secretär derselben, Jacob Gilles, Der zweite zum Rathpensionär erwählt. Er machte viele Schwierigkeiten, dieses wichtige Amt, besonders in dem gegenwärtigen gefährlichen Zustande der Sachen, anzunehmen. Um dieselben zu heben, befand man für gut, ihm die Würde eines General-Schatzmeisters von Holland, mit einem Gehalte von viertausend Gulden, und überdem einen gleichen Gehalt, als Alt-Rathpensionär, der auch seinem Vorfahren bewilligt gewesen war, zu versprechen, im Falle er sich einmal entschließen mögte, das Amt eines Rathpensionärs niederzulegen. Man fügte noch das Vorrecht dazu, zu aller Zeit, in der Versammlung der bevollmächtigten Rätthe, mit einer rathgebenden Stimme, imgleichen in der Versammlung der Stände von Holland und der General-Staaten zu erscheinen. Hierauf nahm er das ihm aufgetragene Amt an, und legte am 23ten des Herbstmonats den Eid ab. Am eben dem Tage ward er auch zum Pensionär der Ritterschaft bestellt x).

Die Prinzessinn von Oranien kam, am 15ten des Wintermonats, zu Leeuwarden wiederum mit einer Tochter nieder, die Anna genannt ward y), aber am 2ten Jenner des folgenden Jahres starb.

Die Bevollmächtigten zu den Unterhandlungen zu Breda waren schon, seit einiger Zeit, ernannt worden. Der Marquis von Puiſſieux war von Frankreich, der Graf von Sandwich von Großbritannien bestimmt, denenselben beizuwohnen. Die Staaten hatten zu dieser Zusammenkunft den Grafen von Wassenaar, Herrn von Twisk, Kelo, und den gegenwärtigen Rathpensionär Gilles ernannt, die schon seit einiger Zeit mit dem Französischen Hofe gehandelt hatten, und deren Unterhandlungen in dem Haag genehmiget worden waren z). Man hoffete, daß die Versammlung, mit dem Anfange des Herbstmonats, eröffnet werden würde, und die Bevollmächtigten des Staats befanden sich schon am 4ten zu Breda. Aber es würete bis zum Ende des Monats, ehe Puiſſieux und Sandwich ankamen. Unterdessen hatte man im Haag Ursache bekommen zu fürchten, daß die Unterhandlung, von Seiten der Engländer, Hindernisse finden würde. Der Herr Trevor hatte am 13ten August zu dem Secretär Buys gesagt, „daß der König, sein Herr, den Höfen von Wien und Turin von Frankreichs Entwürfe zu einem allgemeinen Frieden Nachricht gegeben, und daß daher der König von Sardinien den Grafen von Chavannes, seinen Gesandten im Haag, ernannt hätte, der

Bbb 2

Zusam.

u) Refol. Holl. 2 Jul. 1746. bl. 368.

v) Refol. Holl. 20 Jul. 1746. bl. 400.

w) Refol. Holl. 2 Aug. 1746. bl. 449.

x) Refol. Holl. 9. 15, 21, 22, 23 Sept. 1746. bl. 525, 538, 551, 557, 558, 559.

y) Refol. Holl. 30 Nov. 1746. bl. 685.

z) Secr. Refol. Holl. 30 Jun. 1746. X. Deel, bl. 586.

1746. „Zusammenkunft zu Breda benzuwohnen.“ Der Herr Buys merkte an, „daß dies der Hofe von Wien und Turin zu den- nenselben zu- gelassen wer- den.  
 „wider die Abrede wäre, zufolge welcher die Unterhandlungen allein von den Bevollmäch- tigten der drey Mächte gehalten werden sollten; daß auch die Staaten zwar Freunde des Königs von Sardinien wären, doch aber in keinem Bündnisse mit ihm ständen; wes- wegen er bäte, daß der Herr Trevor noch diesen Abend an seinen Hof schreiben, und „wo möglich, bewirken mögte, daß der König, sein Herr, von der Zulassung aller frem- den Minister abstehe mögte a).“ Allein der Englische Hof blieb bey seinem Ent- schlusse. Die Staaten ließen daher den Herren von Wassenaar und Gilles zuschreiben, „daß sie die Zulassung der Minister von Wien und Turin, auf die schicklichste Weise, „auszuwirken suchen sollten b).“

Der hierüber entstandene Streit hält die Unter- handlung auf.

Die Unterhandlungen zu Breda zwischen den Ministern der drey Mächte wur- den bey den Bevollmächtigten des Staats am 4ten des Weinmonats angefangen. Der Graf von Sandwich that alsbald die Erklärung, „daß er befehliger wäre, von keinen „Sachen zu sprechen, wosern die Minister der Bundsgenossen nicht auf der Versammlung „zugelassen würden.“ Der Marquis de Puiseux sagte, daß dies wider die Abrede wäre. Die Bevollmächtigten des Staats schlugen vor, „daß man, die Zulassung vor- „ausgesetzt, mittlerweile in der Unterhandlung fortgehen könnte.“ Aber hiemit fanden sie weder bey Puiseux noch Sandwich Beyfall. Man kam noch zweymal zusammen, ehe das Jahr zu Ende ging. Aber der Streit, wegen der Zulassung der andern Mini- ster, war Ursache, daß nichts beschlossen werden konnte. Mittlerweile hatte der König von Frankreich, welcher die Staaten als eine kriegsführende Parthey ansah, ob sie sich gleich zu Breda als Mittler zu betragen schienen, den König von Portugal um seine Vermittelung zu Beförderung eines allgemeinen Friedens ersucht, und dieser sich dazu be- reit erklärt. Man gab hievon auch den Höfen von Wien und Madrid Nachricht c). Allein da man inzwischen die Unterhandlungen zu Breda angefangen hatte, und sie fort- setzte; so hatte die Portugiesische Vermittelung keinen Fortgang. Einige haben ange- merkt, daß, um diese Zeit, auch der Englische Hof, mittelst des von Lissabon, dem Kö- nige von Spanien eine Eröffnung, wegen eines besondern Friedens, habe thun lassen d); aber diese Unterhandlung war auch ohne Erfolg.

1747. Spanien verlangt auch die Zu- lassung seines Bevollmäch- tigten auf der Ver- sammlung.

Im Jenner des Jahres 1747 reiste der Marquis de Puiseux, der zum Staatssecretär ernannt war, unvermuthet nach Paris; welches einen neuen Aufhalt in den Unterhandlungen zu Breda verursachte. Jedoch vor dem Ende des Hornungs kam der Herr de la Porte du Theil an seine Stelle, auf der Versammlung an. Die Mi- nister kamen alle, zum vierten Male, am 2ten März zusammen. Der Streit, wegen der Zulassung der Minister von Wien und Turin, die in kurzem auch nach Breda ka- men, fing nun von neuem an. Sandwich bestund stark darauf; aber du Theil setzte sich dawider. Die Ankunft des Bevollmächtigten der Krone Spanien, Don Melchior de Macanäs, der gleichfalls in der Versammlung zugelassen zu werden verlangte, hinderte die Unterhandlung noch mehr. Sandwich und die Bevollmächtigten des Staats würden nichts dawider einzuwenden gehabt haben, wosern man auch die Bevoll- mächtigten

a) Secr. Resol. Holl. 20 Aug. 1746. X. Deel, bl. 621.

b) Secr. Resol. Gener. Sabb. 1 Oct. 1746.

c) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 121, 124.

d) R. ROLT Vol. IV. p. 378



mächtigten von Wien und Turin zugelassen hätte. Allein du Theil erklärte sich, daß er mit Niemanden als den Bevollmächtigten Großbritanniens und der Staaten handeln könnte. Macanäs ließ sich, wie es schien, bewegen, nicht weiter auf seine Zulassung zu dringen: allein in zween Tagen war er anderes Sinnes geworden: welches einigen geheimen Unterredungen, die der Graf von Sandwich mit ihm gehalten hatte, zugeschrieben ward. Er ließ sogar, in der fünften Zusammenkunft der Minister von Frankreich, England und des Staats, welche am 16ten März gehalten ward, eine Schrift übergeben, worin er allem widersprach, was, außer seiner Unwesenheit, wegen der Angelegenheiten Spaniens beschloffen werden mögte. Gleich hierauf thaten der Graf von Sandwich und der Herr Gilles eine Reise nach dem Haag. Die andern Bevollmächtigten blieben zu Breda.

Er wider-  
spricht allem,  
was außer  
seiner Unwe-  
senheit in An-  
sehung Spa-  
niens be-  
schloffen wer-  
den mögte.

Man meynete nun deutlich merken zu können, und es ward durch gewisse Nachrichten bestätigt, daß der Englische Hof den Frieden nicht suchte. Die Engländer hatten auch schon längst aus einem hohen Tone, und vieles von der großen Macht gesprochen, welche sie dieses Jahr in das Feld bringen, und mit welcher sie die Schande der vorigen Feldzüge vollkommen auslöschen wollten. Der Herzog von Cumberland würde, ihnen mit sagten sie, den Oberbefehl über die vereinigte Armee führen, und den Ruhm der Britten dem Frieden erhalten. Alle solche Gespräche, die auch bey vielen unserer Landesinwohner Beyfall fanden, dienten dazu, daß das Volk die Fortsetzung des Krieges verlangete. Hierzu kam noch, daß die Engländer aus dem Kriege eine Veränderung in der Regierung des Staats erwarteten, welche, ihrer Meynung nach, ihren Angelegenheiten zuträglich seyn würde. Ihre Abneigung zum Frieden war demnach Ursache, daß sie gegen alles, was man ihnen vorschlug, Schwierigkeiten machten, und sich niemals, wie ernstlich auch die Bevollmächtigten des Staats darauf bringen mochten, erklären wollten, was sie besonders forderten.

Die Engländer  
der machen  
sich verdäch-  
tig, daß es  
ihnen mit  
sehr wenig  
Erfolg  
sey.

Als die Franzosen endlich merketen, wie wenig die Engländer geneigt waren, die Unterhandlung zu einem guten und geschwinden Ende zu bringen; so suchten sie den Bevollmächtigten des Staats, in verschiedenen Unterredungen, die sie mit ihnen allein hielten, einen besondern Vertrag zwischen Frankreich und den Staaten, worin jedoch auch die Angelegenheiten der Bundesgenossen in Nichtigkeit gebracht werden sollten, annehmlich zu machen. Man trug kein Bedenken, sie zu hören. Man gab auch den Engländern von ihren Vorschlägen Nachricht. Weil nun diese ungerne gesehn haben würden, daß die Staaten, ohne sie, mit Frankreich einen Vertrag schloßten; so suchten sie die Unterhandlung in die Länge zu ziehen. Allein der Französische Hof ward über dieses Zaudern verdrießlich, und drohete den Staaten mit einem Einfall in ihr Gebiete, in der festen Einbildung, daß sie dadurch gezwungen werden sollten, entweder zugleich mit England, oder für sich selbst zu schließen. Man stellte den Franzosen vor, daß ein solcher Einfall unfehlbar eine Veränderung in der Regierung verursachen, und den Staat, je länger je abhängiger von England machen würde; welches, wie man wußte, ihnen gar nicht gefallen konnte. Es scheinen auch die meisten Französischen Staatsminister dem Könige, welcher selbst, nach ihren wiederholten Versicherungen, sehr zum Frieden geneigt war, diesen Einfall widerrathen zu haben; und man vermuthet, daß er nachher allein durch den Marschall, Grafen von Sachsen, dazu bewogen worden sey, der

1747.

ihm vorstellte, daß dies der rechte Weg wäre, die Staaten zu einem Vertrage zu nöthigen.

Gefährlicher  
Zustand des  
Staats.

Die Bevollmächtigten des Staats unterließen nicht, den Engländern die Gefahr vorzustellen, worin der Staat sich, im Anfange des Frühlings, und da die Armeen in das Feld rückten, befand. Man wußte nun mit Gewißheit, daß Frankreich wenigstens hundert und dreszigtausend Mann auf den Grenzen des Staats stehen hatte, und daß die vereinigte Armee höchstens nur hundert und zehntausend Mann stark seyn konnte. Man bewies ihnen, daß das Verderben des Staats unvermeidlich wäre, wenn Frankreich, wie von Jahren zu Jahren geschehen wäre, die Bundsgenossen schlug, und mit einer siegenden Armee, nach Eroberung eilicher schwachen Grenzstädte, in das Land eindränge. Allein dies alles war vergebens. Die Engländer hoffeten, nicht ohne Grund, daß die äußerste Noth des Staats die gewünschte Veränderung der Regierung hervorbringen, und dadurch die Unterhandlung fast gänzlich in ihre Hände kommen würde.

Entwurf ei-  
niger Frie-  
densartikel.

Zu diesem Zustande der Sachen kam der Rathpensionär Gilles von Breda nach den Haag, um den Abgeordneten zu den geheimen Sachen von dem Zustande der Unterhandlung Bericht abzustatten. Er blieb daselbst bis zum 18ten April, da inzwischen den Tag zuvor, die Erklärung des Königs von Frankreich, von welcher wir gleich sprechen werden, den General-Staaten übergeben worden war. Er ging darauf wieder nach Breda; und am 20sten wurden, zwischen dem Herrn du Theil und den Bevollmächtigten des Staats, dem Grafen von Wassenaar und dem Rathpensionär Gilles, einige Friedensartikel zu Papiere gebracht, welche zwar nicht unterzeichnet waren, aber doch, von beiden Seiten, versandt wurden. Von Seiten des Staats theilte man sie gleich dem Englischen Hofe mit: aber in dem Haag, bekam, außer den Abgeordneten zu den geheimen Sachen, vorerst Niemand davon etwas zu wissen. Sie sind auch nachher nicht viel bekannter geworden. Nur habe ich so viel erfahren, daß in denselben, unter andern bedungen worden sey, „daß alle dem Staate von Frankreich weggenommene Plätze „zurückgegeben; daß alle Friedens-Freundschafts- und Handelsverträge, und namentlich „der Handelsvertrag vom Jahre 1739 erneuret; daß die in den Oesterreichischen „Niederlanden eroberten Plätze auch der Kaiserinn-Königinn zurückgegeben, und der „Friede mit derselben auf den Fuß des Vertrages von 1738 wieder hergestellt werden „sollte. Daß Frankreich den Kaiser in dieser Würde erkennen; daß es die in den „Jahren 1713 und 1717 mit Großbritannien geschlossenen Verträge erneuern, und „sich zu allem, was darin, in Ansehung des Prätendenten festgesetzt wäre, verbinden, so „solches auf die ganze Nachkommenschaft desselben ausdehnen, und Dünkirchen, so „wohl auf der Land- als Seeseite, in den Zustand, der durch die gedachten Verträge be- „stimmt wäre, setzen, Großbritannien aber dagegen Cap. Breton an Frankreich „zurückgeben sollte. Daß der Friede zwischen Spanien und Großbritannien; auf „den Fuß des Utrechtschen Friedens und des in dem Pardo, im Jahre 1739 geschlos- „senen Vertrages wieder hergestellt, und die Handlung auf den Fuß der alten Verträge „gesetzt, auch von Spanien eben die Verbindlichkeit, in Ansehung des Prätendentens, „als von Frankreich, übernommen werden sollte. Daß Spanien alle vorigen mit dem „Staate der Vereinigten Niederlande geschlossene Verträge bekräftigen, und nebst „dem Hofe von Neapel in Ansehung des von Wien, den Frieden, auf den Fuß der „dem Vertrage vom Jahre 1738 beygefügtten Vergleiche, schließen sollte. Daß Spa-

„nien,

„nien, Neapel und der Infant Don Philipp den Kaiser erkennen; daß die Kaiserin-Königin Parma und Piacenza, den auf der nördlichen Seite des Po liegenden Theil ausgenommen, dem Infanten Don Philipp abtreten; und daß der König von Sardinien, der Staat von Genua und der Herzog von Modena wieder in den Besiß desjenigen, was sie verlohren, eingesetzt werden sollten.“

Unterdessen, da diese Artikel in Frankreich und in dem Haag erwogen wurden, und da der Spanische Bevollmächtigte Macanäs, der zuvor andere Hoffnung gegeben hatte, sich erklärte, „daß er keine näheren Befehle von seinem Hofe erwartete,“ stand der Staat der Vereinigten Niederlande in einem zweifelhaften und gefährlichen Gleichgewichte, welches entweder zu einem eiligen Frieden, oder zur Veränderung der Regierungsform und Fortsetzung des Krieges überzuschlagen drohete. Wenn die Englischen Minister weniger mit der Unterhandlung gezaubert hätten, oder wenn die Staaten sich zu einem besondern Vertrage mit Frankreich hätten entschließen können, würde das erstere geschehen seyn. Ihr Zaudern und der Einfall der Franzosen in das dem Staate zugehörige Flandern verursachte nun das letztere c). Die Wichtigkeit der Sache erfordert, daß wir von dieser merkwürdigen Begebenheit eine umständliche Nachricht geben.

Man hatte, hier zu Lande, schon mit dem Anfange dieses Jahres, oder noch eher, vorausgesehen, daß die Franzosen den Krieg stark in den Niederlanden fortsetzen würden, sofern der Friede nicht zur Nichtigkeit käme. Aber viele zweifelten noch, ob sie Luxemburg oder das Gebiete des Staats angreifen würden. Am Ende des Märzmonats streiften die Franzosen schon bis vor die Thore von Bergen op Zoom; woraus man vermuthete, daß sie von der Lage dieser Festung Rundschau einziehen wollten. Vorher, im Anfange des Januars, hatten einige Franzosen, die von einem gewissen Dorf, der zu Noerbeek wohnhaft war, geführt wurden, auch das Dorf den Doel in Augenschein genommen. Nachher hörte man, in einer geraumen Zeit, nichts wieder von den Franzosen auf den Grenzen f). Allein man durfte an den Absichten des französischen Hofes nicht mehr zweifeln, nachdem der Secretär Chiquet den 17ten April ein Schreiben von dem Abte de la Ville übergeben hatte, welches eine Erklärung des Königs von Frankreich enthielt, die wesentlich hierauf hinauslief: „Der König hätte zwar bisher gerechte Ursachen gehabt, über den von den vereinigten Landen, das Gebiete der Königin von Ungarn geleisteten unbestimmten Beystand zu klagen: aber er hätte dem ungeachtet die Staaten nicht als seine ordentlichen Feinde betrachten wollen. Die Vorschläge, die er ihnen öfters gethan hätte, würden beweisen, daß er nicht nur den Krieg von ihren Grenzen hätte entfernen, sondern ihnen auch den Ruhm verschaffen wollen, den Frieden unter den kriegenden Mächten wieder herzustellen. Er hätte ihnen, schon im Jahre 1741, die Bedingungen, unter welchen er Frieden machen wollte, entdeckt, und ein solches Vertrauen in sie gesetzt, daß er ihnen Dinkirchen zur Verwahrung hätte anvertrauen wollen. Er hätte ihnen, im Jahre 1745, den Vorschlag gethan, eine Versammlung zu halten, um auf derselben wegen der Wiederherstellung des Friedens zu handeln. Und wodurch hätte er wohl besser beweisen können, welche große Neigung er zu ihnen trüge, und wie sehr er sie zu schonen wünschte? Er würde

XII.

Einige französische Parteyen streifen in das Gebiete des Staats.  
Der Abt de la Ville meldet den Staaten Frankreichs Vorzügen an: zugreifen.

„jedoch

e) Aus bewährten Urkunden, Staatschlüssen und Nachrichten.

f) Notul. Zeel. 12. 26 Jan. 28. 30 Mart. 7 April, 1747. bl. 56, 57, 121, 192, 193, 195, 212.

1747.

„jedoch auf eben die Weise fortgefahren seyn, wenn die Umstände des Krieges und die  
 „Sicherheit seiner von der Königin von Ungarn gemachten Eroberungen nicht erforder-  
 „ten, sich gegen die Anschläge seiner Feinde zu waffnen. Wenn die Republik ihnen keinen  
 „Aufenthalt auf ihrem Gebiete verstatet, wenn sie ihnen nicht Beystand von allerley Art  
 „geleistet hätte; so würde er nicht genöthiget worden seyn, einen Krieg wider seinen Willen  
 „fortzusetzen, der schon viel zu lange gedauert hätte. Daher hätte er dem General seiner  
 „Armee befohlen, alle Mittel, die ihm seine Kriegserfahrung an die Hand geben könnte,  
 „ohne Unterscheid zu gebrauchen, um den neulich seiner Herrschaft unterworfenen Völkern  
 „die Ruhe zu versichern. Der König würde, seit dem Anfange des letzten Feldzuges,  
 „berechtigt gewesen seyn, mit seiner Armee in das Gebiete des Staats zu gehen, worin  
 „man seine Feinde aufgenommen hätte: aber er hätte damals das Vertrauen zu ihnen ge-  
 „habt, daß sie den Frieden, worüber sie mit ihm in Unterhandlung gewesen wären, auf-  
 „richtig suchten; er hätte dem gemeinen Gerüchte keinen Glauben beygemessen, daß sie,  
 „unter dem scheinbaren Vorwande einer Unterhandlung, nur die Absicht hätten, die Ge-  
 „sahr von sich abzuwenden, und sich zu desto stärkerer Fortsetzung des Krieges zu rüsten.  
 „Er hätte daher eine Unternehmung aufgeschoben, welche durch das Kriegsrecht und durch  
 „den schlechten Zustand der Armee der Bundsgenossen gerechtfertiget worden wäre. Die  
 „bey Eröffnung der Versammlung zu Breda gemachten Schwierigkeiten hätten ihn jedoch  
 „in der Vermuthung gestärkt, daß man die Friedensunterhandlung aufzuhalten dächte.  
 „Allein, dies bey Seite gesetzt, hätten die Truppen des Staats, im Jahre 1744, das  
 „Französische Gebiete in den Ebenen bey Nyssel und Lisoing betreten, ohne daß die  
 „Staaten den Namen hätten haben wollen, den König durch diesen Einfall unmittelbar  
 „zu bekriegen. Er that also auch die Erklärung, daß, da er sich gezwungen sähe, in  
 „ihr Gebiet einzufallen, er nicht Willens wäre, mit den Staaten zu brechen, sondern nur  
 „die gefährlichen Wirkungen des Beystandes, welchen sie der Königin von Ungarn und  
 „dem Könige von England leisteten, zu verhüten oder zu verhindern. Wenigstens könn-  
 „te der König nicht verbunden geachtet werden, zu seinem Nachtheile, länger für die vorge-  
 „gebene Neutralität der Mächte, die seine Feinde unterstützten, Achtung zu haben, da  
 „diese seine Bundsgenossen, und sogar diejenigen, welche die genaueste Neutralität beob-  
 „achtet hätten, auf allerley Weise drückten. Um jedoch dasjenige, was er sich selbst schul-  
 „dig wäre, mit den Gesinnungen der Wohlgemogenheit, die er noch für die General-  
 „Staaten behielte, zu vereinigen, hätte er den Befehlshabern seiner Armee ausdrücklich  
 „befohlen, die strengste Kriegszucht auf dem Gebiete des Staats zu beobachten, und die  
 „Unternehmungen allein nach der Nothwendigkeit der Umstände einzurichten. Er wäre  
 „weit entfernt, die Religion, die Regierung und den Handel des Staats zu stören, son-  
 „dern vielmehr geneigt, den Unterthanen desselben allen Schutz zu verleihen. Er wollte  
 „auch die Dörfer, die er genöthiget seyn würde, zu seiner eigenen Sicherheit einzunehmen,  
 „nur als ein Unterpfand behalten, und dieselben zurückgeben, so bald die Staaten aufhö-  
 „ren würden, den Feinden seiner Krone auf allerley Weise beyzustehen; welches eine der  
 „vernehmlichsten Ursachen der Fortdauerung des Krieges wäre. Der König verlangte nichts  
 „als die Wiederherstellung der allgemeinen Ruhe auf einem gerechten und festen Grunde.  
 „Der Antheil, welchen er an der Sicherheit und dem Glücke der General-Staaten näh-  
 „me, ließe ihn mit Schmerzen sehen, daß sie fortführen, ihr Geld, ihre Truppen, ihre  
 „Besitzthümer, und vielleicht ihre Regierungsform fremden Vortheilen und ungerechten  
 „Leiden.

„Lebenschaften aufzuopfern g.“ Der Abt de la Ville gab, in dem Schreiben, womit er die Erklärung des Königs begleitete, zu erkennen, „daß Seine Majestät das Vertrauen „der Staaten, und nicht ihre Länder zu gewinnen suchte, und daß es noch Zeit wäre, der „Gefahr, welche denenselben drohete, durch Entschliefungen, die mit ihrer Vorsicht und „der Weisheit ihrer Regierung übereinstimmeten, zuvor zu kommen h.“ Er zielete, sonders Zweifel, auf die Fortsetzung der Unterhandlungen zu Breda. Allein die Sachen waren schon zu weit gekommen, und der Staat hatte sich zu tief mit Großbritannien eingelassen, als daß man gegenwärtig einen baldigen Schluß dieser Unterhandlungen erwarten konnte.

Bald nach der übergebenen Erklärung des Königs von Frankreich, deren Inhalt auch dem Botschafter van Zoey zu Versailles mitgetheilt worden war, fiel eine so große Veränderung in dem Zustande der Regierung vor, daß man vorerst auf keine Antwort denken konnte. Man ertheilte dieselbe, erst im Wintermonate dieses Jahres, und damit zugleich eine Antwort auf eine nähere Vorstellung, die der Französische Hof im Herbstmonate hatte übergeben lassen. Wir werden hernach melden, was, von Seiten der Staaten, auf die Erklärung des Königs angemerkt worden ist.

Sie ward alsobald öffentlich herausgegeben, und verursachte große Unruhe unter dem Volke, welche größer ward, als man, wenige Tage hernach, hörte, daß die Französischen Truppen wirklich in das dem Staate gehörige Flandern eingefallen wären, und verschiedene Plätze zugleich berennt und aufgefördert hätten. Der Graf von Löwendal war, am 17ten April, an eben dem Tage, da die Erklärung des Königs in dem Haag übergeben war, an der Spitze von ungefähr zwanzigtausend Mann von Brügge gegangen. Er theilte seine Truppen in verschiedene Haufen, die über die Lieve in das dem Staate zugehörige Flandern einsielen; welches, weil es gegen einen so plötzlichen Angriff schlecht versehen war, kaum die geringste Gegenwehr thun konnte. Löwendal nahm sein Hauptquartier zu Aardenburg. Sluis ward gleich berennt und eingeschlossen, nachdem die Felschanze bey St. Donaas eingenommen, und die achtzehn Mann, die darin lagen, als Kriegsgefangene nach Brügge geschickt waren; und nachdem man sich einer andern Schanze, welche die Stadt bedeckte, mit weniger Mühe bemächtigt hatte. Die Schanze an dem Hafen von Boekhout bey Silippine ward zu eben der Zeit eingenommen. Sas van Gend ward berennt. Eine Parthey Franzosen ging über den Canal bey Xzendyke, bemästerte sich der kleinen Schanze Schaapstal, und fiel in das Land Kadzand ein i), welches jämmerlich geplündert, und gebrandschaget ward. Die Schanzen, welche Hrist bedeckten, wurden erobert, und hieburch die Gemeinschaft zwischen dieser Stadt und Axel gänzlich abgeschnitten. Ein Theil der Besatzung in Antwerpen ging über die Schelde, um sich der Schanzen, die zur linken Seite dieses Flusses lagen, zu bemächtigen, da indessen ein anderer Theil die zur rechten Seite des Stromes liegende Festung Lillo berannte und aufforderte. Sluis hielt sich nicht länger als fünf Tage. Die Stadt, welche schlecht mit Truppen versehen war, ergab sich, ohne

g) Resol. Holl. 26 April, 1747. bl. 194.  
Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 5.  
Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III.  
P. II. p. 39.

h) ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 4.  
i) Schreiben der bevollmächt. Räte von  
Seeland vom 17 April 1747. Notul. Zeel.  
18 Apr. 1747. früh um 3. Uhr, bl. 227.

1747.

ingeleichen  
Vzendyke,  
Liefkens-  
hoek und die  
Perle.

ohne daß sie beschossen worden, am 22sten, mittelst eines Vergleichs, wodurch die Befestigung in die Kriegsgefangenschaft kam, und ohne Gewehr, nach Brügge, und von dort, in kurzem, nach Frankreich geführt ward. Vzendyke ging, um eben diese Zeit, so wie die Schanzen Liefkenshoek k), und die Perle, an der linken Seite der Schelde über. Die Uebung der reformirten Religion ward in Sluis zwar verstatet, aber ohne Läutung der Glocken, und mit einer Französischen Schildwache vor der Kirchenthüre l). Fast eben so ward es in den Flandrischen dem Staate zugehörigen Städten, die hernach übergingen, gehalten. Jedoch begingen die Französischen Soldaten hier einige Ausschweifungen, welche, wie man dafür hielt, der Erklärung des Königs zuwider waren, und über welche nachher der Graf von Wassenaar bey dem Herrn du Theil Beschwerde führte. Der General-Lieutenant Peter de la Rocque, der sich zu Hulst befand, hatte den Einfall in diesem Lande schon einige Tage vorher gesehen, und nach Seeland um Hülfe geschrieben m). Aber ehe er dieselbe erhalten konnte, waren die Franzosen schon von verschiedenen Orten Meister.

Ursachen des  
gegenwärtigen  
schwachen  
Zustandes  
des dem  
Staate zugehörigen  
Flanderns.

Die Stände von Seeland, als die nächstgelegenen bekamen die erste Nachricht von dem Einfalle in Flandern. Sie hatten, schon im Jahre 1744, gearbeitet, die Festungen in dieser Landschaft in Verteidigungsstand zu setzen; worüber, damals und nachher, öfters von den andern Provinzen, und in dem Haag, Berathschlagungen gehalten wurden n). Man sandte auch, zu der Zeit, die Herren Johann Constantin Matthias und Johann Ludewig Verelst, Bürgermeister zu Middelburg und Veere nach Flandern, um den Zustand der dortigen Festungen zu untersuchen o). Der Prinz von Oranien, der sich damals zu Breda befand, ließ sich daselbst auch von den Umständen dieses Landes von dem Doctor Wilhelm Tiberius Zittinga unterrichten, der auf Befehl des Staatsrathes eine sehr richtige Karte davon gemacht hatte p). Für Kadzand insonderheit suchte man hernach auch zu sorgen q). Allein die Uneinigkeit unter den Provinzen und der allgemeine Verfall der Finanzen war Ursache gewesen, daß man das dem Staate zugehörige Flandern nicht gehörig hatte versehen können. Man war besonders, seit einer geraumen Zeit, wegen Ernennung der hohen Kriegsbefehlshaber uneinig. Der Graf von Rechteren, der wegen der Provinz Overijssel Abgeordneter zu den General-Staaten war, hatte im Anfange des Jahres 1745, den Prinzen von Oranien wiederum zum General des Fußvolkes in Vorschlag gebracht, und Frisland und Gröningen bestunden auch noch immer darauf, daß er dazu ernannt werden mögte r). Aber Holland widersezte sich dieser Ernennung auf das stärkste s). Die meisten Stände von Seeland waren hierin mit Holland einig. Aber Vlissingen und Veere gaben ihre

k) Notul. Zeel. 27 Apr. 1747. bl. 307.

l) Aus verschiedenen gedruckten und geschriebenen Nachrichten.

m) Schreiben des General-Lieut. de la Rocque vom 12, 16, 17 Apr. 1747.

n) Schreiben des Staatsrathes vom 2 Apr. 1744.

o) Notul. Zeel. 9 Jul. 1744. bl. 290.

p) Notul. Zeel. 27 Jul. 2 Aug. 16 Sept. 1745. bl. 332, 341, 418.

q) Notul. Zeel. 18 Mart. 1746. bl. 143.

r) Secr. Resol. Holl. 19 Febr. 1745. X. Deel, bl. 379.

s) Secr. Refol. Holl. 10 Mart. 1745. X. Deel, bl. 382.



ihre Stimmen für die Ernennung. Geldern drang auch sehr darauf <sup>t)</sup>, eben so, wie im Anfange des Jahres 1746, Grönningen. Allein in Holland und Seeland war keine einwillige Einwilligung zu erhalten <sup>w)</sup>. Diese beiden Landschaften bewirketen auch, sehr wider den Willen von Frisland und Grönningen, daß der Oberbefehl über die Truppen des Staats, in dem Feldzuge des Jahres 1747, dem Fürsten von Waldeck wieder aufgetragen ward <sup>v)</sup>. Eine solche Verschiedenheit der Meinungen mußte nothwendig einen Einfluß auf die gemeinen Sachen haben, und war, wenigstens zum Theile, Ursache gewesen, daß nicht bey Zeiten, für das dem Staate zugehörige Flandern gesorget worden war.

1747.

So bald die General-Staaten von dem Einfalle in dieses Land benachrichtiget wurden, ließen sie ein umlaufendes Schreiben an die besondern Provinzen ab, welches den 10ten April unterzeichnet war, und worin sie dieselben ermahneten, „ohne Verzug übergeben den besondern Provinzen Nachricht von dem Einfalle in Flandern, die geschicktesten Mittel, den hieraus zu befürchtenden Folgen zuvor zu kommen, Rath zu halten, und ihren Antheil zu den bewilligten Geldsummen, und namentlich zu den für die Armee bestimmten Steuern zu entrichten, und dadurch den Staatsrath in den Stand zu setzen, die Maaßregeln, die schon genommen wären, oder noch genommen werden würden, zur Ausführung zu bringen.“ Es wäre bis zum 27ten, ehe die Stände von Holland auf dieses Schreiben einen Schluß faßten <sup>w)</sup>. Der gefährliche Zustand, worin sich der Staat iho so wohl innerlich als äußerlich befand, war die Ursache davon. Die gegenwärtige Regierungsform war, schon seit dem Anfange des Krieges, wankend gewesen; nunmehr schickte es sich damit, seit dem Einfalle der Franzosen in das dem Staate gehörige Flandern, zur völligen Veränderung an; und es war nothwendig, daß diese Veränderung entweder ihre Vollkommenheit einiger Maaßen bekäme, oder unwahrscheinlich würde, ehe man, in den Versammlungen der besondern Provinzen, und besonders der von Holland, einen festen Schluß wegen der Unterhandlung mit Frankreich fassen konnte. Das erste geschah. Die Gestalt der Regierung veränderte sich plötzlich, und zum Schrecken der meisten. Die vier Provinzen Holland, Seeland, Utrecht und Overpffel erwählten den Prinzen von Oranien zu ihrem Statthalter, der diese ansehnliche Würde schon in den dreien andern Landschaften bekleidete, und solchergestalt eine größere Gewalt in dem Staate bekam, als jemals einem der vorigen Statthalter gegeben war. Es wird demnach der Mühe wohl werth seyn, daß wir den Verlauf dieser wichtigen Veränderung hier mit ihren Umständen, von den vorigen Zeiten her, erzählen.

Wir haben aus dem vorigen Theile dieser Geschichte wahrnehmen können, daß es unter den Gliedern der hohen Regierung niemals an solchen gesehlet habe, die den Prinzen von Oranien und Nassau, Wilhelm Carl Heinrich Friso, Statthaltern von Geldern, Frisland, Grönningen und Drente, zum wenigsten allmählig zu den hohen Würden, die seine Vorfahren ehemals bekleidet hatten, zu befördern suchten. Er war, in solcher Absicht, im Jahre 1722, zum Statthalter von Geldern bestellet worden.

Ecc 2

Man

t) Notul. Zeel. 23, 25, 29 Mart. 1, 6 April, 24 May, 1745. bl. 121, 122, 124, 127, 131, 155, 162, 164, 174, 231.

Deel, bl. 538. Notul. Zeel. 11 Febr. 4 Mart. 4 Apr. 1746. bl. 74, 135, 180.

v) Notul. Zeel. 27, 31 Jan. 1747. bl. 126, 134, 135.

w) Resol. Holl. 27 Apr. 1747. bl. 222.

u) Secr. Resol. Holl. 23 Febr. 1746. X.

XIV.

Einlaß zu der Veränderung der Regierung des Staats.

1747.

Man suchte ihm seitdem, in eben der Absicht, Sitz in dem Staatsrathe zu verschaffen; und nach dem Anfange des Krieges wollte man bewirken, daß er ein ansehnliches Kriegsamt bekäme. Allein die meisten Stände der vier Landschaften, die keinen Statthalter hatten, wußten Mittel, diese Bemühungen zu vereiteln. Die Erhebung des Prinzen zum Statthalter in Geldern gab so gar den vier Landschaften Gelegenheit, sich genauer zu Erhaltung der gegenwärtigen Regierungsform zu verbinden. Das Marquisat von Veere und Vlissingen ward aufgehoben; welches dem Prinzen den Einfluß nahm, welchen er sonst auf die Regierung von Seeland gehabt haben würde. Von dem Sitze in dem Staatsrathe ward er ausgeschlossen, und man trug ihm kein Kriegsamt von wegen des Staats überhaupt auf, als ein solches, das er anzunehmen seiner Ehre nachtheilig achtete. Bey Gelegenheit seiner Heirath mit der Prinzessin von Großbritannien hatten die Staaten sogar mit runden Worten zu verstehen gegeben, daß ihnen die Erhaltung der gegenwärtigen Regierungsform sehr am Herzen läge. Man sahe also, seit langer Zeit, deutlich genug, daß die meisten Glieder der hohen Regierung gar nicht geneigt waren, darin, durch die Wahl eines General-Capitains über die Kriegsmacht des Staats, und eines Statthalters über die Provinzen, die keinen hatten, eine Veränderung zu machen.

Mittel, die  
gebraucht  
werden, um  
dem Volke  
ein Verlan-  
gen zur Ver-  
änderung  
beizubrin-  
gen.

Das Volk in Holland, Seeland, Utrecht und Overijssel, das seit vielen Jahren der statthalterlichen Regierung nicht mehr gewohnt war, schien, so viel äußerlich zu merken war, auch kein starkes Verlangen darnach zu haben, und war sogar dagegen, durch verschiedene Schriften, einkommen, welche in dem gegenwärtigen Jahrhunderte reichlich ausgestreuet, und begierig gelesen worden waren. Man sahe in den Städten selten einige besondere Merkmale der Hochachtung für das Haus Oranien. Allein bey dem Ausbruche des Krieges, um das Ende des Jahres 1740, fing man hie und da an, münd- und schriftlich, aber meistens ingeheim, das Verlangen nach der statthalterlichen Regierung in den Gemüthern der landeseinwohner wieder zu erwecken. Der Verlust der Barriestädte und verschiedene unglückliche Schlachten veranlaßten bey dem Volke ein Murren über die gegenwärtige Regierung, welches, wie man dafür hielte, von einigen, die ihre Rechnung bey der Veränderung zu finden hofften, erregt oder ernähret worden war. Man streuete, schon im Jahre 1742, unter der Hand Schriften aus, worin einige Obrigkeiten eines unerlaubten Handels mit Frankreich beschuldiget, und als Leute, die durch Französisches Geld, zum Nachtheile des Staats, gewonnen wären, beschrieben wurden. In eben der Verhältniß, als der Krieg sich den Grenzen näherte, und die Barriestädte übergingen, fanden diese Beschuldigungen Beyfall bey dem Volke, welches, weil es zum Theile schon in den Wahn gerathen war, daß die Unfälle, welche den Staat drückten und bedroheten, dem schlechten Betragen der Regenten bezumessen wären, desto mehr nach einer Veränderung verlangete, und allmählig für gewiß hielte, daß die Wiederherstellung der Statthalterschaft in ihren alten Glanz ein Mittel zur Rettung des Staats seyn würde. Es ist sehr zu vermuthen, daß diese Wiederherstellung noch nicht gelungen seyn würde, wenn man mit Frankreich zu Breda einen Vergleich hätte machen können. Die Entfernung der Waffen von den Grenzen würde dem Murren über die Regierung und dem Verlangen nach einer Veränderung ein Ende gemacht haben; dahingegen nunmehr die sich täglich vergrößern Gefahr das Mißvergnügen stark vermehrte, bis daß es an denen Orten, wo man der Gefahr am nächsten war, plötzlich in Thätlichkeiten ausbrach, und die gewünschte Veränderung hervorbrachte. Sie ward

fast

fast auf eben die Weise, als im Jahre 1672, obgleich bey weitem nicht so gewaltsam bewirkt. Die erste Bewegung, welche dieselbe hervorzubringen schien, fing auch, wie damals, zu Veere in Seeland an; sie breitete sich von dort in die andern Städte dieser Landschaft; sodann fast zu gleicher Zeit nach Holland, und darauf in die andern Landschaften aus.

1747.

Die Belagerung von Sluis und der Zug nach Radzand hatte viele Einwohner dieses Landstrichs veranlaßt, mit ihren Sachen, die am leichtesten fortzubringen waren, nach Vlissingen und Veere zu flüchten; wodurch eine schreckliche Unruhe bey dem Volke verursacht worden war. Die Städte in Walcheren, welche nach Middelburg zusammen berufen waren, hatten, auf die erste Nachricht von dem Einfalle, den Herzog von Cumberland und den Fürsten von Waldeck um Hülfe ersucht x). Aber nachdem die Stände, den Tag nach dem Einfalle, alle zusammen gekommen waren, meldete Johann Hieronymus Huyssen, Bürgermeister zu Veere, „daß der Conservador (\*) der Schotten zu Veere, Carl Stuart, ihm zwey Englische Kriegsschiffe, eines von zwanzig und „das andere von zwölf Canonen, die unter seinem Befehle in dem Hafen lagen, und noch „vier oder fünf andere, die in der See wären, zum Dienste der Stände, und zur Vertheidigung von Seeland angeboten hätte.“ Man beschloß so gleich, dieses Anbieten anzunehmen, und zugleich den Englischen Oberbefehlshaber, Robert Mitchell, der, wie man glaubete, noch in den Dünen lag, zu ersuchen, daß er darein willigte y). Aber zween Tage hernach vernahm man von dem Bürgermeister Verelst, der es von Stuart hatte, daß Mitchell, schon mit drey königlichen Schiffen, vor Vlissingen angekommen wäre, und daß er, in allem, acht bis neun zur Vertheidigung von Seeland bereit hätte. Vlissingen that den Vorschlag, daß man bey dem Könige von Großbritannien um Erlaubniß hiezu ansuchen müßte: welches gleich hierauf schriftlich geschah. Man ersag auch, in kurzem, eine höfliche und gewierige Antwort von dem Könige. Mittlerweile hatte man mit Mitchelln verabredet, daß er sich mit seinem Geschwader in den Deurlo legen, und westwärts von West-Kapelle und Ostende kreuzen sollte z). Allein am 22sten gab der Bürgermeister Verelst den Staaten Nachricht, „daß die gegenwärtig auf der Rehde liegenden Englischen Schiffshauptleute Schwierigkeiten machten, ohne einen besondern Befehl ihres Hofes oder Befehlshabers, länger dort zu bleiben; es sey denn, daß man ihnen auftrüge, nebst dem Befehlshaber der Schiffsmacht „von Seeland, für die Sicherheit der Landschaft und der Ströme zu wachen.“ Die Staaten beschloßen hierauf, den Englischen Schiffen die Freyheit zu geben, nebst dem Unteradmiral Jacob Remanse, die Seeländischen Ströme zu beschützen: worüber auch, in kurzem, Verfügungen gemacht wurden a). In diesem Zustande der Sachen sprachen die Bürger auf den Wachten, welche, wie vermuthet ward, von Leuten von mehrerem Ansehen abgerichtet waren, zuerst von der Nothwendigkeit in diesen gefährlichen

XV.  
Besetzung  
in Seeland.

Ccc 3

Zeit.

x) Schreiben der bevollmächt. Räte vom 241, 247, 257, 260, 261, 262, 263. Schreiben 18 Apr. 1747. an Et. Großbrit. Majestät und an den Gef.

y) Schreiben des Engl. Admirals in den Kop vom 18 Apr. 1747.

Dünen vom 18 Apr. 1747. a) Notul. Zeel. 22, 23, 24 Apr. 1747. bl.

z) Notul. Zeel. 18, 20, 21 Apr. 1747. bl. 271, 278, 289.

(\*) Ein Seeofficier, der die Schottischen Rauffahrtsschiffe auf der Reise begleitete.

1747.

Bewegung  
zu Middel-  
burg.Zu Veere  
wird der  
Prinz von  
Oranien  
zum Statt-  
halter von  
Seeland  
ausgerufen.

Zeitläuften einen Statthalter und General. Capitain zu bestellen. Zu Middelburg kam ein gewisser Herr, am 24sten April, in einen Gasthof, wo er, nachdem er Wein gefordert hatte, die Fenster in die Höhe schob, und die Gesundheit des Statthalters, des Prinzen von Oranien trank: welches eine Bewegung in der Stadt machte, und das Volk zusammen brachte. Hierauf entstand ein Gerüchte, daß unter den Obrigkeiten eine heimliche Verrätherey wäre, und daß einige Bürgermeister die Stadt verlassen wollten. Der Pöbel lief zu einigen in die Häuser, und verlangte sie zu sehen. Man mußte ihm willfahren. Von einigen ward ihm höflich, aber, seiner Meynung nach, etwas zu grob, in dem Hause des Bürgermeisters, Johann Cocquelle, begegnet, welches daher auf der Stelle angefallen und geplündert ward. Man beschloß hierauf, zwei Compagnien aus den Besatzungen von Vlissingen und Veere nach Middelburg, zu Verhütung eines größern Unheils, zu entbieten b). Allein unterdessen ward zu Veere der Anfang zu der vermutheten Veränderung gemacht. In der folgenden Nacht begaben sich die dortigen Bürger nach dem Hause des Bürgermeisters Verelst, dessen Neigung zu der statthalterlichen Regierung und zu dem Prinzen von Oranien ihnen bekannt war, und verlangten von ihm, daß der Prinz, von wegen der Stadt, zum Statthalter von Seeland in Vorschlag gebracht würde. Die Bürgermeister, Verelst und Wilhelm, Graf von Stodrop-Wartensleben, veranstalteten hierauf, daß die alten und regierenden Bürgermeister, des Morgens um fünf Uhr, auf das Rathhaus zusammen gerufen wurden. Der Bürgermeister Suyssen, in dessen Hause die Bürger auch, verschiedene Male in der Nacht, gewesen waren, trug der Versammlung das Verlangen der Bürgerschaft vor; und es ward hierauf gleich einmüthig beschloffen, „daß die Gefahr, worin der ganze Staat, und Seeland ins besondere, gesetzt wäre, nicht länger verstattete, sich, durch „andere gesinnere Mistände oder Landschaften, von einer solchen heilsamen und höchnötigen Wahl abhalten zu lassen; daß sie daher, von wegen dieser Stadt, den Durchlauchtigsten und Höchstgebohrnen Fürsten und Herrn, Wilhelm Carl Henrich Friso, Prinzen „von Oranien und Nassau, zum Statthalter, General-Admiral und Capitain von Seeland erwählten, mit solcher Macht, Gewalt, Vorrechten und Vortheilen, als es von „den Gliedern der hohen Regierung, zum Vergnügen des gedachten Prinzen, und zur „Wohlfahrt des Staats, und besonders der Provinz Seeland, am besten und nächstesten „erachtet werden würde.“ So dann ward den Abgeordneten von Veere zum Landtage zu Middelburg aufgetragen, diesen Schluß, noch diesen Tag, der Versammlung bekannt zu machen, und die andern Stände zu einem gleichen Entschlusse zu bewegen. Der Rath gab hierauf dem vor dem Rathhause zusammengekommenen Volke von diesem Schlusse Nachricht. Die Orangefahne ward ausgesteckt, und jedermann erschien mit einer Schleiße von Orangebend an dem Hute.

Auch zu  
Middel-  
burg,

Es dauerte kaum eine Stunde, so kamen die von Veere mit einem solchen Schmucke in Middelburg an, wo man, des Abends zuvor, schon Vorbereitungen zu der Veränderung gemacht hatte. Gleich hierauf waren die Schiffszimmerleute auf den Weinen. Sie gingen, unter Anführung eines Catechismuslehrers, nach der Abtei oder dem Hofe, wo die Stände versammelt waren, und verlangten die Ernennung des Prinzen von Oranien zum Statthalter. Die Abgeordneten, die hiezu nicht bevollmächtigt waren, entschuldigten

b) Notul. Zeel. 25 Apr. 1747. bl. 289.

schulbigten sich hiemit, und verlangeten, daß die Sache etwas aufgeschoben würde. Aber man drang in den vorstührenden Bürgermeister Wilhelm van Citters, daß man den Prinzen, wenigstens so viel die Stadt Middelburg beträfe, zum Statthalter ausrufen lassen mögte. Es ward in Erwägung gezogen. Einige stellten dabei zu bedenken anheim, ob man hiezu, ohne Vorwissen der Provinz Holland, wohl schreiten könnte. Die Berathschlagungen dauerten inzwischen dem ungeduldigen Volke zu lange, welches in den Ort der Versammlung einbrang, und schon ein oder zwey Messer durch das Zimmer fliegen ließ. Zween der Herren des Raths, welche wohl sahen, daß die meisten Stimmen für die Ernennung des Prinzen waren, traten hierauf heraus, und kündigten dem Volke an, daß der Prinz von Oranien, von wegen der Stadt, zum Statthalter ernannt wäre. Gleich erhob sich ein Freudengeschrey unter den Leuten; die Orangefahnen wurden aufgesteckt, und jeder erschien mit Orangebändern geschmückt. Zu Vlissingen war, an und in den eben dem Tage, auf Ansuchen einiger aus der Bürgerschaft, die Ernennung des Prinzen <sup>andern</sup> zum Statthalter, ohne große Bewegung des Volks, und eben so zu Goes geschehen, wo <sup>Städten von</sup> einer der Bürgermeister den Vorschlag dazu gethan, und das Volk sich gar nicht darein gemenget hatte. Allein zu Zierikzee entstand ein gewaltiger Aufruhr. So bald man Großer Auf- hier, am 25sten, die Nachricht von der Bestellung des Statthalters zu Veere, und von ruhr zu Zie- der Uebergabe der Stadt Sluis erhielt, lief das Volk zusammen, entwaffnete den <sup>erikzee.</sup> sehlshaber der Besatzung, der nicht angewiesen war, Gewalt zu gebrauchen, und lief darauf nach dem Rathhause, wo es den Rathsgliedern den Tod drohete, wofern sie den Prinzen nicht alsbald als Statthalter erkannten. Es geschah, nach einer kurzen Berathschlagung. Das Volk schien hiemit zufrieden, und zog ab nach dem Hafen, um das Geschütze abzufeuern, und andere Merkmale der Freude zu bezeigen. Allein das Unglück wollte, daß der Pulverkasten leer gefunden ward. Hierauf kam der Pöbel wieder in Bewegung. Die Obrigkeiten wurden für Landesverräther ausgescholten, die Glocken geläutet, die Bauern, in großer Anzahl, nach der Stadt gelockt, das Rathhaus besetzt, und zween der ältesten und würdigsten Rathsglieder schändlich gemißhandelt und bedrohet. Der Aufruhr wüthete die ganze Nacht. Der Pöbel ließ sich nicht eher stillen, als nachdem der älteste Prediger Wynand Cantsius die von den Seeländischen Ständen geschehene Ernennung des Prinzen zum Statthalter, den folgenden Tag, von dem Rathhause abgekündigt hatte. Die Ruhe dauerte jedoch nicht lange. Das Volk, welches, wie man vermuthete, von Leuten von größerem Ansehen angestiftet war, nahm das Rathhaus ein, durchsuchte die Brieffschaften, und that ausschweifende Forberungen an die Obrigkeiten, deren Häuser mit der Plünderung von den Schiffszimmerleuten bedrohet wurden, die mit geschärften Beilen und anderem Gewehre bewaffnet waren. Alles war angelegt, um die Rathsglieder zu Niederlegung ihrer Aemter zu nöthigen. Sie gaben auch bald hierauf zu, daß man vorläufig andere Obrigkeiten, statt ihrer, bestellte. Die zween Prediger, Cantsius und Gerard van der Kamp, erwählten, auf dem Rathhause und bey geschlossenen Thüren, auf den Rath eines der ansehnlichsten Bürger, Tonis van der Os, zwölf Interims-Regenten, unter welchen van der Os einer war; und einen Amtmann und drey Schulscheissen für das platte Land, welche der Gemeine vorgestellt, und von derselben genehmiget wurden. Die Prediger befohlen sich die Freyheit vor, allen Berathschlagungen beizuwohnen, und ließen sich sogar, am 28sten, nebst dem Doctor Leonard Smeur, einem der Interims-Regenten, zu der Versammlung der Stände nach

1747.

Aufstand zu  
Thoolen.

nach Middelburg abfertigen, wo sie jedoch nicht angenommen wurden c). Die Flamme des Aufstandes, welche beynahe erloschen schien, entzündete sich heftiger, als der Bürgermeister Peter Mogge van Keneffe, der Abgeordneter zu der Versammlung der General-Staaten war, mit dem Rotterdamischen Schiffe nach der Stadt kam. Diesen hatte man vor andern verdächtig zu machen gesucht, und ihm wollte nun das Volk zu Leibe. Man riß ihm den Hut von dem Kopfe, und steckte ein Orangebänd darauf. Man nahm ihm den Degen ab, und führte ihn, auf einen Wagen, mit acht Mann, nach dem Gasthose, das Heeren-Logement genannt, wo er länger als einen Monat bewacht ward. Einer der Interims-Regenten hatte dieses gerathen, um ihn desto besser gegen die Wuth des Volkes zu schützen, welches endlich, besonders nachdem das Regiment Orange-Dreente am 1sten May in die Stadt gerückt war, ruhig ward. Zu Thoolen unterblieb die Ernennung des Statthalters lange, und geschah erst am 27sten. So bald das Volk davon Nachricht bekommen hatte, zogen die Bauern von St. Anne-Land und andere zur Stadt ein, und verlangten eine Veränderung in dem Rathe. Man schrie, „daß die Obrigkeit das Land verrathen, und daß man zu Zierikzee die Verrätherey klärlieh entdeckt hätte.“ Allein diese Entdeckung bestand bloß darin, daß man in einer alten Kiste, welche das Volk mit Pulver gefüllt zu seyn meynte, nichts als Sand, und inwendig in den Canonen Steinschen gefunden hatte. Man wollte also auch in Thoolen das Geschütz und den Pulvervorrath untersuchen. Es geschah. Aber hier ward das Geschütz wohl geladen gefunden; und die Pulvertonnen, welche man auf Verlangen der Bauern aufgeschlagen hatte, und worin sie den Arm bis auf den Boden hinein steckten, waren auch gehörig erfüllt. Darauf wollten die Bauern die Probe mit dem Geschütze machen. Sie feuerten ein Stück ab, ohne zu leiden, daß man die Kugel herauszog. Diese schloß einen Courier des Herzog von Cumberland, der eben auf dem Damme ritt, dicht vorbei, wiewohl ohne ihn zu treffen. Er klagete, jedoch nachher, sehr darüber, daß man ihn in solche Gefahr gesetzt hätte. Die Bauern gingen hierauf nach Hause: aber etliche Tage hernach schickten sie einen Abgeordneten, unter Anführung des Predigers und des Secretärs von St. Anne-Land nach Thoolen, um einige Rathsglieder ihrer Dienste zu entsetzen, oder wenigstens zu bewirken, daß ihnen einige Weisiger vom Lande beygefügt würden. Die Stadt kam hierauf in Bewegung. Die Obrigkeit verließen das Rathshaus, wo die Bauern und der Pöbel drei Tage lang Haus hielten, alles durchsuchten, und alles, besonders was in Französischer Sprache geschrieben war, als Zeichen einer Landesverrätheren ansahen. Ja einer war da, der, bey Erblickung der Erklärung des Königs von Frankreich, vom 17ten April, ausrief: Schon wieder ein Brief von dem Könige von Frankreich! Der Prediger, Carl Thibaut, brachete den wilden Haufen endlich zur Ruhe, und bewog ihn, nach Hause zu gehen. Die Obrigkeit nahmen darauf ihre Stellen wieder ein, wiewohl in beständiger Angst vor den Bauern: weswegen auch die Thore verschlossen blieben. Der Rath ließ auch einige gewisse Canone, welche ein Stück Weges von der Stadt stund, vernageln; weil ein Gerücht entstanden war, daß die von St. Anne-Land sich derselben bemächtigen, und sie gegen die Stadt gebrauchen wollten. Als die von Vosmaer diese Vernagelung gehört hatten; so schrien sie, dies wäre ein sichtbarer Beweis, daß man in Thoolen ein Ver-

ständniß



ständniß mit dem Feinde hielte. Der Droß von St. Maartensdyk schien selbst nicht zu wissen, was er von diesem Vernageln des Geschüßes denken sollte, und wollte sich mit den Ursachen, die der Rath ihm davon anzeigete, nicht begnügen. Die Bauern in St. Anne-Land blieben noch immer aufständisch, bis, auf Ansuchen der von Thoolen, fünfzig Dragoner aus der Besatzung von Bergen op Zoom, in das Dorf gelegt wurden, wo sie eine Zeitlang wirtschafteten. Der Prediger, Adolph van Loon, der in dem Anfange der Unruhe, das Haupt der Gesandtschaft gewesen war, ward nun gefänglich nach Thoolen gebracht, und eine Zeitlang in Verwahrung gehalten. Aber endlich, nachdem er bewiesen hatte, daß er zu Annehmung des Auftrages mit Gewalt gezwungen worden wäre, ward er in Freiheit gesetzt. In der Stadt und der Insel ward allmählig die Ruhe auch wieder hergestellt.

Unterdessen war, so bald die Städte von Seeland alle in den wichtigen Punkt ihrer Berathschlagung gewilliget hatten, die Ernennung des Prinzen zum Statthalter General, Capitain und Admiral von Seeland, am 28sten April, in der Versammlung der Stände, auf den von Middelburg zween Tage zuvor gethanen Vorschlag geschehen d). Man gab dem Prinzen, der sich noch zu Recurwaarden befand, alsbald, durch einen Boten, davon Nachricht, ernannte aber zugleich die Herren Jacob van Citters, wegen Middelburg, Jacob de Jonge, wegen Zierikzee, Johann Wilhelm van Roozeveld, wegen Goes, Wilhelm Bernd Lambrechtsen wegen Vlissingen, den Grafen von Glodrop-Wartensleben wegen Veere, um denselben feierlich die Aufwartung zu machen. Die Bürgermeister Wilhelm van Citters und Johann Ludwig Verelst, die zuerst ernannt gewesen waren, hatten sich mit wichtigen Gründen entschuldiget, den Auftrag anzunehmen. Der Brudersohn des ersten, der Herr Jacob van Citters, und der Graf von Glodrop-Wartensleben übernahmen denselben, statt ihrer e). Aber von Zierikzee waren, drey Tage zuvor, schon zwey Personen von der Gemeinde, und der Schöppe und Rathsherr Bonifacius de Jonge van Kampen Nieuwland, von dem Rathe, nach Friesland abgeschickt worden, um dem Prinzen seine Ernennung von wegen dieser Stadt bekannt zu machen. Er hatte an eben dem Tage, an welchem er, in den meisten Seeländischen Städten, gewählt war, den Ständen seine Dienste, durch einen höflichen Brief, der alsobald an das Licht kam, angeboten f); und schrieb ihnen nun, am 1sten May, „daß er die ihm aufgetragenen Aemter annähme, und mit ihren Abgeordneten überlegen wollte, wie er seine Reise nach Seeland beschleunigen könnte g).“ Unterdessen hatte Middelburg, schon am 24sten April, in der Versammlung der Stände vorgestellt, „daß man, nach dem feindlichen Einfalle der Franzosen in das dem Staate gehörige Flandern, bey dem Könige von Großbritannien, um den durch die Verträge dem Staate versprochenen Beystand in Truppen anhalten müßte: welcher Vorschlag auch schon in der Versammlung der General-Staaten geschehen wäre: wiewohl Holland bisher darin noch nicht gewilliget hätte.“ Ferner verlangte diese Stadt, „daß man, bey den General-Staaten, ernstlich auf die Eröffnung desjenigen, was zu Breda gehandelt wäre, dringen, und zugleich die Erklärung thun

d) Notul. Zeel. 26, 28 Apr. 1747. bl. 293,

f) Notul. Zeel. 1 May, 1747. bl. 332.

e) Notul. Zeel. 29 Apr. bl. 328.

g) Notul. Zeel. 5 May, 1747. bl. 364.

1747.

Ankunft eini-  
ger Engli-  
schen Trup-  
pen vor  
Vlissingen.

„sollte, daß man nicht Willens wäre einen Neutralitätsvertrag oder besondern Frieden mit Frankreich einzugehen.“ Zieritzsee und Goes zweifelten jedoch, ob es noch Zeit wäre, auswärtigen Beystand zu suchen. Aber Thoolen, Vlissingen und Veere traten Middelburg bey; welches auch Zieritzsee und Goes zween Tage nachher thaten h). Jedoch den Tag zuvor, eben als der Prinz in den meisten Seeländischen Städten zum Statthalter erklärt war, kamen einige Englische Kriegsschiffe vor Vlissingen an. Sie begleiteten einige andere Fahrzeuge, mit ungefähr zweytausend zweyhundert Soldaten unter dem General Fowler, welcher so gleich um Erlaubniß ansuchte, seine Leute auszuschiffen, die er der Verfügung der Stände von Seeland, bis auf näheren Befehl des Herzogs von Cumberland, überlassen wollte. Die Stände antworteten, daß die Truppen ausgeschifft, und in Vlissingen, Veere, Schouwen und Süd-Beverland gelegt werden könnten. Aber Fowler wollte sie nicht vertheilen lassen. Sie wurden auch, in kurzem, von dem Herzoge von Cumberland nach Willemstad entboten, von wannen er sie in das dem Staate gehörige Flandern schicken, und dem Befehle des General-Lieutenants Peter dela Rocque untergeben wollte i).

## XVI.

Folgen der  
Nachricht  
von der Er-  
nennung des  
Statthal-  
ters.

Die Stände  
von Holland  
fassen einen  
muthigen  
Schluß, auf  
das Schrei-  
ben der Ge-  
neral-Staa-  
ten.

Das Gerüchte von den ersten Bewegungen in Seeland war unterdessen geschwinde nach Holland gestogen. Man bekam von der in den meisten Seeländischen Städten geschehenen Ernennung des Statthalters, in der Nacht zwischen dem 26sten und 27sten April, in dem Haag Nachricht; und so bald der Tag anbrach, und diese wichtige Zeitung unter dem Volke bekannt ward; sahe man einige Weiber und Kinder mit Orangegelseifen und mit Kränzen von Väubern oder Papier geschmückt, auf den Straßen in dem Haag herumschwärmen. Die Stände von Holland, die sich bey Zeiten versammelt hatten, obgleich einige Abgeordneten, um neue Verhaltungsbefehle einzuholen, nach Hause gereiset waren, faßten nun erst einen Schluß auf das Schreiben der General-Staaten vom 19ten, und ließen denenselben die Erklärung thun, „daß der feindliche Einsall der Franzosen in das dem Staate zugehörige Flandern sie äußerst, und desto mehr beunruhiget hätte, als derselbe geschehen wäre, ohne daß man mit der Krone Frankreich Krieg führete, und ohne daß man jemals eine rechtmäßige Ursache dazu gegeben hätte; ja, nachdem dem Staate durch die Französische Waffen schon seine Vormauer genommen, und durch die Schleifung so vieler Festungen, fast auf immer unnütz gemacht worden wäre. Daß sie, bey Erwägung, was in diesen kümmerlichen Zeitläuften zum Besten des Landes gethan werden müßte, beschloßen hätten, dem erwähnten feindlichen Einfalle nachdrücklich zu widerstehen, und das Äußerste zu wagen, um das Land, die Einwohner und deren rechtmäßige Besigungen, vornemlich aber die theuren Pfänder, die Freyheit und die Religion, beschützen zu helfen; und daß, weil hiezu Geld erfordert würde, sie nöthig achteten, den Staatsrath zu ersuchen, daß er ein Verzeichniß machte, was die Landschaften noch auf die, seit dem Anfange der gegenwärtigen Unruhen, bewilligten Summen schuldig wären, da, mit man nachher überlegen könnte, auf welche Art die Landschaften, welche noch nicht bezahlt hätten, zu Entrichtung ihrer Rückstände genöthiget werden könnten.“ Unterdessen wurden die bevollmächtigten Räte ersucht, und ihnen aufgetragen, auf Hol-

lands

h) Notul. Zeel. 24, 26 Apr. 1747. bl. 287, 297.

i) Notul. Zeel. 25, 26, 27 Apr. 1 May, 1747. bl. 292, 302, 308, 333.

lands Antheil zu den gegenwärtigen Beyträgen, und besonders zu den für die Armee bestimmten Geldern so viel vorzuschießen, als sie, nach dem Zustande der Landescasse, dienlich finden würden k). Man fand gerathen, diesen Schluß in öffentlichem Drucke bekannt zu machen, um das Volk zu überzeugen, daß man in Holland Willens wäre, ernstlichere hält den Maafregeln gegen Frankreich zu nehmen. In der That ward hier dem Volke auch Rathpensionär vieles von einem vererblichen Anschlage vorgeschwaft, welchen die Regierung hätte, einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich zu schließen, und dem Könige das dem Staate gehörige Flandern, zum Unterpfande für die Beobachtung eines solchen Vertrages, zu gelauten Handels mit ben. Ein in des Staats Diensten stehender Hauptmann kam besonders sehr in Verdacht, Frankreich, als wenn durch ihn ausgestreuet worden wäre, „daß der Graf von Löwendal zu ihm in verdächtig. „Person gesagt hätte, daß die Städte in Flandern, mit Vorwissen einiger Glieder „der Regierung, zu Beförderung des Friedens eingenommen würden, und „daß sie alle zurückgegeben werden sollten.“ In solcher Vermuthung ward das Volk gestärkt, weil die Festungen, in dem den Staaten gehörigen Flandern, sehr geschwinde, und einige ohne förmlichen Angriff, übergingen. Die Bevollmächtigten auf der Unterhandlung zu Breda, und der Rathpensionär Gilles insonderheit, ward beschuldiget, daß er an einem solchen Vertrage gearbeitet hätte. Er war unlängst von Breda in dem Haag angekommen, und hielt sich wegen desjenigen, was zu seinem Nachtheile ausgestreuet ward, so beleidigt, daß er sich ganz willig bezeugte, nicht allein, wie zuvor immer geschehen war, den Abgeordneten zu den geheimen Unterhandlungen, sondern der ganzen Versammlung der General-Staaten von der bisherigen Unterhandlung Bericht abzustatten. Er erschien also, am 28sten, in der Versammlung, und berichtete unter Er stattet andern, „daß man noch gar nicht in Breda zu etwas geschritten wäre, welches das We- von der Un- sen einer Friedensunterhandlung ausmache. Daß die Ursache hievon der im Anfange terhandlung „der Zusammenkunft entstandene Streit, wegen Zulassung der Minister von Wien und Turin zu Breda Bericht ab. „Turin, und noch ein anderer nachher erhobener Streit, wegen der Zulassung des Spanischen Ministers, des Herrn de Macanias, gewesen wäre; als welcher letztere gegen „alles, was ohne ihn abgehandelt werden würde, protestirte, zugleich aber die Erklärung gethan hätte, daß er sich gegen die Zulassung der Minister von Wien und Turin nicht setzen wollte: welcher Streit bisher noch unausgemacht geblieben wäre, weil der „Französische Bevollmächtigte keinen Befehl hatte, in die Zulassung zu willigen. Daß, „als er, Rathpensionär, letzters eine Reise nach Breda gethan, er gehört hätte, daß „der Herr de Macanias diese Woche die Antwort wegen des gemeldeten Streites mit „einem Courier erwartete; aber daß, nachdem er sich deswegen drey bis vier Tage vergebens aufgehalten, er bey dem Abschiednehmen von dem Herrn de Macanias vernommen hätte, daß er keinen Courier vermuthete. Daß, obgleich bisher noch keine „eigentliche Unterhandlungen zu Breda angestellt wären, man jedoch einige besondere „Unterredungen, wegen des Friedenswerkes, so wohl mit den Ministern der Bundsgenossen, als mit denen von Frankreich und Spanien gehalten hätte, in der Absicht, „dieselben lenksamer zu machen, wenn einmal die eigentlichen Unterhandlungen angefangen werden sollten; aber daß diese Unterredungen auf nichts anders als einen allgemeinen Frieden gegangen wären, und daß die Bevollmächtigten dieses Staats sich niemals

1747.

Die Staaten  
sind damit  
zufrieden.

„in eine Unterhandlung wegen eines besondern Friedens mit den Staaten allein, noch wegen einer Neutralität für die Republik, eingelassen hätten. Daß er, Rathpensionär, es demnach für eine ehrlose Lasterung hielte, wenn allenthalben ausgestreuet würde, daß der Einfall der Franzosen in das Gebiete des Staats, zufolge einer Abrede, um dadurch einen solchen Frieden oder die Neutralität zu befördern, geschehen wäre.“ Nachdem die General-Staaten den Rathpensionär gehört hatten, so bezeugten sie mit demjenigen, was er gehandelt hatte, zufrieden zu seyn, und beschloffen zu bewirken, daß die Stände von Holland wider die Ausstreuer solcher boshafter Gerüchte eine Untersuchung anstellen, und sie gerichtlich verfolgen lassen mögten 1). Allein mir ist nicht bekannt, daß jemand, auf welchen ein Verdacht fallen konnte, in das Gefängniß gekommen sey, außer Jean Roussier de Nissy, der um diese Zeit zu Amsterdam in Verhaft genommen, und nach dem Haag geführt ward. Man hatte auf ihn überhaupt einen Argwohn, daß er dasjenige, was, seiner Meynung nach, wegen einer Neutralität zu Breda gehandelt wäre, nach England geschrieben hätte. Er saß einige Wochen in der Castellaney des Hofes; aber sobald der Prinz von Oranien nach dem Haag gekommen war, ward er in Freyheit gesetzt. Der Prinz ertheilte ihm, als einem Manne, der durch die Ausgabe verschiedener Schriften hier zu Lande bekannt geworden war, um das Ende des Jahres, den Titel seines außerordentlichen Rathes und Geschichtschreibers. Der von den General-Staaten, zur Rechtfertigung des Rathpensionärs, gefaßte Schluß ward unter dessen sogleich in öffentlichem Druck herausgegeben, und trug vieles bey, ihn bey den Verständigsten von der Vernunftung einer Untreue zu entledigen; woran ihm, in dieser gefährlichen Zeit, sehr viel gelegen war.

XVII.

Der Prinz  
wird zum  
Statthalter  
erklärt, zu  
Rotterdam,

Die Zeitung von der Erhebung des Prinzen zum Statthalter verursachte nicht nur in dem Haag, sondern auch in den vornehmsten Holländischen Städten, alsbald einige Bewegungen unter dem Volke. Zu Rotterdam sahe man, am 26sten, so bald die Marktschiffe aus Seeland mit ihren Flaggen angekommen waren, schon einige Personen Orangezeichen tragen. Etliche Einwohner, meistens Handwerksleute, gingen bald darauf nach dem Rathhause, und verlangten, daß der Prinz auch zum Statthalter von Holland erwählt würde. Der Rath erklärte sich geneigt, dem Willen des Volkes Genügen zu geben. Jedoch wäre es bis zum 29sten, ehe der Schluß, welcher deswegen in der vorigen Nacht genommen war, dem Volke angekündigt ward. Man fand dienlich vorher den Rath zu verändern, welches auf diesen Tag, gewöhnlicher Maaßen, zu geschehen pflegte. Man sandte auch so gleich Abgeordnete nach dem Haag, um den Ständen von dem Schlusse der Stadt Nachricht zu geben, und in der Versammlung derselben den ersten Vorschlag zur Bestellung des Prinzen zum Statthalter zu thun. Die andern Abgeordneten nahmen solchen zum Berichte an. Der Adel allein war bereit, sich darauf sogleich zu erklären m). Zu Delft hatte sich, an eben dem Tage, das Volk vor dem Rathhause versammelt, und verlangt, daß man den Prinzen zum Statthalter ausrufen ließe. Die Herren des Rathes wollten jedoch nach Hause gehen, ohne hierüber einen Schluß gefaßt zu haben. Allein das Volk nöthigte sie zurückzukehren, und von neuem über diese wichtige Sache zu rathschlagen. Unterdessen da sie hiemit beschäftigt waren,

zu Delft,

1) Resol. Gener. Vener. 28 Apr. 1747. Resol. Holl. 28 Apr. 1747. bl. 225.

m) Resol. Holl. 28 Apr. 1747. bl. 227.

zog ein großer Haufe der Einwohner von Maasland, Maaslandsluis und Vlaar-  
dingen mit Prügeln und Mistgabeln bewaffnet, zur Stadt ein, und stellet sich vor das  
Rathhaus. Aber als, nach sieben Uhr des Abends, die Orangesahne ausgesteckt, und  
der Prinz, von wegen der Stadt, zum Statthalter von Holland erkläret ward, zogen  
sie alle ab, ohne Ausschweifungen zu verüben. Zu Dordrecht, zu Leiden, zu Gorin- und in vielen  
chem, zu Schiedam, zu Schoonhoven und zu Briel geschähe eine gleiche Abkündi- andern  
gung, ohne daß in diesen Städten beträchtliche Bewegungen unter dem Volke gewesen  
waren. Zu Harlem geschähe es am ersten May, so wie auch zu Gouda, zu Alkmaar,  
zu Zoorn, und wie ich meyne, in den meisten andern Städten des Norderquartiers; in  
Enkhuizen aber erst den folgenden Morgen.

Unterdessen schien man, am ersten May, schon Anschläge zu machen, um, wie falsches Ge-  
in einigen Seeländischen Städten geschehen war, die Regierung auch hier und da in Hol- rüchte von  
land, mit Gewalt zu verändern: welches jedoch diesmal nicht gelingen wollte. Ein- einer Lan-  
Kerl zu Pferde, der von Maaslandsluis, oder dem Zoet von Holland (\*) hergekom- dung der  
men war, erfüllte Rotterdam und einige andere Dörter in dieser Gegend, mit einem Franzosen.  
falschen Gerüchte, daß die Französische Flotte, ungefähr vierzig Schiffe stark, vor der  
Maas gesehen wäre, und im Begriffe stünde, eine Landung zu unternehmen. Der  
Argwohn auf die Obriigkeiten ward nun wieder lebendig. Man fing auch hier, wie in  
Seeland, an, heimlich von einer Verrätherey unter den Großen zu sprechen. Allein  
der Rath zu Rotterdam machte solche Verfügungen, daß keine Ausschweifungen verübet  
wurden. Es kam auch, in kurzem, die Nachricht an, daß die Schiffe, die man für Fran-  
zösische angesehen hatte, Englische, oder wie andere versicherten, nur Fischerfahrzeuge ge-  
wesen waren. Einige stunden auch in den Gedanken, daß das Gerüchte gar keinen Grund  
gehabt hätte, und bloß von jemand erfunden wäre, um Unruhe zu erregen. Dies ist we-  
nigstens gewiß, daß die Englischen Kriegsschiffe schon einige Tage eher vor Vlissingen  
angekommen waren n). Die Bestürzung verschwand also größtentheils sehr bald, als  
man anfang zu bedenken, daß die gegenwärtige Beschaffenheit des Windes und der Ebbe  
und Fluth die Landung unmöglich machte. Einige Wochen vorher hatten unbefonnene  
Unzulänglichkeiten, die von der Kanzel gegen die Stadtobergkeit ausgestoßen waren, den  
Pöbel zu Briel in Bewegung gebracht. Man zwang die Herren des Rathes das Zeug-  
haus zu öffnen, und das Pulver untersuchen zu lassen. Etwas hernach ward hier auch  
ein Dänkirchisches Schiff, das von Amsterdam kam, ausgeladen, weil man vermuthete,  
das Kriegsbedürfnisse für den Feind darin wären: welches jedoch nicht so befunden  
ward o). Die Bauern von Rakanje, mit dem Prediger an ihrer Spitze, waren auch  
nach dem Briel gezogen, und hatten dem Rathe Gewehr abgegrungen. Allein man  
brachte den aufrührischen Haufen, in kurzem, durch einige Reiteren, zur Ruhe.

Mitten unter allen diesen Bewegungen in den benachbarten Städten, war es zu XVIII.  
Amsterdam ziemlich ruhig gewesen. Auf die erste Nachricht von der Erhebung des zu Amster-  
Prinzen in Seeland, sahe man die Seeländischen und Frisischen Schiffe, die in der dam ge-  
Stadt lagen, mit Flaggen und Wimpeln prangen. Es ward von dem Schiffsbolke, in Ernennung  
der des Prinzen

Ddd 3

n) Notul. Zeel. 21 Apr. 4 May, 1747. bl. 292, 356. o) Resol. Holl. 1 Jul. 9 Sept. 1747. bl. 388, 571.

(\*) Beyerland und Streyen, welche eine Insel ausmachen, werden hierunter verstanden.

1747.  
ohne Auf-  
ruhr.

der Nacht, geschossen, und Oranje boven geschrien. Aber andere Bewegungen merkte man in der Stadt nicht. Am 2ten May des Morgens um elf Uhr ward die Orangefahne erst auf dem Rathhause ausgesteckt, und zugleich dem Volke, das in beträchtlicher Anzahl, auf dem Damme zusammen gelaufen war, aber sich sehr bescheiden bezeugte, in Gegenwart der Bürgermeister bekannt gemacht, „daß sie und der Rath für gut gefunden hätten, den Abgeordneten zu der Versammlung der Stände aufzutragen, daß sie, mit den andern Ständen ihre Stimme zu der Bestellung des Prinzen zum Statthalter, General-Capitain und Admiral von Holland und Westfrisland geben sollten.“ Kurz vor dieser Bekanntmachung hatten sich schon einige, auf den Straßen mit Orangeschleifen und Bändern gezeiget: aber gleich nach der Bekanntmachung, die mit einem Luzzu, erst von den Herren des Rathes, und hernach von dem Volke begleitet war, ward dieser Zierrath allgemein. Das Glockenspiel, das Wehen der Flaggen auf den meisten Schiffen, die in dem H lagen, dauerte bis an den Abend; das Schießen weit in die Nacht, da man auch viele Häuser erleuchtet sahe; wiewohl solches zween Tage hernach, als man die Nachricht von der Bestellung des Prinzen durch die Stände der Provinz erhielt, noch viel häufiger geschah. Allein dieses ungewöhnliche Merkmaal der Freude ward, zu dieser Zeit, auch in andern Städten, und besonders in dem Haag, bezeuget. Man vernahm nichts von großen Ausschweifungen in Amsterdam, obgleich der Lärm und das Getümmel auf den Gassen bis an den Morgen dauerte. Etliche wenige, die gehört oder gelesen hatten, was im Jahre 1672 die Lösung gewesen war, ahmeten es nach, und schrien, um ihren Willen gegen die Franzosen zu bezeigen:

Oranje boven, de Franschsen onder,

Wie't anders meent, den sla der donder! (\*)

Man sagt auch, daß einige, statt des Worts Franschsen, den Namen eines Amsterdamschen Bürgermeisters, den man für allzu französisch gesinnt halten wollte, hätten hören lassen. Aber dies wüste Geschrey ward, auch unter dem geringsten Pöbel, kaum von jemand nachgerufen.

XIX.  
Unruhe in  
dem Haag.

Mittlerweile war das Volk in dem Haag ungeduldig geworden, weil man, seiner Meynung nach, zu lange mit der Bestellung des Prinzen zum Statthalter zauderte. Man hatte hier, wie wir oben angemerkt haben, schon am 20sten, von dessen Erhebung in den meisten Seeländischen Städten, Nachricht gehabt. Am folgenden Tage erschienen viele Einwohner mit Orangeschleifen auf dem Hute. Die Kräuterverweiber pflanzten drey Fahnen von Orangepapiere auf dem großen Markte, worauf geschrieben stand, W. C. H. Friso, Prinz von Oranien, Statthalter &c. mit Beyfügung dieser Worte: Innerhalb acht Tagen muß er es hier auch seyn. Aber es wäre nicht so lange, sondern dieses wichtige Werk erhielt noch eher seine Endschafft. Am 20sten waren die Abgeordneten von Rotterdam, mit Orangeschleifen an dem Hute, in der Versammlung der Stände von Holland erschienen. Hierauf ward der Pöbel in dem Haag, worunter eine Weibsperson in einem schmutzigen Amazonenkleide, mit einem gräßlichen Knebelbarte, und einer Grenadiermütze von Orangepapiere auf dem Kopfe, besonders merkwürdig war, in großer Anzahl, in den inneren Hof eingedrungen,

(\*) d. i. Oranien oben, die Franzosen unten,  
Wer es anders meynt, den erschlage der Donner.



gen, und schalt greulich auf die Regierung, und vornemlich auf den Rathpensionär. Als die Versammlung nach Mittage um drey Uhr aus einander schied; so ward jeder der Abgeordneten von dem Pöbel gefragt, ob er den Prinzen zum Statthalter erklärter, und den Schluß mit unterschrieben hätte? Bey welcher Gelegenheit der Dordrechtische Pensionär, Franz Terestein van Halewyn, und andere heftig bedrohet wurden. Sie kamen jedoch mit dem bloßen Schrecken davon. Der Herr van Halewyn, den ein nicht unbekannter Mann aus dem Haag bey der Gurgel ergriffen, und ihm mit einem Messer gedrohet hatte, ward von dem Schreiber Dederichs und einigen andern beschützt und gerettet. Ungefähr hundert und fünfzig Mann von der Leibwache, die auf dem inneren Hofe stunden, sahen, weil sie nicht befehliget waren, Gewalt zu gebrauchen, alle diese Bewegungen an, ohne sich zu rühren. Der Herr Carl Ludewig von Wassenaar, Herr von Doveren und Amtmann in dem Haag, gab sich viele Mühe, das Volk zufriednen zu sprechen, indem er dasselbe versicherte, daß es seinen Wunsch in drey oder vier Tagen erfüllt sehen sollte. Allein auf dringendes Anhalten der Leute mußte man, noch denselben Abend, die Orangefahne von dem Rathhause in dem Haag wehen lassen. Etwas hernach ward auch eine andere Fahne, welche man von einem Tapezierer in der Spuistraße geholet hatte, oben an dem Vordergiebel des Hofes, auf der Seite gegen den Vyver, befestiget. Den folgenden Tag hatte man die Hauptwache auf dem Hofe verstärkt, und die Zugänge nach dem Haag mit einigem Fußvolke besetzt. Aber am 1sten May gerieth der Haag wieder in starke Bewegung, bey Gelegenheit des falschen Gerüchts von der Landung der Franzosen, dessen wir oben erwähnt haben. Der Pöbel stürzte zum Hofe ein, und schrie, daß man das Land verkauft hätte. Die Bauern von Scheveningen kamen gegen den Abend mit fliegender Fahne und Trommelschlage, aber ohne Bewehr, nach dem Haag, und verlangten Waffen von dem Amtmanne, um sich gegen die Franzosen zu wehren. Diese Bewegungen, wie sehr sie, wie es sich hernach zeigte, durch falsche Zeitungen verursacht waren, gaben dem gegenwärtigen Zustande der Sachen eine so fürchterliche Gestalt, und verursachten in dem Haag ein solches Schrecken, daß der Schluß wegen der Beförderung des Prinzen dadurch nicht wenig befördert ward. Der Amtmann stillte jedoch den wilden Haufen mit Worten. Allein man blieb in dem Haag so unruhig, daß die bevollmächtigten Räte für gut befanden, den folgenden Tag abzukündigen, daß der Prinz am 3ten zum Statthalter erklärt werden sollte. Zugleich ließen sie das gemeine Volk ermahnen, sich still zu halten. Eben dergleichen Vermahnung that auch etwas hernach der Bürgermeister von Harlem, Herr Peter van der Kamer, ein schon ein und achtzigjähriger Greis, der nebst den andern Abgeordneten der Stadt, in zween mit Orangeflaggen geschmückten Jachten, gegen den Abend in dem Haag angekommen war. So viele Umstände schien man hier nöthig zu achten, um das Volk in Rñge zu halten. Dieses ward jedoch glücklich bewirkt, und darauf den folgenden Tag der Prinz von den Ständen von Holland zum Statthalter, General-Capitain und von Holland Admiral erwählt p). Der Hof war bey Zeiten durch die Leibwache zu Pferde und zu Fuß und durch die gewaffnete Bürgerschaft der Stadt besetzt worden. Die Orangefahnen hingen aus allen Wohnungen der Abgeordneten der stimmhabenden Städte, und General-Capitain und alle Glieder der hohen Regierung erschienen mit Orangeschleifen auf dem Hofe. Am pitain und eif Admiral ih-

1747.  
rer Provinz

ells Uhr ward dem Volke die Wahl des Prinzen angekündigt. Es geschähe zuerst von dem Amtmann, welcher sagte, daß er nun sein der Gemeine vor einigen Tagen gegebenes ritterliches Wort erfüllen wollte; und hernach von dem Secretär Buys, der dem Volke vorlas, „daß die Stände von Holland und Westfrisland, in Erwägung des kümmerlichen Zustandes der Zeiten und Sachen, und in der Absicht, unter Gottes Segen, diese „Lande desto besser aus den betrübten und gefährlichen Umständen, worin sie sich befänden, zu retten, mit einmüthiger Einwilligung aller Glieder ihrer Versammlung, Seine „Hoheit den Herrn Wilhelm Carl Heinrich Friso, Prinzen von Oranien und Nassau, zum Statthalter, General-Capitain und Admiral über die Kriegsmacht dieser Provinz zu Wasser und zu Lande erwählt und bestellet hätten.“ Eben dieses ward auch gleich hierauf von dem Rathhause in dem Haag angekündigt, und übrigens der Tag mit mancherley öffentlichen Freudenbezeugungen zugebracht.

Mertwürdiges Schreiben des Prinzen an den Grafen von Bentink.

Der Graf Wilhelm von Bentink, Herr von Rhoon und Pendrecht, der ein Mitglied der Ritterschaft und des Adels in Holland war, hatte dem Prinzen so gleich, durch einen reitenden Boten, von seiner Ernennung zum Statthalter Nachricht gegeben. In der Antwort des Prinzen an den Grafen sagte er, welches besonders merkwürdig war, „daß „er sich selbst zuerst zu seiner Beförderung Glück wünschen möchte, weil dieselbe, wie es „deutlich erhellete, zur Ehre Gottes und zur Wohlfahrt des lieben Vaterlandes gereichte;“ und hernach, „daß das größte Vergnügen, welches er, seit der ersten Zeitung, von dieser „Veränderung empfunden hätte, aus der Nachricht entstanden wäre, daß alles ohne Unglück abgelaufen sey; und er würde den Himmel ansehen, daß ein mit dessen Siegel „so offenbar bekräftigtes Werk, auch in der Folge, nicht durch das geringste Blutvergießen bestreuet werden mögte.“

XX.  
Der Prinz kommt nach Amsterdam.

Die Seeländischen Abgeordneten, welche der Wahl des Prinzen in dem Haag beygewohnt hatten, kamen erst am 5ten zu Leeuwarden an, und eröffneten ihren Auftrag so gleich dem Prinzen. Sie ersuchten ihn zugleich, in Person nach Seeland zu kommen; welches er versprach. Den 7ten reiseten sie wieder zurück q); und der Prinz folgte ihnen, am 10ten, in Gesellschaft der königlichen Prinzessin, seiner Gemahlinn, und der jungen Prinzessin Carolina. Die hohe Gesellschaft kam, den folgenden Tag, welches der Himmelfahrtstag war, in einer Nacht, zu Amsterdam, um Mittagszeit an. Zween der regierenden Bürgermeister, die Herren Gerrit Corver, Herr von Velzen, und Gilles van den Bempden, in Begleitung des Pensionärs Straal, und eines der Stadtschreibern, machten dem Prinzen so gleich die Aufwartung; welches hernach auch von den Abgeordneten der dortigen Admiraltätskammer, und von den Ost- und Westindischen Gesellschaften, und endlich von vielen Privatpersonen von höherem oder niedrigerem Stande geschähe. Des Abends waren die meisten Häuser der Stadt, auf Ansuchen der Bürgermeister, erleuchtet. Die fürstliche Gesellschaft blieb bis zum andern Tage hier, und reisete darauf über Harlem nach dem Haag, wo sie, um sieben Uhr, ankam.

nach dem Haag.  
Der Prinz wird zum General-Capitain

Die General-Staaten hatten mittlerweile schon am 4ten beschloffen, den Prinzen zum General-Capitain und Admiral über die Kriegsmacht des Staats überhaupt, mit freyer Gewalt über die Patente, bis zu bekannter Wiederaufkündigung, wie die vorigen

q) Bericht der Abgeordneten von Seeland in den Notul. Zeel. 4 Dec. 1747.

rigen Statthalter dieselbe gehabt hatten, zu ernennen r), und von dieser Ernennung dem Fürsten von Waldeck, der 180 den Oberbefehl über die Armee in den Niederlanden führte, und den Befehlshabern der Grenzfestungen Nachricht zu geben. Sie hatten auch einige Abgeordneten ernannt, dem Prinzen die Bestallung zu diesem hohen Amte zu überreichen s). Die Stände von Utrecht hatten den Prinzen, am 3ten zum Statthalter, General-Capitain und Admiral ihrer Landschaft erwählt, nachdem solches zweien Tage vorher, auf Verlangen des Volkes, von der Stadt geschehen war. In Overysseel wählte die Landschaft, den Prinzen zum Statthalter, General-Capitain und Admiral, mit solcher Macht, Gewalt, Vorrechten und Vortheilen, und auf solche Vorschrift, als sie zum Wohlfeyn des Staats überhaupt, und dieser Provinz ins besondere, es am besten und nächststen erachten würden, zu bestellen.“ Aber in den besondern Städten Deventer, Kampen und Zwolle war die Ernennung schon einige Tage vorher bekannt gemacht worden. Am 15ten ward der Prinz feierlich zu seinen hohen Würden von einigen Abgeordneten erst in der Versammlung der Stände von Holland, und hernach der General-Staaten eingeführt. An eben dem Tage nahm der Prinz, in dem Hofe von Holland t), und in den andern hohen Regierungscollegien, Eig. Er ward auch als das erste Glied des Adels, am 16ten in der Versammlung von Holland eingeführt u). Man hatte den Rathpensionär schon zuvor angewiesen, ihm von allen Staatsfachen Kenntniß zu geben v). Er ward auch bald von dem Zustande der Unterhandlung zu Breda, und von dem Inhalte der entworfenen vorläufigen Friedensartikel unterrichtet. Bey Gelegenheit der Einführung des Prinzen in den Staatsrath, hielt der Graf von Bentinck, Herr von Rhoon und Pendrecht eine Rede, die sehr merkwürdig geachtet ward. „Er hofte, daß die Wiederherstellung der alten Regierungsform auch die Einführung des Prinzen in den Staatsrath wieder herstellen würde; daß die Berathschlagungen dadurch, bey Zeiten, zur Reife gebracht, und mit der nöthigen Geschwindigkeit ausgeführt, und daß Strafen und Belohnungen dadurch weislich ausgetheilet werden würden. Durch diese Mittel, und unter der Verwaltung der Prinzen von Oranien, wäre der Staat zu dem Gipfel des Glücks gestiegen, wovon man ihn unlängst so sehr hätte herunterstürzen sehen, daß er ein Spott der Feinde, und eine unnütze Last für die Freunde geworden wäre. Er zweifelte nicht, daß der Prinz in die Fußstapfen seiner Vorfahren treten, und mitwirken würde, um den Staat, der zum Theile schon übersallen wäre, von dem Joche eines herrschsüchtigen und treulosen Nachbarn zu befreien, der die gute Treue und die feierlichst beschwornen Verträge für nichts achtete. Der Ausgang würde, wie er versichert wäre, zeigen, daß die Neigung der Einwohner zu dem Prinzen, die durch keine Zeit oder Kunstgriffe hätte ausgelöschet werden können, rechtmäßig gewesen wäre: weswegen er zum Beschlusse bäte, daß der Rath dem Prinzen die seinem Range und Würde gebührende Ehre erweisen möge.“ Die Franzosen hielten sich durch diese Rede beleidigt,

r) Resol. Holl. 4, 15 May, 1747. bl. 238, 249, 255, 259, 260. Bericht von der Einführung des Prinzen in den Hof von Holland vom 13 u. 15 May 1747.  
s) Resol. Gener. Jovis 4 May, 1747. Voyez aussi ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 93.  
t) Resol. Holl. 9, 10, 13, 15 May, 1747. bl. 262.  
u) Resol. Holl. 16 May, 1747. bl. 263.  
v) Resol. Holl. 15 May, 1747. bl. 262.

1747.

beleidigt, worin ihrem Hofe, ihrer Meynung nach, mit Unrechte, solche heftige Vorwürfe gemacht wären. Es haben auch einige ihrer Schriftsteller angemerkt, daß der Graf, als ihm von einigen seiner Freunde die Unanständigkeit etlicher seiner Ausdrücke vorgehalten wären, geantwortet haben sollte, „daß er nöthig geachtet hätte, bey einer solchen feyerlichen Gelegenheit also zu sprechen, um das Volk zu überzeugen, daß er kein Anhänger „von Frankreich wäre w).“

XXI.

Der Prinz  
kommt nach  
Seeland.

Er wird wie-  
der in den  
Besitz des  
Marquisats  
von Veere  
und Vlissing-  
gen einge-  
setzt.

Der Prinz blieb nur wenige Tage in dem Haag. Nachdem er von den Ständen von Holland Abschied genommen, und ihnen seine Gemahlinn und einziges Kind bestens empfohlen hatte x), reiste er eiligst nach Seeland, und kam am 19ten zu Veere und hernach zu Middelburg an, wo er, am folgenden Tage den Eid als Statthalter, General-Capitain und Admiral der Provinz ablegte y). Während der Zeit, da er sich noch auf der Reise befand, hatten die Stände, auf den Vorschlag der Stadt Middelburg, beschlossen, ihn in den Besitz des Marquisats von Veere und Vlissingen, welches vor einigen Jahren aufgehoben war z), wieder einzusetzen. Es ward ihm auch das Recht des ersten Edlen von Seeland, unter den gewöhnlichen Bedingungen, jedoch mit diesem besondern Zusatze, wieder-gegeben, daß die Person des Prinzen, als ersten Edlen, von Männern, die den Ständen angenehm, in Seeland geböhren und angesessen, der wahren reformirten Religion zugehan, und nicht in Kriegsdiensten wären; vorgestellet werden sollte. Die in den Jahren 1703 und 1733 den Städten Vlissingen und Veere zu Bestellung ihrer Obrigkeiten ertheilten Freybriefe wurden etwas hernach aufgehoben a). Der Prinz ernannte bald darauf den Herrn Jan von Borsselle van der Zooghe, bey welchem alle die gemeldeten Eigenschaften gefunden wurden, zum ersten Edlen. Uebrigens war der Prinz auf die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe bedacht. Drey Abgeordneten des Bürgerstandes zu Tierikzee, nämlich die zween Prediger und Doctor Leonhard Smeur, waren, wie wir oben gesehen haben b), schon um das Ende des Aprils, nach Middelburg gekommen, um den Ständen, bey welchen sie Gehör verlangten, Vorschläge zu thun, durch deren Bewilligung, wie sie meyneten, die Ruhe in der Stadt wieder hergestellt werden könnte. Allein man hatte dienlich gefunden, sie nur als Privatpersonen, und durch Commissarien zu hören. Sie baton, unter andern, von der Regierung, vorläufig, entlediget zu werden; welches dem Prinzen überlassen ward c). Das Volk blieb mittlerweile noch immer aufrührerisch, weil die gegenwärtigen Obrigkeiten, die von den Seeländischen Ständen nicht erkannt wurden, keine genugsame Gewalt hatten, die Aufrührer zu bändigen d). In Süd-Beveland war das Landvolk auch in Bewegung gekommen e). Der Prinz hatte, ehe er aus Leuwarden abreiste, eine Verordnung nach Seeland geschickt, worin das Volk zur Ruhe und Eintracht ermahnet ward f). Aber das Getümmel dauerte noch bis nach seiner Anfunft. Er entließ darauf so gleich die neubestellten Obrigkeiten zu Tierikzee, und setzte die Abgesetzten wieder in

w) Voyez Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 47.

x) Refol. Holl. 17 May, 1747. bl. 266.

y) Notul. Zeel. 17, 19, 20 May, 1747. bl. 468, 485, 491.

z) B. LXXXIII, §. XXIX C. 176.

a) Notul. Zeel. 8 Dec. 1747. bl. 956.

b) §. XV. dieses Buchs C. 391. f.

c) Notul. Zeel. 29 Apr. 1747. bl. 323.

d) Notul. Zeel. 11, 17 May, 1747. bl. 426, 475.

e) Notul. Zeel. 24 May, 1747. bl. 502.

f) Man sehe die Verordnung vom 7. May 1747. in den Notul. Zeel. 11 May, 1747. bl. 418.

in ihre Aemter ein. Der Bürgermeister Mogge ward jedoch in dem Heeren-Logement noch immer gefänglich gehalten, bis der Prinz, am 2ten des Brachmonats, in Person in die Stadt kam, da er alsbald in Freyheit gesetzt ward, ohne daß jemand es wagen durfte, einige Beschuldigungen gegen ihn anzubringen. Jedemoch machte der Prinz, zufolge einer am 29sten May gezeichneten geheimen Vollmacht der Stände der Provinz, noch einige Veränderung in dem Stadtrathe g). Er entließ drey Rathsglieder, und besetzte ihre Aemter mit andern.

Nachdem der Prinz mit den Ständen über die Finanzen Rath gehalten h), und Man ertheilte ferner die nöthigen Verfügungen in Seeland gemacht hatte i); so reiste er, gegen das Ende des Brachmonats, nach dem Haag zurück, wo er seitdem seinen gewöhnlichen Aufenthalt nahm. Die Stände von Holland hatten ihm unterdessen die Würde eines Oberforstmeisters ertheilt k), und die der Provinz zustehende Vergebung der Kriegsämter, vom Fähndrich bis zum Obersten, diesen eingeschlossen, überlassen l). Sie thaten ferner die Erklärung, daß diejenigen, welche als Abgeordnete in der Versammlung der Stände erschienen, wohl im Eide und Dienste des Statthalters stehen könnten: welches, ehe der Prinz Statthalter ward, nicht erlaubt gewesen war m). Die General-Staaten hatten ihm auch die Würde eines Statthalters und General-Capitains über die Lande von Overmaaze aufgetragen, und das Recht zu begnadigen, in dem Gerichtsgebiete des Rathes von Brabant, und der Stadt und des Landes Maastricht, die Grasschaft Vroenhove darunter begriffen, verliehen.

Die Stände von Holland hatten, schon vor dem Ende des Aprils, befohlen, Wöchentlich daß man, bey Gelegenheit des feindlichen Einfalls in das dem Staate gehörige Flan- den, wöchentlich öffentliche Veststunden halten sollte n); und nunmehr machten sie auch eine Verordnung wegen des öffentlichen Gebets für den Prinzen. Sie befahlen, „daß Verord- nung „zuerst für die Stände von Holland und Westfrisland, als die rechtmäßige Obrigkeit wegen des „dieses Landes; sodann für die Stände der andern vereinigten Landschaften, als ihre Gebets für „Freunde, Nachbarn und Bundesgenossen, und für derselben gesammte Abgeordneten den Prinzen. „zur Versammlung der General-Staaten und zu dem Staatsrathe; hernach für Seine „Hoheit den Herrn Prinzen von Oranien und Nassau, Statthaltern, General-Capi- tain und Admiral dieser Landschaft; ferner, so viel den Haag betraf, für die bevollmäch- „tigten Räte und für die Gerichtshöfe, endlich für den Rath der Stadt oder des Orts, „und in den mit der hohen Gerichtbarkeit versehenen Herrlichkeiten, auch für den Gerichts- „herren, unmittelbar vor der Obrigkeit, gebetet werden sollte o).“ In Seeland ward in kurzem eine gleiche Verordnung wegen des öffentlichen Gebets gemacht p). Auf diese und mancherley andere Weise ward alles, und besonders auch die Bestellung der Obri- gkeiten in den Städten, in kurzer Zeit, so wie es vormals unter der statthalterlichen Regie- rung gewesen war, hier zu Lande wieder eingerichtet.

E e 2

Unter

g) Notul. Zeel. 16 Jun. 1747. bl. 533.

h) Notul. Zeel. 27, 29 May, 1747. bl. 511\*.

517.

i) Notul. Zeel. 29 May, 1747. bl. 516.

k) Resol. Holl. 24 May, 1 Jun. 1747. bl.

291, 309.

l) Resol. Holl. 24 May, 1 Jun. 1747. bl. 291, 309.

m) Resol. Holl. 17 Jun. 1747. bl. 345.

n) Resol. Holl. 29 Apr. 1747. bl. 231.

o) Resol. Holl. 15 May, 1747. bl. 262.

p) Notul. Zeel. 19 Jun. 1747. bl. 551.

1747.

XXII.

Die Unter-  
handlung zu  
Breda wird  
abgebrochen.

Unterdessen hatte der Französische Einfall in das dem Staate gehörige Glandern, nebst dem, was darauf gefolget war, die Abbrechung der Unterhandlungen zu Breda veranlaßt. Der Französische Bevollmächtigte du Theil hatte, am 6ten May, zu verstehen gegeben, „daß er den Tag zuvor die Nachricht empfangen hätte, daß der König von Frankreich den Entwurf vom 20sten April, so viel ihn betrafte, nicht schlechtzuerdings verwürfe, und daß er sein mögliches thun wollte, den Spanischen Hof auch zu bewegen, daß er billigen Vorschlägen Gehör gäbe.“ Er hatte auch hinzugesagt, „daß der König, sein Herr, zugestünde, daß der Spanische Bevollmächtigte de Macanäs zu den Unterhandlungen zugelassen würde, um die Angelegenheiten seines Hofes selbst wahrzunehmen.“ Allein die Veränderung in der Regierung des Staats und die Reise des Prinzen nach Seeland war Ursache, daß man hierauf keinen geschwinden Schluß in dem Haag fassen konnte. Die Französischen und Spanischen Bevollmächtigten du Theil und Macanäs thaten also dem Grafen von Wassenaar, am 20ten May, die Erklärung, „daß der geringe Nutzen, welchen man bisher von den Unterhandlungen zu Breda gesehen hätte, und die Nähe der Armeen, welche diese Stadt untüchtig machte, die Unterhandlungen dafelbst mit der nöthigen Ruhe und Anständigkeit fortzusetzen, Ihre Allerchristlichste und Katholische Majestäten zu dem Entschlusse gebracht hätte, einen freyen Versammlungsort zu verlangen; wozu sie Nachen, Eßlin, Düsseldorf, Trier oder Worms vorschlugen. In einem dieser fünf Derter, welchen sie der Wahl der Bundsgenossen überließen, könnte man die Unterhandlungen fortsetzen, und die Bevollmächtigten der Höfe von Wien und Turin darauf zulassen q).“ Die fremden Gesandten verließen hierauf alsbald Breda, und reisten nach ihren Höfen zurück. Du Theil sagte noch vor seiner Abreise, „daß der König, sein Herr, in den Gefinnungen, „bliebe, wovon er am 6ten Eröffnung gethan hätte;“ und wollte gerne glauben machen, daß diese Gefinnungen eine Einwilligung in den Entwurf vom 6ten April hinausliesen. Die Staaten zogen den Vorschlag der Französischen und Spanischen Bevollmächtigten mit ihren Bundsgenossen in Erwägung, und man erwählte in kurzem Nachen, um dafelbst die Friedensunterhandlung fortzusetzen. Allein es wäre noch bis in den Frühling des folgenden Jahres, ehe die Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte in genügender Anzahl zusammentamen, um die Unterhandlungen anzufangen. Im Hornung zuvor übergaben der Graf von Wassenaar und der Rathpensionär Gilles, in der Versammlung der General-Staaten, einen schriftlichen Bericht von demjenigen, was sie in den Jahren 1746 und 1747 gehandelt hatten; und es ward ihnen für ihren bezeugten Eifer und den abgestatteten Bericht, nach Gewohnheit, Dank gesagt r).

Die Franzosen  
eroberten  
Sas van  
Gent,

Philippine,

Die feindlichen Unternehmungen in dem den Staaten gehörigen Glandern wurden mittlerweile stark fortgesetzt. Die Laufgraben vor Sas van Gent waren schon am 20sten April eröffnet worden. Der Ort hielt sich hernach nur zehn bis elf Tage, und ergab sich alsdenn durch einen Vergleich, zufolge welchem die Besatzung zu Kriegsgefangenen gemacht ward. Die Schanze Philippine, die mittlerweile auch berennt worden war, ward, nach Eröffnung der Laufgraben, am 2ten May so heftig angegriffen, daß sie sich, am 5ten, durch einen gleichen Vertrag ergeben mußte. Die Schanze Rykint, un-

gefahr

q) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

r) Resol. Gener. 2 Febr. 1748.



gefähr eine Stunde von der Stadt, ward in dem ersten Angriffe erobert; aber die etwas weiter herunter liegende Schanze, der Sandberg genannt, that erstliche Tage eine tapfere Gegenwehr. Das Regiment des Obersten Thierry, und die königlichen Schotten, unter Bragg, hielten sich hier ungemein wohl. Aber sie mußten endlich der Französischen Uebermacht weichen. Nach der Uebergabe von Sandberg, und der Einnahme der besetzten Linie, die von dort nach Zulst ging, glaubete man, daß diese Stadt nicht zu vertheidigen seyn würde. Sie ward am 1ten May aufgefördert, und gleich übergeben. Zulst, Der Befehlshaber, der General-Lieutenant Peter de la Rocque, bedung den strengen Auszug, mit der gewöhnlichen Kriegesohre, für vierhundert Mann von der Besatzung; die übrigen wurden zu Kriegsgefangenen gemacht. Er ward nachher, wegen dieses in seinem Dienste begangenen Verfehls, vor Gericht gestellt, mit dem Schwerdte über den Kopf gestraft, und auf Loerestein gefangen gesetzt. Axel und ter Nenze, die von dem Axel und ter Grafen von Broglis aufgefördert wurden, ergaben sich am 16ten gleichfalls: aber die Besatzungen erhielten den strengen Abzug nach Seeland. Durch die Eroberungen dieser Orter sahen die Franzosen sich, in weniger als einem Monate, Meister von dem ganzen dem Staate zugehörigen Flandern.

Der Einfall in dieses Land machte die Vertheidigungsanstalten in Seeland nothwendig, wofür auch die Stände dieser Provinz sorgten. Der General-Lieutenant Sinthlaart hatte sich mit zwölftausend Mann in Süd-Beveland gesetzt. Man hatte auch den Oberbefehlshaber, Mitchell, der noch immer auf den Seeländischen Küsten kreuzete, ersucht, daß er den Untrigen beystehen mögte, um alle Französische Schiffe, die sie antreffen würden, zu verfolgen.

Die Armee der Bundesgenossen, die bey Breda versammelt war, hatte sich gegen Antwerpen gezogen, um, wenn es möglich wäre, einen Theil des dem Staate gehörigen Flanderns zu retten. Allein die Festungen in diesem Lande fielen den Franzosen so geschwinde in die Hände, daß keine Zeit sie zu entsetzen übrig blieb. Ehe noch die Schanze Sandberg erobert war, hatte der Herzog von Cumberland, mit einigen Truppen, dahin den Weg genommen; aber wie er in die Gegend von Zulst gekommen war, hörte er, daß der Sandberg schon in feindlicher Gewalt wäre; und darauf ging er nach der Armee bey Antwerpen zurück. Die Franzosen zogen, nach der Eroberung von Flandern, ihre Truppen, hinter der Dyle zusammen, und wandten sich gegen die Maas. Man schloß hieraus, daß sie eine Absicht auf Maastricht hätten. Die vereinigte Armee brach daher auch auf, um diese Stadt zu bedecken, und lagerte sich endlich nicht weit von Hasselt, in den Lüttichschen. Die Franzosen hatten sich damals Tonnern genähert. Die beiden Armeen waren sich, an der Zahl fast gleich; inwiefern man, von Französischer Seite, nachher geschrieben hat, daß die vereinigte Armee weit stärker an Truppen, als die übrige gewesen sey. Am 1ten des Heumonats rückten die Kriegsheere gegen einander heran, um sich ein Treffen zu liefern. Die vereinigte Armee lagerte sich, denselben Abend, zwischen der Comthurey von Biesen und dem Dorfe Wille, und besetzte am folgenden Morgen, die Dörfer Lafeld und Nesmer, zwischen welchen der mittellste Theil der Armee in Schlachtordnung stand. Um zehn Uhr fing das Treffen von Seiten der Franzosen an, die mit großer Gewalt das Dorf Lafeld, wo die Engländer und Hannoveraner standen, anfielen. Hier entstand ein sehr hitziges Gefechte. Um zwölf Uhr ließ der Herzog von Cumberland, der den Oberbefehl führte, den linken Flügel

XXIII.  
Bewegungen  
der beiderseiti-  
gen Kriegs-  
heere.

1747.

gel des vereinigten Heeres gegen die Franzosen heranrücken, welche ihre meiste Macht nach Lafeld wandten, und endlich bey diesem Posten durchbrachen. Der linke Flügel der Bundesgenossen lief darauf Gefahr, zwischen zwey Feuer zu gerathen: weswegen der Herzog den Befehl zum Rückzuge nach Mastricht gab, der in guter Ordnung geschah. Die Franzosen besaßen das Feld; hatten aber, wie man will, fast mehr Leute als die Bundesgenossen verlohren. Die Truppen des Staats unter dem Fürsten von Waldeck, welche in der Mitte der Armee stunden, hatten, wegen des unebenen Bodens, nicht zeitig genug vorrücken können, um alle an dem Treffen Theil zu haben s); welches nun das dritte war, welches die Franzosen gewonnen hatten, weil sie so vorsichtig gewesen waren, nur einen Theil des vereinigten Heeres anzugreifen. Der Fürst von Waldeck ging, etwas mehr als vierzehn Tage nach der Schlacht, mit einigen Truppen des Staats nach Herzogenbusch, wo er sich mit dreytausend Mann Hessischer Truppen vereinigte: und dieser Zug war der letzte, welchen er in Diensten des Staats that. Er nahm seinen Abschied t), und begab sich, ohne nach dem Haag zu kommen, nach Deutschland, wie man vermuthet aus Mißvergnügen; daß ihm der Oberbefehl in Bergen op Zoom nicht aufgetragen war, oder vielleicht aus andern Ursachen. Der König von Preußen klagte nachher, daß der Fürst, ohne gesuchte Erlaubniß, mit einigen Truppen des Staats, durch sein Gebiete gegangen wäre u).

## XXIV.

Der Graf von Löwendal belagert Bergen op Zoom.

Zween Tage nach dem Gefechte bey Lafeld, hatte sich der Graf von Löwendal, der mit einer kleinen Armee bey Mecheln geblieben war, eilig auf den Marsch begeben, um Bergen op Zoom zu belagern. Am 10ten des Heumonats kam er vor Zandvliet, und den folgenden Tag vor Bergen op Zoom an. Zandvliet ward heftig beschossen und bombardirt. Als der Befehlshaber der Besatzung, der Oberste Rinschot keine Möglichkeit sah, den Ort lange zu vertheidigen, verließ er denselben in der Stille, und rettete dadurch die Besatzung, welche sonst in die Kriegsgefangenschaft gerathen seyn würde; welches so glücklich geschah, daß die Franzosen den Abzug erst zwey Stunden nachher merkten. Sie nahmen darauf Zandvliet am 12ten ein. Zwischen dem 12ten und 13ten wurden die Laufgraben vor Bergen op Zoom, an der Seite des Mourwschen Hofs eröffnet, wo die Stadt am festesten war: weil, wie man mich versichert hat, die Französischen Ingenieurs durch einen alten Plan des Ortes verführt worden waren, worin die Festungswerke ganz anders abgezeichnet stunden, als sie wirklich waren. Dies war eine gefährliche Unternehmung, weil die Festung aus Seeland allezeit mit Truppen und Bedürfnissen versehen werden konnte, ohne daß die Belagerer es zu hindern vermögend waren. Die Belagerung dauerte auch acht Wochen, mit einem großen Verluste auf beiden Seiten, vornemlich aber auf Französischer. Sie würde noch, wie man in der Stadt rechnete, acht oder zehn Tage länger gedauert haben, wenn sich die Franzosen nicht, durch einen Ueberfall von der Festung Meister gemacht hätten. Es wird daher der Mühe wohl werth seyn, daß wir den Anfang und Ausgang dieser merkwürdigen Belagerung, aus den glaubwürdigsten Nachrichten, einiger Maassen, umständlich erzählen.

Die

s) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 57-84. und andere Nachrichten.  
t) Resol. Holl. 5 Aug. 1747. bl. 466.

u) Notul. Zeel. 14, 18, 24 Aug. 1747. bl. 673, 695, 706.

Die Belagerung zu Bergen op Zoom stand unter dem Prinzen von Hessen-Philippsthal; der Prinz von Sachsen-Hildburghausen war, mit fünftausend Mann von Breda, wo er gelegen hatte, in die Linie zwischen Bergen op Zoom und Steenberg gerückt, und führte hier den Befehl. Allein der Prinz-Statthalter fand gerathen, den Oberbefehl über das Kriegsvolk und die Plätze zwischen der Maas und Schelde dem General Isaac, Baron von Cronstrom, aufzutragen, der sich vergebens auf seine hohen Jahre, Schwachheit und Taubheit berufen hatte, um mit diesem Posten verschonet zu werden. Er kam also am 4ten des Heumonats, an welchem Tage er eben in sein sieben und achtzigstes Jahr trat, in Bergen op Zoom an, wo er seitdem blieb. Den besondern Befehl über die Festung befehlete der Prinz von Hessen, und den über die Linie der Prinz von Sachsen-Hildburghausen. Der General Cronstrom stand beider mit seinem Rathe bey. Die Besatzung ward nachher von Zeit zu Zeit verstärkt; und man hat die Truppen, die in und außer der Stadt zur Vertheidigung derselben gebraucht worden sind, in allem auf sechs und dreyßigtausend Mann geschätzt. Die Französische Armee vor der Stadt, welche auch beständig Verstärkungen empfing, rechnete man ungefähr sechzigtausend Mann stark. Die Belagerten hatten beschlossen, sich auf das äußerste zu wehren, und wollten daher von keinem Vergleich hören. So bald die Arbeit an den Laufgraben angefangen war, ward dieselbe durch Bomben, die man aus der Festung warf, und durch beständige Ausfälle aus den Außenwerken aufgehalten. Den 20sten des Heumonats ließ Löwendal die Stadt mit glühenden Kugeln beschießen und stark bombardiren. Die Kirche und andere große Gebäude wurden in Asche verwandelt: die Einwohner aber waren so entschlossen, das Äußerste abzuwarten, daß dieser Schade sie nicht bewog, einen Vergleich zu verlangen. Die Franzosen thaten zuweilen Anfälle auf Steenberg, zuweilen auf die Linie, zuweilen auf die Schanze Kovere, wurden aber allenthalben tapfer zurückgeschlagen. Man sah jedoch schon zeitig, daß die Stadt sich endlich würde ergeben müssen, wosern von außen nicht etwas wichtiges gegen die Belagerer unternommen würde. Die Armee, welche unter dem Fürsten von Waldeck gestanden hatte, und worüber nun der Baron von Schwarzenberg den Befehl führte, that demnach einen Angriff auf das Dorf Wouwe, welches die Franzosen eingenommen und besetzt hatten. Man suchte hier heftig, aber Schwarzenberg mußte sich bald zurückziehen. Die Belagerung ward mittlerweile fortgesetzt, und das Bombardiren und Schießen mit glühenden Kugeln von Zeit zu Zeit wiederholt. Die Franzosen kamen allmählig der Festung näher, ob es ihnen gleich gewaltig viele Leute kostete. Die Belagerung hatte nur erst vier Wochen gedauert, als die von Thoolen die Uebergabe der Stadt befürchteten, und daher, weil sie den ersten Anfall zu erwarten hatten, bey den Ständen von Seeland und dem Statthalter die Erlaubniß suchten, mit den Franzosen einen Vergleich zu treffen. Aber weil man so beschäftigt war, die Insel Thoolen durch Ueberschwemmungen und durch Anlegung einiger Batterien zu bedecken; so ward dieses Gesuch von der Hand gewiesen. Das Schießen ging indessen von beiden Seiten fort, und die meisten Häuser in der Stadt wurden dadurch zu Grunde gerichtet oder sehr beschädigt. Man arbeitete in der Festung mit einhundert Mann, an einer Linie, welche bis an die Schelde ging, und hinter welcher man die Besatzung zu retten gedachte, wenn die Stadt endlich zur Uebergabe gezwungen werden mögte. Die beständigen Anfälle der Franzosen auf die Außenwerke, ob sie wohl immer zurückgeschlagen

1747.

Zustand und Fortgang der Belagerung.

1747.

Bergen op  
Zoom wird  
durch einen  
Ueberfall ein-  
genommen.

geschlagen wurden, und ihr starkes und anhaltendes Feuer riß inzwischen so viele Leute weg, daß der Staatsrath große Tazegelber allen und jeden anbieten ließ, die sich nach Bergen op Zoom begeben, und daselbst, jeder nach dem Maaße seiner Geschicklichkeit, zu Vertheidigung der Festung Dienste thun wollten. Einige Gräber und Arbeiter gaben sich dazu an; aber die meisten verließen; nachdem sie den gefährlichen Dienst einen oder zweien Tage versucht hatten. Uebrigens ward die Besatzung, durch die Gutherzigkeit vieler Einwohner in Holland, Seeland und Friesland, erfrischt und aufgemuntert. Sie schickten ganze Schiffsladungen mit Lebensmitteln und andern Bedürfnissen, nebst vielerley Nahrungsmitteln nach der belagerten Stadt, wovon ein Theil nachher den Franzosen in die Hände fiel. Die Belagerer waren, ungeachtet des heftigen Feuers und der beständigen Ausfälle der Belagerten, im Anfange des Herbstmonats, endlich so weit gekommen, daß der Graf von Löwendal die Batterien fertig hatte; um Bresche auf die Werke zu schießen. Er hatte sich des bedeckten Weges an beiden Seiten des Navelins Dedem, und der künftigen Seeland und Utrecht daselbst bemächtigt; welches ihm den Eingang in den trockenen Graben öffnete, weil die gemauerten Gallerien auf beiden Seiten schon in die Luft gesprengt waren. Am 12ten fingen die Franzosen an, die Bollwerke Pucelle und Rochoorn, die auf beiden Seiten des Navelins Dedem lagen, heftig zu beschießen. Sie führten damit die zweien folgende Tage fort, und machten in kurzem eine Oeffnung in diesen Werken, die, nach einiger Meynung, groß genug, nach andern aber noch nicht hinlänglich geachtet ward, um Sturm zu laufen, wozu die Nacht zwischen dem 12ten und 13ten bestimmt war. In der Stadt vermuthete man den Angriff nicht. Die Besatzung war, durch die langwierige Belagerung, stark zusammen geschmolzen, und iſo nicht sehr zahlreich, weil die erfahrensten den Uebergang des Orts in kurzem erwarteten. Einige haben auch gemeynet, daß der Ueberfluß an Essen und Trinken die Soldaten ertrage gemacht habe, die gefährlichsten Posten zu besetzen und zu vertheidigen: wiewohl andere leugnen, daß die Lebensmittel und das Getränke jemals in solchem Ueberflusse ausgeheilet worden wären, daß die Leute sich damit hätten überladen können. Dem sey wie ihm wolle, so thaten die Franzosen am 13ten, des Morgens um vier Uhr, von vorne und von hinten, unter dem heftigsten Feuer, einen Angriff auf das Navelin Dedem, welches sie in einem Augenblicke einnahmen. Zugleich drangen sie durch den Ausfall, Fullenius genannt, und liefen durch die in den Bollwerken Pucelle und Rochoorn gemachten Wallbrüche herauf, wo sie wenigen Widerstand fanden. Der Prinz von Hessen-Philippsthal ward gleich von diesem Angriffe durch einen Soldaten, der von dem Bollwerke Pucelle kam, unterrichtet, und ließ, so geschwinde als möglich, die Besatzung vor dem Marktgrafen-Hofe versammeln. Mittlerweile waren die Franzosen durch den Ausfall Fullenius, und durch die Wallbrüche schon in die Stadt gekommen, und in die nächsten Häuser gedrungen, aus welchen sie stark auf die Besatzung feuerten. Der Baron von Cronstrom erfuhr die Ueberrumpelung der Stadt erst, als es Tag ward; er kleidete sich indessen so fort an, trat zur Thüre heraus, und ließ durch seine Adjutanten, welche die Soldaten tapfer anfrischten, die Franzosen vor seinem Hause wegreißen. Als er aber sah, daß der Verlust der Stadt unvermeidlich war, ließ er sich auf ein Pferd heben, und ritt nach der Linie heraus, um zur Sicherheit von Seeland Verfügungen zu machen. Ehe er die Stadt verließ, hatte er den Prinzen von Hessen-Philippsthal befehliget, die Trommel rühren zu lassen, um ferneres Blutvergießen zu verhüten: welches jedoch nicht gesche-

hen zu seyn scheint. Die obrigkeitlichen Personen und die meisten Einwohner flüchteten unterdessen aus der Stadt. Die Truppen, welche vor dem Markgrafen-Hofe versammelt waren, geriethen in ein hitziges Gefechte mit den Franzosen, deren Anzahl, in kurzem, so stark anwuchs, daß sie, ob sie gleich zweymal zurück getrieben wurden, endlich die Unstigen nöthigten, sich nach dem Steenbergischen Thore zurück zu ziehen, durch welches die Besatzung, so viel davon übrig geblieben war, aus der Stadt gieng. Das Bataillon von Rechternen, welches stark gelitten hatte, ward ganz zu Kriegsgefangenen gemacht. Der Prinz von Hessen-Philippsthal, der dem Gefechte bis zum Ende beigewohnt hatte, war in der Steenbergischen Straße am Beine verwundet worden; welches ihn jedoch nicht hinderte, seine Schuldigkeit zu thun. So bald die Franzosen sich Meister von Die Stadt der Stadt sahen, fingen sie an die Häuser zu plündern, und schossen jeden, der sich ihnen hierin widersetzen wollte, todt: aber den Einwohnern, die sich willig alles rauben und nackt ausziehen ließen, geschah sonst kein Leid. Kriegsleute wurden, wo man sie nur antraf, ohne Gnade niedergemacht. Der Hauptmann Snoutkaart van Schoonewburg, der schwer verwundet zu Bette lag, ward mit vielen Stichen ums Leben gebracht. Man hat auch einige unter einen ganzen Haufen verwundeter Soldaten schießen sehen. Bey dem Plündern und Rauben wurden die Römischkatholischen nicht mehr als andere geschonet. Von Schandungen der Weibspersonen und dergleichen Ausschweifungen, die insgemein in Städten, die mit Sturm erobert werden, vorkommen, hat man wenig, mit Gewißheit, vernommen. Das Plündern wäre den ganzen Tag und die folgende Nacht, ob es gleich gegen den Abend schon verboten war. Den andern Tag kam der Graf von Löwendal in die Stadt, die von ihren meisten Einwohnern verlassen war, und machte, zu Abstellung der bisherigen Unordnung, einige Verfügungen. Dies war das Schicksal von Bergen op Zoom. Die Franzosen hatten davor, wie man rechnete, achtzehn bis zwanzigtausend Mann verloren. Der Verlust der Bundesgenossen ward auf zehntausend Mann geschätzt v). Der General, Baron von Cronstrom, ist hernach beschuldigt worden, daß er, in der Vertheidigung der Stadt, seine Schuldigkeit nicht wohl gethan hätte. Im Frühlinge des Jahres 1748 ward er, auf Befehl des Statthalters, durch den Fiscal der Generalität, über etliche Artikel schriftlich befragt, und ein Jahr hernach, vor den hohen Kriegsrath gefordert, und über mehr als hundert Fragstücke abgehört; welche alle er mündlich und schriftlich beantwortet hat. Ich habe eine Abschrift von seinem Verhöre in Händen gehabt, und daraus gesehen, „daß man es ihm besonders zum „Fehler angerechnet habe, daß er die Ueberrumpelung der Stadt nicht vorher gesehen, „und dieselbe nicht durch stärkere Besetzung der gefährlichsten Posten, und vornemlich „durch Anfüllung der trockenen Gräben mit Wasser, abgewandt hatte. Man schien auch „zu glauben, daß er die Stadt zu zeitig verlassen hätte.“ Allein er führte für sich an, Seine Ver- „daß ihm berichtet worden, die Bresche wäre noch nicht groß genug, um den Feind durch- antwortung. „zu lassen; daß, dieses vorausgesetzt, man noch kein Wasser in die Gräben hätte bringen „können, weil, so bald dieses geschehen wäre, den Belagerten alle Gemeinschaft mit den „Außenwerken abgeschnitten worden seyn würde; daß die stärkere Besetzung der gefähr- „lichen Posten zur besondern Verfügung des Befehlshabers der Festung gehörte, wel- „chem er solche, mit Vorwissen des Statthalters, überlassen hätte, und daß er glaubete,

„die

v) Aus verschiedenen gedruckten und geschriebenen Erzählungen.

1747.

„die Posten wären stark genug besetzt gewesen, um, im Falle einer Ueberrumpelung, bey Zeiten Lärm zu machen, wofern sonst die Wache munter und auf ihrer Hut gewesen wäre: moran, seiner Meynung nach, es bey einigen gefehlet haben würde. Daß er endlich die Stadt nicht eher verlassen hätte, als da alle Hoffnung, sie zu retten, verlohren, und seine Gegenwart in den Linien nothwendig gewesen wäre, wo auch der Prinz von Hessen-Philippsthal, kurz nach ihm, mit dem Reste der Besatzung angekommen wäre w).“ Der hohe Kriegsrath hat keinen Ausspruch über diese Beschuldigung des Barons von Cronjstrom gethan, ob er gleich sehr darum angehalten hatte; und die Sache ist, mit seinem Tode, liegen geblieben. Nach der Eroberung von Bergen op Zoom fürchtete man eine Unternehmung auf Seeland. Aber Thoolen war in guten Vertheidigungsstand gesetzt. Es hat auch die späte Jahreszeit, die Gefährlichkeit der Seeländischen Ströme, und die Nachbarschaft der vereinigten Armee, welche der Französischen beständig die Zufuhr abschnürte, aller Wahrscheinlichkeit nach, diesen Anschlag verzögert.

Die Schanze, Friderich Heinrich, Lillo und die Kreuzschanze werden von den Franzosen erobert.

Gleichwohl befand der Graf von Löwendal dienlich, noch vor dem Ende des Herbstmonats, die zur rechten Seite der Schelde liegende Schanze Friderich Heinrich zu belagern. Sie vertheidigte sich bis zum 7ten des Weinmonats, da die Besatzung sich zu Kriegsgefangenen ergeben mußte x). Lillo, welches von neuem heftiger, als zuvor angegriffen ward, ging am 12ten mittelst eines Vergleich über. Der Befehlshaber dieser Festung, Evert Johann de Vassy, hatte sich, am 30sten des Herbstmonats, nach der Schanze Friderich Heinrich ergeben, und ward, als er nur eben daselbst angekommen war, durch eine Canonenflugel getödtet y). Die Besatzung zu Lillo ergab sich auch zu Kriegsgefangenen; aber sie bestand nur aus vierzig Mann, weil die übrigen sich in die Kreuzschanze gezogen hatten, welche jedoch, gleich hernach, nebst ihrem Befehlshaber, dem General-Major Thierry, gleichfalls in die Kriegsgefangenschaft geriethen. Mit diesen Eroberungen ward der Feldzug beschloffen. Zwischen den Armeen war, nach dem Treffen bey Lafeld, nichts wichtiges vorgefallen. Nur hatten die Truppen des Staats Wouwe besetzt, nachdem es von den Franzosen verlassen worden war. Hiedurch ward die Zufuhr nach Bergen op Zoom gehindert; wohin auch zu Wasser nichts gebracht werden konnte, weil die vereinigten Englischen und Niederländischen Geschwader die Schelde gesperrt hielten. Die Französische Armee bezog die Winterquartiere, theils in dem eroberten Flandern des Staats, und theils an der Ober-Maas, auf den Grenzen von Champagne. Die vereinigten Truppen nahmen die übrigen in Seeland, Mastricht, Herzogenbusch, in dem Stifte Lüttich und in den Herzogthümern Luxemburg und Limburg. Ein kleiner Theil ward auch in das Erzstift Trier gelegt z).

XXV.

Anruhen unter dem Volke in den Städten.

Die Eroberung von Bergen op Zoom hatte unterdessen, so bald die Nachricht davon eingelaufen war, eine schreckliche Besürzung unter dem Volke, in verschiedenen Landschaften, und besonders in Holland und Seeland verursacht a), aus welcher letzteren

w) Artikel, worüber der Baron von Cronjstom am 22, 23, 24 u. 27 Jan. und am 3, 4, 5 u. 6 Febr. 1749. verhöret werden. MSS. und andere geschriebne Ilkunden.

x) Notul. Zeel. 9 Oct. 1747. bl. 794.

y) Notul. Zeel. 5 Oct. 1747. bl. 787.

z) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 204.

a) Schreiben der Staaten von Seeland vom 19 Oct. 1747.



ren verschiedene Einwohner und einige Obrigkeiten selbst sich anders wohin begaben b). 1747.  
 Die Gerichte von einer Verrätherey lebten wieder auf, und wurden so wohl iſo, als bey ten, auf die  
 Gelegenheit der eroberten Festungen in Flandern, von Leuten, denen solches am wenig- Nachricht  
 ſten anständig war, unterhalten. Das gemeine Volk unter den Reformirten war, hier von der Ero-  
 zu Lande, schon seit einiger Zeit, gegen die Römischkatholischen, unter welchen vielleicht bung von  
 einer oder der andere, aus Unverstände, sich, bey Gelegenheit des Einfalles in das dem Bergen op  
 Staate gehörige Flandern, Worte hatte entfallen lassen, die eine Neigung zu den Fran- Zoom.  
 zosen anzeigten, sehr aufgebracht, und hatte bereits zuvor, zu Harlem, zu Amsterdam  
 und an andern Orten, einigen Katholiken, mit oder ohne Ursache, hart begegnet. Allein  
 die Zeitung von der Eroberung der Stadt Bergen op Zoom brachte viele von dieser Re-  
 ligion, von welchen der Pöbel glaubete, daß sie sich über dieses Unglück gefreuet hätten, in  
 neue Ungelegenheit. Zu Utrecht, zu Deventer und Gröningen wurden viele Gewalt-  
 thätigkeiten in den Häusern der Katholiken verübt. Zu Amsterdam ward, am 18ten des Verschiedene  
 Herbstmonats, das Haus einer katholischen Frau auf dem Latlemerdamme geplündert. Häuser der  
 Man streuete aus, daß sie übel von dem Prinzen gesprochen hätte, wovon jedoch nichts Römischka-  
 bewiesen worden ist. In dem Haag ward die Wohnung eines Perückenmachers, der, tholischen  
 wie man sagte, sich über den Verlust von Bergen op Zoom fröhlich bezeigt hatte, nicht werden ge-  
 nur geplündert, sondern auch zum Theile niedergerissen, ohne daß sich der Pöbel durch die plündert.  
 Soldaten, die mittlerweile in die Waffen gekommen waren, Einhalt thun ließe. Das  
 Haus eines Schneiders erfuhr, am folgenden Tage, ein gleiches Schicksal. In andern  
 Städten wurden eben solche Bewegungen verspüret. Der Prinz und der Hof von Hol-  
 land verboten sie durch eine ernstliche Verordnung vom 22sten. In Amsterdam machte  
 man auch verschiedene Verfügungen dagegen; welches auch an andern Orten, mittelst  
 dienlicher Anstalten, geschah; und dadurch wurden die Unruhen, wenigstens eine Zeit-  
 lang, gestillet.

Unterdessen hielten einige dafür, daß man, bey Erregung und Unterhaltung sol- Die Stände  
 cher aufrührerischen Bewegungen, eine Absicht auf die Veränderung der Obrigkeiten in den von Holland  
 Städten hätte, welche öfters auf die Bestellung eines Statthalters erfolgt war, und wor- beschließen,  
 nach, wie man glaubete, viele, die gerne Antheil an der Regierung gehabt hätten, auch die Einwoh-  
 iſo ein Verlangen bezeigten. Die Schmähschriften, die sie und da, und selbst in dem Waffeu zu ner in den  
 Haag angeschlagen, und worin vornehme Bedienten des Staats für Schelme und Lan- üben, und die  
 desverräter gescholten wurden, stärketen viele in dieser Vermuthung. Bey Gelegenheit wehrhafte  
 des feindlichen Einfalls in das Gebiete des Staats, und auf den Vorschlag des Prinzen, Mannschaft  
 hatte die hohe Obrigkeit in Holland nöthig erachtet, die wehrhafte Mannschaft in dieser zu lassen,  
 Provinz aufzeichnen zu lassen, damit man sich ihrer im Nothfalle bedienen könnte. Zu-  
 gleich ward befohlen, daß die Bürger in den Städten, und die Einwohner auf dem Lande  
 sich in dem Gebrauche der Waffen üben sollten; welches seitdem allenthalben geschah.  
 In diesen Umständen kamen die Bürger, mehr als gewöhnlich, zusammen. Die Nach-  
 wachen waren auch öfters zahlreicher; und hier ward unter Verständigen und Unverständ-  
 igen manches Gespräche zum Nachtheile der gegenwärtigen Regierung geführt. Der  
 Prinz hatte, entweder zu Erhaltung der Ruhe in den Städten, oder zu andern Absichten,  
 den Vorschlag gethan, und man hatte hierauf in der Versammlung der Holländischen

1747.

und hundert  
Fahnen  
Stadtso-  
lden zu wer-  
ben.

Stände beschloffen, durch die Bürgermeister der besondern Städte in Holland, hundert Fahnen Stadtso-lden, jede Fahne von hundert Mann, anwerben zu lassen, welche, wie die Verordnung lautete, nebst dem ordentlichen Kriegervolke des Staats, zur Sicherheit der Provinz, Dienste thun könnten c). Es wurden auch in kurzem, in den vornehmsten Städten, einige dergleichen Soldaten geworben, aber zusammen nicht über viertausend Mann. In Amsterdam, wo die meisten geworben waren, hatte man nicht mehr als etwas über zwölfhundert Mann im Dienste. Allein sie waren von wenigem Nutzen zu Stillung bürgerlicher Unruhen, die einige unter ihnen vielmehr erregen halfen, als daß sie sich bemühet haben sollten, sie zu hindern oder zu stillen; weswegen die meisten, ob sie gleich vornehmlich bestimmt waren, in die inländischen Städte gelegt zu werden d), in kurzem nach den Grenzen geschickt wurden, bis daß man, im folgenden Jahre, sie alle abbankete.

XXVI.

Der Hollän-  
dische Adel  
erhob den Vor-  
schlag, die  
Statthalter-  
schaft in den  
männ- und  
weiblichen  
Nachkom-  
men des  
Prinzen erb-  
lich zu ma-  
chen.

Die Unruhe, welche der Verlust von Bergen op Zoom verursacht hatte, war noch nicht verschwunden, sondern der Argwohn gegen die gegenwärtige Regierung nahm vielmehr noch immer zu. In diesen Umständen that die Ritterschaft und der Adel einen Vorschlag in der Versammlung der Stände von Holland, der alsbald an das Licht kam, und eine neue Gährung in den Gemüthern vieler Einwohner in den großen Städten verursachte. Die Edlen von Holland stellten nämlich am 7ten des Weinmonats vor, daß sie, nach reifer Betrachtung der Regierungsverfassung dieser Lande, befunden hätten, daß dieselbe unmöglich ohne ein hohes Oberhaupt bestehen könnte; daß der Staat, in Ermangelung desselben, mehr als einmal auf die Spitze seines gänglichen Verderbens gebracht, und aus einer solchen augenscheinlichen Gefahr, bloß durch Bestellung eines Statthalters, General-Capitains und Admirals gerettet worden wäre. Daß der Staat, unter dieser glücklichen Regierungsform, seit seiner ersten Errichtung, an Glück und Ansehen, unter Anführung der Prinzen von Oranien und Nassau, zugenommen hätte; und daß, nachdem einem Abkömmlinge derselben eben dieselben Würden aufgetragen worden, man die guten Wirkungen davon schon augenscheinlich verspürete. Daß wohlgefinnete Obrigkeiten nicht ohne Schrecken an die Verwirrung denken könnten, worin der Staat, aus Mangel eines solchen hohen Oberhaupts, und besonders, wenn in den gegenwärtigen Zeitläuften seiner Hoheit dem Herrn Statthalter, General-Capitain und Admiral etwas menschliches begegnen mögte, gerathen würde. Daß Seine Hoheit bisher zwar mit einem weiblichen, aber nicht mit einem männlichen Erben gesegnet wäre, und der weibliche Erbe noch allein in einer jungen Prinzessinn bestünde; weswegen man geschickte Mittel ergreifen müßte, um die drohenden Unfälle abzuwenden. Daß hiezu nichts anders zu erfinnen wäre, als daß die Würden seiner Hoheit für Dero männliche und weibliche Abkömmlinge, unter solchen Einschränkungen, die mit dem Nutzen des Landes am meisten übereinstimmend geachtet werden mögten, erblich erklärt würden. Daß hieburch die gegenwärtige Regierungsform befestiget, das Vertrauen zwischen seiner Hoheit und den Obrigkeiten, und zwischen den Obrigkeiten unter einander erhalten, und auf einen dauerhaftern Fuß, als jemals, gesetzt werden könnte. Daß sie, Ritterschaft und Adel, daher für höchst nothwendig hielten, daß die Erbstatthaltertschaft und

,,die

c) Resol. Holl. 22, 29 Jul. 5, 18 Aug. 1747.  
bl. 444, 457, 473, 497.

d) Notul. Zeel. 14 Aug. 1747. bl. 675.

„die General-Capitains- und Admiralswürde dieser Provinz Seiner Hoheit und Dero  
 „ehelichen männlichen und weiblichen Abkömmlingen solchergestalt aufgetragen würde,  
 „daß die männlichen Erben allezeit den weiblichen vorgingen, unter der Bedingung, daß  
 „weder die erstern noch die andern die königliche oder kurfürstliche Würde besäßen, und  
 „daß auch die weiblichen Abkömmlinge sich sonst nicht, als mit besonderer Einwilligung  
 „der Staaten, und mit keinem andern Prinzen, als der sich zur wahren christlichen refor-  
 „mirten Religion, so wie dieselbe in den öffentlichen Kirchen dieser Lande gelehrt würde,  
 „bekennete, auch mit keinem Könige oder Kurfürsten, vermählten. Daß, wenn die ge-  
 „dachten Würden auf eine der weiblichen Nachkommen fielen, sie den Titel Gouver-  
 „nante führen, und das Recht haben sollte, einen männlichen Repräsentanten zu er-  
 „nennen, der in ihrem Namen in dem Staatsrathe Sitz haben, und das Amt des Gene-  
 „ral-Capitains und Admirals dieser Provinz versehen könnte; jedoch mit der Bedingung,  
 „daß er sich auch zu der reformirten Religion bekennete, und die königliche oder kurfürst-  
 „liche Würde nicht besäße. Daß im Falle der männliche oder weibliche Abkömmling,  
 „auf welchen die gedachten Würden fallen mögten, noch minderjährig wäre, dieselben  
 „von der Frau Mutter des minderjährigen, unter dem Titel Gouvernante, und mit  
 „den gemeldeten Einschränkungen verwaltet werden; bey ihrem Absterben aber die Staa-  
 „ten eine solche Einrichtung wegen der Vormundschaft machen sollten, als sie es dem Lan-  
 „de am vortheilhaftesten finden würden. Daß endlich die Sache, von wegen Hollands,  
 „in der Versammlung der General-Staaten so einzuleiten wäre, daß von Ihren Hoch-  
 „mogenheiten die erbliche General-Capitains- und Admiralswürde der Vereinigten Nie-  
 „derlande, auf gleichen Fuß den männ- und weiblichen Abkömmlingen Seiner Hoheit  
 „ertheilet würde.“ Weil die Abgeordneten der Städte auf diesen wichtigen Vorschlag  
 mit feinen Befehlen versehen waren, so nahmen sie ihn an, um davon den Stadtober-  
 keiten Bericht abzustatten, und versprachen das Gutachten derselben, in wenigen Tagen  
 bey der Versammlung einzubringen c).

Während den Berathschlagungen der Obrigkeiten, die in einigen Städten länger Bewegungen  
 daureten, als man in dem Haag vermuthet hatte, gab der wichtige Vorschlag der Rit- unter dem  
 terschaft Gelegenheit zu vielen Gesprächen unter dem Volke. Diese wurden durch ver- Volke, bey  
 schiedene Schriften unterhalten, die um diese Zeit herauskamen, und worin man zu bewei- Gelegenheit  
 sen suchte, wie nöthig es wäre, daß man dem Prinzen-Statthalter eine größere Gewalt des Vorschla-  
 gäbe, und besonders, daß die hohen Würden in seinen männlichen und weiblichen Nach- ges der Rit-  
 kommen erblich erklärt würden. Einige wollten so gar, daß man den Prinzen zum Gra- terschaft.  
 fen von Holland erheben sollte. Aber man versicherte, daß er dieses gar nicht verlange-  
 te; ob er gleich den Vorschlag zu der Erbstatthalterschaft, wovon ihm feierlich Nachricht  
 gegeben ward, mit Vergnügen gehört hätte. Man fand hie und da, unter der Bürger-  
 schaft, Leute, welche, um die Einwilligung der Obrigkeiten in diesen Vorschlag zu erlan-  
 gen, bey ihnen öffentlich darum anhielten. Man sprach igo auch vieles in den Städten  
 von zween andern Punkten, nämlich von der Vergebung der kleinen Aemter, und von den  
 Posten, in Ansehung deren der Prinz, wie einige meyneren, Absichten hätte, welche sie  
 zu befördern gut fanden: aber sie thaten es an einigen Orten, auf eine so unbesonnene

1747.

Art, daß der Prinz selbst ihr Betragen mißbilligte. Wir wollen von beiden eine umständlichere Nachricht geben.

XXVII.

Ursprung des Ansehens in einigen Städten, wegen der Aemter und Posten.

Die Vergebung der kleinen Aemter, die in den Städten von den Bürgermeistern geschähe, war, seit langer Zeit, eine Ursache des Mißvergnügens unter dem Volke gewesen, welches sich, zuweilen mit, zuweilen ohne Ursache, einbildete, daß große Mißbräuche dabei vorgingen. Man beschuldigte auch gegenwärtig verschiedene Obrigkeiten, daß sie ungebührliche Vortheile von der Vergebung der Aemter zögen; daß sie dieselben, zum Vortheile ihrer Anverwandten oder anderer, mit großen Jahrgeldern beschwereten, und daß sie solche öfters Fremden gaben, und die Bürger und Bürgerkinder vorbezingen. In einigen Städten ward es auch übel genommen, daß die Obrigkeiten die Aemter für sich selbst behielten, und sie durch andere verwalten ließen, weil sie zu gering waren, um sie in Person zu versehen. Das Postmeisteramt, das einträglichste in den großen Städten, und vornemlich in Amsterdam und in dem Haag, ward gemeiniglich von den Bürgermeistern selbst und von andern vornehmen Obrigkeiten verwaltert, die ansehnliche Einkünfte davon zogen. Allein nicht lange nach der Erhebung des Prinzen zum Statthalter

Verschiedene Städte geben, nach dem Beispiele von dem Haag, ihre Posten dem Prinzen, welcher sie dem Lande überläßt.

Zu Amsterdam macht man Schwierigkeiten dagegen.

Die Posten werden der Stadt überlassen.

von Holland (1), fand der Rath in dem Haag, auf den Vorschlag des Amtmanns, Baron von Wassenaar, für gut, die Postmeisterstellen, die von Zeit zu Zeit erledigt werden würden, und die also, nach der Rechnung, die man davon machte, zusammen sechs und dreyßigtausend Gulden jährlich einbrachten, dem Prinzen aufzutragen, der sie alsbald den Ständen von Holland überließ (2). Dem Beispiele von dem Haag folgten, nach Verlauf dreier Tage, Dordrecht, und hernach die meisten andern Holländischen Städte, jedoch mit diesem Unterschiede, daß die Delster ihre Posten dem Lande, gerade zu, auftrugen (3). Amsterdam allein, wo der Vortheil der Posten jährlich auf zweyhunderttausend Gulden und darüber geschätzt ward, und weit mehr, als in allen den andern Städten zusammen betrug, machte Schwierigkeiten, ein so ansehnliches Einkommen dem Lande oder dem Prinzen zu geben. Man war hier der Meynung, daß die meisten andern Städte Ursache hätten, ein geringes Einkommen abzutreten, wenn Amsterdam ein weit größeres dagegen abträte; aber man hielt zugleich dafür, daß der Vortheil der Stadt ein größeres Gewicht bey den Obrigkeiten haben müßte, als der Vortheil der andern Städte. Ein Theil der Posteinkünfte war, seit einigen Jahren, zu einer Beyhülfe für einige Spitäler in der Stadt angewandt worden, deren Einkünfte zu ihren Ausgaben nicht zureichten. Man hatte auch die Vortheile einiger andern Aemter bereits zu einem gleichen Endzwecke bestimmt. Die Bürgermeister wollten sich also, ob sie gleich von den Gliedern der hohen Regierung inständig ersucht wurden, die Posten, wie andere gethan hatten, dem gemeinen Lande zu überlassen, hiezu nicht entschließen. Das Beispiel des Prinzen, der die ihm gegebenen Posten, so gleich dem Lande abgetreten hatte, schien jedoch so viel bey ihnen zu vermögen, daß sie, noch vor dem Ende des Brachmonats, beschloßen, und dem Rathe der Stadt die Erklärung thaten, „daß sie, für sich selbst, und die übrigen, sich aller von den Postmeistertheilen, die erledigt werden würden, zu erwartenden Vortheile begäben. Nur wäre es bey ihnen in Bedenken gekommen, ob

„sie

(1) Resol. Holl. 21 Jan. 1747. bl. 350.

28 Sept. 1747. bl. 350, 361, 362, 386, 400,

(2) Resol. Holl. 24. 27. 30 Jun. 7, 11 Jul.

407, 642.

(3) Am 20ten des Brachmonats.

„sie dieselben, zum Nachtheile der Cassé und der guten Einwohner der Stadt, dem gemeinen Lande schenken könnten: wenigstens glaubeten sie dieses nicht thun zu können, ohne das Gutachten des achtbaren Rathes hierüber gehört zu haben.“ Der Rath merkte in den Berathschlagungen über den Vortrag der Bürgermeister an, daß die Aemter und Posten, welche die Stadt besaß, ihr allezeit vielen Credit verschaffet hätten, weil von denjenigen, welche der Stadt Geld vorgeschossen hätten, die Einkünfte dieser Aemter als ein Capital, woraus sie ihre vorgeliehenen Gelder allezeit bezahlet erhalten könnten, angesehen worden wäre; daß die Einkünfte der Stadt sich sehr vermindert, und die Ausgaben dagegen sehr vergrößert hätten; so daß die Stadtcassé in die äußerste Verwirrung gerathen müßte, wenn man nicht bey Zeiten Vorsehung dagegen thäte.“ Der Schluß dieser Berathschlagungen war also, „daß man, nach abgestatteter Dankagung an die Bürgermeister, für die großmüthige Abtretung ihrer Vortheile, die Erklärung, wie geschähe, thun sollte, daß der Zustand der Stadtfinanzen nicht gestattete, die Einkünfte der Postmeisterstellen, die mit der Zeit erledigt werden würden, dem gemeinen Lande abzutreten; sondern daß sie zur Beyhülfe der beschwerten Einkünfte der Stadt, und zum Nutzen ihrer guten Bürger und Einwohner angewandt werden sollten h).“

Allein dieser Schluß, welchen die Abgeordneten der Stadt der Versammlung Es wird in der holländischen Stände vorlegten, ward von dem Prinzen und den andern Ständen nicht dem Haag wohl aufgenommen. Man fing an, in den Gesprächen, die wegen der Posten vorfielen, nicht wohl die Beschaffenheit und Herkunft derselben näher zu untersuchen. Viele meyneten, wie man schon vor dreißig Jahren hier zu Lande dafür gehalten hatte i), daß die Posten zu verschiedenen oberherrschastlichen Rechten gehörten, und mit Unrechte von den besondern Städten Meynungen besessen würden. Allein von der Amsterdammischen Regierung ward hingegen angeführt, von der Beschaffenheit der Posten. „daß die Postmeister in dieser Stadt nur als Kaufmannsborhen zu betrachten wären, die allezeit von den Obrigkeiten der Städte, wo sie nöthig wären, bestellt zu werden pflegten.“ Einige fügten hinzu, „daß die Posten, wenn man sie gleich für ein oberherrschastliches Recht hielt, gleichwohl rechtmäßig von den Städten besessen werden könnten, wenn bewiesen würde, daß die hohe landesherrschast ihr Recht dazu den Städten abgetreten hätte. Daß dieses, in Ansehung Amsterdams, Statt fände, weil der Herzog Wilhelm der Sechste, schon im Jahre 1409, die Erklärung gethan hätte, daß alle Aemter und Dienste, die damals von der Stadt vergeben worden, derselben verbleiben sollten k).“ Der Streit wegen der Posten, der Amsterdam allein betraf, ward von beiden Seiten stark in dem Haag getrieben. Allein dasjenige, was man überhaupt gegen die gewöhnliche Art die Aemter zu vergeben einzuwenden hatte, betraf auch andere Städte, und ward, in kurzem, die erste Gelegenheit zu neuen Bewegungen unter dem Volke.

Zu Rotterdam, wo die Leute, nach der Zeitung von dem Verluste der Festung XXVIII. Bergen op Zoom, unruhig gewesen waren, und hie und da Versammlungen gehalten hatten, ging am -ten des Herbstmonats ein Haufen Einwohner nach dem Rathhause, ger zu Rotterdam vermit einer Witschrief an den Rath, worin verlangt ward, „daß die Stadtkämter, die so lange, daß „erledigt alle Aemter

h) Extr. uit de Resol. der Vroedsch. van Amsterd. van 29 Jun. 1747.

i) G.B. LXIX. §. XXXII Th. VII. S. 487.

k) Zie Handv. van Amsterd. bl. 15.

1747.

der Stadt  
öffentlich an  
die meistbie-  
tenden ver-  
kauft werden.

„erlebigt wären, und mit der Zeit erlebigt werden würden, öffentlich auf dem Rathhause  
„an die Meistbietenden, wosern sie von der protestantischen Religion wären, verkauft  
„werden mögen, und zwar mit der Freiheit, die gekauften Aemter geschickten Leuten von  
„eben der Religion zu verpachten. Daß auch die Obrigkeiten, welche besondere Aemter  
„hätten, deren Vortheile sie entbehren könnten, dieselben zum gemeinen Nutzen abtreten  
„mögen, so wie der Prinz, in Ansehung der ihm von verschiedenen Städten geschenkten  
„Posten, gethan hätte.“ Die Regierung fand den Inhalt dieser Bittschrift so unge-  
„reimt, daß sie sie eine geraume Zeit unbeantwortet ließ. Nur hatten die Bürgermeister  
„gesagt, „daß sie dieselbe dem Rathe mittheilen, und den Inhalt mit Seiner Hoheit über-  
„legen wollten.“ Die Gemeinde, oder vielmehr der kleine Theil der Gemeinde, der die  
Bittschrift übergeben hatte, hielt sich einige Wochen still, und wartete auf eine Antwort.  
Mitterweile hatte man den Vorschlag des Abels wegen der Erbstatthaltertschaft in die  
Hände bekommen; und da man keine nähere Antwort auf die übergebene Bittschrift er-  
hielte; so erdrosselte man sich, unter dem Deckmantel des Eifers für den Prinzen von  
Oranien, eine andere zu übergeben, welche, in Ansehung der Schreibart und Sachen,  
noch weit ausschweifender, als die erste war. Man ging damit, am 6ten des Winter-  
monats, auf das Rathhaus. Sie enthielte ein so genanntes Gesuch, im Namen der  
wohlmeynenden patriotischen Bürgerschaft zu Rotterdam, „1. daß so fort, ohne eini-  
„ge Verweilung oder ferneren Verzug, eine willsfähige Antwort, auf die vorige Bitt-  
„schrift wegen des Verkaufs der Aemter, ertheilet würde, ohne darin einige Einschränkun-  
„gen zu machen, ausgenommen, daß Niemand mehr als ein Amt, das jährlich über drey-  
„hundert Gulden einbrächte, sollte kaufen können. 2. Daß, ohne den geringsten Ver-  
„zug, die Drangefasne auf dem Rathhause aufgesteckt, und 3. gleich hernach, auf die  
„gewöhnliche Weise abgekündigt werden mögte, daß der Rath in das Gesuch, wegen des  
„Verkaufs der Aemter, gewilligte hätte. 4. Daß die Einwilligung, in dasjenige, was in  
„der Bittschrift verlangt wäre, von allen Rathsgliedern unterzeichnet würde, mit dem  
„Zusatz, daß die von den verkauften Aemtern einkommenden Gelder so gleich nach dem  
„Zugang in die Landschaft geliefert; oder falls die andern Städte nicht in einen dergleichen  
„Verkauf der Aemter willigten, die gedachten Gelder, bis auf weitere Verfügung, in  
„der Wechselbank der Stadt verwahrt und angewandt werden sollten, um der Bürger-  
„schaft eine Erleichterung in der Haussteuer zu verschaffen. 5. Daß seine Hoheit, der  
„Prinz, in alle Würden, die seine Vorfahren jemals bekleidet hätten, eingesetzt, und daß  
„diese Würden in seinen männ- und weiblichen Nachkommen, zufolge dem Vorschlage  
„der Edlen, erblich erklärt würden; und 7. daß der Rath bewirken mögte, daß aller  
„Handel mit Frankreich, und der von Frankreich der Königin von Ungarn abge-  
„nommenen Länder verboten würde.

Der Rath  
willigt, durch  
Zwang,  
darin.

Die Bürgermeister empfingen und lasen diese grobe Bittschrift, mit großem Un-  
willen. Sie schien in der That abgefaßt zu seyn, um sie der Regierung überdrüssig zu  
machen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß einige diese Absicht dabey gehabt haben.  
Man fürchtete sich jedoch so sehr vor einem Aufruhr unter dem Volke, daß man gleich be-  
schloß, die Einwilligung in den Verkauf aller Stadträmer, zum Vortheile des gemeinen  
Landes, abkündigen zu lassen. Das Volk schien mit dieser Abkündigung sehr zufrieden.

Der Prinz  
erklärt die er-

Allein zween der regierenden Bürgermeister reisten alsbald nach dem Haag, und machten  
dem Prinzen einen solchen Bericht von dem geschehenen, daß er die Herren, Friederich  
Henrich,



Henrich, Baron von Wassenaar, Herrn von beiden Ratwyken, und Arend Henrich van der Dussen, Bürgermeister zu Delft, nach Rotterdam sandte, und, in seinem Namen, folgende Abkündigung thun ließ: „Seine Hoheit hätte mit dem äußersten Missergnügen vernommen, daß einige Bürger und Einwohner zu Rotterdam, welche im Herbstmonate, eine Bittschrift wegen der Aemter übergeben hätten, die nicht von der Hand gewiesen wäre, während den Berathschlagungen über eine Sache von so vieler Wichtigkeit, sich nicht gescheuet hätten; unlängst, mit Hintansetzung der ihrer rechtmäßigen Obrigkeit schuldigen Ehrerbietung und Gehorsams, eine neue so wohl dem Inhalt nach ungereimte, als in den Ausdrücken ungebührliche Bittschrift einzureichen, und darin zu verlangen, daß die Regierung so gleich, ohne einigen Verzug, in ihr Gesuch willigte, und die Einwilligung öffentlich abkündigen ließe. Daß sie überdem aufrührerische Versammlungen angestellet, und den Rath, durch weitgehende Bedrohungen, gezwungen hätten, ihrem Verlangen Genüge zu thun. Daß Seine Hoheit Willens wäre, nebst dem Rathe von Rotterdam, die geschicktesten Mittel in Erwägung zu ziehen, wodurch die, in Ansehung der Aemter, eingeschlichenen Mißbräuche abgestellt werden könnten: aber daß die heilsame Absicht, die man hiebey hätte, nicht durch den Verkauf der Aemter an den Meistbietenden erreicht werden könnte, und daß es überdem mit solchen ungeziemenden Unternehmungen, womit man dem Rathe zu Rotterdam die Einwilligung in den Verkauf der Aemter abgedrungen hätte, abgesehen wäre, der rechtmäßigen Obrigkeit das Ruder der Regierung aus den Händen zu winden, und den Staat in die äußerste Verwirrung zu setzen, welche denselben den feindlichen Anfallen von außen, zum Untergange der Freyheit und Religion, bloßstellen müßte. Daß Seine Hoheit daher gerathen fände, die erzwungene Einwilligung in den Verkauf der Aemter für nichtig und ungültig zu erklären, und zugleich allen Bürgern und Einwohnern zu verbieten, die über sie gesetzte Obrigkeit oder Regenten mit Worten oder Thaten, auf einige Weise zu beleidigen, vielweniger ihnen in der Verwaltung der Sachen Gesetze zu geben, sie zu zwingen oder in ihren freyen Berathschlagungen zu stören; und dies unter der Bedrohung, sonst als Störer der gemeinen Ruhe gestraft zu werden 1).“ So bald diese Abkündigung geschehen war, verspürte man ein allgemeines Vergnügen in den Gesichtern fast des größten und vornehmsten Theils der Einwohner. Aber die Beförderer und Uebergeber Missergnügen der letzten Bittschrift waren äußerst bestürzt und missergnügt. Es verdroß sie nicht wenig, daß sie, welche sich, ihrer Meynung nach, besonders in dem Eifer für den Prinzen hervorgethan, von dem Prinzen selbst schuldig befunden wurden. Ja man hat mich versichern wollen, daß einige, nach geschehener Abkündigung, ihre Orangeschleife von dem Hute gerissen, und Oranje onder! geschrien, andere aber gesagt hätten: Meynt der Prinz uns, die wir ihn zum Statthalter gemacht haben, zu zwingen; so soll es nun noch anders gehen. Dies ist gewiß, daß ein Kuchenbecker, Lorenz van der Einige Bürger genannt, und drey andere Bürger, welche die erste Bittschrift befördert hatten, umgerathen diese Zeit, eine Schrift herausgegeben, und darin die Erklärung gethan haben, daß sie sich, daß sie an der zweiten Bittschrift keinen Theil gehabt hätten, noch haben wollten. Sie erzählten zugleich, daß sie, von Zeit zu Zeit, von dem Missergnügen ihrer Mitbürger über die Verzögerung des Rathschlusses, Seiner Durchl. Hoheit und Dero Ministern Bittschrift, Nachricht gehabt haben.

1) Resol. Holl. 11 Nov. 1747. bl. 752.

1747.

„Nachricht gegeben hätten. Daß sie, unter andern, am 3ten des Wintermonats, sich zu dem Baron von Grovestins verfügten, und, da sie von ihm an den Herrn Secretär „de Vak gewiesen wären, diesem ihre Furcht vor einem Aufruhr zu erkennen gegeben „hätten.“ In der That war van der Meer, der ziemlich bereit war, an dem Hofe nicht gänzlich unbekannt: so wie, um diese Zeit, und hernach, viele Bürger der besondern Städte, die ihren eigenen Vortheil oder die Abstellung gemeiner Mißbräuche suchten, sich Mühe gaben, bey Hofe Gehör zu finden; welches einigen gelungen ist. Die am 10ten zu Rotterdam im Namen des Prinzen geschehene Abkündigung stellte in dieser Stadt nicht allein die Ruhe wieder her, sondern hatte auch einen Einfluß auf ähnliche

Bewegungen in anderen Städten. Zu Harlem war man, unter andern, auch geschäftig, eine Bittschrift wegen der Aemter von der Bürgerschaft unterzeichnen zu lassen. Allein man unterließ es, so bald man gehört hatte, was zu Rotterdam vorgegangen war. und zu Gouda. Zu Gouda war am 28sten des Weinmonats schon eine Bittschrift übergeben worden, worin man allein den Verkauf der Aemter, zum Vortheil des gemeinen Landes, verlangt hatte. Der Schultheiß, Cornelius Meering, war der erste gewesen, der diese Bittschrift unterzeichnet hatte. Allein man drang nicht auf die Einwilligung, so bald die Abkündigung des Prinzen zu Rotterdam, in dieser Stadt bekannt geworden war. Ja einige der Unterzeichner, bis zu Zwölfen an der Zahl, verlangten, daß ihre Namen unter der Bittschrift ausgestrichen werden mögten; welches der Rath ihnen, am 4ten des Christmonats bewilligte.

## XXIX.

Zu Amsterdam wird auch ein Entwurf zu einer Bittschrift gemacht.

In Amsterdam waren, vom Anfange des Wintermonats an, die Vorbereitungen zu einem großen Aufruhr gemacht worden. Man hatte hier, auch schon eher, ein Mißvergnügen über den Punkt der Aemter zu erregen gesucht; und hiezu halfen nicht wenig die wöchentlichen Blätter des bekannten Jean Roussier m), die in Französischer und Niederländischer Sprache heraus kamen, und worin wider die ungebührlichen Vortheile, welche die Bürgermeister der Städte aus dem Verkaufe der Aemter, wie gesagt ward, zogen, sehr heftig geschrieben ward. Einige in dieser Stadt meyneten auch, daß die Posten nicht der Stadt, wie unlängst geschehen war, sondern dem gemeinen Lande hätten überlassen werden müssen. Hiezu kam die Sache der Erbstatthalterschaft, woben die von Amsterdam die größten Schwierigkeiten gemacht hatten, obgleich die meisten andern Städte, denen Harlem vorgegangen war, sehr bald in den Vorschlag des Abels, so wie er gethan war, gewilligt hatten. Ein Porcelanhändler, Namens Daniel Raap, hatte hierauf, entweder auf Anstiften anderer, oder, wie er vorgab, aus eigener Bewegung, und nach dem Beispiele der Bürgerschaft zu Rotterdam, eine Bittschrift an den Stadtrath entworfen, oder vielleicht von andern bekommen, worin verlangt ward: „1. daß die Statthalter - General - Capitains - und Admiralswürde in den männlichen und „weiblichen Nachkommen Seiner Hoheit erblich erklärt würde; 2. daß die Aemter, welche erledigt werden würden, hinsühro an die Meistbietenden, zum Vortheile des Landes „verkauft; 3. daß die Bürgerhauptleute nicht aus dem Rathe, sondern aus der Bürgerschaft gewählt, und 4. daß die Gilden wieder in ihre alten Vorrechte eingesetzt werden „mögten.“ Er gab sich hernach, während einigen Wochen, viele Mühe, Unterzeichner zu dieser Bittschrift zusammen zu bringen; welches ihm aber nicht recht gelingen wollte;

66

ob er gleich bey der Bürgerschaft damit vornemlich Beyfall zu finden meynete, weil er derselben zu der Wiederherstellung ihrer Gilderechte Hoffnung machte. Ueberdem hatte er auch eine kurze Schrift zum Druck befördert, worin die erste Bittschrift der Rotterdammer vertheidiget ward. Allein diese Mittel thaten bey dem Volke keine Wirkung, und wurden theils auch durch einige Schriften kraftlos gemacht, die von Seiten des Rathes an das Licht kamen, und worin die Schändlichkeit des Verkaufs der Aemter bewiesen, und aus der ersten Errichtung der Bürgerfahnen gezeigt ward, daß man von alters her die Hauptleute aus dem Rathe gewählt habe. Man sann demnach auf andere Erfindungen, wodurch größere Bewegungen verursacht wurden. Am 6ten oder 7ten des Wintermonats fand man, an verschiedenen Orten der Stadt, Zettel angeschlagen, „worin alle Man ladet  
„wohlgefennete Bürger und Patrioten eingeladen wurden, auf den Damm zu kommen, das Volk auf  
„und die Bürgermeister zu ersuchen, daß sie Seine Hoheit zum Erbstatthalter, wie an den Damm  
„diese Städte bereits gethan hätten, erklären; daß sie die Posten dem Prinzen geben; ein.  
„daß sie in den Verkauf der Aemter, wie zu Rotterdam gebeten wäre, willigen, und  
„daß sie künftig die Hauptleute aus der Bürgerschaft, nicht aus dem Rathe, wählen lassen  
„möchten: in Ansehung welches Gesuchs die Bürger, wie man hoffte, das ihrige gebüh-  
„rend thun würden, damit ihnen von andern Städten nicht vorgeworfen werden mögte,  
„daß sie feige Leute wären, die sich nicht unterstützten, von ihrer Obrigkeit etwas zu for-  
„dern.“ Unter diesen Zetteln, oder einigen derselben las man, „daß derjenige, welcher  
„sie abreißen würde, nicht ungestraft bleiben sollte.“ In einigen sollen auch „die Ein-  
„wohner ersucht worden seyn, gewaffnet und mit Drangeschleifen geziert auf den Damm  
„zu kommen.“ Das Anschlagen dieser Zettel erweckte Unruhe bey vielen, und selbst bey  
den Obrigkeiten, die nicht begreifen konnten, was man hiebey für Absichten hätte. Man Argwohnt auf  
sand in diesen Zetteln drey Punkte von den vierten, die in der Bittschrift stunden, womit den Porcelan-  
Raap herumgelaufen war, und kam daher auf die Vermuthung, daß die Zettel vielleicht händler  
durch sein Mitwirken, angeschlagen seyn mögten. Andere aber, welche betrachteten, daß  
darin nichts von den Gilderechten erwähnt, und dagegen dasjenige, was in andern Städ-  
ten, besonders in Rotterdam, geschehen war, angeführt wurde, gerietßen auf die Gedan-  
ken, daß vielleicht ein Rotterdammer, und wohl gar der Kuchenbecker van der Meer,  
der zuweilen nach Amsterdam kam, an der Ausstreuung dieser Zettel Theil gehabt haben  
mögte. Aber hievon hatte man keine Gewissheit. Raap mißbilligte auch das Anschla-  
gen der Zettel öffentlich, und versicherte, daß er damit nichts zu thun gehabt hätte; ob er  
gleich, als er am 8ten zu einem der Bürgermeister gerufen worden, eingestund, daß er  
eine Bittschrift herum getragen hätte, worin der Verkauf der Aemter verlangt wäre.  
Man wollte nun auch von ihm wissen, wer diese Bittschrift unterzeichnet hätte, und  
wie groß die Anzahl der Unterzeichner sey? Aber hierauf weigerte er sich zu antwor-  
ten. Man deutete ihm also an, die Bittschrift nicht weiter herum zu tragen, und  
noch weniger, sie den Bürgermeistern zu überreichen; und ließ ihn damit gehen.  
Den folgenden Tag kam eine mäßige Anzahl Leute auf dem Damme zusammen;  
doch waren es meistens nur Neugierige, und wenige darunter mit Drangeschleifen ge-  
zieret. Raap befand sich, in dieser Gegend, in einem Cofeehause. Es wärtte bis über  
den Mittag, ehe etwas vorfiel. Man war igo auf dem Rathhause, so wie an verschiede-  
nen Orten der Stadt, mit der Einnahme des ersten Termins der freywilligen Gabe be-  
schäftiget, wovon wir in dem folgenden Buche nähere Erwähnung thun werden. Die

1747.  
Auführer:  
scher Einsall  
in das Rath-  
haus.

Bürgermeisterstube ward hiezu gebraucht; aber die Geber kamen in dem Nebenzimmer zusammen, und warteten daselbst auf ihre Abfertigung. Um halb ein Uhr entstand unter diesen einiges Gemurre, und einige droheten, gleich als wenn das lange Warten sie verdrösse, in die Bürgermeisterstube einzudringen. Zugleich liefen einige Jungen, die vor dem Rathhause Oranje boven! gerufen hatten, die Treppe hinauf. Man hielt den wüsten Haufen einige Zeit von der Bürgermeisterstube ab, während welcher die zur Einnahme der freywilligen Gabe bestellten Commissarien die Kasten verschlossen, die Briefschaften wegschafften, und sich durch eine Seitenthüre davon machten. Allein der Pöbel und die Jungen drangen endlich zur Thüre ein, da denn die Tintenfässer, und alles was los war, umgeworfen wurden. Die Fenster auf der Vorderseite wurden aufgestoßen. Man steckte einen Kehrbesenstiel heraus, woran ein Drangeband gebunden war, und zeigte, zum Spott, die Rüfen, worauf das Stadtwapen gestickt war. Der Bürgermeister Geelwink, der einzige der regierenden Bürgermeister, der diesen Morgen auf dem Rathhause erschienen war, hatte dasselbe schon, ehe noch einige Ausschweifungen verübet waren, verlassen: er kam aber, auf die Nachricht von den geschehenen Gewaltthätigkeiten, nach Mittage wieder dahin, um weitere Verfügungen zu machen. Einigen Rathsbedienden war es inzwischen gelungen, den Pöbel aus der Bürgermeisterstube zu bringen, und die Thüre zu verschließen. Sie ward aber, nach einigen Augenblicken, wieder mit einer Bank aufgestoßen. Ein Zimmermann, Namens Wilhelm van Nes, welcher beschuldigt worden, daß er hiezu Rath und Beystand geleistet hätte, und etwas hernach in das Gefängniß gerathen war, würde, wie man meynte, den Kopf darüber verlohren haben, wosern der Prinz nicht, auf geschehene Fürbitte, das Urtheil erst aufschieben lassen, und hernach das gerichtliche Verfahren wider ihn gänzlich aufgehoben hätte. Dennoch ward er, im Frühlinge des Jahrs 1748, von den Bürgermeistern, ohne weitere Umstände, aus der Stadt verwiesen. So bald unterdessen der Pöbel die Bürgermeisterstube wieder eingenommen hatte, wurden die Fenster zum andern Male mit großem Lärmen geöffnet. Einige rennten, auf ein falsches Gerüchte, daß vier von ihnen hinten weggeführt wären, nach dem Gefängnisse, welches hier die Doeyen, d. i. Fessel, genannt wird, stießen auf die Thüre, und verlangten, daß man ihnen ihre Gefährten herausgäbe. Allein vor halb zwey Uhr kam die Bürgercompagnie des Hauptmanns Abraham Schreierberg, der, weil er einer von den Commissarien zu Einnahme der freywilligen Gabe war, kurz zuvor das Rathhaus verlassen hatte, in die Waffen, und trieb den aufrührerischen Haufen mit Drohen und Stoßen, in einem Augenblicke von dem Rathhause. Die Bürger blieben diesen Tag, und einige folgende, im Gewehr. Und obgleich in kurzem von neuem einige Zettel angeschlagen wurden, worin das Volk wieder auf den Damm eingeladen, und dabey gedrohet ward, daß es nun Mannsarbeit seyn sollte, da es zuvor nur Jungensarbeit gewesen wäre; so verursachte doch die gewaffnete Bürgererschaft, die das Rathhaus besetzt hielte, eine solche Furcht bey dem Volke, daß keiner sich unterstund, einige Gewalt zu verüben. Nur ein Torsträger, der zu stark auf die Bürger eindrang, ward in Verhaft genommen, und aus der Stadt gemiesen. Allein den Tag nach dem aufrührerischen Einsalle in das Rathhaus, ging Daniel Raap, mit einigen wenigen seiner Freunde, zu den Bürgermeistern, und bat mündlich um dasjenige, was in seiner Witschrift enthalten war. Man antwortete ihnen, „daß die Herren den „Bürgern alles billige Genügen geben würden:“ womit sie weggingen. Die Abtün-

Die Bürger  
vertraßen die  
Auführer.

digung,

bigung, welche auf Befehl des Prinzen, zu Rotterdam geschehen war, und den folgenden Tag hier bekannt ward, trug ein Großes bey, zu Wiederherstellung der Ruhe unter den wenigen Aufstührern, die sich bisher zu Amsterdam gezeigt hatten. Man hatte auch sechshundert Gulden demjenigen, der die Räubersführer des Aufruhrs anzeigen würde, versprochen, und zugleich alles Zusammenlaufen von mehr als zwölf Personen scharf verboten. Die Witschrist war, wie man mich versichert hat, von einigen, die sie unterzeichnet hatten, dem Bürgermeister Geelvink vorgezeigt worden; und dieser hatte ihnen ihre Unvorsichtigkeit ernstlich verwiesen. Einer von den Beförderern der Witschrist war auch hierauf in solche Furcht gerathen, daß er sich, wie er hernach selbst erzählt hat, so gleich nach dem Haag begeben, und den Prinzen um seinen Schuß ersucht hatte, welcher ihm auch, seinem Berichte nach, verliessen worden war.

Mittlerweile hatte der Prinz den Holländischen Ständen von den Bewegungen, die in einigen Städten, wegen der Aemter entstanden waren, Nachricht gegeben. Sie danketen ihm für seine Aufmerksamkeit und Fürsorge, und erklärten sich einmüthig, daß sie die bey der Vergebung der Aemter eingeschlichenen Mißbräuche abstellen wollten. Es ward auch kurz darauf beschloffen, „1. daß keine Aemter, welche die Städte zu vergeben hätten, künftig anders als solchen, welche sie in Person verwalten könnten, gegeben werden sollten; 2. daß die gemeldeten Aemter, mit keinen Jahrgeldern beschweret, und daß, um dieselben zu erlangen, kein Geld noch Geldeswerth gegeben werden; 3. daß die zween gedachten Punkte als ein beständiges Gesetz gelten, und daß die Vergeber der Aemter, vor dem Antritt ihrer Bedienungen, die Beobachtung desselben eidlich versprechen; und 4. daß, weil man, so viel die Abstellung der Mißbräuche bey den Aemtern beträfe, davon nicht richtig urtheilen könnte, ohne die Beschaffenheit derselben zu kennen, die Bürgermeister der Städte genaue Verzeichnisse aller Aemter verfertigen, und den Ständen einsenden, auch zugleich anzeigen sollten, was dieselben in den fünf letzten Jahren, eines in das andere gerechnet, eingebracht hätten, und mit welchen Jahrgeldern sie beschweret wären n.“ Amsterdam selbst hatte in diesen Schluß gewilliget. Aber Man dringte, in der Versammlung der Stände, vergebens, diese Stadt auch zu Abtretung ihrer Posten an das gemeine Land zu bewegen o). Sie blieb bey ihrer Meynung. Der Aufruhr, welcher unlängst auf und vor dem Rathhause erregt worden, und bey welchem es auch darauf angesehen war, den Rath zu zwingen, daß er hierin dem Beyspiele anderer Städte folgen sollte, war von der Bürgerschaft gestillet worden. Man sah daraus, daß die Bürgerschaft nicht Willens war, den Rath zu Abtretung eines Gutes, welches der Stadt geschenkt war, zu nöthigen. Aber in dem Haag ward den Abgeordneten von Amsterdam noch stark, wegen Abtretung der Posten, zugesetzt. Man sah sich also genöthiget, den Rath, wegen dieses wichtigen Punktes, noch einmal zusammen zu rufen. Dies geschah am 4ten Jenner des folgenden Jahres, und man beschloß, den Ständen die Stadt von Holland die Erklärung thun zu lassen, „daß Bürgermeister und Rath nicht erwarteten hätten, daß man noch länger bey der Stadt anhalten würde, ein Gut dem Lande zu schenken, dessen Erhaltung einen großen Einfluß auf den Handel hätte, und welches man nicht, ohne Nachtheil des Credits und der Einkünfte, verlieren könnte, und daß

§§§ 3

„man

n) Refol. Holl. 31 Nov. 1747. bl. 752. 23 Jan. 1748. bl. 70.

o) Refol. Holl. 28 Sept. 21 Dec. 1747. bl. 642, 921.

1747.

„man überdem, wenn man es weggäbe, ein Recht abtreten würde, welches der Stadt  
 „nicht nur, zufolge den gemeinen Rechten und der Meynung der Stände selbst, gehörte;  
 „sondern welches ihr auch vor mehr als dreyhundert und funfzig Jahren, durch besondere  
 „Privilegien verliehen wäre, und welches sie von dieser Zeit an rechtmäßig besessen hätte,  
 „ohne daß jemals, unter irgend einer Regierungsform darin ein Eingriff geschehen sey.  
 „Daß Bürgermeister und Rath von der Noth des Landes zwar überzeugt, und bereit wa-  
 „ren, ihren Antheil darin zu tragen; aber daß sie hoffeten, man würde ihnen nicht wei-  
 „ter eine Abtretung anmuthen, worin sie, zufolge den Privilegien, welche sie zu erhal-  
 „ten verbunden wären, nicht willigen könnten. Daß sie auch nicht sehen könnten,  
 „wie die Abtretung eines Vortheils, welcher erst über vierzig Jahre, oder später,  
 „einiger Maaßen für das Land wichtig werden könnte, eben igo das Mittel seyn  
 „sollte; dasselbe aus seiner dringenden Noth zu retten; aber daß, wenn man auch  
 „dieses bey Seite setzte, dasjenige, was einige Stände für gut gefunden hätten, ohne  
 „Vorwissen Ihrer Mitstände; zu thun, nachher nicht als ein Zwangsmittel gebraucht  
 „werden könnte, um diese zu etwas dergleichen zu verpflichten. Daß dasjenige, wel-  
 „ches einige Stände abgetreten hätten, von so geringer Erheblichkeit wäre, daß die  
 „Einkünfte der Städte dadurch wenig vermindert werden könnten. Daß der Rath  
 „von Amsterdam sich jedoch um dasjenige nicht bekümmern wollte, was andere  
 „Städte zu thun dienlich fänden; wenn man ihm gleichfalls nur die Einrichtung  
 „seiner Stadtangelegenheiten überliesse. Daß andere Städte vielleicht neue Mittel,  
 „zur Beyhülfe ihrer Cassen, erfinden könnten, aber daß solches in Amsterdam un-  
 „möglich wäre, ohne einem großen Theile der Einwohner den Aufenthalt daselbst un-  
 „erträglich zu machen. Daß sie gerne zugäben, daß der gemeine Vortheil dem be-  
 „sondern vorgehen müßte; weswegen sie das großmüthige Betragen Seiner Hoheit  
 „des Prinzen, welcher die ihm gegebenen Posten dem gemeinen Lande abgetreten  
 „hätte, höchstens gelobet hätten; aber daß sie nicht sehen könnten, wie diese Regel  
 „in dem gegenwärtigen Falle, auf sie angewandt werden könnte, weil die Bürger-  
 „meister, zur Nachahmung des ruhmwürdigen Beyspiels Seiner Hoheit, die Post-  
 „meisterstellen, die künftig erledigt werden würden, so gleich der Stadt überlassen  
 „hätten; wosern man nicht die Regel so weit ausdehnen wollte, daß die Städte  
 „verbunden seyn sollten; ihre besondern Einkünfte dem gemeinen Lande abzutreten;  
 „welches doch gewiß die Absicht der Stände nicht seyn könnte. Daß der Schluß  
 „auch nicht richtig wäre: Wenn die Einkünfte der Posten vormals nicht zur Bey-  
 „hülfe der Stadtcasse gebraucht worden sind, so können sie auch igo nicht dazu ge-  
 „braucht werden; weil die Stadt, seit einigen Jahren, in beträchtliche Schulden  
 „gerathen wäre, und der Schade, welchen sie unlängst gelitten hätte, mit keiner Mil-  
 „lion ersetzt werden könnte; und weil man überdem, wenn man die Posten abträ-  
 „gte, den Einwohnern neue Steuern auflegen müßte, die folglich beschweret werden  
 „würden, um den Einwohnern der andern Städte eine Erleichterung zu verschaffen.  
 „Daß Bürgermeister und Rath endlich nicht wohl einsehen könnten, warum man kei-  
 „ne andern Mittel, dem Lande in seiner dringenden Noth zu helfen, vorschläge, als  
 „die Abtretung der Posten, wovon dasselbe in vielen Jahren noch keinen Nutzen ha-  
 „ben könnte. Daß, wenn man dennoch hierauf, ungeachtet alle Mitstände, nebst Sei-  
 „ner Durchl. Hoheit, die Erhaltung der Privilegien als eine Sache von großer Wichtig-  
 „keit



„seit ansetzen, bestehen wollte, sie genöthiget seyn würden, die Erklärung, wie hiedurch vorläufig geschähe, zu thun, daß es nicht in ihrem Vermögen stünde, die Posten dem gemeinen Lande abzutreten, weil sie sich zu Erhaltung der Privilegien und Rechte der Stadt, durch einen theuren Eid verbunden hätten p).“ Allein diese ernstliche Erklärung verursachte bey den meisten Ständen kein geringes Mißvergnügen. Man glaubt auch, daß einige, die dem Rathe von Amsterdam nicht sehr gewogen waren, sich von nun an vorsetzten hatten, ihn, es koste was es wolle, auf andere Gedanken zu bringen. Aber der Krieg, der noch fortdauerte, und vielleicht auch einige andere Umstände waren Ursache, daß noch verschiedene Monate vergingen, ehe man die Gelegenheit reif erachtete, dieses Vorhaben ins Werk zu richten.

Ob nun gleich die Stadt Amsterdam in ihrer Weigerung beharrte die Posten abzutreten; so hatte sie doch zuletzt in die Erbstatthalterschaft gewilliget. Die Abgeordneten der Stadt hatten hierüber, seit einiger Zeit, mit dem Prinzen Unterhandlungen angefangen, und endlich, mit seiner vollkommenen Zufriedenheit, einen Entwurf gemacht, nach welchem der Schluß der Stände vom 1sten des Wintermonats abgefaßt ward. Durch denselben ward „die Erbstatthalterschaft und General-Capitains- und Admiralswürde von Holland und Westfrisland dem Prinzen dergestalt ertheilet, daß die gedachten Würden, nach seinem Absterben, auf seine ehelichen männlichen Nachkommen fallen sollten. Wenn der Prinz einen Sohn nachließe, der die gedachten Würden bekleiden hätte, und ohne einen Sohn zu hinterlassen gestorben wäre, aber eine Erbtöchter hätte; so sollten diese Erbtöchter und ihre männliche Nachkommen, wosern gar keine männliche Abkömmlinge von dem Prinzen selbst übrig wären, in solchen Würden folgen. Allein in Ermangelung derselben, und im Falle der Prinz verstürbe, ohne männliche Erben nachzulassen, sollten die Würden auf die Prinzessinn Carolina, Seiner Hoheit Tochter, und nach ihrem Absterben auf ihre männliche Erben und fernere männliche Nachkommen fallen. Wenn ferner der Prinz noch eine oder mehrere Töchter nachließe, und die Prinzessinn Carolina, ohne männliche Erben nachzulassen, sterben mögte; so sollten die Würden auf die älteste dieser Töchter, der Prinzessinn Carolina Schwestern, die bey ihrem Absterben am Leben seyn würde, und auf ihre eheliche männliche Abkömmlinge kommen. Aber die gemelbten Würden sollten, weder unter den männlichen, noch unter den weiblichen Nachkommen Seiner Hoheit, auf jemanden fallen, der die königliche oder kurfürstliche Würde besäße. Es sollten auch die vorgedachten männlichen weiblichen Nachkommen sich zu der wahren christlichen reformirten Religion, so wie dieselbe in den öffentlichen Kirchen dieser Lande gelehret würde, bekennen, und, während ihrer Minderjährigkeit, in dieser Provinz auferzogen werden. Ferner sollten die Würden nicht auf den männlichen Erben einer von den weiblichen Nachkommen Seiner Hoheit fallen, wosern dieselbe sich nicht, mit besonderer Einwilligung der Stände, mit einem Prinzen vertheiratet hätte, der sich, vorgedachter Maassen, zu der reformirten Religion bekennete, und nicht die königliche oder kurfürstliche Würde besäße. Die weiblichen Nachkommen des Prinzen sollten die Würden selbst unter dem Titel Gouvernante bekleiden, auch selbst General-Capitain und Admiral seyn, und als solche in allen Collegien, worin die Statthalter gewöhnlicher Weise zu sitzen pflegten, und namentlich in dem Staatsrathe

„und

1747.

„und in den Admiraltätscollegien sitzen: im Falle eines Krieges und bey Errichtung eines  
 „Lagers aber sollten sie die Macht haben, den Ständen einen erfahrenen General über die  
 „Truppen vorzuschlagen, unter der Bedingung, daß dieser sich vorgedachter Maassen zur  
 „reformirten Religion bekennete, die königliche oder kurfürstliche Würde nicht befüße, und  
 „überdem den Staaten angenehm wäre, um, statt ihrer, den Befehl über die Kriegsvöl-  
 „ker zu führen: jedoch sollte dieser General vorher den Eid der Treue den Staaten leisten,  
 „und sich nach der Vorschrift richten, die ihm mitgegeben, und die zu dem Ende von Jh-  
 „ren Hochmögkeiten, mit Ueberlegung der Frau Gouvernante und des Staatsraths,  
 „abgefaßt werden sollte. Wenn endlich die Würden auf einen der männlichen oder weib-  
 „lichen Nachkommen Seiner Hoheit, der noch minderjährig wäre, fielen; sollten diesel-  
 „ben, während der Minderjährigkeit, von der Frau Mutter des minderjährigen, wosern  
 „sie noch am Leben wäre, und so lange sie Witwe bliebe, und sich in den vereinigten  
 „Landschaften aufhielte, als Vormünderin, und unter dem Titel Gouvernante, auf  
 „die vorgedachte Weise, und mit gleicher Gewalt einen General über das Kriegsvolk  
 „zu ernennen, bekleidet werden: in Ermangelung der Mutter des minderjährigen aber,  
 „oder wenn ihre Verwaltung aus einer der vorgemeldeten Ursachen aufhören möchte;  
 „sollten die Staaten, wegen der Vormundschaft, solche Verfügungen machen, als sie es  
 „zum meisten Vortheile des Landes dienlich finden würden.“ Ferner ward beschossen,  
 „dem Prinzen über das vorstehende eine Urkunde, unter dem großen Siegel des Landes, und  
 „bewährte Abschriften davon den bevollmächtigten Räten und den hohen Gerichtshöfen in  
 „Holland zu ertheilen. Man beschloß auch, auf den Vorschlag der Ritterschaft, die Sache  
 „bey den General-Staaten so einzuleiten, daß die erbliche General-Capitains- und Admi-  
 „ralswürde dem Prinzen, unter gleichen Bedingungen, verliehen würde q): gleichwie nach-  
 „her geschah. Der Prinz erschien, bald darauf, in der Versammlung der Stände von  
 „Holland, und dankete ihnen feierlich für die Ertheilung der Erbstatthalterschaft r).

XXXII.

Auf diese Weise ward endlich die wichtige Sache der erblichen Statthalter-  
 General-Capitains- und Admiralswürde so wohl in den weib- als männlichen Nach-  
 kommen des Prinzen in Holland zur Wichtigkeit gebracht, von wannen man auch  
 die Stände von Seeland und Utrecht zu einer gleichen Einrichtung ermahnet hat-  
 te s). In Seeland war der erste Vorschlag dazu von den Städten Vlissingen und  
 Veere, zween Tage nachdem die Ritterschaft von Holland denselben gethan hatte,  
 gegeben. Middelburg und Hierikzee machten, eben so wie Amsterdam in Hol-  
 land, die meisten Schwierigkeiten. Aber alle Glieder der Stände von Seeland  
 folgten Hollands Beispiele t), und die hohen Würden des Prinzen wurden für  
 Prinzen auf seine Nachkommenschaft, am 20ten des Wintermonats erblich erklärt. In verschie-  
 denen Städten in Geldern hatten die Obrigkeiten, auf Anhalten einiger aus der Bürger-  
 schaft, ebenfalls beschlossen, die hohen Würden erblich zu machen. Zu Arnhem hatten  
 einige Bürger eine Bittschrift zu dem Ende übergeben, und als der Rath mit dem Schlusse  
 zauderte, ihn mit Gewalt auf dem Rathhause zu bleiben gezwungen: bey welcher Gelegen-  
 heit

q) Resol. Holl. 16 Nov. 1747. bl. 755.

s) Resol. Holl. 18 Nov. 1747. bl. 768.

r) Resol. Holl. 17, 22, 24 Nov. 1747. bl. 765, 789, 791.

t) Notul. Zeel. g. 23 Okt. 27, 30 Nov. 4 Dec. 1747. bl. 796, 846, 898, 903, 915, 934, 935.

Zeit die Degen, auf beiden Seiten, gezogen, und einige verwundet worden waren. Zu Ni-  
megen hatte man schon zuvor, auf Anhalten einiger Eiferer, in die Erbstatthalterschaft ge-  
williget: aber ehe hier, in der Versammlung der Stände, darüber ein Schluß gefaßt ward,  
sah man gerathen, die Bedingungen, wodurch in der Vorschrift vom Jahre 1722, die  
Statthalterschaft eingeschränket worden war, aufzuheben, und dem Prinzen seine Würde  
auf gleichen Fuß, als Wilhelm der Dritte sie bekleidet hatte, aufzutragen. Hierauf ward  
auch auf dem Landtage beschlossen, die Statthalterschaft erblich zu machen. Im Brach-  
monate war auch von den Ständen von Overyssel, die, wie es schien, zuerst Willens wa-  
ren, den Prinzen durch eine Instruction einzuschränken w), schon festgesetzt worden, daß  
er die Würden, eben so als Wilhelm der Dritte, bekleiden sollte; und bald hernach ward  
der Schluß wegen der Erbstatthalterschaft erst in den besondern Städten, und hernach in  
der Versammlung der Stände gemacht. Auf gleiche Weise lief diese wichtige Sache in  
Utrecht ab v), wo man auch zuvor sehr langsam daran gegangen war den Prinzen als  
Statthaltern, mit eben der Gewalt, welche Wilhelm der Dritte gehabt hatte, zu er-  
kennen. Einer aus den Obrigkeiten der Stadt hatte, bey dieser Gelegenheit, den Vor-  
schlag gethan, daß man die Statthalterschaft erblich in der königlichen Prinzeßinn, Gemah-  
linn des Prinzen, wofern er ohne Nachkommen stürbe, erklären mögte: aber die übrigen  
Rathsglieder waren der Meynung, „daß man hiemit, vorisigo noch, zurückhalten müßte w);“  
und dabey ist es geblieben. Als der Rath zu Briel gehöret hatte, daß die Stände von  
Seeland, ungeachtet der von ihm im Jahre 1674 gethanen Erklärung x), dem Prinzen  
auch die Erbstatthalterschaft über die Stadt Briel und das Land Voorne, gleich als wenn  
sie zu Seeland gehörten, aufgetragen hätten; so klagten sie hierüber bey den Ständen  
von Holland, welche alsbald den von Seeland gegebenen Auftrag, in diesem Punkte,  
für nichtig und ungültig erklärten. Der Prinz ward auch ersucht, die Provinz Holland  
bey ihrem Rechte über Briel und Voorne zu erhalten y). Unterdessen schienen die  
Obrigkeiten der meisten Städte, besonders in den vier Landschaften, welche am längsten  
ohne Statthalter regieret worden waren, sich leichter zu entschließen, den Punkt der Erb-  
statthalterschaft, zur Zufriedenheit des Prinzen, abzuthun; weil sie nach dem Vorschlage  
der Ritterschaft hoffeten, daß das Vertrauen zwischen dem Prinzen und den Obrigkeiten,  
und zwischen den Obrigkeiten unter einander, hiedurch erhalten und befestiget werden würde.  
Aber Frisland und das Land Drente machten, erst im folgenden Jahre, einen Schluß  
wegen der Erbllichkeit der Würden des Prinzen. Gröningen war die letzte unter allen  
Provinzen, welche in die Erbstatthalterschaft willigte. Die Stände dieser Landschaft  
wurden durch einen gewaltigen Aufstand der Bürgerschaft dazu genöthiget: wovon wir in  
dem folgenden Buche Nachricht geben werden.

u) S. oben §. XX. dieses Buchs S. 401.

w) Contra-Prot. van Burgem. H. A. W. r.

v) Resol. Holl. 22 Dec. 1747. bl. 942. 16  
Jan. 1748. bl. 31.

TEWAALL.

x) S. B. LV. §. XI. Th. VI. S. 260, 261.

y) Resol. Holl. 5 Jul. 1748. bl. 545.





Die

## Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Acht und siebenzigstes Buch.

## Inhalt.

- I. Maafregelen wegen Fortsetzung des Krieges. Vertrag zwischen Großbritannien und Russland. Freywillige Gaben werden in Holland bezahlt. In den andern Landschaften. II. Eine nähere Erklärung des Königs von Frankreich wird den General-Staaten übergeben. III. Antwort der Staaten darauf. IV. Die Staaten verbieten die Einfuhr der Französischen Waaren. Aufmunterung zur Kaperey gegen die Franzosen. V. Die Kaiserinn von Russland verspricht Großbritannien und den Staaten sieben und dreyßigtausend Mann Hülfsvölker. Gesandtschaft nach den Höfen von London und Berlin. VI. Heftiger Sturm. Die Schwangerschaft der Prinzessinn von Oranien wird bekannt gemacht. VII. Zustand des Krieges in Italien. VIII. Vergleich zwischen der Kaiserinn, Großbritannien, Sardinien und den Staaten. IX. Anfang der Friedensunterhandlung zu Aachen. Bevollmächtigten auf derselben. X. Eröffnung des Feldzuges in den Niederlanden. Maastricht wird von den Franzosen belagert. XI. Die vorläufigen Friedensartikel werden unterzeichnet. Inhalt derselben. Geheimer Artikel. XII. Rede, die im Namen des Prinzen ausgetrenet wird. Seine Erklärung dagegen. Maastricht geht über. Sonderbarer Umstand bey Abfassung der vorläufigen Artikel. XIII. Der Graf von Bären wird geboren. Getauft. Pachtengeschenke für ihn. XIV. Anschlag, die Regierung in den Provinzen und Städten zu verändern. Unwille wider die Pächter der gemeinen Landeseinkünfte. XV. Aufruhr in Friesland. Abschaffung der Pachten. Die Statthaltererschaft wird daselbst auch in des Prinzen weibliche: Nachkommenschaft erblich erklärt. Die Stände der Landschaft geben dem Prinzen die Gewalt die Regierung einzurichten. XVI. Aufruhr in Groningen und den Ommelanden. Man faßt hier langsam einen Schluß wegen der Erbstatthaltererschaft. Die Stände geben dem Prinzen eine größere Gewalt. Die Pachten werden auch hier abgeschafft. XVII. Unruhen in Drente. In Overijssel. In Geldern. In Utrecht. XVIII. Gewaltige Bewegungen in Holland. Plünderung der Pächterhäuser zu Harlem. Der Rath stellet die Pachten vorläufig ein. Die Stände und die Stadt Harlem lassen gerade widersprechende Verordnungen abtündigen. XIX. Der Pöbel plündert die Häuser der Pächter zu Leiden. Die Pachten werden hier auch eingestellt. XX. In dem Haag werden die Häuser einiger Pächter auch geplündert.

plündert. XXI. Gewaltiger Aufruhr zu Amsterdam. Einige Auführer auf dem Buttermarkt werden erschossen. Der Pöbel plündert auf zwanzig Häuser. Abscheuliche Ausschweifungen. Die Bürgerschaft stillt endlich den Aufruhr. Unglücksfall bey der Hinrichtung zweener Rädelsführer. XXII. Der Prinz schlägt in der Versammlung der Stände von Holland die Abschaffung der Pachten vor. Die Stände beschließen solche. XXIII. Vorschlag des Prinzen zu der Einnahme der Einkünfte, statt der Pachten. Einige Städte finden dabey Schwierigkeiten. Man nimmt denselben mit einigen Veränderungen an. Schwierigkeiten bey der Ausführung. XXIV. Der Prinz übergiebt den Ständen von Holland einen Entwurf einer Kopfsteuer und

einen Plan die verpachteten Einkünfte durch eine Collecte zu heben. XXV. Die Stände beschließen die verpachteten Einkünfte einzusammeln zu lassen. XXVI. Zustand der Friedensunterhandlung zu Aachen. Abrede wegen des Rückzuges der Russischen Hülfstruppen. Der Friede wird unterzeichnet. Inhalt des Vertrages. XXVII. Verschiedene Protestationen auf der Friedensunterhandlung. Der Kurfürst von der Pfalz behauptet, daß Bergen op Zoom nicht von den General - Staaten abhängig sey. Die Staaten widerlegen seine Forderung. Sie treten wieder in den Besitz der ihnen von Frankreich abgenommenen Verter. XXVIII. Betrachtung über den Ausgang des Krieges und die Friedensbedingungen.



Der Französische Einfall in das dem Staate gehörige Flandern und die Erhebung des Prinzen von Oranien zum Statthalter, die darauf gefolget war, hatte eine gewaltige Veränderung in den Maaßregeln der vereinigten Staaten gemacht. Das Verlangen, welches einige nach einem Neutralitätsvertrage mit Frankreich gehabt zu haben schienen, war gänzlich verschwunden. Man war auf nichts mehr bedacht, als sich, mit Hülfe seiner Bundesgenossen, in den Stand zu setzen, den Franzosen, deren Absichten man verdächtig zu halten anfang, das Haupt zu bieten. Man suchte allenthalben die Gelegenheit, neue Bündnisse zu schließen, und Truppen, zu Erfüllung der mit der Kaiserinn - Königin eingegangenen Verbindung, zu erhalten. Allein der Französische Hof hatte Mittel gefunden, die meisten Deutschen und Nordischen Höfe auf seine Seite zu ziehen, oder zu einer Art von Neutralität zu bewegen. Der Russische Hof hatte, aus Besorgniß wegen einer Unternehmung des Königs von Preußen, bisher Schwierigkeiten gemacht, sich, zum Dienste der Kaiserinn - Königin von Kriegsvolke zu entlösen. Man war auch wegen der Hülfsgelder noch nicht einig, welche man der Kaiserinn von Rußland bezahlten, und zu welchen der Staat der Vereinigten Niederlande auch einen Theil beytragen sollte. Man hatte jedoch bisher noch die meiste Hoffnung, den Russischen Hof zu Lieferung einiger Hülfstruppen zu bewegen; weswegen die Unterhandlungen mit demselben fortgesetzt wurden. Der König von Großbritannien hatte, im Brachmona-Vertrag zwische, einen Vertrag mit der Kaiserinn von Rußland geschlossen, wodurch diese sich verbindlich machte, „dreßzigtausend Mann und vierzig bis fünfzig Galeeren, zum Dienste des Königs und seiner Bundesgenossen, bereit zu halten. Jedoch sollten diese Truppen sich nicht auf den Marsch begeben, ehe man sich, wegen der Bedingungen, unter wel-

1747.

I.

weil der  
Fortsetzung  
des Krieges.

1747.

„Wenn dies geschehen sollte, verglichen haben würde. Der König versprach der Kaiserin „eine Geldhülfe von hunderttausend Pfund Sterlings, für das gegenwärtige Jahr, mit dem Vorbehalte, sich bey Zeiten näher zu erklären, wosfern er verlangte, daß diese Truppen auch für das folgende Jahr zu seinem Dienste bereit stehen sollten a).“ Allein die Russischen Truppen, die zufolge dieses Vertrages in Liefland versammelt wurden, konnten den Marsch nicht antreten, ehe man alles, was dazu erfordert ward, eingerichtet hatte.

Freywillige

Gabe wird in  
Holland ge-  
hoben.

Die Staaten der Vereinigten Niederlande, deren Einwilligung hiezu auch gefordert ward, hatten, um ihren Theil zu den Hilfsgeldern, die der Russische Hof verlangte, und um die ferneren Kriegskosten ausfindig zu machen, schon einige Zeit, unter einander, und mit dem Prinzen, wegen eines außerordentlichen Mittels zur Beyhülfe der Landescasse, Berathschlagungen gehalten. Der Prinz war sehr zu Ausschreibung einer freywilligen Gabe geneigt, wozu auch viele Einwohner in Holland Belieben zeigten; und die Stände dieser Landschaft faßten darüber, auf den Vorschlag des Prinzen, im Herbstmonate, einen Schluß b), ehe noch Bergen op Zoom übergangen war. Sie bestimmten die Gabe für diejenigen, die zweytausend Gulden und darüber in Vermögen hatten, auf zwey vom Hundert zum wenigsten, und ließen einem jeden die Freyheit, seine Gabe überdem, nach Gefallen, zu erhöhen. Für diejenige, welche ein bis zweytausend Gulden besaßen, ward die Gabe wenigstens auf eins vom Hundert, und für die andern, deren Vermögen weniger als tausend Gulden betrug, auf so viel gesetzt, als sie selbst billig finden würden, wenn sie wenigstens nur etwas bezahlten. Ein jeder sollte selbst den Ueberschlag seiner Güter machen, aber ehe er die freywillige Gabe einlieferte, eidlich, oder, so viel die Mennonisten betraf, mit wahren Worten versichern, daß er diesen Ueberschlag, nach seinem besten Wissen gemacht hätte. Die Bezahlung sollte, in vier Fristen, geschehen, und das Geld, oder gemünztes Gold oder Silber von den Hebern in Kasten geworfen werden, die eine Oeffnung in dem Deckel hätten, und mit so vielen Schlössern verschlossen seyn sollten, als Commissarien zu der Einnahme an jedem Orte bestellt wären, die also selbst nicht wissen konnten, was von jedem gegeben würde. Professoren, Prediger von allen protestantischen Parteyen und Kriegsleute wurden, so viel die Einkünfte von ihren Bedienungen betraf, mit der Bezahlung dieser freywilligen Gabe verschonet. Die Verordnung wegen derselben war, am 12ten des Herbstmonats gezeichnet, und ward fast zu eben der Zeit, da Bergen op Zoom überging, in Holland abgekündigt. Die meisten Einwohner erlegten die freywillige Gabe mit großer Vereinnlichigkeit, und man hat keine Ursache zu dem Verdachte gehabt, daß viele ihren Eid übel erfüllt hätten. Zu Amsterdam hatten einige Kaufleute und Versicherer (\*), wegen der Ungewißheit ihres Vermögens, Ansichung gethan, ihnen den Eid wegen der freywilligen Gabe zu erlassen; aber es war ihnen abgeschlagen worden c). Der Prinz bewirkte, auf Verlangen der Stände von Holland d), in kurzem, daß von den andern Provinzen, dem Lande Drenthe und den Generalitätslanden eine gleiche freywillige Gabe bezahlet, und also die gemei-

Auch in den  
andern Pro-  
vinzen.

a) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XIX.

c) Resol. Holl. 25 Oct. 1747. bl. 715.

p. 492.

b) Resol. Holl. 10 Aug. 5, 6, 12 Sept. 1747. bl. 483, 537, 551, 578.

d) Resol. Holl. 15, 20 Sept. 31 Oct. 5 Dec. 1747. bl. 598, 615, 727, 829.

(\*) Allécuratores.



ne Last von allen getragen ward. Diese freiwillige Gabe ist hernach auch in dem Niederländischen Ost- und Westindien gehoben worden e).

1747.

Der Eifer der Staaten, des Prinzen - Statthalters und der Einwohner überhaupt zur Rettung und Beschützung des Staats kräftig mitzuwirken, und die Fortsetzung der Unterhandlung in Russland gaben dem Französischen Hofe Anlaß, neue Bemühungen anzuwenden, um diesen Eifer erkalten zu lassen. Der Secretär Chiquet übergab den General - Staaten, am 27sten des Herbstmonats, bald nachdem Bergen op Zoom von Frankreich übergegangen war, ein Schreiben von dem de la Ville, welchem eine Erklärung des Königs beygefügt war, worin es hieß, „daß der König, ungeachtet der in dem Staate vor-  
„gefallenen Veränderung in der Regierung, noch eben die friedfertigen Gesinnungen be-  
„hielte, welche er, vor mehr als fünf Jahren, bezeuget hätte: aber daß das Stillschwei-  
„gen der Staaten auf seine letzte Erklärung vom 17ten April, und die Maassregeln, wel-  
„che sie seitdem beobachtet hätten, fast vermuthen ließen, daß sie den Haß der Fremd-  
„schaft, die Verwüstung ihres Landes der Ruhe der Einwohner, den Betrug der Wahr-  
„heit, und besondere Absichten der gemeinen Wohlfahrt vorzögen. Daß er jedoch sein  
„Urtheil hierüber zurückhalten wollte, ob er sich gleich genöthiget fände, die Quelle zu ver-  
„stopfen, woraus seine Feinde einen mannichfaltigen und weit über die mit dem Staate  
„geschlossenen Verträge gehenden Beystand gezogen hätten. Daß er daher Ihren Hoch-  
„mögensch. noch bekannt machen wollte, daß eben die Ursachen, welche ihn genöthiget hät-  
„ten, seine Truppen in dem Anfange des gegenwärtigen Feldzuges, in das Gebiet des  
„Staats einrücken zu lassen, den General seiner Armeen nöthigen könnten, die Kriegs-  
„verrichtungen fortzusetzen, und seinen Truppen den Unterhalt zu verschaffen. Daß er  
„jedoch ungerne Gewalt gebrauchte, einen Frieden zu erlangen, welchen er allein von  
„einer Mäßigung, die alle Völker mit einander gemein haben sollten, erwartete, und daß  
„er, der mehr durch die gemeinen Drangsalen gerührt, als von der Ausbreitung seiner  
„eigenen Herrschaft eingenommen wäre, in dem ernstlichen Verlangen beharrte, daß die  
„Staaten den Einfluß, den sie auf ihre Bundesgenossen hätten, gebrauchen mögten, um  
„ihnen eine Neigung zu einem allgemeinen Frieden einzufloßen.“

Die Staaten fanden, in dieser Erklärung nichts besonders, als eine Erinnerung an die vorhergehende, die sie nicht beantwortet hatten. Sie beschloßen also endlich, beide  
Erklärungen durch die Abgeordneten zu den auswärtigen Sachen untersuchen zu lassen, Staaten auf  
die davon, nach Verlaufe einiger Wochen, ihren Bericht abstatteten. Man besand hier-  
auf für gut, dem Abte de la Ville auf beide Erklärungen zugleich zu antworten, „daß  
„die Staaten die erste Erklärung bisher nicht beantwortet hätten, weil dieselbe nichts an-  
„ders, als eine Anfündigung des beschlossenen Einfalls in ihr Gebiet enthielte, welcher  
„zu eben der Zeit bewerkstelliget worden wäre. Auf eine solche Erklärung gehörte ge-  
„wiß keine andere Antwort, als der thätige Gebrauch der Mittel, welche sowohl göttliche  
„als menschliche Geseze, bey solcher Gelegenheit, an die Hand gäben. Aber dasjenige,  
„was hernach geschehen wäre, zeigte deutlich, daß der König, unter dem Deckmantel  
„der theuersten Versicherungen der Freundschaft und Achtung vor den Staat, und des  
„Verlangens, den allgemeinen Frieden zu befördern, die Absicht hätte, sich des Staats  
„zu bemächtigen, wie er schon zum Theile gethan hätte, so, daß sie nicht länger ansetzen  
„könnten,

H h 3

1747.

„könnten, ihre Empfindlichkeit über das Unrecht, welches man ihnen und ihren Unterthanen that, zu zeigen. Sie wollten jedoch, ehe sie hiezu schritten, die Ursachen ihres Betragens Seiner Majestät und der unparteyischen Welt vorlegen. Ein jeder wußte, daß die Staaten, die nichts anders als die Erhaltung der Republik und ihrer rechtmäßigen Besitzthümer suchten, und gar nicht verlangten, dieselben, auf anderer Kosten zu vermehren, zu ihrer Sicherheit allezeit Schutzbündnisse mit solchen Mächten, die ihnen am besten bestehen könnten, gemacht hätten. In solcher Absicht hätten sie, lange vor dem Anfange der gegenwärtigen Unruhen, Schutzbündnisse mit dem Hause Oesterreich und mit Großbritannien geschlossen, an deren Erhaltung ihnen wesentlich eben so sehr, als an ihrer eigenen gelegen wäre; und durch diese Bündnisse wären sie verpflichtet, nicht nur im Nothfalle aus allen Kräften Beistand zu leisten, sondern auch wider den angreifenden Theil den Krieg zu erklären. Als Frankreich, nach dem Tode des Kaisers Karls des Sechsten, unter dem Vorwande, dem Hause Bayern beizustehen, beschloßen hätte, das Haus Oesterreich zu Grunde zu richten, oder so klein zu machen, daß es an den Sachen von Europa weiter keinen Theil nehmen sollte, wären sie von der gegenwärtigen Kaiserinn inständig ersucht worden, ihre Verbindungen zu erfüllen. Frankreich aber hätte alles angewandt, um die Staaten von der Erfüllung ihrer Verbindungen abzuhalten, und sie zu einer Neutralität, die sie von ihren Bundesgenossen trennen mußte, zu bereben gesucht. Man wäre, im Jahre 1741, als der gewaltsame Angriff des Hauses Oesterreich angefangen worden, mit einer mächtigen Armee bis auf die Grenzen des Staats gekommen, und hätte denselben gleichsam umzingelt, damit die Staaten hiedurch erschreckt und außer Stand gesetzt werden mögten, sich zu bewegen. In eben der Absicht, den Staat von der Erfüllung der gemachten Verbindungen abzuziehen, hätte man, im Jahre 1742, auch einige Eröffnung von dem Plane des Königs zu Beförderung des Friedens gethan, der jedoch so voll Schwierigkeiten gewesen, daß man ihn nicht hätte annehmen können: weswegen auch, der genommenen Abrede zufolge, den General- Staaten keine Kenntniß davon gegeben wäre; obgleich die Französischen Minister nachher davon viel Wesens, als wenn dies ein augenscheinlicher Beweis von der großen Friedensliebe des Königs wäre, gemacht hätten. Dünkirchen, in Ansehung dessen Großbritannien sich über Frankreichs Nichterfüllung der Verträge beschwerte, wäre um eben diese Zeit, und mit eben der Absicht den Staaten, zum Scheine, zur Verwahrung angeboten worden; weil man wohl versichert gewesen, daß die Staaten, wenn sie diesen Vorschlag annähmen, in dem unthätigen Zustande, worin man sie bisher zu erhalten gesucht hätte, bleiben müßten. Alle diese Bemühungen hätten jedoch die Staaten nicht gehindert, der Königin von Ungarn, zum ersten Male 1743, zufolge den Verträgen, mit Truppen beizustehen. Allein dies wäre ihnen von Frankreich so übel genommen worden, daß sie, in dem folgenden Jahre 1744, die Oesterreichischen Niederlande, die ihnen, zufolge den Verträgen, zu einer Vormauer dienen sollten, und die mit ihren Truppen besetzten Festungen selbst, durch die Waffen des Allerchristlichsten Königs hätten angreifen sehen; da derselbe doch, durch das Bündniß vom Jahre 1717, verbunden gewesen wäre, sie so wohl in diesen als in ihren andern Besitzthümern zu erhalten. Gleich hierauf hätten sie nicht allein die Erklärung gethan, daß sie den Angriff der Oesterreichischen Niederlande eben so als den Angriff ihrer Barriere ansähen, sondern auch Seine Allerchristlichste Majestät davon, durch eine feierliche Gesandtschaft, „aber

„aber vergebens, abzumahnen gesucht. Die Oesterreichischen Niederlande und ihre  
 „ganze Barriere wären von den Französischen Waffen erobert, viele Hauptfestungen dar-  
 „innen geschleift, und die Staaten solchergestalt auf immer, und fast unwiederbringlich,  
 „einer Vormauer, die durch so viel Geld und Blut erworben, und durch die feierlichsten  
 „Verträge bekräftiget wäre, beraubt worden. Hiebey wäre es nicht geblieben, Frank-  
 „reich hätte den in Großbritannien, zum Vortheile des ältesten Sohnes des Präten-  
 „denten, erregten Aufstand befördert, wodurch dieses Königreich nicht nur umgekehret,  
 „sondern auch die Religion und Freyheit des Staats in die größte Gefahr gesetzt worden  
 „seyn würde, wofern derselbe gelungen wäre. Und als die Staaten, zufolge den Verträ-  
 „gen, dem Könige von Großbritannien einige Truppen zu Hülfe schickten, wäre dieses  
 „wiederum von Frankreich, unter dem Vorwande, daß diese Truppen, die in den ero-  
 „berten Städten in Besatzung gestanden hätten, keine Kriegsdienste thun dürften, so übel  
 „genommen worden, daß man hierauf für gut befunden hätte, den Handlungsvertrag vom  
 „Jahre 1739 zu widerrufen und für ungültig zu erklären, auch sich nicht mehr an das  
 „wegen Auswechselung der Gefangenen errichtete Cartel gebunden zu achten. Der König,  
 „der noch immer das Ansehen hätte haben wollen, daß er den Frieden suchte, hätte, im  
 „Jahre 1745, eine allgemeine Versammlung in Vorschlag gebracht. Aber weil die  
 „Staaten überzeugt gewesen wären, daß solche Versammlungen fruchtlos seyn würden,  
 „wenn man nicht vorher über einige vorläufige Artikel einig geworden wäre; so hätten sie  
 „einen andern und bessern Weg erwählt, und von neuem, einen außerordentlichen Gesand-  
 „ten an den König von Frankreich geschickt, nicht, wie man unrecht vorgäbe, mit der  
 „heimlichen Absicht Zeit zu gewinnen, sondern mit einem aufrichtigen Verlangen den Frie-  
 „den zu befördern. Es erfolgte auch aus den harten Bedingungen, die der König den  
 „Staaten und ihren Bundesgenossen vorschreiben wollte, daß es ihm mit der Friedensun-  
 „terhandlung kein Ernst wäre; welches man überdem auch, nachdem die Unterhandlung  
 „nach Breda verlegt worden, daraus deutlich habe abnehmen können, daß Seine Aller-  
 „christlichste Majestät den König von Portugal um seine Vermittelung, um unter dersel-  
 „ben eine andere Versammlung anzufangen, hätte ersuchen lassen, unter dem Vorwande,  
 „daß Ihro Hochmögenden nicht neutral wären, sondern als eine kriegsführende Macht an-  
 „gesehen werden müßten. Frankreich hätte auch die Bevollmächtigten der Höfe von  
 „Wien und Turin, über deren Angelegenheiten doch vornemlich hätte gehandelt werden  
 „müssen, auf der Versammlung nicht zulassen wollen, und, als der Spanische Gesandte  
 „hierum, so wohl für sich selbst als für diese Bevollmächtigten ernstlich angehalten hätte,  
 „die Zusammenkunft plötzlich abgebrochen. So wäre der Zustand der Sachen bis auf  
 „den Zeitpunkt des feindlichen Einfalles in das den Staaten gehörige Glandern gewesen.  
 „Man müßte sich also sehr wundern, daß von Französischer Seite so viel Ruhmens von  
 „der gegen die Staaten bezigten Mäßigung und von des Königs aufrichtigem Verlangen  
 „zu einem allgemeinen Frieden gemacht würde. Man hielt hier im Gegentheil dafür,  
 „daß ein unabhängiger Staat niemals mehr hätte gemißhandelt werden können, als die  
 „Staaten von Frankreich gemißhandelt wären, weil sie sich nicht von ihren Bundesgenos-  
 „sen hätten trennen, und nach Frankreichs Willen, zu ihrem eigenen Nachtheile, richten  
 „wollen. Der hierauf gefolgte Einfall in das Gebiet des Staats müßte als ein klarer  
 „Bundesbruch angesehen werden; weil in dem Bündnisse vom Jahre 1717 versprochen  
 „würde, die Staaten in ihren alten Besitzthümern so wohl als in der Barriere zu erhal-  
 „ten;

1747.

ten; und da keine Kriegserklärung vorhergegangen sey, so müßte dieses Bündniß als noch bestehend betrachtet werden. Vergebens suchte man diesen Einfall durch diese zween Gründe zu rechtfertigen, daß der König sich, wegen der Kriegsumstände, den Besitz der eingenommenen Dörter versichern mußte, und daß die Staaten seinen Feinden eine Zuflucht in ihrem Gebiete verstattet hätten, und denselben überdem, auf allerley Weise, Hülfe leisteten. Denn wenn die erste Ursache gälte, würde ein Einfall in die Länder der seiner Nachbarn allezeit erlaubet, und das Bestreben nach einer allgemeinen Herrschaft auf Recht und Vernunft gegründet seyn; überdem aber wäre keine Nothwendigkeit vorhanden gewesen, zu Bedeckung der Eroberungen des Königs in das dem Staate gehörige Glandern einzufallen, weil in diesem Lande sich kein einziger von des Königs Feinden befände. Was die zweite Ursache betrafte, so hätten die Staaten in dem des Königs Feinden geleisteten Beystande nichts anders gethan, als wozu sie durch die Verträge verbunden gewesen wären. Sie hätten ihren Beystand vermehret, als ihre eigene Barrierr angegriffen worden, und sie hätten ihre Bundsgenossen in ihr Gebiet aufgenommen, um sich selbst zu vertheidigen, und um dasjenige, was ihnen insgesammt abgenommen wäre, wieder zu gewinnen: welches alles ihnen, nach dem Völkerrechte, vollkommen frey stünde. Die Natur der Sache würde dadurch nicht geändert, daß der König befohlen hätte, die strengste Kriegszucht in dem Gebiete des Staats zu halten; daß er die Religion, die Regierung und den Handel nicht stören, sondern vielmehr schützen, und daß er die eingenommenen Plätze als ein anvertrautes Gut ansehen und wieder zurück geben wollte. Der feindliche Einfall selbst wäre der Punkt, worauf es ankäme; und die Ungerechtigkeit desselben würde kaum durch alle die schönen Versprechungen, womit man ihm einen Schein geben wollte, bedeckt. Die Einwohner des Staats brauchten keinen andern Schutz als ihrer hohen Obrigkeit. Welches Vertrauen könnte man auch auf diejenigen setzen, welche die Festungen des Landes, unter dem Vorwande das Vertrauen der Staaten zu suchen, wegnähmen? Man hätte auch in Glandern bereits die Erfahrung von den Plackereien und Erpressungen der Franzosen. Und das Versprechen die eroberten Dörter zurück zu geben, wäre deutlich auf diese beschwerliche Bedingung eingeschränkt, daß die vereinigten Provinzen den Feinden Frankreichs keinerlei Beystand mehr leisten sollten. Man hätte demnach die Erfüllung dieses Versprechens nicht eher zu erwarten, als nachdem die Staaten sich der Erfüllung ihrer Verbindungen begeben haben würden, welches der Gerechtigkeit zuwider wäre. Hierzu hätte man nichts desto weniger die Staaten vorläufig zu bewegen gesucht; und man führte noch eben die Sprache, die man im Anfange geführt hätte, und außer dem drohete man, die Republik zu erobern, wenn sie sich gegen Frankreich hierin nicht gefällig bezeugete. So weit hatte man die Antwort auf Frankreichs erste Erklärung schon fertig gehabt, als der Abt de la Ville den Staaten unvermuthet eine zweite Erklärung hätte übergeben lassen, worin sie aber nichts gefunden hätten, das eine besondere Antwort erforderte. Sie sahen daraus nur, daß Frankreich noch Willens bliebe, auf dieselbe Art fortzufahren, und Gewalt und Feindseligkeiten, unter den alten Versicherungen seines Verlangens zum Frieden, in dem Gebiete des Staats auszuüben. Die Staaten wünschten andere Merkmale dieses Verlangens zu sehen, als Worte. Ihre Bundsgenossen verlangten dieses ebenfalls. Man würde es gerne durch die Erfahrung bewiesen sehen, daß der König mehr durch die gemeinen Drangsalen gerührt, als von der Ausbreitung seiner Herrschaft eingenommen

,, wäre

„wäre. Allein die Merkmale hievon beständen nicht in der Erzwingung eines allgemei-  
 „nen Friedens nach seinem Willen, noch in dem Angriffe eines unschuldigen Staats. Ge-  
 „waltthätigkeiten könnten natürlicher Weise nichts als Gewaltthätigkeiten, und Feindschaft  
 „nichts als Feindschaft hervorbringen. Die Staaten könnten also, da sie durch eine sol-  
 „che Noth gedrückt wären, nichts anders thun, als sich der ihnen von Gott und der Natur  
 „verliehenen Mittel zur Beschügung ihrer Unterthanen, und ihrer Freyheit und Religion,  
 „und was ihnen sonst theuer wäre, bedienen. Sie verließen sich auf die Hülfe des All-  
 „mächtigen, und wollten Gewalt mit Gewalt vertreiben. Sie wären jedoch nicht der  
 „Meynung, mit Seiner Majestät von Frankreich zu brechen, sondern suchten nur dem  
 „Unrechte zu begegnen, welches ihnen und ihren Unterthanen auf eine so empfindliche  
 „Weise zugefügt würde, und blieben unterdessen geneigt, an der Wiederherstellung des  
 „allgemeinen Friedens auf billige Bedingungen zu arbeiten.“

Von dieser Antwort der Staaten, die gleich an das Licht kam, wurden Abdrücke  
 an die auswärtigen Minister, mit dem Befehle gesandt, den Höfen, wo sie sich befänden,  
 vorzustellen, wie viel allen Europäischen Mächten daran gelegen wäre, zu verhindern, daß  
 die verderblichen Grundsätze, nach welchen der Französische Hof handelte, ferner Wurzel  
 schlägen. Es ward auch dem Staatsrathe, den Admiralitäten und den Ost- und West-  
 indischen Gesellschaften die schriftliche Anzeige gethan, daß die Staaten beschloffen hätten,  
 nach den in dieser Antwort enthaltenen Gründen dem Könige von Frankreich und dessen  
 Unterthanen allen möglichen Abbruch zu thun, und daß sie sich hiernach richten sollten f).

Eine solche nachdrückliche Erklärung bewies, daß es den Staaten ein Ernst war, IV.  
 sich, aus allem Vermögen, den feindlichen Absichten des Französischen Hofes zu widersehen. Die Staaten  
 Sie hatten, um hiezu desto besser im Stande zu seyn, schon vor einigen Monaten, die verboten, Kriegsbe-  
 Ausfuhr von allerley Waffen, Geschüze, Kriegsbedürfnissen, Schiffsbauzeuge und Pfer-  
 den verboten, und hiernächst befohlen, den dritten Mann von allen ausfahrenden Schiff-  
 sen, für die zwey ersten Reisen, welche dieselben in dem Jahre thun würden, wegzuneh-  
 men, oder statt dessen vierzig Gulden zu heben. Wenige Wochen nachdem die Antwort führen, und  
 auf die Französischen Erklärungen herausgekommen war, ward die Einführung aller Fran-  
 zösischen Weine, Brandteweine, Zucker, Sirup, Papier und Salzes, durch eine öffent-  
 liche Verordnung scharf verboten. Es ward auch für unerlaubt erklärt, Contrabande-  
 waaren nach Frankreich zu führen; welches besonders zu thun deswegen nöthig geachtet  
 ward, weil die Staaten noch nicht als eine gegen Frankreich offenbar Krieg führende Par-  
 tey angesehen seyn wollten. Aus gleicher Ursache ward den Französischen Kapern unter-  
 sagt, in die Häfen dieser Lande einzulaufen, und den Einwohnern des Staats verboten,  
 den Franzosen Schiffe zu vernichten, und ihre Schiffe und Waaren zu versichern, wo-  
 durch man, während dem Kriege, schon viel gelitten hatte. Zur Aufmunterung der Ka-  
 perey wider die Franzosen wurden danächst beträchtliche Belohnungen denjenigen ver-  
 sprochen, die ein Französisches Kriegsschiff oder einen Kaper erobern oder zu Grunde rich-  
 ten, oder ein Schiff, welches die Franzosen den Einwohnern dieses Staats weggenom-  
 men hätten, wieder abnehmen würden. Die Französischen Rauffahrtenschiffe, welche  
 von Rauffahrern oder Kapern des Staats erobert werden mögten, wurden den Eroberern  
 ganz zugeeignet. Allein diese Aufmunterung hatte die Wirkung nicht, die viele davon  
 erwarteten.

f) Refol. Gener. Mart. 7 Nov. 1747.

1747.

erwarteten. Die Jahreszeit ließ nicht zu, viele Kaper auszurüsten. Die Neigung hiezu ward auch durch die fortgehenden Friedensunterhandlungen gehemmt. Es gingen also nur zween oder drey Kaper in See, die den Franzosen wenigen Schaden thaten. Unterdeß aber wurden verschiedene Holländische Kauffahrer, die auf der Rückreise waren, von den Franzosen weggenommen, und für gute Beute erklärt. Das Verbot, Französische Waaren einzuführen, deren hier zu Lande eine große Menge verbraucht zu werden pflegte, brachte Frankreich weit größern Nachtheil, und trug nicht wenig bey, daß der Französische Hof die Hände zu dem Frieden bot, der in kurzem geschlossen ward.

V.  
Rußland  
verspricht  
Großbri-  
tannien und  
den Staaten  
den dreyßigtau-  
send Mann  
Hülfsvölker.

Allein im Wintermonate bekam man eine Nachricht aus Norden, die noch von stärkerer Wirkung war, um eine Aenderung in Frankreichs Maafregeln hervorzubringen. Der König von Großbritannien und die Staaten der Vereinigten Niederlande waren endlich mit der Kaiserinn von Rußland, wegen Ueberlassung von sieben und dreyßigtausend Mann Russischer Hülfsstruppen einig geworden, welche in verschiedenen Vertheilungen nach den Niederlanden gehen, und davon die erste, noch vor dem Ende des Jahres, aufbrechen sollte. Die Staaten hatten den Herrn von Burma, als ihren außerordentlichen Gesandten, nach dem Hofe von Petersburg abgeschickt, welcher vieles zu Schließung des Vertrages beygetragen hatte. Man war auch, nachdem die Stände von Holland in die Ausschreibung der freywilligen Gabe gewilliget hatten, besser im Stande gewesen, seinen Antheil zu den schweren Hülfsgeldern beizutragen, welche an Rußland bezahlet werden sollten. Sie waren jährlich auf dreyhunderttausend Pfund Sterlings gesetzt, und außerdem noch hundert und fünfzigtausend Reichsthaler, ein für allemal, zu den Unkosten des Marsches versprochen worden; von welchen beiden Summen die Staaten die Hälfte tragen mußten. Der Französische Hof gab sich viele Mühe, den Deutschen Fürsten einen Argwohn gegen den Marsch der Russen beizubringen; und es wurden zu dem Ende Schriften in Deutschland ausgestreuet, aus welchen man deutlich abnehmen konnte, daß dieser Marsch Frankreich sehr zuwider war g). Die Staaten hatten unlängst den Grafen von Bentinck, Herrn von Rhoon und Pendrecht, in außerordentlicher Gesandtschaft, an den Hof von Großbritannien geschickt, und daselbst auch eine Verabredung wegen der Kriegsunternehmungen in dem bevorstehenden Feldzuge getroffen. Etwas hernach sandten sie den Grafen von Gronsfeld-Diepenbroeck nach Berlin, um ihr Betragen gegen Frankreich daselbst zu rechtfertigen, und den König von Preußen, wenn es möglich wäre, näher mit den vereinigten Landschaften zu verbinden h). Alles schickte sich demnach an, Frankreich zu Annehmung billiger Bedingungen, bey dem allgemeinen Friedensschlusse, zu nöthigen.

Gesandt-  
schaft nach  
London und  
Berlin.

VI.  
Heftiger  
Sturm.

Am 12ten des Christmonats entstand, hier zu Lande, ein heftiger Sturm aus Süd- und Nordwesten, wodurch großer Schaden an Häusern und Schiffen, besonders in Holland und Seeland geschah. Der starke Plafregen, mit welchem der Sturm vergesellschaftet war, verursachte auch ein so hohes Wasser in den Strömen, daß die Dämme in Geldern hie und da litten, wovon in einigen Gegenden kleine Ueberschwemmungen entstanden. Während dem Sturm hatte man angemerkt, daß die Ebbe, auf den hiesigen Küsten, beständig, und lang über die gewöhnliche Zeit angehalten hatte.

Vor

g) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.  
p. 134. et suiv.

h) Resol. Holl. 18 Nov. 1747. bl. 766. No-  
tul. Zeel. 5, 7 Dec. 1747. bl. 936, 945.



Vor dem Ende des Jahres machte der Prinz von Oranien, der, im Weinmonate, die Armee, welche in dem der Republik zugehörigen Theile von Brabant stand, besichtigter hatte i), den Ständen von Holland, unter andern, bekannt, daß die Prinzessin, seine Gemahlinn, sich schwanger befände. Die Stände befahlen hierauf, in allen öffentlichen Kirchen Gott zu bitten, „daß er Ihre königliche Hoheit, in ihrem gesegneten Zustande glücklich fortgehen lassen, und ihr, zu seiner Zeit, eine glückliche Entbindung, zum Besten des Landes und der Kirche, und des Durchlauchtigen Hauses Seiner Hoheit verleihen möge k).“

Der Zustand des Krieges in Italien hatte sich, im Anfange des Feldzuges dieses Jahres, zum Vortheile der drey Kronen, Frankreich, Spanien und Sicilien verändert, nachdem Genua die Oesterreichische Besatzung, am Ende des verwichenen Jahres vertrieben hatte. Der Graf von Schulenburg, der den Befehl über die Oesterreichischen Truppen führte, hatte diese Stadt belagert; unterdessen aber bemächtigte sich der Marschall von Bellisle der Inseln St. Margaretha und St. Honorat, auf der Küste von Provence, woran er bisher, durch das Englische Geschwader unter dem Admiral Bing gehindert worden war. Hernach ging er über den Varo, und nöthigte den Grafen von Leucrum, Oberbefehlshabern der Sardinischen Truppen, sich in die Grafschaft Nizza zurückzuziehen. Er eroberte bald darauf die Festung Montalban, und die Städte Villa. Franca und Vintimiglia. Der Zug über den Varo hatte mittlerweile den Grafen von Schulenburg gezwungen, die Belagerung von Genua aufzugeben, und sich nebst seinen Truppen mit der Armee unter dem Könige von Sardinien, welche bey Exilles verschanzt stand, zu vereinigen. Der Marschall von Bellisle entschloß sich hierauf, den König von Sardinien anzugreifen, ehe der Graf von Schulenburg zu ihm stoßen konnte. Er schickte seinen Bruder, den Ritter de Bellisle, mit einigen Truppen dahin, welcher am 17ten des Heumonats die Verschanzungen des Königs angriff, aber mit großem Verluste zurückgeschlagen ward. Der Ritter selbst ward in dem Angriffe getödtet. Die vereinigte Französische und Spanische Armee versah hernach Vintimiglia, welches mit einer Belagerung bedrohet ward, mit Truppen und Kriegs- und andern Bedürfnissen, und eroberte die Schlösser Javatarello und Nebliant. Die rauhe Jahreszeit verhinderte die Fortsetzung des Krieges in Italien. Die Französischen und Spanischen Truppen bezogen die Winterquartiere in Provence und in der Grafschaft Nizza l); die Oesterreichischen und Sardinischen in Piemont und in einigen Plätzen des Staats von Genua. Die Hauptstadt dieses Staats selbst war jedoch, in dem Feldzuge von einer schwerer Belagerung glücklich befreiet worden.

Nach der abgebrochenen Friedensunterhandlung zu Breda hatte man überhaupt wenige Hoffnung von der Versammlung zu Nachen, die langsam eröffnet ward. Man wandte auch den Winter, so wohl bey den Bundsgenossen als dem Französischen Hofe zu, Berathschlagungen wegen des künftigen Feldzuges an. Die Bevollmächtigten der Kaiserinn-Königin, der Könige von Großbritannien und Sardinien und der Generalstaaten trafen, am 27sten Jenner des Jahres 1748, eine Verabredung in dem Haag, welche den Vertrag zwischen der Kaiserinn und den Generalstaaten.

Jil 2

i) Resol. Holl. 18 Oct. 1747. bl. 793.

k) Resol. Holl. 23 Dec. 1747. bl. 950.

l) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom.

III. P. II. p. 150 - 170, 205 - 217. R. ROLT

Represent. of the late War, Vol. IV. p. 455-

471.

1747.

Die Prinzessin von Oranien wird bekannt gemacht.

VII.

Zustand des Krieges in Italien.

VIII.

Vertrag zwischen der Kaiserinn und den Generalstaaten.

1748.

wodurch man sich verbindlich machte, „hundert zwey und neunzigtausend Mann in den Niederlanden in das Feld zu bringen; wozu die Kaiserinn - Königin sechzigtausend, der König von Großbritannien und die Staaten, jeder sechs und sechzigtausend Mann liefern sollten, worunter die sieben und dreyßigtausend fünfhundert Mann Russische Hülfsvölker, die gegen den Frühling in den Niederlanden erwartet wurden, mit begriffen waren. Wegen des Oberbefehls über diese Armee wollte man sich näher vergleichen. Die Staaten sollten die Englische Flotte mit zehn bis zwölf Kriegsschiffen gegen die Franzosen verstärken. In Italien sollte die Kaiserinn - Königin sechzigtausend und der König von Sardinien dreyßigtausend Mann in das Feld stellen. Der König von Großbritannien sollte nicht allein, wie im verwichenen Jahre, dreyßig Kriegsschiffe unterhalten, um die Kriegsunternehmungen auf den Küsten von Frankreich und Italien zu befördern, sondern auch der Kaiserinn - Königin vierhunderttausend, und dem Könige von Sardinien dreyhunderttausend Pfund Sterlings Hülfsgelder bezahlen. Die General - Staaten und der Prinz von Oranien verbanden sich auch alles ihr Ansehen bey den besondern Provinzen anzuwenden, damit dieselben die rückständigen Hülfsgelder, nebst einer von neuem bewilligten Beyhülfe von fünfzigtausend Pfund Sterlings abtragen mögten.“

Diese Verabredung, welche, bald nachdem sie geschlossen war, bekannt gemacht ward, schien, wenn sie bey Zeiten hätte ausgeführt werden können, einen gewaltigen Krieg in den Niederlanden zu verkündigen. In Frankreich waren hiezu auch die nöthigen Anstalten gemacht worden. Der Marschall, Graf von Sachsen, begab sich, zeitig im Frühlinge, zu der Armee in den Niederlanden, um mit dem Grafen von Löwendal, der, nach der Eroberung von Bergen op Zoom, auch zum Marschall von Frankreich erhoben war, wegen der Kriegsunternehmungen des bevorstehenden Feldzuges Rath zu halten. Im Hornung schlossen die Staaten auch einen Vertrag mit dem Herzoge von Braunschweig - Wolfenbüttel, wodurch dieser sich verbindlich machte, ihnen viertausend Mann seiner Truppen zu überlassen m).

## IX.

Anfang der Friedensunterhandlung zu Aachen.

Mittlerweile war die Friedensunterhandlung zu Aachen im Märzmonate angefangen worden. Der König von Frankreich hatte zu seinen Bevollmächtigten auf derselben ernannt den Grafen von St. Severin d'Aragon, und den Herrn de la Porte du Theil; der König von Großbritannien den Grafen von Sandwich und den Ritter Thomas Robinson; die Kaiserinn - Königin den Grafen von Kaunitz - Rietberg; der König von Spanien Don Jacob Nassonas de Lima y Sotomayor, und der König von Sardinien den Ritter Ofsorio und den Grafen von Chavannes; seine Gesandten zu London und in dem Haag. Von wegen der General - Staaten erschienen auf der Versammlung zu Aachen der Graf von Bentinck, Herr von Rhoon und Pendrecht, der Baron von Wassenaar, Herr von beiden Katwycken, Gerard Arnold Hasselaer, Schöppe und Rathsherr zu Amsterdam n), der Baron von Borsselle van der Hooghe, erster Edler von Seeland, und Otto Zwier von Zaren, Abgeordneter von Frisland in den Staatsrath. Der Herzog von Modena sandte den Grafen von Monzone, und die Republik von Genua den Marquis Franz Doria nach Aachen, um

m) Man sehe den Vertrag, der am 1 Febr. 1748. unterzeichnet ward.

n) Refol. Holl. 9. 15 Dec. 1747. bl. 864, 895. 24 Febr. 1748. bl. 225.

um ihre Angelegenheiten auf der Friedensversammlung zu besorgen. Es zeigte sich bald, daß die vornehmsten handelnden Mächte, wie sehr sie sich auch zu Fortsetzung des Krieges zu rüsten schienen, in der That zum Frieden geneigt waren. Niemals hat man sich weniger, bey einer Friedensunterhandlung, mit Einrichtung äußerlicher Dinge aufgehalten, als auf der Versammlung zu Aachen o). Die Bevollmächtigten der Könige von Frankreich und Großbritannien und des Staats wurden auch in kurzer Zeit wegen einiger vorläufigen Artikel einig, worin die andern Mächte alsbald willigten. Der Prinz von Oranien, der, nicht lange nach seiner Erhebung zur Statthalterschaft, von den am 20sten April des verwichenen Jahres zu Breda entworfenen Artikeln p) Nachricht bekommen hatte, war vollkommen überzeugt, daß der Staat den Frieden nöthig hätte, und hielte es genehm, daß diese Artikel, bey der Unterhandlung zu Aachen, zum Grunde gelegt würden.

Allein ehe es so weit kam, war der Feldzug in den Niederlanden eröffnet worden. Die Truppen der vereinigten Armee hatten verschiedne Male Anschläge gemacht, die Zufuhr nach Bergen op Zoom, wo ein großer Mangel war, zu hindern, und die Bedeckungen derselben aufzuheben. Es war ihnen auch dann und wann, wiewohl zuweilen nicht ohne beträchtlichen Verlust, gelungen. Der Marschall von Sachsen unternahm inzwischen etwas von größerer Wichtigkeit. Vor dem Ende des Märzmonats zog er die Französische Armee an der Dyle und Nethe zusammen, und drohte Breda oder Steenbergen zu belagern. Die Truppen, die in den drey Bisthümern überwintert hatten, brachen auch nach Hennegau und Brabant auf: weswegen einige auf die Vermuthung kamen, daß es auf Luxemburg angesetzt wäre. Die vereinigte Armee war unterdessen gleichfalls in das Feld gerückt, und stand in der Gegend von Breda, um diese Stadt und die Grenzen von Holland zu bedecken, als der Marschall von Löwendal sich unvermuthet nach der Maas wandte, und bald hernach, um die Mitte des Aprils, Mastricht belagerte. Der General Chanclos, der sich mit einigen deutschen Truppen bey dieser Stadt befand, ging bey Annäherung der Französischen Armee über den Fluß zurück. Löwendal hatte sich auf der rechten Seite desselben bey Wyt gelagert. Der Marschall von Sachsen war mit dem Groß der Armee in das Städt Lüttich gegangen, und hatte sich, auf der linken Seite der Maas, vor der Stadt gesetzt. Die Laufgraben wurden am 1sten des Abends, auf beiden Seiten, des Flusses, eröffnet. Die Belagerten machten ein so heftiges Feuer auf die Franzosen, daß ihre Arbeit dadurch gehindert ward. Das schlechte Wetter war auch Ursache, daß sie zuerst wenig vorwärts kamen. Die Belagerung ward, dem ungeachtet, nach der Kunst, bis zum 2ten May fortgesetzt, da der Befehlshaber, Baron von Milva, von dem Herzoge von Cumberland, als obersten Feldherrn der vereinigten Armee die Anweisung empfing, die Stadt zu übergeben, wosfern er die gewöhnliche Kriegesohre für die Besatzung erhalten könnte q).

Die Bevollmächtigten der Höfe von Wien, London und Turin und der General-Staaten zu Aachen hatten, schon vor dem Ende des Märzmonats, unter sich ver-

X.  
Eröffnung  
des Feldzuges  
in den Nie-  
derlanden.

Die Franzo-  
sen belagern  
Mastricht.

XI.  
Schwierig-  
keiten bey der  
abredet,

o) Man sehe die Einrichtung des Ceremoniels in dem Europ. Merc. Jan.-Jun. 1748. bl. 241.

p) S. oben B. LXXVII. §. XI. S. 182.

q) R. ROLT Represent. of the late War, Vol. IV. p. 549-553. Memoir pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 219-231.

1748.  
Unter-  
handlung zu  
Aachen.

abredet, daß sie keine besondere Vorschläge thun oder hören, sondern in allem, aus einem Munde sprechen wollten. Der Französische Bevollmächtigte, Graf von St. Severin, schien auch zuerst ungeneigt, die Unterhandlungen anzufangen, ehe die Gesandten von Spanien und Modena angekommen waren. Aus einigen besonderen Gesprächen merkte man, daß der Graf von Kaunitz es ungerne sehen würde, wenn man die Gewährleistung der Staaten des Königs von Preußen übernehmen wollte; wozu der Graf von Sandwich den Antrag gethan hatte. Die Staaten selbst schienen hierin nicht willigen zu wollen, wosern dieser Fürst sich nicht auch, von seiner Seite, zur Gewährleistung ihrer Besitzthümer verbindlich machte. Mit dem Bevollmächtigten von Genua entstand auch ein Streit wegen der Ehrenbezeugungen, die er von den andern Bevollmächtigten verlangte, und worin er, seiner Meynung nach, den Ministern gekrönter Häupter und der Vereinigten Niederlande gleich gehalten werden mußte. Endlich vernahm man zu Aachen am 24sten April, daß die Kaiserinn von Rußland einen Gesandten zu der Friedensunterhandlung abschicken wollte. Es schien daher, daß dieselbe keinen schnellen Fortgang haben würde. Den 23sten hatte der Graf von St. Severin die ausdrückliche Erklärung gethan, daß er die Unterhandlung nicht anfangen würde, so lange der Bevollmächtigte von Genua nicht dahin wäre. Aber kaum zween Tage hernach erklärte er gerade das Gegentheil. Der Graf von Sandwich und einer der Bevollmächtigten des Staats schritten gleich darauf zur Unterhandlung mit ihm, über einige vorläufige Artikel, welche von den Franzosen entworfen, und von dem Prinzen und zween vornehmen Ministern in dem Haag genehmiget waren; und am 30sten war man schon einig, daß diese Artikel, wosern der Graf von Kaunitz, wie auch geschah, sie verwürfe, von den Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und des Staats besonders unterzeichnet werden sollten. Einer der Gesandten des Staats merkte hiebey an, daß diese Artikel, in mehr als einer Betrachtung, nachtheiliger als der vormals zu Breda gemachte Entwurf wären, und machte Schwierigkeiten, sie zu unterzeichnen. Allein das dringende Anhalten des Grafen von Sandwich, die Nachricht, daß die Franzosen Bergen op Zoom, innerhalb drey Tagen schleifen würden, und die Versicherung, daß der Prinz die Artikel genehm hielte, bewog ihn, der Mehrheit beizutreten. Man kam also, noch denselben Abend, um neun Uhr, bey dem Grafen von St. Severin zusammen. Man hatte schon zuvor verlangt, daß der Waffenstillstand, welcher durch die vorläufigen Artikel verabredet war, auch auf die Belagerung von Maastricht ausgedehnet, und dieselbe folglich aufgehoben werden sollte. Allein der Graf von St. Severin hatte sich schlechterdings geweigert, einen Waffenstillstand auf diesen Fuß zu schließen. Er meynete, daß die Belagerung von Maastricht ihren Fortgang haben mußte, ungeachtet man sonst einen Waffenstillstand hätte; und die Bundesgenossen, deren Kriegsmacht in den Niederlanden bey weitem so groß nicht war, als sie, zufolge der im Jenner gemachten Verabredung, seyn sollte, beschloßen, in kurzem, in das zu willigen, was man von Französischer Seite verlangt hatte. Die Engländer und der Staat waren in der That auch durch den Krieg erschöpft. Der Graf von Sandwich, der, wie man mich versichert hat, einmal kein Bedenken trug, zu sagen, „daß er zu Breda befehliget gewesen wäre, nicht zu schließen, sondern die Franzosen, die damals den Frieden suchten, durch Erregung einer „Schwierigkeit über die andere, aufzuhalten,“ erklärte sich nun, daß sein Hof den Krieg nicht länger fortsetzen könnte, und keinen Credit mehr hätte. Was die Franzosen betrifft;

Die vorläufigen Friedensartikel werden unterzeichnet.

trifft; so scheint es, daß die Herannäherung der Russen und Schweizer, und die Gelegenheit, Cap Breton zurück zu bekommen, sie in den friedfertigen Gedanken, die sie zu Breda gehabt hatten, bekräftet habe. Die Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und des Staats unterzeichneten also die vorläufigen Artikel, in der Nacht nach dem 30sten April. Den folgenden Tag wurden sie von dem Grafen von Bentink, der seinen Weg durch die vereinigte Armee nahm, nach dem Haag gebracht. In denselben wurden die Verträge, von Westphalen, von Breda vom Jahre 1667, <sup>Inhalt derselben.</sup> von Madrid zwischen Spanien und England vom Jahre 1670, von Nimwegen, selben. „Ryswyk, Urrecht und Baden, und das dreysache Bündniß vom Jahre 1718, zum Grunde gelegt, und in allem, worin durch die gegenwärtigen Artikel keine Veränderung gemacht war, bekräftiget. Man versprach die in Europa und in Ost- und Westindien, seit dem Anfange des gegenwärtigen Krieges einander abgenommenen Derter, in dem Zustande, worin sie sich gegenwärtig befänden, zurückzugeben. Dünkirchen sollte, auf der Landseite befestiget bleiben, wie es gegenwärtig war, auf der Seeseite aber in den Stand, der durch die alten Verträge bestimmt war, gesetzt werden. Die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla sollten dem Infanten Don Philipp abgetreten werden; jedoch so, daß wenn er ohne Kinder verstürbe, oder wenn der König beider Sicilien zu der Spanischen Krone gelangte, sie an den gegenwärtigen Besitz zurückfallen sollten. Der Herzog von Modena sollte wieder in den Besitz seiner Staaten, und die Republik Genua in alles, was sie vor dem Jahre 1740 besessen hatten, eingesetzt werden. Der König von Sardinien sollte alles, was er von altersher und gegenwärtig besaß, behalten, besonders den Landstrich von Vigevano, den Theil von Pavia und die Grafschaft Anghiera, so ihm 1743 abgetreten waren. Frankreich und die Staaten machten sich verbindlich, dem Könige von Großbritannien, welcher als Kurfürst von Hannover einige Forderungen an Spanien hatte, und als solcher in diesen Vertrag eingeschlossen war, durch ihre gute Dienste zur Bezahlung zu verhelfen. Der Affentovertrag vom Jahre 1713 und der Vergleich wegen des jährlichen Südseeschiffs, imgleichen der Artikel aus dem Bündnisse vom dem Jahre 1718, worin die Gewährleistung der Thronfolge in Großbritannien versprochen war, ward durch diesen Vertrag bestätigt. Der zum Kaiser erwählte Prinz sollte von allen Mächten, die ihn noch nicht dafür erkannt hatten, in dieser Würde erkannt werden. Der Waffenstillstand sollte, zu Lande, sechs Wochen nach der Unterzeichnung dieses Vertrages, und zur See, eben so als in dem zwischen Frankreich und England im Jahre 1712 geschlossenen Vertrage festgesetzt war, anfangen. Alle die Mächte, die an dem gegenwärtigen Vertrage Theil hätten, sollten auf die beste Weise, als es möglich wäre, die Gewährleistung der Pragmatischen Sanction versprechen. Ueber das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz sollte dem Könige von Preußen, so wie er diese Länder gegenwärtig besaß, die Gewähr geleistet werden. Die Ansprüche des Kurfürsten von der Pfalz auf das Lehn Pleinsing, die Streitigkeiten über die Großmeisterschaft des Ritterordens vom goldenen Vliese, über die in Henneberg eingeschlossenen Landfriche, über die Abtey von St. Züberr, über die neuen Zollhäuser, und andere dergleichen Sachen sollten in der künftigen Versammlung abgethan werden.“ Uebrigens war durch einen geheimen Artikel festgesetzt, „daß im Fall Geheimen eine oder die andere der theilhabenden Mächte Schwierigkeiten machte, diese vorläufigen Artikel.

1748.

„Artikel anzunehmen und zu erfüllen, Frankreich, Großbritannien und die Staaten sich wegen der kräftigsten Mittel vergleichen sollten, um das verabredete zur Erfüllung zu bringen, so daß diejenigen Mächte, welche sich weigern würden, demselben beizutreten, die ihnen darinnen bewilligten Vortheile nicht zu genießen haben sollten r).“ Der Graf von Kauniz, Rietberg weigerte sich wirklich die vorläufigen Artikel anzunehmen, und protestirte öffentlich gegen dasjenige, was darin der Kaiserinn - Königin nachtheiliges enthalten war. Nur fügte er die Erklärung hinzu, daß dieselbe in die Errichtung eines Staats für den Don Philipp, selbst auf ihre Kosten, willigte, bis dieser Prinz, nach Eröffnung des Thrones von Neapel oder Spanien, zu der Erbfolge in einem oder dem andern dieser zwey Königreiche gelangete: jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß sie in den Besitz von allem, was dem Könige von Sardinien durch den Vertrag von Worms abgetreten war, wieder eingesetzt würde; weil man in demselben bloß die Absicht gehabt hätte, die Errichtung eines Staats für das Haus Bourbon in Italien zu verhindern s). Weil aber der König von Sardinien sich hiezu durchaus nicht verstehen wollte, so sah die Kaiserinn - Königin sich genöthiget, in die vorläufigen Artikel, so wie sie entworfen waren, zu willigen. Ferner hatten die Bevollmächtigten Großbritanniens und der Staaten an dem Tage, da die vorläufigen Artikel unterzeichnet waren, auch eine Erklärung folgendes Inhalts unterzeichnet, „daß obgleich, in gedachten Artikeln, der zwischen Frankreich und den Staaten und zwischen Spanien und den Staaten vormals geschlossenen Verträge nicht erwähnt wurde, sie jedoch hoffeten, daß die Verträge mit Frankreich und Spanien, und besonders der mit Frankreich 1739 gemachte Handelsvertrag erneuert, und von Spanien den Staaten alles, insonderheit in Ansehung der freyen Schifffahrt in Westindien, bewilliget werden würde, was diese Krone den Engländern oder einem andern Volke, den Assiento und das jährliche Südseeschiff allein ausgenommen, zustehen würde. Daß sie sich auch versprächen, daß Frankreich den vorläufigen Artikeln noch einen befügen lassen würde, zufolge welchem die von Frankreich den Staaten abgenommenen Völker, gleich nach der Unterzeichnung dieses Artikels, in dem Zustande, worin sie isz wären, zurückgegeben, und hiernächst das beiderseitige Verbot des Handels aufgehoben werden sollte r).“

## XII.

Der Prinz von Oranien reiset zur Armee.

Seine ernstliche Erklärung gegen

Ehe man noch in Holland die Nachricht von der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel bekommen hatte, war der Prinz, am 1sten May, aus dem Haag nach der Armee gereiset u); und bey dieser Gelegenheit hatten die Staaten ihm, nach Gewohnheit in solchen Umständen, Gewalt gegeben, eine solche Summe aus den zu Unterhaltung geheimer Verständnisse bestimmten Geldern zu gebrauchen, als er zum Nutzen des Staats nöthig achten würde v). Man erwartete nun ein Treffen zu Beförderung des Entsatzes von Maastricht; wiewohl einige die Abreise des Prinzen für ein Zeichen des nahen Friedens hielten. Er kam auch, weil er in Breda schon die Nachricht von der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel erhielt, in wenigen Tagen nach dem Haag zurück. Mittlerweile war eine Rede in öffentlichem Drucke ausgestreuet worden, welche, wie vorgegeben ward, der

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

p. 158.

s) ROUSSET Tom. XX. p. 166.

t) Copie de la Declaration des Ministres

de la Grande Bret. et de la Republique du 30me Avril.

u) Resol. Holl. 30 Apr. 1748. bl. 409.

v) Resol. Holl. 15 May, 1748. bl. 423.



der Prinz an den Staatsrath gehalten hatte. Sie enthielt einige ungewöhnliche Ausdrücke; und unter andern sollte der Prinz die Armee des Staats seine Armee, und die Landeseinwohner seine Unterthanen genannt haben. Allein der Prinz bezeugte einen großen Unwillen über die Ausstreunung einer solchen Schrift, und ließ in öffentlichem Drucke die Erklärung thun, „daß es seine Gewohnheit nie gewesen wäre, den Namen Unterthanen von seinen Nicbürgern und Landsleuten zu gebrauchen, und daß er die Rede für eine boshafte Erfindung hielte, die Zuneigung des Volks von ihm abzuwenden; „da er hingegen sich nichts so sehr angelegen seyn ließe, als die Gewogenheit und das Vertrauen, womit ihn die freyen Niederländer beehrten, zu erhalten und immer mehr und mehr zu verdienen.“ Er fügte hinzu, „daß er es sich zur Ehre schätzte, unter einem freyen Volke geböhren und erzogen zu seyn, und noch mit Vergnügen darunter zu wohnen, und daß er kein unschätzbares Vorrecht, noch welches der Ehrbegierde eines Sterblichen mehr zu schmeicheln vermögend wäre, kenne, als sich für einen Gegenstand der Liebe eines solchen Volkes zu halten; welches in keinem andern, als in einem freyen Staate, wie der unsrige wäre, geschehen könnte: weswegen er auch bereit wäre, für die Erhaltung der Freyheit und der Religion desselben alles das seinige aufzusetzen.“ Diese Erklärung ward von dem Volke mit großem Vergnügen gelesen, und vermehrte die Hochachtung gegen den Prinzen bey vielen nicht wenig.

An dem Tage der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel hatten die Bevollmächtigten Frankreichs und des Staats, bis zur Genehmigung ihrer Herren, verabredet, daß die Feindseligkeiten in den Niederlanden sogleich allenthalben aufhören sollten, auf welcher Vor- (w), welches die Franzosen schlechterdings erobern wollten. Hier, auf was der Befehl, dessen wir oben gedacht haben x), erfolgt, diese Festung durch einen anständigen Vergleich zu übergeben. Aber weil dieser Befehl nicht von den Generalstaaten unterzeichnet war; so verlangte der Baron von Milva einen Waffenstillstand auf zweymal vier und zwanzig Stunden, um bey ihnen die Erlaubniß zur Uebergabe einzuholen. Der Marshall von Sachsen bewilligte dieses Gesuch. Am 6ten May fing man eine nähere Unterredung, wegen der Uebergabe der Festung, an, und der Vergleich, worin die Befassung alle Kriegesgehr für sich bedung, ward den folgenden Tag unterzeichnet y); worauf die Franzosen von der Stadt und der Festung Wyk auf der andern Seite der Maas Besiz nahmen. Der Waffenstillstand ward alsobald hierauf allgemein, und in kurzem auch auf Italien ausgedehnt. Die Kaiserinn - Königin nahm die vorläufigen Artikel, ohne langen Verzug an, welchen gleich darauf auch der König von Sardinien, der Herzog von Modena, der Staat von Genua, und zuletzt, vor dem Ende des Brachmonats, auch der König von Spanien beytrat.

Die Gleichheit des Ranges zwischen Frankreich und Großbritannien hatte Sonderbares zu einer besondern Weise die vorläufigen Artikel und die meisten andern Urkunden und Erklärungen abzufassen und zu unterzeichnen Gelegenheit gegeben; welches hier angemerkt zu werden verdient. Man machte von den vorläufigen Artikeln vier Originalurkunden, in deren zweyen der König von Frankreich, und in den zweyen andern der König von Großbritannien, der vorläufigen Artikel, zu Unterzeich-

w) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

x) S. X. dieses Buchs, S. 437.

y) Memoir. pour l'Hist. de l'Europe, Tom. III. P. II. p. 231. et suiv.

1748.

tung der  
Gleichheit  
zwischen  
Frankreich  
und Groß-  
britannien.

Großbritannien zuerst genannt ward. Die zween Bevollmächtigten, die Grafen von St. Severin und Sandwich unterzeichneten die Urkunden erst, in welchen ihre Herren zuerst genannt waren, und behielten die eine für sich, die andere stellten sie den Bevollmächtigten des Staats zu; welche also, da sie von beiden Seiten eine Urkunde empfangen, worin der Rang der zween Könige verschiedentlich gesetzt war, sich weder für die eine noch die andere erklärten. So oft eine der andern Mächte die vorläufigen Artikel annahm, machte man von denselben vier auf gleiche Weise eingerichtete Abschriften, unter deren jede der Bevollmächtigte seine Beytrittsacte setzte, und hernach eine derselben, welche dem Könige von Frankreich den Rang gab, den Französischen, die andere, worin der König von Großbritannien die erste Stelle hatte, den Englischen, und die zwei übrigen, worin der Rang verschieden war, den Bevollmächtigten des Staats einhändigte. Jeder der Bevollmächtigten gab ihm dagegen eine Annehmungsacte, in welcher zuerst die vorläufigen Artikel und die Beytrittsacte geschrieben waren. Aber in den Annehmungsacten, welche die Französischen Bevollmächtigten ausstellten, war allezeit der König von Frankreich, und in denen, welche die Englischen ertheilten, der König von Großbritannien zuerst genannt. Die Gesandten des Staats gaben allezeit doppelte Annehmungsacten, in welchen der Rang verschiedentlich gesetzt war. Solchergestalt wurden bey jedem Beytritte und Annehmung acht Abschriften der vorläufigen Artikel gemacht, in deren jeder man auch die vorhergehenden Beytritts- und Annehmungsacten einrückte. Daher enthielten die Abschriften des Spanischen Gesandten, Marquis de Soto-Major, der am letzten unterzeichnete, alle die andern. Man bediente sich dieser Art zu unterzeichnen, als der allereinfachsten, und wodurch die Anzahl der Abschriften am wenigsten vermehrt werden durfte; welche gewaltig groß geworden seyn würde, wenn man bey jedem Beytritte und Annehmung alle Mächte genannt hätte, weil man genöthiget worden seyn würde, sie in der ersten, zweiten, dritten Stelle, und noch weiter, nach Verhältniß der Anzahl der Schließenden und der Beytretenden, abwechseln zu lassen z).

## XIII.

Geburt des  
Grafen von  
Büren.

Ehe man noch mit der Friedensunterhandlung so weit gekommen war, und unterdessen da man sich, zeitig im Frühlinge, zu dem Feldzuge rüstete, war die Prinzessin von Oranien, am 5ten März des Morgens um vier Uhr, glücklich von einem Sohne entbunden worden a), der am 1ten April, in der großen Kirche im Haag, feierlich getauft, und Wilhelm genannt ward. Der Prinz hatte selbst seinen erstgeborenen Sohn aus der Taufe gehoben, und bey der Taufe wurden, noch mehr als bey der Geburt, al lenthalben, mit Läutung der Glocken, Abfeuerung des Geschüßes und Erleuchtung der Häuser, Freudenbezeugungen angestellt. Die hohen Würden des Prinzen mußten nun, zufolge der im verwichenen Jahre wegen der Erbfolge festgesetzten Ordnung, zum ersten, nach des Prinzen Absterben, auf den jungen Prinzen, welcher Graf von Büren genannt ward, fallen. Sie kamen also an einen männlichen Erben, dessen Erbfolge, wie der Prinz sich bald hernach, in der Versammlung von Holland erklärte, „den Ständen dieser und der andern Provinzen die angenehmste zu seyn geschienen hatte b).“ Die

Wathenge-  
schente.

General.

z) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

p. 173. et suiv.

b) Resol. Holl. 30 Mart. 9, 27 Apr. 1748.

a) Resol. Holl. 8, 14 Mart. 1748. bl. 233, bl. 333, 365, 404.

237.

General-Staaten, die Stände von Holland, Seeland und Frisland, und die Städte Nimegen, Dordrecht, Harlem, Delft, Leiden, Amsterdam, Gouda, Rotterdam und Schiedam hatten sich zu Pächten des jungen Prinzen angeboten, und durch ihre Abgeordneten auch den Feierlichkeiten der Taufe beigewohnt. Wenige Tage hernach wurden die Pachtengeschenke, die in jährlichen Leibrenten bestanden, dem Prinzen und der Prinzessin überreicht. Das Geschenk der General-Staaten war zehntausend Gulden, der Stände von Holland siebentausend, der von Seeland drehtausend, und der von Frisland fünftausend Gulden. Nimegen gab jährlich tausend, die Städte Dordrecht, Gouda und Schiedam, jede achthundert; Harlem und Leiden jede zwölftausend; Delft tausend, Amsterdam zweyttausend fünfhundert, und Rotterdam funfzehnhundert Gulden. Die Leibrentenbriefe lagen in goldenen oder silbernen Schachteln. Die General-Staaten und die Stände von Holland gaben überdem noch Geschenke in die Wochenscheide; die ersteren vierhundert, die andern dreihundert Ducaten. Die Stadt Nimegen legte funfzig Ducaten dazu, weil die silbervergoldete Schachtel zu ihrem Leibrentenbriefe noch nicht fertig war.

Die Geburt des Grafen von Buren, welche die statthalterliche Regierung, in diesen Landen, von neuem befestigte, und die Unterzeichnung der vorläufigen Artikel, welche, in kurzem, darauf folgte, und wodurch die Ruhe auswärts versichert ward, gab einigen eifrigen Freunden der wiederhergestellten Regierungsform Gelegenheit, die Absichten, welche man schon im vorigen Jahre gehabt hatte, auszuführen, und eine Veränderung in der innerlichen Regierung der meisten Landschaften und stimmunghabenden Städte zu bewirken und zu bewirken, welche auch, in und nach dem Jahre 1672, auf die Bestellung des Statthalters, und in und nach dem Jahre 1702, auf die Wiederherstellung der statthalterlosen Regierung gefolgt war. Aber weil diese Veränderung nicht oder schwerlich, ohne Erregung eines Mißvergnügens und Aufruhrs unter dem Volke bewirkt werden konnte; welches, so lange der Staat noch in einen auswärtigen Krieg verwickelt war, für sehr gefährlich gehalten werden mußte: so schien bisher die rechte Zeit noch nicht da gewesen zu seyn, die verlangte Veränderung, wodurch viele auch ihre besonderen Vortheile befördern zu können glaubeten, zu bewerkstelligen. Die Sache war daher, im verwichenen Jahre, hie und da nur angefangen, aber nicht ernstlich durchgesetzt worden: allein nunmehr hielten man die Gelegenheit für günstiger, um daran zu arbeiten, gleichwie, in kurzem, an verschiedenen Orten zugleich geschehe. Man bediente sich verschiedener Umstände, um einen Aufbruch unter dem Volke zu erregen, so wie man dasselbe, aus besonderen Ursachen, mit oder ohne Grund, auf die Obrigkeiten mißvergnügt fand; und auf die Bewegungen folgte bald die verlangte Veränderung in der Regierung, welche an einem Orte leicht, an andern nicht ohne große Mühe, bewirkt ward. Es wird daher nicht unendlich seyn, den Anfang und Ausgang dieser Bewegungen, welche den wichtigsten Theil der Begebenheiten der gegenwärtigen Zeit ausmachen, hier einiger Maaßen, umständlich zu beschreiben.

Unter den verschiedenen Ursachen, deren man sich in den besonderen Provinzen und Städten bediente, Unruhen unter dem Volke zu erregen, war eine allgemeine, von welcher die Pächter allenthalben Gebrauch gemacht ward, nämlich die Einhebung der Einkünfte von der Accise durch Pächter, welche vorläufig Gegenstände des gemeinen Haßes waren. Bald nach der Erhebung des Prinzen zum Statthalter, im Maymonate des verwichenen Jahres, ward unter dem Volke ausgestreuet und geglaubt, daß der Prinz die Pächten abschaffen,

1748.

und die gemeinen Auflagen, nach Art des Kopfgeldes, würde einheben lassen. Man las auch damals schon in Johann Rouffets wöchentlichen Blättern verschiedene scharfe und anzügliche Anmerkungen über die Pächter, die man, seiner Meynung nach, mit ihrem ganzen Gefolge, zur Armee schicken mußte, anstatt daß man sie länger von dem Schweiß und Blute des armen Volkes sich mästen ließe. Der Reichthum und die Pracht vieler Pächter, und die von einigen verübten Plackereyen, hatten bey dem Volke schon längst großen Unwillen erweckt, und wurden auch igo, in andern Schriften, sehr beissend durchgezogen. Hiebey war es nicht geblieben. Der Pöbel hatte sich nicht gescheuet, im Sommer des verwichenen Jahres, an einigen Orten des Süderquartiers von Holland, den Pächtern und ihren Bedienten mit Gewalt zu widerstehen; wogegen eine von den Ständen der Provinz, mit Vorwissen und Gutbefinden des Prinzen, gemachte scharfe Verordnung abgekündigt ward c). Man hatte sich auch einiger Reiter bedienet, um den Unternehmungen gegen die Pächter Einhalt zu thun; welches damals gelungen war. Allein das Feuer des Unwillens gegen diese verhaßten Leute glimmte nur einige Zeit unter der Asche, damit es sich, bey einer bessern Gelegenheit, desto heftiger entzünden könnte.

XV.  
Aufsruhr in  
Friesland.

Im Maymonate dieses Jahres brach dieses verborgene Mißvergnügen gegen die Pächter zum ersten in Friesland in Thätlichkeiten aus. Hier ward unter andern ein gewisser Hasenpacht gehoben, welchen das Volk ungern bezahlte. Der Prinz war auch schon, vor einigen Jahren, der Meynung gewesen, daß dieser Pacht, und allmählig auch alle andere abgeschafft, und die Landeseinkünfte auf eine andere Weise gehoben werden müßten; und das Gutachten des Prinzen, welches nun unter dem Volke bekannt geworden war, ließ viele hoffen, daß igo die Zeit gekommen wäre, da man von allen drückenden Lasten entlediget werden würde. Man klagte außer diesem über andere Mißbräuche in der Regierung, und viele suchten die Abstellung derselben durch die Gewalt des Statthalters. Die Stände der Landschaft, wo die Statthalterschaft bisher nur in den männlichen Nachkommen erblich gewesen war, hatten auch noch keinen Schluß wegen der Erblichkeit in des Prinzen weiblichen Abkömmlingen gefaßt; und alles dies gab zu Empörungen Gelegenheit, woraus in kurzem eine beträchtliche Veränderung in der Regierung entstand. Der Aufsruhr nahm seinen Anfang auf dem Lande gegen das Ende des Maymonats. Der Pöbel, der in dem Wahne stand, daß er für den Prinzen eiferte, scheuete sich nicht die Häuser der Aufseher anzufallen, welche niedergedrissen und zerstört wurden. Hie und da ward auch wohl ein Haus geplündert. In den Städten wurden die Ketten, womit die Gräsmühlen in der Nacht geschlossen zu werden pflegten, damit man nicht, ohne Vorwissen des Pächters oder Aufsehers, mahlen könnte, gewaltsamer Weise zersprengt, und den Gräsmachern Freyheit gegeben, so viel zu mahlen, als sie für gut befinden würden. Ferner wurden auch in den Städten die Häuser der Aufseher zerstört, und den Kornmüllern und Beckern von dem Pöbel angedeutet, daß sie sich hüten sollten, Pachtzettel zu holen. Zu Harlingen half man einem Schiffer, der nach Leeuwarden fuhr, durch die Stadt, ohne Hafengeld zu bezahlen. Alles dies war bisher geschehen, ohne daß sich noch einige Häupter der Aufsruhr gezeigt hatten. Aber zu Harlingen zwang der Pöbel die Bürgerschaft, mit Orangeschleifen geschmückt zusammen zu kommen, und acht und funfzig Abgeordneten zu wählen, die nach Leeuwarden geschickt wurden, um die

c) Resol. Holl. 16, 21 Jun. 15 Aug. 1747. bl. 344, 349, 471.

die Angelegenheiten der Gemeinde den Ständen, die sich im Anfange des Brachmonats 1748. versammeln sollten, vorzutragen. Diese Abgeordneten, die theils freiwillig, theils gezwungen nach Leeuwarden reiseten, wurden daselbst von dem Volke mit Trommeln und Pfeisen empfangen. Sie sandten sieben nach dem Landschaftshause, welche im Namen der ganzen Gemeinde verlangten, „1. daß die Statthalterschaft sowohl in den weiblichen als männlichen Nachkommen des Prinzen erblich erkläre; 2. daß alle Pachten abgeschafft, und 3. daß die alten Gesetze wieder hergestellt werden sollten.“ Ferner forderte man, daß die Einwilligung der Stände in dieses alles in einer halben Stunde öffentlich abgekündigt würde. Der letzte Punkt, betreffend die Wiederherstellung der alten Gesetze, zielte unter andern auf die Vermehrung der Gewalt des Statthalters, welche man hier, durch die letzte Vorschrift, zu sehr eingeschränkt zu seyn glaubete. Unterdeß da die Bevollmächtigten der Stände über die Forderungen der sieben Abgeordneten Rath hielten, hörte man einige, die vor dem Landschaftshause versammelt waren, drohen, „daß die Herren nicht lebendig von dem Hause kommen sollten, wofern sie der Gemeinde nicht Genügen gäben.“ Man beschloß demnach auf der Stelle die Abschaffung der Pachten, und kündigte diesen Schluß, im Namen des Erbstatthalters und der Bevollmächtigten abgeordneter Stände, dem Volke an. Zugleich wurden die guten Einwohner ersucht, die Beschwerden, welche sie noch ferner haben mögten, der hohen Regierung, die in wenigen Tagen zusammen kommen würde, vorzulegen. Hiemit gingen die Abgeordneten nach Harlingen zurück. Allein der Pöbel, welcher der Ausschweifungen nun einmal gewohnt war, fiel die Häuser einiger Grietmänner oder Beamten an, die theils geplündert, theils verbrannt wurden. Allenthalben in den Städten und auf dem Lande war man mittlerweile geschäftig, die Beschwerden zu entwerfen, deren Abstellung man von den Ständen fordern wollte. Diese waren nun zusammen gekommen, und ließen am 4ten abkündigen, daß sie beschloßen hätten, die Würden des Prinzen auch in seinen weiblichen Nachkommen, auf gleiche Weise, als es in den andern Provinzen geschehen wäre, erblich zu erklären. Inzwischen waren, aus allen Quartieren und Städten der Landschaft, Bevollmächtigte in der großen Kirche zu Leeuwarden zusammen gekommen, und hatten, mit gemeiner Einwilligung, eine Bittschrift entworfen, worin, außer der Abschaffung der Pachten, Erbherrlichkeit und Errichtung der erblichen Statthalterschaft in der weiblichen Linie, welches beides schon zugestanden war, verlangt ward, „daß die in den Jahren 1672 und 1673 gemachte verbesserte Einrichtung zum Grunde der Regierung gelegt würde, in so weit sie sich auf die gegenwärtigen Umstände anwenden ließe; daß der Hof von Frisland die freye Gerichtsbarkeit, ohne einige Hinderniß, behielte; daß statt der Pachten eine Schätzung oder Kopfgehd eingeführet, und daß einige aus den gegenwärtigen Bevollmächtigten ernannt würden, den Zustand der Landeseinkünfte zu untersuchen, die überflüssigen Aemter abzuschaffen, und die Besoldungen, die für zu groß gehalten werden mögten, zu vermindern, und die Mißbräuche in dem Stimmgeben bey der Wahl der Abgeordneten zum Landtage abzustellen: daß ferner die Einwohner künftig nach den alten Gesetzen regieret; daß alle Regierungsämter Eingeborenen, oder solchen, die durch eine achtjährige Wohnung im Lande naturalisirt wären, ertheilet; daß auf beiden Seiten eine allgemeine Vergebung abgekündigt, und keiner wegen desjenigen, was bisher vorgefallen wäre, zur Strafe gezogen; und endlich daß Ihre Edle Mogenheiten dasjenige, was ihnen weiter von Zeit zu Zeit vorgetragen werden würde, gütig in Erwägung ziehen mögten.“

1748.

Und einige  
andere Punkte  
werden be-  
willigt.

Die Stände bewilligten dieses alles, und ließen am 1ten des Brachmonats eine allgemeine Vergebung abkündigen. Die Bevollmächtigten aus den Sevenwolden hatten noch einige besondere Punkte verlangt, worin unter der Bedingung gewilliget ward, daß dem Prinzen, welcher mit ehestem ersucht werden sollte, in die Provinz zu kommen, und die Regierung einzurichten, überlassen würde, deswegen eine nähere Verfügung zu machen. So bald die Einwilligung der Stände abgekündigt war, ward das Geschüß abgefeuert; welches, wie man versicherte, den Einwohnern auf dem Lande zum Zeichen dienen sollte, daß man alles in Güte erhalten hätte; weil diese sich verbunden hatten, sonst gewaffnet nach Leeuwarden zu kommen, und die Stände zu zwingen, das Volk zu vergnügen. Die Bevollmächtigten des Landes und der Städte sandten so wohl als die Stände einige an den Prinzen ab, um ihm von dem vorgefallenen Bericht abzustatten. Jede Griefeney und Stadt ernannte auch zwey Personen, aus welchen wiederum vier und zwanzig Bevollmächtigte bestellet wurden, von denen acht über die Landeseinkünfte, acht über das Stimmgeben zum Landtage, und acht über die Aemter Rath halten sollten. Diese kamen zu dem Ende täglich auf der Doele zusammen, und sie schlugen den Ständen, in kurzem, noch zweyen Punkte vor, nämlich „1. dem Prinzen die Vergebung der Kriegsbedienungen aufzutragen, und 2. ihm eine entscheidende Stimme, wenn die Stimmen der vier Quartiere gleich getheilet wären, zu geben.“ Diese Punkte wurden auch am 1ten bewilligt. Ja man beschloß, an eben dem Tage, auf den Vorschlag des Herrn Hobbe van Burmania, welcher an dem Prinzen abgeschickt gewesen, und nun aus dem Haag zurückgekommen war, „dem Prinzen völlige Gewalt zu geben, nach dem Berichte der Bevollmächtigten der Stände und der Abgeordneten der Städte, die Landesverfassung, wie er es für gut befinden würde, auf einen festen Grund zu setzen, die bey der Regierung, den Landeseinkünften und sonst eingeschlichenen Mißbräuche abzustellen; die Provinz in Ruhe und Flor zu bringen, und zu dem Ende solche Gesetze und Verordnungen zu machen, als er es zur Wohlfahrt des Landes nöthig achten würde.“ Die Vorschrift des Prinzen ward mit diesen Artikeln vermehret, und ihm, in so weit, der auf die vorige Vorschrift geleistete Eid erlassen. Allein es vergingen noch einige Monate, ehe der Prinz nach Friesland kommen und alles anordnen konnte. Die Bevollmächtigten auf der Doele entwarfen mittlerweile wiederum zwey und siebenzig, und nachher noch fünf Punkte, die abgestellt werden sollten, und worin die Stände, unter Genehmigung und Befristung des Prinzen, willigten.

## XVI.

Aufstand in  
Gröningen  
und den Um-  
melanden.

Das Gerüchte von den Bewegungen in Friesland, wegen Abschaffung der Pachten, und von der in andern Sachen bewirkten Veränderung, war unterdessen bald nach der benachbarten Provinz Gröningen herüber geflogen; wo das Volk auch, seit der im verwichenen Jahre geschehenen Erhebung des Prinzen, gar nicht ruhig gewesen war. Die bey Gelegenheit der Geburt des Grafen von Büren zu Gröningen angestellten Freudenbezeugungen hatten, am 17ten März dieses Jahres, schon Anlaß zu neuen Bewegungen unter dem gemeinen Volke gegeben. Einige Schiffer hatten sich einige Tage zuvor in einem Boote auf Rädern durch die Stadt fahren lassen, und dabey beständig geschossen und Wilhelmus van Nassouwen (\*) blasen lassen. Als sie, vor den Häusern

(\*) Dies ist ein in den Vereinigten Niederlanden sehr bekanntes Lied, welches in dem Anfange des Aufstandes gegen Spanien dem Prinzen von Oranien Wilhelm I. zu Ehren gemacht worden ist. Man findet es in dem Geuse-Liedboeck (Utr. 1683. 12.) S. 44.



fern einiger vornehmer Leute, um ein Trinkgeld baten, waren sie, bey dem Bürgermeister Joannes Geertsma, nicht nach ihrem Sinn empfangen worden. Es sey nun, daß dieses den Haß zum Ausbruche gebracht hatte, oder das die Wuth eine andere und gemeinere Ursache gehabt habe; so fielen der Pöbel und die Jungen, an gemeldetem Tage, das Haus des Bürgermeisters an, welches rein ausgeplündert ward. Man holte so gar die Kutsche von dem Hofe, und warf sie in das Wasser. Der Frau Bürgermeisterin, die nicht gestüchter war, wurden der Schmuck und die Kleider von dem Leibe gerissen. Der Aufruhr ward, mit großer Mühe gestillt, und man brachte einige Räubersführer in das Gefängniß. Drey derselben wurden, einige Tage hernach, gezeißelt und verwiesen; und bey dieser Gelegenheit entstand wiederum eine gewaltige Bewegung unter dem Volke, welches dem Scharfrichter zu Leibe wollte, und mit genauer Noth, durch die Befegung im Zaume gehalten ward. Der Aufruhr bey dem Hause des Bürgermeisters Geertsma schien unterdessen angestiftet zu seyn, um die erbliche Statthalterschaft in des Prinzen männlichen und weiblichen Nachkommen, wozu die Stände von Grönningen sich noch nicht hatten entschließen wollen, mit Gewalt durchzureiben. Man holte, noch denselben Abend, verschiedene obrigkeitliche Personen aus ihren Häusern, und trieb sie auf das Rathhaus, wo sie, in kurzem, gezwungen wurden, abzukündigen, „daß der sitzende Rath für die Erbstatthalterschaft wäre, aber daß man es mit dem alten Rathe und den Vintmelanden noch überlegen müßte; welches in drey Tagen geschehen sollte.“ Allein, an diesem Tage, ward nur mit allgemeinen Worten abgekündigt, „daß die Stände von Grönningen Seine Hoheit zum Erbstatthalter, General-Capitain und Admiral erklärten.“ Dieses gab zuerst zwar einiges Genügen; aber bald hernach sagte man, daß es gar nicht mit dem überein käme, was in andern Provinzen geschehen war. Mittlerweile war auch einige Unruhe in dem Alten Amte entstanden, wo die Einwohner sich in den Waffen übten, Versammlungen hielten, und in kurzem Abgeordneten nach der Stadt sandten, welche verlangten, daß die Stände einen gleichen Schluß, wegen der Erbstatthalterschaft faßten, als von den andern Landschaften geschehen war. Die Stände hatten das Schreiben, worin sie dem Prinzen gemeldet, daß sie ihn bloß zum Erbstatthalter erklären hätten, eröffnet zurück empfangen, ohne daß er die ihm angetragene Ehre angenommen hatte. Sie beschloßen also darauf die Statthalterschaft so wohl in seinen weiblichen als männlichen Nachkommen erblich zu erklären. Aber weil der Prinz hier, durch seine bereits im Jahre 1718 abgefaßte Vorschrift, sehr eingeschränkt war; so arbeitete man unter der Bürgerschaft von Grönningen, um Unterzeichner zu einer Bittschrift zu bekommen, worin, unter andern, verlangt ward, „daß Seiner Hoheit das Recht gegeben würde, in allen Stadt- und Landes-Collegien vorzusitzen, und im Falle die Stadt und die Provinz verschiedene Meinungen wären, mit einem von beiden einen Schluß zu fassen; daß ihm auch die Vergebung aller Kriegsämter abgetreten, und die oberste Aufsicht über die Schleusen aufgetragen würde.“ Weil auch die Wortführer und Vorsteher der Gemeinde, ihrer Meynung nach, zu wenig in Regierungssachen zu Rathe gezogen wurden; so hatten sie Bürgermeistern und Rathe eine Vorstellung übergeben, worin sie die Wiedereinfegung in einige ihrer Rechte verlangten. Allein auf diese Vorstellung und auf die Bittschrift der Bürgerschaft erfolgte, in einigen Wochen keine Antwort. Man erwartete unterdessen mit Ungeduld die Antwort des Prinzen auf die ihm aufgetragene Erbstatthalterschaft. Aber als die Regierung in kurzem ein

1748.

Das Haus  
des Bürger-  
meisters  
Geertsma  
wird geplün-  
dert.

Man ent-  
schließt sich  
sehr langsam  
zu der Erb-  
statthalter-  
schaft.

Man arbei-  
tet, dem Prin-  
zen eine grö-  
ßere Gewalt  
in der Regie-  
rung zu ver-  
schaffen.

ein

1748.

ein Schreiben ihrer Abgeordneten bekannt machte, woraus man sah, daß er die Erbstatthalterschaft mit Danke angenommen hatte, jedoch zugleich an seine vorige Vorschrift gebunden blieb; so entstand ein neuer Aufruhr unter dem Volke, der nun schwerer zu stillen war, weil die Besatzung, auf welche die Regierung sich verlassen hatte, unlängst, auf ausdrücklichen Befehl des Prinzen, aus der Stadt, und nach Breda gegangen war. Die Bewegung dauerte zweien Tage nach einander. Verschiedene Häuser der Obrigkeiten und andere wurden mit Gewalt angefallen, und der Rath endlich gezwungen, den alten und neuen Rath zusammen zu rufen. Die Bürgerschaft kam in das Gewehr; und die Erbstatthalterschaft so wohl in den weiblichen als männlichen Abkömmlingen des Prinzen, welche eben so, wie in den andern Landschaften, festgesetzt war, ward wiederum abgekündigt. Jedoch einige bliesen dem Volke ein, daß diese Abkündigung nicht genug wäre; und die Leute, welche selbst nicht wußten, was sie wollten, schrien, daß man hinzusetzen mußte: mit allen Privilegien und Vorrechten, und in vollem Maaße und mit eben der Gewalt, als in Holland. Man bewilligte also auch dieses und alles andere,

Der Rath zu  
Gröningen  
willigt dar-  
ein.

was in der Bittschrift der Bürgerschaft verlangt worden war. Der Prinz erhielt also, von wegen der Stadt, die entscheidende Stimme, wenn die zweien Stände verschiedener Meynung waren, das Recht alle Kriegsämtzer zu vergeben, und den Sitz mit einer doppelten Stimme in allen Collegien. Die drey gezeihselten und verwiesenen Personen wurden wieder in die Stadt gelassen, und in ihre verlorhne Ehre wieder hergestellt. Gleich darauf kamen auch die Einwohner des Alten Amtes mit Prügeln und Stöcken bewaffnet in die Stadt, und holten die Abgeordneten der Ommelande in das Landshaus, wobey einige und besonders der Herr von Adurwart sehr gewaltsam behandelt wurden.

Und die  
Stände der  
Provinz  
gleichfalls.

Man zwang die Herren der Stadt und der Ommelande zusammen zu kommen, und, im Namen der Stände, einen gleichen Schluß zu fassen, als schon von der Stadt gefaßt war. Verschiedene andere Häufen Abgeordneter von dem Lande meldeten sich auch mit Bittschriften bey der Landesversammlung, die alles, was verlangt ward, bewilligen mußte; jedoch ward der endliche Ausspruch über die verlangte Wiederherstellung ihrer Rechte dem Prinzen überlassen. Die Bauern, welche sich schon in beträchtlicher Anzahl versammelt hatten, und gewaffnet in die Stadt zu kommen droheten, wie einige wirklich thaten, kehrten nun allmählig nach ihren Wohnungen zurück. Die Studenten hatten sich in diese Bewegungen auch gemischt, und unter andern verlangt, daß der Prinz als Rektor Magnificientissimus der hohen Schule zu Gröningen vorgesezt würde; welches gleichfalls bewilligt worden war. Die Wortführer und Vorsteher der Gemeine wurden wieder in ihre alten Rechte eingesetzt, und dem Prinzen ward von allem durch außerordentliche Gewaltmächtigten des Rathes und durch Abgeordnete der Bürgerschaft der Stadt und der Einwohner des Landes Nachricht gegeben; worauf alles sich zur Ruhe anließ. Allein die in Friesland wider die Pächter und Aufseher entstandenen Bewegungen veranlaßten, nach Verlauf weniger Tage, einen neuen Aufruhr in der Stadt und den Ommelanden, und die Häuser der Aufseher wurden auch hier allenthalben niedergehauen. Die Abgeordneten der Stände sahen sich demnach genöthiget, am 10ten des Brachmonats alle Pächten abzuschaffen. In der Stadt machte man indeffen strenge Verordnungen gegen das Plündern; und hierauf hielt sich das Volk eine Zeitlang ruhig.

Man schafft  
auch alle  
Pächten ab.

XVII.  
Aufruhr in

In dem Lande Drente waren, um das Ende des Maymonats, dergleichen Bewegungen entstanden, in welchen man die Regierung zu zwingen suchte, die Erbstatthal-

terschaft

terschaft in der männlichen und weiblichen Linie einzuführen. Ein Einwohner zu Peise, Namens Sildeima, arbeitete hieran vorzüglich, und bewirkte, daß ein außerordentlicher Landtag ausgeschrieben ward, auf welchem, eben so wie in Grönningen geschehen war, Drente, die Erbstatthalterschaft und die Wiederherstellung verschiedener alten Rechte beschloffen ward. Allein in Ansehung der Pachten war nur verlangt worden, daß sie für das gegenwärtige Jahr eingestellet, und für das folgende halbe Jahr, so wie in den benachbarten Landschaften, eingerichtet werden mögten. In Overyssel war hie und da auch ein Auf- ruhr gegen die Pächter und ihre Bedienten entstanden: aber der Prinz hatte denselben, durch eine nachdrückliche Verordnung, die am 8ten des Brachmonats im Haag unterzeichnet war, gestillet. Es wurden auch nach Steenwyk, wo Ausschweifungen begangen waren, einige Schreyer gefandt, die das Volk in Ruhe hielten. In Geldern saßten die Stände, auf den Rath des Prinzen, gleichfalls einen Schluß, die Pachten vorläufig, für das gegenwärtige Jahr, still stehen zu lassen; welches die Gemüther, die hier auch zum Aufruhr geneigt waren, einige Monate beruhigte. Aber in Utrecht ward die hohe Regierung, durch eine Bewegung des Pöbels gezwungen, erst einige, und hernach alle Pachten aufzuheben; und hiemit ward es wieder still. In Seeland blieben die Pachten im Gebrauche, weil der Prinz den General-Lieutenant Everfsen befehliget hatte, den Pächtern, in Nothfalle, mit den Truppen des Staats gegen den Muthwillen des Pöbels beizustehen d).

Allein in Holland entständen im Brachmonate gewaltige Bewegungen, sobald man die Nachricht bekam, daß die Pachten in Frisland abgeschafft waren. In Har- lem fing der Aufruhr an, und verbreitete sich von dorten nach Leiden und dem Haag, und in kurzem nach Amsterdam. In allen diesen Städten, und vornehmlich in der leßtern, ward so heftig gegen die Häuser der Pächter gewüthet, daß man kein gleiches Beispiel davon hier zu Lande gesehen hat. Wir wollen daher auch diese schrecklichen Unruhen etwas ausführlicher erzählen.

Mit dem Anfange des Brachmonats verspürte man, an verschiedenen Orten in Holland, einen so großen Unwillen gegen die Pächter und ihre Bedienten, daß die vollmächtigsten Räthe eine ernstliche Verwarnung herausgaben, worin sie, in des Prinzen und ihrem Namen, nachdrücklich verboten, sich den Pächtern zu widersetzen, und die beseinwohner zugleich ermahneten, die Abstellung der bey den Pächten eingeschlichenen Mißbräuche, woran mit Gutbefinden des Prinzen schon gearbeitet wurde, mit Geduld abzuwarten. Die Verwarnung war am 12ten des Brachmonats unterzeichnet, aber noch nicht allenthalben verschickt, als das Feuer des Aufruhrs, auf die erste Zeitung, daß in Frisland alle Pachten gänzlich abgeschafft wären, am 13ten zu Harlem, in lichte Flammen ausbrach. Das Haus des Pächters, Johann Verwey, an dem Spaarne, ward zuerst von einigen Jungen angefallen, welche, des Abends um zehn Uhr, ansingen die Fenster einzuwurfen. Verwey befänstigte dieses Gesindel mit freundlichen Worten, und wandte dadurch das Unglück, das ihm drohete, auf etliche Stunden ab. Mittler- weile wurden die Fenster bey zween oder drey andern Pächtern eingeworfen; und darauf kam der Pöbel wiederum, in großer Anzahl, vor das Haus des Verwey, welches in großer Geschwindigkeit eingenommen und jämmerlich geplündert ward. Alles Hausge-

räthe

d) Notul. Zeel. 20 Sept. 1748. bl. 318.

1748.

räthe ward zerbrochen und in das Wasser geworfen. Die Geldbeute, welche man fand, wurden aufgeschnitten, und in den Spaarne ausgeschüttet. Drey andere Häuser der Pächter betraf, in derselben Nacht, ein gleiches Schicksal. Um halb zwölf Uhr fing man an die Trommel zu rühren, um die Bürger in die Waffen zu bringen. Aber diese waren eben so sehr, als der Pöbel, gegen die Pächter aufgebracht, und bezeigten wenig Neigung sie zu beschützen. Den folgenden Morgen ließ der Rath die Verwarnung des Prinzen und der bevollmächtigten Räthe, die man nun empfangen hatte, abkündigen: aber sie that eine ganz widrige Wirkung. Der Pöbel verschwor sich nunmehr, keinen Pächter weiter zu schonen; und gleich darauf wurden die Häuser noch zweener Pächter gestürmet und geplündert. In einem derselben machte man ein großes Feuer, worin Bücher, Brieffschaften und andere Sachen verbrannt wurden, und der wilde Haufe ließ kaum geschehen, daß die Flamme von den Nachbarn, die hieraus ein Unglück fürchteten, ausgelöscht ward.

Der Rath be- Der Rath, welcher der Abkündigung der Verwarnung, ernstliche Drohungen wider die schließt, alle Aufrührer beygefügt hatte, ward, als das Plündern fortging, auf einmal, anderes Sin- Pächten vor- nes, und beschloß, mit Einhebung der Lands- und Stadteinkünfte, durch die Pächter, häufig einzu- bis auf weitere Verfügung, einzuhalten, und ließ dem Volke diesen Schluß so gleich be- stellen. kannt machen. Die Gewaltthätigkeiten gegen die Häuser der Pächter wurden jedoch zu-

gleich zum andern Male verboten, und ein jeder gewarnt, daß denenselben, wofern man damit fortführe, nachdrücklich Einhalt geschehen sollte: Die Einstellung der Pächten verursachte eine große Freude unter dem Volke, welches gleich nach accessfreyem Bier und Brodte lief. Aber man hörte nicht auf zu plündern. Noch zwey Häuser der Pächter wurden seitdem gestürmet und erbärmlich zerstört. Die Plünderer raubeten auch, ohne Scheu, viele Sachen, und verkauften das Geraubete an andere, worin sie jedoch, zuwei-

Drey Com- missarien des Prinzen kom- men nach Harlem. len, von ihren Gefährten gehindert wurden. Gegen den Abend kamen die Herren van Grovestins, van Burmania und Chierry, im Namen des Prinzen, nach Harlem, und hörten, am folgenden Tage, die Beschwerden der Bürger, die bloß mündlich und so verwirrt vorgetragen wurden, daß kaum etwas davon zu begreifen war, als daß man die Pächten abgeschafft wissen wollte. Die Commissarien ermahneten die Bürgerschaft zur Ruhe und zum Gehorsam, und reisten darauf nach dem Haag zurück, um ihren Bericht abzustatten. Die Stände von Holland, die igo versammelt waren, wollten sich jedoch zu Aufhebung der Pächten noch nicht entschließen. Sie hielten dafür, daß die Einwohner ihre Beschwerden über die Einnahme der Landeseinkünfte entweder ihnen, oder dem Prinzen, auf eine ehrerbietige Art, ohne zu Thätlichkeiten zu schreiten, vorgetragen haben sollten; und zeigten zugleich an, durch welche andere Mittel dem Lande dasjenige

Die Stände ersetzt werden könnte, was man durch die Abschaffung der Pächten verlieren würde. Sie lassen abkündigen, daß die Pächten bey- behalten wer- den sollen. In Harlem wird das Gegentheil abgekündigt. befahlen auch, durch eine Abkündigung, die am 19ten des Brachmonats unterzeichnet war, daß die Pächten im Wesen erhalten werden sollten, und verlangten von den Obrigkeiten in den Städten, aller Gewaltthätigkeit zu steuern. Es hieß in dieser Abkündigung, daß sie, zufolge einem Schlusse, der nach ernstlicher Ueberlegung mit dem Prinzen, und nach dessen Hochweisem Rathe, abgefaßt wäre, geschähe. Allein in Harlem machte man Schwierigkeiten, diese Abkündigung zu thun, weil der Rath, der den Einwohnern mit der Abschaffung der Pächten geschmeichelt hatte, einen neuen Aufruhr befürchtete, wenn man ihnen bekannt machen würde, daß sie die Abstellung der Pächten vergebens gehoffet hätten. Man ließ daher öffentlich, am 21sten, die Erklärung thun, „daß die

„Verord-

„Verordnung, welche von den Ständen gemacht seyn sollte, und in den Zeitungen zu lesen wäre, niemals in der Stadt abgekündigt, noch beobachtet werden sollte; daß der Rath sein möglichstes thun würde, daß die Einnahme der Landeseinkünfte durch Pächter, auf ewig abgeschafft bliebe, und daß man ein solches Mittel, es sey ein Kopfgeld, oder etwas anderes, wodurch die Bürgerschaft am wenigstens beschweret würde, einzuführen suchen wollte.“ Und weil einige auf die Gedanken gerathen waren, daß der Rath, welcher sich auf die Bürgerschaft nicht genug verlassen zu können schien, vielleicht Willens seyn mögte, Truppen in die Stadt zu bringen; so versicherte er öffentlich, „daß er niemals eine solche Absicht gehabt hätte, und daß alle hievon ausgestreute Gerüchte der Wahrheit zuwider wären.“ Allein die Stände nahmen es sehr übel, daß die von Die Stände-  
Harlem dasjenige, was von ihnen, in ihrer Versammlung beschlossen war, nicht beob- nehmen dies  
achteten, und ließen allenthalben abkündigen, „daß sie die Erklärung des Rathes zu Har- sehr übel.  
lem, die ihnen auch in den Zeitungen zu Gesichte gekommen wäre, entweder für unrichtig oder für erzwungen hielten, dieselbe für ungültig erklärten, und alle Einwohner versicherten, daß sie dieselbe niemals gelten lassen würden: oder wofern die von Harlem, mir Verachtung der Befehle der Stände, und zum Nachtheile des gemeinen Landes, davon schon einige Vortheile gezogen haben mögten, sollten dieselbe auf eine andere Art vergütet werden.“ Aus dieser Abkündigung, welche am 22sten unterzeichnet war, sah man, wie fest die Stände bisher Willens blieben, die Pachten zu erhalten; es vergingen aber noch keine vier Tage, so änderten sie auf einmal ihre Meinung. Wir werden bald sehen, was dazu Gelegenheit gegeben habe. Unterdessen war das Volk zu Harlem, wo man nun keine Abgaben mehr bezahlte, und wo die Bürgerschaft einige Tage nach einander gewaffnet erschien, nach der Plünderung von sieben Pächterhäusern, allmählig ruhig geworden. Einige geraubete Güter wurden seitdem der reformirten Diaconie in Verwahrung gegeben, und ihr, im folgenden Jahre, von den Ständen aufgetragen, dieselben, so weit solches möglich wäre, den Eigenthümern wieder auszuliefern f).

Zu Leiden und in dem Haag, war das Plündern, vier Tage, nachdem man zu Harlem den Anfang damit gemacht hatte, am 17ten auch angegangen. In der er- Der Pöbel  
sten Stadt wollte ein Pächter einen Haufen Brennholz, welches er für sich gekauft hatte, plündert  
um einen niedrigen Preis verkaufen, um das Volk, welches schon gegen ihn und seines auch die Häu-  
gleichen zu murren angefangen hatte, zu frieden zu stellen. Aber weil er die Abgabe von fer der mei-  
dem Holze forderte, welche Niemand bezahlen wollte; so folgte auf das Murren ein Ha- zu Leiden.  
gel von Steinen, wodurch der Schultheiß, der mit einigen Soldaten gekommen war, um dem Muthwillen Einhalt zu thun, auf die Flucht getrieben ward. Gleich hierauf ward das Haus des Pächters gestürmet und geplündert. So dann lief der Pöbel nach drey oder vier anderen Pächterhäusern, wo aber, weil sie theils mit Soldaten besetzt waren, die Plünderung verhindert ward. Einer von den Pächtern bewirthete das Gesindel mit Bier und Wein, und bewog es, mit guten Worten, zum Abzuge. Allein ein anderer, welcher in der Gunst des Pöbels zu stehen glaubete, und daher keine besondere Vorsorge gebraucht hatte, mußte leiden, daß alles in seinem Hause, bis auf Thüren, Fenster und Pfosten, zerstört wurde. Das Plündern dauerte hier weit in die Nacht hinein; und den folgenden Tag kamen

§§ 2

die

e) Resol. Holl. 22, 25, 28 Jun. 1748. bl.

f) Resol. Holl. 16 Jul. 1748. bl. 539.

r748.

die Bürger in die Waffen. Thore und Brücken wurden besetzt, und Niemand, als den man kannte, durchgelassen. Und weil der Rath alle Gewaltthätigkeiten und Aufruhr, bey schwerer Strafe verboten hatte; so hielt sich der Pöbel zween Tage still; aber am 20sten erregte eine Weibsperson, welche durch die Gassen, auf eine Ruchenpfanne schlagend, lief, die Wuth von neuem. Das Haus des Pächters Cornelius van der Rok, ein schönes Gebäude, welches zuvor von den Soldaten beschützt, und hernach mit Brettern zugenanagelt worden war, litten den ersten Angriff. Das kostbarste Hausgeräthe ward hier zerstört, der Vordergiebel theils abgebrochen, und der Zierrath an dem Mauerwerke elendiglich verderbt. Die Häuser vier anderer Pächter hatten an diesem Tage ein gleiches Schicksal. In einem derselben wehrte man sich einige Zeit gegen den wilden Haufen; aber derselbe ward in kurzem so groß, daß man ihm das Haus preis geben mußte. Nur zween Pächter hatten den Sturm vorhergesehen, und ihre Häuser geräumt. Dieselben wurden nachher von den Eigenthümern offen gelassen, und zur Miete ausgeboten, und dadurch von der Zerstörung errettet. Der Rath folgte hier dem Beispiele des Raths zu Harlem, und ließ am 21sten abkündigen, daß die Pachten, bis auf weitere Verfügung, aufhören sollten. Aber ein Gerüchte, daß man Truppen in der Stadt erwartete, erhielt das Volk noch einige Tage in der Unruhe. Der Secretär David van Royen gab sich viele Mühe, die Leute zu versichern, daß dies Gerüchte erdichtet wäre; und solches ward auch öffentlich von dem Rathhause abgelesen. Allein die Bürgerschaft selbst, welche in großer Anzahl auf der Doele zusammen gekommen war, wollte sich nicht eher recht zur Ruhe begeben, als nachdem sie die Versicherung bekommen hatte, daß alle Pachten schlechterdings abgeschafft wären: welches auch nach wenigen Tagen geschah.

XX.

In dem Haag werden die Häuser einiger Pächter geplündert.

In dem Haag hatte man, den ganzen 17ten des Brachmonats, ein leises Gerüchte gehört, daß das Haus des Pächters van Spyk geplündert werden würde. Der Pöbel rottete sich jedoch nicht vor zehn Uhr des Abends zusammen, ward aber von dem Obersten Dierquens und den Bürgern, nach einigem Widerstande, aus einander getrieben. Das Haus des Pächters ward die ganze Nacht von der gewaffneten Bürgerschaft beschützt. Den folgenden Tag sandte der Kriegsrath einige Personen zu dem Prinzen, um sich bey demselben Raths zu erholen. Aber weil er krank war, konnte er ihnen kein Gehör geben. Die Prinzessin sagte ihnen jedoch, im Namen des Prinzen, daß sie der Gewalt, so viel es thunlich wäre, zu steuern suchen, und sich im Nothfalle der Befehle in dem Haag bedienen mußten. Der Rath ließ hierauf abkündigen, daß jeder sich vor Aufruhr hüten sollte, weil man beschloffen hätte, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Aber bald hierauf ward der Anfall auf das Haus des van Spyk wiederholet, und die Bürgerschaft, welche hier Wache hielt, durch einen Hagel von Steinen, der auf sie regnete, zum Weichen gezwungen. Als aber verschiedene andere Fahnen hernach anrückten, ward, nach langem Drohen, scharf unter den Pöbel geschossen, wodurch viele verwundet, und zween oder drey getödtet wurden. Hierauf flogen die Plünderer aus einander, und das Haus ward wiederum die ganze Nacht bewacht. Am 19ten des Morgens ward, zufolge dem Schlusse der Stände, dessen wir oben g) erwähnt haben, abgekündigt, daß die Pachten im Wesen bleiben sollten; und dieses schien die Wuth, die etwas zuvor schon, bey dem Hause eines andern Pächters, den Anfang mit Plündern gemacht hatte, ferner anzufeuern.

Zwo



Zwo Häuser, die einem Pächter gehörten, wurden hernach mit großer Gewalt angegriffen, nachdem man die Miethsleute gezwungen hatte, erst ihre Sachen zu retten. Am Abend ward das Haus noch eines Pächters geplündert. Die Bürger und die Soldaten thaten nun nicht den geringsten Widerstand, sondern setzten nur, daß die Häuser, wovon die Pächter Eigentümer, aber keine Bewohner waren, vor fernerer Gewalt bewahrt blieben. Nur ein einziger Pächter blieb hier, weil er bey dem Volke besonders beliebt war, von der Plünderung frey. Ein Soldat von der Leibwache des Prinzen, der sich in den Auf- ruhr gemengt hatte, ward einige Tage hernach in Verhaft gebracht, und von dem Hofe von Holland, wo man ihn vor Gericht stellte, zum Galgen verurtheilt. Wider die übrigen Frevler ward keine Untersuchung angestellt. Nachdem der Pöbel endlich aus- gerafet hatte, begab er sich von selbst zur Ruhe. Mittlerweile, da die Plünderung noch dauerte, waren auch Zettel ausgestreuet, und das Volk dadurch vor die Häuser des Rath- pensionärs Gilles und des Fiscals Anton van Wezele eingeladen worden. Diese beiden Männer wurden für Landesdiebe ausgescholten, und beschuldigt, daß sie viele Tausende von den Pächtern gezogen hätten. Der Rathpensionär meldete dieses den Ständen, welche ihre äußerste Zufriedenheit über die von ihm dem Lande bisher geleisteten Dienste bezeugten, und die gegen ihn ausgestreueten Gerüchte für schändliche Lasterungen erklärten. Sie nahmen auch, auf Rath des Prinzen, ihn und den Fiscal in ihren hohen Schutz, und versprachen sie für ihre Person, Haus und Güter kosten- und schadensfrey zu halten. Ueberdem setzten sie eine Belohnung von zehntausend Gulden für denjenigen aus, welcher den Verfasser, Drucker oder Ausstreuer der gedachten Schriften angeben würde. Der Prinz hatte auch die Vergütung gemacht, beider Häuser durch die Truppen des Staats beschützen zu lassen h). Aber man that ihnen weiter kein leid.

Die Wuth, welche man in Harlem, Leiden und in dem Haag gesehen hatte, XXI.  
kam jedoch an Heftigkeit und Dauer derjenigen nicht gleich, die einige Tage hernach zu Gewaltiger  
Amsterdam anfang. Die Zeitung von Aufhebung der Pachten in Frisland hatte hier Aufbruch zu  
schon zuvor ein Gemurre unter dem Volke erweckt, welches eben so, als die Nachbarn, Amsterdam.  
von den schweren Auflagen befreiet zu seyn wünschte, und nicht begreifen konnte, daß,  
statt dieser, andere Abgaben kommen müßten, deren Gewicht man noch nicht erfahren  
hatte. Die Reichthümer der Pächter stachen hier auch mehr, als an andern Orten, den  
Bürgern in die Augen, und sie waren dadurch, vor andern, in den gemeinen Haß gerathen.  
Viele wohlhabende Einwohner hielten auch dafür, daß die Pächter des öffentlichen Schu-  
hes unwürdig wären, und ausgerottet zu werden verdieneten: wiewohl andere der Meynung  
waren, daß man die Pachten ohne Plünderung abschaffen könnte, welche doch von dem  
Lande würde vergütet werden müssen. So sprach man hier, nachdem man erfahren hatte,  
was in Harlem vorgefallen war. Viele befürchteten auch, daß die Bewegung hier am  
17ten anfangen würde, gleichwie zu Leiden und in dem Haag, wie man nachher ver-  
nahm, geschehen war. Allein dieser Tag ging zum Ende, ohne daß sich etwas aufrü-  
hrisches äußerte. Nur hatten einige Leute Butter auf dem Buttermarkt gekauft, ohne davon  
Pacht zu bezahlen: worin man durch die Finger gesehen hatte. Kurz zuvor waren Zettel  
ausgestreuet, und jedermann dadurch, gegen den 20sten, auf den Damm eingeladen  
worden, um die Pachten abzuschaffen: aber auch dieser Tag verging, ohne daß etwas vor-

1748.  
Fürsorge des  
Raths.

fiel. Der Rath hatte unterdessen bey einigen Bürgerhauptleuten angefragt, ob man sich, im Nothfalle, auf den Beystand der unter ihnen stehenden Mannschaft verlassen könnte, aber von ihnen vernommen, daß die meisten Bürger sich hätten verlauten lassen, daß sie keine Häuser der Pächter beschützen würden. Viele führten auch eine solche Sprache so öffentlich, daß das Volk darauf dreist ward, und sich desto leichter verführen ließ, das Werk hier, in kurzem, auch anzufangen. Die neuen Verordnungen der Stände von Holland, wegen Vertheilung der Pachten, wurden hier alsbald, und die letztere, welche gegen die Erklärung des Raths zu Harlem gerichtet war, am 21sten des Brachmonats abgeköndigt. Man war nun mehr, als zuvor, vor einem Aufruhr auf dem Buttermarkte bange, wo, wegen des Markttages, viel Volk zusammen kam. Der Rath hatte auch Sorge getragen, daß ungefähr vierzig Bürger von der Fahne des Hauptmanns Lestevenon auf die Regulierswage gelegt wurden, von wannen sie das, was auf dem Buttermarkte vorging, beobachten konnten. Die Butterpachtbedienten saßen in ihrer Schreibstube auf der Wage. Sie gaben Pachtzettel an diejenigen aus, welche sie verlangten, und sahen zu dem Unterschleife, welchen einige machten, durch die Finger. Um halb elf fing ein Junge an einigen Muthwillen an der Schreibstube zu verüben; worüber er von einem Gerichtsbienner bestraft und weggejaget ward. Als der Pöbel hierauf anfang zu murren und zu schelten; so schlug einer aus dem Haufen, die Fenster in der Schreibstube ein. Man ergriff ihn, und führte ihn nach der Wage. Die Bürger aber, welche auf den Lärmen, herunter gekommen waren, ließen ihn gleich wieder los. Allein weil er sich beklagte, daß er zween goldene Ringe vermisste, welche jedoch nirgends zu finden waren; so entstand hierüber eine solche Bewegung unter dem Pöbel, daß derselbe mit Steinen auf die Bürger warf, wodurch der Lieutenant an der Wage verwundet ward. Der Oberste Wilhelm van Loon Jansohn, der in Abwesenheit des Hauptmanns Lestevenon den Befehl über die Bürger führte, gab sich viele Mühe, das Volk zur Ruhe zu bringen, und befahl endlich, als Worte nicht mehr halfen, scharf unter den Haufen zu schießen, wodurch drey getödtet, und einige verwundet wurden. Unter den ersten war ein Unschuldiger, der sich bloß aus Neugier in das Gedränge begeben hatte; und unter den letzten eine Weibsperson, die, ohne Scham, ihre Röcke aufgehoben, und den Bürgern den Hintern gezeigt hatte; worauf sie eine Kugel in den Schenkel bekam, wovon sie, in kurzem, starb. Das Schießen zerstreute den Pöbel und die Neugierigen in einem Augenblick; wiewohl zween Aufrührer noch hernach eine Weile mit Steinen warfen. Allein das Feuern von Bürgern auf Bürger, wie man es nannte, ward unterdessen von den einfältigen Leuten gemißbilliget. Man rieth dem Obersten van Loon, der es befohlen hatte, sich auf einige Zeit, nicht sehen zu lassen. Sein Haus ward auch, so lange der Aufruhr daurete, durch eine Bürgerwache beschützt. Der Pöbel, der nun von dem Buttermarkte vertrieben war, lief, um Mittagzeit, in großer Anzahl nach dem Hause der Pächter Adrian und Peter de Nooi, welche zunächst an dem Buttermarkte, am Reizersgracht, bey dem Reguliersgracht, wohnten. Die Hausthüre ward mit Hammern aufgeschlagen; worauf das Gesindel hineinstürzte, alles zu Grunde richtete, und das zerbrochene Hausgeräthe und das Geld selbst in das Wasser warf. Die Menge dieses wilden Volkes, welche in kurzem sehr groß geworden war, theilte sich hernach in verschiedene Haufen, deren jeder besondere Pächterhäuser angriff, welche alle jämmerlich geplündert, und einige sehr übel zugerichtet wurden. Unterdessen ward in verschiedenen Quartieren die

Anfang des  
Aufruhrs  
auf dem Butter-  
markte.

Man schießt  
scharf unter  
die Aufrühr-  
er.

Die Häuser  
der Pächter  
werden ge-  
stürmet und  
geplündert.

die Trommel gerührt, um die Bürger in die Waffen zu bringen: aber der Pöbel scheuete sich nicht, die Trommelschläger mit Gewalt daran zu hindern. Die wenigen Bürger, die in das Gewehr gekommen waren, stellten sich bey einigen Pächterhäusern; allein die meisten zeigten wenige Neigung, dieselben zu beschützen, und sahen dem Plündern zu, ohne es zu verwehren; welches auch diejenigen, die Herz und Muth genug hatten, der Gewaltthätigkeit zu steuern, nöthigte sich still zu halten. Die Aufseher der Abgabe von Abscheulichen Weinen, welche bey den Weinschenken und denen, die viel in Wirthshäusern verkehrten, auch bey einigen Bürgern, die sich von ihnen zu hoch angesetzt zu seyn glaubeten, sehr verhaßt geworden waren, wurden, ob sie gleich nur, bey dem Weinpachte, Bedienten einer Gesellschaft von Weinhändlern waren, zu welcher sie jedoch selbst gehörten, so wenig als die übrigen Pächter mit der Plünderung verschont. Das kostbarste Hausgeräthe, Schilderereyen, Bücher, Silberzeug, alles ward verdorben oder zerstört. Die Wein- und starke Getränke, die man in den Kellern dieser Leute in großem Ueberflusse antraf, wurden unmäßig eingeschluckt, oder muthwillig verschüttet. Ganzen Orhösten ward der Boden eingeschlagen, und der rothe Wein floß so reichlich durch die Gassen und Rinnen, daß das Wasser in den Gräben dadurch gefärbt ward. Mit dem Abend, und da nun der Pöbel das Getränk im Leibe hatte, ward die Wuth größer, und brach in die unbändigsten Ausschweifungen aus; indem das Gefindel sich nicht scheuete, öffentlich Unzucht zu treiben, da indessen ihre Gefährten mit Plündern oder Schwelgen beschäftigt waren. Man sagt, daß in einem Hause, außer den Stückfässern und Orhösten, auf dreyßigtausend Flaschen Wein ausgesoffen oder verthan worden sind. In den meisten Häusern wurden alle Zimmer, bis oben an den Giebel, leer geplündert, und zuweilen schwere Stücke Hausgeräthe und Geldkasten herunter geworfen, daß alles bebete und krachte, wo es nieder fiel. Dessen wurden auch die Plünderer, die darunt stunden, und das herabgestürzte Hausgeräthe ferner zerstörten, und in das Wasser trugen, durch die Kasten, Tische, Thüren, die, ohne für jemanden Achtung zu haben, aus den Fenstern geworfen wurden, verpundet, und zuweilen gar getödtet. Die Wuth dauerte die ganze Nacht, und den folgenden Tag hindurch, obgleich der Rath, schon bey Zeiten, hatte abkündigen lassen, daß er von dem Verlangen der Einwohner, die Pächten abgeschafft zu sehen, den Ständen und dem Prinzen Nachricht gegeben hätte, mit der Ermahnung, den Ausgang der Berathschlagungen über eine so wichtige Sache mit Geduld abzuwarten. Der Pöbel scheuete sich nicht, mitten am Tage, das Haus eines Aufsehers der Abgaben vom Weine, welches auf dem Vygendam, im Gesichte des Rathhauses stand, zu stürmen. Man hatte aus diesem Hause das beste Geräthe weggebracht, und es hernach verschlossen, und zur Mische ausgeboten. Allein der Pöbel drang, unter einem müßigen Geschrey von Oranje boven! oder Zuzza! welches die gewöhnliche Losung der Plünderer war, bald in dasselbe hinein; und alles, was man darin fand, ward zerstört. Einer der Bürgermeister, der diese Gewaltthätigkeit, durch die Fenster des Stadthauses, mit ansehe, hatte, wie man versichert, nicht Muth genug, derselben zu steuern, obgleich ein Bürgerhauptmann ihm dazu seine Dienste anbot. In andern Häusern wurden an diesem Tage gleiche Ausschweifungen verübet. Etliche wenige Miethhäuser, die man bey Zeiten ausgeräumt hatte, wurden von fernerer Gewalt verschonet. Bey dem Keller, wo die Salz Händler das Salz sackweise holeten, ward der Wuth auch Einhalt gethan. Die Plünderer ließen sich bedeuten, daß sie darin nichts als Salz, das zur Erhaltung so vieler Lebensmittel nöthig wäre,

1748.

Ausschweifungen in den Häusern der Aufseher der Abgaben von Wein.

1748.

Die Bürger-  
schaft stiller  
endlich den  
Aufbruch.

wäre, finden würden. Nunmehr hatte man auf zwanzig Pächterhäuser, in weniger als zweien Tagen, geplündert, da der, des Rasens nun einmal gewohnte Pöbel, auch andern Häusern zu drohen anfang. Man streuete wenigstens aus, daß die Anführer Verzeichnisse hätten, worauf noch viele Häuser stünden, die man der Wuth des Pöbels preis geben wollte. Die Bürgerschaft begriff endlich die Gefahr, welche ihr und der Stadt drohete, und kam, auf Ermahnung des Raths, wiewohl erst nach Mittage, in Bewegung. Verschiedene Fahnen zogen mit stiller Trommel auf, und begaben sich nach den Gegenden, wo die meiste Gefahr befürchtet ward, und vornemlich nach dem Rathhause. Die Arbeiter bey der Wage, die Bier- und Torsträger wurden auch mit Gewehr versehen. Gegen den Abend kamen die Plünderer vor das Haus eines Pächterbedienten auf dem blauen Burgwal. Sie stürzten gleich zur Thüre nach den oberen Zimmern hinein. Aber diesen Augenblick kamen zwey Fahnen Bürger, unter den Hauptleuten Nachthaus Lestevenon Abrahamssohn und Theodor Wynants, angezogen, mit denen sich noch eine dritte, unter dem Hauptmann Friderich Berewouts, vereinigte. Die Zugänge wurden gleich besetzt. Allein einige Bürger hatten schon zuvor auf die Plünderer geseuert; wodurch der zaghafte Haufe versagt, und das Haus vor fernerer Gewalt beschützt ward. Der Muthwille verlorh auch seine Kraft, sobald die Bürgerschaft sich ernstlich dagegen zu setzen anfang. Ein Schwedischer Schiffnecht, der den meisten Plünderungen bengewohnt hatte, und iho noch, bey dem Hause eines Schneiders, Gewalt drohete, ward von einigen Bürgern erschossen, und hernach, zufolge einem Urtheile der Schöppen, heraus geschleppt, und bey einem Beine an den Galgen gehängt. Einige Anführer wurden ergriffen; und zweien Tage hernach brachte man zweien Anführer des wilden Hausens in das Gefängniß; einen Gärtner von schlechtem Ruse, Namens Peter van Dort, und eine Weibsperson, welche Schollen, Pflingel und Citronen auf dem Markte zu verkaufen pflegte. Diese beide waren bey den meisten Plünderungen die Anführer gewesen. Der Kerl, welchen der Pöbel Bürgermeister nannte, weil er bey einem Pächter eine große Perücke geraubt, und aufgesteckt hatte, trug gemeinlich die Fahne, und ertheilte Befehle an den Pöbel, der ihm folgete. Die Weibsperson hatte schon auf dem Buttermarkte Steine zusammen gerafft, und war eine der ersten bey der Plünderung des Hauses von de Woot gewesen. Der Gärtner ward von einigen Bürgern in einem Bierkeller ergriffen, und das Weib von einem der Unterschultheissen in Verhaft genommen. Sie wurden beide vor den Schöppen verhört, zum Tode verurtheilt, und den folgenden Tag zu Mittage aus der Wage aufgehängt. Das Weib schrie, als sie nach der Gerichtsstätte ging, und ehe sie gehängt ward, grenlich, Rache! ihr Bürger, Rache! Aber der Kerl gab keinen laut von sich. Jedoch als er kaum aus dem Fenster herunter gelassen war, entstand, unter den Zuschauern, ein gewaltiges Gedränge, welches, wie man glaubt, durch einige Bürger verursacht ward, welche, nachdem sie die Runde durch die Stadt gehan hatten, über den Vygendam nach dem Damme kamen, und, wie die Zuschauer sie nicht durchlassen wollten, blind darunter geschossen hatten; worauf auch von der auf dem Damme stehenden Bürgerschaft scharf geseuert, und dadurch einige verwundet, und einer oder mehrere getödtet worden waren. Da nun jeder von den Zuschauern sich davon zu machen suchte, kamen viele unter die Füße, und wurden jämmerlich zertreten; viele wurden in das Wasser gedrängt, worin auch einige, aus Angst von den hohen Stellen, wo sie geseffen hatten, herunter stürzten. Man sagt, daß viele, unglücklicher Weise, in dem Gedränge umgekommen

Zwey Mä-  
delssführer  
werden er-  
griffen und  
gehängt.

Unglückli-  
cher Zufall  
auf dem  
Damme.

umgekommen seyn. Dies ist gewiß, daß viele in dem Wasser erstickt sind, deren Anzahl man auf vierzig geschätzt hat. Mit diesem Unfalle, wovon das Gerücht die ganze Stadt mit Bestürzung und Schrecken erfüllte, und worüber viele den Muth verlohren, hörte der Aufruhr auf, der in Amsterdam wegen der Pächter entstanden war. Die Bürger blieben noch einige Tage in den Waffen, und thaten die Rinde durch die Stadt, wodurch aller fernerer Aufstand verhindert ward. Der Rath hatte auch, nach Stillung des Aufruhrs, welchen er der Bosheit einiger Fremden zuschrieb, in allen Quartieren den Befehl gegeben, auf das erste Zeichen eines Aufstandes die Waffen zu ergreifen, und der ersten Fahne, welche vor einem Hause, das mit der Plünderung bedrohet, oder angegriffen werden möchte, erscheinen würde, fünfhundert Gulden versprochen. Die Canalsfeger der Stadt waren auch, nach der Hinrichtung der zween Aufrührer, befehliget worden, das verderbte Hausgeräthe, welches allenthalben in den Canälen herumtrieb, aufzufischen, und nach den Pächthäusern der Stadt zu bringen. Mit diesem Aufsuchen hatten sich schon zuvor einige geringe Leute, denen darin nachgesehen war, beschäftigt.

In andern Holländischen Städten und auf dem Lande ward auch einige Gewalt wider die Häuser der Pächter verübt; aber dies kam in keine Vergleichung mit dem, was in Harlem, Leiden, dem Haag, und besonders zu Amsterdam geschehen war. In einigen Städten hatte man auch Mittel gebraucht, dem Aufstuhre vorzukommen. Zu Rotterdam that die Bürgerschaft, bey Zeiten und täglich, Runde durch die Stadt, wodurch das aufrührische Zusammenlaufen verhindert ward. Man verließ sich hier auch auf einige Fahnen Schweiser, welche dicht bey der Stadt lagen. Die Diaconen der reformirten Kirche hatten überdem bekannt machen lassen, daß diejenigen, welche selbst, oder deren Kinder an einer Plünderung Theil genommen hätten, von ihnen niemals die geringste Deyhülfe zu hoffen haben sollten.

Es war ein Unglück, daß der Prinz, in der größten Hitze dieser Unruhen in den Holländischen Städten, unpäplich gewesen war, so, daß man mit ihm gar nicht, oder kaum, über die Mittel dieselben zu stillen, hatte Rath halten können. Man hatte jedoch in zween Abkündigungen der Stände, welche nach dem Anfange der Bewegungen herausgekommen waren, gelesen, daß sie, mit Vorwissen und Rathe des Prinzen beschloßen hätten, die Pachten im Wesen zu erhalten. Das Volk konnte daher nicht erwarten, daß der Prinz einen Vorschlag, dieselben abzuschaffen, vornehmen würde. Man vermuthete es auch in der Versammlung von Holland gar nicht. Allein den 25sten des Brachmonats, dem Tage, nachdem die Plünderung zu Amsterdam ihren Anfang genommen hatte, verfügte er sich, nachdem er kaum von seiner Krankheit wieder hergestellt war, in die Versammlung der Holländischen Stände, und that ihnen folgende Vorstellung: „Es wäre nichts neues, daß die Einwohner dieser Lande eine Neigung gezeigt hätten, die Pachten der landeseinkünfte von der Accise abgeschafft zu sehen; und kluge Köpfe hätten auch dafür gehalten, daß geschicktere Mittel erfindig zu machen wären, mit weniger Weitläufigkeit und Beschwerung der Einwohner, eben dieselben oder größere Summen,

1748.

„als die Pächter bezahlten, in die landescasse zu bringen. Jedoch hätte diese Meinung sich niemals so deutlich gezeigt, als gegenwärtig, da dieselbe in eine so unmaßige Hitze ausgebrochen wäre, daß die in der Abkündigung der Stände vom neunzehnten dieses gebrauchten überzeugendsten Gründe, dieselbe nicht hätten stillen können. Es wären daraus auch Thätlichkeiten entstanden, welche die betrübtesten Folgen nach sich ziehen könnten. Allein, wie sehr diese Thätlichkeiten auch zu mißbilligen wären; so wäre doch dabei merkwürdig, daß sie nicht aus dem bösen Grundsätze herkämen, daß man sich der gemeinen Auflagen zu entziehen suchte. Der alte Eifer der rechtschaffenen Niederländer, das ihrige willig, zur Rettung des Vaterlandes, aufzuopfern, wäre noch nicht erloschen, sondern lebete so sehr, als jemals in den Herzen: welches aus der Freudigkeit erhellte, mit welcher eine so schwere Last, als die freywillige Gabe wäre, bezahlet würde. Indem er also die Sache von diese Seite betrachtete; so hätte er, ungeachtet er kaum von seiner schweren Krankheit hergestellt wäre, nicht länger anstehen können, in der Versammlung der Stände zu erscheinen, und sie inständig zu ersuchen, von Stund an die Pachten abzuschaffen, und ihre Berathschlagungen eiligst auf die Ausfindung und Verwerfstellung solcher andern Mittel zu richten, die ohne mehrere Beschwerde der Einwohner, statt der Pachten eingeführt werden könnten: woben, unter andern, seiner Meynung nach, die Auflage eines Kopfgeldes in Betrachtung kommen würde.“

Die Stände beschließen dieselbe.

Die Abgeordneten, welche überhaupt eine solche Vorstellung nicht vermuthet hatten, sahen einander an, ohne etwas zu sagen. Er ließ ihnen Zeit, dieselbe in Erwägung zu ziehen, und ging so gleich aus der Versammlung. Es wäre auch nicht länger, als bis zum folgenden Tage, da sie die Aufhebung aller Pachten, zufolge dem Vorschlage des Prinzen, öffentlich abkündigen ließen, nachdem sie gleich, als er weggegangen war, nach einer kurzen Berathschlagung, deswegen einen Schluß gefaßt hatten i). Allein der Vorschlag des Prinzen war, ehe man noch wußte, was darauf beschloffen war, gedruckt in den vornehmsten Städten ausgestreuet worden. Man hatte ihn schon in Amsterdam, den Tag nachdem er geschehen war; welches nicht wenig beyrug, den Rath zur Einwilligung in den Schluß zu bewegen, welchen die Abgeordneten zu der Versammlung der Stände, ohne Rücksprache halten zu können, gefaßt hatten.

Die Pachten werden abgeschafft. Und auf diese Weise wurden die Pachten abgeschafft, die hier zu Lande zweyhundert Jahre, oder noch länger, im Gebrauche gewesen waren.

XXIII.

Der Prinz schlägt vorläufig ein Mittel, statt der abgeschafften Pachten, vor.

Die Stände von Holland hatten gleich Commissarien ernannt, um zu überlegen, auf welche Weise man jährlich zehn Millionen ausfindig machen könnte, welche das Land, durch Abschaffung der Pachten, verlieren mußte. Man befand aber gar bald, daß die neuen Mittel, deren man sich statt der Pachten würde bedienen müssen, nicht so geschwinde würden in das Werk gerichtet werden können, als nöthig war, um den Zustand der Finanzen der Provinz gegen eine unüberbringliche Verwirrung sicher zu stellen. Der Prinz, welcher den Berathschlagungen über diesen wichtigen Punkt



Punkt öfters in Person beywohnete, that also den Vorschlag, „daß den Bürgermeistern der Städte und den Schultheißen und Gerichten auf dem Lande vorläufig, und bis man andere Mittel bestimmt haben würde, der Betrag dessen, was das Land, im verwichenen Jahre 1747, von den Pachten gehoben hätte, welcher mit der Zehnten Erhöhung, den Strafgebern und einigen Unkosten, in allem jährlich auf zehn Millionen gerechnet, und auf den Fuß der allgemeinen Steueranschläge vertheilt wäre, zuzuschlagen sey. Daß man monatlich, mit dem ersten des Heumonats anzufangen, einen zwölften Theil dieses Anschlages bezahle, und die Bürgermeister und Gerichte dafür stehen, denselben aber durch Schatzungen der Einwohner, Haushaltungen und Personen aufbringen sollten. Daß, ehe diese Schatzung geschähe, ein jeder ermahnet werden sollte, sich selbst, nach demjenigen, was er zu den Pachten bezahlet hätte, oder hätte bezahlen sollen, zu schätzen; und daß man solche Summen vorläufig von jedem zu heben hätte, bis die Schatzung, von wegen der Bürgermeister und Gerichte, ordentlich geschehen seyn würde. Daß endlich die Bürgermeister und Gerichte, wenn sie ihren Anschlag nicht monatlich bezahlten, durch unverweilte Zwangsmittel dazu anzuhalten wären.“ Nachdem die Commissarien den Ständen von ihren Berathschlagungen, in Gleichförmigkeit des Gutachtens des Prinzen, Bericht abgestattet hatten; so ward der Vorschlag von den Abgeordneten zum Berichte angenommen k), und von den Obrigkeiten der Städte ernstlich erwogen und untersucht. Verschiedene Städte, und Amsterdam insonder- Einige Städ- heit, fanden dabey beträchtliche Schwierigkeiten. Man merkte unter andern an, te finden da- daß verschiedene verpachtete Abgaben fast allein aus dem Handel geflossen, und gro- bey Schwie- ßentheils Fremden, für deren Rechnung hier einige Waaren gekauft oder verkauft würden, zur Last gefallen wären, womit man die Einwohner nicht füglich beschweren könnte. Allein diese Schwierigkeit ward bald aus dem Wege geräumt. Man be- Man be- schloß diese Abgaben, welche in Auflagen auf die Wage, das runde Maas, das ein- schießt, eini- kommende Getreide, den einkommenden Taback, die groben Waaren, und in dem vierzigsten Pfenninge auf die Schiffe bestunden, von landeswegen durch eine ein- ge verpachte- te Auflagen- sammlung zu heben; welches auch schon mit dem Anfange des Augustmonats gescha- einsammeln zu lassen. he. Die Stände machten auch hierüber einen Schluß, der meistens mit dem Vor- Der Vor- schlage des Prinzen übereinstimmte. Nur ward darin noch festgesetzt, „daß die Bür- schlag des- germeister der Städte, bey Verfertigung des Anschlages der von den Einwohnern Prinzen wird zu bezahlenden Auflagen, um Commissarien neben sich bey den Ständen und dem mit einiger Verände- Prinzen ansuchen sollten. Daß, wenn die Bürgermeister und die Gerichte unver- rung geneh- rüßig nachlässig blieben, ihren Antheil zu entrichten, sie von dieser ihrer Nachlässig- miget. keit dem Prinzen die Ursache anzeigen, und dieser, nebst einigen aus der Versamm- lung der Stände von ihm zu wählenden Abgeordneten, diese Ursachen untersuchen sollte; worauf es sich zeigen würde, ob man die unverweilten Zwangsmittel gebrau- chen könnte, oder nicht. Daß endlich dieses Mittel nur auf sechs Monate Statt ha- ben, und man keine Verlängerung dieser Zeit zugeben sollte, es sey denn, daß, nach Verlaufe der gedachten sechs Monate, noch keine andere Mittel ausgefunden, und

k) Refol. Holl. 6 Jul. 1748. bl. 558.

1748. „in Gebrauch gebracht worden seyn mögten 1).“ Ferner machte man eine Vertheilung der zehn Millionen, die Holland, statt der abgeschafften Pachten, zusammen bringen mußte; und zufolge derselben bezahlte

Vertheilung  
von zehn  
Millionen  
über Hol-  
land.

Dordrecht, und was darunter gehörete 511960 Gulden.

Harlem „ „ „ 801200 —

Delft „ „ „ 1492860 —

Leiden „ „ „ 783130 —

Amsterdam „ „ „ 3802790 —

Gouda „ „ „ 459500 —

Rotterdam „ „ „ 997950 —

Gorinchem „ „ „ 141760 —

Briel „ „ „ 232290 —

das Süderquartier 9223440 Gulden.

Alkmaar „ „ „ 267100 —

Zoorn „ „ „ 153240 —

Enkhuizen „ „ „ 105060 —

Edam „ „ „ 33320 —

Monnikendam „ „ „ 68420 —

Nederblit „ „ „ 45460 —

Purmerende „ „ „ 61260 —

Die Inseln „ „ „ 42700 —

das Norderquartier 776560 —

In allem 10000000 Gulden.

Schwierig-  
keiten bey  
der Einfüh-  
rung dieses  
Mittels.

Diesen Einrichtungen zufolge wurden die Landeseinwohner ermahnet und angewiesen, einen oder mehr Monate, auf Rechnung desjenigen, was sie in den abgeschafften Pachten hatten tragen müssen, zu bezahlen. Die Einwohner wurden auch, bald darauf, so weit es sich thun ließ, nach ihrem Aufwande, geschätzt. Aber diese Schätzung fiel meistens auf die Reichen. Geringe und Arme wurden entweder gar nicht geschätzt, oder bezahlten das nicht, was ihnen abgefordert ward; ob sie gleich zuvor, so wohl als die Begüterten und Reichen, zu den abgeschafften Pachten das ihrige hatten beitragen müssen. Ueber die Ungleichheit dieser Schätzungen, einen Fehler, der, besonders in großen Städten, schwer zu verhüten ist, ward sehr geklagt. Man sah auch ungerne, daß die durchreisenden Fremden von verschiedenen Abgaben frey blieben, zu welchen sie vorher etwas beigetragen hatten; und wegen aller dieser Ursachen ward die Schätzung, statt der abgeschafften Pachten, nicht ohne vieles Murren und Mißvergnügen bezahlt. Die Stände klagten, in einer Abkündigung vom 8ten, öffentlich darüber. Die Erfindung eines andern Hilfsmittels, statt der abgeschafften Pachten, hatte auch so viele Schwierigkeiten, daß das vorläufig auf sechs Monate angeordnete Mittel dreyimal sechs Monate im Gebrauche blieb, und erst mit dem Ende des Jahres 1749 aufhörte.

Unter dessen

1748.

XXIV.

Unterdessen kamen, nachdem die Pachten abgeschafft waren, allenthalben Entwürfe von andern Auflagen, die man für besser hielte, an das Licht. Verständige und unverständige beschäfftigten sich damit. Die meisten dieser Entwürfe liefen auf ein Kopf- oder Familiengeld hinaus, und kamen, in so weit, mit dem Vorschlage des Prinzen überein. Der Prinz läßt an einem Entwurfe zum Kopfge-  
 Aber man befand gar bald, daß in vielen dieser Entwürfe die Anzahl, in den meisten das Vermögen der Einwohner viel zu hoch angesetzt war. Viele hielten auch dafür, daß, de arbeiten,  
 wenn gleich so wohl eines als das andere, so viel möglich, nach der Wahrheit angesetzt würde, man doch, wegen der großen Anzahl der armen und geringen Einwohner, der durchreisenden Fremden und der Seefahrenden, unüberwindliche Schwierigkeiten bey der Anordnung eines allgemeinen Kopfgeldes antreffen würde, daß so viel eintrüge, als die abgeschafften Pachten gesthan hätten. Aber der Prinz, der unter andern ein Kopfgeld in Vorschlag gebracht hatte, ließ, unter seiner Aufsicht, fleißig an einem Entwurfe zu diesem Ende arbeiten, welcher jedoch, erst im Frühlinge des folgenden Jahres, in der Versammlung der Stände übergeben ward. Der Entwurf bestand in einem dreysachen Familiengelde. Man schlug vor, 1. jede Person zwey Stüber wöchentlich, oder fünf Gulden zehn Stüber jährlich bezahlen zu lassen; 2. jeden überdem, nach Verhältniß seines Aufwandes und Gewerbes, auf eine höhere Summe zu schätzen; welche Schätzung man nach dem Betrage der Hausmiete einzurichten gedachte, jedoch so, daß die verschiedene Miete der Häuser in den besondern Städten dabey in Betrachtung gezogen würde; und 3. den ein Gewerbe treibenden Leuten und Traficanten, worunter man Ralk- und Ziegelbrenner, Töpfer, Tabackspfeiffenmacher, Geschütz- und Glockengießer, Rattundrucker, Grobschmiede, Delschläger, Zuckerbecker, Brauer, Seifensieder, und viele dergleichen verstund, noch eine besondere Schätzung aufzulegen, die entweder nach den bey diesen Gewerben gebräuchlichen Werkzeugen, oder nach den Waaren, die man dazu nöthig hätte, oder nach der Miete der Gebäude und Plätze, worin sie getrieben würden, oder endlich nach dem Betrage der Grundsteuer dieser Plätze eingerichtet werden mußte. Aber außer und an einem diesem Entwurfe eines Familiengeldes hatte man noch einen andern gemacht, nach welchem Entwurfe, die verpachteten Aufsa-  
 die zuvor verpachteten Auflagen, durch eine Collecte oder Einsammlung, gehoben werden könnten. Der Prinz übergab diese beiden Entwürfe den Ständen von Holland, am 2ten April 1749, nebst einem schriftlichen Vorschlage des Inhalts, „daß er, bey dem-  
 „im verwichenen Jahre, statt der Pachten, vorgeschlagenen Kopfgelde, nicht die Absicht Er übergiebt  
 „gehabt hätte, die Verathschlagungen der Stände einzuschränken, sondern nur Anleitung beide den  
 „zu Ausfindung eines geschickten Mittels, außer der Verpachtung, zu geben, wodurch die Ständen.  
 „allgemeine Neigung der Einwohner vergnügt werden könnte. Daß er mittlerweile  
 „schon zeitig ein Mittel, bis auf weitere Verfügung, vorgeschlagen hätte, wodurch dasje-  
 „nige ersetzt werden könnte, was das Land durch die abgeschafften Pachten verläßre.  
 „Aber daß er mit Schmerzen erfahren hätte, daß die Glieder der Versammlung der  
 „Stände nicht mit der nöthigen Geschwindigkeit diesem Mittel seine Vollkommenheit zu  
 „geben gesucht hätten; indem auch die ernstliche Abkündigung vom 8ten des letztverwi-  
 „chenen Wintermonats von geringer Wirkung gewesen wäre, so, daß unlängst, im April,  
 „eine nähere Abkündigung, wegen Ablieferung der benötigten Gelder in die Landesrech-  
 „nungskammer aus dem vorläufig eingeführten Mittel, darauf hätte folgen müssen.  
 „Daß er diese Umstände gerne unberührt gelassen hätte; aber daß er genöthiget wäre,  
 „derselben zu erwähnen, um den Zeitverwandten und Nachkommen zu zeigen, daß er an  
 „dem

1748.

„dem Nachtheile, welchen das Land aus dieser Langsamkeit litten, und an dem übrigen Un-  
 „theile, das daraus weiter entstehen könnte, unschuldig wäre. Daß sich die Neigung der  
 „Einwohner von den Plackereyen der Pächter befreyet zu seyn, lange vor Abschaffung der  
 „Pachten, gezeigt hätte, und sich noch aus den mancherley Entwürfen anderer Auflagen  
 „zeigte, die ihm von Zeit zu Zeit überreicht, und gerne angenommen wären, weil man  
 „daraus abnehmen könnte, daß die Einwohner noch geneigt blieben, die Landesauslagen  
 „freudig und mit gleichen Schultern zu tragen. Daß man jedoch alsbald, und bey nä-  
 „herer Untersuchung, je länger je deutlicher gesehen hätte, daß die Einführung eines voll-  
 „kommenen Entwurfes von einem Familienkopfgelde, welches von Großen und Kleinen,  
 „Reichen und Unvermögenden, Kaufleuten und Rentnieren, auf gleiche Weise, nach  
 „eines jeden Stande und Vermögen, entrichtet werden müßte; wodurch die Gewerbe,  
 „Manufacturen und Trasken, die so vieles in die abgeschafften Pachten bezahlet hätten,  
 „nicht gedrückt, sondern so viel möglich, erleichtert würde, und mozu endlich auch die  
 „große Anzahl der durchreisenden Fremden und Seefahrenden das ihrige beytrüge, eine  
 „große Untersuchung und Kenntniß der Sachen erforderte, ehe man sich davon einen ge-  
 „wünschten Erfolg versprechen könnte. Aber daß, auf der andern Seite, die Noth auch  
 „stark triebe, ein endliches Mittel, statt der Pachten einzuführen. Daß diese Betrach-  
 „tungen ihn nicht abgeschreckt, sondern bewogen hätten, die Sache mit mehrerem Eifer  
 „anzugreifen, und, mit Rathe und Hülfe verständiger Leute, die Schwierigkeiten zu über-  
 „winden. Daß hiezu nicht mehr als zween Wege übrig zu seyn schienen, entweder die  
 „Einführung eines verschiedentlich nach eines jeden Aufwande, Stande, Gewerbe und  
 „Vermögen vertheilten Familien-Kopfgeldes, oder die Einsammlung der Auflagen,  
 „wovon die Pachten abgeschafft wären, auf die gleichste, sicherste und am wenigsten kost-  
 „bare Weise. Daß, unter seiner Aufsicht, schon vor einigen Monaten, ein Entwurf  
 „eines Kopfgeldes, fertig gemacht wäre; aber daß er denselben aus der Baysorge zurück-  
 „gehalten hätte, daß solcher Gelegenheit hätte geben können, die Bewerfstellung des  
 „vorläufig festgesetzten Mittels ferner zu verzögern. Daß er, in Erwägung, daß es Zeit,  
 „und hohe Zeit wäre, die Sachen nicht länger in der Ungewißheit zu lassen, endlich be-  
 „schlossen hätte, diesen Entwurf, nebst einem kurz abgefaßten Plane zur Einsammlung  
 „der abgeschafften Pachten, den Ständen vorzulegen, damit sie aus diesen zweyen Mit-  
 „teln eines wählen könnten: welches er ihrer Erwägung völlig überließe, ohne daß er  
 „etwas, zu Anpreisung des einen Entwurfes vor dem andern, anführen wollte.  
 „Aber daß er nicht umhin könnte, sie zu ermahnen, daß sie einen baldigen Schluß  
 „fassen, und Sorge tragen mögten, daß das vorläufig festgesetzte Mittel, während  
 „den Berathschlagungen, ins Werk gerichtet würde. Daß er hiebey, zum Be-  
 „schlusse, nur noch zu bedenken anheimstellen müßte, ob, im Falle man be-  
 „schlösse, die vormals verpachteten Auflagen einsammeln zu lassen, den geringen  
 „Leuten nicht, einiger Maaßen, durch Verminderung der Abgabe von den Erb-  
 „äpfeln und dem Rockenmehle, eine Erleichterung zu verschaffen wäre, und ob man  
 „nicht dafür zu sorgen hätte, daß die Unvermögenden die Feurung, wenigstens den  
 „Torf, in dem Winter, und bey zugefrorenem Wasser, um eben denselben oder  
 „einen geringern Preis bekämen, als die Vermögenden, die sich, bey Zeiten, da-  
 „mit versehen könnten: damit diese geringen Leute, wenn sie sähen, wie väterlich für  
 „sie

„sie geforget würde, bewogen werden mögten, das ihrige zu den Landesauslagen, nach 1748.  
 „Vermögen, bezuzutragen m).“

Ungefähr zween Monate, nachdem dieser Vorschlag geschehen war, ließen die Stände öffentlich bekannt machen, daß sie beschlossen hätten, die Auflagen, die zuvor Die Stände verpachtet gewesen waren, mittelst einer Collecte oder Einsammlung, heben zu lassen. beschließen, alle die ver-  
 Man arbeitete hernach an Abfassung allgemeiner und besonderer Verordnungen, und an pachteten  
 Vorschriften für die Ober- und Untereinnehmer in den Städten und auf dem Lande, wel- Auflagen  
 chen nur ein mäßiger Gehalt gegeben ward, damit desto mehr von den gemeinen Einkünften durch Ein-  
 ten in die landescasse fließen mögte. Es ward auch, wegen des gerichtlichen Verfahrens sammlung  
 über die gemeinen Auflagen, eine nähere Verfügung gemacht. Die bevollmächtigten heben zu las-  
 Räte behielten jedoch, wie vormals, die Oberaufsicht darüber. Mit dem Eintritte des sen.  
 Jahres 1750 schen man diese Einnahme der Auflagen an, und sie ist bis iho gebräuchlich  
 geblieben. Der Schade, den die Pächter und ihre Bedienten, in Holland, durch das  
 Plündern gelitten hatten, ward ihnen, in kurzem, aus der landescasse vergütet; und die  
 Summe belief sich auf drey mal hunderttausend Gulden n).

Mittlerweile, da die Vereinigten Niederlande im Sommer des Jahres 1748 XXV.  
 inwendig voller Unruhen waren, ward die Friedensunterhandlung zu Aachen eifrig fort- Zustand der  
 gesetzt. Der Waffenstillstand war nun allgemein geworden o), und man hatte hier zu Friedensun-  
 lande die wider den Handel nach Frankreich herausgekommenen Verordnungen, im An- terhandlung  
 fange des Brachmonats, vorerst eingezogen. Allein die Russischen Truppen waren auf zu Aachen.  
 dem Wege und in Polen, wo Großbritannien und die Staaten den Durchzug für die-  
 selben, bey dem Könige und der Republik, gesucht hatten. Die Seemächte fanden nicht  
 gerathen, diese Truppen zurück kehren zu lassen, so lange Spanien die vorläufigen Arti-  
 kel nicht angenommen hatte, so wie solches von den Höfen von Wien und Turin, und  
 von dem Herzoge von Modena und dem Staate von Genua schon geschehen war.  
 Endlich erhielt der Spanische Gesandte de Soto-Major den Befehl zur Unterzeich-  
 nung, welche er am 25sten des Brachmonats verrichtete. Von der Zeit ging die Unter-  
 handlung geschwinde von statten. Man hatte schon zuvor von dem Zurückzuge der Rus-  
 sen gesprochen, worauf die Franzosen bestunden, ob sie gleich denselben, entweder aus  
 Vergessenheit, oder einigen andern Ursachen, in den vorläufigen Artikeln nicht bedungen  
 hatten. Aber nun thaten sie die Erklärung, daß sie die eroberten Plätze nicht zurückgeben  
 würden, wenn nicht die Russen sich auf den Rückzug begäben. Die Staaten überlegten  
 demnach, ob es besser gethan seyn würde, ihre Plätze wieder zu empfangen, oder die  
 Russen zu behalten; und sie beschloßen das erstere. Die Bevollmächtigten Frankreichs, Abrede we-  
 Großbritanniens und des Staats unterzeichneten also, am 2ten August eine Verabre- gen des Rück-  
 dung, worin festgesetzt ward, „daß die Russischen Truppen, die damals durch Deutsch- zuges der  
 „land nach den Niederlanden im Anzuge waren, auf das eiligste nach Rußland zu- Russen.  
 „rückkehren sollten, unter der Bedingung, daß der König von Frankreich eine gleiche  
 „Anzahl seiner in den Niederlanden stehenden Truppen in das innerste von Frankreich  
 „zurückgehen

m) Resol. Holl. 2 May, 3 Jun. 1749. bl.  
 328. 449.

o) R. ROLT Represent. of the late War,  
 n) Resol. Holl. 9 Jul. 1751. bl. 560. 12 Apr. Vol. IV. p. 559.  
 1752. bl. 564. 5 Apr. 1754. bl. 311.

1748.

„zurückgehen ließe, und sich verbindlich machte, dieselben innerhalb eines Monats zu entlassen, nachdem er mit Gewißheit erfahren haben würde, daß die Russischen Truppen in der That den Rückzug nach Rußland angetreten hätten. Daß ferner die Russischen Truppen, so lange sie im Solbe Großbritanniens und der Staaten stünden, nicht im Dienste einer andern Macht, und von Großbritannien und den Staaten nicht gegen Frankreich gebraucht werden sollten, nachdem daselbst die gemeldete Verminderung der Truppen geschehen seyn würde p).“ Und dieser Verabredung ward, von beiden Seiten, nachgekommen: welches den Weg zu Schließung eines allgemeinen Friedens ferner bahnte.

Schwierigkeiten bey dem Französischen Friedensentwurfe.

Die Reise des Grafen von St. Severin nach Frankreich hielt jedoch die Unterhandlung eine Zeitlang auf. Aber nach seiner Zurückkunft und der Ankunft des Herrn de la Porte du Theil ward dieselbe ernstlich fortgesetzt. Du Theil sagte einmal zu einem der Bevollmächtigten des Staats, „daß die letzten Worte, die der König, sein Herr, bey dem Abschiednehmen gegen ihn gebraucht hätte, diese gewesen wären: Mon-  
 „leur, finissez vite, d. i. Schließt geschwinde, mein Herr.“ Die Franzosen hatten wieder den Entwurf eines Vertrages gemacht, welcher von den Bevollmächtigten der andern Mächte gesehen und erwogen worden war. Ueber diesen Entwurf ward seitdem gehandelt. Die Engländer fanden, daß der Punkt wegen des Assensio und des Seeschiffs in denselben nicht so eingerückt wäre, als sie es gerne gesehen hätten. Die Franzosen sagten, sie hätten dieses nicht gethan, um Verdrießlichkeiten zwischen den zween Kronen zu verhüten, welche aus dem Mißbrauche, welchen die Engländer von ihrem Vorrechte machten, und aus den Mitteln, deren man sich von Seiten Spaniens bediente, um diesem Mißbrauche zu wehren, zu besorgen wären. Die Gesandten der Staaten merkten an, daß man, in dem Entwurfe, den in Unterhandlung stehenden Mächten zwar die Verbindlichkeit auslegte, dem Könige von Preußen den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glaz zu gewähren; aber daß dieser Fürst dadurch nicht zu einer gleichen Gewährleistung über die Länder der andern Mächte verbunden würde. Er hatte sich auch wirklich zu einer solchen allgemeinen Gewährleistung ungeneigt erklärt. Der Graf von St. Severin sagte in einem hierüber vorgefallenen Gespräche, „daß nicht Frankreich, sondern Hannover, den König von Preußen von dem Zustande der Unterhandlung unterrichtete, und mit ihm ein vertrauliches Verständniß unterhielte.“ Mit dem Grafen von Kaunitz ward auch von der Erneuerung des Barrierevertrages mit den Staaten gesprochen; worüber er sich nicht einlassen wollte; ob er sich gleich nicht zu leugnen getraute, daß dieser Vertrag kräftig bliebe. Allein der Hof von Wien schien igo außer Stande zu seyn, die jährlichen Kosten, die dieser Vertrag erforderte, zu tragen; und aus den Oesterreichischen Niederlanden, die durch den Krieg erschöpft waren, schienen dieselben auch nicht hergenommen werden zu können. Es hatte also das Ansehen, daß die Staaten die Erneuerung dieses Vertrages in dem Frieden nicht würden bedingen können. Ihre Bemühungen waren auch vergebens, die sie deswegen anwandten. Sie verlangten insonderheit, daß die Plätze, welche Frankreich in den Oesterreichischen Niederlanden räumen würde, ihnen so lange übergeben werden mögten, bis der Hof von Wien in die Erneuerung des Barrierevertrages gewilliget haben würde. Allein

der



der Graf von Kaunitz wollte sich hiezu nicht verstehen. Ueber die Art und Weise, den allgemeinen Friedensvertrag zu schließen, war wenig Streit. Man ward bald einig, daß derselbe, eben so wie die vorläufigen Artikel, von Frankreich, Großbritannien und den Staaten geschlossen werden, und daß die andern Mächte ihm beitreten sollten. Der Französische Entwurf, worin man wenige oder fast gar keine Veränderung hatte bewirken können; besonders nicht in dem Punkte des *Assiento*, worauf England, noch in den Artikeln wegen der *Barriere* und der Gewährleistung ihrer Besitztümer von dem Könige von Preußen, worauf die Staaten sehr bestanden hatten, ward, um das Ende des Herbstmonats, nach den besondern Höfen versandt, und von denselben genehmiget. Am 18ten des Weinmonats kamen die Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und des Staats in der Wohnung der letzteren zusammen, und unterzeichneten den endlichen Friedensvertrag. Der Graf von St. Severin d' Aragon, der hier, wegen einer Unpäßlichkeit, nicht hatte gegenwärtig seyn können, unterzeichnete ihn gleich hernach in seinem Hause q). Der Vertrag bestand aus vier und zwanzig Artikeln. In dem Inhalte des Eingangs hieß es, „daß, nachdem ein langer und blutiger Krieg zwischen dem Könige von Frankreich auf einer, und dem Könige von Großbritannien und der Königin von Ungarn, Römischer Kaiserinn, auf der andern Seite; ingleichen zwischen Spanien auf einer, und dem Könige von Großbritannien, der Kaiserinn-Königin und dem Könige von Sardinien auf der andern Seite, entstanden wäre, an welchem auch die Staaten der Vereinigten Niederlande, als Beystände des Königs von Großbritannien und der Kaiserinn-Königin, der Herzog von Modena und die Republik Genua, als Beystände des Königs von Spanien Theil genommen hätten, Gott, nach seiner Barmherzigkeit, allen diesen Mächten zugleich den Weg gezeigt hätte, durch welchen sie sich mit einander versöhnen könnten; daß sie daher ihre Bevollmächtigten nach Aachen gesandt hätten, von welchen die vorläufigen Artikel, worauf ein allgemeiner Waffenstillstand gefolgt wäre, unterzeichnet, und hernach folgende allgemeine Friedensartikel unterzeichnet worden wären.“ Der Hauptinhalt derselben war dieser:

- I. „Zwischen den acht Mächten sollte ein beständiger Friede und Freundschaft seyn, welche sie unter sich, ihren Staaten und Unterthanen, unterhalten, und alles vermeiden wollten, was diese wieder hergestellte Vereinigung stören könnte. Alles, was während dem Kriege vorgefallen wäre, sollte vergessen seyn, und jeder wieder in den Besitz desjenigen treten, was ihm bey Gelegenheit des Krieges abgenommen wäre. Die Westphälischen Friedensschlüsse; die Verträge zwischen Spanien und England von 1667 und 1670, die von Nimwegen von 1678 und 1679, von Ryswyk von 1697, von Utrecht von 1713, von Baden von 1714, das dreyfache Bündniß vom Haag von 1717, das vierfache Bündniß von London von 1718, und der Friedensvertrag von 1738 wurden durch den gegenwärtigen Vertrag bekräftiget, in so weit durch denselben darin keine Veränderung gemacht war. Die beiderseitigen Kriegsgefangenen sollten, innerhalb sechs Wochen, nach Auswechselung der Befristigungen dieses Vertrages, in Freyheit gesetzt, und die, nach der durch den Waffenstillstand bestimmten Zeit, weggenommenen Schiffe auch freigelassen werden. Die seit dem Anfange des Krieges und nach der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel am 30sten April von einander sowohl in Indien

,,als

q) Aus bewährten Urkunden und Nachrichten.

1748.

VI.

VII.

VIII.

IX.

„als Europa eroberten Plätze sollten alle zurückgegeben, und der Infant Don Philipp  
 „in den Besitz der ihm, kraft der vorläufigen Artikel, abgetretenen Staaten gesetzt wer-  
 „den; auf welche die handelnden Mächte vollkommene Verzicht thaten; jedoch mit Vor-  
 „behaltung des in gedachten Artikeln festgesetzten Rückfalls. Die in dem vorhergehenden  
 „Artikel erwähnte Zurückgabe und Abtretung sollte innerhalb sechs Wochen, nachdem die  
 „Bekräftigungen dieses Vertrages von den acht handelnden Mächten ausgewechselt seyn  
 „würden, geschehen. Die Kaiserinn-Königinn sollte in den Besitz alles dessen, was sie,  
 „vor dem Kriege, in den Niederlanden und sonst besessen hätte, wieder eingesetzt wer-  
 „den; dasjenige ausgenommen, weswegen durch diesen Vertrag etwas anders verfügt  
 „wäre. Die General-Staaten der Vereinigten Niederlande sollten auch in den völ-  
 „ligen und ruhigen Besitz von Bergen op Zoom, Maastricht und alles dessen, was sie,  
 „vor dem Kriege, in dem ihnen zugehörigen Flandern und Brabant und sonst besessen  
 „hätten, wieder eingesetzt, und die Plätze in den Niederlanden, worin sie das Besa-  
 „hungsrecht hätten, ihren Truppen eingeräumt werden. Der König von Sardinien  
 „sollte in das Herzogthum Savoyen, in die Grafschaft Nizza und in alle ihm in dem  
 „gegenwärtigen Kriege abgenommenen Länder und Orter wieder eingesetzt, und darin  
 „erhalten werden. Eben dieses sollte, in Ansehung des Herzogs von Modena und der  
 „Republik Genua, zufolge dem dreyzehnten und vierzehnten Artikel des gegenwärti-  
 „gen Vertrages, geschehen. Die Festungen sollten alle, mit dem Geschütze und der  
 „Kriegsgeräthschaft, so zur Zeit der Eroberung darin gefunden wären, zurückgegeben,  
 „und die weggeführten und umgegossenen Canonen durch andere ersetzt werden: aber  
 „Bergen in Hennegau, Aeth, Oudenaide und Menin, deren Außenwerke ge-  
 „schleift worden, sollten ohne Geschütze zurückgegeben werden. Für die Ge-  
 „stümswerke anderer Plätze oder auf andere öffentliche oder besondere Gebäude ver-  
 „wandte Kosten sollte man nichts fordern. In Betrachtung desjenigen, was Frank-  
 „reich und Spanien, durch diesen Vertrag, abträte, sollten die Herzogthümer  
 „Parma, Piacenza und Guastalla künftig dem Infanten Don Philipp und des-  
 „sen männlichen Nachkommen zugehören; jedoch mit Vorbehaltung des Rückfalls  
 „an die gegenwärtigen Besitzer, das Haus Oesterreich und den König von Sardi-  
 „nien, im Falle der König beider Sicilien zur Spanischen Krone gelangen, oder  
 „der Infant Don Philipp ohne Kinder starben mögte. Die in diesem Vertrage  
 „verabredete Zurückgabe und Abtretung sollte in Europa, innerhalb sechs Wochen,  
 „nach der Auswechslung der Bekräftigungen geschehen; man wollte aber, binnen  
 „vierzehn Tagen, nach der Unterzeichnung dieses Vertrages, durch Bevollmächtigte  
 „zu Brüssel und zu Nizza sich wegen der Mittel vergleichen, wodurch diese Zurück-  
 „gabe und Abtretung am besten und sichersten geschehen könnte. Da in dem acht-  
 „zehnten der vorläufigen Artikel festgesetzt wäre, daß die Zurückgabe auf beiden Sei-  
 „ten zugleich geschehen sollte; welches, so viel America betraf, in der Zeit von  
 „sechs Wochen nach Auswechslung der Bekräftigungen, nicht geschehen könnte; so  
 „versprach der König von Großbritannien, zwei Standespersonen nach Frankreich  
 „zu senden, welche daselbst so lange als Geiseln bleiben sollten, bis man gewisse Nach-  
 „richt von der Zurückgabe der königlichen Insel, genannt Cap Breton, und aller  
 „andern Plätze, welche durch die Waffen Seiner Großbritannischen Majestät, vor  
 „oder nach der Unterzeichnung der vorläufigen Artikel, in Ost- und Westindien, er-  
 „obert

„obert seyn mögten, bekommen haben würde. Alles übrige sollte dort wieder auf den  
 1748.  
 „Fuß, als es vor dem gegenwärtigen Kriege gewesen wäre, gesetzt werden. Die  
 X.  
 „ordentlichen Einkünfte der zurückzugebenden Länder sollten den Mächten, welche die-  
 „selben besaßen, bis auf den Tag der Auswechslung des gegenwärtigen Vertrages  
 „gehören; die Truppen aber mit Fütterung und Bedürfnissen bis auf den Tag der  
 „Räumung versehen werden: und man versprach die Steuern, welche den im Krie-  
 „ge eingenommenen Dertern aufgelegt, und welche zu der Zeit, da die Zufälle des  
 „Krieges die Truppen genöthiget hätten, sie zu verlassen, nicht bezahlt seyn möchten,  
 „nicht zu fordern. Alle in den eroberten Plätzen gefundene Briefschaften, Urkunden  
 XI.  
 „und Archive sollten zurückgegeben, und diejenigen, welche den abgetretenen Ländern  
 XII.  
 „zugehörten, ausgeliefert werden. Der König von Sardinien sollte in dem Be-  
 „sitz alles dessen, was er voralters besessen hätte und gegenwärtig besäße, und beson-  
 „ders des 1743 ihm überlassenen Landstriches von Viguevano, des Theiles von  
 „Davia und der Grafschaft Anghiera bleiben. Der Herzog von Modena sollte  
 XIII.  
 „auch in den Besitz von allem, was er, vor dem gegenwärtigen Kriege besessen hätte,  
 „mit dem in seinen eroberten Ländern gefundenen Geschütze und Kriegsgeräthschaften,  
 „wieder eintreten, und ihm der Werth desjenigen, was daran fehlen mögte, inglei-  
 „chen seiner Lehne in Ungarn, woforn ihm dieselben nicht wiedergegeben wurden,  
 „mit baarem Gelde bezahlet, auch ihm, wegen seiner Ansprüche auf die Allodialgü-  
 „ter des Hauses Guastalla, Recht gethan werden. Die Republik Genua sollte  
 XIV.  
 „gleichfalls in den Besitz alles dessen, was sie vor dem Kriege besessen hätte, und  
 „besonders auch in den strengen Gebrauch der Capitalien, welche sie in der Bank zu  
 „Wien, in Böhmen und sonst in den Staaten der Kaiserinn-Königinn oder des  
 „Königs von Sardinien hätte, wieder hergestellt werden. Alle Sachen in Italien  
 XV.  
 „sollten, übrigens, in dem Zustande bleiben, worin sie vor dem Kriege gewesen wa-  
 „ren. Der Affientovertrag von dem Jahre 1713, und der in diesem Vertrage ent-  
 XVI.  
 „haltene Vergleich wegen des jährlichen Südseeschiffes, wurden durch den gegenwär-  
 „tigen Frieden, auf die vier Jahre, in welchen der Genuß derselben wegen des ge-  
 „genwärtigen Krieges unterbrochen worden, bestätigt. Dünkirchen sollte, auf der  
 XVII.  
 „Landseite, besetzt bleiben, wie es igo wäre, und auf der Seeseite, in den Stand,  
 XVIII.  
 „der durch die vorigen Verträge bestimmt wäre, gesetzt werden. Die Forderung,  
 „welche der König von Großbritannien, als Kurfürst von Hannover, wegen eini-  
 „ger Geldsummen an die Krone Spanien machte, die Streitigkeiten wegen der  
 „Abtey St. Hubert, wegen der in Semnegau eingeschlossenen Landstriche und we-  
 „gen der neuen Zollgäuser, die Ansprüche des Kurfürsten von der Pfalz, und die  
 „andern Artikel, welche vor der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages nicht  
 „hätten abgethan werden können, sollten ohne Verzug, von allerseitigen zu dem Ende  
 „zu ernennenden Commissarien, oder auf eine andere Art, so wie man sich darüber ver-  
 „gleichen würde, gütlich beygelegt werden. Der fünfte Artikel des vierfachen Bünd-  
 XIX.  
 „nisses vom Jahre 1718, welcher die Gewährleistung über die Großbritannienische Thron-  
 „folge in dem Hause Seiner gegenwärtig regierenden Großbritannienischen Majestät enthielt,  
 „te, und worin auch wegen alles dessen, was die Person, die den Titel eines Königs von  
 „Großbritannien angenommen hätte, und ihre Abkömmlinge beiderley Geschlechts be-  
 „träfe, Vorsehung gethan wäre, ward durch den gegenwärtigen Vertrag erneuert und be-  
 „stätiget.

1748.

XX.

XXI.

XXII.

XXIII.

XXIV.

XXVII.

Verschiedene  
Protestatio-  
nen gegen den  
Nachenschen  
Vertrag.

„Stättiget. Der König von Großbritannien ward als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, nebst allen seinen Staaten, in Deutschland in diesen Vertrag eingeschlossen. Die an diesem Vertrage Theil habenden Mächte, welche die Gewährleistung der pragmatischen Sanction von 1713 versprochen hatten, erneuerten dieses ihr Versprechen durch den gegenwärtigen Vertrag, auf das feierlichste und kräftigste, jedoch mit Ausnahme desjenigen, was der Kaiser Carl der Sechste und die Kaiserinn-Königin selbst von den Oesterreichischen Staaten, besonders auch in diesem Vertrage, abgetreten hätte. Die den gegenwärtigen Vertrag schließenden Mächte versprachen dem Könige von Preußen die Gewährleistung über das Herzogthum Schleßen und die Grafschaft Glatz, so wie er dieselben igo besäße. Alle diese Mächte leisteten sich einander auch die Gewähr wegen der Vollziehung dieses Vertrages. Die Befräftigungen desselben zwischen den acht schließenden Mächten sollten, längstens in einem Monate nach der Unterzeichnung, in Aachen ausgewechselt werden.“ Diesen Artikeln waren noch zweien abgesonderte beygefügt, die bloß eine Erklärung enthielten, „daß einige in dem Vertrage gebrauchte Titel keinem zum Nachtheile gereichen, und die Abfassung desselben in Französischer Sprache nicht zur Folge gezogen werden sollte r).“

Der Vertrag von Aachen, der zuerst allein von den Bevollmächtigten Frankreichs, Großbritanniens und des Staats unterzeichnet worden war, ward zweien Tage hernach, am 20sten des Weinmonats, auch von dem Spanischen Bevollmächtigten, am 23sten von der Kaiserinn-Königin ihrem, und am 7ten des Wintermonats von des Königs von Sardinien seinen angenommen. Die Befräftigungen des Vertrages folgten in kurzem gleichfalls von allen diesen Mächten, und wurden gehörig ausgewechselt. Der Herzog von Modena und die Republik Genua waren ihm auch beigetreten: wiewohl der Genuesische Bevollmächtigte sich mißvergnügt bezeugte hatte, daß dem Herzoge der Rang vor seiner Republik gegeben war s). Zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserinn-Königin und des Königs von Sardinien entstand auch ein Streit, wegen der Abwechselung des Ranges zwischen diesen zwei Mächten in den besonderen Abschriften des Vertrages; welche Abwechselung der Bevollmächtigte der Kaiserinn-Königin nicht ohne Widerspruch gestattete t). Ferner wurden auf der Versammlung zu Aachen auch die meisten Protestationen erneuert, welche zu Utrecht, im Jahre 1713, wegen des Fürstenthums Oranien, und der Herrschaften des Hauses Chalons, Neuschatel und Valengin geschehen waren u). Die Kaiserinn-Königin und der König von Spanien protestirten auch wider einander, wegen des Rechts der Großmeisterrschaft des Ritterordens vom goldenen Blüße. Das Haus Bayern beehrte sich sein Recht auf das Herzogthum Mirandola und das Marquisat Concordia vor. Allein der König von Großbritannien und die Staaten bewirketen in kurzem einen Vertrag, kraft dessen die Kaiserinn-Königin dem Kurfürsten von Bayern eine jährliche Geldhülfe von zehntausend Pfund Sterling in auf vier Jahre versprach, wogegen er sich seines Anspruchs auf Mirandola

r) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

p. 179-204.

s) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX.

p. 207.

t) ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 210.

211.

u) C. B. LXVIII. §. XXXII. Th. VII. C.

427.

1748.

dola und Concordia begab. Der Vertrag ward zu Hannover am 22sten August unterzeichnet. Der Präident hatte auch eine Protestation dem Rathe zu Nachen übergeben lassen; sie ward aber mit Verachtung von der Hand gewiesen. Allein die Protestationen des Papstes wegen Parma und Piacenza, des Hauses Conde wegen Montferrat, des Hauses Trimouille wegen Neapel wurden angenommen. Die Protestationen der Häuser Anhalt, Baden, Kur - Sachsen, Sachsen-Gotha, Sachsen - Hildburghausen, Sachsen - Saalfeld und Bayern wegen des Inhalts des zwanzigsten Artikels in dem Nachenschen Frieden, welche zu Nachen nicht hatten geschehen können, wurden nachher auf dem Reichstage zu Regensburg angenommen: wiewohl der König von Großbritannien als Kurfürst von Braunschweig - Lüneburg nicht ermangelte, die nöthigen Gegenprotestationen thun zu lassen v). Die Staaten der Vereinigten Niederlande hatten sich als Vollzieher des letzten Willens Wilhelms des Dritten, Königs von Großbritannien, zum Vortheile des Hauses Nassau - Oranien auch die Forderungen vorbehalten, welche dieses Haus noch an die Krone Spanien, kraft des Vertrages vom Jahre 1687, und an das Haus von Sienghien hatte w). Ferner war um diese Zeit eine Abhandlung an das Licht gekommen, worin das Recht des Hauses Hessen - Cassel auf das Herzogthum Brabant ausführlich bewiesen ward x). Allein ich finde nicht, daß hierüber etwas zu Nachen vorgefallen sey. Endlich hatte der Kurfürst von der Pfalz, Der Kurfürst als Marquis von Bergen op Zoom, auch eine Vorstellung zu Brüssel übergeben von der Pfalz lassen, worin er behauptete, daß das Marquisat alle Vorrechte eines freyen Lehns billig genießen, und der Oberherrschaft der General - Staaten nicht unterworfen seyn sollte y). Es erfolgte hierauf vorerst keine Antwort von wegen der Staaten. Als indessen die Zeit heranahete, da Bergen op Zoom geräumt werden sollte; so ließ der Kur - Marquis eine Protestation den Französischen Commissarien übergeben, welche den Commissarien des Staats, welche iko mit denselben zu Brüssel, wegen Räumung der eroberten Plätze, in Unterhandlung waren, zustelleten. Die Staaten fanden daher, im Anfange des folgenden Jahres, dienlich, sowohl auf die Vorstellung als die Protestation antworten zu lassen, „daß man das vorgegebene Recht des Marquis von Bergen op Zoom darauf bauete, daß dieses Marquisat ein Theil der alten Grafschaft Strien gewesen, und, nachdem es von dieser Grafschaft abgesondert worden, unabhängig, von den Herzogen von Brabant geblieben seyn sollte: aber daß die Untersuchung dieses Sa- ges die Durchblätterung vieler alten Schriften erforderte, welche von den Staaten nicht verlangt werden könnte. Daß sie also es für genug hielten, ihr zu diesem Marquisat, durch feierliche Verträge, nach Errichtung ihrer Republik, erworbenes Recht zu beweisen. Daß die Oberherrschaft über das Marquisat ihnen, durch den dritten Artikel des Münsterischen Friedens, auf gleiche Weise, als sie dieselbe über die vereinigten Provinzen befäßen, abgetreten wäre. Daß die Nimegischen und Ryswyckischen Verträge, worauf der Kurfürst sich beriefe, sonst nichts bestimmten, als daß der Graf von Auvergne, Oberster in Französischen Diensten, in den Besiz des Marquisats Bergen op Zoom, wel-

Ann 3

„ches

v) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 220, 222, 224, 225, 232, 233, 242, 323, 326, 328, 330, 333, 337, 339, 341, 344, 347.

w) ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 232.

x) Le même p. 360. et suiv.

y) Le même p. 251.

1748.

„ches wegen des Krieges eingezogen worden, und in alle die Vorrechte, welche er darin vor der Kriegserklärung besessen hätte, wieder eingesetzt werden sollte. Es wäre demnach weit gefehlt, daß das Marquisat damals als ein freyes und unabhängiges Lehn wie, der gegeben, oder daß, durch diese Verträge, eine Veränderung in dem Münsterischen Vertrage, wie man behauptete, gemacht wäre. Weil nun dieser Vertrag so wohl als die zweien andern zum Grunde des gegenwärtigen Nachenschen Vertrages gelegt worden wäre; so glaubeten die Staaten, daß das Recht ihrer Oberherrschaft über Bergen op Zoom nicht die geringste Verminderung durch diesen Vertrag gelitten, sondern derselbe es vielmehr bekräftiget hätte. Die Staaten wußten auch nicht, daß der Marquis von Bergen op Zoom zwischen dem Münsterischen Frieden und dem Kriege der durch den Nimegischen Frieden geendiget worden, und zwischen dem Nimegischen Frieden und dem Kriege, auf welchen der Ryswyksche Friede gefolget wäre, mehr Vorrechte genossen, als er vor dem letzten Frieden genossen hätte; allein dem ungeachtet wären sie bereit, die Vorstellungen, die ihnen von wegen Seiner Kurfürstl. Durchl. gethan werden würden, zu hören, indem sie nicht gesinnt waren, jemanden in seinem Rechte zu nahe zu treten z).“ Nach dieser Antwort der Staaten berief man sich, von Seiten des Kurfürsten, wiederum auf das alte Recht, welches die Marquisen von Bergen op Zoom vor dem Anfange des durch den Münsterischen Frieden geendigten Krieges besessen hatten, und suchte es durch eine ausführliche Abhandlung zu beweisen a). Man behauptete auch, daß die Artikel der Nimegischen und Ryswykschen Verträge, die von der Wiedereinfegung des Marquis handelten, auf etwas mehreres, als den bloßen Titel und die Einkünfte des Marquisats, gehen mußten, weil für die Wiedereinfegung in dieselben, schon in andern allgemeinen Artikeln der gedachten Verträge, gesorget wäre b). Aber die Staaten hielten dafür, daß diese Gründe schon hündig genug von ihnen widerlegt wären, und das Marquisat Bergen op Zoom blieb in demselben Zustande der Abhängigkeit von ihnen, worin es vor dem Kriege gewesen war. Die Stadt war, am 7ten des Christmonats in diesem Jahre 1748, den Truppen des Staats schon wieder eingeräumt worden. Um eben diese Zeit wurden auch das dem Staate gehörige Flandern und die Schanzen an der Schelde von den Franzosen verlassen, und von den Kriegsvölkern der Staaten besetzt. Etwas hernach folgte die Räumung der Oesterreichischen Niederlande, wesswegen noch, im Anfange des Jahrs 1749, ein Vergleich zu Brüssel gemacht ward c). Die in der Französischen Kriegsgefangenschaft befindlichen Truppen des Staats, deren eine beträchtliche Anzahl tief in das Königreich verlegt worden war, kamen nun auch zurück. Allein der mit Frankreich im Jahre 1739 geschlossene Handelsvertrag ward vorerst noch nicht wieder erneuret. Ueberdem blieben noch viele Sachen, welche die Barriere und die Sölle von den einkommenden und ausgehenden Waaren, in den Oesterreichischen Niederlanden, betrafen, unabgethan; wozu, in kurzem, eine Zusammenkunft zu Brüssel zwischen den Bevollmächtigten der Kaiserinn-Königinn und der Staaten angesetzt ward. Unterdessen ward, hier zu Lande, am 17ten des Brachmonats 1749, ein Dankfest wegen des

Die Staaten nehmen die von Frankreich eroberten Plätze wieder in Besitz.

z) Refol. Gener. *Vener.* 3 Jan. 1749. *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 259.

a) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 265.

b) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 265.

c) *Voyez* ROUSSET Recueil, Tom. XX. p. 248.



des Friedens gehalten, und an eben dem Tage, nach geendigtem Gottesdienste ein prächtiges und kostbares Feuerwerk in dem Saag abgebrannt.

Auf diese Weise endigte sich ein Krieg, der acht Jahre gedauert, und den Mächten, die darin verwickelt gewesen waren, viel Geld und viel Blut gekostet hatte; welches allein eine genugsame Ursache war, daß sie alle den Frieden wünschten. Die meisten dieser Mächte hatten überdem noch besondere Ursachen dazu. Frankreich, dessen Absicht gewesen war, das Haus Oesterreich kleiner zu machen, hatte dieselbe zum Theile erreicht; die Bedingungen des genauen Vereinigung zwischen Großbritannien und dem Staate der Vereinigten Niederlande, nach der Erhebung des Prinzen von Oranien, weniger Möglichkeit als zuvor, die gedachte Absicht noch ferner zu erreichen. Der Anzug der Russischen Hülfsvölker ließ Frankreich auch eine widrige Wendung des unbeständigen Kriegsglückes befürchten. Man fand daher rathsam den von dem Könige in dem Kriege erworbenen Ruhm nicht in einem künftigen Feldzuge, dessen Ausgang ungewiß war, zu wagen. Die Kaiserinn-Königinn von Ungarn, die durch den Krieg das meiste verlohren hatte, sah sich genöthiget, den Frieden anzunehmen, nachdem Großbritannien und die Staaten, von welchen beiden ihr der meiste Beystand geleistet war, deutlich genug gezeigt hatten, daß sie des Krieges müde waren. Sie hatte, um den König von Sardinien zu gewinnen, ihm einen Theil der Oesterreichischen Staaten in Italien durch den Vertrag von Worms, abtreten, und ihn in dem Besitze derselben, durch den Vertrag von Aachen bestätigen müssen. Durch diesen letzteren war sie auch genöthiget worden, dem Infanten Don Philipp Parma und Piacenza, jedoch mit Vorbehaltung des Rückfalles, in zweien besondern Fällen, zu überlassen. Allein den meisten Nachtheil hatte sie, lange vor Schließung des Aachenschen Friedens von dem Könige von Preussen gelitten. Ihm hatte sie den größten Theil des Herzogthums Schlesien und die Grafschaft Glaz abtreten müssen, und Frankreich und Großbritannien hatten Sorge getragen, daß ihm von den Mächten, die zu Aachen den Frieden schlossen, die Gewährleistung des Besizes dieser Länder versprochen ward. Er zog also den meisten Vortheil aus dem Verluste der Kaiserinn-Königinn. Spanien hatte bloß Parma und Piacenza für den Infanten Don Philipp durch den Krieg gewonnen. Die Spanischen Bundsgenossen, der Herzog von Modena und die Republik Genua mußten sich begnügen, daß sie wieder in den Besiz desjenigen, was ihnen vor dem Kriege gehört hatte, eingesetzt wurden. Der König von Großbritannien hatte zur See einige Vortheile über Frankreich und Spanien erhalten, und mittelst der Zurückgabe von Cap-Breton durch den Friedensschluß, Frankreich bewogen, alle in den Niederlanden eroberte Plätze gleichfalls zurückzugeben. Er hatte auch das Vergnügen, seinen Schwiegersohn, den Prinzen von Oranien, zu den hohen Würden erhoben zu sehen, welche dessen Vorfahren in dem vereinigten Staate bekleidet hatten. Die Staaten endlich, die nur Beystände des Königs von Großbritannien und der Königinn von Ungarn in diesem Kriege gewesen waren, hatten nichts als Schaden davon gehabt. Ein ansehnlicher Theil ihrer Grenzen war von Frankreich erobert worden; und ihre Barriere ward, durch Schließung verschiedener Festungen in derselben, auf eine geraume Zeit, unnütz gemacht: welches man wohl für einen der größten Vortheile halten kann, den Frankreich durch den Krieg erlangt hat. Der Handel der Vereinigten Niederlande überhaupt hatte auch nicht wenig gelitten; und alles dieses wirkete bey den Staaten, mit Grunde, ein Verlangen nach dem Frieden, durch welchen sie jedoch nur dasjenige zurückbekamen,

1748.

XXVIII.  
Betrachtung  
über den  
Ausgang des  
Krieges und  
die Bedin-  
gungen des  
Aachenschen  
Friedens.

was

1748.

was sie verlohren hätten, aber zum Theile in einem viel schlechteren Zustande, als es vor dem Kriege gewesen war. Der Friede allein war ihnen indessen so viel werth, daß sie weder Kosten noch Mühe sparten, um ihn zu erlangen. Die Veränderung ihrer Regierungsform, welche sich im verwichenen Jahre ereignet hatte, half selbst den Frieden befördern. Der Prinz von Oranien, bezeugte gar keine Neigung den Krieg fortzusetzen, so bald man eine Möglichkeit sahe, demselben ein Ende zu machen. Die Gelegenheit war eben, wie er zuerst an das Ruder kam, durch Abbrechung der Bredaischen Unterhandlung ohne sein Mitwirken, versehlet worden. Aber sein Eifer, und das Vertrauen, welches die Landeseinwohner in ihn setzten, brachte die freywillige Gabe in die Cassé des Staats; die freywillige Gabe beförderte den Anzug der Russischen Truppen nach den Niederlanden, und dieser Anzug wirkete kräftig zu Beschleunigung des Friedens. Er ward viel geschwinde geschlossen, als man gehoffet hatte. Man eilte mit der Unterzeichnung, um zu verhüten, daß die Friedensunterhandlung, bey Gelegenheit der Streitigkeiten, welche einige deutsche Fürsten auf dieselbe bringen wollten, in die Länge gezogen würde. Frankreich, Großbritannien und die Staaten waren die ersten, welche den Frieden schlossen; die andern Mächte sahen sich nun wohl genöthigt, die Waffen niederzulegen. Nur war es ein Unglück, daß man einige Streitigkeiten unverglichen lassen mußte, welche zuvor auf die allgemeine Friedensunterhandlung verschoben waren. Es war auch noch was ziemliches zwischen Frankreich und Großbritannien abzuhun. Die Staaten mußten, wegen ihrer Barriere, und der Zollrolle in den Oesterreichischen Niederlanden, noch eine nähere Einrichtung mit der Kaiserinn-Königinn machen; es mußte auch der Handelsvertrag mit Frankreich erneuret werden; und dies alles gab zu verschiedenen Unterhandlungen Gelegenheit, deren einige sehr lange dauerten.

Unter dessen würde man, im Anfange des Jahres 1747, einen für den Staat und dessen Bundsgenossen weit vortheilhaftern Frieden zu Breda haben schließen können, wenn der Englische Hof sich dazu geneigter bewiesen hätte. Zu Breda würde der Staat die Wiederherstellung des Handelsvertrages vom Jahre 1739 erhalten haben: welche zu Aachen nicht hatte bedungen werden können. Zu Breda war verabredet worden, daß Dünkirchen auch auf der Landseite auf den Fuß der vorigen Verträge gesehet werden sollte: zu Aachen hatte man nur erhalten können, daß solches auf der Seeseite geschähe. Zu Breda war von den Herzogthümern Parma und Piacenza der auf der nördlichen Seite des Po liegende Theil für das Haus Oesterreich bedungen worden: zu Aachen wurden diese beiden Herzogthümer ganz, und überdem Guastalla, an Don Philipp abgetreten. Durch den Vertrag von Aachen waren, von der andern Seite, keine wesentliche Vortheile für die Staaten und ihre Bundsgenossen bedungen worden, die man auch zu Breda nicht sollte erhalten haben. Der Barrierevertrag vom Jahre 1715 ward gar nicht erneuret. Man hatte also mit den zween schädlichen Feldzügen von den Jahren 1747 und 1748, wovon man sich so viel versprochen hatte, nicht allein nichts gewonnen, sondern ein ziemliches verlohren: welches alles ein aufmerksamer Leser, aus einer Vergleichung des Entwurfs vom 20sten April 1747 d) mit dem Aachenschen Frieden, leicht und deutlich wird einsehen können.

d) Man sehe oben B. LXXVII. §. XI. C. 382.



\*\*\*\*\*

Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Neun und siebenzigstes Buch.

---

### Inhalt.

I. Fortsetzung der Anschläge die Regierung zu verändern. Der Prinz dringt auf die Abstellung der Beschwerden wegen der Aemter und der Posten. Zu Amsterdam beschließt man, die Posten auf ewig bey der Stadt zu behalten. II. Dasselbst ausgefrenete Bittschriften wegen Wiederherstellung einiger Rechte der Bürgerschaft. Heftige Schrift gegen die Obrigkeiten überhaupt. Heimliche Zusammenkünfte zu Amsterdam. III. Der Rath stellt eine Untersuchung dawider an. Die drey Artikel kommen an das Licht. Einnahme der Kloveniers-Doele. IV. Der Rath mißbilligt dieselbe. Die Quartiere werden zusammen gerufen. Die drey Artikel werden dem Prinzen vorgezeigt. V. Reden, die in der Doele gehalten werden. Die Doelissen verlangen, daß in der Kirche für sie gebetet werde. VI. Bürgermeister und Rath antworten auf die drey Artikel. Die Doelissen sind damit nicht zufrieden. Die Gilde der Schiffszimmerleute nimmt ihre Partey. Man verlangt einen Bürger-Kriegsrath. Die Stadtobrigkeiten willigen in die drey Artikel, und beschließen ihre Aemter niederzulegen. VII. Dem Prinzen wird aufgetragen, die Ruhe in Amsterdam wieder herzustellen. Die Quartiere wählen Bevollmächtigten. VIII. Es

werden Bittschriften zu Erhaltung der Obrigkeiten in ihren Aemtern unterzeichnet. Die Doelissen finden Mittel es zu hintertreiben. Aufzug der Schiffszimmerleute. IX. Der Prinz kommt nach Amsterdam. Die Bevollmächtigten verlangen die Veränderung der Stadtobrigkeiten. Unbescheidene Forderung an die Bürgermeister. X. Der Prinz macht eine Veränderung in den Bürgermeistern und Rathsherrn. Er entläßt viele Glieder des alten Rathes. XI. Unterhandlung wegen der Veränderung des Kriegsraths. Die Doelissen nöthigen den Prinzen in der Nacht zur Bewilligung eines freyen Kriegsraths. Der Prinz bekräftiget den erwähnten Kriegsrath. Reiset aus Amsterdam. Folgen der Veränderung. XII. Veränderung des Rathes zu Harlem. Zu Leiden. Aufsehr daselbst. Der Prinz sendet eine Besatzung in die Stadt. XIII. Aufruhr zu Gouda. Unruhen zu Rotterdam. Veränderung des Rathes daselbst. Zu Gouda. Zu Gorinchem. Zu Schoonhoven. Zu Schiedam. Zu Delft. In Briel. Zu Dordrecht geschieht keine Veränderung. XIV. Unruhen zu Purmerende. Der Rath wird daselbst verändert. Auch zu Alkmaar. Zu Hoorn. Zu Enkhuizen. Zu Edam und zu Monnikendam. XV. Bedingungen bey

VIII. Theil.

000

dieser

diesen Veränderungen. Allgemeine Vergeltung. XVI. Veränderung der Regierung in Geldern und in Overijssel. Die Grafschaft Kailenburg wird dem Prinzen geschenkt. In Seeland geschieht fast gar keine ungewöhnliche Veränderung. XVII. Große Veränderung der Regierungsform in Friesland. XVIII. Aufruf in Groningen. Man arbeitet daselbst für und wider die Veränderung. Die Glieder der Regierung legen ihre Aemter nieder. Der Prinz macht darin eine beträchtliche Veränderung. Errichtet einen neuen Gerichtshof. XIX. Wird Erbschaftshalter der übrigen Generalitätslande, und Ober-Director der Ost- und Westindischen Gesellschaften. XX. Die Truppen werden vermindert. Unterhandlung mit Frankreich. Englische Klagen. Unterhandlung mit dem Könige von Preussen. Gesand-

ter von Tripoli. XXI. Der Rathpensionär Gilles legt sein Amt nieder. Peter Stein wird Rathpensionär. Tod des Secretärs Buys und des Admiral-Lieutenants Grave. XXII. Die Collecte wird eingeführt. XXIII. Aufruhr zu Harlem. Einige Truppen bemächtigen sich daselbst eines Thores, und rücken in die Stadt ein. Acht Abgeordneten der Bürgerschaft werden auf die Gevangenpoort in dem Haag gesetzt. Freigelassen. XXIV. Unruhen zu Amsterdam und zu Rotterdam wegen des von den Weinhändlern abzulegenden Eides. Die Packhäuser eines Weinhändlers zu Rotterdam werden geplündert. XXV. Bewegungen zu Veränderung der Obrigkeiten zu Kaisduinen und auf dem Zelder, zu Saandam und zu Gadowater. XXVI. Gewaltiger Aufruhr zu Steenwyk, woraus auch eine Veränderung der Obrigkeiten entsteht.



1748.

I.

Die Anschläge, die Regierung zu verändern, werden fortgesetzt.

Der Prinz dringt auf die Abstellung der Beschwerden wegen der Aemter und der Posten.

**E**he noch der Friede zu Aachen geschlossen war, wiewohl die Unterhandlung darüber schon auf einem guten Fuße stand, ward der Entwurf, welchen einige gemacht hatten, die Regierung in den besondern Landschaften zu verändern, kräftig fortgesetzt. Durch die Abschaffung der Pachten, welche zwar der Regierung nicht sehr gefallen, dem Volke aber zuerst ein überaus großes Vergnügen verursacht hatte, war in den Provinzen, wo dieselbe geschehen war, schon einiger Unwille zwischen den Obrigkeiten und dem Volke entstanden, woraus man eine Veränderung in der Regierung vorhersah, die auch in kurzem in der That erfolgte. Wie es hiemit in Holland, und besonders zu Amsterdam, wo die Unruhen am größten waren, zugegangen sey, wollen wir nun umständlich, und so genau und richtig, als die Natur der Sache es erlauben wird, erzählen.

In dem Vorschlage, welchen der Prinz, am 25ten des Brachmonats, wegen Abschaffung der Pachten in Holland gethan hatte, und der, wie wir im vorigen Buche angemerkt haben a), so gleich allenthalben ausgestreuet worden war, hatte man auch gelesen, wie der Prinz zu eben der Zeit von den Staaten verlangt hätte, „daß einmal den Einwohnern alle rechtmäßige Ursache zu Beschwerden benommen, und die Veratschlungen wegen Abtretung der Posten an das gemeine Land wieder fortgesetzt und auf das geschwindeste zu einem erwünschten Ende gebracht werden mögen.“ Dieser ernstlichen Vorstellung des Prinzen bedienete man sich, um einen neuen Aufruhr unter dem Volke

Volke zu Amsterdam zu erregen; und die offenbare Absicht dabey war, eine Veränderung in dem Stadtrate zu bewirken. Die Sache wegen Vergabung der Aemter ging Amsterdam nicht mehr, als die andern Städte an; aber die Abtretung der Posten betraf Amsterdam allein. Man hatte hier, wie wir an seinem Orte angemerkt haben b), im vorwähnten Jahre beschloffen, die Posten bey der Stadt zu behalten, und im Anfang dieses Jahres die Erklärung gethan, daß man diesen Schluß nicht ändern würde. Aber der Prinz und die andern Stände waren der Meynung, daß Amsterdam, so wohl als die andern Städte, seine Posten dem gemeinen Lande abtreten müßte. So bald man also nur zu Amsterdam gehört hatte, daß der Prinz von neuem, auf die Abtretung der Posten gedrungen hätte, ward der Rath zusammen gerufen, um so wohl wegen der Aemter, als der Posten, von neuem zu ratzschlagen. In Ansehung des ersten Punkts ward dem Rathe von den Bürgermeistern vorgestellt, „daß den hierüber von den Ständen ge-  
 „fasten Schlüssen in so weit von der Stadt ein Genügen geschehen wäre, daß daran wei-  
 „ter nichts fehlte, als die Verfertigung und Einsendung der beschwornen Verzeichnisse  
 „von den jährlichen Einkünften der besondern Aemter und Bedienungen; welches wegen  
 „der vielen damit verknüpften Weitläufigkeiten bisher noch nicht hätte geschehen können  
 „gleichwie auch noch keine der andern Städte, Purmerende allein ausgenommen, solche  
 „Verzeichnisse eingeschickt hätte; aber daß man damit hier schon so weit gekommen wäre,  
 „daß man, um die Mitte der Herbstmonats, damit fertig zu seyn hoffete.“ Wegen der  
 „Posten ward dem Rathe in Erinnerung gebracht, „daß die Bürgermeister sich bereits al-  
 „ler Vortheile, die aus der Erledigung der Postmeisterstellen für sie oder die ihrigen ent-  
 „stehen können, begeben hätten; daß der achtbare Rath darauf beschloffen, die Vortheile  
 „davon künftig zum Nutzen der Stadt anzuwenden, und daß man dennoch die Erklärung  
 „gethan hätte, daß man bereit wäre, sich mit den andern Ständen, wegen eines Mittels  
 „zu berathen, wodurch dem Lande, in seiner dringenden Noth, entweder aus den Einkünf-  
 „ten der Posten, oder aus einigen andern, eine eilige Hülfe verschaffet werden könnte;  
 „welches letztere dermaleinst desto besser thünlich seyn würde, wofern man, zufolge den vo-  
 „rigen Schlüssen, die Posten bey der Stadt behielte; weswegen die Bürgermeister den  
 „achtbaren Rath um dessen näheres Gutachten ersucht haben wollten.“ Nachdem der  
 „Rath die zwey von den Bürgermeistern vorgetragenen Punkte in Erwägung gezogen  
 „hatte; so fiel der Schluß darauf hinaus, „daß dieselben zu ersuchen wären, die Verzeich-  
 „nisse der Aemter auf das eiligste verfertigen zu lassen.“ Wegen der Posten blieb man  
 „bey den vorigen Schlüssen, und fügte die Erklärung hinzu, „dieselben, zu ewigen Ta-  
 „gen, bey der Stadt zu behalten, und sie allein zum nöthigen Unterhalte der Armen,  
 „zur Ausbesserung und zum Unterhalte der Hospitäler, Kirchen, öffentlichen Gebäude und  
 „anderer Werke anzuwenden, wenn man davon dasjenige abgezogen hätte, was zu der nö-  
 „thigen Verwaltung der Posten erfordert würde, und was aus den reinen Einkünften der-  
 „selben an das gemeine Land zu bezahlen seyn mögte.“ Uebrigens wurden die Bürger-  
 „meister ersucht und bevollmächtigt, „mit dem Prinzen und dem Rathpensionär zu über-  
 „legen, was von wegen der Stadt, aus den Posten, nach einer billigen Verhältniß, zum  
 „Vortheile des gemeinen Landes, zu bezahlet seyn würde c).

Doo 2

Der

b) Oben B. LXXVII. §. XXX. S. 421. f.

c) Auszug aus den Schlüssen des Rathes zu Amsterdam vom 2ten Jul. 1748.

1748.

II.  
Es werden  
dieselbst Wirt-  
schaften we-  
gen Wieder-  
herstellung  
einiger Rech-  
te der Bür-  
gerschaft  
ausgestreuet.

Hefrige  
Schmä-  
hschrift gegen  
einige vor-  
nehme Beam-  
ten und gegen  
die Regie-  
rung über-  
haupt.

Heimliche  
Zusammen-  
künfte in  
Amsterdam.

III.  
Der Rath  
stellt dar-  
über eine Un-

Der Schluß des Rath's ward alsobald in öffentlichem Drucke herausgegeben, um, wenn es möglich wäre, den Leuten, welchen einige einzubilden suchten, daß die Bürgermeister die Posten, bloß wegen ihres eigenen Vortheils, bey der Stadt behalten wollten, diesen Irrthum zu benehmen. Allein man arbeitete, unter der Hand, diese Absicht zu vereiteln. Es wurden verschiedene Schriften gedruckt und in der Stadt ausgestreuet; worin gleichsam im Namen der Bürgerschaft verlangt ward, „daß derselben die alten Vorrechte und Gildenfreyheiten wiedergegeben, ein Kriegsrath aus und von Bürgern gewählt, ihnen die Doelen oder Schießhäuser eingeräumt, die Wahl der Rathsglieder und Ernennung der Schöppen, imgleichen die Bestellung der Vorsteher der Ost- und Westindischen Gesellschaften überlassen; daß ferner die Pachten, Accise und die allzuvielen Auflagen auf unbewegliche Güter und Personen abgeschafft, die Posten und das Zeitungswesen der Bürgerschaft oder dem Prinzen abgetreten, und alle Aemter verkauft werden mögten &c.“ Dergleichen Forderungen waren auch hier im Jahre 1672 ausgestreuet worden d); und man merkte deutlich, daß es damit, so wohl 180 als damals, auf eine Veränderung des Stadtraths abgesehen war. Man gab vor, daß eine dieser Schriften, welche aus eilf Artikeln bestand, am 27sten des Brachmonats, dem Prinzen gezeigt worden wäre; aber wie er sie aufgenommen hätte, wußte man nicht. Sie ward unterdessen hier, von Gerichten wegen, weggenommen. Eine andere Schmähschrift ward, zu dieser Zeit, heimlich ausgestreuet und verkauft. Sie führte den Titel: Das Betragen der Regenten der Vereinigten Niederlande, während dem gegenwärtigen Kriege; und es wurden darin die Handlungen einiger vornehmen Leute, besonders des Rathspensionärs Gilles, mit häßlichen Farben abgemahlt. Die Regenten des Landes überhaupt wurden darin Unverständes, Nachlässigkeit und Treulosigkeit beschuldiget, etliche wenige hingegen als treue Liebhaber des Vaterlandes gelobet. Der Rath zu Amsterdam ward insonderheit in dieser Schrift greulich heruntergemacht, daß er auf Schließung einer Neutralität mit Frankreich gedrungen hätte, und noch mehr, daß er die Posten bey der Stadt beehelte. Der Schluß von allem war, daß solche Obrigkeiten gestraft, oder wenigstens, alsobald und auf immer, von ihren Aemtern abgesetzt werden müßten. Diese Schrift sollte aus dem Englischen übersetzt seyn; aber sie sahe gar nicht darnach aus. Unter der an alle in den General. Staaten Sitzung habende wahre Patrioten gerichteten Zuschrift stunden die Buchstaben M. D. J. E. U. über deren Bedeutung verschiedene Mutmaßungen waren. In Amsterdam liefen einige damit in Gasthöfen und Coffeehäusern herum, wo sie dieselbe jungen und unerfahrenen Leuten in die Hand steckten und vorlasen, und dadurch allmählig einigen Anhang gegen den Rath bekamen. Man hielt, in der Nacht und zu ungewöhnlicher Zeit, Zusammenkünfte in verschiedenen Wirtschaften oder Schenken, besonders in Vredenburg in der langen Leidenschen Querstasse, wo, am 20sten des Heumonats, ein Entwurf geschmiedet ward, um, wie man in Friesland gethan hatte, Abgeordnete aus der Bürgerschaft, zu Beförderung der verlangten Wiederherstellung der alten Vorrechte, zu wählen.

Der Rath, welchem diese unruhigen Bewegungen nicht unbekannt waren, hatte wegen der Mittel, denselben Einhalt zu thun, keinen Schluß fassen können, weil man von den Absichten und Folgen dieser Bewegungen verschiedene Gedanken hatte. Der

Wundarzt,

d) Man sehe B. LIV. f. XV. Th. VI. S. 213.



Wundarzt, Andreas Hockelmann, einer der Versammelten in Vredenburg, ward jedoch, am 24sten, vor die Bürgermeister gefordert, und wegen der Verfasser und Förderer des Entwurfs befragt. Er nannte einige, und unter andern seinen Schwager, an. Henrich van Ginnig, einen Zeichner zu Harlem, und Jean Rouffet; worauf man ihn, mit einem scharfen Verweise, gehen ließ. Wenige Tage nachher ward, außer dem gedachten Entwurfe, zur Wahl einiger Abgeordneten, eine Bittschrift unter dem Volke ausgestreuet, welche aus drey Artikeln bestund, und seitdem die drey Artikel oder Raaps Bittschrift (\*) genannt ward. Man sagt, daß dieselbe nach Amsterdam durch van der Meer von Rotterdam gebracht worden sey. Sie war bald hierauf Daniel Raapen (1) in die Hände gefallen, und man hatte sie nachher drucken lassen. Sie enthielt folgendes Gesuch an Bürgermeister und Rath: „1. Die Posten auf das eiligste dem Prinzen Statthalter zu übergeben, in der Hoffnung, daß er solche zum Besten des Landes und der Stadt gebrauchen würde; 2. alle rechtmäßigen Ursachen zu beschweren, des über die bey Vergebung der Ämter eingeschlichene Mißbräuche, mit aller möglichen Eile, zu heben, und künftig keine Ämter als an eingeborne und naturalisirte angeessene Bürger und Einwohner zu vergeben; 3. die Vorrechte der Bürgerschaft, so wohl in Ansehung der Gilden, als in anderen Betrachtungen, wieder herzustellen, und keine Obersten und Hauptleute, als aus der Bürgerschaft zu wählen, ohne daß dieselben jemals zugleich Rathsglieder sollten werden können.“ Zu eben der Zeit, da diese Bittschrift ausgestreuet ward, ließ man auch ein Gerücht laufen, daß die Bürger in kurzem von der Kloveniers-Doele in der Doelestraat, worauf sie, wie einige sagten, ein altes gegründetes Recht hätten, Besitz nehmen, und hier an der Abstellung desjenigen, was in der Regierung der Stadt fehlerhaft befunden werden möchte, arbeiten würden. Es wäre auch nur bis zum 1ten August, da man einige Bürger und Einwohner, sechs bis acht an der Zahl, in den großen Saal der Doele hineinretten sahe. Diesen hatten einige Leute, zu Haltung einer besondern Zusammenkunft, in Mierhe; sie mußten ihn aber bald, theils mit, theils wider Willen räumen. Die Einnahme der Doele machte ein so großes Aufsehen, daß gleich sehr viele Einwohner dahin liefen; einige darunter, die von dem Anschläge unterrichtet waren, andere aus bloßer Neugier. Als man die Anzahl groß genug achtete, las Henrich van Ginnig eine Rede an die Anwesenden ab, wodurch er sie aufmunterte, auf Mittel zu Wiederherstellung der verfallenen bürgerlichen Freyheiten zu denken; zu welchem Ende er ihnen einen in Vredenburg gemachten Entwurf vorlegte, worin festgesetzt war, daß man fünf Personen wählen sollte, um zu bewirken, daß aus jedem der sechzig Quartiere zween, drey oder vier Abgeordneten ernannt würden, um die Artikel zu entwerfen, deren Abstellung man suchen sollte. Von einer Veränderung des Raths erwähnte er kein Wort; er mag nun gewußt haben, daß einige ihre Anschläge darauf gerichtet hatten, oder nicht. Ja er sprach mit Verabscheuung von dem aufrührerischen Einsall in das Rathshaus, von der Plünderung der Pächterhäuser, und von Kränkung der obrigkeitlichen Gewalt überhaupt. Als er ausgerebet hatte, unterzeichneten einige seinen Entwurf. Allein Raap, oder einer

(\*) Het Request van Raap.

(1) Diese beiden Leute haben wir schon oben (B. LXXVII. §. XXVIII, XXIX. S. 418 f.) einiger Maaßen kennen gelehret.

1748

1748

seines Anhangs, las der Versammlung die drey Artikel vor, als welche die Punkte enthielten, welche man vor allen Dingen verlangen sollte; und sie wurden, wie ich meyne, auch alsobald von einigen unterzeichnet. Den folgenden Tag kam man wieder auf der Doele zusammen. Die Gönner der drey Artikel drangen nun ernstlicher auf die Unterzeichnung derselben. Sie sagten, daß alles darin enthalten wäre, was die Bürgerschaft mit Rechte verlangen könnte: welches, wenn man es als richtig annimmt, auch zu erkennen gab, daß die Bürgerschaft keine Ursache hatte, eine Veränderung in dem Rathe zu verlangen, weil derselben gar nicht, oder nicht ausdrücklich (2) in den drey Artikeln erwähnt ward. Ferner verlangten sie, daß die, zufolge dem andern Entoursee, ernannte Personen allein bevollmächtigt würden, die Vorrechte der Bürgerschaft aus den Privilegien aufzusuchen, und die Wiedereinführung in dieselben zu befördern; weil, wie sie meyneten, die Erwählung der Abgeordneten aus allen Quartieren zu diesem Ende zu weitläufig seyn, und zu Unordnungen und Uneinigkeit Anlaß geben würde, wovon man, sagten sie, schon ein Beyspiel in Frisland sähe. Aber viele bestunden auf die Wahl der Abgeordneten. Andere eiferten dagegen stark für die Unterzeichnung der drey Artikel. Die zwey Parteyen geriethen mit einander in einen heftigen Wortwechsel: allein ehe die Versammlung auseinander ging, erklärten die meisten sich für die Unterzeichnung der drey Artikel; welche hernach einen starken Fortgang hatte.

Man unterzeichnet die drey Artikel.

## IV.

Der Rath läßt bey der Bürgerschaft anfragen, ob sie etwas wider ihn habe:

Mittlerweile hatten die Bürgermeister alsobald Nachricht von der öffentlichen Zusammenkunft auf der Doele, und von dem, was daselbst vorging, bekommen. Sie riefen den Rath, auf den roten zusammen, und beschloßen, mit dessen Gutbefinden, um dem Volke alle billige Genugthuung zu geben, und um zugleich, die Gesinnungen der meisten Bürger zu erforschen, den Kriegsrath auf den 12ten zu versammeln, und die Hauptofficiere zu ersuchen, daß sie die unter ihnen stehende Mannschaft zusammen kommen lassen, und fragen mögten, ob sie etwas gegen die Stadtrichtigkeit, auf welche es angelegt zu seyn schiene, obgleich, in den öffentlichen Reden auf der Doele, noch nichts davon erwähnt wäre, oder wegen der Vorrechte der Bürgerschaft oder der Gilden anzubringen hätten. Der Alt-Bürgermeister, Ferdinand van Collen, und die Alt-Schöppen, Egbert de Vry Temminck und Elias Schellinger wurden bevollmächtigt, von den Hauptofficieren der Bürgerfahnen zu vernehmen, was die Gemeine verlangte; und von diesem Allen ward dem Volke, durch eine öffentliche Abkündigung, an demselben Tage, Nachricht gegeben. Zugleich aber ward die Einnahme der Doele und die Unterzeichnung der entworfenen Artikel, als ungebührlich, gemißbilligt, und Auswärtigen und Fremden zugesprochen, welche die Wohlfahrt der Stadt beneideten. Aber einige Bürger, die hieran Theil hatten, nahmen es übel, daß man sie Fremde genannt und ihnen dadurch einen Vorwurf gemacht hatte. Sie hielten sich auch durch die Beschuldigung, wegen der Einnahme der Doele, sehr beleidigt, und forderten von der Gesellschaft, welche sie in dem großen Saale gefunden hatten, eine Erklärung, daß ihnen derselbe freywillig eingeräumt wäre. Diese Erklärung, welcher eine Art von Bittschrift, um Wiederherstellung ihrer verletzten Ehre, beygefüget war, gaben sie in öffentlichem Druck heraus; und der Rath befand für gut, hiebey nachzusehen.

und mißbilligt die Einnahme der Doele. Einige Bürger gerechtfertigten sich deswegen.

Unter.

(2) Einige meyneten, daß in dem dritten Artikel, worin die Wiederherstellung der Vorrechte, so wohl in Ansehung der Gilden, als sonst verlangt ward, darauf verdeckt gezeiet wurde.

Unterdessen wurden die Quartiere, jedes besonders, zusammengerufen, da mitt- 1748.  
lerweile die Beförderer der auf der Doele unterzeichneten drey Artikel, welche man seit- Die Quar-  
dem die Doelisten nannte, alle Mühe anwandten, sich einen Anfang unter den besondern tiere werden  
Fahnen zu machen. Die Hauptofficiere der Quartiere saßen in den Kirchen, oder in den zusammen  
Wachthäusern, oder in vornehmen Gasthöfen, damit jeder Gelegenheit haben mögte, seine  
Beschwerden einzubringen. Sehr viele angesehene Bürger, die nichts zu klagen hatten, gerufen.  
und keine Veränderung verlangten, hielten es für unnöthig, in diesen Zusammenkünften  
zu erscheinen. Viele, die daselbst erschienen, sagten, daß sie nichts gegen die Stadtobrig-  
keiten anzubringen hätten. Einige fügten hinzu, daß sie wünschten, die Posten mögten  
bey der Stadt bleiben. Andere hingegen wollten, daß man dasjenige, was der Prinz le-  
tens, wegen der Aemter und Posten vorgeschlagen hätte, bewerkstelligte. Allein der gemei-  
ne Haufe in verschiedenen Quartieren erklärte sich für die drey Artikel, die auf der Doele un-  
terzeichnet waren: welches größtentheils dem Eifer der Doelisten zuschreiben war, die  
rund herum in die Häuser gegangen waren, um jeden zur Unterzeichnung zu bewegen. Der  
Hauptmann Christian Scholten und verschiedene Officiere von der Fahne seines Wa-  
ters, des Hauptmanns Jan Agges Scholten, waren auch den Gemeinen in der Unter-  
zeichnung der drey Artikel vorgegangen: welches viele zur Nachfolge bewogen hatte.  
Der von dem Hauptmann Christian Scholten unterzeichnete Entwurf ward auch so  
gleich, mit seinem Namen voran, gedruckt, und in andere Quartiere herumgesandt.  
Dieses half sehr, um eine beträchtliche Zahl der wachthabenden Bürger zur Unterzeich-  
nung zu bewegen.

Die Bittschrift, welche die drey Artikel enthielte, war unterdessen, am 13ten Die drey Ar-  
August, von Raap und einigen andern Doelisten, ununterzeichnet, in der Bürgermeister- tikel werden  
stube eingereicht worden; wiewohl sie hernach von dreyen derselben, worunter Raap den Bürger-  
war, unterzeichnet ward. An eben dem Tage hatten sie die von vielen unterzeichnete Pri- meistern ge-  
ginalsschrift nach dem Haag gebracht, und dem Prinzen, bey welchem sie sich Gehör zu zeigt  
verschaffen gewußt hatten, eingehändigt. Zween Tage hernach stateten sie von diesem Prinzen.  
Gehöre in der Doele ihren Bericht ab. Sie erzählten, „daß der Prinz ihnen freund-  
lich begegnet, und ihre Forderungen gebilliget, sie aber zugleich zur Ruhe und zum Ge-  
horsam gegen die Obrigkeit ermahnet hätte.“ Die Anwesenden beantworteten diesen  
Bericht mit Schwenkung des Huts, und einem jauchzenden Luzzagegeschrey.

Mittlerweile da die Quartiere zusammen gerufen wurden, gingen die Zusammen- V.  
künfte auf der Doele fort. Man hielt daselbst, von Zeit zu Zeit, Reden, wovon die Reden, die  
meisten so gleich gedruckt wurden. Aber sie enthielten durchgehends nur einige allgemei- gehalten wer-  
ne Anmerkungen über den Verfall des Staats, der Handlung und der Manufacturen; den.  
denen einige Ermahnungen zu Erhaltung der Freyheiten und Vorrechte beygefügt waren.  
Zuweilen suchte man auch die drey Artikel, und insonderheit dasjenige, was darin, wegen  
der Posten verlangt war, zu rechtfertigen. Aber diese Artikel und einige Reden wurden,  
zu eben der Zeit, in öffentlichem Drucke widerlegt. Die Reden enthielten, zuerst, ver-  
schiedene Ermahnungen zur Liebe und Eintracht zwischen den Bürgervätern, wie  
man sprach, und der Bürgerschaft. Die Prediger, welche insgemein, zu dieser Zeit,  
die Leute von Aufruhr abzumahnern pflegten, wurden darin als Vorgänger zum Guten  
für das Vaterland, und Vertheidiger der Religion und Freyheit beschrieben.  
Beides trug vieles bey, um friedfertige Leute und Liebhaber der Kirche zur Unterzeichnung  
der

1748.

Die Doel-  
isten verlan-  
gen, daß man  
öffentlich für  
sie bete.

der drey Artikel zu bewegen: welches nicht allein auf der Doele geschähe, sondern Raap ließ auch sein Haus dazu gebrauchen. In der größten Hitze dieses Eifers wurden, von wegen der Doelisten, gedruckte Zettel in den Häusern vieler reformirten und lutherischen Prediger abgegeben, und sie darin ersucht, öffentlich für die Vertheidiger und Wiederbringer der Freyheit, wie die von der Doele sich nannten, zu beten. Es trat auch bald hernach eine Vorschrift eines Gebets an das Licht, welches einen kurzen Umriß der Landesgeschichte und der berühmten Thaten der Statthalter enthielte; ferner ward darin das Plündern der Pächterhäuser als ein Beweis der aufwachenden Liebe zur Freyheit angeführt, und alles mit einem ordentlichen Gebete für den Prinzen und die Abgeordneten der Bürgerschaft beschloffen. Allein die Prediger fanden nicht dienlich, die Doelisten, in ihrem Gesuche, zu vergnügen, oder sich ihrer Vorschrift zu bedienen.

VI.

Bürgermei-  
ster und Rath  
antworten  
auf die drey  
Artikel.

Es wäre bis zum 20sten, ehe Bürgermeister und Rath auf die von Raap und den Seinigen eingereichte Witschrift antworteten. Der Inhalt dieser Antwort war, „1. daß man mit Seiner Hoheit, wegen der Posten, in gütliche Unterhandlung getreten, und daß man damit schon so weit gekommen wäre, daß man davon, aller Wahr-  
scheinlichkeit nach, in der nächsten Versammlung der Stände ein gewünschtes Ende zu hoffen hätte; 2. daß das Verzeichniß der Aemter von Bürgermeistern und Rathe, im Herbst-  
monate, in der Versammlung der Stände eingebracht, und darüber, zufolge dem Gut-  
achten der Stände und Seiner Hoheit, eine solche Einrichtung, als zum gemeinen Be-  
sten am heilsamsten seyn würde, gemacht werden sollte; 3. daß man bereit wäre, die  
Bürgerschaft und Gilden bey ihren Vorrechten und wohl hergebrachten Gewohnheiten  
zu erhalten, auch ihnen allezeit die Freyheit zu lassen, deswegen in Witschriften, mit  
geziemenden Ausdrücken, Vorstellungen zu thun; aber daß die Erwählung der Obersten  
und Hauptleute aus der Bürgerschaft allein, eine mit den alten Privilegien und dem  
Herkommen streitende Neuerung wäre; und man daher darin nicht willigen könnte.“  
Der Rath ließ diese seine Antwort alsobald durch den Druck bekannt machen; und sie  
ward des Abends auf der Doele abgelesen. Allein einige zogen heftig dagegen los.  
Einer von den größten Schreibern schalt diejenigen, welche die Posten an sich gezogen  
hatten, für Diebe aus, und sagte, daß er seinen Kopf hergeben wollte, wosern er diese  
Beschuldigung nicht wahr machte. Mittlerweile hatten einige Doelisten wieder eine Reise  
nach dem Haag gethan. Sie erzählten, bey ihrer Zurückkunft, „daß sie, zum andern  
Male, bey dem Prinzen Gehör gehabt, und von ihm die Versicherung empfangen hät-  
ten, daß er von dem Rathe zu Amsterdam, in dem Punkte der Posten, vergnügt wä-  
re; daß er der Bürgerschaft, wegen der Aemter überhaupt, auch Gemüthigung ver-  
schaffen würde; aber daß er in eine verwirrte Erbschaft gekommen wäre, und alles  
nicht so geschwinde wieder herstellen könnte.“ Uebrigens ließ der Prinz, wie sie sagten,  
die Bürger, welche er als seine Kinder betrachtete, zur Ruhe und Stille ermahnen.“  
Man fügte hinzu, daß er die Unterzeichnungen der drey Artikel mit Vergnügen angenom-  
men, und gesagt hätte, daß er gerne dergleichen erwarten würde. Die Leute nahmen  
diese Erzählungen so begierig an, daß der große Haufe dadurch nicht wenig zur Unter-  
zeichnung angefrischet ward.

Die Gilt-  
der Schiff-  
zimmerleute

Der aus Bürgern allein bestehende Kriegsrath war nun der einzige Punkt, worin der Rath nicht hatte willigen wollen. Man bestund daher in der Doele darauf, daß dieser Punkt sowohl als die andern durchgetrieben werden müßte. Die Doelisten behaupteten

behaupeteten sogar in öffentlichen und gedruckten Schriften, daß, obgleich dieses eine Neue- 1748.  
 rung wäre, sie doch von der Bürgerschaft, wenn sie es für nützlich hielte, wohl eingeführt ergreift die  
 werden könnte. Es trat auch, um diese Zeit, die Gilde der Schiffszimmerleute, eine Parthei der  
 der größten in der Stadt, auf ihre Seite; indem sie, wie ich versichert worden bin, Mit-Doelisten.  
 tel zu finden gewußt hatten, zween Gildebrüdern, welche von den übrigen ernannt waren,  
 ihre Angelegenheiten bey den Obermeistern der Gilde, oder auch bey den Bürgermeistern  
 zu besorgen, ihr Vorhaben annehmlich zu machen. Diese bewogen so fort einige andere,  
 und allmählig den größten Theil der Gilde, nebst ihnen, wie es hieß, an der Wiederher-  
 stellung der verfallenen Vorrechte der Gildebrüder zu arbeiten. Die eifrigsten dieser Leute  
 erschienen nun auch auf der Doele, und schrien mehr, als irgend einer, um einen Bürger-Man bestet  
 Kriegsrath. Einige droheten sogar gewaffnet zu kommen, und den Rath zur Einwilli- auf einen  
 gung zu zwingen. Sie ließen sich aber durch Raapen und einige andere besänftigen, Bürger-  
 die unterdessen bey den Bürgermeistern das ungesüme Loben des Volkes sehr vergrößert, Kriegsrath.  
 ten, und sagten, daß sie keine Möglichkeit sähen, es zu bändigen, wosern die drey Artikel  
 nicht vollkommen bewilliget würden. Der Rath, welcher nicht wußte, wie weit er gehen Der Rath  
 durfte, noch auf wen unter der Bürgerschaft er sich verlassen könnte, beschloß darauf, die willigt in die  
 Bittschrift, am 26sten August, zum andern Male mit dieser Benzeichnung heraus zu drey Artikel.  
 geben: FIAT, in so weit es nicht gegen die Schlüsse Ihrer Edlen Großmög-  
 enden und die Absicht Seiner Hoheit streitet; und wegen der Aemter, in so weit  
 es eine Stadtsache ist. Man gab also allmählig mehr nach, weil man sich dazu ge-  
 zwungen sahe. Viele glaubeten, daß die Doelisten nun zufrieden seyn würden. Aber es  
 ging ganz anders. Man blieb auf der Doele unzufrieden. Das FIAT, sagte man, Die Doeli-  
 müßte schlechthin, und nicht mit so vielen Einschränkungen gegeben worden seyn: obgleich sten sind das  
 niemand sich zu zeigen getraute, was in den beygefügtten Einschränkungen unbillig wäre. mit nicht zu-  
 Allein die Häupter der Doelisten hatten andere Absichten, die sich allmählig entdeckten. frieden.  
 Man fing nun an stark davon zu sprechen, daß der Prinz gebeten werden müßte, nach Sie verlan-  
 Amsterdam zu kommen, um die Streitigkeiten zwischen dem Rathe und der Bürger- gen, daß der  
 schaft benzulegen. Einige riefen, daß der Prinz den Rath verändern müßte. Man fuhr Stadt kom-  
 fort, Schmähschriften gegen die Obrigkeiten zu lesen und auszustreuen; und es zeigte sich men möge.  
 deutlich, daß einige der vornehmsten Schreyer die Ehrerbietung gegen die Obrigkeiten,  
 welche sie anfänglich zu erhalten das Ansehen haben wollten, gänzlich verlohren hatten.  
 Zwo Personen wurden nach dem Haag geschickt, um den Prinzen zu ersuchen, daß er  
 nach Amsterdam kommen mögte; und sie brachten, bey ihrer Zurückkunft, die Antwort  
 mit, daß er dieses in wenigen Tagen thun würde. Unterdessen hatten die Bürgermeister, Die Bürger-  
 die nun schon versichert waren, daß man die Veränderung des Rathes suchte, auf Anhal- meister geben  
 ten der Doelisten beschlossen, das FIAT auf die Bittschrift, ohne Einschränkung, zu ein uneinge-  
 geben; welches sie am 27sten öffentlich bekannt machten. schränktes  
 FIAT auf die

Allein weil die vornehmsten Doelisten das Volk in Bewegung erhalten wollten, drey Artikel.  
 bis der Prinz in die Stadt gekommen seyn würde; so waren sie mit dem ertheilten FIAT Die Doeli-  
 noch nicht zufrieden. „Der ganze Rath, sagte man, wäre deswegen nicht versammel- sten verlan-  
 „gewesen. Und dieses müßte geschehen, wosern die Bürgerschaft versichert seyn sollte, gen, daß der  
 „daß ihr das verlangte zugestanden worden sey.“ Die Bittschrift ward also zum vierten Rath auch  
 Male den Bürgermeistern, nebst einer andern, übergeben, worin, in einer viel unhöflich- darin willi-  
 chern Schreibart, verlangt ward, daß von dem gegenwärtigen Rathe, ohne einiges

1748. in so weit oder Informalität, das Fiat auf die drey Artikel ertheilet würde. Der Rath  
 Es geschieht kam daher den folgenden Tag zusammen. Man bewilligte das Gesuch, und gab das  
 Fiat, ohne die geringste Einschränkung, im Namen der Bürgermeister und des Rathes.  
 Der Ausdruck gegenwärtiger Rath gab schon zu erkennen, daß die Urheber der Bitt-  
 Die Bürger- schrift bald einen andern Rath erwarteten. Die Rathsglieder waren auch völlig über-  
 meister und zeugt, daß man sie der Regierung müde zu machen suchte. Sie beschloßen daher, am  
 Rathsherrn 28sten August, ihre Aemter, unter Genehmigung des Prinzen, welchem davon alsobald  
 beschließen, ihre Aemter gegeben ward, freywillig niederzulegen. Die Posten wurden zugleich dem Prin-  
 niederzule- gen übergeben, welcher dieselben, wie bey den übrigen geschehen war, dem Lande abtrat g).

VII. Mittlerweile hatten die Doelisten eine Bittschrift an die Stände von Holland  
 Dem Prin- entworfen, worin dieselben gebeten wurden, den Prinzen zu bevollmächtigen, damit er die  
 zen wird auf- nöthige Veränderung in dem Rathe machen könnte. Einige unterzeichneten sie: andere  
 getragen, die aber weigerten sich dessen schlechterdings. Die Uebergebung dieser Bittschrift unterblieb  
 auch, weil man in kurzem vernahm, daß der Prinz am 31sten, auf Ansuchen der Ab-  
 sterdam wie geordneten des Rathes, schon von den Ständen bevollmächtigt war, die Ruhe in Am-  
 der herzustel- sterdam wieder herzustellen, wenn es auch durch eine Veränderung in Bürgermeistern  
 len. und Rath geschehen sollte h). Zween Tage vorher war der Graf von Bentink hier ge-  
 gewesen, und hatte, im Namen des Prinzen, bey dem Rathe und der Bürgerschaft ange-  
 frager, ob sie ihre Angelegenheiten dem Prinzen anheimstellen wollten. Einer der Bür-  
 germeister antwortete ihm, daß man den hierüber gefassten Rathschluß dem Prinzen schon  
 bekannt gemacht hätte. Von wegen der Bürgerschaft, kam Günstig zu ihm; und dar-  
 auf ward, in seinem Namen, die Versammlung in der Doele gefragt: „ob sie verlang-  
 „te, daß der Prinz in die Stadt käme? ob sie ihm ihre Angelegenheiten anheimstellen  
 „wollte, gleichwie der Rath, von seiner Seite, gethan hätte? und ob sie sich unterdessen  
 „still und ruhig halten wollte?“ Alle diese Fragen wurden mit Ja beantwortet. Und  
 mit diesem Berichte reifere der Graf von Bentink wieder nach dem Haag.

Die Quar- Die Quartiere waren die Quartiere geschäftig, die Abgeordneten zu wählen, die  
 tiere wählen mit einander dasjenige überlegen sollten, was man dem Prinzen, bey seiner Ankunft, vor-  
 Abgeordne- tragen wollte. Einige der eifrigsten Doelisten hatten List und Drohungen zu Hülfe ge-  
 ten. nommen, um sich wählen zu lassen: aber einige andere wurden gewählt, ohne daß sie  
 sich ungebührlicher Mittel bedienet hatten. Die Abgeordneten ließen sich in der Doele  
 aufschreiben, und nahmen daselbst Sitz. Aber einige einzelne Quartiere ernannten gar  
 keine Abgeordneten. Vielen dieser Abgeordneten war aufgetragen, sich für die drey Ar-  
 tikel zu erklären, obgleich dieselben von vielen aus jedem Quartiere nicht unterzeichnet, und  
 von einigen öffentlich widersprochen waren. Wenige oder gar keine waren bevollmächi-  
 get, eine Veränderung in dem Rathe zu verlangen; einigen war aufgetragen, dieses  
 gänzlich dem Wohlgefallen des Prinzen anheimzustellen. Allein die vornehmsten unter  
 den Doelisten entwarfen nun zwey Bittschriften an denselben, worin endlich die Verän-  
 derung des Rathes, bis auf die Pensionäre und Secretäre, mit klaren Worten verlangt  
 ward. Sie enthielten noch einige andere Punkte, und wurden von verschiedenen Leuten  
 unterzeichnet. Jedoch zwischen den Verfassern dieser zwey Bittschriften entstand bald ein  
 großer



großer Streit, welcher verursachte, daß die Unterzeichnung keinen starken Fortgang haben konnte.

1748

Unterdessen war es einigen Einwohnern, die an demjenigen, was auf der Doele VIII. vorgegangen war, keinen Theil genommen hatten, sehr zuwider, daß man öffentlich auf Einige ent- die Veränderung des Rathes drang. Daher entwarfen auch etliche derselben Erklärungen, werfen und zum Vortheile des gegenwärtigen Rathes; und legten sie anderen zur Unterzeichnung vor: unterzeich- Man machte hiemit am 30sten den Anfang. Der Inhalt dieser Erklärungen war; „daß schriften, „die Unterzeichner niemals in die Witschriften gewilliget hätten, welche dem Rathe, gleich worin die „als im Namen der ganzen Bürgerschaft, übergeben waren, und daß sie keine Verände- Erhaltung „rung der gegenwärtigen Obrigkeiten verlangeten.“ Man machte von diesen Erklärungen des gegen- gen verschiedene Abschriften. Sie wurden, wie man ausgestreuet und geglaubet hat, wärtigen Rathes ver- von vielen unterzeichnet. Allein der Fortgang dieser Unterzeichnungen dauerte nur bis langer ward zum andern Tage, da einige der eifrigsten Doelisten Mittel fanden, sie zu hintertreiben. Die Doeli- Sie benogen eine Anzahl von ungefähr funfzehnhundert Schiffszimmerleuten oder Bylt- sten finden jes, wie der gemeine Mann sie hier nannte, am 31sten August vor der Doele zu erschei- Mittel, die nen, gleich als wenn es geschähe, um sich die Wiederherstellung ihrer Gilderechte zu ver- Unterzeich- schaffen. Sie waren alle ungewaffnet, und einige, die sich fürchteten, daß man etwas nung zu hin- Böses im Schilde führen möchte, hatten sich nicht anders als durch starke Drohungen be- terreiben. wegen lassen, an dem Aufzuge Theil zu nehmen. Allein andere wußten, daß man die Absicht hatte, den Unterzeichnern für den Rath eine Furcht einzujagen. Als sie vor der Doele angekommen waren, stellten sich einige der kühnsten Doelisten, fünf bis sechs an der Zahl, an ihre Spitze; von welchen etliche als Schiffszimmerleute gekleidet waren. Man zog in kleinen Gliedern, durch einen Theil der Stadt, und stund vor den Häusern Aufzug der oder Gasthöfen still, wo diejenigen wohnten, oder sich aufhielten, von denen man wußte, Schiffszim- oder vermutete, daß sie für den Rath unterzeichnet hätten. Hier und da wurden Drohungen, merleute. gen gebraucht; und dieser aufrührische Zug verursachte ein solches Schrecken in der Stadt, daß die beschlossene und angefangene Unterzeichnung dadurch gänzlich gehemmet ward. Man sagt auch, daß einige Rathsglieder den Beförderern dieser Unterzeichnung, unter der Hand, zu verstehen gegeben haben, daß sie sich vergebens so große Mühe machten, und daß die Veränderung des Rathes nicht würde verhindert werden können.

Unterdessen da man nun den Prinzen in zween Tagen erwartete, fuhren die Quar- IX. tiere stark fort, Abgeordneten zu ernennen, welche, nachdem sie in einem Wirthshause zu- Der Prinz sammen gekommen waren, alle, oder meistens alle die drey Artikel unterzeichneten, und kommt in die hernach sechs unter sich ernannten, die bey dem Prinzen das Wort führen sollten. Dieser Stadt. kam, am 2ten des Herbstmonats, um zehn Uhr des Morgens, mit vier Kutschen, in der Stadt an. Er hatte auf dem Schlosse Zwaanenburg, auf dem halben Wege von Harlem, übernachtet. Seine Leibwache zu Pferde begleitete ihn nur bis an das Thor, wo sie einige Zeit blieb, und darauf bis auf den halben Weg nach Harlem zurückging. Die Bürgerschaft war gewaffnet erschienen, und stund in den Straßen und an den Canälen, wo der Prinz durchfuhr. Raap und einige der Seinigen, die, wegen der Unterzeichnung der letzten Witschriften, mit der andern Partey in Streit gerathen waren, hatten den Prinzen, ungefähr zweyhundert Kuthen vor der Stadt, bewillkommen; aber sie begleiteten ihn nicht hinein. Dies geschähe von ungefähr dreyßig der letzstens erwählten Abgeordneten der Bürgerschaft, unter welchen die eifrigsten Doelisten waren, und von

1748.

drey bis vierhundert Schiffszimmerleuten, vor denen eine Orangefahne hergetragen ward, worauf die Worte: Für Oranien und die Freyheit, zu lesen waren. Der Prinz trat in dem Gude-Syds-Heeren-Logement ab, wo er so gleich von dreyen der regierenden Bürgermeister Gerrit Corver, Herrn von Velzen, Jan Sauryn und Peter van de Poll, bewillkommet, und so lang er hier blieb, auf Kosten der Stadt bewirthet ward. Der Gasthof ward bey Tage und bey Nacht, während dieser Zeit von zwey Fahnen Bürger bewacht, denen der Prinz die Lösung oder das Wort zu geben pflegte.

Die Abgeordneten verlangten die Veränderung des Rathes.

Das erste, welches man, nach der Ankunft des Prinzen zu Amsterdam, vornahm, war die beschlossene Veränderung des Rathes zu bewirken. Er sagte, bey verschiedenen Gelegenheiten, „daß er mit Leidwesen das Volk so mißvergnügt auf die „Obriheiten sähe; unter denen einige wären, die er gene heyrbehalten wollte, ob er gleich befürchtete, daß er es nicht würde thun können.“ Ungefähr zwanzig Quartiere hatten nur noch Abgeordneten gewählt, als er in der Stadt ankam. Aber die aus diesen Abgeordneten zur Unterhandlung mit dem Prinzen ernannten sechs Personen hatten schon eine weitläufige Bittschrift entworfen, worin die Veränderung des Rathes, und namentlich auch die Entlassung der zwey Pensionären verlangt ward. Das Gesuch wegen der Pensionären ließ vermuthen, daß der Verfasser der Bittschrift nach einer Pensionärsstelle strebete. Allein er erhielt sie nicht, wenn er anders eine Absicht darauf gehabt hat. Die Pensionären behielten ihre Bedienungen. Die Bittschrift ward dem Prinzen, am 2ten des Herbstmonats, übergeben. Sie war so abgefaßt, als wenn sie das Verlangen der ganzen Bürgerschaft enthielte, obgleich die meisten Quartiere noch keine Bevollmächtigten erwählt, und viele Bürger auch in den Quartieren, wo man Abgeordneten hatte, noch nicht ihre Stimmen zu ihrer Bestellung gegeben hatten. Man fuhr indessen, nach der Ankunft des Prinzen, stark fort, Abgeordneten zu wählen, bis endlich fast alle Quartiere damit versehen waren; obgleich die vorher ernannten sechs Personen das Hauptwerk der Unterhandlung behielten.

Unbescheldene Forderung an die Bürgermeister.

Unterdessen da der Prinz wegen der Veränderung Rath hielte, brachten einige den Schiffszimmerleuten den Argwohn bey, daß der Umgang der regierenden Bürgermeister mit dem Prinzen sehr vertraulich wäre, gleich als ob sie davon etwas nachtheiliges für ihre Gilde zu fürchten hätten. Zwanzig bis dreyßig aus dem Haufen ließen sich hierauf von einigen der kühnsten Doelisten bewegen, sie am 4ten des Abends nach den Häusern der Bürgermeister zu begleiten, deren drey, indem der vierte, der Herr Jan Sir, nicht in der Stadt war, sie mit großer Dreistigkeit fragten, warum sie nicht sogleich ihre Aemter niederlegten? Die Antwort, daß dieses dem Prinzen überlassen wäre, befriedigte sie nicht. Man mußte ihnen versprechen, daß die Veränderung in zwey Tagen geschehen würde. Der Prinz machte auch den andern Tag eine Verfügung darüber, welche in den folgenden zwey Tagen bekannt ward.

Die Kaufleute bekommen bey dem Prinzen Gehör.

Mittlerweile hatte eine große Anzahl Kaufleute, die in einem vornehmen Gasthofe zusammen gekommen waren, vier und zwanzig aus ihrem Mittel ernannt, den Prinzen wegen seiner Ankunft in der Stadt zu complimentiren, und die Handlung seinem Schutze zu empfehlen. Sie erhielten erst des Abends um fünf Uhr Gehör. Die Anrede geschah von dem Herrn Josua van der Doorten, und ward von dem Prinzen freundlich beantwortet, der unter andern zu ihnen sagte, daß man seine Achtung für die Kaufleute aus

auf der Bestellung neuer Rathsglieder bald sehen würde. Diese ward auch den 7ten 1748. abgekündigt.

Die vier regierenden Bürgermeister wurden entlassen, ohne wieder eingesezt zu werden. Aber von den sechs und zwanzig Rathsherren, welche auch alle entlassen waren, wurden neunzehn wieder eingesezt, und ihnen siebenzehn andere beygefügt, welche nie in dem Rathe gewesen waren. Die neuen Bürgermeister waren Doctor Ferdinand van Collen, D. Cornelius Trip, D. Gerard Arnold Hasselaer, igo Bevollmächtigter auf der Friedensunterhandlung zu Aachen, und Wilhelm Gideon Deuz. Die Veränderung geschähe durch einen verschlossenen Brief des Prinzen an den Ober-Schultheissen de Dieu, worin er anzeigte, „daß, nach aller von ihm angewandten möglichen Mühe, „das Mißtrauen und das Mißvergnügen der Bürgerschaft gegen die Obrigkeiten zu heben, „er jedoch zu seinem Leidwesen befunden hätte, daß alle diese Mühe vergebens gewesen „wäre: weswegen er, zu Verhütung des äußersten Unheils, gut befunden hätte, sich der „ihm von den Staaten, am 31sten August gegebenen Gewalt, und des von Bürgermeistern und Rathe geschenehen und in dem Schlusse der Staaten erwähnten Anbietens einer „freymilligen Abdankung zu bedienen, und daß er gemeldete Bürgermeister und Rathsherrn alle ihrer Aemter entließe, ohne daß sie dadurch in ihrem guten Namen verlegt „geachtet, oder verdächtig gehalten werden sollten, als ob sie sich, in der Regierung des „Landes, nicht pflichtmäßig betragen hätten. Er würde sich, fügte er hinzu, allezeit „bereit zeigen, sie und ihre Familien und Güter, wenn es nöthig wäre, in seinen besondern Schuß zu nehmen.“

Diese Veränderung war jedoch kaum geschenehen, als die sechs Abgeordneten der Bürgerschaft, entweder aus eigener Bewegung, oder auf Anstiftung anderer, darauf drangen, daß auch der alte Rath, der aus regierenden und abgegangenen Bürgermeistern und Schöppen bestand, bey der Bürgermeisterrwahl seine Stimmen zu geben, gesichtet und verändert werden müßte. Allein hiezu war der Prinz von den Ständen nicht bevollmächtigt. Er gab den Bürgermeistern davon Nachricht, und stellte ihnen zugleich vor, „daß er besorgte, die Ruhe in der Stadt würde nicht vollkommen hergestellt werden können, wessern der Schluß der Staaten nicht auf den alten Rath ausgedehnet würde.“ Man schrieb hierauf, im Namen der Bürgermeister, an alle Glieder des Alten Rathes, und fragte sie, ob sie Willens wären, ihre Würde der Verfügung des Prinzen, eben so als die regierenden Bürgermeister und Rathsglieder zuvor gethan hatten, anheim zu stellen. Sie folgten alle diesem Beyspiele. Die Stände bevollmächtigten den Prinzen auch, am 10ten, den Schluß vom 31sten August auf den Alten Rath auszudehnen i). Er entließ also, unter gleichen Bedingungen, als mit den regierenden Bürgermeistern und Rathsherrn geschenehen war, vier regierende Schöppen, sieben Alt-Bürgermeister und drey und dreyßig Alt-Schöppen dieser ihrer Würde, und besetzte die Stellen der vier regierenden Schöppen an demselben Tage mit vier anderen. Von dieser Veränderung ward dem Volke am 14ten Nachricht gegeben.

Allein ehe dieses geschähe, hatte man an der Wiederherstellung oder Veränderung des Kriegsraths auf den in den drey Artikeln verlangten Fuß gearbeitet. Die Doctoren hatten die Leute, welche zu ihnen, um hievon unterrichtet zu werden, kamen, schon zeitig

1748.  
rung des  
Kriegsraths.

zeitig versichert, daß der Prinz die Bürgerschaft hierin vergnügen, und einen Kriegsrath, außer dem Stadtrathe, oder aus der Bürgerschaft allein anordnen würde. Die Obersten und verschiedene Hauptleute waren auch entweder Glieder des abgedankten Rathes, oder mit denselben verwandt gewesen; weswegen es nicht rathsam schien, ihnen, nach der Veränderung, den Befehl über die gewaffnete Mannschaft der Stadt in Händen zu lassen. Es war also nicht zu verwundern, daß diejenigen, welche die Veränderung der Stadtobrigkeiten gesucht hatten, auch die Veränderung des Kriegsrathes suchten. Man hatte daher verlangt, daß die Obersten und Hauptleute künftig aus der Bürgerschaft bestellet werden, und ganz unabhängig von dem Stadtrathe seyn mögten. Es schien, so lange der Rath noch nicht verändert war, daß man seine Gewalt dadurch zu schwächen suchte, daß man den Kriegsrath von demselben unabhängig machte. Aber dieses hörte auf, nachdem der Rath verändert war. Man schien nun den neuen Rath zu beleidigen, wenn man länger darauf bestünde, daß der Kriegsrath von demselben ganz unabhängig seyn, und allein aus der Bürgerschaft bestehen sollte. Und es war, wie man denken mußte, etwas unhöflich, von dem Prinzen zu verlangen, daß er einen Kriegsrath, der von den neuen Obergkeiten, die er selbst eingesetzt hatte, unabhängig wäre, anordnen sollte, weil dieses das Ansehen haben würde, als wenn er ihnen nicht traute. Die Doelisten selbst, die bisher für einen freyen oder Bürgerkriegsrath eifert hatten, sängen an aus einem andern Tone zu sprechen; und es schien, daß sie diesen Punkt aufgeben wollten. Allein einige Abgeordneten und die Schiffszimmerleute schrien auf der Doele stark dagegen, und sagten, daß man nicht ruhen müßte, ehe man einen freyen Kriegsrath bekommen hätte. Gimmig, Raap und einige andere wurden beschuldigt, daß sie sich von den Hofleuten des Prinzen hätten bestechen lassen, um die Bürgerschaft zu betrügen. Der Zank in der Doele ging so weit, daß Raap und sechs der Seinigen, am 1ten, ihren Abschied nahmen, nachdem sie öffentlich versichert hatten, daß man sie, mit Unrechte, im Verdacht hielte.

Als sie die Doele verlassen hatten, spielten daselbst die Schiffszimmerleute und ihre Abgeordneten die Hauptpersonen. Die ersteren schrien beständig um einen freyen Kriegsrath, ohne einen einzigen Officier so wenig aus den neuen als aus den alten Obergkeiten. Man streute gereimte Zettel unter dem Volke aus, deren Inhalt war, daß es mit der Freyheit aus wäre, wosern man keinen freyen Kriegsrath bekäme. Die ganze Stadt schien in Bewegung zu seyn, um eine Sache durchzutreiben, worin die abgedankten Obergkeiten schon gewilliget hatten, und welche, wie die Doelisten versicherten, auch zuvor von dem Prinzen genehmiget worden war. Die Abgeordneten der Schiffszimmerleute, die einige Male bey dem Prinzen Gehör gehabt hatten, berichteten jedoch iho, daß derselbe Willens wäre, zween Obersten von den fünf, die er zu ernennen gedachte, und einige Hauptleute, aus dem gegenwärtigen Rathe zu nehmen. Aber das Volk machte hierwider ein gewaltiges Lärmen, und wollte, daß kein einziger Hauptofficier bestellet werden sollte, der entweder in dem Rathe, oder mit einem Rathsgliede verwandt wäre. Die Unruhe ward so groß, daß eine ziemliche Anzahl Schiffszimmerleute und

Die Doelisten kommen in der Nacht in das Schlafzim- mer des Prin-

einige Doelisten, welche sie anführten, in der Nacht nach dem 1ten des Herbstmonats, in den Gasthof, wo der Prinz sich aufhielt, kamen, ihn, da er sich schon zur Ruhe begeben hatte, aufwecken ließen, und ihm vorstellten, „daß das Volk länger nicht zu bändigen wäre; daß es einen freyen Kriegsrath verlangte, oder zu Ausschweifungen zu

„schreiten

„schreiten drohete, und daß es gut seyn würde, wenn Seine Hoheit ihm willfahrete, um 1748.  
 „ferneres Unheil zu verhüten.“ Der Prinz gab jedoch eine verzögernde Antwort. Den  
 folgenden Tag war die Stadt mit einem Gerüchte von dem Verbrüß, welchen man dem Prinzen, und drin-  
 gen auf einen  
 Prinzen gemacht hatte, angefüllt. Man erzählte auch, daß er ungeduldig geworden freyen  
 wäre, und gedrohet hätte, „die Stadt, ja das ganze Land und seine Aemter zu verlassen, Kriegsrath.  
 „und sich nach seinen Deutschen Staaten zu begeben, wofern man ihm länger beschwer-  
 „lich fiele.“ Jedoch er gab, noch an demselben Tage, Erlaubniß, einen freyen Kriegs- (Er giebt Er-  
 rath zu halten, „der aus Hauptleuten, Lieutenants und Fähnrichen bestünde, welche jede laubniß dazu.  
 „Compagnie aus den gegenwärtig dienenden gewählt hätte. Dieser Kriegsrath sollte  
 „fünf Obersten ernennen, und die Stellen der Hauptofficiere, die ihren Compagnien un-  
 „angenehm wären, besetzen, oder sonst eine doppelte Anzahl derselben dem Prinzen vor-  
 „schlagen, damit er sie daraus wählen könnte.“ Aber diese Erlaubniß gab nicht zu er-  
 kennen, ob der Prinz das Wort: freyer Kriegsrath, in eben dem Verstande nähme,  
 als das Volk. Dieses verstand darunter einen Kriegsrath, dessen Glieder weder zu dem  
 Rathe gehörten, noch mit Rathsgliedern verwandt waren: der Prinz aber schien  
 dies unbestimmt zu lassen; welches einen Streit unter der Bürgerschaft veranlaßte.  
 Man schien den Prinzen auch in einem andern Punkte unrecht verstanden zu ha-  
 ben. Er verlangte nicht, daß die Compagnien, statt der Officiere, die ihnen unan-  
 genehm waren, andere wählen sollten, sondern daß solches von dem allein aus angenehmen  
 Officieren bestehenden Kriegsrathe geschehen sollte. Die meisten Quartiere hielten hinge-  
 gen dafür, daß sie selbst das Recht hätten, ihre Officiere zu wählen. Die von dem Prin-  
 zen gegebene Erlaubniß setzte alle Quartiere in Bewegung. Einige Bürger wollten ihre  
 Hauptleute behalten, ob sie gleich mit dem alten oder dem neuen Rathe eine Verbindung  
 hatten. Andere setzten sich dagegen, und dieses oft nicht ohne heftige Drohungen. In  
 einigen Quartieren kam es zu einem so starken Wortwechsel, daß die Degen gezogen wur-  
 den: in andern mußte die Trommel noch in der Nacht, zur Versammlung in die Waffen,  
 gerührt werden. Unterdeß ward eine Art von Kriegsrath gehalten, aber mit solcher  
 Unordnung, daß einige, die an einem Tage für angenehm erklärt waren, den andern  
 wieder verworfen wurden. Das Gerümmel und die Unruhe in den besondern Quartieren  
 wäre so lange, bis daß fünf Obersten, außer dem Rathe, ernannt, und fast alle Fahnen,  
 entweder durch Ernennung der Bürger, oder allein durch Bestellung des Kriegsrathes,  
 mit Hauptofficieren aus der Bürgerschaft versehen waren. Niemand, der mit den alten  
 oder neuen Obrigkeiten verwandt war, bezielte sein Amt unter der Bürgerschaft, oder er-  
 hielt eines. Der Hauptmann Christian Scholten selbst ward, wie sehr er auch für die  
 drey Artikel geeifert hatte, abgedankt, weil sein Vater von dem Prinzen zum Rathsgliede  
 ernannt war. Der Prinz bestätigte die Obersten und andere Hauptofficiere in ihren Aem-  
 tern, und am 1sten des Herbstmonats ward in seinem Namen von dem Rathhause ab-  
 gekündigt, „daß, weil einige übelgesinnete den Bürgern einen verkehrten Begriff von neuen Kriegs-  
 „dem Wesen eines freyen Kriegsraths bengebracht hätten, hieraus solche ungereimte For-  
 „derungen entstanden wären, daß die Bewilligung derselben eine Verlesung der Stadt-  
 „privilegien und die Vernichtung der gesetzmäßigen Vorrechte des Kriegsraths nach sich  
 „gezogen haben würde. Daß er jedoch, weil er die Sache, gegen den verkehrten Begriff  
 „vieler, nicht hätte entscheiden wollen, die Erklärung gethan hätte, daß aus den angeneh-  
 „men Officieren ein freyer Kriegsrath gehalten, und von demselben die erledigten Stellen  
 „entweder

Bewegungen  
in den Quar-  
tieren.

Der Prinz  
bestätiget den  
neuen Kriegs-  
rath.

1748.

„entweder selbst, oder durch den Vorschlag einer doppelten Zahl, woraus er, der Prinz, die Wahl verrichten wollte, besetzt werden sollten. Aber daß hierauf, in den besondern Compagnien, verschiedene Unanständigkeiten (die zuvor schon gemeldet sind) erfolget wären, wodurch die Freyheit des Kriegsraths gehindert, und Bürger gegen Bürger aufgebracht worden wären. Daß er jedoch, aus väterlicher Neigung und Nachsicht, die geschehene Wahl der fünf Obersten und andern Hauptofficieren genehmigen wollte, obgleich in der Art und Weise den Kriegsrath zu ernennen, und in der Verhinderung der Freyheit desselben, wider seine erklärte Meynung gehandelt wäre. Daß diese Obersten und Officiere, nebst den beybehaltenen, künftig den Kriegsrath ausmachen, sich sonst nicht, als mit Vorwissen der Bürgermeister, und auf Zusammenrufung der Obersten, versammeln, und die erledigten Obersten- und Hauptofficierstellen, zufolge den Privilegien und dem alten Herkommen, besetzen sollten. Daß er ferner, für diesmal, die vorgegangenen Unordnungen übersehen wollte, unter der Bedingung, daß jeder sich still und gehorsam gegen seine rechtmäßige Obrigkeit bezeugte, und alle öffentliche Versammlungen unterließe; und die Abgeordneten der Quartiere sich, von nun an, dieser und dergleichen Aufträge entlediget hielten.“

Der Prinz  
reiset von  
Amsterdam  
ab.

Unterdessen, da diese Abkündigung geschehe, stand der Prinz im Begriffe aus Amsterdam abzureisen. Gimmig nahm, im Namen der Abgeordneten der Bürgerschaft, von ihm Abschied, in einer Rede, die er hernach drucken ließ, und auf deren Titel er den Prinzen Wilhelm den Großen nannte. Der Prinz verließ die Stadt zu Mittag, und nahm seinen Weg durch das Leidensche Thor, und weiter über die Veenen nach dem Haag. Eine gute Anzahl entlassener Abgeordneten und vier bis fünfhundert Schiffszimmerleute begleitete ihn bis zu dem Amstelveenschen Wege; worauf sie nach der Stadt zurückkamen. Solchergestalt ward in Amsterdam, nach der Veränderung des Raths, die Ruhe wieder hergestellt; ob man gleich zuerst noch einige neue Witschriften unter dem Volke austreuete, worin verschiedene wunderliche Forderungen enthalten waren. Die entlassenen obrigkeitlichen Personen blieben eine geraume Zeit aus den Kirchen, weil der gegenwärtige Rath noch nicht festgesetzt hatte, ob sie daselbst in ihrer ordentlichen feierlichen Kleidung, und an ihren gewöhnlichen Stellen erscheinen sollten: welches jedoch, gegen das Ende des Jahres, beschlossen ward. Man streuete unterdessen anfänglich einige beißende Schmähschriften gegen die entlassenen Obrigkeiten aus. Allein die Leute änderten allmählig ihr Betragen hierin so sehr, daß, mit der Zeit, mehreres zum Lobe, als zur Verlästerung dieser Personen geschrieben und geredet ward. Die Doelisten fielen dagegen, in wenigen Monaten, in die allgemeine Verachtung: wozu dieses nicht wenig beytrug, daß der Prinz selbst dem bekannten Jean Rouisset die Urkunde, wodurch er ihn zu seinem Geschichtschreiber bestellet hatte, im Anfange des Brachmonats 1749, wieder abfordern ließ. Er ward auch bald hernach unter andern, wegen Verfassung eines gewissen Zeitungsblatts, das mit spitzigen Anmerkungen wider einige fremde Mächte, besonders Frankreich, angefüllt war, öffentlich vor Gericht gefordert. Zugleich ward verboten, seine Schriften, ohne besondere Erlaubniß, zu drucken k). Das Gerücht zu Amsterdam hatte ihn kurz zuvor in seinem Hause suchen lassen; allein er war der ihm drohenden Gefahr entgangen, und hielt sich seitdem außer der Stadt auf. Der Haß gegen die

Folgen der  
Veränderung.



die Doelſten nahm in kurzem ſo ſtark zu, daß der in großer Zahl zuſammen gelaufene Pöbel nicht zuließ, daß Daniel Raap, der im Jenner des Jahres 1754 ſtarb, ordentlich begraben wurde. Die Leichenbaare ward in Stücken zerſchlagen, und die Obrigkeit genöthiget, die Leiche zu Mitternacht auf einer Schleiſe nach der Kirche führen zu laſſen. Unterdeſſen hatte die Einwilligung des vorigen Rathſ in die drey Artikel, für welche er geeifert hatte, die Folge gehabt, daß auch in den Gilden, durch Beſtellung neuer Obermeiſter, und Erneuerung der alten, und Verleiſung neuer Gildenprivilegien Veränderungen gemacht wurden, worauf der gegenwärtige Rath, einige Monate nach einander, viele Zeit verwannte. Wir haben die in Amſterdam vorgefallene Veränderung etwas umſtändlicher beſchreiben wollen, weil dieſe anſehnliche Stadt die erſte in Holland war, wo man, zu dieſer Zeit, die Obrigkeiten ihrer Ämter entſetzte. In den meiſten andern Holländiſchen Städten, ward, nachdem der Prinz dazu, auch am 21ſten des Herbiſtmonats, bevollmächtigt worden war 1), der Rath, beynahe auf gleiche Weiſe, und bey gleicher Gelegenheit, verändert: weswegen wir auch dasjenige, was in denſelben beſonders vorgefallen iſt, kürzlich erzählen müſſen.

In Harlem war das Volk, nach Abſchaffung der Pächten, noch nicht recht ruhig geweſen. Der Prinz hatte ſchon, im Anfange des Auguſtmonats, den Baron von Groveſtins dahin geſandt, um die Bürgerſahnen, eine nach der andern, zu ſich zu entbieten, und ihre Beſchwerden zu hören; und darauf machte er eine Verſügung, die am 10ten in dem Haag unterzeichnet war, und hernach im Harlem abgekündigt ward. Durch dieſelbe ward der Kriegsrath verändert; und zween Oberſten aus dem Rathſ, die übrigen Officiere aus der Bürgerſchaft beſtellte. Im Anfange des Herbiſtmonats, that ein Rathsglied, D. Kemees Floris van Janen, den andern Mitgliefern den Antrag, „ob man, in Erwägung der Bewegungen zu Amſterdam, (wo nun ſchon die Veränderung des Rathſ geſchehen war) den Prinzen nicht erſuchen müſte, daß er auch in Harlem ſolche Veränderung der Obrigkeiten machen mögte, als er es zum Nutzen der Stadt, und des Landes nöthig finden würde.“ Aber der Rath faßte, auf dieſen Antrag, keinen Schluß. Mittlerweile dauerten die Bewegungen unter dem Volke fort. Der Rath beſchloß darauf, den Prinzen um Commiſſarien, zu Stillung derſelben, zu erſuchen; und gegen das Ende des Herbiſtmonats kamen die Herren, Friderich Henrich, Baron von Waſſenaar, Herr von beiden Katwyken, und Wilhelm Paauw, Rath in dem hohen Rathe, nach Harlem. Der ganze Rath hatte ſchon zuvor, gleichwie der zu Amſterdam, ſeine Ämter der Verſügung des Prinzen anheimgeſtellt; und darauf ward, am 7ten des Weinmonats, im Namen deſſelben, abgekündigt, daß der Rath künftig aus zwey und dreyßig, ſtatt vier und zwanzig, Gliedern beſtehen ſollte. Sieben Rathsglieder wurden entlaſſen, und übrigen das Volk zur Ruhe und zum Gehorſam ermahnet.

Wenige Tage nachher kamen die Commiſſarien des Prinzen, die zu Harlem zu Leiden. den Rath verändert hatten, zu gleichem Ende, nach Leiden, wo, mit dem Anfange des Herbiſtmonats, gleiche Bewegungen unter dem Volke erregt worden waren. Man hielt Zuſammenkünfte; man erwählte Abgeordneten; man entwarf und unterzeichnete Wiſſenſchriften, deren eine, in kurzem, dem Rathe, und hernach auch dem Prinzen übergeben ward. Der Rath, welchem die Abſicht dieſer Bewegungen nicht unbekannt war, bezeigte jedoch

1) Refol. Holl. 21 Sept. 1748. bl. 909.

1748.

jedoch gar keine Neigung, seine Aemter freywillig niederzulegen. Eine Menge Bürger fing auch an für denselben zu arbeiten, und behauptete, daß die so genannten Abgeordneten der Quartiere, ohne oder gegen den Auftrag, eine Veränderung des Rathes suchten. Allein das Cofseehaus, wo man, zu diesem Ende, unterzeichnen ließ, ward von dem Pöbel mit der Plünderung bedrohet, und das Werk dadurch hintertrieben. Die Commissarien des Prinzen, die mittlerweile eine Reise nach dem Haag gethan hatten, waren zum andern Male nach Leiden gekommen, ohne daß der Rath sich noch zu Niederlegung seiner Aemter hatte entschließen wollen. Aber der Pöbel fiel in kurzem die Häuser einiger Rathesglieder an, die mit großer Mühe von der gewaffneten Bürgerschaft beschützt wurden. Dem Bürgermeister, Johann van den Berg, ward, als er von dem Rathhause kam, unhöflich begegnet und gedrohet. Endlich ließ der Rath sich, nach vielen Unterhandlungen, bewegen, sich seiner Bedienungen zu entledigen. Nachdem der Herr Pauw den äußersten Befehl des Prinzen eingeholet hatte, wurden der Rath und die Wierziger, am 18ten des Weinmonats alle entlassen, jedoch bis auf vier, die entlassen blieben, wieder an das Ruder gesetzt. Der Bürgermeister van den Berg, einer dieser viere, und der Secretär van Royen hatten, schon vorher, um ihre Entlassung gebeten. Der letztere ward jedoch nicht lange hernach zum Pensionär der Stadt erwählt, und ist seitdem Secretär des Staatsraths geworden. Die so genannten Abgeordneten, die zu der Veränderung des Rathes mitgewirkt hatten, gerietzen, gleich hernach, so sehr in den gemeinen Haß, daß sie, aus Furcht vor Lebensgefahr, Unterzeichner zu bekommen suchten, wobey sie versicherten, daß sie gänzlich, nach dem Hn von der Bürgerschaft geschehenen Auftrage, gehandelt hätten. Einige aus ihrem Haufen erregten hernach einen neuen Aufruhr in der Nacht, indem sie schrien, daß Kriegsvolk im Anzuge wäre, welches man nicht in die Stadt lassen müßte. Sie übergaben auch neue Writtschriften, worin der Rath willigen mußte. Aber am 18ten des Wintermonats, rückte der General Rouse, an der Spitze eines Haufens Dragoner und Schweizer von der Leibwache des Prinzen, unvermuthet in die Stadt ein, welche, auf Befehl des Prinzen, den Abend zuvor um elf Uhr, aus dem Haag abgegangen waren. Die Ankunft dieser Truppen stellte die Ruhe in Leiden wieder her. Vier Leute, die sich in den letzten Aufruhr gemischt hatten, wurden seitdem in Verhaft genommen, und nach dem Haag geführt. Erst im Märzmonate des folgenden Jahres empfangen sie ihr Urtheil. Einer ward mit dem Schwerdt über den Kopf gestraft, ferner zu einem achtjährigen Gefängniß, und hernach zu ewiger Landsverweisung verurtheilt; einem andern ward ein zweijähriges Gefängniß und weiter eine gleiche Landesverweisung zuerkannt, jedoch, kam ihm die im Weinmonate abgekündigte allgemeine Vergebung, unter welcher er mit begriffen zu werden gebeten hatte, zu statten, und er erhielt seine Freyheit wieder. Der dritte ward auf zwanzig Jahre verwiesen, und der vierte freygesprochen. Zween so genannte Abgeordneten oder Sprecher, die flüchtig geworden, und viermal öffentlich vor Gericht gefordert waren, kamen, nach Abkündigung der allgemeinen Vergebung, wovon sie nicht ausgeschlossen gewesen waren, gleichfalls in die Stadt zurück.

Aufruhr daselbst nach der Veränderung.

Die Stadt bekommt eine Besatzung von Truppen.

XIII.  
Aufruhr zu Gouda.

Um die Mitte des Weinmonats waren in Gouda auch, bey Gelegenheit eines Gerüchtes, daß die Stadt mit einem Regimente Fußvolkes besetzt werden sollte, Unruhen entstanden. Die Bürgerschaft kam in die Waffen; die Thore wurden verschlossen, die Bäume und Schleusen gesperrt gehalten, und das Geschütz auf die Wälle gestellt.

Sechzehn

1748.

Sechszehn Soldaten, die seit einigen Monaten bey der großen Schleuse, vor dem Rotterdammischen Thore lagen, wurden von den Bürgern entwaffnet und verjagt. Dieses ward von den Prinzen übel genommen; und er schrieb auch an den Rath zu Gouda, daß das Gerichte von der Besatzung, die in Gouda gelegt werden sollte, ganz erdichtet wäre. Dieses Schreiben machte man dem Volke bekannt, welches nun auch, wie in andern Städten, Bittschriften abzufassen angefangen hatte, worin ihm der Schultzeiß der Stadt mit seinem Rathe beystund. Einige Bevollmächtigten der Bürgerschaft gingen nach dem Haag, mit einer Bittschrift, worin sie, unter andern, bey dem Prinzen, um Absendung einiger Commissarien nach Gouda ersuchten. Bey ihrer Zurückkunft berichteten sie, daß der Prinz verlangte, die Bürgerschaft sollte erst die Waffen ablegen, ehe man Commissarien nach der Stadt schicken könnte. Es wurden auch hernach die Bäume und Thore wieder geöffnet, die Bürgerschaft zog ab, und in der Stadt ward es wieder ruhig. Man erwartete nun ehestens die Herren von Wassenaar - Karwyk und Pauw zu Gouda; aber sie nahmen, unvermuthet, ihren Weg nach Rotterdam, wo sie, am 21sten des Weinmonats, ankamen.

Hier war, selbst nach den zu Amsterdam und zu Harlem entstandenen Bewegungen, alles ruhig geblieben: weswegen viele glaubeten, daß hier der Rath unverändert gelassen werden würde. Allein, mit dem Anfange des Weinmonats, hatten einige junge Leute, in dem Hause eines Tabackshändlers angefangen gewisse Schriften zu entwerfen und zu unterzeichnen, worin einige Obrigkeiten eines unerlaubten und tyrannischen Betragens beschuldigt wurden. Die Unterzeichnung ward von einigen befördert, die an den Unruhen in Amsterdam Theil gehabt hatten, und aus dem Haag hieher kamen. Drey Rathsglieder, welche namentlich beschuldigt waren, rechtfertigten sich in gedruckten Schriften; worauf sieben Bürger, unter welchen auch Lorenz van der Meer war, gleichfalls in gedruckten Schriften versicherten, daß sie an den Beschuldigungen keinen Theil hätten. Die Unterzeichnungen gingen mittlerweile fort; und als man einige hundert Unterzeichner beysammen hatte, beschloß man die Bittschrift dem Prinzen zu überreichen. Derselbe besand gleich hierauf dienlich, die zween Commissarien, Wassenaar - Karwyk und Pauw, nach Rotterdam zu senden. Sie hörten, bald nach ihrer Ankunft, die Leute, welche die Unterzeichnung der Bittschrift befördert hatten. Es wurden ihnen auch in kurzem zu andern Bittschriften eingehändigt, die von einigen unterzeichnet waren, die mit den gegenwärtigen Obrigkeiten wohl zusiedeten waren, und versicherten, daß sie viel mehrere Unterzeichner bekommen haben würden, wenn es ihnen nicht an der Zeit gefehlet hätte. Aber diese Bittschriften thaten wenige Wirkung. Nachdem die Commissarien eine Reise Der Rath nach dem Haag gethan hatten, kamen sie am 24sten des Weinmonats wieder, entließen wird daselbst den ganzen Rath, und setzten ihn wieder ein, bis auf fünf Glieder desselben, welche verändert. lassen blieben. Drey derselben hatten sich zuvor auf die gegen sie angebrachten Beschuldigungen verantwortet; und es ist auch, wegen dessen, was ihnen zur Last gelegt ward, nichts weiter gegen sie vorgenommen worden.

Zween Tage hernach kamen die Commissarien nach Gouda, wo sie die Bittschriften der Bürgerschaft annahmen. Sie statteten darauf dem Prinzen ihren Bericht ab; und nachdem sie am 1sten des Wintermonats zurückgekommen waren, entließen sie den ganzen Rath, und setzten ihn, bis auf sechs Personen, die abgedankt blieben, wieder ein.

1748.

ein. Wegen der andern von der Bürgerschaft verlangten Punkte wurden von dem Prinzen auch einige Verfügungen gemacht.

Zu Gorin-  
chem.

Von Gouda reiseten die Commissarien nach Gorinchem, wo seit einiger Zeit auch Unruhen, wegen einer, von wegen der Stadt auf die Häuser gelegten Steuer, entstanden waren. Einige Bürger wollten dieselbe abgeschafft wissen, und der Rath hatte darein gewilliget. Aber hiemit waren die Leute noch nicht zufrieden, und verlangten nun auch die Befreyung von andern Auflagen. Man handelte hierüber in dem Zaag, und ward endlich einig, daß die zwischen dem Rathe und der Bürgerschaft entstandenen Streitigkeiten durch Commissarien des Prinzen beigelegt werden sollten. Hierauf geschähe die Veränderung des Raths am 1sten des Wintermonats. Die Anzahl der Rathspersonen ward von siebenzehn bis auf vier und zwanzig vermehret. Im übrigen blieben die alten Obrigkeiten alle am Ruder.

Zu Schoor-  
hoven.

Hernach begaben die Commissarien sich nach Schoonhoven. Hier war man auch mit Unterzeichnung und Uebergabung von Bittschriften sehr beschäftigt gewesen, und zwey Rathsglieder hatten den Einwohnern hiezu die Hand geboten. Der Rath hatte auf eine dieser Bittschriften eine Verfügung gemacht, die Antwort auf die zwey andern aber den Commissarien des Prinzen überlassen, welche am 10ten in die Stadt kamen, und am 21sten den ganzen Rath abdancketen, und bis auf drey Glieder wieder einsetzten. Sonst ward die Anzahl der Rathspersonen von siebenzehn auf ein und zwanzig, und der Erwähler von ein und zwanzig auf sechs und zwanzig vermehret. Die Commissarien machten auch eine Verfügung auf einige von der Bürgerschaft verlangte Punkte; die übrigen wurden der Verfügung des Raths überlassen.

Zu Schie-  
dam.

Zu Schiedam hatten die Bittschriften der Bürgerschaft, mit deren Abfassung und Unterzeichnung erst im Anfange des Wintermonats der Anfang gemacht war, eben die Folge, als in den andern Städten. Die hieher gekommenen Commissarien des Prinzen entließen am 29sten den ganzen Rath, setzten ihn, bis auf eine Person, welche entlassen blieb, wieder ein, und vermehreten die Anzahl der Rathsglieder von zwanzig bis auf vier und zwanzig Personen. Uebrigens wurden auch auf die Bittschriften der Gemeinde Verfügungen gemacht.

Zu Delft.

Zu Delft, wo ein großer Theil der gemeinen Leute von den Porcelantöpfnern, den vornehmsten Handelsleuten hieselbst, abhängt, war das Volk, bis in den Anfang des Wintermonats, ziemlich ruhig gewesen; aber nun entstand eine Bewegung unter demselben bey der Gelegenheit, da der Prinz sich für einen der Dierziger bemühte, daß er zum Schultheißen der Stadt vorgeschlagen würde. Allein weil dieser bey den meisten Gliedern des Raths und dem Volke in keiner Achtung stand; so bewirkete man, daß eine Bittschrift an den Prinzen entworfen und unterzeichnet ward, worin man verlangte, daß er sonst jemanden zum Schultheißen bestellen mögte. Unterdessen hatte der Rath nicht unterlassen, die von dem Prinzen empfohlne Person, nebst zwey andern, zum Schultheißen vorzuschlagen. Aber die Bittschrift eines ansehnlichen Theils der Bürgerschaft hielt den Vorschlag auf. Mittlerweile fand derjenige Mann, auf welchen die Absicht des Prinzen ging, Mittel, einige Leute zu einer Unterzeichnung, zu seinem Vortheile, zu bewegen. Die mit einander streitenden Unterzeichnungen verursachten eine Bewegung in der Stadt, von welcher die Bürgermeister dem Prinzen Nachricht gaben. Derselbe ließ hierauf die Einwohner von Delft zur Ruhe ermahnen, und zugleich die Erklärung thun,

thun, daß es bey ihm stünde, die Wahl des Schultheißen zu verrichten, wenn er es am rathsamsten finden würde. Inzwischen blieben die Gesinnungen der Einwohner getheilt. Die Bevollmächtigten des Prinzen kamen erst am 10ten des Christmonats zu Delft an, und hörten einige der Einwohner. Sie thaten verschiedene Reisen nach dem Haag, ehe der Prinz einen Schluß wegen der Veränderung des Rathes faßte. Endlich wurden die Obrigkeit am 16ten entlassen, aber alle, bis auf eine Person, wieder eingeseßt. Die Stelle eines Schultheißen ward etwas hernach, auf Empfehlung des Prinzen, von den Ständen besetzt. Er befand sich für gut, zufolge der zu Wiederherstellung der Ruhe in den Städten ihm von den Ständen gegebene Vollmacht, über den Vorschlag hinaus zu gehen; und also ward derjenige, welchem der Prinz zuvor das Schultheißenamt zuge- dacht hatte, vorbegegangen.

Von Delft gingen die Commissarien nach Briel, wo fast gar keine Unruhe ge- In Briel.  
wesen war. Die Veränderung, welche hier am 12ten geschah, bestand auch bloß in der Vermehrung der Anzahl der Rathsglieder von funfzehn zu zwanzig Personen. Sol-  
chergehalt war, mit dem Ende des Jahres, die Veränderung des Rathes in allen Städten des Süderquartiers von Holland, außer Dordrecht, geschehen, wo diese Veränderung für unnöthig oder unnütz gehalten ward. Diese Stadt hatte auch, bald nach der Verän- In Dord-  
derung des Rathes zu Amsterdam, den ersten Vorschlag in der Versammlung von Hol- recht wird  
land gethan, den Prinzen, zu Wiederherstellung der Ruhe in allen Städten der Provinz, so keine Verän-  
gar durch Veränderung des Rathes, wo es nöthig wäre, zu bevollmächtigen. Die Stände macht.  
hatten dieses am 21ten des Herbstmonats beschlossen, zugleich aber jeder Stadt die Freyheit gelassen, sich innerhalb acht Tage zu erklären, ob sie eine Veränderung nöthig hätte; und Niedenblik war die einzige, welche berichtet hatte, daß sie keiner Veränderung bedürfte.

In den meisten Städten des Nordquartiers hatte man bisher noch keine Be-  
wegung unter dem Volke verspüret, die auf eine Veränderung der Obrigkeiten abgezielte Unruhe zu  
hätte. Die Reise des Prinzen nach Friesland hatte ihn auch vielleicht gehindert, Com- Purmeren-  
missarien dahin zu schicken. Allein um die Mitte des Christmonats fing man zu Pur- do.  
merende auch an zwei Bittschriften zu entwerfen, und zu unterzeichnen, die gerade wider einander liefen, indem in einer die Veränderung, in der andern die Erhaltung des gegen-  
wärtigen Rathes verlangt ward. Diese Bittschriften gaben Gelegenheit, Commissarien nach dieser Stadt zu schicken. Sie kamen daselbst, erst am 1ten Hornung des Jahres  
1749 an, und thaten, nach Untersuchung des Zustandes der Sachen, eine Reise nach dem Haag. Mittlerweile wurden auch einige Reiter in Purmerende, zu Erhaltung  
der Ruhe unter dem Volke, gelegt. Die Commissarien kamen erst am 11ten März da- Verände-  
hin zurück, und ließen, am folgenden Tage, die verabredete Veränderung abkündigen. rung des  
Drey Glieder des Rathes wurden und blieben abgedankt. Hiernächst ward auch, im Na- Rathes da-  
men des Prinzen, eine Verfügung wegen anderer von der Bürgerschaft verlangten Sa- selbft.  
chen gemacht.

Die Commissarien reiseten von Purmerende nach Alkmaar, wo der Rath die Ingleichen  
Einwohner alsobald, durch eine öffentliche Abkündigung einladen ließ, um dasjenige, was zu Alkmaar.  
sie anzubringen haben mögten, denselben, auf eine gebührende Weise, vorzutragen. Allein die Commissarien warteten verschiedene Tage zu Alkmaar, ohne daß einige Bür-  
ger sich bey ihnen, mit Klagen, meldeten. Endlich erschienen etliche, die um einige neue  
Gildenprivilegien ansuchten. Die Commissarien gingen hierauf nach dem Haag. Es dau-

1748.

rete bis zum 21sten May, ehe sie nach Alkmaar zurückkamen, um den Rath zu verändern. Acht Glieder des Rathes wurden und blieben entlassen; wiewohl eines derselben, in kurzem, von dem Prinzen, auf die gewöhnliche Zeit und Art, wieder zum Bürgermeister erwählt ward. In der wegen der außerordentlichen Veränderung des Rathes zu Alkmaar geschehenen Abfündigung, ward nicht das Mißvergnügen der Bürgerschaft, sondern die Absicht des Prinzen, die Städte in eine solche Ordnung und Verfassung zu bringen, daß dadurch ihre Ruhe und Wohlfahrt befördert werden mögte, als eine Ursache dieser Veränderung angeführt.

Zu Zoorn.

Im Anfange des Hornungs hatte der Rath zu Zoorn den Prinzen gebeten, die Stadt mit Commissarien zu versehen; weil die Bürgersekte daselbst gegen die Obrigkeit nicht mißvergnügt wäre: aber man mußte sich auch hier, in kurzem, entschließen, dem Beispiele der andern Städte zu folgen, und die obrigkeitlichen Aemter der Verfügung des Prinzen zu überlassen. Seine Commissarien kamen am 16ten April dahin, und hörten einige Einwohner, die jedoch, so viel man weiß, keine Klagen über den Rath führten. Nachdem sie hier einige Tage verweilet hatten, reiseten sie nach Medenblik, ferner nach Enkhuizen, Edam und Monnikendam, an welchen Orten allen sie sich einige Zeit aufhielten, und darauf nach dem Haag zurückgingen. Nachdem im Maymonate der Rath zu Alkmaar verändert worden war, kamen sie wieder nach Zoorn, wo die Besatzung, die aus einem Theile des Regiments von Schalk bestund, in die Waffen gebracht war. Am 23ten ward der Rath, aus einer gleichen Ursache als zu Alkmaar, verändert. Sieben Rathsglieder wurden entlassen, und an deren Stelle andere ernannt. Die Anzahl der so genannten Boonganger, die vormalis aus den reichsten Einwohnern zu bestehen pflegten, und aus welchen neun Personen durch das Loß gezogen wurden, die jährlich die Bürgermeister wählen, war im Jahre 1745 auf sechzig gesetzt worden. Aber diese Zahl ward im April 1748 mit vier und zwanzigen vermehret; im folgenden Jahre wurden ihnen noch acht und vierzig beygefüget; und im Jahre 1750 bestund sie aus hundert und siebenzig Personen, den Rath mit eingeschlossen.

Zu Enkhuizen.

Von Zoorn reiseten die Commissarien nach Enkhuizen, wo das Volk ihre Ankunft so ungerne hörte, daß die Messer schon hie und da gezogen wurden, und man mit Steinen drohete. Allein die Besatzung hielt dasselbe im Zaume. Die Veränderung des Rathes geschah hier auch am 23ten. Zwey obrigkeitliche Personen verlohren ihre Aemter, die übrigen wurden alle wieder darin eingesetzt.

Zu Medenblik.

Zu Medenblik, wo von den Commissarien, am folgenden Tage, die Veränderung gemacht ward, obgleich der Rath dieselbe für unnöthig gehalten hatte, ward die Anzahl der Rathsglieder von vierzehn auf sechszehn gesetzt. Vier derselben wurden und blieben abgedankt; jedoch ward einer, im Jahre 1750, auf gewöhnliche Art, wieder in den Rath aufgenommen.

Zu Edam.

Zu Edam geschah die Veränderung am 28ten. Zwey Rathsglieder wurden und blieben entlassen, die andern wurden alle wieder eingesetzt.

Zu Monnikendam.

Zulezt kamen die Commissarien nach Monnikendam, wo alle obrigkeitliche Personen zuerst entlassen, und hernach, im Namen des Prinzen, wieder eingesetzt wurden. Eine erledigte Bürgermeisterstelle ward zugleich wieder besetzt.



Auf diese Weise erreichte das wichtige Werk der Veränderung der Obrigkeiten 1748. in den Städten von Holland und Westfriland zuletzt seine Endschafft. Allenthalben ward, nach Gewohnheit, die Erklärung gethan, „daß die entlassenen obrigkeitlichen Personen in ihrem guten Namen unverletzt geachtet wurden. Es ward ihnen auch, wenn es nöthig wäre, der Schuß des Prinzen versprochen.“ Fast überall ward auch versichert, „daß die Veränderung bloß zur Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Wohlfahrt der Städte geschähe, und daß dieselbe nicht als etwas, das zur Verletzung der Privilegien gereichte, angesehen werden, sondern dieselben alle in ihrer Kraft bleiben sollten.“ Das ganze Werk ward mit Abkündigung einer allgemeinen Vergebung beschloffen, die, auf den Vorschlag des Prinzen, im Anfange des Weinmonats 1749 geschähe m). Die Stände erklärten durch dieselbe, „alles, was während den letzten Unordnungen in den Städten, bey Gelegenheit der gehaltenen Versammlungen, und Er-nährungen des Argwohns und Mißtrauens gegen die Obrigkeiten, vorgefallen war, für vergeben und vergessen.“ Sie verboten ferner, „die Obrigkeiten und Beamten, auf irgend eine Weise, insonderheit nicht, wegen des in oder außer den Versammlungen vorgefallenen, zu beleidigen, unter der Bedrohung, daß diejenigen, die sich hierin vergingen, und namentlich, die sich dazu der Waffen oder gewaffneter Leute bedienten, so wohl Weiber als Männer, ohne einige Verschonung mit dem Tode gestrafet werden sollten.“ Es sollten auch diejenigen, die durch Anstiftung oder Beywohnung einiger Versammlungen, durch gewisse einander beygelegte Namen, oder sonst, mit Worten oder Thaten, Gelegenheiten zu dergleichen Gewaltthätigkeiten geben würden, scharf, und nach Verschaffenheit der Sache, ebenfalls mit dem Tode gestrafet werden. Ein jeder ward angewiesen, solchen Gewaltthätigkeiten thätig, und selbst mit den Waffen, zu widerstehen. Die Beleidigung und Beschimpfung der entlassenen Obrigkeiten ward ebenfalls unter der Bedrohung verboten, daß diejenigen, die dawider handelten, nach den Gesetzen und den Landesverordnungen gestrafet werden sollten. Endlich ward einem jeden die Bezahlung der Landessteuern und Auflagen ernstlich empfohlen, dergestalt, daß diejenigen, welche sich den zu Einhebung dieser Auflagen bestellten Bedienten mit Gewalt widersetzen würden, auch schwer, und so gar mit dem Tode gestrafet werden sollten.“ Die Erzählung des Ausganges der Bewegungen in Holland hat uns ein wenig außer der Ordnung der übrigen Begebenheiten des Jahres 1748 geführt. Wir kehren nun zu denselben zurück.

Ehe noch die Veränderung des Rathes zu Amsterdam geschehen war, hatte der Prinz die Regierung zu Nimwegen, mittelst eines verschlossenen Briefes, verändert, dessen Inhalt am 23sten August öffentlich abgekündigt ward, da inzwischen die Besatzung in den Waffen stund. Die Stadtoberkeiten wurden von zwölf auf zwanzig, die Vorsteher der Gemeine von zwanzig auf zwey und dreyßig Personen gesetzt. Das Volk war hier auch unruhig, und bereits, im verwichenen Jahre, mit Entwürfen von Bittschriften zu Vermehrung der Gewalt des Prinzen beschäftigt gewesen. Aber igo war keine beträchtliche Bewegung zu verspüren gewesen. Nur wurden, nach der Veränderung des Rathes, in einigen Häusern die Fenster eingeworfen. Viele hatten sich eingebildet, daß der alte Rath an dem Ruder geblieben seyn würde, nachdem er, nebst den andern Ständen des Quartiers, lenburg

1748.  
wird dem  
Prinzen ge-  
schenket.

Quartiers, im Brachmonate beschlossen hatte, dem Prinzen die Grafschaft Rulenburg, welche die Stände des Quartiers, im Jahre 1720, gekauft hatten, zu schenken. Allein sie fanden sich betrogen. Der Prinz nahm, nach der Veränderung des Raths zu Nimwegen, durch Commissarien Besitz von der Grafschaft, und empfing die Huldigung und den Eid von den Obrigkeiten und Bürgern, nachdem seine Commissarien ihnen zuerst geschworen hatten. In den andern Gelderischen Städten ward nachher auch eine Veränderung in dem Rathe gemacht, ungeachtet in einigen, wie zu Arnhem, die ansehnlichsten Bürger die Erhaltung der gegenwärtigen Obrigkeiten, durch eine feierliche Besendung, von dem Prinzen verlangt hatten. Die Regierung in Geldern ward fast auf denselben Fuß gesetzt, als sie zur Zeit Wilhelms des Dritten gewesen war. Ein gleiches geschah in den Landschaften Utrecht und Overysse, wo der Prinz eben die Gewalt bekam, welche Wilhelm der Dritte, in den Jahren 1674 und 1675, über die Regierung dieser two Landschaften erhalten hatte n). In verschiedenen Overysse'schen Städten ward der Rath auch außerordentlich verändert.

In Seeland  
geschieht fast  
gar keine  
außerordent-  
liche Verän-  
derung der  
Obrigkeiten.

Allein in Seeland fiel keine außerordentliche Veränderung der Obrigkeiten vor, außer derjenigen, welche, bald nach der Erhebung des Prinzen zum Statthalter, in Zierikzee geschehen war. Man hatte in dieser Provinz auch Mittel gefunden, die Pachten beizubehalten o), ungeachtet der Pöbel in einigen Städten schon Bewegungen gemacht hatte, um die Abschaffung derselben zu bewirken. Aber die Obrigkeit ließ zween oder drey Räubersführer bey den Kopf nehmen, die erst, nach einem langwierigen Gefängnisse, freigelassen wurden. Zween derselben erhielten von dem Prinzen Vernichtungsbrieße des wider sie angestellten gerichtlichen Verfahrens p). Uebrigens ward auch ein einziges Rathsglied zu Middelburg bewogen, sein Amt freywillig niederzulegen.

XVII.  
Große Ver-  
änderung der  
Regierungs-  
form in  
Frisland.

In Frisland ward dagegen die ganze Regierungsverfassung auf einen andern Fuß gesetzt. Der Prinz, welcher im Christmonate dahin gereiset war, übergab den Ständen einen aus ein und sechzig Artikeln bestehenden Regierungsplan, welcher gleich abgekündigt ward. Durch denselben ward bestimmt, „welche für Adelige und Ritterspersonen, aus denen die Abgeordneten zum Landtage gewählt wurden, gehalten werden sollten. Uebrigens wurden verschiedene Mißbräuche bey der Wahl der Abgeordneten zum Landtage abgeschafft, und festgesetzt, daß, wenn die Stimmen gleich wären, die Entscheidung durch das Loos geschehen sollte. In den Vorschlägen zu der Stelle eines Grietmans, dessen Wahl dem Statthalter zustünde, sollte man geschickte Personen in Betrachtung ziehen; und wenn hierüber Streit entstünde, sollten die zeitigen Statthalter, ter einige von den Ständen bevollmächtigen, um darüber eine Untersuchung anzustellen, und den Ausspruch zu thun. Die Obrigkeiten und Beamten der Städte sollten zugleich keine Grietmänner, Vessker, Secretäre noch Fiscäle einer Grieterey seyn; noch von denselben auf den Landtag abgeordnet werden. Der ordentliche Landtag sollte, wie vormals, einmal im Jahre gehalten werden, im Hornung anfangen, und zum längsten sechs Wochen dauern. Der Hof sollte die völlige Gerichtsbarkeit, wie voralters, behalten, aber sich nicht in die politische Regierung der besondern Städte oder Landstriche mischen.

n) Man sehe B. LV. §. XIII, XXI. Th. VI. S. 256, 280.

o) B. LXXVIII. §. XVII. S. 449.

p) Notul. Zeel. 24 Febr. 3, 4 März. 1749. bl. 95, 119, 123.

„mischen. Die Niedergerichte sollten auch bey der ihnen, von alten Zeiten her, zukommenden Gerichtbarkeit erhalten werden.“ Wegen der Einhebung und Anordnung der Landeseinkünfte wurden, ferner, auch einige Verfügungen gemacht; und endlich geschähe auch allen hohen und niedrigen Obrigkeiten und vornehmen Beamten die Auflage, die Landesgesetze und Verordnungen, und besonders auch die gegenwärtige Einrichtung zu beschwören, „von welcher letzteren jedoch der Prinz sich die nähere Auslegung vorbehielt, „so wie er es, bey vorkommenden Streitigkeiten darüber, nach den Umständen der Zeit und „der Sachen, nöthig finden würde.“ Hierauf folgte die Abkündigung einer allgemeinen Vergebung wegen desjenigen, was während den letzten Unruhen vorgefallen war. Sie geschähe, im Namen der Stände der Landschaft. Der Prinz blieb noch einige Tage in Frisland, in welchen ihm das Recht, die Obrigkeiten zu Leuwäarden und Francker zu bestellen, aufgetragen ward. Diese beiden Städte waren die einzigen in Frisland, welche bisher ihre eigene Obrigkeiten bestellet hatten. Nachdem der Prinz die allgemeine und besondere Regierung der Landschaft, auf diese Weise, verändert hatte; so reiste er, noch vor dem Ende des Jahrs, nach dem Haag zurück.

In der Stadt Gröningen und in den Ommelanden suchte man eine gleiche Veränderung zu bewirken: aber dies fand hier noch große Schwierigkeiten. Da viele Einwohner der Stadt und die meisten Landleute einsahen, daß die Gewalt, welche man dem Prinzen bisher gegeben hatte, sich noch nicht dahin erstreckte, daß er die Regierung verändern konnte; so arbeiteten sie unter der Hand, um es so weit zu bringen. Eine große Anzahl mit Stöcken und Keulen bewaffneter Bauern kam endlich, gegen das Ende des Augustmonats, unvermuthet in die Stadt. Zu eben der Zeit übergaben einige Leute, die sich Vollmachten der Bürgerschaft nannten, Bürgermeistern und Rath eine Witterschrift, worin sie, unter andern, näher erklärten, daß sie, unter dem vollen Naame und Gewalt, die sie dem Prinzen aufgetragen wissen wollten, „alles das verstanden, was der „gegenwärtige Erbstatthalter, in irgend einer Provinz besäße, oder jemand seiner Vorfahren, und namentlich Wilhelm der Dritte in allen oder einigen Provinzen besessen „hätte, und ausübete, oder ausüben möchte; welches in dem Rechte die Obrigkeiten abzudanken, oder in dem ewigen und erblichen Rechte die Kriegsbedienungen und Regimentsämter zu vergeben und in vielen anderen Vorrechten bestünde,“ welche in der Witterschrift, alle nach einander, angeführt wurden. Weil nun der Rath der Stadt und die Stände der Landschaft von Truppen entblößt waren, um sich der Gewalt der Bauern zu widersetzen, und der Bürgerschaft auch nicht trauen durften; so waren sie genöthiget, in die von den Vollmachten gethane Erklärung, und in das übrige, was die Einwohner des Landes von ihnen verlangten, zu willigen. Man sandte Abgeordneten nach dem Haag, um dem Prinzen von allem Nachricht zu geben. Mittlerweile dauerte die Bewegung in der Stadt fort. Der Prinz schickte daher, um die Mitte des Weinmonats, einige Reiterey und Fußvolf nach Gröningen, welche Truppen daselbst so lange bleiben sollten, bis er entweder selbst dahin kommen, oder Commissarien, zu Wiederherstellung der Ruhe in der Provinz, senden könnte. Inzwischen ward, unter der Bürgerschaft, eine Schrift unterzeichnet, deren Inhalt Einige arbeitete, daß die Obrigkeiten, und jedes besonderes Mitglied derselben, bey seiner erlangten Würde erhalten; und im Falle einige sich irgend worin vergangen hätten, sie gerichtlich angeklaget werden mögten. Es wäre bis in die Mitte des Winters, ehe die Commissa-

XVIII.  
Man arbeitet in Gröningen und in den Ommelanden, eine Veränderung in der Regierung zu bewirken.

1748.  
missarien  
nach Grö-  
ningen.

rien des Prinzen, der selbst nach Frisland gereiset war, in Gröningen ankamen, ohne daß der Rath vorher unterrichtet worden war, daß sie kommen würden. Sie wurden jedoch, nach Ueberreichung ihrer Beglaubigungsschreiben, alsobald in ihrer Würde erkannt. Der Theil der Bürgerschaft, der zuvor für die Veränderung der Obrigkeiten geistert hatte, und die Vollmachten des Landes, begaben sich so gleich nach dem Gasthose der Commissarien, und bestunden, mit vieler Hestigkeit, auf die Licentiatie oder Entlassung der Obrigkeiten, ehe man an einige andere Sachen, deren Abänderung verlangt wurde, die Hand legte. Der Prinz, der damals zu Leeuwarden war, bekam davon bald Nachricht; und es geschah auf seinen Befehl, daß die Commissarien, welche die Herren Baron van den Capelle, Herr von Boedelhof, aus der Ritterschaft von Zülpphen, und Wybrand van Itzma, und Anton Johann Persoon, Bürgermeister zu Zarl-lingen und Deventer waren, im Anfange des folgenden Jahres, Bevollmächtigten aus dem Rathe, den Vorstehern der Gemeine und Bürgerschaft der Stadt, und aus dem Herren- und Bauernstande der Ommelande erwählten, um mit denselben ordentlich über dasjenige zu handeln, was einer Abänderung bedöchtigt seyn mögte. Mittlerweile, da diese mit den Commissarien in Unterredung getreten waren, brach das heftige Verlangen, die gegenwärtigen Obrigkeiten entlassen zu sehen, bey einigen, in Thätlichkeiten aus.

1749.

Man warf am 26sten Jenner einigen die Fenster ein, welche für die gegenwärtigen Obrigkeiten unterzeichnet hatten. Die Vollmachten oder Abgeordneten der Bürgerschaft wurden von einer Anzahl von ungefähr drehundert Einwohnern gezwungen, die Bürgerschaft in Bewegung zu bringen, und, an der Spitze derselben, die Abbankung des ganzen Rathes von den Commissarien zu verlangen. Beides geschah am 28sten. Die Bürger begaben sich unbewaffnet, in großer Anzahl, unter ihre Fahnen. Die Vollmachten trugen ihnen vor, was man zu thun gedachte, und gaben denen, welche Schwierigkeiten machten, die Abbankung der Obrigkeiten zu verlangen, die Freyheit nach Hause zu gehen. Aber Niemand unterstund sich, von dieser Freyheit Gebrauch zu machen. Man zog also nach dem Gasthose der Commissarien, wo das beschlossene Gesuch angebracht ward. Diese versprachen, daß sie dem Prinzen davon Nachricht geben, und seinen Anspruch erwarten wollten. Allein ehe dieser zu Gröningen seyn konnte, hatten Bürgermeister und Rath, so wohl der Alte als der Neue, nebst den Wortführern und Vorstehern der Gemeine, weil sie keine Möglichkeit sahen, dem gegen sie in Bewegung gebrachten Eifer Einhalt zu thun, beschlossen, ihre Aemter und Landesbedienungen, zur Verfügung des Prinzen, niederzulegen. Die von den Ommelanden nahmen, an eben dem Tage, welcher der 30ste Jenner war, einen gleichen Entschluß, wegen der Aemter der Provinz überhaupt. Den folgenden Tag kamen die Bauern, in großer Anzahl, ungewaffnet, und mit Orangezeichen geschmückt, in die Stadt, um ein gleiches Gesuch zu thun, als die Bürgerschaft, oder diejenigen, welche die Bürgerschaft vorstellten, bereits gethan hatten. Sie führten eine viereckigte Tafel vor sich, worauf geschrieben stand:

Die Obrig-  
keiten legen  
ihre Aemter  
zur Verfü-  
gung des  
Prinzen nie-  
der.

Brave Heeren  
Committeerden van Zyn  
Hoogheid  
Bied ons de Hand.

Licen-

Licentieren  
Is't Begeren

1749.

Van Burgers en Boerenland (\*).

Die Stange, woran diese Tafel befestiget war, ward vor dem Gasthose der Die Bauern Commissarien aufgespallt. Sie gaben den Landleuten eben die Antwort, welche sie zu- fallen in daß vor den Abgeordneten der Bürgerschaft gegeben hatten. Weil indessen die Landleute be- Ommelan- dachten, daß die Ommelanderobergkeiten, in Gleichförmigkeit mit dem Stadtrathe, derhaus ein. nur beschlossen hätten, ihre Provinzialämter niederzulegen; so fielen sie in das Ommelanderhaus ein, und gingen dem Syndicus der Ommelände zu Leibe, brachten es auch endlich so weit, daß die Ommelanderobergkeiten gleichfalls den Schluß faßten, ihre besondern und das Land allein betreffende Ämter dem Wohlgefallen des Prinzen anheimzustellen. Mittlerweile hielten die Abgeordneten der Bürger und Bauern täglich Zusammenkünfte in der Stadt, wo in kurzem beschlossen ward, die Officiere der Bürgerschaft auch ihres Dienstes zu entsezen, und die Besetzung ihrer Stellen dem Prinzen zu überlassen; welchen man auch um einen Gerichtshof über Stadt und Land bitten wollte. Der Prinz, der von diesem allen unterrichtet worden war, verschob die wichtige Veränderungen, welche man verlangte, noch auf einige Zeit. Unterdessen entstand eine große Bewegung in der Stadt unter denen, die gegen die Abdankung gewesen waren. Man unterzeichnete verschiedene Schriften, worin dieselbe gemißbilliget ward, und übergab sie den Commissarien; diese aber wiesen sie endlich von der Hand, mit der Erklärung, daß der Prinz von der Meynung der Einwohner schon unterrichtet wäre. Dieser befand hernach dienlich, eine Versammlung der Ommelander halten zu lassen, auf welcher jedoch niemand, als der zuvor von seinen Commissarien dazu befugt erklärt wäre, zugelassen werden sollte; und hernach wollte er die Obergkeiten der Ommelände aus diesen befugten Gliedern der Versammlung wählen. Aber mit der Untersuchung, wer für befugt zu Untersuchen wäre, wozu der Prinz sechs Commissarien ernannt hatte, vor welchen die Befugnis eines jeden, der sich angab, wie vor Gerichte, mit Beweise und Gegenbeweise ausgeführt ward, verging sehr viele Zeit. Unterdessen ward auch hier, wie in Holland, bes- Befugnis zu fassen, die Landeseinkünfte, die zuvor verpachtet gewesen waren, durch die Collecten in den oder Einkünfte zu heben; welches jedoch ohne Widersetzlichkeit des Volkes nicht ge- Ommelan- schah. Allein die Ankunft des Prinzen zu Gröningen, welche endlich am 22ten des den. Wintermonats erfolgte, stellte die Ruhe allmählig wieder her. Zuerst machte er eine Veränderung in dem Stadtrathe, und zugleich in den Landesbedienungen, welche von Gröningen. wegen der Stadt, im Namen der Provinz, bekleidet wurden. Verschiedene Obergkeiten Verände- verlorhen ihre Ämter; einige wurden in niedrigere versetzt, andere zu höheren befördert, rung der Re- hernach besetzte er auch die Ommelanderämter aus den befugt erklärten Personen. Er gerierung da- errichtete einen Provinzialgerichtshof, und machte einen ganz neuen Regierungsplan, der Errichtet einen Provin- von den Ständen genehmiget ward; und dieses alles in Kraft des vollen Maasses und cialgerichts- der Gewalt, so ihm, im verwichenen Jahre, durch den Schluß der Stände gegeben waren. Zufolge diesem Regierungsplan „sollten die Wortführer und Vorsteher der Ge- Hof. „meine hinführo, durch Auslosung fünf schwarzer Bohnen, den Rath und die Vorsteher

Arr 2

„der

(\*) D. i. Vortreffliche Herren Commissarien Seiner Hoheit des Prinzen, stehet uns bey. Die Abdankung der Obergkeiten ist das Verlangen des Bürger- und Bauerslandes.

1749.

„der Gemeine wählen, jedoch so, daß der sitzende Rath den Ausspruch über die Besugniß der Gewählten nebst dem Rechte behielte, nach Absterben eines Mitgliedes des sitzenden Rathes ein anderes an dessen Stelle einzusetzen, und aus seinem Mittel die Bürgermeister zu wählen. Allein der zeitige Erbstatthalter sollte die geschehene Wahl genehmigen, und das Recht haben, wenn er es für gut befände, andere geschickte Personen aus dem Körper der Bürgerschaft, statt der Gewählten, einzusetzen. Bürgermeister und Rath sollten, wie vorkalters, die Bürgerofficiere bestellen. Die Regierung der Ommelande sollte noch ferner aus Junkern, Höfingen, Eigenerfden und Bollmachten aus Zunsingo, Sivelingo und dem Westerquartiere bestehen; die Unterquartiere und Abtheilungen aber, wodurch die Regierung leicht an wenige gebracht werden könnte, sollten künftig aufhören, und in zween Quartiere eingeschlossen werden. Aus Delfzyl wurden diejenigen, welche ein eigenes Haus bewohnten, und Kopfgeld und Haussteuer bezahlten, befugt erklärt, einen oder zween Abgeordneten auf den Landtag zu senden. Appingadam ward in sein Recht, wegen der Gemeine den Landtag zu senden, wieder eingesetzt. Die Musterherren und Arbiters sollten von dem Erbstatthalter aus den Gliedern der Ommelander Regierung gewählt werden. Gemachte und entlehnte Befugnisse, und die Verträge, wodurch die Eigenerfden sich verbanden, gewissen Personen allein ihre Stimmen zu geben, sollten künftig unerlaubt seyn. Eben so sollte die Trennung der Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten von den Schloßern, Ländereyen und Häusern, wozu sie ursprünglich gehörten, künftig unerlaubt seyn. Die Gerichte auf dem Lande sollten, zufolge den Originalbriefen ihrer Errichtung, wieder hergestellt werden. Zu Erhaltung der Gerechtigkeit so wohl über die Stadt als das Land sollte der hohe Gerichtshof (\*) dienen, und aus einem Lieutenant und acht Hauptmännern, nebst einem General-Procureur und zween Secretären bestehen, die alle von dem Erbstatthalter, ohne einen vorgängigen Vorschlag, bestellt werden sollten. Der Erbstatthalter sollte das Recht zu begnadigen, eben so wie in Holland, haben. Im Falle eines Streites zwischen der Stadt und den Ommelanden, zwischen einigen Collegien und Gerichten unter einander, oder mit dem hohen Gerichtshofe, sollte dem Erbstatthalter die Vermittelung, oder wenn es nöthig wäre, der Ausspruch zustehen. Der Erbstatthalter sollte das Recht der Genehmigung bey allen aus- und inländischen Bedienungen (\*\*) haben, ohne verbunden zu seyn, die Ursache seiner Nichtgenehmigung anzuführen. Alle hohe Provincial- und Stadt- und Landesämter in der Regierung, als Syndiken, Secretäre, Rentmeister, Einnehmer, Drostcn &c. sollten künftig von dem Erbstatthalter vergeben werden. Er sollte auch, als Rector Magnificentiissimus, die Curatoren der hohen Schule bestellen, und mit Zuziehung derselben die Professoren und andere Lehrer wählen.“ Uebrigens wurden auch, in diesem Regierungsplane, Verfügungen wegen der Landeseinkünfte und der Jagd gemacht. Der Erbstatthalter sollte ein Jagdgerichte anordnen, und allezeit Oberforstmeister mit dem Rechte seyn, einen Unterforstmeister und sechs Jäger zu bestellen. „Alle Obrigkeiten und Beamten sollten, bey dem Antritt ihrer Bedienungen, die Erhaltung der Landesgesetze und besonders dieses Regierungsplans, eidlich versprechen, und wenn sie dawider handelten, ihre Aemter verwirkt haben.“

„Endlich

(\*) De Hooqe Justitie - Kamer.

(\*\*) Buiten - en binnenlandische Commissien.



„Endlich bezielte sich der Prinz die Erklärung desselben vor, wenn er es, bey vorkom- 1749.  
menden Gelegenheiten, nöthig finden mögte.“ Nachdem der Prinz den Regierungsplan von den neuen Obrigkeiten hatte beschwören lassen; so verließ er Gröningen im Anfange des Christmonats. Bald nach seiner Abreise ward, im Namen der Stände, eine allgemeine Vergebung der verübten Ausschweifungen abgekündigt, und zugleich der Gehorsam gegen die hohen und niederen Obrigkeiten ernstlich befohlen. Die Ruhe ward hernach allmählig in der Stadt und im Lande wieder hergestellt. Es wäre indessen bis gegen das Ende des Heumonats 1750, ehe die Urkunde von der dem Prinzen aufgetragenen Erbstatthalterschaft ihm übergeben ward.

Also endigten sich zuletzt die Unruhen, die im verwichenen Jahre in allen Land- XIX.  
schaften entstanden waren, auf eine Weise, wodurch die Gewalt des Prinzen höher stieg. Der Prinz wird Erb-  
und stärker besetzt ward, besonders in Geldern, Frisland und Gröningen, wo sie, statthalter  
durch die Vorschriften, ziemlich eingeschränkt gewesen war. Sein Ansehen in dem ver- über das heim  
einigten Staate übertraf nunmehr dasjenige weit, welches seine Vorfahren gehabt hatten. Staate zuge-  
Die General-Staaten hatten sich, zu seinem Vortheile, auch der statthalterlichen Regie- hörige Bra-  
rung in den übrigen Generalitätslanden begeben, und ihm, am Ende des verwichenen bant, Stan-  
Jahres, die Erbstatthalterschaft und General-Capitains- und Admiralswürde über das dern und  
dem Staate zugehörige Brabant, Flandern und Ober-Geldern aufgetragen. Um dergel-  
eben diese Zeit ward von den Vorstehern der Ostindischen Gesellschaft, auf Anhalten von und Ober-  
angeführt sechzig Mitgliedern, beschlossen, den Prinzen zum Ober-Director und Gouverneur der Director der  
verneuer ihrer Gesellschaft zu bestellen; welche Würde niemals von einem Statthal- Ost- und  
ter bekleidet gewesen war, und dem Prinzen, in dieser ansehnlichen Gesellschaft, große Westindi-  
Gewalt gab. Er erhielt das Recht, „in allen Versammlungen der Gesellschaft vorzu- schaft.  
sizen, entweder in Person, oder durch einen oder mehrere Bevollmächtigten, die er aus  
„den Haupttheilhabern wählen und mit einer Vorschrift versehen könnte; wenn nur die  
„Repräsentanten keine andere Bedienung in, oder außer der Gesellschaft hätten, und in  
„Holland oder Seeland wohnhaft wären. Der Prinz oder seine Repräsentanten  
„könnten Vorschläge wegen alles, was der Gesellschaft vortheilhaft seyn mögte, thun,  
„und sollten, so wohl eine entscheidende als rathgebende Stimme haben. Der Prinz  
„sollte alle Rechte, Freyheiten, Vorrechte und Einrichtungen der Gesellschafter erhalten  
„helfen, und allen Mißbräuchen steuern. Die Wahl der Vorsteher aus drey vorgeschla-  
„genen Personen ward dem Prinzen gleichfalls, nebst dem Rechte, den Ausspruch über  
„die zwischen den besondern Kammern entstehenden Streitigkeiten zu thun, überlassen.  
„Er sollte auch die Advocaten- und andere hohe Ämter, hier zu Lande und in Indien,  
„aus dreyen oder aus mehr vorgeschlagenen Personen besetzen. Ferner sollte er, mit Vor-  
„wissen der Vorsteher und vereidigten Haupttheilhaber, Verfügungen über die Haushal-  
„tung der Gesellschaft, die Verwaltung der Sachen in Indien, und insonderheit über  
„die Befestigung und Vertheidigung der dortigen Länder machen. Er sollte das Recht  
„haben, die Haupttheilhaber zusammen zu rufen, und ihre durch die meisten Stimmen  
„genehmigten Vorschläge, durch die beedigten Haupttheilhaber in der Kammer der Sie-  
„benzehner einbringen zu lassen. Endlich sollten die Vorsteher und Haupttheilhaber al-  
„les dasjenige, was hiedurch nicht oder nicht deutlich genug dem Prinzen aufgetragen

N r r 3

„wäre,

1749.

„wäre, ihm durch eine nähere Erklärung, unter der Befkräftigung der General-Staaten, „aufzutragen berechtigt seyn.“ Der Prinz hatte den Gehalt, wegen der ihm aufgetragenen Oberaufsicht der Gesellschaft, von der Hand gewiesen. Im Heumonate wurden die Herren Philipp van der Ghiesen und Josua van der Poorten zu seinen Repräsentanten in den Kammern von Holland bestellt. In der Kammer von Seeland ward Herr Leendert Bomme dazu ernannt. Die Vorsteher der Westindischen Gesellschaft folgerten, etwas hernach, dem Beyspiel der Ostindischen, und erklärten den Prinzen gleichfalls zu ihrem Oberdirector. Der Prinz ernannte hier Jan van Marcellis und Thomas Hope zu seinen Repräsentanten. Der Herr Gerard Arnold Hasselaer, Alt-Bürgermeister zu Amsterdam, war schon zuvor zum Repräsentanten des Prinzen in den Holländischen Admiralitätscollegien ernannt worden.

XX.  
Verminderung  
der  
Truppen des  
Staats.

Nach dem Friedensschlusse waren die Staaten alsobald auf die Verminderung der Truppen bedacht gewesen. Die Stadtsoldaten, welche in der allgemeinen Musterung, im Märzmonate des verwichenen Jahres, nur viertausend Mann stark befunden wurden, waren in dem Wintermonate hernach schon alle abgedanket worden. Aber im Anfange dieses Jahres ward beschloffen, das Fußvolk und die Reiterey beträchtlich zu vermindern. Zwey Regimenter wurden gänzlich abgedankt. Im folgenden Herbstmonate ward eine fernere Verminderung und Abdanfung beschloffen; und hiedurch ward der Kriegsstaat einer Anzahl von zwölftausend achthundert und funfzig Mann entleibiget.

Unterhandlung  
mit  
Frankreich.

Nachdem der Handel mit Frankreich, nach dem Friedensschlusse, wieder hergestellt worden war, so suchte man, von Seiten der Staaten, den im Jahre 1739 geschlossenen Handelsvertrag zu erneuern. Allein der Französische Hof wollte sich hiezu vorerst nicht verstehen. Alles was man erhalten konnte, war dieses, daß der König die Rauffahrtschiffe des Staats vorläufig von der Abgabe der funfzig Stüver von der Tonne entleibigte. Der Zoll von den gefalzenen Fischen ward auch auf zwölf Stüver für die Tonne gesetzt. Der Botschafter van der Hoeve, welcher über zwanzig Jahre seinen Aufenthalt an dem Französischen Hofe gehabt hatte, war von dort, im Frühlinge dieses Jahres, auf sein Ansuchen zurückgerufen worden. Er ward, im folgenden Jahre, von dem Prinzen, aus einem gewöhnlichen Vorschlage, zum Bürgermeister von Gorinchem ernannt.

Beschwerden  
der Engländer.

Weil zwey Englische Ostindische Schiffe, im verwichenen Jahre, auf einer Chinesischen Reise, einige Ueberlast, wie man vorgab, von den unsrigen gelitten hatten; so ward hierüber von dem Grafen von Zolderneß, in dem Haag, Beschwerde geführt; und er stellte vor, daß die Verhinderung der Englischen Schiffahrt nach freyen und neutralen Hafen in Indien den Verträgen zuwider wäre. Die Staaten antworteten, „daß sie, wegen des geschehenen, nähere Nachricht von den Vorstehern der Ostindischen Gesellschaft einziehen wollten;“ wobey sie den Gesandten übrigens versicherten, „daß ihre Absicht nicht wäre, Neuerungen einzuführen r.“

Unterhandlung  
mit dem  
Könige von  
Preußen.

Der König von Preußen hatte zuvor bey den General-Staaten anhalten lassen, daß sie, nebst ihm, an der Wiederherstellung des verfallenen Handels auf der Maas arbeiten mögten. Allein dies erforderte viele Verathschlagungen, und konnte nicht so geschwinde abgethan werden. Weil die Abtragung der hier zu Lande an die Stadt Emb-

den

den und Ostfrisland dargeliehenen Capitalien und die Bezahlung der Zinsen davon nicht so ordentlich geschähe, als versprochen und erwartet worden war s); so hatten die Staaten, schon seit einiger Zeit, bey dem Hofe von Berlin um eine genauere Erfüllung des gemachten Vergleichs, angehalten; wozu der König sich endlich von neuem, im Hornung dieses Jahres, verbindlich gemacht hatte.

Im April war ein Gesandter von Tripoli, zu Unterhaltung der Freundschaft Gesandter mit den Staaten, in dem Haag angekommen. Er erhielt ein öffentliches Gehör. Im Augustmonate nahm er seinen Abschied, und bekam ein Geschenk von zweytausend Gulden von den Staaten. Die ansehnlichen Geschenke für die Regierung von Tripoli wurden auf einem Kriegsschiffe von sechs und dreyßig Canonen, welches den Gesandten zurücksührte, eingeschifft.

Der Rathpensionär Gilles hatte, ungeachtet der Veränderung in der Regierung des Staats, seit der Erhebung des Prinzen zum allgemeinen Statthalter, sein Amt bisher verwaltest. Allein im Anfang des Maymonats entschloß er sich, dasselbe niederzulegen. Er behielt den Titel eines General-Schatzmeisters, mit einem Gehalte von viertausend Gulden, nebst einem andern von einer gleichen Summe als Alt-Rathpensionär, die ihm der zuvor bewilligt worden waren. Aber von dem Sitz in dem hohen Rathe, der ihm auch versprochen war, fand man iso dienlich, ihn zu entheben v). Der Herr Peter Stein, Sein Rathregierender Bürgermeister zu Harlem, der auf den Rath des Prinzen bestellt war, das Amt des Rathpensionärs vorläufig zu versehen v), ward, gleichfalls auf dessen Rath, am 21sten des Heumonats damit versehen. Bey dem Antritt seines Amtes ward ihm erlaubt, „sich desselben allezeit, wenn er wollte, zu entledigen.“ Sonst ward er angewiesen, „seine Vorschrift so genau zu beobachten, als es einem ehrlichen und getreuen Staatsdiener möglich wäre, und als die vorigen Rathpensionarien, die hierin die sorgfältigsten gewesen wären, dieselbe beobachtet hätten.“ Man verstattete ihm „einen Secretär, statt eines Schreibers, in seine Dienste zu nehmen, wozu ihm zwölf bis fünfzehnhundert Gulden bewilligt wurden w).“ In dem dritten Artikel seiner Vorschrift, die mit Vorwissen und Gutbefinden des Prinzen gemacht war, ward ihm anbefohlen, „Sorge zu tragen, daß die gegenwärtige Regierungsform, und besonders der am 16ten des Wintermonats 1747 wegen der Erbstatthalterschaft gefasste Schluß erhalten würde; und die Stände, so wie den Herrn Erbstatthalter zu unterrichten, wenn er etwas erführe, das dagegen unternommen werden mögte.“ Zufolge dem siebenten Artikel „sollte er auch dem Herrn Erbstatthalter von allen Staatsfachen Bericht abstaten x).“

Der Secretär der Stände von Holland, der Herr Wilhelm Buys, welchen Tod des Secretärs Buys und des Admirals-Lieutenants Graaf des Hornungs, im acht und achtzigsten Jahre seines Alters gestorben. Am 25ten März starb auch zu Amsterdam Heinrich Grave, Admiral-Lieutenant von Holland, unter der

s) S. B. LXXVI. §. XXI. S. 337, 338.

v) Resol. Holl. 3 May. 1749. bl. 383.

v) Resol. Holl. 10. 12. 13. 24. 29 Jun. 1749. bl. 394, 395, 398, 400, 426.

w) Resol. Holl. 18. 22 Jul. 1749. bl. 543, 548, 561.

x) Resol. Holl. 25, 26 Jun. 5 Jul. 1749. bl. 427, 444, 509.

1749.

der Admiralität auf der Maas, in einem Alter von ungefähr neun und siebenzig Jahren. Bey seinem Leichenbegängniß in der neuen Kirche ward die Person des Prinzen von Oranien, als General-Admirals, durch den Herrn Gerard Arnold Zaffelaer vorgestellt, welcher der Leiche unmittelbar in einer mit sechs Pferden bespanneten Kutsche folgte.

XXII.

Einführung  
der Collecte,  
oder Ein-  
sammlung  
der verpach-  
tet gewesenen  
Einkünfte.

Gegen das Ende dieses Jahres wurden in Holland auch die nöthigen Anstalten gemacht, die Landeseinkünfte, die zuvor verpachtet gewesen waren, künftig mittelst einer Collecte oder Einsammlung zu heben. In den andern Provinzen, wo man die Pachten ganz oder zum Theile abgeschafft hatte, waren sie entweder wieder eingeführt, oder auch statt derselben die Einwohner, eben so wie in Holland, geschätzt worden; welches besonders in Friesland geschehen war. Aber in dieser Provinz waren, bey Gelegenheit dieser Schätzung, oder aus andern Ursachen, neue Unruhen entstanden, die nicht anders als mit Gewalt gestillet werden konnten, und in einigen Rädelsführern scharf, und so gar mit dem Tode gestraft worden sind. Die Schätzung ward hier mit solchem Unwillen bezahlt, daß man auch zu der Einsammlung der verpachteten Einkünfte schreiten mußte. In Gröningen und den Ommelanden ging es eben so, als in Friesland. Man führte hier erst eine allgemeine Schätzung, und hernach die Einsammlung ein. Ein gleiches war auch in Utrecht geschehen. In Overijssel wurden die verpachteten Einkünfte zum Theile durch die Einsammlung gehoben, und ein Theil ward wieder verpachtet. In Geldern befehlete man die Pachten, und in Seeland sind dieselben auch geblieben. Solchergestalt folgte man, in den meisten Landschaften, dem Beispiele von Holland. Allein in dieser Provinz entstanden, als man die Einsammlung einführte, wieder große Unruhen in einigen Städten, insonderheit zu Harlem, zu Amsterdam und zu Rotterdam, deren Anfang und Ausgang hier kürzlich angemerkt zu werden verdienet.

XXIII.

Aufruhr in  
Harlem bey  
dieser Gele-  
genheit.

Die statt der abgeschafften Pachten eingeführte Schätzung konnte, nothwendiger Weise, nicht anders als sehr ungleich geschehen, und hatte daher schon ein beträchtliches Murren in einigen Städten verursacht. Zu Enkhuizen hatten einige in dem nördlichen Theile der Stadt wohnende Einwohner eine kleine Glocke gezogen, und die Zettel, worin ihnen die Bezahlung der Schätzung abgefordert ward, zusammen in einem Sacke auf das Rathshaus in die Bürgermeisterstube mit der Erklärung gebracht, daß sie solche nicht bezahlen könnten. Als der Rath hievon den Ständen von Holland Nachricht gegeben hatte, so bekam er die Antwort, daß er die Zettel wieder ausschicken, und die Einwohner zur Bezahlung nöthigen sollte y). Aber nirgends hatte die Bewegung mehrere Folgen, als in Harlem, wo man die größte Einbildung von den Vortheilen, die aus der Abschaffung der Pachten zu hoffen waren, gehabt hatte, und daher desto schwerer daran ging, dasjenige auf einmal zu bezahlen, was man zuvor bey Kleinigkeiten, und also fast unmerklich bezahlt hatte. Viele bezahlten die Summe, auf welche sie geschätzt waren, gar nicht, theils aus Unwillen, theils aus Unvermögen. Man fing daher an, gegen das Ende des Jahres, davon zu sprechen, daß man diejenigen, die noch nicht bezahlt hatten, gerichtlich zur Bezahlung nöthigen würde. Das Volk, welches hievon etwas erfuhr, und zugleich hörte, daß die Abgaben im folgenden Jahre gewiß mittelst der Einsammlung gehoben werden sollten, steckte die Köpfe zusammen; und einer bildete dem andern ein, daß die Einsammlung der Meynung des Prinzen nicht gemäß wäre, und daß man

fie

1749.

sie nicht leiden müßte. Man streuete Schmähschriften gegen die Obrigkeiten aus, unter welchen man einige mit der Plünderung bedrohte. Der Rath, welcher besürchtete, daß die Neujahrsnacht, worin die Leute gemeinlich etwas ausgelassen zu seyn pflegten, Gelegenheit zu gröbern Ausschweifungen geben mögte, war dagegen, nachdem er sich bey dem Prinzen Rathes erholer hatte, einiger Maaßen auf seiner Hut. Er machte, unter andern, am 27sten des Christmonats, ein Schreiben des Prinzen bekannt, worin die Veybhaltung der Einsammlung und die Einforderung der rückständigen Schagung ernstlich, und mit Bedrohung derjenigen, die aufrührische Reden geführet hatten, anbefohlen ward. Allein der Pöbel sagte, daß das Schreiben erdichtet wäre, und blieb dabey, daß die Einsammlung dem Prinzen zuwider wäre. Mittlerweile war, an eben dem Tage, auch bekannt gemacht worden, daß die Stadtaccise gleichfalls, mit dem Anfange des Jahres, durch die Einsammlung gehoben werden sollte; welches das Volk noch mehr gegen den Rath erbitterte. Um einen Aufruhr zu verhüten, kamen, gegen die Neujahrsnacht, auf Daselbst ge- Befehl des Prinzen, vier und zwanzig ausgesuchte Soldaten, mit zweenen Officieren, machte Un- in der Stille und verkleidet in die Stadt, und begaben sich in die Häuser derjenigen Obrig- stalten. keiten, die mehr als andere bedrohet wurden, und sich daher mit Schießgewehr versehen hatten. Die Trommeln der Bürgerfahnen wurden auch nach den Häusern der Hauptleute gebracht, und den Krämern angedeutet, Niemanden Pulver oder Blei, vor näherer Erlaubniß, zu verkaufen. Die Waisenhäuser wurden verschlossen gehalten; die Gesinnungen der Bürger erforschet, und andere vorsichtige Maaßregeln genommen. Alles dies that die Wirkung, daß die gefürchtete Neujahrsnacht, in vieler Stille, und so auch die folgende vorbeyging, ohne daß einiger Muthwille verübet ward. Unterdessen waren die abgeschickten Soldaten, auf Befehl eines der Bürgermeister, am ersten Tage des Jahres, schon wieder, und eben so heimlich, aus der Stadt gegangen; worüber der Prinz unwillig war, indem er verlangt hatte, daß sie wenigstens noch eine Nacht da geblieben seyn sollten. Er hielte ihren Abzug für desto unzeitiger, als sie dem Wachmeister der Dragoner, der vor der großen Houtpoort lag, und befehliget war, im Falle einiges Unraths, verschiedene Pikete, die in einer gewissen Entfernung eines von dem andern stunden, heranrückn zu lassen, gar kein Zeichen gegeben hatten. Allein in der folgenden Nacht sieht und höret er drey Flintenschüsse bey der Houtpoorte, welche das verabreete Zeichen waren, geschehen. Er reitet hierauf nach dem ersten Posten, theilet daselbst an die Ordonanz-Dragoner gewisse versiegelte Zettel aus, in welchen stand: es ist zu Harlem unrichtig; und diese Zeitung wird so gleich von einem Posten zum andern, nach Leiden, und ferner nach dem Haag überbracht. Das Piket, das zu Leiden stand, geht hierauf um Einige Drach- halb vier Uhr nach Harlem, und kommt am 2ten Jenner, zwischen sieben und acht Uhr goner kom- des Morgens vor der Stadt an, reitet funfzig Mann stark, zur großen Houtpoorte ein, men in die und vor das Haus des Bürgermeisters Jacob Deutz, welcher, da er hörte, daß einige Stadt. Bürger gedrohet hätten, das Thor zu verschließen, dem befehligabenden Rittmeister Wil- lemsdorf rüth, mit seinen Leuten zurückzukehren, gleich wie er, nach einem kurzem Rehren zu- Aufenthalte, that. Man sagt, daß sie geblieben seyn würden, wosern zwey Pikete Fuß- rück- volk, welche, auf Befehl des Prinzen, zu Schiffe nach der Stadt geschickt waren, nicht durch den Frost verhindert worden wären, bey Zeiten anzukommen: da dann so wohl die Reiter als das Fußvolk gedienet haben würden, den gedroheten Aufruhr zu hintertreiben. Als aber der Prinz nachher vernahm, daß keine beträchtliche Bewegung in der

1750.

1750.

Die Bürger  
schließen die  
Thore zu.

Die Bürger  
entwerfen  
eine Bitt-  
schrift an den  
Prinzen.

Nicht Ab-  
geordnete  
bringen sie  
nach dem  
Haag.

Stadt wäre; so ließ er dieses Fußvolk nach dem Haag zurückkommen. Die Ankunft der Dragoner hatte unterdessen einige Verwüstung unter den Bürgern verursacht, die in der vorigen Nacht auf der Wache gewesen, und noch nicht nach Hause gegangen waren. Man erzwang von einem der Obersten die Erlaubniß, die übrigen Bürgerfahnen in die Waffen kommen zu lassen. Die Thore wurden verschlossen und bewacht; man ließ die ankommenden Reisenden kaum durch die Stadt; und sie wurden von einem Thore zum andern, unter Begleitung einiger Bürger, geführt. Die Untersuchung und Aufzeichnung der Waaren, von welchen Abgaben bezahlt werden mußten, war unterdessen angefangen worden; aber sie ward bald und gewaltsam gehindert. Die Bürgermeister sahen kein Mittel, die Bürgerschaft zufrieden zu stellen, als durch eine feierliche Erklärung, daß sie nichts von der Ankunft der Truppen gewußt hätten; und diese Erklärung hatte der Bürgermeister Deutz schon vorher thun müssen. Jedoch diese Versicherung befriedigte sie noch nicht vollkommen. Die Einsammlung der Abgaben war vielen zuwider. Der Rath befand daher dienlich, den Bürgerfahnen, einer nach der andern, auf dem Rathshause, ansagen zu lassen, „daß, wenn sie Beschwerden hätten, sie dieselben dem Prinzen vortragen, und sich vorher nach der Doele, um hiezu Abgeordnete zu erwählen, begeben könnten. Die Bürgermeister würden dem Prinzen von dem vorgegangenen, den folgenden Tag, auch Bericht abstaten.“ Gleich hierauf ließen die eifrigsten nach der Doele, wo eine Bittschrift vorgelesen, und, nach einem heftigen Gezänke, welches weit in die Nacht hinein wäre, genehmigt ward. Man ernannte acht Abgeordneten, einen aus jeder Fahne, um dieselbe dem Prinzen zu überreichen. Die Bittschrift bestand aus vier Artikeln. Man verlangte: „1. daß der Prinz Ober-Financier von Harlem zu werden gerufen mögte; 2. daß die Einsammlung unterbleiben, und ein anderes Mittel, statt derselben, zufolge dem Versprechen der Bürgermeister und des Barons Grovestins, im Namen des Prinzen, eingeführt; 3. daß von Niemanden die Schätzung für die abgeschafften Pachten, mit Gewalt eingetrieben, sondern eine allgemeine Klage dawider einzubringen verstattet, und 4. daß die Aemter verkauft, oder, zum Vortheile der Stadt, nach dem Gutbefinden Seiner Hoheit, mit Abgaben beschweret werden mögten.“ Auf diese Artikel sollten die acht Abgeordneten, die meistens gemeine Bürger waren, um eine schriftliche Antwort bitten. Sie begaben sich des Morgens, am 3ten Jenner, nach dem Haag. Die Abgeordneten des Raths waren, kurz vor ihnen abgereiset. Mittlerweile blieben noch alle Thore verschlossen. Nachdem der Prinz nähere Nachrichten von den zunehmenden Unruhen in Harlem bekommen hatte; so unterrichtete er davon die gegenwärtigen bevollmächtigten Räte, welche beschlossen, zwei Glieder ihrer Versammlung, die Herren Cunäus und de Gyzelaar, nebst dem Fiscal Wybo, dahin zu senden. Auf ihr Verlangen, ließ der Prinz das Fußvolk, das schon auf dem Wege nach dem Haag war, den Zug nach Harlem fortsetzen, und gab den Befehl darüber dem Generalmajor Cornabe, mit der Anweisung, „die gemeine Ruhe in Harlem wieder herzustellen, und zu erhalten, und im Nothfalle, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.“ Der Lieutenant Poepel, welcher zu Pferde vor die große Houtpoort gekommen war, ward, ob er gleich sagte, daß er Briefe von dem Prinzen an den Rath hätte, nicht anders als zu Fuß, und unter Begleitung der Bürger, ein- und ausgelassen. Er hatte den Bürgermeistern das Patent der Truppen, die nun auf dem Wege waren, gebracht: allein man trug Sorge, daß seine Bottschaft, vorerst, vor dem Volke geheim blieb.



blieb. Als inzwischen das Gerüchte von dem Anzuge der Truppen stark zunahm; so schien es, daß man Anstalten machen wollte, ihnen den Eingang zu verwehren. Man rief und lief nach Pulver und Blei. Man zog die Brand- und Todtenglocke. Das Gitter vor der großen Houtpoort, wo man das Kriegsvolk erwartete, blieb verschlossen, und hinter demselben, nach dem Thore zu, hielten einige Bürger die Wache, die jedoch, bey dem ersten Anblick einiger Officiere, die voraus kamen, ein großes Geschrey machten, und hinein flohen. Das Fußvolf, welchem eben dieselben Dragoner zu Pferde folgten, die den Tag zuvor in der Stadt gewesen waren, hatte sich unterdessen genähert. Es blieb ein Stück Weges von dem Gitter stehen, und nahm die Breite des Platzes ein. Der Major du Perron ging unterdessen, an der Spitze von vier und zwanzig Schweizer, voraus nach dem Thore, und rief, als er vor das Gitter gekommen war, drey-<sup>Einiges</sup>mal mit lauter Stimme, daß man ihm das Thor öffnen sollte. Allein ihm ward, durch das <sup>Kriegsvolf</sup> bemächtigt Pfortchen, mit einem Musketen-<sup>bes</sup>chuß geantwortet. Hierauf befahl er seinen Soldaten sich des Thores zugleich auf das Thor zu feuern. Und ob man gleich nur in die Luft schoss; so ward doch <sup>es und zieht</sup> das Thor so gleich von denen, die darinnen waren, verlassen. Das Schloß des Gitters ward nun aufgeschlagen, und das Pfortchen des Thores mit Axten in Stücken gehauen; wobey man, um Platz zu machen, zuweilen einen Schuß hineinthat, wodurch ein Junge verwundet ward. So bald das Kriegsvolf Meister von dem Thore war, und die großen Thüren auch geöffnet hatte, zog es in guter Ordnung, um drey Uhr nach Mittage, in die Stadt ein. Die Bürger, welche sich in dem Thore und dort herum befunden hatten, waren alle, auf das erste Feuer, in die Stadt zurückgewichen. Einige, denen die Truppen begegneten, zogen ebenfalls ab, als man ihnen zurief: mit eurem Gewehr nach Hause! Etliche wenige hielten bey dem Markte Stand, welche sich von Zeit zu <sup>Unverständi-</sup>Zeit zeigten, und auf die herannähernden Soldaten schalten. Einer von ihnen that <sup>so ge-</sup>Vermeffen- gar einen Schuß auf dieselben, ohne jedoch jemanden zu treffen. Nach wiederholter <sup>heit einiger</sup> Verwarnung, daß man das Gewehr niederlegen, und sich wegbegeben sollte, befahl du Perron endlich auch Feuer zu geben; welches durch das erste Glied seines Hausens, der nun in zwey Glieder gestellet war, geschah. Aber weil niemand hiedurch verwundet ward, so blieben zween oder drey der kühnsten von den Bürgern stehen, und droheten noch immer. Einer derselben ward auf der Stelle erschossen; und kurz darauf wurden noch zween andere Bürger dergestalt geschossen, daß sie in kurzem davon starben. Einer dieser zween hatte, wie man meynete, kurz zuvor einen Sergeanten des Fußvolks mit einer Kugel, wiewohl nicht gefährlich, getroffen. Hiemit war dem Aufruhr seine Kraft genommen, und der Markt gereinigt. Das Gewehr der Bürger, welches dort liegen geblieben war, ward von den Soldaten in Stücken zerschlagen. Die Bürger, die auf dem Rathhause die Wache hatten, wurden entlassen, und zogen ab. Die Truppen, welche in allem dreyhundert Mann stark waren, besetzten darauf das Rathhaus und die Thore, und zogen bey Haufen, zu Pferde und zu Fuß, durch die Stadt, um allen Zusammenlauf zu verhindern. Zween der geschossenen und gestorbenen Bürger wurden hernach bey den Weinen an den Galgen gehängt. Die Truppen blieben vierzehn Tage in der Stadt, und wurden alsdenn durch andere abgelöst. Die Ruhe war nun vollkommen hergestellt, und die Einsammlung der Abgaben ward hier so wohl, als an andern Orten, eingeführt. Unterdessen waren die acht Abgeordneten der Bürgerschaft in dem Haag, <sup>Die acht Ab-</sup> wie man denken kann, nicht zu ihrem Vergnügen empfangen worden. Sie hatten sich, <sup>geordneten</sup> gleich- werden ge-

1750.  
fangen ge-  
setzt.

Wie es ihnen  
ergangen sey

zugleich mit den Abgeordneten des Rathes, nach dem Hofe des Prinzen begeben. Aber er fand nicht für gut, den Abgeordneten des Rathes, und noch weniger der Bürgerschaft Gehör zu geben. Man ließ die letztern wohl eine Stunde warten, und deutete ihnen an, den andern Tag um elf Uhr wieder zu kommen. Sie begaben sich darauf in ihr Wirthshaus, und in kurzem zur Ruhe; aber in der Nacht um halb zwey, da man schon lange Nachricht von dem Zustande der Sachen in Harlem haben konnte, wurden sie, auf Befehl der bevollmächtigten Rätthe, und nach dem Gutachten des Prinzen, alle aus dem Bette geholet, und gefangen nach der Voorpoorte geführt z), wo sie jeder besonders verwahrt wurden. Die bevollmächtigten Rätthe ließen sie hernach durch Commissarien abhören; und sie entschuldigeten sich, wegen Abfassung der Bittschrift, der Verschließung der Thore, und der Widersetzung gegen das Einsammeln der Abgaben, so gut als sie konnten. Sechs derselben wurden, nach vierzehn Tagen, in Freiheit gesetzt, und der siebente etwas hernach; aber der achte, welchen man am schuldigsten befunden hatte, ward, auf zehn Jahre, aus dem Lande verwiesen. Mittlerweile hatte der Prinz, schon am 8ten Jenner, den Ständen von Holland zu erkennen gegeben, daß der Rath und das Gericht zu Harlem zu nachlässig gewesen wären, dem Aufruhr zu steuern und Einhalt zu thun. Die Stände hatten hierauf, wiewohl gegen Amsterdams Meinung, beschloffen, den Commissarien der bevollmächtigten Rätthe, die in Harlem waren, aufzutragen, hierüber eine Untersuchung anzustellen a). Die Commissarien Kasseboom, der an des Cunäus Stelle gekommen war, und de Gyzelaar stellten in kurzem Bericht von demjenigen ab, was sie zu Harlem vernommen hatten b). Der Rath der Stadt machte seine Anmerkungen darüber. Die Stände beschloffen endlich, die Bürgermeister so wohl als den Schultheißen zu mehrerem Fleiße und Wachsamkeit in dergleichen besorglichen Umständen zu ermahnen; zugleich aber thaten sie die wiederholte Erklärung, daß sie, bey dieser Untersuchung, gar nicht die Absicht gehabt hätten, der Stadt oder dem Rathe den geringsten Nachtheil zuzufügen c).

XXIV.  
Arbeiten in  
Amsterdam  
wegen des  
Eides der  
Weinbänd-  
ler.

In Amsterdam waren, während dem Sommer des verwichenen Jahres, zu weilen noch Zusammenkünfte von einigen derjenigen, die im Jahre 1748 am meisten für die Veränderung des Rathes geüßert hatten, gehalten worden. So gar hatte man in einem Krüge auf der Plantagie sich unterfangen, den Tag der Einnahme der Doele zu feiern. Man kam hernach, an eben dem Orte, öfters zusammen, bis daß einige Schiffleute und andere, unter dem Vorwande für die Ruhe und Wohlfahrt der Stadt zu eifern, die Versammlungen störten. Der Rath verbot auch, bald hernach, dergleichen Zusammenkünfte. Diejenigen, die man Doelisten nannte, waren, seit einiger Zeit, wie wir bereits bey einer andern Gelegenheit d) angemerkt haben, in die gemeine Verachtung gerathen. Verschiedene Bürgerofficiere, die mehr als andere in der Doele geüßert hatten, waren, bey verschiedenen Gelegenheiten, von dem Kriegsrathe abgesetzt; und der Name Doeliste war allmählich einer der schimpflichsten geworden, den man einander geben konnte. Das Mißvergnügen gegen diese Eiferer nahm gegen das Ende des Jahres zu, da nunmehr die Einsammlung der Abgaben bevorstund, die vielen nicht gefiel, und

z) Resol. Holl. 8 Jan. 1750. bl. 17. und gedruckt und geschriebene Nachrichten.

a) Resol. Holl. 8 Jan. 1750. bl. 24.

b) Resol. Holl. 6 Mart. 1750. bl. 237.

c) Resol. Holl. 29 Aug. 1750. bl. 628.

d) §. XI. dieses Buchs, S. 488. f.

und mit Unrechte, für etwas, das von den Doelisten bewirkt wäre, gehalten ward. Insbesondere waren die Weinhändler zu Amsterdam, so wohl als zu Dordrecht und Rotterdam, sehr unzufrieden, daß der Weinimpost ihnen nicht, gleich wie zuvor, in Pacht gegeben, sondern auch, von Landeswegen, eingesamlet werden sollte. Die Fleischer würden auch gerne den Impost auf das Vieh, und die Seifensieder den von zwölf Stüvern auf die Tonne Seife in Pacht gehabt haben; aber die bevollmächtigten Räte waren der Meynung, daß man die letzteren allein vergnügen könnte, und daß der Vortheil des Landes erforderte, die Imposten auf den Wein und das Vieh, gleichwie die übrigen, einsamlen zu lassen. Die Stände genehmigten dieses Gutachten. Zu Amsterdam hielten die Weinhändler Zusammenkünfte, um zu überlegen, welchen Weg man wählen müßte; um den Weinimpost in Pacht zu bekommen: aber etliche, die für Doelisten gehalten wurden, setzten sich hiewider, und bewirkten in kurzem, daß eine Bittschrift von den Schiffszimmerleuten unterzeichnet ward, worin man, gegen den Sinn der meisten Weinhändler, das Einsamlen des Weinimposts verlangte. Von der andern Seite wußte man dagegen Uneinigkeit in der Schiffszimmermannsgilde zu stiften, und viele Gildesbrüder zu bewegen, daß sie sich an die Bürgermeister wandten, und sie ersuchten, den Bevollmächtigten der Gilde, welche Beförderer der ersigedachten Bittschrift waren, anzubefehlen; daß sie sich mit keinen andern Sachen, als welche die Gilde angingen, bemengen sollten. Unterdessen waren alle Bemühungen, das Einsamlen des Weinimposts zu hintertreiben, fruchtlos. Allein wegen Leistung des Eides, wodurch die Weinhändler sich verbinden sollten, den Rechten des Landes nichts zu entziehen, entstanden bald hernach noch größere Bewegungen. Weil die Stände besaßen, daß von dem Weinimposte, in dem gegenwärtigen Jahre 1750, viel weniger einkommen war, als man erwartet hatte; so beschloßen sie, im April des Jahres 1751, allen Weinhändlern einen solchen Eid aufzulegen: als zu welchem sich die in dem Haag, um vor der Untersuchung befreiet zu bleibet, in diesem Jahre, schon freywillig erboten hatten. Aber zu Amsterdam und Rotterdam wurden große Schwierigkeiten, wegen Ablegung dieses Eides gemacht. Die Stände gaben sich die Mühe, die Bedenlichkeiten, welche die Weinhändler öffentlich vorgestellet hatten, durch eine nähere Verordnung zu heben: aber man war damit nicht zufrieden. Die Lage der zwey Städte hatte es so gemächlich gemacht, dem Weinimposte auszuweichen, daß es fast zu einer allgemeinen Gewohnheit geworden war: weswegen die Pächter sich genöthiget gesehen hatten, einen großen Theil des Imposts durch eine Schätzung der Einwohner, von denen man glaubete, daß sie Wein gebrauchten, zusammen zu bringen. Allein diese Schätzung, worüber auch sehr geklagt worden war, würde nun, da man die ganze Abgabe einsamlen sollte, nicht Statt haben können. Man war daher in die Nothwendigkeit gesetzt worden, neue Mittel zu Verhütung der Betrügereyen auszufinden; worunter der Eid der Weinhändler für eines der kräftigsten gehalten ward. Die Weinhändler in Amsterdam und Rotterdam aber besürchteten einen Verlust in ihrer Nahrung, wann sie einen solchen Eid leisteten und hielten. Sie zeigten sich daher ungeneigt, denselben abzulegen, und baten, daß man sie dessen überheben mögte e). Die Bedienten der Weinhändler, die einen Vortheil von Verkürzung dieser Abgabe, wozu sie behüßlich waren, zu ziehen pflegten, stärkerten ihre Herren in diesen Bestimmungen.

1750.

Vorsorge des  
Raths.

Der Eid  
wird zu Am-  
sterdam ab-  
gelegt.  
In Rotter-  
dam weigert  
man sich des-  
sen.

sinnungen. Diejenigen Weinhändler, von welchen man vermuthete, daß sie sich nach den Verordnungen der hohen Obrigkeit richten würden, wurden mit der Plünderung bedrohet. Man streuete Schmähschriften aus, und suchte, insonderheit zu Amsterdam, das Volk durch ein Gerüchte zu beunruhigen, daß man hier, eben so als zu Harlem, Truppen zu erwarten hätte, welche man mit Gewalt abhalten müßte, wosern man die Freiheit und Wohlfahrt der Stadt nicht auf das Spiel setzen wollte. Die Obrigkeiten gaben sich viele Mühe, den gedroheten Unruhen vorzukommen, und zugleich den geforderten Eid ablegen zu lassen. Man verbot alles Zusammenlaufen, insonderheit der Weinhändlerbedienten, die, wenn der Eid abgelegt werden würde, sich nicht, in der Nähe des Rathhauses, zeigen sollten. Die Weinhändler, in beiden Städten, wurden auf den 14ten des Heumonats 1751, vorgeladen, um den Eid, vor den zu Entscheidung der Streitigkeiten über die Auflagen bestellten Commissarien der Schöppen, abzulegen. Einige thaten es an dem bestimmten Tage; die übrigen folgten: nur diejenigen ausgenommen, welche sich für Weinhändler in Großen erklärten. Zu Amsterdam lief alles, ohne Aufruhr, ab; aber zu Rotterdam entständen gefährliche Unruhen. Die Weinhändler hatten sich hier einmüthig geweigert, den Eid abzulegen. Aber weil ihnen hierauf von dem Einnehmer oder Einkämmler auch Ein- und Verkaufszettel verweigert wurden; so schien es, daß der Weinhandel würde still stehen, und die Vorrathshäuser und Keller verschlossen bleiben müssen. Diese Ungemächlichkeit hatte viele, die zuerst auch zu Amsterdam nicht hatten schwören wollen, in wenigen Tagen, bewogen, sich dazu zu bequemen. Aber in Rotterdam verweigerten alle, verschiedene Wochen nach einander, den Eid. Man fertigte einige nach dem Haag ab, um, wenn es möglich wäre, des Eides überhoben zu bleiben; aber sie kamen mit der Antwort zurück, daß der Eid schlechterdings geleistet werden müßte f). Das Beyspiel der Amsterdammer, wo die Anzahl derjenigen, die den Eid ablegten, täglich zunahm, hatte weniger Gewicht bey den Rotterdammern, als die Furcht, daß die Amsterdammer ihnen, in kurzem, ihr Gewerbe entziehen würden, wenn sie keine Ein- und Verkaufszettel bekommen könnten. Jedemoch wollten sie sich noch nicht entschließen zu schwören, sondern vereinigten sich, am 13ten August, eine ernstliche Vorstellung bey dem Prinzen zu thun, und dadurch, wenn es möglich wäre, eine Erleichterung in den gemeinen Beschwerden zu bewirken. Allein inzwischen da man mit dem Herumtragen und Unterzeichnen der Vorstellung beschäftigt war, legte der Weinhändler Gerrit Hagendoorn am 17ten zuerst den Eid ab. Gleich hierauf hatte er volle Arbeit mit Weinlieferungen; welches seine Mitgenossen und das Volk nothwendig verdrießen mußte. Der von einigen Weinhändlern und Weinhändlerbedienten angestiftete Pöbel lief in kurzem vor seinem Hause und seinen Vorrathshäusern zusammen, warf, gegen den Abend, in seinem Wohnhause die Fenster ein, und stürmete die zwey Vorrathshäuser, wo den Stücfässern und Orhösten der Boden eingeschlagen, und die Flaschen bey tausenden zerbrochen, geraubet, oder ausgesoffen wurden. Als die Schmelgerey und Wuth sich hier gesättiget hatte; so eilte der wilde Haufe wieder nach dem Wohnhause, welches bald aufgesprenget ward. Aber zwey Bürgerfahnen, die eben von beiden Seiten heranrückten, verhinderten die Plünderung, und jagten das Gesindel, welches sich zuerst mit Weinflaschen, womit es auf die Bürger warf, vertheidigte, geschwind

f) Resol. Holl. 11, 14 Aug. 1751. bl. 715, 720.

geschwind auseinander. Hierauf hielte sich der aufrührische Haufe still, und der Rath ließ, den folgenden Tag, auch ein ernstliches Verbot gegen alle dergleichen Ausschweifungen abkündigen g). Der Schade, welchen Zagedoorn gelitten ward, und welcher nachher auf achtaufend zweyhundert und vierzig Gulden geschätzt ward, ist ihm von der Stadt vergütet worden. Auf seinen Vorgang war mittlerweile auch von den andern Weinhand- Endlich ge-  
lern zu Rotterdam der Eid abgelegt worden. Die Weinändler überhaupt, wenigstens schiebt es hier  
die zu Amsterdam, bildeten sich ein, daß sie nur auf ein Jahr durch diesen Eid verbun- auch.  
den wären. Allein die Stände fanden dienlich, nach Verlauf desselben, zu wiederholten  
Malen die Erklärung zu thun, daß sie die zuvor, wegen richtiger Abtragung der Landes-  
auslagen, geleisteten Eide für erneuert hielten, ob sie gleich dieselben, der Bequemlichkeit  
wegen, nicht von neuem ablegen ließen. Unterdessen sahe man hieraus, wie schwer es  
war, die Leute zu einer neuen Art der Einhebung der Landesaufgaben zu gewöhnen. Die  
Einsammlung kam jedoch allmählig zu Stande. Die Obrigkeiten thaten allenthalben  
ihr mögliches, sie zu erhalten, und das Volk bequemete sich dazu eben so gut, als vorher  
zu den Pachten.

Allein ehe man es hiemit so weit gebracht hatte, waren, auch aus andern Ursa- XXV.  
chen, an einigen Orten Unruhen entstanden, die nicht ohne Mühe gestillt wurden. Wir Unruhen in  
haben zuvor erzählt, wie man es, in den meisten stimmhabenden Städten verschiedener  
Landschaften, angefangen habe, um die Veränderung der Obrigkeiten zu bewirken, und  
wie dieses fast allenthalben gelungen sey. Es schien, daß einige gleiche Maaßregeln in  
den Städten, die nicht Sitz und Stimme in den landschaftlichen Versammlungen hatten, Verände-  
rung der  
und auf dem Lande nehmen wollten. Wir wollen demnach hier kürzlich melden, welchen  
Ausgang ihre Bemühungen gehabt haben. Am den Anfang des Jahres 1749 hatten  
einige Einwohner zu Zuidduinen und zu Zelder dem Prinzen eine Vorstellung überge-  
ben, die mit Klagen über die Bedrückungen und Tyrannen ihrer Obrigkeiten erfüllt, und  
mit dem Gesuche beschlossen war, daß er diese Obrigkeiten gehörig strafen mögte. Nach  
zu Zelder.  
dem der Prinz darauf die Verantwortung der Obrigkeiten und den Bericht des Amtmanns  
schriftlich empfangen hatte; so erließ er, im Augustmonate hernach, den Befehl an die  
Einwohner, sich mit schuldiger Ehrerbietung gegen die Obrigkeiten zu betragen, weil er  
nicht hätte finden können, daß diese ihre Pflicht übel erfüllt hätten. Aber das Volk war  
mit diesem Ausspruche nicht zufrieden, und blieb auf die Obrigkeiten noch immer unwillig.  
Im Anfange des Hornungs dieses Jahres wurden die Obrigkeiten, welche einen Schul-  
meister, wider den Willen der Gemeinde, bestellet hatten, so gar gezwungen, ihre Bedie-  
nungen niederzulegen. Allein der Hof von Holland nahm Kenntniß von diesen Aus-  
schweifungen, und sandte Commissarien nach Zuidduinen und Zelder, welche die ab-  
gesetzten Obrigkeiten wieder einsetzen. Und hiemit mußte das Volk sich zufrieden geben.  
Zu Saandam, wohin, im Augustmonate des Jahres 1749, schon einige Reiter und Zu Saan-  
Fußvolk gesandt waren, weil man einigen Aufstand unter dem Wolfe befürchtete h), ward, dam.  
etwas über ein Jahr hernach, da die Truppen noch da lagen, ein Anschlag zu einer beson-  
deren Veränderung der Obrigkeiten gemacht. Ein Wundarzt von Ost - Saandam,  
Namens

g) Resol. Holl. 18. 20. 26 Aug. 29 Sept.  
2. 9. 12 Oct. 1751. bl. 725, 744, 751, 917, 943,  
976, 977.

h) Resol. Holl. 20 Aug. 1749. bl. 685.

1750.

Namens Jan Pigge, der mit dem Amsterdammischen Porcelanhändler Daniel Raap Verkehr hatte, trug, auf dessen Anstiften, wie geglaubt wird, eine Bittschrift zur Unterzeichnung herum, worin verlangt ward, daß die Ambachtherrlichkeit von Ost-Zaanen und Ost-Zaandam, welche die Obrigkeiten vor etlichen Jahren gekauft hatten, dem Prinzen und dessen rechtmäßigen Nachfolgern in der Statthalterschaft abgetreten werden mögte. Eine gleiche Bittschrift war auch zu Westzaandam, in Ansehung der Ambachtherrlichkeit von Westzaanen und Westzaandam, entworfen, und von einigen unterzeichnet worden. Man versprach sich große Vortheile von dieser Veränderung, insonderheit in dem Schiffbau und dem Handel mit gesägtem Holze, welcher sonst zu Zaandam mehr als gegenwärtig zu blühen pflegte. Die erste Bittschrift ward den Obrigkeiten von Ostzaanen und Ostzaandam am 3ten des Weinmonats übergeben. Allein man verschob die Antwort darauf erst vier Wochen, und sodann bis in den Jenner des Jahres 1751. Mittlerweile begaben sich einige, mit der Bittschrift, nach Loo, wo sich der Prinz damals aufhielt, um zu vernehmen, ob die Abtretung der zwey Ambachtherrlichkeiten dem Prinzen angenehm seyn würde. Allein der Prinz wies ihren Antrag mit Unwillen von der Hand. Nachdem man jedoch bey den Obrigkeiten von neuem, im Jenner des gedachten Jahres, um eine Antwort angehalten hatte; so ertheilten sie endlich folgende, „daß sie sich nicht verbunden fänden zu antworten; daß sie die höchste Achtung für das Haus Oranien, mit den Uebergebern der Bittschrift aber nichts zu thun hätten.“ Und hiemit blieb die Sache liegen. Allein zu Oudewater ward der Rath, im Augustmonate dieses Jahres 1750, außerordentlich verändert. Hier war, schon seit vier Jahren, Streit unter den Obrigkeiten bey der Gelegenheit entstanden, daß einige dem lutherischen Prediger zu Woerden ein einziges Mal erlaubt hatten, in der reformirten Kirche zu predigen, und das Abendmal seinen Glaubensgenossen unter der hiesigen Befassung auszutheilen; welches andere für unerlaubt hielten, und zu verhindern gesucht hatten. Es war dem ungeachtet geschehen. Allein einer von den Predigern betrachtete dieses als eine so wichtige Sache, daß er öffentlich dawider predigte, und den Obrigkeiten, die es verstatet hatten, den Vorwurf machte, daß sie hierin die Landesverordnungen übertreten hätten. Diese bedieneten sich der Gelegenheit, da einige ihrer Mitglieder, die es mit dem Prediger hielten, abwesend waren, und beschloffen, dem Unter-Amtmann anzubefehlen, daß er dem Prediger gerichtlich belangen sollte. Aber der Amtmann selbst hielt dafür, daß der Schluß nicht rechtmäßig genommen wäre. Dieser Streit veranlaßte hernach eine langwierige Zwietracht unter den Obrigkeiten. Diejenigen, welche den Lutheranern die Freyheit nicht geben wollten, zuweilen in der reformirten Kirche zu predigen, waren, seitdem, die stärksten geworden, und verweigerten dieselbe, als sie nachher wieder darum ersucht wurden. Die Stände selbst ertheilten widrige Befehle, wornach der Rath sich richten mußte. Die Uneinigkeit in demselben und in dem Kirchenrathe dauerte jedoch bis in den Frühling dieses Jahres fort; da der Amtmann und einige Rathsglieder, die mit den zu den obrigkeitlichen Aemtern in Vorschlag gebrachten Personen nicht zufrieden waren, den Prinzen ersuchten, daß hierin eine Veränderung gemacht würde; und einer der vorgeschlagenen verlangte selbst, daß er aus dem Vorschlage weggelassen werden mögte. Der Prinz beschloß hierauf, Commissarien nach Oudewater zu senden, und sich von dem Zustande der Sachen Bericht abstaten zu lassen. Diejenigen, welche die kleinere Zahl in dem Rathe ausmachten, und für die Freyheit der Lutheraner gestimmt hatten,

Zu Oude-  
water.



hatten, stellten ihre Aemter dem Wohlgefallen des Prinzen anheim, und verlangten so gar ihre Entlassung; die andern folgten ihrem Beyspiele. Nachdem die Commissarien ihren Bericht abgestattet hatten, und im Augustmonate nach Oudewater zurückgekommen waren; so entließen sie den ganzen Rath, und setzten, nebst elfen aus dem alten, sieben neue Rathsglieder ein: womit die Ruhe wieder hergestellt ward. In dem Kirchenrathe hörte die Uneinigkeit auch auf, seitdem diejenigen, die für die Freyheit der Lutheraner gestimmt hatten, in dem Stadtrathe die mehresten geworden waren. Aber nirgends war die aus Kirchensachen entstandene Zwietracht höher gestiegen, als zu Steenwyk in Overijssel; und es wird nicht undienlich seyn, dasjenige, was hier vorgefallen ist, etwas umständlicher zu erzählen.

Zu Steenwyk war, bey Gelegenheit des Abschiedes eines Predigers, der nach einem andern Orte berufen war, schon im Jahre 1745 ein Streit zwischen dem Stadtrathe und dem Kirchenrathe entstanden; weil der Kirchenrath einen Vorschlag zu Befestigung der erledigten Stelle gemacht hatte, ohne dazu vorher die Erlaubniß von den Bürgermeistern gesucht zu haben, die sich hiedurch beleidigt achteten und von den Ständen der Landschaft geschützt wurden. Nachdem der Kirchenrath hernach die Erlaubniß gesucht hatte; so schritt er zu einem neuen Vorschlage, und ferner zum Verufe. Weil aber der Rath dem berufenen Prediger Nachricht gegeben hatte, daß er seinen Gehalt beträchtlich zu vermindern gedächte; so wollte er den Veruf nicht annehmen. Man mußte daher einen neuen Vorschlag machen. Der Rath gab zu erkennen, daß er gerne einen Prediger unter die zween, die vorgeschlagen wurden, gesetzt, und folglich berufen sähe, welcher dem größten Theile des igtigen Kirchenrathes nicht anstund; und hieraus folgte, daß der Vorschlag von dem Rathe beständig verworfen ward, und man, in verschiedenen Jahren, keinen Veruf ergehen lassen konnte; und zwar in einer Gemeinde, die aus mehr als eilfhundert Gliedern bestund, und also nur einen Prediger hatte. Der Streit kam wieder vor die Stände, welche dem Rathe beystunden; der Kirchenrath aber, dessen sich die Classe annahm, war nicht zu bewegen, in dem Vorschlage eine Veränderung zu machen. Unterdessen erweckte diese Uneinigkeit einen starken Unwillen zwischen einem großen Theile der Bürgerschaft und dem Rathe. Diese half vieles dazu, daß einige Einwohner die Hand zu Entwerfung und Unterzeichnung einer Bittschrift an den Rath boten, worin die Wiederherstellung einiger Rechte verlangt ward. Die vornehmsten Beförderer dieser Bittschrift waren Hermann Koops Siedderus, Pächter und Kaufmann in dieser Stadt, der Advocat und Diaconus Hillebrand Tuttel, der Schiffer Jan Thomaas, und einige andere. Sie fingen die Sache, im Brachmonate des Jahres 1748, an, da die benachbarten Landschaften, Frisland und Groningen, voll Bewegung waren, um die Abschaffung der Pächten zu erlangen; und da man auch in Steenwyk bereits den Anfang zu einem Aufstuhre verspüret hatte, der durch die Einlegung einiges Kriegsvolkes gehemmet worden war. Die Bittschrift ward in kurzem von hundert und vier und sechzig Einwohnern unterzeichnet, und von acht Personen aus diesem Haufen, die sich seitdem Bevollmächtigte der Bürgerschaft nannten, dem Rathe übergeben, der nicht für gut befand darauf zu antworten. Tuttel und Siedderus begaben sich nachher damit nach dem Haag zu

XXVI.  
Ursache eines  
gewaltigen  
Aufstuhres zu  
Steenwyk.

Man unter-  
zeichnet eine  
Bittschrift  
wegen Wie-  
derherstel-  
lung einiger  
Rechte.

Zweyen Ge-  
vollmächtig-

1750. dem Prinzen, mit dem Gesuche, daß er den Rath zur Bewilligung des gebetenen be-  
 te bringen sie wegen, oder die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen dem Rathe und den Ein-  
 nach dem wohnern übernehmen mögte. Der Prinz gab eine verzögernde Antwort; sie kamen  
 Haag. aber ziemlich zufrieden nach Steenwyk zurück. Mittlerweile hatten noch einige Ein-  
 wohner sich, durch eine Unterzeichnung, auch für die Bittschrift erklärt. Aber alle  
 diese Unterzeichner erregten bey dem Rathe einen großen Unwillen; und einige der-  
 selben klagten auch, daß man sie, bey der Einquartierung einiger durchziehenden Trup-  
 pen, mehr als ihre Mitbürger beschweret hätte. Nachdem alles Kriegsvolk die  
 Stadt verlassen hatte, unternahmen sie, ohne Erlaubniß des Rathes, eine Fahne  
 Bürger aufzurichten, um mit derselben, wie sie vorgaben, bey Gelegenheit, zur Ehre  
 des Prinzen, aufzuziehen. Gledderus ward Major, und die meisten andern Bevoll-  
 mächtigten wurden Officiere unter dieser Fahne, welche man die Dranische Strez-  
 compagnie nannte. Weil der Rath einen großen Argwohn wegen der Absichten  
 derselben, die diese Fahne errichteten, bekam; so bewirkte er, daß viele andere  
 Bürger sich unter eine andere neulich errichtete Fahne begaben, deren Haupt einer  
 von den Bürgermeistern war. Diese letzte Fahne hielt die Nachtwache auf dem  
 Rathhause, ohne daß man zugeben wollte, daß die Dranische Compagnie, neben  
 derselben, die Wache verrichtete, wie sie sich erbotten hatte. Mittlerweile ließ die  
 Dranische Compagnie die Einwohner, mittelst Trommelschlages, nach dem Hause  
 des Gledderus, auf eine halbe Tonne Bier einladen: welches der Rath so übel  
 nahm, daß er die Trommel auf das Rathhaus in Verwahrung bringen, jedoch  
 nachher, auf starkes Anhalten des Gledderus und der Seinigen, acht Gulden da-  
 für bezahlen ließ. Aber mittlerweile ließ man mit einer andern Trommel herum-  
 schlagen, und den Trommelschläger durch einige Officiere der Dranischen Fahne, und  
 unter andern durch Gledderus begleiten. Hiedurch machte sich derselbe bey allen,  
 die es mit dem Rathe hielten, so verhaßt, daß, wie er einmal in der Nacht mit einer  
 Gesellschaft das Rathhaus vorbeiging, er nach einigem Wortwechsel von der Bürger-  
 wache geschlagen und weggejagt ward. Ja es ward, bey dieser Gelegenheit, so gar auf  
 ihn und die Seinigen scharf geseuret, wodurch seine kleine Tochter und einige andern leicht  
 verwundet wurden. Tuttel und Gledderus begaben sich hierauf wieder nach dem Haag,  
 um über das ihnen zugefügte Leid zu klagen, und zugleich um einen Ausspruch über die  
 Bittschrift, welche sie zuvor dem Prinzen überreicht hatten, zu bitten. Der Prinz sandte  
 die Bittschrift, welche sie ihm bey dieser Gelegenheit übergeben hatten, an den Rath zu  
 Steenwyk, um ihm darüber seinen Bericht zu erstatten. Tuttel und Gledderus wa-  
 ren kaum drey Tage zu Hause gewesen, als der letztere von zween Officieren des Regiments  
 von Alilua, wovon iso ein Theil zu Steenwyk in Besatzung lag, in einem Wirthshause,  
 seiner Thüre gegenüber, angehalten, und hernach von der Bürgerwache in das Bürger-  
 gefängniß geführt ward, ohne daß man jemand zu ihm ließ. Seine Frau versügte sich  
 kurz hierauf zu dem Prinzen, der sich, gegen das Ende des Jahres 1748, da dieses  
 vörsiel, in Frisland befand, um, wenn es möglich wäre, die Freiheit ihres Mannes  
 zu bewirken: aber ihre Bittschrift ward den Ständen von Overyssel zugesandt.  
 Der Secretär von Steenwyk befand sich zu eben der Zeit zu Leewardaarden, um  
 dem Prinzen den Bericht des Rathes auf die Bittschrift der Bevollmächtigten zu über-  
 geben.

Gledderus  
 wird in Ver-  
 haßt genom-  
 men,

geben. Es blieb indessen zu Steenwyk nicht bey der Gefangensehung des Fledderus. 1750. und zween  
 rus. Zween andere von seinem Anhange wurden, im Anfange des Jenner 1749, und zween  
 gleichfalls in das Gefängniß gebracht. Ihre Freunde hielten von neuem bey dem andern von  
 Prinzen um ihre baldige Loslassung an. Allein ihre Bittschrift ward wiederum dem seinem An-  
 Rathe zugesandt. Auf die Bittschrift der Frau des Fledderus erfolgte in kurzem hange.  
 auch die Antwort, „daß, nachdem der Prinz den Bericht der Herren Staaten em-  
 „pfangen hätte, er in ihr Gesuch nicht willigen könnte, sondern ihre Sache dem or-  
 „dentlichen Richter überliesse.“ Bald hernach genehmigte der Prinz die Veränderung  
 des Raths zu Steenwyk, die unlängst auf die gewöhnliche Weise geschehen war,  
 welches er im verwichenen Jahre nicht hatte thun wollen. Man schloß hieraus, daß  
 der Prinz gänzlich auf der Seite des gegenwärtigen Raths wäre, und bezeugte darüber  
 öffentlich große Freude, woran aber, wie man leicht denken kann, die Bevollmächtig-  
 ten und ihre Freunde keinen Antheil nahmen. Die neue Bürgerfahne, welche unter  
 einem der Bürgermeister ausgerichtet war, zog, mit einem sonderbaren Gepränge,  
 auf. Der Rath, welcher nun fest genug zu sitzen glaubete, ließ einen der Gefange-  
 nen, der beschuldigt war, daß er der Schildwache Gewalt gethan hätte, in kurzem,  
 auf drey Jahre, zum landschaftlichen Zuchthause in Zwolle verurtheilen. Der an-  
 dere ward nachher losgelassen. Fledderus ward mittlerweile auch verhört. Allein  
 es vergingen mehr als drey Monate, ehe ihm das Urtheil gesprochen ward. Wenig-  
 e Tage zuvor wurden noch zween Bevollmächtigte, Tuttel und Vogelzang, in Ver-  
 haft genommen, und bald darauf nach Vollenhove geführt, wo man sich des Schif-  
 fers Jan Thomasz auch bemächtigt hatte. Fledderus ward, um diese Zeit, aus Fledderus  
 dem Bürgergefängnisse, wo er bisher gefessen hatte, in einen abscheulichen Kerker wird zum  
 gebracht. Zween Tage hernach empfieng er das Todesurtheil, und ward, am 24sten Galgen ver-  
 April, auf dem gewöhnlichen Gerichtsplatze vor Steenwyk aufgehängt. In dem Inbalt seines urtheilt.  
 Urtheile ward ihm zur Last gelegt, „daß, nachdem er schon zuvor, wegen unternom- Urtheils.  
 „mener Nothzucht, im Gefängnisse gewesen, und hernach geflüchtet wäre, er in dem  
 „Jahre 1748 aufrührische Versammlungen in seinem Hause gehalten, dem Volke zu  
 „trinken gegeben, und es durch seine Frau angestiftet hätte, erst bey ihm die Fenster  
 „einzuschlagen. Daß er einer der ersten Verfasser und Unterzeichner einer Bittschrift,  
 „welche die gänzliche Veränderung der Regierungsform zur Absicht gehabt hätte, ge-  
 „wesen wäre, und daß er, unter dem Vorwande, für den Prinzen zu eifern, auch  
 „andere zur Unterzeichnung angefrischet hätte. Daß er sich, aus eigener Gewalt, ohne  
 „Vorwissen der Staaten und Seiner Hoheit, und gegen den Willen des Raths zu  
 „Steenwyk, zum Haupte einer so genannten Compagnie aufgeworfen; daß er, um  
 „Leute zu dieser Compagnie zu werben, die Trommel rühren, und nachdem diese  
 „Trommel auf das Rathhaus gebracht worden, eine andere gebrauchen lassen, die  
 „erste aber, oder das Geld dafür, mit Drohungen von einem der Bürgermeister zu-  
 „rückgefordert hätte. Daß er, zu nächstlicher Zeit, an der Spitze einiges zusammen-  
 „gerasteten Volkes, die Bürgerwache beschimpft, und die Bevollmächtigten oben!  
 „die Bürgermeister unten! geschrien, auch einen Gefangenen mit Gewalt aus den  
 „Händen des Gerichts bestreuet hätte.“ In diesem Zustande der Sachen, da der Man beruft  
 Diaconus Tuttel zu Vollenhove im Gefängniß saß, und da verschiedene andere einen Predi-  
 canten

1750.

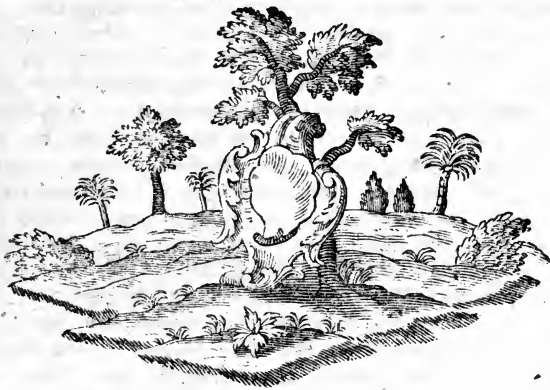
Der Prinz  
thut dem ge-  
richtlichen  
Verfahren  
wider einige  
Gefangene  
Einhalt,  
und schiebt  
Commissa-  
rien nach  
Steenwyk.

Einwohner zu Steenwyk, die seine Partey gehalten hatten, flüchtig geworden waren; besand der Rath dienlich, die Berufung eines Predigers durchzusetzen. Diese fiel nun leicht, durch Mehrheit der Stimmen, auf denjenigen Mann, auf welchem die Absicht des Rathes, seit einiger Zeit, gerichtet gewesen war, und welcher den Ruf zuerst zwar annahm, aber hernach, da er anderwärts eine Stelle bekommen hatte, ihn wieder abschrieb. Man schritt also zu einer neuen Berufung, welche nun geschwinde sorging. Mittlerweile hatten die Freunde der Gefangenen und Geflüchteten sich an den Prinzen gewandt, der in kurzem befahl, daß man mit dem Verfahren gegen die Gefangenen einhalten, und den Geflüchteten die Freyheit lassen sollte, ungehindert in der Stadt zu bleiben. Turtel und Jan Thomasz waren, ehe dieser Befehl in Steenwyk ankam, schon wieder dahin geführt worden; und es ist nicht unwahrscheinlich, daß man sie eben so, wie den Fledderus behandelt haben würde, wosern der Befehl des Prinzen das gerichtliche Verfahren nicht gehemmet hätte. Es wäre bis in den Augustmonat, ehe er Commissarien nach Steenwyk sandte, die, in seinem Namen, von dem vorgefallenen Kenntniß nehmen sollten. Er ernannte hiezu die Herren Wilhelm, Baron von Harfotte, Herrn von Ryst, Mitglied der Ritterschaft von Geldern, und Bürgermeistern zu Sattum, und Friederich Robert van Laatum, Bürgermeistern der Stadt, und Secretär der Grafschaft Zutphen. Turtel, Jan Thomasz und Vogelzang, welcher letztere noch zu Vollenhove gefangen saß, wurden, gleich nach der Ankunft der Commissarien, unter Bürgerschaft, losgelassen. Nachher wurden die Rathsglieder und die Bevollmächtigten der Bürgerschaft, gegen einander, vor den Commissarien, gehört. Diese ließen endlich, im Wintermonate eine neue Anordnung des Stadtreiments abfindigen, wodurch, in einigen Stücken, der Bittschrift der Bevollmächtigten der Bürgerschaft Genügen geschah. Die neulich aufgerichteten zwey Bürgerfahnen wurden auch aufgehoben, und jeder zur Stille und Ruhe ermahnet; worauf die Commissarien wieder abreiseten. Aber die Untersuchung der Sache der Verurtheilten und Angeklagten machte ihnen nachher noch viele Arbeit. Sie hörten den Rath auf einer Seite; und auf der andern ward die durch viele Zeugnisse bestärkte Verantwortung der Angeklagten erwogen: welches viele Zeit wegnahm. Das Ende von allem war, daß der Prinz, in Betrachtung, daß von den Verurtheilten und Angeklagten nichts geschehen wäre, wodurch sie solche schwere Strafen, Gefängnisse und Verfolgungen verdient hätten, dieselben alle, Fledderus nicht ausgenommen, im Heumonate dieses Jahres 1750, dieselben alle, in ihre Ehre und guten Namen wieder herstellte, und von aller ferneren gerichtlichen Verfolgung entledigte. Dieses ließen die Commissarien, die, um diese Zeit, wieder nach Steenwyk gekommen waren, daselbst am 28sten öffentlich abfindigen. Gleich hierauf schritten sie zu einer außerordentlichen Veränderung des Rathes. Die gegenwärtigen Obrigkeiten wurden alle entlassen, und verschiedene, die zuvor Bevollmächtigte der Bürgerschaft gewesen waren, entweder zu Bürgermeistern oder zu Vorstehern der Gemeine ernannt. Turtel ward Secretär. Mit dem Gerichtsdiener und verschiedenen andern Bedienten ward gleichfalls eine Veränderung vorgenommen. Die Person, welche zum landchaftlichen Zuchthause verurtheilt war, ward bald hierauf losgelassen. Die Witwe des hingerichteten Fledderus erhielt, auf ihr Ansuchen,

Fledderus  
und die an-  
dern Verur-  
theilten wer-  
den in ihre  
Ehre wieder  
hergestellt.  
Der Rath in  
Steenwyk  
wird verän-  
dert.

suchen, die Erlaubniß, die Leiche ihres Ehemannes, welcher bey dem Galgen begraben war, ausgraben und ehrlich zur Erde bestatten zu lassen: welches, unter Be-  
gleitung des neuen Raths, der Prediger und einer großen Menge Einwohner, die wird ehrlich  
alle mit Orangeschleifen gezieret waren, geschah. Der Galgen, woran Gledde-  
rus gehangen hatte, ward etwas hernach, von einigen Eiferern für seine Ehre, zur  
Nachtzeit, in Brand gesteckt und zerstört. Nachdem die Commissarien des Prin-  
zen noch einige besondere Sachen abgethan hatten; so reiseten sie am 6ten August  
aus Steenwyk ab. Der Rath schenkte ihnen, zur Erkenntlichkeit für ihre Dien-  
ste, das große Bürgerrecht der Stadt. Er sandte auch bald hernach Abgeordnete  
an den Prinzen, um demselben für die Wiederherstellung und den Schutz, welchen  
er den Angeklagten verliehen hatte, Dank zu sagen. Auf diese Weise endigten sich,  
nach Verlaufe von fünf Jahren, die in dem kleinen Steenwyk so groß gewordenen  
Unruhen, die zuerst aus Kirchenstreitigkeiten entstanden, hernach durch das Verlan-  
gen nach einer Veränderung der Obrigkeiten ernähret worden, und endlich so weit  
gegangen waren, daß die Gewalt des Prinzen dazwischen treten mußte, um den-  
selben ein Ende zu machen. Steenwyk war die letzte Stadt in den Vereinigten  
Niederlanden, wo, unter der statthalterlichen Regierung des Prinzen, eine außer-  
ordentliche Veränderung der Obrigkeiten vorgefallen ist. Und weil das Volk, nach-  
dem die Regierung allenthalben, und meistens auf eben den Fuß, worauf sie unter  
der Statthalterschaft Wilhelms des Dritten gewesen, gesetzt worden war, keine  
Gelegenheit mehr hatte, mit Erfolge, nach einer neuen Veränderung zu streben; so  
bequemete es sich allmählig zum Gehorsam und zur Ruhe,

1750.





Die

# Geschichte der vereinigten Niederlande.

## Achtzigstes Buch.

### Inhalt.

I. Unterhandlungen zur Versicherung des Aachenschen Friedens. Hülfövertrag mit dem Kurfürsten von Bayern. Dergleichen Vertrag mit dem Könige von Polen, Kurfürsten von Sachsen. II. Gesandtschaft nach Frankreich. Der Abt de la Ville nimmt Abschied von den Staaten. III. Unruhen in einigen reformirten Kirchen dieser Lande. Inonderheit zu Nieuwerk in der Velau. In Geldern. In Gooiland. In Groningen und Drente. In Südholland. IV. Der Prinz Ludwig von Braunschweig-Wolfenbüttel wird Feldmarschall. V. Durchbruch des Lekdammes. VI. Der Prinz läßt sich als Marquis von Veere und Vlissingen huldigen. VII. Die Westindische Kammer zu Tienen beschließt die Schiffahrt auf Essequibo zu befördern. Die Haupttheilgenossen der Kammer von Seeland behaupten, daß die Seeländer ein ausschließliches Recht zu dieser Colonie haben. VIII. Die Kammer zu Amsterdam widerlegt diese Forderung in einer ausführlichen Vorstellung. Thut einen Vorschlag. IX. Antwort der Seeländischen Haupttheilgenossen auf die Vorstellung der Amsterdamschen Kammer. X. Diese übergiebt eine zweite Antwort in der Versammlung der General-Staaten.

Die Sache bleibt liegen. XI. Der König von Preußen errichtet eine Ostindische Gesellschaft zu Embden. Sein Gesuch, daß die Schiffe dieser Gesellschaft in den Ostindischen Hafen aufgenommen werden. Antwort der Staaten. XII. Eine Fischereygesellschaft wird in England errichtet. Mittel zu verhüten, daß der Heeringfang dieser Lande davon keinen Nachtheil leide. Vlaardingen sucht Stadtrecht. XIII. Der Prinz thut einen Vorschlag zu Wiederherstellung der Manufacturen. Schluß, den die Stände von Holland hierauf fassen. XIV. Inhalt einer Abhandlung von dem Handel dieses Staats. Verfall, und Mittel zu der Wiederherstellung desselben. XV. Der Prinz empfiehlt den Staaten den Vorschlag zu einem eingeschränkten Freyhafen. XVI. Gemeine Urtheile über diesen Vorschlag. Die Admiralitätscollegien in Holland sind der Meynung, daß man denselben, unter gewissen Bedingungen, bewerkstelligen könne. XVII. Die Admiralität in Seeland macht viele Schwierigkeiten dagegen. Schlägt andere Mittel zu Wiederherstellung des Handels vor. XVIII. Der Prinz wird krank. Gebraucht die Wasser zu Aachen. Kommt von dort zurück. Die Krankheit nimmt zu. Er stirbt. XIX. Die Staaten



ten nehmen der Prinzessin, als Gouvernante ab. XX. Die Leiche des Prinzen wird auf tinn und Vormünderinn des jungen Erbprinzen ein Prachtbette gestellt. XXI. Abbildung Statthalters Wilhelms des Fünften, den Eid des Prinzen nach seinen Eigenschaften.

Nach dem Friedensschlusse zu Aachen hatte man an der Vergleichung derjenigen Sa- chen, die in dem Vertrage unentschieden geblieben waren, und zugleich an eini- gen Verträgen, die zu Erhaltung und Befestigung der in Europa wieder herge- stellten Ruhe dienen konnten, gearbeitet. Der König von Großbritannien schloß, im Anfange dieses Jahres, einen Vergleich mit dem Hofe von Madrid, kraft dessen er auf den Affientovertrag, welcher, zufolge dem Aachenschen Friedensschlusse, noch vier Jahre dauern sollte, gegen eine Summe von hunderttausend Pfund Sterlings, die der König von Spanien ihm zu bezahlen versprach, Verzicht that. Uebrigens ward der Handelsvertrag vom Jahre 1667, durch diesen Vergleich bekräftiget, und den Unterthanen des Königs von Großbritannien die Freiheit verstatet, Salz auf der Insel Tortudos zu laden, gleichwie sie zur Zeit des Königs Carls des Andern zu thun pflegten a). Der König Georg und die Staaten handelten überdem auch mit den Höfen von Dresden und München, und suchten mit ihnen Hilfsverträge zu schließen, um dieselben näher mit sich zu verbinden, als sie in dem letzten Kriege gewesen waren; am 24sten August ward endlich zu Hannover, ein Vertrag auf sechs Jahre, vom 21sten des Heumonats an zu rechnen, zwischen dem Könige von Großbritannien, den Staaten und dem Kurfürsten von Bayern unterzeichnet. Die Seemächte verbanden sich, durch denselben, „dem Kurfürsten jährlich eine Geldhülfe von vierzigtausend Pfund Sterlings, oder vier- hundert und vierzigtausend Gulden Holländisch zu bezahlen, wozu Großbritannien zwey Drittel und die Staaten ein Drittel beytragen sollten.“ Dagegen versprach der Kurfürst, „sechstausend Mann auf den Weinen zu halten, jedoch so, daß dieselben nicht gegen Seine Kaiserl. Majestät noch gegen das Reich gebraucht würden; und die Absich- ten Seiner Großbritannischen Majestät auf dem Reichstage befördern zu helfen. Wenn er von irgend einer Macht, wegen dieses Vertrages, angegriffen würde, so wollten die Seemächte ihre Bemühungen anwenden, daß ihm der Schade von dem Angreifer ver- gütet würde.“ In Betrachtung dieses Vertrages begab sich der Kurfürst, von neuem, seiner Ansprüche auf das Herzogthum Mirandola und das Marquisat Concordia, zum Vortheile der Kaiserinn Königin b), welche sich dagegen verbindlich machte, ihm ein Viertel der versprochenen vierzigtausend Pfund Sterlings Hülfsgeelder zu bezahlen; daß also die Seemächte nicht mehr als dreyzigtausend Pfund dazu herzugeben hatten. Es wäre jedoch noch länger als ein Jahr, ehe man einen Vertrag mit dem Könige von Polen, Kurfürsten von Sachsen, treffen konnte. Der Herr Talboen handelte deswegen an dem Hofe zu Dresden; und der Vertrag ward hier, erst am 13ten des Herbstmonats im Jahre 1751, unterzeichnet. In seinem Inhalte und Absicht kam er mit dem über ein, welcher mit dem Kurfürsten von Bayern geschlossen war, ausgenommen, daß er nur vier Jahre, vom 8ten des Brachmonats an zu rechnen, wären sollte, und daß die macht-

verspro-

a) Voyez ROUSSET Recueil, Tom. XX. b) Man sehe B. LXXVIII. §. XXVII. S. 468. f.

1750.

versprochene Geldhülfe auf acht und vierzigtausend Pfund Sterlings, und also auf achttausend Pfund mehr gesetzt war. Der König von Polen, Kurfürst von Sachsen versprach, so lange dieser Vertrag dauerte, an keinem Kriege, der gegen Großbritannien und die Staaten oder die zweien kaiserlichen Höfe unternommen werden mögte, Theil zu nehmen, und Großbritannien und den Staaten, wosern einer von beiden feindlich angegriffen würde, mit sechs tausend Mann oder mehreren beizustehen. Der Vertrag, von welchem wir sprechen, war in Französischer Sprache abgefaßt. Als er nach Seeland kam, ward gleich dabey angemerkt, daß darin der Staat la Republique de Hollande genannt war. Aber man ließ diesen Ausdruck ändern, und statt dessen la Republique des Provinces Unies des Pais - Bas, d. i. der Staat der Vereinigten Niederlande setzen c).

## II.

Gesandtschaft nach Frankreich.

Gleichwie die Staaten sich, durch Schließung dieser zweien Hülfsverträge, gegen jede Unternehmungen zu Verletzung des unlängst geschlossenen Friedens sicher zu stellen suchten; also unterließen sie inzwischen nicht, die wiederhergestellte Freundschaft mit Frankreich, durch Absendung eines ordentlichen Botschafters, zu unterhalten; wozu, im Anfange dieses Jahres, der Herr Marthäus Lestevenon, Herr von Berkenrode, ernannt worden war. Er war im Märzmonate zu Paris angekommen, und hielt nachher einen prächtigen öffentlichen Einzug. Der König von Frankreich sandte, im folgenden Herbstmonate, den Marquis de St. Contest, als seinen ordentlichen Botschafter,

Der Abt de la Ville nimmt Abschied von den Staaten.

nach dem Haag. Der Abt de la Ville, der ihn in Frankreich war, nahm kurz darauf schriftlichen Abschied von den Staaten, und sein Schreiben ward von dem Marquis de St. Contest den General - Staaten übergeben; worauf man ihm das gewöhnliche Geschenk sandte. In dem Schreiben des Abts fand man die Erklärung merkwürdig, „daß der König, sein Herr, ohne Schwierigkeit, sich wiederum zum Kriege entschließen würde, wenn er durch höhere Betrachtungen seines Ruhms, der seinen Bundsgenossen zu leistenden Hülfe, oder der Treue seiner Verbindungen, dazu genöthiget werden mögte; „ob er gleich immer von Herzen wünschte, die Macht und das Ansehen seiner Krone nicht anders, als zu Beförderung der Ruhe aller Völker und der Wohlfahrt seiner Unterthanen insbesondere zu gebrauchen.“ Das vorsichtige Betragen verschiedener Mächte, die in den letzten Krieg verwickelt gewesen waren, trug auch vieles bey, daß der allgemeine Friede noch eine Zeitlang erhalten ward.

## III.

Kurze Nachricht von den Unruhen in den reformirten Kirchen an verschiedenen Orten dieser Lande,

Allein in verschiedenen Landschaften des vereinigten Staats, waren, nach Stillung der Bewegungen, welche unlängst die Veränderung der Regierung verursacht hatten, neue Unruhen in der Kirche entstanden, welche gefährliche Folgen hätten haben können, wosern die Weisheit der Obrigkeiten nicht Mittel gefunden hätte, sie zu stillen. Es ist eigentlich kein Werk dieser Historie, worin wir fast allein von weltlichen Sachen handeln, dasjenige umständlich zu erzählen, was zu dieser Zeit die Kirche dieser Lande beunruhiget hat. Aber die Sache hat zu viel Aufsehens gemacht, und der bürgerlichen Obrigkeit zu viele Mühe gekostet, um sie gänzlich mit Stillschweigen zu übergehen. Wir wollen also kürzlich, und in einem kleinen Entwurfe, zugleich aber mit so vieler Deutlichkeit und Unparteilichkeit, als uns möglich seyn wird, davon einige Nachricht geben.

besonders zu Neworkert in der Delau.

Man hatte zuweilen in den reformirten Kirchen dieses Landes gesehen, daß einige Zuhörer, insonderheit Frauenspersonen, die gemeiniglich leichter bewegt werden und stärker

kere Leidenschaften als die Männer haben, entweder durch die ernsthafte Sprache des Lehrers, oder aus andern Ursachen, so sehr gerührt wurden, daß sie darüber zu weinen und laut und heftig zu schreyen angingen, und zuweilen den Prediger in Predigten hinderten. Diese und noch viel stärkere Bewegungen wurden nun an verschiedenen Orten gemein, und flogen, wie eine ansteckende Krankheit, aus einer Gegend in die andere herüber. Am ersten und stärksten wurden sie zu Nieuwerk in der Velau, im Herbst des verwichenen Jahres, und am meisten in den Predigten und der Catechismuslehre des Predigers Gerardus Kuipers, eines jungen beredten Mannes und eifrigen Lehrers, der unlängst von Iutfaas hieher berufen war, verspüret. Viele seiner Zuhörer brachen von Zeit zu Zeit, und immer verschiedene zugleich, in Thränen, Händeringen, Schreyen, Toben, Schlagen und Klopfen aus; wobey sie zuweilen, mit lauter Stimme, ihre Sünden verabscheuten, dem Teufel abschworen, und ihre Zuflucht zu dem Heilande der Welt nahmen. Einige bekamen gewaltsame Verzückungen, fielen in Ohnmacht, und verlohren alle Sinnen dergestalt, daß man sie aus der Kirche tragen mußte. Einige, wenn sie wieder zu sich selbst gekommen waren, sangen, in voller Kirche, an zu singen; wodurch die übrigen Zuhörer sehr in ihrer Andacht gestört wurden. Nach geendigtem öffentlichen Gottesdienste, und zu andern Zeiten, hielt der Prediger Kuipers in seinem Hause und anderwärts Andachtsübungen. Dieses geschah auch von andern, beständig, und zuweilen spät in die Nacht, wo man eben dieselben Bewegungen sah. Dergleichen besondere Umstände veranlaßten viel Redens in dem ganzen Lande. Viele spürten den Ursachen davon nach, und hatten verschiedene Gedanken darüber. Einige wollten die Vorfälle zu Nieuwerk als Wirkungen der himmlischen Gnade ansehen, und Kuipers selbst schien zuerst von dieser Meinung nicht entfernt zu seyn. Andere hielten dafür, daß man dieselben keiner übernatürlichen Ursache, sondern theils dem Vortrage des Predigers, theils der weichen Gemüthsbeschaffenheit einiger Zuhörer, deren Beispiel auch auf andere, besonders auf junge Frauenspersonen und Kinder von acht bis zehn Jahren leicht wirkete, zuschreiben mußte. Einige, die dabey in Betrachtung zogen, wie sehr durch diese Bewegungen der Gottesdienst gestört würde, wollten dieselben mehr für das Werk eines bösen, als eines guten Geistes halten. Man zankte hierüber, auch in gedruckten Schriften; man ward von beiden Seiten hitzig, und schimpfte auf einander. Unterdessen breiteten sich die Bewegungen, die in Nieuwerk den Anfang genommen hatten, bald nach den nächsten berrn Dörfern Dörfern in der Velau, im Eiste Utrecht und in Gooiland aus. An einigen Orten in der Velau, Utrecht und Gooiland, hatten die Prediger eben dieselben hohen Gedanken davon, welche Kuipers erst gehabt zu haben schien. Und hier dauerten die Bewegungen am längsten. Allein an andern Orten thaten die Prediger Ermahnungen gegen alles, was den öffentlichen Kirchendienst stören konnte, und bewirketen dadurch, daß diese geistliche Rührungen wenigen Fortgang hatten, und hie und da von selbst aufhören. Allmählig sah man auch, daß sich Weibspersonen, Jungen und Kinder unter die Gerührten mengeten, und die Bewegungen, welche sie andere machen sahen, mehr oder weniger künstlich nachzuahmen wußten, um dadurch für etwas besonders angesehen zu werden, sich von der Arbeit zu befreien, und andere zum Mitleiden und milden Gaben zu bewegen. Man versichert, daß einige Gerührte in der Kirche und in den Andachtsübungen Merkmaale der Bekehrung und der Gottesfurcht gezeigt, sonst aber einen sehr unordentlichen Wandel geführt haben; wiewohl es auch nicht an solchen gefehlet hat, bey denen die Besserung der Sitten beständig

1750.

auch in Grö-  
ningen und  
in dem Lande  
Drente,

und in Süd-  
Holland.

In Dor-  
recht ist  
man da gegen  
wachsam.

zu seyn schien. Allein die Anzahl dieser letzteren war so klein, daß man die Sache auch allmählig an denen Orten, wo man sehr dafür eingenommen war, für verächtlich zu halten anfang. Kuipers selbst, der, wie man will, von hoher Hand eine Erinnerung bekommen hatte, sprach, nach Verlaufe eines Jahres, viel gleichgültiger davon, als im Anfange. Auf seinen Vorschlag faßte auch der Kirchenrath zu Nieuwerk, im Weinmonate dieses Jahres 1750, den Schluß, diejenigen, welche künftig, durch starkes Schreien, Verzücungen und dergleichen unnatürliche Bewegungen des Körpers, den Gottesdienst stören würden, gleich aus der Kirche führen zu lassen. Ueberdem wurden alle, die solchen Bewegungen unterworfen waren, erinnert, daß sie sich nicht, wie sie zu thun pflegten, mitten in die Kirche, sondern dicht an die Thüre stellen sollten. Man bedeutete hernach die Leute, daß Verzücungen und gewaltsame Bewegungen des Körpers den Menschen zu Beobachtung seiner Pflichten unermöglich machten: weswegen Niemand Ursache hätte darnach zu verlangen; sondern diejenigen, die ihnen unterworfen wären, sollten vielmehr beten, daß sie davon befreiet würden. Alles dieses brachte solche den Gottesdienst störende Bewegungen, zu Nieuwerk, in kurzem, dergestalt in Verachtung, daß sie allmählig aufhörten. In Gröningen und in dem Lande Drente offenbarten sich eben dieselben Bewegungen, im Frühlinge des Jahres 1751, da man, in den meisten Orten von Geldern, wo sie zuerst angefangen hatten, kaum etwas mehr davon sah. Aber die Prediger und Obrigkeiten vereinigten sich hier, um ihnen geschwinde Einhalt zu thun. Der Graf von Stryum, der die Person des Prinzen in dem Lande Drente vorstellte, machte, etliche Monate hernach, ernstliche Verfügungen, zu Steurung der Störer des öffentlichen Gottesdienstes. Auf sein Anrathen beschloß die Synode zu Drente, diejenigen, die sich zuvor in dergleichen Bewegungen vergangen hatten, zum öffentlichen Schuldbekennniß zu nöthigen, und einige derselben, eine Zeitlang, vom Abendmahl auszuschließen. Das Stören des Gottesdienstes in den Kirchen ward auch hier, und in dem Drostaamte Vollenhoven, durch eine öffentliche Abkündigung verboten. Man sah sich in kurzem genöthiget, eben solche Mittel in dem Süderquartier von Holland zu gebrauchen, wo man, im Herbst des Jahres 1751 gleiche Bewegungen, auf vielen Dörfern, und in einigen Städten, zu spüren anfang. Aber hier ward deutlich und bey vielen entdeckt, daß Verstellung und Betrug bey einem Werke mit unterliefen, welches einige für etwas wunderbares hielten. Verschiedene Dörfer in dem Alblastenwerder wurden dadurch bis in das folgende Jahr 1752 beunruhiget. Man befürchtete damals, daß das Uebel nach Dordrecht kommen mögte. Allein die Obrigkeiten verhinderten es weislich, durch eine ernstliche Verwarnung, dieses Inhalts, „daß sie mit der äußersten Empfindung vernommen hätten, wie verschiedene Leute, „in den nächsten Dörfern, ohne Scheu in den Kirchen schrien, und andere Bewegungen und Verzücungen machten, und wie man solche böse Anschläge auch hier in der „Stadt zu schmieden anfinge, deren Folgen schwachen Gemüthern nicht anders als nachtheilig seyn könnten; indem dieselben dadurch von der wahren christlichen Gottesfurcht „abgezogen, überdem auch die Prediger in der Verkündigung des göttlichen Wortes gehindert, viele rechtgläubige von der Kirche abgehalten, die Almosen für die Armen vermindert, und Ruhe und Friede so wohl in dem gemeinen Wesen als in der Kirche gestört würden: lauter Sachen, welche rechtschaffene Christen verabscheuen, und welche, „nach allen Geseßen dieses Landes, für höchst strafbar geachtet werden müßten. Sie ver-  
„boten

„boten daher den Einwohnern und Fremden alle dergleichen Störungen des öffentlichen Gottesdienstes ernstlich, mit der Erklärung, daß die Aeltern für ihre Kinder, und die Vormünder für ihre Waisen zur Verantwortung gezogen werden sollten.“ Dieses Verbot war so kräftig, daß niemand sich seitdem unterstund einige ungewöhnliche Bewegungen in den Kirchen zu Dordrecht zu verursachen. In andern Städten hat die bloße Gegenwart des Schultheissen gefürchtete und vorherverkündigte Bewegungen verhindert. Und diese Unruhen, die zuerst ein fürchterliches Ansehen hatten, haben, so bald sie nur verboten und verachtet wurden, endlich ganz aufgehört. Aber die Erzählung von dem Ausgange dieser Bewegungen in der Kirche hat uns schon aus der Ordnung der übrigen Begebenheiten dieser Zeit geführt; zu welchen wir nun zurückkehren.

Der Prinz-Erbstatthalter hatte, seit einiger Zeit, eine merkliche Abnahme seiner Leibesgesundheit verspürt, und daher die General-Staaten bewogen, den Prinzen Ludwig von Braunschweig-Wolfenbüttel zum Feldmarschall über die Truppen des vereinigten Staats, mit einem Gehalte von vier und zwanzigtausend Gulden, zu bestellen; und nicht lange hernach ward dieser Fürst, auf Empfehlung des Prinzen, vorbestimmt, um, nach seinem Absterben, den Befehl über das Kriegsvolk als Oberhaupt zu führen, büttel wird ihm deswegen noch ein Gehalt von vierzigtausend Gulden bengelegt d). Der Prinz Ludwig war General in kaiserlichen Diensten gewesen, und hatte sich in dem letzten Kriege rühmlich betragen. Bald hernach gab der Prinz ihm ein Regiment.

Das hohe Wasser in den Flüssen, welches, seit einigen Jahren, verschiedene Durchbrüche und Ueberschwemmungen verursacht hatte, drang, am 23ten März des folgenden Jahres 1751, wiederum bey Jaarsveld durch den Lekdamm, worin zwei Deffnungen, eine dreißig und die andere elf Ruthen weit, entstunden. Der Lopikferwerder, das Land von IJsselstein, und ein Theil des Krimpenerwerders wurden hiedurch unter Wasser gesetzt. Bey Beuzigheim litte der Damm auch sehr. Jedoch war der Schaden nicht groß. Und weil das Wetter in dieser Jahreszeit günstig war; so wurden die Dämme bald wieder ausgebeßert.

Bisher hatte der Prinz-Erbstatthalter sich noch nicht als Marquis von Veere und Vlissingen huldigen lassen: aber nun reisete er, im Maymonate, zu dem Ende nach Seeland. Er trat erst zu Middelburg an das Land, nahm Sitz in der Versammlung der Stände dieser Provinz, und begab sich darauf nach Veere, wo die Huldigung sehr feierlich am ersten des Brachmonats geschah. Der Rath war dem Prinzen entgegen gegangen, und überreichte ihm die Stadtschlüssel. Nachdem der Prinz auf das Rathhaus gekommen war; so leistete er zuerst den Eid, als Marquis, und darauf schworen ihm der Rath, und die Vorsteher der Bürgerschaft und Gilden gleichfalls die Treue. Uebrigens wurden an diesem Tage allerley Freundsbezeugungen mit Schießen, Läutung der Glocken und Erleuchtung der Häuser angestellt. Vier Tage hernach ward der Prinz auf gleiche Weise zu Vlissingen empfangen, und ihm auch dort gehuldigt. Er ließ in beiden Städten eine große Anzahl silberne und auch einige goldene Gedächtnismünzen auswerfen und austheilen, auf denen Uyses; nach einem vieljährigen Herumirren, in sein Königreich Ithaca wiederkommend, bey seinem Sohne und Freunde abgebildet stand, mit dieser Umschrift: VETEREM DOMINUM VIDETIS ULYSSEM, ihr

Uuu 2

seht

1751.

seht hier euren alten Herrn, Ulysses. Unten las man SUUM CUIQUE, jedem das seinige. Auf der Rückseite sahe man ein Rathhaus, von welchem der Prinz unter einen versammelten Haufen Leute Geld auswarf. Umher stand: ADGNOSCO STUDIUM MENTEMQUE MEORUM, ich erkenne den Eifer und den Sinn der Meinigen; und weiter: FIDES CIVIUM VERAE ET VLISSINGAE, Treue der Bürger von Veere und Vlissingen. Der Prinz hielt sich, nach Vollziehung dieser Feierlichkeiten, noch einige Tage in Seeland auf, um Verfügungen wegen der Regierung und der Vergebung der Aemter zu machen, und reiste darauf nach dem Haag zurück e).

## VII.

Die Westindische Kammer zu Tienen beschießt, die Schiffahrt auf Essequibo zu befördern.

Die Haupttheilgenossen der Kammer von Seeland behaupten ein ausschließliches Recht der Seeländer zum Handel in dieser Colonie.

Die Kammer der Westindischen Gesellschaft in Seeland war, seit einiger Zeit, mit den übrigen Kammern in Streitigkeiten gerathen, die noch nicht hatten beigelegt werden können. Die Kammer von Tienen, welche im Augustmonate des verwichenen Jahres in Amsterdam versammelt gewesen war, hatte am 1ten beschlossen, „alle besondere Kammern zu ersuchen, daß sie die auf Rio Essequibo handelnden Kaufleute, und Keder aufmuntern mögten, Schiffe dahin zu senden, weil man befände, daß die Gewächse und Waaren der Gesellschaft und der besondern Colonisten, aus Mangel der Schiffe, dort zu lange liegen blieben.“ Die Abgeordneten der Kammer von Seeland hatten jedoch in diesen Schluß nicht gewilliget, und gesagt, daß sie hiezu nicht bevollmächtigt wären f). Es wäre auch nicht lange, so behaupteten die Haupttheilgenossen dieser Kammer, in gedruckten Schriften, daß dieselbe ein ausschließliches Recht hätte, allein nach Essequibo und den darunter gehörigen Flüssen zu schiffen und zu handeln. Sie führten an, „daß die Seeländer die ersten gewesen wären, welche nach Guiana, wo von Essequibo ein Theil wäre, vor dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts geschifft hätten. Daß Seeland auch, in neuern Zeiten, verschiedene Colonien auf der Küste von Guiana gehabt, und Suriname, Berbice und Cayenne, bey verschiedenen Gelegenheiten, an andere verkauft hätte. Daß die Seeländer auf Essequibo insbesondere, schon in dem Jahre 1621, da die Gesellschaft errichtet worden, geschifft, und daß sie, als Stifter und Beförderer dieser Colonie, wofür sie bekannt wären, derselben den Namen Nova Zelandia oder Neu-Seeland gegeben hätten. Daß, als im Jahre 1632, in der Versammlung der Neunzehner, gerathschlaget worden wäre, ob man die Colonie nicht verlassen sollte, die Kammer von Seeland dagegen gestimmt, auch den Handel dahin bis zum Jahre 1657 fortgesetzt hätte, da die Gesellschaft, durch den Verlust von Brasilien, dazu unvermögend geworden, und deswegen zu dem Entschlusse gekommen wäre, Essequibo den drey Walcherischen Städten, Middelburg, Vlissingen und Veere abzutreten, mit der Bedingung, daß vier Vorsteher nebst vier Commissarien aus dem Rathe der drey Städte die Verwaltung der Colonie haben sollten. Daß, als Suriname und Essequibo, im Jahre 1665, von den Engländern erobert, und hernach von den Franzosen geplündert worden, die Stände von Seeland, im folgenden Jahre, ein Geschwader unter Abraham Rynssohn nach America gesandt hätten, welchem es gelungen wäre, Suriname wieder zu erobern, und Essequibo und Tabago, die von dem Feinde verlassen gewesen, einzunehmen und zu besetzen. Daß die Stände von Seeland hiedurch den rechtmäßigen Besitz von Essequibo

„erlangt,

e) Resol. Holl. 22 Jun. 1751. bl. 474.

f) Resol. Holl. 8 Oct. 1750. bl. 711.



„erlangt, und diese Colonie im Jahre 1668 den drey Walcherischen Städten abgetreten, diese aber dieselbe, im folgenden Jahre, den Ständen zurückgegeben, und nachher die bevollmächtigten Räte sie, im Jahre 1670, wiederum der Kammer der Westindischen Gesellschaft in Seeland überlassen hätten, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß niemand als diese Kammer, und die Einwohner von Seeland nach dieser Colonie schiffen, oder dieselbe anbauen sollten: welche Bedingung nebst den andern, unter welchen diese Abtretung geschehen war, von den General-Staaten genehmiget, von den Seeländischen Ständen aber vorher die deutliche Erklärung gethan wäre, daß sie, ohne diese Genehmigung, in den neuen Freybrief der Gesellschaft nicht gewilliget haben würden. Das die Versammlung von Tienen, in den Jahren 1685 und 1686, zwar einige Eingriffe in das Recht der Kammer von Seeland, durch Bestellung eines Befehlshabers auf Essequibo, und durch Freylassung der Schifffahrt nach dieser Colonie zu thun gesucht hätte, Middelburg aber den Folgen dieser Eingriffe zuvorgekommen wäre. Daß die Kammer von Seeland nachher zwar der gemeinen Gesellschaft einige Eröffnung von den Ausrüstungen, welche sie nach Essequibo machte, und von den Vortheilen der Colonie, gethan hätte; aber daß dieses ihr Recht, dahin allein zu handeln, im geringsten nicht vermindern könnte. Daß dieses Recht, durch einen ungestörten Besitz von hundert und dreyßig, wenigstens ohne Widerspruch von achtzig Jahren, noch stärker bekräftiget worden wäre. Daß also der wider das Gutachten der Abgeordneten von Seeland in der Versammlung von Tienen gefasste Schluß, die Schifffahrt auf Essequibo frey zu lassen, für unrechtmäßig gehalten werden müßte; um so viel mehr, als derselbe auf erdichteten Gründen beruhete: indem allezeit ein solcher Ueberfluß von Schiffen bey Essequibo gewesen wäre, um die Gewächse und Waaren abzuholen, daß einige, noch unlängst, ihre völlige Fracht nicht hätten bekommen können; und der Mangel der Schiffe, der sich, im Jahre 1747 ereignet haben mögte, bloß daher gekommen wäre, daß die Admiralität von Seeland, drey Schiffe, die allezeit auf Essequibo zu fahren pfliegen, zur Vertheidigung und Bedeckung von Holland und Seeland, in Beschlag genommen hätte. Der Nutzen, welchen die Gesellschaft überhaupt sich von Freystellung der Schifffahrt auf Essequibo versprechen mögte, verstattete keinesweges eines andern Recht zu verlegen. Der Gebrauch einer solchen übersten Gewalt würde auch, in einem freyen Lande und unter einer freyen Regierung nicht schicklich seyn. Und wenn die größte Kammer bis auf eine ihr Recht einmal verlohren hätte, so würden die kleinen Kammern gewiß das Nachsehen haben; und außerdem müßte die Zwietracht der Gesellschaft allezeit nachtheilig seyn. Es wäre Seeland unterdessen an Erhaltung der besondern Schifffahrt auf Essequibo sehr viel gelegen. Viele Einwohner von größerem und geringerem Vermögen lebten davon. Die Pflanzern in Essequibo wären alle den Seeländischen Kaufleuten vieles schuldig; welches sie unbezahlt lassen würden, wenn die Schifffahrt freygestellt würde, und sie sich, bey neuen Kaufleuten, mit ihren Bedürfnissen versehen könnten. Es wäre daher zu hoffen, daß die Versammlung von Tienen ihren gefassten Schluß widerrufen würde.“ Es war in Seeland die Stände nicht bey dieser Vorstellung geblieben. Die Stände der Provinz, hatten, auf Ansuchen der Seeländischen Haupttheilgenossen, ihren Abgeordneten zu der Versammlung der General Staaten aufgetragen, ernstlich anzuhalten, daß den Vorstehern der Westindischen Gesellschaft anbefohlen werden mögte, den vorgedachten Schluß einzuziehen, oder wenigstens

1751.

fruchtlos zu machen.

stens, bis auf weitere Verfügung, ihn nicht vollstrecken zu lassen. Die Abgeordneten von Holland nahmen diese Vorstellung zum Verichte an. Die General: Staaten trugen jedoch einigen ihrer Mitglieder auf, dieselbe zu untersuchen, und schrieben an die vorsitzende Kammer Amsterdam um Vericht. Die Kammer Seeland aber schrieb inzwischen, auf ausdrücklichen Befehl der Stände der Provinz, ihrem Befehlshaber in Essequibo, „daß er keinen Schiffen, die nicht von der Kammer Seeland ausgerüstet wären, bey „Essequibo oder in den nächsten Flüssen ein- oder auszuladen verstatten sollte.“

## VIII.

Die Repräsentanten des Prinzen, und die Vorsteher der Westindischen Gesellschaft bey der Kammer Amsterdam, widerlegen die von Seeland ausführlich.

Es wäre nicht länger als bis zum Jenner dieses Jahrs, als die Repräsentanten des Prinzen und die Vorsteher der vorsitzenden Kammer zu Amsterdam den General: Staaten einen ausführlichen Bericht einbrachten, worin sie zuerst ihre Bestremung darüber zu erkennen gaben, „daß die von Seeland von der, durch einen im letztverwichenen Augustmonate gefaßten Schluß der Versammlung von Tienen, geschehenen Freystellung der Schifffahrt auf Essequibo sprächen; da doch dieser Schluß nur von der „Beförderung der Schifffahrt redete, welche, wie man es in der vorsitzenden Kammer von Amsterdam einsähe, schon vor mehr als sechzig Jahren, freygestellt worden wäre.“ Um ferner die Gründe des gefaßten Schlusses zu zeigen, merkten sie an, „daß, durch den Freybrief von 1674, Essequibo ausdrücklich unter die allgemeinen Besitzungen der „Gesellschaft gesetzt wurde. Daß auch, durch einen im Jahre 1685 gefaßten Schluß „der Versammlung von Tienen, die Schifffahrt auf Essequibo und Bourona allen „denen, die auf diesen Flüssen handeln wollten, frey gestellet wäre. Daß zwar die bevollmächtigten Räte von Seeland, im Jahre 1670, mit der dortigen Kammer der Westindischen Gesellschaft, einen Vergleich wegen Essequibo geschlossen, und daß auch die „Stände von Seeland ihre Einwilligung in die Verlängerung des Freybrieses, welche „damals gesucht worden, an die Befräftigung dieses Vergleichs durch die General: Staaten, gebunden hätten: aber daß diese Verlängerung des Freybrieses niemals erfolgt wäre; weil die General: Staaten die Gesellschaft, mit deren einer Kammer der Vergleich wegen Essequibo, im Jahre 1670, geschlossen wäre, im Jahre 1674 gänzlich „aufgehoben, und die Stände von Seeland selbst hierin, und zugleich in die Aufrichtung einer neuen Gesellschaft gewilliget hätten, die, zufolge dem ersten Artikel ihres Freybrieses, mit der alten gar keine Gemeinschaft haben sollte. Daß die Versammlung von „Tienen, im Jahre 1676, mit Einwilligung der Kammer von Seeland, die von der „aufgehobenen Gesellschaft verliehenen Vergünstigungen für verfallen erklärer hätte. Daß „man, mit Unrechte, hinwider einwendete, daß die Aufhebung der alten Gesellschaft Privatpersonen, die keine Mitglieder der Gesellschaft wären, keinen Nachtheil zuziehen „könnte: weil die Privatpersonen, welche, zufolge dem Vergleiche von 1670, berechtigt gewesen wären, auf Essequibo zu schiffen, kein weiteres Recht, als auf die Kammer von Seeland erlangen könnten, die im Jahre 1674, so wohl als die übrigen „Kammern der alten Gesellschaft, aufgehoben worden wäre. Daß alle Besitzungen der alten Gesellschaft, und namentlich auch Essequibo, zu einem Eigenthum „der neuen gemacht worden wären. Daß die Kammer von Seeland seitdem „zwar die Aufsicht über diese Colonie gehabt hätte: aber nur so weit ihr solche „von der Versammlung von Tienen, und für Rechnung der allgemeinen Gesellschaft aufgetragen worden; eben so als der Kammer von Amsterdam die Aufsicht über Curassao aufgetragen gewesen wäre, ohne daß hieraus folgte, daß „die

„die erste Kammer allein auf Essequibo fahren dürfte, so wenig als der leste  
 „gemeldeten die Schifffahrt auf Curassao allein zustünde. Daß die Versamm-  
 „lung von Tienen durch öftere Schlüsse festgesetzt hätte, sich in der Regierung über  
 „Essequibo zu erhalten, aber nicht, wie man 180 vorgäbe, durch Beeinträchtigung  
 „der Kammer von Seeland: weil diese Kammer selbst, im Jahre 1680, es, bey  
 „der damals ausgeschriebenen Versammlung, unter die von allen Kammern zu über-  
 „legenden Sachen gesetzt hätten, ob nicht die Schifffahrt auf Essequibo den besondern  
 „Pflanzern freyzustellen sey; gleichwie im Jahre 1685 wirklich geschehen wäre, wobey,  
 „so viel erhellte, die Kammer von Seeland damals keine verschiedene Meynung geäu-  
 „ßert, und nur in dem folgenden Jahre zu erkennen gegeben hätte, daß von Mittel-  
 „burg einige Schwierigkeiten gegen das beschlossene gemacht worden; worauf aber kein  
 „weiterer Schluß gefolget wäre. Daß im Jahre 1689, auf einen von der Kammer von  
 „Seeland selbst gleichfalls geschehenen Vortrag, die Versammlung von Tienen beschloffen  
 „hätte, Essequibo und Bourona, zum Vortheile der Gesellschaft, andern zu überlassen,  
 „mit dieser Bedingung unter andern, daß die Schifffahrt dahin allen Einwohnern des  
 „Staats ohne Unterscheid frey stehen sollte. Daß eben diese Versammlung von Tienen  
 „öfters den Handel und die Schifffahrt nach dieser Colonie betreffende Schlüsse gemacht  
 „hätte: aus welchen erhellete, daß die Gesellschaft überhaupt dazu berechtiget wäre.  
 „Daß man ferner die Beförderung einer Schifffahrt, die schon freygestellt wäre, zu kei-  
 „nem Artikel der Berathschlagungen in der Versammlung machen dürfte; daß man über  
 „dergleichen Sachen in weit höheren Collegien den Schluß durch die Mehrheit der Stim-  
 „men zu machen pflegte, so wie auch hier geschehen wäre; und daß man niemands Recht  
 „zu verletzen, noch eine Obergewalt über seines gleichen auszuüben, sondern bloß zu ver-  
 „hindern suchte, daß das geringe Vermögen der Gesellschaft, durch Unterhaltung einer  
 „lästigen Colonie, nicht ferner vermindert werde. Daß man sich, was den Mangel der  
 „Schiffe in Essequibo beträfe, auf die von dort eingelaufenen Briefe gegründet hätte;  
 „und daß, in allem Falle, die Beförderung der Schifffahrt zum gemeinen Nutzen gerei-  
 „chen könnte. Daß ferner der ungestörte Besiz von achtzig Jahren, worauf man sich  
 „in Seeland beriefe, gar keinen Grund hätte. Essequibo wäre, wenigstens in die-  
 „sem Jahrhunderte, auch von 30 ändern befahren worden, und schon im Jahre 1621  
 „in den Grenzen des damals der Gesellschaft verliehenen Freybriefes, innerhalb welchen  
 „zu der Zeit keine Privatpersonen hätten schiffen dürfen, begriffen gewesen. Einige Jah-  
 „re hernach wäre es zwar in Berathschlagung gekommen, diese wenige Vortheile brin-  
 „gende Colonie zu verlassen: aber es erhellete nicht, daß sich die Gesellschaft derselben  
 „jemals begeben hätte: weswegen sie auch, im Jahre 1667, nicht für ein Gut, das,  
 „wie man vorgäbe, niemanden zugehörte, gehalten werden zu können schiene. Aber  
 „dem mögte seyn, wie ihm wollte, so wäre Essequibo, bey Errichtung der neuen Gesell-  
 „schaft, derselben übergeben worden, so wie Suriname, Berbice und Cayenne an an-  
 „dere abgetreten wären. Der Vergleich vom Jahre 1670, worauf man sich beriefe,  
 „um das ausschließliche Recht der Seeländer zu beweisen, wäre niemals von der Kam-  
 „mer von Seeland erfüllt worden. Sie hätte keinen Befehlshaber in Essequibo be-  
 „stellt. Die bevollmächtigten Räte von Seeland hätten keine Besatzung darin gehal-  
 „ten. Die Kammer hätte jährlich keine fünfshundert Sklaven geliefert. Sie hätte zu  
 „Unterhaltung der Colonie keine Kosten beygetragen. Alles dieses wäre von der allge-  
 „meinen

1751.

„meinen Gesellschaft geschehen, und geschähe von derselben noch igo: ob es gleich, nach dem Buchstaben des Vergleichs, oder nach dem, was klärtlich daraus folgte, allein von denen von Seeland hätte geschehen sollen. Die Wichtigkeit dieses Vergleichs bewies ferner, daß die Versammlung von Tienen Schlüsse wegen Essequibo machen könnte, ohne dazu die Einwilligung derer von Seeland zu bedürfen. Bey Gelegenheit der in den Jahren 1729 und 1750 gesuchten Erneuerung des Freybriefes hätten die Stände von Seeland selbst dafür gehalten, daß die Schifffahrt, durch den ganzen Umfang des Freybriefes, freygestellt werden müßte. Und obgleich darin von Essequibo Meldung geschähe; so hätten sie doch kein Wort von dem ausschließlichen Rechte Seelands, nach dieser Colonie zu handeln, sondern so gar deutlich gesagt, daß die gemeine Gesellschaft in dem Besitze wäre, allein Sklaven nach Essequibo und nach andern Orten dort herum zu bringen, und daß man nichts, als was der gemeine Vortheil der Provinzen erforderte, verlangte, und alle Einwohner des Staats, welche Schifffahrt trieben, gleiche Freyheiten als die Seeländer genießen lassen wollte. Man hätte daher mit Mißvergnügen gesehen, daß die Stände von Seeland den Befehlshaber auf Essequibo angewiesen hätten, keine Schiffe daselbst aus- oder einladen zu lassen, als die von der Kammer von Seeland ausgerüstet wären. Es müßte nämlich einen jeden bestreben, daß einer der Verbundenen ausschließende Befehle wegen einer Sache gäbe, wozu die gesammten Verbundenen berechtiget wären.“ Auf diese Weise beantworteten die Repräsentanten des Prinzen und die Vorsteher der Kammer von Amsterdam die Gründe, aus welchen die von Seeland dem Schlusse der Versammlung von Tienen widersprachen. Sie thaten hiernächst den Vorschlag, „Essequibo gänzlich der Kammer von Seeland abzutreten, wenn dieselbe der Gesellschaft die wegen dieser Colonie vermandten Kosten ersetzte, und die Unterhaltung derselben für das künftige übernahm.“ Sie merkten an, „daß diese Kosten, von viertausend zu dreyßig bis vierzigtausend Gulden im Jahre, gestiegen wären; und daß die Billigkeit nicht verstatte, daß Seeland allein die Vortheile von Essequibo göze, und die gemeine Gesellschaft mit dem lästigen Unterhalte dieser Colonie beschweret ließe.“ Aber weil leicht vorzusehen war, daß Seeland diesen Vorschlag nicht annehmen würde; so bat man sie zum Beschlusse, „daß die General-Staaten die Wirttschafft der Seeländischen Haupttheilgenossen, worin verlanget war, daß der Schluß der Versammlung von Tienen nicht vollstreckt würde, von der Hand weisen mögen.“

Vorschlag  
der Kammer  
von Amster-  
dam.

## IX.

Antwort der  
Seeländi-  
schen Haupt-  
theilgenossen.

Die Seeländischen Haupttheilgenossen ließen diesen Bericht, welcher ihnen durch ihren Vorsteher bey der Kammer Seeland, zu Händen gekommen war, nicht unbeantwortet. Sie übersandten den General-Staaten, im Märzmonate, einen Gegenbericht, dessen Inhalt war, „daß der Schluß der Versammlung von Tienen, worüber sie sich beklagt hätten, zwar keine wörtliche, aber eine wirkliche Freystellung der Schifffahrt auf Essequibo enthielte; daß man sich, mit gutem Vorbedachte, lieber des Wortes Beförderung, als des Wortes Freystellung bedienen hätte, damit es nicht scheinen möchte, als wenn man erkannt hätte, daß die Schifffahrt zuvor eingeschränkt gewesen wäre. Daß der von eben der Versammlung vor mehr als sechzig Jahren, mit deutlichen Worten, aber eben so unrechtmäßig gefaßte Schluß, durch den Eifer von Nid. delburg nicht vollstreckt wäre. Daß die Seeländer, seitdem, allezeit in ihrem Rechte erhalten worden wären. Die andern Kammern, sagte man, hätten niemals eine Aus-  
rüstung

„rüstung nach Essequibo gethan, noch Sklaven dahin geführt. Ein von der Kam-  
 „mer im Nordquartiere im Jahre 1694 ausgerüstetes Schiff hätte, zufolge der genom-  
 „menen Abrede, zweyhundert Sklaven, im Vorbeysegeln, auf Essequibo aussetzen sol-  
 „len: aber man hätte es daselbst gar nicht gesehen; ob es gleich, im Jahre 1696 schon  
 „wieder glücklich in Texel zurückgekommen wäre. Die Kammer von Seeland hätte  
 „dagegen öfters Sklaven nach Essequibo geführt. Die Repräsentanten Seiner Ho-  
 „heit und die andern Vorstehrer behaupteten, meyneten sie, auch mit Unrechte, daß der  
 „Vergleich vom Jahre 1670 die im Jahre 1674 errichtete neue Gesellschaft nichts an-  
 „ginge. Um dieses klärlich zu zeigen, dürfte man nur die Seeländischen Staatschlüsse,  
 „und den Freybrief vom Jahre 1674 selbst ansehen. Aus den ersteren erhellete, daß  
 „man die Absicht gehabt hätte, den Freybrief, welcher mit dem Jahre 1671 zu Ende  
 „lief, bis zum Jahre 1700 verlängern zu lassen, aber unter keiner andern Bedingung,  
 „als daß die Versammlung der Neunzehner in den Vergleich vom Jahre 1670 willigen,  
 „und die Bekräftigung desselben von den General-Staaten bewirken sollte. Beides  
 „wäre hernach geschehen, und hiemit hätten sich die Stände von Seeland beruhiget, und  
 „keine Schwierigkeit gemacht, in die Verlängerung des Freybriefes bis zum Ende des  
 „Jahres 1700, und in die Errichtung der neuen Gesellschaft im Jahre 1674 zu will-  
 „gen, auch damals nicht nöthig geachtet, die Bedingungen zu wiederholen, unter welchen  
 „sie vorher in die Verlängerung des Freybriefes gewilliget hätten; indem es deutlich ge-  
 „nug erhellete, daß ihre Absicht gewesen wäre, den Vergleich vom Jahre 1670 im We-  
 „sen zu erhalten, es sey, daß man den Freybrief der alten Gesellschaft verlängerte, oder  
 „einer neuen einen Freybrief bis zum Ende des Jahres 1700 erteilte. In diesem  
 „Freybriefe nun wäre die Versicherung gegeben worden, daß die Einwohner bey ihren  
 „vorigen Schiffahrten, Verträgen und Verbindungen geschützt werden, und daß auch  
 „alle zum Vortheile der alten Gesellschaft gemachten Schlüsse und Verfügungen im We-  
 „sen bleiben sollten: woraus folgte, daß der Vergleich vom Jahre 1670 in seiner völli-  
 „gen Kraft gelassen wäre. Man erkennete zwar, daß die Schiffahrt und der Handel  
 „auf Essequibo, im Namen der vereinigten Gesellschaft, geschähe: aber hieraus fol-  
 „gete nicht, daß diese Schiffahrt allen Einwohnern des Staats frey stehen müßte; weil  
 „Essequibo, nach dem Freybriefe, zu den Grenzen der Gesellschaft gehörte, eben so als  
 „Curassao, wosin die Schiffahrt, erst im Jahre 1675, durch eine besondere Vergün-  
 „stigung der General-Staaten, freygestellt worden wäre. Eine solche Vergünstigung  
 „aber wäre niemals, in Ansehung der Colonie Essequibo gegeben worden. Die Schlüsse  
 „der Versammlung von Tienen, auf wessen Vorschlag sie auch gefaßt seyn mögten, wä-  
 „ren gegen die Freybriefe der hohen Obrigkeit von keiner Kraft, welche noch im Jahre  
 „1730 die Erklärung gethan hatte, daß die Handelsleute ihre Sklaven nicht nach Su-  
 „riname, Essequibo oder Berbice führen sollten, wo solches allein von der Westindi-  
 „schen Gesellschaft, zufolge dem Freybriefe und den sich darauf beziehenden Vergleichen,  
 „geschehen könnte. Aber wegen Essequibo wären, seit der Aufrichtung der neuen Ge-  
 „sellschaft, keine Vergleiche gemacht worden: weswegen hier der Vergleich vom Jahre  
 „1670 verstanden würde. Die Kammer von Seeland hätte, zufolge diesem Verglei-  
 „che, im Jahre 1719 auch einen Befehlshaber über Essequibo bestellt. Und obgleich  
 „derselbe von der Versammlung von Tienen bestätigt worden wäre; so hätte man die-  
 „ses doch bloß aus Gefälligkeit, nicht aus Schuldigkeit, damals und nachher zugestanden:  
 VIII Theil. Err „wiewohl

1751.

„wiewohl sehr zu wünschen wäre, daß diese und dergleichen Gefälligkeiten, woraus man  
 „nur nachtheilige Folgen zöge, in Zukunft unterlassen würden. Eben so hätte man auch  
 „aus Gefälligkeit geschehen lassen, daß Essequibo, im Jahre 1723, als ein Gut der  
 „gemeinen Gesellschaft in ihre Bücher eingetragen, und dessen Werth zugleich mit dem  
 „Werthe der andern so genannten Besizungen der Gesellschaft, aus Ursachen, die einigen  
 „Haupttheilgenossen wohl bekannt wären, in einem Augenblicke mit sieben Neunteln er-  
 „höhet worden wäre. Die Billigkeit erforderte, daß die gemeine Gesellschaft, die zu Un-  
 „terhaltung von Essequibo nöthige Mühe und Kosten theilerte, weil sie ihren Anteil  
 „auch an dem Gewinne dieser Colonie hätte, welcher, in einer Zeit von siebenzehn Jah-  
 „ren, hundert acht und dreyßigtausend zweyhundert und sieben Gulden betragen  
 „hätte. Sie würde auch zehn vom Hundert von den Erzen gezogen haben, die man da-  
 „selbst im Jahre 1721 zu suchen beschloß. Endlich hätten die Stände Seeland,  
 „im Jahre 1730, nicht anders in die Freystellung des Sklavenhandels gewilliger, als  
 „mit Ausschließung unter andern von Essequibo, zufolge dem Freybriefe, und den sich  
 „darauf beziehenden Vergleichern, d. i. dem Vergleiche vom Jahre 1670. Zum Be-  
 „schlusse überließen sie es der Verantwortung der Vorsteher, ob unter die Kosten von  
 „Essequibo, die unlängst zu dreyßig bis vierzigtausend Gulden vermehrt seyn sollten,  
 „nicht die gewaltigen Summen, die seit wenigen Jahren, auf wiederholte Befehle der  
 „Versammlung von Tienen, an den Bergmann Hildebrand und die Seinigen, um  
 „Erze zu suchen, so unglücklich ausgegeben wären, gerechnet werden müßten; und weiter,  
 „ob dieser jährliche Verlust auch der Zwietracht unter den Gliedern der Versammlung von  
 „Tienen; oder der Nichtversorgung der gemeinen Pflanzörter mit Sklaven und andern  
 „Nothwendigkeiten, oder endlich, auch zum Theile der gegenwärtigen Art der Verwal-  
 „tung zuzuschreiben wäre.“ Der Beschluß enthielt ein ernstliches Gesuch, daß die vori-  
 „ge Bittschrift nicht abgewiesen werden mögte.

X.

Die Kammer  
 von Amster-  
 dam über-  
 giebt eine  
 zweite Ant-  
 wort auf die  
 Gründe der  
 Seeländi-  
 schen Haupt-  
 theilgenossen.

Die Holländischen Abgeordneten, welche diesen Gegenbericht angenommen hat-  
 ten, sandten eine Abschrift davon der Kammer zu Amsterdam, wo man in kurzem einige  
 nähere Anmerkungen entwarf, die im Namen der Repräsentanten und Vorsteher, am  
 31sten August, in der Versammlung der General-Staaten übergeben wurden, und, ih-  
 rem Hauptinhalte nach, hierauf hinaus liefen. Man führete an, „daß, gleichwie die  
 „vorstehende Kammer die Billigkeit des Schlusses vom Augustmonate des verwichenen  
 „Jahres, aus dem Freybriefe von 1674 und aus dem Schlusse von 1685 und der ge-  
 „wöhnlichen Handlungsweise der Gesellschaft, gerechtfertiget hätte, also die Seeländi-  
 „schen Haupttheilgenossen, in umgekehrter Ordnung, erst dem Schlusse vom Jahre 1685,  
 „und ferner den aus der Handlungsweise der Gesellschaft gezogenen Folgerungen wider-  
 „spröchen, und hernach aus dem Freybriefe vom Jahre 1674 gegen den mehrgedachten  
 „Schluß vom verwichenen Jahre verschiedenes eingewandt hätten. Sie hätten erstlich  
 „behauptet, daß von Middelburg die Vollstreckung des Schlusses von 1685 hintertrie-  
 „ben worden wäre. Allein, um von der Sache recht zu urtheilen, müßte man die Ge-  
 „sinnung der Gesellschaft und der Kammer Seeland insonderheit von der Gesinnung der  
 „Stadt Middelburg unterscheiden. Nun wäre es gewiß, daß den Abgeordneten der  
 „Kammer von Seeland, in der nach Amsterdam im Herbstmonate des Jahres 1685  
 „ausgeschriebenen Versammlung von Tienen, ausdrücklich aufgetragen gewesen wäre, die  
 „Freystellung der Schiffahrt nach Essequibo in Vorschlag zu bringen, so wie sie auch  
 „gethan



„gethan hätten. Die Versammlung hätte hierauf die Freystellung beschlossen, und die See-  
 „ländischen Abgeordneten davon ihrer Kammer Bericht abgestattet, wie aus den eigenen Re-  
 „gistern dieser Kammer erwiesen wäre, und aus welchen überdem erhellte, daß man, in  
 „dieser Kammer, im Wintermonate 1685 und im Jenner 1686 Schlüsse gefaßt hätte, worin  
 „die wirkliche Freystellung der Schifffahrt nach Essequibo erkannt wäre; welches man  
 „nicht gethan haben würde, wenn man dafür gehalten hätte, daß der Schluß von 1685  
 „unkräftig gewesen seyn. Was die Stadt Middelburg beträfe; so hätte diese zwar die  
 „Bestellung eines Besethshabers eine Zeitlang aufgehalten; aber mittlerweile hätte man  
 „das Recht der Walcherischen Städte auf Essequibo untersucht, und befunden, daß es,  
 „nach der von diesen Städten geschehenen Verlassung der Colonie, an die Westindische  
 „Gesellschaft übergegangen, und darauf von den Middelburgern selbst die Erklärung er-  
 „folgt wäre, daß sie dieselbe der Verwaltung der allgemeinen Gesellschaft überlassen woll-  
 „ten; wie in den Registern der Versammlung von Tienen, aus den 5ten April 1686,  
 „mit klaren Worten angezeigter stünde. Die Ursache, aus welcher das Schiff, welches,  
 „im Jahre 1694, zu Essequibo Sklaven hätte an das Land setzen sollen, daselbst nicht  
 „gelandet sey, wäre keine andere, als daß es, durch widrige Winde und Ströme, den  
 „Fluß vorbeigetrieben, und dadurch genöthiget worden wäre, nach Curassao fortzu-  
 „gehen; welches durch das Tagebuch des Schiffers bewiesen würde. Die Kammer See-  
 „land hätte zwar die Beforgung der Ausrüstungen nach Essequibo, eben so als die  
 „Kammer Amsterdam die nach Curassao, gehabt, aber beide für Rechnung und nach  
 „erhaltener Vollmacht der gemeinen Gesellschaft, und dergestalt, daß ihr diese Ausrü-  
 „stungen in der Reihe der gemeinen Ausrüstungen angerechnet worden, wie mit verschie-  
 „denen Beyspielen erwiesen wäre. Was den Vergleich von 1670 beträfe, so wäre  
 „zweitens die Frage nicht, ob die Stände von Seeland ihre Einwilligung zu der Ver-  
 „längerung des Freybriefes für die alte Gesellschaft, bis zum Jahre 1700, an die Ver-  
 „kräftigung dieses Vergleiches gebunden hätten, sondern ob, da von beiden Seiten zuge-  
 „geben würde, daß die alte Gesellschaft aufgehoben wäre, die neue auf den Fuß des Ver-  
 „gleichs errichtet worden sey. Das Gegentheil hievon wäre offenbar. Seeland hätte  
 „in die Errichtung der neuen Gesellschaft, ohne die geringste Vorbehaltung des Vergleichs,  
 „gewilliget, der auch in der That durch Aufhebung der alten Gesellschaft vernichtet wäre.  
 „Diesem widerspräche es nicht, wenn in dem neuen Freybriefe von 1674 gesagt würde,  
 „daß die Einwohner ihre vorige Schifffahrt und Handlung behalten sollten; weil nachher  
 „erhellte, daß sie, innerhalb den dort beschriebenen Grenzen, unter welche auch Esse-  
 „quebo gehörte, sonst nicht, als im Namen der Gesellschaft, ihre Schifffahrt treiben  
 „sollten. Vielweniger wäre es ein Widerspruch, wenn in eben dem Freybriefe gesagt  
 „würde, daß die Einwohner bey ihren Verträgen und Verbindungen erhalten werden  
 „sollten, weil dieses mit deutlichen Worten auf Verbindungen und Verträge mit auswär-  
 „tigen Mächten eingeschränket wäre. Der letzte Punkt des Freybriefes ginge offenbar  
 „auf die der alten Gesellschaft verliehenen Privilegien und Freyheiten, nicht auf die Ver-  
 „träge und Vergleichs einer besonderen Kammer. Ueberdem enthielte der mehrerwähnte  
 „Vergleich nur eine Erklärung, daß die Einwohner von Seeland auf Essequibo schif-  
 „fen könnten, nicht daß andere Einwohner des Staats dorten gänzlich ausgeschlossen wä-  
 „ren; ausgenommen, daß die Kammer Seeland den Handel mit der Roucoufarbe  
 „allein für sich selbst bezielte. Aber der Schluß von 1685 hätte die Schifffahrt nach

1751.

„Essequibo allen freygestellt. Man hätte sich endlich auch auf eine Erklärung vom Jahre 1730 berufen, worin des Freybriefes und der sich darauf beziehenden Vergleiche, unter welchen man besonders den Vergleich von 1670 verstehen wollte, gedacht würde. Aber wie könnte dieser Vergleich sich auf einen vier Jahre hernach verliehenen Freybrief beziehen, da in demselben kein Wort von diesem Vergleiche erwähnt würde? Die in der Erklärung von 1730 gemeldeten Vergleiche wären diejenigen, durch welche Suriname im Jahre 1683, und Berbice im Jahre 1714 verkauft worden wären. Und es wäre merkwürdig, daß, durch die gedachte Erklärung, die Gesellschaft allein, und nicht die Kammer Seeland insbesondere, für berechtigt erkannt würde, Sklaven, unter andern, nach Essequibo zu bringen; wie sie bisher gethan hätte.“ Diesen Anmerkungen, welche zu Widerlegung der Gründe dienen, aus welchen man den im Augustmonate des verwichenen Jahres gemachten Schluß verwarf, fügten die Repräsentanten und Vorsteher der Kammer Amsterdam noch einige Beweise bey, daß die Befehlshaber auf Essequibo, seit der Errichtung der gegenwärtigen Gesellschaft, allezeit von der Versammlung von Tienen bestellt wären, und es sich nur ein einziges Mal zugetragen hätte, daß diese Bestellung von der Kammer in Seeland geschehen, und von der Versammlung von Tienen genehmiget worden wäre. Zum Beschlusse wiederholten sie ihr Anbieten, Essequibo an Seeland abzutreten, unter der Bedingung, daß man die Gesellschaft schadlos stellte, und die Kosten zu Unterhaltung der Colonie künftig übernehme.

Die Sache  
bleibt liegen.

Kurz vorher, ehe diese Anmerkungen den General-Staaten übergeben waren, hatten die Vorsteher der Westindischen Gesellschaft in der Kammer Seeland bey denen selbst auch eine Vorstellung einreichen lassen, worin sie, aus den von den Haupttheilgenossen vorher angeführten Gründen, ihr ausschließliches Recht zu der Schifffahrt auf Essequibo zu behaupten suchten. Aber weil in dieser Vorstellung die vorigen Gründe nur etwas weitaufziger ausgesüßet, und näher behauptet wurden, ohne daß die in dem letzten Berichte der vorstehenden Kammer Amsterdam beygebrachten Ursachen dadurch widerlegt worden seyn; so wollen wir uns dabey nicht aufhalten. Alle diese Berichte und Gegenberichte mußten endlich die Staaten und den Prinzen in den Stand setzen, über den Streit einen Ausspruch zu thun. Allein der nicht lange hernach erfolgte Tod des Prinzen und andere Umstände waren Ursache, daß der Streit, wenigstens vorerst, unentschieden blieb.

XI.

Der König  
von Preußen  
errichtet eine  
Ostindische  
Gesellschaft  
zu Embden.

Unterdessen hatte man aus dem von beiden Seiten so ernstlich betriebenen Streite gesehen, daß man, nach dem Friedensschlusse, mit neuem Fleisse bedacht war, den verfallenen Westindischen Handel wieder herzustellen. Man unterließ auch nicht, an der Verbesserung anderer Handelszweige, und an einer allgemeinen Wiederherstellung der Schifffahrt und Handlung dieser Lande zu arbeiten. Dieses ward auch um so viel nöthiger erachtet, als der Friede einigen Nachbarn Anlaß gegeben hatte, sich stärker, als vormals, auf die Schifffahrt und Handlung zu legen. Der König von Preußen hatte, im Herbst des verwichenen Jahres, eine neue Ostindische und Africanische Gesellschaft zu Embden errichtet, und ihr einen Freybrief auf funfzehn Jahre gegeben. Das Capital dieser Gesellschaft ward auf eine Million Thaler gesetzt; und bald hernach sandte sie ein Schiff nach China. Der König gab den Staaten, im Wintermonate dieses Jahres, von dieser Unternehmung Nachricht, und ersuchte sie zugleich, „daß sie die Schiffe, die unter

„seiner

Er ersucht  
die Staaten,  
die Schiffe

„seiner Flagge, in einige ihrer Hafen in Europa oder in Ostindien, und besonders auf <sup>1751.</sup>  
 „dem Vorgebirge der guten Hoffnung, kommen mögen, freundschaftlich behandeln, dieser Gesell-  
 „und unter andern ihnen erlauben wollten, sich mit Wasser zu versehen.“ Die General-  
 „Staaten antworteten auf dieses Gesuch, „daß sie gesinnz blieben, die Freundschaft mit <sup>ren Ostindi-</sup>  
 „Seiner Preussischen Majestät zu unterhalten, und daher seinen Unterthanen das Ein-<sup>schen Hafen</sup>  
 „laufen in alle solche Hafen ihres Staats, die allen Völkern offen stünden, nicht zu ver-<sup>aufzuneh-</sup>  
 „wehren. Aber daß sie nicht umhin könnten, dem Könige vorzustellen, daß die Ostindi-<sup>Zhre Unt-</sup>  
 „sche Gesellschaft dieser Lande, seit vielen Jahren, einen ausschließlichen Freybrief nach wort.  
 „Ostindien zu handeln erlangt hätte, wodurch allen andern Unterthanen des Staats,  
 „und besonders denenjenigen, die in der Gesellschaft Diensten gewesen, die Schifffahrt  
 „und der Handel dahin verboten wäre. Daß sie die Gesellschaft bey ihrem durch diesen  
 „Freybrief erlangten Rechten zu erhalten Willens wären, und daher von der Gerechtigkeit  
 „des Königs erwarteten, daß er nicht zugeben würde, daß Unterthanen des Staats, und  
 „vornehmlich Leute, die in der Niederländischen Gesellschaft Diensten gestanden hätten,  
 „mit seinen Schiffen nach Ostindien führen; weil die Gesellschaft nicht würde unter-  
 „lassen können, in solchem Falle, die zur Erhaltung ihres Freybriefes gemachten Verord-  
 „nungen vollstrecken, und solche Unterthanen des Staats scharf und so gar mit dem Tode  
 „bestrafen zu lassen h.“ Die Embdensche Gesellschaft kam unterdessen zur Wirklichkeit,  
 „und sandte, in kurzem, noch ein Schiff nach China.

In England hatte man, schon im Jahre 1749, einen Entwurf zu Errichtung <sup>XII.</sup>  
 einer Heeringsfischereygesellschaft gemacht, von welcher einige für den Heeringsfang dieser <sup>In England</sup>  
 Lande einen großen Nachtheil befürchteten. Das Parlament hatte, seitdem, einer solchen <sup>wird eine Fi-</sup>  
 Gesellschaft, welche die Gesellschaft der freyen Britischen Fischerey genannt ward, <sup>schereygesell-</sup>  
 und deren Capital auf fünfmal hunderttausend Pfund Sterling gesetzt war, einen Frey- <sup>schaft aufge-</sup>  
 brief auf ein und zwanzig Jahre gegeben, und der König denselben bekräftiget. Kraft <sup>richtet.</sup>  
 dieses Freybriefes ward, aus den königlichen Einkünften, den Reedern ein Geschenk von  
 dreyßig Schillingen Sterlings, von jeder Tonne Heering, auf vierzig Jahre verspro-  
 chen (\*), unter der Bedingung, daß sie dem Inhalte des Freybriefes nachkämen i). Zu  
 eben der Zeit hatte man in England beschlossen, den Walfischfang auch stärker zu treib-  
 en. Aber weil das in dem Freybriefe versprochene Geschenk eine starke Aufmunterung  
 zu der Heeringsfischerey war; so sparete man daselbst keinen Fleiß, um dieses Gewerbe,  
 welches

Err 3

h) Refol. Holl. 9 Dec. 1751. bl. 1071.

i) Refol. Holl. 28 Apr. 8 Oct. 1750. bl. 344.

710.

(\*) Der wesentliche Inhalt des im Jahre 1750 zum Vortheile der weißen Heeringsfischerey  
 gemachten Parlamentschlusses war dieser, daß allen denen, die an dieser Fischerey Theil nehmen  
 würden, von allen zu dem Ende gebaueten und gebrauchten neuen und zwanzig bis acht und  
 zwanzig Tonnen großen Schiffen, eine Belohnung von dreyßig Schillingen für die Tonne aus  
 den Zöllen bezahlt, und daß der Gesellschaft, von dem Capital, das wirklich zu dieser Fischerey  
 angewandt werden würde, drey Pfund zehn Schill. Sterlings vom Hundert, während vierzehn  
 Jahren, gleichfalls aus den Zöllen vergütet werden sollten. Man sehe TINDAL'S Contin. of  
 RAPIN, Vol. IX. p. 413. Unser Herr Verfasser hat sich dennach getreuet, wenn er sagt, daß  
 für jede Tonne Heeringe ein Geschenk von dreyßig Schillingen versprochen worden sey. Denn  
 in dem Parlamentschlusse ist nicht von Tonnen Heeringe, sondern von der Größe der Schiffe,  
 die in England nach Tonnen, jede von 2000 Pfund, gerechnet wird, die Rede.

1751.

In Holland  
sucht man zu  
verhindern,  
daß der Heer-  
ringsfang  
dadurch kei-  
nen Nach-  
theil leide.

welches in vorigen Zeiten, mehr als einmal, mit schlechtem Erfolge unternommen war k), vortheilhafter als vormalis zu treiben. Man lockte einige Holländische Fischer nach England. Dies bewog die Staaten, im Maymonate des Jahres 1750, eine scharfe Verordnung herauszugeben, worin, gleichwie öfters zuvor geschehen war, allen Einwohnern dieses Staats verboten ward, ohne Erlaubniß der General-Staaten oder der Admiralitätscollegien, in fremde Dienste, zur Rauffahrtey oder Fischerey, zu treten. Auch denenjenigen, die sich schon auswärtis eingelassen haben mochten, ward befohlen, den Dienst alsobald zu verlassen, und in zween Monaten in die hiesigen Lande zurückzukommen; und dieses, bey Verwirkung Leibes und Gutes, und mit der Bedrohung, daß, wenn sie abwesend blieben, sie ewig aus dem Lande verwiesen, ihnen ihre Weiber und Kinder nachgesandt werden, und dieselben mittlerweile keine Hülfe von den Armenpflegern oder Diaconen zu genießen haben sollten. Es ward ferner denenjenigen, welche jemanden verschleppen würden, in fremde Dienste zu gehen, eine Geldbusse von drehhundert Gulden, außer einer willkührlichen Strafe, angekündigt. Die Ausfuhr lediger Heeringstonnen, Fastauben, Bänder, Tauwerk, Fischergeräthe und Pöckel ward gleichfalls von neuem verboten. Und zur Aufmunterung des Heeringsfanges, welchem, so sprachen die Staaten, von außen, Nachtheil gedrohet würde, ward der hiesige Herring, welcher schon von den einkommenden Abgaben bestreyet war, auch von den ausgehenden Zöllen, auf drey Jahre, welche Zeit hernach verlängert worden ist, frey erklärt. Die Stände von Holland bewilligten den Eigenthümern der auf den Heeringsfang und die Isländische Fischerey fahrenden Schiffe auch die Accisefreyheit von den Lebensmitteln und Bedürfnissen, die auf den Schiffen gebraucht wurden. Hiedurch und durch den Fleiß, die Sparsamkeit und Geschicklichkeit der hiesigen Fischer hoffte man im Stande zu bleiben, gegen die Engländer, außerhalb Landes, im Verfaufe aufzukommen. Vlaardingen, welches an dem Heeringsfange größern Antheil als ein anderer Ort in Holland hatte, gab sich, um denselben desto besser treiben zu können, um diese Zeit viele Mühe zu bewirken, daß es als eine geschlossene Stadt betrachtet werden mögte, wie voralters geschehen war. Die Gelegenheit dazu war, daß man diesen Ort, bey Einführung der Einfammlung der Accise, ohne Obereinnemer gelassen, und ihn unter die Obereinnemer zu Delft oder zu Schiedam gesetzt hatte, da derselbe, zur Zeit der Pachten, sein Geld gerade in die Kammer von Delft zu liefern pflegte. Hiezu kam noch, daß, in der neuen Verordnung wegen der Auflage auf das Salz und die Weine, verfügt war, daß Salz oder Weine, Meth und Essige, die aus der See kämen, sonst nirgends als in einer geschlossenen Stadt auszuladen werden sollten; da man sonst diese Waaren, und insonderheit das zum Heeringsfange nöthige Salz, oft zu Vlaardingen auszuladen pflegte. Dieses alles bewog die Dringlichkeit dieses Ortes ihre Beschwerden darüber bey der Versammlung von Holland einzubringen, und inständig zu bitten, daß sie davon bestreyet, und, in Ansehung der Landesauflagen, der Nahrung und des Handels, auch der Brauerey und Salzfiederey als eine geschlossene Stadt betrachtet und behandelt werden mögte. Allein auf die zu diesem Ende übergebene Bittschrift erfolgte keine vergnügliche Antwort.

XIII.  
Der Prinz  
thut einen

Die Sorge für den allgemeinen Handel und die Manufacturen beschäftigte, seit einiger Zeit, auch insbesondere den Prinzen Erbstatthalter. Er hatte, schon im Maymo-

nate

k) Man sehe B. XXXVII. §. X. B. XLIII. §. VIII. Th. IV. S. 324, 325. u. Th. V. S. 124.

nate des Jahres 1741, in der Versammlung der Stände von Holland einen Vorschlag, 1751.  
zu Wiederherstellung der Manufacturen überhaupt, und besonders der Seidenmanufac-  
turen gethan, nachdem ihm in Amsterdam die Abgeordneten der Seidenweber vorgestellt, Vorschlag zu  
wie sehr diese Art der Manufacturen, seit der Ausfuhr der Weber- und Handwerksgeräth- Wiederher-  
schaften, und der Einfuhr fremder seidener Zeuge, verfallen wäre, und danachst gebeten stellung der  
hatten, daß beides verboten werden mögte. Der Prinz legte ihr Gesuch den Ständen Manufactu-  
zur Erwägung vor, und erklärten sich zugleich, daß er, zu Beförderung der einländischen ren.  
Manufacturen, beschloffen hätte, für sich und seinen Hof und Bedienten bloß einländische  
seidene, wollene und andere Zeuge zu gebrauchen: welchem Beyspiele, wie er hoffte, die  
Glieder der Versammlung und die Landeseinwohner überhaupt nachfolgen würden. Die  
Stände beschloffen auch, einige Monate hernach, die Ausfuhr der vornehmsten Weberge- Der Schluß  
rächtschaften, bey einer Geldbuße von tausend Gulden und fernerer Strafe, zu verbieten der Stände  
von Holland  
auf diesen  
Vorschlag.  
Die Obrigkeiten und Beamten wurden hiernächst ersucht, sich nach dem Beyspiele des  
Prinzen einländischer gewebeter Zeuge, zur Kleidung für sich und ihre Familien, zu bedie-  
nen. Allein die Einfuhr fremder Zeuge, wobey auch fremde Mächte, mit denen der  
Staat in Verbindungen stand, ein Anliegen hatten, zu verbieten oder mehr einzuschränken  
sah man nicht rathsam.

Die Manufacturen waren nicht der einzige Gegenstand der Vorsorge des Prinzen gewesen. Er ließ sich von erfahrenen Kaufleuten von dem wahren Zustande der Handlung  
des Landes überhaupt, und von den Mitteln sie wieder herzustellen, wenn man, wie ver-  
sichert ward, befehlen mögte, daß dieselbe beträchtlich verfallen wäre, unterrichten. Im  
Sommer dieses Jahres war ihm eine Abhandlung von dem Handel des Staats, wor-  
der Vereinigten Niederlande überreicht worden, worin der Verfasser seine Gedanken in gezeigt  
über beides eröffnete. In Ansehung des ersten Punkts, welcher den Zustand des Han-  
dels betraf, waren einige Kaufleute, die man zu Rathe gezogen hatte, einhellig der Mey-  
nung, „daß derselbe, seit fünf und zwanzig und mehr Jahren, beträchtlich vermindert, derselbe sehr  
„und in vielen Zweigen verlohren wäre.“ Um die Gründe dieser Meynung ordentlich, verfallen  
vorzustellen, wurden erstlich die Ursachen untersucht, welche den Handel in diesen Landen  
in Aufnahm gebracht hatten. Derselben waren, wie man dafür hielt, dreyerley ge-  
wesen, 1. natürliche, 2. sittliche, und 3. zufällige oder auswärtige Ursachen. Zu  
den ersten rechnete man „1. die Lage dieses Staats in der Mitte zwischen dem nördlichen  
„und südlichen Europa, welche den beiderseitigen Kaufleuten Gelegenheit gegeben hatte, Aufnahme  
„ihre überflüssige Waaren hieher zu führen, und gegen andere zu vertauschen; weil ihnen 1. natürliche,  
„dadurch die Mühe und die Gefahr langer Reisen erspart worden war. 2. Die Un-  
„fruchtbarkeit des Landes und der daraus entstehende Mangel, wodurch die fleißigen Lan-  
„deseinwohner angetrieben wurden, dasjenige bey Fremden zu suchen, was sie zu Hause  
„nicht bekommen konnten. 3. Die benachbarten fischreichen Scen, wodurch man Ge-  
„legenheit bekommen hatte, die Unfruchtbarkeit und Enge des Landes zu ersetzen, und  
„so gar mit dem gefangenen Ueberflusse einen auswärtigen Handel zu treiben.“ Zu den 2. sittliche,  
sittlichen oder politischen Ursachen zähltete man „1. die Religionsfreyheit, welche viele  
„Einwohner der benachbarten Länder hieher gezogen hätte. 2. Den vielen gedruckten  
„und verfolgten Fremdlingen verliehenen Schutz; ein beständiger Grundfatz des  
„Staats. Hiedurch wären auch viele Fremde hieher gezogen worden; welche, außer  
„ihrem Gelde und Gute, auch vielerley Künste, Wissenschaften und Manufacturen in  
„das

1751.

und 3. zufällige oder auswärtige.

Gegenwärtiger Zustand dieser Ursachen.

Beweis des verfallenen Handels.

„das Land gebracht, und dadurch den Handel blühend gemacht hätten. 3. Die Regierungsform und daraus fließende Freiheit in dem gemeinen Wesen, welche niemandes Leben oder Gut von der willkürlichen Gewalt eines andern abhängen ließe. 4. Die unparteyische Verwaltung der Gerechtigkeit gegen Große und Kleine, Fremde und Einwohner; und 5. die Weisheit in der Regierung, die gute Treue in Erfüllung der gemachten Verbindungen, und besonders die vorsichtige Sorgfalt, sich vor Kriegen zu hüten, und den Frieden zu versichern; welche drey letzteren Ursachen nicht weniger als die zwey ersteren viele fremde Kaufleute bewogen hätten, sich hier niederzulassen.“ Unter die zufälligen oder auswärtigen Ursachen ward gesetzt, „1. daß der Handel in andern Ländern vernachlässigt oder vertrieben worden sey, da man hier die rechten Mittel anwandte ihn blühend zu machen. Die Religionsverfolgungen in verschiedenen Ländern nöthigten die Kaufleute, sich nach einem Lande zu begeben, wo sie die Gewissensfreiheit haben konnten. 2. Die langwierigen bürgerlichen Kriege erst in Frankreich, sodann in Deutschland, England und anderwärts hatten dort den Handel verhindert, und hier festgesetzt. 3. Spanien und Portugal hatten, da der Staat gegen sie Krieg führte, ihre Seemacht vernachlässigt, da man sie hier in einem ansehnlichen Zustande zu erhalten gewußt hatte.“

Nach den angezeigten Ursachen der Aufnahme des Handels hier zu Lande, ward in der Abhandlung angemerkt, „1. daß die natürlichen Ursachen noch fast eben dieselben als vormals wären. Nur wären die Mündungen der Flüsse beträchtlich untiefer und enger geworden: welches das Ein- und Auslaufen der Schiffe ungemeinlicher machte: wir hätten auch die Fischereyen in den nächsten Meeren mit andern gemein; wodurch der Heering- Kabbeljaun- und Wallfischfang vermindert worden wäre. 2. Die sittlichen oder politischen Ursachen wären noch alle in völliger Kraft. 3. Die zufälligen aber hätten eine beträchtliche Veränderung gelitten. Die Religionsverfolgungen hätten aufgehört, und die Verachtung, welche man, außer Landes, gegen den Handel zu haben pflegte, wäre sehr vermindert worden. Die auswärtigen Mächte beiferten sich um die Wette, den Handel, die Fischerey und die Manufacturen zu befördern. Dieses alles hätte unsern Handel keinen geringen Stoß gegeben. Die Engländer wären die ersten gewesen, die, vor nunmehr hundert Jahren, Geseze gemacht hätten, deren einzige Absicht gewesen wäre, den Handel dieses Staats an sich zu ziehen 1): da man, kein halbes Jahrhundert zuvor, die Wolle noch hieher zu führen pflegte, welches nun scharf verboten wäre. Die anderen Reiche wären diesem Beyspiele gefolget, und hätten ihr mögliches gethan, um uns den Handel zu entziehen. Und diese Bemühungen, wenn es gleich noch nicht sichtbar wäre, daß der Handel hier zu Lande abgenommen hätte, müßten uns antreiben, für dessen Erhaltung mit allem Ernste zu wachen.“

„Um aber mit einiger Nichtigkeit zu bestimmen, ob und in wie weit jeder Zweig des Handels abgenommen hätte, würde man, hieß es ferner in der Abhandlung, viel leicht aus den Büchern der Admiralitäten schöpfen können, weil man darin sehen könnte, was von jeder Art Kaufmannswaaren, vormals und iso, ein- und ausgeführt wäre. Die Admiralitäten hätten selbst, in dem Jahre 1747, erkannt, daß der Handel, seit vielen Jahren, sehr verfallen wäre. Ein jeder, der vom Handel lebete, spräche davon.

„In



„In den vornehmsten Handelsstädten stünde eine gewaltige Anzahl Krämerhäuser lebig.  
 „Wer Amsterdam vor funfzig Jahren gekannt hätte, erstaunete darüber. Das Schiffs-  
 „volk wäre seltener. Man führe nun mit den Waaren aus Norden und der Ostsee, das  
 „Land vorbey, nach Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, und von dorten  
 „nach Norden zurück: da man ehemals diese beiderley Länder aus den Vorrathshäusern  
 „unsers Landes zu versehen pflegte. Amsterdam wäre, noch vor wenigen Jahren, der  
 „Markt des Indigo und anderer Färbereywaaren gewesen: so fände man beynahe keine  
 „Ueberbleibsel davon. Deutschland bekäme, seit einigen Jahren, die Französischen,  
 „Spanischen, Portugiesischen und Italienischen Waaren gerade aus diesen Ländern, zu  
 „Altona und zu Hamburg. Aus Bourdeaux wäre, im letztverwichenen Jahre, drey-  
 „mal mehr Zucker, Coffee und Indigo nach Hamburg, als nach diesen Ländern, geführt  
 „worden. Hanf, Glachs und andere aus der Ostsee kommende Waaren würden, das Land  
 „vorbey, nach Westen gebracht. In Spanien wären keine Holländische Handelshäuser  
 „mehr. Unsere Landsleute hätten nur wenigen Antheil an der Ladung der Gallionen;  
 „und unser Handel nach der Levante wäre sehr in Abnahme gerathen. Die unlängst  
 „in Hamburg und Bremen, und sogar in Brabant und Flandern, errichteten Rattun-  
 „druckereyen, Zuckersiedereyen und andere Gewerbe dieneten auch zum Beweise des in den  
 „hiesigen Ländern sehr verfallenen Handels.“

„Aber aller dieser Gründe ungeachtet fände man doch Leute, welche behaupteten, Widerle-  
 „daß unser Handel noch in eben dem Zustande wäre, als vor diesem. Sie führten an, ung der ge-  
 „1. daß die Zölle von den ein- und ausgehenden Waaren, das Wagesgeld, das Lastgeld <sup>gegenseitigen</sup>  
 „auf die Schiffe, die Accise ic. nicht vermindert wären. 2. Daß die Klagen der Kauf- <sup>Gründe.</sup>  
 „leute nichts bewiesen: weil der Gewinn derselben nur unter mehrere Personen vertheilt  
 „wäre. 3. Daß die prächtige Lebensart der Kaufleute viel kostete, und Ursachen zu fla-  
 „gen gäbe.“ Auf diese Gründe ward in der Abhandlung geantwortet, „daß die Zunah-  
 „me oder der Bestand der Zölle von den einkommenden Waaren kein Beweis des blü-  
 „henden Handels, sondern nur ein Zeugniß wäre, daß man mehrere überflüssige Waa-  
 „ren nöthig hätte; welche Nothwendigkeit, theils durch die zunehmende Pracht, theils  
 „durch die Folgen des strengen Winters im Jahre 1740, welche die Einfuhr vieler frem-  
 „den lebensmittel, theils durch das anhaltende Viehsterben, welches die Einfuhr des  
 „fremden Viehes, Butter und Käse nöthig gemacht hätte, vermehrt worden wäre.  
 „Gewiß, wenn unser Handel allein in der Einfuhr fremder Waaren bestünde, würde er,  
 „statt vortheilhaft, dem Lande verderblich seyn. Daß die Zölle von den einkommenden  
 „Waaren nicht vermindert wären, bewiese demnach nicht, daß der Handel nicht vermin-  
 „dert wäre. Der blühende Handel könnte allein durch den Bestand oder die Zunahme  
 „der Zölle von ausgehenden Waaren bewiesen werden. Allein, wenn man die Jahre  
 „des letzten Krieges ausnähme, in welchen Frankreich, Spanien und England ihren  
 „Handel durch diese Länder getrieben, und dadurch vieles Gewerbe und eine starke Aus-  
 „fuhr verursacht hätten; so würde man finden, daß die Zölle von ausgehenden Waaren  
 „sehr vermindert worden wären. Hieraus nun erhellere, daß die Ausfuhr der fremden  
 „eingeführten Waaren allein den Handel blühend mache. Der Staat zöge keinen Vor-  
 „theil von der geraden Versendung der Gewächse und Waaren aus Norden und der Ost-  
 „see nach Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, wenn hiezu bloß fremde  
 „Schiffe gebraucht würden. Um einen solchen Handel zu treiben, dürfte man nicht ein-

1751.

„mal zu Amsterdam oder zu Rotterdam, oder so gar in den vereinigten Landschaften wohnen. Die Auflagen auf die Verführung der Waaren durch diese Lande wären unsache gewesen, daß dieser Handel unser Land vorbehey ginge; welchen man, nicht anders als durch Aufhebung der Auflagen, in Abnahme bringen zu können schiene. Daß fern die Lastgelder auf die Schiffe nicht weniger als zuvor einbrächten, gäbe auch keinen Beweis von einem blühenden Handel. Zur Zeit des letzten Krieges wären unsere Schiffe sehr von Fremden gebraucht, und diese so gar genöthiget worden, die ihrigen den Holländern zu verkaufen: wodurch die Schifffahrt wohl um ein Drittel zugenommen hätte. Allein man könnte Schifffahrt und Reederey, ohne vielen Handel, haben; wenn Fremde unsere Schiffe, zu Versendung ihrer Waaren gebrauchten, ohne daß sie hieher kämen. Grisland hätte eine starke Schifffahrt, aber keinen oder wenigen auswärtigen Handel. Der Bestand der Accise hätte allein, oder fast allein, einen Einfluß auf die Manufacturen, Fabriken und Handwerke, und käme daher, wenn der Zustand des Handels untersucht werden sollte, nicht in Betrachtung.“

Ursachen des  
Verfalles der  
Handlung.

Nachdem bewiesen war, daß der Handel stark abgenommen hätte, untersuchte man, in der Abhandlung die Ursachen dieses Verfalles, und fand dieselben „1. in den schweren Auflagen, womit der Handel beschweret war, als den Zöllen von ausgehenden Waaren, dem Lastgelde, Wagegelde 1c. und 2. in dem Eifer der meisten fremden Völker, die sich, im verwichenen Jahrhunderte, mehr als zuvor, auf den geraden Handel mit Auswärtigen gelegt hatten, und unser Land vorbeheygefahren waren. Wenn man die erste Ursache wegräumen könnte, würde vielleicht auch die zweite vieles von ihrer Kraft verlieren. Und der Sache schiene geholfen werden zu können, wenn man einen allgemeinen Freyhafen anlegen und alle fernere Abgaben aufheben könnte. Allein dies schien unthunlich. Die Admiralitäten hatten ihre Einkünfte höchst nöthig. Die freye Ein- und Ausfuhr allerley fremder Waaren ohne Unterschied, würde den Gewächsen des Landes, den Manufacturen, den Colonien in Ost- und Westindien, den Fischereyen 1c. zum großen Nachtheile gereichen. Es würde also viele Kunst erfordern, diese streitigen Gegenstände zu vereinigen. Das meiste würde auf die Ausfindung anderer Einkünfte für die Admiralitäten, auf die Verhütung der Zollunterschliffe, und auf die Einführung einer gleichen Einhebung der gemeinen Einkünfte in allen Provinzen, ankommen. Der Vortheil des Staats müßte dem Nutzen einer besondern Landschaft, der Vortheil einer besondern Landschaft dem Nutzen einer einzelnen Stadt vorgehen. Man hätte jedoch nicht die Absicht, die innerliche Verfassung des Staats zu verändern, sondern nur den

Zum andern  
werden Mit-  
tel zur Wie-  
derherstel-  
lung vorge-  
schlagen.

Handel von den Auflagen zu entledigen. Hiebey käme nun in Betrachtung 1. welche Waaren vornehmlich, und nach welchen Regeln sie von den Auflagen entlediget werden müßten? und 2. worin die Entledigung bestehen sollte? Die Güter, welche von Auflagen zu entledigen wären, würden, wie man dafür hielte, diejenigen seyn, 1. die von Fremden gebraucht, und von hier geachtet würden; 2. die zu unsern Fabriken, Manufacturen und Gewerben verhandelt würden; 3. die von fremden Dörtern kämen, und hier erst ausgesucht, in gewisse Gattungen getheilet, die guten von den schlechten abgetrennt, und hernach wieder versandt würden; 4. diejenigen, wovon hier der Stapel wäre, und die hier von Fremden öfters für einen geringeren Preis gekauft werden könnten, als an den Dörtern, von welchen sie herkämen, und 1. diejenigen, die unsern Manufacturen nicht schädlich wären, und dennoch am meisten in dem Lande gebraucht würden.“

„den.“ Bey der zweiten Frage ward allein angemerkt, „daß die Entledigung von den Auflagen so groß seyn müßte, als es möglich wäre. Diejenigen Waaren aber, deren Einfuhr unsern Fabriken, Manufacturen, Handwerken, Gewächsen, Colonien und Fischereyen nachtheilig wäre, müßten nicht allein von den Auflagen nicht entlediget, sondern, so weit sie allein zur Pracht dienen, so stark, als es thunlich wäre, beschweret werden. Nur wäre Acht zu haben, daß man die Handelsverträge beobachtete, und daß man, wenn zu vieles gefordert würde, nicht zum Schleichhandel Gelegenheit gäbe, wodurch man weniger bekäme, als geschehen seyn würde, wenn man weniger gefordert hätte.“

Nach diesen allgemeinen Anmerkungen wurden, in der Abhandlung, vier Entwürfe unter welchen ein einziger in einem freyen Transit oder der Durchfuhr aller Waaren, die von außen kämen, und auswärts geschickter gingen. Der zweite war eine beträchtliche Verminderung der in der Zollrolle vom Jahre 1725 festgesetzten Zölle, vornemlich von solchen Waaren, die am meisten versandt zu werden pflegten. Der dritte betraf einen allgemeinen Freyhafen, wogegen das Lastgeld aufwird, die Schiffe wiederum so erhöht werden sollte, daß die Admiralitäten ihre Einkünfte behielten. Der vierte, der in der Abhandlung am meisten angepriesen ward, enthielt einen eingeschränkten Freyhafen, wodurch einige Waaren ganz zollfrey bey der Ein- und Ausfuhr seyn, und andere etwas bey der Ein- und Ausfuhr bezahlen sollten; aber wenn einige derselben wieder zur Ausfuhr bestimmt wären, sollte der Kaufmann den bezahlten Zoll zurückbekommen; welches man mit einem Englischen Worte Drawback nannte; oder die Waaren sollten frey durchgeführt werden. Zwey Verzeichnisse der Waaren, die ganz frey seyn, und solcher, die bey der Einfuhr etwas gewisses bezahlen sollten, waren der Abhandlung beygefügt; bey deren Entwerfung man die vorgestellten allgemeinen Gründe vor Augen gehabt hatte. „Die erste Gattung der Waaren sollte, bey der Einfuhr, von den Commissen des Landes untersucht, und der Zoll von der andern Gattung freyen auf einen gleichen Fuß gehoben werden.“ Um die Einfuhr dieser andern Gattung zu befördern, erklärte man sich, in der Abhandlung, am wenigsten für die Zurückbezahlung des Zolles, am meisten für die Verstattung der freyen Durchfuhr, gegen deren Mißbrauch schon durch die vorigen Verordnungen gesorget wäre. Die Waaren, deren Einfuhr, durch vorige Verordnungen, gänzlich verboten gewesen, und von welchen ein drittes Verzeichniß der Abhandlung beygefügt war, müßten, wie man meynete, verboten bleiben. Man gab diese Verzeichnisse nicht für etwas vollkommen ausgearbeitetes aus; versprach sich aber doch von dem allgemeinen Entwurfe große Vortheile, wenn derselbe in einigen besondern Absichten verbessert würde, worüber man sich weitläufig auszulassen nicht dienlich fand. Allein man hielte dafür, daß alles vergebens seyn würde, wosern dem Unterschleife nicht Die Wasser- gesteuert, und die Wassergölle nicht auf einen gleichen Fuß gehoben würden. „Seit der Zölle sollten auf einen gleichen Fuß gehoben, und der Unter- „Einführung der Zollrolle vom Jahre 1725 wären viele Unterschleife geschehen; und wenn eine Provinz oder Stadt hierin nachsähe, wäre es in sich selbst unmöglich, der gleichen Fuß „gleichen Nachsicht in andern Städten oder Provinzen zu verhüten. Dies hätte die der Unter- „Folge, daß man allenthalben, um die Handlung zu behalten, zu den Unterschleifen durch schleif gebin- „die Finger sähe. Das Verwehren der Unterschleife wäre nöthiger, wenn man, wie dert werden. „iso, vorschläge, die Einkünfte der Admiralitäten zu vermindern: aber man hätte dieses „allezeit sehr beschwerlich gefunden, besonders in unserm Lande, dessen Lage an dem

1751.

„Wasser, so wohl als der verschiedene Vortheil nebst der verschiedenen Gerichtbarkeit der Landschaften und Städte, so vielen Anlaß zu Unterschleifen gäbe, in Ansehung deren man auch so viele Kunstgriffe erdacht hätte, daß man sie sonst nicht, als durch außerordentliche Mittel, würde verhindern können; welche zu bewerkstelligen die Provinzen und Städte sich vereinigen müßten.“ Die Mittel, welche in der Abhandlung vorgeschlagen wurden, bestunden darin, „daß 1. die Strafe auf die Unterschleife vergrößert, und bis zur Ehrlosigkeit, zur Landesverweisung und zum Tode geschärft, und ohne Nachsicht vollstreckt werden müßte; 2. daß mehr Raum zur Untersuchung, besonders, wenn man einen Betrug vermutete, verstatte; 3. daß neue Verordnungen für alle, die zum Ausladen der Waaren gebraucht würden, gemacht; 4. daß jedem die Erlaubniß zu Anhebung der Unterschleife verliehen, und den Mitschulbigen die Erlassung der Strafe versprochen; 5. daß die Pässe bey den Waaren, die auf den Flüssen einkämen, gelassen, und 6. die Zölle von der Einfuhr schlechterdings als eine Generalitäts- nicht als eine Provinzialaufgabe behandelt werden müßten: zu welchem Ende die Gewalt der Admiralitätscollegien aufrecht zu erhalten und zu stärken, und die Obrigkeiten der Städte eidsich zu verpflichten wären, den Zollbedienten hülfsliche Hand zu bieten, und diejenigen besonders, die sich eines Unterschleifs schuldig gemacht hätten, nicht von der Gerichtbarkeit der Admiralitäten vor die Schöppenbank zu ziehen. Die Admiralitäten müßten sich gleichfalls, mittelst Eides, verbinden, die Zölle auf einen gleichen Fuß heben zu lassen, ohne sich an die Nachsicht, die einige brauchen mögten, zu kehren; weswegen auch einige Verordnungen für die Admiralitätsbedienten zu machen seyn würden. Die Einkünfte der Admiralitäten müßten fernerhin in den Auflagen auf die Gattungen von Waaren, die damit noch beschweret blieben, in den Lastgeldern auf die Schiffe und in dem Segelgelde bestehen. Und weil, nach dem gegenwärtigen Entwurfe, die Zölle auf das schärfste eingefordert werden sollten; so hoffete man, daß diese Einkünfte nicht allein nicht abnehmen, sondern so gar beträchtlich zunehmen würden, weil man mit Grunde voraussetzen könnte, daß von mehr als der Hälfte der Waaren, die iho in diese Lande eingeführt würden, keine Zölle, die des Namens werth wären, bezahlt würden.“

Vorteile, die aus der Bewerkstelligung dieses Entwurfs zu erwarten wären. „Der Handel würde nicht allein vor fernerm Verfall bewahrt, sondern auch, wie zu hoffen wäre, beträchtlich vergrößert werden. Eben so würde die Schifffahrt nach Verhältniß zunehmen, und Handel und Schifffahrt würden sich einander vermehren. Die Ab- und Zufuhr der Waaren, die des Freyhafens genießen sollten, würde ein großes Gewerbe veranlassen. Man würde wieder zum Besitze des Handels von Norden nach Westen, und von hier dorthin gelangen. Man würde verhindern, daß die Hamburger, Lübecker und Bremer, die Dänen und andere handelnde Völker uns weiteren Nachtheil brächten, und den Handel an anderen Orten, in seinem Anfange, ersticken können. Die Vermehrung des auswärtigen Handels würde auch den innerlichen zum Wachsthum bringen, vielen Leuten Mittel sich zu ernähren verschaffen, und den Manufacturen und Handwerken vorteilhaft seyn. Der Kaufmann würde wenigstens allezeit einen Vortheil von dem Empfange und der Versendung der Waaren, und von Anlegung seines Geldes bey Fremden ziehen. Die Versicherungen und der Wechsel würden auch zunehmen. Die Zunahme des Geldhandels würde unsere Landesleute hindern, ihr Geld in fremden Fonds zu belegen, und das „Schiffs-

„Schiffsvolk würde sich in der Verhältniß, als die Handlung und Schifffahrt zunähme, vermehren: welches in Kriegszeiten ein ausnehmender Vortheil wäre. Endlich wäre „der vorgeschlagene Entwurf am wenigsten mit überflüssigen Gesetzen beschweret; er stimmte am besten mit dem gegenwärtigen Zustande des Handels überein, und verhinderte „den Unterschleif, mehr als irgend ein anderer.“

Die Schwierigkeiten, die man wider den Entwurf überhaupt machen konnte, wurden hiernächst erwogen. Man könnte „1. einwenden, daß die Unterschleife den Handel schon so sehr von Auflagen entlediget hätten, als man ihn durch den Entwurf entledigen wollte; und daß derselbe dem ungeachtet versallen wäre.“ Hierauf antwortete man, „daß, obgleich die Auflagen blieben, jedoch ein großer Unterschied wäre, auf welche Waaren sie gelegt würden. Wenn man die stärksten Zölle von Waaren, die außer Landes verkauft würden, und die geringsten von denen, die allein im Lande gebraucht würden, höbe, müßte solches nothwendig für den Handel sehr schädlich seyn. Die ungleiche Erhebung der Wasserzölle, und die an einem Orte mehr als an dem andern gewöhnliche Nachsicht wäre, so wohl als die anhaltenden Unterschleife einiger Kaufleute, für den Handel überhaupt verderblich. Und diese beiden Nachtheile sollten durch den neuen Entwurf verhütet werden.“ Man würde 2. sagen können, „daß die Zollrolle vom Jahre 1721, mit eben der Absicht, als der gegenwärtige Entwurf gemacht wäre; aber „daß der Ausgang gezeigt hätte, daß der Handel dadurch nicht vermehrt worden wäre.“ Man antwortete, „daß die in dieser Zollrolle bestimmte Verminderung nicht groß genug, „und die Zölle zu ungleich vertheilet gewesen wären, dergestalt, daß man Ursache zu vermuthen hätte, es sey, bey Einführung dieser Zollrolle, mehr die Absicht gewesen, die Einkünfte der Admiralitäten zu vermehren, als dem Handel Vortheile zu verschaffen. Die Unterschleife hätten auch seitdem mehr zu, als abgenommen.“ Man würde 3. anmerken können, „daß der schlechte Zustand der Einkünfte des Staats, und der ungewisse Erfolg der in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel, wovon, in allem Falle, die Vortheile noch lange nicht gezogen werden könnten, vielmehr erforderte, die Sachen auf dem alten Fuße zu lassen.“ Hierauf ward erwidert, „daß der gute Erfolg des Entwurfs nicht ungewiß, sondern aus der Natur der Sache selbst zu erwarten wäre. Aus Furcht vor Unordnung alles auf dem alten Fuße lassen zu wollen, verschloße allen Verbesserungen, die Thüre; und niemand würde eine solche Regel in seiner Haushaltung gelten lassen.“ Ferner würde man auch sagen können, „4. daß die Errichtung eines eingeschränkten Freyhaufens, bey unsern Nachbarn, Mißgunst erregen, und sie veranlassen würde, alle Mittel anzuwenden, damit uns derselbe unnütz gemacht würde, und zu dem Ende auf gleiche Weise die Auflagen zu vermindern; oder, nach dem Beyspiele der Engländer, zu verordnen, daß keine Waaren, als mit Schiffen des Volkes oder des Ortes, wo dieselben fielen oder gemacht würden, zu ihnen gebracht werden sollten.“ Auf diese Bedencklichkeit ward geantwortet, „daß die Nachbarn, die sich unserer Kaufleute und Schiffe, zum Vertriebe und Verführung ihrer Waaren, bedieneten, keine Mißgunst gegen uns schöpfen würden, so lange der Staat, nach seinem beständigen Grundsatz, sich hütete, diesen Nachbarn rechtmäßige Ursachen zum Unwillen zu geben. Andere hätten allezeit gesucht, unserm Handel Hindernisse in den Weg zu legen, und würden es beständig thun. Ueberdem wären die Nachbarn nicht im Stande, es uns im Handel gleich zu thun, wenn man einmal beschloffen haben würde, den auswärtigen Handel, so viel möglich wäre,

1751.

„von den Auflagen zu entledigen, und zu befördern. Der ganze Staat wäre zum Handel bestimmt, und seine Lage, so wohl zum Gewerbe mit ganz Europa, als zur Fischenerei, höchst vortheilhaft. Wie leicht, wohlfeil und geschwinde könnten die Waaren in diesem Lande, durch die vielen einländischen Gewässer, von einem Orte nach dem andern gebracht werden! Wenigstens wäre kein Volk, das mehr Kenntniß von dem Handel und der Schifffahrt hätte. Die den Kaufleuten nöthige Tugenden würden hier zu Lande in höherem Grade, als irgendwo, gefunden: insonderheit der Fleiß und die Sparsamkeit, worin kein handelndes Volk mit dem unsrigen zu vergleichen wäre. Ein Schiff, welches andere mit acht und zwanzig Mann besetzten, würde hier mit achtzehn bis zwanzig bemannet. Hier wüßte man bey der Schifffrüstung vieles zu ersparen, und die Schiffe viel länger, als anderwärts, zu gebrauchen. Hier wäre noch ein Ueberfluß an Gelde, welches Gelegenheit gäbe, wohlfeil und zeitig einzukaufen. Kein Volk begnügte sich mit einem solchen kleinen Gewinne, als das unsrige. Man zwänge hier keinen zu Kriegsdiensten; und die meisten Einwohner hätten wenige Festtage. Es wäre auch kein Land geschickter, Seeleute in Menge zu ziehen. Der Ostindische Handel, und besonders der mit den Gewürzen, gäbe uns auch einen Vortheil über andere Völker. Dieses alles bewiese, daß andere es uns, in dem auswärtigen Handel, nicht leicht gleich thun würden, wenn man denselben nur genugsam von Auflagen entledigte, und die bleibenden Auflagen gehörig vertheilte. Es wäre zwar richtig, daß unser Handel verdorben werden könnte, wenn alle unsere Nachbarn die Einfuhr solcher Waaren verböten, die nicht an dem Orte fielen oder gemacht würden, wo die Schiffe, mit denen sie ankämen, zu Hause gehörten. Aber ein solches Verbot wäre nicht sehr zu fürchten. Es wäre für diejenigen Völker, die selbst viele Gewächse und Manufacturen zu verkaufen hätten, sehr nachtheilig. Ueberdem würde dieses Verbot eben so gefährlich für unsern Handel seyn, wenn man die Sachen gleich auf dem alten Fuße ließe.“ Endlich könnte man noch sagen, „s. daß der Vorschlag zu einem eingeschränkten Freyhafen eine Neuerung wäre; der gewöhnliche Einwurf derjenigen, die bey den alten Mißbräuchen ihren Vortheil fanden.“ Man gab in der Beantwortung dieses Einwurfs zu, „daß der Vorschlag neu wäre. Aber er beruhete, wie man behauptete, auf alten bekannten Grundsätzen, welche man, mit Unterscheide, anwenden müßte, wenn die Umstände unsers Landes und unserer Nachbarn sich verändert hätten. Wenn z. B. dieselben den Handel begünstigten, müßten wir, nach Verhältniß, es auch thun; und dieses zufolge eines alten Grundsatzes des Staats, daß man den Handel, gleichmäßig, wie die Nachbarn, mit Anklagen beschweren oder davon entledigen müßte. Ganz Europa hätte nun, in Ansehung des Handels, eine veränderte Gestalt bekommen. In älteren Zeiten wären unsere Kaufleute allein in dem Besitze des Handels gewesen. Die andern Völker hätten die Waaren nicht von dorten, wo sie fielen, oder gemacht würden, geholet, sondern sich hier mit ihren Bedürfnissen versehen. Iho wäre kein Volk, das sich nicht auf den Handel, zum beträchtlichen Nachtheil des Staats, legte. Frankreich und England ins besondere hätten, seit der Errichtung dieses Staats, ihren Handel weit und breit auszu dehnen gesucht. England vornemlich hätte uns solche schwere Streiche versetzt, daß wir die größte Gefahr liefen zu vergehen, wenn wir keine neue Einrichtung mit unserm Handel machten. In den Oesterreichischen Niederlanden wären auch, seit dem Frieden, Maafregeln genommen worden, um den Handel dahin zu ziehen. Dünkirk,

„den,



„den, Hamburg, Bremen, Lübeck, ganz Dänemark und viele andere Länder und Städte an der Ostsee versäumeten nichts, um ihren Handel in Aufnahme zu bringen. Von Kopenhagen wären, im verwichenen Jahre 1750, sechs und dreyßig Schiffe nach Cadix gegangen, und daselbst mehr als sechshundert Kauffahrteyschiffe angekommen. Es schien, daß die Dänen sich der ganzen Schifffahrt auf der Ostsee bemächtigen würden. Solche Veränderungen nöthigten uns eine neue Einrichtung mit unserm Handel zu machen; denn wenn er einmal verlohren wäre, würde er nicht leicht zurück zu bringen seyn, wie man aus dem Beyspiele der alten Hansestädte lernen könnte. Der Verfall des Handels wäre in einem Lande gefährlicher, wo man größtentheils davon und von der Schifffahrt leben müßte, und wo viele das Land, wenn es den Handel verlohren hätte, zu verlassen genöthiget, und von den Nachbarn so gar dazu aufgemuntert werden würden. Eine solche Gefahr aber ließe man nicht in andern Ländern, wo das vornehmste Vermögen in unbeweglichen Gütern bestünde, welche die Besizer nicht so leicht zu verlassen pflegten. Man müßte also den Handel begünstigen, ehe die Kaufleute anfangen aus dem Lande zu gehen. Ein eingeschränkter Freyhafen wäre hiezu ein geschicktes Mittel; welches, was man auch dagegen einwenden mögte, viel weniger Schwierigkeiten hätte, als die dem Staate droheten, wosern man länger still säße. Man hätte in dem Entwurfe allein die Absicht, den Handel überhaupt zu befördern, ohne sich noch vorisigo bey der Verbesserung vieler besondern Zweige desselben aufzuhalten: welches nachher würde geschehen können. Man würde auch seine Gedanken noch besonders auf die Wiederherstellung der Schifffahrt und Manufacturen, und vornemlich auf dasjenige richten müssen, was man zu Beförderung des Handels und der Schifffahrt, an auswärtigen Höfen würde bewirken können. Von den verschiedenen Mißbräuchen, die den Verfall des Handels verursacht hätten, und von dem größeren Schutze, welcher demselben verliehen werden müßte, würde gleichfalls hernach können gehandelt werden. Der gegenwärtige Entwurf sollte nur, als die erste und schwereste Stufe angesehen werden, von welcher man höher herauf gehen könnte, um dieses Land wiederum, wie vormals, reich, glücklich und mächtig zu machen.“

Nachdem der Prinz die Schrift von dem Handel, deren Inhalt wir ausführlich angezeigt haben, empfangen hatte; so legte er dieselbe, am 27sten August, der Versammlung der General-Staaten, und der Versammlung von Holland vor <sup>XV.</sup> und that zugleich die Erklärung, „daß ihm, seit dem Antritte der Statthalterschaft dieser Lande, nichts so sehr am Herzen gelegen hätte, als den Staat in seinen vorigen Wohlstand wieder herzustellen, welches, seiner Meynung nach, insbesondere durch die Wiederherstellung des Handels, einer Grundsäule des gemeinen Wesens, geschehen müßte.“ <sup>Der Prinz empfiehlt den Vorschlag eines eingeschränkten Freyhafens.</sup> Ferner empfiehlt der Prinz den General-Staaten und denen von Holland die gemeldete Abhandlung, weil darin ein Mittel vorgeschlagen wäre, welches ihm zu Erreichung der Absicht, die man sich darin vorgesetzt hatte, sehr geschickt schiene: weswegen er hoffte, daß man darüber ohne Verzug rathschlagen, und einen heilsamen Schluß fassen würde. Man dankte ihm für seine besondere Aufmerksamkeit und Vorsorge, und beschloß alsobald, den Ständen der besondern Landtschaften und den Admiralitätscollegien Abschriften der Abhandlung zuzuschicken, damit sie dieselbe unparteyisch in Erwägung ziehen, und darüber einen baldigen Schluß fassen mögen. Den Admiralitätscollegien insonderheit ward aufgetragen,

1751. getragen, den Entwurf zu untersuchen, und den Staaten ihren Bericht und Gutachten darüber abzustatten.

## XVI.

Gemeine Urtheile über diesen Vorschlag.

Die Admiralitätscollegien in Holland halten dafür, daß man ihn, unter gewissen Bedingungen, bewerkstelligen könne.

Der Vorschlag des Prinzen und die Schrift von dem Handel, welche sogleich öffentlich herausgegeben wurden, ward von den Kaufleuten überhaupt mit so vielem Vergnügen aufgenommen, daß von ihrentwegen aus verschiedenen Städten Abgeordneten nach dem Haag gesandt wurden, um dem Prinzen für seine Vorsorge zu danken, und den Handel ferner seiner Aufmerksamkeit zu empfehlen. Allein viele Seiden- und Wollenmanufacturisten klagten, daß in dem von dem Prinzen angepriesenen Entwurfe nicht für ihren besondern Vortheil gesorget wäre. Diese Klagen gaben zu verschiedenen Streitschriften Gelegenheit, die in öffentlichem Drucke, theils für, theils wider den Entwurf erschienen. Unterdessen vergingen einige Monate, ehe die Admiralitätscollegien ihre Gedanken über den Vorschlag des Prinzen eröffneten. Die Holländischen gaben endlich, im Aprilmonate des folgenden Jahres, dieses einmüthige Gutachten, „daß sie mit den Verfassern der Abhandlung zugeständen, daß der Handel dieser Lande äußerst verfallen, und die Entledigung desselben von den Auflagen das einzige Mittel wäre, ihm wieder aufzuhelfen. Sie hielten aber dafür, daß eine solche Entledigung die Casse der Admiralität, die schon aufs höchste beschweret wäre, noch mehr drücken, und gänzlich außer Stand setzen würde, die nöthige Seemacht zu Beschützung des Handels zu unterhalten, und ihre Schulden, oder auch nur die Zinsen davon, ordentlich zu bezahlen. Von der Unterhaltung der Collegien und dem Gehalte ihrer Bedienten wollten sie nichts erwähnen. Sie gaben gerne zu, daß man den Handel von dieser Last befreien müßte, wosern die vor mehr als einem Jahrhunderte den Admiralitätscollegien anvertraute Sachen, auf eine andere und weniger kostbare Weise, verwaltet werden könnten. Sie müßten hieraus den Schluß ziehen, daß ein eingeschränkter Freyhafen, oder die freye Durchfuhr mit dem gegenwärtigen Zustande der Einkünfte der Admiralitäten nicht zur Uebereinstimmung gebracht werden könnte; wenn gleich die genaue Vollstreckung der Geseze gegen die Unterschleife, und die gleiche Hebung der Wasserzölle, nebst der Zunahme des Handels, welchen man sich von dem neuen Entwurfe versprache, die Einkünfte der Admiralität beträchtlich vermehren: weil man diese Vermehrung, erst nach Verlaufe verschiedener Jahre, merken würde. Sie wären daher der Meynung, daß man den neuen Entwurf nicht annehmen könnte, es sey denn, daß man ihnen eine Anweisung gäbe, woher sie dasjenige nehmen sollten, was sie, wenigstens in den ersten Jahren, durch die Ausführung des Entwurfs verlieren würden; welches, ihrem Ermeßsen nach, die Collegien jährlich, auf ihren Eid, anzeigen müßten. Sie glaubeten auch, daß man den Entwurf nur auf fünf Jahre vorläufig einführen müßte, und thaten hernach einen Vorschlag, nach welchem man den Versuch damit würde machen können. Sie wären mit den Verfassern der Abhandlung auch darin einig, daß die gleiche Hebung und genaue Vollstreckung der Verordnungen hiezu nothwendig erfordert würde. Aber dieses hätte man, schon länger als hundert Jahre, zu bewirken gesucht, und es noch nicht dahin bringen können. Sie befürchteten demnach, daß man hierin eben so wenig glücklich seyn würde. Insonderheit fürchteten sie, daß man den Admiralitäten die nöthige Gewalt nicht lassen würde. Die gleiche Hebung aber und die genaue Verhütung der Unterschleife könnten nicht bewerkstelliget werden, ohne daß diese Collegien bey ihrem Ansehen erhalten würden. Andere Mittel hätten sie durch den Entwurf einer Verordnung, welchen sie hier befüg-

ten,

ten, vorgeschlagen. Es wären aber, unter andern, zwey Mittel, welche man nicht aus der Acht lassen müßte: das erste, daß man die Pässe bey den einkommenden Waaren liesse, bis sie an dem rechten Orte, wohin sie bestimmt wären, angekommen seyn würden; welches künftig in allen Provinzen beobachtet werden müßte: das andere betraf das Getreide, und bestund bloß hierin, daß der Einsammler oder Pächter des runden Maasses verbunden werden müßte, wöchentlich anzuzeigen, wie vieles gemessen und bey ihm abgegeben wäre; nach welcher Angabe die Kaufleute den Zoll zu entrichten haben würden. Ferner meyneten sie, daß jedes Collegium auch einige tüchtige Fahrzeuge in die Seemündungen legen müßte, um die allgemeine Angabe der einkommenden Schiffe aufzuzeichnen. Man müßte auch genaue Register über dasjenige, was bey jeder Admiralität angegeben würde, halten und aus denselben ein Hauptregister nach dem A. B. C. verfertigen: woraus, in einem Augenblicke, der Zustand eines jeden Handelszweiges ersehen werden könnte. Bey der Westindischen Gesellschaft wäre, seit einiger Zeit, eine böse Gewohnheit eingeföhret, die darin bestünde, daß sie die Kaufleute aufmunterte, ihr lieber Recognitionen, als dem Lande Zölle zu bezahlen, wodurch die Kaufleute ein Großes gewannen: weswegen diese Gewohnheit vornemlich gehemmet werden müßte.“ Außer dem Entwurfe einer allgemeinen Verordnung, welche diesen Anmerkungen beygefüget war, hatte man denselben auch einen Entwurf einer neuen Zollrolle, und einer Verordnung wegen des Transits oder der Durchfuhr angehängt. In diesen Entwürfen ward vornemlich auf die Bestimmung eines gleichen Fußes bey der Einfuhr der Waaren zur See, auf den Flüssen und zu Lande, und die Festsetzung des Lohns der Zollbedienten Veracht genommen. Von dem Rechte der Durchfuhr waren allein die Waaren ausgeschlossen, deren Ein- oder Ausfuhr schlechterdings verboten war; und von diesen hatte man noch die gefärbeten Zeuge und das geschlachtete Fleisch ausgenommen. In dem Entwurfe der Zollrolle hatte man sich nach den in der Schrift von dem Handel angenommenen allgemeinen Grundsätzen gerichtet, und die meisten Waaren, bey der Ausfuhr, zollfrey erklärt. Zum Beschlusse hat man, daß, in der Verathschlagung über dieses alles, nicht allein der Vortheil des Handels in sich selbst betrachtet, in Erwägung gezogen, sondern auch für die Ueberbleibsel der ehemals so ansehnlichen Seemacht des Staats, und für den Vortheil so vieler Einwohner, die an den Admiralitätsschulden Antheil hätten, gesorget werden mögte.“

Man erkannte aus diesen Anmerkungen, daß die Admiralitätscollegien in Holland nicht ungenügend waren, den Entwurf, wenigstens auf einige Zeit und unter gewissen Bedingungen, bewerkstelligen zu lassen. Aber die Admiralität in Seeland sahe die Sache, vorerst, noch von einer ganz andern Seite an. Man meynete hier, daß in dem Entwurfe, wobey, sagte man, keine Seeländischen Kaufleute zu Rathe gezogen worden, auch keine genugsame Sorge für die Waaren und den Handel von Seeland getragen wäre, für welche man also eine größere Sorgfalt in den Anmerkungen zeigen wollte, welche von der Admiralität von Seeland, in kurzem, den General-Staaten vorgeleget wurden. Man gab, in diesen Anmerkungen, voraus, zu bedenken, „ob der Entwurf wohl unparteyisch genug gemacht wäre.“ Man setzte, eben so als die Collegien in Holland voraus, „daß die Einkünfte der Admiralitäten, durch die Bewerkstelligung dieses Entwurfs, beträchtlich vermindert werden würden, und man behauptete, daß man dieselben, zu besserer Unterhaltung einer guten Seemacht, lieber vermehren müßte. Das Collegium in Seeland käme insonderheit, bey seiner jährlichen Haushaltung, sehr zu kurz, und wäre niemals von

1751.

„den andern Collegien unterstützt worden: welches doch zufolge der Vorschrift für die Admiralität vom Jahre 1597 hätte geschehen sollen.“ Ferner hielte man dafür, „daß die gleiche Hebung und die genaueste Verwehrung der Unterschleife nicht vermögend seyn würde, die Hälfte der Einkünfte, welche die Admiralität gegenwärtig befaß, zu liefern. Wollte man das Lastgeld so sehr erhöhen, als man, zu Ersetzung dieses Verlustes würde thun müssen, so würde die Schifffahrt stark abnehmen, und folglich auch dieses dem Handel nachtheilig seyn. Es wäre auch, merkte man an, nicht genug, die Einwohner, durch die Entledigung von Auflagen, reich zu machen, und die Landeseinkünfte unterdessen zu vermindern. Es schiene auch zu hart, daß man die Fremden, zufolge dem Entwurfe, in einigen Fällen, von Auflagen entledigen, und die Einwohner, die schon genug durch die Accise beschweret wären, belästiget lassen wollte. Nach dem Entwurfe sollte der Zustand des Handels aus den Registern der Admiralität zu entdecken seyn. In Seeland fiel dieses nicht schwer, und es wären daselbst vom Jahre 1700 bis zu 1725 an Wasserzöllen 791747 Pfund 17 Schill. 8. Grooten Flämisch, und von da an bis zum Jahre 1750, 631297 Pfund 8 Schill. 54 Grooten eingekommen.“ Nach diesen vorläufigen Anmerkungen schritt man zur Untersuchung der Schrift von dem Handel. Man räumte ein, „daß ein eingeschränkter Freyhafen, abgesondert betrachtet, dem Handel überhaupt vortheilhaft zu seyn schiene, aber, wenn man ihn in den gegenwärtigen Umständen ansähe, worin alle Reiche und Staaten sich in die Wette auf den Handel legten, zweifelte man sehr, ob davon mit Grunde einiger Vortheil zu hoffen wäre. In einigen Ländern wäre ich eine starke Schifffahrt, wo man vormals nur wenige Schiffe zu haben pflegte. Ein jeder ertheilte der Schifffahrt seines eigenen Volkes Vorrechte; woraus zu besorgen wäre, daß wenige Fremde ihre Waaren mit unsern Schiffen, die deswegen nicht so wohlfeil als die andern fahren könnten, durch diese Lande führen lassen, und, wenn sie gleich zollfrey wären, die Kosten der Ueberfahrt bezahlen würden. Hierzu käme noch, daß der Staat einen großen Theil seiner Einkünfte, durch Anlegung eines Freyhafens verlieren müßte; daß die Mißgunst der fremden Mächte, die Vortheile, die man sich davon verspräche, zu vereiteln suchen, und daß der Handel, der seinen Lauf einmal diese Lande vorbeys genommen hätte, sich nicht so leicht in dieselben zurückbringen lassen würde; indem die im Jahre 1725 eingeführte Verminderung der Zölle die dadurch gesuchte vortheilhafte Wirkung nicht gehabt hätte. Der Verfall des Handels müßte, wie man dafür hielte, nicht so sehr den Auflagen, als dem Mangel geschickter Kaufleute, wenigstens in Seeland, wo man sich durch die Holländer oft einen Vortheil ablaufen ließe, zugeschrieben werden. Dieser Verfall rührte ferner auch davon her, daß die hiesigen Einwohner an ausländischen Gesellschaften Theil nähmen; daß sie den Handel nicht für eigene, sondern fremde Rechnung trieben, und daß unsere Waaren und Zeuge außer Landes mit großen Auflagen beschweret würden; welche Ursachen alle, durch Anlegung eines eingeschränkten Freyhafens, nicht zu heben wären. Man schlug, um die Unterschleife zu verwehren, scharfe Strafen vor, welche man genau vollstreckt wissen wollte: aber die Erfahrung hätte so wohl uns, als unsere Nachbarn, Frankreich und England, vorläufigst gelehret, daß solches so gut als unmöglich wäre. Die in dem Entwurfe vorgeschlagene Zurückgabe des Zolls oder die Durchfuhr würde dem Unterschleife eine neue Thüre öffnen, welcher ohnedem von vielen Kaufleuten nicht für eine Mißthat, sondern für einen feinen Streich gehalten würde. Man verlangte ferner in dem Entwurfe,

„wurde, daß, zu Verwehrung des Unterschleifs, mehr Raum zu Durchsuchung der Waaren gegeben würde: aber dies wäre, wie das Collegium in Seeland glaubete, beschwerlich, und könnte nicht ohne große Kosten geschehen. Keinen größern Nutzen könnte man sich davon versprechen, daß es jedem freigestellt würde, begangene Unterschleife anzugeben; weil solches, schon im Jahre 1725, verstatet worden wäre, ohne daß man den gehofften Nutzen davon gespürt hätte. Daß die Zölle von ein- und ausgehenden Waaren künftig als Generalitätseinkünfte behandelt würden, hielte man für sehr nützlich: aber die Admiralitätscollegien könnten dieses nicht bewirken, sondern müßten es der hohen Obrigkeit überlassen.“ Hernach ward untersucht, ob die Ausführung des Entwurfs nicht mehr Nachtheil als Vortheil bringen würde. Und man hielte dafür, „daß es gefährlich wäre, etwas gewisses zu verlieren, ehe die Nutzbarkeit des Entwurfs sonnenklar erhelle; worüber die Kaufleute selbst noch nicht einig waren. Daß viele Ost- und Westindische Waaren, durch diesen Entwurf, gegen die beständige Gewohnheit des Staats, frey einzuführen verstatet würde; welches den zwey Gesellschaften nothwendig nachtheilig seyn müßte: weil zu befürchten wäre, daß die fremden Gesellschaften unser Land mit Indianischen Waaren anfüllen, und die Kaufleute in den Oesterreichischen Niederlanden die fremden Indianischen Waaren den unsrigen vorziehen würden, wenn sie dieselben wohlfeiler bekommen könnten. Daß auch die freyere Einfuhr fremder gewebten Zeuge den einländischen Webereyen großen Schaden verursachen würde. Daß in den wenigen Freyhäfen, die hie und da gefunden würden, der Handel nicht mehr als an andern Orten blühet. Es hätten auch die Könige von Frankreich und Preußen, allein Freyhäfen, außer ihrem Reiche, errichtet; der erstere zu Dünkirchen, der andere unlängst zu Embden. In Frankreich und zu Königsberg würden Zölle von den einkommenden Waaren gefordert. Daß ferner, Seelands Vortheil insonderheit, in dem Entwurfe gänzlich vernachlässigt wäre. Das Getreide, ein Seeländisches Gewächs, würde, wenn es von außen käme, ungefähr von der halben Auflage entlediget; welches den Seeländischen Landleuten zu großem Nachtheile, und Holland, wo man vieles Getreide aus der Ostsee bekäme, zum Vortheile gereichte. Die Durchfuhr vieler Waaren würde Seeland auch beträchtlichen Schaden zuziehen. Dasjenige, was 180 durch Seeland nach Brabant und Flandern gebracht würde, würde alsdann allein durch Holland dahin geführt werden. Man könnte auch nicht begreifen, warum verschiedene Gewächse und Manufacturen der Oesterreichischen Niederlande, bey der Einfuhr, so wenig beschweret, oder ganz freygelassen würden. Eben so wäre auch, in der entworfenen Zollrolle, das grobe Salz und Berg- und Steinsalz frey einzuführen erlaubt: welches, und insonderheit, wenn man es auch frey durchführen ließe, dem Salzgewerbe in Seeland höchst nachtheilig seyn müßte. Die Ostindische Gesellschaft würde auch nicht schuldig seyn, sich an den auf zwölf Jahre von neuem geschlossenen Vertrag, wegen Loskaufung der Ein- und Ausfuhrzölle, zu binden, wenn man einen ihrem Handel so nachtheiligen Entwurf zur Wirklichkeit brächte; und dasjenige, was sie weniger würde bezahlen wollen, würde unmöglich durch Anlegung eines Lastgeldes auf die Schiffe ersetzt werden können. Das Collegium zu Amsterdam würde auch aufhören, dem in Seeland die jährlichen funfzigtausend Gulden zu bezahlen; welche, im Jahre 1687, bey der Gelegenheit, da das Getreide bey der Ausfuhr frey gelassen, und bey der Einfuhr beträchtlich höher beschweret worden, versprochen wären. Der halbe Zoll, welchen Seeland von allem, das durch

1751.

und schlägt  
andere Mittel  
zu Wiederherstellung  
des Handels  
vor ;

und darunter  
auch einen  
eingeschränkten  
Freihandels-  
Vertrag ge-  
wünscht.  
wollen Bedin-  
gungen.

„die Seeländischen Gewässer von oder nach Holland geführt würde, empfinde, und wel-  
 „cher so lange ein Zankapfel zwischen den zwei Landschaften gewesen wäre, würde alsdann  
 „auch fast in nichts verwandelt werden. Kurz, das so großen Schaden leidende Collegium  
 „in Seeland würde kaum im Stande seyn, die Besoldungen, die jährlich auf zehntausend  
 „einhundert Pfund gerechnet wurden, zu bezahlen. Aber wenn der Handel blühen sollte;  
 „so müßte man ihn mit starker Hand beschützen; und wie könnte solches ohne genugsame  
 „Einkünfte geschehen? Die in dem Entwurfe vorgeschlagene Durchfuhr hätte auch ihre  
 „Schwierigkeiten. Sie wäre für Seeland insonderheit sehr nachtheilig; gleichwie schon  
 „zuvor berührt wäre, da dessen Handel mit durchgeführten Waaren auf Brabant und  
 „Lüttich sich ganz nach Holland ziehen würde. Sie würde viele Gelegenheit zum Un-  
 „terschleife geben. Alle Waaren, freye und unfreye, würden mit der Zeit für durchge-  
 „führte ausgegeben werden. Die Untersuchung dieser Waaren, die nicht allein am Borde  
 „des Schiffes geschehen sollte, würde eine neue Last, ohne Nutzen für die Admiralitäten,  
 „seyn. Die Vortheile, welche man sich von dem Entwurfe versprache, bestünden, wie  
 „man es in Seeland einfähe, meistens in der Einbildung. Man wollte den Handel,  
 „durch Verminderung der Auflagen, wieder herstellen; ob man gleich eingestünde, daß  
 „derselbe vor dem Jahre 1725, als die Auflagen am schweresten gewesen, am meisten ge-  
 „blühet hätte. Die Nachbarn, die sich, von Zeit zu Zeit, stärker auf den Handel gelegt  
 „hätten, würden ihre Grundsätze nicht ändern. Ostende, Dünkirchen und Hamburg  
 „lägen so vortheilhaft zum Handel, als wir; und zu dem Schiffsbau wären andere Ver-  
 „ter gelegener; indem man hier alles, was dazu nöthig wäre, aus fremden Ländern ho-  
 „len müßte. Man sände auch Völker, die weniger Mannschaft auf ihren Schiffen  
 „brauchten, als wir, und eben die Sparsamkeit bey der Schifffahrt beobachteten.“ Nach-  
 „dem die Admiralität von Seeland nachher zu zeigen gesucht hatte, „daß die, in der Schrift  
 „von dem Handel selbst, gegen einen Freyhafen angeführten Zweifel nicht gehörig beant-  
 „wortet wären; so ward alles mit dem Vorschlage einiger andern Mittel, welche man zu  
 „Wiederherstellung des Handels gebrauchen könnte, beschlossen.“ Man führete, zum  
 „voraus, zwei allgemeine Ursachen von dem Verfall des hiesigen Handels an, nämlich,  
 „daß alle Völker in Europa einen weitläufigen Handel trieben, und daß die Waaren  
 „nicht mehr durch diese Lande, wie vormals, geführt würden.“ Die erste Ursache war  
 „unmöglich zu heben. Um aber die andere aufzuheben, schlug man vor, „eine ge-  
 „wisse Verordnung und Zollrolle, die im Jahre 1745 fast einmüthig entworfen waren,  
 „und worin man die Verträge mit auswärtigen Mächten, und besonders den mit Frank-  
 „reich 1739 geschlossenen Handelsvertrag, sorgfältig in Acht genommen hätte, einzuführen.  
 „Die Uebertreter dieser Verordnung müßten um Geld gestraft werden; weil solches am be-  
 „sten mit der Verfassung unsers gemeinen Wesens übereinstäme, und überdem, wenn man  
 „keine allgemeine freye Durchfuhr verstatte, viele Unterschleife von selbst wegfallen würden.  
 „Diese Zollrolle würde auch auf viele Manufacturen und Gewerbe einen nützlichen Einfluß  
 „haben. Weil aber viele einen eingeschränkten Freyhafen zu verlangen schienen; so könnte  
 „man auch in Seeland darein willigen, jedoch unter folgenden Bedingungen: 1. daß den  
 „Admiralitäten eine Vergütung für die Verminderung ihrer Einkünfte geschähe; 2. daß  
 „die Ost- und Westindischen Gesellschaften dieser Lande durch den neuen Entwurf keinen  
 „Schaden litten; 3. daß der Handel mit den Gewächsen dieser Lande befördert, und 4. auch  
 „die freye Durchfuhr so eingeschränkt würde, daß Seeland davon keinen Nachtheil hätte;  
 „5. daß



„5. daß jeder Artikel der entworfenen Zollrolle untersucht, und wenn es nöthig wäre, verändert würde; 6. daß der Schottische Stapel zu Veere ohne Schaden bliebe; 7. daß allen Admiraltätscollegien ihr Gehalt eben so richtig von den Provinzen bezahlt, und 8. daß die weiße Leinwand nicht ganz frey gelassen würde.“ Hier wurden noch einige Vorschläge beygefügt, die man zu Wiederherstellung so wohl der Manufacturen als des Handels dienlich achtete. Man sollte, „1. solche Waaren, die man zu den Manufacturen nöthig hätte, bey der Einfuhr frey lassen, und die Ausfuhr verbieten, oder, wie in England geschehe, mit starken Abgaben beschweren; 2. die Handwerksleute anlocken und hier behalten; 3. die Theilnehmung an fremden Handelsgesellschaften scharf verbieten; 4. die Zölle von einigen Waaren, die durch Seeland nach Brabant und Flandern geführt würden, etwas vermindern; 5. die zum Fischefange ausgerüsteten Schiffe von dem Last- und Segelgelde entledigen; 6. die Anlegung des Geldes außerhalb Landes verhindern; 7. denen, die hier Schiffe bauen ließen, einige Vorrechte bewilligen, und 8. bewirken, daß die, den Verträgen zuwider, auf den Handel dieser Lande gelegte Abgaben aufgehoben würden.“ Zum Beschlusse ward der Wunsch angehängt, „daß die Stände von Seeland, nach reifer Erwägung alles des vorgestellten, einen solchen Schluß fassen mögen, der zum Wohlstande des Handels überhaupt und des Seeländischen ins besondere, ersprießlich befunden würde.“

Wir haben den Inhalt der von dem Prinzen den Staaten angepriesenen Schrift von dem Handel, nebst demjenigen, was von den Admiraltätscollegien in Holland und Seeland darüber angemerkt worden ist, etwas ausführlicher vorgetragen, damit man, durch Vergleichung des einen mit dem andern, sehen möge, wie wenig es zu verwundern sey, daß die Provinzen nicht so bald einen Schluß auf den wichtigen Vorschlag des Prinzen zu Wiederherstellung des versunkenen Handels gefaßt haben. Aber hiezu trug auch nicht wenig der Tod desjenigen bey, der den neuen Entwurf am meisten befördert hatte, des Prinzen Erbstatthalters selbst. Er war schon lange zuvor, ehe die Admiraltätscollegien sich über seinen Vorschlag erklärten, aus der Welt geschieden; und mit der Erzählung seines Absterbens werden wir unsere Geschichte der Vereinigten Niederlande beschließen.

Der Prinz war, seit einem unglücklichen Falle in seiner Kindheit, wodurch der Rückgrad sich nach der rechten Seite eingebogen hatte, und unter den obersten Theil des Schlüsselbeins niederwärts gewichen war, gebrechlich von Leibesgestalt geworden, und daher mit einer Engrüstigkeit behaftet gewesen, welche zunahm, als er, mit den Jahren, starkleibiger geworden war. Im Jahre 1748 hatte er eine schwere Krankheit ausgestanden, und davon eine beständige Schwachheit behalten, die in dem Sommer dieses Jahres mehr zu als abnahm; weswegen ihm der Gebrauch des Brunnens zu Aachen angerathen ward. Er begab sich auch, am 2ten des Herbstmonats, nur sieben Tage nachdem er den Vorschlag zur Wiederherstellung des Handels gethan hatte, dahin auf die Reise. Er blieb, ungefähr vier Wochen zu Aachen, und bedienete sich des Brunnens, wovon er jedoch wenigen Nutzen verspürte. Nachdem er nach dem Haag und dem Hause in dem Haagischen Walde, Oranienstiaal genannt, zurückgekommen war, fing er an über Schmerzen in dem Genicke und um die Luftröhre zu klagen. Er hielt sich daher etwas länger, als gewöhnlich, zu Bette; und wenn er etwas geschwizet hatte, verlohren sich die Schmerzen gemeinlich, so, daß er immer, nach Mittage, ausging. Aber eine Woche nach seiner Zurückkunft, bekam er ein leichtes Fieber, welches mehr oder weniger anhaltend ward. Der Puls

XVIII.  
Der Prinz  
wird krank.

Er gebraucht  
den Brunnen  
zu Aachen.  
Er kömmt  
von dort zu-  
rück.

Die Krank-  
heit nimmt  
ging zu.

1751.

ging schnell, war aber zugleich matt und schwach. Hiezu kam bald eine Zerstreuung der Sinnen und Schlassucht; Zufälle, denen der Prinz bey der geringsten Krankheit unterworfen war. Der Schlaf aber dauerte nur einige Minuten. Die Erhigung zeigte sich in kurzem, in dem Schlunde und am Gaumen. Die Zufälle nahmen, wie gewöhnlich, wechselseitig ab und zu. Am Mittwoch den 20sten des Weinmonats schien es sich mit ihm zur Besserung anzulassen. Ein Schweiß, ein stärkerer Puls und die verminderte Zerstreuung der Sinnen gaben einige Hoffnung zur Genesung. Aber in der folgenden Nacht ward es schlimmer. Die Zerstreuung der Sinnen und die Schlassucht nahmen zu, die Kräfte hingegen ab; und am Freytag, den 22sten des Weinmonats, zwischen zwey und drey Uhr des Morgens, verschied der Prinz in den Armen des Barons von Grovesins, seines Oberstallmeisters, in einem Alter von vierzig Jahren und zwey und sunßig Tagen.

Der Prinz  
stirbt.

XIX.

Die Staaten  
nehmen der  
verwitweten  
Prinzessin,  
als Gouver-  
nantinn und  
Vormünde-  
rinn des jun-  
gen Prinzen,  
den Eid ab.

Die Stände von Holland, die zu dieser Zeit versammelt waren, beschloßen also bald, zufolge den im Jahre 1747 wegen der Erbfolge in der Statthaltertschaft gemachten Verfügungen, zwanzig Abgeordneten aus ihrer Versammlung, einen aus jedem Gliede der Provinz, nebst dem Rathspensionär Stein, zu ernennen, um der verwitweten Prinzessin Anna ihr Beyleid abzustatten, und ihr den Eid, als Gouvernantinn und Vormünderinn des minderjährigen Herrn, Wilhelms des Fünften, Prinzen von Oranien und Nassau, Erbstatthalters von Holland abzunehmen: welches, noch denselben Nachmittag, geschahen, ohne daß man nöthig fand, darüber vorher von den Städten den Befehl einzuholen. Die General-Staaten schickten, ungefähr zwey Stunden hernach, gleichfalls Abgeordneten an die Prinzessin, als Gouvernantinn und Vormünderinn, und ließen ihr, wegen der erblichen General-Capitains- und Admiralswürde, und wegen der Erbstatthaltertschaft über die Generalitätslande, den Eid abnehmen. Die andern Provinzen und das Land Drente thaten ein gleiches, so bald sie von dem Absterben des Prinzen Nachricht bekommen hatten; und die Regierung kam, in kurzem, in den Zustand, wie es in den wegen der Erbstatthaltertschaft gemachten Verordnungen festgesetzt war. Unterdessen hatten die bevollmächtigten Räte von Holland Befehle zu Läutung der Glocken und der Trauer in dem Haag gegeben. Die Stände schrieben auch an die Bürgermeister der Städte, daß sie die Glocken acht Tage nach einander, und drey Tage vor und an dem Begräbnistage läuten lassen sollten: welches allenthalben geschah.

XX.

Die Leiche  
wird auf  
einem Pracht-  
bette zur  
Schau ge-  
stellt,

Nachdem die Leiche des Prinzen geöffnet und balsamirt worden war, ward sie, in der Nacht zwischen dem 1sten und 2ten des Wintermonats, in einer Leichenkutsche, in Begleitung zweyer andern Kutschen, von Oraniensaal nach dem statthalterlichen Quartiere in dem Haag gebracht. Hier ward sie, auf einem Prachtbette, vom 25ten des Wintermonats bis zum 8ten des Christmonats zur Schau gestellt, und von sehr vielen Leuten, großen und kleinen, Tag für Tag besesehen. Die Leiche war mit einem langen Schlafrocke von silbernem Mohre bekleidet. Der Ritterorden vom Hofenbande, der Degen und Befehlshaberstab, der Helm, die fürstliche Krone und Mantel lagen neben dem Prachtbette. Ferner war der Leichensaal mit Sinnbildern und Aufschriften gezieret, die auf das Absterben des Prinzen, und den darüber empfundenen Schmerz anspielten. Nachdem die General-Staaten, am 24ten des Christmonats, auf den Vorschlag von Geldern a) beschloßen hatten, die Leiche, auf gemeine Kosten der vereinigten Landschaften, zur Erde bestatten zu lassen;

.n) Resol. Holl. 22 Oct. 1751. ante et post prandium, bl. 998, 999, 1000, 1001.

o) Resol. Holl. 9 Dec. 1751. bl. 1096.

lassen; so ward dieselbe am 10ten Jenner des folgenden Jahres in eine von dauerhaftem Zeuge gegossene Kiste (\*) gelegt, und das Herz und die Eingeweide wurden auch in zwei kleinen Kisten verwahrt. Der 4te des Hornungs ward zum Tage des Begräbnisses bestimmt; wozu jedoch die fremden Botschafter, die damals in dem Haag waren, zu Verhütung des Rangstreits, nicht eingeladen wurden. Nach dem Markgrafen von Baden-Durlach und dem Prinzen von Braunschweig - Wolfenbüttel, welche als Anverwandten der Leiche unmittelbar folgten, begleiteten dieselbe die General - Staaten, die Stände von Holland und die zweien Gerichtshöfe. Der Staaterath, welcher dafür hielt, daß er unmittelbar nach den General - Staaten folgen mußte, wohnte dem Leichenbegängnisse nicht bey p). Die acht Pferde der Leichenkutsche wurden von sechs Majoren und zweien Obristlieutenants geführt, die vier Zipfel des Leichentuchs von vier hohen Land- und Seeofficieren gehalten, die Leiche von General - Majoren und Contreadmiralen, und der Himmel von Obersten getragen. Der Rath und die Prediger in dem Haag nahmen ihren Platz hinter dem Hofe von Holland; als man die Leiche aus dem Haag führte; und der Rath und die Prediger zu Delft traten an die Stelle derselben, als die Leiche zu Delft nach der Grabstätte gebracht ward. Vor neun Uhr des Morgens ward die Leiche aus dem Hofe in die Leichenkutsche getragen, und darauf aus dem Haag nach Delft geführt: wo der Zug um drey Uhr nach Mittage ankam. Die Leiche ward hier in einer neuen Gruft, nordwärts von dem gewöhnlichen Begräbnisse der Fürsten aus dem Hause Oranien, in der neuen Kirche beigesetzt. An und nach dem Begräbnistage wurden in den hohen Schulen dieser Lande, und in vielen Kirchen der reformirten und andern Religionen, Leichenreden zum Gedächtnisse des Prinzen gehalten. Die Kosten dieses fürstlichen Begräbnisses wurden auf acht und sechzigtausend Gulden berechnet q).

Ein solches Ende hatte Wilhelm der Vierte, Prinz von Oranien und Nassau, Erbstatthalter und General - Capitain und Admiral der Vereinigten Niederlande, im fünften Jahre seiner allgemeinen Regierung in diesem Staate. Er war, damit wir auch etwas von seinen äußerlichen und innerlichen Eigenschaften anmerken, von Ansehen freundlich, und besaß dabey ein so erhabenes Wesen, welches ihm Ehrfurcht erwarb. Er hatte große blaue, durchdringende und lebhafte Augen. Er trug braune lange Haare. In seiner Jugend hatte er sich auf die Kenntniß der Sprachen und andere nützliche Wissenschaften mit vielem Fleiße gelegt. Das Lateinische, Französische, Englische und Deutsche sprach er ganz fertig. Er war auch in der Mathematik nicht unerfahren. In der Geschichtskunde, der Wissenschaft der Fürsten, und besonders in den Geschichten seines Vaterlandes, hatte er sich frühzeitig geübet; und man sagt, daß er sowohl die Fehler als die Tugenden seiner Vorfahren betrachtet habe, damit er die ersteren vermeiden, und die anderen nachahmen lernen mögte. Leuten, die sich in diesem oder jenem Theile der Gelehrsamkeit hervorgethan hatten, begegnete er allezeit mit Achtung, und befragte sie um dasjenige, was ihm wissenschaftlich schien. Er besaß ein ungemein starkes Gedächtniß; und man hat öfters angedemerket, daß er die bey verschiedenen Gelegenheiten an ihn gehaltene Reden fertig, in guter Ordnung, und von Punkte zu Punkte, beantwortet habe; welches er auch, nach Be-

1751.

und feierlich zu Delft begraben.

XXI.

Abbildung des Prinzen nach seinen Eigenschaften.

p) Resol. Holl. 14, 22, 27 Jan. 2, 12 Febr. 1752. bl. 33, 62, 73, 99, 166.

q) Resol. Holl. 21 April, 1752. bl. 642.

(\*) So unbestimmt beschreibt der Verfasser den Sarg. Vermuthlich wird der dauerhafteste Zeug, wovon er gegossen war, Zinn oder Blei gewesen seyn.

1751.

schaffenheit der Umstände, mit einer Freundlichkeit und Leutseligkeit, welche die Herzen einnahm, zu thun mußte. Von der Neigung zum Kriege, die bey verschiedenen seiner Vorfahren ausnehmend groß, und nicht allezeit gleich heilsam für den Staat war, schien er wenig eingenommen zu seyn. Er hat auch keine Gelegenheit gehabt, nach seiner Erhebung zur allgemeinen Stathalterschaft, im Jahre 1747, einer Schlacht oder Belagerung beizuwohnen, indem die vorläufigen Friedensartikel, fast in dem Augenblicke seiner Abreise zur Armee, unterzeichnet wurden. Obgleich seine Gewalt in dem vereinigten Staate höher, als irgend eines seiner Vorfahren gestiegen war; so würde er sie doch, wie man glaubt, haben vergrößern können, wenn er es verlangt hätte. Ueberhaupt war er geneigter, gelinde als scharfe Mittel zu Erreichung seiner Absichten zu gebrauchen. Er war etwas heftig und jähzornig; aber die Hitze ging gleich vorüber, und er suchte diejenigen, welche die Wirkungen davon empfunden hatten, zuweilen durch Höflichkeit und Wohlthaten, von neuem zu gewinnen. Er bewies einen großen Eifer für die reformirte Religion, der jedoch, nach den Staatsgrundsätzen dieses gemeinen Wesens, worin viele verschiedene Glaubensparteyen geduldet werden, gemäßigt war; und er hat selbst dann und wann Remonstranten und Wiedertäufer zu ansehnlichen Verdienungen befördert, wenn die Landesgesetze das Bekenntniß der reformirten Lehre nicht erforderten. In einer prächtigen Hofhaltung hat er keinem der Fürsten des Hauses Oranien etwas nachgegeben. Er war auch mitleidig und mildthätig, und theilte reichlicher aus, nach Verhältniß, als sich seine Einkünfte vermehrten. Weil er ein großes Verlangen hatte, dasjenige, was ihm in dem Staate mangelhaft schien, zu verbessern; so gab er, wie man glaubt, einigen zuweilen zu leicht Gehör, die ihm deswegen Vorschläge thaten, welche öfters geschickter waren, den Vortheil besonderer Personen, als das gemeine Wohlfeyn zu befördern. Er verabscheute ferner eine zügellose Freyheit der Sitten; ob er gleich in Gesellschaft die Frölichkeit liebte, und jeden zu Ablegung des Zwanges aufzumuntern pflegte. Die königliche Prinzessin, seine Gemahlinn, hat einen treuen und sie sehr liebenden Gemahl, der junge Wilhelm, sein Nachfolger, und die Prinzessin Carolina einen zärtlichen Vater an ihm verlohren. Wie er endlich seine Pflicht, in den wenigen unruhigen Jahren seiner statthalterlichen Regierung über alle vereinigte Landschaften, erfüllet habe, hat man aus den vorigen Büchern dieser Geschichte genugsam ersehen, und ist nicht nöthig, hier umständlich wiederholen zu werden. Der gefährliche Krieg, worin er den Staat verwickelt fand, die innerlichen Unruhen, Verwirrungen und Veränderungen, welche zunahmen, so bald die kriegsführenden Mächte die Waffen niedergelegt hatten, haben ihm eine unglaubliche Arbeit verursacht, welche einem Fürsten beschwerlicher fallen mußte, der versichert hatte, daß er nichts wüßte, welches der Ehrbegierde eines Sterblichen mehr schmeicheln könnte, als sich für den Gegenstand der Liebe und Hochachtung eines freyen Volkes halten zu dürfen; und der deswegen, mitten unter allen Unruhen des Staats, diese Hochachtung und Liebe zu erwerben und zu behalten suchte. Die Vorschläge, die zu diesem Ende, entworfen, gethan und eifrig empfohlen werden mußten, unter welchen der letzte, der die Verbesserung des Handels zur Absicht hatte, als der wichtigste angesehen ward, überhäuften den Prinzen, bey den gewöhnlichen Obliegenheiten der Regierung, mit sehr mühsamen Geschäften, die für die geschwächten Kräfte seines Körpers zu schwer schienen, und unter deren Last er endlich untergelegen hat.



# Register

## der vornehmsten Personen und Sachen.

21.

**Machen**, wird erwählt, die Friedensunterhandlung fortzusetzen, S. 404. Anfang der Friedensunterhandlungen, 426. Bevollmächtigten, ebendaf. f. Schwierigkeiten bey der Unterhandlung, 437. f. die vorläufigen Artikel werden unterzeichnet, 438. Inhalt derselben, 439. geheimer Artikel, 439. f. werden von der Kaiserinn Königin, dem Könige von Sardinien, dem Herzoge von Modena, Genua, und dem Könige von Spanien angenommen, 441. sonderbarer Umstand bey Abfassung der vorläufigen Artikel zu Erhaltung der Gleichheit zwischen Großbritannien und Frankreich, 441. f. f. Rang. Zustand der Friedensunterhandlung, 463. Abrede wegen des Rückzuges der Russen, 463. f. Schwierigkeiten bey dem französischen Friedensentwürfe, 464. der Friede wird unterzeichnet, 465. f. Friede. verschiedene darauf gefolgte Verträge, 519. ff.

**Akte van non prejuditie**. Zweifel wider deren Richtigkeit, 106

**Adel**, holländischer, f. Erbstatthalterschaft.

**Aemter und Posten**. Ursprung des Auftrubs in einigen Städten wegen derselben, 414. einige Bürger zu Rotterdam verlangen, daß alle Aemter der Stadt an die Meistbietenden verkauft werden, 415. f. heftige und drohende Bittschrift. Der Rath williget aus Zwang darein, 416. der Prinz erklärt diese Einwilligung für ungültig, 416. f. Mißvergnügen über die Erklärung des Prinzen, 417. Einige Bürger erklären, daß sie an der gemißbilligten Bittschrift keinen Antheil gehabt, 417. f. Bewegungen zu Harlem und Gouda, 418. in Amsterdam wird auch ein Entwurf einer Bittschrift gemacht, 418. f. Amsterdam. die Stände von Holland fassen VIII Theil.

einen Schluß wegen Abstellung der Mißbräuche bey Vergebung der Aemter, S. 421. der Prinz dringt auf die Abstellung der Beschwerden wegen der Aemter und Posten, 474. f.

**Afrika**, f. Schifffahrt.

**Algier**, Unterhandlung wegen eines Friedens mit dem Dey, 18. einige Vortheile der Holländer über sie, 19. Friede, und dessen vornehmste Artikel, 61. zwey ostindische Schiffe werden daselbst aufgebracht, 114. Erneuerung des Friedens, 153

**Amr**, für Papst Gregorium VII. neuangeordnetes, dessen Gebrauch wird von den Ständen von Holland den Römischkatholischen verboten, 139

**Amsterdam**, daselbst wird der Prinz von Oranien ohne Aufruhr zum Statthalter erklärt, 397. f. er kommt dahin, 400. die Posten werden daselbst der Stadt überlassen, 414. f. Posten. es wird ein Entwurf zu einer Bittschrift wegen Verkaufung der Aemter u. f. w. gemacht, 418. man laßt das Volk auf den Damm ein, 419. aufrührerischer Einfall in das Rathhaus. Die Bürger vertreiben die Auführer, 420. f. Aemter. Gewaltiger Aufruhr wider die Pächter, 453. Fürsorge des Raths. Anfang des Auftrubs auf dem Buttermarkte. Man schüßt scharf unter die Auführer, 454. die Häuser der Pächter werden gestürmt und geplündert, 454. f. die Bürger sehen dabey zu. Abscheuliche Ausschweifungen in den Häusern der Aufseher der Abgaben von den Weinen, 455. die Bürgerschaft stillt endlich den Aufruhr. Zween Rädelsführer werden ergriffen und gehängt, 456. unglücklicher Zufall auf dem Damme, 456. f. Es werden Bittschriften wegen Wiederherstellung einiger Rechte der Bürgerschaft ausgestreuet, S. 476. heftige Schmähchriften gegen einige Aaaa vornehm-

## Register

vornehme Beamten und die Regierung überhaupt. Heimliche Zusammenkünfte, 476. der Rath stellt dawider eine Untersuchung an, 476. f. eine aus drey Artikeln bestehende Bittschrift kommt heraus. Einnahme der Kloveniers-Doele, 477. was hier gehandelt worden, 477. f. man unterzeichnet die drey Artikel. Der Rath läßt bey der Bürgerschaft anfragen, ob sie etwas wider ihn habe, und mißbilligt die Einnahme der Doele, 478. einige Bürger rechtfertigen sich des wegen, 478. f. die Quartiere werden zusammen berufen. Die drey Artikel werden den Bürgermeistern, auch dem Prinzen gezeigt, 479. Reden, die auf der Doele gehalten werden, 479. f. die Bürgermeister und der Rath antworten auf die drey Artikel. Die Doelisten sind damit nicht zufrieden, 480. die Gilde der Schiffszimmerleute ergreift die Partey der Doelisten, 480. f. man bestehet auf einen Bürgerkriegsrath. Der Rath willigt in die drey Artikel. Die Bürgermeister geben auf diese ein uneingeschränktes Fiat, 481. die Doelisten verlangen, daß der Rath auch drein willige, 481. f. es geschieht. Die Bürgermeister und Rathsherren beschließen, ihre Aemter niederzulegen, 482. dem Prinzen wird aufgetragen, die Ruhe in Amsterdam wieder herzustellen, 482. die Quartiere erwählen Abgeordnete, 482. f. einige entwerfen und unterzeichnen Bittschriften um Erhaltung des gegenwärtigen Rathes. Die Doelisten hinterreiben die Unterzeichnung, 483. der Prinz kommt in die Stadt, 483. f. die Abgeordneten verlangen die Veränderung des Rathes. Unbescheidene Forderungen an die Bürgermeister, 484. die Kaufleute bekommen bey dem Prinzen Gehör, 484. f. der Prinz verändert die Bürgermeister und Rathsherren. Er erläßt viele Glieder des alten Rathes, 485. Unterhandlung wegen Veränderung des Kriegsraths, 485. ff. f. Kriegsrath. der Prinz reiset von Am-

sterdam ab, S. 488. Folgen der Veränderung, 488. f. Unruhen wegen des Eides der Weinhändler, 508. f. Weinhändler.

Anna, Großfürstin in Rußland, 248. f. wird mit ihrem Gemahl und Sohne gefangen gesetzt, und stirbt, 273

Anna, Prinzessin von Großbritannien, mit dem Prinzen von Oranien vermählt, 195. die Staaten nehmen ihr, nach dessen Absterben, als Gouvernantin und Vormünderin des jungen Prinzen, den Eid ab, 550

Anna Iwanowna, Czarinn in Rußland, 137. versichert den Kaiser, die vorigen Verträge zu halten, 138. Verordnung wegen der Thronfolge, 158. 248. stirbt, 248

Anton Ulrich, Prinz von Braunschweig, f. Rußland.

Appius, Matthias Sayko, Oberster. Vorfall mit demselben in der Schlacht bey Fontenoi, 362

Artikel, drey, oder Kaaps Bittschrift, f. Amsterdam. Doelisten. Raap.

Affientovertrag, wird aufgehoben, 519

Aufstand in Batavia, und Ermordung der Chineser daselbst, 250. f. 251 \*)

August der II, König in Polen, stirbt, 186

August III, König in Polen, f. Friedrich August, Kurfürst zu Sachsen.

### B.

Batavia, f. Aufstand.

Bayern, Kurfürst von, macht Anspruch auf die Oesterreichische Erbschaft, 95. 252. und woher, 95 \*). gründet sich, unter andern, auf einen Auszug aus dem Testamente Ferdinands I, welcher mit dem Original nicht übereinstimmt. Zwischen den Bbßen von Wien und München gewechselte Schriften, 254. f. Krieg wegen der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten. läßt sich, nach der Eroberung von Prag, zum Könige von Böhmen ausrufen, 267. wird, unter dem Namen Carls des VII, zum Kaiser erwählt, 274. vergleicht sich mit Kurpfalz



## der vornehmsten Personen und Sachen.

- Pfalz wegen der Reichsverweisung am Rhein, S. 274
- Belisle, Marschall von, wird nebst seinem Bruder in dem Kurbraunschweigischen Gebiete gefangen genommen, nach England geführt, in Freyheit gesetzt, 343
- Bergen op Zoom, von den Franzosen belagert, 406. Zustand und Fortgang der Belagerung, 407. die Stadt wird durch einen Ueberfall eingenommen, 408. geplündert, 409. f. Cronstrom. Unruhen unter dem Volke in den Städten auf die Nachricht von dieser Eroberung, 410. f. verschiedene Häuser der Römisch-katholischen werden geplündert, 411. f. auch Marquisat.
- Bestunden, wöchentliche, in Holland angeordnet. Verordnung wegen des Gebets für den Prinzen, 403
- Bewegungen, unruhige, bey Gelegenheit des Kronleichnamstages und Johannisstages, 197. ob sie die Erhebung des Prinzen von Oranien zur Absicht gehabt, 198
- in Holland, bey durch den strengen Winter verursachter Theuerung, 246
- unter und bey dem öffentlichen Gottesdienste, 520. ff. f. Unruhen.
- Beystand, der Königin von Ungarn von den Staaten zu leistender. Streitigkeiten deswegen in Holland, f. Stände von Holland. wird hier durch die meisten Stimmen beschlossen, 295. Holland schreibt an die andern Kantonschaften, 297. Gutachten der Stände von Utrecht, 298. der drey Quartiere von Gelberrn; als des von Nimegen, Zutphen, 299. und der Velau, 300. die General-Staaten beschließen durch die meisten Stimmen, ihr mit 20000 Mann beyzustehen, 300. Frankreichs Unwillen hierüber, 303. ernstliches Schreiben der Königin an die Staaten. Diese melden die Ursachen, warum sie Frankreich noch nicht den Krieg ankündigen können, 339. Unterhandlungen in Deutschland, 340. f. Bündniß von Warschau. am Russischen Hofe, S. 333. 353. 376. f. Bündniß zwischen den Höfen von Wien und Petersburg, 377. Vertrag zwischen Großbritannien und Rußland, 427. f. zwischen der Kaiserinn, Großbritannien und den Staaten, 435. f. der Staaten mit Braunschweig-Wolfenbüttel, 436
- Biron, Graf von, Herzog in Kurland. Zum Regenten in Rußland während der Minderjährigkeit erklärt, nach Sibirien geschickt, 248 von Vorsselle f. van der Zooghe.
- Bourbon, Ludewig Heinrich, Herzog von, Oberstaatsminister in Frankreich, 14. wird nach Chantilly verwiesen, 47.
- Breda f. Feldlager.
- Friedensunterhandlung daselbst zwischen Frankreich, Großbritannien und dem Staat zu halten beschlossen, 370 f. Anfang der Unterhandlungen, 379. die Engländer verlangen, daß die Bevollmächtigten der Höfe von Wien und Turin zu denselben zugelassen werden, 379 f. der hierüber entstandene Streit hält die Unterhandlung auf, 380. Spanien verlangt auch die Zulassung seines Bevollmächtigten, 380 f. er widerspricht allem, was in seiner Abwesenheit, in Ansehung Spaniens, beschlossen werden möchte. Die Engländer machen sich verdächtig, daß es ihnen mit dem Frieden kein Ernst sey, 381. die Franzosen suchen die Staaten zu einem besondern Vertrage zu bewegen, 381. f. Gefährlicher Zustand des Staats. Entwurf einiger Friedensartikel, 382. der Rathpensionär Gilles stattet den Staaten Bericht von der Unterhandlung ab, 395. die Unterhandlung wird abgebrochen, 404. f. Nachen.
- Bündniß, wider Algier und Marocco, von den Staaten vorgeschlagen, und Bedenklichkeiten dabey, 46.
- frankfurtisches wird geschlossen, 327. Mittel, die von der K. von Ungarn und ihren Bundesgenossen dagegen gebraucht werden, 328.

**Bündniß zwischen Frankreich, Großbritannien und Dänemark, S. 67**

— zwischen Großbritannien und Preussen, und zwischen Großbritannien und Rußland, 283, 284

— **hannoversches** zwischen Frankreich, Großbritannien und Preussen geschlossen, 29. f. Inhalt desselben, 30. Anmerkungen darüber, ebend. f. die Staaten werden zum Beytritt eingeladen. Unterhandlung mit den Gesandten der verbundenen Mächte, 31. wird den besondern Landschaften zugeschickt, 32. der Kaiser und Spanien widerrathen den Staaten den Beytritt, 32. f. der kaiserliche Gesandte sucht sie davon abzusprechen, 33. f. übergiebt eine drohende Schrift, 34. Schriften für den hannoverschen Vertrag, 35. der kaiserliche Gesandte übergiebt eine gemäßigtere Schrift, 37. Antwort der Staaten auf diese, 38. Holland beschließt dem Bündnisse beizutreten, 41. auch die andern Landschaften bis auf Utrecht und Grönningen, 45. Unterhandlung der Staaten mit den Gesandten der verbundenen Mächte, 45. f. Schweden tritt dem hannoverschen Bündnisse bey, 56. 66. f. ingeleichen die Staaten. Inhalt der Urkunde des Beytritts, 57. geheimer Artikel, 58. Preussen weigert sich in diese Urkunde zu willigen, 58. f. Anmerkungen über die Absichten der Staaten hiebey, 59. der König von Preussen erklärt, daß er nichts demselben Nachtheiliges mit dem Kaiser und Rußland geschlossen, 61. sucht den gegen ihn geschöpften Argwohn zu heben, 76. die Bundesgenossen versichern die deutschen Reichsstände gegen die Störung der Ruhe, 68. Zurüstungen zum bevorstehenden Kriege, 70. doch hegen die meisten Mächte friedfertige Gedanken, 71. f. Friedensunterhandlung in Wien.

— des Kaisers mit Rußland, 55. 56

— zwischen dem Kaiser, Rußland und Dänemark, 138

**Bündniß zwischen Rußland und Preussen, S. 60**

— von Warschau; zwischen Großbritannien, der K. von Ungarn, Kursachsen und den Staaten wird geschlossen. Inhalt desselben, 341

— zwischen den Höfen von Wien und Petersburg, 377

— von Musterhausen, zwischen dem Kaiser und Preussen, 60

**Bären, Wilhelm Graf von, f. Wilhelm der V.**

**Bürgerkriegsrath, f. Amsterdam. Kriegerath.**

**Bulle Vnigenitus.** Deswegen in den vereinigten Niederlanden entstandenen Streitigkeiten, 160. ff. merkwürdige Antwort der Staaten an den venetianischen Gesandten, 160. f. die Römischkatholischen, welche sie angenommen, bitten am päpstlichen Hofe um einen Verweiser, 161. Bedingungen, unter welchen dergleichen zuzulassen, 161. f. einige Prediger ziehen die Berathschlagungen der Stände auf der Kanzel durch, 162. einige übergeben Vorstellungen gegen die Zulassung eines Vicarius, 162. f. die Stände lassen die Prediger besser unterrichten und zu ihrer Pflicht vermahnern, 163. der päpstliche Verweiser wird nicht zugelassen, 164

**Buyse, Wilhelm, Gesandter nach Dänemark, 11. wird erster Secretair der Stände von Holland, 12. stirbt, 503**

## C.

**Cambray f. Zusammenkunft.**

**Cap. Breton, von den Engländern erobert, 358**

**Carl der VI, Römischer Kaiser, stirbt, 251**

**Carl der VII, Römischer Kaiser, 274. f. Bayern. stirbt, 342**

**Don Carlos, Infant von Spanien.** Ihm wird die Belehnung über Toscana, Parma und Piacenza versprochen, 15. Schwierigkeiten dabey, 93. f. wird der väterlichen Gewalt

## der vornehmsten Personen und Sachen.

Gewalt entlassen. Vormünder. Kommt nach Italien, 151. erobert Neapel, und wird von Frankreich, Spanien und Sardinien, als König von Neapel und Sicilien erkannt, 202. von dem Kaiser, 213. 231. vermählt sich mit Maria Analia, einer Tochter des K. von Polen, 247  
**Carolina**, Prinzessin von Oranien und Nassau, geboren, 310  
**Catharina**, Zaarin in Rußland, 55. stirbt, 84  
**Chineser**, in Batavia ermordet, 250. f. Auf-  
 ruhr.  
**Christian der VI.**, König in Dänemark, stirbt, 378  
**Collecte**, f. **Einsammlung**.  
**Congress**, f. **Zusammenkunft**.  
**Corfica**, Zustand daselbst, 354  
**Convoyen en Licenten**, 37 \*).  
**Cronstrom**, Isaac Baron von, General, erhält den Oberbefehl über das Kriegsvolk und die Plätze zwischen der Maas und Schelde, 407. Beschuldigung desselben, wegen des Ueberfalls von Bergen op Zoom. Seine Verantwortung, 409. die Sache bleibt mit seinem Tode liegen, 410

### D.

**Dämme**. Durchbruch verschiedener derselben, 83. abermaliger Durchbruch derselben, und Ueberschwemmungen in den vereinigten Niederlanden, 271. des Lekdammes und anderer, 334. Durchbruch des Lekdammes bey Jaarsveld, 523  
**Dänemark**. Unterhandlung daselbst wegen der Rückstände, 11. die Streitigkeiten werden beigelegt, 153. die Dänen nehmen einige Inseln ab, 248. f. Streitigkeiten mit Schweden, 333 \*). werden verglichen, 333  
**Delft**, erklärt den Prinzen von Oranien zum Statthalter, 396. f. der Rath daselbst wird verändert, 492. f.  
**de Dieu, Daniel**, wird als Gesandter nach

Rußland geschickt, 137. dessen Unterhandlung, 138  
**Doelisten** in Amsterdam. Einnahme der Floreniers Doele, 477. Zusammenkünfte, 477. 478. vertheidigen sich wegen Einnahme der Doele, 478. Reden, die auf der Doele gehalten werden, 479. f. sie verlangen, daß man öffentlich für sie bete. Sie sind mit der Antwort der Raths auf die drey Artikel nicht zufrieden, 480. die Gilde der Schiffszimmerleute nimmt ihre Partey, 480. f. sind mit der Einwilligung des Raths in die drey Artikel nicht zufrieden. Verlangen, daß der Prinz in die Stadt komme; und daß der Rath, wie die Bürgermeister, ein uneingeschränktes Fiat gebe, 481. hinterreiben die Unterzeichnung der Bittschriften um Beybehaltung des gegenwärtigen Raths, 483. einige derselben bewillkommen den Prinzen vor der Stadt, ebend. sie kommen des Nachts in das Schlafzimmer des Prinzen, und dringen auf einen freyen Kriegsrath, 486. f. sie fallen in eine allgemeine Verachtung, 488  
**Dolgoprucki**. Fall dieses Hauses, und dessen Ursachen, 247 \*).

**Dordrecht**. Daselbst wird im Rathe keine Veränderung gemacht, 493

**Drente**. Aufreubr daselbst, 448. f. die Erbstatthalterschaft wird daselbst erklärt, 449

### E.

**Edler**, erster, in Seeland. Das Recht derselben wird dem Prinzen von Oranien wiedergegeben, 402

**Eid der Weinändler**, f. **Weinändler**.  
**Einsammlung** der verpachteten Abgaben. Der Prinz thut hierzu einen Vorschlag, 458. f. einige Städte finden dabey Schwierigkeiten. Man beschließt dieselbigen. Der Vorschlag des Prinzen wird, mit einiger Veränderung, genehmiget, 459. Vertheilung von zehn Millionen über Holland, 460. Schwierigkeiten bey Einföhrung  
 A a a 3 dies

dieses Mittels, S. 460. der Prinz läßt an einem Entwurfe zum Kopfgelde arbeiten, und an einem andern, die verpachteten Abgaben einsammeln zu lassen. Er übergiebt beide den Ständen, 461. die Stände beschließen, alle die verpachteten Auflagen durch Einsammlung heben zu lassen, 463. Einführung derselben, 504. bey dieser Gelegenheit in Harlem entstandener Aufruhr, 504. ff. f. Harlem.

**Einziehung der Güter** wird in Holland abgeschafft, 142. auch in Seeland, 143

**England.** Die genaue Verbindung des Königs mit Frankreich durch das Hannoverische Bündniß erregt Mißvergügen, 68. Rede des Königs im Parlamente, 68. f. Streit in demselben wegen Nothwendigkeit des Krieges, 69. die Hofpartey behält die Oberhand, 70. f. Hannoverisches Bündniß.

**Erbstatthalterschaft.** Der holländische Adel thut den Vorschlag, die Statthalterschaft in den männ- und weiblichen Nachkommen des Prinzen erblich zu machen, 412. Bewegungen unter dem Volke bey Gelegenheit dieses Vorschlages, 413. die Stände von Holland beschließen, die Statthalter-Generals-Capitains und Admiralswürde in den männ- und weiblichen Nachkommen des Prinzen erblich zu erklären, 423. in den meisten andern Provinzen und in der Versammlung der Staaten geschieht ein gleiches, 424. f. Verordnung wegen der Vormundtschaft, 424. wird in Freisland auch in Ansehung der weiblichen Nachkommen erklärt, 445. imgleichen in Gröningen, 447. 501. und dem Lande Drente, 448. f. Der Prinz wird Erbstatthalter über das dem Staate zugehörige Brabant, Flandern und Obergelbern, 501

**Essequibo.** Die westindische Kammer zu Lienen beschließt, die Schiffahrt auf Essequibo zu befördern, 524. die Haupttheilgenossen der Kammer von Seeland behaupten ein ausschließliches Recht der Seeländer zum

Handel in dieser Colonie, S. 524. f. die Stände von Seeland suchen den Schluß der Kammer von Lienen fruchtlos zu machen, 525. f. die Repräsentanten des Prinzen, und die Vorsteher der westindischen Gesellschaft bey der Kammer Amsterdam, widerlegen die von Seeland ausführlich, 526. ff. Vorschlag der Kammer von Amsterdam, 528. Antwort der Seeländischen Haupttheilgenossen, 528. ff. die Kammer von Amsterdam übergiebt eine zweite Antwort auf die Gründe der Seeländischen Haupttheilgenossen, 530. ff. die Sache bleibt liegen, 532

## S.

**Sagel, Franz,** Secretär der General-Staaten, legt sein Amt nieder, 334

**Sagel, Heinrich,** wird Secretär der General-Staaten, 334

**Seldlager** bey Breda, zu Uebung der Truppen von den Staaten errichtet, 159

**Senelon, Marquis de,** bleibt im Treffen bey Raucour, 374

**Ferdinand der VI.,** König in Spanien, 378

**Fischereygesellschaft** in England errichtet, 523. in Holland sucht man zu verhindern, daß der Heeringsfang dadurch keinen Nachtheil leide, 534. Blaardingen sucht bey dieser Gelegenheit Stadtrecht, doch umsonst, ebendas.

**Gledderus, Hermann Koops,** Pächter und Kaufmann in Steenwyk, befördert eine Bittschrift zu Wiedererlangung einiger Rechte, 513. bringt sie nebst Tittel nach dem Haag, 513. f. f. Steenwyk. wird ehelich begraben, 517

**Sleury, Cardinal von,** wird oberster Staatsminister in Frankreich, 47. f. Friedensunterhandlung zu Wien. er erwirbt sich hierbey eine große Hochachtung in den vereinigten Niederlanden, 82

**Frankreich.** Unwillen des Spanischen Hofes gegen dieseln, 21. Unterhandlung zur Versöhnung, 47. sie versöhnen sich mit einander, 87

## der vornehmsten Personen und Sachen.

- Franz Stephan, Herzog von Lothringen, 157. f. vermählt sich mit der ältesten Tochter des Kaisers, Maria Theresia, 217. tritt Lothringen und Bar an den König Stanislaus ab, S. 231. erhält dafür Toscana, 225. 231. seine Gemahlinn nimmt ihn zum Mitregenten an, und trägt ihm die päpstliche Kurstürme auf, 255. wird zum Kaiser erwählt, 346
- Frejus, Archbishop von, wird Cardinal, 47. f. Fleury.
- Freyhafen, f. Handel.
- Freymänner, ihre Gesellschaft wird in Holland zerstört und verboten, 198
- Friede, zu Aachen, wird unterzeichnet, 465. Inhalt desselben, 465. ff. verschiedene Protestationen gegen denselben, 468. unabgethane Sachen, 470. Anmerkungen über den Ausgang des Krieges und die Bedingungen des Friedens, 471
- mit Algier. Vergebene Unterhandlungen deswegen, 18. wird geschlossen, 61. Spanien will deswegen seine Kriegsschiffe des Staats in seine Seehäfen lassen, 62. wird erneuert, 153
- Breslauischer, 275. Inhalt, 276
- Dresdner. Anfang der Friedensunterhandlung zu Dresden, 349. letztes Anbieten des Königs von Preußen. Sein ernstliches und dringendes Schreiben, 350. der Friede zwischen der Königin von Ungarn, und den Königen von Polen und Preußen wird geschlossen, 350. f. Folgen dieses Friedens. Absichten des Königs in Preußen, 352
- zwischen dem Kaiser und Frankreich, allgemeiner, 231. Anmerkungen über diesen Frieden, 232. f. die Könige von Spanien, Sardinien und der beiden Sicilien treten demselben bey, 233
- Ryswykscher. Unterhandlung im deutschen Reiche wegen Aufhebung der Bedingung des vierten Artikels, 218. die Staaten wenden hierzu auch ihre Bemühungen an. Aber ohne Wirkung, 220

- Friede mit Tripoli geschlossen, S. 105
- Friedensunterhandlung. der Abt de la Villedun thut den Staaten Vorschläge dazu, 365. der Graf von Wassenaer wird wieder nach Frankreich gesandt, und der zweite Secretär Gilles ihm beygefügt, 368. Wirkung dieser Gesandtschaft, 368. f. Absichten der Staaten bey dieser Unterhandlung, 369. Forderungen und Anbieten der Franzosen, 369. f. Zustand der Unterhandlung im Maymonate, 370. der Marquis von Pulzeux kommt heimlich nach dem Haag, ebendaf. Frankreich, Großbritannien und der Staat beschließen eine Zusammenkunft durch ihre Bevollmächtigten zu halten, 370. f. f. Breda.
- zu Aachen, f. Aachen.
- zu Breda, f. Breda.
- in Wien. Eröffnung derselben, 73. Vorschlag des päpstlichen Nuntius, Grimaldi, 74. erster Entwurf der vorläufigen Artikel, 75. die Staaten halten sie nicht für annehmlich, 75. f. ihre Gründe, 76. der Hof von Wien fängt eine Unterhandlung mit dem Cardinal von Fleury an, 76. dieser macht einen Entwurf vorläufiger Artikel, 77. der Hof von Wien sucht die Unterhandlung in die Länge zu ziehen, 78. Betrachtungen über die zweyen Entwürfe. Der Wiener Hof wird von Großbritannien und den Staaten von der Hand gewiesen, 79. Entwurf des Cardinals von Fleury, 79. f. Unterschied zwischen diesem und dem Wiener Hofe, 80. Erklärung von Seiten des Kaisers, 81. die vorläufigen Artikel werden zu Paris und zu Wien unterzeichnet, 82. von dem Kaiser Frankreich und Großbritannien bekräftiget, 84. f. der Spanische Hof macht Schwierigkeiten, 85. f. Unterhandlung des Vorschalters von der Meer an demselben, 86. f. Anmerkungen über das Verragen des Spanischen Hofes, 87. fernere Unterhandlung an diesem Hofe wegen Bekräftigung und Erfüllung der vorläufigen Artikel, 90. Spani-

## Register

- Spanischer Vorschlag, S. 90. f. Forderung der Hannoverischen Bundesgenossen, 91. wird, wider Abrede, mit einer beträchtlichen Ausnahme angenommen, 91. f. der König von Spanien willigt endlich in den verbesserten Entwurf, 92. f. ferner Versammlung zu Solifons.
- Friedensunterhandlung**, besondere des Kaisers mit Frankreich, nach dem, bey Gelegenheit der polnischen Königs- wahl, entstandenen Kriege, 212. die vorläufigen Artikel eines allgemeinen Friedens zwischen dem Kaiser und Frankreich werden unterzeichnet. Inhalt derselben, 213. Numerkungen darüber. Urtheil Großbritanniens und der Staaten über dieselben, 215. der Waffenstillstand wird an dem Rheine und in Italien abgekündigt, 215. f. Spanien und Sardinien nehmen die vorläufigen Friedensartikel an, 216. näherer Vergleich zwischen dem Kaiser und Frankreich, 217. die Seemächte lehnen die Gewährleistung der vorläufigen Friedensartikel ab, 218. Vollziehung einiger vorläufigen Friedensartikel, 224. f. der Kaiser und Frankreich schließen einen allgemeinen Friedensvertrag, 231. f. Friede zwischen dem Kaiser und Frankreich.
- Friedrich der II.**, König von Preussen, 256. macht Ansprüche auf einen Theil von Schlesien, 256. f. f. Schlesien. geht mit einer Armee nach Schlesien, 258. f. f. Krieg wegen Schlesien. schließt mit Kaiser Carl VII das frankfurter Bündniß, 327. beschließt dem Kaiser Hülfstruppen zu schicken, 330. geht nach Böhmen, 331. f. Krieg in Böhmen und Sachsen. setzt sich in Besitz des Fürstenthums Ostfriesland, 335. f. Ostfriesland.
- Friedrich der V.**, König in Dänemark, 378
- Friedrich August**, Kurfürst zu Sachsen, f. Sachsen. bewirbt sich um die Polnische Krone, 187. wird, unter dem Namen August des III, zum Könige erwählt, 192. f. dafür im allgemeinen Frieden erkannt, S. 213. 231. macht Ansprüche auf die österreichischen Länder, f. pragmatische Sanction. schließt mit der K. von Ungarn ein Schutzbündniß, 308. Bündniß von Warschau, 311. hat sich nicht um die Kaiserkrone beworben, 346
- Friedrich Wilhelm**, König von Preussen, stirbt, 256
- Frisland**. Aufruhr daselbst, 444. die Abgeordneten der Gemeinden thun einige Forderungen an die Stände. Alle Pachten werden abgeschafft. Die Statthaltertschaft wird auch in den weiblichen Nachkommen erblich erklärt, 445. einige andere Punkte werden bewilligt. Dem Prinzen wird die Gewalt ertheilt, die Regierung einzurichten, 446
- Fronleichnamfest**, fällt auf den Johannis- tag. Deswegen entstandene Bewegungen unter dem Volke in den vereinigten Niederlanden, 197.
- G.**
- Gabe**, freywillige, in Holland gehoben, 428. auch in den andern Provinzen, 428. f.
- Gebäude**, geistliche der Protestanten, werden in Holland von der Grundsteuer frey erklärt, 226
- der Römischkatholischen, Verordnung wegen derselben, 226
- Geber**, f. Verstande.
- Gedanken**, friedfertige der meisten Mächte, ohngeachtet der Verbindungen und Rüstungen, 71
- Gemeinde**, Lutherische im Haag, ihre Streitigkeiten. Werden von der Regierung bengelegt, 249
- Genua**, bezeigt eine Neigung zur französischen Parthey, 332. f. erklärt sich öffentlich wider den K. von Sardinien, 354. ergiebt sich an die Oesterreicher, 375. die Staaten thun eine Fürbitte für sie. Sie treibt die Oesterreicher wieder aus, 376
- Georg I.**, König in Großbritannien. Des- sen Unterhandlung mit der ottomannischen Pforte,



## der vornehmsten Personen und Sachen.

Pforte, S. 56. schließt einen Subsidientractat mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel, 57. stirbt, 83

Georg der II., König von Großbritannien, 83. f.

Gesandter von Tripoli, im Haag, 503

— nach Frankreich geschickt, 502. 520

Gibraltar, von den Spaniern belagert. Zustand der Belagerung, 72. der Spanische Hof sucht die Staaten zu beruhigen, 72. f. ein Waffenstillstand wird daselbst geschlossen, 86

Gilles, Jakob, wird zum zweyten Secre-  
tär der Generalstaaten ernannt, 334. wird  
als zweyter Gesandter nach Frankreich ge-  
schickt, 369. wird Rathpensionär, 379. das  
Volk hält ihn wegen unerlaubten Handels  
mit Frankreich verdächtig. Er stattet von  
der Unterhandlung zu Breda Bericht ab,  
397. die Staaten sind damit zufrieden, 396.  
wird von den Ständen von Holland, bey  
Gelegenheit wider ihn ausgestreuter auf-  
trübsischer Zettel, in besondern Schutz ge-  
nommen, 453. er legt sein Amt nieder, 503

Gimnig, Henrich van, einer der Beförde-  
rer der drey Artikel in Amsterdam. Hält  
eine Rede in der Doele, 477

van Goslinga, Sicco, dessen Tod und Cha-  
racter, 136

Gouda. Aufruhr daselbst, 490. der Rath  
daselbst wird verändert, 491. f.

Graf von Holland, einige wollen den Prin-  
zen von Oranien dazu erheben, welches er  
doch nicht verlangt, 413

Grave, Henrich, Admirallieutenant von  
Holland, stirbt, 503. f.

Gregorius VII. Römischer Papst, f. Amt.

Gröningen. Unruhen daselbst, 199. ff. Auf-  
ruhr daselbst, und in den Ommelanden, we-  
gen Abschaffung der Pachten, und Verän-  
derung der Regierung, 446. das Haus des  
Bürgermeisters Geertfema wird geplündert.  
Man entschließt sich sehr langsam zu der  
Erbschaftsvertheilung, 447. Man arbeitet,

dem Prinzen eine größere Gewalt in der  
Regierung zu verschaffen, S. 447. f. der  
Rath in Gröningen williget darein, und die  
Stände der Provinz gleichfalls, 448. man  
schafft auch alle Pachten ab, 448. der Rath  
daselbst wird verändert, 492. Man arbeitet  
daselbst, eine Veränderung in der Regierung  
zu bewirken. Einige arbeiten dagegen, 497.  
der Prinz sendet Commissarien nach Grö-  
ningen, 497. f. die Obrigkeiten legen ihre  
Aemter zur Verfügung des Prinzen nieder,  
498. die Bauern fallen in das Ommelan-  
derhaus ein. Untersuchung der Befugniß  
zu den obrigkeitlichen Aemtern in den Om-  
melanden. Der Prinz kommt nach Grö-  
ningen. Veränderung der Regierung da-  
selbst, 499. er errichtet einen Provincial-  
gerichtshof, 499. f. eine allgemeine Verge-  
bung wird zu Gröningen abgekündigt, 501.  
Der Prinz wird als Rector Magnificenti-  
simus der Universität vorgefetzt, 448  
Grundsteuer, f. geistliche Gebäude.

### 3.

Haag, Unruhe daselbst, in Absicht auf die  
Veränderung der Regierung, 398. Bewe-  
gungen bey Gelegenheit des falschen Ge-  
richts von einer Landung der Franzosen,  
399. der Prinz kommt dahin, 400. die  
Häuser einiger Pächter werden geplündert,  
452

Handel. Inhalt einer Abhandlung von dem  
Handel des Staats, worinnen gezeigt wird:  
Erstlich, daß derselbe sehr verfallen wäre.  
Dreyerley Ursachen der vormaligen Auf-  
nahme des Handels: 1. natürliche, 535. 2.  
sittliche, 535. f. und 3. zufällige, 536. ge-  
genwärtiger Zustand dieser Ursachen, ebend.  
Beweis des verfallenen Handels, 536. f.  
Widerlegung der gegenseitigen Gründe, 537.  
Ursachen des Verfalls der Handlung, 538.  
Zum andern, werden Mittel zur Wieder-  
herstellung vorgeschlagen, 538. f. unter wel-  
chen ein eingeschränkter Freyhafen am mei-  
sten

## Register

ßen angepriesen wird, nebst der freyen Durchfuhr einiger Waaren, S. 539. die Wasserzölle sollen auf einen gleichen Fuß gehoben, und der Unterscbleif gehindert werden, 539. f. Vortheile, die aus Verwerfstellung dieses Entwurfs zu hoffen wären, 540. f. die Schwierigkeiten bey diesem Entwurfe werden beantwortet, 541. ff. der Prinz empfiehlt den Vorschlag eines eingeschränkten Freyhafens, 543. gemeine Urtheile über diesen Vorschlag, 544. die Admiralitätscollegien in Holland halten dafür, daß man ihn, unter gewissen Bedingungen, verwerfstelligen könne, 544. f. die Admiralität in Seeland macht viel Schwierigkeiten gegen den Entwurf, 545. ff. und schlägt andere Mittel zu Wiederherstellung des Handels vor, 548. und darunter auch einen eingeschränkten Freyhafen, unter gewissen Bedingungen, 548. f.

**Handel, schwedischer, Verordnung desswegen, 105**

— in dem **Spanischen Westindien**. Zustand desselben, 234. f. Krieg zwischen Großbritannien und Spanien.

**Handelsgesellschaft, biscayische, 105**

— **ostindische**. Gelegenheit zu deren Errichtung, 4. ihr werden einige Schiffe weggenommen, 5. erhält einen Freybrief, ebend. f. Großbritannien und die Staaten suchen dessen Widerrufung, 6. die Staaten behaupten, er sey den Verträgen zuwider, ebend. f. Gründe der Einwohner der österreichischen Niederlande für ihr Recht zu dem indianischen Handel, 7. f. werden in öffentlichen Schriften beantwortet, 9. Fortgang der Gesellschaft, 11. die Staaten fangen an, ernstlich dawider zu arbeiten, 19. der Spanische Hof scheint zu erkennen, daß sie wider die Verträge sey, ebend. f. ertheilt ihr dennoch verschiedene Vorrechte und Freyheiten, 24. f. wienischer Handelsvertrag. Unterhandlung des kaiserlichen Gesandten mit den Staa-

ten, wegen derselben, S. 34. der Staaten mit Spanien, 37. Antwort der Staaten auf ein Schreiben des kaiserlichen Gesandten, 38. sie lehnen die Spanische Vermittelung ab, 39. der kaiserliche Gesandte behauptet, der Münsterische Vertrag schliesse die österreichischen Niederlande von der Schifffahrt auf Indien nicht aus, 39. 40. ernstliches Schreiben des K. von Spanien an die Staaten, 40. Bedencklichkeiten bey demselben, 42. des Spanischen Vorschatters Marquis de St. Philipp denselben gethaner Vorschlag, 41. die Staaten antworten ihm umständlich, 42. f. Gegenantwort des Marquis de St. Philipp, 44. Schweden will sich in diese Streitigkeiten nicht mengen, 55. Großbritanniens Vorschlag, sie zu verlegen, wird von der Hand gewiesen, 66. Zustand ihrer Handlung. Befehle sie einstellen zu lassen, 85. was im Sevillischen Vertrage deswegen ausgemacht worden, 110. 112. der Kaiser verspricht, unter einigen Bedingungen, ihre Aufhebung, 146. die Vorsteher bemühen sich heimlich, ihren Handel zu erhalten, 151. f.

**Handelsgesellschaft, ostindische**. Ihr Freybrief wird verlängert, 310. erklärt den Prinzen von Oranien zu ihrem Oberdirector, 501. dessen Repräsentanten, 502

— **englische**. Beschwerden derselben, wegen zweyen ihrer Schiffe geschehener Ueberlast, 502

— **ostindische zu Altona**, hernach nach Kopenhagen verlegte, 96

— **ostindische zu Lmden**, von dem K. von Preussen errichtet, 532. er ersucht die Staaten, die Schiffe dieser Gesellschaft in ihre ostindische Hafen aufzunehmen, 532. f. Antwort der Staaten, 533

— **zu Gothenburg**, von dem K. in Schweden errichtete, 152

— **westindische**. Ihr Freybrief wird verlängert, 139. erklärt den Prinzen von Oranien zu ihrem Oberdirector, 501. dessen Repräsentanten,

der vornehmsten Personen und Sachen.

sentanten, S. 502. Streit zwischen der Kammer zu Tienen und der Kammer von Seeland wegen der Schiffahrt auf Essequebo, 524. ff. f. Essequebo.

Handelsvertrag, zwischen Frankreich und dem Staate, erneuert, 242. f. wird von Frankreich widerrufen, 368. vergebliche Unterhandlung wegen dessen Erneuerung, 502 — mit den Oesterreichischen Niederlanden. Vergebene Unterhandlung deswegen, 225

— zwischen Sicilien und der Pforte, 247  
— Wiener, zwischen dem Kaiser und Spanien, 23. 24. Mißvergnügen der Staaten darüber, und Vorstellung dagegen durch ihren Botschafter am Spanischen Hofe, 27. zu Wien, 28

— mit Rußland, vergebene Unterhandlung  
deshwegen, 138

Handlung der Niederländer, leidet sehr  
 bey dem Kriege zwischen Spanien und  
 Großbritannien, 357

**Z**arlem. Die Häuser der Pächter werden geplündert, 449. der Rath beschließt, alle Pächten vorläufig einzustellen. Drey Commissarien des Prinzen kommen dahin. Die Stände von Holland lassen abfindigen, daß die Pächten beygehalten werden sollen, 450. in Harlem wird das Gegentheil abge- kündigt, 450. f. die Stände nehmen dieses sehr übel, 451. Veränderung des Rathes daselbst, 489. Aufzucht bey Einführung der Collecte, 504. daselbst gemachte Anstalten. Einige Dragoner kommen in die Stadt, kehren aber wieder zurück, 505. die Bürger schließen die Thore zu. Entwerfen eine Bitt- schrift an den Prinzen, welche acht Abgeord- nete nach dem Haag bringen, 506. einiger Kriegsvolk bemächtigt sich des Thores, und ziehet in die Stadt. Unverständige Vermes- senheit einiger Bürger, 507. die acht Ab- geordneten werden gefangen geset, 507. f. wie es ihnen ergangen sey, 508

**Hauststeuer, neue Einrichtung derselben, 139**

**Seeringsfischerey.** Freyheiten und Belohnungen, welche ihr in England von dem Parlamente ertheilet werden, (S. 533 \*). f. **Fischereygesellschaft.**

van der Zeun, Doctor Anton, wird Rathspensionär, 224. schlägt die Stelle eines ersten Secretärs aus, 334. stirbt, 378. f.

Zenneguin, Gualterus, Altbürgermeister zu Rotterdam, geräth, aus Gelegenheit des Hannoverschen Vertrags, in Verdrüsslichkeit, 36

Heyrath, doppelte, zwischen den Höfen von  
Madrid und Lissabon geschlossen, 108. f.

Goey, Abraham van, Botschafter der Staaten in Frankreich, 242. Unwillig über ein Schreiben desselben, 307. Kommt aus Frankreich zurück, und wird nachher Bürgermeister in Gorinchem, 502

Holstein. des Prinzen Carl Peter Ulrichs  
Recht zur Thronfolge in Rußland, 96 \*\*).

**Zompesch, Vincent Wilhelm** Baron von,  
wird unter die Ritterschaft von Holland  
aufgenommen, 105

van der Hooghe, Jan van Borsselle,  
wird von dem Prinzen von Oranien zu sei-  
nem Stellvertreter als erster Edler in See-  
land ernannt, 402

Hoornbeck, Isaac von, Rathpensionär,  
stirbt, 89

**Hülfsverrtrag**, zwischen Großbritannien, den Staaten und dem Kurfürsten von Bayern, 519. dergleichen mit dem Könige in Polen, Kurfürsten von Sachsen, 519. f.

## 3.

**Jansenius, Streit unter den Römischkatholischen, wegen einiger als irrig verworfener Sätze desselben, 160. s. Bulle *Vnigenitus*.**

**Jülich und Bergen.** Streitigkeiten wegen der Erbfolge in diesen Herzogthümern, 97. 136. 227. Grund der Sächsischen Ansprüche, 227\*). Unterhandlung der Staaten zu Beilegung dieser Streitigkeiten, 228.

Vorschlag der Staaten. Man williget in ei-  
 nen

nen allgemeinen Vorschlag, S. 230. der Streit wird endlich verglichen, 234  
**Iwan, oder Johann der III.** Czar von Rußland, 248. abgesetzt, und mit seinen Aeltern gefangen gesetzt, 273

## K.

**Ker, Johann von Kersland,** soll zuerst die ostendische Handelsgesellschaft in Vorschlag gebracht haben, 5

**Kometen,** 334

**Krieg in Böhmen und Sachsen.** Der König von Preußen beschließt, dem Kaiser Hülfsstruppen zu schicken. Erklärung deswegen, 330. geht nach Böhmen, 331. der Prinz Carl geht über den Rhein zurück, vertreibt die Preußen aus Böhmen, und nimmt Oberschlesien wieder ein, 331. f. Kriegsverrichtungen in Schlesien, 344. Schlacht bey Hohenfriedberg. Bewegungen der Armeen in Böhmen. Gefechte bey Praunitz, 345. Handel zwischen den Höfen von Berlin und Dresden. Erklärung des Hofes von Berlin, von dem Dresdenschen widerlegt, 347. Gefecht bey Hennersdorf, 348. Eroberungen der Preußen in der Lausitz und Sachsen, 348. f. Schlacht bey Kesselsdorf, 350. f. **Dresdenscher Frieden.**

— wegen der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten. Verschiedene Ansprüche darauf, s. pragmatische Sanction. Frankreich scheidet dem Kurfürsten von Bayern wider die Königin von Ungarn bey, 265. zwey Französische Kriegsheere werden zusammen gezogen. Kriegsverrichtungen in Oesterreich, 266. und in Böhmen, 266. f. der König von Großbritannien schließt, als Kurfürst von Hannover, einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich, 267. der Schwäbische Kreis und der Kurfürst von Köln ergreifen auch die Neutralität, 268. die Staaten beschließen, die Königin von Ungarn mit Gelde zu unterstützen, 271. Kriegsverrichtungen in Italien,

S. 273. f. Oesterreich wieder eingenommen, 274. Bayern erobert, 275. der Prinz Carl belagert Prag, 276. die Stadt ergiebt sich, 277. die Staaten beschließen verschiedenal die Landmacht zu vermehren, 248. 269. 277. der König von Großbritannien ermahnt sie zu Ergreifung kräftigerer Maßregeln, 278. man sucht bey ihnen einen Wohn gegen Großbritannien und Frankreich zu erwecken, 278. f. der König von Frankreich bietet ihnen Dünkirkchen zur Verwahrung an, 279. Kriegserüstungen in England und Frankreich, 302. Zustand des Krieges in Bayern und Böhmen, 304. Eröffnung des Feldzuges am Rahn, 304. f. Schlacht bey Dettingen, 305. Folgen derselben. Die Hülfsstruppen des Staats kommen in Deutschland an; gehen wieder nach den Oesterreichischen Niederlanden zurück, 306. Zustand des Krieges in Italien, 307. Zustand der Sachen der Königin von Ungarn, 310. f. Anschläge des französischen Hofes, 311. Frankreich erklärt den Krieg gegen Großbritannien; Großbritannien gegen Frankreich, 313. König Georg II. verlangt, daß die Staaten Frankreich den Krieg ankündigen sollen, 314. f. der König von Preußen will ihm nicht beystehen, 315

Frankreich beschließt der Königin von Ungarn den Krieg anzukündigen, 315. f. giebt den Staaten davon Nachricht, 316. Rede des Abgesandten an die Staaten, 316. f. Antwort der Staaten auf diese Rede, 323. Inhalt der Kriegserklärung des Königs von Frankreich wider die Königin von Ungarn, 323. f. die Königin von Ungarn kündigt Frankreich auch den Krieg an, 324. Eröffnung des Feldzuges in Flandern, 324. französische Eroberungen, 324. f. die vereinigte Armee rückt in das Feld, 326. die Staaten schicken der Königin von Ungarn 20000 Mann zu Hülfe, 326. f. Frankreich schlägt einen Neutralitätsvertrag vor, der abgewiesen wird, 327. die Oesterreichische Armee, unter

## der vornehmsten Personen und Sachen.

unter dem Prinz Carl von Lothringen, geht über den Rhein, S. 328. Folgen dieses Ueberganges, 329. die vereinigte Armee rückt in das französische Gebiete, 330. der Prinz Carl geht über den Rhein zurück, 331. f. **Krieg in Böhmen und Sachsen.** Kriegsvorrichtungen am Rheine, in Italien, 332. Genua bezeigt eine Neigung zur Französischen Partey, 332. f. f. **Genua.** Bewegungen am Rheine. Unterhandlungen in Deutschland, 340. Bündniß von Warschau, 341. Zustand des Kriegs in Bayern. Treffen bey Pfaffenhofen, 342. Kriegsvorrichtungen am Rhein und Mayn, 345. f. Zustand des Kriegs in Italien, 354. Treffen bey Bossignano, 355. die Engländer erobern Cap-Breton, 358

**Eröffnung des Feldzuges in den Niederlanden,** 360. f. Tournay wird von den Franzosen belagert, 361. geht nebst dem Schlosse verlohren, 363. Bewegungen der Bundesgenossen, 361. Schlacht bey Fontenoy. Vorfall mit dem Obersten Appius, 362. die Franzosen erobern Gent, 363. und andere Plätze, 364. die vereinigte Armee zieht sich nach Brabant zurück. Ostende und Neuwpoort gehen verlohren, 364. f. die Franzosen erobern Alth, 365. Brüssel geht verlohren, 366. Absichten des Französischen Hofes bey dem Kriege, 366. f. Frankreich bietet den Staaten wieder die Neutralität an, 367. einige französische ostindische Schiffe werden zu Batavia aufgebracht. Unwille des französischen Hofes darüber, 367. f.

**Der Feldzug in den Niederlanden wird eröffnet.** Die Franzosen nehmen Antwerpen, und das ganze Oesterreichische Brabant ein, 371. noch mehrere Eroberungen derselben. Der Prinz Carl übernimmt den Oberbefehl über die vereinigte Armee, 372. die Franzosen belagern Namur, 372. f. die Stadt ergiebt sich, und das Schloß. Schlacht bey Raucour, 373. Zustand der östreichischen Niederlande, 374. Kriegsvorrichtungen in

Italien. Genua ergiebt sich an die Oesterreicher, S. 375. sie treibt die Oesterreicher wieder aus, 376. Kriegsvorrichtungen der Engländer und Franzosen zur See, ebendaf. Die Franzosen streifen in das Gebiete des Staats. Der Abt de la Ville meldet den Staaten Frankreichs Vorhaben, das Gebiete des Staats anzugreifen, 383. Die Franzosen greifen das dem Staate gehörige Flandern an. Sie fallen in das Land Radzand, 385. Eluis geht verlohren, 385. f. auch andere Orte, 386. Ursachen des schwachen Zustandes des dem Staate zugehörigen Flanderns, 386. die General-Staaten geben den besondern Provinzen Nachricht von dem Einfalle in Flandern, 387. Ankunft einiger englischen Truppen vor Blistingen, 394. falsches Gerücht von einer Landung der Franzosen, 397. fernere Eroberungen der Franzosen in dem Staatlichen Flandern, 404. f. Anstalten in Seeland. Bewegungen der beiderseitigen Kriegsheere, 405. Treffen bey Lafeld, 405. f. Bergen op Zoom belagert, 406. eingenommen, 408. f. Bergen op Zoom, die Franzosen erobern verschiedene Forts, 410

**Maafregeln wegen Fortsetzung des Krieges,** 427. Vertrag zwischen Großbritannien und Rußland, 427. f. der Abt de la Ville thut den Staaten von wegen des K. von Frankreich eine nähere Erklärung, 429. Antwort der Staaten auf beide Erklärungen, 429. ff. die Staaten verbieten, Kriegsbedürfnisse und Schiffsbauzeug auszuführen, und französische Waaren einzuführen, auch französische Waaren und Schiffe zu versichern, 433. Rußland verspricht Großbritannien und den Staaten 37000 Mann Hülfssoldaten, 434. Gesandtschaft nach London und Berlin, ebendaf. Zustand des Kriegs in Italien, 435. Vertrag zwischen der Kaiserinn, Großbritannien, Sardinien und den Staaten, 435. f. Eröffnung des Feldzuges in den Niederlanden. Die Franzosen belagern

gern Mastricht, S. 437. f. Mastricht. Betrachtung über den Ausgang dieses Krieges, 471. f. f. Breda. Aachen.

**Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien**, erklärt, 313. der K. von Preussen will Großbritannien nicht beistehen, 315. f. **Krieg wegen der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten**.

— zwischen Großbritannien und Spanien. Ursache der Streitigkeiten, 234. die Engländer beschwerten sich über die Spanischen Küstenbewahrer, 234. f. sie suchen die Staaten sich mit ihnen hierin zu vereinigen, 235. der Spanische Botschafter widerräth es. Ihre Antwort, 236. die Spanier klagen über einige Gewaltthatigkeiten der Niederländer, 236. f. die Engländer schicken eine Flotte in die mittelländische See, 237. der Spanische Hof verspricht den Staaten billige Genugthunung, 237. f. die Staaten beweisen, daß ihnen fünf Schiffe zurückgegeben werden müssen, 238. Spanien und Großbritannien schließen einen Vergleich, 240. der in England verworfen wird, 241. die zwei Kronen erklären den Krieg gegen einander, 241. f. die Staaten bleiben neutral, 242. Englische Kriegsvorrichtungen in Indien, 245. Kriegsvorrichtungen in Frankreich. Unterhandlungen des Französischen Hofes, 246. f. die Staaten vermehren ihre Landmacht, 248. Fortgang des Krieges. Begegnisse zwischen Französischen und englischen Kriegsschiffen, 268. die Engländer nehmen viele niederländische Schiffe weg, 268. f. die Staaten beschließen eine zweite Vermehrung der Landmacht, 269. f. dritte Vermehrung beschließen, welche der Französischen Botschafter zu hindern sucht, 277. f. Seegefechte vor Toulon, 313. Frankreich erklärt den Krieg gegen Großbritannien; Großbritannien gegen Frankreich, 313. f. **Krieg wegen der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten**.

— zwischen dem Kaiser und Rußland auf

einer, und der Pforte auf der andern Seite. Zustand und Ausgang desselben, S. 233. f. **Krieg mit Marocco**, 138. 220. f.

— wegen der polnischen Krone. Anlaß zu demselben, 186. Bewegungen unter den Kronwerbern, 187. die Staaten thun dem Kaiser die Erklärung, daß sie sich wegen der polnischen Königswahl in keinen Krieg einlassen wollen, 188. fernere Unterhandlungen zwischen dem Kaiser und den Staaten, 189. Unterhandlung der Staaten mit Frankreich, wegen der Neutralität der Oesterreichischen Niederlande, 190. sie geben dem Kaiser davon Nachricht, 191. Zustand der polnischen Sachen. Streitige Königswahl, 192. Frankreich, Spanien und Sardinien bekriegen den Kaiser, 193. Kriegsvorrichtungen am Rheine und in Italien, 194. der Kaiser verlangt Bestand von den Staaten, 194. f. wird abgewiesen. Vergleich zwischen Frankreich und den Staaten wegen der Neutralität der Oesterreichischen Niederlande, 195. die Russen belagern Danzig, die Stadt ergiebt sich, 201. Zustand des Krieges in Italien, 202. und am Rheine, 203. die Staaten arbeiten mit dem K. von Großbritannien an Wiederherstellung des Friedens, 203. f. Inhalt des zu diesem Ende gemachten Entwurfs, 204. Antwort des Kaisers, 206. der Entwurf gefällt den Bundesgenossen nicht übel, 206. f. der K. von Großbritannien und die Staaten bewirken einen Waffenstillstand, 207. Feldzug am Rhein und in Italien, 208. Großbritannien und der Kaiser bringen in die Staaten, ernstlichere Maaßregeln zu ergreifen, 208. Frankreich und seine Bundesgenossen willigen, unter gewissen Bedingungen, in den Waffenstillstand, 209. Anmerkungen der Staaten über diese Bedingungen, 209. f. sie werden an dem Hofe von Wien verworfen, 210. ernstliche Antwort der Staaten auf eine Vorstellung des kaiserlichen Gesandten, 210. f. der Hof von Wien findet sich



## der vornehmsten Personen und Sachen.

sich dadurch beleidiget, S. 211. Frankreichs Erklärung über die Bedingungen des Waffenstillstands, 212. der Kaiser fängt eine besondere Unterhandlung mit Frankreich an, 212. f. Friedensunterhandlung.

**Krieg zwischen Rußland und Schweden,** 272. Ausgang desselben, 309

— wegen **Schlesien**, zwischen dem K. von Preussen und der Königin von Ungarn, f. **Schlesien**. der König von Preussen geht mit einer Armee nach Schlesien, 258. f. schreibt an die Staaten. Ihre Antwort, 259. Unterhandlung zwischen ihm und der Königin von Ungarn, 259. f. Antwort des Hofes von Wien auf seine Vorschläge, 260. nimmt Breslau und andere Städte ein, ebendaf. fernere Kriegsvorrichtungen in Schlesien, 260. f. Schlacht bey Mollwitz, 261. die Staaten suchen den K. von Preussen mit der Königin von Ungarn zu vergleichen, 270. Kriegsvorrichtungen in Mähren und Böhmen, 275. Schlacht bey Gabelau, ebend. F.riede zwischen dem K. von Preussen und der Königin von Ungarn, ebend. f. Inhalt, 276. der König von Großbritannien übernimmt die Gewähreleistung, 283

**Kriegsrath**. Man verlangt in Amsterdam einen Kriegsrath aus den Bürgern, 477. bestehet auf einen Bürgerkriegsrath, 481. Unterhandlung wegen Veränderung des Kriegsraths, 485. f. die Doelisten kommen des Nachts in das Schlafzimmer des Prinzen, und dringen auf einen freyen Kriegsrath, 486. f. er giebt Erlaubniß dazu. Bewegungen in den Quartieren, 487. der Prinz bestätiget den neuen Kriegsrath, 487. f.

**Kriegsschiffe des Staats**, aus den spanischen Seehäfen ausgeschlossen, 62

**Kuilenburg**, Grafschaft, wird dem Prinzen von Oranien geschenkt, 495. f.

**Kumpers**, Gerardus, Prediger in Miewerk in der Velau. In seinen Predigten und Catechismuslehren verpürte heftige Bewe-

gungen unter den Zuhörern, S. 521. mißbilligt sie endlich selbst, 522

**Kurland**. Streitigkeiten wegen künftiger Erbfolge in diesem Herzogthume, 97. der Graf Biron wird zum Herzoge erwählt, 248

**Kurstimme**, **Böhmische**. Die Königin von Ungarn und Böhmen trägt sie ihrem Gemahle auf. Sie wird ihr streitig gemacht, 255. wird bey der Wahl Carls des VII. nicht zugelassen, 274

### L.

**Leiden**. Der Pöbel plündert die Häuser der Pächter, 451. der Rath stellt die Pächten bis auf weitere Verfügung ein, 452. Veränderung des Rathes daselbst, 489. f. Aufruhr daselbst nach der Veränderung. Die Stadt bekommt eine Besatzung von Truppen, 490

**Ludewig XV**, K. in Frankreich, tritt die Regierung an, 14. und not. \*) schickt die Spanische Infantinn zurück, 21. Unwille darüber am Spanischen Hofe, 22. Ausföhnung, 87. seine Krankheit, und darüber am Spanischen Hofe entstandene Bewegungen, 108. dessen merkwürdige Rede an den Dauphin, nach der Schlacht bey Fontenoi, 363

**Ludewig I**, König in Spanien, und dessen Tod, 15

**Ludewig**, Prinz von Braunschweig-Wolfenbüttel, wird zum Feldmarschall über die Truppen des vereinigten Staats ernannt, 523

### M.

**Maassen**, Mauritius, Lutherischer Prediger im Haag, dessen Streitigkeiten mit dem großen Kirchenrathe, 249

**Manufacturen**. Der Prinz thut einen Vorschlag zu deren Wiederherstellung, 534. f. Schluß der Staaten auf diesen Vorschlag, 535

**Maria Elisabeth**, Erzhergoginn von Oesterreich, Statthalterinn der Oesterreichischen Niederlande, 85

Maria

## Register

**Maria Theresia**, Erbzogin von Oesterreich, mit dem Herzoge von Lothringen, Franz Stephan, vermählt, S. 217. läßt sich zur Königin von Ungarn und Böhmen ausrufen, 253. nimmt ihren Gemahl zum Mitregenten an, und trägt ihm die Böhmishe Kurstimme auf, 255. sucht Hilfe bey ihren Bundesgenossen, und unter andern bey den Staaten, 256. der K. von Preussen macht Ansprache auf einen Theil von Schlesien, 256. f. **Schlesien**. sie erklärt die Wahl Carls des VII. für ungültig, 274. vergleicht sich mit dem Könige von Sardinien, 306. schließt mit dem Hofe von Dresden ein Schutzbündniß, 308. f. **pragmatische Sanction**.

**Marocco**, vergibt Unterhandlungen wegen eines Friedens mit dasigem Könige, 138. 220. f.

**Marquisat von Bergen op Zoom**. Der Kurfürst von der Pfalz behauptet die Unabhängigkeit desselben, 469. die Staaten widerlegen diese Forderung, 469. f.

**Marquisat Veere und Vlissingen**. Man rathschlägt in Seeland wegen dessen Aufhebung. Schreiben der verwitweten Prinzessin an die General-Staaten, 168. die Stände von Holland behaupten, daß die von Seeland berechtiget, es aufzuheben, 168. f. die verwitwete Prinzessin und die Vormünder beantworten diese Vorstellung, 170. die Stadt Veere thut eine Vorstellung gegen die Aufhebung, 173. die von den andern Ständen übel genommen wird, 175. die Stände von Seeland entledigen Veere und Vlissingen von aller Lehnbarkeit, gegen Bezahlung des Werths, 176. der Prinz von Dranien protestirt dawider. Schreiben an die Stände von Seeland, 177. diese vertheidigen ihr Betragen schriftlich, 178. sie bleiben in Besiz des Marquisats, 182. Unterhandlungen mit dem Prinzen von Dranien, 182. f. Hauptpunkt des Streits über das Recht zu dem Marquisate, 183. f. der K. von Großbritannien sucht vergebens die

Aufhebung des Marquisats zu verhindern, S. 222. f. auch der K. von Preussen soll dessen Zurückgabe gesucht haben, 270. der Prinz wird in dessen Besiz wieder eingesetzt, 402. läßt sich als Marquis huldigen, 523

**Mastricht**, von den Franzosen belagert, 437. gehet durch einen Vergleich über, 441

**Mecklenburg**. Streitigkeiten in diesem Lande und wegen der Erbfolge darinnen, 95. 96 f.)

**van der Meer, Franz**, Gesandter der Staaten nach Spanien, 16. achtet sich durch einen Ausdruck in einer spanischen Schuschrift wegen Gefangennehmung des Herzogs von Ripperda beleidiget, 53. Unterhandlungen am spanischen Hofe, 86. f.

— **Lorenz**, Kuchenbecker in Rotterdam. Eine Erklärung von ihm, und einigen andern, wegen der Unruhen zu Rotterdam, 417. f. kommt in Verdacht, daß er an der Ausstreung aufrührerischer Zettel in Amsterdam Theil gehabt, 419. soll die Mitschrift in drey Artikel nach Amsterdam gebracht haben, 477

**Mehrheit der Stimmen**. Streitigkeiten hierüber unter den Ständen von Holland, 291. 292. f.

**Middelburg**. Bewegung daselbst, 390. der Prinz wird daselbst zum Statthalter von Seeland ausgerufen, 390. f.

**du Mont**, Vertheidigung der Ostendischen Gesellschaft, 9

**Montgon, Abt von**, leitet eine Unterhandlung zur Versöhnung zwischen Frankreich und Spanien ein, 47. wird von dem K. in Spanien mit geheimen Befehlen nach Frankreich gesendet, und bewirkt die Ausöhnung, 87. 88

**Moriz, Graf von Sachsen**, wird zum künftigen Herzoge in Kurland erwählt, muß aber das Herzogthum verlassen, 97

**Münich, Graf von**, f. Rußland. nach Sibirien verwiesen, 273

N.

**Nassau, f. Wilhelm der IV. und V.**  
Neapel,

## der vornehmsten Personen und Sachen.

**Neapel, f. Don Carlos.**

**Nieuwerfsluis**, die Schanze daselbst wird wieder hergestellt, S. 366

**O.**

**Obrigkeiten in den Städten, deren Veränderung.** Unruhen unter dem Volke in den Städten, auf die Nachricht von der Eroberung von Bergen op Zoom, 410. ff. Anschläge zu Veränderung der Regierung in den Provinzen und Städten, 443

**Die Anschläge, die Regierung zu verändern, werden fortgesetzt, 474. ff.** der Prinz verändert die Bürgermeister und Rathsherren zu Amsterdam. Er entläßt viele Glieder des alten Raths, 485. f. **Amsterdam.** Veränderung des Raths zu Harlem, 489. zu Leiden, 489. f. **Leiden.** zu Rotterdam, 491. zu Gouda, 492. 491. f. **Gouda.** zu Gorinchem, Schoonhoven, Schiedam, Delft, 492. in Briel, 493. zu Dordrecht geschieht keine Veränderung, wohl aber zu Purmerende, 493. zu Alkmaar, 493. f. zu Hoorn, Enshuizen, Medenblick, Edam, Monnikendam, 494. Verbindungen, unter welchen alle diese Veränderungen geschahen. Eine allgemeine Vergebung wird abgekündigt, 495. Veränderung des Raths in Rimegen, 495. und andern Gelderischen Städten, ingleichen in Doversfel, 496. in Seeland geschieht fast gar keine außerordentliche Veränderung der Obrigkeiten, ebend. in Grönningen und den Ommelanden arbeitet man, eine Veränderung der Regierung zu bewirken, 497. ff. **Grönningen.** Unruhen in einigen kleinen Städten und auf dem Lande, um die Veränderung der Obrigkeiten zu bewirken; als zu Huisduinen, und zu Helder, 511. zu Zaandam, 511. f. zu Dubewater, 512. zu Steenwyk, 513. ff. **f. Steenwyk.**

**Ommelande, f. Grönningen.**

**Oranien, Prinz von, f. Wilhelm der IV. und V.**

**Orleans, Philipp Herzog von, legt die Regentenschaft nieder, 14 und \*).** stirbt, ebend.

**VIII Theil.**

**Ostende, von den Franzosen eingenommen, S. 364. Handelsgesellschaft daselbst, f. ostendische Handelsgesellschaft.**

**Osternmann, Graf von, f. Rußland.** nach Sibirien verwiesen, 273

**Ostfrisland.** Streitigkeiten zwischen dem Fürsten und den Ständen, brechen in Thätigkeiten aus, 12. fernerer Zustand der Streitigkeiten, 97. Fortsetzung der Nachricht von den dasigen Unruhen, 115. die Staaten schicken eine Gesandtschaft dahin. Antwort des Fürsten auf den Vorschlag der Staaten, 116. diese ermahnen den Fürsten zum gütlichen Vergleiche; suchen die Könige von Großbritannien und Preussen zu bewegen, die Streitigkeiten beulegen zu helfen, 118. verstärken die Besatzungen zu Embden und Leerort. Unterhandlung des K. von Preussen wegen dieser Streitigkeiten, 119. die Staaten raten den Ständen zur Unterwerfung. Der Fürst bemächtigt sich einiger Dörter in der Gegend von Embden. Die Staaten bringen diese Sache auf die Versammlung zu Coiffens, 120. Gespräch des Vorschlaßers Hop mit dem Grafen von Singendorf, 121. die Staaten ermahnen die Embdener zur Unterwerfung, 122. die sich endlich dazu entschließen. Der Kaiser läßt einen Reichshofrathschluß zu Stillung dieser Unruhen abkündigen, 123. Streitschriften, 124. dem Wienerischen Vertrage begefügte Erklärung wegen dieser Angelegenheiten, 147. Veränderung der Regierung, 334.

**Zustand der Streitigkeiten nach dem Jahre 1732, 334. f.** der Fürst Carl Ezzard stirbt, 335. der K. von Preussen setzt sich in Besitz dieses Fürstenthums, 335. f. handelt mit den Staaten wegen Räumung der Städte Embden und Leerort, 336. willigt in den Vorschlag der Staaten. Diese ziehen ihre Besatzungen aus Embden und Leerort, 337. der K. von Großbritannien macht Anspruch auf Ostfrisland, 337. f. näherer Vergleich zwischen dem K. von Preussen und den

E c c e

Staaten

## Register

- Staaten**, wegen Abführung der Ostfriesischen Schulden, S. 338. fernere Unterhandlung wegen derselben mit Preussen, 502. f.
- Udewater**, Streitigkeit unter den dasigen Obrigkeiten wegen einer den Lutherancern einmal zum Gottesdienste vergünsteten reformirten Kirche, 512. f.
- P.**
- Pabst**, protestirt wider die Beilehnung von Toscana, Parma und Piacenza, 15
- Pachten**, Unwille auf die Pächter der Landeseinkünfte, 443. f. Aufruhr in Frisland, 444. alle Pachten werden abgeschafft, 445. f. **Frisland**, Aufruhr in Gröningen und den Ommelanden, 446. man schafft auch hier alle Pachten ab, 448. Aufruhr in dem Lande Drente, 448. f. in Doerffel, Geldern und Utrecht, 449. in Seeland bleiben die Pachten, ebend. gewaltige Unruhen in Holland, 449. ff. f. **Harlem**, **Leiden**, **Haag**, **Amsterdam**, einige Städte kommen dem Aufruhre, wegen der Pachten, zuvor, 457. der Prinz schlägt in der Versammlung von Holland die Abschaffung der Pachten vor, 457. f. die Stände beschließen dieselbe. Die Pachten werden abgeschafft, 458. der Prinz schlägt vorläufig ein Mittel statt der abgeschafften Pachten vor, 458. f. f. **Einsammlung**.
- Parma und Piacenza** wird dem Infanten Don Carlos versprochen, 15. Protestationes dawider, ebend. Veränderung in der Person des Regenten, 94. der Herzog stirbt, 145. f. **Don Carlos**, Handel zwischen dem Kaiser und Spanien, 159
- Personensteuer** in Holland eingeführt, 279
- Peter der I. oder Große**, Czaar, stirbt, 54
- Peter der II. Czaar**, 84. stirbt, 137
- St. Petersberg**, Streik wegen daselbst angelegter neuer Festungswerke, 62
- Philipp V.**, K. in Spanien, legt die Krone nieder, 15. Ursachen davon, ebend. nimmt die Krone wieder an, ebend. f. macht Anspruch auf die österreichische Erbschaft, 261. stirbt, 378
- Polen**, Veränderung daselbst, und daher entstandener Krieg, f. **Krieg**.
- Porto = Vello**, von den Engländern erobert, S. 245
- Portugal**, verdrüssliche Handel mit Spanien, 216. werden durch Vermittelung Großbritanniens und der Staaten beygelegt, 217
- Posten**, Ursprung des Aufruhrs in einigen Städten wegen derselben. Verschiedene übergeben sie, nach dem Beyspiele von dem Haag, dem Prinzen, welcher sie dem Lande überläßt, 414. **Amsterdam** macht dagegen Schwierigkeiten, ebend. die Posten werden der Stadt überlassen, 414. f. es wird im Haag nicht wohl aufgenommen. Verschiedene Meinungen von der Beschaffenheit der Posten, 415. man dringt stark darauf, daß **Amsterdam** die Posten abtreten soll. Die Stadt verweigert dieses, 421. der Prinz dringt auf die Abstellung der Beschwerden wegen der **Amster** und **Posten**, 474. f. der Rath zu **Amsterdam** beschließt die Posten auf ewig bey der Stadt zu behalten, 475. f. **Amsterdam**.
- Präsident**, In England seinetwegen aus dem Wienerischen Vertrage entstandener Argwohn, 28. f. 56. ingleichen wider **Rußland**, 56. **Großbritanniens** Unterhandlung mit der Pforte, und daher entstandener Verdacht, 56. f. **Unternehmung** einer Landung in **Großbritannien** zu dessen Vortheile, 311. ein Sturm vereitelt die Landung, 312. sein Sohn erregt einen Aufruhr in **Schottland**, 355. f. entkommt nach **Frankreich**, 357. Kriegsvorrichtungen, 356. f. \*) der Aufstand wird unterdrückt, ebend.
- Pragmatische Sanction**, f. **Sanction**.
- Priester**, römischkatholische, ihnen wird von den Ständen von **Holland** ein neues Versprechen der Unterthänigkeit abgefordert, 140.
- Protestanten**, werden in verschiedenen Ländern gedrückt, 16. 17. f. 153. ff.
- Provincialgerichtshof** in **Gröningen** errichtet, 499. f.
- Purme.

## der vornehmsten Personen und Sachen.

**Durmerende.** Unruhe daselbst. Der Rath wird verändert, S. 493

**R.**

**Raap, Daniel,** Porcelainhändler in Amsterdam, entwirft eine Bittschrift an den Rath, 418. Argwohn gegen denselben und Verantwortung, 419. befördert die drey Artikel, oder Raaps Bittschrift genannt, 477. f. gehet dem Prinzen entgegen, 483. nimmt mit Unwillen Abschied aus der Doele, 486. der Pöbel stört sein Leichenbegängniß, 489

**Rang.** Sonderbare Zukunft, bey Abfassung der vorläufigen Artikel zu Machen, zu Erhaltung der Gleichheit des Ranges zwischen Großbritannien und Frankreich, 441. f. wie solche in Ansehung der andern Mächte befolgt worden, 442

**Reich; deutsches.** Verschiedene Angelegenheiten und Streitigkeiten einiger Glieder desselben, 94. 136. f.

**Reichsverwesung am Rhein.** Vergleich darüber zwischen Kurbayern und Kurpfalz, 274

**Reformirten,** werden in Frankreich verfolgt, 16. der Gesandte der Staaten spricht für die fremden Protestanten nicht ohne Frucht, 17. Unruhen in den reformirten Kirchen an verschiedenen Orten der vereinigten Niederlande, 520. ff. f. **Unruhen.**

**Regierung des Staats.** Anlaß zu der Veränderung derselben, 387. f. Mittel, die gebraucht werden, um dem Volke ein Verlangen nach derselben beizubringen, 388. Unterstützung in Seeland, 389. Bewegung zu Middelburg. Der Prinz wird zu Veere zum Statthalter von Seeland ausgerufen, 390. auch zu Middelburg, 390. f. und in andern Städten von Seeland. Großer Aufruhr zu Zierikzee, 391. Aufstand zu Thoolen, 392. der Prinz wird von der Versammlung der Stände von Seeland zum Statthalter dieser Provinz erklärt, 393. Folgen der Nachricht von der Ernennung des Statthalters, 394. der Prinz wird zum Statthalter er-

klärt zu Rotterdam, Delft, S. 396. und in andern Städten, 397. zu Amsterdam geschieht solches ohne Aufruhr, 397. f. Unruhe in dem Haag, 398. die Stände von Holland erwählen ihn zum Statthalter, General-Capitain und Admiral ihrer Provinz, 399. f. er wird zum General-Capitain und Admiral des vereinigten Staats, und zum Statthalter von Utrecht und Overysel erklärt, 400. f. Rede des Grafen von Bentinck bey seiner Einführung in den Staatsrath, 401. f. **Erbsatthaltertschaft.**

**Regierung in den Provinzen und Städten.** Unruhen unter dem Volke in den Städten, auf die Nachricht von der Eroberung von Bergen op Zoom. 410. ff. Anschläge zu Veränderung der Regierung, 443. Aufruhr in Friesland, 444. dem Prinzen wird die Gewalt ertheilet, die Regierung einzurichten, 446. f. **Friesland.** Aufruhr in Grönningen und den Ommelanden, 446. f. **Grönningen.** Aufruhr in dem Lande Drenthe, 448. f. die Anschläge zu Veränderung der Regierung werden fortgesetzt, 474. ff. f. **Obrigkeiten.** Veränderung der Regierung in Geldern und Overysel, 495. große Veränderung der Regierungsform in Friesland, 496. man arbeitet in Grönningen und den Ommelanden, eine Veränderung der Regierung zu bewirken, 497. ff. f. **Grönningen.**

**von Ripperda, Johann Wilhelm,** Freyherr von Poelgeest, geht in spanische Dienste, 21. seine Unterhandlung an dem Hofe von Wien, ebend. f. 23. wird zum Grand von Spanien und obersten Staatsminister erhoben, 25. unvorsichtige Reden desselben, 29. Oberstaatsminister, 37. sucht einen Argwohn zwischen Großbritannien und den Staaten zu erregen, 38. wird aller seiner Bedienungen entsetzt. Ursache seiner Ungnade, 48. entdeckt den Gesandten Großbritanniens und des Staats, daß ein geheimer Vertrag zu Wien geschlossen sey. Folgen dieser Entdeckung,

# Register

deckung, S. 49. bestätigt es noch mehr, 49. f. seine Verlegenheit, 50. begiebt sich in das Haus des englischen Gesandten, welches der Hof mit Soldaten besetzen läßt, 51. wird daraus abgeholt, und auf das Schloß in Segovia gebracht. Entflieht. Sein ferneres Schicksal und Ende, 52. Streit mit dem Hofe von London wegen dessen Gefangennehmung, 53.

**Ritterschaft von Holland**, mit drey Gliedern vermehrt, 19

**de la Rocque, Peter**, General-Lieutenant, übergiebt Hulst, und dessen Strafe, 405

**Roermonde**. Streit mit dem dasigen Bischoffe, 222

**Rotterdam**, erklärt den Prinzen von Oranien zum Statthalter, 396. einige Bürger verlangen, daß alle Aemter der Stadt öffentlich an die Meistbietenden verkauft werden, 415. f. Aemter. Unruhen wegen des Todes der Weinhändler, f. **Weinhändler**.

**Roussier de Missy**, kommt in Verhaft. Wird in Freyheit gesetzt, und erhält von dem Prinzen den Titel seines außerordentlichen Rathes und Geschichtschreibers, 396. die Urkunde darüber wird ihm wieder abgefordert, 488. giebt durch seine wöchentlichen Blätter mit Anlaß zu Unruhen, 418. soll an den Unruhen in Amsterdam mit Antheil haben, 477

**Rußland**. Veränderungen in dasiger Regierung, 54. 84. worauf sich das Recht des Herzogs von Holstein, Carl Peter Ulrichs, zur Thronfolge gründet, 96<sup>\*)</sup>. 137<sup>\*)</sup>. Verordnung der Kaiserinn Anna wegen der Thronfolge, 158. 248. Krieg mit den Türken, 233. f. abermalige Veränderung in der Regierung, 247. 248. 272. f. eine Verschwörung wird entdeckt, 309. Unterhandlungen an diesem Hofe zum Vortheile der Königin von Ungarn, 333. f. 353. 376. f. Vertrag mit Großbritannien, 427. f. verspricht Großbritannien und den Staaten 37000 Mann Hülfsvölker, 434

**Sachsen**, macht Anspruch auf die Oesterreichische Erbschaft, S. 95. 158. f. **Friedrich August**. Pragmatische Sanction.

**Sachsen-Lauenburg**. Streitigkeiten darüber, 97

**Salzburg**. Verfolgung der Protestanten in diesem Erzstifte, 154. einige werden in den vereinigten Niederlanden aufgenommen, 154. f.

**Sanction, pragmatische**. Nachricht von derselben, 25. der K. von Spanien übernimmt zuerst die Gewährleistung, 24. 26. Großbritannien, durch den Wiener Vertrag, 146. die Staaten, unter gewissen Bedingungen, durch den Beytritt zu diesem, 156. 157. Rußland und Dänemark, 158. Unterhandlungen des Kaisers auf dem Reichstage zu Regensburg und an einigen deutschen Höfen, 67. f. 158. Frankreich verspricht die Gewährleistung, 232. ihr Zustand bey dem Tode Kaiser Carls des VI, 252. die Erzhergoginn Maria Theresia läßt sich als Königin von Ungarn und Böhmen ausrufen, 253. f. **Maria Theresia**. der Kurfürst von Bayern macht auf die ganze Verlassenschaft Anspruch, 95. 253. f. **Bayern**. der K. von Preussen macht Ansprüche auf einen Theil von Schlessen, 256. f. **Schlessen**. der König von Spanien macht Anspruch auf die österreichische Erbschaft, 261. der K. von Sardinien auf das Herzogthum Mailand, 262. f. **Sardinien**. der K. von Polen, Kurfürst von Sachsen, macht Anspruch auf die österreichische Staaten, 263. Gründe desselben, 263<sup>\*)</sup>. Anmerkungen über die Ansprüche von Sachsen und Bayern, 264. f. **Krieg wegen der Erbfolge in den Oesterreichischen Staaten**. Verathschlagungen der Stände von Holland, wegen der der Königin von Ungarn zu leistenden Hülfe, 279. f. **Stände von Holland**. der Baron von Reischach dringt auf Hülfe, 282. Unterhandlungen am Russischen Hofe, 333. 353. 376

Sardin



## der vornehmsten Personen und Sachen.

- Sardinien**, König von, behauptet ein Recht zum Herzogthum Mailand zu haben, S. 262. die Königin von Ungarn vergleicht sich mit ihm, 263. 307
- Schiffahrt nach Africa**, und Sklavenhandel, wird einem jeden freygegeben, 139
- Schiffszimmerleute**, nehmen die Parthey der Doelsten, 480. f. Aufzug derselben, 483
- Schlachten**, bey Mollwitz, 261. bey Czaslau, 275. bey Dettingen, 305. bey Pfaffenhofen, 342. bey Hohenfriedberg. Bey Prausnitz, 345. bey Hennesdorf, 348. bey Kesselsdorf, 350. bey Bessignano, 355. bey Galtitz und Culloden, 356. 357 \*). bey Genetoi, 362. bey Raucour, 373. bey Piacenza, 375. bey Lafeld, 405. f.
- Schlesien**. Der K. von Preussen macht Ansprüche auf einen Theil davon, 256. Zustand der schlesischen Fürstenthümer, Jägerndorf, Liegnitz, Brieg und Wohlau, 257. Gründe, aus welchen der K. von Preussen sein Recht auf diese Fürstenthümer erweist, 257. f. des Hofes von Wien Widerlegung dieser Gründe, 258. f. Krieg wegen Schlesiens. ingl. Krieg in Böhmen und Sachsen.
- Schottland**. Der Sohn des Präsidenten erregt daselbst einen Aufstand, 355. f. Kriegsverrichtungen, 356. f. \*) der Aufstand wird unterdrückt, ebendas.
- Schwabundniß zwischen Rußland und Schweden**, 54. dem der Kaiser beytritt, 55. Schweden nimmt dieses nur unter gewissen Bedingungen an, ebendas.
- zwischen Schweden und der Pforte, 247
- zwischen den Höfen von Wien und Dresden, 308
- Schweden**, f. Krieg. Streitigkeiten mit Dänemark, 333 \*). verglichen, 333
- Seegefechte vor Toulon**, 313
- Seerüstungen**, in England aus Gelegenheit des Wienerischen Vertrags, 53. f. Großbritannien und der Staaten, um Spanien zu einem Vertrage zu bewegen, 110
- Seewehre**, neue Art von steinernen, 165
- Seezüge der Engländer wider Spanien**, S. 73. 87
- Sicilien**, f. Don Carlos.
- Silberflotte**, kommt in Spanien an, 73. Unterhandlung des Botschafters van der Meer, die damit angekommenen Waaren nicht mit schweren Abgaben zu belegen, 87. Unterhandlung wegen dieser Abgaben, 89
- Sklavenhandel**, f. Schiffahrt.
- Slingeland**, Doctor Simon van, wird Rathpensionär, 89. stirbt, 223
- Sodomiterey**, in den vereinigten Niederlanden entdeckte. Strafe dieses Lasters, 141. die Geflüchten werden aus dem Lande verwiesen. Verordnung der Stände von Holland gegen die Sodomiterey, 142. bey dieser Gelegenheit entstandene Unruhen in Brüggen, 142. 250
- Soissens**, f. Versammlung.
- Spanien**, f. Frankreich. Portugal.
- Staaten**, werden zum Beytritt zu dem Hannoverischen Bündnisse eingeladen, 31. f. f. Hannoverisches Bündniß. ingl. Vertrag zu Wien. vermehren ihre Land- und Seemacht, 65. beschließen, daß keine Feindseligkeiten gegen die ostendische Gesellschaft, als mit gemeiner Ueberlegung der Landschaften, vorgenommen werden sollen, 70. schicken eine Gesandtschaft nach Ostfriesland, 116. f. Ostfriesland. treten dem Vertrage von Sevilla bey, 112. f. Vertrag von Sevilla.
- Beschlüssen durch die meisten Stimmen**, der Königin von Ungarn mit 20000 Mann beyzustehen, 300. schicken eine Flotte nach der Ostsee, 309. dem K. Georg II. sechs tausend Mann zu Hülfe, 312. wollen mit Frankreich nicht brechen; stehen aber dem K. Georg dem II. mit zehn Kriegsschiffen bey, 314. 315. schicken einen außerordentlichen Gesandten nach Frankreich, 324. Unterhandlungen desselben, 325. schicken der Königin von Ungarn 20000 Mann, 326. f. schicken dem

## Register

dem K. von Großbritannien abermals 6000 Mann zu Hülfe, 356

Erklären den Prinzen von Dranien zum General-Capitain und Admiral des vereinigten Staats, 400. f. erklären die hohen Würden des Prinzen in den männ- und weiblichen Nachkommen desselben erblich, 424. verbieten, Kriegsbedürfnisse und Schiffsbauzeug auszuführen, und französische Waaren einzuführen, auch französische Waaren und Schiffe zu versichern, 433. schicken eine Gesandtschaft nach London und Berlin, 434. nehmen die von Frankreich eroberten Plätze wieder in Besiz, 470. schicken Gesandten nach Frankreich, 502. 520. nehmen der verwitweten Prinzessin von Dranien, als Gouvernantinn und Vormünderinn des jungen Prinzen, den Eid ab, 550

Stadtsoldaten. Die Stände von Holland beschließen, hundert Fahnen von denselben zu werben, 412

Stände von Holland, kaufen die Herrlichkeit Biane und Ameide, 36. beschließen dem hannoverschen Bündnisse beizutreten, 41. Berathschlagungen wegen des der Königin von Ungarn zu leistenden Beystandes, 279. Dordrecht und Briel sind mit den andern Städten nicht einig. Vorschlag der Stadt Amsterdam, 280. Dordrecht zieht die Verbindlichkeit des Staats, der Königin von Ungarn Hülfe zu leisten, in Zweifel, ebend. will, daß man allenfalls den Beystand nicht auf 20000 Mann seze, sondern in Gelde leiste, 281. durch verschiedene gedruckte Schriften erweckte Gährung unter dem Volke, 282. die Stände schicken eine Gesandtschaft nach Dordrecht und Briel, 284. f. ausführliche Vorstellung an den alten Rath zu Dordrecht, um denselben zur Einwilligung in Stellung der 20000 Mann zu bewegen, 285. Antwort des alten Raths zu Dordrecht, 289. Vorstellung der Gesandtschaft in Briel. Dordrecht giebt etwas nach,

E. 295. Schluß der Stände von Holland durch die meisten Stimmen, 295. f. Dordrecht und Briel protestiren dawider, 296. Holland schreibt an die andern Landschaften, 297. f. Beystand. fassen einen muthigen Entschluß auf das Schreiben der General-Staaten, 394. erwählen den Prinzen von Dranien zum Statthalter, General-Capitain und Admiral ihrer Provinz, 399. f. sie ertheilen ihm verschiedene andere Würden, 403. sie beschließen, die Einwohner in den Waffen zu üben, und die wehrhafte Mannschaft aufzeichnen zu lassen, 411. und hundert Fahnen Stadtsoldaten zu werben, 412. sie fassen einen Schluß wegen Abstellung der Mißbräuche bey Vergebung der Aemter, 421. beschließen, die Statthalter, General-Capitains und Admiralswürde in den männ- und weiblichen Nachkommen des Prinzen erblich zu machen, 423. sie lassen abtündigen, daß die Pachten beibehalten werden sollen, 450. f. Harlem. Pachren.

Stände von Seeland, erklären den Prinzen von Dranien zum Statthalter dieser Provinz, 393  
— vereinigte, f. Staaten.

Stanislaus Lescinsky, bewirbt sich um die polnische Krone, 187. wird von einer Parthey zum Könige erwählt, 192. muß nach Danzig flüchten, 193. verläßt diese Stadt heimlich, 201. f. erhält Lothringen auf Lebenszeit, und behält den Titel als König von Polen, 213. 231

Statthalter, f. Regierung. Erbstatthalterschaft.

Steenwyk. Ursache eines gewaltigen Auf-  
rurs daselbst. Man unterzeichnet eine Bitt-  
schrift wegen Wiederherstellung einiger Rechte, 513. zween Bevollmächtigte bringen sie nach dem Haag, 513. f. Fledderus und die Seinigen errichten aus eigener Gewalt eine Bürgerfahne, 514. Fledderus wird in Verhaft genommen, 514. f. und zween andere

## der vornehmsten Personen und Sachen.

von seinem Anhange. Gledderus wird zum Galgen verurtheilt. Inhalt seines Urtheils, S. 515. man beruft einen Prediger, 515. f. der Prinz thut dem gerichtlichen Verfahren wider einige Gefangene Einhalt, und schickt Commissarien nach Steenwyk. Gledderus und die andern Verurtheilten werden in ihre Ehre wieder hergestellt, 516. der Rath in Steenwyk wird verändert, 516. f. Gledderus wird ehrlich begraben, 517

**Stein, Peter,** wird Rathpensionär, 503

**Sterben,** großes, in den vereinigten Niederlanden, 88

**Steuer,** von der Erbschaft der Seitenlinie, in Holland gewöhnliche, 226 \*)

**Sturm,** heftiger in den Niederlanden, 434

### T.

**Thalleute,** in Piemont, protestantische, wozu den verfolgt 153. Geldsammlung für sie in Holland, 154

**Theodor, Baron von Neuhof,** seine Schicksale in Corsica, 354 f.

**Thomas, Jan,** Schiffer in Steenwyk, Beförderer einer Bittschrift, zu Wiedererlangung einiger Rechte, 513. wird gefangen genommen, 514. losgelassen, 515

**Thoolen.** Aufstand daselbst, 392

**Thorn.** Aufruhr daselbst, aus dem die Unterdrückung der Lutheraner entsteht, 17. die Staaten schreiben für sie, 18

**Toscana, s. Don Carlos.** Johann Gasto de Medicis, Großherzog, stirbt, 224. Toscana fällt an den Herzog von Lothringen, 225. 231

**Tripoli,** Gesandter von daher, im Haag, 503

**Truppen, Spanische.** Uebersahrt derselben nach Italien, zur Besatzung der dem

Don Carlos versprochenen Staaten, was deswegen im Sevillischen Vertrage ausgemacht worden, 111. 112. Anstalten in Spanien zu diesem Zuge, 127. Vorstellungen des Kaisers auf dem Reichstage zu Regensburg, 128. Antwort des französischen Gesandten, 129. der Kaiser verstärkt seine Kriegsmacht in Italien, 130. Spanien sucht der Bundesgenossen Beystand zur Uebersahrt der Truppen, 130 f. Spanische Unterhandlung am französischen Hofe, 131. letzter Vorschlag Großbritanniens und der Staaten an dem Hofe zu Wien, 131 f. mit welchem der Spanische Gesandte nicht zufrieden ist, 132. wird in Spanien verworfen, 133. Absichten des Hofes zu Wien, ebend. der Kaiser beantwortet den letzten Vorschlag, 134. Merkwürdige Rede des Cardinals von Fleury. Erwiderung der Bundesgenossen auf die Antwort des Kaisers, 135. Spanien dringt von neuem in die Bundesgenossen, um sie zu Beförderung der Uebersahrt zu bewegen, 143. der Bothschafter Fenelon in dem Haag auf die Ergreifung der Waffen, ebend. Kaltsinnigkeit der Staaten. Spanien erklärt sich, nicht mehr an den Sevillischen Vertrag gebunden zu seyn. Man macht sich einander Vorwürfe wegen der Verzögerung, 144. der Kaiser willigt durch den Wienischen Vertrag in ihre Ueberschiffung, 146. werden nach Italien übergeführt, 151

**Truppenvermehrung,** 65. 248. 269 f. 277 f.

**Truppenverminderung,** 218. nach dem Slavischen Frieden, 502

**Truppenunterhaltung.** Streit wegen derselben unter den Provinzen, 284. f.

**Tuttel, Hillebrand,** Advocat und Diacenus zu Steenwyk, befördert eine Bittschrift zu Wiederherstellung einiger Rechte, 515. bringt sie, nebst Gledderus, nach dem

# Register

dem Haag, S. 513 f. wird gefangen genommen, 515. losgelassen und Secretär, 516

## U. V.

Valkenier, Oberstatthalter in Batavia, f. Aufstuh.

Ueberschwemmungen 63, 271. 334

Veere, f. Marquisat. Der Prinz wird dafelbst zum Statthalter von Seeland ausgerufen, 390

Veränderung der Obrigkeiten in den Städten, f. Obrigkeiten.

— — der Regierung, f. Regierung.

Verlassenschaft des K. Wilhelms. Der Streit darüber wird verglichen, 165. Inhalt des Theilungsvertrags zwischen dem Könige von Preussen und dem Prinzen von Oranien, 166

Versammlung zu Soissons. Namen der vornehmsten Bevollmächtigten, 92. Vorstellung der Absichten und Angelegenheiten, des Kaisers und Spaniens, 93. Spaniens und Großbritanniens, 94. einiger Glieder des Deutschen Reichs, 94 f. der Nordischen Kronen, 96. des Staats der vereinigten Niederlande, 97. Eröffnung der Versammlung, 99. die Bevollmächtigten des Staats übergeben ihre Forderungen, 100. Antwort auf dieselben, 101. Forderungen Großbritanniens an Spanien, 101. die Staaten klagen wegen Verletzung des Barrierevertrags, 102. die Unterhandlung wird schläfrig fortgesetzt, ebend. der Cardinal von Fleury schlägt einen vierzehnjährigen Stillstand vor, 102 f. dieser Vorschlag gefällt dem Kaiser und Spanien nicht, 103 f. Ursachen davon, 104. geheime Unterhandlungen des Cardinals mit den kaiserlichen und spanischen Bevollmächtigten, 106. der Herzog von Bournonville thut eine Reise nach Spanien. Zustand der Ver-

sammlung zu Soissons, S. 107. die hier angefangene Unterhandlung wird in Spanien fortgesetzt, 109. f. Vertrag von Sevilla. Spanische Truppen. Die Versammlung scheidet aus einander, 136

Verständniß, unerlaubtes mit Fremden. Sechs Personen werden deswegen von dem Hofe von Holland verurtheilt, 115

Vertrag zu Suesen, 343

— zwischen Großbritannien und Rußland, wegen zu stehender Hülfstruppen, 427. f.

— hannoverscher, zwischen Großbritannien und Preussen, 348

— zwischen der Kaiserinn, Großbritannien, Sardinien und den Staaten, im Haag, 435. f.

— von Nymphenburg, 265. 266

— von Sevilla, wird geschlossen. Inhalt desselben, 110. f. besondere Artikel, 111. f. die Staaten treten demselben bey, 112. Anmerkungen über diesen Vertrag, 113. insonderheit in Ansehung des Staats, 114. er erfüllet die Absicht des Staats nicht vollkommen, 126. die kaiserlichen Botschafter beschweren sich darüber, 126. f. der Vertrag wird in England scharf beurtheilt, 127. Unterhandlung des Kaisers auf dem Reichstage zu Regensburg, 128. der französische Gesandte beantwortet die Vorstellung des Kaisers, und rechtfertiget das Sevilische Bündniß, 129. erklärt, daß Frankreich mit dem deutschen Reiche ein gutes Verständniß unterhalten wolle, 130. Absichten des Hofes zu Wien, 133. Spanien erklärt sich, nicht mehr an den Sevilischen Vertrag verbunden zu seyn, 144. diese Erklärung wird in Ansehung Großbritanniens widerrufen, 150

— zwischen den Königen von Spanien und Großbritannien, 519

— zu Wien, zwischen dem Kaiser und Spanien

## der vornehmsten Personen und Sachen.

nien im Jahr 1725 geschlossene, S. 23. Betrachtungen darüber in Ansehung Spaniens, 24. und des Kaisers, 25. Mißvergnügen anderer Mächte darüber, 26. der Staaten, 27. Argwohn darüber in Frankreich und England, 28. f. des Ripperda unvorsichtige Reden, 29. R. Georg beschließt, sich näher mit Frankreich, den Staaten und andern Mächten zu verbinden, ebend. f. han. novorisches Bündniß. die Gesandten Spaniens und des Kaisers suchen die Staaten zum Beytritt des Wienischen Vertrags zu bewegen, 33. Erier, Cöln und Bayern versprechen dem Kaiser Truppen, 54. der Russische Hof tritt dem Wienischen Vertrage bey, ebendaf. Unterhandlungen des Kaisers in Deutschland, 67. f. Kriegsrüstungen, 70. doch hegen die meisten Mächte friedfertige Gedanken, 71

**Vertrag zu Wien zwischen dem Kaiser und Großbritannien**, R. Georg II. handelt heimlich an dem Hofe zu Wien, 145. der Vertrag wird geschlossen, 145. f. Inhalt desselben und der besondern Artikel und Erklärungen, 146. die Staaten werden ersucht, demselben als eine Hauptpartey beizutreten, 147. schicken solchen an die besondern Landschaften, nebst einem ausführlichen Schreiben, 147. f. Anmerkungen über diesen Vertrag in Ansehung des Staats, 149. Unwille des französischen Hofes, ebend. f. Freude am spanischen Hofe über den Vertrag, 150. näherer Vertrag zwischen dem Kaiser, Großbritannien und Spanien, 150. f. Beytritt des Großherzogs von Toscana, 151. der Staaten, 155. Beytrittsacte, 155. f. Anmerkungen über diesen Beytritt, 156. Handel zwischen dem Kaiser und Spanien, 159

— von Worms, 307. die Staaten wollen ihm nicht beytreten, 308

**Verweser**, päpstlicher, f. Bulle *Vnigenitus*.

VIII. Theil.

**Viane und Aneide**, von den Ständen von Holland erkaufte, S. 36

**Vicarius**, f. Verweser.

**de la Ville**, Abt, französischer Gesandter, nimmt Abschied von den Staaten, 520

**Vlaardingen**, sucht, wiewohl vergebens, Stadtrecht, 534

**Vlissingen**, f. Marquisat.

**Unruhen**, unter dem Volke in den Städten, auf die Nachricht von der Eroberung von Bergen op Zoom, 410. f. f. auch Regierung. Obrigkeiten. Erbstatthalterschaft.

— in den reformirten Kirchen an verschiedenen Orten in den vereinigten Niederlanden, 520. besonders zu Nieuwerkerk in der Velau, 520. f. und in andern Örtern in der Velau, Utrecht und Gooiland, 521. auch in Gröningen, und in dem Lande Drente, und in Südholland, 522. in Dordrecht ist man dagegen wachsam, 522. f. sie hören nach und nach auf, 523

**Unterhandlung**, geheime, des Cardinals von Fleury mit den kaiserlichen und spanischen Gesandten, 106

— mit Dänemark, wegen der Rückstände, II. die Streitigkeiten werden beigelegt, 153

— wegen eines Handelsvertrags, mit den Oesterreichischen Niederlanden, 225

— — mit Sicilien, 247

— besondere, zwischen Spanien und dem Kaiser zu Wien, 20. f. verschiedene Verträge werden daselbst geschlossen. Inhalt derselben, 23. f.

W.

**Waffenstillstand**, vor Sibrastor geschlossen, 86

Wdd

Waldeck,

**Waldeck**, Fürst von, General in Diensten der Staaten, 361. nimmt seinen Abschied, S. 406

**Wassenaar und Obdam**, Johann Heinrich, Herr von, wird Grossiegelbewahrer. Verwaltet vorläufig das Amt eines Rathspensionärs, 224

**von Wassenaar**: **Twikkelo**, Graf, außerordentlicher Abgesandter der Staaten nach Frankreich, 324. dessen Unterhandlungen, 325. wird wieder nach Frankreich gesandt, 369. s. Friedensunterhandlung.

**Weinhändler**. Wegen des von ihnen zu leistenden Eides in Amsterdam entstandene Unruhen, 508. ff. sie suchen vergebens den Impost auf die Weine in Pacht zu bekommen, 509. Vorsorge des Raths. Der Eid wird zu Amsterdam abgelegt. In Rotterdam weigert man sich dessen, 510. endlich geschieht es hier auch, 511

**Westervoort**. Erbauung dieser Schanze, 270

**Wilhelm (Carl Heinrich Friso) der IV**, Prinz von Oranien und Nassau. Vergebliche Bemühung um dessen Ernennung zum General der Fußvolker, 65. f. tritt die Statthalterschaft in Geldern und Bröningen an, 114. f. legt den Eid als Erbstatthalter von Friesland ab, 155. vermählt sich mit der ältesten Grossbritannischen Prinzessin, Anna, 195. Georg der II. giebt den Staaten von dieser Heirath Nachricht, 196. merkwürdige Antwort der Staaten, 197. Vorschlag, denselben zum General des Fußvolks zu ernennen, 216. ihm wird als Herrn von Bredda gehuldigt, 227. wird von den Generalstaaten zum General, Lieutenant des Fußvolks ernennet, will aber diese Stelle nicht annehmen, 232. ihm wird eine Tochter gebohren, 310. vier Provinzen dringen wiederum vergebens auf die Ernennung des

Prinzen zum General, S. 314. wird zu Veere zum Statthalter von Seeland ausgerufen, 390. f. Regierung. dessen merkwürdiges Schreiben an den Grafen von Bentink. Er kommt nach Amsterdam und dem Haag, 400. nach Seeland. Er wird in den Besitz des Marquisats von Veere und Blissingen wieder eingesetzt, 402. das Recht des ersten Edlen wird ihm wieder gegeben, ebend. kehrt nach dem Haag zurück, und man ertheilt ihm in Holland verschiedene andere Würden, 403. die Schwangerschaft seiner Gemahlinn wird bekannt gemacht, 435. der Prinz reiset zur Armeer, 440. seine ernstliche Erklärung gegen eine unter seinem Namen ausgestreute Rede, 440. f. ihm wird ein Prinz gebohren, 442. wird als Rector Magnificientissimus der hohen Schule zu Bröningen erklärt, 448. ihm wird die Grafschaft Kullenburg geschenkt, 495. f. wird Erbstatthalter über das dem Staate zugehörige Brabant, Flandern und Obergeldern, auch Oberdirektor der ost- und westindischen Gesellschaft, 501. f. läßt sich als Marquis von Veere und Blissingen huldigen, 523. f. Er thut einen Vorschlag zu Wiederherstellung der Manufacturen, 534. f. empfiehlt den Vorschlag eines eingeschränkten Freyhafens, 543. f. Handel. der Prinz wird krank. Er gebraucht den Brunnen zu Aachen. Kommt von dannen zurück, 549. die Krankheit nimmt zu, 549. f. er stirbt, 550. die Leiche wird auf einem Prachtbette zur Schau gestellt, 550. f. und feyerlich zu Delft begraben, 551. Abbildung des Prinzen nach seinen Eigenschaften, 551. f.

**Wilhelm der V**, Prinz von Oranien und Nassau. Bekommt bey der Geburt den Namen eines Grafen von Büren, 442. Pathegeschenke, 442. f.

**Winter**, strenger, 246

**de With**, Andreas, Rathspensionär von Dord-



## der vornehmsten Personen und Sachen.

Dordrecht. Zweifel wider dessen ehemals gehaltenes Register, S. 106

Wurm, schädlicher, in den Pfählen der Seedämme, Entdeckung desselben, und Anstalten dagegen, 164. 165

3.

Zieritzsee, großer Aufruhr daselbst, 591. 402. der Prinz setzt den abgesetzten Rath wieder ein, 402. f.

Zollrolle, der ankommenden und ausgehenden Waaren, neue Verordnung deswegen, S. 37

— in den österreichischen Niederlanden, 146

Zusammenkunft zu Cambray. Zustand der Unterhandlungen daselbst, 13. Forderungen der verschiedenen Mächte, ebendas. f. darauf zum Vorschein gekommene merkwürdigste Acten, 15. Spanien tritt mit dem Kaiser in besondere Unterhandlung, 20. f. Unterhandlung. gehet aus einander, 26

---

### ADDENDA.

S. 106. d) Resol. Holl. 24 Jan. 1728. bl. 110.  
S. 110. letzte Zeile l. zwölfthausend Mann.



# THE HISTORY OF THE UNITED STATES

OF THE UNITED STATES OF AMERICA  
FROM 1776 TO 1876

BY  
JOHN P. FLETCHER  
OF THE UNIVERSITY OF CHICAGO

NEW YORK  
PUBLISHED BY  
THE MACMILLAN COMPANY  
1876

THE HISTORY OF THE UNITED STATES  
OF AMERICA  
FROM 1776 TO 1876

BY  
JOHN P. FLETCHER  
OF THE UNIVERSITY OF CHICAGO

NEW YORK  
PUBLISHED BY  
THE MACMILLAN COMPANY  
1876

THE HISTORY OF THE UNITED STATES  
OF AMERICA  
FROM 1776 TO 1876

BY  
JOHN P. FLETCHER  
OF THE UNIVERSITY OF CHICAGO

NEW YORK  
PUBLISHED BY  
THE MACMILLAN COMPANY  
1876

THE HISTORY OF THE UNITED STATES  
OF AMERICA  
FROM 1776 TO 1876

BY  
JOHN P. FLETCHER  
OF THE UNIVERSITY OF CHICAGO

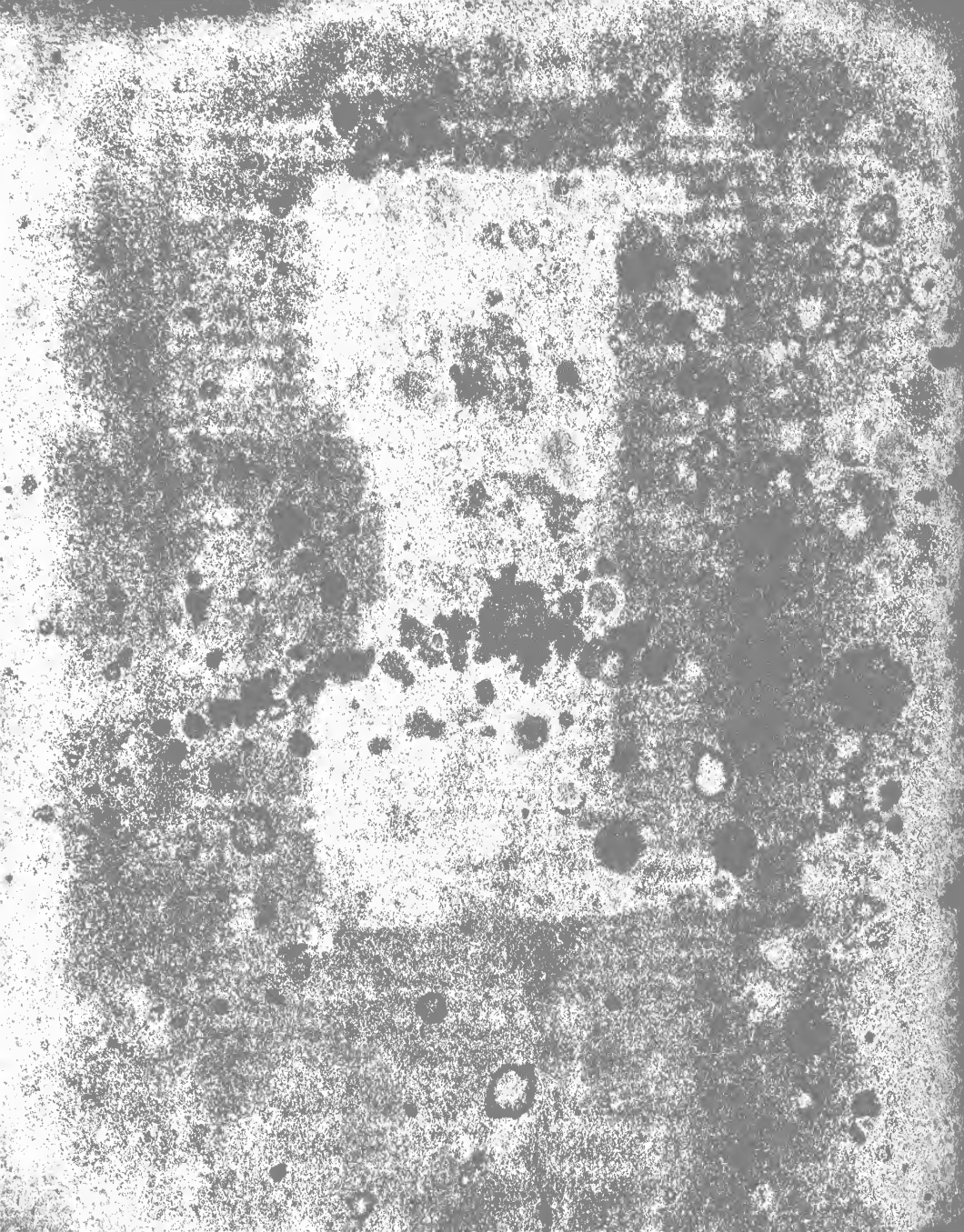
NEW YORK  
PUBLISHED BY  
THE MACMILLAN COMPANY  
1876

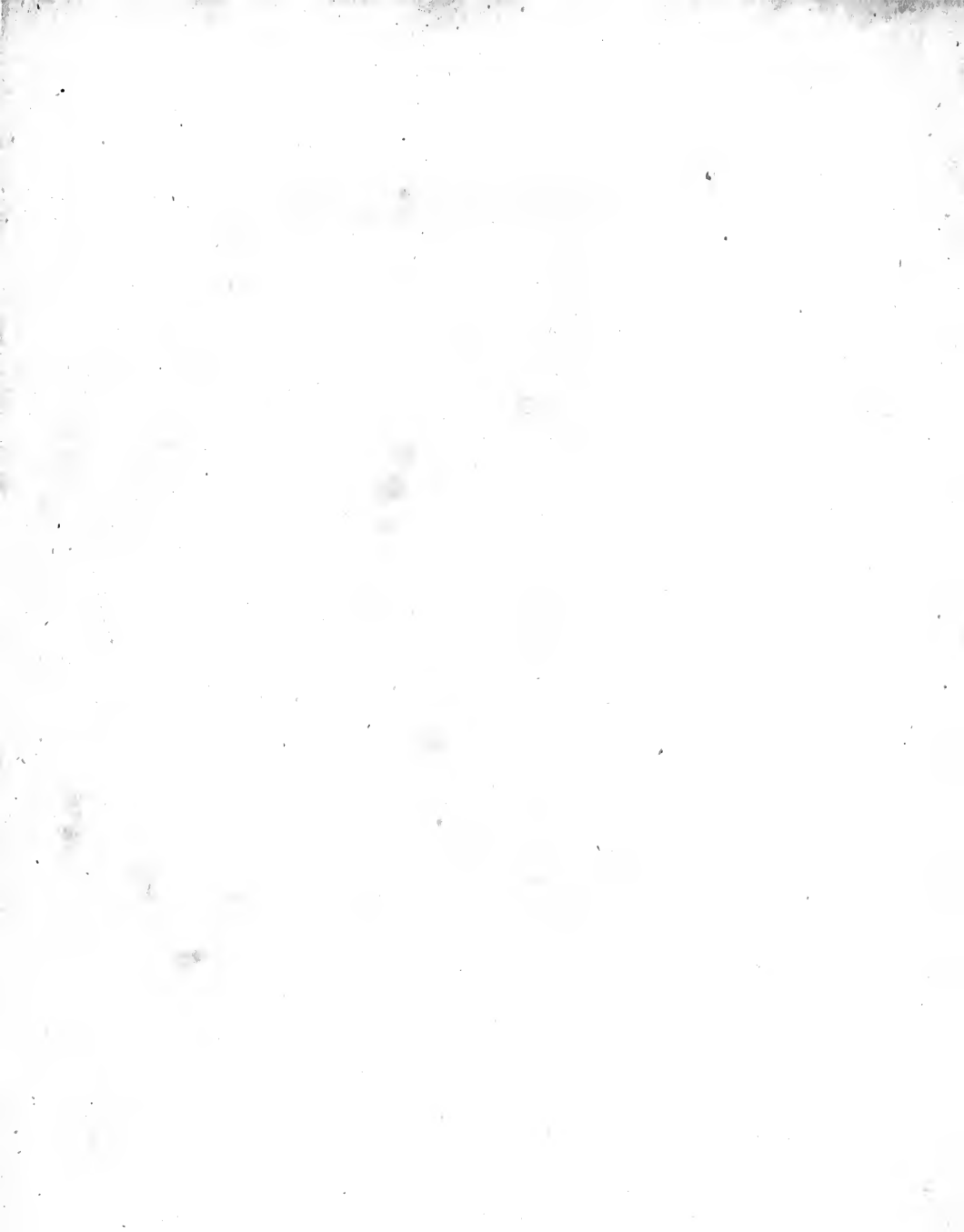
THE HISTORY OF THE UNITED STATES  
OF AMERICA  
FROM 1776 TO 1876

BY  
JOHN P. FLETCHER  
OF THE UNIVERSITY OF CHICAGO

NEW YORK  
PUBLISHED BY  
THE MACMILLAN COMPANY  
1876











HN 12611  
Author Allgemeine Geschichte der Niederlande A4356

Title ..... Vol. VIII

UNIVERSITY OF TORONTO  
LIBRARY

Do not  
remove  
the card  
from this  
Pocket.

Acme Library Card Pocket  
Under Pat. "Ref. Index File."  
Made by LIBRARY BUREAU

